

**Der Mythos der Revolution nach dem Sieg des nationalen Mythos
Zur Geschichtspolitik mit der 48er-Revolution
in der Ersten Republik Österreich und der Weimarer Republik
1918–1933/34**

von Daniel Bussenius

Dissertation

zur Erlangung des akademischen Grades

Doctor philosophiae

(Dr. phil.)

eingereicht

an der Philosophischen Fakultät I

der Humboldt-Universität zu Berlin

verteidigt am 25.01.2011

Gutachter

1. Prof. Dr. Heinrich August Winkler
2. Prof. Dr. Michael Wildt

„Erst wenn über die 1945 definitiv untergegangene groß- und gesamtdeutsche ‚Nachgeschichte‘ des Alten Reiches gesprochen werden kann, ohne dass jemand die heutige nationale Identität des deutschen oder des österreichischen Staates infrage gestellt wähnt, wird das Erbe der historischen Reichsidee politisch ‚bewältigt‘ sein.“¹

¹ Dieter Langewiesche, Reich, Nation und Staat in der jüngeren deutschen Geschichte, in: HZ, 254 (1992), S. 341-381, hier: 381.

Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung	3
II. Republik Österreich	27
1. Die Auseinandersetzung um das Nationalitätenprogramm der sozialdemokratischen Linken 1918	27
2. Märzgedenken im Weltkrieg	40
3. Die Gründung der Republik Deutschösterreich und der Anschluss an das Deutsche Reich	44
4. Die Sozialdemokraten und die 48er-Tradition in der Ersten Republik	61
5. Die Großdeutschen und die 48er-Revolution	112
6. Die Christlichsozialen und die 48er-Revolution	118
7. Zwischenbilanz	126
III. Deutsches Reich	130
1. Revolutionserinnerung im Weltkrieg	130
2. Die Revolution von 1918/19	135
3. Die Weimarer Nationalversammlung	183
4. Revolutionsgedenken und Geschichtspolitik 1919–1922	225
5. Märzgedenken im Jubiläumsjahr 1923	252
6. Paulskirchengedenken im Jubiläumsjahr 1923	281
7. Revolutionsgedenken und Geschichtspolitik 1924–1927	328
8. Das Jubiläumsjahr 1928: Märzgedenken	361
9. Revolutionsgedenken und Geschichtspolitik 1929–1932	393
IV. Exkurs: Konservative Historiker und die 48er-Revolution	412
V. Ausblick: Nationalsozialismus und „Anschluss“ 1938	416
VI. Bilanz	426
VII. Bibliografie	459

I. Einleitung

Der linksliberale Historiker Veit Valentin, der Anfang der 1930er-Jahre eine monumentale zweibändige Geschichte der deutschen 48er-Revolution vorlegen sollte, schrieb am 18. März 1928 in einem Artikel zum 80. Jahrestag der Berliner Märzrevolution in der *Frankfurter Zeitung*, das „beste Deutschtum“ habe sich am Ende des Ersten Weltkriegs nach „einer beispiellosen außenpolitischen Enttäuschung einer edlen innenpolitischen Tradition zugewendet“ – damit meinte er die Tradition der Revolution von 1848/49.¹ Ein Hauptanliegen dieser Arbeit ist es zu zeigen, dass diese Behauptung Valentins aus heutiger Sicht zumindest missverständlich, wenn nicht gar irreführend ist. Denn mit der Chiffre 1848 wurden seit dem Revolutionsjahr als innenpolitischer Tradition stets die Volkserhebung und das Verfassungswerk des Paulskirchenparlaments verbunden. Tatsächlich jedoch erfolgte die Hinwendung zur Tradition von 1848 am Ende des Ersten Weltkriegs, als die Habsburger-Doppelmonarchie zerfiel und Deutschösterreich übrig blieb, in erster Linie im Zeichen des großdeutschen Gedankens, der Hoffnung auf die Vereinigung Deutschösterreichs mit dem Deutschen Reich.

Das galt im Deutschen Reich insbesondere auch für die damals neu gegründete Deutsche Demokratische Partei (DDP), der Valentin angehörte.² Zutreffender wäre es daher gewesen, von einer Hinwendung zur Tradition von 1848 als einer nationalen Tradition zu sprechen. Erst recht unzutreffend war die von Valentin behauptete Wendung von der Außen- zur Innenpolitik im Zeichen von 1848. Das Hoffen auf den Anschluss Deutschösterreichs – das wurde in den Monaten ab dem Oktober 1918 vielfach von bürgerlichen und mitunter auch sozialdemokratischen Politikern und politischen Kommentatoren offen ausgesprochen – lässt sich mitnichten als Hinwendung zu einer innenpolitischen Tradition bezeichnen. Die Perspektive auf Großdeutschland erschien vielmehr als einziger Trost angesichts der Niederlage der Mittelmächte im Weltkrieg, als nationale Kompensation der Kriegsniederlage und rückblickende Sinngebung des Krieges.

¹ Veit Valentin, „Das Jahr 1848 und die deutsche Gegenwart. Betrachtungen nach achtzig Jahren“, in: *Frankfurter Zeitung*, 18.3.1928, 1. MB.

² Vgl. Elisabeth Fehrenbach, Veit Valentin, in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), *Deutsche Historiker*, Bd. 1, Göttingen 1971, S. 69-85, hier: 75 f.; Hans Schleier, *Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik* (=Akademie der Wissenschaften der DDR. Schriften des Zentralinstituts für Geschichte, Bd. 40), Berlin (Ost) 1975, S. 361.

Gegenstand

Die enge Verknüpfung der 48er-Tradition mit dem Anschlussgedanken in Deutschösterreich und dem Deutschen Reich in der Zwischenkriegszeit stand ihrer Behandlung durch die Geschichtswissenschaft in Österreich und der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg entgegen, da dies leicht als Infragestellung des aus heutiger Sicht endgültigen Ausscheidens Österreichs aus dem deutschen Nationalstaat 1945 hätte erscheinen können. Die Prämisse dieser Arbeit ist anknüpfend an das vorangestellte Zitat Dieter Langewiesches, dass 65 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg und 20 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung die Voraussetzungen dafür gegeben sind, die mit dem Anschlussgedanken so eng verknüpfte Geschichtspolitik mit der 48er-Revolution der Zwischenkriegszeit zu historisieren, ohne sie sofort mit Rücksicht auf die Gegenwart verurteilen zu müssen.

Eine Stimme wie der Historiker Günter Wollstein, der in einem Rezensionsartikel über die zum 150. Jubiläum der 48er-Revolution 1998 erschienene historische Literatur mit Blick auf Österreich von „der dort recht populären Ideologie einer eigenen österreichischen Nation“ gesprochen hat, ist in der heutigen bundesdeutschen Geschichtswissenschaft eine Einzelstimme.³ Im Jahr 1988 hatte der inzwischen verstorbene, dem deutschnationalen Lager angehörende österreichische Politiker Jörg Haider von der österreichischen Nation als einer „ideologischen Missgeburt“ gesprochen.⁴

Hier soll selbstverständlich *nicht* behauptet werden, dass in der Geschichtsschreibung nach dem Zweiten Weltkrieg der Anschlussgedanke der Zwischenkriegszeit kein Thema gewesen sei. Auffälligerweise sind aber viele der fast ausnahmslos aus den 70er-Jahren stammenden Arbeiten, die sich unmittelbar mit dem Thema beschäftigen, von amerikanischen Historikern verfasst worden: zu nennen sind Stanley Suval, Alfred D. Low, Albert L. Brancato und Duane Paul Myers.⁵ Auf bundesdeutscher Seite hat sich lediglich Susanne Miller in einem längeren Aufsatz, auf österreichischer Seite haben sich Ernst Panzenböck, Evelyne List und ein von Helmut Konrad herausgegebener Tagungsband mit der Anschlussforderung in der Sozialdemokratie ausführlicher auseinandergesetzt. Herbert Dachs veröffentlichte außerdem eine Arbeit über die österreichischen Historiker und den Anschluss in den Jahren 1918 bis

³ Günter Wollstein, Die deutsche Revolution vor 150 Jahren, in: Der Staat, 40 (2001), S. 128-150, hier: 128.

⁴ „Haider verunglückte bei Tempo 142“, Spiegel Online, 12.10.2008.

⁵ Duane Paul Myers, Germany and the Question of Austrian Anschluss 1918–1922, phil. Diss., Ann Arbor/MI 1968; Stanley Suval, The Anschluss Question in the Weimar Era. A Study of Nationalism in Germany and Austria 1918–1932, Baltimore/London 1974; Alfred D. Low, The Anschluss Movement 1918–1919 and the Paris Peace Conference, Philadelphia 1974; Albert L. Brancato, German Social Democrats and the Question of Austro-German Anschluss 1918–1945, phil. Diss., Ann Arbor/MI 1975.

1930.⁶ Eine wichtige Rolle spielt die Anschlussforderung auch in der Studie von Jürgen C. Heß über den demokratischen Nationalismus der DDP.⁷

Trotz dieser Arbeiten ist die enge Verknüpfung der 48er-Tradition mit dem Anschlussgedanken in der Zwischenkriegszeit in den zahlreichen Aufsätzen bundesdeutscher Historiker zur 48er-Revolutionstradition, die aus Anlass des 150. Jubiläums der Revolution von 1848/49 erschienen, stark unterbelichtet geblieben.⁸ Auch in der umfangreichen Studie von Claudia Klemm aus dem Jahr 2007, die das Gedenken an 1848 in Berlin und Frankfurt am Main in den großen Jubiläumsjahren 1873, 1898, 1923, 1948, 1973 und 1998 behandelt, wird dieser Aspekt *nicht* hinreichend herausgearbeitet.⁹

Das Anliegen dieser Arbeit ist es, die Geschichtspolitik mit der 48er-Revolution in der Republik Österreich und im Deutschen Reich in der Zwischenkriegszeit aufzuarbeiten, ohne die Aspekte zu vernachlässigen, die sich *nicht* nahtlos in die heutige Inanspruchnahme der Revolution von 1848/49 als demokratischer Tradition für die Bundesrepublik Deutschland einfügen lassen. Gerade diese Aspekte waren, wie zu zeigen sein wird, in der Zwischenkriegszeit die entscheidenden. Dies betrifft nicht nur den Anschlussgedanken in Deutschösterreich und im Deutschen Reich, sondern auch die Auseinandersetzung zwischen den seit Ende 1918 zunächst drei, dann nach dem Zerfall der USPD zwei reichsdeutschen

⁶ Susanne Miller, Das Ringen um ‚die einzige großdeutsche Republik‘. Die Sozialdemokratie in Österreich und im Deutschen Reich zur Anschlussfrage 1918/19, in: AFS, 11 (1971), S. 1-67; Ernst Panzenböck, Ein deutscher Traum. Die Anschlussidee bei Karl Renner und Otto Bauer, Wien 1965; Evelyne List, Die Propaganda des Austromarxismus am Beispiel der sozialdemokratischen Anschlussbewegung 1918–1933, phil. Diss., Wien 1976; Helmut Konrad, Wurzeln deutschnationalen Denkens in der österreichischen Arbeiterbewegung, in: ders. (Hg.), Sozialdemokratie und ‚Anschluß‘. Historische Wurzeln, Anschluß 1918 und 1938, Nachwirkungen. Eine Tagung des Dr.-Karl-Renner-Instituts, Wien, 1. März 1978, Wien/München/Zürich 1978, S. 19-30; Herbert Dachs, Österreichische Geschichtswissenschaft und Anschluss 1918–1930, Wien/Salzburg 1974.

⁷ Jürgen C. Heß, ‚Das ganze Deutschland soll es sein‘. Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei (=Kieler Historische Studien, Bd. 24), Stuttgart 1978.

⁸ Vgl. Angela Schwarz, Nationale und expansionistische Ziele der Frankfurter Nationalversammlung und der Umgang mit ihnen in Geschichtswissenschaft und politischer Festkultur (1898–1998), in: Historische Mitteilungen. Im Auftrage der Ranke-Gesellschaft, 12 (1999), S. 182-206; Walter Schmidt, Der 75. Jahrestag 1923. Die Revolution von 1848 in nachrevolutionärer Situation, in: ders. (Hg.), Bürgerliche Revolution und revolutionäre Linke. Beiträge eines wissenschaftlichen Kolloquiums anlässlich des 70. Geburtstages von Helmut Bock, Berlin 2000, S. 189-206; Gudrun Kruip, Gescheiterter Versuch oder verpflichtendes Erbe? 1848 bei Theodor Heuss, in: Patrick Bahners/Gerd Roellecke (Hg.), 1848. Die Erfahrung der Freiheit, Heidelberg 1998, S. 189-208; Dieter Rebentisch, Friedrich Ebert und die Paulskirche. Die Weimarer Demokratie und die 75-Jahrfeier der 1848er-Revolution (=Kleine Schriften Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Nr. 25), Heidelberg 1998; anders hingegen: Norbert Giovannini, Die ‚Verwertung‘ der 1848/49er-Revolution im lokalen Kontext, in: Heidelberg/Jahrbuch zur Geschichte der Stadt, 3 (1998), S. 145-176, hier: 158; unmittelbar zur Rolle Österreichs in der deutschen 48er-Revolutionserinnerung, jedoch ausdrücklich eher als Ermunterung gemeint, sich intensiver mit dem Thema zu beschäftigen: Wolfram Siemann, Großdeutsch – kleindeutsch? Österreich in der deutschen Erinnerung zu 1848, in: Barbara Haider/Hans Peter Hye (Hg.), 1848. Ereignis und Erinnerung in den politischen Kulturen Mitteleuropas, Wien 2003, S. 97-111, hier: 99.

⁹ Claudia Klemm, Erinnert – umstritten – gefeiert. Die Revolution von 1848/49 in der deutschen Gedenkkultur (= Formen der Erinnerung, Bd. 30), Göttingen 2007.

Arbeiterparteien um die sozialdemokratische Tradition des 48er-Revolutionsgedenkens aus dem Kaiserreich. Die widerspruchsvolle kommunistische Anknüpfung an die 48er-Tradition in der Weimarer Republik ist in den genannten Publikationen zur Geschichtspolitik mit 1848 genauso unterbelichtet geblieben wie der Anschlussgedanke.¹⁰

Mit der Herausarbeitung der aus bundesrepublikanischer Sicht eher heiklen Aspekte der Geschichtspolitik mit 1848 in der Zwischenkriegszeit ist in keiner Weise die Absicht verbunden, die 48er-Revolution als demokratische Tradition der Bundesrepublik zu delegitimieren. Vielmehr ist Jürgen Kocka uneingeschränkt zuzustimmen, der im Jahr 1998 in einer Rede zum 150. Revolutionsjubiläum gesagt hat, dass die Bundesrepublik „wenig Besseres“ als 1848 habe, um sich ihrer historischen Identität zu versichern.¹¹ Neben der großdeutschen Problematik trugen die Aneignung der 48er-Tradition durch die DDR sowie die Studentenrevolte von 1968 und das sich anschließende „rote Jahrzehnt“ in der Bundesrepublik mit dazu bei, dass die 48er-Revolutionstradition in der Geschichtswissenschaft erst seit dem Jubiläumsjahr 1998 intensiv aufgearbeitet wird. Angesichts Mao verehrender Studenten erschien die Aufarbeitung einer revolutionären Tradition *nicht* als opportun.¹²

In der DDR wurden zum 125. Jubiläum der 48er-Revolution 1973 fünf, zum Teil ausführliche Aufsätze veröffentlicht, die sich mit der sozialdemokratischen Märztradition für die Zeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik befassten.¹³ Vor der Wiedervereinigung setzte sich

¹⁰ Vgl. ebd., S. 243, 312.

¹¹ Vgl. Jürgen Kocka, Arbeit und Freiheit. Die Revolution von 1848, in: Die Revolution von 1848. Akademievorträge von Jürgen Kocka und György Konrad gehalten am 17. März 1998, hg. v. der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Berlin 1998, S. 3-32, hier: 19.

¹² Vgl. Walter Schmidt u.a., Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution 1848/49, 3., erg. u. überarb. Aufl., Berlin (Ost) 1988, S. 380-385; Edgar Wolfrum, Die Revolution von 1848/49 im geschichtspolitischen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklungslinien von 1948/49 bis zur deutschen Einheit, in: Wolther von Kieseritzky/Klaus-Peter Sick (Hg.), Demokratie in Deutschland. Chancen und Gefährdungen im 19. und 20. Jahrhundert. Historische Essays, München 1999, S. 299-316; Klemm, *Erinnert – umstritten – gefeiert*, S. 493-544; Gerd Koenen, *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977*, Köln 2001.

¹³ Wolfgang Schröder, Die Tradition von 1848/49 und der Übergang zum Imperialismus. Zu einigen Aspekten des Erbes der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49 im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Geschichte, 8 (1973): Die bürgerlich-demokratische Revolution von 1848/49 in Deutschland. Studien zu ihrer Geschichte und Wirkung, Bd. 2, S. 91-184; Walter Wittwer, Die Revolution von 1848/49 in der sozialdemokratischen Presse während der Revolution in Russland 1905–1907, in: ebd., S. 185-222; Fritz Klein, 1848 und 1918, in: ebd., S. 223-250; Klaus Kinner, Die Lehren der Revolution von 1848/49 im Ringen der KPD um die schöpferische Aneignung des Leninismus in den Jahren der Weimarer Republik, in: ebd., S. 251-290; Walter Schmidt, Die Revolution von 1848/49 in der Traditionspflege der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung (1975), in: ders., Bürgerliche Revolution und proletarische Emanzipation in der deutschen Geschichte, Berlin 1990, S. 241-259; auch: Walter Schmidt u.a., Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution 1848/49, S. 375-380. In der DDR erschien außerdem: Heike Abraham, *Der Friedrichshain. Die Geschichte eines Berliner Parks von 1840 bis zur Gegenwart* (=Miniaturen zur Geschichte, Kultur und Denkmalpflege Berlins, Nr. 27), Berlin (Ost) 1988, hier: S. 20-29.

in der Bundesrepublik nur Beatrix Bouvier in ihrer Studie aus dem Jahr 1982 über die Bedeutung der Tradition der Französischen Revolution von 1789 in der deutschen Arbeiterbewegung und in einem 1988, ein Jahr vor dem Fall der Berliner Mauer, veröffentlichten Aufsatz direkt mit der sozialdemokratischen Märztradition auseinander. Der Untersuchungszeitraum beider Arbeiten reicht aber nur bis zum Ersten Weltkrieg – danach sei, so Bouvier, die Märztradition abgebrochen.¹⁴ Außerdem erschien in der Bundesrepublik bereits 1976 Franzjörg Baumgarts Arbeit über die „verdrängte Revolution“, die von der Darstellung der 48er-Revolution in der deutschen Geschichtsschreibung bis zum Ersten Weltkrieg handelt.¹⁵

Theoretische und begriffliche Grundlagen

Theoretisch und begrifflich knüpft diese Arbeit an die zahlreichen Studien zu politischen Mythen und Geschichtspolitik der letzten zwei Jahrzehnte an. Übereinstimmend vertritt diese neuere Literatur eine funktionale Auffassung politischer Mythen. Demnach sind politische Mythen als identitätsstiftende Erzählungen für politische Vergemeinschaftung unentbehrlich – und die aufklärerische Vorstellung der Eliminierung aller Mythen ist eine Illusion.¹⁶ Eine etwas ältere Literatur, zu nennen sind der Philosoph Ernst Cassirer und der Historiker Thomas Nipperdey, verfocht unter dem Eindruck der nationalsozialistischen und kommunistischen Gewaltexzesse des 20. Jahrhunderts – Nipperdey verweist zur Zeit der nuklearen Hochrüstung der Supermächte in den 80er-Jahren außerdem auf die Möglichkeit des Atomkriegs und auf die „Grenzen des Wachstums“ – in der Tradition der Aufklärung einen ablehnenden

¹⁴ Beatrix W. Bouvier, *Französische Revolution und deutsche Arbeiterbewegung. Die Rezeption des revolutionären Frankreich in der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung von den 1830er-Jahren bis 1905*, Bonn 1982, S. 251-390; dies., *Die Märzfeiern der sozialdemokratischen Arbeiter. Gedenktage des Proletariats – Gedenktage der Revolution. Zur Geschichte des 18. März*, in: Dieter Düding/Peter Friedemann/Paul Münch (Hg.), *Öffentliche Festkultur. Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg*, Reinbek bei Hamburg 1988, S. 334-351, hier: 348; zum Revolutionsjubiläum 1998 hat Bouvier dann einen weiteren Aufsatz über die 48er-Tradition veröffentlicht: dies., *Zur Tradition von 1848 im Sozialismus*, in: Dieter Dowe/Heinz Gerhard Haupt/Dieter Langewiesche (Hg.), *Europa 1848. Revolution und Reform (=Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung. Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 48)*, Bonn 1998, S. 1169-1200, hier: 1182, 1189.

¹⁵ Franzjörg Baumgart, *Die verdrängte Revolution. Darstellung und Bewertung der Revolution von 1848 in der deutschen Geschichtsschreibung vor dem Ersten Weltkrieg (=Geschichte und Gesellschaft. Bochumer Historische Studien, Bd. 14)*, Düsseldorf 1976; vor Baumgart zu diesem Thema bereits: Hans Otto, *Wandlung, Problemstellung und Urteilsbildung der deutschen Geschichtsschreibung über 1848*, phil. Diss., Marburg 1953; Kurt Schwerin, *The Revolution of 1848 and German historians*, phil. Diss., New York 1955.

¹⁶ Vgl. Rudolf Speth, *Nation und Revolution. Politische Mythen im 19. Jahrhundert*, Opladen 2000, S. 117; Edgar Wolfrum, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung*, Darmstadt 1999, S. 52.

Standpunkt gegenüber politischen Mythen. Diese führen in dieser Sichtweise zu einem Rationalitätsverlust in der Politik und sind deshalb eine Gefahr für den politischen Frieden.¹⁷

Nipperdey hat in seinem Aufsatz „Der Mythos im Zeitalter der Revolution“ aus dem Jahre 1987 auf insbesondere zwei weitere Aspekte aufmerksam gemacht. Die Aufklärung und die Französische Revolution von 1789 seien, erstens, mit dem Anspruch angetreten, die Welt der Mythen zu entmächtigen, aber in ihrem Gefolge seien mindestens zwei neue politische Großmythen entstanden: der Mythos der Nation und der Mythos der Revolution. Zweitens, sei es mit dem französischen Ingenieur, Kulturphilosophen und Schriftsteller Georges Sorel, der zwischen 1906 und 1908 seine über drei Jahrzehnte lang einflussreichen „Reflexionen über die Gewalt“ veröffentlichte, ein Linker gewesen, der eine Theorie des politischen Mythos formulierte – damit zielte Nipperdey auf diejenigen auf der politischen Linken, die für sich die Rationalität reklamieren und den Mythos ausschließlich bei der Rechten wähen.¹⁸ Sorel definierte Mythen als Energie und Antriebskraft des Handelns, der Tat, und zwar der großen Tat, die den eigenen Tod als Möglichkeit mit einschließt und Individuen zu Gemeinschaft und Solidarität verbindet. Politisch wandte sich der Marxist Sorel damit gegen den sozialdemokratischen Reformismus, gegen die Veralltäglicung der Revolution in Stückwerk und bürgerlichem Parlamentarismus.¹⁹

Ausgangspunkt der funktionalen Auffassung politischer Mythen, wie sie unter anderen der Politikwissenschaftler Rudolf Speth in seiner Arbeit „Nation und Revolution. Politische Mythen im 19. Jahrhundert“ formuliert hat, ist die These, dass sich sowohl personale als auch kollektive Identität nur durch Erzählen herausbilden kann.²⁰ Der Historiker Edgar Wolfrum schreibt: „Niemals in der Geschichte gab es eine politische Gemeinschaft ohne gemeinsame Erinnerung.“²¹ Speth stellt wie auch schon Sorel fest, dass die Handlungsfähigkeit von politischen Gemeinschaften nicht ausschließlich über kalkülrationale Einstellungen hergestellt werden könne. Das bezieht sich nicht ausschließlich, aber vor allem auf den Extremfall, den Krieg, der die Bereitschaft des einzelnen Soldaten – und das bedeutete im Zeitalter der

¹⁷ Vgl. Ernst Cassirer, *Gesammelte Werke*. Hamburger Ausgabe, hg. v. Birgit Recki, Bd. 25: *The Myth of the State* (1946), Text u. Anm. bearb. v. Maureen Lukay, Hamburg 2007, S. 7 f., 71, 182, 273 f., 277 f., 289-291; Thomas Nipperdey, *Der Mythos im Zeitalter der Revolution*, in: *GWU*, 38 (1987), S. 325-334, hier: 331, 333 f.; auch: Speth, *Nation und Revolution*, S. 138; Andreas Dörner, *Politischer Mythos und symbolische Politik. Sinnstiftung durch symbolische Formen am Beispiel des Hermannsmythos*, Opladen 1995, S. 91-93.

¹⁸ So auch: Herfried Münkler, *Politische Mythen und nationale Identität. Vorüberlegungen zu einer Theorie politischer Mythen*, in: Wolfgang Frindte/Harald Pätzolt (Hg.), *Mythen der Deutschen. Deutsche Befindlichkeiten zwischen Geschichten und Geschichte*, Opladen 1994, S. 21-27, hier: 26.

¹⁹ Vgl. Nipperdey, *Der Mythos im Zeitalter der Revolution*, S. 325 f., 330 f.

²⁰ Vgl. Speth, *Nation und Revolution*, S. 87.

²¹ Wolfrum, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland*, S. 17.

allgemeinen Wehrpflicht potenziell eines jeden wehrfähigen Mannes – erfordert, sein Leben für die Gemeinschaft aufs Spiel zu setzen und für die Gemeinschaft zu töten. Als die wesentlichen Eigenschaften eines kollektiven Akteurs, wie ihn eine politische Gemeinschaft darstellt, bezeichnet Speth dessen Dauer, dessen Handlungsfähigkeit und dessen Vorstellung von Einheit.²²

Zum politischen Mythos werden nur solche Erzählungen, die für eine politische Gemeinschaft wahrnehmungsprägenden und handlungsleitenden Charakter gewinnen. Dieses Kriterium ist logisch unabhängig von der Frage, ob eine Erzählung historisch wahr oder unwahr ist.²³ Eine Erzählung, die die Qualität eines politischen Mythos erlangt hat, ist nicht mehr ein bloßes beliebig manipulierbares Instrument der Herrschenden, sondern sie gewinnt für diese den Charakter einer Regieanweisung.²⁴ Hilfreich für die Analyse politischer Mythen ist die begriffliche Trias des Politikwissenschaftlers Herfried Münkler, der drei Dimensionen des politischen Mythos unterscheidet: die narrative Extension, die symbolische Verdichtung und die rituelle Inszenierung.²⁵ „Narrative Extension“ bezeichnet die mythische Erzählung. Dabei ist der Kern eines politischen Mythos durch die Kürze seiner Erzählung und die Dekontextualisierung der entscheidenden Handlungssequenzen bestimmt, die dadurch zu allgemeinen Handlungsmustern aufgewertet werden.²⁶

„Symbolische Verdichtung“ hebt darauf ab, dass häufig einzelne Symbole einen ganzen politischen Mythos evozieren können. Das können unter anderem Farben und Fahnen, Kleidungsstücke und Kleidungsstile, Bilder, historische Orte und Gebäude sein. Im Zusammenhang mit der deutschen 48er-Revolution sind als solche Symbole zu nennen: der Berliner Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain und der 18. März 1848, der Tag der Barrikadenkämpfe in Berlin, in Wien analog der 13. März 1848, die Frankfurter Paulskirche und der 18. Mai 1848 als Tag des Zusammentritts der ersten deutschen Nationalversammlung, aber auch die im Anschluss an die Befreiungskriege in der Burschenschaft entstandene schwarz-rot-goldene Fahne, die im Vormärz vom Deutschen Bund als Symbol des Strebens nach nationaler Einheit geächtet und verfolgt worden war, sich 1848 mit dem Ausbruch der Märzrevolution für die Dauer der Revolution von 1848/49 durchsetzte und dann noch bis

²² Vgl. Speth, Nation und Revolution, S. 97.

²³ Vgl. ebd., S. 137, 139, 162; auch: Dörner, Politischer Mythos und symbolische Politik, S. 78, 91.

²⁴ Vgl. Speth, Nation und Revolution, S. 113.

²⁵ Vgl. Herfried Münkler, Antifaschismus und antifaschistischer Widerstand als politischer Gründungsmythos der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45 (1998), S. 16-29, hier: 21; auch: Speth, Nation und Revolution, S. 33.

²⁶ Vgl. Speth, Nation und Revolution, S. 116; auch: Dörner, Politischer Mythos und symbolische Politik, S. 78.

1866 ein, wenn auch relativ wenig sichtbares Nachleben als offizielle Flagge des Deutschen Bundes hatte, die sie im März 1848 geworden war; im Revolutionsjahr selbst war ein solches Symbol auch der nach dem badischen Revolutionär Friedrich Hecker benannte „Heckerhut“.

„Rituelle Inszenierung“ bezeichnet die, zumeist periodisch wiederkehrende, Inszenierung eines Mythos. Solche Inszenierungen können jährliche Gedenkfeiern für ein Ereignis sein, die möglichst an einem historischen Ort oder einem Denkmal stattfinden.²⁷ Beispiele für solche Feiern sind die Sedanfeiern im Kaiserreich, die an eine entscheidende Schlacht im deutsch-französischen Krieg 1870 erinnerten, in der der französische Kaiser Napoleon III. gefangen genommen worden war, und im Zusammenhang mit der 48er-Revolution das Märzgedenken der Sozialdemokratie im Kaiserreich und in der westlichen Hälfte der Habsburger-Doppelmonarchie, in dessen Rahmen an die gefallenen Barrikadenkämpfer des 13. beziehungsweise 18. März 1848 erinnert wurde. Das Gedenken an die Schlacht von Sedan und die Märzgefallenen sind insofern typische Rituale, als dass das Totengedenken eine Urform des Rituals überhaupt ist.²⁸

Ernst Cassirer sieht in dem Ritual gegenüber der mythischen Erzählung das Primäre.²⁹ Angewandt auf die 48er-Tradition bedeutet diese These, dass das Totengedenken an die Opfer des 13. und 18. März 1848, das mit der Beisetzung der Gefallenen noch in der Revolution selbst einsetzte und dann, wenn auch zunächst für lange Jahre durch die Autoritäten unterdrückt, im jährlichen Gang zu den Gräbern weiterlebte, das Primäre war. Eine große Bedeutung hatte zunächst vor allem im Revolutionsjahr selbst auch der Kult um den linken Paulskirchenabgeordneten Robert Blum, der nach der Niederschlagung des Wiener Oktoberaufstands 1848 hingerichtet worden war. Ein vergleichbares Gedenken an die Paulskirche, von deren Abgeordneten neben Blum lediglich zwei weitere, zwei Konservative, während des Frankfurter Septemberaufstands 1848 im Revolutionsjahr bis zur Auflösung des Parlaments einen gewaltsamen Tod fanden, gab es *nicht*. Gedenkrituale sind in der Frankfurter Paulskirche erst mit großem zeitlichen Abstand zur 48er-Revolution begangen worden, erstmals im 75. Jubiläumsjahr 1923.³⁰

²⁷ Vgl. Speth, Nation und Revolution, S. 198; Dörner, Politischer Mythos und symbolische Politik, S. 90.

²⁸ Zu den Sedanfeiern vgl. Fritz Schellack, Nationalfeiertage in Deutschland von 1871 bis 1945, Frankfurt a. M. 1990, S. 67-132.

²⁹ Vgl. Cassirer, Gesammelte Werke, Bd. 12: Philosophie der symbolischen Formen. 2. Teil: Das Mythische Denken, Text u. Anm. bearb. v. Claus Rosenkranz, Hamburg 2002, S. 47, 260; auch: ders., The Myth of the State, S. 27 f.; Speth, Nation und Revolution, S. 54, 99.

³⁰ Vgl. Klemm, Erinnert – umstritten – gefeiert, S. 310, 599.

In der Frage des Verhältnisses von politischem Mythos und Religion wird in der Literatur betont, dass sie *nicht* identisch seien. Zugleich wird für die Zeit von der Französischen Revolution 1789 bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs eine Verdrängung der Religion als Sinnstiftungsinstanz durch die Großmythen Nation und Revolution festgestellt sowie ein Verschwinden des Rituals aus modernen Gesellschaften, an dessen Stelle eine ethische Einstellung beziehungsweise ein unterschiedsloses Gleichmaß des Lebens getreten sei.³¹

Laut Speth sind politische Mythen, um zu funktionieren, auf Gegenmythen angewiesen, und sie zeichnen sich durch ihre hohe Plastizität, ihre Wandelbarkeit aus.³² Wolfrum schreibt über solche Wandlungsprozesse:

„Auch beruhen Veränderungen des geschichtlichen Bewusstseins nicht in erster Linie auf neuen historischen Forschungen, sondern sie sind viel eher Frucht neuer Erfahrungen, neuer Problemkonstellationen und des Nachwachsens neuer Generationen.“³³

Für die vorliegende Arbeit heißt das zum einen, den Ersten Weltkrieg als gar nicht zu überschätzende politische und gesellschaftliche Zäsur im Blick zu behalten und nicht ungeprüft Aussagen über die 48er-Revolutionstradition aus den Jahren vor dem Weltkrieg für den Untersuchungszeitraum zu übernehmen, und zum anderen, auch Gegenmythen wie vor allem den Bismarck-Mythos zu berücksichtigen.

Zur Unterscheidung von politischen Mythen danach, wie sie sich zur bestehenden politischen Ordnung verhalten, ist eine weitere Begriffstrias von Jan Assmann hilfreich: die Unterscheidung zwischen fundierenden, kontrapräsentischen und revolutionären Mythen. Fundierende Mythen legitimieren die bestehende politische Ordnung, kontrapräsentische stellen diese wie auch revolutionäre Mythen infrage, rufen im Unterschied zu diesen aber nicht zum gewaltsamen Umsturz auf.³⁴

Die Plastizität politischer Mythen bedeutet in diesem Zusammenhang, dass ein revolutionärer Mythos nach einem Wandel der politischen Verhältnisse durchaus in den affirmativen Gründungsmythos eines Staates umfunktioniert werden kann. Daher hält Andreas Dörner die konkrete Analyse der Gebrauchsweisen und gesellschaftlichen Ausdeutung eines Mythos für

³¹ Vgl. Cassirer, Philosophie der symbolischen Formen, S. 279 f., 295; ders., The Myth of the State, S. 71, 80; Nipperdey, Der Mythos im Zeitalter der Revolution, S. 328, 333 f.; Speth, Nation und Revolution, S. 51, 65, 107, 127, 138, 153.

³² Vgl. Speth, Nation und Revolution, S. 130.

³³ Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, S. 27.

³⁴ Vgl. Jan Assmann, Frühe Formen politischer Mythomotorik. Fundierende, kontrapräsentische und revolutionäre Mythen, in: Dietrich Harth/Jan Assmann (Hg.), Revolution und Mythos, Frankfurt a. M. 1992, S. 39-61, hier: 52 f.

wichtiger als die Typisierung von Mythen nach Struktur oder Genese.³⁵ Das funktionale Mythenverständnis impliziert auch, dass eine Nation *nicht* gemäß der auf Johann Gottfried Herder zurückgehenden Vorstellung ein Wesen ist, das sich entfaltet, sondern etwas, das, wenn auch nicht völlig beliebig, hergestellt wird.³⁶

Wichtig für diese Arbeit ist auch Assmanns Unterscheidung zwischen dem „kommunikativen“ und dem „kulturellen Gedächtnis“. Mit Ersterem bezeichnet Assmann denjenigen Teil des kollektiven Gedächtnisses, der „ausschließlich auf Alltagskommunikation“ beruht, mit Letzterem den Teil, der durch Texte, Bilder, Riten und Denkmäler konstituiert wird. Das kommunikative Gedächtnis reicht laut Assmann 80 bis allerhöchstens 100 Jahre von der jeweiligen Gegenwart in die Vergangenheit zurück, während das kulturelle Gedächtnis auch die Erinnerung an sehr viel weiter zurückliegende Vergangenheiten ermöglicht. Assmanns Unterscheidung ist für diese Arbeit deshalb besonders bedeutsam, weil beim Ende des Ersten Weltkriegs die 48er-Revolution 70 Jahre zurücklag. Sollte die Revolutionserinnerung – die letzten in jungen Jahren an der Revolution Beteiligten befanden sich im Greisenalter – nicht bald absterben, war die Verankerung im kulturellen Gedächtnis entscheidend.³⁷

Aus Speths Analyse der beiden Großmythen Nation und Revolution in der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts ist für diese Studie das Folgende relevant. Prägend für den Revolutionsbegriff, einen mit Gewalt verbundenen politischen Umsturz, ist bis heute die Französische Revolution von 1789. Von ihr ausgehend wurde „Revolution“ zu einem Zukunftsbegriff; die Revolution wurde mythisiert, es entstand ein Revolutionsmythos.³⁸ Damit war der Revolutionsbegriff seit 1789 immer auch ein Parteibegriff, der zur Stellungnahme nötigte.³⁹ Der Mythos der Revolution von 1789 wurde knapp ein Jahrhundert nach der Revolution in Frankreich in der 1870/71 entstandenen dritten französischen Republik zum Staatsmythos. Der 14. Juli, der Tag des Bastillesturms, wurde zum Staatsfeiertag, die Bastille selbst zum Staatssymbol und die aus der Revolution stammende „Marseillaise“ zur Nationalhymne; die gleichfalls in der Revolution entstandene blau-weiß-rote Trikolore hatte

³⁵ Vgl. Dörner, Politischer Mythos und symbolische Politik, S. 83.

³⁶ Vgl. Speth, Nation und Revolution, S. 150.

³⁷ Vgl. Jan Assmann, Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität, in: ders./Tonio Hölscher (Hg.), Kultur und Gedächtnis, Frankfurt a. M. 1988, S. 9-19, hier: 10-14; auch: ders., Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 1992, S. 24.

³⁸ Vgl. Speth, Nation und Revolution, S. 321, 327, 355.

³⁹ Vgl. Artikel „Revolution. Rebellion, Aufruhr, Bürgerkrieg“, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 5, S. 653-788, hier: S. 656.

sich bereits mit der Julirevolution von 1830 dauerhaft als französische Nationalfahne durchgesetzt.⁴⁰

Die formative Phase des deutschen Nationsmythos waren die Jahre 1806 bis 1815, die Zeit von der preußischen Niederlage bei Jena und Auerstedt gegen Napoleons Armee über den Frieden von Tilsit, die preußischen Reformen, den anschließenden zunächst in der Leipziger Völkerschlacht kulminierenden Befreiungskrieg bis zum endgültigen Sieg über Napoleon bei Waterloo. Von daher wurde die Feindschaft mit Frankreich zum zentralen Narrationsdispositiv des deutschen Nationsmythos.⁴¹ Zentral ist auch, um die Tiefe des politischen und gesellschaftlichen Bruchs von 1918 und den damit einhergehenden Bedarf an alternativen sinnstiftenden Erzählungen zu ermessen, die Feststellung, dass die bürgerliche Kultur und das politische System sich in Deutschland im 19. Jahrhundert über eine dreifache Antithese definierten: gegen die französische „Zivilisation“, die revolutionäre Arbeiterbewegung und die Emanzipation der Frauen.⁴²

Bei Kriegsbeginn 1914 siegte sowohl in der Hohenzollern- als auch in der Habsburgermonarchie im Hinblick auf die deutschen sozialdemokratischen Parteien der nationale Mythos über den Revolutionsmythos, da sie erst gar nicht versuchten, gegen den bevorstehenden Krieg zur revolutionären Erhebung aufzurufen. Die Regierungen der Mittelmächte konnten bei der öffentlichen Legitimierung des Krieges als angeblichen Verteidigungskrieg gegen Russland mit der Erinnerung in der Sozialdemokratie an die Frontstellung der Linken in der 48er-Revolution, insbesondere von Karl Marx und Friedrich Engels, gegen das Zarenreich als Hort der Reaktion rechnen.⁴³ Carl Schmitt hat 1923 vor diesem Erfahrungshintergrund und angesichts des Sieges des Faschismus in Italien von der Überlegenheit des nationalen gegenüber dem revolutionären Mythos gesprochen. Schmitt

⁴⁰ Vgl. Speth, Nation und Revolution, S. 339, 347; Heinz-Otto Sieburg, Geschichte Frankreichs, 5., erw. Aufl., Stuttgart/Berlin/Köln 1995, S. 272.

⁴¹ Vgl. Speth, Nation und Revolution, S. 187, 193; Kay Wenzel, Befreiung oder Freiheit? Zur politischen Ausdeutung der deutschen Kriege gegen Napoleon von 1813 bis 1823, in: Heinrich August Winkler (Hg.), Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland, Göttingen 2004, S. 67-89, hier: 88.

⁴² Vgl. Speth, Nation und Revolution, S. 39.

⁴³ Vgl. ebd., S. 26, 446; Heinrich August Winkler, 1848: Die sperrige Revolution (1998), in: ders., Auf ewig in Hitlers Schatten? Über die Deutschen und ihre Geschichte, München 2007, S. 18-24, hier: 21 f.; Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1919–1949, München 2003, S. 41-43.

maß dem Mythos wie vor ihm schon Sorel vor allem antiparlamentarische Bedeutung zu; er verstand ihn als Gegenprinzip zur diskutierenden Bourgeoisie.⁴⁴

Ein großer Teil der hier in Rede stehenden Mythen hat heute seine Wirkungsmacht verloren; sie sind nur noch ein rein historisches Phänomen. Mit dem Dritten Reich gingen 1945 die einflussreichsten deutschen politischen Mythen unter: der Reichsmythos, der Nibelungen- und der Hermannsmythos und auch die Preußenmythen wie der Fridericus-Rex- und der Bismarck-Mythos verloren mit dem Untergang des Reiches und der Auflösung Preußens durch die Alliierten 1947 stark an Einfluss. Der vom Revolutionsmythos der Französischen Revolution abstammende Mythos der kommunistischen Weltrevolution ist spätestens mit dem Zusammenbruch der UdSSR 1991 erloschen.⁴⁵

Neben dem politischen Mythos ist „Geschichtspolitik“ ein weiterer, bereits im Titel auftauchender Zentralbegriff dieser Arbeit. Wolfrum definiert sie – in einer Prägnanz, der nichts hinzuzufügen ist – folgendermaßen:

„Geschichtspolitik ist ein Handlungs- und Politikfeld, auf dem verschiedene Akteure Geschichte mit ihren spezifischen Interessen befrachten und politisch zu nutzen suchen. Sie zielt auf die Öffentlichkeit und trachtet nach legitimierenden, mobilisierenden, politisierenden, skandalisierenden, diffamierenden usw. Wirkungen in der politischen Auseinandersetzung. Bei den beteiligten Akteuren handelt es sich im weiteren Sinne um konkurrierende Deutungseliten, um Politiker, Journalisten, Intellektuelle und Wissenschaftler, die die Geschichtskultur erzeugen und prägen. Im engeren Sinne interessiert aber vor allem, wie politische Eliten agieren; sie gilt es in den Blick zu nehmen, weil sie Macht besitzen bzw. Herrschaft ausüben. [...] Entscheidend ist nicht die Frage nach dem wissenschaftlichen Wahrheitsgehalt des vermittelten Geschichtsbildes, sondern die Frage, wie, durch wen, warum, mit welchen Mitteln, welcher Absicht und welcher Wirkung Erfahrungen mit der Vergangenheit thematisiert und politisch relevant werden.“⁴⁶

⁴⁴ Vgl. Carl Schmitt, Die politische Theorie des Mythos (1923), in: ders., Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar – Genf – Versailles 1923–1939, 3. Aufl., Berlin 1994, S. 11-21, insb.: 19 f.; Speth, Nation und Revolution, S. 445.

⁴⁵ Vgl. Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen, Bd. 2: Deutsche Geschichte vom ‚Dritten Reich‘ bis zur Wiedervereinigung, München 2000, S. 647; Herfried Münkler, Die politischen Mythen der Deutschen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 52 (2007), S. 160-172, hier: 170 f.; Nipperdey, Der Mythos im Zeitalter der Revolution, S. 333.

⁴⁶ Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, S. 25.

Fragestellung und Einbeziehung Deutschösterreichs in die Untersuchung

Mit diesem analytischen Gerüst untersucht diese Arbeit die Geschichtspolitik mit der 48er-Revolution in der Ersten Republik Österreich und der Weimarer Republik. Ausgangspunkt ist die Hypothese, dass der Sturz der Hohenzollern und Habsburger, der Wandel des Deutschen Reichs und Deutschösterreichs zu Republiken die Notwendigkeit erzeugte, die neuen politischen Ordnungen auch neu zu legitimieren. Jan Assmann hat bemerkt, dass bei tiefen politischen Umbrüchen nicht neue Mythen erfunden würden, sondern die neuen Machthaber ihre Mythologie mitbrächten.⁴⁷ Da sowohl in der Habsburger- als auch in der Hohenzollernmonarchie die sozialdemokratischen Parteien die Erinnerung an 1848 gepflegt hatten, im Deutschen Reich zudem auch der Linksliberalismus, stellt sich die Frage, wie diese Parteien beziehungsweise ihre Nachfolger mit dieser Tradition seit dem Ende des Ersten Weltkriegs umgingen. Auch weil die 48er-Revolution sowohl im Deutschen Reich als auch im Habsburgerreich die stärkste revolutionäre und demokratische Tradition des 19. Jahrhunderts war, liegt die Vermutung nahe, dass sie beim Versuch, den neuen Republiken Legitimität zu verschaffen, eine Rolle spielte.

Diese Arbeit fragt nach den Trägern der 48er-Revolutionserinnerung in den beiden deutschen Staaten in den Jahren 1918 bis 1933/34, an welche Ereignisse aus der komplexen Geschichte des Revolutionsjahres sie erinnerten und welche auf die Gegenwart bezogenen politischen Anliegen damit verbunden wurden, wer sich also in welcher Absicht auf welches 1848 berief. Sie fragt, ob es nennenswerte Versuche gab, die 48er-Tradition als einen Gründungsmythos der neuen Republiken zu etablieren, und inwiefern sich die Kommunisten im Deutschen Reich in ihrem Kampf gegen die Weimarer Republik auf die 48er-Revolution bezogen. Und sie versucht zu einer Einschätzung zu gelangen, ob die 48er-Tradition in Deutschösterreich und im Deutschen Reich eher ein legitimierender Faktor oder eher eine Belastung für die neuen Republiken war.

Diese Studie handelt von der Geschichtspolitik mit der 48er-Revolution sowohl im Deutschen Reich als auch in Deutschösterreich, weil die Forderung nach dem Anschluss Deutschösterreichs an das Deutsche Reich, nach der Vereinigung der beiden Staaten, in beiden deutschen Republiken im Mittelpunkt der Geschichtspolitik mit der 48er-Tradition stand. Dabei wird weniger ein Vergleich zwischen der Geschichtspolitik mit 1848 im Deutschen Reich und Deutschösterreich beabsichtigt, sondern vielmehr ein Kapitel der erst

⁴⁷ Vgl. Assmann, Das kulturelle Gedächtnis, S. 42.

1945 definitiv zu Ende gegangenen groß- und gesamtdeutschen Nachgeschichte des 1806 untergegangenen Alten Reiches beleuchtet.⁴⁸

Dennoch ist an dieser Stelle auf einige Unterschiede zwischen der Weimarer Republik und Deutschösterreich einzugehen. Schon die Parteiensysteme waren sehr verschieden. Das ist für diese Arbeit höchst relevant, weil politische Parteien in der Geschichtspolitik die entscheidenden Akteure waren. Während sich im Deutschen Reich im Verlauf und am Ende des Weltkrieges die Sozialdemokratie in drei Parteien ausdifferenzierte, die Mehrheitssozialdemokraten, die Unabhängigen Sozialdemokraten und die Kommunisten, von denen die USPD bis 1922 zerfiel, gelang es der deutschösterreichischen sozialdemokratischen Partei, ihre Einheit zu bewahren. Die kommunistische Partei blieb in Deutschösterreich in der Zwischenkriegszeit ein randständiges Phänomen.⁴⁹

Ein weiterer im Hinblick auf die Geschichtspolitik mit der 48er-Revolution gravierender Unterschied bestand darin, dass in Deutschösterreich der politische Linksliberalismus bereits vor dem Ersten Weltkrieg in die Bedeutungslosigkeit abgerutscht war. Somit gab es in der Weimarer Republik zunächst vier Parteien, die im Hinblick auf die Geschichtspolitik mit 1848 von Bedeutung waren, in Deutschösterreich jedoch nur eine. Hinzu kommt, dass es in Deutschösterreich keine Parallelen zu den an die Paulskirche anknüpfenden Grundrechtsberatungen der Weimarer Nationalversammlung und der Flaggendebatte in der Weimarer Republik gab.

Der politische Kristallisationspunkt für die Geschichtspolitik der österreichischen Sozialdemokraten mit der 48er-Revolution war daher nahezu ausschließlich die Anschlussforderung. Aus diesen Gründen ergibt sich in dieser Studie zwischen dem Teil „Deutsches Reich“ und dem Teil „Republik Österreich“ eine Gewichtung von knapp drei zu eins. Weil jedoch die in der Zwischenkriegszeit im Mittelpunkt der Geschichtspolitik mit der 48er-Revolution stehende Anschlussforderung von der Annullierung der deutschösterreichischen Nationalversammlung am 12. November 1918 ausging, ist der Deutschösterreich gewidmete Teil der Arbeit dem Teil „Deutsches Reich“ vorangestellt.

⁴⁸ Vgl. Dieter Langewiesche, Deutschland und Österreich: Nationswerdung und Staatsbildung in Mitteleuropa im 19. Jahrhundert, in: GWU, 42 (1991), S. 754-766, hier: 754.

⁴⁹ Vgl. Herbert Steiner, Die Kommunistische Partei, in: Erika Weinzierl/Kurt Skalník (Hg.), Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik, Bd. 1, Graz/Wien/Köln 1983, S. 317-329, hier: 328.

Als Untersuchungszeitraum wurde die Zeit von 1918 bis 1933/34 gewählt, da nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten im Deutschen Reich 1933 und im 1934 auf die Erste Republik folgenden österreichischen Ständestaat mit dem Abdrängen der Sozialdemokraten und der Kommunisten in die Illegalität eine Geschichtspolitik mit 1848 nicht mehr stattfand. Auf das Jahr 1938, als das nationalsozialistische Deutsche Reich den „Anschluss“ mit einem militärischen Überfall auf Österreich vollzog, wird im Zusammenhang mit der Frage, inwiefern in diesem Jahr die 48er-Tradition zur Legitimierung des Anschlusses herangezogen wurde, in einem Ausblick einzugehen sein.

Forschungsstand

Auch der Forschungsstand zum Thema dieser Arbeit unterscheidet sich deutlich im Hinblick auf die Weimarer Republik und die Erste Republik Österreich. Für das Deutsche Reich liegen zunächst die erwähnten Arbeiten von Bouvier und die in der DDR erschienenen Aufsätze vor sowie eine kaum noch überschaubare Anzahl aus Anlass des 150. Jubiläums 1998 erschienener Aufsätze zur Revolutionstradition, die sich häufig auf das Gedenken in den großen Jubiläumsjahren der Revolution konzentrieren, und der ebenfalls zum 150. Revolutionsjubiläum erschienene Aufsatzband von Manfred Hettling.⁵⁰ Das Bundesarchiv gab

⁵⁰ Manfred Hettling, Totenkult statt Revolution. 1848 und seine Opfer, Frankfurt a. M. 1998; außerdem der Tagungsband: Michael Hepp (Hg.), Literatur und Revolution 1848/1918. Dokumentation der Tagung der Kurt-Tucholsky-Gesellschaft vom 28.–31.5.1998 in Weiler, Oldenburg 1998. Neben den in FN 8 bereits genannten Aufsätzen aus Anlass des 150. Revolutionsjubiläums die weiteren (für den Untersuchungszeitraum bis 1945): Manfred Hettling, Erlebnisraum und Ritual. Die Geschichte des 18. März 1848 im Jahrhundert bis 1948, in: Historische Anthropologie, 5 (1997), S. 417-434; ders., Die Toten und die Lebenden. Der politische Opferkult 1848, in: Christian Jansen/Thomas Mergel (Hg.), Die Revolutionen von 1848/49. Erfahrung – Verarbeitung – Deutung, Göttingen 1998, S. 54-74; ders., Nachmärz und Kaiserreich, in: Christof Dipper/Ulrich Speck (Hg.), 1848. Revolution in Deutschland, Frankfurt a. M./Leipzig 1998, S. 11-24; ders., Shattered Mirror. German Memory of 1848: From Spectacle to Event, in: Charlotte Tacke (Hg.), 1848. Memory and Oblivion in Europe, Brüssel u.a. 2000, S. 79-98; Martin Vogt, Weimar und die NS-Zeit, in: Dipper/Speck (Hg.), 1848, S. 25-34; Thomas Mergel, Sozialmoralische Milieus und Revolutionsgeschichtsschreibung. Zum Bild der Revolution von 1848/49 in den Subgesellschaften des deutschen Kaiserreichs, in: Jansen/Mergel (Hg.), Die Revolutionen von 1848/49, S. 247-267; Christoph Strupp, Erbe und Auftrag. Bürgerliche Revolutionserinnerung im Kaiserreich, in: HZ, 270 (2000), S. 309-343; Wolfram Siemann, Der Streit der Erben – deutsche Revolutionserinnerungen, in: Dieter Langewiesche (Hg.), Die Revolutionen von 1848 in der europäischen Geschichte. Ergebnisse und Nachwirkungen. Beiträge des Symposions in der Paulskirche vom 21. bis 23. Juni 1998, München 2000, S. 123-154; Robert Gildea, Mythen der Revolutionen von 1848, in: Dowe/Haupt/Langewiesche (Hg.), Europa 1848, S. 1201-1233; Lothar Gall, Die verfehlt Moderne? Das deutsche Bürgertum und die Revolution von 1848, in: Peter R. Weilemann/Hanns Jürgen Küsters/Günter Buchstab (Hg.), Macht und Zeitkritik. Festschrift für Hans-Peter Schwarz zum 65. Geburtstag (=Studien zur Politik, Bd. 34, hg. im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung), Paderborn u.a. 1999, S. 29-40; Günter Wollstein, Gedenken an 1848. Tradition im Wandel der Zeit, in: Bernd Rill (Hg.), 1848. Epochenjahr für Demokratie und Rechtsstaat in Deutschland (=Berichte und Studien der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. München, Bd. 77), München 1998, S. 311-345; Christina Klausmann/Ulrike Ruttman, Die Tradition der Märzrevolution. Ausblick, in: 1848. Aufbruch zur Freiheit. Eine Ausstellung des Deutschen Historischen Museums und der Schirn Kunsthalle Frankfurt zum 150-jährigen Jubiläum der Revolution von 1848/49. 18. Mai bis 18. September 1998 in der Schirn Kunsthalle Frankfurt, hg. v. Lothar Gall, Berlin 1998, S. 159-163 u. 268-270; Ludwig Richter, Die Nachwirkungen der Frankfurter Verfassungsdebatten von 1848/49 auf die Beratungen der Nationalversammlung 1919 über die Weimarer Verfassung, in: Heiner Timmermann (Hg.), 1848. Revolution in Europa. Verlauf, politische Programme, Folgen und Wirkungen

im Jahr 2006 einen Sammelband über Robert Blum heraus, der auch jeweils einen Aufsatz zum Blum-Mythos und zur Blum-Historiografie enthält.⁵¹ Zu nennen aber ist vor allem neben

(=Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Bd. 87), Berlin 1999, S. 441-466; Jürgen Elvert, Die Revolution von 1848/49 in der historiographischen Rezeption der Zwischenkriegszeit, in: ebd., S. 467-479; Ernst Schulin, Die deutschen Historiker und die Revolution von 1848/49, in: Der Staat, 38 (1999), S. 69-85; Hubert Wolf, Der deutsche Katholizismus als Kind der Revolution von 1848? Oder: Das ambivalente Verhältnis von katholischer Kirche und Freiheit, in: Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte, 19 (2000), S. 13-30; Françoise Forster-Hahn, The German experience of 1848. Imaging the Vormärz, the Revolution and its aftermath, in: Andrew Hemingway/William Vaughan (Hg.), Art in Bourgeois Society, 1790–1850, Cambridge 1998, S. 268-288; Philippe Alexandre, Die 1848er-Revolution, ihre Erben und die deutsch-französische Friedensbewegung, in: Geschichtswerkstatt (Hg.), Die Revolution hat Konjunktur. Soziale Bewegung, Alltag und Politik in der Revolution von 1848/49, zusammengestellt u. bearb. v. Margarete Lorinser/Roland Ludwig, Münster 1999, S. 215-338; Hans-Werner Hahn, Verdrängung und Vermächtnis. Die Revolution von 1848/49 in der Geschichtskultur der Deutschen, in: Klaus Ries (Hg.), Revolution an der Grenze. 1848/49 als nationales und regionales Ereignis (=Schriftenreihe Geschichte, Politik & Gesellschaft der Stiftung Demokratie Saarland, Bd. 4), St. Ingbert 1999, S. 23-45; Hans Hattenhauer, Kampf um ein Geschichtsbild. Die Märzgefallenen, in: Thomas Stamm-Kuhlmann u.a. (Hg.), Geschichtsbilder. Festschrift für Michael Salewski zum 65. Geburtstag (=Historische Mitteilungen, Bd. 47), Stuttgart 2003, S. 369-380; Walter Schmidt, Die Revolutionsrezeption an den Jubiläumsjahrestagen 1873 – 1898 – 1923, in: Helmut Bleiber/Rolf Dlubek/Walter Schmidt (Hg.), Demokratie und Arbeiterbewegung in der deutschen Revolution von 1848/49. Beiträge des Kolloquiums zum 150. Jahrestag der Revolution von 1848/49 am 6. und 7. Juni 1998 in Berlin, Berlin 2000, S. 243-278; ders., Wilhelm Liebknecht und die Tradition der Revolution von 1848/49, in: Wilhelm Liebknecht. Revolutionärer Demokrat und Sozialist (1826–1900). Wissenschaftliche Konferenz anlässlich seines hundertsten Todestages (=Pankower Vorträge, H. 31), Berlin 2001, S. 5-15; Hans Czihak, Der Kampf um die Ausgestaltung des Friedhofes der Märzgefallenen im Berliner Friedrichshain, in: Walter Schmidt (Hg.), Demokratie, Liberalismus und Konterrevolution. Studien zur deutschen Revolution von 1848/49, Berlin 1998, S. 549-561; Revolution im Südwesten. Stätten der Demokratiebewegung 1848/49 in Baden-Württemberg, hg. v. der Arbeitsgemeinschaft hauptamtlicher Archive im Städtetag Baden-Württemberg, Karlsruhe 1997; Erich Schneider, Erinnerungen an die badisch-pfälzische Revolution und die Pflege der 1848/49er-Tradition zwischen der Reichsgründung und dem Ende der Weimarer Republik, in: Der Rhein-Neckar-Raum und die Revolution von 1848/49. Revolutionäre und ihre Gegenspieler, hg. v. Arbeitskreis der Archive im Rhein-Neckar-Dreieck, Ubstadt-Weiher 1998, S. 327-356; ders., Revolutionsgedenken vor hundert Jahren, in: Die Pfälzische Revolution 1848/49, hg. i. A. der Stadt Kaiserslautern und des Bezirksverbands Pfalz von dems./Jürgen Keddigkeit, Kaiserslautern 1999, S. 213-224; ders., Pfälzische Sozialdemokratie und die 1848/49er-Tradition vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik, in: Manfred Geis/Gerhard Nestler (Hg.), Die pfälzische Sozialdemokratie. Beiträge zu ihrer Geschichte von den Anfängen bis 1948/49, Edenkoben 1999, S. 15-39; ders., Die „Pfälzische Volkszeitung“ Kaiserslautern und die demokratische Traditionspflege der bürgerlichen Linken in der Pfalz zwischen Reichsgründung und Erstem Weltkrieg, in: Jahrbuch der Hambach-Gesellschaft, 7 (1998/99), S. 121-167; Jan Merk, „Nationality Separates, Liberty Unites“? The Historical Commemoration of 1848/49 in Baden, a European Frontier Region, in: Axel Körner (Hg.), 1848. A European Revolution? International Ideas and National Memories of 1848, Houndmills u.a. 2000, S. 185-206; Hans Karl Rupp, Revolutionsgedenken in Baden – von der Weimarer Republik zur Bundesrepublik, in: 1848/49. Revolution der deutschen Demokraten in Baden, hg. v. Badischen Landesmuseum Karlsruhe, Baden-Baden 1998, S. 493 f.; Wilfried Reininghaus, Geschichtserinnerung und Geschichtsschreibung zur Revolution von 1848/49 in Westfalen, in: Westfälische Forschungen, 49 (1999), S. 21-68; Gilbert Krebs, Fontane et la révolution de 1848 ou Portrait de l'artiste en jeune homme, in: Theodor Fontane (1818–1898). Un promeneur dans le siècle. Etudes publiées sous la direction de Marc Thuret, Asnières 1999, S. 45-70; in den letzten Jahren außerdem: Wolfgang J. Mommsen, Die Paulskirche, in: Etienne François/Hagen Schulze (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 2, München 2001, S. 47-66; Dem Ideal der Freiheit dienen – ihrer Vorkämpfer gedenken. Festgabe für Wolfgang Michalka, hg. v. Förderverein Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, Rastatt 2003; Bettina Effner, Das schwierige Erbe der Revolution. Die Auseinandersetzung mit 1848/49 in liberaler Politik und Publizistik der Bismarckzeit, in: Winkler (Hg.), Griff nach der Deutungsmacht, S. 41-66; Daniel Bussenius, Eine ungeliebte Tradition. Die Weimarer Linke und die 48er-Revolution 1918–1925, in: ebd., S. 90-114; Rüdiger Hachtmann, Die Revolution von 1848 – Kulte um die Toten und die Lebenden, in: Zeitenblicke, 3 (2004), Nr. 1 (09.06.2004), URL: <<http://zeitenblicke.historicum.net/2004/01/hachtmann/index.html>>.

⁵¹ Rüdiger Hachtmann, Totenkulte und Ikonisierungen. Robert Blum und andere Revolutionshéroen in der Erinnerung, in: „Für Freiheit und Fortschritt gab ich alles hin.“ Robert Blum (1807–1848). Visionär, Demokrat, Revolutionär, hg. v. Bundesarchiv, bearb. v. Martina Jesse/Wolfgang Michalka, Berlin 2006, S. 169-176; Wolfgang Michalka, Der umstrittene Robert Blum. Forschungswege, in: ebd., S. 186-195.

der erwähnten umfangreichen Dissertation von Klemm über das Revolutionsgedenken in Berlin und Frankfurt am Main in den großen Jubiläumsjahren die äußerst wertvolle Studie von Michael Doering aus dem Jahr 2008 zur Darstellung der Revolutionen von 1848/49 in preußischen und bayerischen Schulgeschichtsbüchern im Kaiserreich, der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus.⁵²

Weitere zentrale Literatur für den reichsdeutschen Teil dieser Arbeit sind neben den erwähnten Publikationen zur Anschlussfrage die bereits in den 50er-Jahren erschienene Doktorarbeit von Alois Friedel über die politische Symbolik der Weimarer Republik und die vor einigen Jahren veröffentlichte Dissertation Bernd Buchners über die Rolle der Sozialdemokratie im Kampf um diese Symbolik.⁵³ Der große zeitliche Abstand zwischen diesen beiden Veröffentlichungen ist ein Hinweis darauf, dass die symbolische Seite republikanischer Politik in der Weimarer Republik, die ansonsten zu den am besten erforschten Epochen der deutschen Geschichte gehört, relativ wenig Aufmerksamkeit in der Geschichtswissenschaft gefunden hat. So gibt es bis heute keine Studie zum Flaggenstreit.

Vor dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989 erschienen zwei Aufsätze zur 48er-Tradition in Cisleithanien, der westlichen Hälfte der Habsburger-Doppelmonarchie, für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg: einer von Wolfgang Häusler aus dem Jahre 1981, der zwei Jahre zuvor eine Sozialgeschichte der Wiener 48er-Revolution vorgelegt hatte, und bereits Mitte der 70er-Jahre ein anderer von Gernot Stimmer über die Mythologisierung der Wiener 48er-Revolution als Modell einer Studentenrevolution.⁵⁴ Zum 150. Jubiläum der 48er-Revolution gab es in Österreich nichts Vergleichbares zu der Veröffentlichungswelle über die Revolution in der Bundesrepublik.⁵⁵ Insgesamt ist im zeitlichen Umfeld des Jubiläums ein gutes halbes Dutzend hier relevanter Aufsätze zur Nachwirkung der Revolution veröffentlicht worden. Die beiden

⁵² Michael Doering, *Das sperrige Erbe. Die Revolutionen von 1848/49 im Spiegel deutscher Schulgeschichtsbücher (1890–1945)*, Münster u.a. 2008.

⁵³ Alois Friedel, *Die politische Symbolik in der Weimarer Republik*, phil. Diss., Marburg 1956; Bernd Buchner, *Um nationale und republikanische Identität. Die deutsche Sozialdemokratie und der Kampf um die politischen Symbole in der Weimarer Republik (=Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 57)*, Bonn 2001.

⁵⁴ Gernot Stimmer, *Die Mythologisierung der Revolution von 1848 als Modell einer Studentenrevolution*, in: *Student und Hochschule im 19. Jahrhundert. Studien und Materialien (=Studien zum Wandel von Gesellschaft und Bildung im 19. Jahrhundert, Bd. 12)*, Göttingen 1975, S. 243-302; Wolfgang Häusler, *„Noch sind nicht alle Märsen vorbei ...“ Zur politischen Tradition der Wiener Revolution von 1848*, in: Isabella Ackerl/Walter Hummelberger/Hans Mommsen (Hg.), *Politik und Gesellschaft im alten und neuen Österreich. Festschrift für Rudolf Neck zum 60. Geburtstag*, München 1981, S. 85-108.

⁵⁵ Von den auch schon zahlreichen Sammelrezensionen seien nur genannt: Rüdiger Hachtmann, *150 Jahre Revolution von 1848. Festschriften und Forschungserträge*, 1. Teil, in: AfS, 39 (1999), S. 447-493, 2. Teil, in: AfS, 40 (2000), S. 337-401; ders., *Nachlese: Bemerkungen zu einigen Neuerscheinungen zur Revolution von 1848/49*, in: NPL, 47 (2002), S. 224-248.

Sammelbände mit den wichtigeren dieser Aufsätze erschienen auffälligerweise erst in den Jahren 2001 und 2003.⁵⁶

Besonders wichtig für diese Arbeit sind außerdem einige Veröffentlichungen zur politischen Kultur in Österreich im Allgemeinen und in der Ersten Republik im Besonderen, die seit dem Jahr 1990 erschienen sind, darunter vor allem zwei Aufsätze von Ernst Hanisch.⁵⁷ An dieser Stelle ist anzumerken, dass der 48er-Revolutionsmythos in Ungarn, der dort eine wichtigere Rolle spielt als in jedem anderen Land, *nicht* zum Thema dieser Arbeit gehört. Ungarn hatte in der 48er-Revolution in der Habsburgermonarchie eine ganz zentrale Rolle gespielt und auch die Initialzündung für die Wiener Revolution gegeben, aber nach der Auflösung der Monarchie 1918 hatte Ungarn in der Geschichtspolitik mit der 48er-Revolution in Deutschösterreich nur noch ganz am Rande eine Bedeutung.⁵⁸

⁵⁶ Wolfgang Häusler, Die Wiener ‚Märzgefallenen‘ und ihr Denkmal. Zur politischen Tradition der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848, in: Barbara Haider/Hans Peter Hye (Hg.), 1848. Ereignis und Erinnerung in den politischen Kulturen Mitteleuropas, Wien 2003, S. 251-275; Hubert Lengauer, Exil, Verdrängung, Verblassen. Die Revolution von 1848 in der österreichischen Literatur, in: ebd., S. 277-301; Eckart Früh, Geduld ihr Brüder! Sozialistische Gedichte zum März 1848. Vaterländische und nationalsozialistische zum März 1938, in: Hubert Lengauer/Primus Heinz Kucher (Hg.), Bewegung im Reich der Immobilität. Revolutionen in der Habsburgermonarchie 1848–1849. Literarisch-publizistische Auseinandersetzungen (=Literaturgeschichte in Studien und Quellen, Bd. 5), Wien/Köln/Weimar 2001, S. 496-522; Ernst Bruckmüller, Die österreichische Revolution von 1848 und der Habsburgermythos des 19. Jahrhunderts, in: ebd., S. 1-33; James Kaye/Isabella Matauscek, A Problematic Obligation: Commemorating the 1848 Revolution in Austria, in: Tacke (Hg.), 1848, S. 99-122; Susanne Böck, Radetzkymarsch und Demokratie. Zur politischen Rezeption der Revolution von 1848, in: 1848. Das ‚tolle Jahr‘. Chronologie einer Revolution. 241. Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien, 24. September bis 29. November 1998, Wien 1998, S. 140-147; Steven Beller, Das Licht der Welt. Der 1848-Mythos und die Emanzipationsideologien, in: Sigmund Paul Scheichl/Emil Brix (Hg.), ‚Dürfen’s denn das?‘ Die fortdauernde Frage zum Jahr 1848 (=Reihe Civil Society der Österreichischen Forschungsgemeinschaft, Bd. 3), Wien 1999, S. 169-188; Der Reichstag von Kremsier 1848–1849 und die Tradition des Parlamentarismus in Mitteleuropa. Sammelband mit Beiträgen der gleichnamigen internationalen Konferenz veranstaltet im Rahmen der Feierlichkeiten anlässlich des 150. Jahrestages des Reichstages von Kremsier, Kremsier 1998.

⁵⁷ Ernst Hanisch, Das Fest in einer fragmentierten politischen Kultur. Der österreichische Staatsfeiertag während der Ersten Republik, in: Detlef Lehnert/Klaus Megerle (Hg.), Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1990, S. 43-60; ders., ‚An erlaubten G’spaß – ka Silb’n Politik?‘ Die historischen Grundlagen der politischen Kultur in Österreich, in: Peter Bettelheim/Robert Harauer (Hg.), Ostcharme mit Westkomfort. Beiträge zur politischen Kultur in Österreich, Wien 1993, S. 15-41; Gustav Spann, Zur Geschichte von Flagge und Wappen in der Republik Österreich, in: Norbert Leser/Manfred Wagner (Hg.), Österreichs politische Symbole. Historisch, ästhetisch und ideologiekritisch beleuchtet, Wien/Köln/Weimar 1994, S. 37-64; Robert Kriechbaumer, Die großen Erzählungen der Politik. Politische Kultur und Parteien in Österreich von der Jahrhundertwende bis 1945 (=Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg, Bd. 12), Wien/Köln/Weimar 2001.

⁵⁸ Vgl. András Gergely, Im Mittelpunkt aller Traditionen. Ungarn und sein 1848, in: Haider/Hye (Hg.), 1848, S. 159-169.

Quellen

Quellenbasis für diese Arbeit sind Zeitungen und Zeitschriften, Parlaments- und Parteitageprotokolle, Schriften, Quelleneditionen und autobiografische Literatur sowie Aktenmaterialien zur Paulskirchenfeier 1923. Für das Deutsche Reich wurden die folgenden Zeitungen herangezogen: die Zentralorgane der drei Arbeiterparteien, MSPD bzw. SPD, USPD und KPD, *Vorwärts*, *Freiheit* und *Rote Fahne*, die drei großen linksliberalen Tageszeitungen der Weimarer Republik, das *Berliner Tageblatt* und die gleichfalls in Berlin erscheinende *Vossische Zeitung* sowie die ganz besonders in der 48er-Tradition stehende *Frankfurter Zeitung*;⁵⁹ außerdem die ganz am linken Rand des Liberalismus stehende, fast schon sozialdemokratische *Berliner Volkszeitung*, die ebenfalls stark in der 48er-Tradition verwurzelt war; weiterhin die zentrumsnahe *Germania*, die der Deutschen Volkspartei nahestehende *Deutsche Allgemeine Zeitung*, im Spektrum der Deutschnationalen Volkspartei die *Deutsche Tageszeitung* und ergänzend die *Neue Preußische Zeitung*, bekannter als die *Kreuzzeitung*, sowie das nationalsozialistische Zentralorgan *Völkischer Beobachter*.⁶⁰

Ursprünglich war im Rahmen dieser Arbeit geplant, in der Darstellung im Hinblick auf das Deutsche Reich auch regionale Schwerpunkte auf Regionen zu setzen, die in der 48er-Revolution eine besondere Rolle gespielt hatten, etwa auf Baden, Sachsen und Schleswig-Holstein, zumal in Schleswig-Holstein aufgrund des Verlusts schleswigschen Gebiets an Dänemark nach dem Ersten Weltkrieg eine politische Aktualität der 48er-Revolutionserinnerung gegeben zu sein schien. Ein erster Zugang über sozialdemokratische Regionalzeitungen, den *Volksfreund* aus Karlsruhe, die *Leipziger Volkszeitung* und die *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* hat jedoch ergeben, dass es in diesen Regionen kein besonders stark ausgeprägtes und ein regionalspezifisches 48er-Revolutionsgedenken kaum gab.⁶¹ In Baden fand 1923/24 ein Gedenken an die 48er-Revolution fast überhaupt *nicht*

⁵⁹ Vgl. Detlef Lehnert, ‚Staatspartei der Republik‘ oder ‚revolutionäre Reformisten‘? Die Sozialdemokraten, in: Detlef Lehnert/Klaus Megerle (Hg.), Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur der Weimarer Republik, Opladen 1989, S. 89-113, hier: 92; Manfred Gailus, ‚Seid bereit zum Roten Oktober in Deutschland!‘ Die Kommunisten, in: ebd., S. 61-88, hier: 63; Elfi Bendikat, ‚Wir müssen Demokraten sein‘. Der Gesinnungsliberalismus, in: ebd., S. 139-158, hier: 140 f.

⁶⁰ Vgl. Georg Kotowski, Auf dem Boden der gegebenen vollendeten Tatsachen! Der politische Katholizismus, in: ebd., S. 159-180, hier: 164 f.; Megerle, Aus dem Gefühl der Defensive erwächst keine Führung. Gesellschaftliche Elitegruppen am Beispiel der Industriellen, in: ebd., S. 207-230, hier: 210; Jürgen Bergmann, ‚Das Land steht rechts!‘ Das ‚agrarisches Milieu‘, in: ebd., S. 181-206, hier: 181 f.; Gerhard Paul, Der Sturm auf die Republik und der Mythos vom ‚Dritten Reich‘. Die Nationalsozialisten, in: ebd., S. 255-279, hier: 256-258.

⁶¹ Vgl. Klemm, Erinnert – umstritten – gefeiert, S. 591.

statt.⁶² Deshalb wurde von der Auswertung weiterer Regionalzeitungen für die genannten Regionen abgesehen.

Der Befund, dass es in der Weimarer Republik kaum ein regional ausdifferenziertes Revolutionsgedenken gab, deckt sich mit den Ergebnissen der Studie von Doering über die Darstellung von 1848 in Schulgeschichtsbüchern. Demnach schenken die Schulbücher der Weimarer Republik den regionalen Schauplätzen der 48er-Revolution weit weniger Beachtung als noch diejenigen des Kaiserreichs.⁶³ Dennoch werden die drei ausgewerteten sozialdemokratischen Regionalzeitungen punktuell in dieser Arbeit benutzt. Darüber hinaus wird der Umgang der *Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung* mit der schleswig-holsteinischen Erhebung von 1848 in einem kleinen Abschnitt analysiert, weil das auch für die Einordnung der sozialdemokratischen Position in der Anschlussfrage erhellend ist. Ein einseitiges Übergewicht sozialdemokratischer Zeitungen ist dadurch nicht gegeben, weil auch vier linksliberale Zeitungen ausgewertet wurden. Bei den Kommunisten war aufgrund ihrer Fixierung auf das großstädtische Proletariat, ihrer Haltung in nationalen Fragen und der abfälligen Haltung von Marx und Engels gegenüber der badisch-pfälzischen Revolution von 1849 ein regionalspezifisches Revolutionsgedenken in diesen Regionen nicht zu erwarten.

Für Deutschösterreich wurden die folgenden Zeitungen ausgewertet: das Zentralorgan der Sozialdemokratie, die *Arbeiterzeitung*, die großbürgerliche *Neue Freie Presse*, die ab 1924 erscheinenden *Wiener Neuesten Nachrichten*, die ab 1925 als Organ der Großdeutschen fungierten, sowie die christlichsoziale *Reichspost*. Weil es in Deutschösterreich nahezu ausschließlich die Sozialdemokraten waren, die Geschichtspolitik mit der 48er-Revolution betrieben, steht die *Arbeiterzeitung* als Quelle ganz im Vordergrund. Die sozialdemokratische Regionalpresse hatte in der Ersten Republik keine besondere Bedeutung und wurde daher auch *nicht* ausgewertet.⁶⁴

Die Auswertung der Zeitungen erfolgte für die Monate Oktober 1918 bis Anfang Februar 1919 vollständig, anschließend bei besonderen politischen Anlässen, die einen Bezug auf 1848 vermuten ließen, sowie jährlich an den Gedenktagen der Revolution, für das Reich am

⁶² Vgl. Rupp, Revolutionsgedenken in Baden – von der Weimarer Republik zur Bundesrepublik, S. 493 f.; auch: Jan Merk, „Nationality Separates, Liberty Unites“?, S. 192-194.

⁶³ Vgl. Doering, Das sperrige Erbe, S. 326, 330 f., 518.

⁶⁴ Vgl. Kurt Paupié, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte 1848–1959, Bd. 1, Wien 1960, S. 83 f., 88-93, 97-101, 111 f., 144-150; Fritz Csoklich, Presse und Rundfunk, in: Weinzierl/Skálnik (Hg.), Österreich 1918–1938, Bd. 2, Graz/Wien/Köln 1983, S. 715-730, hier: 717, 722.

18. März und 18. Mai, für Deutschösterreich am 13. März und gleichfalls am 18. Mai. Daneben konnte die *Vossische Zeitung* auch mittels einer elektronischen Volltextsuche erschlossen werden, die der Verlag de Gruyter seit 2010 für den gesamten Zeitraum der Weimarer Republik ermöglicht.

Von den ausgewerteten Zeitschriften haben die folgenden vier ganz besondere Bedeutung für das Thema dieser Arbeit: im Deutschen Reich das gleichnamige Zentralorgan des 1924 gegründeten Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, der von den Parteien der Weimarer Koalition gemeinsam getragen, aber von den Sozialdemokraten dominierten Republikschutzorganisation, und die von drei Politikern der Weimarer Koalitionsparteien 1926 gegründete Zeitschrift *Deutsche Republik*; in Deutschösterreich die Zeitschrift *Der Kampf*, das Debattenorgan der Sozialdemokratie, in dem 1918 eine für diese Arbeit zentrale Auseinandersetzung stattfand, und die Zeitschrift *Schutzbund* des gleichnamigen Republikschutzverbandes in Deutschösterreich, der im Unterschied zu seinem reichsdeutschen Pendant, dem Reichsbanner, eine rein sozialdemokratische Organisation war.

Gliederung

Hinsichtlich der Gliederung der Arbeit wurde bereits begründet, warum der Teil „Republik Österreich“ dem Teil „Deutsches Reich“ vorangestellt ist. Beide Teile beginnen mit einem beziehungsweise zwei kurzen Kapiteln über die Geschichtspolitik mit der 48er-Revolution im Weltkrieg, um zu zeigen, dass auch unter diesen Umständen diese Tradition in der Sozialdemokratie als eine alternative Vorstellung davon, wie die politischen Verhältnisse zu gestalten waren, weiterlebte. Im Teil „Österreich“ gehört dazu vor allem auch die so wichtige Debatte im *Kampf*, die eingangs in einem eigenen Kapitel geschildert wird. Anschließend an die beiden Eingangskapitel wird in diesem Teil der Arbeit in erster Linie die sozialdemokratische Geschichtspolitik mit 1848 in den Revolutionsmonaten und in der Ersten Republik dargestellt. Schwerpunkte bilden dabei neben der Anschlussforderung die Fortführung der Märztradition, Straßenumbenennungen und Denkmalssetzungen in Wien und das Jubiläumsjahr 1923.

Im Teil „Deutsches Reich“ wird nach dem Kapitel zum Weltkrieg zunächst auf die Geschichtspolitik mit 1848 im Zeitraum von Anfang Oktober 1918 bis zum Zusammentritt der Weimarer Nationalversammlung Anfang Februar 1919 eingegangen und dann auf die Rolle der 48er-Revolutionserinnerung in den Verfassungsberatungen der National-

versammlung, die insbesondere in den ersten großen Aussprachen nach der Regierungserklärung der neuen Reichsregierung und der Vorstellung ihres Verfassungsentwurfs im Februar und März 1919 und bei den Beratungen über den Flaggenartikel und den Grundrechtsteil des Verfassungsentwurfs eine große Bedeutung hatte.

Auch anschließend folgt die Arbeit einem chronologischen Aufbau. Das Fortleben des Märzgedenkens und die wiederholten Flaggendebatten der Weimarer Republik werden nicht in separaten Abschnitten dargestellt, sondern streng chronologisch, weil so die Entwicklung des politischen Klimas besser eingefangen werden kann. Besondere Schwerpunkte bilden die Jubiläumsjahre 1923 und 1928 sowie das Ferdinand-Freiligrath- und Carl-Schurz-Gedenken 1926 und 1929. Im Sinne von Edgar Wolfrums Charakterisierung von Geschichtspolitik werden die Historiker mit ihren Arbeiten und Stellungnahmen zur 48er-Revolution nicht in einem eigenen ausführlichen Kapitel behandelt. Soweit Historiker zum Beispiel unter dem Eindruck der Revolution von 1918/19 die 48er-Revolution neu deuteten oder in deren 75. Jubiläumsjahr 1923 Artikel über diese Revolution schrieben, werden diese Beiträge in den entsprechenden Kapiteln dieser Arbeit berücksichtigt.

Dieser Ansatz ist vor allem auch deshalb gerechtfertigt, weil Valentins große Geschichte der 48er-Revolution erst 1930/31 erschien, als mit dem Scheitern der letzten parlamentarischen Reichsregierung im März 1930 einer die Republik legitimierenden Geschichtspolitik mit 1848 bereits in hohem Maße die Grundlage entzogen war. Valentins Melancholie darüber ist dem 1931 erschienenen zweiten Band an prominenten Stellen anzumerken. In den ersten Jahren nach dem Weltkrieg ist keine historische Arbeit erschienen, die die Geschichtspolitik mit der 48er-Revolution in der Weimarer Republik oder der Ersten Republik entscheidend beeinflusst hätte.⁶⁵ Daher erschien es als sinnvoll, Urteile Valentins in seiner Revolutionsgeschichte, die in der Kontinuität der Geschichtspolitik mit 1848 in der Weimarer Republik stehen, an entsprechender Stelle in die Arbeit einfließen zu lassen und die bis heutige gültige Darstellung ansonsten als ein Referenzwerk für diese Arbeit zu benutzen.⁶⁶

⁶⁵ Der Historiker Bernd Faulenbach konstatiert, dass abgesehen von einer gewissen Aktualität der Bundesstaatsidee der Achtundvierziger die Verfassung von 1849 und andere Konzepte des Revolutionsjahres zu keinem Zeitpunkt in der Weimarer Zeit, auch *nicht* in der Revolution von 1918/19, eine Leitbildfunktion für die meinungsführenden Historiker besessen habe. Vgl. Faulenbach, *Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus*, München 1980, S. 209.

⁶⁶ Vgl. Schulin, *Die deutschen Historiker und die Revolution von 1848/49*, S. 81.

Da jedoch sowohl von zwei prominenten konservativen reichsdeutschen Historikern als auch einem prominenten konservativen österreichischen Historiker zwischen Mitte der 20er- und Anfang der 30er-Jahre zwei Aufsätze und eine Monografie zur 48er-Revolution beziehungsweise deren historischem Gegenpol erschienen, erschien es angebracht, in einem kleinen Exkurs diese Arbeiten gemeinsam zu behandeln, bevor anschließend in einem knappen Ausblick in einem fünften Teil auf das Jahr 1938, den „Anschluss“ Österreichs und die Frage, welche Rolle die 48er-Tradition in diesem Zusammenhang spielte, eingegangen wird. Darauf folgt ein ausführliches Schlusskapitel.

Auf eine historische Schilderung der deutschen 48er-Revolution wird in dieser Einleitung verzichtet. Zum einen handelt es sich bei dieser Arbeit um eine akademische Qualifikationsarbeit, sodass es als nicht unbedingt erforderlich erscheint, die Grundzüge der Revolution zu schildern, zum andern – und entscheidender – aber ist wie oben bereits erläutert der geschichtspolitische Umgang mit der Vergangenheit hoch selektiv. Ziel von Geschichtspolitik ist es nicht, der Vergangenheit gerecht zu werden, sondern politisches Kapital zu mehren und die eigenen politischen Vorstellungen durchzusetzen. Daher erschien es angemessener, im Verlauf der Darstellung – zum Beispiel in Situationen, in denen umstritten war, wie es denn nun eigentlich gewesen ist, oder in denen historisch falsche Tatsachenbehauptungen erhoben wurden – den Stand der historischen Forschung einfließen zu lassen.

Aus der Strukturierung der Arbeit ergibt sich, dass wenn reichsdeutsche und deutschösterreichische Politiker jeweils im anderen Staat politisch aktiv wurden, sei es durch einen öffentlichen Auftritt, sei es durch die Veröffentlichung eines Zeitungs- oder Zeitschriftenartikels, dies nach dem Ort der Handlung den Abschnitten Deutschösterreich und Deutsches Reich zugeordnet wurde. Solches grenzüberschreitendes politisches Engagement gab es in nennenswertem und politisch bedeutendem Umfang.

Zu nennen sind zunächst diejenigen Deutschösterreicher, die in der Zwischenkriegszeit in der reichsdeutschen Sozialdemokratie hohe Positionen innehatten, wie der Chefredakteur des Zentralorgans *Vorwärts*, Friedrich Stampfer, und Rudolf Hilferding, der zunächst der Chefredakteur des Zentralorgans der Unabhängigen Sozialdemokraten war, ab Mitte der 20er-Jahre als Cheftheoretiker der SPD fungierte und in der Reichsregierung Hermann Müllers ab 1928 für eineinhalb Jahre das Amt des Finanzministers bekleidete; außerdem der

deutschösterreichische Sozialdemokrat Ludo M. Hartmann, der als Gesandter der Republik Deutschösterreich in Berlin von 1918 bis 1920 seine Aufgabe einzig und allein in der Durchsetzung des Anschlusses sah und mit beratender Stimme an der verfassungsgebenden Weimarer Nationalversammlung teilnahm. Daneben waren es vor allem Anschlusskundgebungen, die Politiker zu Auftritten im jeweils anderen Staat führten. Von österreichischer Seite engagierten sich dabei vor allem die Sozialdemokraten Karl Renner, Julius Deutsch und General Körner, von reichsdeutscher Seite vor allem der Sozialdemokrat und Reichstagspräsident Paul Löbe, sein Parteifreund Carl Severing, aber auch der demokratische Politiker Theodor Heuß.

Zur Terminologie ist zu bemerken, dass diese Arbeit für die Republik Österreich in der Zwischenkriegszeit nahezu durchgehend den Begriff Deutschösterreich gebraucht. Im Zuge des Friedensschlusses von 1919 zwangen die Alliierten die Republik Deutsch-Österreich zwar, sich fortan offiziell Republik Österreich zu nennen. Da aber in den herangezogenen Quellen auch nach der erzwungenen Namensänderung zumeist von Deutschösterreich die Rede ist, erscheint die Benutzung dieser Bezeichnung, soweit sie in den Quellen gebraucht wird, im Sinne einer quellennahen Sprache als angemessen.⁶⁷

⁶⁷ Vgl. Gerald Stourzh, Erschütterung und Konsolidierung des Österreichbewusstseins. Vom Zusammenbruch der Monarchie zur Zweiten Republik, in: Richard G. Plaschka/Gerald Stourzh/Jan Paul Niederkorn (Hg.), Was heißt Österreich? Inhalt und Umfang des Österreichbegriffs vom 10. Jahrhundert bis heute (=Archiv für österreichische Geschichte, Bd. 136), Wien 1995, S. 289-311, hier: 297.

II. Republik Österreich

1. Die Auseinandersetzung um das Nationalitätenprogramm der sozialdemokratischen Linken 1918

Gegen Ende des Ersten Weltkriegs zeichnete sich der bevorstehende Zusammenbruch des habsburgischen Vielvölkerstaates deutlich ab. Der Krieg hatte die seit langem bestehenden Nationalitätenkonflikte, die bereits vor 1914 den Reichsrat der cisleithanischen Reichshälfte lahmgelegt hatten, in einem solchen Ausmaß verschärft, dass ihre Lösung im Rahmen der Habsburger-Doppelmonarchie unmöglich wurde. Die Kriegskonstellation zwang viele der slawischen Nationalitäten und die Italiener der Monarchie gegen eine Koalition von Feindstaaten zu kämpfen, in deren Reihen auch nationale Brüder standen, und die Verwaltung des Reiches durch das österreichische Militär während des Krieges – auch Zivilpersonen wurden der Militärgerichtsbarkeit unterstellt – nahm infolgedessen in den nicht deutschen Gebieten Züge einer Kolonialherrschaft an. Daher sahen die slawischen Nationalitäten, allen voran die Tschechen, in dem Krieg zunehmend die Gelegenheit, sich vom Vielvölkerstaat loszureißen und die nationale Unabhängigkeit zu erringen.¹

In dieser Situation verfasste der linke Flügel der deutschen Sozialdemokraten in Österreich, der von Otto Bauer und Friedrich Adler geführt wurde – Letzterer befand sich zu dieser Zeit allerdings in Haft –, Anfang 1918 während des „Jännerstreiks“ der Industriearbeiter das „Nationalitätenprogramm der ‚Linken‘“, das dann im Aprilheft des „*Kampfs*“, des Theorieorgans der Partei, veröffentlicht wurde.² Adler hatte mit der Erschießung des Ministerpräsidenten Graf Stürgkh am 21. Oktober 1916 ein Fanal gesetzt, das nach mehr als dreijähriger Unterbrechung im Mai 1917 die Wiedereinberufung des Parlaments nach sich gezogen hatte, Bauer war im September 1917 aus russischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt.³ Mit ihrem neuen Nationalitätenprogramm verabschiedete sich die

¹ Vgl. Rudolf Neck, Österreich in der revolutionären Epoche von 1917 bis 1920, in: Erich Zöllner (Hg.), Revolutionäre Bewegungen in Österreich, Wien 1981, S. 129-140, hier: 132-134; Fritz Kaufmann, Sozialdemokratie in Österreich, Wien/München 1978, S. 57, 60, 65; Istvan Deak, Shades of 1848. War, Revolutions and Nationality Conflict in Austria-Hungary, 1914–1920, in: Charles L. Bertrand (Hg.), Revolutionary Situations in Europe, 1917–1922. Germany, Italy, Austria-Hungary, Montréal 1977, S. 87-94, hier: 88.

² Vgl. Ein Nationalitätenprogramm der ‚Linken‘, in: Der Kampf. Sozialdemokratische Zeitschrift, 11 (1918), S. 269-274. Zur Auseinandersetzung um das Nationalitätenprogramm der Linken und zu seiner Durchsetzung in der deutschen Sozialdemokratie in Österreich im Laufe des Jahres 1918 siehe: Ernst Panzenböck, Die Weichenstellung in der österreichischen Sozialdemokratie für die Republik und den Anschlussgedanken, in: Österreich in Geschichte und Literatur, 30 (1986), S. 4-17; Miller, Das Ringen um ‚die einzige großdeutsche Republik‘, S. 3-15, 19.

³ Wolfgang Häusler berichtet ein interessantes Detail aus der Gerichtsverhandlung gegen Adler: „Noch vor dem Ausnahmegericht begründete Friedrich Adler seine Politisierung schon im Kindesalter mit der Teilnahme an den

sozialdemokratische Linke vom bestehenden Nationalitätenprogramm der Partei, wie es 1899 auf dem Parteitag in Brünn niedergelegt worden war. Das Brünner Programm hatte – in der Tradition des ethnischen Föderalismuskonzepts aus der 48er-Revolution stehend – auf eine Lösung des Nationalitätenproblems im Rahmen des Vielvölkerstaates gezielt, indem es die kulturelle Autonomie für die Nationalitäten forderte.⁴

Angeichts des wirtschaftlichen und kulturellen Aufstiegs der andern Nationen sowie der Entwicklung im Krieg ging das Nationalitätenprogramm der Linken Anfang 1918 davon aus, dass der Vielvölkerstaat unhaltbar geworden war und dass die slawischen und romanischen Völker Österreich-Ungarns zur staatlichen Unabhängigkeit gelangen würden. Zwar sollten gemäß dem Programm die entstehenden Nachfolgestaaten ihre Beziehungen untereinander mit Verträgen regeln, gleichzeitig tauchte aber bereits sehr deutlich der Gedanke auf, die deutschen Gebiete der Monarchie mit dem Deutschen Reich zu vereinigen. In diesem Zusammenhang erinnerte das Programm daran, dass den Deutschen bisher die nationale Einheit verwehrt geblieben sei, und gab die Schuld daran den Fürsten und der Bourgeoisie:

„Die bürgerliche Revolution von 1848 hat die Einheit des deutschen Volkes verwirklichen wollen. Hatten die Fürsten Deutschland gespalten, so sollte die Demokratie Deutschland einigen. Eine deutsche Republik sollte alle deutschen Stämme zu einem demokratischen Gemeinwesen vereinen. Aber die deutsche Revolution scheiterte an der Selbstsucht der Bourgeoisie, die hinter den Bajonetten der Fürsten Schutz suchte gegen das Proletariat.

Die deutsche Frage wurde gelöst nicht durch die Fäuste der deutschen Arbeiter, sondern durch die Bajonette der preußischen Soldaten. Das neue Deutsche Reich wurde aufgerichtet unter der

Märzfeiern an der Seite des Vaters, so 1886: Der Vater ‚erklärte mir damals im Wagen die Bedeutung des Parlamentarismus und des revolutionären Kampfes für ihn. Die damalige Demonstration, an der etwa 250 Personen teilnahmen und ein beinahe ebenso großes Aufgebot an Polizei anwesend war, wobei jede Rede und jeder Ruf verboten war, machte auf mich den stärksten Eindruck, der noch erhöht wurde, als eine Verhaftung wegen eines Rufes erfolgte und mein Vater mit mir zur Polizei ging, um den Verhafteten loszubekommen.‘ Emma Adler berichtete über den damals sechsjährigen Sohn: ‚Er stand im Vorzimmer und durfte den Kranz mit den roten Schleifen tragen. Ich war erkältet und konnte nicht mitgehen, das Kind war so ungehalten, dass es mir absolut nicht Adieu sagen wollte.‘“ Häusler, Die Wiener ‚Märzgefallenen‘ und ihr Denkmal. Zur politischen Tradition der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848, S. 266 f.

⁴ Zum Brünner Nationalitätenprogramm siehe: Hans Mommsen, Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat, Bd. 1: Das Ringen um die supranationale Integration der cisleithanischen Arbeiterbewegung (1867–1907), Wien 1963, S. 314–338; Karl R. Stadler, Die Gründung der Republik, in: Weinzierl/Skalknik (Hg.), Österreich 1918–1938, Bd. 1, S. 55–83, hier: 61 f. Gerald Stourzh urteilt über den nie verwirklichten Verfassungsentwurf des Reichstags von Kremsier 1849: „Die Anerkennung der Gleichberechtigung der Nationalitäten als Verfassungsgrundsatz ist das politisch gewichtigste Erbe der 1848er-Revolution bis zum Zusammenbruch Altösterreichs gewesen.“ Stourzh, ‚Gleiche Rechte‘. Die Grundrechtsdiskussion von 1848 und ihre Entsprechung im Postulat der nationalen Gleichberechtigung, in: Scheichl/Brix (Hg.), ‚Dürfen’s denn das?‘, S. 77–84, hier: 81.

Herrschaft des Königs von Preußen. Mit Österreich wurden auch 10 Millionen Deutsche aus dem Deutschen Bunde ausgeschlossen.“⁵

Das Programm verknüpfte den Gedanken der Befreiung der nicht deutschen Nationen mit dem der Einheit und Freiheit der Deutschen. Die Sozialdemokratie, die auf dem Boden der Demokratie stehe, könne die politischen und sozialen Vorrechte der deutschen Bourgeoisie in Österreich nicht verteidigen und den nicht deutschen Nationen das Selbstbestimmungsrecht nicht verweigern. Indem sie aber die Befreiungsbestrebungen der nicht deutschen Nationen unterstütze, „bereitet sie die Einheit und Freiheit der deutschen Nation, die Vereinigung aller Deutschen in einem demokratischen Gemeinwesen vor“.⁶

Nicht der geringste Zweifel an der Zielsetzung des Nationalitätenprogramms der Linken konnte bestehen, wenn man einen bereits im Vorjahr unter der Überschrift „Würzburg und Wien“ im *Kampf* erschienenen Artikel zu den Parteitag der Mehrheitssozialdemokraten im Deutschen Reich und der deutschen Sozialdemokraten in Österreich 1917 hinzuzog, der an Bedeutung schwerlich zu überschätzen war. Otto Bauer hatte ihn verfasst; signiert war er mit „O. B.“. Der Artikel war eine schneidende Abrechnung mit der Politik der revisionistischen deutschösterreichischen Parteimehrheit im Kriege, zumal der von Karl Renner, erklärte unzweideutig, dass die slawischen Nationalitäten nicht weniger anstrebten als die volle nationale Souveränität, und verlangte die Rückkehr der seit Brünn schwarz-gelb gewordenen deutschen Sozialdemokratie in Österreich zum ursprünglichen großdeutschen Programm.

Bauer hob an:

„Die deutsche Sozialdemokratie ist vor einem halben Jahrhundert als eine revolutionäre Partei entstanden. Durch eine proletarische Revolution das preußisch-deutsche Kaisertum zu stürzen, auf seinen Trümmern ein Gemeinwesen der deutschen Nation – der *ganzen* deutschen Nation! – aufzurichten, in ihm die Diktatur des Proletariats herzustellen und die politische Macht zur Zerstörung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu gebrauchen, das war das Ziel, das *Karl Marx* und *Friedrich Engels* der deutschen Arbeiterklasse gewiesen haben. Diesem Ziel

⁵ Ein Nationalitätenprogramm der ‚Linken‘, S. 272. Das hier und im Folgenden entfaltete Geschichtsbild der Linken entspricht vollständig dem, was Otto Bauer 1910 zum siebzigsten Geburtstag von August Bebel im *Kampf* geschrieben hatte. Bauer, Ein Festtag der deutschen Demokratie (Der Kampf, 3 {1909/10}), in: ders., Werkausgabe, Bd. 8, Wien 1980, S. 330-342.

⁶ Ein Nationalitätenprogramm der ‚Linken‘, S. 273. Im Deutschen Reich war bereits 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei in scharfer Ablehnung von Annexionen für das Selbstbestimmungsrecht der Völker eingetreten, von dem in der Friedensresolution der Mehrheitsparteien im Reichstag vom Juli 1917 mit keinem Wort die Rede war. Vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, S. 124.

strebten die Massen zu, die, von Wilhelm *Liebknecht* und August *Bebel* geführt, das große Werk der Organisierung der deutschen Arbeiterklasse begonnen haben.“⁷

Wegen der widrigen Umstände – Bauer zählte dazu auch, dass der deutschen Arbeiterklasse eine „große revolutionäre Überlieferung“ fehle – sei die Revolution zunächst aber unmöglich gewesen, und die Partei habe sich auf Werbe- und Organisationsarbeit beschränken müssen. Über Jahrzehnten solcher Arbeit sei den Parteiführern und den Massen der Glaube an die „soziale Revolution“ verloren gegangen, schließlich habe der Revisionismus die Theorie zu der längst etablierten Praxis geliefert. Zuerst habe sich die Partei aus Anhänglichkeit an ihre Überlieferung zwar noch gegen diese Selbsterkenntnis gewehrt, aber der 4. August 1914, die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im Deutschen Reich zu den Kriegskrediten, habe die restlose Durchsetzung des Revisionismus gebracht.

„Der Gedanke der sozialen Revolution ward abgeschworen. Die revolutionäre Etikette und die revolutionäre Phraseologie wurden verbannt.“⁸

Diejenigen, die diesen Weg nicht mitgehen wollten, schieden aus und gründeten die USPD. Aus einer Partei der sozialen Revolution sei somit eine „national-soziale Reformpartei“ geworden.

Allerdings gestand Bauer, dessen Sympathien bei den Unabhängigen lagen, den reichsdeutschen Mehrheitssozialdemokraten zu, dass ihre Politik zusammen mit den andern Parteien der Reichstagsmehrheit im Jahre 1917 durchaus wichtige Erfolge erzielt hatte – im Sinne einer Annäherung Deutschlands an die bürgerliche Demokratie. Der Parteimehrheit der deutschen Sozialdemokraten in Österreich warf Bauer nun vor, noch restloser revisionistisch zu sein als die reichsdeutschen Sozialdemokraten, ohne jedoch irgendwelche vergleichbaren Erfolge vorweisen zu können.

„Die deutsche Sozialdemokratie in Österreich ist nie etwas anderes gewesen als ein Zweig der großen gesamtdeutschen Sozialdemokratie. Geistig bildete die deutsche Sozialdemokratie im Reich und in Österreich stets eine Einheit. Die Entwicklung unserer großen Partei im Reich hat in jeder ihrer Phasen auch das geistige Leben und die politische Taktik ihres detachierten

⁷ O. B., Würzburg und Wien, in: *Der Kampf*, 10 (1917), S. 320-328, hier: 320. Tatsächlich war der Einfluss von Marx und Engels auf die frühe deutsche Arbeiterbewegung nur ein begrenzter. Die Sozialdemokraten der Frühzeit strebten keine „Diktatur des Proletariats“ an, vielmehr verstanden sie sich als Erben der 48er-Demokraten und erstrebten den demokratischen Volksstaat. Vgl. Thomas Welskopp, *Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz* (=Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 54), Bonn 2000, S. 526 f., 671 f., 711.

⁸ O. B., Würzburg und Wien, S. 322.

Korps in Österreich mitbestimmt. [...] Der ‚Tag der deutschen Nation‘ [der 4. August 1914, D.B.] wurde nirgends mit so hellem Jubel begrüßt wie gerade in Österreich.“⁹

Den Grund für diesen Jubel sah Bauer darin, dass schon vor dem Krieg der „Reformismus“ die deutschen Sozialdemokraten in Österreich beherrscht habe.¹⁰ Aus der österreichischen Sozialdemokratie sei mit Karl Renner auch der bedeutendste Theoretiker des Reformismus hervorgegangen. Im Unterschied zum Deutschen Reich im Jahre 1917 sei im österreichischen Reichsrat vor dem Kriege aber die Bildung einer Parlamentsmehrheit unter sozialdemokratischer Beteiligung völlig undenkbar gewesen. Deshalb sei der Reformismus in Österreich im Wahlrechtskampf gegen das Privilegienparlament einen anderen Weg gegangen. Zusammen mit der Krone konnte das Proletariat 1905 gegen die nationalistischen Bourgeoisien das allgemeine, gleiche Wahlrecht durchsetzen.

„Mitten im Kriege die Bedingungen für die Wiederholung eines solchen Bundes zu schaffen, war der Königsgedanke der österreichischen, der Rennerschen Spielart des Reformismus. [...] Die deutschösterreichische Sozialdemokratie, die in ihren Anfängen bis tief in die neunziger Jahre großdeutsch gewesen war, wurde schwarz-gelb bis in die Knochen. Der rote Internationalismus [...] wurde abgelöst von einem schwarz-gelben Internationalismus, dessen Wesen die Vereinigung der Nationen unter Habsburgs Zepter ist. Renner feierte im Zentralorgan der Partei die friedliche ‚Symbiose‘ der österreichischen Nationen, er triumphierte darüber, dass der ‚Staatsgedanke‘ über das Nationalitätsprinzip gesiegt habe – und das gerade damals, als der Sieg dieses Staatsgedankens vermittelt wurde durch die Hochverratsprozesse, durch die Militärgerichtsurteile, durch Zehntausende Galgen! [...] Und da Österreich-Ungarn keinesfalls kleiner werden durfte, schien die notwendige Einheit und Freiheit des polnischen und serbischen Volkes nicht anders als durch die Angliederung Polens und Serbiens an die Monarchie erreichbar; aus dieser Erwägung lehnte man Friedrich Adlers Friedensformel ‚Ohne Annexionen und Kontributionen‘ ab. Da endlich solche Vergrößerung des Habsburgerreiches ohne Zugeständnisse an das Deutsche Reich unerreichbar schien, stimmte man auch noch dem Projekt ‚Mitteleuropa‘ zu und endete so in der Begeisterung für das ökonomische Imperium von Hamburg bis Bagdad!“¹¹

⁹ O. B., Würzburg und Wien, S. 324. Karl Renner, Bauers Gegenspieler in der Debatte um das Nationalitätenprogramm der Linken, sagte, nachdem er nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie zum Anschlussbefürworter wurde, auf dem Heidelberger Parteitag der reichsdeutschen Sozialdemokraten 1925 ganz ähnlich wie Bauer 1917, die österreichische Sozialdemokratie sei ein Kind der deutschen. Vgl. Albert L. Brancato, German Social Democrats and the Question of Austro-German Anschluss 1918–1945, S. 78.

¹⁰ Fritz Kaufmann betont, dass schon das Wiener Programm von 1901, das das Hainfelder Programm von 1889 revidierte, restlos revisionistisch gewesen sei. Vgl. Kaufmann, Sozialdemokratie in Österreich, S. 40.

¹¹ O. B., Würzburg und Wien, S. 324 f. Zu Bauers Kritik an Renner siehe auch: Bauer, Die österreichische Revolution (1923), in: ders., Werkausgabe, Bd. 2, Wien 1976, S. 489–866, hier: 561 f.; vgl. Friedrich Heer, Der

Über das Ansinnen der Parteimehrheit, den slawischen Nationalitäten weniger zu gewähren als die volle nationale Souveränität, schrieb Bauer:

„Das Parlament trat wieder zusammen. Und nun zeigte sich die brutale Wirklichkeit der ‚Symbiose‘ der österreichischen Nationen; zeigte es sich, dass nicht der Staatsgedanke, sondern nur die Staatsgewalt über das Nationalitätenprinzip triumphiert hatte. Tschechen, Polen und Südslawen, ihre sozialdemokratischen Fraktionen eingeschlossen, betraten den Boden des Parlaments mit Erklärungen, die die volle Souveränität fordern. Mit unehrerbietigem Gelächter wiesen sie die Zumutung zurück, sich ihr Selbstbestimmungsrecht um das Linsengericht einer Kreisordnung abkaufen zu lassen. [...] Es war traurig zu sehen, wie der alte Victor Adler [der Einiger und langjährige Parteiführer der österreichischen Sozialdemokraten und Vater von Friedrich Adler, D.B.], als er zum ersten Male nach mehr als drei Jahren im Parlament das Wort ergriff, den Tschechen mild und weise zuredete, sie möchten doch auf ihre staatliche Souveränität verzichten!“¹²

Das Nationalitätenprogramm der Linken veranlasste Renner, den wichtigsten Exponenten der sozialdemokratischen Rechten, im Mai 1918 im *Kampf* zu einer äußerst scharfen Polemik, betitelt „Marx oder Mazzini?“, die sich im Kern darum drehte, was denn die Tradition der österreichischen Sozialdemokratie in der nationalen Frage sei.¹³ Die Linke, die Monopolansprüche auf Internationalismus und Marxismus erhebe, so Renner, ersetze in ihrem Programm den Internationalismus durch den „reinsten vorbehaltlosen Nationalismus“ und den Marxismus durch den „in Parteikreisen seit siebzig Jahren überwunden gedachten *Mazzinismus*“.¹⁴

Kampf um die österreichische Identität, Wien/Köln/Graz 1981, 328 f., 333. Die Haltung Renners wurde von den Gewerkschaften und den meisten übrigen Parteiführern lange geteilt, war allerdings bei Engelbert Pernerstorfer, Karl Leuthner und Victor Adler weniger großösterreichisch als vielmehr deutschnational geprägt. Vgl. Adam Wandruszka, Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen, in: Heinrich Benedikt (Hg.), Geschichte der Republik Österreich, München 1954, S. 289-486, hier: 439.

¹² O. B., Würzburg und Wien, S. 325 f.; vgl. Deak, *Shades of 1848*, S. 89.

¹³ Karl Renner, *Marx oder Mazzini?*, in: *Der Kampf*, 11 (1918), S. 294-308.

¹⁴ Ebd., S. 295. Diese Behauptungen von Renner sind weitgehend unzutreffend. Die erste Internationale war, auch wenn es keinen Bestandteil des eigentlichen marxistischen Programms bildete, für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und das großdeutsche Programm eingetreten. Die entstehende Arbeiterbewegung in Österreich war zunächst Teil der gesamtdeutschen und teilte das großdeutsche Programm der Partei Bebels. Zur Nationalitätenfrage der Habsburgermonarchie nahm die deutsch-dominierte Arbeiterbewegung in Österreich lange Zeit einen rein negativen Standpunkt ein, indem sie diese als Problem verleugnete, bemühte sich aber zugleich in der Partei um Rücksichtnahme auf die nicht deutschen Arbeiter. Dieser „Internationalismus“ war oft rein deklamatorisch, d. h. die Auseinandersetzung mit der Nationalitätenfrage wurde abgelehnt, weil sie vom Klassenkampf ablenke – dabei wurde ausgeblendet, dass diese Frage aus Sicht der slawischen Nationalitäten eben nicht eine reine kulturelle, sondern auch eine soziale und wirtschaftliche Angelegenheit war; diese Art von Internationalismus bedeutete aber nach Lage der Dinge die deutsche Hegemonie in der österreichischen Arbeiterbewegung. Erst 1899, nachdem der Nationalitätenkonflikt in der Auseinandersetzung um die Sprachverordnungen des Ministerpräsidenten Kasimir Graf Badeni 1897 einen neuen Höhepunkt erreicht hatte – die deutschen Sozialdemokraten hatten in diesem Konflikt zusammen mit den Deutschnationalen gegen die tschechischen Sozialdemokraten gestimmt und die österreichische

Die Position der Linken laufe auf das „reine alldeutsche Programm“ hinaus,

„wie es Bebel und die deutsche Sozialdemokratie vor 1866 und 1870, vor ihrem Eintritt in die Internationale vertreten haben, und wie es später Schönerer im Jahre 1882 für Österreich aufgenommen hat“.

Renner warf der Linken damit vor, der großdeutsche Einheitsgedanke sei der eigentliche Kern ihres Programms; da das direkte Ansteuern dieses Zieles aber „auf neue kriegerische Lösungen hindeuten würde“, stelle die Linke sein Erreichen lediglich als die „erwünschte

sozialdemokratische Gesamtpartei war darüber zur Föderation nationaler sozialdemokratischer Parteien geworden –, konnte die österreichische Sozialdemokratie die offizielle Auseinandersetzung mit der Nationalitätenfrage nicht länger vermeiden und gab sich das Brünner Nationalitätenprogramm. Auch dieses Programm behandelte die Nationalitätenfrage als eine ausschließlich kulturelle und darüber hinaus zentrale Probleme rein dilatorisch. Schließlich kam es bereits 13 Jahre später zum Bruch; die tschechischen Sozialdemokraten schieden aus der Föderation aus. In seinem Buch „Die österreichische Revolution“ aus dem Jahre 1923 schrieb Bauer rückblickend über sein eigenes und über Renners Buch aus der Zeit nach der Jahrhundertwende zur Habsburgermonarchie und ihrer Nationalitätenfrage: „Während ich aber auch in diesem Buch jede Lösung des österreichischen Nationalitätenproblems innerhalb der Monarchie nur als eine vorläufige betrachtete, feierte Renner die österreichische *Reichsidee* [...] als eine geographische und wirtschaftliche Notwendigkeit.“ Schon 1908 hatte Bauer in einem wichtigen Beitrag, betitelt „Politische Symbole“, im *Kampf* geschrieben: „Die *im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder* dagegen sind nicht die Verkörperung einer realen Gemeinschaft; sie bestehen nur dank der Trägheit alles historisch Gewordenen und werden einst der umwälzenden Kraft der Geschichte weichen. Es gibt eine deutsche, eine französische, eine spanische, aber keine österreichische Sozialdemokratie, sondern nur eine Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich. Nicht ohne Absicht drückt schon der Name unserer Partei aus, dass dieser Staat nicht die Erfüllung unseres Staatsprinzips, sondern nur der reale Boden des Kampfes ist.“ Ganz ähnlich hatte Bauer sich zwei Jahre später erneut im *Kampf* zum siebzigsten Geburtstag von August Bebel geäußert: „Die deutsche Bourgeoisie hat längst das revolutionäre Nationalitätsprinzip vergessen, als dessen Verfechter Bebel von Bismarck besiegt worden ist. Aber in der Geschichte der Völker gibt es kein Vergessen. Wenn das Chaos des Ostens in Bewegung gerät, wenn die Nationen Osteuropas den Kampf um die Neugestaltung ihres nationalen Lebens beginnen, wenn für Europa wiederum ein Zeitalter der Kriege, der Revolutionen, der staatlichen Neubildungen anhebt, dann leben die Gedanken wieder auf, die einst die Jugend des Mannes erfüllt haben, den heute die Arbeiter Deutschlands als den letzten Erben der deutschen Demokratie ehren.“ Schließlich hatte er 1913 in einem Brief an Karl Kautsky erwogen, das Selbstbestimmungsrecht zu proklamieren, um den funktionsunfähigen Vielvölkerstaat aufzulösen. Otto Bauer, *Die österreichische Revolution*, S. 558, auch 571; ders., *Politische Symbole* (Der Kampf, 1908/09), in: ders., *Werkausgabe*, Bd. 8, Wien 1980, S. 203-208, hier: 207; ders. *Ein Festtag der deutschen Demokratie*, S. 336; vgl. Mommsen, *Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage*, S. 45-72, 322-338; ders., Victor Adler und die Politik der österreichischen Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, in: Ackerl/Hummelberger/Mommsen (Hg.), *Politik und Gesellschaft im alten und neuen Österreich*, S. 378-408, hier: 386; Robert A. Kann, *Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie. Geschichte und Ideengehalt der nationalen Bestrebungen vom Vormärz bis zur Auflösung des Reiches im Jahre 1918*, Bd. 2: *Ideen und Pläne zur Reichsreform*, 2. erw. Aufl., Graz/Köln 1964, S. 46 f., 56; Thomas Welskopp, *Das Banner der Brüderlichkeit*, S. 534; Raimund Löw, *„Separatisten“. Nationalitätenkonflikte in der Sozialdemokratie*, in: *Die ersten hundert Jahre. Österreichische Sozialdemokratie 1888 bis 1988. Eine Ausstellung der österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik in Zusammenarbeit mit dem Ludwig-Boltzmann-Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung im Auftrag der SPÖ im Gasbehälter II Wien-Simmering*, Wien/München 1988, S. 200 f.; Helmut Konrad, *Wurzeln deutschnationalen Denkens in der österreichischen Arbeiterbewegung*, in: ders. (Hg.), *Sozialdemokratie und „Anschluss“. Historische Wurzeln, Anschluss 1918 und 1938, Nachwirkungen. Eine Tagung des Dr.-Karl-Renner-Instituts Wien, 1. März 1978*, Wien/München/Zürich 1978, S. 19-30, hier: 23, 28 f.; Ernst Panzenböck, *Ein deutscher Traum. Die Anschlussidee bei Karl Renner und Otto Bauer*, Wien 1965, S. 1-3; Stadler, *Die Gründung der Republik*, S. 58. Zum deutschnationalen Einschlag bei Otto Bauer schon vor dem Ersten Weltkrieg: Norbert Leser, *Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis*, Wien/Frankfurt/Zürich 1968, S. 324 f.; Heer, *Der Kampf um die österreichische Identität*, S. 341. Giuseppe Mazzini hatte 1850 in einem Manifest im Namen des Selbstbestimmungsrechts der Nationen die Zerstörung Österreichs gefordert. Vgl. ebd., S. 183.

Nebenwirkung“ der Gewährung der Selbstbestimmung für die nicht deutschen Nationalitäten dar.¹⁵

Marx und Engels hätten dagegen das Sezessionsrecht nie anerkannt, vielmehr handle es sich um eine Rechtsfigur der liberalen Staatslehre; der Gedanke der Souveränität für jede Nation sei nicht marxistisch, sondern mazzinisch und „heute geradezu *reaktionär*“.¹⁶ Gegen den Gedanken der nationalen Selbstbestimmung stellte Renner die Argumentation mit wirtschaftlichen Zusammenhängen. Die ökonomisch orientierte Sozialdemokratie könne die Zerschlagung eines großen Wirtschaftsgebietes nicht ernsthaft wollen; die Errichtung Tausender Kilometer neuer Zollgrenzen und die Zerlegung einer einheitlichen Eisenbahn in nationale Eisenbahnwesen sei ein historischer Rückschritt sowohl in wirtschaftlicher als auch sozialer Hinsicht. Zudem sei es naiv, von der Demokratie die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen zu erwarten, da alle Staaten, ob demokratisch oder absolut regiert, „in gleicher Weise kapitalistisch, imperialistisch und kriegstoll“ seien; in der hier entscheidenden Frage des internationalen Rechtes sei die Demokratie völlig irrelevant.¹⁷

Dieser Replik von Renner trat Otto Bauer unter dem Pseudonym „Friedrich Schulze“ mit dem Artikel „Marx oder Radetzky?“ wiederum im *Kampf* nicht minder polemisch entgegen.¹⁸ Er erinnerte an die Rolle, die Karl Marx und Friedrich Engels in der 48er-Revolution gespielt hatten. Diese hätten auf dem radikalsten Flügel der Demokraten gestanden, die 1848 die

¹⁵ Renner, Marx oder Mazzini?, S. 300. Panzenböck teilt Renners Einschätzung der eigentlichen Stoßrichtung des Nationalitätenprogramms der Linken: „Man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, dass der Internationalismus des Programms eher aus optischen, parteitaktischen Gründen gegenüber der nationalen Frage vorangestellt ist, dass der vorgestellte Internationalismus bloß das Vehikel war, mit Hilfe dessen die deutsche Einheit propagiert werden sollte. Ein Hinweis, wie tief das deutschnationale Gedankengut in der österreichischen sozialdemokratischen Partei eingedrungen war.“ Panzenböck, Ein deutscher Traum, S. 87.

¹⁶ Es trifft zu, dass Marx und Engels nicht das Selbstbestimmungsrecht der Nationen zum Prinzip erhoben haben. Vielmehr war ihr oberstes Prinzip das der Revolution. Ob sie einem Volk das Selbstbestimmungsrecht zugestanden oder nicht, hing davon ab, welche Rolle es in ihren Augen im historischen Prozess spielte, ob es „revolutionär“ oder „konterrevolutionär“, ob es „zivilisiert“ oder „barbarisch“ war. War Letzteres der Fall, dann bestritten sie mit drastischen Formulierungen den mit diesem Urteil belegten Völkern die Daseinsberechtigung. Was Renner allerdings verschweigt – und er suggeriert letzten Endes das genaue Gegenteil – ist, dass Marx und Engels keine Anhänger der Habsburgermonarchie waren. Marx sah deren einzige Existenzberechtigung in der Funktion als Bollwerk gegen den russischen Zarismus; mit der russischen Oktoberrevolution von 1917 war diese Funktion jedoch obsolet. Engels hielt die Nationalitätenfrage in der Habsburgermonarchie wegen ihrer sozialen und ökonomischen Dimensionen für unlösbar und sah folglich die einzige Lösung im Zerfall der Monarchie. Vgl. Mommsen, Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage, S. 72; Kann, Das Nationalitätenproblem, S. 46-56; Ernst Hanisch, Der kranke Mann an der Donau. Marx und Engels über Österreich, Salzburg 1978, S. 173-178, 330 f., 339; Bauer, Die österreichische Revolution, S. 634; auch: Helmut Konrad, Nationalismus und Internationalismus. Die Österreichische Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg (=Materialien zur Arbeiterbewegung, Nr. 4, hg. v. Ludwig-Boltzmann-Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung), Wien 1976, S. 9-13.

¹⁷ Renner, Marx oder Mazzini?, S. 299, 308.

¹⁸ Friedrich Schulze, Marx oder Radetzky?, in: Der Kampf, 11 (1918), S. 361-383.

deutsche Einheit durch die Beseitigung der Dynastien der Habsburger und Hohenzollern hätten verwirklichen wollen. Die deutsche Republik sollte nach den Vorstellungen der Demokraten auch die deutschen Länder Österreichs umfassen, die nicht deutschen Länder Österreichs an nationale Republiken fallen.¹⁹ Bauer argumentierte gegen Renner:

„Es gab im Jahre 1848 eine aus Söhnen vieler Völker zusammengesetzte, also in Renners Sinne internationale Macht, die den Bestand Österreichs gegen den Ansturm des deutschen, italienischen, polnischen und magyarischen ‚Mazzinismus‘ verteidigt und gerettet hat. Aber diese Macht war nicht die proletarische Demokratie, sondern die kaiserliche Armee und an ihrer Spitze standen nicht Marx und Engels, sondern Radetzky, Windischgrätz und Jellachich.“²⁰

Auch nach dem Scheitern der Revolution hätten Marx und Engels weiter das nationale Programm der Demokraten von 1848 vertreten, das sich auch die entstehende deutsche Arbeiterbewegung angeeignet habe. Als sich die Lassalleaner der kleindeutschen Lösung angenähert hätten, hätten sich Marx und Engels von ihnen getrennt und sich dem von Wilhelm Liebknecht und August Bebel geführten Teil der deutschen Arbeiterbewegung zugewandt, „der bis 1871 mit größter Leidenschaft die Grundsätze der Achtundvierziger Demokraten verfocht“.²¹ Zwischen dem „reinen alldeutschen Programm“ und dem Anschluss an die Internationale habe damals kein Gegensatz bestanden:

„Denn das Bekenntnis zur Internationale bedeutete damals vor allem das Bekenntnis zur Revolution, deren baldiges Wiederaufleben die alten Achtundvierziger damals erwarteten; gerade die Revolutionäre hielten aber an dem Nationalitätsprinzip von 1848 fest, während diejenigen, die die Revolution fürchteten oder an ihr verzweifelten, bei der kleindeutschen Lösung ihre Zuflucht suchten.“²²

¹⁹ Vgl. Manfred Botzenhart, Die österreichische Frage in der deutschen Nationalversammlung 1848/49, in: Michael Gehler u.a. (Hg.), Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung. Historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1996, S. 115-134, hier: 118, 131 f.; Hanisch, Der kranke Mann an der Donau, S. 74, 85.

²⁰ Schulze, Marx oder Radetzky?, S. 364. Diese Formulierung klingt wie ein – um seine antislawische Spitze entschärftes – Echo auf das Verdikt Friedrich Engels über den Prager Slawenkongress und die Niederschlagung der Revolution in Österreich 1848. Engels bezeichnete die kaiserliche Armee, die die Revolution niederschlug, als den „wirklichen“ „bewaffneten Slawenkongress“. Die Richtigkeit von Bauers Behauptung wird durch das berühmte Gedicht Franz Grillparzers „Feldmarschall Radetzky“ von Anfang Juni 1848 belegt: „[...] In deinem Lager ist Österreich./ Wir Andern sind einzelne Trümmer.“ Vgl. Friedrich Engels, Revolution and Counter-Revolution in Germany (1851/52), in: Karl Marx/Friedrich Engels, Gesamtausgabe (Mega), Erste Abteilung: Werke, Artikel, Entwürfe, Bd. 11: Juli 1851 bis Dezember 1852, Berlin (Ost) 1985, S. 3-85, hier: 44; Franz Grillparzer, Sämtliche Werke. Historisch-kritische Gesamtausgabe, hg. v. August Sauer, fortgeführt v. Reinhold Backmann, 1. Abt./Bd. 10: Gedichte I, Wien 1932, S. 230 f.

²¹ Schulze, Marx oder Radetzky?, S. 365 f.; vgl. FN 14.

²² Ebd., S. 367; auch noch einmal in: Bauer, Die österreichische Revolution, S. 556 f., vgl. Welskopp, Das Banner der Brüderlichkeit, S. 23 f., 357, 526 f.

Trotzdem liege Renner falsch, wenn er die Ziele, für die die deutsche Sozialdemokratie gekämpft habe, mit denen von Schönerer gleichsetze. Die Sozialdemokraten seien für die Republik und nicht für das hohenzollernsche Kaisertum sowie für die Einheit und Freiheit Deutschlands bei gleichzeitiger Einheit und Freiheit der Nachbarvölker und nicht für den alldeutschen Imperialismus der Unterwerfung der Nachbarn eingetreten. Als 1871 mit der Reichsgründung und der Niederschlagung der Pariser Kommune die revolutionäre Periode der europäischen Politik endete und sich das seit 1859 entstandene Staatensystem für einige Jahrzehnte als stabil erwies, habe das Nationalitätenprinzip an Relevanz für die praktische Politik verloren.

Dennoch hätten Marx und Engels, Liebknecht und Bebel dieses Prinzip nie aufgegeben; vielmehr hätten sie seine Verwirklichung in der revolutionären Epoche erwartet, die den Übergang von Kapitalismus zum Sozialismus einleiten würde. Bebel habe sich immer geweigert, den Ausschluss Deutschösterreichs aus dem Reich als endgültig anzuerkennen. So habe er in seiner Autobiografie „Aus meinem Leben“ geschrieben und so habe er sich in seiner Rede auf der Feier des 60. Geburtstags von Victor Adler 1912 bei seinem letzten Wienbesuch geäußert.²³ Nicht anders verhalte es sich bei Karl Kautsky: „Marx, Engels, Liebknecht, Bebel, Kautsky – lauter ‚Mazzinisten‘, lauter ‚Altüber‘, lauter ‚Reaktionäre‘!“²⁴

Wenn Renner zu Recht schreibe, die Aufgabe der Sozialdemokratie sei „nicht die Sonderung der Nationen, sondern ihre Verbindung“, dann meine er die Verbindung zu einem Staat,

²³ Vgl. August Bebel, *Aus meinem Leben*, Berlin (Ost) 1988, S. 106; eine Schilderung von Bebels letztem Wienbesuch bei: Julius Deutsch, *Ein weiter Weg. Lebenserinnerungen*, Zürich/Leipzig/Wien 1960, S. 74 f.

²⁴ Schulze, *Marx oder Radetzky?*, S. 367. Bauers Darstellung trifft zu. Zu Marx und Engels siehe FN 16, zu Bebel, Kautsky und Liebknecht: Mommsen, *Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage*, S. 46-49, 65 f., 72; zu Kautsky auch: Kann, *Das Nationalitätenproblem*, S. 258 f.; zu Liebknecht auch: *Parlamentarische Rundfrage*. Konrad Haenisch, in: *Österreich-Deutschland* („Heim ins Reich“). Zentralorgan des Österreichisch-Deutschen Volksbundes in Berlin, 1 (1924), Nr. 1, S. 9; Konrad, *Nationalismus und Internationalismus*, S. 63, 78-82. Mehr als zehn Jahre später pflichtete Karl Renner in einem ausführlichen Artikel zum zehnten Jubiläum der Gründung der Republik Österreich in der *Arbeiterzeitung* dem hier von Bauer entfalteten Geschichtsbild im Wesentlichen bei: Renner, „Vom 12. November und den Jahren vorher und nachher. Persönliche Erinnerungen und politische Bemerkungen“, in: *Arbeiterzeitung* (fortan: AZ), 11.11.1928. Allerdings wich das Nationalitätenprogramm der Linken in einem ganz entscheidenden Punkt von dem Programm der 48er-Demokraten und von Marx und Engels ab. Das hat Bauer erst im Rückblick 1923 explizit ausgesprochen: 1848 seien die Tschechen und die Südslawen noch „unentwickelte Bauernvölker“, sogenannte „geschichtslose Nationen“ gewesen, und deswegen hätten die 48er-Demokraten ihnen auch keine eigene Staatlichkeit zugestehen wollen. Das sei im Jahre 1918 angesichts der Entwicklung in den zurückliegenden Jahrzehnten nicht mehr möglich gewesen: Tschechen und Südslawen hatten ihre eigene bürgerliche Kultur entwickelt, sie waren jetzt die Träger der nationalen Revolution gegen Habsburg und sie konnten nach der russischen Revolution nicht mehr zu Werkzeugen des Zarismus werden. Das Nationalitätenprogramm der Linken konnte daher nicht mehr den Anschluss der historischen deutschen Bundesländer an Deutschland fordern, sondern nur den Anschluss der deutschen Sprachgebiete Österreichs an Deutschland. Es musste nicht nur den historischen Nationen – Italienern, Polen und Magyaren –, sondern auch den ehemals geschichtslosen Nationen – Tschechen, Jugoslawen und Ukrainern – das Selbstbestimmungsrecht zuerkennen. Bauer, *Die österreichische Revolution*, S. 578 f.

während Marx die Verbindung zum Klassenkampf gegen das bestehende Staatensystem gemeint habe. Ein Internationalismus, der auf die Erhaltung der bestehenden und die Errichtung neuer „übernationaler Staaten“ zielt, sei Marx völlig fremd gewesen. Marx unterscheide sich dadurch von Mazzini, dass ihm die nationale Befreiung nicht Selbstzweck, sondern Mittel für die Befreiung des Proletariats gewesen sei.

Abschließend erklärte Bauer das Nationalitätenprogramm der Linken für „etwas trivial“, weil es lediglich beschreibe, was unweigerlich geschehe, sobald die bürokratische Herrschaft, die in Österreich regiere, zusammenbreche. Die slawischen Nationen würden sich schlichtweg weigern, eine gesamtösterreichische Konstituante zu wählen; daher bleibe nur die Wahl von Konstituanten für die einzelnen Nationalitäten. Die Haltung Renners erklärte Bauer zum einen durch dessen Anhänglichkeit an „das liebe Vaterland“, ²⁵ zum andern dadurch, dass Renner als Revisionist an die evolutionäre Verwirklichung des Sozialismus glaube und dass in diesem Denken auch die Herbeiführung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker durch soziale Katastrophen keinen Platz habe. ²⁶

Auf Bauer antwortete Renner in der Juliausgabe des *Kampfs* unter der Überschrift „Erstaunliche Geschichtsklitterung“ und warf der Linken vor, die Wahrscheinlichkeit einer Parteispaltung weiter zu erhöhen. ²⁷ Seit langer Zeit bemühe er sich zu zeigen, dass die nationale Idee, „an deren Anfangspunkt (für Mitteleuropa 1848) das Nationalitätenprinzip gestanden war“, damals das gemeinsame Programm von Bourgeoisie und Proletariat, seitdem, insbesondere seit den Kriegen 1866 und 1870/71, eine tief greifende Wandlung erfahren habe.

²⁵ Dazu Kaufmann: „In der Tat waren die Sozialdemokraten, die das ‚Brünner Programm‘ geschaffen hatten, in des Wortes tiefster Bedeutung Patrioten und mussten die von feindlicher Seite geprägte Bezeichnung ‚K. K. Sozialdemokratie‘ einstecken, so lange sie noch an die mögliche Rettung der Monarchie durch die Überwindung des Nationalitätenhaders glaubten. Sie waren und blieben die einzige Partei, die für ein solches Programm eintrat.“ Kaufmann, Sozialdemokratie in Österreich, S. 42. Sozialer Hintergrund dieses Patriotismus war, dass auch die deutschösterreichischen Arbeiter, insbesondere die in Wien, von der Vormachtstellung der Deutschen in der westlichen Reichshälfte profitierten, im Vergleich zu den Arbeitern der andern Nationalitäten in Cisleithanien wirtschaftlich deutlich besser dastanden und folglich eine „Arbeiteraristokratie“ bildeten. Vgl. Hans Hautmann/Rudolf Kropf, Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945. Sozialökonomische Ursprünge ihrer Ideologie und Politik (=Schriftenreihe des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Bd. 4), 2., korr. u. erg. Aufl., Wien 1976, S. 101-104; Helmut Rumpler, Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatszerfall in der Habsburgermonarchie (Österreichische Geschichte 1804–1914, hg. v. Herwig Wolfram), Wien 1997, S. 496 f.

²⁶ Im Rückblick schrieb Bauer 1923: „Nicht das war die Frage, ob die deutschösterreichische Arbeiterschaft *wünsche*, dass das Reich zerfällt; die Frage, die wir zu beantworten hatten, war vielmehr, wie sich die deutschösterreichische Arbeiterschaft *verhalten* sollte, wenn Tschechen, Polen und Südslawen das Reich zersprengten.“ Bauer, Die österreichische Revolution, S. 569. Auch Renner hat diesem Urteil im Nachhinein zugestimmt. Vgl. Panzenböck, Ein deutscher Traum, S. 91.

²⁷ Karl Renner, Erstaunliche Geschichtsklitterung, in: Der Kampf, 11 (1918), S. 451-469.

Aufseiten der Bourgeoisie sei aus der nationalen Idee zunächst Nationalismus, dann Imperialismus geworden, das Proletariat habe in Abgrenzung zum Imperialismus den Weg zum Internationalismus gefunden. Die Nationen Österreichs hätten ein fortgesetztes Interesse am Zusammenbleiben im staatlichen Verband. Allerdings stünden diese Nationen unter der Herrschaft der Bourgeoisie, die in dieser Frage wiederum von nationalistischen Intellektuellen geleitet werde, wirtschaftsfernen Menschen ohne Verständnis für ökonomische und soziale Gegebenheiten, die ihre „besonderen Standesinteressen“ mit „überlieferten demokratischen und nationalistischen Schlagworten verkleiden“. Mit diesen „Schlagworten“ meinte Renner das Nationalitätenprinzip von 1848:

„Das *Nationalitätenprinzip* im Sinne von 1848 hat heute, vom Standpunkt der Weltentwicklung gesehen, keine Aktualität mehr als die eines verlogenen Kriegsvorwandes des nationalen Imperialismus, als ein Mittel, die Kleinvölker durch ihre eigenen Illusionen zu betrügen, und ist *reaktionär* geworden.“²⁸

Und dementsprechend verurteilte Renner das Nationalitätenprogramm der Linken als einen „Rückfall von 1918 auf 1848, von der Internationalität zum Nationalitätenprinzip“. Um überhaupt von einem Rückfall der Sozialdemokratie sprechen zu können, behauptete Renner, die führenden Exponenten der deutschen Arbeiterbewegung hätten nach 1870/71 keinesfalls eine so einheitliche Auffassung in der deutschen Frage vertreten, wie von Bauer dargestellt. Dafür brachte er aber unter Hinweis auf Zeitmangel für ausgiebige Nachforschungen kaum Belege bei.

Neben dem Nationalitätenprinzip verwies Renner – am Rande, in einer Fußnote – auf ein weiteres belastendes Erbe von 1848. In der österreichischen Sozialdemokratie der Vorkriegszeit sei es unmöglich gewesen, darauf hinzuweisen, dass die Partei sich im Interesse der eigenen Freiheit für die „misshandelten Nationen Ungarns“ einsetzen müsse, selbst der Hinweis auf die Ernsthaftigkeit der Vorgänge in Ungarn sei nicht möglich gewesen.²⁹

²⁸ Ebd., S. 464. Freilich war Renners eigene Konzeption in den ersten Kriegsjahren durchaus imperialistisch: Da war zum einen die Sympathie für die Mitteleuropapläne Friedrich Naumanns, zum andern der Hegemonieanspruch der Deutschen innerhalb der österreichischen Arbeiterbewegung. Vgl. Mommsen, *Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage*, S. 71; Panzenböck, *Die Weichenstellung*, S. 10; Kann, *Das Nationalitätenproblem*, S. 252-260, insb.: 257-259; Konrad, *Nationalismus und Internationalismus*, S. 92; Jacques Hannak, *Karl Renner und seine Zeit. Versuch einer Biographie*, Wien 1965, S. 224-232.

²⁹ Schon in der Revolution 1848 hatten die Ungarn im ungarischen Königreich begonnen, die anderen Nationen politisch auszuschließen, was zum Bürgerkrieg führte, der Habsburg die Gelegenheit gab, die Revolution in Ungarn niederzuschlagen. Vgl. Heinrich August Winkler, *Geschichte des Westens. Von den Anfängen in der Antike bis zum 20. Jahrhundert*, München 2009, S. 661 f.; Harm-Hinrich Brandt, *The Revolution of 1848 and the Problem of Central European Nationalities*, in: Hagen Schulze (Hg.), *Nation-Building in Central Europe (=German Historical Perspectives, Bd. 3)*, Leamington Spa/Hamburg/New York 1987, S. 107-134, hier: 128 f.

„Wenn man von der dringenden Wichtigkeit der südslowischen Frage sprach, von der Gebotenheit, zu Friedenszeiten im Rahmen der Monarchie eine Lösung anzustreben, *die einen Krieg verhindern hätte können*, so bekam man unfehlbar zur Antwort: ‚Jellachich‘. Bis zum Krieg hat man diese südslowische Frage nicht einmal ernst zu nehmen befunden. Heute haben Hunderttausende den Ernst dieser Fragen *mit ihrem Leben bezahlt*. Das österreichische Staatsproblem in Parteikreisen ernst zu nehmen und nicht einfach auf das Wunder zu warten, das seit 1848 stündlich erwartet wird und bis heute nicht eingetroffen ist, machte einen schon zum ‚Jellachich‘ oder ‚Radetzky‘.“³⁰

Die Debatte zwischen Bauer und Renner wurde hier in einiger Ausführlichkeit nachgezeichnet, nicht weil sie auf die Frage, ob die Habsburgermonarchie bestehen bleiben oder zerfallen würde, irgendeinen Einfluss hatte – der Zerfall war zu diesem Zeitpunkt kaum noch aufzuhalten –, sondern weil sie ein Schlaglicht auf die Bedeutung der 48er-Tradition für die deutsche Sozialdemokratie in Österreich warf und weil das Nationalitätenprogramm der Linken insofern von höchst praktischer Bedeutung war, als es die Sozialdemokratie als einzige der politischen Kräfte in Deutschösterreich im Oktober 1918 in den Stand setzte, auf die Situation zu reagieren, die sich ergab, als die anderen Nationen sich von Habsburg losrissen und Deutschösterreich übrig blieb.³¹

Die leidenschaftliche Stellungnahme von Renner in der Mitte des Jahres 1918 gegen die Anknüpfung an das Nationalitätenprinzip von 1848 zeigte noch einmal in aller Schärfe, wie brisant die 48er-Tradition für die Habsburgermonarchie war: Sie stand für die politische *und* die nationale Revolution, und Letztere bedeutete unweigerlich die Zerstörung der

³⁰ Renner, *Erstaunliche Geschichtsklitterung*, S. 459, FN 5; vgl. Häusler, *Die Wiener ‚Märzgefallenen‘ und ihr Denkmal*, S. 270. Dagegen hat Otto Bauer in seiner Besprechung von Hermann Wendels „Der Kampf der Südslawen um Freiheit und Einheit“ 1926 geschrieben: „Gewiss darf der marxistische Historiker im 20. Jahrhundert die Kämpfe der Südslawen nicht so beurteilen, wie Friedrich Engels sie im Jahre 1848 beurteilt hat. [...] Aber dies Begreifen darf uns doch nicht verleiten, die konterrevolutionäre Rolle, die der südslowische Nationalismus nicht nur im Jahre 1848, sondern auch in den folgenden Jahrzehnten gespielt hat, zu beschönigen.“ Otto Bauer, *Besprechung von Hermann Wendel, Der Kampf der Südslawen um Freiheit und Einheit*, Frankfurt a. M. 1925, in: *Die Gesellschaft. Internationale Revue für Sozialismus und Politik*, 3 (1926), I, S. 373.

³¹ Tomáš Masaryk hatte schon im November 1915 die Absetzung der Habsburger und die Gründung eines selbstständigen Böhmen proklamiert. Der Bildung der tschechoslowakischen Legionen, in denen Auslands tschechen und -slowaken sowie tschechische und slowakische Überläufer und Kriegsgefangene aufseiten der Alliierten gegen die Mittelmächte kämpften, hatten Russland am 9. Oktober und Frankreich am 16. Dezember 1917 zugestimmt. Anfang 1918 waren die Legionen mit hunderttausend Mann die viertgrößte alliierte Streitmacht in Europa. Der amerikanische Präsident Wilson forderte allerdings noch in seiner Kongressrede am 8. Januar 1918, in der er die „14 Punkte“ proklamierte, nur die Autonomie für die Nationalitäten im Habsburgerreich. Vgl. Wolfdieter Bihl, *Der Weg zum Zusammenbruch. Österreich-Ungarn unter Karl I. (IV.)*, in: Weinzierl/Skálník (Hg.), *Österreich 1918–1938*, Bd. 1, S. 27–54, hier: 34 f.; Stephan Vernosta, *Die österreichische Außenpolitik 1918–1938 im europäischen Staatensystem*, in: ebd., S. 107–146, hier: 115.

Monarchie.³² Durch ihre nationale Dimension war die Erinnerung an 1848 auch geeignet, Ressentiments zwischen den Nationalitäten zu schüren. Laut Renner genügte in der Vorkriegssozialdemokratie der bloße Hinweis auf den Banus Josef Jellachich, den kroatischen Feldherrn, der zusammen mit Alfred Fürst Windischgrätz im Oktober 1848 die Revolution in Wien niedergeschlagen hatte, um jede Diskussion über die unhaltbare Situation der Südslawen in der ungarischen Reichshälfte zu beenden, und erschwerte damit das konsequente Eintreten für eine an der nationalen Autonomie orientierte Reichsreform.

2. Märzgedenken im Weltkrieg

Auch im Ersten Weltkrieg hatten die österreichischen Sozialdemokraten ihre Tradition fortgesetzt, alljährlich am 13. März durch den Besuch an den Gräbern der Revolutionsgefallenen auf dem Zentralfriedhof und durch Zeitungsartikel der Revolution von 1848 zu gedenken.³³ Der Gräberbesuch vollzog sich weiterhin in der Form, wie sie im Jahr 1912 eingeführt worden war; nicht mehr die gesamte Wiener Parteimitgliedschaft wurde wie früher zur Teilnahme aufgerufen, sondern die Organisationen der einzelnen Bezirke entsandten Delegationen, aber auch so nahmen im Jahr 1917 etwa tausend Menschen an der Feier teil.³⁴ In drei der vier Kriegsjahre widmete die *Arbeiterzeitung*, das Zentralorgan der

³² Vgl. Panzenböck, Ein deutscher Traum, S. 38. In dem Begleitband zur parteioffiziellen Ausstellung zum 100. Jubiläum der österreichischen Sozialdemokratie 1988 kommt die Auseinandersetzung um das Nationalitätenprogramm der Linken nicht vor. Dort heißt es lediglich: „Ab 1917/18 trat man für einen baldigen Friedensschluss ohne Annexionen und für einen demokratischen Umbau der Monarchie ein, worum sich Renner bis zum Schluss des Krieges bemühte.“ Im Beitrag zur Revolution von 1918 ist immerhin zu lesen, dass „Otto Bauer frühzeitig und völlig in der Tradition der Partei für den Anschluss Deutschösterreichs ans Deutsche Reich eintrat“. Vgl. Severin Heinisch, SPÖ und österreichische Nation. Zum Geschichtsbild der Sozialdemokratie, in: Die ersten hundert Jahre, S. 100 f., hier: 101; Manfred Marschalek, Die ordentliche Revolution. Der November 1918 und die österreichische Sozialdemokratie, in: ebd., S. 196-199, hier: 196. Auch Hans Peter Hye übergeht in seiner Einleitung zu einem wichtigen Sammelband zu 1848 und der Revolutionserinnerung in Mitteleuropa die Auseinandersetzung um das Nationalitätenprogramm der Linken, wenn er schreibt, dass in der Zwischenkriegszeit die Revolutionserinnerung für die Sozialdemokraten „nur noch ausnahmsweise aktuelle politische Dimension“ gewann – dabei war sie die historische Rechtfertigung für die Option für den Anschluss. Vgl. Hye, Einleitung: Was blieb von 1848?, in: Haider/Hye (Hg.), 1848, S. 9-29, hier: 29.

³³ Zur Märzrevolution 1848 in Wien siehe: Wolfgang Häusler, ‚Was kommt mit kühnem Gange?‘ Ursachen, Verlauf und Folgen der Wiener Märzrevolution 1848, in: Ernst Bruckmüller/Wolfgang Häusler (Hg.), 1848. Revolution in Österreich, Wien 1999, S. 23-54; zum sozialdemokratischen Revolutionsgedenken zur Zeit der Monarchie: ders., Die Wiener ‚Märzgefallenen‘ und ihr Denkmal, S. 251-275, hier: 260, 266-270; früher schon (im Gegensatz zum späteren Text mit Fußnoten): ders., ‚Noch sind nicht alle Märzen vorbei ...‘ Zur politischen Tradition der Wiener Revolution von 1848, S. 101-108; Eckart Früh, Geduld ihr Brüder! Sozialistische Gedichte zum März 1848. Vaterländische und nationalsozialistische zum März 1938, S. 496-502; dazu und zum Revolutionsgedenken 1898 in Wien: Lengauer, Exil, Verdrängung, Verblässen. Die Revolution von 1848 in der österreichischen Literatur, S. 283-287; Susanne Böck, Radetzkymarsch und Demokratie. Zur politischen Rezeption der Revolution von 1848, S. 140-147; Steven Beller, Das Licht der Welt. Der 1848-Mythos und die Emanzipationsideologien, S. 169-188.

³⁴ „Am Grabe der Märzgefallenen“, in: AZ, 13.3.1917; „Die Märzfeier“ in: AZ, 15.3.1915; auch: „Gedenkfeier der Arbeiterschaft am Grabe der Märzgefallenen“, in: Neue Freie Presse (fortan: NFP), 13.3.1916; „Die Märzfeier“, in: AZ, 13.3.1916.

österreichischen Sozialdemokratie, seinen Leitartikel am Märzfeiertag der Revolution von 1848.³⁵

Ein konstantes Thema der Artikel über den Besuch an den Gräbern der Märzgefallenen war das Gefühl, dass die Erinnerung an diese wenigen durch den Tod der vielen Tausenden jeden Tag auf den Schlachtfeldern überlagert wurde.³⁶ Der Leitartikel 1916 sah in dem Weltkrieg den Anbruch eines neuen Zeitalters, sodass, was bisher Vergangenheit gewesen sei, zur „Vorvergangenheit“ werde. Im „blutigen Scheine“ des Krieges werde deutlich, „wie sehr das ‚tolle Jahr‘ schon der Geschichte angehört“.³⁷ Neben der Feststellung, dass die Erinnerung an 1848 durch die Ereignisse des Weltkriegs überlagert werde, gab es aber in den Artikeln der *Arbeiterzeitung* während des gesamten Krieges auch einen aktualisierenden Bezug auf die 48er-Revolution.

Im März 1915 benutzte der parteilinke Theoretiker Max Adler die Revolution von 1848 als Folie für eine Kritik der Kriegspropaganda. Auch der „unvergessliche Völkerfrühling“ von 1848 sei – Adler erinnerte an die Kämpfe in Paris, Wien und Ungarn – ein „Völkerringen“ gewesen, und der „Freiheitskampf“ des Jahres 1848 bleibe trotz seiner Niederlage, und obwohl er nur ein bürgerlicher Kampf gewesen sei, eine der „stolzesten Erinnerungen“ auch des Proletariats. Schon die Zeitgenossen hätten den Kampf als einen Völkerfrühling, als einen Gewinn an „Mündigkeit und Selbständigkeit“ der Völker, als einen Krieg der Völker gegen ihre Unterdrücker für ihre Freiheit empfunden.

Waren 1848 die Völker Handelnde gewesen, so behaupteten heute alle am Kriege Beteiligten, Opfer des Systems zu sein:

„Es ist der tiefe Unterschied, der die eigentliche und moralische Größe einer Zeit ausmacht, ob die Völker in den Ereignissen derselben *mit eigenem Willen* stehen oder ob sie, bloß dahingerissen von ihr, sich ihre Ziele und Interessen diktieren lassen von den durch sie geschaffenen Zwangssituationen und Zwangssuggestionen. Wie jedes Volk und jede Regierung von diesem Kriege behauptet, hat niemand ihn gewollt, sie alle sind Opfer eines

³⁵ „Alte und neue Gräber“, in: AZ, 14.3.1915; „Zum Gedenken der Märztage“, in: AZ, 12.3.1916; „Zwei Revolutionen“, in: AZ, 13.3.1918.

³⁶ „Alte und neue Gräber“, in: AZ, 14.3.1915; „Der 18. März 1848“, in: AZ, 19.3.1915; „Die Märzfeier“, in: AZ, 13.3.1916. Wolfgang Hardtwig hat darauf aufmerksam gemacht, dass im Deutschen Reich der Erste Weltkrieg als ein absolutes Novum auch das Bild Bismarcks als zeitlos vorbildhaften Staatsmann berührte. Vgl. Hardtwig, Der Bismarck-Mythos. Gestalt und Funktionen zwischen politischer Öffentlichkeit und Wissenschaft, in: ders. (Hg.), Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit (=Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft, Sonderheft 21), Göttingen 2005, S. 61-90, hier: 66.

³⁷ „Zum Gedenken der Märztage“, in: AZ, 12.3.1916.

Systems, das fast zwangsläufig zu diesem allgemeinen Zusammenstoß führen musste. Ist nun da er erfolgt ist und alle seine Opfer bestrebt sind, ihn durchzuhalten, irgend ein Anlass, von der Größe der Zeit zu sprechen, die wir erleben?“

Adler lehnte es ab, wie es alle Kriegsparteien täten, von „der Größe“ der Opfer der Völker im Weltkrieg zu sprechen; sie seien bloß „schrecklich“ und „entsetzenderregend“.³⁸

Im Jahr darauf, 1916, stellte der Leitartikel zum Märzgedenktag Überlegungen für die Zeit nach dem Krieg an. Nach dem Krieg würden die Völker erkennen,

„dass ein Wiederaufbau nur auf den *Fundamenten der Völkerfreiheit und Völkerverbrüderung* möglich ist, die einst im *Februar und März* gelegt worden sind“.

Österreich könne sich im Innern nur erneuern, indem es an den Verfassungsentwurf von Kremsier anknüpfe – das lag auf der Linie, wie sie Renner gegen Bauer noch 1918 im *Kampf* vertrat –; alle Verfassungsexperimente seit Kremsier seien verfehlt gewesen.³⁹ In Europa müsse das Ziel der „Friedensbund aller Kulturvölker“ sein.⁴⁰ Ganz ähnlich lautete die Forderung von Wilhelm Ellenbogen, der in diesem Jahr die Rede auf der Märzfeier hielt:

„Das Grab, an dem wir heute stehen, bildet in unserer Vorstellung den symbolischen Ausgangspunkt der Erneuerung Österreichs und der Befreiung seiner Völker. [...] Was jahrzehntelange Kämpfe nicht gebracht haben, was bürokratischer Unverstand und politische Unzulänglichkeit verweigert haben, der Krieg wird es uns unweigerlich bringen müssen: ein *freies Österreich* der friedlich vereinten Völker.“

Otto Glöckel, der Redner am Grab der Märzgefallenen ein Jahr später, ging mit seinen Forderungen sehr viel weiter (ein langer Abschnitt des Abdrucks seiner Rede in der *Arbeiterzeitung* fiel der Zensur zum Opfer). Die Märzgefallenen und die Gefallenen des Weltkriegs mahnten, dafür zu kämpfen, dass der Weltkrieg der letzte Krieg bleibe:

„Dieses Vermächtnis zu erfüllen, wird nur dann gelingen, wenn wir die Vorbedingungen, die Ursache blutiger Entscheidungen beseitigen, das heißt den Kapitalismus durch den Sozialismus ersetzen.“⁴¹

³⁸ Max Adler, „Große Zeit“, in: AZ, 14.3.1915.

³⁹ Zum Reichstag von Kremsier siehe: Der Reichstag von Kremsier 1848–1849 und die Tradition des Parlamentarismus in Mitteleuropa. Sammelband mit Beiträgen der gleichnamigen internationalen Konferenz veranstaltet im Rahmen der Feierlichkeiten anlässlich des 150. Jahrestages des Reichstages von Kremsier, Kremsier 1998. Stefan Malfér betont, dass Renner und Bauer in ihren Werken zur Nationalitätenfrage vor dem Weltkrieg sich zwar positiv über den Verfassungsentwurf von Kremsier geäußert hätten, mit ihren eigenen Konzepten zur Lösung der Nationalitätenfrage aber *nicht* daran angeknüpft hätten. Kremsier sei lediglich Chiffre für einen angestrebten Kompromiss in der Nationalitätenfrage gewesen, nicht aber als wegweisend für den Inhalt betrachtet worden. Stefan Malfér, Kremsier in der österreichischen Verfassungsdiskussion um 1900, in: ebd., S. 65–76, hier: 69, 72 f.

⁴⁰ „Zum Gedenken der Märztage“, in: AZ, 12.3.1916.

⁴¹ „Am Grabe der Märzgefallenen“, in: AZ, 13.3.1917.

Im Frühjahr 1918 verglich der Leitartikel zum Märzgedenktag die Revolution von 1848 mit der Russischen Oktoberrevolution von 1917. Scharf betont wurde, wie sich nach anfänglichem gemeinsamen Kampf bald in beiden Revolutionen Bourgeoisie und Proletariat in „Todfeindschaft“ gegenübergestanden hätten. Aus der Erfahrung, selbst in der Vergangenheit von der Bourgeoisie verleumdet worden zu sein, begründete der Leitartikel die Solidaritätserklärung mit den russischen Bolschewiki:

„Jahrzehntelang hat unsere Bourgeoisie die Oktoberrevolution des Wiener Proletariats geschmäht und verleumdet. Alle diese Schmähungen, alle diese Verleumdungen finden wir heute wieder in dem Lügenfeldzug gegen die Bolschewiki! Weil an jenem 6. Oktober der Graf Latour der rasenden Wut einer zum äußersten aufgepeitschten Menge zum Opfer gefallen ist, hat die Bourgeoisie die ganze Wiener Arbeiterschaft als eine Bande von Mördern hingestellt; so macht sie heute das ganze russische Proletariat für die Ermordung Schischkins und Kokoschins verantwortlich! [...] Die Wiener Arbeiterschaft weiß, was sie von dem Verleumdungsfeldzug gegen die Bolschewiki zu halten hat: sie erkennt in ihm den Verleumdungsfeldzug gegen ihre eigene Geschichte wieder.“⁴²

In der Revolution der Bolschewiki erblickte die *Arbeiterzeitung* die erste Herrschaft des Proletariats über ein großes Reich. Selbst im Falle ihrer Bezwingung durch ihre Feinde werde die russische Revolution doch von dem gewaltigen Fortschritt des Proletariats seit 1848 künden.⁴³

⁴² Der Kriegsminister Latour war, weil er entgegen seines mehrfachen Ehrenworts die kroatischen Truppen des Banus Jellacic im Kampf gegen die Ungarn unterstützt und den Abmarsch von Truppen aus Wien zur Niederschlagung der Revolution in Ungarn befohlen hatte, am 6. Oktober von einer aufgebrachten Menge gelyncht worden. Noch Veit Valentin urteilte in seiner Revolutionsgeschichte von 1930/31: „Die Bestialität dieser Ermordung befleckte den Freiheitskampf in einem Grade, gegen den es keine Abhilfe gab.“ Valentin, Geschichte der deutschen Revolution 1848–1849, Bd. 2: Bis zum Ende der Volksbewegung von 1849 (1931), Nd., Weinheim/Berlin 1998, S. 197; vgl. Wolfgang Häusler, Von der Massenarmut zur Arbeiterbewegung. Demokratie und soziale Frage in der Wiener Revolution von 1848, Wien/München 1979, S. 378-385; Lothar Höbelt, 1848. Österreich und die deutsche Revolution, Wien/München 1998, S. 198 f., 203 f., 210; Waltraud Heindl, „Hoch, hoch an die Laternen!“ Aus dem Tagebuch der Wiener Oktoberrevolution, in: Bruckmüller/Häusler (Hg.), 1848, S. 128-138.

⁴³ „Zwei Revolutionen“, in: AZ, 13.3.1918. Das Gedenken an die russische Oktoberrevolution wurde zum festen Bestandteil des sozialdemokratischen Kalenders in der Ersten Republik. Vgl. Walter Goldinger, Geschichte der Republik Österreich 1918–1938 (1962), Wien/München 1992, S. 90. Bauer hat den Bolschewismus zunächst konsequent abgelehnt, ihn aber ab 1920 zunehmend als für Russland vorübergehende Notwendigkeit gerechtfertigt – dabei aber stets betont, dass die Sozialdemokraten dem russischen Beispiel nicht folgen wollten, weil es für Österreich nicht angemessen sei. Vgl. Norbert Leser, Ignaz Seipel und Otto Bauer. Versuch einer kritischen Konfrontation, in: Geschichte und Gegenwart, 1 (1982), S. 251-285, hier: 264.

3. Die Gründung der Republik Deutschösterreich und der Anschluss an das Deutsche Reich

Als im Oktober 1918 die Mittelmächte den Weltkrieg verloren hatten und die nicht deutschen Nationalitäten sich von der Habsburgermonarchie losrissen, war die Sozialdemokratie auf der Grundlage des Nationalitätenprogramms der Linken als einzige der deutschösterreichischen Parteien in der Lage, auf die neue Situation zu reagieren. Schnell setzte sie auf die Option für den Anschluss an das Deutsche Reich; zwar betonte die Partei anfänglich immer, man gebe einem freiwilligen Zusammenschluss mit den anderen Nationen der zerbrechenden Habsburgermonarchie, der „Donauföderation“, den Vorzug, wenn die anderen Nationen aber dazu nicht zu akzeptablen Bedingungen bereit seien, dann bleibe, weil Deutschösterreich wirtschaftlich allein nicht lebensfähig sei, nur der Anschluss an Deutschland.⁴⁴

Zumindest im Fall von Otto Bauer, der nach dem Tod von Victor Adler am 11. November 1918 in der Ersten Republik zur dominierenden Führungsfigur der Partei avancierte, wurde aber deutlich, dass es sich bei der vorgeblichen Bevorzugung der Donauföderation nur um ein psychologisch begründetes taktisches Manöver handelte. Damit sollte denjenigen, die der Habsburgermonarchie nachtrauerten oder die wirtschaftlichen Konsequenzen ihres Zerbrechens fürchteten, der Eindruck vermittelt werden, es sei zuerst der Versuch unternommen worden, die Verbindung zu den anderen Nationen der untergegangenen Monarchie wiederherzustellen, bevor man für den Anschluss optierte.⁴⁵

Bauer selbst ging – mit guten Gründen – davon aus, dass die nicht deutschen Nationen *nicht* zu einem Zusammenschluss zu für die Deutschösterreicher akzeptablen Bedingungen bereit sein würden. Während jene danach strebten, durch Schutzzölle eine eigene Industrie aufzubauen, waren diese als wirtschaftlich am weitesten Fortgeschrittene daran interessiert, die nicht deutschen Absatzgebiete der Monarchie für ihre Industrieprodukte zu erhalten.⁴⁶ Der

⁴⁴ Die meisten zeitgenössischen Politiker – eine Ausnahme bildeten lediglich Entente-nahe Kreise und die Monarchisten –, Volkswirte und Historiker haben Deutschösterreich bzw. dann die Republik Österreich für wirtschaftlich *nicht* lebensfähig gehalten. Vgl. Hans Kernbauer/Eduard März/Fritz Weber, Die wirtschaftliche Entwicklung, in: Weinzierl/Skalnik (Hg.), Österreich 1918–1938, Bd. 1, S. 343–379, hier: 346; List, Die Propaganda des Austromarxismus am Beispiel der sozialdemokratischen Anschlussbewegung 1918–1933, S. 133 f.; Dachs, Österreichische Geschichtswissenschaft und Anschluss, S. 56.

⁴⁵ Vgl. Panzenböck, Ein deutscher Traum, S. 89.

⁴⁶ Vgl. Low, The Anschluss Movement, S. 119, 458; Peter Krüger, Die Außenpolitik der Weimarer Republik, Darmstadt 1985, S. 55. Die andern Nachfolgestaaten der Monarchie haben dann tatsächlich eine Hochschutzzollpolitik betrieben. Vgl. Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (Österreichische Geschichte 1890–1990, hg. v. Herwig Wolfram), Wien 1994, S. 284, 297. Dem entsprach auf ideologischer Ebene, dass nach 1918 – wenn auch aus sehr verschiedenen Blickwinkeln – sowohl in der slawischen als auch der ungarischen Geschichtsschreibung von

entscheidende Schritt zur Durchsetzung des Nationalitätenprogramms der Linken in der Sozialdemokratie war die Resolution des Clubs der sozialdemokratischen deutschen Reichsratsabgeordneten vom 3. Oktober, die die Grundlage für die Verhandlungen mit den andern deutschen Parteien über die Einberufung einer Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich bildete. In dieser Resolution hieß es:

*„Die Vertreter der deutschen Arbeiterschaft in Österreich erkennen das Selbstbestimmungsrecht der slawischen und romanischen Nationen Österreichs an und nehmen dasselbe Recht auch für das deutsche Volk in Österreich in Anspruch. Wir erkennen das Recht der slawischen Nationen an, ihre eigenen Nationalstaaten zu bilden, wir lehnen aber unbedingt und für immer die Unterwerfung deutscher Gebiete unter diese Nationalstaaten ab. Wir verlangen, dass alle deutschen Gebiete Österreichs zu einem deutschösterreichischen Staate vereinigt werden, der seine Beziehungen zu den anderen Nationen Österreichs und zum Deutsch Reiche nach seinen eigenen Bedürfnissen regeln soll.“*⁴⁷

Die vollständige Durchsetzung der Gedanken des Nationalitätenprogramms der Linken innerhalb der sozialdemokratischen Parteiführung signalisierte ein Artikel von Karl Renner im Zentralorgan der reichsdeutschen Mehrheitssozialdemokraten, dem *Vorwärts*, vom 26. Oktober. Zu der Alternative Donauföderation oder Anschluss schrieb Renner dort, zwar würden die deutschösterreichischen Sozialdemokraten die Trennung von den andern Völkern der Donaumonarchie als „Opfer“ empfinden, aber:

*„am Ende haben wir es satt, den unverständenen Lehrmeister und den ungebetenen Vormund zu spielen. [...] Wir bestellen unser eigenes Haus – mögen die andern für sich selber denken und sorgen“.*⁴⁸

In diesem Zusammenhang ist zu betonen, dass Renner, der bis Anfang Oktober 1918 gegen das Nationalitätenprogramm der Linken gekämpft hatte, während der gesamten Ersten Republik die Anschlusspolitik der Sozialdemokraten mittrug.⁴⁹

Im Laufe des Oktober und November 1918 brachte die *Arbeiterzeitung* ihren Lesern hinsichtlich der Nationalitätenfrage und des Anschlusses das Geschichtsbild der Revolution von 1848 und der Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung nahe, das in den Monaten zuvor die Linke in der Parteizeitschrift *Der Kampf* gegen Renner vertreten hatte. Der Begriff

wenigen Ausnahmen abgesehen dem Vielvölkerstaat übereinstimmend klägliches politisches Versagen attestiert wurde. Vgl. Kann, *Das Nationalitätenproblem*, Bd. 2, S. 292.

⁴⁷ „Die deutsche Sozialdemokratie und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, in: *AZ*, 4.10.1918.

⁴⁸ Karl Renner, „Was ist Deutschösterreich?“, in: *Vorwärts*, 26.10.1918.

⁴⁹ Vgl. Stourzh, *Erschütterung und Konsolidierung des Österreichbewusstseins*, S. 295.

„Anschluss“ als Bezeichnung für die politische Vereinigung Deutschösterreichs mit dem übrigen Deutschland war übrigens selbst in der 48er-Revolution allgemein gebräuchlich geworden.⁵⁰

Den Anfang machte Ludo M. Hartmann, Sohn des Dichters Moritz Hartmann, eines Achtundvierzigers, der in der Paulskirche zur äußersten Linken gehört, Österreich für einen „Völkerkerker“ gehalten und der Delegation der Paulskirchenlinken angehört hatte, die im Oktober 1848 ins revolutionäre Wien gereist war. Selbst brennender Anschlussbefürworter, der im November von der Republik Deutschösterreich als Gesandter nach Berlin geschickt werden sollte, veröffentlichte Hartmann am 12. Oktober einen polemischen Artikel unter dem Titel „Kleindeutsch und großdeutsch“.⁵¹ Die äußerste Linke in der Paulskirche habe über die Fürsten hinweg alle deutschen Länder unter Einschluss der deutschen Provinzen Österreichs in einem Bundesstaat vereinigen wollen. Die durch Bismarck verwirklichte kleindeutsche Lösung, die deutsche Einheit bei „Amputation“ der deutschen Provinzen Österreichs, sei keine Lösung, sondern eine „Umgehung des Problems“ gewesen.⁵²

Ausführlich legte wenige Tage später Otto Bauer unter der Überschrift „Das neue Europa“ das nun handlungsleitende Geschichtsbild der Sozialdemokratie dar. Die europäischen Völker hätten gegen die Ergebnisse des Wiener Kongresses das Nationalitätenprinzip gestellt:

„‘Jede Nation ein Staat! Die ganze Nation ein Staat!’ fordert dieses Prinzip, das zu einem der Grundsätze der europäischen Demokratie geworden ist.“

In der Revolution von 1848 habe die deutsche Demokratie für das Nationalitätenprinzip gekämpft, „Freiheit und Einheit Deutschlands“ auf ihrer Fahne gestanden. Deutschland habe

⁵⁰ Vgl. Valentin, Die Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 9, 89.

⁵¹ Vgl. Heer, Der Kampf um die österreichische Identität, S. 193 f., 206; Wolfgang Häusler, Freiheit im Krähwinkel? Biedermeier, Revolution und Reaktion in satirischer Beleuchtung, in: Österreich in Geschichte und Literatur, 31 (1987), S. 69-111, hier: 106-109; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 205, 211; Günter Fellner, Ludo Moritz Hartmann und die österreichische Geschichtswissenschaft. Grundzüge eines paradigmatischen Konflikts, Wien/Salzburg 1985, S. 100-102, 106; Hugh LeCaine Agnew, Dilemmas of Liberal Nationalism. Czechs and Germans in Bohemia and the Revolution of 1848, in: Sabrina P. Ramet/James R. Felak/Herbert J. Ellison (Hg.), Nations and Nationalisms in East-Central Europe 1806–1948. A Festschrift for Peter F. Sugar, Bloomington/IN 2002, S. 51-70, hier: 66. Die Schriftstellerin Ricarda Huch hat 1930 über Moritz Hartmann geschrieben: „Später, als Flüchtling, gehörte er zu den wenigen, die Paris verabscheuten und nur nach Deutschland, immer nach Deutschland verlangten.“ Allerdings hatte Hartmann nach der Schlacht von Sedan 1870 neben Georg Herwegh auch zu denjenigen gehört, die die Fortsetzung des Krieges gegen Frankreich verurteilten. Huch, 1848. Alte und neue Götter (1930). Mit einem Nachwort von Walter Delabar, Frankfurt a. M. 1998, S. 367; vgl. Alexandre, Die 1848er-Revolution, ihre Erben und die deutsch-französische Friedensbewegung, S. 227-229. In Leipzig erschien 1919 in der Reihe „Deutsche Revolution“ eine Neuauflage der Erinnerungen Moritz Hartmanns aus dem Revolutionsjahr 1848, die 1861 erstmals erschienen waren: Moritz Hartmann, Revolutionäre Erinnerungen, hg. v. H. H. Houben (=Deutsche Revolution. Eine Sammlung zeitgemäßer Schriften, Bd. 4), Leipzig 1919, hier: S. 6.

⁵² Ludo M. Hartmann, „Kleindeutsch und großdeutsch“, in: AZ, 11.10.1918.

damals nicht auf die Zugehörigkeit Deutschösterreichs verzichten wollen und deshalb die Auflösung Österreichs und die Freigabe von dessen nicht deutschen Nationen angestrebt.

„Für dieses Ziel haben damals auch die deutschen Arbeiter gekämpft: das war das Ziel der Wiener Oktoberrevolution von 1848, das war das nationale Programm Marxens, Engels, Lassalles, Wilhelm Liebknechts, August Bebels in all den Kämpfen von 1848 bis 1871.“

Als nach 1871 mit der kleindeutschen Lösung und der vorläufigen Abschließung der Staatsbildung in Europa die großdeutsche Frage nicht länger aktuell war, habe sich die Aufgabe der österreichischen Sozialdemokratie darauf beschränkt, für die Neugestaltung des Zusammenlebens der Völker Österreichs auf demokratischer Grundlage einzutreten. Seit 1899 kämpfte die Partei für die Umgestaltung Österreichs zu einem „Bundesstaat freier Nationen“. Das sei auch heute noch Programm; falls die anderen Nationen einen solchen Bund wollten, „werden sie uns dazu bereit finden“. Für den Fall jedoch, dass die andern Nationen den Bund aber nicht anstrebten, sah Bauer vor:

„Uns bliebe in diesem Fall kein anderer Weg als der, zurückzugreifen auf unser ursprüngliches nationales Programm, auf das Programm, für das schon 1848 Marx und Engels, für das in den Sechzigerjahren Lassalle und Schweitzer, Liebknecht und Bebel gekämpft haben: auf das Programm eines neuen Europa, in dem das deutsche Volk so gut wie alle anderen Völker alle seine Stämme in einem unabhängigen Nationalstaat vereint.“⁵³

Nicht übersehen werden sollte, dass – jenseits der 48er-Tradition und der Frage der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit eines selbstständigen Deutschösterreich – ein weiteres ganz handfestes Motiv für den Anschluss an das Deutsche Reich sprach. Die Gründung des tschechoslowakischen Staates zog die Trennung der Sudetendeutschen, eines Drittels der Deutschen in Österreich, von den Deutschen in den Alpenländern nach sich. Bauer schrieb dazu 1923 im Rückblick:

„Die Deutschen in Böhmen, Schlesien und Nordmähren, von den deutschen Alpenländern durch das tschechische Gebiet räumlich geschieden, hatten ja keine andere Wahl als die zwischen der tschechischen Fremdherrschaft und dem Anschluss an das Reich. Die sechs Millionen Deutschen der Alpenländer, seit Jahrhunderten mit den drei Millionen Deutschen

⁵³ Otto Bauer, „Das neue Europa“, in: AZ, 17.10.1918; auch: „Die deutsche Frage und die Sozialdemokratie“, in: AZ, 1.2.1919. Valentin hat über die Wiener Oktoberrevolution 1848 geurteilt: „Der deutschösterreichische, großdeutsche Patriotismus war der erste Hauptzug der Wiener Oktoberrevolution.“ Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 199.

der Sudetenländer eng verbunden, konnten diese Verbindung nur im Rahmen des Deutschen Reiches aufrechterhalten.“⁵⁴

Staatskanzler Renner bezeichnete Ende Januar 1919 in einem Interview mit einer britischen Zeitung, in dem er auch versicherte, Deutschösterreich als Ganzes, nicht nur Wien habe den glühenden Wunsch nach dem Anschluss an das Deutsche Reich, die Frage der Sudetendeutschen als das entscheidende Hindernis für eine Donaukonföderation. Wenn die Tschechen auf die Eingliederung der sudetendeutschen Gebiete in ihr Staatswesen verzichtet hätten, wäre die Donauföderation möglich gewesen. Jetzt seien die sudetendeutschen Gebiete eine „Terra irredenta“:

„Wie können dreieinhalb Millionen Menschen, die zu einem Siebzigmillionenvolk gehören, dulden, dass sie von einer Nation von acht Millionen regiert werden?“⁵⁵

Auch hier, im negativen Verhältnis zu den Tschechen, waren die Sozialdemokraten zunächst Erben der Wiener Demokraten von 1848, wobei allerdings hinzuzufügen ist, dass Renner nach dem Verbot des Anschlusses durch die Alliierten 1919 aus realpolitischer Einsicht die außenpolitische Annäherung an die Tschechoslowakei betrieb.⁵⁶

Das Pendant zum Rückgriff auf das ursprüngliche nationale Programm war bei den Sozialdemokraten die hasserfüllte und schadenfrohe Verabschiedung der Habsburgermonarchie – eine Haltung, die ihnen von denen, die anders empfanden, sehr verübelt werden sollte. Am 19. Oktober schrieb die *Arbeiterzeitung* unter der Überschrift „Das Ende des Reiches“, dieses werde die Katastrophe *nicht* überleben. Zugleich behauptete sie, dass alles nicht so hätte kommen müssen, wenn man nach der Wahlrechtsreform 1905 oder auch noch nach dem Kriegsausbruch Österreich-Ungarn in einen Bundesstaat freier

⁵⁴ Bauer, Die österreichische Revolution, S. 622; ders., „Der deutschösterreichische Staat“, in: AZ, 13.10.1918; vgl. Erich Zöllner, Der Österreichbegriff. Formen und Wandlungen in der Geschichte, Wien 1998, S. 71; Low, The Anschluss Movement, S. 124; Myers, Germany and the Question of Austrian Anschluss 1918–1922, S. 58, 226. Fritz Fellner schreibt zu diesem Thema: „Es sollte vielleicht stärker, als es bisher für das österreichische Geschichtsbild geschehen ist, herausgearbeitet werden, wie sehr die cisleithanische Politik vor 1918 und die Politik und Bewertung der Friedensverhandlungen von 1919 und die Kulturpolitik der Ersten Republik bis zum Anschluss von dem Faktum beherrscht worden sind, dass die führenden Politiker und Kulturschaffenden zu einem beachtlichen Teil nicht aus den Erbländern, sondern aus Böhmen und Mähren stammten.“ Das traf auch weitgehend auf die beiden führenden Sozialdemokraten zu: Bauer hatte seine Jugendjahre in Böhmen verbracht, Renner stammte aus Mähren. Fritz Fellner, Der Vertrag von St. Germain, in: Weinzierl/Skalknik (Hg.), Österreich 1918–1938, Bd. 1, S. 85–106, hier: 89; vgl. Wandruszka, Österreichs politische Struktur, S. 436; Hannak, Karl Renner und seine Zeit, S. 15 f.; Kaufmann, Sozialdemokratie in Österreich, S. 102, FN 145.

⁵⁵ „Deutschösterreich. Renner über die Lage in Wien“, in: AZ, 2.2.1919.

⁵⁶ Vgl. Wolfgang Häusler, Hermann Jellinek (1823–1848). Ein Demokrat in der Wiener Revolution, in: Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte, 5 (1976), S. 125–175, hier: 139 f.; zum Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen im Revolutionsjahr siehe: Eckhard Stephan, Deutsche und Tschechen im Revolutionsjahr 1848/49, in: Historische Mitteilungen, 11 (1998), S. 197–219; Kaufmann, Sozialdemokratie in Österreich, S. 142.

Völker umgebaut hätte, aber das deutsche Bürgertum habe vor dem Krieg sowohl im Innern als auch nach außen eine Politik gemacht, die allein auf die Gewalt gesetzt habe.

Wie 1848 beanspruchten die Nationen jetzt das Recht, selbst über ihr Schicksal zu entscheiden. Weil die Völker jetzt viel reifer und mächtiger als damals seien, könne sie „kein Windischgrätz und kein Radetzky“ niederwerfen.⁵⁷

„Die Tschechen, Polen, Slowenen, Kroaten, Italiener, bei keinem dieser Völker ist auch nur ein Hauch von Bedauern zu spüren; nirgendwo auch nur die leiseste Empfindung dafür, dass doch ein Band zerrissen wird, das jahrhundertlang bestanden hat, keine Rührung, kein Wehmut, kein Schmerz, alles Gefühle, die sich selbst bei dem Zuchthäusler einstellen, wenn er den Kerker verlässt.“

Auch wenn die Völker sich zu einem freien Bund zusammenschließen, so würde er doch von dem alten Österreich grundverschieden sein.

„Das klägliche Gejammer über den Zusammenbruch des Vergangenen ist töricht. Der Ruf nach der starken Hand, die die Völker wieder zusammenzwingen soll, ist albern. Das Vergangene ist tot und die Zeit gewaltsamer Bindung ist vorbei.“⁵⁸

Dass nur die Gewalt das Habsburgerreich zusammengehalten habe, wurde nun zum Kern der sozialdemokratischen Wertung der Habsburgerdynastie – ein Urteil, mit dem die Sozialdemokraten ganz in der Tradition der Paulskirchenlinken standen:

„Denn dieser Staat besteht schon seit 1848 nur durch die Gewalt, die die auseinanderstrebenden Völker zusammenhält. Wenn die Gewalt zusammenbricht, dann streben die Nationen auseinander, sie versuchen es, ihre eigenen Nationalstaaten aufzurichten oder sich mit ihren Nationalstaaten außerhalb Österreichs zu vereinigen. So war es 1848. So ist es jetzt wieder.“⁵⁹

⁵⁷ Zutreffender ist jedoch die Analyse, die Bauer im Rückblick in seinem Buch „Die österreichische Revolution“ aus dem Jahre 1923 gab: Ausschlaggebend war 1918 die Auflösung des habsburgischen Heeres an der italienischen Front; diese Auflösung hatte in magyarischen und slawischen Truppenteilen ihren Ausgang genommen. „Der eiserne Mechanismus, der zehn auseinanderstrebende Nationen zusammengehalten, sie unter Habsburgs Herrschaft erhalten hatte, war zerstört. Damit war das Reich aufgelöst. Damit war Habsburgs Herrschaft zu Ende.“ Bauer, Die österreichische Revolution, S. 613, auch: 626. Die Auflösung der Truppen 1918 wurde von Bauer als eine „nationale Revolution“ der slawischen Völker der Monarchie charakterisiert. Das stellte eine Parallele zur 48er-Revolution in Österreich da, die auch als nationale Revolution mit den Forderungen der Ungarn und Tschechen begonnen hatte. Vgl. Wolfgang Häusler, Revolution 1848 und die Anfänge der österreichischen Arbeiterbewegung, in: Gewerkschaftliche Einheit/Bewegung für Sozialismus (Hg.), Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, Wien 1979, S. 7-22, hier: 12; Istvan Deak, Shades of 1848, S. 90 f.

⁵⁸ „Das Ende eines Reiches“, in: AZ, 19.10.1918.

⁵⁹ Über die Paulskirchenlinke schreibt Botzenhart: „Die Abgeordneten der Linken erklärten, dass die Habsburger Monarchie schon seit längerer Zeit nur noch ein durch Gewalt und die Macht der Bajonette zusammengehaltenes Konglomerat von Nationalitäten sei.“ Botzenhart, Die österreichische Frage, S. 118. Staatskanzler Renner formulierte am 2. Juni 1918 bei der Übergabe der Friedensbedingungen durch die Siegermächte in St. Germain: „Folglich tragen Gebiet und Bevölkerung der früheren Monarchie insgesamt die Verantwortung für die Folgen

Anderswo werde der Friede, nachdem sich die Klassengegensätze im Krieg so verschärft hätten, den „Entscheidungskampf“ zwischen Bourgeoisie und Proletariat bringen, auf dem Gebiet der Habsburgermonarchie gehe es darum, erst überhaupt Staaten zu schaffen, in denen dann das Proletariat in einem weiteren Schritt die Macht erobern könne – die „bürgerliche Revolution“ zu vollenden, die 1848 zunächst gescheitert war. Der Vielvölkerstaat sei ein denkbar schlechter Boden für den Klassenkampf der Sozialdemokraten gewesen, da es der Nationalitätenkonflikt ihnen unmöglich gemacht habe, ihren Forderungen Gehör zu verschaffen. Eine deutschösterreichische Demokratie biete dem Proletariat ungleich bessere „Kampfbedingungen“.⁶⁰

Die deutschösterreichische Staatsgründung vollzog sich im Oktober und November 1918 binnen weniger Wochen. Am 21. Oktober konstituierten sich die deutschen Abgeordneten des Reichsrates im niederösterreichischen Landhaus in der Herrengasse in Wien als deutschösterreichische Nationalversammlung. Der Sozialdemokrat Karl Seitz, einer der drei Präsidenten der Versammlung, erklärte auf den Ausbruch der Wiener Märzrevolution 1848 am selben Ort anspielend:

„Es ist eine historisch denkwürdige Stätte, an der die erste Nationalversammlung der Deutschen Österreichs tagt. Vom Landhause in Niederösterreich ging vor mehr denn siebenzig Jahren jene große Volksbewegung aus, deren Ziel war, dass die Völker ihre Schicksale selbst bestimmen können. Der Gedanke des Selbstbestimmungsrechtes konnte durch lange Zeit zurückgedämmt werden, die Volksbewegung konnte unterdrückt werden, aber immer wieder blieb sieghaft die Idee der Selbstbestimmung der Völker, immer wieder rang sie sich durch. Nach diesem vier Jahre langen Wüten des blutigen Weltkriegs mit all seinen Greueln und Schrecken taucht aus dem Meere von Blut und Tränen wieder empor die große Idee des Selbstbestimmungsrechtes der Völker.“

Damit deutete Seitz die sozialdemokratische Sicht der bisherigen Ereignisse im Herbst 1918 als nationale Revolution an, als den Sieg der nationalen Revolution, die im Oktober 1848 in Wien unterlegen sei. Für die Sozialdemokraten gab der Parteiführer Victor Adler, wenige Tage vor seinem Tod, eine Erklärung ab. Er bat die Versammlung ihm als „einem Alten“ die

des Krieges, zu dem die Machthaber sie alle gezwungen haben. [...] Aber unsere neue Republik ist ledig geworden aller jener Herrschaftsgelüste, die zum Verhängnis der alten Monarchie geworden sind, ledig jener reaktionären Traditionen, die die alte Monarchie zum Gefängnis ihrer Völker gemacht hatten, sie ist leider das Opfer jener furchtbaren Schuld von 1914, die die Schuld der früheren Machthaber, nicht die Schuld der Völker gewesen ist.“ Fellner, Der Vertrag von St. Germain, S. 95 f.

⁶⁰ „Staatsbildung und Klassenkampf“, in: AZ, 26.10.1918; „Ende der Militärmonarchie“, in: AZ, 3.11.1918; ähnlich: Karl Leuthner, „Die Hausmacht“, in: AZ, 22.11.1918; „Die Hetze gegen die Republik“, in: AZ, 23.11.1918; „Die Schuldigen“, in: AZ, 26.11.1918; Karl Leuthner, „Nicht Helden, sondern Märtyrer“, in: AZ, 4.12.1918.

Bemerkung zu erlauben, dass die Errichtung Deutschösterreichs „endlich die Verwirklichung dessen ist, was wir seit der Jugend ersehnen!“ – Adler war genauso wie sein Freund Engelbert Pernerstorfer, ein weiterer führender Sozialdemokrat dieser Generation, in jungen Jahren Anfang der 1880er-Jahre in der deutschnationalen Gruppierung Georg von Schönerers aktiv gewesen.⁶¹

Adler verlas die Erklärung der Sozialdemokraten, die die hier bereits ausgeführte Position der Partei zu Donauföderation und Anschluss – im Falle des Anschlusses sollte Österreich ein „Sonderbundesstaat“ des Deutschen Reiches werden – erläuterte und ihre Entschlossenheit kundtat, in dieser Versammlung und im Wahlkampf zur verfassungsgebenden Nationalversammlung dafür zu kämpfen, dass Deutschösterreich ein demokratischer Staat und eine Republik werde, und auf diesem Boden in der Auseinandersetzung mit den Klassengegnern wiederum den Kampf für den Sozialismus aufzunehmen.⁶²

Die Vorentscheidung für die Republik kam dann sehr schnell; bereits am 30. Oktober beschloss die Nationalversammlung eine provisorische Verfassung, die keine monarchische Staatsspitze mehr vorsah, sondern ein kollektives Staatsoberhaupt, den Staatsrat, einsetzte. Der Leitartikel, mit dem die *Arbeiterzeitung* diese Entwicklung und die die Entscheidung begleitende Demonstration der Wiener Arbeiter feierte, erinnerte ausgiebig an die siebenzig Jahre zurückliegende Niederschlagung der Wiener Oktoberrevolution 1848. Nach der Niederlage der Wiener Arbeiter – von den Studenten, die damals mitgefochten hatten, war nicht die Rede – in ihrem Kampf um die deutsche Republik, sei diese siebenzig Jahre lang kein Thema mehr gewesen.

„Heute aber hat die Wiener Arbeiterschaft an ihre große Überlieferung wieder angeknüpft. Heute hat sie die Fahne wieder erhoben, die sie vor siebenzig Jahren verstecken und vergraben musste, als die Soldateska Windischgrätz’ und die Horden Jellatschitsch’ über den Linienwall zogen. Das deutschnationale Bürgertum wollte gegen Andrásys Note protestieren. Da litt es die Arbeiter nicht länger am Werkisch. Am Morgen schon kamen Delegierte vieler Fabriken in das Parlament und teilten den Abgeordneten mit, dass die Arbeiterschaft nicht teilnahmslos in den Fabriken bleiben wolle in der geschichtlichen Stunde, in der sich der junge deutschösterreichische Staat seine Verfassung gibt. Am Nachmittag strömten die Proletarierzüge zum Landhause, wo die Nationalversammlung tagte. Und auf ihren Standarten war es geschrieben, aus den Massen erklang es immer wieder: ‚Hoch die Republik!‘ [...] Und

⁶¹ Vgl. Kaufmann, Sozialdemokratie in Österreich, S. 21 f.

⁶² „Die deutsche Nationalversammlung“, in: AZ, 22.10.1918.

während das Volk in den Straßen Wiens die Forderung erhob, dass das neue Deutschösterreich eine demokratische Republik werde, hat die Nationalversammlung, die im Landhaus tagte, die deutsche Republik wirklich geschaffen. [...] Der Wille der Massen, die heute auf den Straßen Wiens demonstriert haben, ist erfüllt, der Traum der Oktoberkämpfer von 1848 ist verwirklicht: Deutschösterreich hat sich heute eine Verfassung gegeben, in der alle Gewalt vom Volke ausgeht und dem Volke verantwortlich ist.“⁶³

Die Demonstration des 30. Oktober, die die größte seit dem Jahre 1907 gewesen sei, wurde in der *Arbeiterzeitung* ausführlich beschrieben und als gewaltlose Revolution gedeutet. Am Nachmittag hätten die Demonstranten vor dem Eingangstor des Landhauses die rote Fahne entrollt. Hervorgehoben wurde, dass nach Jahrzehnten der Entfremdung Studenten wieder wie im Jahre 1848 aufseiten der Arbeiter gestanden und mit ihnen die deutschösterreichische Republik gefeiert hätten. Neben den Arbeitern und Studenten seien auf Studienurlaub befindliche Reserveoffiziere vertreten gewesen, die ihre Kokarden abgelegt und stattdessen rote oder schwarz-rot-goldene Rosetten angesteckt hätten. Die Studenten waren von einer allgemeinen Studentenversammlung auf der Universität mit sozialdemokratischen und deutschnationalen Rednern zunächst geschlossen zum Parlament auf der Ringstraße gezogen, hatten dort die schwarz-gelbe Fahne eingeholt und sich dann mit roten respektive schwarz-rot-goldenen Fahnen zum Landhaus begeben.⁶⁴

Allerdings demonstrierten nicht alle Studenten gemeinsam mit den Arbeitern; im Leitartikel und im Demonstrationsbericht war von einer parallelen deutschnationalen Demonstration unter studentischer Beteiligung die Rede, die sich gegen die Note des Grafen Andrassy, des österreichisch-ungarischen Außenministers, richtete, mit der sich die Habsburgermonarchie zu separaten Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen mit der Entente bereit erklärte und somit den Bruch der Koalition mit dem Deutschen Reich vollzog. Die ganze Demonstration der Sozialdemokraten sei, so die *Arbeiterzeitung*, vollkommen friedlich verlaufen. Nur an einige höhere Offiziere sei die Masse herangetreten und habe das Ablegen der Kokarden verlangt. Dem sei in allen Fällen ohne Protest entsprochen worden.⁶⁵

⁶³ „Die deutsche Republik“, in: AZ, 31.10.1918. Zur Rolle der Arbeiter in der Wiener Oktoberrevolution 1848 vgl. Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution*, Bd. 2, S. 206 f.

⁶⁴ Vgl. Stimmer, *Die Mythologisierung der Revolution von 1848 als Modell einer Studentenrevolution*, S. 292. Rückblickend hat Otto Bauer 1920 geschrieben, dass die Sozialdemokraten durch die Anschlussforderung die Republik ohne Blutvergießen erringen konnten, weil so – da die Habsburger dem Anschluss im Wege standen – ein großer Teil des Bürgertums für die Republik gewonnen werden konnte. Vgl. Bauer, *Die alte und die neue Linke*, in: *Der Kampf*, 13 (1920), S. 249-260, hier: 251 f.

⁶⁵ „Die Arbeiter für die Republik“, in: AZ, 31.10.1918; vgl. Adam Wandruszka, *Das „nationale Lager“*, in: Weinzierl/Skalnik (Hg.), *Österreich 1918–1938*, Bd. 1, S. 277-315, hier: 278; Low, *The Anschluss Movement*,

Zwei Tage später, auf dem Parteitag der deutschösterreichischen Sozialdemokraten, bewertete Otto Bauer die jüngsten Entwicklungen in Österreich als Revolution. Zwar hätte es im Innern keinerlei gewaltsame Auseinandersetzungen gegeben, aber der Sieg der Völker sei so vollständig, dass auch die blutigsten Kämpfe *nicht* hätten mehr erreichen können. Die bestehenden Gewalten seien gezwungen worden, die Verwaltung und alle ihre Machtmittel den Völkern zu übergeben:

„Wir haben hier im Hinterland nur deshalb kein Blut vergießen müssen, weil *so viel Blut an der Front vergossen worden ist.*“

Nachdem Bauer seine Skepsis gegenüber einer Donauföderation bekannt hatte – die andern Staaten hätten an einem gemeinsamen Wirtschaftsgebiet kein Interesse, und eine solche Föderation wäre ein Geschöpf der Entente zur Unterwerfung der Deutschen –, räumte er ein, der Anschlussgedanke sei in den Massen der deutschösterreichischen Bevölkerung und gerade auch unter den Arbeitern *nicht* eben populär.

Der Grund dafür sei

„der alte Preußenhass (Sehr richtig!), der allen Süddeutschen und natürlich auch den Deutschösterreichern innewohnt. Gewiss ist dieser Preußenhass aus guten Ursachen entstanden, *aber die Zeiten des verpreußten Deutschland sind endgültig vorbei.*“⁶⁶

Die Entwicklung der nächsten Tage im Reich antizipierend erklärte Bauer, die Zeit der Fürsten sei vorbei, und

„was heute siegt und unsere Hoffnung ist, ist das Deutschland Liebknechts und Bebels, das ist *das Deutschland der deutschen Demokratie und des deutschen Proletariats.*“

Auf dem Parteitag bekannte sich Bauer bereits zu der offensiven Strategie in der Anschlussfrage, die er als Nachfolger von Victor Adler im Amt des Außenministers Deutschösterreichs verfolgen sollte. Er wies den Einwand zurück, Deutschösterreich habe wegen der europäischen Auswirkungen nicht über den Anschluss zu entscheiden, sondern solle dies dem Friedenskongress überlassen:

„Wir *müssen* darüber entscheiden, sonst wäre das Wort von dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen eine leere Phrase.“

S. 87 f.; auch: Die Politische Lage. Rede des Abgeordneten Dr. Stresemann auf dem Parteitage der Deutschen Volkspartei zu Jena am 13. April 1919, in: Deutsche Stimmen, 31 (1919), S. 297-321, hier: 304.

⁶⁶ Zur Stimmung gegenüber den Reichsdeutschen siehe auch: Ludo M. Hartmann, Deutschland und wir, in: Der Kampf, 11 (1918), S. 215-219, hier: 216. Rudolf Neck schreibt dazu: „Tatsächlich war in breiteren Kreisen der Arbeiterschaft die Idee des Anschlusses an das deutsche ‚Brudervolk‘ nicht sehr populär, schon aufgrund der nationalen Herkunft der vielfach erst seit einer Generation in ‚Deutschösterreich‘ assimilierten Proletarier.“ Neck, Sozialdemokratie, in: Weinzierl/Skalnik (Hg.), Österreich 1918–1938, Bd. 1, S. 225-248, hier: 229.

Wenn der „Entente-Imperialismus“ so töricht wäre, sich mit Gewalt darüber hinwegzusetzen, würde er einen unhaltbaren Zustand schaffen, und die Österreicher würden doch tun, was sie wollten, sobald die Truppen der Entente abgezogen sein würden. Wenn die österreichischen Proletarier in dieser Frage einen entschlossenen Willen zeigten, dann könnten sie auf die Unterstützung ihrer Genossen in den Ländern der Entente rechnen, die einen heftigen Kampf gegen den heimischen Imperialismus führten, im Moment zwar geschwächt seien, aber im Frieden wieder an Einfluss gewinnen würden.⁶⁷

Bereits an seinem zweiten Amtstag, am 31. Oktober, hatte sich der neu eingesetzte Staatsrat mit der Frage der Hoheitszeichen des neuen Staates befasst und diese sogleich entschieden. Das Ergebnis war ein Kompromiss zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten, der im Protokoll wie folgt vermerkt wurde:

„Der Antrag Miklas: Als d.ö. Staatsfarben werden die Farben rot-weiss-rot festgesetzt, wird angenommen.

Der Antrag Renner: Das Staatswappen hat zu bestehen, aus einem Stadtturm aus schwarzen Quadern, gekreuzten Hämmern in rot, umgeben von einem goldenen Kranz von Ähren (schwarz-rot-gold und die Symbole für Bürger, Arbeiter und Bauer) wird angenommen.“⁶⁸

Die Farben Rot-Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Gold standen für sehr verschiedene Traditionen. Schwarz-Rot-Gold symbolisierte die Tradition der 48er-Revolution, auf die sich die sozialdemokratische Linke in der Auseinandersetzung um ihr Nationalitätenprogramm innerhalb der Sozialdemokratie berufen hatte. Dennoch war der Einsatz von Renner für diese Farben bemerkenswert, weil in den Jahrzehnten vor dem Weltkrieg Schwarz-Rot-Gold die Farben der Deutschliberalen, der Deutschnationalen und insbesondere die Farben des Deutschtums im Volkstumskampf in der Habsburgermonarchie gewesen waren. Dagegen stand Rot-Weiß-Rot, so deutete es die christlichsoziale *Reichspost*, für die Babenbergerdynastie, die Vorgänger der Habsburger, und für „eine der ruhmvollsten Kreuzzugsperioden“.⁶⁹

⁶⁷ „Der Parteitag“, in: AZ, 2.11.1918.

⁶⁸ Gustav Spann, Zur Geschichte von Flagge und Wappen in der Republik Österreich, S. 38.

⁶⁹ Vgl. ebd., S. 40-43; Lothar Höbelt, Die Symbole des national-liberalen Lagers, in: Leser/Wagner (Hg.), Österreichs politische Symbole, S. 193-202, hier: 194-198; Veit Valentin/Ottfried Neubecker, Die deutschen Farben. Mit einem Geleitwort von Reichskunstwart Edwin Redslob, Leipzig 1929, S. 61; Alois Friedel, Deutsche Staatssymbole. Herkunft und Bedeutung der politischen Symbolik in Deutschland. Vorwort Eugen Gerstenmeier, Frankfurt a. M./Bonn 1968, S. 30; Paul Wentzcke, Die deutschen Farben. Ihre Entwicklung und Deutung sowie ihre Stellung in der deutschen Geschichte, Heidelberg 1927, S. 204 f.; auch: ders., Die deutschen Farben. Ihre Entwicklung und Deutung sowie ihre Stellung in der deutschen Geschichte, neue, bis zur Gegenwart fortgeführte Fassung, Heidelberg 1955, S. 139.

Während das Gesetz vom 21. Oktober 1919 über die Staatsform die Entscheidung über die Staatsflagge in seinem Artikel 6 bestätigte, wurde mit dem Gesetz vom 8. Mai 1919 über Staatswappen und Staatssiegel die Entscheidung vom 31. Oktober 1918 stark modifiziert. Die Staatsfarben wurden vom Staatsrat in der Konstituierenden Nationalversammlung damit legitimiert, dass sie *nicht* die Farben eines Herrscherhauses, sondern seit jeher die des Landes Österreich gewesen seien – und zwar auch schon vor der Babenbergerdynastie. In der öffentlichen Diskussion über das Staatswappen wurde bemängelt, dass alle Entwürfe zu sehr an ein Firmenschild erinnerten. Daher wurde auf den Adler als Wappentier zurückgegriffen. Die ursprüngliche Farbgebung Schwarz-Rot-Gold wurde durch die Aufnahme einer vierten Farbe verändert, da der Adler ein rot-weiß-rotes Bindenschildchen tragen sollte.⁷⁰

Die schon von Otto Bauer auf dem Parteitag am 1. November 1918 vertretene günstige Einschätzung der Entwicklung im Deutschen Reich steigerte sich in der *Arbeiterzeitung* angesichts der Revolution in Deutschland am 9. November zu offener Begeisterung. Nach der Abdankung der Fürsten sah das Zentralorgan der deutschösterreichischen Sozialdemokratie den Weg frei für die großdeutsche Einheit:

„Heute hoffen wir wieder mit dem Dichter der deutschen Revolution von 1848“, Georg Herwegh, „‘Kein Preußen und kein Österreich! Gut Wind und gut Geschick der deutschen Republik!‘ Den Anschluss an das deutsche Kaiserreich mag mancher noch fürchten. Die Deutsche Republik wird die Deutschen Österreichs mit unwiderstehlicher Gewalt anziehen.“⁷¹

Zugleich werde die deutsche Republik ungleich bessere Friedensbedingungen bekommen, als das kaiserliche Deutschland bekommen hätte; die Arbeiter Frankreichs und Englands würden die Unterwerfung der deutschen Republik nicht dulden. Wenn die deutsche Revolution,

„die siebzig Jahre, nachdem Robert Blum, der Gesandte der ersten deutschen Nationalversammlung, von den Schergen Windischgrätz’ in der Brigittenau erschossen ward, heute begonnen hat“,

⁷⁰ Auch von der ursprünglichen Symbolik für Bürger, Arbeiter und Bauer blieb nicht viel übrig. Das Gesetz über das Staatswappen vom 8. Mai 1919 lautete in seinem ersten Artikel: „Das Staatswappen der Republik Deutschösterreich besteht aus einem freischwebenden, einköpfigen, schwarzen, golden gewaffneten und rot bezungen Adler, dessen Brust mit einem roten, von einem silbernen Querbalken [in der Heraldik entspricht die Farbe Silber der Farbe Weiß, D.B.] durchzogenen Schildchen belegt ist. Der Adler trägt auf dem Haupte eine goldene Mauerkrone mit drei sichtbaren Zinnen, im rechten Fange eine goldene Sichel mit einwärts gekehrter Schneide, im linken Fange einen goldenen Hammer.“ Vgl. Spann, *Zur Geschichte von Flagge und Wappen*, S. 43-53 (Zitat: 52).

⁷¹ Bauer schrieb 1923 im Rückblick: „Erst der 9. November eroberte dem Anschlussgedanken die Arbeitermassen.“ Bauer, *Die österreichische Revolution*, S. 623.

in die deutsche Republik münde, dann werde diese entstehen „im Zeichen der roten Fahne“ unter Führung der Sozialdemokratie. In Deutschland, wo die Arbeiterklasse die Mehrheit der Bevölkerung stelle, sei keine andere Republik mehr möglich als die sozialistische Republik.⁷²

Am nächsten Tag resümierte die *Arbeiterzeitung* unter der Überschrift „Heil Deutschland!“:

„Die proletarische Demokratie hat den gewaltigsten, den entscheidendsten Sieg errungen. Was das deutsche Proletariat ersehnt und erträumt hat seit siebzig Jahren, wofür Marx und Engels, Wilhelm Liebknecht und August Bebel gekämpft, wofür in den Sturmtagen von 1848, in den Kriegszeiten des Sozialistengesetzes Tausende deutscher Arbeiter Heimat und Freiheit, Gesundheit und Lebensglück geopfert haben, das ist heute zur Wirklichkeit geworden. Deutschland ist Republik!“

Die Begeisterung hatte ihre Ursache in der Hoffnung, bald selbst – wie man meinte – dem fortschrittlichsten Land der Welt, der sozialistischen Avantgarde, beitreten zu können. Der Sieg des Sozialismus in Deutschland sei von „unvergleichlich größerer Bedeutung als in jedem anderen Lande“, weil Deutschland, wo der Staat bereits die Wirtschaft beherrsche, am reifsten für den Sozialismus sei. Der Gedanke der Donauföderation wurde folgerichtig auch als bloß hypothetische Option aufgegeben: Wir

„fahren dorthin zurück, wohin wir nach Geschichte, Sprache, Kultur gehören, zu Deutschland, dessen Teil Deutschösterreich ein Jahrtausend lang, dessen Vormacht es drei Jahrhunderte lang war und von dem es nur durch den Streit der Fürsten vor wenigen Jahrzehnten erst losgerissen wurde.“

Als „ein Volk von Industriearbeitern“ wolle man Teil Deutschlands sein, das als erstes Land den „industriellen Sozialismus“ aufrichten werde, und seine Freiheit in der „roten deutschen Republik“ finden. Gleichzeitig erinnerte die Zeitung daran, dass vor gar nicht so langer Zeit solche Begeisterung für den Anschluss an Deutschland schwer vorstellbar war:

„Ja, es gab eine Zeit, in der wir uns geschämt haben, Deutsche zu sein. Das war damals, als das deutsche Volk allein mitten unter freien Völkern die Fesseln der Knechtschaft trug und

⁷² „Die deutsche Revolution“, in: AZ, 9.11.1918; ähnlich: „Der Klassenkrieg“, in: AZ, 10.12.1918. Das in dem Artikel „Die deutsche Revolution“ zitierte Gedicht „Kein Preußen und kein Österreich!“ Georg Herweghs in: Herweghs Werke in drei Teilen, hg. u. m. Einleitungen und Anmerkungen versehen v. Hermann Tardel, Teil 3: Neue Gedichte, Berlin u.a. 1909, S. 34 f. Den in dem Artikel zum Ausdruck kommenden Optimismus hinsichtlich der Entwicklung im Deutschen Reich hatte Otto Bauer schon gut drei Wochen zuvor in der *Arbeiterzeitung* an den Tag gelegt: Bauer, „Deutschland und wir“, in: AZ, 16.10.1918. Zu Robert Blum siehe: Ralf Zerback, Robert Blum. Eine Biografie, Leipzig 2007; „Für Freiheit und Fortschritt gab ich alles hin.“ Robert Blum (1807-1848). Visionär, Demokrat, Revolutionär, hg. v. Bundesarchiv, bearb. v. Martina Jesse/Wolfgang Michalka, Berlin 2006.

seinen Herren erlaubte, durch ruchlose Untaten alle freien Völker der Erde mit wildem Hasse, mit hochmütiger Verachtung gegen alles Deutsche zu erfüllen.“⁷³

Zumindest für einen Teil der sozialdemokratischen Parteiführung war der Anschluss an das Deutsche Reich allerdings mehr als ein Mittel zur Verwirklichung des Sozialismus. So schrieb der Chefredakteur der *Arbeiterzeitung*, Friedrich Austerlitz, der im August 1914 die Zustimmung der reichsdeutschen Sozialdemokraten zu den Kriegskrediten in einem ausgesprochen nationalistischen Artikel gefeiert hatte, im Januar 1919 im *Kampf*:⁷⁴

„In der schwersten Katastrophe, die das deutsche Volk getroffen hat, braucht es eines Trostes, und die Erfüllung des alten deutschen Traumes von der nationalen Einheit wäre allein die große Erbauung, die wir alle brauchen, sollen wir über das Unheil, das vermessene Staatslenker angerichtet, nicht in dumpfe Verzweiflung geraten.“⁷⁵

Und Otto Bauer sagte in seiner Rede „Acht Monate auswärtiger Politik“ Ende Juli 1919, als er, weil es ihm nicht gelungen war, den Anschluss herbeizuführen, als Staatssekretär des Äußern zurückgetreten war und nun bilanzierte:

„Wir sind zu klein, zu ohnmächtig, um allein frei zu sein. Darum gibt es für uns keinen anderen Weg als den Weg dorthin, wo wir nach Sprache und Geschichte naturgemäß hingehören und von wo wir nur durch einen geschichtlichen Zufall, nur durch den Sieg von Königgrätz, nur durch den großpreußischen Imperialismus Bismarcks losgerissen worden sind.“⁷⁶

Am Tag nach der Revolution in Berlin am 9. November 1918 forderte die *Arbeiterzeitung* die Erklärung Deutschösterreichs zur Republik, die Erklärung des Anschlusses an das Deutsche Reich und die Abdankung von Kaiser Karl.⁷⁷ Indes bedeutete das kaiserliche Manifest vom darauffolgenden Tag, dem 11. November, *nicht* die Abdankung des Kaisers. Karl erklärte lediglich, die Entscheidung Deutschösterreichs über seine Staatsform respektieren zu wollen und „auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften“ zu verzichten.⁷⁸ Mit den ersten beiden

⁷³ „Heil Deutschland!“, in: AZ, 10.11.1918; ganz ähnliche Argumentation bei Max Adler, Der Krieg ist aus, der Kampf beginnt, in: Der Kampf, 11 (1918), S. 776-785, hier: 782-784.

⁷⁴ Austerlitz' Artikel ist abgedruckt bei: Kaufmann, Sozialdemokratie in Österreich, S. 52-54.

⁷⁵ Friedrich Austerlitz, Wohin gehen wir?, in: Der Kampf, 12 (1919), S. 1-11, hier: 11. Evelyn List urteilt in ihrer Arbeit über die sozialdemokratische Anschlussbewegung in Deutschösterreich: „Generell kann das nationalistische Motiv aber als das am meisten verwendete in der sozialistischen Anschlusspropaganda überhaupt bezeichnet werden, das, auch wenn andere Momente gelegentlich in den Vordergrund gestellt wurden, stets zumindest in zweiter Linie angeführt war.“ List, Die Propaganda des Austromarxismus, S. 115 (Zitat), auch: 153.

⁷⁶ Bauer, Acht Monate auswärtiger Politik, in: ders., Werkausgabe, Bd. 2, S. 185-198, hier: 189.

⁷⁷ „Deutschösterreichs Zukunft“, in: AZ, 10.11.1918.

⁷⁸ Hanisch, Der lange Schatten des Staates, S. 266 f.

Forderungen konnte sich die Sozialdemokratie hingegen durchsetzen. Am 12. November erließ die Provisorische Nationalversammlung einstimmig das von Staatskanzler Renner entworfene „Gesetz über die Staats- und Regierungsform Deutschösterreichs“. Die ersten beiden Artikel hatten den folgenden Wortlaut:

„Art. 1: Deutschösterreich ist eine demokratische Republik [...]

Art. 2: Deutschösterreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik.“⁷⁹

In der wiederum von Staatskanzler Renner verfassten Erklärung der Provisorischen Nationalversammlung an das deutschösterreichische Volk von diesem Tage hieß es. Die Provisorische Nationalversammlung habe

„den Beschluss gefasst, den Staat Deutschösterreich als Republik, das ist als freien Volksstaat, einzurichten, dessen Gesetze vom Volk ausgehen und dessen Behörden ohne Ausnahmen durch die Vertreter des Volkes eingesetzt werden. [...] Was dieses vom Unglück heimgesuchte, schwergeprüfte Volk seit den Tagen von 1848 immer begehrt, was ihm die Mächte des Rückschrittes ebenso hartnäckig wie kurzsichtig versagt haben, das ist nun inmitten des allgemeinen Zusammenbruchs der alten Einrichtungen glücklich errungen.“⁸⁰

Die die Ausrufung der Republik begleitende Demonstration vor dem Parlament auf dem Ring wurde durch eine Gewaltaktion einiger Kommunisten gestört; bei der Schießerei gab es zwei Tote. Am nächsten Tag warnte die *Arbeiterzeitung* vor den Methoden der Kommunisten, indem sie sich auf die Anschlussperspektive berief. Im „großen roten Deutschland“ seien solche Methoden *nicht* nötig, da die Proletarier dort die Mehrheit der Bevölkerung bildeten. Es dürfe nichts getan werden, was die Hoffnung auf das Leben in einem „sozialistischen Gemeinwesen“, den Anschluss, gefährde.⁸¹

Auch im Wahlkampf zur Konstituierenden Nationalversammlung im Januar und Februar 1919 spielten bei den Sozialdemokraten die Anschlussforderung und die Erinnerung an die 48er-Revolution eine nicht unwichtige Rolle. Die *Arbeiterzeitung* berichtete in der heißen Wahlkampfphase von zwei sozialdemokratischen Anschlusskundgebungen in Wien.⁸² In

⁷⁹ Der deutsche Botschafter in Wien hatte vor der Verabschiedung der Anschlussklärung gewarnt. Vgl. Low, *The Anschluss Movement*, S. 97. Am Tag zuvor hatte es im Staatsrat drei Gegenstimmen gegen den Artikel 1 und eine Gegenstimme gegen den Artikel 2 gegeben. Vgl. Myers, *Germany and the Question of Austrian Anschluss*, S. 148.

⁸⁰ Goldinger, *Geschichte der Republik Österreich*, S. 25-27.

⁸¹ „Vom Siege zu neuen Kämpfen“, in: *AZ*, 13.11.1918.

⁸² „Ein österreichischer Bevollmächtigter beim deutschen Staatenausschuss. Staatssekretär Bauer über den Ausschuss“, in: *AZ*, 3.2.1919; „Die Sozialdemokraten wirken für den Anschluss an Deutschland. Ludo Hartmann vor seinen Wählern“, in: *AZ*, 4.2.1919; vgl. Myers, *Germany and the Question of Austrian Anschluss*, S. 264.

einem ausführlichen Leitartikel „Die Deutsche Frage und die Sozialdemokratie“, der vermutlich von Otto Bauer persönlich verfasst wurde, wurde erneut die Bedeutung des großdeutschen Gedankens in der Wiener 48er-Revolution und für die frühe Sozialdemokratie geschildert und zugleich der Vorwurf zurückgewiesen, die Sozialdemokraten verfolgten mit dem Anschluss bloß parteitaktische Ziele.⁸³ Wenige Tage vor der Wahl zog Renner in der *Arbeiterzeitung* eine umfassende Bilanz der dreimonatigen Arbeit der Provisorischen Nationalversammlung und schloss mit dem Fazit:

„Wir haben einen demokratischen Volksstaat geschaffen, und was die Hauptsache ist: Wir haben die Wiedervereinigung Deutschösterreichs mit dem deutschen Mutterland, die unser Staatssekretär des Äußern mit vorausschauender Entschlossenheit rechtzeitig auf die Tagesordnung gesetzt hat, in unserem Volke selbst durchgesetzt und vor der Welt gerechtfertigt: Deutschösterreich sitzt richtig im Sattel.“⁸⁴

Im Wahlkampf wurde von den Sozialdemokraten die 48er-Revolution aber nicht nur im Zusammenhang mit dem Anschlussgedanken als Argument herangezogen, sondern auch in der scharfen Auseinandersetzung mit den Christlichsozialen um die Stellung der Kirche im Staat. Die Sozialdemokraten traten für die strikte Trennung von Staat und Kirche ein, was auf der einen Seite das Ende des staatlichen Einflusses auf die Kirche bedeutete, auf der anderen Seite aber auch das Ende aller Privilegien der katholischen Kirche. Den Christlichsozialen, die für die Beibehaltung der privilegierten Stellung der katholischen Kirche eintraten, hielt die *Arbeiterzeitung* entgegen, dass die deutschen Klerikalen in der Paulskirche 1848 für die Trennung von Staat und Kirche eingetreten seien:

„‘Das Gesetz der neuen Zeit ist‘, erklärte damals der katholische Priester Kruger unter dem Beifall seiner Parteigenossen, ‚dass sich der Staat völlig indifferent verhält gegenüber alle und jede Religion, keine Christen, keine Juden, keine Atheisten kennt, sondern nur *Bürger*.‘ Mehr verlangt auch kein Sozialdemokrat.“⁸⁵

Die hochfliegenden Hoffnungen, die sich die deutschösterreichische Sozialdemokratie angeführt von Otto Bauer im November 1918 gemacht hatte, wurden in mehrfacher Hinsicht enttäuscht. Im Deutschen Reich verfestigte sich die Spaltung zwischen Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängigen, dazu entstand noch eine kommunistische Partei, und die Mehrheitssozialdemokraten gingen eine Koalition mit dem Zentrum und den Demokraten ein – die Hoffnungen auf die sozialistische deutsche Republik erfüllten sich also

⁸³ „Die deutsche Frage und die Sozialdemokratie“, in: AZ, 1.2.1919.

⁸⁴ Renner, „Hundertacht Tage ernstester Arbeit“, in: AZ, 9.2.1919.

⁸⁵ „Religion ist Privatsache“, in: AZ, 7.2.1919; auch: „Die freie Kirche im freien Staate“, in: AZ, 11.2.1919.

nicht. Zudem scheiterte Otto Bauer als Außenminister der Republik Deutschösterreich mit dem Versuch, den Anschluss an das Deutsche Reich herbeizuführen. Ausschlaggebend war dabei der Widerstand Frankreichs; die französischen Proletarier unterbanden dies nicht.

Zunächst hatte der Rat der Volksbeauftragten im Deutschen Reich sehr zurückhaltend auf die Anschlussklärung Deutschösterreichs am 12. November reagiert, weil man fürchtete, dass die Alliierten den Versuch, den Anschluss zu verwirklichen, *nicht* tolerieren würden oder dass man ihn zumindest an anderer Stelle teuer bezahlen müsste. Im Frühjahr 1919 verkehrten sich dann die Verhältnisse. Reichspräsident Friedrich Ebert schien nun zu einem entschiedenen Vorgehen in der Anschlussfrage bereit – ein Risiko, das Otto Bauer aber *nicht* eingehen wollte, weil Deutschösterreich und insbesondere Wien völlig von den Nahrungsmittel-lieferungen der Entente abhängig war.⁸⁶

Auf der Pariser Friedenskonferenz setzten sich in der Anschlussfrage der französische Premierminister Clémenceau und der britische Premier Lloyd George gegen den amerikanischen Präsidenten Wilson durch, der sich für das Selbstbestimmungsrecht Deutschösterreichs eingesetzt hatte und sich bewusst war, dass dessen Verweigerung eine Verletzung der Grundlagen des Friedensschlusses war.⁸⁷ Im Folgenden ist zu zeigen, dass die Sozialdemokraten trotz dieser enttäuschten Hoffnungen während der Dauer der Ersten Republik bis zum Jahr 1933 am Anschlussgedanken festhielten und diese Forderung zum Hauptinhalt der sozialdemokratischen Geschichtspolitik mit der 48er-Revolution wurde. Das Selbstverständnis der Partei drücke sich schon in ihrem Namen aus: Auch nachdem die Alliierten die Republik Deutschösterreich 1919 gezwungen hatten, sich in Republik Österreich umzubenennen, nannten sich die Sozialdemokraten in der Ersten Republik Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschösterreichs (SdP).⁸⁸

⁸⁶ Vgl. Miller, Das Ringen um ‚die einzige großdeutsche Republik‘, S. 19-25, 33 FN 113, S. 36-38; Suval, The Anschluss Question, S. 447.

⁸⁷ Vgl. Andreas Hillgruber, Das Anschlussproblem (1918–1945) – aus deutscher Sicht, in: Robert A. Kann/Friedrich E. Prinz (Hg.), Deutschland und Österreich. Ein bilaterales Geschichtsbuch, Wien/München 1980, S. 161-178, hier: 163.

⁸⁸ Vgl. Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs. Abgehalten in Wien vom 5. bis zum 7. November 1920, Wien 1920.

4. Die Sozialdemokraten und die 48er-Tradition in der Ersten Republik

Die österreichischen Sozialdemokraten setzten die Märztradition auch in der Ersten Republik fort. Jedes Jahr fand die Märzfeier an dem Obelisk auf dem Wiener Zentralfriedhof statt, oft zusätzlich auch Feiern der einzelnen Wiener Bezirksorganisationen sowie der Kinder- und Jugendorganisationen der Partei. Die *Arbeiterzeitung* berichtete alljährlich von der Märzfeier, die ihre feste Form hatte: Um den Obelisk versammelten sich einige Hundert, manchmal auch über tausend Teilnehmer, unter denen sich eine kleine Deputation jedes Wiener Bezirks befand und unter denen in der Berichterstattung regelmäßig die Jugend hervorgehoben wurde. Der Parteivorstand, der Wiener Vorstand und andere Organisationen legten Kränze nieder.

Zu Beginn sang ein Chor ein Lied, meist die Vertonung von Georg Herweghs „Achtzehnhundertvierzigundacht“ aus dem Jahre 1873, das die Ablehnung der Reichsgründung von 1871 zum Ausdruck brachte und die Berliner Märzrevolution von 1848 als Werk der Proletarier schilderte, es folgte die Gedenkrede, und zum Abschluss wurde das „Lied der Arbeit“, die Hymne der österreichischen Sozialdemokratie, gesungen und rote Nelken auf den Sockel des Obelisk niedergelegt.⁸⁹

Im Gegensatz zum 1. Mai und dem 12. November, dem Staatsfeiertag der Ersten Republik, die auf Betreiben der Sozialdemokraten beide im April 1919 von der Konstituierenden Nationalversammlung zu gesetzlichen Feiertagen erhoben wurden, war der Märzfeiertag, wie schon seit 1912, kein Tag der sozialdemokratischen Massenmobilisierung mehr. *Nicht* fortgesetzt nach dem Krieg wurde die Tradition der Herausgabe einer Märzfeestschrift zum Gedenktag, wie sie in den Jahren 1898 bis 1914 bestanden hatte.⁹⁰

⁸⁹ Eigentlich hieß das Gedicht Herweghs, das am 26. März 1873 im Deutschen Reich im Zentralorgan der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, dem „Volksstaat“, erstmals erschienen war, „Achtzehnter März“. Es lautet: „Achtzehnhundert vierzig und acht,/ Als im Lenze das Eis gekracht,/ Tage des Februar, Tage des Märzen,/ Waren es nicht Proletarierherzen,/ Die voll Hoffnung zuerst erwacht/ Achtzehnhundert vierzig und acht?// Achtzehnhundert vierzig und acht,/ Als du dich lange genug bedacht,/ Mutter Germania, glücklich verpreußte,/ Waren es nicht Proletarierfäuste,/ Die sich ans Werk der Befreiung gemacht/ Achtzehnhundert vierzig und acht?// Achtzehnhundert vierzig und acht,/ Als du geruht von der nächtlichen Schlacht,/ Waren es nicht Proletarierleichen,/ Die du, Berlin, vor den zitternden, bleichen/ Barhaupt grüßenden Cäsar gebracht/ Achtzehnhundert vierzig und acht?// Achtzehnhundert siebenzig und drei,/ Reich der Reichen, da stehst du, juchhei!/ Aber wir Armen, verkauft und verraten,/ Denken der Proletariertaten –/ Noch sind nicht alle Märze vorbei,/ Achtzehnhundert siebenzig und drei.“ Herweghs Werke in drei Teilen, Teil 3, S. 142 f.; auch abgedruckt in der 1911 in Berlin im Verlag des Vorwärts erschienenen Anthologie mit politischen und sozialen Gedichten: Von unten auf. Ein neues Buch der Freiheit, gesammelt u. gestaltet v. Franz Diederich, Bd. 2, Berlin 1911, S. 237; vgl. Schmidt u.a., Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, S. 371.

⁹⁰ Vgl. Robert Kriechbaumer, Die großen Erzählungen der Politik. Politische Kultur und Parteien in Österreich von der Jahrhundertwende bis, S. 131; zum Staatsfeiertag, dem 12. November, siehe: Ernst Hanisch, Das Fest in einer fragmentierten politischen Kultur. Der österreichische Staatsfeiertag während der Ersten Republik, S. 43-60; Häusler, Die Wiener ‚Märzgefallenen‘ und ihr Denkmal, S. 270.

Größeren Umfang erreichte das Märzgedenken in der *Arbeiterzeitung* über die Berichterstattung von der Märzfeier hinaus noch in wenigen Jahren, insbesondere in den Jubiläumsjahren 1923 und 1928, daneben auch noch 1926 und 1927. In den Jubiläumsjahren brachte sie zahlreiche historische Artikel und widmete der Revolution, wie auch noch in einigen anderen Jahren, den Leitartikel. In diesen beiden Jahren konzentrierten sich auch die geschichtspolitischen Aktionen der sozialdemokratisch dominierten Gemeinde Wien im Zusammenhang mit 1848: Straßenumbenennungen, eine historische Ausstellung und die Errichtung von Gedenksteinen und -tafeln. Im Debattenorgan der Partei, dem *Kampf*, spielte die 48er-Revolution in der Ersten Republik kaum eine Rolle. Dafür nahm sich der 1923 gegründete Republikanische Schutzbund, die sozialdemokratische Wehrorganisation, die später mit dem reichsdeutschen Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zusammenarbeitete, der 48er-Tradition an, was sich auch in seinem Verbandsorgan *Schutzbund* niederschlug.

Märzfeier 1919 und 1920

Auf der Märzfeier 1919 ließen die Sozialdemokraten, die seit dem Februar 1919 Deutschösterreich in einer Koalition gemeinsam mit den Christlichsozialen regierten, symbolisch die Muskeln spielen. Die zahlreich teilnehmenden Angehörigen der Volkswehr, teilweise in förmlichen Abordnungen, teilweise außerdienstlich, verliehen der Märzfeier einen militärischen Zuschnitt und dokumentierten, dass es den Sozialdemokraten gelungen war, das Militär – bei freundlicher Lesart – in eine Stütze der Republik oder – bei weniger freundlicher Lesart – in eine Parteitruppe zu verwandeln. Der Abgeordnete Laurenz Widholz hob in seiner Gedenkrede hervor, dass das Bürgertum die Märzgefallenen vergessen habe, doch: „Wir Sozialdemokraten sind treu geblieben. Wir sind allein, *doch allein sind wir stark*.“ Die Sozialdemokraten, die Nachfolger der 48er-Revolutionäre, befanden sich mitten in einer Revolution, der sozialistischen. Für die Volkswehr sprach Frey und erklärte, falls die Entthronten wie 1848 noch einmal versuchen würden zurückzukehren, würden sie die Volkswehr gerüstet vorfinden.⁹¹

Schon im folgenden Jahr nahmen dann nicht mehr Volkswehrangehörige in größerer Zahl an der Märzfeier teil; das Volkswehrebataillon 13 legte lediglich einen Kranz nieder. In diesem Jahr war der Grund allerdings noch nicht wie in späteren, dass die Sozialdemokraten nach ihrem Ausscheiden aus der Regierung 1920 die Kontrolle über die Volkswehr verloren hatten, sondern eine parallele von der Exekutive des Wiener Kreisarbeiterrates kurzfristig

⁹¹ „Die Märzfeier“, in: AZ, 17.3.1919; auch: „Feier am Grabe der Märzgefallenen, in: NFP, 17.3.1919.

organisierte Großdemonstration auf der Ringstraße aus Anlass des Kapp-Lüttwitz-Putsches im Reich, die die österreichische Reaktion davor warnen sollte, Ähnliches zu versuchen.

Auf der Märzfeier hielt Wilhelm Ellenbogen die Gedenkrede, in der er die Arbeiter einerseits zu Ruhe und Disziplin aufrief, um der Reaktion nicht in die Hände zu spielen, andererseits aber zu Verteidigungsbereitschaft, falls die Reaktion losschlagen sollte. In der Vergangenheit habe man mit Bewunderung und Neid zu den Proletariern von 1848 emporgeblickt, denen es vergönnt gewesen sei, für die Freiheit ihr Leben zu opfern.

„Nun haben wir unsere eigene Revolution gemacht. Wir haben mit Begeisterung und Opferfreudigkeit geleistet, worauf wir uns jahrzehntelang vorbereitet haben.“

Jetzt stehe aber die höhere und schwierigere Aufgabe an, die *„Errungenschaften der Revolution“* zu verteidigen. Dafür brauche es Besonnenheit und Disziplin; politische Fehler, das zeigten die Ereignisse in München und Ungarn, seien in diesen Zeiten dringend zu vermeiden. Nicht nur im Deutschen Reich, auch in Österreich gebe es „Feinde der Freiheit“. Die einen kokettierten verdeckt mit dem Monarchismus, indem sie mit den Verhältnissen in Ungarn sympathisierten, die andern bekannten sich offen zu ihm und riefen zu Anschlägen auf sozialdemokratische Abgeordnete auf.

„Aber die Herrschaften, die mit dem Feuer spielen, werden hier kaum das Schauspiel von Berlin erleben, denn wir sind entschlossen – ich sage es in aller Ruhe – mit den letzten Mitteln, *mit den Waffen in der Hand*, die Republik zu verteidigen. (Lebhafte Zustimmung).“⁹²

Konflikt um das Märzgedenken an der Wiener Universität

Das Märzgedenken 1921 stand ganz im Schatten eines Konflikts, der auch noch in manchen der Folgejahre in der Ersten Republik den Märzfeiertag überschatten sollte: des Konflikts zwischen sozialistischen auf der einen sowie deutschnationalen und christlichsozialen Studenten auf der anderen Seite an der Wiener Universität.⁹³ Diese Auseinandersetzung bewies, dass sich die Hoffnungen zerschlagen hatten, die sich mit der Teilnahme von deutschnationalen Studenten an der Demonstration vom 30. Oktober 1918 verknüpft hatten.

⁹² „Die Kundgebung des Wiener Proletariats“, in: AZ, 15.3.1920; „Die Feier am Grabe der Märzgefallenen“, in: ebd.

⁹³ Zur Wiener Universität in der Ersten Republik siehe: Erika Weinzierl, Hochschuleleben und Hochschulpolitik zwischen den Weltkriegen, in: Norbert Leser (Hg.), Das geistige Leben Wiens in der Zwischenkriegszeit. Ring-Vorlesung 19. Mai–20. Juni 1980 (=Quellen und Studien zur österreichischen Geistesgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Bd. 1), Wien 1981, S. 72-85; zu den Vorgängen an der Universität im Zusammenhang mit der Märzgefallenenfeier der sozialistischen Studenten: Helge Zoitl, ‚Student kommt von Studieren!‘ Zur Geschichte der sozialdemokratischen Studentenbewegung in Wien (=Ludwig-Boltzmann-Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung. Materialien zur Arbeiterbewegung, Nr. 62), Wien/Zürich 1992, S. 294-298.

Die sozialdemokratische Studenten- und Akademikervereinigung hielt am Vormittag des 12. März 1921 an der Wiener Universität eine Märzfeier ab. Von Professorensseite nahmen Karl Grünberg und Ludo M. Hartmann teil, die Festrede sollte Otto Bauer halten.

Bauer wurde daran jedoch durch deutschnationale und christlichsoziale Studenten gehindert, die die Veranstaltung zunächst durch Lärm störten und schließlich durch Tätlichkeiten sprengten. Die Deutschnationalen und Christlichsozialen waren mit Knüppeln und teilweise mit Schlagringen bewaffnet, von denen sie auch Gebrauch machten, sodass es aufseiten der sozialdemokratischen Studenten mehrere Schwerverwundete gab. Bauer blieb jedoch unverletzt.⁹⁴ Den Sozialdemokraten eilten dienstfreie unbewaffnete Wehrmänner der Rossauer Kaserne und Arbeiter zu Hilfe; das Einschreiten der Polizei und einiger sozialdemokratischer Nationalratsabgeordneter konnte eine weitere Eskalation verhindern. Der Rektor der Universität, Alfons Dopsch, sprach den deutschnationalen Studenten anschließend seine „*schärfste Missbilligung*“ aus und verbot vorläufig alle Veranstaltungen an der Universität, die nicht rein wissenschaftlichen oder humanitären Charakter hatten.

Die *Arbeiterzeitung* war einigermaßen fassungslos angesichts des Verhaltens der deutschnationalen Studenten und fand für die Sprengung der Märzfeier an der Universität scharfe Worte:

„Trotzdem die Wesensart der Studenten bekannt ist, die jetzt das deutschnationale Element an den Hochschulen vorstellen, konnte man nicht annehmen, dass sie ihrem Trieb zur Gewalttätigkeit auch an diesem Tage folgen werden, denn eine Märzfeier sollte auch Leuten, die nur die leiseste Ahnung davon haben, was deutschnational ist, heilig sein. Die Wiener Revolution, die Samstag an der Universität gefeiert werden sollte, wurde doch zu einem wesentlichen Teil von deutschnationalen Studenten getragen, und dass die Nachfahren der akademischen Legionäre von 1848 trotz ihrer Verbindung mit den Klerikalen und trotzdem sie sich darin gefallen, die Leibgarde des Kapitalismus zu spielen, sittlich so verkommen sein konnten, auch eine Märzfeier mit Knüppeln zu sprengen, haben ihnen die sozialdemokratischen Hochschüler nicht zugetraut.“⁹⁵

⁹⁴ Ausschreitungen von deutschnationalen Studenten gegen Minderheiten an den Universitäten hatte es schon vor dem Ersten Weltkrieg gegeben. Neu hingegen war nach dem Ersten Weltkrieg, dass katholische und deutschnationale Studenten in ihrem antisemitischen Kampf zusammenarbeiteten. Vgl. Heer, *Der Kampf um die österreichische Identität*, 298, 377; Weinzierl, *Hochschulleben und Hochschulpolitik zwischen den Kriegen*, S. 72 f.; Zoitl, *Student kommt von Studieren!*, S. 145-147, 151 f.

⁹⁵ „Der nationalistisch-klerikale Terror auf der Wiener Universität“, in: *AZ*, 13.3.1921; auch: „Die Prügel szenen an der Universität“, in: *NFP*, 13.3.1921. Zur besonderen Rolle der Studenten in der Revolution 1848 in Wien und der – antisemitisch motivierten – Abkehr der Burschenschaften von der 48er-Tradition schon in den 1880er-Jahren siehe: Gernot Stimmer, *„Alles bewilligt!“ Die Wiener Studenten im Mai 1848*, in: Bruckmüller/Häusler (Hg.), 1848, S. 55-69; ders., *Die Mythologisierung der Revolution von 1848 als Modell einer*

Die Affäre hatte ein parlamentarisches Nachspiel, da der sozialdemokratische Club eine Interpellation an den Unterrichtsminister und Vizekanzler Walter Breisky richtete. In der Interpellation wurde erklärt, dass die deutschnationalen und christlichsozialen Studenten, die eine Minderheit der Studierenden an der Wiener Universität bildeten, ihre Kommilitonen terrorisieren würden, indem sie versuchten, die Universität für ihre politische Propaganda zu monopolisieren, und es Studenten anderer politischer Anschauungen unmöglich machen würden, politische Veranstaltungen an der Universität durchzuführen. Kurze Zeit vor dem jüngsten Zwischenfall habe bereits eine Veranstaltung mit dem Sozialdemokraten Renner an der Universität abgesagt werden müssen, weil ihre gewaltsame Sprengung angedroht worden sei. Die Interpellation forderte ein staatliches Eingreifen, falls die akademischen Behörden nicht imstande seien, die Meinungsfreiheit an der Universität zu gewährleisten.⁹⁶

Der sozialdemokratische Abgeordnete Deutsch nutzte die Debatte über den Haushaltsvoranschlag des Heeresministeriums, um wegen der Vorgänge an der Universität eine scharf formulierte Warnung an die bürgerlichen Parteien zu richten. Er erklärte es für „grotesk“, dass die deutschnationalen Studenten ausgerechnet eine Märzfeier sprengten, wo doch 1848 die Studenten mit den Arbeitern gemeinsam auf den Barrikaden gestanden hätten. Und er urteilte,

„nichts ist wohl bedauerlicher, als dass die Jugend eines Volkes, die zu Höherem vorwärtsstürmen sollte, nichts Besseres zu tun hat, als die *Garde des im Versinken begriffenen Kapitalismus und der Reaktion* zu sein. Zum Teil wird zu diesen Exzessen wohl auch die durch den Krieg erschütterte Moral beigetragen haben.“

Die Sozialdemokraten hätten die Autonomie der Universität immer respektiert, aber die Autonomie dürfe nicht über das Gesetz gestellt werden. Andernfalls würden die Sozialdemokraten Konsequenzen ziehen:

„Wir sagen Ihnen mit aller Ruhe und Entschiedenheit: Entweder werden auf der Universität *die Versammlungen aller Parteien sein*, oder es werden außerhalb der Universität nicht *Versammlungen der Deutschnationalen und Klerikalen sein*. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)“

Die Sozialdemokraten würden dann nämlich bürgerliche Veranstaltungen nicht mehr vor störenden Arbeitern schützen.⁹⁷

Studentenrevolution, S. 243-302; Höbelt, 1848, S. 68-70; Häusler, Die Wiener ‚Märzgefallenen‘ und ihr Denkmal, S. 251-255; ders., ‚Noch sind nicht alle Märzen vorbei ...‘, S. 100.

⁹⁶ „Eine Interpellation im Nationalrat“, in: AZ, 13.3.1921.

⁹⁷ „Debatte im Nationalrat“, in: ebd.

Interessant war auch die Stellungnahme der wichtigsten christlichsozialen Zeitung, der *Reichspost*, die den rechten Flügel der Partei repräsentierte, zu der Affäre, weil sie ein Motiv für die Störaktion nannte, das in der *Arbeiterzeitung* nicht erwähnt wurde. Die Angelegenheit wurde – das war schon vielsagend – in einem Kommentar zusammen mit dem zu dieser Zeit in Wien stattfindenden internationalen Antisemitentag abgehandelt.⁹⁸ Der Grund für die Sprengung der Feier sei kein politischer, sondern darin zu suchen, dass die „deutschen Studenten“ „mit geschärften Blicken die Verfremdung unserer Hochschulen durch das jüdische Element“ sehen und „aus der heutigen Umwelt nur zu deutlich die ungeheuren sittlichen und sozialen Gefahren, die sich damit verbinden“, wahrnehmen würden. Da die Sozialdemokraten die Juden an der Universität protegierten, gelte auch ihnen die Abwehr. Laut Darstellung der *Reichspost* war, nachdem die „deutschen Studenten“ die sozialdemokratische Märzfeier zunächst nur verbal gestört hatten, der Auslöser für die Tötlichkeiten, dass die sozialistischen Studenten den jüdischen Vorsitzenden der Hochschulkammer aufforderten, mit dem Rektor zu verhandeln – eine „Beleidigung“, die die „deutsche Studentenschaft“ nicht habe auf sich sitzen lassen können.

In den Passagen zum Antisemitentag bezog die *Reichspost* Stellung zu „den Juden“. Sie ging von einem Streben der Juden nach Weltherrschaft und einem „Kampfe zwischen semitischer und arischer Weltanschauung“ aus. Mit ihrem Machtstreben seien die Juden besonders in den schwachen Staaten Mitteleuropas sehr erfolgreich, sodass ihr Machtbereich alle Gebiete des wirtschaftlichen und geistigen Daseins umfasse – die jüdische Monopolisierung der akademischen Lehrstühle werde bald Realität. Die Juden, deren Religion für sich genommen zu respektieren sei, wirkten im Bezug auf die „arische Gesellschaft lockernd, lösend, nivellierend und pulverisierend“. Und die Zeitung stellte rhetorisch die Frage, ob unter solchen Umständen Notwehr nicht erlaubt sei, lehnte aber gewaltsame Mittel ab, vielmehr müsse die Gefahr durch geistige Mittel bekämpft werden – gemeint waren damit „Emanzipation“ vom Judentum und Wiederverchristlichung. Trotz der generellen Ablehnung von Gewalt äußerte die *Reichspost* jedoch viel Verständnis für die „deutschen Studenten“, indem sie die Vorfälle zwar bedauerte, aber hinzufügte:

⁹⁸ Zum Antisemitentag siehe: Albert Lichtblau, Antisemitismus – Rahmenbedingungen und Wirkungen auf das Zusammenleben von Juden und Nichtjuden, in: Emmerich Tálos u.a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933, Wien 1995, S. 454-471, hier: 455.

„Immerhin lassen sie sich aber aus der durch die maßlose Überhebung der jüdischen Studenten gereizten Stimmung der arischen Hörerschaft erklären.“⁹⁹

In späteren Jahren, 1926 und im 80. Jubiläumsjahr der 48er-Revolution, 1928, wurde die Märzfeier der sozialistischen Studenten durch den Rektor beziehungsweise den Senat der Wiener Universität verboten. Das Verbot 1926 durch den Rektor erfolgte mit der Begründung, dass die Veranstaltung zu einer „parteipolitischen“ werden könnte. In ihrem Antwortschreiben wiesen die sozialistischen Studenten darauf hin, dass die Wiener Universität wegen ihrer maßgeblichen Rolle in der Revolution allen Grund habe, ihr Gedenken zu feiern, und dass die Deutsche Studentenschaft regelmäßig an der Universität Veranstaltungen abhalten dürfe, die nicht weniger politischen Charakter hätten, wie die Rheinlandfeier und die jährliche Reichsgründungsfeier:

„Wir nehmen es den bürgerlichen Studenten nicht übel, wenn sie keine Märzfeier veranstalten, wir verstehen es sogar, dass man nicht gleichzeitig das Jahr 1848 und das Jahr 1871 feiern kann. Aber wir verlangen für beide: für die monarchistisch-imperialistisch-kleindeutsche Lösung, die durch das Jahr 1871 verkörpert wird, und für die demokratisch-republikanisch-großdeutsche, die der Revolution von 1848 zugrunde liegt, gleiche Propagandamöglichkeiten an der Universität.“

Die sozialistischen Studenten würden den Märzfeiertag, den sie nicht an der Universität begehen dürften, zusammen mit den Arbeitern am Grabe der Märzgefallenen feiern.¹⁰⁰

Märzfeiertag 1923

Als sich 1923 die Revolution von 1848 zum 75. Mal jährte, setzten sich ein Leitartikel der *Arbeiterzeitung* und ein Beitrag von Ludo M. Hartmann mit der Aktualität der Revolution auseinander. Der Leitartikel betonte den großen zeitlichen Abstand. Seit 1848 habe sich die Welt verändert; neue Kontinente seien auf die historische Bühne getreten, die Bezwingen der 48er-Revolution, die Fürstengeschlechter, seien entthront und entmachtet, und das Habsburgerreich, das die 48er-Revolutionäre reformieren gewollt hätten, existiere nicht mehr.

⁹⁹ „Antisemitentag“, in: Reichspost, 13.3.1921; „Die gestörte Märzgefallenenfeier auf der Universität“, in: ebd.; zum Antisemitismus der Christlichsozialen siehe: Anton Staudinger, Christlichsoziale Partei, in: Weinzierl/Skalknik (Hg.), Österreich 1918–1938, Bd. 1, S. 249–276, hier: 266.

¹⁰⁰ „Die Wiener Universität darf ihren stolzesten Gedenktag nicht feiern! Der Rektor verbietet die Märzkundgebung der sozialistischen Studenten. – Die Universität ist nur für die Hakenkreuzler und Pfaffen da!“, in: AZ, 14.3.1926; „Die Märzgefallene Universität“, in: AZ, 14.3.1928. Auch 1928 erhoben die sozialistischen Studenten den Vorwurf, die Universität bevorzuge einseitig die völkisch-antisemitischen Studentenverbände, und die demokratischen Studenten sahen es genauso: „Das Verbot der Märzfeier an der Universität“, in: AZ, 11.3.1928; „Märzfeier der demokratischen Studenten“, in: NFP, 11.3.1928. Zum Eintreten der sozialistischen Studenten für den Anschlussgedanken siehe: Otto Taschadek (Sekretär des Verbandes der sozialistischen Studenten Österreichs), Die sozialistische Studentenbewegung und der Anschlussgedanke, in: Die Hilfe, 32 (1926), S. 519 f.

Der Artikel schilderte das Verhältnis von Bourgeoisie und Proletariat in der 48er-Revolution und vermerkte einmal mehr den späteren Abfall des Bürgertums von den Idealen der Demokratie. Dem Proletariat sei aber, obschon damals Arbeiterblut in einer eigentlich bürgerlichen Revolution vergossen worden sei, „der März 1848 zum Symbol des ringenden Proletariats“ geworden:

„Er ist das Symbol geschichtlicher Größe, das in seinem Herzen eingeschreint ist, er ist der ergreifende Ausdruck seines nie verlöschenden Glaubens, dass *der* März noch kommen wird, der das wahre Reich der Freiheit begründet. Und wenn es alljährlich seine Banner vor den Blutzeugen der Achtundvierzigerrevolution zum Gruße senkt, so grüßt es in der Revolution der Vergangenheit die Revolution der Gegenwart und der Zukunft.“

Der Leitartikel historisierte also, obwohl er die historische Distanz zu 1848 betonte, die Revolution *nicht*, sondern feierte den „März 1848“ als das Symbol der Hoffnung auf eine neuerliche Revolution in Gegenwart und Zukunft. Fraglich war nur, wie das zur Einsicht der österreichischen Sozialdemokratie passte, der Sozialismus lasse sich nur über einen längeren Zeitraum und keinesfalls auf einen Schlag erringen und dieser Prozess könne – solange das Bürgertum ihn nicht verlasse – durchaus auf dem Boden der Demokratie erfolgen.¹⁰¹

Ludo M. Hartmann sah die Bedeutung von 1848 für die Gegenwart anders. Die demokratischen Forderungen von 1848 seien in der heutigen Verfassung restlos verwirklicht. Nachfolger der Männer von 1848 sei derjenige, der der Reaktion entgegentrete; die „seit Jahrhunderten geschmiedeten Waffen“ müssten der Reaktion aus der Hand geschlagen werden. Als „verpflichtende Erbschaft“ von 1848 sah Hartmann die Option der damaligen äußersten Linken für die großdeutsche Republik an. Mit ihrem Votum für den Anschluss an das Deutsche Reich 1918 habe die Provisorische Nationalversammlung die Konsequenzen aus der welthistorischen Entwicklung gezogen:

„Aber allerdings: die übermütigen Sieger, die imperialistischen Westmächte, warfen sich ihr entgegen und Seipel verkaufte den Anschluss um 600 Millionen. Auch in nationaler Beziehung sind unsere Gegner im Innern die Nachfolger der Reaktionäre vom Schlage Windischgrätz und Schwarzenberg und auch in nationaler Beziehung treten wir das Erbe der Männer von 1848 an.“¹⁰²

¹⁰¹ „1848“, in: AZ, 13.3.1923.

¹⁰² Ludo M. Hartmann, „Die bürgerliche Revolution von 1848“, in: AZ, 11.3.1923; auch: ders., Großdeutschland im Lichte der Geschichte, in: Österreich-Deutschland, 1 (1924), Nr. 1, S. 12 f.; vgl. Fellner, Ludo Moritz Hartmann, S. 107, 261. Fürst Felix Schwarzenberg leitete ab dem 21. November 1848 das österreichische Ministerium der Gegenrevolution, nachdem er zuvor Windischgrätz beim Kampf mit dem revolutionären Wien

Der Vorwurf an Seipel lag auf der Linie der sozialdemokratischen Propaganda gegen die Genfer Protokolle von 1922, die dem hyperinflationsgefährdeten Österreich einen Auslandskredit der Ententemächte verschafft hatten, allerdings um den Preis der zeitweiligen Aufgabe der finanzpolitischen Souveränität und auch um den Preis einer auf zehn Jahre befristeten Bestätigung und Verschärfung des Anschlussverbotes des Vertrages von St. Germain. Die Sozialdemokraten hatten behauptet, den Willen zu einer scharfen Besteuerung der wohlhabenden und einkommensstarken Bevölkerungskreise vorausgesetzt, hätte auf den Auslandskredit verzichtet werden können. Aber die bürgerliche Regierung habe den Verkauf des Anschlusses der verschärften Besteuerung vorgezogen. Verhasst waren die Genfer Protokolle bei den Sozialdemokraten vor allem auch deshalb, weil die Sanierung des Haushalts vor allem zulasten der ärmeren Bevölkerungsschichten ging; die wichtigste Maßnahme war die Erhöhung der Verbrauchssteuern.¹⁰³

Die Propaganda der Sozialdemokraten im Herbst 1922 gegen die Genfer Protokolle war an Schärfe schwerlich zu überbieten gewesen. Dem Bundeskanzler Seipel hatte die *Arbeiterzeitung* am 7. Oktober „Hochverrat“ vorgeworfen:

„Der Prälat fuhr nach Verona. Damit begann sein persönlicher *Hochverrat*. [...] Es gibt an einem Volk, das der Freiheit würdig ist, kein *unsühnbareres Verbrechen* als den *Hochverrat* an seiner Freiheit.“¹⁰⁴

Übertroffen wurde die Propaganda der *Arbeiterzeitung* gegen Seipel noch vom linken Flügel der Partei und den zu einer Splittergruppe geschrumpften Kommunisten. Bei Demonstrationen musste die Polizei wiederholt einschreiten, weil Galgen mit einer als Geistlicher verkleideten Puppe mitgeführt wurden, die Seipel darstellen sollte. Jugendliche pflegten in dieser Zeit ein Lied aus dem Jahr 1848 in abgewandelter Form zu singen, das einem Mordaufruf gleichkam:

„Auf jede Gaslatern, auf jede Gaslatern,
da hängt man jetzt hinauf ein Herrn,
ja, ja, so ein Herrn,

politisch beraten hatte. Vgl. Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 1: Vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, München 2000, S. 113 f.

¹⁰³ Zu den Genfer Protokollen siehe: Hanisch, *Der lange Schatten des Staates*, S. 282 f.; Kernbauer/März/Weber, *Die wirtschaftliche Entwicklung*, S. 352-358.

¹⁰⁴ Den Vorwurf des Verrats an der nationalen Freiheit hat Bauer eine Woche später erneut auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Wien erhoben. Ein Aufruf des Parteivorstands vom 14. Oktober bezichtigte Seipel einer „hochverräterischen Politik“. Protokoll des Parteitages 1922. Die Verhandlungen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs. Abgehalten am 14. u. 15. Oktober in Wien, Wien 1922, S. 131; Protokoll des Parteitages 1923. Die Verhandlungen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs. Abgehalten vom 14. bis 16. November in Wien, Wien 1923, S. 16.

auf jede Gaslatern,
ja, auf jede Gaslatern,
Der erste von den Herrn, der erste von den Herrn,
das wird der Herr von Seipel sein,
ja, ja Seipel sein,
der erste von den Herrn,
ja, der erste von den Herrn.“¹⁰⁵

Das Lied spielte darauf an, dass der Kriegsminister Latour am 6. Oktober 1848, nachdem die Menge ihn gelyncht hatte, an einem Gaskandelaber aufgehängt worden war. Zwar mäßigte die Linke nach dem Oktober 1922 ihre Propaganda gegen Seipel, aber am 1. Juni 1924 sollte ein sozialdemokratischer Arbeiter ein Attentat auf ihn begehen und ihn mit einem Schuss in die Lunge schwer verletzen.¹⁰⁶

Märzfeier und Jugend

Neben der traditionellen Märzfeier auf dem Zentralfriedhof, an der sich einige Hundert Menschen beteiligten, organisierte die Sozialdemokratie, die schon in den Jahren zuvor bei Märzfeiern die Beteiligung der Jugendlichen hervorgehoben hatte, 1923 eine mit über zehntausend Teilnehmern ungleich größere Märzfeier der Arbeiterjugend, sozialistischen Studenten und Wehrturner, der auch in der Berichterstattung der *Arbeiterzeitung* eine prominentere Stelle und mehr Raum eingeräumt wurde. Die Wiener Sozialdemokraten hatten

¹⁰⁵ Heer behauptet (ohne nachvollziehbaren Quellenbeleg und ohne nähere Zeitangabe), die Roten Falken, die Jugendorganisation der Sozialdemokraten, hätte gesungen: „Das hört der Rote Falke gern, den Seipel an die Gaslatern.“ Heer, *Der Kampf um die österreichische Identität*, S. 358. Die zweite Strophe und die Schlussverse in dem Lied „À la lanterne!“ aus der 48er-Revolution, das zwei Tage vor der Lynchung Latours im *Studenten-Courier* abgedruckt worden war, lauteten: „Der Fürsten feile Dienerschaar,/ Der Tross der Schergenknechte./ Sie lernen nicht trotz grauem Haar/ Der Menschheit ew'ge Rechte:// Dass es des Mannes unwert sei,/ In angestammter Hundetreu/ Den eig'nen Sinn zu knechten/ Und für Tyrannen fechten.// Sie lernen nichts, denn Sklavenbrut/ Wird Freiheit nimmer lernen,/ D'rum hängt die Buben kurz und gut/ Hoch! hoch! an die Laternen!!! [...] Wie schwer's auch sei! Mit starkem Mut/ Mein [deutsches, D.B.] Volk, Du musst es lernen:/ Tyrannen, Pfaffen, Sklavenbrut/ Hoch, hoch, an die Laternen!“ Josef Alexander Freiherr von Helfert, *Der Wiener Parnass im Jahre 1848*, Wien 1882, S. 380 f. Abgedruckt war die laut diesem viel zitierte zweite Strophe (von diesem allerdings als die dritte bezeichnet) auch bei: Ludwig Brügel, *Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie*, Bd. 1: Vom Vormärz bis zum Wiener Hochverratsprozess, Juli 1870, Wien 1922, S. 62, FN *; drei Strophen aus dem Lied auch abgedruckt bei: Tim Klein (Hg.), *Der Vorkampf deutscher Einheit und Freiheit. Erinnerungen, Urkunden, Berichte, Briefe* (1914), 65. Tausend, München 1925, S. 383 f.

¹⁰⁶ Vgl. Gerhard Botz, *Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich, 1918 bis 1938*, München 1983, S. 120-128 (Zitat aus der *Arbeiterzeitung* und das abgewandelte Gedicht: 121); Häusler, *Von der Massenarmut zur Arbeiterbewegung*, S. 381 f.; Heindl, „Hoch an die Laternen!“, S. 129; Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution*, Bd. 2, S. 195.

allen Grund, der Jugend besondere Aufmerksamkeit zu widmen, weil die seit 1923 in der Stadt rasant an Mitgliedern gewinnende Partei altersmäßig sehr jung war.¹⁰⁷

Die Kundgebung, zu der die Teilnehmer in geschlossenen Zügen anmarschierten, fand im Arkadenhof des Wiener Rathauses statt; Hauptredner war Julius Deutsch. Im Mittelpunkt der Feier standen die sozialistischen Studenten, die symbolisch in die weit zahlreichere Arbeiterjugend eingereiht wurden und denen angesichts der an der Universität herrschenden Verhältnisse offensichtlich der Rücken gestärkt werden sollte. Die *Arbeiterzeitung* bezeichnete die Veranstaltung ausdrücklich als „Gelöbnisfeier“, mit der die jungen Sozialisten auf das Erbe von 1848 eingeschworen werden sollten.

Deutsch führte unter einem großen Transparent „Noch sind nicht alle Märzen vorbei. 1848 – 1923“ aus:

„Was wir 1918 errungen haben, lassen wir nicht mehr fahren. Wir wollen es immer wieder sagen, der Kampf gilt der Behauptung der Republik. Solange junge Herzen schlagen, solange proletarische Fäuste sich regen können, kommt kein Habsburger mehr auf Österreichs Boden. (Stürmische Zustimmung.) Zugleich wollen wir aber sagen, was 1918 noch nicht verwirklicht worden ist, die *große Vereinigung des deutschen Volkes*, dafür stehen wir nach wie vor ein. (Großer Beifall.)“

Darin erschöpften sich aber *nicht* die Ziele der Arbeiterschaft, die heute auch für die „Befreiung vom Kapitalismus“ kämpfe.

Symbolischer Höhepunkt der Feier war die Übergabe einer roten goldumsäumten und goldbestickten Fahne mit der Inschrift „1848 – Akademische Legion – 1923“ durch Deutsch an die Studenten, die – vor dem Hintergrund verschärfter gewaltsamer Auseinandersetzungen an der Wiener Universität im Herbst 1922 – als neu gegründete Akademische Legion einen Teil des Republikanischen Schutzbundes bildeten.¹⁰⁸ Bei der Fahne scheint es sich um eine historische aus der 48er-Revolution gehandelt zu haben; Deutsch bezeichnete sie als „erste rote Fahne des Sozialismus“. ¹⁰⁹ Als sich einige Jahre später in Berlin 1931/32 angesichts der nationalsozialistischen Bedrohung 200 sozialistische Studenten der dortigen Hochschulen

¹⁰⁷ „Die Feier der Märzgefallenen“, in: AZ, 12.3.1923; vgl. Josef Weidenholzer, *Auf dem Weg zum ‚Neuen Menschen‘. Bildungs- und Kulturarbeit der österreichischen Sozialdemokratie in der Ersten Republik*, Wien/München/Zürich 1981, S. 22, 29 f.

¹⁰⁸ Vgl. Zoitl, *„Student kommt von Studieren!“*, S. 364 f.

¹⁰⁹ „Das Gelöbnis der Jugend für die Republik und den Sozialismus“, in: AZ, 12.3.1923; auch: „Die Feier der Arbeiterjugend“, in: NFP, 12.3.1923.

zusammenschlossen, um sich für den bewaffneten Kampf gegen die Nationalsozialisten zu rüsten, gaben sie sich ebenfalls den Namen „Akademische Legion“.¹¹⁰

Die österreichische Sozialdemokratie versuchte in der Ersten Republik, dem Nachwuchs nicht erst im Jugendalter, sondern bereits in den älteren Kinderjahren die Märztradition nahezubringen. Im Jahr 1924 empfahl der Reichserziehungsbeirat der „Freien Schule-Kinderfreunde“ den Ortsgruppen, dem Festkalender neben anderen Feiern, wie dem 1. Mai und dem Republikfeiertag am 12. November, den Märzfeiertag hinzuzufügen. Dieser Aufforderung wurde vor allem in Wien, Kärnten und Steiermark sowie den Kreisen St. Pölten in Niederösterreich und Styr in Oberösterreich ab dem Jahr 1926 entsprochen. In den übrigen Ländern und Bezirken wurde der Tag bis zum Jahr 1930 ebenfalls in vielen Ortsgruppen gefeiert. Ab 1926 erfolgte in der *Arbeiterzeitung* bis 1932 mit recht großer Regelmäßigkeit die jährliche Veranstaltungsankündigung des „Vereins Freie Schule-Kinderfreunde“: Wie jedes Jahr würden die Wiener Ortsgruppen des Vereins auch in diesem Jahr Märzfeiern für zwölf- bis vierzehnjährige Kinder veranstalten.¹¹¹

Revolutionsausstellung

In den Räumen des Museums der sozialdemokratisch regierten Stadt Wien organisierte die Gemeinde 1923 eine Ausstellung zur 48er-Revolution, die am 13. März eröffnete. In vier Sälen wurden Objekte und Dokumente aus der Revolution gezeigt: zu den Märzereignissen, zur Entwicklung in den Monaten Mai bis September, den Oktoberereignissen, mit einem kleinen Schwerpunkt auf Robert Blum, und schließlich zum Drumherum der Revolution wie Karikaturen, Mode und Kulturleben. Laut dem Bericht der *Arbeiterzeitung* war die Ausstellung völlig auf Wien zentriert und ihr Schwerpunkt lag auf „der Straße“, den Kämpfen in Wien im Verlaufe des Jahres 1848; die parlamentarische Seite der Revolution, die Arbeit

¹¹⁰ Vgl. Heinrich August Winkler, *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933* (=Geschichte der Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, Bd. 11), 2., vollst. durchges. u. korrig. Aufl., Bonn 1990, S. 593.

¹¹¹ Vgl. Helmut Uitz, *Die österreichischen Kinderfreunde und roten Falken 1908–1938. Beiträge zur sozialistischen Erziehung*, Wien/Salzburg 1975, S. 479 f.; ders., *Das A.K.H. und die Mühlsteine. Sozialistische Erziehungsarbeit in der Ersten Republik*, in: *Die ersten hundert Jahre*, S. 143–146; *Die Märzfeier der Wiener Arbeiterschaft*, in: AZ, 13.3.1926; *„Märzfeiern der Kinderfreunde“*, in: AZ, 11.3.1928; *„Märzfeiern der Schul- und Kinderfreunde“*, in: AZ, 16.3.1929; *„Märzfeiern der Kinderfreunde“*, in: AZ, 15.3.1931; *„Märzfreier der Kinderfreunde“*, in: AZ, 14.3.1932. Zum Nachlassen der Märzfeiern nach 1930 schreibt Béla Rásky, dass für die „innovationsfreudigen Schichten“ in der Sozialdemokratie der Märzfeiertag als Fest der bürgerlich-demokratischen Revolution, die diese Schichten überwinden wollten, Anfang der dreißiger Jahre nicht gerade im Zentrum des „proletarischen Festkalenders“ gestanden habe. Béla Rásky, *Arbeiterfesttage. Die Fest- und Feiernkultur der sozialdemokratischen Bewegung in der Ersten Republik Österreich 1918–1934* (=Ludwig-Boltzmann-Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Materialien zur Arbeiterbewegung, Nr. 59), Wien/Zürich 1992, S. 11 f., 35, 55 f.; zu den Kinderfreunden siehe auch: Kaufmann, *Sozialdemokratie in Österreich*, S. 183.

des Reichsrates, wurde nur sehr knapp abgehandelt. Der Artikel der *Arbeiterzeitung* zur Ausstellungseröffnung zeigte einmal mehr, dass das größte Trauma aus der 48er-Revolution die Niederschlagung durch fremdnationale Truppen war:

„Ein äußerst naturtreues Ölgemälde zeigt den Vorbeimarsch der Jellacic'schen ‚Seressaner‘ der kroatischen Rotmäntel bei der Spinnerin am Kreuz. Und die Wut steigt einem auf: mit solcher halbwilden Räubersoldateska hat Habsburg die Wiener Revolution erschlagen!“¹¹²

Paulskirchenjubiläum

Aus Anlass des 75-jährigen Jubiläums der ersten deutschen Nationalversammlung und der aus diesem Anlass stattfindenden Gedenkfeier in der Frankfurter Paulskirche im Mai 1923 erinnerte auch die *Arbeiterzeitung* ausnahmsweise an das erste deutsche Parlament. Der Leitartikel von K. L. (Karl Leuthner) war wie ein weiterer historischer Artikel zur Paulskirche von erstaunlichem Wohlwollen geprägt, ja er war geradezu nostalgisch. Die Paulskirche, „das einzige Parlament des deutschen Gesamtvolkes“, sei die „glänzendste Volksvertretung gewesen, die jemals das Schicksal uns Deutschen gegönnt hat“. Zu Unrecht hätte die spätere Geschichtsschreibung, die konservative und die radikale, die Paulskirche verhöhnt und verspottet. Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Revolution, eine zentralisierte Staatsgewalt und ein in seiner Disziplin erschüttertes Heer, seien 1848 in Deutschland *nicht* gegeben gewesen. So habe die Paulskirche vor der unmöglichen Aufgabe gestanden, ein Staatswesen zugleich zu schaffen und zu revolutionieren.

Zu dem, was möglich gewesen sei, der kleindeutschen Lösung, habe sich die Paulskirche nach langem Ringen entschlossen. Die Verantwortung für das Scheitern dieses Lösungsversuchs

¹¹² „Eine Revolutionsausstellung im Rathaus“, in: AZ, 13.3.1923; auch: „Die Revolutionsausstellung der Gemeinde Wien“, in: AZ, 14.3.1923; „Die 1848-Gedächtnisausstellung der Gemeinde Wien“, in: NFP, 13.3.1923; im Deutschen Reich: „Gestern wurde im Wiener Rathause ...“, in: VZ, 14.3.1923, MA. Friedrich Engels hatte die Niederschlagung der Wiener Oktoberrevolution durch die „slawischen Horden“ mit drastischen Formulierungen beschrieben. Vgl. Engels, *Revolution and Counter-Revolution in Germany*, S. 54 f.; auch: Wilhelm Blos, *Die deutsche Revolution. Geschichte der deutschen Bewegung von 1848 und 1849*, illustriert v. Otto E. Tau, 43.-45. Tausend, Berlin 1923, S. 443; Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution*, Bd. 2, S. 202, 206, 220. Miroslav Hroch betont, dass der kroatische Banus Jellacic in erster Linie ein Mitglied der hohen österreichischen Aristokratie und erst in zweiter Linie kroatischer Aristokrat gewesen sei – die Beurteilung des Geschehens nach nationalen Kategorien folglich fragwürdig. Vgl. Hroch, *Nation und Revolution im Jahre 1848*, in: Helmut Wagner (Hg.), *Europa und Deutschland – Deutschland und Europa. Liber amicorum für Heiner Timmermann zum 65. Geburtstag (=Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, hg. v. Heiner Timmermann, Bd. 139)*, Münster 2005, S. 95-113, hier: 106. Rudolf Stadelmann hat Jellacic 1948 als „eine fast napoleonische Gestalt“ von ungewöhnlicher Tatkraft und wilder Lebenslust beschrieben. Vgl. Stadelmann, *Soziale und politische Geschichte der Revolution von 1848*, München 1948, S. 168. Der Historiker Lothar Höbelt schreibt pointiert über den Feldzug des bei den Sozialdemokraten verhassten Jellacic: „Jellacic überschritt die Drau. Mehr noch als die Kanonade von Krakau und Prag, mehr selbst als die Siege Radetzky's, die Österreich bloß für wenige Jahre ein Territorium bewahrten, das es dann doch abtreten musste, markiert der Aufbruch Jellacic' das Gründungsdatum des nebulösen Kaiserreichs Österreich, wie es seit 1804 in der Theorie bestand und wie es im kommenden Jahrzehnt erstmals Gestalt gewinnen sollte.“ Höbelt, 1848, S. 201.

liege allein bei dem preußischen König Friedrich Wilhelm IV. Geblendet von den Erfolgen der bismarckschen Politik habe die Geschichtswissenschaft in den letzten Jahrzehnten die deutsche Geschichte zur hohenzollernschen Staatsgeschichte verengt:

„Es gilt, unsere Geschichte wieder als Geschichte des Volkes zu begreifen – als Geschichte des deutschen Gesamtvolkes, nicht des preußischen oder österreichischen Partikularstaates. In der Volksgeschichte der Deutschen aber bedeutet das Sein und Wirken seines ersten Volkshauses, des Frankfurter Parlaments, eines der anziehendsten, eigenartigsten, bedeutungsvollsten Kapitel.“¹¹³

Von der Frankfurter Feier berichtete die *Arbeiterzeitung* in mehreren eher knappen Artikeln, die ihre besondere Aufmerksamkeit der dorthin gereisten österreichischen Delegation widmeten.¹¹⁴ Sowohl im österreichischen Nationalrat als auch im Bundesrat hielten der Präsident respektive der Vorsitzende aus Anlass der Frankfurter Feier kurze Ansprachen. Der Nationalratspräsident sagte über die Feier:

„Es handelt sich um ein ernstes Andenken an die großen Männer, die dort im Jahre 1848 für die Einheit und Freiheit des Deutschen Reiches auf demokratischer Grundlage eingetreten sind. Nur ein Teil dieser Ideale ist bisher erfüllt: noch immer ringen wir um Einheit und Freiheit des Deutschen Reiches. Deshalb begleiten wir die Veranstaltung mit unserer Sympathie und senden der Stadt Frankfurt und den dort versammelten Männern unsere solidarischen Grüße. (Lebhafter Beifall.)“¹¹⁵

Denkmalssetzung

Im November 1923 setzte die Gemeinde Wien vier Revolutionären, die nach der Niederschlagung der Revolution 75 Jahre zuvor hingerichtet worden waren, auf dem ehemaligen Währinger Friedhof, der inzwischen aufgelassen und in einen Park umgewandelt worden war, an der Stelle ihres ursprünglichen Grabes einen Gedenkstein. Schon im November 1919 hatte der von den Sozialdemokraten geführte Wiener Stadtrat zum ersten Jubiläum der Erklärung Österreichs zur Republik zahlreiche Straßenumbenennungen beschlossen. Umbenannt worden waren Straßen, die an „monarchischen Byzantinismus“ erinnerten. Unter den neuen Straßennamen waren zwei der 48er-Revolution gewidmet: die „Robert-Blum-Gasse“ in der Brigittenau und der „Freiligrath-Platz“ in Florisdorf.¹¹⁶

¹¹³ K.L., „Das erste deutsche Parlament“, in: AZ, 17.5.1923; auch: „Aus der Paulskirche“, in: AZ, 18.5.1923.

¹¹⁴ „Der Frankfurter Gedenktag“, in: AZ, 18.5.1923; „Die Feier in Frankfurt“, in: AZ, 19.5.1923; „Der Dank Österreichs“, in: ebd.

¹¹⁵ „Gruß nach Frankfurt“, in: AZ, 17.5.1923; „Gedenkworte im Bundesrat“, in: AZ, 19.5.1923.

¹¹⁶ „Die Wiener Straßennamen“, in: AZ, 11.11.1919.

Bei den vier Revolutionären, denen der 1923 gesetzte Gedenkstein gewidmet war, handelte es sich um Robert Blum, den Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung, der während der Oktoberkämpfe von der Paulskirchenlinken als Mitglied einer Delegation nach Wien entsandt worden war und dort aufseiten der Revolutionäre mitgekämpft hatte, den Kommandanten der Wiener Nationalgarde, Wenzel Messenhauser, der die Aufständischen angeführt hatte, und die beiden Schriftsteller Alfred Becher und Hermann Jellinek, die die Sache der Revolution vertreten hatten.¹¹⁷ Der Gedenkstein, ein unbehauener Felsblock aus Leithakalk, war ungefähr dreieinhalb Meter hoch und anderthalb Meter breit. Auf der Vorderseite eingelassen war eine Platte aus Mauthausener Granit mit der Zahl „1848“ in der Mitte und den Namen der Revolutionsoffer in den Ecken. Der sozialdemokratische Parteihistoriker Ludwig Brügel hatte im 1922 erschienenen ersten Band seiner Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie in einem eigenen ausführlichen Anhang „Dokumente der Reaktion 1848“ die Prozesse gegen Blum, Becher, Jellinek und Messenhauser geschildert und dokumentiert.¹¹⁸

Der Denkmalseinweihung wohnten der Wiener Bürgermeister Reumann, die amtsführenden Stadträte sowie viele Gemeinderäte, Bezirksvorsteher und Bezirksräte bei. Außerdem waren die sozialistischen und die deutschfreiheitlichen Studenten durch starke Abordnungen vertreten. Die Gedenkrede hielt der sozialdemokratische Nationalratsabgeordnete Glöckel. Die Revolutionäre seien für die „Idee der großen deutschen Republik“ gestorben. Trotz Ruhrbesetzung und Hyperinflation im Deutschen Reich 1923 erklärte der Redner: Die „Idee der *großen deutschen Republik* ist mit Märtyrerblut in das Gedächtnis der Menschen eingetragen“. Der Bericht der *Arbeiterzeitung* von der Denkmalseinweihung stellte Robert Blum, dem Friedrich Engels in „Revolution und Konterrevolution“ attestiert hatte, wie ein Held gestorben zu sein, in den Vordergrund. Ein Grund dafür, der in dem Bericht pietätvoll verschwiegen wurde, war auch, dass Messenhauser bei den Sozialdemokraten kein besonders

¹¹⁷ Zu Jellinek und auch Becher siehe: Häusler, Hermann Jellinek, S. 125-175; auch: Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 199, 207. Der Wiener Gemeinderat hatte 25 Jahre zuvor, 1898, noch die Errichtung eines Denkmals für Robert Blum verhindert. Vgl. Siemann, Der Streit der Erben – deutsche Revolutionserinnerungen, S. 135; Wollstein, Gedenken an 1848, S. 327; Klemm, Erinnert – umstritten – gefeiert. Die Revolution von 1848/49 in der deutschen Gedenkkultur, S. 203. Angesichts des Wiener Gedenksteins von 1923 ist Manfred Hettlings Feststellung, Blum habe nie ein Denkmal erhalten, *nicht* ganz zutreffend. Vgl. Hettling, ‚Wehmütig und freudig‘. Die Totenfeiern für Robert Blum, in: ders., Totenkult statt Revolution, S. 52-75, hier: 75.

¹¹⁸ Brügel, Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, Bd. 1, Anhang: Dokumente der Reaktion 1848, Wien 1922, S. 5-110.

hohes Ansehen besaß, weil er von ihnen als Anführer des Oktoberaufstands als Fehlbesetzung angesehen wurde. Brügel betrachtete Messenhauser gar als Verräter.¹¹⁹

Den Anlass der Denkmalseinweihung nutzte die *Arbeiterzeitung*, um, was sie unter Bezugnahme auf 1848 öfters tat, Hass auf die Habsburger zu schüren. Hinter dem scharfen Ton stand auch die Furcht vor der monarchischen Restauration. Im Jahr 1921 hatte der letzte Kaiser Karl, der sich 1919 geweigert hatte, dem Thron in aller Form zu entsagen, und daraufhin die Habsburger des Landes verwiesen worden waren, zwei freilich dilettantische Putschversuche in Ungarn unternommen.¹²⁰ Das Zentralorgan der Sozialdemokratie rief ins Gedächtnis, dass, nachdem unzählige Revolutionäre im Oktober 1848 im Kampf gefallen und zahlreiche Verletzte und Gefangene niedergemacht worden waren, die habsburgische Justiz an die Arbeit gegangen sei. Die Kriegsgerichte hätten 532 Verurteilungen ausgesprochen, davon 72 zum Tode, wovon 25 auch vollzogen worden seien. Über den Tod Blums hieß es:

„Die Ermordung Blums ist mehr als ein gemeiner Mord, wie ihn Habsburg an seinen Feinden sonst beging. War doch Blum *immuner Abgeordneter* der Frankfurter Nationalversammlung, in die auch Österreich seine Deputierten entsendet hatte. Höhnend hatte Windischgrätz, als ihn seine Ratgeber auf das Privileg der Immunität verwiesen, geantwortet, dass er Blum nur das Privileg des Standrechtes zubilligen könne.“¹²¹

¹¹⁹ „Der Gedenkstein für die Freiheitshelden“, in: AZ, 9.11.1923; „Die Ehrung der Opfer Habsburgs“, in: AZ, 10.11.1923; auch: „Ein Gedenkstein für die Freiheitskämpfer des Jahres 1848“, in: NFP, 10.11.1923, MB; zur Bewertung Blums durch die Sozialdemokraten: Engels, *Revolution and Counter-Revolution*, S. 59 f.; auch: Franz Mehring, *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie*, 1. Teil: Von der Julirevolution bis zum preußischen Verfassungsstreit 1830 bis 1863 (1897), in: ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. 1, 3. Aufl., Berlin (Ost) 1980, S. 426; zur Bewertung Messenhausers durch die Sozialdemokraten siehe: Engels, *Revolution and Counter-Revolution*, S. 54; Blos, *Die deutsche Revolution*, S. 426, 432, 436; Mehring, *Wiener Oktobertage* (1901), in: ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. 7: *Zur deutschen Geschichte von der Revolution 1848/49 bis zum Ende des 19. Jahrhunderts*, 5. Aufl., Berlin (Ost) 1980, S. 73-80, hier: 76 f., 79; Brügel, *Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie*, Bd. 1, S. 8, Bd. 1, Anhang, S. 62-63, 69 f.; W. Luegmayer, *Offizier und Revolutionär. Eine Erinnerung an 1848*, in: *Der Schutzbund. Monatsschrift des Republikanischen Schutzbundes*, 2 (1925), Nr. 3, S. 13 f.; Franz Trescher, *Das Ende einer Revolution*, in: ebd., 7 (1930), S. 12-16, hier: 15; vgl. Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution*, Bd. 2, S. 207, 210; Zerback, *Robert Blum*, S. 283-285.

¹²⁰ Auch die sozialdemokratische Feier zum Staatsfeiertag, dem 12. November, begann regelmäßig mit einer rituellen Beschimpfung der Habsburger als ein „fluchbeladenes“ und „blutiges Geschlecht“. Vgl. Hanisch, *Das Fest in einer fragmentierten politischen Kultur*, S. 54. Heer attestiert den Sozialdemokraten in der Ersten Republik einen „Habsburg-Komplex, der an Radikalität und Aggressivität in nichts dem Habsburg-Komplex der Schönerianer und ihrer nationalsozialistischen Söhne nachsteht“. Heer, *Der Kampf um die österreichische Identität*, S. 334.

¹²¹ „Habsburgs Opfer“, in: AZ, 9.11.1923; vgl. Zerback, *Robert Blum*, S. 274-276, 283-294; Hettling, *„Wehmütig und freudig“*, S. 61; Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution*, Bd. 2, S. 212 f. Stadelmann hat Windischgrätz 1948 als adeligen Grandseigneur frei von jeglichen Rachegefühlen geschildert. Vgl. Stadelmann, *Soziale und politische Geschichte*, S. 168, 172.

Das Grab von Robert Blum

Ein Kabinettstück historischer Beweisführung lieferte im Zusammenhang mit der Denkmalseinweihung in der *Arbeiterzeitung* der Anatom und Wiener Stadtrat für Wohlfahrtspflege Julius Tandler mit einem Artikel, in dem er die Bemühungen schilderte, Robert Blums genaue Grabstelle ausfindig zu machen. Nach der Hinrichtung Blums hätte die Konterrevolution seinen Leichnam verschwinden lassen; noch 1878 habe Freiherr Joseph Alexander von Helfert in seiner „Österreichischen Geschichte“ dafür plädiert, das dreißig Jahre alte Geheimnis weiterhin zu bewahren, und tatsächlich habe auch danach an dem Geheimnis lange niemand gerührt – die Erinnerung an Robert Blum sei erfolgreich ausgelöscht wurden. Erst im Jahr 1913 habe eine Gruppe unter Führung von Prof. Hammer versucht, das Grab ausfindig zu machen, und an seiner Stelle eine Gedenktafel angebracht, diese sei aber nach kurzer Zeit mutwillig zerstört worden.¹²² Durch die Revolution von 1918 sei das Interesse an den Helden der 48er-Revolution und ihren Grabstätten wieder erwacht, namentlich denen von Blum und Messenhauser, zumal die Gemeinde Wien die Grabstätte der beiden, den Währinger Friedhof, in einen öffentlichen Park umwandeln wollte.

Aktenmäßig nachvollziehbar sei, dass Blum nicht in der Brigittenau, dem Ort seiner Hinrichtung, beigesetzt, sondern in das Garnisonsspital auf dem Alsergrund überführt und auf dem Währinger Friedhof begraben wurde. Tandler identifizierte ein Massengrab, in dem laut Totengräberprotokoll die ersten beiden Spitalleichen vom 13. November beigesetzt worden waren, als das Grab von Blum, in der Nachbarschaft der Massengräber, in denen laut dem Protokoll Messenhauser und Becher und daher vermutlich auch Jellinek lagen. Allerdings seien die betreffenden Massengräber in den Jahren 1859 und 1869 erneut belegt worden. Als Tandler sich von dem Friedhofsaufseher Hochenegger ein Jahr zuvor die Stelle der Massengräber hatte zeigen lassen, wusste dieser davon zu berichten, dass laut geheimnisvoller Angaben der vor kurzer Zeit verstorbenen Totengräberin Reuerer-Bauer die Überreste von Blum „seinerzeit“ heimlich entfernt worden und in einem Einzelgrab ganz in der Nähe beigesetzt worden seien.

Der Sohn der Totengräberin konnte zusammen mit Hochenegger gegenüber Tandler das genaue Einzelgrab bezeichnen. Die daraufhin durchgeführte Nachgrabung in dem Einzelgrab habe ergeben, dass sich dort, was in einem Einzelgrab eigentlich nicht der Fall sein dürfe, die Skelettstücke von sieben Personen befanden, und die, darauf lasse ihre Lage schließen, als

¹²² Vgl. Häusler, Die Wiener ‚Märzgefallenen‘ und ihr Denkmal, S. 267.

solche in das Grab gegeben worden seien. Tandler hielt daher die Erzählung der Totengräberin, die Überreste von Blum, Messenhauser und Becher seien bei der Neubelegung in ein Einzelgrab umgebettet worden für höchst plausibel, andernfalls bleibe nur die Annahme eines banalen Friedhofsfrevels. Unter den Schädeln im Grab machte Tandler einen aus, der den auffallenden Gesichtszügen von Blum entsprach. Tandler räumte ein, dass es sich nicht um einen wissenschaftlichen Beweis, sondern nur um Indizien für die Richtigkeit seiner Hypothese handelte, plädierte aber dennoch dafür, den Schädel nicht erneut zu bestatten, sondern in die Sammlung des Museums der Stadt Wien aufzunehmen.¹²³

Warum Märzgedenken?

Aus Anlass des Märzfeiertags begründete die *Arbeiterzeitung* 1925 in einem Leitartikel „Ihre und unsere Geschichte“ grundsätzlich, warum die Sozialdemokraten die Märztradition fortführten. Der Artikel stellte zwei völlig gegensätzliche Geschichtsbilder vor. Nach dem konservativen habsburgischen hatten die Benediktiner das Land urbar gemacht, die Markgrafen und Herzöge den barbarischen Ungarn und Slawen Land entwunden, ein deutsches Staatswesen begründet, und die Habsburger waren zu deutschen Kaisern aufgestiegen, hatten das Abendland gegen die Türken verteidigt und die kulturellen Hochleistungen des Barock ermöglicht. Nach dem entgegengesetzten Geschichtsbild der Arbeiterbewegung gründete all dieses auf der Knechtung, Ausbeutung und Beraubung des Volkes. Dieses Geschichtsbild erzählte von den Freiheitskämpfen des Volkes gegen seine Unterdrücker: der Auflehnung der Stadtbürger gegen die Fürsten, den Bauernkriegen, der Verfolgung der evangelischen Christen, der 48er-Revolution und der Arbeiterbewegung. Demnach waren die zwei Jahrhunderte zwischen der Niederwerfung der Bauernaufstände sowie dem Triumph der Gegenreformation im 16. und frühen 17. Jahrhundert und der Revolution von 1848 „tiefes Dunkel“, „die Nacht“.

„Da, nach zweihundertjährigem stummen Leiden, war jener 13. März 1848 der erste Aufschrei, die erste Tat des wiedererwachenden, sich wieder ermannenden Volkes [...] Das ist es, was jenen Märztag so unvergesslich macht [...] Noch feiert die Kirche alljährlich den Fronleichnamstag mit glänzendem Gepränge – das Fest des Sieges der Gegenreformation, des Triumphes der Kirche über das rebellische Christentum der Freiheitskämpfer des sechzehnten Jahrhunderts, den Feiertag jenes Sieges, der für zwei Jahrhunderte das Volk in das Dunkel des stillen, wehrlosen Leidens versenkt hat. Noch feiern wir alljährlich den 13. März – den

¹²³ Julius Tandler, „Robert Blums Grab“, in: AZ, 9.11.1923; vgl. Brügel, Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, Bd. 1, Anhang, S. 25-28.

Gedenktag der Tat, die nach jenem zweihundertjährigen Schlafe das Volk wiedererweckt, seine neue Geschichte, die Geschichte der Befreiungskämpfe unserer Zeit eröffnet hat.“¹²⁴

Die Arbeiterbewegung müsse „vom Feinde“, von der herrschenden Klasse, lernen, die es verstanden habe, die Phantasie des Volkes, insbesondere der Jugend, mit ihrer Geschichtserzählung zu erfüllen. Eine der wichtigsten Erziehungsaufgaben der Sozialdemokratie sei es die eigene Jugend mit der eigenen Geschichtserzählung zu erfüllen, eine Aufgabe, der sich die Schulen, die Volksbildungsarbeit und die Parteijugend widmen müssten.

„Denn aus der Geschichte der Freiheitskämpfe der Vergangenheit soll jeder nachkommenden Generation der Enthusiasmus erstehen, der allein den Freiheitskampf unserer Zeit bis zum letzten Sieg wird führen können. Darum pflegen wir das Andenken jenes Märztages!“¹²⁵

Auf einem höheren Abstraktionsniveau hatte sich Otto Bauer schon 1908 in einem Beitrag für den *Kampf* mit der Bedeutung „politischer Symbole“ auseinandergesetzt. Es ist deshalb *nicht* anachronistisch, diesen Text auch noch für die Zeit der Ersten Republik heranzuziehen, weil nichts darauf hindeutet, dass sich an der grundsätzlichen Haltung Bauers auch nach der Revolution von 1918 irgendetwas geändert hätte. Bauer hatte 1908 zunächst einige der wichtigsten Symbole der Arbeiterbewegung aufgezählt: das Niederlegen der Arbeit am 1. Mai, den Gang zu den Gräbern der Märzgefallenen und die Weigerung, dem Budget sowie dem Rekrutenkontingent zuzustimmen; außerdem die Nichtbeteiligung an Huldigungsfeierlichkeiten, die Ablehnung von Titeln, Orden und Ehrenzeichen sowie den Verzicht, um Begnadigung für Parteigenossen zu bitten, die Opfer der „Klassenjustiz“ wurden.

Anlass für Bauers Artikel war die Entscheidung der Sozialdemokraten gewesen, den nach den ersten Reichsratswahlen nach dem allgemeinen Wahlrecht 1907 zum Vizepräsidenten des Parlaments gewählten Engelbert Pernerstorfer zu Hofe gehen zu lassen. Bauer schrieb in seinem gegen die Entscheidung gerichteten Artikel über die „politischen Symbole“:

¹²⁴ Ernst Hanisch schreibt: „Österreich entstand in seiner modernen Form als Kreuzzug-Empire – im Kampf gegen den äußeren Feind, die Türken, und gegen den inneren Feind, den Protestantismus.“ Hanisch, „An erlaubten G'spaß – ka Silb'n Politik? Die historischen Grundlagen der politischen Kultur in Österreich, S. 15-24 (Zitat: 17); vgl. Heer, Der Kampf um die österreichische Identität, S. 64, 88; Karl Dietrich Erdmann, Die Spur Österreichs in der deutschen Geschichte. Drei Staaten, zwei Nationen, ein Volk?, Zürich 1989, S. 53.

¹²⁵ „Ihre und unsere Geschichte“, in: AZ, 15.3.1923. Der Führer der Kinderfreunde, Otto Felix Kanitz, ging davon aus, dass die Frage der Bindung der Jugendlichen an die Partei sich im Wesentlichen auf der Gefühlsebene entscheide und eine gefühlsmäßige Bindung am besten über Symbole und Rituale zu erreichen sei. Vgl. Rásky, Arbeiterfesttage, S. 19 f.

„Sie sind keine Kampfmittel. Wohl aber bekundet sich in ihnen eine Gesinnung. [...] Das ganze Bild unseres politischen Lebens würde völlig verändert, wenn wir auf diese Symbole verzichten wollten.“¹²⁶

Auch die folgende Äußerung galt für Bauer über 1918 hinaus oder gerade über 1918 hinaus, weil es der deutschösterreichischen Sozialdemokratie gelungen war, die Abspaltung einer starken kommunistischen Partei zu verhindern, deswegen aber über die gesamte Dauer der Ersten Republik eine starke linke Strömung in der Partei zu integrieren war. Bauer war der Meinung,

„dass ein Abweichen von dem, was die Parteigeschichte uns als Regel unseres Verhaltens überliefert hat, auch dann schon bedenklich ist, wenn es auch nur das Empfinden eines Teiles der Arbeiterklasse verletzt“.¹²⁷

Außerdem hatte Bauer 1908 die Bedeutung politischer Symbole gerade für die *nicht* revolutionären Epochen hervorgehoben. In revolutionären Epochen werde der Charakter der Sozialdemokratie in ihrer Politik unmittelbar anschaulich, dagegen bedürfe es zu andern Zeiten der Symbole, um den Unterschied gegenüber bürgerlichen Reformparteien zu verdeutlichen, die lediglich die Reform des bürgerlichen Staates anstrebten, während die Sozialdemokraten den bürgerlichen Staat mit dem Sozialismus überwinden wollten:

„Die Veranschaulichung dieses Wesens der Sozialdemokratie ist die Erziehungsfunktion unserer politischen Symbole.“¹²⁸

Laut Bauer fand sich die Sozialdemokratie nach der nationalen und bürgerlichen Revolution von 1918 in Deutschösterreich erneut in einer *nicht* revolutionären Zeit wieder. In Österreich als einem kleinen, verarmten, von der Entente völlig abhängigen Land könne der Sozialismus *nicht* verwirklicht werden, und die Voraussetzung für den Anschluss an das Deutsche Reich sei die Überwindung des Imperialismus in Frankreich und Italien durch den Sozialismus.¹²⁹

Der Republikanische Schutzbund

Ab 1925 machte sich in der sozialdemokratischen Geschichtspolitik mit der 48er-Revolution zunehmend der Republikanische Schutzbund bemerkbar, der 1923 angesichts des faschistischen Italiens als Zusammenfassung der sozialdemokratischen Ordnerformationen

¹²⁶ Bauer, Politische Symbole, S. 204.

¹²⁷ Ebd., S. 205.

¹²⁸ Ebd., S. 206.

¹²⁹ Vgl. Bauer, Die alte und die neue Linke, S. 253 f.; ders., Wandlungen und Probleme der Anschlusspolitik, in: Der Kampf, 20 (1927), S. 297-302, hier: 301 f.

gegründet worden war, um die Sozialdemokraten und die Republik vor Heimwehren und Nationalsozialisten zu schützen. Der Schutzbund arbeitete eng mit seinem reichsdeutschen Pendant, dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, zusammen, beispielsweise durch wechselseitige Besuche bei großen Veranstaltungen. Allerdings gab es einen entscheidenden Unterschied: Das Reichsbanner war eine überparteiliche Organisation, in der Sozialdemokraten, bürgerliche Demokraten und Zentrumsmitglieder zusammenarbeiteten, wenn auch Erstere die Reihen der einfachen Mitgliedschaft bei weitem dominierten, während der Schutzbund eine reine Parteiorganisation der österreichischen Sozialdemokratie war.

Daraus ergab sich auch eine Differenz in der politischen Ausrichtung der beiden Verbände. Das Reichsbanner berief sich auf die freiheitlichen Traditionen der deutschen Geschichte, in erster Linie auf die 48er-Revolution, und verband dies mit einem entschiedenen Eintreten für den Anschluss, vermied es aber vollständig, den Sozialismus zu propagieren. Als rein sozialdemokratischer Organisation waren dem Schutzbund solche Beschränkungen *nicht* auferlegt. Er pflegte die Erinnerung an die freiheitlichen Traditionen, gleichfalls vor allem an die 48er-Revolution, verband dies aber mit einem entschiedenen Bekenntnis zum Sozialismus. Symbolisiert wurde diese Differenz durch die Farben: Das Reichsbanner war, wie es sein voller Name sagte, Schwarz-Rot-Gold, die Fahne des Schutzbundes war die rote.

Dass die Zusammenarbeit mit dem Reichsbanner für den Schutzbund nicht ganz unproblematisch war, zeigte die Rede, die General Theodor Körner im Namen der Zentralleitung im Herbst 1925 auf dem Ordnetag in Krems in Anwesenheit eines Reichsbannervertreeters, des Mitglieds des Reichstages Ketzlich, hielt.¹³⁰ Bei der Gelegenheit wurde eine vom Gauvorstand Berlin-Brandenburg des Reichsbanners gestiftete schwarz-rot-goldene Fahne „zum erstenmal vor den österreichischen Republikanern enthüllt“. Diese Fahne war rechtfertigungsbedürftig. Körner erklärte den Zuhörern, dass die Fahne des Reichsbanners, obschon mit der alten Fahne der österreichischen Großdeutschen aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg identisch, etwas anderes symbolisiere:

„Das Schwarz-Rot-Gold der Großdeutschen wurde in Genf verraten, es hat längst Bündnis mit Rom geschlossen und ist zum Schutzbanner des jüdischen und christlichen Großkapitals geworden. Das Schwarz-Rot-Gold des Reichsbanners aber ist das Symbol des demokratischen republikanischen Großdeutschlands, in dem auch Österreich mit eingeschlossen sein muss.“

¹³⁰ Körner war Sozialdemokrat geworden, weil die SDAP als einzige Partei während der Verhandlungen über die Genfer Protokolle diese abgelehnt und für das nationale Selbstbestimmungsrecht der Deutschösterreicher eingetreten war. Vgl. Eric C. Kollmann, Theodor Körner. Militär und Politik, Wien 1973, S. 150-154.

Das deutsche Proletariat kämpfe gezwungenermaßen unter dieser Fahne, weil es gegen die mächtige Reaktion Verbündete aus dem Lager der Bürgerlichen benötigt habe. Der Schutzbund sei mit der roten Fahne, die nicht nur die demokratische, sondern die soziale Republik verkörpere, weiter fortgeschritten, aber eines Tages würden die deutschen Genossen gemeinsam mit den Österreichern unter der roten Fahne marschieren.

„Weil aber das Banner Schwarz-Rot-Gold, das bereits im Jahre 1848 den Gedanken der Republik und der Demokratie darstellte, auch in unserer Zeit diesen Ideen voranleuchtet und den Anschluss Österreichs an Deutschland verheißt, so wollen wir die schwarz-rot-goldene Fahne des Reichsbanners neben unseren roten Fahnen wehen lassen, zum Zeichen, dass wir über das Schwarz-Rot-Gold der demokratischen Republik hinaus zusammen mit den Proletariern Deutschlands der sozialen Republik entgegenmarschieren wollen.“¹³¹

Das Auftreten des Schutzbundes zeigte sich in der Geschichtspolitik der österreichischen Sozialdemokratie auf mehrfache Weise. Zunächst in einer Remilitarisierung der Märzfeier. Wie erwähnt, war die Märzfeier in den ersten beiden Jahren der Republik durch die Teilnahme der Volkswehr geprägt worden, dies hatte jedoch aufgehört, als die Sozialdemokratie 1920 aus der Regierung ausschied. Ab 1925 aber wurden die Märzfeiern von den verschiedenfarbigen Uniformen der Schutzbündler dominiert. In diesem Jahr erschienen vom Schutzbund zur Märzfeier: die Bezirksordner in grünen und blauen, die Eisenbahnordner in schwarzen Uniformen, dazu die Jungordner der einzelnen Bezirke und ein Fahnenzug der Akademischen Legion.¹³² Die Militarisierung von Demonstrationen war allerdings kein Monopol der Sozialdemokraten; so nahmen an den Fronleichnamsprozessionen, die Demonstrationen der katholischen Kirche und der Christlichsozialen darstellten, in Wien 1925 Soldaten in Uniform teil.¹³³

¹³¹ Fahnenenthüllungen und Ordnerstage, in: Der Schutzbund, 2 (1925), Nr. 10, S. 10; auch: „Strich durch die Rechnung. Bedeutung der Wienfahrt“, in: Das Reichsbanner. Zeitung des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (fortan: RB), 3 (1926), Nr. 15; vgl. Höbelt, Die Symbole des national-liberalen Lagers, S. 194-198; Karl Rohe, Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966, S. 239. Karl Heinz, ein Sekretär des Republikanischen Schutzbundes, hat 1926 in der reichsdeutschen demokratischen Zeitschrift *Die Hilfe* das Eintreten der österreichischen Sozialdemokraten für den Anschluss erläutert. Karl Heinz, Die Anschlussfrage und der internationale Sozialismus, in: Die Hilfe, 32 (1926), S. 510 f.

¹³² „Die Märzfeier der Arbeiter“, in: AZ, 16.3.1925; für die Dominanz oder zumindest starke Präsenz des Schutzbundes bzw. der Wehrtümer bei Märzfeiern der folgenden Jahre siehe: „Die Märzfeier der Wiener Arbeiterschaft“, in: AZ, 13.3.1926; „Am Grabe der Märzgefallenen“, in: AZ, 15.3.1926; „Am Grabe der Märzgefallenen“, in: AZ, 14.3.1927; „Die Arbeiterjugend ehrt die Märzgefallenen“, in: AZ, 12.3.1928; „Die Gedenkfeier am Grabe der Märzgefallenen“, in: AZ, 11.3.1929; „Am Grabe der Märzgefallenen“, in: AZ, 10.3.1930; „Die Märzfeier der Wiener Arbeiterschaft“, in: AZ, 17.3.1931; „Gedenktag der Demokratie. Die Märzfeier der Wiener Arbeiterschaft“, in: AZ, 14.3.1932; „Zehntausende demonstrieren am Grab der Märzgefallenen“, in: AZ, 13.3.1933.

¹³³ „Fronleichnamssonntag in Wien“, in: Reichspost, 15.6.1923.

Des Weiteren erinnerte das ab Juni 1924 monatlich erscheinende Organ des Schutzbundes, das den gleichen Namen wie der Verband trug, in einer Vielzahl von Artikeln an die 48er-Revolution. Schließlich forcierte der Verband die Propaganda für den Anschlussgedanken durch große öffentliche Veranstaltungen, auf denen er sich regelmäßig zu diesem bekannte, und den er wie die österreichische Sozialdemokratie insgesamt aus der 48er-Tradition ableitete.

Zu diesen Veranstaltungen gehörte der Ordnerntag des Schutzbundes am 15. Juni 1925 in St. Pölten, bei dem die Verbände der Organisation in militärischer Form aufmarschierten und der von der *Arbeiterzeitung* als „Riesenkundgebung für die Republik und für den Anschluss“ bezeichnet wurde. Der Schutzbund-Vorsitzende Deutsch sagte in seiner Ansprache:

„Heute [...] erneuern wir das Gelöbnis des Anschlusses an Deutschland. Der Anschluss wird kommen, trotz Benesch und Seipel, trotz Mussolini und Mataja. Wir hüten das Vermächtnis der Achtundvierziger Revolution, indem wir den Zusammenschluss des ganzen deutschen Volkes anstreben. Wir hüten im Kampfe gegen die Reaktion unsere Republik und die Demokratie.“¹³⁴

Anschlusskundgebung des Österreichisch-Deutschen Volksbundes

Wenige Wochen später, am 30. August, organisierte der Österreichisch-Deutsche Volksbund in Wien eine große Anschlusskundgebung. Der Volksbund war im Juni dieses Jahres als eine überparteiliche Organisation zur Propagierung und Popularisierung des Anschlussgedankens entstanden und bildete das österreichische Pendant zur gleichnamigen reichsdeutschen, 1920 gegründeten Organisation, deren Vorläufer schon im November 1918 von in Berlin lebenden Österreichern ins Leben gerufen worden war, die damals die historische Chance zur Verwirklichung des Anschlusses Deutschösterreichs an Deutschland sahen. Der Zeitpunkt der Gründung des österreichischen Zweiges des Volksbundes im Juni 1925, nachdem der reichsdeutsche schon seit fünf beziehungsweise sieben Jahren bestand, legt den dringenden Verdacht nahe, dass ein wesentliches Motiv für die Gründung die Befürchtung war, in Reaktion auf die Wahl des vom Reichsblock Schwarz-Weiß-Rot unterstützten kaiserlichen

¹³⁴ „Der Ordnerntag des Republikanischen Schutzbundes. Eine Riesenkundgebung für die Republik und für den Anschluss“, in: AZ, 15.6.1925. Edvard Benes war zu dieser Zeit Außenminister der Tschechoslowakei (dieses Amt hatte er von 1918 bis 1935 inne). Heinrich Mataja war vom November 1924 bis zum Januar 1926 als Bundesminister im Bundeskanzleramt mit der Außenpolitik betraut, gehörte zum äußersten rechten Flügel der Christlichsozialen und galt als Anschlussgegner.

Generals a. D. Paul von Hindenburg zum Reichspräsidenten am 26. April 1925 im Deutschen Reich könne in Deutschösterreich der Anschlussgedanke an Rückhalt verlieren.¹³⁵

Programmatisch hieß es in der ersten Denkschrift der Ortsgruppe Wien, „Warum fordern wir den Anschluss?“:

*„Der Österreichisch-Deutsche Volksbund kämpft für den Anschluss an Deutschland: auf dem Boden einer alle Berufe und Klassen umfassenden nationalen Schicksalsgemeinschaft: Ein Volk – ein Reich! Auf dem Boden der Überparteilichkeit, unter strengster Ausscheidung jeder anderen politischen Frage; mit bewusster, schärfster Einseitigkeit des Programmes, das die Geister nur in zwei Lager scheiden darf: Für oder gegen den Anschluss an Deutschland.“*¹³⁶

Die Broschüre versuchte die Zugehörigkeit Österreichs zu Deutschland auch historisch zu untermauern und ging dabei auch kurz auf die 48er-Revolution ein:

„Als im Jahre 1848 Bürgertum und Arbeiter dem herrschenden System den Garaus machten, wurde dies als nationale Errungenschaft begrüßt. Mit dem Wunsche, das gesamte deutsche Volk in einer engeren Einheit als bisher zusammenzufassen, war denn auch die Mehrzahl der Abgeordneten nach Frankfurt gekommen, wo in der Paulskirche Vertreter aller deutschen Länder und Staaten im ersten deutschen Nationalparlament beisammensaßen. In der Paulskirche hatte der Dichter Ludwig Uhland als Abgeordneter die denkwürdigen Worte gesprochen: ‚Mag immerhin Österreich den Beruf haben, eine Laterne für den Osten zu sein, es hat einen näheren, höheren Beruf: Pulsader zu sein im Herzen Deutschlands.‘“¹³⁷

An die Öffentlichkeit trat der Volksbund in Deutschösterreich in erster Linie durch die Organisation von Massenkundgebungen und ab 1927 mit seiner Zeitschrift *Der Anschluss*. Zwar wahrte die Sozialdemokratie nach außen hin eine gewisse Distanz zum Volksbund, wie sie in der Mitteilung des Parteivorstandes „Die großdeutsche Anschlussbewegung“ in der Parteipresse vom 22. Mai 1925 zum Ausdruck kam. Die Parteiführung lehnte es ab, sich als Partei kollektiv dem Volksbund anzuschließen – allerdings taten das einzelne Landesverbände der Sozialdemokraten und sozialdemokratische Gewerkschaften wie der Österreichische Metallarbeiterverband. Den Deutschnationalen hielt der Parteivorstand vor, dem Genfer Vertrag, der den Anschluss neuerlich verboten hatte, zugejubelt und zusammen mit den

¹³⁵ Warum fordern wir den Anschluss? Erste Denkschrift des Österreichisch-Deutschen Volksbundes – Wien, Wien 1926, S. 15; zum reichsdeutschen Zweig des Volksbundes vgl. Suval, *The Anschluss Question*, S. 30-37; Winfried R. Garscha, *Die deutsch-österreichische Arbeitsgemeinschaft. Kontinuität und Wandel deutscher Anschlusspropaganda und Angleichungsbemühungen vor und nach der nationalsozialistischen ‚Machtergreifung‘* (=Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte, Bd. 4), Wien/Salzburg 1984, S. 96-104.

¹³⁶ Warum fordern wir den Anschluss?, S. 16.

¹³⁷ Ebd., S. 3.

Christlichsozialen die Sozialdemokraten wegen ihres Eintretens für den Anschluss während des letzten Wahlkampfes, zur Zeit der Hyperinflation im Deutschen Reich, verhöhnt zu haben – die Sozialdemokratie werde sich nicht in das Schlepptau solcher Leute begeben.

Allerdings stellte es die Partei ihren Mitgliedern frei, im Volksbund mitzuarbeiten. Tatsächlich waren im Vorstand der Organisation, die von dem Großdeutschen und späteren Nationalsozialisten Hermann Neubacher geführt wurde, die wichtigsten Führungsfiguren der Sozialdemokraten vertreten. Der offizielle Parteivorsitzende und Wiener Bürgermeister Karl Seitz, der tatsächliche Parteivorsitzende Otto Bauer, der Anführer der Parteirechten Renner und der Schutzbundvorsitzende Deutsch. Renner und Seitz sowie andere prominente Sozialdemokraten wie Karl Leuthner und Otto Glöckel schrieben auch für den *Anschluss*. Zugleich berichtete die Parteipresse positiv über die Veranstaltungen des Volksbundes.

Hingegen blieb Otto Bauer nach außen hin immer auf Distanz zum Volksbund.¹³⁸ Allerdings schrieb er 1924 im Organ der reichsdeutschen Anschlussbewegung *Österreich-Deutschland* in dem Heft, das der Erinnerung an den verstorbenen ehemaligen deutschösterreichischen Gesandten in Berlin Ludo Hartmann gewidmet war, über „Das Schwarz-Rot-Gold der Österreicher“:

„Schwarz-Rot-Gold – das war 1848 die Fahne der deutschen Revolution. Sie wehte in allen deutschen Landen. Sei wehte am 13. März 1848 in Wien, am 18. März 1848 in Berlin. [...] Schwarz-Weiß-Rot und Schwarz-Gelb – das sind die Fahnen derer, die zum Alten zurück wollen: zum Hohenzollernschen Deutschland, das die Deutschösterreicher ausgestoßen hat; zum habsburgischen Österreich, das die Deutschösterreicher fernhielt von Deutschland, um sie zu ketten an ein zu zwei Dritteln slawisches Reich. Schwarz-Rot-Gold – das sind die Farben derer, die nicht zurück, sondern vorwärts wollen.“¹³⁹

Noch 1930 war bei Nationalratswahlen die Anschlussforderung eine Wahlkampfparole der Sozialdemokraten: „Wer den Anschluss will, der wählt sozialdemokratisch!“. Karl Renner veröffentlichte noch in diesem Jahr im *Kampf* ein flammendes Plädoyer für den Anschluss und erst mit dem Scheitern der Zollunionspläne 1931 und dem Aufstieg der Nationalsozialisten im Deutschen Reich begann die österreichische Sozialdemokratie, die

¹³⁸ Siehe vor allem den folgenden Beitrag von Bauer aus dem Jahre 1927, in dem er schreibt, zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat gebe es „keine nationale Einheitsfront“: Wandlungen und Probleme der Anschlusspolitik, in: *Der Kampf*, 20 (1927), S. 297-302 (Zitat: 302).

¹³⁹ Otto Bauer, Das Schwarz-Rot-Gold der Österreicher, in: *Österreich-Deutschland*, 1 (1924), Nr. 12, S. 11 f., hier: 11. Zum Gegensatz von Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Gelb in der Wiener 48er-Revolution vgl. Bruckmüller, Die österreichische Revolution von 1848 und der Habsburgermythos des 19. Jahrhunderts, S. 10.

Anschlusspropaganda zurückzufahren.¹⁴⁰ Hintergrund der parteiübergreifenden Anschlussbewegung des Volksbundes in Deutschösterreich ab 1925 war auch, dass es im Deutschen Reich nach der Hyperinflation von 1923 wirtschaftlich wieder aufwärtsging, während in Österreich nach den Genfer Protokollen 1922 zwar ein ausgeglichener Staatshaushalt erreicht werden konnte und die Währungssanierung gelang, jedoch die Volkswirtschaft *nicht* aus ihrer Krise herauskam. Zwischen 1918 und 1938 schrumpfte die Wirtschaftsleistung und Massenarbeitslosigkeit wurde zum Dauerzustand.¹⁴¹

Zur Anschlusskundgebung des Volksbundes in Wien am 30. August 1925 reisten – den Weg von Passau nach Wien legten sie auf der Donau mit dem Schiff zurück – 300 reichsdeutsche Volksbundmitglieder an, darunter 20 Reichstagsmitglieder, die von dem Reichstagspräsidenten, Sozialdemokraten und Vorsitzenden des Volksbundes im Reich, Paul Löbe, angeführt wurden. Reichsaußenminister Gustav Stresemann hatte vergeblich versucht, Löbe wegen der befürchteten Reaktion im Ausland von der Reise abzuhalten.¹⁴² Unter den Abgeordneten waren viele Sozialdemokraten, einige Vertreter von DDP und Zentrum und zwei Politiker der DVP. Wegen einer relativen sozialdemokratischen Dominanz auf der Veranstaltung blieb die Berufung auf 1848 nicht aus. Schon der Stadtrat Speiser begrüßte die Gäste am Landungssteg an der Reichsbrücke, an dem Schwarz-Rot-Gold und die Fahne der österreichischen Republik wehten, mit den Worten:

„Sie kommen zu uns als die Herolde einer großen gewaltigen Idee, die durch die Jahrhunderte von Sieg zu Sieg geschritten ist, die unsere nächsten Vorfahren, die Achtundvierzigerkämpfer, vollenden wollten, deren Erfüllung wir als Erbe übernommen haben: das ganze freie Volk in einer freien Republik!“¹⁴³

¹⁴⁰ Karl Renner, Was soll aus Österreich werden?, in: Der Kampf, 23 (1930), S. 40-62, hier: 52 f. Der österreichische Zweig des Österreichisch-Deutschen Volksbundes ist wie der reichsdeutsche bis heute ein Desiderat der Forschung. Vgl. Harro Molt, „... Wie ein Klotz inmitten Europas“. „Anschluss“ und „Mitteleuropa“ während der Weimarer Republik 1925–1931 (=Studien zum Kontinuitätsproblem der deutschen Geschichte, Bd. 4), Frankfurt a. M./Bern/New York 1986, S. 147-150; List, Die Propaganda des Austromarxismus, S. 46, 64 f., 92, 156-158 (Zitat: 157), 169 f.; Suval, The Anschluss Question, S. 43-45; Bericht der Parteivertretung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs an den Parteitag in Wien 1925, in: Protokoll des sozialdemokratischen Parteitages 1925. Abgehalten in Wien vom 13. bis 16. November, Wien 1925, S. 17-140, hier: 42; Gerhard Botz, Das Anschlussproblem (1918–1945) – aus österreichischer Sicht, in: Kann/Prinz (Hg.), Deutschland und Österreich, S. 179-198, hier: 183; Brancato, German Social Democrats, S. 43; Nikolaus von Preradovich, Der nationale Gedanke in Österreich 1866–1938 (=Historisch-Politische Hefte der Ranke-Gesellschaft, H. 8), Göttingen 1962, S. 21 f.

¹⁴¹ Vgl. Hanisch, Der lange Schatten des Staates, S. 279 f.; Norbert Schausberger, Der Anschluss, in: Weinzierl/Skalknik (Hg.), Österreich 1918–1938, Bd. 1, S. 517-552, hier: 521; Ernst Bruckmüller, Sozialstruktur und Sozialpolitik, in: ebd., S. 381-436, hier: 408; Peter J. Katzenstein, Disjoined Partners. Austria and Germany since 1815, Berkeley u.a. 1976, S. 143.

¹⁴² Vgl. Suval, The Anschluss Question, S. 92-94.

¹⁴³ „Die Kundgebungen für den Anschluss an Deutschland“, in: AZ, 30.8.1925; „Die Anschlussfahrt des Österreichisch-Deutschen Volksbundes nach Wien“, in: NFP, 30.8.1925.

Die Kundgebungen am Folgetag in der Volkshalle des Rathauses und vor dem Rathaus, von dessen Turm an diesem Tag die schwarz-rot-goldene Fahne wehte, wurden von der *Arbeiterzeitung* als historisch, als ein „geschichtliches Meeting“ gewertet. Unter den Teilnehmern vor dem Rathaus machte sie, wie auch die bürgerliche *Neue Freie Presse*, vor allem Arbeiter aus; das heiße aber nicht, dass in den anderen Wiener Schichten der Anschluss unpopulär sei, nur sei er den Arbeitern in „Fleisch und Blut übergegangen“, sodass sie aus diesem Anlass selbst die Bedenken überwänden, mit Bürgerlichen gemeinsam zu demonstrieren.

Angesichts nicht weniger teilnehmender Studenten äußerte die *Arbeiterzeitung*, die in der Republik gewöhnlich darüber schrieb, wie reaktionär die Studenten geworden seien, die Hoffnung:

„Es könnte bei diesem Kampfe um den Anschluss die alte, historische Gemeinsamkeit von Arbeitern und Studenten wieder aufleben, wenn unsere intellektuelle Jugend nur zu der Einsicht käme, dass das wahre nationale, das großdeutsche Interesse in den Idealen von 1848 beschlossen ist, dass hingegen das Kokettieren mit dem Fascismus allen deutschen Freiheitsideologien widerspricht und nur ein neues, anders gefärbtes Römlingstum hervorzubringen droht.“

Die Hauptrede wurde von Löbe in der Volkshalle gehalten. Dort traten außerdem Redner der folgenden Parteien auf: der Sozialdemokraten, Großdeutschen und des Landbundes auf österreichischer Seite, des Zentrums, der Demokraten – für die Theodor Heuss sprach –, der Volkspartei sowie Deutschnationalen Volkspartei auf reichsdeutscher Seite. Dagegen wurde die Veranstaltung vor dem Rathaus stärker von sozialdemokratischen Rednern dominiert. Abgesehen von den politischen Extremen nahmen die Christlichsozialen als einzige Partei nicht an der Kundgebung teil. Der Chefredakteur der *Arbeiterzeitung* Austerlitz geißelte in seiner Rede vor dem Rathaus die Christlichsozialen, namentlich ihre wichtigsten Politiker Seipel und Mataja, die mit ihrer Anschlussfeindschaft nur der „Hausmachtpolitik der Habsburger“ dienten.¹⁴⁴

Paul Löbe berief sich in seiner Rede nicht wie der Stadtrat Speiser auf die „Achtundvierzigerkämpfer“, aber auf die „Abgesandten des deutschen Volkes in der

¹⁴⁴ Die christlichsoziale *Reichspost* stellte die Volksbundkundgebung als rein marxistische Veranstaltung dar, die den Anschluss diskreditiert habe. Für die Marxisten existiere von der „ganzen ruhmvollen deutschen Geschichte“ nichts als „die tragikomische Revoluzzerei von Anno achtundvierzig“. „Auseianderführer“, in: *Reichspost*, 31.8.1925.

Paulskirche“, deren Traum und deren Wünsche durch den auf der Kundgebung demonstrierten „Willen zur Vereinigung“ erfüllt würden. Keine einheimische Regierung – ein Seitenhieb auf die Christlichsozialen – könne sich über den „Volkswillen“ hinwegsetzen, keine ausländische Demokratie könne dauerhaft die eigenen Prinzipien verletzen, indem sie „die Durchführung des Willens des deutschen Volkes“ verweigere.

Nur wer Soldaten zähle, den Anschluss im Hinblick auf die deutsche Truppenstärke betrachte, könne sich mit „Scheingründen“ offensichtlichem Recht widersetzen. Dies sei aber verfehlt, weil man sich den Anschluss nur von einem friedlichen Europa erwarte und den Weg zum Anschluss nur über den Völkerbund gehen wolle. Die Erfüllung der deutschen „nationalen Ansprüche“ sei ein Beitrag zum Frieden in Europa – auch deshalb, weil sich Europa in der zukünftigen Welt nur durch den wirtschaftlichen Zusammenschluss zu einem Zollbund, zu den Vereinigten Staaten von Europa behaupten könne. Der Kampf für den Anschluss mit dem Ziel, Österreich dadurch wirtschaftlich lebensfähig zu machen, sei ein „Teil dieses großen Problems“.

Gelegentlich werde behauptet, die Forderung nach dem Anschluss sei eine Inszenierung der Regierungen; die heutige Kundgebung habe endgültig das Gegenteil bewiesen. Dass sich aus deutscher Sicht aus dem Selbstbestimmungsrecht nicht nur die Anschlussforderung, sondern auch die Forderung nach der Selbstbestimmung für die Sudetendeutschen und die Südtiroler, also deren Vereinigung mit dem großen Deutschland ergab, daran erinnerte unter lautem Beifall der österreichische Sozialdemokrat Karl Leuthner vor dem Rathaus.¹⁴⁵ Auch im folgenden Jahr veranstaltete der Volksbund nach ähnlichem Muster und wieder unter sozialdemokratischer Dominanz eine Anschlusskundgebung in Wien, die „Rhein-Donau-Kundgebung“, die zwar nicht so groß und prominent besetzt war wie die Feier im Vorjahr, an der aber wieder mit 15 Abgeordneten eine recht große Zahl von Reichstagsmitgliedern teilnahm.¹⁴⁶

Aus dem Anlass der Volksbund-Kundgebung 1925 beschäftigte sich ein Leitartikel der *Arbeiterzeitung* mit dem Anschluss. Zunächst erfolgte das Bekenntnis:

„Die österreichische Sozialdemokratie lässt in der Frage des Anschlusses keine Abschwächung zu; treu und unverrückbar steht sie zu dem Bekenntnis, das auf ihrem Antrag

¹⁴⁵ „Der Kampf um den Anschluss an Deutschland. Eine gewaltige Kundgebung im Wiener Rathaus“, in: AZ, 31.8.1925; „Große Kundgebung für den Anschluss an Deutschland. Alle Parteien vertreten“, in: NFP, 31.8.1925.

¹⁴⁶ „Die ‚Rhein-Donau‘-Kundgebung des Österreichisch-Deutschen Volksbundes“, in: AZ, 17.5.1926.

in unsre erste Verfassung aufgenommen wurde: Deutschösterreich ist eine demokratische Republik. Deutschösterreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik.“

Allerdings vertrat die *Arbeiterzeitung* in der Frage der Strategie, wie das Ziel zu erreichen sei, einen anderen Ansatz als den von Löbe öffentlich verkündeten. Man dürfe nicht darauf warten, bis der Völkerbundrat dem Anschluss zustimme, zumal eine einzelne Gegenstimme genüge, um den Beschluss zu verhindern, so anstrengungslos sei eine historische Entscheidung nicht zu erreichen. Der Anschluss müsse in der Sache seinem rechtlichen Vollzug vorangehen, das Reich und Österreich müssten sich in allen gesellschaftlichen Zentralbereichen, in Kultur und Recht, Wirtschaft und Politik, immer weiter annähern, nach Möglichkeit bereits so handeln, als ob der Anschluss bereits erfolgt sei. Damit werde man den Widerstand gegen ein „wahres Recht“ zunächst unterhöhlen und schließlich brechen. Um das zu erreichen, dürfe der Anschlusswille aber nicht nur an Festtagen verkündet werden, vielmehr müsse er Gegenstand der praktischen Politik werden und das Volk müsse die Parteien danach beurteilen, wie sie sich zum Anschluss verhielten.¹⁴⁷

Dass die österreichische Sozialdemokratie sich 1925 entschlossen hatte, die Anschlusspropaganda zu forcieren, zeigte sich erneut bei den sozialdemokratischen Feiern zum Tag der Republik, dem 12. November, die als „Kundgebung für den Anschluss an Deutschland“ begangen wurden. Der Vorsitzende des Reichsbanners Hörsing wohnte der Kundgebung auf dem Karlsplatz in Wien bei, die der Republikanische Schutzbund neben den sozialdemokratischen Feiern in den Bezirken abhielt, und die *Arbeiterzeitung* vermerkte in ihrem Bericht, erstmals seien auf dieser Feier – von den Teilnehmern freudig begrüßt – neben den roten auch schwarz-rot-goldene Fahnen aufgetaucht. Der Schutzbundvorsitzende Deutsch sprach von der Hoffnung auf den baldigen Vollzug des Anschlusses und davon,

„dass wir dann die Fahne Schwarz-Rot-Gold als die Fahne der Republik über Österreich und Deutschland wehen sehen werden“.¹⁴⁸

¹⁴⁷ „Kampf für den Anschluss“, in: AZ, 30.8.1925.

¹⁴⁸ „Der Tag der Republik. Große Kundgebung für den Anschluss an Deutschland“, in: AZ, 13.11.1925. Im Jahr darauf hat das Reichsbanner mit über 3000 Mann an einer Anschlusskundgebung in Wien aus Anlass der Arbeitersport-Olympiade teilgenommen. Im Rahmen dieser Olympiade fand eine weitere Anschlusskundgebung des Österreichisch-Deutschen Volksbundes statt, auf der erneut Reichspräsident Paul Löbe als Redner auftrat. „Im Roten Wien“, in: RB, 3 (1926), Nr. 14; auch: „Strich durch die Rechnung. Bedeutung der Wienfahrt“, in: ebd., Nr. 15.

Revolutionsgedenken 1926 und 1927

Am Märzfeiertag 1926 jährte sich der Todestag des Revolutionsdichters Ferdinand Freiligrath zum 50. Mal. Das Titelblatt der Märzausgabe des *Schutzbunds* brachte aus diesem Anlass einen Abdruck von Freiligraths Gedicht „Die Republik!“ und sowohl diese Zeitschrift als auch die *Arbeiterzeitung* veröffentlichten biografische Artikel.¹⁴⁹ Der Artikel im *Schutzbund* schloss mit dem Hinweis, die Zentralleitung der Organisation empfehle den Landes- und Ortsgruppenleitungen die Abhaltung von Freiligrath-Feiern aus Anlass des Todestages, und dabei auch Freiligraths Gedicht „Wien“ aus der Zeit des Oktoberaufstands rezitieren zu lassen.¹⁵⁰

Am 7. November 1926 enthüllten die Sozialdemokraten auf dem Wiener Zentralfriedhof im Beisein von Karl Kautsky ein Grabdenkmal, das zwar nicht unmittelbar der 48er-Revolution galt, sich aber doch auf sie bezog. Das Grabdenkmal aus schwarzem Marmor für die beiden 1918 verstorbenen Führungsfiguren der Sozialdemokraten, den langjährigen Parteivorsitzenden Victor Adler und seinen Freund Engelbert Pernerstorfer, war symbolträchtig gegenüber dem Obelisk für die Märzgefallenen errichtet worden.¹⁵¹ Für die *Arbeiterzeitung* symbolisierte die Gegenüberstellung der Grabdenkmäler die erfüllte Rache an Habsburg:

„Unter dem Obelisk liegen die von Habsburg besiegten Kämpfer für Pressfreiheit und Verfassung im monarchistischen Staat, aber unter den Platten, die die Namen unserer teuren Toten tragen, liegen die Besieger Habsburgs, liegt Pernerstorfer, der die Entthronung Habsburgs vorbereiten half, liegt Adler, der sie durchgeführt hat. Nein, es ist kein Zufall der Weltgeschichte, dass unsere großen Toten angesichts des März-Obelisk liegen.“¹⁵²

Ab dem Jahr 1927 verschärfte sich der Ton in der sozialdemokratischen Geschichtspolitik mit 1848 gegenüber dem Bürgertum und gegenüber Habsburg deutlich. Zunächst hatte das mit

¹⁴⁹ Das Gedicht vom 26. Februar 1848 in: Freiligraths Werke in sechs Teilen, hg., m. Einl. u. Anm. versehen v. Julius Schwering, Teil 2: Ein Glaubensbekenntnis – Ca ira! Neuere politische und soziale Gedichte. Zwei poetische Episteln, Berlin u.a. 1909, S. 120-122.

¹⁵⁰ Fritz Rosenfeld, Der Dichter der Republik, in: Der Schutzbund, 3 (1926), Nr. 3, S. 7-11, hier: S. 9. Ebd., S. 11; Artur Seehof, „Der Trompeter der Revolution“, in: AZ, 15.3.1926. Die *Arbeiterzeitung* druckte zusätzlich ein Jugendbildnis von Freiligrath (zusammen mit der Titelseite der letzten Ausgabe der *Neuen Rheinischen Zeitung* mit dem Abschiedsgedicht von Freiligrath und mit zwei Bildern von der Märzfeier) ab: AZ, 16.3.1926. Das Gedicht „Wien“ vom 3. November 1848 und Freiligraths Abschiedswort in der *Neuen Rheinischen Zeitung* vom 19. Mai 1849 in: Freiligraths Werke, Teil 2, S. 133 f., 140 f. Laut dem Abschnitt über den Republikanischen Schutzbund in dem Bericht der Parteivertretung an den sozialdemokratischen Parteitag 1926 haben viele Schutzbundortsgruppen Freiligrath-Feiern veranstaltet. Vgl. Protokoll des sozialdemokratischen Parteitages 1926. Abgehalten in Linz vom 30. Oktober bis zum 3. November 1926, Wien 1926, S. 93.

¹⁵¹ In späteren Jahren sind dort nach ihrem Tod auch noch Otto Bauer, Friedrich Adler und Karl Seitz beigesetzt worden. Vgl. Häusler, Die Wien „Märzgefallenen“ und ihr Denkmal, S. 255.

¹⁵² „Victor Adler und Engelbert Pernerstorfer. Die feierliche Enthüllung ihres Grabdenkmals im Zentralfriedhof“, in: AZ, 8.11.1926.

dem Bürgerblockwahlkampf zu tun, den Seipel im Frühjahr 1927 gegen die Sozialdemokraten führte, und später dann mit den Ereignissen des 15. Juli in Wien, dem Justizpalastbrand.¹⁵³ In dem am Märzfeiertag 1927 verabschiedeten Wahlauf Ruf des Parteivorstands zu den Ende April anstehenden Nationalratswahlen hieß es:

„Der Klerikalismus ist der Träger der schwarz-gelben Tradition. Das letzte Ziel der führenden Gruppe der Klerikalen ist die Wiedervereinigung Österreichs und Ungarns unter Habsburgs Zepter.

Die Sozialdemokratie ist die Trägerin und Hüterin der republikanischen und nationalen Idee von 1848, vom 12. November 1918. Unser staatliches Ziel ist und bleibt unverrückbar der

Anschluss Deutschösterreichs an die große Deutsche Republik.

Die Großdeutschen sind zu den Klerikalen desertiert; nur die Sozialdemokratie kann
die schwarze Macht brechen.“¹⁵⁴

Am 15. November 1927 nahm die *Arbeiterzeitung* in einem Leitartikel zum Zusammentritt eines gemeinsamen Ausschusses von österreichischem Nationalrat und deutschem Reichstag in Wien Stellung. Aus diesem Anlass waren auch Reichskanzler Wilhelm Marx und Außenminister Gustav Stresemann nach Wien gereist. Der Ausschuss sollte einen gemeinsamen Strafgesetzentwurf zustande bringen; dieser Versuch entsprach dem von der *Arbeiterzeitung* zuvor vertretenen Ansatz, solange der Anschluss verboten war, die Vereinigung mit dem Deutschen Reich durch die Angleichung auf möglichst vielen Gebieten gesellschaftlichen Lebens bereits vorwegzunehmen. Obwohl sie nicht völlig einverstanden war – sie hätte sich ein sympathischeres Kooperationsprojekt gewünscht als das Strafrecht –, würdigte die Zeitung das Zusammentreten des Ausschusses als

„ein Ereignis von Bedeutung, dass zum erstenmal seit der Sprengung der Frankfurter Nationalversammlung von 1848 deutsche und österreichische Parlamentarier einen gemeinsamen Gesetzentwurf gemeinsam beraten!“

¹⁵³ Zum Justizpalastbrand siehe: Botz, *Gewalt in der Politik*, S. 141-160. Ob der Justizpalastbrand 1927 wirklich eine entscheidende Zäsur in der Geschichte der Ersten Republik war, ist allerdings nicht unumstritten. Diejenigen, die das bezweifeln, verweisen darauf, dass im Folgejahr kein Todesopfer politischer Gewalt zu verzeichnen war, auch wenn sich die politische Rhetorik zeitweilig verschärft habe und die Heimwehr in der Provinz zu einer Massenbewegung herangewachsen sei. Die politische Dynamik, die 1933/34 zum Systembruch führte, habe recht eigentlich erst 1930 eingesetzt. Die Gegenseite argumentiert, der 27. Juli habe Seipel die Schwäche der sozialdemokratischen Führung offenbart, und zudem sei den Heimwehren gelungen, den von den Sozialdemokraten in Reaktion auf die Ereignisse vom 27. Juli beschlossenen Verkehrsstreik zu brechen – und den Sozialdemokraten damit eines ihrer wirksamsten Instrumente zu nehmen. Vgl. Kriechbaumer, *Die großen Erzählungen der Politik*, S. 196; anders: Leser, *Zwischen Reformismus und Bolschewismus*, S. 411-416.

¹⁵⁴ Parteitag 1927. Protokoll des sozialdemokratischen Parteitages, abgehalten vom 29. Oktober bis 1. November 1927 im Ottakringer Arbeiterheim in Wien, Wien 1927, S. 10.

Der Leitartikel erinnerte daran, dass es die Sozialdemokraten gewesen seien, die 1918 unter Rückgriff auf 1848 die Republik und die Proklamierung des Anschlusses durchgesetzt hätten, und dass beides zusammengehöre. Kapitalisten und Klerikale hätten den Kampf der Sozialdemokraten für den Anschluss in St. Germain unterminiert, und noch 1923 hätten die Christlichsozialen ihren Wahlkampf gegen die Sozialdemokraten mit dem Vorwurf geführt, die Sozialdemokraten betrieben den „Anschluss an die Mark“. Erst seit dem Erstarken der reichsdeutschen Wirtschaft werde der Widerstand gegen den Anschluss schwächer; heute täten die Bürgerlichen so, als wären sie schon 1918 „überzeugte Republikaner und begeisterte Anhänger des Anschlusses gewesen“. Das sei zwar eine „fromme Lüge“, aber über den Sieg ihrer Ideen könnten die Sozialdemokraten sich nur freuen. Allerdings sei der Anschluss nicht kurzfristig zu erreichen, da zunächst der „nationalistische Imperialismus“ in Frankreich und Italien zu überwinden sei. Weil der Anschluss erst im Rahmen einer größeren Umwälzung in Europa zu erreichen sei, müsse in Österreich und im Reich der Anschlusswille „lebendig und kraftvoll“ erhalten werden, um im entscheidenden Augenblick handlungsbereit zu sein.¹⁵⁵

Das 80. Jubiläum der Märzrevolution

Zum 80. Jubiläum der 48er-Revolution 1928 war die Tonlage des Leitartikels der *Arbeiterzeitung* an Schärfe gegenüber dem Bürgertum schwerlich zu überbieten – man kann ihm dem Vorwurf machen, den Bürgerkrieg herbeigeredet zu haben.¹⁵⁶ Einen frischen Anlass zur Empörung bot das bereits erwähnte Verbot der Märzfeier der sozialistischen Studenten an der Wiener Universität durch deren Senat. In dem Leitartikel wurde zunächst der Gegensatz zwischen Arbeitern und Bürgertum in der 48er-Revolution zugespitzt herausgearbeitet. Am 13. März hätten Bürgertum und Arbeiter, das ganze Volk, gemeinsam den Kanzler Metternich gestürzt und das Verfassungsversprechen und die Pressefreiheit errungen.

Unmittelbar danach jedoch habe das reiche Bürgertum die Früchte der Revolution zu monopolisieren getrachtet. Die Pillersdorfsche Verfassung vom März behielt das Wahlrecht den wohlhabenden Bürgern vor und schloss die Arbeiter davon aus. Daraufhin hätten sich Bourgeoisie und Volk gespalten, und mit der Sturmpetition im Mai hätte die Demokratie das

¹⁵⁵ „Zum erstenmal seit 1848“, in: AZ, 15.11.1927.

¹⁵⁶ Freilich betrachtet Heer die Erste Republik als einen einzigen Bürgerkrieg: „Die Erste Republik Österreich wurde zwanzig Jahre alt: sie war ein zwanzigjähriger Bürgerkrieg, der als kalter Krieg, mit den Waffen mörderischer Feindpropaganda, als ein heißer Krieg, mit den Waffen des Ersten Weltkriegs, welche die Soldaten aufbewahrt hatten, geführt wurde.“ Heer, Kultur und Politik in der Ersten Republik, in: Leser (Hg.), Das geistige Leben Wiens in der Zwischenkriegszeit, S. 300-309, hier: 301.

allgemeine Wahlrecht erzwungen. Nun hätten die Arbeiter ihre sozialen Forderungen vorgelegt: höhere Löhne und Arbeitslosenunterstützung.

„Da packt die Bourgeoisie Entsetzen: was soll ihr die Freiheit, sobald sie den Geldsack bedroht? Die Bourgeoisie sucht Schutz hinter den Bajonetten Windischgrätz’ und Jellatschitsch’.“

Im Oktober 1848 habe die Arbeiterschaft allein Wien gegen die kaiserliche Armee verteidigt – die *Arbeiterzeitung* zog es diesmal vor zu verschweigen, dass die Studenten im Mai und Oktober 1848 aufseiten der Arbeiter gekämpft hatten.

Über die Niederlage der 48er-Revolution tröstete sich das sozialdemokratische Zentralorgan:

„Aber die ganze Geschichte der achtzig Jahre seit 1848 ist die Geschichte der Rache der besiegten Revolution.“

Die Revolution habe den Völkern die nationale Freiheit erringen wollen. Auf den Schlachtfeldern von Magenta und Solferino 1859 und 1866 auf dem von Königgrätz habe die nationale Revolution Rache genommen. Auch im Innern habe Habsburg 1867 nachgeben müssen, und in der Verfassung von 1867 sei die Pillersdorfsche vom März 1848 wieder aufgelebt, nach der der Kaiser die Macht mit der Bourgeoisie teilen musste. Im fünfzehnjährigen Wahlrechtskampf von 1893 bis 1907 habe die Arbeiterklasse den Kampf der Sturmpetition um das allgemeine Wahlrecht erneut gekämpft.

„Siebzig Jahre nach der Niederwerfung Wiens durch die kaiserlichen Heere jagte Wien den Kaiser davon, begründete es 1918 die Republik!“

Wie 1848 habe die Arbeiterschaft nach 1918 versucht, nach der Erringung der politischen Gleichberechtigung dieser auch einen sozialen Inhalt zu geben. Wiederum habe die Bourgeoisie das zu verhindern versucht und das Land gegen die revolutionäre Hauptstadt mobilisiert.

„Freilich, sie kann heute nicht, wie im Oktober 1848, Schutz suchen im Heerlager der Kroaten Jellatschitsch’, der Dragoner Windischgrätz’. Sie hat jetzt ihre eigenen Zwerg-Jellatschitsche in ihren Schobers, ihre eigenen Windischgrätze in Miniaturformat in ihren Vaugoins!“

Die Bourgeoisie verkörpert durch Schober, den Polizeipräsidenten von Wien, der von den Sozialdemokraten für die toten Arbeiter vom 15. Juli 1927 verantwortlich gemacht wurde, und Vaugoin, den christlichsozialen Heeresminister, der das Heer, das in den ersten Jahren der Republik stark sozialdemokratisch geprägt gewesen war, in ein verlässliches Instrument der bürgerlichen Regierung umgewandelt hatte, bleibe dem Gedenken der bürgerlichen

Revolution völlig zu Recht fern, sie sei die „Erbin nur der Todfeinde der bürgerlichen Revolution“.

Den Kampf um die Erweiterung der politischen Demokratie zur sozialen verglich der Leitartikel daher konsequenterweise mit dem Oktoberkampf 1848:

„Jetzt aber führen wir, in andern Formen freilich und mit andern Mitteln, auf anderm Boden und gegen einen andern Gegner den Kampf vom Oktober 1848 wieder – den Kampf darum, dass sich nicht an die Stelle des gestürzten Thrones die Klubfauteuils der Generaldirektoren, nicht an die Stelle des zersetzten Krönungsmantels die Fracks der Kapitalisten setzen!“

Daher sei das Vermächtnis der „Proletarier von 1848“ noch nicht ganz erfüllt, deshalb werde die Arbeiterjugend auch heute wieder am Märztag zum Obelisk marschieren und dabei „mit Grimm im Herzen“ der ganz in der Nähe liegenden „Juligefallenen“ gedenken.¹⁵⁷

Die These, die zeitgenössische Bourgeoisie sei die Erbin der „Todfeinde der bürgerlichen Revolution“ von 1848 trug die *Arbeiterzeitung* in derselben Ausgabe auch noch in der Form der Satire vor. Unter „Tagesneuigkeiten. Märzrevolution“ fand sich ein fiktiver Dialog zwischen Metternich und verschiedenen Mitarbeitern in den Märztagen 1848 mit zahlreichen offen auf die Verhältnisse der Ersten Republik anspielenden Aktualisierungen. Zum Schluss tritt Metternich zurück, überzeugt es wäre möglich, „den Aufruhr in einem Blutbad zu ersticken. Aber ich habe keine Prälatennerven“. Unter dem Eindruck der Juliereignisse des vorangegangenen Jahres kam die *Arbeiterzeitung* in satirischer Zuspitzung also zu dem Ergebnis, der nervenstarke Prälat Seipel sei schlimmer als Staatskanzler Metternich.¹⁵⁸

Diesen scharfen Attacken auf die Bourgeoisie entsprach es, dass *Schutzbund* und *Arbeiterzeitung* jeweils in einem langen Artikel einmal genauer auf die soziale Lage der Arbeiter und ihre Rolle in der Revolution 1848 eingingen.¹⁵⁹ Der ehemalige Offizier und das Mitglied der Zentralleitung des Schutzbundes Theodor Körner und der Zeitungsredakteur schilderten die verzweifelte soziale Lage der „zum Teil verlumpten und verwilderten

¹⁵⁷ „Achtzig Jahre nach der Revolution“, in: AZ, 11.3.1928.

¹⁵⁸ „Tagesneuigkeiten. Märzrevolution“, in: ebd. Valentin hat über Metternich geschrieben: „Seit Napoleon I. ist kein Mensch in Deutschland so gehasst worden wie Fürst Metternich.“ Tatsächlich war Metternich am 13. März 1848 für die gewaltsame Niederschlagung der Volkserhebung eingetreten. Vgl. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1: Bis zum Zusammentritt des Frankfurter Parlaments (1930), Nd., Weinheim/Berlin 1998, S. 398 (Zitat), 404, 408.

¹⁵⁹ Dazu vgl. Häusler, Von der Massenarmut zur Arbeiterbewegung; ders., Revolution 1848 und die Anfänge der österreichischen Arbeiterbewegung, S. 7-22.

Arbeiter“ in den Vororten jenseits der Linie, die entlang des heutigen Gürtels verlief – den Vororten, die damals rechtlich noch nicht zur Stadt gehörten.¹⁶⁰

Körner äußerte angesichts dieser Verhältnisse Verständnis für die Ausschreitungen dort in den Märztagen:

„Gewiss sind Greuelthaten, Brandlegungen und alle möglichen Ausschreitungen vorgekommen, aber im großen und ganzen waren diese nur vollkommen begreifliche und verständliche Entgleisungen von Menschen, die tagelang nichts gegessen hatten, die man als lästige Bettler wegjagte, wenn sie an die Güte und Menschlichkeit der Adeligen, Geistlichen oder Bürger appellierten, die man einsperrte, wenn sie sich aus Verzweiflung an der ‚Heiligkeit des Eigentums‘ vergriffen.“¹⁶¹

Zumal diese Arbeiter völlig rechtlos waren: Nicht nur Arbeiterassoziationen waren verboten, sondern auch Massendeputationen galten als Aufruhr, der mit der Schusswaffe zu unterbinden war.

Die „wildesten Kämpfe“, so schilderten es beide Artikel, fanden am 13. März nicht in der Inneren Stadt, sondern in den Vororten statt, wo die Linienämter, die für die Kassierung der Verzehrsteuer, der auf in die Stadt mitgebrachte Lebensmittel erhobenen Steuer, zuständig waren, gestürmt und dabei auch Finanzbeamte getötet wurden. In der Nacht folgte ein Maschinensturm, Fabriken wurden angezündet: „Von allen Seiten konnte man in Wien Flammenschein sehen, Brandgeruch lag über der Stadt.“ Zunächst hätten die Herrschenden gehofft, durch eine Konfrontation zwischen Bürgern und Arbeitern die Revolution abbiegen zu können, aber der Brand der Fabriken habe zu einem Meinungsumschwung in der Stadt und zur Entlassung von Metternich sowie der Aufhebung der Zensur geführt.

Gleichzeitig aber wurden die Bürger und Studenten in neu gegründeten Garden bewaffnet, die in die Vororte geschickt wurden, um die Aufstände niederzuwerfen:

„Der größte Teil der Märzgefallenen fiel nicht im Kampfe gegen die Truppen Metternichs, sondern vor den Linien im Kampfe gegen Bürger- und Nationalgarden.“

Während in den Vororten die Garden gegen den Aufstand der Arbeiter kämpften, blieben in der Inneren Stadt Arbeiter und Studenten Kampfgenossen; gemeinsam bereiteten sie den Sturm der Hofburg vor und zwangen den Kaiser so zum Verfassungsversprechen.¹⁶²

¹⁶⁰ Theodor Körner, Die Arbeiter im März 1848, in: Der Schutzbund, 5 (1928), Nr. 3, S. 36-38, hier: 36.

¹⁶¹ Ebd., S. 36.

¹⁶² „Um den Linienwall herum. Die Arbeiter in den Märztagen“, in: AZ, 11.3.1928.

Während es die *Arbeiterzeitung* in ihrem Artikel über die Arbeiter 1848 bei der historischen Betrachtung beließ, äußerte sich Körner zur Strategiefolge der Gegenwart. In der 48er-Revolution habe die Arbeiterschaft gelernt, dass niemand ihr helfe und dass sie sich selbst helfen müsse, und später dann den „Klassenkampf organisiert“. Heute seien, wie schon der späte Engels geurteilt habe, Barrikadenkämpfe ein veraltetes Kampfmittel:

„Wir, ‚die Revolutionäre‘, die ‚Umstürzler‘ gedeihen weit besser bei den gesetzlichen Mitteln als bei dem ungesetzlichen und dem Umsturz. Die Ordnungsparteien, wie sie sich nennen, gehen zugrunde an den von ihnen selbst geschaffenen Zuständen. Und wenn wir nicht so wahnsinnig sind, ihnen zu Gefallen uns in den Straßenkampf treiben zu lassen, dann bleibt ihnen zuletzt nichts anderes übrig, als selbst diese ihnen fatale Gesetzlichkeit zu durchbrechen.“

Genau aus diesem Grund gebe es aber den Schutzbund; seine Aufgabe sei es, der Bourgeoisie den gewaltsamen Ausweg zu versperren und die Republik zu bewahren.

„Denn wir glauben an Engels' Prophezeiung von 1884: ‚Und doch bleibt die demokratische Republik immer die letzte Form der Bourgeoisie: die, in der sie kaputt geht.‘“¹⁶³

Weil 1928 wie schon 1926 an der Wiener Universität die Märzfeier verboten worden war, verzweifelten die sozialdemokratischen Publikationen erneut an dem Verhalten der Hochschule und der Studenten gegenüber der Märztradition. Die *Arbeiterzeitung* druckte anonym die Zuschrift eines „hochangesehenen“ Wiener Gelehrten ab. In dieser wurde daran erinnert, dass bis in die 1880er-Jahre die Wiener Universität den Idealen von 1848 treu geblieben sei. Besonders der „Leseverein der deutschen Studenten“, aus dem hervorragende Männer wie Victor Adler, Heinrich Friedjung und Pernerstorfer hervorgegangen seien, habe deutschnationale und demokratische Gesinnung miteinander verbunden.

Die Studenten und Professoren der Universität hätten dem aus dem Exil in Amerika zurückgekehrten Theologen Anton Fuster, dem „Feldkaplan“ der Akademischen Legion von 1848, mit finanzieller Unterstützung das Überleben ermöglicht. Das Begräbnis Fusters sei eine bewegende gemeinsame Kundgebung akademischer, bürgerlicher und proletarischer Kreise gewesen – teilgenommen hatten auch Victor Adler, Engelbert Pernerstorfer und Georg Ritter von Schönerer. Sofort nach seinem Tod habe die Studentenschaft die Errichtung eines

¹⁶³ Körner, Arbeiter, S. 38. Körner lag mit diesen Ausführungen ganz auf der Linie der Ausführungen Otto Bauers auf dem Linzer Parteitag 1926. Bauer hatte insbesondere die Arbeiterjugend auf dem Parteitag vor Revolutionsromantik gewarnt und Gewalteinsatz nur als Verteidigungsmittel für den Fall gebilligt, dass die Rechte die Demokratie zerstören sollte. Für diesen Fall drohte das Linzer Programm dann allerdings mit dem Einsatz der „Mittel der Diktatur“ durch die Arbeiterklasse als Antwort. Vgl. Protokoll des sozialdemokratischen Parteitages 1926, S. 267 f.; vgl. auch Parteitag 1927, S. 168 f.; Das „Linzer Programm“, in: Klaus Berchtold (Hg.), Österreichische Parteiprogramme 1868–1966, München 1967, 247–264, hier: 253.

Grabdenkmals für Fürster beschlossen, und bei dessen Einweihung habe sich erneut die Gesellschaft eingefunden, die schon zum Begräbnis gekommen war.¹⁶⁴

Im *Schutzbund* widmeten sich 1928 zwei Artikel den Studenten und der Akademischen Legion. Beide Beiträge hoben die Rolle der Studenten in der 48er-Revolution hervor: die 2 000 Studenten, die am 13. März, nachdem Lajos Kossuths Rede an der Universität in deutscher Übersetzung verbreitet worden war, in die Herrengasse zogen, und ihr Kampf auf den Barrikaden im Oktober an der Seite der Arbeiter, der Windischgrätz dazu veranlasste, die Stellung von zwölf Geiseln der Akademischen Legion zu fordern. Damals seien die Studenten für die deutsche Republik als Vorbedingung der „Verwirklichung großdeutscher Ideale“ eingetreten, damals habe eine Einheitsfront zwischen Studenten und Arbeitern unter der schwarz-rot-goldenen Fahne bestanden. Aus dieser Zeit hätten sich in der Studentenschaft der Gegenwart nur noch äußere Formen erhalten.

Der Artikel über die Akademische Legion machte darüber hinaus Werbung für diese. An der Wiener Universität seien sozialistische Studenten, die den Märzfeiertag begehen wollten, mit „Eisenstangen und Gummiknütteln“ angegriffen worden – vermutlich spielte der Artikel auf den Vorfall im Jahr 1921 an. Aber trotzdem sei die Arbeiterschaft auch in die Universität vorgedrungen; Hunderte Arbeiterkinder studierten dort, und Hunderte Studenten und Studentinnen hätten zu ihnen gefunden (nach einem Bericht der *Arbeiterzeitung* waren zehn Prozent der Studenten an der Wiener Universität sozialdemokratisch organisiert).¹⁶⁵ Deshalb gebe es heute die Akademische Legion als eine Abteilung des Schutzbundes an der Universität; wie die 48er-Tradition heute Tradition der Arbeiter sei, so sei die Legion zu einer Wehrorganisation der Arbeiter geworden.

Die Legion habe zwei Aufgaben: zum einen den Schutz der Republik, zum andern die Ermöglichung der Agitation für den Sozialismus an der Universität, an der sie mitten im „roten Wien“ gegen eine Übermacht kämpfe. Das Bildungsprivileg der herrschenden Klassen habe die Universität zu einer Bastion der Reaktion gemacht. Die Universitätsbehörden gingen mit Schikanen und Ausschließungen gegen Funktionäre der sozialistischen Studenten vor, die es wagten, gegen Ungleichbehandlungen zu protestieren. Weil nur die Legion die

¹⁶⁴ „Die Märzgefallene Universität“, in: AZ, 14.3.1928; vgl. Häuser, „Noch sind nicht alle Mäzen vorbei ...“, S. 99 f.

¹⁶⁵ „Die sozialistische Studentenbewegung wächst“, in: AZ, 14.3.1928.

Arbeiterstudenten an der Universität vor Übergriffen schützen könne, müssten alle sozialistischen Studenten auch der Legion beitreten.¹⁶⁶

Die Märzfeiern der Sozialdemokraten nahmen 1928 in Wien großen Umfang an; in den Wiener Bezirken fanden „künstlerische Märzfeiern“ statt, zumeist mit einer Rede, Rezitationen und Chorgesang, und als Redner traten zahlreiche prominente Parteiführer auf: Otto Bauer, Karl Seitz und Otto Glöckel sowie Julius Deutsch, Karl Leuthner und Wilhelm Ellenbogen.¹⁶⁷ Unter der Überschrift „Die Arbeiterjugend ehrt die Märzgefallenen“ berichtete die *Arbeiterzeitung* ausführlich auf der Titelseite über die Märzfeier auf dem Zentralfriedhof – wie im Jubiläumsjahr 1923 wurde die Jugend auch diesmal ganz besonders in den Vordergrund gestellt.

Während die andern Teilnehmer an der Märzfeier sich direkt am Obelisk versammelten, zogen die Jugendlichen, mehrere Tausend an der Zahl, geschlossen vom Haupttor des Friedhofes dorthin, mehr als zweitausend Schutzbündler, die den Ordnerdienst versahen, standen dabei in militärischer Haltung Spalier. Der Zug wurde angeführt von einer Fahnenkompanie des Schutzbundes, es folgte die rote Fahne der Akademischen Legion, dann hundert Legionäre in Viererreihen, die Wehrtuner und die Jungordner der Bezirksorganisationen und schließlich die Jugendlichen. Viele Kränze mit roten Blumen und roten Schleifen lagen auf dem Sockel des Obelisk: vom Parteivorstand, der Gewerkschaftskommission und der Organisation Wien, dem Republikanischen Schutzbund und der Wiener tschechischen sozialdemokratischen Organisation sowie der sozialistischen Arbeiterjugend und den sozialistischen Studenten. Auch die deutschdemokratischen Studenten hatten einen Kranz mit schwarz-rot-goldener Schleife niedergelegt und bestätigten damit für die *Arbeiterzeitung* nur als Ausnahme die Regel, dass das Bürgertum der 48er-Tradition untreu geworden sei.¹⁶⁸

¹⁶⁶ Die Studenten im Jahre 1848 und heute, in: Der Schutzbund, 5 (1928), Nr. 3, S. 44 f.; P. M., Die Akademische Legion, in: Der Schutzbund, 5 (1928), Nr. 10, S. 156 f. Zudem druckte die Zeitschrift Ludwig August Frankls berühmtes Gedicht „Die Universität“ aus dem Revolutionsjahr ab: „Die Universität“, in: ebd., Nr. 3, S. 45.

¹⁶⁷ Zum Programm der Märzfeiern siehe: „Die künstlerischen Märzfeiern in den Bezirken“, in: AZ, 11.3.1928. Nach einer bei Weidenholzer abgedruckten Statistik über die inhaltliche Verteilung von in Wien von den Sozialdemokraten organisierten Einzelvorträgen erreichte das Sachgebiet „Geschichte“ im Zeitraum 1922 bis 1933 in den Jubiläumsjahren der 48er-Revolution 1928 und 1923 den höchsten (11,1 %) und dritthöchsten (8,5 %) Anteil. Vgl. Weidenholzer, Auf dem Weg zum ‚Neuen Menschen‘, S. 109, 113.

¹⁶⁸ „Die Arbeiterjugend ehrt die Märzgefallenen“, in: AZ, 12.3.1928. Ludwig Brügel erzählte im Jubiläumsjahr in der *Arbeiterzeitung* von der Entstehungsgeschichte des Obelisk und seiner Inschrift. Brügels Schilderung enthielt allerdings gravierende historische Fehler. Ludwig Brügel, „Das Grab der Märzgefallenen. Ein Kampf

Parallel zur Märzfeier auf dem Zentralfriedhof wurden in der Inneren Stadt drei von der Gemeinde Wien gestiftete Gedenktafeln für die 48er-Revolution enthüllt. Anwesend waren viele Gemeinderäte, alle sozialdemokratischen Mitglieder der Bezirksvertretung Innere Stadt, Abteilungen der Gemeindewache und viele Zuschauer. Die erste Tafel war am Mamorhaus am Michaelerplatz gegenüber von der Einfahrt zur Hofburg angebracht worden und erinnerte an den Oberfeuerwerker Johann Pollet, der sich am 13. März 1848 geweigert hatte, mit Kanonen auf Demonstranten vor der Hofburg zu schießen, und sich selbst vor eine feuerbereite Kanone gestellt hatte.¹⁶⁹ Eine zweite Gedenktafel wurde an der Feuerwehrzentrale enthüllt, dem ehemaligen Bürgerlichen Zeughaus, das am 13. März 1848 von Arbeitern gestürmt worden war und wo die Nationalgarde dann ihr Hauptquartier gehabt hatte, und die dritte am alten Rathaus, wo 1848 im Mai der vom Volk gewählte Sicherheitsausschuss zusammengetreten war.¹⁷⁰

Am Abend dieses Tages hielt die sozialistische Arbeiterjugend im großen Sophiensaal eine Märzfeier ab, auf der Julius Deutsch die Gedenkrede hielt und zwei Sprechchorwerke, beide Requiems, zur Aufführung gebracht wurden.¹⁷¹ Eine Woche später folgte die Märzfeier der Roten Falken in Ottakring. Zweitausend Jungen und Mädchen wurde mit Untermalung durch Musik und Lichtbilder von historischen Stichen von den Märztagen erzählt, anschließend noch ein russischer mit „Freiheitsideologie durchtränkter“ Abenteuerfilm, gezeigt.¹⁷² Auch der Republikanische Schutzbund veranstaltete eine eigene Märzfeier im Sophiensaal, auf der die „Sozialistische Veranstaltungsgruppe“ mit einem Spiel „1848–1928. Achtzig Jahre Märzrevolution“ auftrat. Das Spiel warf dem Bürgertum einmal mehr Abfall von der 48er-Tradition vor. Die Darstellung der Ereignisse 1848 zeigte die Paulskirche als ein permanent Resolutionen beschließendes Gremium ohne Einfluss auf und Verbindung zu den eigentlichen Ereignissen des Revolutionsjahres.¹⁷³

um die Inschrift“, in: AZ, 18.3.1928; vgl. Häusler, Die Wiener ‚Märzgefallenen‘ und ihr Denkmal, S. 261–264, 266; ders., ‚Noch sind nicht alle Märzen vorbei ...‘, S. 94–99.

¹⁶⁹ Das Gedenken an den Feuerwerker Pollet hatte die Züge einer Legende, weil er am 13. März 1848 *nicht* aus besonderer Bürgerfreundlichkeit das Abfeuern der Kanonen unterbunden hatte, sondern weil der Erzherzog Maximilian d’Este, der das Abfeuern der Kanonen gefordert hatte, *nicht* befehlsbefugt war. Pollet hat später als Artillerist gegen die Revolution in Prag und Ungarn gekämpft. Vgl. Häusler, ‚Was kommt heran mit kühnem Gange?‘, S. 48.

¹⁷⁰ „Die Enthüllung der Gedenktafeln“, in: AZ, 12.3.1928; vgl. Höbelt, 1848, S. 59. Auch der reichsdeutsche *Vorwärts* hat mit einigen Tagen Verspätung die Enthüllung der Gedenktafeln in Wien gemeldet. Das stellt im Untersuchungszeitraum eine Ausnahme dar. Ansonsten wurde das Revolutionsgedenken in Wien und Berlin kaum wechselseitig wahrgenommen. „März-Gedenktafeln in Wien. Am Revolutionstag enthüllt“, in: Vorwärts, 21.3.1928, MA; dagegen schon am 13. März: „Märzfeier in Wien“, in: Leipziger Volkszeitung, 13.3.1928.

¹⁷¹ „Die künstlerische Märzfeier der Arbeiterjugend“, in: AZ, 12.3.1928.

¹⁷² M. P., „Noch sind nicht alle Märzen vorbei! Wie die Roten Falken 1848 feiern“, in: AZ, 20.3.1928.

¹⁷³ „1848–1928. Die Märzfeier des Republikanischen Schutzbundes“, in: AZ, 15.3.1928; „Die Märzfeier des Republikanischen Schutzbundes“, in: AZ, 16.3.1928.

Im Jubiläumsjahr 1928 berichtete die *Arbeiterzeitung* ausnahmsweise auch einmal von Märzfeiern der Sozialdemokratie außerhalb Wiens: Erwähnt wurden drei Märzfeiern, allesamt in Niederösterreich, in Wiener-Neustadt, in St. Pölten und die, wie es hieß, „alljährliche“ in Pottendorf. Sowohl in Wiener-Neustadt als auch in Pottendorf wurde im Rahmen der Feier das Grab eines 1848 gefallenen Studenten aufgesucht.¹⁷⁴

Die *Arbeiterzeitung* brachte in der Ersten Republik nur sporadisch eine Kurzmeldung über die Märzfeiern in Berlin und abgesehen von den Artikeln aus Anlass der Paulskirchenfeier 1923 auch nie historische Artikel über das Revolutionsgeschehen 1848 in den Gebieten des späteren Deutschen Reiches.¹⁷⁵ Mit wenigen Ausnahmen galt dies auch für den *Schutzbund*.¹⁷⁶ Dagegen nahm die österreichische Sozialdemokratie in den Jahren 1927 und 1928 etwas ausführlicher Notiz von dem Umgang mit der 48er-Tradition in Ungarn.¹⁷⁷ Sie empörte sich darüber, dass das autoritäre Regime des Reichsverwesers Horthy, das mit dem demokratischen Erbe von 1848 nicht viel im Sinne und 1926 das Magnatenhaus als zweite Kammer des Parlaments restauriert hatte, sich seit dem Herbst 1927 auf die in Ungarn sehr starke 48er-Tradition berief, indem es dem Revolutionshelden Lajos Kossuth vor dem Parlament in Budapest ein Denkmal setzte und den 15. März, den Tag der Märzrevolution in Pest, zum Staatsfeiertag bestimmte. Die Empörung der österreichischen Sozialdemokraten war so groß, weil sie in der Restauration des Magnatenhauses, in dem treu ergebene Anhänger der Habsburger und sogar Angehörige der Dynastie selbst vertreten waren, die Gefahr der Restauration der Habsburger beschworen sahen.¹⁷⁸

Am 15. März 1928 ging die *Arbeiterzeitung* ausführlich auf die Geschichtspolitik mit 1848 in Ungarn ein. Zunächst erinnerte sie an die Vorgänge in Ungarn im Revolutionsjahr. Studenten,

¹⁷⁴ „Die Feier in Wiener-Neustadt“, in: AZ, 12.3.1928; „Märzfeiern in Niederösterreich“, in: AZ, 14.3.1928. Neben den bereits erwähnten brachte die *Arbeiterzeitung* aus Anlass des Jubiläums der Märzkämpfe eine Vielzahl von historischen Artikeln: einer widmete sich den Vorgängen des 13. März in der Inneren Stadt, ein weiterer der Rolle der Frauen in der Revolution und noch ein anderer den Zeitungen in den Märztagen. Außerdem druckte das Blatt zwei literarische Texte: die Ouverture „1848“ aus dem Drama „Lassalle“ von Ernst Fischer und Auszüge aus Hoffmann von Fallerslebens „Das Parlament zu Schnappel“. Hans Bujak, „Die Märzgefallenen. Kämpfer und Passanten der Revolution“, Marianne Pollak, „Barrikadenbräute. Wiener Frauen im Sturmjahr 1848“, „Die Märztage im Spiegel der Zeitungen. Berichte einer geknebelten Presse“, Ernst Fischer „1848. Ouverture zu einem Drama ‚Lassalle‘“, „Das Parlament zu Schnappel“, alle in: AZ, 11.3.1928.

¹⁷⁵ „Die bürgerlichen Republikaner“, in: AZ, 17.3.1923; „Die Märzfeier in Berlin“, in: AZ, 19.3.1923; „Märzfeier in Berlin“, 19.3.1925; „Die Märzfeier in Berlin“, in: AZ, 18.3.1928.

¹⁷⁶ Friedrich Engels der General, in: Der Schutzbund, 5 (1928), Nr. 4, S. 72-75.

¹⁷⁷ Zur Geschichtspolitik mit 1848 in Ungarn vgl. Gergely, Im Mittelpunkt aller Traditionen. Ungarn und sein 1848, S. 159-169; Péter Hanák, Die Parallelaktion von 1898. Fünfzig Jahre ungarische Revolution und fünfzigjähriges Regierungsjubiläum Franz Josephs, in: Österreichische Osthefte, 27 (1985), S. 366-380.

¹⁷⁸ Karl Heinz, Die Sicherheit der Republik, in: Der Schutzbund, 4 (1927), Nr. 1, S. 3 f., hier: 3; auch: ders., Die erste Etappe, in: ebd., 7 (1930), Nr. 1, S. 1-6, hier: 6; Rudolf Löw, Bedroht Habsburg die Republik?, in: ebd., 8 (1931), Nr. 10, S. 5-7.

Literaten, Arbeiter und Kleinbürger drangen am 15. März 1848 in die Setzerei in Pest ein und druckten die Zwölf Punkte, das Freiheitsprogramm der bürgerlichen Revolution, und ein Kampfgedicht von Sándor Petöfi. Dieses Programm Kossuths war, wenn auch im Ton leidenschaftlich, in der Sache gemäßigt; es lief auf die verfassungsmäßige und parlamentarische Herrschaft des mittleren Adels hinaus. Dank der übertriebenen Nachrichten über den Aufstand in Pest, die den sich den Forderungen widsetzenden ständischen Reichstag in Pressburg erreichten, gelang es Kossuth, die Forderungen durchzusetzen. Aber die historische Weihe hätten Kossuth und die ungarische Revolution erst durch ihren Widerstand gegen die vereinten Heere der Habsburger und des Zaren erworben. Damals sei der Kossuth-Mythos entstanden, des Befreiers der Bauern, des Vorkämpfers der Demokratie und des Umstürzers des Habsburgerthrones.

Weder Österreich noch Deutschland hätten ihren Märztag zum Staatsfeiertag erhoben, nur das weißgardistische Ungarn, dessen Führungsfiguren die Nachfolger Windischgrätz' und Haynaus seien.¹⁷⁹ Dieses Regime habe den 15. März zum Staatsfeiertag erhoben, obwohl von diesem Tag eine gerade Linie zum 13. April 1849 führe, dem Tag, an dem der nach Debreczin geflüchtete Reichstag die Absetzung der Habsburger und die Unabhängigkeit Ungarns beschloss und die Bauern zum „heiligen Krieg“ gegen die Konterrevolution aufrief. Wer heute in Ungarn den Mut hätte, die Reden Kossuths und die Gedichte Petöfis zu verlesen, würde ins Gefängnis geworfen werden.

Ungarn sei das einzige Land, das an der Restauration der Habsburger arbeite, wovon es nur durch die Androhung einer Invasion auswärtiger Mächte habe abgehalten werden können. In Paris, Berlin und Wien seien die Forderungen von 1848, Demokratie und Republik, Wirklichkeit. In Ungarn seien Presse- und Versammlungsfreiheit, Bauernbefreiung, Schwurgerichte sowie Demokratie, allgemeines Wahlrecht und Republik noch nicht verwirklicht – „für Ungarn ist 1848 nicht eine stolze und große Erinnerung, sondern eine ferne Verheißung!“ Das ungarische Regime plane einen konterrevolutionären Krieg; da es für diesen alle nationalen Kräfte bündeln müsse, versuche es die demokratischen Kräfte im Lande

¹⁷⁹ General Julius von Haynau wurde im Anschluss an die Niederschlagung der Revolution in Ungarn die Verantwortung für die Militärgerichtsbarkeit, das „Blutgericht von Arad“ am 6. Oktober 1849, übertragen. Helmut Rumpler urteilt: Haynau sei „wahrlich ein ‚Schlächter‘“ gewesen. Rumpler, *Eine Chance für Mitteleuropa*, S. 317 f.; vgl. Winkler, *Geschichte des Westens*, S. 633; Heer, *Der Kampf um die österreichische Identität*, S. 203.

durch die Berufung auf 1848 zu täuschen.¹⁸⁰ Wenige Tage später meldete die Zeitung, dass die ungarischen Sozialdemokraten ihre Märzfeier am Petöfi-Denkmal ungestört hatten abhalten können, dass aber eine große Kundgebung in der Nähe des Nationaltheaters, auf der die Teilnehmer die Republik hochleben ließen, von der Polizei mit Gewalt aufgelöst wurde.¹⁸¹

Das zehnte Deutsche Sängerbundesfest in Wien 1928

Im Sommer 1928 sah Wien die größte Anschlusskundgebung der Ersten Republik, das zehnte Deutsche Sängerbundesfest des Deutschen Sängerbundes vom 19. bis zum 23. Juli, das zweihunderttausend Gäste nach Wien führte.¹⁸² Das Fest, das, obwohl der Deutsche Sängerbund der Zusammenschluss der bürgerlichen Gesangsvereine war, von der sozialdemokratisch regierten Gemeinde Wien finanziell unterstützt wurde und zu dem deutsche Gesangsvereine aus aller Welt kamen, war ausdrücklich zugleich Schubert- und Anschlussfeier. Der Präsident des Sängerbundes, Friedrich List, war ein Vorstandsmitglied des Deutsch-Österreichischen Volksbundes. Von offizieller reichsdeutscher Seite waren mit Reichsinnenminister Carl Severing und Reichstagspräsident Paul Löbe zwei Sozialdemokraten vertreten.¹⁸³

Die *Arbeiterzeitung* sah das Fest, weil es eine Anschlusskundgebung war, mit recht großem Wohlwollen, mokierte sich jedoch über verschiedene Verhaltensweisen „der Kleinbürger“, was ihr heftige Kritik der bürgerlichen Wiener Presse eintrug.¹⁸⁴ Der Leitartikel aus Anlass der Feier erklärte, die Geschichte der Gesangsvereine spiegle die Geschichte des deutschen Kleinbürgertums, das 1871 vor den Hohenzollern kapituliert habe. Heute hätten die Ideale der

¹⁸⁰ „Die richtige ungarische Revolutionsfeier. Kossuth und die falschen ‚Kossuth-Pilger‘“, in: AZ, 15.3.1928; auch schon im Vorjahr: „Die Kossuth-Feier der Freiheitshenker. Die Kirche fehlt – die Habsburger feiern mit!“, in: AZ, 8.11.1927.

¹⁸¹ „Hochrufe auf die Republik in Ungarn. Märzfeier der Sozialdemokraten“, in: AZ, 19.3.1928; zur Kossuth-Feier der Sozialdemokratie in Budapest im Vorjahr siehe: „Die Kossuth-Feier der Budapester Arbeiterschaft. Das Erstarken der republikanischen Bewegung“, in: AZ, 15.11.1927; und zur Märzkundgebung der ungarischen Sozialdemokratie 1929: „Märzkundgebung in Budapest“, in: AZ, 18.3.1929; „Die Märzfeier mit Säbelhieben“, in: AZ, 19.3.1929.

¹⁸² Zum Sängerfest siehe: Gabriele Johanna Eder, Wiener Musikfeste. Zwischen 1918 und 1938. Ein Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung (=Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte, Bd. 6), Wien/Salzburg 1991, S. 155-200, hier: 197; Ernst Schlicht, Das X. deutsche Sängerfest in Wien, 19. bis 23. Juli 1928, in: Der Heimatdienst. Mitteilungsblatt der Reichszentrale für Heimatdienst, 8 (1928), S. 241-243; auch: Brancato, German Social Democrats, S. 90.

¹⁸³ Vgl. Eder, Wiener Musikfeste, S. 159 f., 176; Suval, The Anschluss Question, S. 96. Im Deutschen Reich wurde der Auftritt Löbes anschließend von den *Sozialistischen Monatsheften* scharf kritisiert. Ludwig Quessel, Europa und der Anschluss Österreichs an Deutschland, in: Sozialistische Monatshefte, 34 (1928), II, S. 658-662, hier: 659, 661.

¹⁸⁴ „Das Sängerfest“, in: AZ, 20.7.1928; „Rund um die Sängerhalle. Bilder vom Sängerfest“, in: AZ, 21.7.1928; „Das Sängerfest. Zweihunderttausend und zwei Millionen“, in: AZ, 22.7.1928; „Klassenkampf bis in das Sängerfest. Eine seltsame Begrüßung der Gäste durch das sozialdemokratische Organ“, in: NFP, 21.7.1928.

Kaiserzeit nicht länger Bestand, das Kleinbürgertum sei auf der Suche nach neuen nationalen Idealen:

„Wenn es nun in dem alten deutschen Wien weilt, wenn es mit Schuberts Liedern den Anteil Deutschösterreichs an der Kultur des deutschen Volkes feiert, so wird sein Fest von selbst zur Kundgebung für die deutsche Einheit, für den Anschluss Deutschösterreichs an das Deutsche Reich.“

Damit habe das Kleinbürgertum eine Idee des Proletariats übernommen, das schon immer verstanden habe, dass nur die Republik Deutschland einen könne. Für diesen Gedanken hätten im Oktober 1848 die Wiener Arbeiter auf den Barrikaden geblutet, und wegen dieses republikanischen Gedankens hätte sich in den 1860er-Jahren die deutsche Arbeiterbewegung geführt von Bebel und Liebknecht von dem vor den Habsburgern und Hohenzollern kapitulierenden Bürgertum getrennt. Dieser Gedanke sei in der Arbeiterbewegung auch zwischen 1871 und 1918 „nie ganz erstorben“. Wenn das Kleinbürgertum den Anschlussgedanken übernehme, dann sei das der Beweis, dass die Geschichte selbst kein anderes nationales Ideal mehr zulasse als das der Republikaner, das die Arbeiterschaft über Jahrzehnte allein getragen habe. Trotz aller Rückschläge nach 1918 sei das Kleinbürgertum, die alte Stütze des Obrigkeitsstaates, der Junker und der Bourgeoisie, somit unter den Einfluss der Arbeiterklasse geraten.

Weil sie in der Feier eine des eigenen Ideals sehe, freue sich die deutschösterreichische Sozialdemokratie über die „mächtigste unter allen Anschlusskundgebungen“. Der Anschlussgedanke könne gegen feindliche Mächte nur durchgesetzt werden, wenn er im „ganzen Deutschen Volk“ wachgehalten werde. Allerdings sei er mit Singen allein auch nicht zu erfüllen. Da das Erringen des Anschlusses durch das Mittel des Krieges abzulehnen sei, bleibe als einziger Weg die Überwindung der imperialistischen Regierungen der großen europäischen Länder, voran Frankreichs und Italiens, durch den Sozialismus. Diese Erkenntnis unterscheide die Sozialdemokratie vom Kleinbürgertum, das diesen Weg nicht sehe und nicht sehen könne. Die Sozialdemokratie verknüpfe die nationale Idee des Anschlusses mit der internationalen der Befreiung der Arbeiterklasse. Deshalb folge am 5. August in Wien zum sechzigsten Jubiläum des ersten Absingens des „Liedes der Arbeit“ ein eigenes Sängerfest des Proletariats.¹⁸⁵

¹⁸⁵ „Sängerfeste“, in: AZ, 20.7.1928. Ganz ähnlich schon die Argumentation von Otto Bauer ein Jahr zuvor: Wandlungen und Probleme der Anschlusspolitik, in: Der Kampf, 20 (1927), S. 297-302.

Wegen der Reaktionen im Ausland auf das Sängerfest – die französische Bourgeoisiepresse, die faschistische Italiens und die nationalistische in der Tschechoslowakei würden sich seit Tagen über die „alldeutsche Revanchekundgebung“ erregen – ging die *Arbeiterzeitung* in einem weiteren Leitartikel auf den Anschlussgedanken ein.¹⁸⁶ Das Blatt betonte, das Fest habe den Charakter einer friedlichen Anschlusskundgebung angenommen und gezeigt, dass der Anschluss die „innere Angelegenheit der Massen“ geworden sei. Ohne politische Absicht habe die Veranstaltung die moralische Macht einer von Millionen Menschen erhobenen Forderung erwiesen. In Paris und Prag mache man sich nicht bewusst, dass der Anschlussgedanke, wie die Feier erwiesen habe, mit der Ablehnung des monarchistischen Deutschlands verbunden sei. Weil bei der Massenversammlung das „republikanische Bewusstsein“ über „manche Fahnen und Abzeichen“ siegreich gewesen sei, habe die nationalistische Presse im Reich so zurückhaltend von der Feier berichtet.

Der Anschluss sei die denkbar stärkste Absicherung gegen die „Wiederkehr des revanchelüsternen, friedensstörenden schwarz-weiß-roten Hohenzollerndeutschland“. Hindenburg wäre nie zum Reichspräsidenten gewählt worden, wenn Österreich schon zu Deutschland gehört hätte. Auf dem Sängerfest, bei dem sich die „Scheidelinien“ verwischt hätten, habe sich die Verbreitung des Anschlussgedankens in breiten bürgerlichen Schichten gezeigt, durch den auch „demokratische und republikanische Ideologie“ dort Eingang finde.

Wie schon im ersten Leitartikel zum Sängerfest argumentierte das Zentralorgan erneut, bei der Verwirklichung des Gedankens schieden sich allerdings die Geister. Während das Proletariat eine Vorstellung von den Mitteln zur Erreichung des Zieles habe, sei die Bourgeoisie in der Anschlussfrage völlig opportunistisch und orientiere sich an der Wirtschaftslage; sie trete erst für den Anschluss ein, seitdem das Deutsche Reich wirtschaftlich so viel besser dastehe als Österreich. Dagegen befürworte die Sozialdemokratie den Anschluss aus der Erkenntnis des historischen Entwicklungsgesetzes von der Vereinheitlichung der Völker in selbstständigen Staaten. Schon das ganze 19. Jahrhundert sei die Geschichte der Entstehung der Nationalstaaten und nach dem Ersten Weltkrieg habe sich diese Entwicklung beschleunigt – nur den Deutschen werde die Selbstbestimmung verweigert.¹⁸⁷

¹⁸⁶ Es hat im Ausland allerdings auch wenige abweichende Stimmen gegeben. Léon Blum verteidigte in einem Artikel im sozialistischen *Populaire* die Anschlussidee, ebenso der liberale *Manchester Guardian* in Großbritannien. Vgl. Eder, Wiener Musikfeste, S. 198-200.

¹⁸⁷ „Der Anschluss“, in: AZ, 26.7.1928. Die scharfen Reaktionen im Ausland auf das Wiener Sängerbundesfest 1928 haben im Deutschen Reich Gustav Radbruch wenig später auf der offiziellen Veranstaltung der

Das 80. Jubiläum der Wiener Revolution vom Oktober 1848

Als sich Ende Oktober 1928 die Niederschlagung der Wiener Revolution von 1848 – das Militär verzeichnete damals 189 tote Soldaten und über 800 Verletzte, die zeitgenössischen Schätzungen von 2 000 Toten aufseiten der Revolutionäre und Zivilisten hält der Historiker Wolfgang Häusler für eher zu niedrig angesetzt – zum 80. Mal jährte, knüpfte die *Arbeiterzeitung* im Ton gegenüber dem Bürgertum nahtlos an den des Märzgedenkens dieses Jahres an und nicht an den, den sie während des Sängerfestes angeschlagen hatte.¹⁸⁸ Konkreter Hintergrund war der Heimwehraufmarsch in Wiener Neustadt am 7. Oktober 1928, den der Historiker Adam Wandruszka als eine „Art von angesagtem Bürgerkrieg“ bezeichnet hat.

Schon seit einiger Zeit hatte die von Bundeskanzler Seipel geförderte Heimwehr die Sozialdemokratie mit Aufmärschen zu provozieren versucht. Aber der große Aufmarsch in Wiener Neustadt, einer absoluten Hochburg der Sozialdemokraten, bedeutete unzweideutig eine neue Eskalationsstufe im Vorgehen der Heimwehren.¹⁸⁹ Ein Teil der Erklärung für die Rückkehr zu der scharfen Tonlage dürfte aber auch gewesen sein, dass innerhalb Österreichs die Sozialdemokratie ganz auf Konfrontation mit dem Bürgertum eingestellt war und einzig der Anschluss einen Ausbruch aus dieser Konstellation zu bieten schien. Selbstredend hätte der Vollzug des Anschlusses aus Sicht der österreichischen Sozialdemokratie nicht das Ende des Klassenkampfes bedeutet, ihm vielmehr einen ungleich besseren Kampfboden geboten.

Die Schärfe der Konfrontation zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie in Österreich hatte jedoch viel mit der krisenhaften Wirtschaftsentwicklung in der Ersten Republik zu tun – dessen war man sich bei den Sozialdemokraten durchaus bewusst, und in dieser Hinsicht versprach der Anschluss an das sich seit der Überwindung der Hyperinflation wirtschaftlich günstiger entwickelnde Deutsche Reich Besserung. Im Dezember 1927 hatte der Redakteur

Reichsregierung zum Verfassungstag nicht davon abhalten können, in einer ausgesprochen nationalistischen Rede ein Bekenntnis zum Anschluss abzulegen – dies führte zu erneuter Empörung in Frankreich. Radbruch, Rede auf der Feier der Reichsregierung am 11.8.1928 in Berlin, in: Ralf Poscher (Hg.), *Der Verfassungstag. Reden deutscher Gelehrter zur Feier der Weimarer Reichsverfassung*, Baden-Baden 1999, S. 81-87, hier: 86 f.; vgl. Brancato, *German Social Democrats*, S. 83. In seiner Autobiografie hat Radbruch später geurteilt, es sei der Fehler der Weimarer Sozialdemokratie gewesen, zu ihrer nationalen Haltung, die sich in der Rettung Deutschlands geäußert habe, *nicht* die entsprechende „nationale Begleitmusik“ gemacht zu haben. Vgl. Gustav Radbruch, *Der innere Weg. Aufriss meines Lebens*, in: ders., *Gesamtausgabe*, hg. v. Arthur Kaufmann, Bd. 16: *Biographische Schriften*, bearb. v. Günter Spindel, Heidelberg 1998, S. 167-297, hier: 274.

¹⁸⁸ Vgl. Häusler, *Revolution 1848 und die Anfänge der österreichischen Arbeiterbewegung*, S. 20; ders., *Von der Massenarmut zur Arbeiterbewegung*, S. 395 f.; Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution*, Bd. 2, S. 220.

¹⁸⁹ Vgl. Wandruszka, *Das „nationale Lager“*, S. 298; zur Unterstützung der Heimwehren durch Seipel: Leser, *Zwischen Reformismus und Bolschewismus*, S. 413 f.

des *Schutzbunds*, Karl Heinz, geschrieben, dass der eigentliche Grund für die Heftigkeit der Auseinandersetzung zwischen Proletariat und Bourgeoisie der Mieterschutz, der auf eine schleichende Enteignung des Hausbesitzes hinauslief, und die Wiener Breitner-Steuern, die speziell das Bürgertum treffenden Steuern der Gemeinde Wien, seien. Die Härte, mit der die Sozialdemokratie für den Mieterschutz und die Breitner-Steuern eintrete, erkläre sich *nicht* aus grundsätzlichen sozialdemokratischen Überzeugungen, sondern aus der außerordentlichen wirtschaftlichen Lage, die den größtmöglichen Schutz der Interessen der arbeitenden Bevölkerung erfordere. Nur der Anschluss könne eine Änderung dieser Politik ermöglichen und rechtfertigen.¹⁹⁰

Der Leitartikel der *Arbeiterzeitung* aus Anlass des Gedenktags der Niederschlagung der Wiener Revolution 1848 war eine Erklärung an die Adresse des Bürgertums, dass die Arbeiterschaft ihre Errungenschaften unter allen Umständen verteidigen werde. Zunächst erzählte der Artikel vom Ende der Revolution: Am 31. Oktober 1848, als die letzten Arbeiter und Studenten die Barrikaden verließen, zogen die Panduren des „Kroatengenerals Jellachich“ in Wien ein und behandelten die Vorstädte wie „Feindesland“. Es folgten die standrechtlichen Erschießungen in den Tagen danach, durch die Dutzende Arbeiter und Kleinbürger ihr Leben ließen. Die Niederschlagung der Wiener Revolution war der entscheidende Sieg der Konterrevolution, zwar kämpften Baden und Ungarn noch eine Zeit lang weiter, aber der Revolution war bereits die Spitze gebrochen.

Der Niederschlagung der Revolution sei erst die Zeit schlimmster Reaktion gefolgt, dann die Zeit des Kompromisses; die Bourgeoisie sei stark genug gewesen, in Deutschland und in Österreich ihre wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen. Über diesen Kompromiss mit Kaiser, Adel und Bürokratie sei das Bürgertum „feist und dreist“ geworden; im Reich habe es „imperialistische Machtträume“ entwickelt, in Österreich sei es zum willigen Handlanger der Habsburger bei der Unterdrückung der nicht deutschen Nationen geworden. Bei Kriegsende habe die Zeit der bürgerlichen Freiheit und der großdeutschen Republik, für die 1848 gekämpft worden sei, anzubrechen geschienen, doch sei das Bürgertum wegen seiner Mitschuld an den „Sünden des alten Österreich“ handlungsunfähig gewesen und habe den Anschluss an die großdeutsche Republik verraten. Deshalb sei es an der Arbeiterschaft gewesen, das Vermächtnis von 1848 zu erfüllen.

¹⁹⁰ Karl Heinz, Die Partei der Demokratie, in: Der Schutzbund, 4 (1927), Nr. 12, S. 177-180, hier: 178; zum Mieterschutz vgl. Bauer, Die österreichische Revolution, S. 756.

Die Arbeiter hätten dem freilich ihre eigenen sozialen Forderungen hinzugefügt, von denen aber 1918 nur wenig hätte verwirklicht werden können. Gegen dieses Wenige kämpfte die Bourgeoisie:

„Das ganze österreichische Bürgertum hat sich zum Kampfe gegen die Arbeiterklasse vereinigt. Kein Mittel ist ihm zu schlecht, um die Kraft der Arbeiter in den Betrieben zu brechen, die Sozialgesetzgebung abzubauen, den Mieterschutz zu beseitigen. [...] 1848 kannten die Windischgrätz keine Milde mit allem, dem der ‚Ludergeruch‘ der Revolution anhaftete. 1928 kennen die Seipel keine Milde beim Wegräumen des ‚revolutionären Schuttes‘!“

Dem Bürgertum warf der Leitartikel vor, mit dem Rechtsstaat zu brechen und mit der Gewalt und dem Faschismus zu kokettieren. Die österreichische Sozialdemokratie, die aus „dem Blute der Taten des Oktober erwuchs“, werde die Positionen, die sie 1918 errungen habe und die ihr nun wieder genommen werden sollten, verteidigen:

„Und wieder, wie im Oktober 1848, stehen die Arbeiter zur Verteidigung auf den Wällen des roten Wien. [...] Wuchtige Wohnhausbauten stehen heute an der Stelle, wo Windischgrätz die Wiener Revolutionäre erschießen ließ. Stolz weht die rote Fahne über den Gräbern der Toten von 1848. Und sie wird weiter siegreich wehen!“¹⁹¹

Revolutionsgedenken 1929–1932

Bei den Märzfeiern in den Folgejahren bis einschließlich 1932 richtete sich die Gedenkrede auch jedes Mal gegen das Bürgertum und erreichte mit dem Vorwurf an dessen Adresse, mit faschistischen Methoden zu operieren, in der Rhetorik meist eine ähnliche Schärfe wie im Jahr 1928, als die erste Märzfeier nach dem Justizpalastbrand stattfand. Jedoch unterblieben bis auf das Jahr 1930 – im Herbst 1929 bereitete die Heimwehr mit Seipels Unterstützung offen den Putsch vor – Vergleiche von bürgerlichen Politikern mit Windischgrätz und Jellachich.¹⁹²

¹⁹¹ „Die Toten von 1848“, in: AZ: 1.11.1928; außerdem: Berthold Auerbach, „Der Tod Robert Blums“, in: AZ, 9.11.1928. Angesichts solcher Rhetorik erscheint das Urteil von Ernst Hanisch, der schreibt, die „zarte Pflanze eines demokratisch-republikanischen Grundkonsenses“ in der Ersten Republik sei bisher von der Forschung zu wenig beachtet worden und: „Bis 1928, zur 10-Jahres-Feier der Republik, hatte sich der Grundkonsens eher verbreitert“, als sehr optimistisch. Hanisch, *Das Fest in einer fragmentierten Kultur*, S. 44, 46; skeptisch zur These von Hanisch: Stourzh, *Erschütterung und Konsolidierung des Österreichbewusstseins*, S. 300.

¹⁹² Dazu siehe: „Die Gedenkfeier am Grabe der Märzgefallenen“, in: AZ, 11.3.1929; „Am Grabe der Märzgefallenen“, in: AZ, 10.3.1930; „Die Märzfeier der Wiener Arbeiterschaft“, in: AZ, 17.3.1931; „Gedenktag der Demokratie. Die Märzfeier der Wiener Arbeiterschaft“, in: AZ, 14.3.1932; vgl. Kaufmann, *Sozialdemokratie in Österreich*, S. 246-253.

Auch die Zeitschrift des Republikanischen Schutzbundes brachte in diesen Jahren Artikel, die sich in Gänze oder teilweise mit der Niederschlagung der Revolution in Wien beschäftigten. Allerdings war die Spitze dieser Artikel vor allem gegen die Habsburger gerichtet, auch wenn das Bürgertum entsprechend dem sozialdemokratischen Geschichtsbild kritisiert wurde; Angriffe auf die zeitgenössische Bourgeoisie unterblieben in diesen Artikeln jedoch völlig. Schon 1927 hatte der *Schutzbund* unter der Überschrift „Der Galgen. Habsburgs Regierungsprinzip“ Auszüge aus Gustav Pollatscheks Buch „Habsburger-Legenden“ gebracht.

Wie die Überschrift des Artikels bereits deutlich machte, wurde die Geschichte der Habsburgermonarchie als die Geschichte der Unterdrückung ihrer Völker erzählt. Erinnert wurde an die Rolle des Herzogs von Alba in den Niederlanden, der dort 18 000 Menschen habe hinrichten lassen, die Bezwingung des Protestantismus mit „Galgen und Rad“ durch Ferdinand (gemeint war Kaiser Ferdinand II., D.B.) in Böhmen und Österreich, den permanenten Ausnahmezustand in weiten Teilen der Monarchie im 19. Jahrhundert und vor allem das Vorgehen gegen die tschechischen Legionäre im Ersten Weltkrieg, die sich auf die Seite der Entente geschlagen hatten. Als Etappe dieser Gewaltherrschaft wurde auch das Jahr 1848 erwähnt.¹⁹³

Im Jahr darauf schilderte ein Artikel die brutalen Verhältnisse im kaiserlichen Heer, insbesondere die Zwangsrekrutierung und das drakonische Strafwesen. Während Preußen zur Zeit der Befreiungskriege das Spießrutenlaufen und die Prügel abgeschafft habe, sei dies in Österreich erst in den Jahren 1855 und 1868 geschehen.¹⁹⁴ „Gutmütige oder schwache Naturen“ hätten wahnsinnig unter den Verhältnissen im Heer gelitten, die Mehrheit sei aber zu „harten, wilden, verwegenen Gesellen“ geworden, die auch Gelegenheit gefunden hätten, sich bei brutalen Offizieren zu revanchieren:

„Oder sie rührten keinen Finger zur Errettung ihrer verhassten Vorgesetzten aus einer Gefahr, wie es zum Beispiel im Oktober 1848 geschah, als der Kriegsminister Latour, für die Soldaten

¹⁹³ Gustav Pollatschek, Der Galgen. Habsburgs Regierungsprinzip, in: Der Schutzbund, 4 (1927), Nr. 2, S. 26 f.; vgl. ders., Habsburger-Legenden, Wien 1927; weitere Anti-Habsburger-Polemik: Trauer nach den Idioten, in: ebd., 1 (1924), Nr. 6, S. 3 f.; Karl Heinz, Das Jahr 1848, in: ebd., 5 (1928), Nr. 3, S. 34 f.

¹⁹⁴ Vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 1: Vom Feudalismus des Alten Reiches bis zur Defensiven Modernisierung der Reformära 1700–1815, 3. Aufl., München 1998, S. 469; Johann Christoph Allmayer-Beck, Die Bewaffnete Macht in Staat und Gesellschaft, in: Die Habsburgermonarchie 1848–1918, i. A. d. Kommission f. d. Geschichte der Österreichisch-Ungarischen Monarchie (1848–1918) d. Österreichischen Akademie der Wissenschaften, hg. v. Adam Wandruszka/Peter Urbanitsch, Bd. 5: Die bewaffnete Macht, Wien 1987, S. 1-141, hier: 33, FN 140.

das Symbol aller barbarischen Methoden, vor ihren Augen von einer aufgeregten Volksmenge erschlagen wurde.“

Selbstverständlich seien Truppenkörper vorzugsweise in fremdsprachigen Gebieten eingesetzt worden, um die Kontaktaufnahme mit der lokalen Bevölkerung zu erschweren.¹⁹⁵

Franz Trescher schilderte im Oktober 1930 das Ende der Revolution 1848 in Wien. Als der Kaiser Anfang Oktober 1848 den ungarischen Reichstag auflöste und den gegen den Reichstag kämpfenden Jellachich zu seinem Statthalter ernannte, habe Wien die Absicht der Habsburger, den Kampf gegen die Verfassung, verstanden. Am 6. Oktober verhinderten Wiener den Abmarsch des Grenadierbataillons Richter zur Verstärkung Jellachichs, indem sie den Nordbahnhof besetzten und verbarrikadierten. Der Kommandant des Bataillons befahl den Rückzug nach Florisdorf, aber polnische Truppen stellten sich der Einheit entgegen, um den Abmarsch zu erzwingen. Daraufhin gingen die Grenadiere zum Volk über und schlugen in einem Gefecht gemeinsam mit dem Volk die Polen in die Flucht. Die Bevölkerung Wiens geriet in Aufruhr und eine wütende Menge stürmte das Kriegsministerium und tötete den Kriegsminister Latour. Bis in die Nacht wurde gekämpft, dann zog der Kommandant der Garnison die Truppen aus der Stadt zurück. Das Volk hatte sich im eroberten Zeughaus bewaffnet.

Der Kaiser flüchtete wie schon im Mai erneut, diesmal nach Olmütz, und kündigte von dort der „Anarchie in Wien“ ein Strafgericht an. Windischgrätz mit seinen „fanatisierten tschechischen Regimentern“ und Jellachich „mit den barbarischen Horden seiner kroatischen Grenzer“ wendeten sich nun zusammen mit der Wiener Garnison, insgesamt 70 000 Mann, gegen die Stadt. Angesichts der Übermacht sei das Bürgertum abgefallen und habe massenhaft die Stadt verlassen. Die Verteidigung Wiens blieb den Arbeitern und Studenten überlassen. Allerdings war diese Verteidigung höchst mangelhaft: der gewählte Kommandant Messenhauser erwies sich als Fehlgriff und in der Stadt herrschten, wie schon Marx geschildert hatte, Klassengegensätze und die reine Desorganisation.

¹⁹⁵ Die bewaffnete Macht in Revolution und Konterrevolution, in: Der Schutzbund, 5 (1928), Nr. 11, S. 169-172, hier: 171 f. Die Darstellung, dass Soldaten den Kriegsminister Latour am 6. Oktober 1848 vor der Menge hätten retten können, es aber entgegen der Befehle ihrer Offiziere *nicht* taten, trifft zu. Vgl. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 197. Hanisch schreibt über das österreichisch-ungarische Militär: „Die Selbstmordrate in der k. u. k. Armee war die höchste in Europa. Sie betrug in der Habsburgermonarchie per 10 000 Mann 10,5, in der deutschen Armee nur 2,6.“ Hanisch, Der lange Schatten des Staates, S. 220.

Am 26. Oktober erfolgte der Angriff Windischgrätz'. Zwei Tage später brannten, wie schon im März, die Vororte; diesmal, weil die kaiserlichen Truppen sie in Brand gesteckt hatten. Trotz heldenmütigen Widerstands der Wiener hätten allein die Ungarn sie durch rechtzeitigen Entsatz retten können, diese aber zögerten viel zu lange, erschienen am 29. Oktober mit zu wenig Truppen und wurden von Jellachich bei Schwechat geschlagen. Zwei Tage später zogen die kaiserlichen Truppen in Wien ein – Plünderung sei dabei selbstverständlich gewesen, jedoch sei es auch massenhaft zu „bestialischen Morden und Schändungen“ gekommen.¹⁹⁶ Es folgten Dutzende Todesurteile, und Tausende wurden in den Kerker geworfen. Wenn auch die Barrikadenkämpfe eine veraltete Kampfform seien, so übermittle diese Revolution ihren Erben den „*Enthusiasmus ihrer Kämpfe*“.¹⁹⁷

Der Märztag 1933 stand im Zeichen zweier außerordentlich gefährlicher Entwicklungen: der Etablierung der nationalsozialistischen Diktatur im Deutschen Reich und der akuten Bedrohung der Demokratie in Österreich. Seit dem 4. März bestand in Österreich eine Parlamentskrise, weil alle drei Parlamentspräsidenten zugleich zurückgetreten waren und die Regierung nicht daran interessiert war, die Krise im Sinne der Demokratie zu lösen. Am 7. März war die Regierung zurückgetreten und am selben Tag auf scheinlegaler Grundlage, dem „Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz“ aus dem Ersten Weltkrieg, vom Bundespräsidenten neu ernannt worden.

Zum Märzgedenken auf dem Zentralfriedhof organisierte die Sozialdemokratie erstmals seit der Zeit vor dem Weltkrieg eine Massendemonstration mit Zehntausenden Teilnehmern, die sich gegen die Reaktion in Österreich richtete. Julius Deutsch hielt die Rede, in der er warnte, die Reaktion wolle eine Willkürherrschaft errichten, die Österreich hinter 1848 zurückwerfe.

„Es ist kein Metternich, kein Sedlnitzky mehr, die uns gegenüberstehen, es sind Millimetterniche, die heute Diktator spielen wollen, aber sie sind deswegen nicht weniger gefährlich als die Herren von 1848.“

Für die Versammelten gelobte Deutsch, im Geiste der Märzgefallenen zu kämpfen.¹⁹⁸

¹⁹⁶ Vgl. Blos, Die deutsche Revolution, S. 443.

¹⁹⁷ Franz Trescher, Das Ende einer Revolution, in: Der Kampf, 7 (1930), Nr. 10, S. 12-16; vgl. Heindl, „Hoch, hoch an die Laternen!“ Aus dem Tagebuch der Wiener Oktoberrevolution, S. 128-138; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 195-210.

¹⁹⁸ „Zehntausende demonstrieren am Grab der Märzgefallenen“, in: AZ, 13.3.1933. Der Ausdruck „Millimetterniche“ zielte auf den klein gewachsenen Kanzler Engelbert Dollfuß persönlich. Josef Graf Sedlnitzky war Präsident der Polizei- und Zensurhofstelle im Vormärz und damit verantwortlich für das Zensurwesen. Vgl. Heinrich Ritter von Srbik, Metternich. Der Staatsmann und der Mensch, Bd. 1, München 1925, S. 492-496.

Im Leitartikel zum Märztag stand die Entwicklung im Deutschen Reich im Vordergrund. Er beklagte die „grauenhaften“ Nachrichten von dort über die Verfolgung der Arbeiter und ihrer Vertrauensmänner. Die Entmachtung der Länder im Reich diene nur der Etablierung gleichen Unrechts überall – das sei nicht, was die Freiheitskämpfer von 1848 mit der deutschen Einheit gemeint hätten:

„Das deutsche Zuchthaus Hitlers trennt das Deutsche Reich von den deutschen Volksteilen in den umliegenden Ländern – auch in Deutschösterreich – durch viel höhere Mauern, als Fürstenmacht und Friedensverträge es vermochten. Der Stacheldraht der fascistischen Konzentrationslager reißt Deutsche von Deutschen schärfer auseinander als jemals in vergangener Zeit.“

Durchaus realistisch kam der Artikel zu dem Ergebnis, dass die Ereignisse im Reich allen Schrecken der Vergangenheit verblassen ließen.

„Aber was war die Fürstenwillkür von damals gegen die Despotie einer Naziregierung von heute. [...] Deutschlands tiefste Erniedrigung vor 1848 war nicht so tief wie die Schlammflut der Schmach, die sich heute über Deutschland ergießt.“

Dennoch konnte die Zeitung sich *nicht* mit dem Gedanken anfreunden, die von der entfesselten Gewalt erschreckte reichsdeutsche Bevölkerung könne – dieses Ziel unterstellte sie den Deutschnationalen im Reich – die Monarchie als Retter akzeptieren. Dafür habe man 1848 nicht gekämpft; der Faschismus sei nur eine andere Form der Tyrannenwillkür, und Deutschland werde erst frei sein, wenn die Deutsche Republik gleichermaßen Kaiser, König und Diktatoren „zerschmettert“.

Die Freiheit, im Deutschen Reich bereits beseitigt, war, das musste das Blatt konstatieren, auch in Österreich bedroht: Die Versammlungs- und die Pressefreiheit seien durch Regierungserlass und Notverordnung außer Kraft gesetzt, sodass man sich im Vormärz wiederfinde, und das Parlament sei heute umstritten und sein Wiederezusammentritt bedroht. Die Entscheidung des sozialdemokratischen Parteitags im Herbst 1933, die Anschlussforderung aus dem Parteiprogramm zu streichen, deutete sich bereits in der folgenden Formulierung in dem Leitartikel an:

„Wir senken die schwarz-rot-goldene Fahne, die heute in Deutschland verbrannte und geschändete, in Ehrfurcht vor der Vergangenheit. Wir halten und heben die rote Fahne [...] in festen Händen, die die Zukunft wollen.“

Der Artikel schloss mit dem Schwur, die österreichischen Sozialdemokraten würden aushalten und verhindern, dass jemals in Österreich Verhältnisse wie im Deutschen Reich einträten.¹⁹⁹

Dem aus Anlass der Märzfeier formulierten Anspruch wurde die Sozialdemokratie nur zwei Tage später *nicht* gerecht. Als die Regierung den Wiederezusammentritt des Parlaments am 15. März gewaltsam unterband, hätte die Partei gemäß ihren eigenen Ankündigungen, und wie noch am 13. März beschlossen, zum Generalstreik sowie zur Volkserhebung aufrufen müssen. Sie flüchtete sich jedoch in die Fiktion, die Parlamentssitzung habe doch stattgefunden, weil einige Abgeordnete ins Parlamentsgebäude gelangt waren. Zwar konnte die Parteiführung das Nichthandeln mit außerordentlich widrigen Umständen rechtfertigen, der Massenarbeitslosigkeit infolge der österreichischen Struktur- sowie der Weltwirtschaftskrise und der Lage von Österreich als kleiner demokratischer Republik umgeben von Nachbarn wie dem faschistischen Italien, dem autoritären Ungarn und dem nationalsozialistischen Deutschland, doch bleibt die eklatante Differenz zwischen der eigenen Rhetorik und dem eigenen Handeln. Otto Bauer hat im Rückblick eingestanden, dass das Nichthandeln am 15. März 1933 der größte Fehler der Parteiführung gewesen sei.²⁰⁰

5. Die Großdeutschen und die 48er-Revolution

In den *Wiener Neuesten Nachrichten*, die ab Oktober 1925 als offizielles Organ der Großdeutschen Volkspartei erschienen und zugleich zur bevorzugten Zeitung der deutschösterreichischen Historiker wurden, gab es in der zweiten Hälfte der 20er-Jahre in einem begrenzten Umfang ein Gedenken an die 48er-Revolution. Das hatte nicht zuletzt damit zu tun, dass die Zeitung – *anders* als die Großdeutsche Volkspartei – *nicht* antisemitisch war.²⁰¹

Äußerst aufschlussreich war der Artikel von Paul Molisch, der 1922 ein Buch über die Wiener Akademische Legion 1848 vorgelegt hatte, zum Märzfeiertag 1926 unter dem Titel

¹⁹⁹ „Märztage“, in: AZ, 12.3.1933; vgl. Vernosta, Die österreichische Außenpolitik, S. 132 f.; Siegfried Nasko, Ein ‚deutschösterreichischer‘ Staatsmann? Karl Renners Haltung zur Anschlussidee 1918–1938, in: Gehler (Hg.), Ungleiche Partner?, S. 399–424, hier: 415; List, Die Propaganda des Austromarxismus, S. 96.

²⁰⁰ Vgl. Leser, Zwischen Reformismus und Bolschewismus, S. 464–476; Kaufmann, Sozialdemokratie in Österreich, S. 288 f.

²⁰¹ Vgl. Paupié, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte, Bd. 1, S. 111 f.; Isabella Ackerl, Die Großdeutsche Volkspartei 1920–1934. Versuch einer Parteigeschichte, phil. Diss., Wien 1967, S. 68, 110; Dachs, Österreichische Geschichtswissenschaft und Anschluss, S. 77.

„Die nationale Bedeutung des Jahres 1848“.²⁰² Molischs Ausführungen waren in höchstem Maße defensiv. Zunächst betonte er die große Rolle der Wiener Studenten in der „Umwälzung von 1848“ und belegte das mit dem Zitat eines Paulskirchenabgeordneten, laut dem es die erste deutsche Nationalversammlung ohne die Wiener Studenten *nicht* gegeben hätte.

Dann kam Molisch zum Kern seines Anliegen:

„Wer die Umwälzung von 1848 nicht aus der gegenrevolutionären Stimmung weiter nationaler Kreise in unseren Tagen, sondern aus der Zeit des Sturmjahres heraus beurteilt, wird zugeben müssen, dass die Entfaltung einer nationalen Regung unter dem vormärzlichen Polizeistaat unmöglich war.“

Der Sturz dieses Polizeistaates habe erst das Eintreten für Großdeutschland ermöglicht, das von den Fürsten, wie die historische Erfahrung gezeigt habe, *nicht* zu erwarten war. Molisch berief sich dabei auf den „so wenig im landläufigen Sinne demokratischen Schriftsteller“ Heinrich Claß, den Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, der es als unverlierbares Verdienst der Männer der Paulskirche gerühmt habe, die deutsche nationale Frage aufgerollt zu haben, die seitdem nicht mehr von der Tagesordnung verschwunden sei.²⁰³

Den gegenwärtigen Deutschen, die Großdeutschland immer noch nicht erreicht hätten, stehe es nicht an, geringschätzig über die Paulskirche zu urteilen, die dieses Ziel im ersten Anlauf nicht verwirklicht habe. Als weiteren Grund für die negative Einstellung in deutschnationalen Kreisen gegenüber der 48er-Revolution verwies Molisch auf die Tatsache, dass durch den Sturz des Absolutismus in der Habsburgermonarchie auch die nationalen Bestrebungen der nicht deutschen Völker entfesselt worden waren. Molisch nannte als Ausweg aus dem damaligen Dilemma zwischen dem jede nationale Regung unterdrückenden Absolutismus des Vormärz sowie der Reaktionszeit und der „völligen Auslieferung Österreichs an die Mehrheit seiner nicht deutschen Bevölkerung“ die nationale Föderalisierung des Reiches, wie sie der Deutschböhme Ludwig von Löhrer 1848 gefordert habe.²⁰⁴

Die Regierung der Habsburgermonarchie habe 1849 die nationale Kreiseinteilung des Kremsierer Verfassungsausschusses verworfen. Erst als es zu spät war, im Herbst 1918, habe man auf den Gedanken der nationalen Föderalisierung zurückgegriffen. Molisch gelangte zu

²⁰² Paul Molisch, Die Wiener akademische Legion und ihr Anteil an den Verfassungskämpfen des Jahres 1848. Nebst einer Besprechung der übrigen 48er-Studentenlegionen, Wien 1922.

²⁰³ Vgl. Ackerl, Die Großdeutsche Volkspartei, S. 109.

²⁰⁴ Zu Löhrer vgl. Stephan, Deutsche und Tschechen im Revolutionsjahr, S. 207, 215 f.

dem Fazit, dass das Jahr 1848 vom deutschnationalen Standpunkt aus betrachtet trotz „starker weltbürgerlicher Beimengungen“ wertvolle und grundlegende Ergebnisse gezeitigt habe.²⁰⁵

Im Jahr 1929, als sich die Oktroyierung der Gesamtstaatsverfassung für die Habsburgermonarchie durch Kaiser Franz Joseph und die Regierung Schwarzenberg am 4. März 1849 zum 80. Mal jährte, vertrat August Koberg, Mitglied des tschechoslowakischen Abgeordnetenhauses aus Jägerndorf, einen ähnlichen Standpunkt wie Molisch.²⁰⁶ Die oktroyierte Gesamtstaatsverfassung habe die Entwicklung eines Verfassungslebens um Jahrzehnte zurückgeworfen und die Einigung Mitteleuropas verzögert.

Durch die Gesamtstaatsverfassung für Österreich-Ungarn sei der Eintritt Österreichs in den von der Frankfurter Nationalversammlung vorbereiteten großdeutschen Bundesstaat unmöglich gemacht worden. Die kleindeutsche Lösung sei der einzige Ausweg aus der Situation gewesen, die durch den Erlass der österreichischen Märzverfassung entstanden sei. Wäre der Kremsierer Verfassungsentwurf, der sich nur auf die westliche Reichshälfte bezog, in Kraft getreten, dann hätten sich in der Paulskirche wahrscheinlich die Großdeutschen durchgesetzt und die Geschichte hätte einen anderen Verlauf genommen. Weil sie darum gewusst hätten, hätten sich die Tschechen 1848/49 von den Frankfurter und Kremsierer Beratungen ferngehalten.²⁰⁷

Neben dem Artikel vom Molisch erschien in den *Wiener Neuesten Nachrichten* 1926 ein weiterer Gedenkartikel zum 13. März, in dem insbesondere Ferdinand Freiligrath aus Anlass seines 50. Todestages am 18. März gedacht wurde. Der Artikel behauptete, dass Freiligrath heute ein unbekannter Mann sei; sein Name lebe lediglich in der Literaturgeschichte – auf die österreichische Sozialdemokratie traf das, wie gezeigt wurde, eindeutig *nicht* zu. Freiligrath sei in den schweren Jahren, in denen Europa im Revolutionsfieber lag, den Deutschen, und nicht nur den Deutschen ein „heißgeliebter Führer“ gewesen und seine Gedichte aus dem Revolutionsjahr seien „Meisterwerke revolutionärer Dichtung“. Besonders betont wurde auch, dass Freiligrath während der großen Welle nationaler Begeisterung im deutsch-französischen Krieg 1870 nicht abseitsgestanden habe. Der Artikel urteilte abschließend:

²⁰⁵ Paul Molisch, „Die nationale Bedeutung des Jahres 1848“, in: Wiener Neueste Nachrichten (fortan: WNN), 13.3.1848.

²⁰⁶ Vgl. Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution*, Bd. 2, S. 349.

²⁰⁷ Koberg (Jägerndorf), Mitglied des tschechoslowakischen Abgeordnetenhauses, „Die Märzverfassung“, in: WNN, 3.3.1929.

„Die Revolution des Jahres 1848 aber, deren wir in diesen Märztagen gedenken, spiegelt sich nirgend klarer wider als in den Liedern und Gedichten ihres Sängers Freiligrath, dieses glühenden, wahrhaftigen Dichters und echt deutschen Mannes.“²⁰⁸

Ebenso wie Freiligrath gedachten die *Wiener Neuesten Nachrichten* drei Jahre später auch Karl Schurz an seinem 100. Geburtstag am 2. März 1929. Schurz hatte 1849 an der Reichsverfassungskampagne teilgenommen und aus der eingeschlossenen Festung Rastatt fliehen können, war durch die Befreiung seines akademischen Lehrers, Gottfried Kinkels, der wegen seiner Teilnahme an der Revolution zu lebenslanger Haft verurteilt worden war, 1850 aus dem Zuchthaus in Spandau berühmt geworden und hatte später im amerikanischen Exil eine steile politische Karriere bis zum Senator und Innenminister gemacht. Friedrich Spreen behauptete in seinem ausführlichen Gedenkartikel, dass Schurz nur deshalb nicht amerikanischer Präsident geworden sei, weil er nicht die Anforderung der Verfassung für dieses Amt erfüllte, als amerikanischer Staatsbürger geboren worden zu sein. Besonders hervorgehoben wurden von Spreen auch die Bewunderung und Verehrung des Fürsten Bismarck für den Demokraten Schurz. Bismarck habe zu einem amerikanischen Diplomaten über diesen gesagt: „Als Deutscher bin ich stolz auf den Erfolg von Karl Schurz.“²⁰⁹

Zum 13. März 1927 erinnerte Max Doblinger daran, dass 1848/49 auch Wiener Akademische Legionäre aufseiten der Ungarn gefochten hatten, was in der deutschösterreichischen Literatur nur selten erzählt werde. In diesem Zusammenhang erwähnte Doblinger auch den Tod des letzten noch lebenden Wiener akademischen Legionärs, Alois Freiherr v. Czedik, im Jahre 1924 – die *Neue Freie Presse* hatte noch in den Weltkriegsjahren regelmäßig vom traditionellen Treffen der hochbetagten Veteranen der Akademischen Legion am 13. März berichtet.²¹⁰ Von der aus deutschnationaler Sicht nicht unproblematischen Beteiligung von Akademischen Legionären am Krieg in Ungarn berichtete Doblinger: Sie hätten unter dem polnischen Revolutionsgeneral Bem in Siebenbürgen gefochten. Dagegen hätten sich die Siebenbürger Sachsen im Dezember 1848 wegen magyarischer Übergriffe gegen die ungarische Revolution gestellt. Die Legion habe daher notgedrungen auch gegen diese gekämpft. Doblinger enthielt sich letztlich eines Urteils über diese Beteiligung von

²⁰⁸ „Die Revolution 1848 und ihre Sängere“, in: WNN, 13.3.1926.

²⁰⁹ Friedrich Spreen, „Karl Schurz. Zu seinem 100. Geburtstag“, in: WNN, 2.3.1929.

²¹⁰ „Die Zusammenkunft der Achtundvierziger-Legionäre“, in: NFP, 14.3.1915, MB; „Die Zusammenkunft der Achtundvierziger-Legionäre“, in: NFP, 13.3.1916, NB; „Die Zusammenkunft der Achtundvierziger-Legionäre“, in: NFP, 13.3.1918, AB. Außerdem hatte die *Neue Freie Presse* 1923 aus Anlass des 75. Jubiläums der 48er-Revolution die Erinnerungen Czediks, der von 1883 bis 1918 dem Herrenhaus angehört hatte, an die Märztage 1848 in einer siebenteiligen Folge abgedruckt. Alois Czedik, „Meine Erinnerungen aus den Märztagen 1848“, in: NFP, 13.3.-16.3.1923, jeweils MB, 21.3.1923, MB, 23.3.1923, MB, 5.4.1923, MB.

Akademischen Legionären am Kampf der Ungarn, indem er schrieb, die Legionäre seien durch ein ethisch hochwertiges Freiheitsgefühl auf die ungarische Seite getrieben worden, doch ob sie damit der deutschen Sache dienen konnten, sei schwer abzuwägen.²¹¹

Zum 80. Jubiläum der Wiener Märzrevolution 1928 konstatierte Wolf Wolkan, dass ihre Bedeutung für die Gegenwart mit dem zeitlichen Abstand zunehme. Die Fesseln, die der nationalen Selbstbestimmung der Deutschösterreicher 1919 angelegt worden seien, begannen sich zu lösen und der Weg zum Anschluss beginne sich „in klaren Umrissen“ abzuzeichnen. Das Vermächtnis der Märzbewegung von 1848 reife heran: die Entstehung selbstständiger Staaten in Mitteleuropa, aber auch die Entstehung eines alle deutschen Stämme umfassenden Großdeutschland. Daher könne man die Märzereignisse von 1848 mit ihrem Idealismus, ihrem sentimentalischen Überschwang, ihrem tiefen patriotischen Ernst, aber auch mit ihrer politischen Unreife, mit ihren hohen Werten, aber auch mit ihren tragikkomischen Schwächen mit umso größerer historischer Objektivität beurteilen.

Das nationale Problem, das Wolkan in seinem Rückblick in den Mittelpunkt stellte, habe den Führern der Wiener Märzbewegung keinesfalls klar vor Augen gestanden, sei ihnen weit mehr gefühls- als verstandesmäßig bewusst gewesen. Von dem bis zum März 1848 in Wien herrschenden Regiment zeichnete Wolkan ein Bild, das eine Revolution als vollauf gerechtfertigt erscheinen ließ. Der Kaiser sei „schwachsinnig“ gewesen, und die „Doppelzüngigkeit und Heimtücke des herrschenden ‚Systems‘“ habe schon das direkte Herantragen von Wünschen des Volkes an die engere Umgebung des Kaisers als Straftatbestand betrachtet, selbst noch am 12. März 1848. Beim Jubel über die schnellen Erfolge der Wiener Märzrevolution sei sich das loyale Bürgertum *nicht* bewusst gewesen, dass die neuen Freiheiten den Gesamtverband der Monarchie eher auflösen als festigen mussten, und es habe keine Vorstellung davon gehabt, wie der erwünschte „innige Anschluss an Deutschland“ erreicht werden könne.

Das Scheitern der Wiener 48er-Revolution bewertete Wolkan abschließend folgendermaßen:

„Und doch hat im Jahre 1848 die Staatsgewalt der scheinbar aus allen Fugen gehenden Monarchie die Oberhand über den Unabhängigkeitsdrang aller ihrer Völker behalten und sie für zwei Menschenalter zu einem unfreiwilligen, von gegenseitigem Misstrauen und

²¹¹ Max Doblinger, „Wiener akademische Legionäre in Ungarn 1848–49“, in: WNN, 13.3.1927.

grenzenloser Gehässigkeit vergifteten staatlichen Zusammenleben verurteilt, vor allem aber die Begründung der großdeutschen Einheit zu vereiteln gewusst.“²¹²

Die *Wiener Neuesten Nachrichten* gedachten 1928 auch dem 80. Jubiläum des Zusammentritts der ersten deutschen Nationalversammlung in der Paulskirche. Deren österreichische Abgeordnete hätten sich vor die tragische Frage gestellt gesehen, ob dem „deutschen Volksganzen“ besser gedient sei, wenn sein österreichischer Stamm „aus der Umklammerung der Überzahl nicht deutscher Völker im habsburgischen Kaiserstaat“ gelöst und einem straff organisierten deutschen Bundesstaat angeschlossen werde oder wenn die österreichische Großmacht als kultureller und wirtschaftlicher Faktor dem Deutschtum erhalten bleibe.

Tragisch sei auch die Hilflosigkeit der Paulskirche gewesen, die keine Machtmittel besessen habe, um ihre Beschlüsse gegen die Regierungen der beiden deutschen Großmächte durchzusetzen. So habe die Paulskirche tatenlos zusehen müssen, wie „die siegreiche Wiener Militärdiktatur“ den Sendboten Frankfurts, Robert Blum, hinrichtete. Der Artikel endete mit einer Beschwörung Großdeutschlands. Nach dem Scheitern der Paulskirche und dem vergeblichen Anlauf 1918/19 müsse das Ziel der großdeutschen Einheit beim dritten Anlauf erreicht werden. „Das sei unser Gelöbnis am Gedenktage der Eröffnung der Paulskirche.“²¹³

Der hier geschilderte Versuch der *Wiener Neuesten Nachrichten*, die 48er-Tradition in nationalen Kreisen wieder zu beleben, verblieb auf der Ebene von Zeitungsartikeln. Von deutschnationalen Gedenkfeiern für die 48er-Revolution berichtete das offizielle Organ der Großdeutschen Volkspartei in der zweiten Hälfte der 20er-Jahre *nicht*. Die großbürgerliche *Neue Freie Presse* berichtete in den Jahren 1922, 1923 und 1928 von dem, wie es 1923 hieß, „alljährlichen“ Besuch der nationalfreiheitlichen Studentenschaft – dabei handelte es sich um mehrere Burschenschaften – am Grab der Märzgefallenen in Wien beziehungsweise kündigte diesen an.²¹⁴

²¹² Wolf Wolkan, „Die Wiener Märzrevolution. Zu ihrem 80. Geburtstag“, in: WNN, 11.3.1928; auch: Victor Jovanovic, „Die Wiener Märztage 1848 in den Stimmen der Zeit“, in: WNN, 13.3.1928.

²¹³ „Den Männern der Paulskirche“, in: WNN, 18.5.1928; zu den Großdeutschen in der Paulskirche verbunden mit einem Anschlussbekenntnis auch schon: Karl Gottfried Hugelmann, Der großdeutsche Gedanke und die Frankfurter Nationalversammlung im Jahre 1848, in: Österreichische Rundschau. Deutsche Zeitschrift für Politik und Kultur (bis 1921 hatte der Untertitel gelautet: „Mitteleuropäische Politik, Kultur und Wirtschaft“), hg. v. Paul Wittek, 18 (1922), S. 477-483.

²¹⁴ „Märzfeier der nationalfreiheitlichen Studentenschaft“, in: NFP, 14.3.1922; „Die Märzfeier der nationalfreiheitlichen Studentenschaft“, in: NFP, 15.3.1923, AB; „Märzfeier der Wiener national-freiheitlichen Burschenschaften“, in: NFP, 11.3.1928, MB; „Märzfeiern“, in: NFP, 17.3.1928, MB. Die *Neue Freie Presse* kündigte 1928 außerdem eine Gedenkfeier an den Gräbern der Märzgefallenen der politisch marginalen

6. Die Christlichsozialen und die 48er-Revolution

Die Christlichsozialen, die die Partei des politischen Katholizismus waren, der Habsburgermonarchie bald nach Gründung der Republik überwiegend nachtrauerten und deren rechter Flügel die Restauration der Habsburger anstrebte, hatten zur 48er-Tradition ein negatives bis sehr negatives Verhältnis.²¹⁵ Selbstredend hatte ihr Kalender völlig andere Festtage als den Gedenktag der Märzrevolution, wie die Feier der Gegenreformation, Fronleichnam, und sie begingen seit 1919 den Staatsfeiertag am 12. November, den Tag der Ausrufung der Republik und der Erklärung des Anschlusses an das Deutsche Reich, mit einer Wallfahrt der Wiener Männer nach Klosterneuburg an das Grab des Babenbergers Leopold III., des Heiligen. Wegen ihrer ablehnenden Haltung bezogen sie nur in den Jubiläumsjahren 1923 und 1928 Stellung zur 48er-Tradition.²¹⁶

Das Märzgedenken 1923 beging die *Reichspost* mit einer extrem antisemitischen Geschichte von Karl Baumgarten – vor dem historischen Hintergrund, dass Juden in der Revolution 1848 in Wien tatsächlich eine sehr wichtige Rolle gespielt hatten und das Revolutionsjahr dort zugleich auch das Geburtsjahr eines, wie Häusler schreibt, „in seiner Aggressivität und Bössartigkeit bestürzenden Antisemitismus wurde“.²¹⁷ Bei dem Geschichtsbild, das die *Reichspost* von der Wiener 48er-Revolution zeichnete, dürfte – auch wenn es *nicht* ausgesprochen wurde – eine Rolle gespielt haben, dass diese ausgesprochen antiklerikale

bürgerlich-demokratischen Partei an: „Gedenkfeier der bürgerlich-demokratischen Partei für die Märzgefallenen“, in: NFP, 11.3.1928, MB.

²¹⁵ Zur Rolle der Katholiken im Revolutionsjahr 1848 in Wien siehe Otto Weiss, Die Wiener Katholiken im Revolutionsjahr 1848, in: Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte, 19 (2000), S. 107-142.

²¹⁶ Vgl. Hanisch, Das Fest in einer fragmentierten Kultur, S. 50 f.; Heer, der Kampf um die Österreichische Identität, S. 90.

²¹⁷ Ulrich Weinzierl schreibt über den Antisemitismus der *Reichspost*: „Wie sehr der Antisemitismus christlichsoziale Politik und Politiker bestimmte, ist inzwischen bekannt. Was aber an Intoleranz und krudem Rassismus in der *Reichspost*, auch und gerade in ihrem ‚schöngeistigen‘ Teil gepredigt wurde, vermag immer noch zu überraschen.“ Und Heer hat dem Chefredakteur der *Reichspost*, Friedrich Funder, im Rückblick nach dem Zweiten Weltkrieg gesagt, seine Zeitung habe geschrieben wie Julius Streichers *Stürmer*. Ulrich Weinzierl, Die Kultur der ‚Reichspost‘, in: Franz Kadrnoska (Hg.), Aufbruch und Untergang. Österreichische Kultur zwischen 1918 und 1938, Wien/Zürich/München 1981, S. 325-344, hier: 331; Heer, Kultur und Politik in der Ersten Republik, S. 305, 307. Zur Rolle von Juden in der 48er-Revolution in Wien und dem Antisemitismus im Revolutionsjahr siehe: Wolfgang Häusler, Konfessionelle Probleme in der Wiener Revolution 1848, in: Das Judentum im Revolutionsjahr 1848 (=Studia Judaica Austriaca, Bd. 1), Wien/München 1974, S. 64-77, hier: 64 (Zitat), 68-73; ders., Toleranz, Emanzipation und Antisemitismus. Das österreichische Judentum des bürgerlichen Zeitalters (1782–1918), in: Anna Drabek u.a., Das österreichische Judentum. Voraussetzungen und Geschichte, Wien 1974, S. 83-140, hier: 97-103; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1, S. 17 f., 557; Herlinde Aichner, Die Revolution von 1848 und die Frage der jüdischen Nationalität. L. A. Frankl und M. Rappaport, in: Lengauer/Kucher (Hg.), Bewegung im Reich der Immobilität, S. 333-361, hier: 333-338; John Bunzl/Bernd Martin, Antisemitismus in Österreich. Sozialhistorische und soziologische Studien (=Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte der Neuzeit, Bd. 3), Innsbruck 1983, S. 25; Albert Lichtblau, Integration, Vernichtungsversuch und Neubeginn – Österreichisch-jüdische Geschichte 1848 bis zur Gegenwart, in: Eveline Brugger u.a., Geschichte der Juden in Österreich, Wien 2006, S. 447-566, hier: 449-455.

Züge gehabt hatte, die sich insbesondere in der Vertreibung des Liguorianerordens gezeigt hatten.²¹⁸ Schon 1898 hatte Karl Lueger, die prägende Führungsfigur der Christlichsozialen und langjähriger Bürgermeister von Wien, in der Gemeinderatsdebatte über die Frage, ob eine Märzfeier zu veranstalten sei, Folgendes gesagt: Für die Märzfeier seien

„die alten Liberalen, die wir die Judenliberalen nennen. Sie wünschen eine Feier, ich begreife das. Was ihnen genützt, hat dem Volke geschadet“, weiters die Deutschnationalen und die Demokraten; daran erinnert, dass auch er, Lueger, ein Demokrat gewesen sei, antwortet Lueger: „Ja, aber kein Jud.“²¹⁹

In der kleinen Erzählung von Baumgarten 1923 waren die Protagonisten Franz Grillparzer und Eduard Bauernfeld, Ersterer wichtigster österreichischer Dramatiker des 19. Jahrhunderts und Gegner der Revolution, der bekanntermaßen für Graf Radetzky fiebte, als dieser auszog, die Revolution in Oberitalien niederzuschlagen, Letzterer nach Johann Nestroy der wichtigste Lustspieldichter der Zeit und zunächst – ohne dass die Reaktion ihn belangt hätte – Unterstützer der Revolution, daneben ein junger neunzehnjähriger Jude, Salomon Burian, geboren in Jaroslau in Galizien.²²⁰ Baumgarten hatte für die Erzählung offenbar die jeweils in recht kurzen Texten niedergelegten Erinnerungen Grillparzers und Bauernfelds an die 48er-Revolution herangezogen, ohne dass er aber seiner Phantasie durch die Quellen irgendwelche Grenzen auferlegt hätte.²²¹

Auch Burian war eine historische Figur: Er hatte in einer Rede am 13. März 1848 vor der Staatskanzlei am Ballhausplatz den Rücktritt von Metternich gefordert. In den Standardwerken aus dem 19. Jahrhundert über die Wiener 48er-Revolution wurde Burian durchweg *nicht* als Jude bezeichnet, sondern ohne Vornamensnennung als der „Jurist Burian“ oder der „Student Burian“; laut Heinrich Reschauer sahen die Zeitgenossen in ihm einen „schönen, blonden jungen Mann“.²²² Dagegen schreibt der führende zeitgenössische Forscher

²¹⁸ Vgl. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1, S. 557.

²¹⁹ Lengauer, Exil, Verdrängung, Verblassen, S. 284; zum Antisemitismus der Christlichsozialen: Anton Staudinger, Christlichsoziale Judenpolitik in der Gründungsphase der österreichischen Republik, in: Jahrbuch für Zeitgeschichte, 1978, hg. v. d. Österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte, S. 11-48; Häusler, Toleranz, Emanzipation und Antisemitismus, S. 116-119.

²²⁰ Zu Bauernfeld siehe: Häusler, Freiheit im Krähwinkel?, S. 101-103; Höbelt, 1848, S. 65.

²²¹ Grillparzer, Meine Erinnerungen aus dem Revolutionsjahr 1848 (September/Oktober 1850), in: ders., Sämtliche Werke, Bd. 16: Prosaschriften IV, S. 38-55; Bauernfeld, der Abschnitt „Die Märztage“ in dem Buch „Aus Alt- und Neu-Wien“ (1873), in: ders., Bauernfelds Ausgewählte Werke in vier Bänden. Mit einer biographisch-kritischen Einleitung hg. v. Emil Horner, Bd. 4, Leipzig o. J., S. 171-192.

²²² Heinrich Reschauer/Moritz Smets, Das Jahr 1848. Geschichte der Wiener Revolution, Bd. 1, v. Heinrich Reschauer, Wien 1876, S. 225, 232-234; Joseph Alexander von Helfert, Geschichte der österreichischen Revolution im Zusammenhange mit der mitteleuropäischen Bewegung der Jahre 1848-1849, Bd. 1: Bis zur

zur Wiener 48er-Revolution, Wolfgang Häusler, vom „polnischen Studenten Burian“ und legt an abgelegener Stelle über die Nennung der Vornamen Burians eine jüdische Herkunft nahe.²²³

Während Burian in den Märzerinnerungen Bauernfelds gar nicht vorkommt, wurde er von Grillparzer in dessen Erinnerungen aus dem Revolutionsjahr erwähnt und eine mögliche jüdische Identität doch recht deutlich nahegelegt:

„Der junge Mensch begann seine Rede, von der ich mühsam den Eingang verstand: Ich heiße N. N. Burian, aus ** in Galizien geboren, 19 Jahre alt“.

Allerdings zeichnete Grillparzer Burian *nicht*, wie Baumgarten das 1923 tat, als hochgefährlichen Sozialrevolutionär, sondern sprach im Hinblick auf ihn und die ihn umgebende Menge, die im Angesicht bewaffneter Soldaten demonstrierten, von „heldenmütigen Kindern“ und charakterisierte das Geschehen in Wien am 13. März als „Gassenbüherei“, die erst durch den Schusswaffeneinsatz des Militärs gegen das Volk zur Revolution wurde.²²⁴

Die Geschichte Baumgartens, die hingegen suggerierte, die Wiener 48er-Revolution wäre ein deutsches Idyll, wären da nicht Juden wie Burian gewesen, hatte einen mehrfachen aktuellen Bezug: zunächst die starke ostjüdische Einwanderung aus Galizien im und nach dem Ersten Weltkrieg nach Wien und die Tatsache, dass – so zumindest Otto Bauer – unter den Inflationsgewinnern viele Juden waren, dann die prominente Rolle, die Juden in den Revolutionen seit 1917 in Russland, Berlin und München sowie Ungarn gespielt hatten, und die höchst prominente Rolle, die sie in der österreichischen Sozialdemokratie spielten.²²⁵

österreichischen Verfassung vom 25. April 1848, Freiburg i. Br./Wien 1909, S. 245; Ernst Violand, Die soziale Geschichte der Revolution in Österreich 1848, hg. v. Wolfgang Häusler, Wien 1984, S. 90 f.

²²³ Vgl. Häusler, „Was kommt heran mit kühnem Gange?“, S. 45. In den Fußnoten zur von ihm neu herausgegebenen Revolutionsgeschichte Violands schreibt Häusler: „Der 1823 in Suczawa geborene Jusstudent *Julius Joseph Elias Burian* musste als politisch Belasteter aus Österreich emigrieren.“ Violand, Die soziale Geschichte der Revolution, S. 188, FN 47; auch Heinrich Ritter von Srbik spricht in seiner 1925 erschienenen Metternich-Biografie vom polnischen Studenten Burian. Vgl. Srbik, Metternich. Der Staatsmann und der Mensch, Bd. 2, München 1925, S. 277, auch: 292.

²²⁴ Mit ähnlicher Tendenz, wenn auch nicht so radikal wie die *Reichspost*, 1923 hatte bereits im Dezember 1918 in zwei Vorträgen über die Wiener Revolution von 1848 der Historiker Ritter von Srbik vor Studenten in Graz in ansonsten ausgewogenen Ausführungen die Rolle einiger Juden in der Revolution geschildert. Vgl. Srbik, Die Wiener Revolution des Jahres 1848 in sozialgeschichtlicher Beleuchtung, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, 43 (1919), S. 19-58, hier: 54 f.

²²⁵ Zur östjüdischen Einwanderung: Bunzl/Martin, Antisemitismus in Österreich, S. 41; zu den „Inflationsgewinnern“: Bauer, Die österreichische Revolution, S. 758. Die Aufzählung der führenden Sozialdemokraten jüdischer Abstammung bei Kaufmann: der Parteigründer und Übervater Victor Adler, sein faktischer Nachfolger in der Ersten Republik, Otto Bauer, der Theoretiker des marxistischen Zentrums, Karl Kautsky, Friedrich Adler, der durch die Erschießung des Ministerpräsidenten Stürgkh eine ungeheure Popularität in der Arbeiterschaft erwarb, der Chefredakteur der *Arbeiterzeitung*, Friedrich Austerlitz, der Vorsitzende des Republikanischen Schutzbundes, Julius Deutsch, der Wiener Finanzstadtrat Hugo Breitner, der parteilinke

In der christlichsozialen Zeitschrift *Volkswohl* hatte Seipel sich schon im Januar 1919 während des Wahlkampfes zur Nationalversammlung zur „Judenfrage“ geäußert. Er würde die Gefahr, „wirtschaftlich, kulturell und politisch von Juden beherrscht zu werden, [...] nicht so drohend“ sehen, „wenn nicht die große Partei der Sozialdemokratie bedingungslos jüdischer Führung folgte“. Die besondere Gefahr der „jüdischen“ Führung der Sozialdemokratie bestand für Seipel darin, „dass sich wie übrigens seit jeher gerade die Juden allem Umsturz geneigt“ gezeigt hätten; er betrachtete folglich die „bolschewistische Gefahr“ als eine „jüdische Gefahr“.²²⁶

Nach der Erzählung in der *Reichspost* hatten die Ereignisse im März 1848 in Wien, soweit sie nicht von Juden beeinflusst waren, kaum revolutionären Charakter.²²⁷ Der Archivdirektor Grillparzer zog am 13. März in die Herrengasse um herausfinden, was denn an der „Geschichte“ dran sei, und fand eine Menge vor, „die von Zeit zu Zeit einen gedämpften Ausruf hören ließ“. Nach der Verfassungsgebung habe ein „frohes und treues Volk“ den Kaiser „umjauchzt“. Die Ruhe wurde nur durch den Juden Burian gestört, der überall plötzlich auftauchte, ebenso schnell wieder verschwand und den Arbeitern und „jugendlichen Strolchen“ Reden hielt, in denen es um Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ging, um Güterteilung, darum dass Eigentum Diebstahl sei, und in denen er seine Zuhörer aufforderte, die Bürger und Bauern totzuschlagen und den Soldaten „die Bäuche aufzuschlitzen“.²²⁸

Theoretiker Max Adler, daneben Wilhelm Ellenbogen und Julius Tandler. Vgl. Kaufmann, Sozialdemokratie in Österreich, S. 88, FN 60. Außerdem der leidenschaftliche Anschlussbefürworter und erste Gesandte der deutschösterreichischen Republik in Berlin, Ludo Hartmann. Vgl. Low, The Anschluss Movement, S. 114, FN 27. Die in großen Teilen jüdische Herkunft der Führung der österreichischen Sozialdemokraten war, wie bereits häufig festgestellt worden ist, gerade in der Haltung zur Anschlussfrage *nicht* ohne Belang. Karl Kautsky, der Anfang der 1880er-Jahre in Wien gelebt hatte, schrieb in seinen Memoiren über den Intellektuellenzirkel um Victor Adler: „Alle, die ihm angehörten, waren sozialistisch interessiert, mancher war fast Sozialist. Nur eines schied sie alle von mir: ihr ausgesprochener, intensiver deutscher Nationalismus. [...] Jene Juden waren alle entschieden oppositionell, antihabsburgisch und anti-aristokratisch, sozial-liberal. [...] Die österreichischen Juden waren damals die feurigsten Vertreter des Anschlussgedankens.“ Wolfgang Maderthaner, Victor Adler und die Politik der Symbole. Zum Entwurf einer ‚poetischen Politik‘, in: Leser/Wagner (Hg.), Österreichs politische Symbole, S. 147-163, hier: 154; vgl. Heer, Der Kampf um die österreichische Identität, S. 136, 178 f., 338-341.

²²⁶ Staudinger, Christlichsoziale Judenpolitik, S. 18; vgl. Heer, Der Kampf um die österreichische Identität, S. 357; dazu Norbert Leser: „Aber Seipel konnte sich nicht zu einer auch nur partiellen Bejahung des von der Sozialdemokratie Geleisteten und Angestrebten durchringen, sondern hörte nicht auf, in ihr den Hauptfeind zu erblicken, der auch durch den herausziehenden Nationalsozialismus nicht aus dieser negativen Rolle verdrängt wurde.“ Leser, Ignaz Seipel und Otto Bauer, S. 270.

²²⁷ Die Behauptung von reaktionärer Seite, die Revolution 1848 in Wien sei von ausländischen Agenten, Franzosen, Polen, Italienern, Schweizern und Juden gemacht worden, stammt selbst schon aus der Revolutionszeit – auch Metternich machte sie. Vgl. Häusler, Revolution 1848 und die Anfänge der österreichischen Arbeiterbewegung, S. 11 f.; ders., Hermann Jellinek, S. 173; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1, S. 404; Blos, Die deutsche Revolution, S. 112.

²²⁸ Bauernfeld hatte in seinen Revolutionserinnerungen von seinem Entsetzen am 13. März über das Auftauchen sozialdemokratischer Ideen in Wien gesprochen, das aber in keiner Weise mit Burian oder „den Juden“ in Verbindung gebracht: „Die auf dem politisch-jungfräulichen Wiener Boden bisher noch nie vernommenen Ideen der *Sozialdemokratie* schlugen an unser Ohr und fanden an der naiven Bevölkerung gläubige, ja entzückte Hörer.

Gemäß der Erzählung wollte auch Bauernfeld, der weiterhin mit dem Revolutionsgegner Grillparzer verkehrte, mit Burian *nichts* zu tun haben, ging weder auf dessen Angebot zur Zusammenarbeit in Sachen Revolution noch in Sachen Handel mit Revolutionsausrüstung ein und forderte ihn auf: „Wir haben da in Wien eine deutsche Revolution, die wir mit unserm Hof allein ausmachen, und keine polnische!“ Dafür suggerierte der Artikel, dass sich der Jude Adolf Fischhof, der in der Wiener 48er-Revolution als einer der Führer der Studenten eine prominente Rolle gespielt hatte, und der Liberale Eugen Megerle von Mühlfeld mit Burian eingelassen hätten. Das Stück endete mit einem Dialog zwischen Bauernfeld und Grillparzer, in dem dieser eine geradezu apokalyptische Warnung vor den galizischen Juden aussprach:

„Ich habe auch so eine gewisse Ahnung, dass von da droben, aus dem dunkelsten Nordosten von Österreich einmal etwas Grauenhaftes über uns kommen wird. Dort sind geheimnisvolle furchtbare Kräfte am Werk, die im Verborgenen arbeiten. Dieser Salomon Burian erscheint mir als Vorläufer einer anarchischen Sturzflut, die einmal ganz Deutschland in ein Chaos verwandeln wird. In dem Burschen ist etwas Dämonisches“.²²⁹

Auch zum Paulskirchenjubiläum 1923 brachte die *Reichspost* einen historischen Artikel, geschrieben von Richard Kralik, der aber mehr von der Größe Österreichs als von der Paulskirche handelte. Nachdem Kralik erwähnt hatte, dass bei der Eröffnung der Paulskirche in Frankfurt überall „schwarz-rot-gelbe“ Fahnen als „gesamtdeutsches Zeichen“ geweht hätten und Wien „schwarz-rot-gold“ gesinnt diesen Tag mit Fackelzug und Beleuchtung gefeiert habe, leitete er schnell zum konstituierenden Reichstag Österreichs und zu dem berühmten Absagebrief des tschechischen Politikers und Historikers Frantisek Palacký an die Paulskirche über. Dieser habe Österreichs Fortbestand und Stärkung als im Interesse der „Humanität und Zivilisation“ liegend bezeichnet, da es als Schutzwehr gegen Russland benötigt werde, dem sonst die kleinen Nationen hilflos ausgeliefert seien.

Kralik ließ Palackýs berühmtes Diktum folgen:

„Wahrlich, existierte der österreichische Kaiserstaat nicht schon längst, man müsste im Interesse Europas, im Interesse der Humanität selbst sich beeilen, ihn zu schaffen.“

Alle Projekte zur Reorganisation Deutschlands habe Palacký nur auf der Basis der deutschen Republik für durchführbar gehalten, der republikanische Gedanke hätte aber den Zerfall

Ich leugne nicht, dass mich das überraschte, ja erschreckte. Wer kann berechnen, wie weit die Utopien der Aufhebung des Eigentums, von Gütergemeinschaft und dergleichen, eine wild aufgeregte und ungebildete Masse führen mögen! Kurz, die *Anarchie* stand mir auf dem Michaelsplatz klar und deutlich vor Augen – meiner Empfindung nach das scheußlichste Ungeheuer, welches sich erdenken lässt!“ Bauernfeld, Aus Alt- und Neu-Wien, S. 173.

²²⁹ Karl Baumgarten, „Vor fünfundsiebzig Jahren“, in: Reichspost, 15.3.1923.

Österreichs und damit die russische Universalmonarchie bedeutet. Sinnvoller wäre es Palacký erschienen, wenn Deutschland auf der Basis der Gleichberechtigung aller Nationalitäten und Konfessionen Österreich beigetreten wäre.

Was Kralik freilich verschwie, war, dass das tschechische Bürgertum einen spezifisch nationalen Grund besaß, für den Fortbestand Habsburgs einzutreten: Wäre es zur deutschen Einigung gekommen, hätte der deutsche Nationalstaat die Länder der böhmischen Krone beansprucht, die Tschechen wären möglicherweise zum deutschen Nationalstaat gekommen; das tschechische Bürgertum sah jedoch mit guten Gründen für sich unter den gegebenen Umständen ungleich bessere nationale Entwicklungschancen im Habsburger-Vielvölkerstaat.²³⁰

Kralik erinnerte daran, woran das Frankfurter Parlament angeknüpft habe: den Deutschen Bund und das „Römisch-deutsche Reich“. Die Paulskirche habe die „schwarz-rot-gelben Farben“ zur Reichsfahne erklärt, weil man sie für die Farben des römisch-deutschen Reiches gehalten habe – wogegen Kralik den Einwand erhob, die Farben des Reiches seien bis 1806 immer nur Schwarz-Gelb gewesen. Bis heute symbolisierten die schwarz-rot-gelben Farben den Gegensatz zu Kleindeutschland beziehungsweise Großpreußen, weshalb sie die Weimarer Nationalversammlung 1919 angenommen habe. Vor dem Hintergrund von Ruhrbesetzung und Inflation im Deutschen Reich 1923 bemerkte Kralik dazu:

„Sie bedeuteten damals den Beitritt Deutschösterreichs zum Deutschen Reich, eine Phase der Weltgeschichte, die heute ebenso in der Ferne zu liegen scheint, wie die Dinge von 1848.“

Kralik vermerkte, die Paulskirche sei an der deutschen Einheit gescheitert, weil

„König Friedrich IV. [sic!] von Preußen [...] loyalerweise die ihm von der kleindeutschen Parlamentspartei angebotene Kaiserwürde“

nicht habe annehmen können. Er trauerte dann noch um die nach 1848 fehlgeschlagenen österreichischen Projekte einer Reform des Deutschen Bundes, Schwarzenbergs Projekt eines Siebzigmillionenreiches und den von Kaiser Franz Joseph 1863 nach Frankfurt einberufenen Fürstenkongress. Zwar lasse sich nicht beweisen, dass die österreichischen Vorschläge zur Bundesreform besser den Frieden erhalten hätten, jedenfalls sei erwiesen, dass Bismarcks

²³⁰ Vgl. Franz Trescher, Das Ende einer Revolution, in: Der Schutzbund, 7 (1930), Nr. 10, S. 12-16, hier: 13 f.; Jiří Kořálka, Prag – Frankfurt im Frühjahr 1848: Österreich zwischen Großdeutschtum und Austroslawismus, in: Heinrich Lutz/Helmut Rumpel (Hg.), Österreich und die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert. Probleme der politisch-staatlichen und soziokulturellen Differenzierung im deutschen Mitteleuropa (=Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit, Bd. 9), München 1982, S. 117-139, hier: 134-138; ders., Das Jahr 1848 in Politik und historisch-politischer Publizistik der Tschechen, in: Haider/Hye (Hg.), 1848, S. 229-238, hier: 229 f.

kleindeutsches Reich den Weltkrieg nicht habe verhindern können.²³¹ Dem Artikel von Kralik über die Paulskirche, der ja kaum von dem Wirken dieser Nationalversammlung handelte, entsprach es, dass die *Reichspost* nur einen sehr knappen Bericht über die Feier zum Paulskirchenjubiläum in Frankfurt brachte, dem kaum zu entnehmen war, dass die Teilnahme der österreichischen Parlamentarier den Charakter einer großdeutschen Demonstration hatte.²³²

Im Jahr 1928 fand die *Reichspost* zu einer etwas positiveren Haltung zur Wiener 48er-Revolution als 1923. Zwei – von Antisemitismus freie – Artikel erzählten von den Ereignissen in Wien in den Märztagen des Jahres 1848. Demnach hatte es 1848 im Bürgertum eine loyale Opposition gegeben, die dem Kaiser gegenüber treu war, aber Metternichs System ablehnte und Reformen, wie Veröffentlichung des Staatshaushalts, eine ständische Volksvertretung und eine zeitgemäße Kommunalverfassung, für geboten hielt. Die Gewalt in der Herrengasse am 13. März sei zunächst von der Menschenmenge ausgegangen, die die anrückenden Soldaten mit allem, was zur Hand war, bewarf, wobei die *Reichspost* die Rolle der Arbeiter hervorhob. Erst dann habe das Militär das Feuer eröffnet, und es gab fünf Tote in der Menge.

In den Vororten kam es zu Ausschreitungen und Plünderungen; in der Hofburg erklärte ein Angehöriger der Bürgerwehr, der Thron könne nur noch durch den Rücktritt Metternichs gerettet werden, wozu dieser – hieß es historisch unzutreffend – sofort bereit gewesen sei. Da die Ruhe in den Vororten wiederhergestellt werden musste, Kaiser Ferdinand jedoch gesagt hatte: „Ich lasse auf meine Wiener nicht schießen“, wurden die Studenten bewaffnet und in der Akademischen Legion zusammengefasst, die noch in der Nacht meist ohne Gewaltanwendung in den Vororten für Ruhe sorgte. Nach Gewährung der Pressefreiheit und dem Verfassungsversprechen konnte der Kaiser zwei Tage später in einem Blumenregen durch die Stadt fahren. Freilich sei das nicht das Ende gewesen; der Oktober habe zum „großen Bruch mit der Vergangenheit“ geführt.²³³ Der Artikel, der speziell der Rolle der Wiener Bürgerwehr gewidmet war, betonte, dass ihre Angehörigen im Oktober passiv oder sogar „mannhaft“ „dem Terror der Revolutionsmänner“ widerstanden hätten.²³⁴

²³¹ Richard v. Kralik, „Vor fünfundsiebzig Jahren. Das Frankfurter Parlament 1848“, in: *Reichspost*, 18.5.1923.

²³² „Der Jahrestag der Eröffnung des Frankfurter Parlaments“, in: ebd., 19.5.1923.

²³³ Viktor Jovanovic, „Die Märzsturmstage vor 60 Jahren“, in: ebd., 11.3.1928. Vgl. Häusler, „Was kommt mit kühnem Gange?“, Ursachen, Verlauf und Folgen der Wiener Märzrevolution 1848, S. 23-54; Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution*, Bd. 1, S. 398-410, insb.: 405.

²³⁴ Franz H. Eichhorn, „Das Offizierskorps des Wiener Bürgermilitärs im Jahre 1848“, in: ebd., 18.3.1928.

Im Juli 1928 berichtete die *Reichspost* von der Einweihung einer Gedenktafel im Hofe des niederösterreichischen Landhauses für Hans Kudlich, denjenigen Abgeordneten, der am 25. Juli 1848 im österreichischen Reichstag den Antrag gestellt hatte, das Untertänigkeitsverhältnis der österreichischen Bauern aufzuheben. Die Gedenktafel aus schlesischem Marmor für den Schlesier Kudlich war vom Sudetendeutschen Heimatbund gestiftet worden. Sie zeigte im oberen Teil das Relief des Geehrten, darunter die Widmung: „Dem Bauernbefreier Hans Kudlich“ und Verse des schlesischen Schriftstellers Bruno Hanns Wittek, im unteren Teil das Flachrelief eines einen Pflug ziehenden Bauers.²³⁵ Zugewogen bei der Einweihung waren der christlichsoziale niederösterreichische Landeshauptmann Karl Buresch und der Kärntner Landeshauptmann Vinzenz Schumy vom Landbund, der Wiener Bürgermeister Seitz ließ sich durch den Stadtrat Julius Lindner vertreten.

Auch bei dem Gedenken der Christlichsozialen in November 1928 im niederösterreichischen Landhaus an die Gründung der Republik 1918 und die Befreiung der Bauern 1848 würdigten Bundeskanzler Seipel und der Direktor der Landwirtschaftskammer, Engelberg Dollfuß, die Leistung Kudlichs. An Kudlich konnten die Christlichsozialen allerdings nur erinnern, weil sie den „Bauernbefreier“ von seinem übrigen politischen Wirken abspalteten; Kudlich hatte im Revolutionsjahr zur Linken gehört und im Oktober – vergeblich – versucht, die Bauern Ober- und Niederösterreichs für die bewaffnete Unterstützung des aufständischen Wiens zu gewinnen, und war, inzwischen in die Vereinigten Staaten ausgewandert, 1854 in Österreich in Abwesenheit zum Tode verteilt worden.²³⁶

²³⁵ Wittek hatte 1927 einen Roman über Kudlich veröffentlicht. Bruno Hanns Wittek, *Sturm überm Acker*, Breslau 1927.

²³⁶ „Enthüllung einer Gedenktafel für Hans Kudlich“, in: ebd., 22.7.1928; Wilhelm Maschke, „Hans Kudlich der Bauernbefreier“, in: WNN, 20.7.1928; „Das Kudlich-Denkmal“, in: ebd., 22.7.1928; vgl. Böck, *Radetzkymarsch und Demokratie*, S. 146; auch: Hermann Kienzl, *Der alte Kudlich* (Hermann Kienzls letzte Arbeit), in: *Österreich-Deutschland*, 5 (1928), Nr. 6, S. 8 f.; ders., „Der alte Kudlich“, in: VZ, 3.5.1928, MA; „Hans Kudlich im Schweizer Exil“, in: NFP, 13.3.1929, MB; vgl. Blos, *Die deutsche Revolution*, S. 426; Mehring, *Wiener Oktobertage*, S. 77; zu Kudlich siehe: Friedrich Prinz, *Hans Kudlich (1823–1917), Versuch einer historisch-politischen Biographie* (=Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Bd. 11), München 1962; ders., *Hans Kudlichs Bedeutung für die österreichische Geschichte und sein historisches Verdienst*, in: *Das Jahr 1848 in Oberösterreich und Hans Kudlich. Reflexionen und Berichte zum 130-Jahr-Gedenken an Revolution und Bauernbefreiung*, Linz 1978, S. 103-107; Ernst Bruckmüller, „Kein Robot! Kein Zehnt mehr! Die Bauern, der Reichstag und die Grundentlastung“, in: ders./Häusler, 1848, S. 89-127, hier: 104-112, 119 f. Dass die Christlichsozialen sich nun des Gedenkens an den Bauernbefreier Kudlich angenommen hatten, entbehrte nicht einer gewissen Ironie. Denn 1898 hatte der im Exil in Hoboken in den Vereinigten Staaten lebende Kudlich zum 50. Revolutionsjubiläum in einem in der *Neuen Freien Presse* veröffentlichten Brief im Hinblick auf die Christlichsozialen von der „christlich=sozial=antisemitischen Partei“ gesprochen und ihr „unästhetische Rohheit und Brutalität“ attestiert. Vgl. Lengauer, *Exil, Verdrängung, Verblassen*, S. 285 f.

7. Zwischenbilanz

Die Träger der Geschichtspolitik mit der 48er-Revolution in der Revolution von 1918/19 und in der Ersten Republik in Deutschösterreich waren ganz eindeutig die Sozialdemokraten und ebenso eindeutig war seit 1918 ihr politisches Hauptmotiv dabei das Eintreten für den Anschluss Deutschösterreichs an das Deutsche Reich. Vorausgegangen war dem die polemische Auseinandersetzung zwischen Otto Bauer und Karl Renner um das „Nationalitätenprogramm der ‚Linken‘“ im *Kampf* in der ersten Hälfte des Jahres 1918. Bis Anfang Oktober 1918 setzte sich die Linke mit ihrem auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker beharrenden Standpunkt innerhalb der deutschen sozialdemokratischen Partei durch.

Das Zentralorgan der Sozialdemokratie, die *Arbeiterzeitung*, entfaltete ihren Lesern in der Revolution von 1918/19 in aller Ausführlichkeit das nun verbindliche sozialdemokratische Geschichtsbild, nach dem die Habsburgermonarchie eine Gewaltherrschaft gewesen war und Arbeiter und Studenten in Wien bereits im Oktober 1848 für die große deutsche Republik gekämpft hatten. Die Sozialdemokraten führten die Tradition des Märzgedenkens am 13. März aus der Zeit vor dem Weltkrieg fort, auch wenn der Tag anders als der 1. Mai und der Staatsfeiertag 12. November für die Partei in der Ersten Republik kein Tag der Massenmobilisierung war. Dennoch war dieser Gedenktag wichtig für die Partei, weil er im Gegensatz zu den beiden anderen Gedenktagen geeignet war, ihrem Selbstverständnis historische Tiefe zu verleihen – die Sozialdemokratie interpretierte die Märzrevolution als einen neuen Aufbruch nach zweihundertjähriger Nacht, die in Österreich auf die Niederschlagung der Bauernaufstände und die Gegenreformation im 16. und 17. Jahrhundert gefolgt sei.

Das sozialdemokratische 48er-Revolutionsgedenken galt in der Ersten Republik allerdings mehr der Wiener Oktoberrevolution als der Wiener Märzrevolution von 1848. Dies zeigte sich in der symbolischen Politik der in der Ersten Republik sozialdemokratisch dominierten Gemeinde Wien, des sprichwörtlichen „roten Wiens“: Die Straßenumbenennungen 1919, soweit sie sich auf die 48er-Revolution bezogen, und die Denkmalssetzung 1923 galten der Oktober- und *nicht* der Märzrevolution. Mit den Straßenumbenennungen wurden der Paulskirchenabgeordnete Robert Blum geehrt, den Windischgrätz nach der Niederschlagung des Wiener Aufstandes am 9. November 1848 hatte hinrichten lassen, und Ferdinand Freiligrath, zu dessen Gedichten aus dem Revolutionsjahr auch das während des Oktoberaufstandes geschriebene „Wien“ gehörte, dessen Rezitation der Schutzbund seinen

Ortsgruppen 1926 im Rahmen von Freiligrath-Gedenkfeiern nahelegte. Das 1923 errichtete Denkmal auf dem aufgelassenen Währinger Friedhof galt neben Blum drei weiteren nach der Niederschlagung der Oktoberrevolution Hingerichteten.

Die Konzentration der Geschichtspolitik mit 1848 der Gemeinde Wien auf den Oktoberaufstand in den ersten Jahren der Ersten Republik erklärte sich gewiss auch dadurch, dass es vor dem Ersten Weltkrieg in Wien nur Denkmalssetzungen für die Märzrevolution gegeben hatte: für die Märzgefallenen und für den „Feldkaplan“ der Akademischen Legion Fuster. Denkmalssetzungen für die Oktoberrevolution waren in der Monarchie *nicht* möglich gewesen; 1898 hatte der Wiener Gemeinderat ein Denkmal für Blum noch verhindert. Auch wenn das Gedenken an die Oktoberrevolution das Gedenken an die Märzrevolution *nicht* verdrängte – das im November 1926 enthüllte Grabdenkmal für den Einiger und langjährigen Parteivorsitzenden der Sozialdemokraten, Victor Adler, sowie Engelbert Pernerstorfer wurde auf dem Zentralfriedhof gegenüber dem Obelisk für die Märzgefallenen errichtet –, spielte die Oktoberrevolution im Bewusstsein der Partei in der Ersten Republik doch eine größere Rolle.

Schon zum Märzfeiertag 1918 erklärte sich die *Arbeiterzeitung* mit den russischen Bolschewiki solidarisch und begründete das damit, dass die österreichischen Arbeiter wegen des Oktoberaufstandes 1848 und der vorangegangenen Ermordung des Kriegsministers Latour genauso verleumdet worden seien, wie jetzt die Bolschewiken verleumdet würden. In der Revolution von 1918/19 deutete die *Arbeiterzeitung* sowohl die Umwandlung Deutschösterreichs in eine Republik als auch die Anschlussklärung an das Deutsche Reich als die Erfüllung des Wollens der Oktoberkämpfer von 1848.

Die Brisanz der Erinnerung an die Oktoberrevolution von 1848 zeigte sich insbesondere Ende des Jahres 1922, als die Sozialdemokraten Bundeskanzler Seipel wegen der Genfer Protokolle, mit denen die Republik Österreich auch ein gegenüber dem Vertrag von St. Germain auf zehn Jahre befristetes verschärftes Anschlussverbot akzeptierte, in ohnehin schon scharfer Polemik nationalen Verrat vorwarfen. Von den Kommunisten, die eine politische Splittergruppe darstellten, und linken Sozialdemokraten wurde in dieser Zeit ein radikales Gedicht aus der 48er-Revolution, das wenige Tage vor der Ermordung Latours veröffentlicht worden war, auf Seipel umgedichtet, auf den dann eineinhalb Jahre später ein sozialdemokratischer Arbeiter ein schweres Attentat begehen sollte. Zum 80. Jubiläum der

Wiener Oktoberrevolution im Jahre 1928, ein Jahr nach den blutigen Ereignissen am Tag des Justizpalastbrands, verglich die *Arbeiterzeitung* die Situation der Sozialdemokratie, die aus „dem Blut der Taten des Oktober“ erwachsen sei, im Kampf mit der Bourgeoisie zur Verteidigung des „roten Wiens“ mit der der Oktoberkämpfer von 1848.

Das sozialdemokratische Gedenken an den Oktoberaufstand war aus Sicht des Bürgertums eine Provokation. Auch historisch symbolisierte es den Gegensatz zwischen Proletariat und Bürgertum. Der Aufstand war von Arbeitern und Studenten getragen worden, während das Bürgertum sich aus der Stadt geflüchtet hatte. Die bürgerliche Presse der Ersten Republik vermittelt den Eindruck, dass die Wiener Oktoberrevolution von 1848 einen beinahe unaussprechlichen Schrecken darstellte. Ebenso kam Robert Blum, der im Gedenken der Sozialdemokraten eine so wichtige Rolle spielte, in der Revolutionserinnerung der bürgerlichen Presse kaum vor.

Soweit in der *Neuen Freien Presse*, der *Reichspost* und den *Wiener Neuesten Nachrichten*, dem offiziellen Organ der Großdeutschen Volkspartei, an 1848 erinnerte wurde, ging es um die Märzrevolution, die Paulskirche, die nationale Frage und die Akademische Legion sowie um historische Gestalten wie Kudlich, in den *Wiener Neuesten Nachrichten* auch um Karl Schurz und Freiligrath. In den ersten Jahren nach der Niederlage der Mittelmächte im Weltkrieg, den neuerlichen Revolutionen und dem Sturz der Monarchien in Mitteleuropa 1918/19 saß der Schrecken bei Christlichsozialen und Großdeutschen so tief, dass die 48er-Revolution kaum thematisiert wurde. Bestimmend für das Verhältnis sowohl der Großdeutschen als auch der Christlichsozialen zur 48er-Revolution war der Antisemitismus, der sich unter dem Eindruck der Revolutionen von 1918/19 radikalisiert hatte.

Das zeigte sich sowohl im radikal antisemitischen Artikel der *Reichspost* zum Jubiläum der Märzrevolution 1923 als auch beim Wiederbelebungsversuch der 48er-Tradition in der zweiten Hälfte der 20er-Jahre im großdeutschen Lager durch die *Wiener Neuesten Nachrichten*, die erkennbar antisemitische Vorbehalte gegenüber der 48er-Revolution bei ihren Lesern voraussetzten. In der 48er-Revolutionserinnerung der großdeutschen Zeitung stand dabei die Anschlussforderung politisch völlig im Mittelpunkt. Dagegen verteidigte die *Reichspost*, wenn sie an 1848 erinnerte, die Habsburgermonarchie und behauptete 1923, die Anschlussforderung von 1918/19 scheine inzwischen genauso weit in der Vergangenheit zu liegen wie „die Dinge von 1848“.

Offenkundig ist auch, dass sowohl die Großdeutschen als auch die Christlichsozialen mit dem wachsenden zeitlichen Abstand zu 1918/19 in der zweiten Hälfte der 20er-Jahre eher als noch in der ersten Hälfte in der Lage waren, die 48er-Revolution sachlich zu thematisieren. Festzuhalten bleibt, dass die 48er-Revolutionserinnerung in der Ersten Republik eine Erinnerung war, die den Graben zwischen Sozialdemokratie und Bürgertum symbolisierte und vertiefte.

III. Deutsches Reich

1. Revolutionserinnerung im Weltkrieg

Genauso wie in Österreich war es im Deutschen Reich vor allem die Sozialdemokratie gewesen, die in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg die Erinnerung an die 48er-Revolution wachgehalten hatte. Seit der Reichsgründung 1871 hatte sich der jährliche Gang zu den Gräbern der Gefallenen vom 18. März 1848 im Berliner Friedrichshain zu einem der zentralen Rituale der deutschen Sozialdemokratie entwickelt; daneben fanden in weiten Teilen des Reiches Märzfeiern statt. Dabei galt das Gedenken am 18. März zunächst nicht ausschließlich den Berliner Märzgefallenen von 1848, sondern auch und anfangs in erster Linie den Kämpfern der Pariser Kommune von 1871. Seit den 1890er-Jahren trat bei den deutschen Sozialdemokraten die Erinnerung an die Erhebung in der französischen Hauptstadt jedoch immer mehr zurück und die Erinnerung an die eigene nationale Tradition in den Vordergrund. Zugleich wurde die deutsche 48er-Revolution, die Marx und Engels seinerzeit in der *Neuen Rheinischen Zeitung* als eine zweitrangige Revolution beschrieben hatten, in der sozialdemokratischen Geschichtsschreibung, und zwar sowohl in dem von Franz Mehring repräsentierten orthodox-marxistischen als auch in dem von Wilhelm Liebknecht und Wilhelm Blos vertretenen eher reformistischen Strang, deutlich aufgewertet und die Berliner Revolution vom 18. März 1848 als folgenreiche historische Zäsur gedeutet.¹

¹ Vgl. Bouvier, Französische Revolution und deutsche Arbeiterbewegung, S. 251-390; dies., Zur Tradition von 1848 im Sozialismus, S. 1169-1200; dies., Die Märzfeiern der sozialdemokratischen Arbeiter. Gedenktage des Proletariats – Gedenktage der Revolution. Zur Geschichte des 18. März, S. 334-351; Hettling, Nachmärz und Kaiserreich, S. 11-24; Klemm, Erinnert – umstritten – gefeiert, S. 51-71, 90-93, 132-157, 197-200; Mergel, Sozialmoralische Milieus und Revolutionsgeschichtsschreibung. Zum Bild der Revolution von 1848/49 in den Subgesellschaften des deutschen Kaiserreichs, S. 253-256; Welskopp, Das Banner der Brüderlichkeit, S. 23 f., 357, 526 f., 668, 672, 702 f.; Rüdiger Hachtmann, Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Bonn 1997, S. 850-856; Buchner, Um nationale und republikanische Identität, S. 168-173; Manfred Görtemaker u.a. (Hg.), Zwischen Königtum und Volkssouveränität. Die Revolution von 1848/49 in Brandenburg (=Quellen, Findbücher und Inventare des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, Sonderband), Frankfurt a. M. u.a. 1999, S. 329-331; Schwerin, The Revolution of 1848 and German historians, S. 289 f.; Baumgart, Die verdrängte Revolution. Darstellung und Bewertung der Revolution von 1848 in der deutschen Geschichtsschreibung vor dem Ersten Weltkrieg, S. 158-167; Schmidt, Die Revolution von 1848/49 in der Traditionspflege der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung, S. 241-259; ders., Wilhelm Liebknecht und die Tradition der Revolution von 1848/49, S. 5-15; Schröder, Die Tradition von 1848/49 und der Übergang zum Imperialismus. Zu einigen Aspekten des Erbes der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49 im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts, S. 91-184; Wittwer, Die Revolution von 1848/49 in der sozialdemokratischen Presse während der Revolution in Russland 1905–1907, S. 185-222; Czihak, Der Kampf um die Ausgestaltung des Friedhofes der Märzgefallenen im Berliner Friedrichshain, S. 549-561; Abraham, Der Friedrichshain. Die Geschichte eines Berliner Parks von 1840 bis zur Gegenwart, S. 20-29; Hachtmann, Totenkulte und Ikonisierungen. Robert Blum und andere Revolutionshéroen in der Erinnerung, S. 169-176; Michalka, Der umstrittene Robert Blum. Forschungswege, S. 186-195; Christina Klausmann/Ulrike Ruttman, Die Tradition der Märzrevolution. Ausblick, S. 159-163 u. 268-270; Peter Friedemann, Anspruch und Wirklichkeit der Arbeiterkultur 1891–1933, in: Dietmar Petzina (Hg.), Fahnen, Fäuste, Körper. Symbolik und Kultur der Arbeiterbewegung, Essen 1986, S. 101-111, hier: 101-103; Richard J. Evans (Hg.), Kneipengespräche im Kaiserreich. Stimmungsberichte der Hamburger politischen Polizei 1892–1914, Reinbek bei Hamburg 1989,

Auch im Ersten Weltkrieg setzte die Sozialdemokratie die Tradition des jährlichen Besuchs an den Gräbern der Märzgefallenen, wenn auch bei stark gesunkenen Teilnehmerzahlen, fort.² Die Berichterstattung darüber im sozialdemokratischen Zentralorgan *Vorwärts* vermerkte 1915, dass die bürgerlich-demokratischen Vereine, die seit einigen Jahren regelmäßig eine größere Anzahl Kränze mit „scharz-rot-gelben“ Schleifen gebracht hätten, in diesem Jahr fast ganz ausgeblieben seien. Nur der Berliner Arbeiterverein sei als einzige demokratische Organisation dieser Tradition treu geblieben – die vom Bürgertum vergessenen Gräber der Märzgefallenen waren in der sozialdemokratischen Revolutionserinnerung geradezu ein Topos.³ Außerdem hatten die Anarchisten einen Kranz mit schwarzer Schleife niedergelegt. Ansonsten habe das „zukunftsfreudige Rot“ den Friedhof dominiert. Die meisten dieser Kränze stammten von den Arbeitern großer Betriebe, andere von kleineren Gewerkschaftsgruppen sowie dem *Vorwärts* und der Berliner und Brandenburger SPD.

Obschon es im 50. Jubiläumsjahr der 48er-Revolution 1898 im Bürgertum zumindest ein umfangreicheres Gedenken als im Jahr des 25. Revolutionsjubiläums 1873 gegeben hatte, war die Behauptung, das Bürgertum habe die Gräber der Märzgefallenen vergessen, mehr als Polemik eines politischen Gegners. Dies zeigte eine Äußerung Friedrich von Payers, des Führers der schwäbischen Demokratie, von 1914: Bei den Wahlkämpfen in den 1870er-Jahren habe er in seinen Reden noch an 1848 anknüpfen müssen, da es damals noch Achtundvierziger gegeben habe, dagegen überspringe die erfolgreiche Generation von 1870 die 48er-Revolution und knüpfe direkt an 1813 an.⁴ Von Payers Partei, die süddeutsche

S. 243, 248 f., 281 f.; Helga Grebing/Monika Kramme, Franz Mehring, in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), *Deutsche Historiker*, Bd. 5, Göttingen 1972, S. 73-94; Horst Krause, Wilhelm Bloss, *Zwischen Marxismus und demokratischen Sozialismus in Geschichtsschreibung und Politik*, Husum 1980.

² Zur Beschränkung politischer Aktivitäten in Berlin im Weltkrieg durch die Verhängung des Belagerungszustandes vgl. Jon Lawrence, *Public Space, political Space*, in: Jay Winter/Jean-Louis Robert (Hg.), *Capital Cities at War*. Paris, London, Berlin 1914–1919, Bd. 2: *A cultural History*, Cambridge u.a. 2007, S. 280-312, hier: 288.

³ Auch 1917 machte der *Vorwärts* einen Kranz mit schwarz-rot-goldener Schleife aus, 1918 hingegen keinen mehr. Die *Vossische Zeitung* vermerkte 1916 eine schwarz-rot-goldene Schleife. „Der 18. März im Friedrichshain“, in: *Vossische Zeitung* (fortan: VZ), 18.3.1916, AA; auch: Mehring, *Zum Gedächtnis der Märzrevolution* (März 1898), in: ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. 4: *Aufsätze zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 2. durchges. u. verä. Aufl., Berlin (Ost) 1963, S. 233-237, hier: 236 f.; ders., *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie*, S. 359 f.; vgl. Baumgart, *Die verdrängte Revolution*, S. 161; Klemm, *Erinnert – umstritten – gefeiert*, S. 74, 77, 156.

⁴ Vgl. Eberhard Kurtze, *Die Nachwirkungen der Paulskirche und ihrer Verfassung in den Beratungen der Weimarer Nationalversammlung und in der Verfassung von 1919*, Berlin 1931, S. 12 f.; siehe auch den Brief v. Theodor Heuss an Elly Heuss Knapp (31.8./1.9.1912), in: Theodor Heuss, *Stuttgarter Ausgabe*, hg. v. d. Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, *Briefe: 1892–1917*, hg. u. bearb. v. Frieder Günther, München 2009, S. 357-361, hier: 358; vgl. Karl Griewank, *Ursachen und Folgen des Scheiterns der deutschen Revolution von 1848* (1950), in: Dieter Langewiesche (Hg.), *Die deutsche Revolution von 1848/49 (=Wege der Forschung, Bd. 164)*, Darmstadt 1983, S. 59-90, hier: 60; Wolfgang Hardtwig, *Bürgertum, Staatssymbolik und Staatsbewusstsein im Deutschen Kaiserreich 1871–1914*, in: GG, 16 (1990), S. 269-295, hier: S. 281; Klemm, *Erinnert – umstritten –*

Volkspartei, die als letzte politische Gruppierung im Kaiserreich die schwarz-rot-goldene Fahne beibehalten hatte, hatte 1910 beim Zusammenschluss mit den preußischen linksliberalen Gruppen zur Fortschrittlichen Volkspartei auf dieses Symbol verzichtet.⁵

Genau registriert wurden vom *Vorwärts* die Präsenz der Polizei auf dem Friedhof und deren Verhalten am Gedenktag. Im Kaiserreich war es üblich, dass die Polizei, wenn die Kranzdelegationen am Märzfeiertag den Friedhof betraten, die Texte auf den Kranzschleifen überprüfte und diese mit einer Schere abtrennte, falls sie die Aussagen als revolutionär einstufte. In einigen früheren Jahren war es am Märzfeiertag auch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den die Gräber besuchenden Arbeitern und der stark vertretenen Polizei gekommen.⁶ Dagegen vermerkte der *Vorwärts* in den Weltkriegsjahren nur eine geringe Polizeipräsenz, und dass von den Polizisten kaum eine Kranzschleife abgetrennt wurde, gewissermaßen nur das erforderliche absolute Minimum, um diese Tradition aufrechtzuerhalten – die Zensur der Kranzschleifen gehörte, daran lässt der Ton der Berichterstattung im *Vorwärts* keinen Zweifel, für die Sozialdemokratie zum Ritual des 18. März.⁷

In den Kriegsjahren 1915, 1917 und 1918 war der 18. März dem *Vorwärts* außerdem Anlass zu politischen Reflexionen. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Philipp Scheidemann sprach die Revolutionserinnerung am 18. März 1915, also noch im ersten Kriegsjahr, bei den Haushaltsberatungen auch im Parlament an. Die Deutschen bräuchten zum Kriege Brot, sie bräuchten zum Kriege aber auch Freiheit: „Ein Volk, das keine Freiheit zu verteidigen hat, hat nichts zu verteidigen.“ Scheidemann spielte in seiner Rede auf die Forderung nach Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts an und forderte konkret unter Berücksichtigung „wirklich militärischer Interessen“ die Wiederherstellung der Presse-,

gefeiert, S. 71-86, 93-101, 108-132, 157-168, 184-197, 200-215, insb.: 157, 184, 215; Otto Hörth, Gedenkfeiern 1873 – 1898 – 1923 (=Die Paulskirche. Eine Schriftenfolge, Bd. 14), Frankfurt a. M. 1925, S. 9-56, insb.: 51.

⁵ Vgl. Friedel, Deutsche Staatssymbole, S. 30 f.; auch: Paul Wentzcke, Die deutschen Farben, 1927, S. 202; Eberhard Naujoks, Württemberg 1864 bis 1918, in: Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte, Bd. 3: Vom Ende des Alten Reiches bis zum Ende der Monarchien, hg. v. Hansmartin Schwarzmaier, Stuttgart 1992, S. 333-432, hier: 412; Hans Fenske, Der liberale Südwesten. Freiheitliche und demokratische Traditionen in Baden und Württemberg 1790–1933 (=Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 5), Stuttgart 1981, S. 181.

⁶ Vgl. Hettling, Nachmärz und Kaiserreich, S. 16 f.; ders., Erlebnisraum und Ritual. Die Geschichte des 18. März 1848 im Jahrhundert bis 1948, S. 427.

⁷ „An den Gräbern der Märzgefallenen“, in: *Vorwärts*, 19.3.1915; „Die diesjährige Märzfeier“, in: ebd., 19.3.1916; „An den Gräbern der Märzgefallenen“, in: ebd., 19.3.1917; „Bei den Märzgefallenen“, in: ebd., 19.3.1918; 1915 auch: „Auf dem Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain“, in: Berliner Tageblatt (fortan: BT), 18.3.1915, AA. Eine Statistik der Berliner Polizei über den Gräberbesuch am Märzfeiertag, die Zahl der niedergelegten Kränze und die Zahl der polizeilich abgetrennten Kranzschleifen in den Jahren 1903 bis 1909 in: Görtemaker u.a. (Hg.), Zwischen Königtum und Volkssouveränität, S. 331.

Vereins- und Versammlungsfreiheit. Dabei berief er sich auf die „Vorkämpfer der deutschen Einheit und Freiheit“, an die die Sozialdemokraten am 18. März dankbar denken müssten.

„Meine Herren, ohne 48 kein Deutsches Reich, ohne das allgemeine gleiche Wahlrecht kein einiges deutsches Volk, (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) das heute imstande ist, einer Welt von Feinden zu trotzen! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber auch ohne Nichterfüllung gegebener Versprechungen in den Freiheitskriegen nicht die Notwendigkeit innerer Wirren und blutiger Opfer!“

Letzteres war eine deutliche Warnung an den Kaiser und die Reichsregierung. Das deutsche Volk müsse „den Weg zur Freiheit“ gehen, sonst drohe die „Gefahr der Selbstvernichtung“. Den Reichskanzler verwies er auf Bismarck als Vorbild, der 19 Jahre nach 1848 das allgemeine Wahlrecht in die Verfassung des Norddeutschen Bundes aufgenommen habe.⁸

Der Reichstagsabgeordnete Eduard Bernstein, der im Revisionismusstreit marxistische Dogmen der Sozialdemokratie infrage gestellt hatte, historisierte in seinem Leitartikel zum Märzfeiertag im gleichen Jahr die Barrikadenkämpfer von 1848. Zum ersten Mal, seitdem die Sozialdemokratie am 18. März das Gedenken der demokratischen Volkserhebung begehe, befinde sich das deutsche Volk in einem großen Krieg. In den letzten Jahren habe die Sozialdemokratie am Märzfeiertag an eine ganz andere Art von Kämpfen gedacht – Bernstein spielte damit darauf an, dass die Sozialdemokraten in den Jahren vor dem Weltkrieg den 18. März in den Dienst ihrer Agitation gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht gestellt hatten.⁹ Die „alte Form der Barrikadenkämpfe“ von 1848 und 1871, so lautete die Botschaft Bernsteins, sei veraltet und humaneren Formen der politischen Auseinandersetzung gewichen, anzuknüpfen sei aber an den Geist der Streiter der Februar- und Märztage des Jahres 1848 – mit Ersteren waren die Kämpfer der Pariser Februarrevolution gemeint – sowie der Pariser Kommune von 1871.¹⁰

Vor dem Hintergrund der russischen Oktoberrevolution 1917 schrieb am 17. März 1918 der Chefredakteur des *Vorwärts*, Friedrich Stampfer, unter der Überschrift „Siebzigster Geburtstag“ einen Kommentar zum Märzfeiertag, in dem er dem Schicksal dankte, dass die Deutschen, die in revolutionären Traditionen „nicht eben groß“ seien, wenigstens diese hätten. Er erinnerte an die Parlamente der 48er-Revolution auf deutschem Boden, die als

⁸ Verhandlungen des Reichstags, Bd. 306, S. 59 f.

⁹ Vgl. Hettling, Nachmärz und Kaiserreich, S. 15; Klausmann/Ruttmann, Die Tradition der Märzrevolution, S. 161; Wittwer, Die Revolution von 1848/49, S. 219.

¹⁰ Eduard Bernstein, „Am 18. März 1915“, in: *Vorwärts*, 18.3.1915; „18. März“, in: ebd., 18.3.1917; vgl. Siemann, Der Streit der Erben, S. 135; Hettling, Nachmärz und Kaiserreich, S. 15.

Parlamente des gleichen Wahlrechts in den Augen der Zeitgenossen „phantastische Neuschöpfungen“ gewesen seien. Sowohl die Paulskirche als auch die preußische Nationalversammlung seien ruhmlos geendet, jene mit dem vorläufigen Ende der Reichsidee, diese mit der Konterrevolution und dem Dreiklassenwahlrecht.

Je mehr jedoch der heutige Reichstag von der Arbeiterklasse mit demokratischem Geist erfüllt werde, umso stolzer werde er sich als Nachfahre der Paulskirche bekennen. Diese sei bei weitem nicht so schlecht gewesen, wie sie von einer reaktionären Geschichtsschreibung dargestellt worden sei – Stampfer übergang an dieser Stelle, dass Marx und Engels in ihrer Verachtung für die Paulskirche nicht hinter der „reaktionären Geschichtsschreibung“ zurückstanden. Angesichts der erwarteten Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts, von Stampfer als „Wiedergeburt des demokratischen Preußenparlaments“ apostrophiert, für die sich eine erdrückende Mehrheit der Bevölkerung ausspreche, konstatierte er: Die Demokratie festige sich.

Die zweite zentrale Aussage seines Kommentars formulierte Stampfer als Mahnung an das Bürgertum, obschon es sich gleichermaßen um eine Mahnung an die Arbeiterschaft handelte. Er schrieb, das deutsche Bürgertum solle sich bewusst sein, dass das deutsche Proletariat sich bislang nur einmal mit Gewalt erhoben habe, 1848, und zwar Seite an Seite mit dem Bürgertum. Dagegen habe sich in Frankreich 1848 bereits etwas Ähnliches ereignet wie heute in Russland, der unmittelbare Übergang einer bürgerlichen Revolution zur proletarischen.

Über die französische Februarrevolution 1848 urteilte Stampfer: Die sozialen Bestrebungen, die in den Nationalwerkstätten Louis Blancs gipfelten, seien weniger am Egoismus des Bürgertums als am eigenen Dilettantismus gescheitert. Der anschließende Juniaufstand der Pariser Arbeiter unterscheide sich lediglich durch seine Erfolglosigkeit von der bolschewistischen Erhebung vom November 1917. In beiden Fällen handle es sich um den Versuch, mit revolutionären Mitteln über die Formen der Demokratie hinweg eine neue soziale Ordnung zu errichten. Gegen diese Versuche insistierte Stampfer, dass der Sozialismus nicht gegen die Demokratie, sondern nur durch sie verwirklicht werden könne.

„Die bürgerliche Gewaltrevolution vor 70 Jahren hat die Bresche geschlagen für die gewaltlose soziale Revolution des Proletariats.“¹¹

¹¹ Friedrich Stampfer, „Siebzigster Geburtstag“, in: Vorwärts, 17.3.1918; vgl. Engels, Revolution and Counter-Revolution, S. 35, 70.

Aus ähnlich gelagerten Befürchtungen, wie sie in Stampfers Artikel mitschwangen, war ein Jahr zuvor in den letzten Monaten vor dem Sturz des Reichskanzlers Bethmann Hollweg der Historiker Friedrich Meinecke wiederholt bei diesem vorstellig geworden und hatte mit Verweis auf die Fehler Friedrich Wilhelms IV. vor und nach dem 18. März 1848 auf rasche Reformen gedrungen, um einer sozialistischen Welle vorzubeugen.¹²

2. Die Revolution von 1918/19

Die Spartakusgruppe

Mit der Berufung einer parlamentarischen Reichsregierung am 3. Oktober 1918 und den anschließenden Verfassungsreformen im Deutschen Reich schienen Stampfers Hoffnungen auf eine gewaltlose Demokratisierung sich – wenn auch sehr spät – zu bestätigen.¹³ Etwas ganz anderes wollte die am linken Rand der Unabhängigen Sozialdemokratie, die sich 1917 von den Sozialdemokraten abgespalten hatte, stehende Spartakusgruppe, die auf ihrer Reichskonferenz am 7. Oktober 1918 eine Resolution verabschiedete, die unter Bezugnahme auf die Revolution von 1848 ihr Programm formulierte:

„Die Zertrümmerung des deutschen Imperialismus hat die deutsche Verfassung und die deutsche Wirtschaftsorganisation aufs tiefste erschüttert und schafft dadurch eine revolutionäre Situation, die alle Probleme entrollt, die die deutsche Bourgeoisie in der Revolution von 1848 nicht zu lösen fähig war. [...] Das deutsche Proletariat proklamiert unter Anknüpfung an das revolutionäre Programm der kommunistischen Partei von 1848 die deutsche sozialistische Republik, die mit der russischen Sowjetrepublik solidarisch ist, zur Entfesselung des Kampfes des Proletariats der Welt gegen die Bourgeoisie der Welt – der proletarischen Diktatur gegen den kapitalistischen Völkerbund.“¹⁴

Für die Spartakusgruppe rief Karl Liebknecht im Sinne dieser Resolution am 9. November, am Tag des Sturzes der Hohenzollernmonarchie, von einem Fenster des Berliner

¹² Friedrich Meinecke, Straßburg/Freiburg/Berlin 1901–1919. Erinnerungen (1949), in: ders., Werke, Bd. 8: Autobiographische Schriften, hg. u. eingel. v. Eberhard Kessel, Stuttgart 1969, S. 135–320, hier: 278–280. Die Parallele zu 1848 zog, indem sie das königlich-preußische Verfassungsversprechen aus der Zeit der Befreiungskriege mit dem kaiserlichen Versprechen vom 7. April 1917, das preußische Dreiklassenwahlrecht abzuschaffen, in Verbindung brachte, auch die Zeitschrift *Die Zukunft* in einem ausführlichen Artikel im April 1918, der mit den Sätzen endete: „Nie mehr aber ist der Streit um ererbtes und erworbenes Besitzrecht verstummt. In siebzig Jahren nicht. Wir schlafen sämtlich auf Vulkanen.“ „Achtundvierzig“, in: *Die Zukunft*, 26 (1917/18), 13. April, S. 27–54, hier: 54; vgl. Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 1, S. 347.

¹³ Eine Erfurter USPD-Zeitung, die „*Tribüne*“, deutete am 5. Oktober 1918 die Reformen als Versuch, das zu vollenden, was die bürgerliche 48er-Revolution „aus Furcht vor dem Proletariat wie aus natürlicher Feigheit“ unvollendet gelassen habe. Vgl. Detlef Lehnert, *Sozialdemokratie und Novemberrevolution. Die Neuordnungsdebatte 1918/19 in der politischen Publizistik von SPD und USPD*, Frankfurt a. M./New York 1983, S. 53 f.

¹⁴ Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II: 1914–1945, hg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 2: November 1917–Dezember 1918, Berlin 1957, S. 228–234, hier: 229.

Stadtschlusses die sozialistische Republik und die Weltrevolution aus und erinnerte dabei an die bis dato tiefste Demütigung der preußischen Monarchie:

„Parteigenossen, der Tag der Freiheit ist angebrochen. Nie wieder wird ein Hohenzoller diesen Platz betreten. Vor 70 Jahren stand hier am selben Ort Friedrich Wilhelm IV. und musste vor dem Zug der auf den Barrikaden Berlins für die Sache der Freiheit Gefallenen, vor den fünfzig blutüberströmten Leichen seine Mütze abnehmen.“

Im Anschluss an die Rede Liebknechts wurde an dem Mast der Kaiserstandarte die rote Fahne aufgezogen.¹⁵

Die ab dem folgenden Tag als „Zentralorgan des Spartakusbundes“ unter der Schriftleitung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg erscheinende *Rote Fahne* nahm in ihren politischen Kommentaren in den nächsten Wochen häufig in entscheidenden Fragen auf die Revolution von 1848 Bezug, allerdings in abgrenzender Form, um das schärfer herauszuarbeiten, was die Kommunisten selbst gerade *nicht* wollten. Gleich in der ersten Ausgabe am 10. November hieß es auf der Titelseite:

„Stolz weht die Rote Fahne über der Reichshauptstadt. [...] ihre [dieser Revolution, D.B.] Losung heißt nicht nur Republik, sondern sozialistische Republik! Ihr Banner ist nicht die schwarz-rot-goldene Fahne der bürgerlichen Republik von 1848, sondern die rote Fahne des internationalen sozialistischen Proletariats, die rote Fahne der Kommune von 1871 und der russischen Revolution von 1905 und 1912 [sic!].“¹⁶

So wie die Spartakisten sich selbst von der 48er-Revolution abgrenzten, schmähten sie ihre politischen Feinde mit Vorliebe, indem sie sie zu diesem Ereignis in Beziehung setzten. Karl Liebknecht hielt am 19. November unter der Überschrift „Der neue Burgfrieden“ den „Scheidemanns und Konsorten“ vor, dass die „Revolution“ bislang nicht mehr gewesen sei, als der Zusammenbruch der autokratischen Formen, die das „tolle Jahr“ übrig gelassen habe, die Vollendung der bürgerlichen Revolution.¹⁷ Rosa Luxemburg zieht die Führung der Unabhängigen Sozialdemokraten, Karl Kautsky, Rudolf Hilferding und Hugo Haase, eine langweilig-pedantische deutsche Wiedergeburt der „kleinbürgerlichen Illusionisten und

¹⁵ Gerhard A. Ritter/Susanne Miller (Hg.), *Die deutsche Revolution 1918–1919. Dokumente*, 2., erheblich erw. u. überarb. Aufl., Hamburg 1975, S. 78 f.; auch: „Eine Ansprache Liebknechts am Schlossfenster“, in: BT, 10.11.1918, MA; zur Huldigung der Märzgefallenen durch Friedrich Wilhelm IV. am 19. März 1848 vgl. Hachtmann, Berlin 1848, S. 204–208; Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution*, Bd. 1, S. 444–447; zum Folgenden siehe auch: Klein, 1848 und 1918, S. 223–250.

¹⁶ „Die rote Fahne“, in: *Die Rote Fahne* (fortan: RF), 10.11.1918.

¹⁷ Karl Liebknecht, „Der neue Burgfrieden“, in: RF, 19.11.1918.

Schwätzer“ der französischen Februarrevolution von 1848 zu sein.¹⁸ Paul Levi thematisierte im Dezember die Veränderungen im bürgerlichen Teil des Parteienspektrums. Den Freisinnigen hielt er dabei vor, sich mit dem von ihnen „selbst tausendmal geschändeten und zerrissenen Rock des Revolutionärs von 1848“ zu kostümieren.¹⁹

Auch die Ablehnung der Einberufung einer Nationalversammlung, eine der zentralen Positionen des Spartakusbundes, wurde von Rosa Luxemburg in der *Roten Fahne* in einer abgrenzenden Anspielung auf 1848 markiert: „Die Nationalversammlung ist ein überlebtes Erbstück bürgerlicher Revolutionen“. Sie endete in diesem Artikel mit der Zitierung einer Beschimpfung des Parlamentarismus aus Engels Geschichte der deutschen 48er-Revolution, „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“, die erst 1896 aus der ursprünglichen englischen Fassung von Karl Kautsky ins Deutsche übersetzt worden war:

„Der parlamentarische Kretinismus war gestern eine Schwäche, ist heute eine Zweideutigkeit, wird morgen ein Verrat am Sozialismus sein.“²⁰

Allerdings war die Verachtung für die Paulskirche nicht nur ein Kennzeichen der orthodox marxistischen Darstellung der deutschen 48er-Revolution von Engels und Mehring, sondern charakteristisch für die sozialdemokratische Revolutionsgeschichtsschreibung insgesamt; sie fand sich auch bei Wilhelm Blos und Karl Liebknecht. Der Historiker Thomas Mergel urteilt, die sozialdemokratische Darstellung von 1848 sei Ausdruck der Skepsis, „dass in Parlamenten Geschichte gemacht werden könne“.²¹

In der Bewertung des Parlamentarismus stimmte Luxemburg völlig mit Bismarck überein, der in seiner berühmten Eisen-und-Blut-Rede bei seinem ersten parlamentarischen Auftritt am 30. September 1862 nach seiner Ernennung zum preußischen Ministerpräsidenten mit Blick auf die durch den Wiener Kongress festgelegten „einem gesunden Staatsleben nicht günstigen“ preußischen Staatsgrenzen gesagt hatte:

¹⁸ Rosa Luxemburg, „Die Nationalversammlung“, in: RF, 20.11.1918; zur französischen Februarrevolution vgl. Winkler, Geschichte des Westens, S. 565-570.

¹⁹ Paul Levi, „Der neue Aufmarsch“, in: RF, 6.12.1918.

²⁰ Luxemburg, „Die Nationalversammlung“. Engels bezeichnet den „parliamentary cretinism“ als unheilbare Krankheit. Vgl. Engels, Revolution and Counter-Revolution, S. 70. Die 1896 noch Karl Marx zugeschriebene Schrift Engels' erschien unter dem Titel „Revolution und Kontre-Revolution in Deutschland“ zwischen 1896 und 1922 in sieben Auflagen. Ähnlich wie Luxemburg: Alexandra Müller, Parteiprogramme, in: Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus, 1 (1919), H. 9/10, S. 16-20, hier: 18. Vgl. Schmidt, Die Revolution von 1848/49 in der Traditionspflege, S. 247; Schwerin, The Revolution of 1848, S. 276; Gildea, Mythen der Revolutionen von 1848, S. 1207.

²¹ Mergel, Sozialmoralische Milieus und Revolutionsgeschichtsschreibung, S. 255, 263 (Zitat); vgl. Blos, Die deutsche Revolution, S. 261, 288; Krause, Wilhelm Blos, S. 70-72, auch: 89.

„Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden – das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen –, sondern durch Eisen und Blut.“²²

Was die Einschätzung der politischen Funktion der Erinnerung an die deutsche 48er-Revolution in der Revolution von 1918/19 betraf, deckte sich das Urteil Luxemburgs mit dem von Ernst Troeltsch, der im November 1920 rückblickend schrieb:

„Das ist aber wohl zum Verständnis der weiteren Entwicklung zu bedenken, dass diese Demokratie im Grunde ein antirevolutionäres, Ordnung stiftendes, der Diktatur des Proletariats entgegengesetztes Prinzip war. Nur Kurzsichtige konnten triumphieren und meinen, das Ziel von 1848 sei jetzt erreicht. Nein, was 1848 ein kühnes Fortschrittsunternehmen war, das war jetzt eine konservative Retardierung und Bewältigung der Revolution, das Mittel, den Gegnern der Revolution legale Betätigung und steigenden Einfluss zu sichern.“²³

Leidenschaftlich gegen die Einberufung einer Nationalversammlung plädierte auch Ernst Däumig, einer der revolutionären Berliner Obleute, auf dem Allgemeinen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vom 16. bis zum 21. Dezember 1918 in Berlin. Däumig glaubte nicht, dass eine Nationalversammlung den Sozialismus verwirklichen würde, sah in ihr zugleich das Todesurteil für das Räteresystem und lehnte sie deshalb ab. Zu Beginn und zum Schluss seiner Rede berief er sich auf Ferdinand Freiligrath, den Dichter der 48er-Revolution schlechthin. Er hob an:

„Wir sind die Kraft, wir hämmern jung das alte morsche Ding, den Staat, die wir von Gottes Zorne sind, bis jetzt das Proletariat!“²⁴ [...] Denn was vor 70 Jahren der Sänger der Revolution seherisch sagte, dass *das Proletariat berufen sei, die alte Welt zu zertrümmern und neu zu erbauen*, was seiner Zeit noch versagt blieb, das ist die Aufgabe und Forderung der Stunde von heute.“

Am Ende seiner Rede erinnerte Däumig an die Massengräber des Weltkriegs, die im Friedrichshain liegenden Kämpfer des Jahres 1848 und die dort ebenfalls liegenden Kämpfer

²² Bismarck. Die großen Reden, hg. u. eingel. v. Lothar Gall, Berlin 1981, S. 58-64, hier: 63; vgl. Hugo Preuß, Deutschlands republikanische Reichsverfassung (1923), in: ders., Gesammelte Schriften, i. A. der Hugo-Preuß-Gesellschaft e.V. hg. v. Detlef Lehnert/Christoph Müller, Bd. 4: Politik und Verfassung in der Weimarer Republik, hg. u. eingel. v. Detlef Lehnert, Tübingen 2008, S. 307-366, hier: 322.

²³ Ernst Troeltsch, Die innere Entwicklung der deutschen Revolution (1920), in: Spektator-Briefe. Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918/22. Mit einem Geleitwort von Friedrich Meinecke, zusammengestellt u. hg. v. Hans Baron, Tübingen 1924, S. 16 f., hier: 16.

²⁴ Dabei handelt es sich um ein Zitat aus Freiligraths „Von unten auf!“, veröffentlicht 1846. Freiligraths Werke, Teil 2, S. 95-97, hier: 96.

vom November 1918, von denen er den jungen Erich Habersaath namentlich nannte, und schloss:

„Aus allen diesen Massengräbern des Friedrichshains, da höre ich eine Stimme, und sie soll auch an Ihr Ohr klingen, die die Worte Freiligraths wiedergibt:

O seid gerüstet, steht bereit, o schaffet, dass die Erde,

Darin wir liegen strack und starr, *ganz* eine freie werde.

(Bravo!)

Dass fürder der Gedanke uns nicht stören kann im Schlafen:

Sie waren frei, doch wieder jetzt und ewig sind sie Sklaven!“²⁵

Dagegen berief sich der Demokrat Wilhelm Loos, der auf dem Rätekongress für die Nationalversammlung eintrat, auf den „Geist der 48er aus der Paulskirche“.²⁶ Da der erste Rätekongress überwiegend der Mehrheitssozialdemokratie anhing, konnte sich Däumig mit der Ablehnung der Nationalversammlung nicht durchsetzen.

Eineinhalb Wochen später hielt Rosa Luxemburg auf dem Gründungsparteitag der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ eine Rede zum Programm der neuen Partei. In Abgrenzung vom späten Engels, der 1895 Barrikadenkämpfe als veraltete politische Kampfmethodik bezeichnet hatte, proklamierte sie den Rückgriff auf den Marx und den Engels des Jahres 1848:

„Wenn wir heute in unserem Programm erklären: die unmittelbare Aufgabe des Proletariats ist keine andere als – in wenigen Worten zusammengefasst – den Sozialismus zur Wahrheit und Tat zu machen und den Kapitalismus mit Stumpf und Stiel auszurotten, so stellen wir uns auf den Boden, auf dem Marx und Engels 1848 standen und von dem sie prinzipiell nie abgewichen waren.“²⁷

Den Januaraufstand, der wenig später in Berlin ausbrach, wollten Liebknecht und Luxemburg nicht, aber sie schlossen sich ihm nach seinem Ausbruch an. Nach dessen Niederschlagung und kurz vor ihrer Ermordung äußerten die beiden sich jeweils noch einmal in der *Roten*

²⁵ Allgemeiner Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Vom 16. bis 21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhaus zu Berlin. Stenographische Berichte, hg. v. Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschlands, Berlin 1919, S. 226-236 (Zitate: 226 u. 236); beim Freiligrath-Zitat handelt es sich um die in der Revolution von 1918/19 und in der Weimarer Republik häufig zitierten Schlussverse aus dem Gedicht „Die Toten an die Lebenden“ vom Juli 1848. Freiligraths Werke, Teil 2, S. 131-133, hier: 133; zu Habersaath vgl. Joachim Hoffmann, Berlin-Friedrichsfelde. Ein deutscher Nationalfriedhof, Berlin 2001, S. 52.

²⁶ Allgemeiner Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, S. 259.

²⁷ Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918/1919. Mit einer Einführung zur angeblichen Erstveröffentlichung durch die SED, hg. u. eingel. v. Hermann Weber, Berlin 1993, S. 172-200, hier: 175-179 (Zitat: 179).

Fahne. Luxemburg schrieb in ihrem Artikel „Die Ordnung herrscht in Berlin“, die revolutionären Kämpfe des Sozialismus seien mit Niederlagen gepflastert. Doch gerade diese Niederlagen und die aus ihnen zu schöpfenden Erfahrungen und Erkenntnisse sowie der aus ihnen zu schöpfende Idealismus führten unaufhaltsam zum endgültigen Sieg. Dabei unterschied sie jedoch zwei Formen von Niederlagen: auf der einen Seite revolutionäre Aktionen, die an der mangelnden Reife der historischen Voraussetzungen, auf der anderen Seite solche, die an ihrer eigenen Halbheit und Unentschlossenheit scheiterten.²⁸ Nur jene Niederlagen trugen in den Augen Luxemburgs aber zum endgültigen Sieg bei.

Die deutsche 48er-Revolution war für Luxemburg geradezu der Inbegriff einer „Revolution“, die keine positive Tradition stiftete:

„Klassische Beispiele für beide Fälle sind einerseits die französische Februar-Revolution, andererseits die deutsche März-Revolution. Die heldenmütige Aktion des Pariser Proletariats im Jahre 1848 ist der lebendige Quell der Klassenenergie für das ganze internationale Proletariat geworden. Die Jämmerlichkeiten der deutschen März-Revolution hingen der ganzen modernen deutschen Entwicklung wie eine Fußkugel an. Sie wirkten durch die besondere Geschichte der offiziellen Deutschen Sozialdemokratie bis in die jüngsten Vorgänge der deutschen Revolution.“²⁹

Die Frage, was für eine Art von Niederlage der gerade niedergeschlagene Januaraufstand gewesen sei, beantwortete Luxemburg zunächst ambivalent, indem sie den Berliner Massen kraftvolle Entschlossenheit attestierte, bei ihrer Führung aber Zaghaftigkeit und Halbheit ausmachte – letztlich seien die Massen aber das Entscheidende, und darum werde aus dieser „Niederlage“ der künftige Sieg entstehen.

Karl Liebknecht überschrieb seinen letzten Artikel den Titel eines Gedichts Freiligraths zitierend „Trotz alledem!“, nachdem Rosa Luxemburg am Tag zuvor mit einem Zitat aus Freiligraths Gedicht „Die Revolution“: „Ich war, ich bin, ich werde sein!“, geendet hatte.³⁰

²⁸ Auch diese Unterscheidung klingt wie ein Echo auf eine Stelle in Engels' „Revolution and Counter-Revolution“: „A well-contested defeat is a fact of as much revolutionary importance as an easily-won victory. The defeats of Paris, in June, 1848, and of Vienna, in October, certainly did far more in revolutionizing the minds of the people of these two cities than the victories of February and March.“ Engels, *Revolution and Counter-Revolution*, S. 62.

²⁹ Vgl. Schulin, *Die deutschen Historiker und die Revolution von 1848/49*, S. 84.

³⁰ Luxemburg, „Die Ordnung herrscht in Berlin“, in: RF, 14.1.1919; vgl. Hans-Ulrich Ludewig, *Arbeiterbewegung und Aufstand. Eine Untersuchung zum Verhalten der Arbeiterparteien in den Aufstandsbewegungen der frühen Weimarer Republik 1920–1923* (=Historische Studien, H. 432), Husum 1978, S. 92; David W. Morgan, *The Socialist Left and the German Revolution. A History of the German Independent*

Übereinstimmend mit Luxemburg konstatierte er, dem deutschen Proletariat fehle bislang eine revolutionäre Überlieferung und Erfahrung. In Anspielung auf die Niederschlagung des Juniaufstands 1848 und der Kommune 1871 in Paris schrieb er gegen die Mehrheitssozialdemokraten gerichtet, die die Volksbeauftragten stellten, welche die Niederschlagung des Januaraufstands befohlen hatten.

„Die französische Bourgeoisie musste die Junischlächter von 1848 und die Maischlächter von 1871 aus ihren eigenen Reihen nehmen. Die deutsche Bourgeoisie braucht sich nicht selbst zu bemühen – ‚Sozialdemokraten‘ vollführten das schmutzig-verächtliche, das blutig-feige Werk; ihr Cavaignac, ihr Gallifet heißt Noske, der ‚deutsche Arbeiter‘.“³¹

Die von Luxemburg und Liebknecht nach dem Scheitern des Januaraufstands geäußerte Behauptung, das deutsche Proletariat entbehre einer revolutionären Tradition, war selbst in der Sozialdemokratie wiederum nicht traditionslos. Wie bereits erwähnt, hatte der Chefredakteur des *Vorwärts* im März 1918 konstatiert, Deutschland sei in revolutionären Traditionen „nicht eben groß“. Klassisch in dieser Beziehung war jedoch die Auseinandersetzung zwischen dem Führer der französischen Sozialisten, Jean Jaurès, und August Bebel auf dem Kongress der Zweiten Internationale 1904 in Amsterdam. Jaurès hatte der deutschen Sozialdemokratie damals vorgeworfen, dass ihr Verhalten durch das Fehlen einer eigenen revolutionären Tradition des deutschen Proletariats bestimmt sei. Bebel hatte

Social Democratic Party, 1917–1922, Ithaca/London 1975, S. 105. In Freiligraths „Trotz alledem!“ vom Juni 1848 lauten zwei besonders prägnante Strophen: „[...] Denn ob der Reichstag sich blamiert/ Professorhaft, trotz alledem!/ Und ob der Teufel reagiert/ Mit Huf und Horn und alledem –/ Trotz alledem und alledem,/ Trotz Dummheit, List und alledem,/ Wir wissen doch: die Menschlichkeit/ Behält den Sieg trotz alledem!/ [...] Nur, was zerfällt, vertretet ihr!/ Seid Kasten nur, trotz alledem!/ Wir sind das Volk, die Menschheit wir,/ Sind ewig drum, trotz alledem!/ Trotz alledem und alledem:/ So kommt denn an, trotz alledem!/ Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht –/ Unser die Welt trotz alledem!“ Und im von Luxemburg zitierten Gedicht „Die Revolution“ von 1851 heißt es über diese sich im Exil befindende: „[...] O nein, was sie den Wassern singt, ist nicht der Schmerz und nicht die Schmach –/ Ist Siegeslied, Triumpheslied, Lied von der Zukunft großem Tag!/ Der Zukunft, die nicht fern mehr ist! Sie spricht mit dreistem Prophezeien,/ So gut wie weiland euer Gott: Ich war, ich bin – ich werde sein!/ [...] Bin ich der Menschheit Odem nicht, die rastlos nach Befreiung lechzt?/ Drum werd’ ich sein, und wiederum voraus den Völkern werd’ ich gehn!/ Auf eurem Nacken, eurem Haupt, auf euren Kronen werd ich stehn!/ ’s ist der Geschichte ehernes Muss! Es ist kein Rühmen, ist kein Drohn –/ Der Tag wird heiß – wie wehst du kühl, o Weidenlaub von Babylon!“ Freiligraths Werke, Teil 2, S. 129–131, hier: 130 f. und S. 137 f., hier: 138.

³¹ Liebknecht, „Trotz alledem!“, in: RF, 15.1.1919. Mit gleicher Tendenz erinnerte auch Däumig auf dem Zweiten Kongress der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte an Cavaignac und allgemeiner an Karl Marx’ „Achtzehnten Brumaire“: II. Kongress der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Deutschlands. Vom 8. bis 14. April im Herrenhaus zu Berlin, Stenographisches Protokoll (Berlin 1919), Nd., Glashütten i. T. 1975, S. 214. Auch Clara Zetkin urteilte im Januar 1920, dem deutschen Proletariat habe bis zum Weltkrieg eine revolutionäre Tradition gefehlt. Vgl. Andreas Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich, München 1999, S. 135. Der General Louis-Eugène Cavaignac verantwortete 1848 als französischer Kriegsminister die Niederschlagung des Juni-Aufstands in Paris. General Marquis de Galliffet war der Befehlshaber bei der Niederschlagung der Pariser Kommune 1871. Vgl. Winkler, Geschichte des Westens, S. 596 f., 1077.

daraufhin erwidert, die Pariser Junischlacht 1848 habe negative Folgen gehabt, insbesondere die Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts.

Es war insofern kein Zufall, dass den deutschen Sozialdemokraten der Vorwurf des Mangels einer revolutionären Tradition gerade vom Führer der französischen Sozialisten gemacht wurde, da dieser Vorwurf stets – explizit oder implizit – die Folie der revolutionären Tradition Frankreichs seit der großen Revolution von 1789 voraussetzte. Bebel selbst hatte in einem Brief an Engels 1891 diesen Vergleich gezogen und bemerkt, das deutsche 1848 sei nicht geeignet, „sonderlich zu imponieren“.³² Diese skeptische Sicht auf den „Anspruch“ des deutschen 1848, eine Revolution zu sein, teilte im Bürgertum der Staatsrechtler Hugo Preuß, der spätere Vater der Weimarer Reichsverfassung, der in seinen Schriften im Weltkrieg den Begriff „Revolution“ für das deutsche 1848 zurückwies und stattdessen von der „Bewegung von 1848“ sprach.³³ Ähnlich sollte sich auch noch im Januar 1919 der demokratische Politiker Theodor Heuss äußern, als er erklärte, die deutschen „Revolutionen“ seien nicht mehr als „Ansätze mit kurzem Atem“ gewesen.³⁴ Im Hinblick auf die KPD hat der Historiker Andreas

³² Bouvier, Französische Revolution und deutsche Arbeiterbewegung, S. 308 f.; vgl. Nipperdey, Der Mythos im Zeitalter der Revolution, S. 330; Dieter Hein, Revolution in Deutschland und Europa. 1848/49 in Neuerscheinungen des Jubiläumsjahres, in: NPL, 44 (1999), S. 276-310, hier: 297. Dass die 48er-Revolution in Deutschland keine traditionsbildende Kraft entfaltete, wird häufig von Historikern konstatiert. Vgl. Langewiesche, Wirkungen des ‚Scheiterns‘. Überlegungen zu einer Wirkungsgeschichte der europäischen Revolutionen von 1848, in: ders. (Hg.), Die Revolutionen von 1848 in der europäischen Geschichte, S. 5-21, hier: 6; Reinhard Rürup, Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichte. Vortrag vor dem Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 4. November 1993 (=Gesprächskreis Geschichte, H. 5), Bonn 1993, S. 26. Dagegen betont Lothar Gall den Charakter der deutschen 48er-Revolution als einer Zäsur, zu der auch die Gegner der 48er-Tradition auch noch aus großer zeitlicher Distanz Stellung beziehen mussten. Vgl. Gall, Die verfehlte Moderne? Das deutsche Bürgertum und die Revolution von 1848, S. 39.

³³ Hugo Preuß, Das deutsche Volk und die Politik (1915), in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. 1: Politik und Gesellschaft im Kaiserreich, hg. u. eingel. v. Lothar Albertin, Tübingen 2007, S. 383-532, hier: 478; ders., Obrigkeitsstaat und großdeutscher Gedanke (1916), in: ebd., S. 547-582, hier: 572; ders., Parlamentarisierung (1917), in: ebd., S. 656-660, hier: 657; auch: ders., Republik oder Monarchie? Deutschland oder Preußen? (1922), in: ebd., Bd. 4, S. 221-241, hier: 223; ders., Deutschlands republikanische Reichsverfassung (1923), in: ebd., S. 307-366, hier: 319 f. Gleichwohl hatte sich Preuß im fünfzigsten Jubiläumsjahr 1898 als Redner am Revolutionsgedenken in Berlin beteiligt. Vgl. Klemm, Erinnert – umstritten – gefeiert, S. 158, FN 548.

³⁴ Theodor Heuss, „Deutschlands Zukunft“, gehalten am 17. Januar vor der Deutschen Demokratischen Partei in Stuttgart, in: Die großen Reden, Bd. 2: Der Staatsmann, Tübingen 1965, S. 17-44, hier: 18; vgl. auch Kruip, Gescheiterter Versuch oder verpflichtendes Erbe? 1848 bei Theodor Heuss, S. 206; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 548; Stadelmann, Soziale und politische Geschichte, S. 216 f.; Griewank, Ursachen und Folgen des Scheiterns der deutschen Revolution von 1848, S. 59; Reinhard Rürup, Problems of Revolution in Germany 1525–1989, in: ders. (Hg.), The Problem of Revolution in Germany. 1789–1989, Oxford/New York 2000, S. 181-201, hier: 192 f.; Andreas Wirsching, Krisenzeit der ‚Klassischen Moderne‘ oder deutscher ‚Sonderweg‘? Überlegungen zum Projekt Faktoren der Stabilität und Instabilität der Demokratie der Zwischenkriegszeit: Deutschland und Frankreich im Vergleich, in: Horst Möller/Udo Wengst (Hg.), 50 Jahre Institut für Zeitgeschichte. Eine Bilanz, München 1999, S. 365-381, hier: 378 f. Im Umfeld des 150. Revolutionsjubiläums 1998 hat der Historiker Manfred Hettling eine vergleichbare Position bezogen und die deutsche „48er-Revolution“ als „revolutionäre Illusion“ bezeichnet. Vgl. Hettling, „An den Grundlagen gerüttelt“. Die Toten von 1848 im nationalen Gedächtnis, in: ders., Totenkult statt Revolution, S. 188-198, hier: 193.

Wirsching wegen ihrer ausgeprägten Tendenz, sich von der deutschen Geschichte zu distanzieren und den Anschluss an die revolutionären Traditionen Frankreichs und Russlands zu suchen, von der „Flucht aus der deutschen Geschichte“ gesprochen.³⁵

Die Unabhängigen Sozialdemokraten

Die *Freiheit*, das ab dem 15. November erscheinende Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokraten, stand in der Tradition des „revolutionären Attentismus“ des sozialdemokratischen marxistischen Zentrums der Vorkriegszeit.³⁶ So erstaunt es nicht, dass es sich bei der ersten Thematisierung der 48er-Revolution unter der Überschrift „Revolutionsliteratur 1848“ um einen antiquarischen Text ohne eindeutige politische Aussage handelte.³⁷ Am 20. November publizierte die Zeitung aus Anlass der Beisetzung der Opfer vom 9. November auf dem Friedhof der Märzgefallenen als einen „Beitrag zur Kulturgeschichte Preußens“ einen ausführlichen Text von einem nicht genannten Beteiligten über die Geschichte der Bestrebungen, den Märzgefallenen im Friedrichshain ein Denkmal zu setzen.³⁸ Der Artikel schloss mit einer Hoffnung:

„Eine neue Zeit ist angebrochen. Neben den Toten von 1848 werden jetzt die Helden der Novemberrevolution von 1918 ruhen. Ein gemeinschaftliches Denkmal wird nun beider Grabstätten zu schmücken haben. Ein Wahrzeichen der siegreichen Revolution.

Man darf wohl hoffen, dass schon die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu einem Antrag auf Errichtung eines Denkmals für die Opfer der Revolution Stellung nimmt, und dass schleunigst dafür gesorgt wird, den Friedhof in einen würdigen Zustand zu setzen.

Und kein Oberbürgermeister, kein Oberpräsident soll es fürder mehr wagen dürfen, sich einer solchen Forderung des Volkes zu widersetzen.“³⁹

Dezidiert politisch war eine Stellungnahme von Rudolf Hilferding, dem Chefredakteur der Zeitung, am 23. November. Statt einer schnellen Einberufung einer Nationalversammlung verlangte er die Fortführung der Revolution. Denjenigen, die den Revolutionären das Recht

³⁵ Vgl. Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?*, S. 343-348 (Zitat: 348), 615; auch: ders., *Krisenzeit der ‚Klassischen Moderne‘ oder deutscher ‚Sonderweg‘?*, S. 380; vgl. auch Hermann Weber, *Kommunismus in Deutschland 1918–1945* (=Erträge der Forschung, Bd. 198), Darmstadt 1983, S. 73.

³⁶ Vgl. Welskopp, *Das Banner der Brüderlichkeit*, S. 595 f.; Morgan, *The Socialist Left*, S. 23 f., 93, 108; Hartfrid Krause, *USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, Frankfurt a. M./Köln 1975, S. 112, 116.

³⁷ „Revolutionsliteratur 1848“, in: *Freiheit*, 16.11.1918, AA; vgl. Krause, *USPD*, S. 114.

³⁸ Zum gescheiterten Versuch einer Denkmalssetzung zum fünfzigsten Revolutionsjubiläum 1898 vgl. Klemm, *Erinnert – umstritten – gefeiert*, S. 108-132; auch: Heike Rausch, *Kultfigur und Nation. Öffentliche Denkmäler in Paris, Berlin und London 1848–1914* (=Pariser Historische Studien, Bd. 70), München 2006, S. 303-310.

³⁹ „Die Geschichte eines Denkmals für die Märzgefallenen (1848–1900). Ein Beitrag zur Kulturgeschichte Preußens“, in: *Freiheit*, 20.11.1918, MA.

bestritten, Gesetze zu geben und die Verwaltung zu reformieren, hielt er vor, dass ihr Recht das der Konterrevolution von 1848 gewesen sei, die über Preußen das Dreiklassenwahlrecht verhängt hatte.⁴⁰ Karl Kautsky hingegen wandte sich nach dem Beschluss der Volksbeauftragten, unter Vorbehalt der Zustimmung der Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte bald Wahlen zur Nationalversammlung abzuhalten, gegen die in seiner Partei verbreitete Ablehnung der Nationalversammlung. Auf den Einwand, eine Nationalversammlung sei notwendigerweise eine „Schwatzbude“, erwiderte Kautsky, das hänge von der historischen Situation und den Befugnissen des Parlaments ab. Als positive Beispiele für Parlamente mit voller politischer Macht erwähnte er unter Rückgriff auf die französische Geschichte die Nationalversammlungen der großen Revolution.⁴¹ In einem weiteren Artikel, der sich mit der in der Bevölkerung verbreiteten Abneigung gegen den Parlamentarismus auseinandersetzte, wurde diese Abneigung nicht auf die Paulskirche, sondern den seit 1871 bestehenden Deutschen Reichstag zurückgeführt.⁴²

Auch die *Freiheit* beklagte wie die Kommunisten das Elend der deutschen politischen Geschichte; 1848 wurde in diesem Zusammenhang als „zu kurz geratener Anlauf“ bezeichnet.⁴³ Ende Januar 1919 sah die Zeitung in der Entscheidung der Volksbeauftragten, die Nationalversammlung nicht in Berlin, sondern in Weimar tagen zu lassen, einen Ausdruck der politischen Unbegabtheit des deutschen Volkes. In der 48er-Revolution habe die erfolgreiche Gegenrevolution die Nationalversammlungen von Berlin nach Brandenburg und von Wien nach Kremsier verlegt; die Regierung Ebert-Scheidemann hingegen erledige die Geschäfte selbst, die sonst der Gegenrevolution vorbehalten seien.⁴⁴

Den Entwurf der Reichsverfassung kritisierte das Organ der Unabhängigen dafür, dass er im Grundrechtsabschnitt mit der Erklärung der Unverletzlichkeit des Eigentums an die bürgerliche Wirtschaftsordnung, wie sie von der Paulskirche verkündet wurde, anknüpfe.⁴⁵ Schließlich druckte das Blatt – zu den übrigen Bezugnahmen auf 1848 nicht ganz passend – einen schönen Brief ab, den der berühmte Achtundvierziger Carl Schurz nach seiner Ankunft

⁴⁰ R.H., „Klarheit!“, in: *Freiheit*, 23.11.1918, MA; vgl. Morgan, *The Socialist Left*, S. 60 f.

⁴¹ Karl Kautsky, „Nationalversammlung und Räteversammlung“, in: *Freiheit*, 5.12.1918, MA.

⁴² „Der Weg der Revolution“, in: *Freiheit*, 22.12.1918, MA.

⁴³ „Die deutsche Einheit“, in: *Freiheit*, 9.12.1918, MA.

⁴⁴ „Die Flucht nach Weimar“, in: *Freiheit*, 23.1.1919, MA.

⁴⁵ Joseph Herzfeld, „Die künftige Reichsverfassung“, in: *Freiheit*, 24.1.1919, AA. Mit Blick vor allem auf das Privateigentum schrieb Friedrich Naumann im März 1919 in *Der Hilfe*: „Die russische Verfassung von 1918 ist das bewusste Gegenteil der deutschen Verfassung von 1848.“ Friedrich Naumann, *Deutsche Grundrechte*, in: *Die Hilfe*, 25 (1919), S. 141 f., hier: 142.

im Exil in Amerika über die dortige Demokratie geschrieben hatte. Der Brief handelt von der Verunsicherung des europäischen Demokraten im Angesicht der demokratischen Realität in Amerika:

„Wenn ich mir nun die meisten der hitzigen Revolutionäre vom Fach vorstelle [die *Freiheit* lässt an dieser Stelle den Nebensatz „wie die Emigration sie heranbildet“ weg, D.B.] oder die meisten freisinnigen Damen der gebildeten Stände mit ihrer sentimentalen Demokratie in die hiesigen Verhältnisse hineingesetzt denke, wie sie beide schrecklich räsionieren würden, die ersteren über das Wesen der Bourgeoisie und die Umtriebe des Pfaffentums, die letzteren über die wilde Zügellosigkeit des Volkes, und wie beide dann zu dem Schluss kommen würden, dass es nichts sei mit diesem Eldorado – dann will es mir ein wenig bange werden um die künftige europäische Republik, die ihre Stützen in jenen beiden Elementen finden soll.“⁴⁶

Die Mehrheitssozialdemokraten

Vor dem 9. November, dem Sturz der Hohenzollernmonarchie, hielt sich das Zentralorgan der Mehrheitssozialdemokraten in Berlin, der *Vorwärts*, im Oktober und November 1918 mit Referenzen an die 48er-Revolution tunlichst zurück, da die Parteiführung keine Revolution wollte. In Kiel begann hingegen die sozialdemokratische *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung*, die auch schon am 2. November einen Kommentar „1848–1918“ bringen sollte, in dem sie die Entwicklungen in Deutschösterreich als Anknüpfung an das Jahr 1848 bejubelte, nach dem Übergreifen des am 29. Oktober ausgebrochenen Matrosenaufstands auf Kiel am 1. November Parallelen zur 48er-Revolution zu ziehen, und zwar zur Rechtfertigung der Erhebung.

Am 4. November kommentierte sie den Befehl der Marineleitung zum Auslaufen der Flotte mit den Worten:

„Die verhängnisvolle Nebenregierung des Militärs, die dreiste Verhöhnung der Volksregierung durch den Militarismus dauert an. Es ist wie weiland in den Zeiten der Paulskirche, als auf dem Papier ein ideales Reich der Freiheit erstand, der preußische Militarismus aber hohnlachend die Kleinkalibrigen in der Hand behielt und gelassen auf seine Stunde wartete. Hier muss mit eisernem Besen ausgekehrt werden.“⁴⁷

Fast gleichlautend erinnerte die Zeitung in einem Leitartikel am nächsten Tag, „Die Flotte unter der Roten Fahne. Der Sieg der Freiheit!“, erneut an das Schicksal der Paulskirche. Sie berichtete, am Vorabend hätten der Soldatenrat und die Vertreter beider sozialdemokratischer

⁴⁶ Carl Schurz, „Freiheit und Revolution“, in: *Freiheit*, 29.1.1919, AA. Das Briefzitat ist entnommen aus: Malwida von Meysenbug, *Memoiren einer Idealistin*, Bd. 2, 6. Aufl., Berlin/Leipzig 1900, S. 77-82, hier: 77 f.

⁴⁷ Vgl. Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4, S. 180 f., 193 f.

Parteien in Kiel die Abdankung des Kaisers gefordert, und forderte selbst „die soziale Republik“. ⁴⁸

In Berlin kam der *Vorwärts* am 10. November nach dem Sturz der Hohenzollern zu folgendem Urteil:

„Einen Sieg hat das deutsche Volk und insbesondere auch das Berliner Proletariat errungen, der ohne Beispiel in der ganzen Geschichte dasteht. Selbst die Ereignisse von 1848 verblassen gemessen an dem gewaltigen Umsturz, der sich am 9. November 1918 vollzogen hat.“⁴⁹

Zentral für die Geschichtspolitik der Sozialdemokraten und auch der bürgerlichen Demokraten mit der 48er-Revolution in der Revolution von 1918/19 war aber ein Artikel, den der österreichische Sozialdemokrat Karl Renner schon am 26. Oktober im *Vorwärts* veröffentlicht hatte. Renner hatte darin erklärt, dass es für Deutschösterreich lediglich zwei Alternativen gebe: Entweder seien die anderen Nationen der gerade zerfallenen Habsburgermonarchie bereit, mit Deutschösterreich zu fairen Bedingungen einen Bundesstaat zu bilden, oder Deutschösterreich werde als Bundesstaat dem Deutschen Reich beitreten. Emotional klang bei Renner aber bereits deutlich eine Präferenz für den Anschluss an das Deutsche Reich durch.⁵⁰

Renners Artikel hatte Signalwirkung, insbesondere weil Renner der deutschen Mehrheitssozialdemokratie politisch wesentlich näher stand als Otto Bauer, der im reichsdeutschen sozialdemokratischen Spektrum der USPD zuzuordnen war. Am Tag des Erscheinens von Renners Artikel im *Vorwärts* veröffentlichte die der sozialdemokratischen Rechten zuzuordnende Zeitschrift *Die Glocke* ein Plädoyer für den Anschluss, dem weitere folgten.⁵¹ Diese Position vertraten ab dem 29. Oktober auch die ebenfalls zum rechten Flügel der Mehrheitssozialdemokratie zählenden *Sozialistischen Monatshefte*.⁵²

⁴⁸ „1848–1918“, in: Schleswig-Holsteinische Volkszeitung. Organ für das arbeitende Volk (fortan: SHVZ), 2.11.1918; „Kiel und Umgegend. Im Zeichen der Freiheit“, in: SHVZ, 4.11.1918; „Die Flotte unter der roten Fahne. Der Sieg der Freiheit!“, in: SHVZ, 5.11.1918.

⁴⁹ „Kein Bruderkampf!“, in: Vorwärts, 10.11.1918.

⁵⁰ Karl Renner, „Was ist Deutschösterreich?“, in: Vorwärts, 26.10.1918.

⁵¹ Stefan Grossmann, Österreichische Hoffnungen, in: Die Glocke, 4 (1918), S. 937-941; auch: Viktor Schiff, Österreichs Ende, in: ebd., S. 1035-1041; Otto Koenig, Was soll uns Deutschösterreich?, in: ebd., S. 1300-1304.

⁵² Karl Leuthner, Das Ende des übernationalen Staates, in: Sozialistische Monatshefte, 24 (1918), II, S. 993-1001; Max Cohen, Der Neuaufbau Deutschlands, in: ebd., S. 1041-1044, hier: 1044. Die *Sozialistischen Monatshefte* hatten ein äußerst distanziertes Verhältnis zur 48er-Tradition, die in ihren Seiten in der Weimarer Republik, von Bezugnahmen im Zusammenhang mit der Anschlussforderung abgesehen, praktisch keine Rolle mehr gespielt hat. In Kriegsjahr 1915 war in einer Besprechung eines Aufsatzes des Historikers Hermann

Bereits vor dem Artikel Renners hatte der Sozialdemokrat Gustav Noske angesichts der Entwicklungen in Deutschösterreich am 24. Oktober im Reichstag erklärt:

„Es scheint, dass die Zertrümmerung Österreichs zur Tatsache wird. Das alte Europa geht aus den Fugen. Aber wenn es nicht zugrunde gehen soll, wird aus dem jetzigen ungeheuren Gärungsprozess hervorgehen die Vereinigung aller europäischen Völker. Ich glaube, dass es Pflicht ist, von dieser Stelle zu erklären, dass wir mit regster Anteilnahme die Bewegung der *Deutschen in Österreich*, die sich zur Verteidigung ihrer nationalen Interessen zusammengefunden haben, verfolgen. (Bravo! bei den Mehrheitsparteien und rechts.) Wir wünschen, dass es ihnen gelingt, ihre weitere Zukunft so zu gestalten, dass ihr Deutschtum voll erhalten bleibt und sie sich freiheitlich und gedeihlich weiterentwickeln können.“⁵³

Hier ist allerdings anzumerken, dass es im Weltkrieg auch im Deutschen Reich zunächst dezidiert linke Sozialdemokraten gewesen waren, die den großdeutschen Gedanken ins Spiel gebracht hatten. Rosa Luxemburg hatte in der „Krise der Sozialdemokratie“, bekannt als die „Junius-Broschüre“, 1916 über den Kriegsausbruch 1914 geschrieben:

Die Sozialdemokratie hätte im August 1914 „dem imperialistischen, auf die Erhaltung Österreichs und der Türkei, d. h. der Reaktion in Europa und in Deutschland, gerichteten Programm des Krieges das alte wahrhaft nationale Programm der Patrioten und Demokraten von 1848, das Programm von Marx, Engels und Lassalle, die Losung der einigen großen deutschen Republik [entgegenstellen sollen]. Das war die Fahne, die dem Lande vorangetragen werden musste, die wahrhaft national, wahrhaft freiheitlich gewesen wäre und in Übereinstimmung mit den besten Traditionen Deutschlands wie mit der internationalen Klassenpolitik des Proletariats.“⁵⁴

In diesem Zusammenhang ist zu betonen, dass politisch jedoch ein schwerlich zu überschätzender Unterschied darin bestand, ob man wie Luxemburg 1916 im Rückblick auf den August 1914 das großdeutsche Programm zur Alternative zum imperialistischen deutschen Kriegsprogramm erklärte oder ob man im Herbst 1918, als dieses gescheitert war,

Onckens über Karl Marx zu lesen, Oncken habe diesen „doch gar zu sehr zum Achtundvierziger verkrüppelt“: „Wenn man sich in die politischen Ideen Karl Marx' im Jahr des Völkerfrühlings gründlich vertieft, erscheint einem der gigantische Revolutionär überhaupt nicht mehr als 1848 lebend, sondern als ein Sohn des 20. Jahrhunderts, als ein Weltpolitiker, der geistig seiner Zeit um mehrere Menschenalter vorausgeeilt zu sein scheint. Man denke an die kühne Marxsche Kriegspolitik, die nicht nur den russischen Despotismus gewaltsam zerbrechen, sondern auch die Weltherrschaft Englands in Trümmer schlagen will.“ Paul Kampffmeyer, Gemeinsame Arbeit zum Aufbau eines neuen Deutschlands, in: Sozialistische Monatshefte, 21 (1915), III, S. 951-956, hier: 952.

⁵³ Verhandlungen des Reichstags, Bd. 314, S. 6214.

⁵⁴ Rosa Luxemburg, Die Krise der Sozialdemokratie (1916), in: dies., Gesammelte Werke, Bd. 4: August 1914 bis Januar 1919, hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, 3. Aufl., Berlin (Ost) 1983, S. 49-164, hier: 147, auch: 113, 120, 135.

auf das großdeutsche Programm als Rückfallposition zurückgriff, wie es Sozialdemokraten und Demokraten nun taten.⁵⁵ Zumal im Zuge der im Weltkrieg vom zur Fortschrittlichen Volkspartei gehörenden Friedrich Naumann propagierten Mitteleuropapolitik, deren Ziel eine deutsche Hegemonie in Mitteleuropa war, noch in letzter Stunde vor Kriegsende am 11. Oktober 1918 der Zollunionsvertrag von Salzburg zwischen dem Deutschen Reich und der Habsburgermonarchie geschlossen wurde, bis dann beim Zerschlagen der Habsburgermonarchie das großdeutsche Programm unmittelbar an die Stelle des mitteleuropäischen trat.⁵⁶

Noch vor Renners Wortmeldung im *Vorwärts* hatte der gerade aus der Haft entlassene Kurt Eisner am 23. Oktober in einer Wählerversammlung der Münchener USPD anlässlich einer Reichstagsersatzwahl eine großdeutsche Republik unter Einschluss Deutschösterreichs und die Rückkehr zu den Idealen der 48er-Revolution gefordert.⁵⁷ In der Revolution von 1918/19 waren es dann aber nicht die Kommunisten und Unabhängigen Sozialdemokraten, sondern die bürgerlichen Demokraten und die Mehrheitssozialdemokraten, die sich für den Anschluss Deutschösterreichs einsetzten.⁵⁸

Am 17. November berichtete der *Vorwärts*, „der Soldatenrat“ habe für seine Mitglieder „die schwarz-rot-goldene Armbinde als Wahrzeichen der Demokratie“ eingeführt.⁵⁹ Diese

⁵⁵ Der langjährige Vorkriegskanzler Fürst Bernhard von Bülow sagte 1916, das Deutsche Reich werde, selbst wenn es den Krieg verlieren sollte, die Partie dennoch gewinnen, weil es dann Österreich annektieren werde. Vgl. Helmut Bleiber, Österreich 1918 bis 1945 – eine nationale Frage?, in: Heiner Timmermann (Hg.), Nationalismus und Nationalbewegung in Europa 1914–1945 (=Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Ottenhausen, Bd. 85), Berlin 1999, S. 125–136, hier: 132.

⁵⁶ Vgl. Suval, The Anschluss Question, S. 5; Friedrich Naumann, Mitteleuropa, Berlin 1915; auch: Dachs, Österreichische Geschichtswissenschaft und Anschluss, S. 13.

⁵⁷ Vgl. Wolfgang Zorn, Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie zum Bundesland, München 1986, S. 118; auch: Low, The Anschluss Movement, S. 135, 138. Die württembergische Regierung erklärte am 13. November, einen Tag nach dem Anschlussbeschluss der deutschösterreichischen Nationalversammlung, die neue deutsche Nationalversammlung bringe endlich die deutsche Einheit, die 1848 nicht habe erreicht werden können. Vgl. Myers, Germany and the Question of Austrian Anschluss, S. 167.

⁵⁸ Vgl. Miller, Das Ringen um ‚die einzige großdeutsche Republik‘, S. 41; Low, The Anschluss Movement, S. 133, 143; Brancato, German Social Democrats, S. 23; Myers, Germany and the Question of Austrian Anschluss, S. 172. Allerdings schrieb der schon 1918 in der Anschlussbewegung engagierte Stefan Grossmann 1928 im Zentralorgan der Anschlussorganisation „Österreichisch-Deutscher Volksbund“, im November 1918 sei der erste Impuls zur Organisierung der Anschlussbewegung im Deutschen Reich von einem Unabhängigen Sozialisten, dem Österreicher Felix Stössinger, einem Redakteur der *Freiheit*, ausgegangen: Stefan Grossmann, Die Anfänge der Anschlussbewegung, in: Österreich-Deutschland („Heim ins Reich“). Zentralorgan des Österreichisch-Deutschen Volksbundes Berlin, 5 (1928), Nr. 11, S. 4–6; vgl. Brancato, German Social Democrats, S. 32, 39 f.

⁵⁹ Auch: Ludwig Bergsträsser, Das schwarz-rot-goldene Parlament und sein Verfassungswerk, Berlin 1919, S. 3; vgl. Friedel, Die politische Symbolik, S. 33. Harry Graf Kessler notierte am 14. November in seinem Tagebuch: „Heute [...] kam die Schlosswache vom Brandenburger Tor [...] anmarschiert genau wie früher, nur mit roten Revolutionsfahnen, die Mannschaften ohne Kokarden und die Unteroffiziere oder Ordner mit schwarz-rot-gelben großdeutschen Armbinden. [...] Viele Soldaten tragen jetzt wieder die schwarz-weiß-rote Kokarde über der roten revolutionären, die an die Stelle der preußischen getreten ist.“ Harry Graf Kessler, Das Tagebuch

Nachricht war bedeutsam, weil die Revolution zunächst ganz im Zeichen der roten Fahne gestanden hatte, die die Parteifahne der Arbeiterbewegung war; noch eine Woche später sprach der Rat der Volksbeauftragten die Erwartung aus, dass auf öffentlichen Gebäuden in Berlin die Flaggen mit einem roten Wimpel versehen würden.⁶⁰ Der *Vorwärts* erklärte seinen Lesern, Schwarz-Rot-Gold habe in der Geschichte „der nationalen Erhebung Deutschlands“ und im Kampf für die Freiheit eine wichtige Rolle gespielt. Im Folgenden wurde die Geschichte der Farben seit ihrer Entstehung in der deutschen Burschenschaft erzählt. Im Hinblick auf ihre Bedeutung in der 48er-Revolution hieß es unter Akzentuierung des Kampfes um politische Freiheit:

„Die Farben wurden zum Symbol der revolutionären Bewegung, die im ‚tollen Jahr 1848‘ ihren Höhepunkt erreichte. In einem Berliner Flugblatt von Mitte März 1848 wird die Bedeutung der Farben sinnvoll erklärt: [...] Das Schwarz wird gedeutet als der Tod der Tyrannen, die die Freiheit unterdrückten; das Rot ist das deutsche Bürgerblut, das für die Demokratie fließt, und das Gold bedeutet den Segen der Freiheit, der nach dem Siege den Kämpfern in reichstem Maße zuteil werden muss. Diese ‚heiligen Farben‘ bilden gleichsam den Rahmen für alles Große, das während der Revolution von 1848 errungen wurde.“⁶¹

Die Beisetzung der Revolutionsoffer

Am 20. November wurden in Berlin die Opfer des 9. November beerdigt. Dabei wurde symbolisch an die 48er-Revolution angeknüpft, indem man sie auf dem Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain – der bis dato ausschließlich diese beherbergte und sonst nicht als Friedhof genutzt wurde – beisetzte. Die Entscheidung für die feierliche Beisetzung im Friedrichshain war auf Initiative von Emil Barth, der als Vertrauensmann der Revolutionären Obleute für die Unabhängigen Sozialdemokraten der gerade gegründeten Revolutionsregierung, dem Rat der Volksbeauftragten, angehörte, gleich zu Beginn der Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte am 10. November im Zirkus Busch gefallen.⁶²

1880–1937, hg. v. Roland S. Kamzelak/Ulrich Ott, Bd. 6: 1916–1918, hg. v. Günter Riederer u. Mitarbeit v. Christoph Hilse, Stuttgart 2006, S. 636 f., auch: 694, 697.

⁶⁰ Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19, eingel. v. Erich Matthias, bearb. v. Susanne Miller unter Mitwirkung v. Heinrich Potthoff, Bd. 1 (=Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Erste Reihe: Von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Republik, Bd. 6/I), Düsseldorf 1969, S. 141.

⁶¹ „Schwarz-Rot-Gold“, in: *Vorwärts*, 17.11.1918.

⁶² Vgl. Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19. Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates, hg. v. Gerhard Engel/Bärbel Holtz/Ingo Materna, Bd. 1: Vom Ausbruch der Revolution bis zum 1. Reichsrätekongress, Berlin 1993, S. 15, auch: 40 f.; Heinrich August Winkler, Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, durchges. Aufl., München 1998, S. 36.

Der *Vorwärts* schrieb in seinem Leitartikel am Tage der Beerdigung:

„Hunderttausende werden den wenigen Särgen folgen, die auf dem Friedhof der Märzgefallenen ihren Platz finden sollen, die Enkel bei den Großvätern, die vor mehr als siebenzig Jahren im Kampf für die Freiheit gefallen sind.“

Das sozialdemokratische Zentralorgan schrieb gegen die Sozialisten gewandt, die eine Nationalversammlung ablehnten, seit jeher seien die Sozialdemokraten für das gleiche Recht aller eingetreten. Es bezweifle nicht, dass die Sozialisten, die heute Gegner des allgemeinen und gleichen Wahlrechts seien, das Glück des Volkes wollten, aber niemand sei berechtigt, dem Volke sein Glück aufzuzwingen.⁶³ Außerdem druckte der *Vorwärts* an dem Tag eine klassische Schilderung der Totenfeier für die Märzgefallenen im Jahre 1848 ab.⁶⁴

Sowohl der *Vorwärts* als auch die *Freiheit* berichteten am nächsten Tag höchst ausführlich auf der Titelseite vom Begräbnis der Toten des 9. November, der Feier auf dem Tempelhofer Feld und dem anschließenden Marsch der „Hunderttausenden“ zum Friedhof der Märzgefallenen. Die *Freiheit* tat dies unter dem auf das berühmte Revolutionsgedicht Freiligraths anspielenden Titel: „Die Lebenden an die Toten“. Sehr viel knapper war hingegen die Berichterstattung der *Roten Fahne*, die bemerkte, an den Särgen seien „die üblichen Leichenreden der vorrevolutionären Zeit“ gehalten worden.⁶⁵ Farbsymbolisch war die ganze Trauerfeier in Rot getaucht – auch die linksliberale Presse machte nur ganz vereinzelt schwarz-rot-goldene Fahnen aus. Auf dem Tempelhofer Feld sprach neben weiteren Rednern, darunter für die preußische Regierung der Mehrheitssozialdemokrat Paul Hirsch, der Unabhängige Sozialdemokrat Hugo Haase im Namen der Volksbeauftragten. Laut der *Freiheit* führte er aus:

„70 Jahre sind vergangen, 70 Jahre Enttäuschungen, der Unterdrückung und der Knechtschaft. Alljährlich pilgerten am 18. März die Arbeitermassen nach dem kleinen Friedhof hinaus, um das Gedächtnis jener Revolutionshelden, der Märzgefallenen zu ehren. Manchmal schien es, als ob die revolutionäre Energie gelähmt sei, aber immer wieder erhob sich in der Arbeiterschaft der Gedanke nach Freiheit.“

Und gemäß der Berichterstattung des *Vorwärts* sagte Haase auch:

„Unsere Toten vom 9. November rufen uns zu, was Freiligrath im Juli 1848 die Toten an die Lebenden sprechen ließ:

O, steht gerüstet! Seid bereit, o schaffet, dass die Erde,

⁶³ „Opfer und Preis“, in: *Vorwärts*, 20.11.1918.

⁶⁴ „Die Totenfeier der Märzhelden 1848“, in: ebd.

⁶⁵ „Das Begräbnis der Revolutionsopfer“, in: *RF*, 21.11.1918.

Darin wir liegen straff und starr, ganz eine freie werde!
Dass fürder der Gedanke nicht uns stören kann im Schlafen,
Sie waren frei, doch wieder jetzt – und ewig! – sind sie Sklaven.
Die Revolution ist noch nicht zu Ende. Nicht nur die politische, sondern die soziale Freiheit ist zu erkämpfen.“

Als weiterer Redner für die preußische Regierung ergriff der Unabhängige Sozialdemokrat Kurt Rosenfeld das Wort. Wie schon Karl Liebknecht am 9. November bezog er sich auf die Demütigung Friedrich Wilhelms IV. am 19. März 1848, indem er sagte, diesmal werde sich kein Hohenzoller vor den Toten verneigen. Über dem Schloss wehe die rote Fahne und der Kaiser sei verjagt. Auf dem Friedhof im Friedrichshain sprach auch Karl Liebknecht, der die Weltrevolution forderte.⁶⁶ Auffällig an den Reden auf der Trauerfeier war, dass es ausschließlich Unabhängige Sozialdemokraten waren, die revolutionäres Pathos beschworen, indem sie an die Revolution von 1848 anknüpften.

Die Mehrheitssozialdemokraten und die Wahlen zur Nationalversammlung

Ganz gemäß dem Eintreten der Sozialdemokraten für die Einberufung einer Nationalversammlung erinnerte der *Vorwärts* im Dezember und Januar an die Paulskirche. In dem ersten Beitrag unterstrich die Zeitung das für die damalige Zeit sehr fortschrittliche Wahlrecht, nach dem die Paulskirche gewählt wurde. Die erste deutsche Nationalversammlung sei dann durch den „Mangel an politischer Tatkraft und Reife“ der in ihr vertretenen „Ideologen des Bürgertums“ gescheitert, sie sei in „Schön- und Vielrednerei“ versandet“. ⁶⁷ Drei Tage vor der Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar und unmittelbar nach der Niederschlagung des Januaraufstands brachte der *Vorwärts* einen Artikel über den Wahlkampf zur ersten deutschen Nationalversammlung 1848. Darin hieß es, dass es in den Tagen der Wahlen in Berlin Anfang Mai 1848 täglich zu heftigen Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Arbeitslosen gekommen sei. ⁶⁸

⁶⁶ „Das Begräbnis der Novembertoten“, in: *Vorwärts*, 21.11.1918; „Die Lebenden an die Toten“, in: *Freiheit*, 21.11.1918, MA; „Die Trauerfeier für die Revolutionsopfer. Auf dem Tempelhofer Feld. – Der Trauerzug zum Friedrichshain“, in: *BT*, 21.11.1918, MA; „Die Beisetzung der Revolutions-Opfer. Der Trauerzug zum Friedrichshain“, in: *VZ*, 21.11.1918, MA; vgl. *Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte*, Bd. 1, S. 93-95, 140; zu Freiligraths Gedicht „Die Toten an die Lebenden“ vgl. Hettling, *Die Toten und die Lebenden. Der politische Opferkult 1848*, S. 62-65. Freiligrath wurde wegen Aufreizung zu hochverräterischen Unternehmungen durch dieses Gedicht am 3. Oktober 1848 in Düsseldorf ein Prozess gemacht, der allerdings mit einem Freispruch durch die Geschworenen endete. Vgl. Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution*, Bd. 2, S. 585 f.

⁶⁷ „Die erste deutsche Nationalversammlung“, in: *Vorwärts*, 4.12.1918.

⁶⁸ „Der Wahlkampf zur ersten deutschen Nationalversammlung“, in: ebd., 16.1.1919, MA.

Am Tag vor der Wahl druckte die Zeitung gleich zwei Beiträge mit Bezug auf die 48er-Revolution. Bei dem einen handelte es sich um den Wiederabdruck eines Artikels aus der *Neuen Rheinischen Zeitung* vom 31. Mai 1848, in dem der deutschen Nationalversammlung vorgeworfen wurde, an ein Dutzend Sitzungen verstreichen lassen zu haben, ohne ihre eigentlichen Aufgaben überhaupt in Angriff zu nehmen – das konnte nur als Mahnung an die am folgenden Tag zu wählende Nationalversammlung verstanden werden, es besser zu machen.⁶⁹

Der andere Artikel thematisierte erneut die Farben Schwarz-Rot-Gold. Der Autor H. Conrady stellte die revolutionäre Tradition dieser Fahne heraus und bestritt die Behauptung, diese Farben seien schon die des Alten Reiches gewesen. Dabei verschwieg er *nicht*, dass im Revolutionsjahr 1848 diese Ansicht mehrfach prominent und zweimal höchst offiziell vertreten worden war. Conrady nannte in diesem Zusammenhang das Gedicht Schwarz-Rot-Gold von Freiligrath, die Proklamation des Bundestages vom 9. März 1848, in der Schwarz-Rot-Gold zur Bundesflagge erklärt wurde, und die Äußerungen von Friedrich Wilhelm IV. auf seinem Umritt mit Schwarz-Rot-Gold am 21. März.⁷⁰

Die Zurückweisung des angeblichen Ursprungs der Trikolore im Alten Reich war dem Autor wichtig, weil er es für keine Empfehlung hielt, wenn sie „mittelalterlich-feudalen Ursprungs“ wäre. Er erinnerte daran, dass Friedrich Wilhelm IV. noch am 18. März, als er in der Roßstraße an der D’Heureuseschen Konditorei Schwarz-Rot-Gold erblickte, ausgerufen habe: „Schafft mir diese Fahne aus den Augen!“⁷¹ Das Fazit Conradys lautete, Schwarz-Rot-Gold seien die „Revolutionsfarben“, „unter denen auch in Berlin die Volkskämpfer auf den Barrikaden“ kämpften.⁷²

⁶⁹ Erwin Barth, „Die deutsche Revolution“, in: ebd., 18.1.1919; zur Haltung der *Neuen Rheinischen Zeitung* zur Paulskirche vgl. Schwerin, *The Revolution of 1848*, S. 268 f.

⁷⁰ Vgl. Friedel, *Deutsche Staatssymbole*, S. 24-26; Elisabeth Fehrenbach, Über die Bedeutung der politischen Symbole im Nationalstaat, in: HZ, 213 (1971), S. 296-357, hier: 343 f.; Valentin/Neubecker, *Die deutschen Farben*, S. 24; Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution*, Bd. 1, S. 379, 450 f. In Freiligraths Gedicht „Schwarz-Rot-Gold“ vom 17. März 1848 lauten zwei Zeilen: „Das ist das alte Reichspanier,/ Das sind die alten Farben!“ Freiligraths Werke, Teil 2, S. 122-125, hier: 122.

⁷¹ Vgl. Blos, *Die deutsche Revolution*, S. 141, 155.

⁷² H. Conrady, „Schwarz-Rot-Gold“, in: Vorwärts, 18.1.1919. Als „Revolutionsfarben“ erschienen Schwarz-Rot-Gold auch in der Darstellung der deutschen 48er-Revolution vom sozialdemokratischen Historiker Blos aus dem Jahre 1891. Blos, *Die deutsche Revolution*, S. 136, 146, 154 f., 368, 417, 441. Vgl. Friedel, *Deutsche Staatssymbole*, S. 24-27; Fehrenbach, Über die Bedeutung der politischen Symbole im Nationalstaat, S. 343 f.; Hachtmann, *Berlin 1848*, S. 208-213; Valentin/Neubecker, *Die deutschen Farben*, S. 24-27; Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution*, Bd. 1, S. 379, 450 f., Bd. 2, S. 130.

Im *Vorwärts* erschien am Tag vor der Wahl auch ein Artikel von Ludo Hartmann, dem Gesandten der Republik Deutschösterreich im Deutschen Reich, unter der Überschrift „Großdeutschland“. Hartmann legte darin ein völlig unzweideutiges Bekenntnis zur Vereinigung Deutschösterreichs mit dem Deutschen Reich ab. Er begründete dies damit, dass nur Friede auf Erden bestehen könne, wenn die Grenzen zwischen den Staaten mit den geschlossenen Siedlungen der Nationen, den „natürlichen Grenzen“, übereinstimmten. Im vergangenen Jahrhundert habe der deutsche Dualismus, der Gegensatz zwischen den Habsburgern und den Hohenzollern, die nationalstaatliche Einigung der Deutschen verhindert. Die Demokratie habe dieses Hindernis für alle Zeiten beseitigt, und die heutige Generation habe die Pflicht, daraus die Konsequenzen zu ziehen, nämlich „*das ganze Deutschland in einem demokratischen Staat zu vereinigen*“.⁷³

An dem Beitrag war mehrerlei bemerkenswert: Seit Renners Artikel vom 26. Oktober hatte der *Vorwärts* zur Anschlussfrage geschwiegen und brachte sie jetzt am Tag vor der Wahl in derart prominenter Form erneut auf. Erklären lässt sich das lange Schweigen dadurch, dass die Volksbeauftragten ursprünglich die Hoffnung hatten, das von Frankreich beanspruchte Elsass-Lothringen würde an den Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung noch teilnehmen. Diese Hoffnung hatte sich im Januar zerschlagen.⁷⁴

Des Weiteren ist auffällig, dass es ausschließlich österreichische Sozialdemokraten waren, die in dieser Zeit im *Vorwärts* den Anschluss ins Spiel brachten beziehungsweise sich für ihn aussprachen; die Mehrheitssozialdemokraten erwähnten den Anschluss auch *nicht* in ihrem Aufruf zu den Wahlen zur Nationalversammlung.⁷⁵ Dahinter stand die reichsdeutsche Position, dass Deutschösterreich als der wesentlich kleinere Staat im Vergleich zum

⁷³ Ludo Hartmann, „Großdeutschland“, in: *Vorwärts*, 18.1.1919; vgl. Hans Rothfels, 1848. Betrachtungen im Abstand von Hundert Jahren (1948), Darmstadt 1972, S. 9 f.

⁷⁴ Vgl. Aktennotiz des Auswärtigen Amtes vom 28.11.1918, in: Ritter/Miller, Die deutsche Revolution 1918–1919, S. 446 f.; Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19, Bd. 2, S. 165 f.; Low, The Anschluss Movement, S. 172; Myers, Germany and the Question of Austrian Anschluss, S. 66, 165, 172, 197, 213, 251 f., 461; Krüger, Die Außenpolitik der Weimarer Republik, S. 56. Der Demokrat Heuss lehnte den Verzicht auf den Anschluss ausdrücklich ab – auch den Verweis auf die möglichen Reaktionen der Entente ließ er nicht gelten. Vgl. Heuss, „Deutschlands Zukunft“, S. 26 f.

⁷⁵ Vgl. Low, The Anschluss Movement, S. 168. Der Sozialdemokrat und spätere Reichsjustizminister Gustav Radbruch bezeichnete am 18. November in einem Brief an seine Frau wie so viele Bürgerliche in der Revolution von 1918/19 die Perspektive auf den Anschluss Deutschösterreichs als den „in der trüben äußeren Lage [...] einzigen Lichtblick“. Radbruch, Gesamtausgabe, Bd. 17: Briefe I (1898–1918), bearb. v. Günter Spendel, Heidelberg 1991, S. 284–286, hier: 285; zum Engagement Radbruchs für den Anschluss vgl. Parlamentarische Rundfrage, in: Österreich-Deutschland, 1 (1924), Nr. 1, S. 12; Brancato, German Social Democrats, S. 45, 83.

Deutschen Reich die Vereinigung fordern und das Reich sich in dieser Frage zurückhalten müsse, weil es sich andernfalls im Ausland dem Imperialismusvorwurf aussetze.⁷⁶

Auch in den *Sozialistischen Monatsheften* war es vor allem ein österreichischer Sozialdemokrat, Karl Leuthner, der sich für den Anschluss einsetzte. Am 10. Dezember hatte er dort geschrieben:

„Es gilt das Erbe der Hohenzollern und der Habsburger und damit auch das Erbe Bismarcks zu liquidieren und die Nachlassenschaft des großdeutschen demokratischen Gedankens der Revolution von 1848 zur Erfüllung zu bringen.“⁷⁷

Eine weitere Erklärung für die Zurückhaltung der Regierung der Volksbeauftragten in der Anschlussfrage war die mehrheitssozialdemokratische Politik in der Revolution von 1918/19, der Nationalversammlung in grundlegenden Fragen nicht vorzugreifen.⁷⁸

Die Beisetzung von Karl Liebknecht

Eine knappe Woche nach der Wahl zur Nationalversammlung wurden Karl Liebknecht und die Opfer des Januaraufstands beigesetzt (die Leiche von Rosa Luxemburg wurde erst Monate später gefunden). Für allergrößte Empörung der *Freiheit* (die *Rote Fahne* erschien in diesen Tagen nicht) sorgte, dass laut ihrer Darstellung die mehrheitssozialdemokratischen Volksbeauftragten die Beisetzung der Toten auf dem Friedhof der Märzgefallenen verhindert und ihnen stattdessen den an der östlichen Peripherie Berlins gelegenen Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde und auf diesem die Abteilung 64, die gemeinhin als die Verbrecherecke des Friedhofs galt – weit entfernt von den auf dem Friedhof befindlichen Grabstätten von Wilhelm Liebknecht und Paul Singer –, zugewiesen hatten.

Bis zu diesem Zeitpunkt waren seit Revolutionsbeginn Anfang November nicht nur die Opfer der Kämpfe des 9. November, sondern auch die der Zusammenstöße am 6. Dezember und der Weihnachtskämpfe im Friedrichshain beigesetzt worden. Schon dabei war aber von Mal zu Mal das abnehmende Engagement der Groß-Berliner Arbeiter und Soldatenräte für eine Beisetzung der Opfer im Friedrichshain zu verzeichnen: Im ersten Fall hatte die Vollversammlung die Entscheidung getroffen, im zweiten der Vollzugsrat auf Initiative von Georg Ledebour und im dritten berichtete Brutus Molkenbuhr im Vollzugsrat lediglich, die Volksmarinedivision, aus deren Reihen die sieben toten Matrosen vom 24. Dezember

⁷⁶ Vgl. Carl Severing, *Mein Lebensweg*, Bd. 2: Im Auf und Ab der Republik, Köln 1950, S. 152-154, insb.: 154.

⁷⁷ Karl Leuthner, *Deutschland und Österreich*, in: *Sozialistische Monatshefte*, 24 (1918), II, S. 1115-1122, hier: 1122.

⁷⁸ Vgl. Winkler, *Weimar*, S. 39 f.

stammten, habe eine Beerdigung im Friedrichshain beschlossen. Die Mehrheitssozialdemokraten ließen im Falle des Januaraufstands bei der Bestattung der Toten die symbolische Anknüpfung an die Märzgefallenen von 1848 nicht mehr zu, während der Vollzugsrat der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte keinen Ort für das Begräbnis der Opfer des Januaraufstandes bestimmte und die Vorbereitungen für die Beisetzung dem Berliner Magistrat überließ.⁷⁹

Der Trauermarsch am 25. Januar stellte die Anknüpfung an die Märzgefallenen von 1848 durch seine Routenführung allerdings her: Die Route führte vom Friedrichshain nach Friedrichsfelde.⁸⁰ Für die Unabhängigen Sozialdemokraten, die sich am Trauermarsch beteiligten, sprachen an den Gräbern Luise Zietz und Rudolf Breitscheid. Zietz zitierte die Anfangsverse von Freiligraths „Die Toten an die Lebenden“; der Vorwurf, den Freiligrath an Friedrich Wilhelm IV. gerichtet hatte, richtete sich nun gegen die Mörder Liebknichts und die regierenden Mehrheitssozialdemokraten:

„Seinen [Liebknichts, D.B.] Mördern und ihren Mitschuldigen aber werden die Worte Freiligraths, die er die Märzgefallenen sagen lässt, unablässig in die Ohren gellen:

„Die Kugeln mitten in der Brust, die Stirne breit gespalten,

So habt Ihr uns auf schwankem Brett hoch in die Luft gehalten,

Hoch in die Luft, dass unsre Schmerzgebärde

Dem, der zu töten uns befahl, ein Fluch auf ewig werde.“⁸¹

Breitscheid ließ in seiner Rede dahingestellt, ob der Januaraufstand von seinem Standpunkt aus betrachtet richtig gewesen sei, aber Karl Liebknicht, Rosa Luxemburg und die anderen hätten für die Revolution gekämpft und seien für sie gestorben. Die verhinderte Beisetzung im Friedrichshain sprach er direkt an:

„Sie haben Euch keinen Platz vergönnen wollen in den Reihen derer, die seit dem Jahre 1848 für die Freiheit gefallen sind. Vielleicht gab es manch einen, der Euch auch diesen Friedhof neidet und der Euch am liebsten auf einem Schindanger verscharrt hätte. Aber wo Eure Leiber

⁷⁹ „Die Bestattung der Opfer des Dezemberputsches“, in: Freiheit, 22.12.1918, MA; „Die Beisetzung der Spartakusopfer“, in: Vorwärts, 22.12.1918; „Die Bestattung der gefallenen Matrosen“, in: Freiheit, 30.12.1918, MA; „Das Begräbnis der Matrosen“, in: Vorwärts, 30.12.1918, MA; auch: „Die Toten Helden der Revolution“, in: RF, 15.6.1926; vgl. Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, Bd. 1, S. 15, 740, 760, 887 f.; Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19, hg. v. Gerhard Engel u.a., Bd. 2: Vom 1. Reichsrätekongress bis zum Generalstreikbeschluss am 3. März 1919, Berlin 1997, S. 49, 214, 217 f., 230; Hoffmann, Berlin-Friedrichsfelde, S. 10 f., 52 f.; Heinz Voßke, Geschichte der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde, Berlin (Ost) 1982, S. 21 f., 149 f.; Jan Kohlmann, Der Marsch zu den Gräbern von Karl und Rosa. Geschichte eines Gedenktages (=Rechtshistorische Reihe, Bd. 300), Frankfurt a. M. u.a. 2004, S. 45.

⁸⁰ Bei der Beisetzung Rosa Luxemburgs am 13. Juni 1919 zog der Trauerzug ebenfalls vom Friedrichshain nach Friedrichsfelde: „Rosa Luxemburgs Beerdigung“, in: Vorwärts, 13.6.1919, AA.

⁸¹ Freiligraths Werke, Teil 2, S. 131.

auch ruhen, der Ort ist heiliges Land der Revolution. Ihr lebt in unseren Herzen und Ihr sollt auferstehen in unserem Willen.“⁸²

Knapp zwei Wochen nach der Beisetzung Liebknechts veröffentlichte der Chefredakteur des *Vorwärts*, Friedrich Stampfer, der aus dem mährischen Brünn stammte, vor dem Hintergrund der „Spartakusprozesse“ einen bemerkenswerten Artikel unter der Überschrift „Ich bekenne“:

„Herr Staatsanwalt! An meiner Wiege sang meine Mutter Lieder von Achtundvierzig. Mein Vater und die Brüder meiner Mutter hatten in Wien in der akademischen Legion gestanden, mein Vaterhaus war schwanger von Erinnerungen an das tolle Jahr. Früh lernte ich ‚meine‘ Zeit verachten“.

Im Weiteren beschrieb Stampfer seine Selbstfindung als Sozialist und Revolutionär. Die politisch zentrale Aussage war, dass die Niederschlagung des Januaraufstands eine Notwendigkeit zum Schutz der revolutionären Errungenschaften und der jungen Demokratie gewesen sei, dass er sich aber gefühlsmäßig mit den Angeklagten verbunden fühle.

„Aber in dem Augenblick, in dem ich mich mit dem Verstande auf Ihre Seite stellen muss, Herr Staatsanwalt, erkenne ich doch den Abgrund, der mich im Gefühl von Ihnen trennt, empfinde ich das Band, das mich mit Ihren Angeklagten verbindet.“

Die Besten unter diesen hätten nur aus dem Gefühl gehandelt, nicht genug für die Befreiung der Menschheit getan zu haben.⁸³

Stampfer bemühte hier die sozialdemokratische Tradition des 48er-Revolutionsgedenkens und seine eigene damit verknüpfte Familientradition in dem Versuch, den Graben in der Arbeiterbewegung, den die Niederschlagung des Januaraufstands und die Ermordung von Liebknecht und Luxemburg zwar nicht geschaffen, aber massiv vertieft hatten, zu überbrücken. Aus Stampfers Sicht war das sicherlich subjektiv ehrlich gemeint. Diejenigen, die der MSPD nicht nur Verrat an der Revolution, sondern auch die Ermordung von

⁸² „Die Beerdigung der Revolutionsopfer“, in: *Freiheit*, 26.1.1919, MA; „Schande“, in: ebd., 25.1.1919, AA; auch: „Die Bestattung Karl Liebknechts“, in: ebd., 21.1.1919, MA; „Das Leichenbegräbnis Liebknechts“, in: *Vorwärts*, 25.1.1919, AA; „Die Beerdigung Liebknechts“, in: ebd., 26.1.1919.

⁸³ Friedrich Stampfer, „Ich bekenne“, in: *Vorwärts*, 6.2.1919, AA; Stampfer erwähnte seine Herkunft aus einem Achtundvierziger-Elternhaus wiederholt: ders., „Die Deutsche Republik“, in: *Das Reichsbanner. Zeitung des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold* (fortan: RB), 1 (1924), Nr. 3; Rede Stampfers am 4.12.1929 im Reichstag: *Verhandlungen des Reichstags*, Bd. 426, S. 3453 f.; ders., *Erfahrungen und Erkenntnisse. Aufzeichnungen aus meinem Leben*, Köln 1957, S. 9, 18, 225.

Liebknecht und Luxemburg vorwarfen, dürfte er mit seinen Bemerkungen freilich nicht beeindruckt haben.⁸⁴

Die Mehrheitssozialdemokraten und der Zusammentritt der Nationalversammlung

Am 6. Februar 1919 trat die verfassungsgebende Deutsche Nationalversammlung in Weimar zusammen. Aus diesem Anlass spielte im *Vorwärts* an diesem und dem folgenden Tag die Erinnerung an die 48er-Revolution eine große Rolle. So enthielt er einen Artikel mit Zitaten aus der Paulskirche; darunter befand sich ein Zitat von Ludwig Uhland aus einer von dessen beiden Paulskirchenreden für Großdeutschland, die zu den am häufigsten zitierten Paulskirchenreden in der Weimarer Zeit werden sollten:

„Mag immerhin Österreich den Beruf haben, eine Laterne für den Osten zu sein, es hat einen näheren, höheren Beruf, eine Pulsader zu sein im Herzen Deutschlands. [...]

Österreich hat sein Herzblut gemischt in den Mörtel zum Neubau der deutschen Freiheit, Österreich muss mit uns sein und bleiben in der neuen politischen Paulskirche!“⁸⁵

⁸⁴ Vgl. Heinrich August Winkler, *Vom Kaiserreich zur Republik. Der historische Ort der Revolution von 1918/19*, in: ders., *Streitfragen der deutschen Geschichte. Essays zum 19. und 20. Jahrhundert*, München 1997, S. 52-70, hier: 60 f.; ders., *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924 (=Geschichte der Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, Bd. 9)*, 2., völlig durchges. u. korrig. Aufl., Bonn 1985, S. 130 f.

⁸⁵ „Aus der Zeit für die Zeit“, in: *Vorwärts*, 6.2.1919, MA; vgl. Reden *für* die deutsche Nation 1848/1849. Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main, hg. v. Franz Wigard, vollst. Ausg. in 9 Bde. neu vorgelegt u. m. e. Einführung versehen v. Christoph Stoll, Bd. 4, München 1988, S. 2875-2877, hier: 2876; weitere Beispiele für Zitierungen des Uhland-Wortes vom 26. Oktober 1848: Georg Mollat, *Reden und Redner des ersten deutschen Parlaments*, Osterwieck/Hartz 1895, S. 243-247; Klein (Hg.), *Der Vorkampf deutscher Einheit und Freiheit. Erinnerungen, Urkunden, Berichte, Briefe* (1914), 65. Tausend, München 1925, S. 327 f.; Wolfgang Petzet/Otto Ernst Sutter, *Der Geist der Paulskirche. Aus den Reden der Nationalversammlung 1848/1849*, Frankfurt a. M. 1923, S. 108 f.; Willy Andreas, *Die Wandlungen des großdeutschen Gedankens. Rede zur Reichsgründungsfeier der Universität Heidelberg 18. Januar 1924*, 3. Aufl., Berlin/Leipzig 1929, S. 18; Richard Mischler, „Reichsbanner und Großdeutschland“, in: *RB*, 2 (1925), Nr. 4; „Aus der Paulskirche“, in: *Volksfreund. Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens*, 18.3.1927; „Gedanken aus der Paulskirche“, in: *RB*, 5 (1928), Nr. 6; *Deutsche Einheit, deutsche Freiheit. Gedenkbuch der Reichsregierung zum 10. Verfassungstag 11. August 1929*, Berlin 1929, S. 53; in Österreich: *Warum fordern wir den Anschluss? Erste Denkschrift des Österreichisch-Deutschen Volksbundes – Wien*, Wien 1926, S. 3; „Gedenktag der Märzrevolution“, in: *Neue Freie Presse*, 13.3.1928, MB. Die Zeitschrift *Deutsche Politik* hatte bereits Ende 1918 Uhlands Paulskirchenrede gegen die Erblichkeit des Kaisertums vom 22. Januar 1849 abgedruckt – Uhland begründete das auch damit, dass man Österreich nicht ausschließen solle: Ludwig Uhland, *Rede in der Paulskirche*, in: *Deutsche Politik. Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik*, 3 (1918), S. 1513-1517; vgl. Reden *für* die deutsche Nation, Bd. 7, S. 4818 f.; auch diese Uhland-Rede wurde in der Weimarer Republik ausgesprochen häufig zitiert: Mollat, *Reden und Redner*, S. 430-435; Klein (Hg.), *Der Vorkampf deutscher Einheit und Freiheit*, S. 407 f.; Hermann Strunk (Hg.), *Reden aus der ersten deutschen Nationalversammlung in der Paulskirche zu Frankfurt 1848/49*, Leipzig 1918, S. 53-57; Wilhelm Appens, *Die Nationalversammlung zu Frankfurt a. M.*, Jena 1920, S. 375-380; Paul Wentzcke, *Die erste deutsche Nationalversammlung und ihr Werk. Ausgewählte Reden (=Der deutsche Staatsgedanke. Ein Sammlungs, begründet v. Arno Duch, 1. Reihe: Führer und Denker, Bd. 17: 1848/I)*, München 1922, S. 257-260; Petzet/Sutter, *Der Geist der Paulskirche*, S. 297-304; *Stimmen der Achtundvierziger zu Fragen der deutschen Gegenwart. Aus der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a. M.*, in: *Die Hilfe*, 29 (1923), S. 163-168, hier: 163 f.; Ludwig Uhland über den Anschluss Österreichs, in: *Österreich-Deutschland*, 2 (1925), Nr. 7, S. 14; Aussprüche aus der Paulskirche, in: *Deutsche Republik*, 2 (1927/28), S. 1100; Otto Ernst Sutter, „Prophetische Worte aus der Paulskirche. Lehren für die Gegenwart“, in: *VZ*, 17.5.1928, MA; *Deutsche Einheit, deutsche*

Außerdem bezog sich der *Vorwärts* in zwei Artikeln auf die französische Revolution von 1848. Er erinnerte an den französischen Journalisten, Schriftsteller und Politiker Félix Pyat, der vor der direkten Wahl des Präsidenten durch das Volk gemäß der Verfassung der aus der Februarrevolution hervorgegangenen zweiten Republik gewarnt und in dem durch das Volk gewählten Präsidenten einen Ersatz für den konstitutionellen König gesehen hatte. Bekanntlich war dann in Frankreich am 10. Dezember 1848 Louis Napoleon zum Präsidenten gewählt worden, der sich drei Jahre später in einem Staatsstreich über die Verfassung hinwegsetzte. Vor diesem Erfahrungshintergrund habe man in der dritten französischen Republik von der Wahl des Präsidenten durch das Volk abgesehen. Zwar räumte der Artikel ein, dass Pyats Warnung, weil sie sich im französischen Falle als berechtigt erwiesen habe, noch keine Allgemeingültigkeit besitzen müsse, doch letztlich drückte er einen Vorbehalt gegenüber der starken Rolle des Reichspräsidenten aus, wie sie in dem Verfassungsentwurf der Reichsregierung vorgesehen war.⁸⁶ Mit diesem Vorbehalt konnten sich die Sozialdemokraten allerdings nicht durchsetzen. Der zweite Artikel über die französische Februarrevolution erinnerte daran, dass damals erstmals ein Arbeiter Mitglied einer Regierung wurde.⁸⁷

Am 7. Februar druckte der *Vorwärts* schließlich den Abschnitt aus Engels' „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“ über die Paulskirche ab. Die Invektiven, mit denen Engels die Nationalversammlung von 1848/49 belegte, waren in ihrer Schärfe schwerlich zu überbieten: „eine Schaubühne, auf der alte, überlebte politische Charaktere ihre unfreiwillige Lächerlichkeit und ihre Impotenz des Denkens und Handelns vor den Augen von ganz Deutschland zum besten gaben“, eine „Versammlung alter Weiber“, das „Frankfurter Narrenkollegium“.⁸⁸

Freiheit, S. 59-61; in Österreich: Ludwig Uhlands Rede im Frankfurter Parlament von 1848. Eingeleitet von Paul Wittek, in: Österreichische Rundschau, 18 (1922), S. 471-477. Artikel über Uhland: Karl Karstädt, „Ludwig Uhland, der Großdeutsche und Demokrat“, in: RB, 2 (1925), Nr. 18. Zu Uhlands Rolle 1848/49 vgl. Dieter Langewiesche, Ludwig Uhland. Ruhm des Scheiterns, in: Sabine Freitag (Hg.), Die Achtundvierziger. Lebensbilder aus der deutschen Revolution 1848/49, München 1998, S. 11-22, insb.: 17-20; Hans-Joachim Hahn, Die deutsche Nationalitätenfrage aus der Sicht der 1848er-Revolution, in: Wolfgang Bialas (Hg.), Die nationale Identität der Deutschen. Philosophische Imaginationen und historische Mentalitäten, Frankfurt a. M. u.a. 2002, S. 145-163, hier: 151 f. Zu Uhlands Nachwirkung (mit einem nur knappen Hinweis zur Weimarer Republik) vgl. Utz Jeggle, Nachruhm und Kult, in: Hermann Bausinger (Hg.), Ludwig Uhland. Dichter – Politiker – Gelehrter, Tübingen 1988, S. 217-236, hier: 230 f.

⁸⁶ „Eine 48er-Rede über die Präsidentenwahl“, in: Vorwärts, 6.2.1919, MA; vgl. Winkler, Geschichte des Westens, S. 599-606.

⁸⁷ „Der erste Minister aus der Arbeiterklasse“, in: Vorwärts, 6.2.1919, MA.

⁸⁸ Friedrich Engels, „Frankfurter Nationalversammlung 1848“, in: Vorwärts, 7.2.1919, AA.

Erwähnt sei außerdem ein Artikel „Frieden, Freiheit, Frauen!“ der Sozialdemokratin Anna Bloss, die der verfassunggebenden Nationalversammlung angehören sollte, der im Dezember 1918 im sozialdemokratischen *Volksfreund* in Karlsruhe erschien. Sie bezeichnete die gegenwärtige Revolution als die erste in der Weltgeschichte, in der auch an die Frauenrechte gedacht worden sei, und erinnerte in diesem Zusammenhang an Louise Otto, die 1848 vergeblich das Recht und die Pflicht für Frauen, „an den Interessen des Staates teilzunehmen“, gefordert habe. Zugleich lobte Bloss die „unblutige“ Revolution des Proletariats und urteilte – wohl in Abgrenzung zur Französischen Revolution von 1789 –: „In dieser Revolution wurden nicht Weiber zu Hyänen, sondern sie hielten Zucht und Ordnung, wie Männer.“⁸⁹

Die Mehrheitssozialdemokraten jenseits der Reichshauptstadt

Am Tag der Eröffnung der badischen Nationalversammlung am 15. Januar 1919 konstatierte der badische *Volksfreund* zufrieden:

„Das Schauspiel, das von 1848 her als der eigentliche Kernpunkt des Revolutionskampfes vorschwebte, der bewaffnete Mann im Bürgerrock und Heckerhut auf der Barrikade gegen das anrückende Militär schießend oder das Schauspiel bolschewistischer Übergriffe wie in Berlin ist vermieden worden. Es ist das Verdienst der Sozialdemokratie, dass sie die unabwendbare Entwicklung fest in ihre Hand nahm und in das Bett ruhigen Geschehens lenkte.“⁹⁰

In einem gewissen Widerspruch dazu hieß es in einem weiteren Kommentar: Selten sei eine Revolution „so wirkungslos verpufft“ wie die deutsche von 1848. Als Ursache dafür machte das Blatt aus, dass die Wortführer der Paulskirche, als die Revolution ihren ersten Schwung verlor, keine Robespierres, keine Dantons, keine Marats, sondern sehr gemäßigte Professoren gewesen seien. Die Revolution von 1918 hingegen habe von den zwei ihr gestellten Aufgaben, an die Stelle des alten Systems eine neue Staatsform und eine neue wirtschaftliche Produktionsweise zu setzen, die erste Aufgabe, das nachzuholende Pensum von 1848, auf Anhieb gelöst.⁹¹

⁸⁹ Anna Bloss, „Friede, Freiheit, Frauen!“, in: *Volksfreund*, 7.12.1918; vgl. Johanna Ludwig, ‚Auch die Rechte der Frauen bedenken‘. Louise Otto (1812–1878) in der Revolution von 1848/49, in: Helmut Bleiber/Walter Schmidt/Susanne Schötz (Hg.), *Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen in der Revolution von 1848/49*, Berlin 2003, S. 493–514, hier: 495, 504; auch mit Bezugnahme auf 1848: „Frauenwahlrecht und Sozialdemokratie. Rede in der Frauenversammlung der sozialdemokratischen Partei Karlsruhe vom 19. Dezember 1918 gehalten von Rechtsanwalt und Stadtrat Dr. Dietz“, in: *Volksfreund*, 23.12.1918.

⁹⁰ „Zur Eröffnung der Nationalversammlung“, in: ebd., 15.1.1919; auch: „Wilhelm der Letzte“, in: ebd., 11.11.1918; vgl. Hermann Oncken, *Die deutsche Nationalversammlung 1848 und 1919*, in: *Recht und Wirtschaft*, 8 (1919), S. 3–10, hier: 7; Fenske, *Der liberale Südwesten*, S. 211 f.

⁹¹ „Rückblick und Ausblick“, in: *Volksfreund*, 15.1.1919; auch: D., „Sozialdemokratie und Bürgertum“, in: ebd., 27.1.1919.

In Kiel hielt Hermann Wendel den Demokraten in der *Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung* – in Schleswig-Holstein hatten diese im Kaiserreich eine politisch wichtige Rolle gespielt – Ende Dezember 1918 wie zuvor schon die kommunistische *Rote Fahne* vor, sich als Achtundvierziger zu kostümieren.⁹² Er erinnerte an die Paulskirchensatire „Die Taten und Meinungen des Herrn Piepmeyer, Abgeordneten zur konstituierenden Nationalversammlung in Frankfurt“ von J. H. Detmold mit Zeichnungen von A. Schrödter aus dem Jahre 1848, in der diese die Karikatur eines politischen Opportunisten gezeichnet hätten, der sich von konstitutionellen Monarchisten und Republikanern wählen lasse und sich sicherheitshalber einen Schlapphut mit schwarz-rot-goldener Kokarde und einen wilden Heckerbart zulege.⁹³ Von solchen Piepmeyern habe es nach jeder Revolution gewimmelt. Jetzt hätten sich die Piepmeyer sogar in einer Partei zusammengeschlossen: der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Stresemann, der sich bislang weigere, der DDP beizutreten, und all die anderen, die vorgestern noch Flandern hätten annektieren wollen und gestern gegen das gleiche Wahlrecht polemisiert hätten, werde man bald mit „ausgeliehenem Revoluzzerhut und dem umgehängten Heckerbart“ begrüßen können.⁹⁴

Die Linksliberalen I

Die linksliberale bürgerliche Presse erblickte angesichts der Niederlage im Weltkrieg und einer Revolution, die das Bürgertum nicht gewollt hatte und an der es nicht beteiligt war, im November 1918 den einzigen Hoffnungsschimmer in der Perspektive des Anschlusses Deutschösterreichs.⁹⁵ Sehr bezeichnend war, was der Historiker Friedrich Meinecke, der in der Weimarer Republik zum Vernunftrepublikaner par excellence werden sollte, noch vor der Revolution im November angesichts der Oktoberreformen, die die Parlamentarisierung der Reichsregierung gebracht hatten, in der Zeitschrift *Die Hilfe* vom 24. Oktober schrieb. Er bekannte, 1917 für die Demokratisierung des Wahlrechts in Preußen eingetreten zu sein, die Einführung des Parlamentarismus jedoch abgelehnt zu haben. In Anbetracht der Oktoberreformen und der Kriegsniederlage gab Meinecke die Parole aus:

⁹² Vgl. Karl Rohe, *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 1992, S. 137.

⁹³ Vgl. Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution*, Bd. 2, S. 587.

⁹⁴ Hermann Wendel, „Demokratische Piepmeyer“, in: SHVZ, 27.12.1918.

⁹⁵ Ebenso der Historiker Hermann Oncken: *Die deutsche Nationalversammlung 1848 und 1919*, S. 6; vgl. Heß, „Das ganze Deutschland soll es sein“. Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei, S. 29.

„So sei unsere Losung, was der Konservativen einer, [Albrecht von, D.B.] Roon, im Jahre 1848 gesagt hat: ‚Jetzt mit allen Kräften in das neue Schiff, wenn auch mit gebrochenem Herzen.‘“⁹⁶

Vermutlich hat die Tatsache, dass seit dem 9. November zunächst keine bürgerliche Partei an der Reichsregierung beteiligt war, mit dazu beigetragen, dass die linksliberale bürgerliche Presse den Anschlussgedanken wesentlich forcierter propagierte als die mehrheitssozialdemokratische – und das häufig in Verbindung mit der Erinnerung an die 48er-Revolution.

Aber doch nicht ausschließlich im Zusammenhang mit dem Anschlussgedanken spielte die Erinnerung an 1848 in den Revolutionsmonaten in der linksliberalen Presse eine Rolle. Die am linken Rand der bürgerlichen Demokratie stehende *Berliner Volkszeitung* erinnerte am Abend der Abdankung von Wilhelm II. an den berühmten Ausspruch Johann Jacobys:

„Das ist das Unglück der Könige, dass sie die Wahrheit nicht hören wollen!“ Es war im September [sic!] 1848, als zu Sanssouci Johann Jacoby dem Könige Friedrich Wilhelm IV. diese zürnenden und mahnenden Worte zurief. Sie treffen nicht minder auf Wilhelm II. zu, dessen Lebenswerk mit dem November 1918 abgeschlossen ist und damit ein 31-jähriges Kaisertum beendet.“⁹⁷

Es war vielleicht kein Zufall, dass während der Revolution von 1918/19 nur am linken Rande der bürgerlichen Demokratie und nicht im Zentralorgan der Mehrheitssozialdemokratie, die zusammen mit den Unabhängigen die Regierungsverantwortung trug, an diese Worte Jacobys erinnert wurde. Denn der Rat der Volksbeauftragten unterließ es, nach der Abdankung der deutschen Fürstenhäuser noch in der Revolution die Frage der Fürstenvermögen zu entscheiden, und erklärte sie am 3. Dezember zu einer Rechtsfrage, die von den Gerichten entschieden werden müsse.⁹⁸ Dem entsprach es, dass in der Revolution von 1918/19

⁹⁶ Friedrich Meinecke, Deutschland und der Friede, in: Die Hilfe, 24 (1918), S. 506-508, hier: 508; vgl. Max Lenz, Bismarcks Plan einer Gegenrevolution im März 1848 (=Sonderausgabe aus den Sitzungsberichten der Preußischen Akademie der Wissenschaften, phil.-hist. Klasse, Bd. 14), Berlin 1930, S. 12.

⁹⁷ „Wilhelm II.“, in: Berliner Volkszeitung (fortan: BVZ), 9.11.1918, AA. Erneut griff die Zeitung das Zitat in dem folgenden Artikel auf: Georg Siegerist, „Unglück der Könige“, in: BVZ, 15.11.1918, MA. Tatsächlich spielte die Szene in Sanssouci sich *nicht* im September, sondern im November 1848 ab. Eine Schilderung war abgedruckt in: Klein (Hg.), Der Vorkampf deutscher Einheit und Freiheit, S. 368 f.; vgl. Hachtmann, Berlin 1848, S. 740-743; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 266; auch: Stadelmann, Soziale und politische Geschichte, S. 178.

⁹⁸ Vgl. Ulrich Schüren, Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Die Vermögensauseinandersetzung mit den depostierten Landesherrn als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen, Düsseldorf 1978, S. 22-24; Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912 bis 1921, Nd., hg. v. Dieter Dowe, Bd. 2, Berlin/Bonn 1980, S. 705 f., 709-711, 735. Der Fraktionsvorsitzende der Deutschnationalen Graf v. Posadowsky-Wehner behauptete in der Sitzung der Nationalversammlung am 7. Oktober 1919, der Sozialdemokrat Scheidemann habe in Kassel erklärt, die

vorsätzliche Denkmalstürze nur selten zu verzeichnen waren.⁹⁹ Dieser Verzicht auf eine revolutionäre Symbolpolitik war nur konsequent, da die sozialdemokratisch geführte Reichsregierung sowie die gleichfalls sozialdemokratisch geleiteten Landesregierungen in der Revolution insgesamt eine „Politik der Nicht-Revolution“ betrieben – das stellte eine Parallele zu dem Handeln der Liberalen in der 48er-Revolution dar.¹⁰⁰

Im Dezember sprach sich die *Volkszeitung* dafür aus, Schwarz-Rot-Gold zum Banner des neuen deutschen Freistaats zu machen. Die Berliner Soldatenräte und viele Soldaten trugen diese Farben, auch wehten sie von vielen Häusern herab. Für das Blatt waren Schwarz-Rot-Gold die Farben, „unter denen 1848 die Besten unseres Volkes den Kampf für ein freies Deutschland gegen die Tyrannei der Dynastien führten“.¹⁰¹ Ein weiterer Artikel erinnerte daran, dass die bürgerliche deutsche Revolution von 1848 zugleich die Geburtsstätte der deutschen sozialistischen Dichtung war, und ging dabei vor allem auf Georg Herwegh und Freiligrath ein.¹⁰²

deutsche Revolution von 1918/19 sei mit den Trägern und Vertretern des alten Regimes so großmütig verfahren wie noch keine vor ihr und habe dies mit einer „dunklen Drohung“ verbunden. Posadowsky-Wehner fragte rhetorisch, ob Scheidemann meine, es wäre gut gewesen, wenn die Revolution mit dem alten Regime so verfahren wäre wie die französische Revolution von 1789. Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 330, S. 2892 f.

⁹⁹ Vgl. Winfried Speitkamp, Denkmalsturz und Symbolkonflikt in der modernen Geschichte. Eine Einleitung, in: ders. (Hg.), Denkmalsturz. Zur Konfliktgeschichte politischer Symbolik, Göttingen 1997, S. 5-21, hier: 15; Maoz Azaryahu, What is to be remembered. The struggle over street names in Berlin, 1921–1930, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, 17 (1988), S. 241-258, hier: 257. Dagegen beschloss am 18. März 1948 auf Antrag der SED die Berliner Stadtverordnetenversammlung, das den im Kampf gegen die Revolution 1848/49 gefallenen preußischen Soldaten gewidmete „National-Krieger-Denkmal“ im Invalidenpark abzureißen. Vgl. Siemann, Der Streit der Erben, S. 130.

¹⁰⁰ Vgl. Rürup, Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichte, S. 12-15 (Zitat: 15); Heinrich August Winkler, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930 (=Geschichte der Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, Bd. 10), 2., vollst. durchges. u. korr. Aufl., Bonn 1988, S. 232; ders., Der Weg in die Katastrophe, S. 952; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 583 f.

¹⁰¹ E. K., „Schwarz-rot-gold“, in: BVZ, 15.12.1918, MA.

¹⁰² „Revolutionsgeist. Die Geburtsstätte unserer sozialistischen Dichtung“, in: BVZ, 25.12.1918, MA. In der sozialdemokratischen Zeitschrift die *Glocke* war schon am 21. Dezember ein Artikel von dem sozialdemokratischen Historiker der 48er-Revolution, Wilhelm Bloß, über Georg Herwegh erschienen: Die eiserne Lerche, in: Die Glocke, 4 (1918), S. 1213-1216. Weitere Artikel zu Herwegh in späteren Jahren: C. F. W. Behl, Georg Herwegh. Zu seinem 50. Todestage, in: Die Glocke, 10 (1924), S. 59-61; F. B., „Georg Herwegh“, in: RB, 2 (1925), Nr. 8; zu Herwegh vgl. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1, S. 264-269, 486-488; Ingo Fellrath, Georg Herwegh – Emma Herwegh. Vive la République, in: Freitag (Hg.), Die Achtundvierziger, S. 33-44; Karlheinz Fingerhut, „Die ganze Welt wird frei und bankrott“. Heinrich Heine, Georg Herwegh, Ludwig Pfau, Justinus Kerner und die unglücklichen poetischen Kommentierungen der verunglückten Revolution von 1848, in: Hartmut Melenk/Klaus Bushoff (Hg.), 1848 – Literatur, Kunst und Freiheit im europäischen Raum, Freiburg i. Br. 1998, S. 39-62. Während es in Berlin in der Revolution von 1918/19 vor allem Kommunisten und Unabhängige Sozialdemokraten und ihre Presseorgane waren, die sich auf Freiligrath bezogen, erinnerte fernab der Reichshauptstadt auch die sozialdemokratische Presse häufig an diesen: „Die Befestigung des neuen Geistes“, in: Volksfreund, 16.11.1918; Ferdinand Freiligrath, „Die Republik“ in: ebd., 28.11.1918; auch: Dr. D., „Sozialdemokratie und Bürgertum. Eine Wahlrede aus dem Revolutionswinter 1918/19“, in: ebd., 27.1.1919. Auf einer Volksfeier in Karlsruhe zur Eröffnung der badischen

Dagegen erinnerten die beiden großen linksliberalen Hauptstadtblätter, *Berliner Tageblatt* und *Vossische Zeitung*, nahezu ausschließlich im Zusammenhang mit dem Anschlussgedanken an die Revolution von 1848.¹⁰³ Die *Vossische* brachte am 30. November einen Artikel, in dem sie für schnellstmögliche Wahlen plädierte, und berief sich dabei auf den Beschluss des Vorparlaments vom 9. April 1848, die Verfassungsschöpfung in die Hände einer deutschen Nationalversammlung zu legen.¹⁰⁴ In der dritten der großen linksliberalen Zeitungen, der *Frankfurter Zeitung*, waren die Bezugnahmen auf 1848 vielfältiger. In die gleiche Richtung wie der erwähnte Artikel in der *Vossischen Zeitung* gingen zwei Beiträge. Die *Frankfurter Zeitung* druckte am 23. November einen Aufruf zu Ruhe und Ordnung des Fünzfürer Ausschusses des Vorparlaments vom 6. April 1848 ab, der damals vor dem Hintergrund des Heckeraufstands und der Bauernaufstände im süddeutschen Raum herausgegeben worden war.¹⁰⁵ Unmittelbar nach der Niederschlagung des Januaraufstands in Berlin veröffentlichte die Zeitung einen Wahlaufuf von 1848, in dem vor „politischen Rattenfängern“ gewarnt wurde.¹⁰⁶

Mit gänzlich anderer Stoßrichtung vertrat Bernhard Guttman am 11. Dezember in dem Blatt die These, dass ein Volk, das frei sein wolle, einmal eine Revolution machen müsse – alle anderen Völker hätten es so gemacht. Deutschland habe bislang nur den gescheiterten Versuch von 1848 aufzuweisen; anschließend habe das alte System eine Konstitution gegeben, die sei aber nur „Schweinwerk“ geblieben:

„Wer also die deutsche Freiheit nicht bloß in Wahlprogrammen, sondern von Herzen will, der muss auch die Revolution wollen“.¹⁰⁷

Außerdem thematisierte die Zeitung in zwei Artikeln das „preußische Problem“, also die Problematik, die sich durch die unverhältnismäßige Größe Preußens im Vergleich zu den anderen deutschen Einzelstaaten für den Föderalismus ergab.¹⁰⁸ Am 22. Dezember nahm sie die Meldung, das Wahlgesetz für die preußische Nationalversammlung sei ausgearbeitet, zum Anlass, darauf hinzuweisen, dass 1848 außerordentliche Schwierigkeiten durch die Parallelität

Nationalversammlung am 15. Januar 1919 wurden Revolutionslieder von Herwegh, Freiligrath und Heine vorgetragen. „Volksfeier“, in: ebd., 17.1.1919.

¹⁰³ Auf die Beiträge von Kurt Tucholsky in den Revolutionsmonaten in der humoristischen Beilage von *Berliner Tageblatt* und *Berliner Volkszeitung*, dem *Ulk*, wird hier nicht eingegangen. Dazu siehe Michael Hepp, Die Revolution, oder das, was die Deutschen so nennen. Tucholskys Revolution in Klein-Piepeniechen, in: ders. (Hg.), Literatur und Revolution 1848/1918, S. 111-133.

¹⁰⁴ J. Jastrow, „Die Nationalversammlung“, in: VZ, 30.11.1918, MA.

¹⁰⁵ „Aufruf zur Besonnenheit: 1848“, in: Frankfurter Zeitung (fortan: FZ), 23.11.1918, AB.

¹⁰⁶ „Ein Wahlaufuf von 1848“, in: FZ, 14.1.1919, AB.

¹⁰⁷ Bernhard Guttman, „Das Volk der Revolution“, in: FZ, 11.12.1918, 1. MB.

¹⁰⁸ So auch Georg Metzler, Preußens Ende, in: Weltbühne, 14 (1918), II, S. 549-551, hier: 551.

von Paulskirche und preußischer Nationalversammlung entstanden seien. Zwar seien die Gefahren diesmal geringer, weil das Reich schon bestehe, aber dennoch wäre es besser gewesen, einzelstaatliche Parlamente erst nach der Verfassunggebung einzuberufen.¹⁰⁹ Damit befand sich die Zeitung in völliger Übereinstimmung mit Hugo Preuß, dem Vater der Weimarer Reichsverfassung, der sich zusammen mit der Reichsregierung mit dieser Position aber nicht gegenüber den Ländern durchsetzen konnte. Viel weiter als die *Frankfurter Zeitung* war schon Anfang Dezember Paul Darmstaedter in der Zeitschrift *Die Hilfe* gegangen, als er ohne Umschweife die Auflösung Preußens verlangte hatte, die schon die Achtundvierziger als Notwendigkeit erkannt hätten. Auch der Historiker Friedrich Meinecke erhob im Januar 1919 mit Berufung auf Paul Pfizer und die Achtundvierziger die Forderung nach Auflösung der preußischen Staatseinheit – allerdings in der Annahme, dass auch Deutschösterreich zum Reich gehören werde.¹¹⁰

Zum Zusammentritt der Weimarer Nationalversammlung erinnerte die *Frankfurter Zeitung* in ihrem Kommentar an den Zusammentritt der Paulskirche im Mai 1848. Die Zeitung forderte von der neuen Nationalversammlung schneller zu handeln als ihre Vorläuferin; mit der Schaffung einer provisorischen Regierung dürfe man sich nicht mehr als einen Monat Zeit lassen – das entsprach dem, was der sozialdemokratische *Vorwärts* verlangte, der das mit Blick auf die Paulskirche nur wesentlich unfreundlicher sagte, indem er den einschlägigen Text von Engels abdruckte. Die Paulskirchenverfassung von 1848, hieß es in der *Frankfurter Zeitung* weiter, habe nicht ihre Bedeutung verloren. Wenn die neue Nationalversammlung wie schon die Paulskirche Grundrechte in die Verfassung schreibe, wie das der preußische Entwurf vorsehe, dann könne sie sich kürzerfassen, weil bereits vieles, was die Paulskirche wollte, selbstverständliche Wirklichkeit sei. Das Blatt konstatierte, an „geistigem Wuchs“ sei die neue Nationalversammlung der Paulskirche zwar unterlegen, dafür habe sie vielleicht in Fragen der Berechnung und Erfahrung sogar einen Vorsprung.¹¹¹

¹⁰⁹ „Das Reich und seine Glieder. Gleichzeitige Nationalversammlungen?“, in: FZ, 22.12.1918, 1. MB; auch: Leitartikel, in: FZ, 8.2.1919, AB.

¹¹⁰ Paul Darmstaedter, Die neue deutsche Verfassung, in: Die Hilfe, 24 (1918), S. 586-588, hier: 586; Friedrich Meinecke, Verfassung und Verwaltung der deutschen Republik (1919), in: ders., Werke, Bd. 2: Politische Schriften und Reden, hg. u. eingel. v. Georg Kotowski, 4. Aufl., Darmstadt 1979, S. 280-298, hier: 283; vgl. Erich Eyck, „Preußen und Deutschland 1848“, in: VZ, 3.11.1920, MA; Veit Valentin, Die erste deutsche Nationalversammlung. Eine geschichtliche Studie über die Frankfurter Paulskirche, München/Berlin 1919, S. 140; Ludwig Bergsträsser, Das Frankfurter Parlament und die deutsche Gegenwart, Berlin 1923, S. 65 f.; Friedrich Meinecke, 1848. Eine Säkularbetrachtung, in: ders., Werke, Bd. 9: Brandenburg, Preußen, Deutschland. Kleine Schriften zur Geschichte und Politik, hg. u. eingel. v. Eberhard Kessel, Stuttgart 1979, S. 345-363, hier: 362.

¹¹¹ „Nationalversammlung“, in: FZ, 6.2.1919, AB. Den politischen Erfahrungsvorsprung der Gegenwart gegenüber 1848 betonte der Historiker Ludwig Bergsträsser: Das schwarz-rot-goldene Parlament, S. 7.

Edmund Friedemann kritisierte in einem historischen Kommentar zum Zusammentritt der Weimarer Nationalversammlung in der *Vossischen Zeitung* an dem Paulskirchenparlament seine Redseligkeit und Tatenlosigkeit sowie seine Vertrauensseligkeit gegenüber den alten Gewalten. Der schwerste Fehler der ersten deutschen Nationalversammlung sei es gewesen, sich *nicht* ein Heer geschaffen zu haben. Außerdem bescheinigte er der Paulskirche wenig Verständnis für das Elend der arbeitenden Klassen. Aus Angst vor den Ansprüchen der Arbeiterklasse habe das Bürgertum die Unterstützung der reaktionären Machthaber gesucht. Der Autor wandte sich gegen die These, die das Anwachsen der Sozialdemokratie und die Schwächung des Liberalismus im Kaiserreich auf den Einfluss Bismarcks zurückführte. Eine einzelne Person habe das nicht bewirken können, vielmehr sei die mangelnde Berücksichtigung der sozialen Erfordernisse der Zeit durch den Liberalismus die Ursache. Friedemann wünschte sich, dass die demokratische Partei in der neuen Nationalversammlung den sozialen Aufgaben mehr Beachtung schenke. Dies sei das einzige Mittel gegen „ungerechtfertigte sozialistische Anforderungen“.¹¹²

Eindeutig im Vordergrund stand in Verknüpfung mit der Erinnerung an die 48er-Revolution in der linksliberalen Presse jedoch der großdeutsche Gedanke. Schon am 31. Oktober formulierte der Chefredakteur des *Berliner Tageblatts*, Theodor Wolff, seinen „Gruß an Wien“. Darin konstatierte er, die Demokratie sei zur Trägerin des deutschen Gedankens geworden. Victor Adler, Karl Renner und ihre Freunde sendeten ihre Grüße aus Deutschösterreich, und Deutschland erwidere den Gruß:

„Es sind fast auf den Tag siebzig Jahre vergangen, seit Ferdinand Freiligrath das todesmatte, revolutionäre Wien grüßte und Deutschland tadelte, wo er nur dieses ‚kärglich Bravoschreien‘ fand. Am 3. November 1848 rief er von Köln aus eine Huldigung den Wienern zu:

Wenn wir noch knien könnten, wir lägen auf den Knien,
Wenn wir noch beten könnten, wir beteten für Wien – – –
Der Herbst ist angebrochen, der kalte Winter naht
O Deutschland, ein Erheben! O Deutschland, eine Tat!‘

Auch in Deutschland hat die Demokratie jetzt zu Taten sich aufgerafft. Müssen wir nochmals sagen, dass die Regierung etwas zu langsam vorwärtsschreitet [...]?’¹¹³

Der Chefredakteur der *Vossischen Zeitung*, Georg Bernhard, sprach sich am gleichen Tag dafür aus, gemäß dem vom amerikanischen Präsidenten Wilson proklamierten

¹¹² Edmund Friedemann, „Die Nationalversammlung von 1848“, in: VZ, 4.2.1919, MA.

¹¹³ T.W., „Gruß an Wien“, in: BT, 31.10.1918, AA; vgl. Freiligraths Werke, Teil 2, S. 133 f.

Selbstbestimmungsrecht der Völker unverzüglich die Vereinigung mit Deutschösterreich zu vollziehen: „Ein Ausblick von bisher unerhörter Weite tut sich auf: Der Krieg wäre nicht umsonst geführt.“¹¹⁴ Auch die *Berliner Volkszeitung* sah am Tag darauf in dem möglichen Anschluss Deutschösterreichs einen Hoffnungsstrahl:

„Die deutschösterreichische Republik, die 1849 von den Kroaten Jellachichs blutig niedergeworfen wurde, ist wieder erstanden. Robert Blum steigt aus dem Grab. Schwarz-Rot-Gold, die alten Sehnsuchtsfarben deutschen Einheits- und Freiheitsstrebens haben in Wien das ungeliebte Schwarz-Gelb Habsburgs verdrängt. Die Entwicklung von 1918 knüpft dort an, wo der Lauf der deutschen Revolution von 1848 gewaltsam unterbrochen wurde.

Nie haben es die großdeutschen Demokraten, nie die Vorkämpfer der deutschen Sozialdemokratie, nie hat vor allem Wilhelm Liebknecht Bismarck verziehen, dass er die deutschen Stammesbrüder Deutschösterreichs 1866 von uns stieß, um Preußens Macht im engeren Reich zu erhöhen.“¹¹⁵

Am 15. November, drei Tage nach der Anschlussklärung Deutschösterreichs, war in einem Kommentar in der *Frankfurter Zeitung* zu lesen: Die „deutsche Revolution“ von 1918 unterscheide sich von ihrer Vorgängerin vor siebzig Jahren dadurch stark, dass sie vorwiegend eine soziale und rechtspolitische Umwälzung sei, während damals der nationale Gedanke die wichtigste Triebkraft gewesen sei. Doch habe die heutige Revolution eine gewaltige nationale Wirkung gehabt, da sie Deutschösterreich dazu veranlasst habe, seinen Anschluss als Bundesstaat an das zum „freien Volksstaat“ gewordene Deutschland zu erklären. Auch für die *Frankfurter Zeitung* war diese Perspektive Anlass zur Hoffnung.¹¹⁶

In derselben Ausgabe druckte die Zeitung das Zitat von Ludwig Uhland über die Zugehörigkeit Österreichs zu Deutschland vom 26. Oktober 1848 aus der Paulskirche ab (das bereits oben zitiert wurde).¹¹⁷ Die *Berliner Volkszeitung* sprach am gleichen Tag die Erwartung aus, dass die neue Nationalversammlung wie schon die Paulskirche 1848 deutschösterreichische Abgeordnete in ihrer Mitte sehen werde. Indem die Zeitung darauf

¹¹⁴ Bernhard, „Einheit der deutschen Nation!“, in: VZ, 31.10.1918, AA.

¹¹⁵ „1848–1918“, in: BVZ, 1.11.1918, MA. Der gleiche Artikel wurde jeweils um einen neuen Schlussabsatz erweitert einen Tag später in der in Kiel erscheinenden sozialdemokratischen *Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung* und drei Tage später vom in Karlsruhe erscheinenden sozialdemokratischen *Volksfreund* abgedruckt: „1848–1918“, in: SHVZ, 2.11.1918, und in: Volksfreund, 4.11.1918. Zur Haltung Wilhelm Liebknechts zur Reichsgründung vgl. Baumgart, Die verdrängte Revolution, S. 166.

¹¹⁶ Leitartikel, in: FZ, 15.11.1918, AB; vgl. Heß, „Das ganze Deutschland soll es sein“, 1978, S. 31; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 565 f.

¹¹⁷ „Uhland über Deutschösterreich“, in: FZ, 15.11.1918, AB.

insistierte, dass auch Deutschböhmen zu Deutschösterreich gehöre, offenbarte sie die ganze Tragweite der Anschlussfrage.¹¹⁸

Eine deutschösterreichische Anschlusskundgebung in Berlin

In Berlin fand in der Hochschule für Musik am 17. November eine Kundgebung von in Berlin lebenden Deutschösterreichern für den Anschluss statt. In der Presse wurde von der Veranstaltung *nicht* berichtet; im Jahr darauf erschien eine Broschüre mit den auf der Kundgebung gehaltenen Reden. Bis auf einen der beiden Kultusminister der preußischen Revolutionsregierung, Konrad Haenisch, der im Weltkrieg zusammen mit Paul Lensch und Heinrich Cunow den Kreis der sozialdemokratischen „Sozialimperialisten“ angeführt hatte, und Werner Sombart waren sämtliche Redner Österreicher: Hermann Kienzl, Professor Heinrich Herkner, Stefan Großmann, Alois Brand und Hermann Ullmann. Kienzl, der die Versammlung im Auftrag des vorbereitenden Ausschusses begrüßte, sollte im Januar 1920 Gründungspräsident der Anschlussorganisation Österreichisch-Deutscher Volksbund werden. Der Volksbund wiederum betrachtete bereits die Kundgebung am 17. November 1918 als sein Gründungsdatum. Die Reden enthielten bereits sämtliche Argumentationsfiguren und Motive, die den demokratischen und vor allem den sozialdemokratischen Anschlussdiskurs in den kommenden Jahren kennzeichnen sollten.¹¹⁹

Sowohl Kienzl als auch Herkner und Haenisch bezogen sich in ihren Reden auf die 48er-Revolution. Zum Hintergrund gehörte, dass von vielen Deutschösterreichern das österreichische Angebot eines Separatfriedens an die Alliierten im Oktober 1918 nach vierjähriger Waffenbrüderschaft mit dem Deutschen Reich als „Verrat der Habsburger“ empfunden worden war. In seiner Begrüßungsrede sagte Kienzl:

„Wir in Berlin lebenden Deutschösterreicher wissen, dass die besten unserer Landsleute das heute nahe Ziel seit vielen Geschlechtern im Herzen trugen. Bis zum heutigen Tage ist die Fahne der Deutschösterreicher das großdeutsche Schwarz-Rot-Gold der achtundvierziger Revolution.“

¹¹⁸ E. M., „Der Anschluss Deutschösterreichs“, in: BVZ, 15.11.1918, AA; vgl. Myers, *Germany and the Question of Austrian Anschluss*, S. 92 f., 344 f.

¹¹⁹ Großdeutsch oder kleindeutsch? Reden über den Anschluss Deutschösterreichs an die Deutsche Republik von Hermann Kienzl, Prof. Dr. Heinrich Herkner, Stefan Großmann, Konrad Haenisch, Alois Brandl, Hermann Ullmann, Prof. Dr. Werner Sombart, Berlin 1919, S. 5 f., 29; Die Grundsteinlegung des Österreichisch-Deutschen Volksbundes (17. November 1918), in: Österreich-Deutschland, 3 (1926), Nr. 11, S. 4-7, hier: 7, u. Nr. 12, S. 1-7, hier: 2; vgl. Stefan Feucht, *Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933)* (=Moderne Geschichte und Politik, Bd. 10), Frankfurt a. M. u.a. 1998, S. 99; Buchner, *Um nationale und republikanische Identität*, S. 150; Brancato, *German Social Democrats*, S. 40-42; Heß, *„Das ganze Deutschland soll es sein“*, 1978, S. 29.

Kienzl fragte rhetorisch, welche Macht „gerade dem deutschen Volke“ auf die Dauer das Selbstbestimmungsrecht verweigern könne, auf dem die Welt jetzt neu aufgebaut werden solle, und erklärte apodiktisch, eine „österreichische Nation“ habe es nie gegeben. Aus dem Deutschen Reich der Hohenzollern und dem Österreich der Habsburger werde das freie Deutschland als „ein friedlicher Weltbürger“ hervorgehen.¹²⁰

In seiner Rede über das „Schicksal der Deutschösterreicher“ datierte Herkner, der zu den Unterzeichnern des Gründungsaufrufs der DDP gehörte, den Beginn des deutschösterreichischen Unglücks auf das Jahr 1848:

„Unser Unglück begann, als 1848 das Werk des ersten gesamtdeutschen Parlaments in der Paulskirche zu Frankfurt am Main an dem Zwiespalt der dynastischen Interessen zerschellte.“ Herkner schilderte im Weiteren, dass im Weltkrieg die Polen, Ruthenen, Südslawen, Rumänen und Italiener des Habsburgerreichs gegen nationale Brüder kämpfen mussten, und erwähnte kritisch die preußische Nationalitätenpolitik, die aus Polen und Dänen „mit roher Gewalt“ Deutsche machen wollen. Im kleindeutschen Reich von 1871 habe sich „eine heillose Verengung des Nationalbewusstseins“ entwickelt. Jeder, der überhaupt noch „von moralischen Pflichten in Politik und Völkerleben“ gesprochen habe, sei mit Hohn und Spott überschüttet worden.

Hingegen seien alle Heroen der deutschen Arbeiterbewegung im Deutschen Reich und in Österreich „gut großdeutsch“ gesinnt geblieben. Sie hätten die Lösung der deutschen Frage nur in einer „gesamtdeutschen Volksrepublik“ erblicken wollen. Herkner nannte: Marx, Engels, Lassalle, Schweitzer, Rodbertus, Bebel, Liebknecht, Pernerstorfer und Victor Adler. Abschließend zitierte er euphorisch Freiligrath, „einen kerndeutschen Sozialdemokraten von anno 1848“:

„Gott im Himmel, welche Wunderblume wird einst vor allem dieses Deutschland sein!“¹²¹

Haenisch betonte zunächst, dass er *nicht* als Vertreter der preußischen Regierung spreche. Er begrüßte, dass im Reich endlich wieder die Farben Schwarz-Rot-Gold zu Ehren kämen, nachdem sie Jahrzehnte lang verpönt gewesen seien, selbst das schöne Lied „Deutschland, Deutschland über alles!“ habe lange auf dem Index gestanden. An die 48er-Revolution erinnerte er mit den Worten:

¹²⁰ Großdeutsch oder kleindeutsch?, S. 5-8.

¹²¹ Ebd., S. 9-13. Das Zitat stammt aus dem Gedicht „Am Baum der Menschheit drängt sich Blüt' an Blüte“ von 1844. Freiligraths Werke, Teil 2, S. 41.

„Für das Doppelideal von deutscher Freiheit und Einheit bluteten die Märzkämpfer und die Helden des badisch-pfälzischen Aufstandes. Dies Doppelideal war es, was die Herzen der Männer in der Paulskirche entflammte. Dafür ließ auf der Brigittenau bei Wien der in Leipzig lebende Rheinländer Robert Blum sein Leben“.

Herwegh und Freiligrath, „die beiden Trompeter der Revolution“, hätten in gleicher Weise für diese Ideale geglüht. Wie zuvor schon Herkner betonte Haenisch die großdeutsche Tradition der deutschen Sozialdemokratie und machte das besonders an Bebel und Wilhelm Liebknecht fest. Liebknecht habe Zeit seines Lebens nie aufgehört, großdeutsch zu fühlen und großdeutsch zu denken. Er selbst, so Haenisch, habe im Jahre 1900 Liebknechts letzte Rede im Dresdner Trianon wenige Tage vor dessen Tod erlebt, in der dieser vom „fluchwürdigen Bruderkrieg von 1866“ gesprochen habe.

Haenisch prognostizierte „furchtbare“ Gebietsverluste für das Deutsche Reich durch den Friedensschluss im Westen, im Osten und vielleicht auch im Norden. Von der „Ewigkeitswarte“ aus betrachtet, würde das vielleicht aufgewogen und der Krieg würde für Deutschland „trotz alledem und alledem“ einen historischen Sinn gehabt haben, wenn er schließlich zur Vereinigung der zehn Millionen Deutschösterreicher mit dem Reich führe. Zum Schluss seiner Rede erwähnte Haenisch die Einladung Frankfurts am Main, die neue Nationalversammlung wiederum in der Paulskirche tagen zu lassen – er halte das für einen sehr schönen Gedanken.¹²²

In seinem Vortrag über die Deutschböhmen verlangte Hermann Ullmann auch den Anschluss Deutschböhmens, -mährens und Schlesiens an das Deutsche Reich.¹²³ Stefan Großmann forderte die Verantwortlichen in der deutschen Republik nach der deutschösterreichischen Anschlussklärung zu raschem Handeln auf.¹²⁴ Der neben Haenisch einzige reichsdeutsche Redner, Sombart, orakelte:

„Das verhängnisvolle Wort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker ist einmal gefallen. Den Staatsmännern der Entente wird noch davor grauen.“¹²⁵

¹²² Großdeutsch oder kleindeutsch?, S. 18-21.

¹²³ Ebd., S. 28.

¹²⁴ Ebd., S. 17.

¹²⁵ Ebd., S. 31.

Die Linksliberalen II

Bald darauf vermeldete die *Vossische Zeitung* aus Wien, dass sich dort angesichts der jüngsten Ereignisse im Reich der Wunsch rege, dass die großdeutsche Nationalversammlung nicht in Berlin zusammentrete, sondern dass das Frankfurter Parlament wieder auflebe.¹²⁶

Anfang Dezember stellte die Zeitung den Gesandten Deutschösterreichs in Berlin, Ludo Hartmann, vor. Er bringe nicht nur den Brudergruß von der Wiener an die Berliner Revolution, sondern auch den von 1848 an 1918, da er der treue Sohn Moritz Hartmanns sei, des Dichters und Politikers, der 1848 „mit Feuereifer“ für ein freies Großdeutschland eingetreten sei.¹²⁷

Im *Berliner Tageblatt* mahnte der Reichstagsabgeordnete von der Fortschrittlichen Volkspartei und Professor für Straf- und Völkerrecht Franz v. Liszt die Studenten umzulernen, in dem Sinne, dass geistige Werte höher stünden als materielle. Er erinnerte an die schwarz-rot-goldene Tradition der Burschenschaft. Das Erbe Bismarcks, das Großdeutschland im Weg gestanden habe, müsse schweren Herzens liquidiert werden. Die akademische Jugend habe die Pflicht, an das Jahr 1849 wieder anzuknüpfen.¹²⁸

Der Gesandte Hartmann veröffentlichte wenig später einen Beitrag in derselben Zeitung, in dem er davor warnte, Deutschböhmen, von woher sein Vater stammte, einem tschechoslowakischen Staat zuzuschlagen; damit würde eine Irredenta geschaffen, die für den Frieden in Europa gefährlicher sei, als Elsass-Lothringen oder das Trentino jemals gewesen seien.¹²⁹ Heinrich Herkner, der aus Reichenberg stammte, hatte sich auf der

¹²⁶ „Ein neues Frankfurter Parlament?“, in: VZ, 25.11.1918, AA. Eine ähnliche Warnung sprach Ernst Niekisch im Dezember auf dem Allgemeinen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte aus. Durch das Auftreten der radikalen Sozialisten in Berlin drohe die Stadt ihren Rang als Reichshauptstadt zu verlieren. Auch 1848 habe ein Teil der Paulskirchenabgeordneten Frankfurt a. M. als Reichshauptstadt befürwortet. Allgemeiner Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, S. 62.

¹²⁷ Alfred Klaar, „Die Sendung der Hartmann“, in: VZ, 8.12.1918. Beim Revolutionsgedenken der Frankfurter Demokraten am 30. März 1873 hatte unter anderen eine Büste Moritz Hartmanns auf dem Podium gestanden. Vgl. Klemm, *Erinnert – umstritten – gefeiert*, S. 100.

¹²⁸ Franz v. Liszt, „Wo bleiben die deutschen Studenten?“, in: BT, 12.12.1918, AA.

¹²⁹ „Ludo Hartmann, Gesandter der deutschösterreichischen Republik“, in: BT, 25.12.1918, MA. Ludo Hartmanns Vater, Moritz Hartmann, hatte 1848 Böhmen zu einem „Keil, eingetrieben in die deutsche Eiche, um sie zu spalten“, erklärt. Vgl. Günter Wollstein, *Das ‚Großdeutschland‘ der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49*, Düsseldorf 1977, S. 211 (Zitat); auch: ders., *Mitteleuropa und Großdeutschland* (1980), in: Langewiesche (Hg.), *Die deutsche Revolution von 1848/49*, S. 237-257, hier: 246. Auch der Geschäftsführer der wichtigsten Anschlussorganisation der Weimarer Republik, des Österreichisch-Deutschen Volksbundes, Richard Mischler, hatte einen böhmischen Hintergrund; er soll dort in nationalen Kreisen aktiv gewesen sein. Vgl. Garscha, *Die deutsch-österreichische Arbeitsgemeinschaft*, S. 100 f.; auch: Brancato, *German Social Democrats*, S. 68 f. Böhmen hatte im Habsburgerreich das Zentrum des Nationalitätenstreits gebildet. Vgl. Heinrich Lutz, *Zwischen Habsburg und Preußen. Deutschland 1815–1866* (=Die Deutschen und ihre Nation, Bd. 2), Berlin 1985, S. 483.

Anschlusskundgebung der Deutschösterreicher in Berlin wenige Tage zuvor bereits ganz ähnlich geäußert.¹³⁰

Am 29. Dezember folgten zwei große Volksversammlungen, die von der „Großdeutschen Vereinigung“ und dem „Deutschösterreichischen Arbeitsausschuss“ einberufen worden waren. Laut *Vossischer Zeitung* erreichten die Versammlungen ihren Höhepunkt, als die Redner der Regierung der Volksbeauftragten vorwarfen, viel zu zurückhaltend auf die Anschlussklärung Deutschösterreichs reagiert zu haben – an dieser Stelle sei schon angemerkt, dass dieser Vorwurf in der Weimarer Republik zu einem politischen Gemeinplatz werden sollte, und zwar nicht nur auf der politischen Rechten, sondern auch unter Anschlussbefürwortern bei den Demokraten sowie im Zentrum und bis in die Reihen der ausgesprochenen Anschlussbefürworter in der Sozialdemokratie hinein. In einer der beiden Versammlungen verlangte Ludo Hartmann, der „Traum unserer Väter von 1848“ müsse heute verwirklicht werden.¹³¹

Zum Zeitpunkt der Wahl zur Nationalversammlung und ihres Zusammentritts wurde der Anschluss in der linksliberalen Presse erneut thematisiert. Bernhard Dernburg schrieb am Tag der Wahlen zur Nationalversammlung in einem Aufruf, die DDP zu wählen:

„Nur die Demokratie, die Erbin des großdeutschen Geistes von 1848 weiß, um was es geht, und wir handeln für ein einheitliches Groß-Deutschland.“¹³²

Georg Bernhard äußerte sich am 26. Januar ähnlich, als er schrieb, die Demokratie von 1919 habe in einem Punkt an die Demokratie von 1848 anzuknüpfen, die Demokratie habe wie damals großdeutsch zu sein.¹³³

¹³⁰ Großdeutsch oder kleindeutsch?, S. 13.

¹³¹ „Großdeutsch oder Kleindeutsch“, in: VZ, 30.12.1918, AA.

¹³² Bernhard Dernburg, „Wählt die deutsch-demokratische Liste! Um was es geht!“, in: BT, 19.1.1919, MA. Valentin bemerkte in seiner Revolutionsgeschichte, mit dem Scheitern der 48er-Revolution sei die Parteibezeichnung „demokratisch“ für lange Zeit aus der deutschen Parteiengeschichte verschwunden. Aufgenommen wurde die Bezeichnung von der Sozialdemokratie. Erst mit der Gründung der DDP tauchte der Begriff wieder im Namen einer bürgerlichen Partei von nationaler Bedeutung auf. Das war keine Kleinigkeit. Bismarck, der mythisierte Reichsgründer, hatte, woran die sozialdemokratische Zeitschrift *Die Gesellschaft* 1926 erinnerte, Wilhelm II. wenige Wochen vor dessen Thronbesteigung 1888 in einer Promemoria aufgeschrieben: „Wahr bleibt das alte Wort von 1848: Gegen Demokraten helfen nur Soldaten.“ Vgl. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 181 f., 556; Wolfgang Hartenstein, Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918–1920 (=Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 22), Düsseldorf 1962, S. 47 f.; Bruce B. Frye, Liberal Democrats in the Weimar Republic. The History of the German Democratic Party and the German State Party, Carbondale/Edwardsville 1985, S. 47; Dieter Langewiesche, Was heißt ‚Erfindung der Nation‘? Nationalgeschichte als Artefakt – oder Geschichtsdeutung als Machtkampf, in: HZ, 277 (2003), S. 593–617, hier: 613 f.; Bernhard Guttman, Die nächste Phase der Republik, in: Die Gesellschaft. Internationale Revue für Sozialismus und Politik, 3 (1926), I, S. 306–315, hier: 310; das Schreiben Bismarcks an Prinz Wilhelm von Preußen vom 6. Januar 1888 in: Bismarck. Die gesammelten Werke, Bd. 6c: Politische Schriften 1871–1890, bearb. v. Werner Frauendienst, 2. Aufl., Berlin 1935, 382–385.

¹³³ Georg Bernhard, „Preußen“, in: VZ, 26.1.1919.

Auch in linksliberalen Zeitschriften wie Friedrich Naumanns *Die Hilfe* und der *Deutschen Politik* stand während der Revolution von 1918/19 bei der Erinnerung an die 48er-Revolution der Anschluss Deutschösterreichs eindeutig im Vordergrund.¹³⁴ In Unterschied zu den drei großen liberalen Blättern war dies jedoch wie in der *Berliner Volkszeitung* mit der Hinwendung zu Schwarz-Rot-Gold verknüpft. Allerdings handelte es sich um keine vorbehaltlose Hinwendung; sie war – das sollte sich für das Verhalten der Mehrheit der Demokraten in der entscheidenden Abstimmung über die Flaggenfrage in der Nationalversammlung als wichtig erweisen – an die Erwartung des tatsächlichen Vollzugs der Vereinigung mit Deutschösterreich geknüpft.

Paul Rohrbach schrieb schon am 11. November in der *Deutschen Politik*:

„Es wäre ein schöner Gedanke, die kommende Nationalversammlung nach Frankfurt in die Paulskirche zu berufen, wo 1848 die österreichischen Deutschen mitgetagt haben. Tritt sie zusammen, verkündet sie zum ersten Male wieder seit erdenklicher Zeit die Einheit des ganzen deutschen Volkes unter ihrem hundertjährigen geweihten Symbol, der alten *schwarz-rot-goldenen Fahne*, [...] dann mag trotz des furchtbaren Kriegsunheils die deutsche Republik die reichere und glücklichere Erbin des Kaisertums werden.“¹³⁵

Derselbe Autor vertrat wenig später in der *Hilfe* die Ansicht, nach dem Sturz der deutschen Throne sei eine monarchische Restauration *nicht* möglich, zugleich bezweifelte er eine prinzipielle Überlegenheit des republikanischen Prinzips über das monarchische. Da die schwarz-weiß-rote Flagge des Kaiserreichs unwiederbringlich dahin und die rote Fahne der sozialistischen Republik für die Mehrheit der Deutschen inakzeptabel sei, „bleibt übrig, die alte schwarz-rot-goldene Fahne von 1848 zu entrollen“. Diese Fahne bedeute die nationale Einigung aller Deutschen.¹³⁶

In das gleiche Horn wie Rohrbach stieß Theodor Heuss, der zu einem der engagiertesten Anschlussbefürworter der demokratischen Partei in der Weimarer Republik werden sollte.¹³⁷ Heuss forderte im November in einem „Schwarz-Rot-Gold“ überschriebenen Artikel, diese Fahne wieder zu hissen und an das Werk des Jahres 1848 anzuknüpfen. Für jemanden, dessen Jugend mit demokratischen Erinnerungen von 1848 erfüllt gewesen war, meinte Heuss – in

¹³⁴ Neben den im Folgenden erwähnten Artikeln auch: Richard Charmatz, Deutschösterreich, in: *Die Hilfe*, 24 (1918), S. 530-532.

¹³⁵ Paul Rohrbach, Die Deutsche Republik, in: *Deutsche Politik*, 3 (1918), S. 1441-1445, hier: 1445.

¹³⁶ Ders., Republik und deutsche Zukunft, in: *Die Hilfe*, 24 (1918), S. 557-559, hier: 559.

¹³⁷ Vgl. Frye, *Liberal Democrats*, S. 129.

Anspielung auf seine eigene Familientradition –, sei das nicht schwer, für die Mehrheit in Preußen sei das anders.¹³⁸

„Dass ein Hohenzoller die Märzgefallenen grüßen musste und mit der schwarz-rot-goldenen Schärpe durch die Straßen Berlins ritt, das galt dem altpreußischen Bewusstsein als die tiefste Demütigung des Königtums – die Geschichtslegende hat mit Geflissenheit das Ihre geleistet, die Volksbewegung zu einer Mischung von Rohheit und professoralen Lächerlichkeiten werden zu lassen.“¹³⁹

Um nicht den Sozialisten und „Klerikalen“ allein das Feld zu überlassen, forderte Heuss die bürgerlichen Demokraten zur sofortigen Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten in Österreich auf. Dementsprechend reiste er Anfang 1919 zusammen mit Hjalmar Schacht, Max Weber und anderen zur Wahlkampfunterstützung der dortigen bürgerlichen Demokraten nach Österreich.¹⁴⁰ Ganz ähnlich äußerte sich Heuss in einer Rede zwei Tage vor den Wahlen zur Nationalversammlung in Stuttgart, und auf dem Parteitag der DDP im Juli 1919 erklärte er den Anschluss beinahe zur Existenzfrage der Weimarer Republik:¹⁴¹

„Wir haben als Demokratie den weltgeschichtlichen Gegenbeweis gegen Bismarck zu führen, in dem Sinne, dass die deutsche Demokratie es ist, die den deutschen Nationalgedanken neu, breit, wuchtig, dauerhaft formulieren wird. [...] Wenn uns der Eintritt in den Völkerbund als das nächste und wichtigste Ziel der auswärtigen Politik beschrieben wurde, so muss daneben und vorher das andere stehen: Die Vollendung des nationalstaatlichen Gedankens in Deutschland, den Bismarck in Umrissen angedeutet und dynastisch abgebogen hat, hier sitzt das drängende Problem der auswärtigen Politik. Die deutsche Demokratie wird sich vor der Geschichte rechtfertigen in der Prägung des neuen nationalen Willens.“¹⁴²

¹³⁸ Vgl. Kruip, Gescheiterter Versuch oder verpflichtendes Erbe?, S. 192 f.

¹³⁹ Auch die nationalliberalen Historiker hatten den 18. März als „sinnlosen Aufruhr“, „schlimmen Irrweg“ und ein „Makel der preußischen Geschichte“ beurteilt. Nicht anders fiel das Urteil der neurankeanischen Historiker aus. Vgl. Baumgart, Die verdrängte Revolution, S. 97, 132 f.

¹⁴⁰ Theodor Heuss, Schwarz-Rot-Gold, in: Deutsche Politik, 3 (1918), S. 1475-1479 (Zitat: 1475); vgl. Low, The Anschluss Movement, S. 160; Theodor Heuss, Erinnerungen 1905–1933, Frankfurt a. M./Wien/Zürich 1965, S. 221 f.; Michael Stürmer, 1848 in der deutschen Geschichte, in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), Sozialgeschichte heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag (=Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 11), Göttingen 1974, S. 228-242, hier: 228; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1, S. 462, Bd. 2, S. 559. Bezeichnenderweise wurde in vielen Lehrbüchern für niedere Schulen (in Preußen und in Bayern – den beiden in der zitierten Studie untersuchten deutschen Ländern) im Kaiserreich die Huldigung der Märzkämpfer durch Friedrich Wilhelm IV. nicht erwähnt. Vgl. Doering, Das sperrige Erbe. Die Revolutionen von 1848/49 im Spiegel deutscher Schulgeschichtsbücher (1890–1945), S. 119, auch: 514 f.

¹⁴¹ Heuss, „Deutschlands Zukunft“, S. 25.

¹⁴² Bericht über die Verhandlungen des 1. Parteitags der Deutschen Demokratischen Partei, abgehalten in Berlin vom 19. bis 22. Juli 1919, Berlin 1919, S. 105 f., hier: 106.

Genauso wie *Die Hilfe* sprach sich im Januar 1919 der Historiker Friedrich Meinecke in seinem Aufsatz „Verfassung und Verwaltung der deutschen Republik“ für die schwarz-rot-goldene Fahne in Verbindung mit dem Anschlussgedanken aus:

„Zunächst nehmen wir aus ihrer Hand [der Reichsverfassung von 1849, D.B.] das schwarz-rot-goldene Banner hinüber, das Banner der Vereinigung mit unseren österreichischen Stammesbrüdern. Denn die Frankfurter Reichsverfassung war, obwohl der Vernunft nach kleindeutsch gedacht, doch dem Herzen und der Zukunftshoffnung nach, großdeutsch empfunden.“¹⁴³

Auf demokratischer Seite trat auch Friedrich von Payer prominent für den Anschluss ein und sprach diesen auch in seinen Wahlkampfreden zur verfassunggebenden Nationalversammlung an.¹⁴⁴ In seiner 1919 veröffentlichten kleinen Schrift „Deutschösterreich und wir“ berief er sich auf seine politische Herkunft aus der süddeutschen Volkspartei; in Württemberg seien seine politischen Lehrer und Vorbilder die „alten Achtundvierziger“ gewesen. Das Programm der Volkspartei sei zur Zeit der Reichsgründung demokratisch-großdeutsch gewesen. Jetzt, wo der demokratische Teil des Programms restlos durchgeführt sei, wolle man auch den großdeutschen verwirklicht sehen.¹⁴⁵

Die Alldeutschen

Aber nicht nur Sozialdemokraten und bürgerliche Demokraten traten in der Revolution von 1918/19 für den Anschluss Deutschösterreichs und die schwarz-rot-goldene Fahne ein. Mit zu den frühesten Stimmen, die sich für Schwarz-Rot-Gold in Verbindung mit dem Anschlussgedanken aussprachen, gehörten zwei alldeutsche Publikationen. Schon am 9. November plädierten die *Alldeutschen Blätter*, das Organ des „Alldeutschen Verbandes“, im Zeichen der Anschlusshoffnung enthusiastisch für die schwarz-rot-goldenen Farben; sie forderten ihre Leser auf, diesen zuzujubeln.¹⁴⁶ In dem Artikel hieß es, 1848 sei diese Fahne „zu hohen Ehren“ gekommen, die politische Bewegung der Paulskirche habe auf ihr beruht und sie sei zum Kennzeichen der „*Großdeutschen Bewegung*“ geworden. Diese Bewegung

¹⁴³ Meinecke, Verfassung und Verwaltung der deutschen Republik, S. 282. Meineckes Bemerkung über die schwarz-rot-goldene Fahne war historisch nicht ganz korrekt, da die Paulskirche zwar für die schwarz-rot-goldene Flagge votiert hatte, die Reichsverfassung von 1849 jedoch *keine* Bestimmung über die Reichsfarben enthielt.

¹⁴⁴ Vgl. Myers, Germany and the Question of Austrian Anschluss, S. 209.

¹⁴⁵ Friedrich Payer, Deutschösterreich und wir (=Der Aufbau, H. 2, hg. v. Conrad Haußmann), Stuttgart/Berlin 1919, S. 7.

¹⁴⁶ Zu den *Alldeutschen Blättern* vgl. Rainer Hering, Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890 bis 1939 (=Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte. Darstellungen, Bd. 40), Hamburg 2003, S. 182.

sei nie gestorben; insbesondere in Österreich hätten weite Kreise die schwarz-rot-goldene Fahne nicht vergessen.¹⁴⁷

Reinhold Wulle, der Hauptschriftleiter der *Deutschen Zeitung*, schrieb am 16. November mit dem gleichen Tenor. Er benannte Schwarz-Rot-Gold explizit als Alternative zur roten Fahne.¹⁴⁸ Allerdings deutete sich bei Wulle auch bereits die Kritik an der Passivität der Volksbeauftragten in der Anschlussfrage an:

„Die Revolution des Jahres 1848 ist gescheitert an der Fülle großer Gedanken und an dem Mangel an großen Männern. Wenn nicht alle Zeichen trügen, so scheinen auch heute wieder die Deutschen in ihr altes Erbübel zu verfallen, mit großen Gedanken die Welt zu überschwemmen, an ihnen sich zu berauschen, aber es fehlt an Männern, es fehlt an Taten.“¹⁴⁹

Stimmen gegen Schwarz-Rot-Gold

Auch wenn es näher betrachtet nur ein begrenzter Teil des politischen Spektrums war, der in der Revolution von 1918/19 für die Wiederaufnahme von Schwarz-Rot-Gold eintrat, die Sozialdemokraten, ein Teil der bürgerlichen Demokraten, vornehmlich aus Süddeutschland, und alldeutsche Stimmen, so fällt auf, dass bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung Gegenstimmen, die für die Beibehaltung der schwarz-weiß-roten Fahne eintraten, fehlten. Der Hauptgrund dafür war zweifelsohne, dass erst der Verfassungsentwurf, den die Reichsregierung der Nationalversammlung am 21. Februar 1919 vorlegte, in Artikel 1 Schwarz-Rot-Gold als Reichsfarben bestimmte; die vorangegangenen Entwürfe Preuß' hatten zu den Reichsfarben geschwiegen.¹⁵⁰ Ein weiterer Grund dürfte jedoch gewesen sein, dass angesichts der ungewissen Aussichten vielen zunächst Schwarz-Rot-Gold gegenüber dem sozialistischen Rot immer noch als die vorzuziehende Alternative erschien.¹⁵¹

¹⁴⁷ Dumcke, „Scharz-Rot-Gold“, in: Alldeutsche Blätter, 9.11.1918, S. 358 f. Julius Langbehn hatte schon in seinem 1890 erstmals erschienenen Kultbuch „Rembrandt als Erzieher“ auf Basis des Gedankens der Sprach- und Rassegemeinschaft für Schwarz-Rot-Gold als Fahne eines zukünftigen großdeutschen Machtstaates plädiert. Vgl. [Julius Langbehn], Rembrandt als Erzieher. Von einem Deutschen, 49. Aufl., Leipzig 1909, S. 308 f.

¹⁴⁸ Die *Deutsche Zeitung* befand sich seit 1917 im Besitz von Heinrich Claß, dem Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes. Dazu und zu Wulle vgl. Hering, Konstruierte Nation, S. 76, 185, 474 f.

¹⁴⁹ W., „Schwarz-Rot-Gold“, in: Deutsche Zeitung (fortan: DZ), 16.11.1918, MA; vgl. Myers, Germany and the Question of Austrian Anschluss, S. 173 f., 207. Der Historiker Ulrich Herbert urteilt: „‘Großdeutsch‘ und ‚antisemitisch‘ also waren zusammengefasst die wesentlichen praktisch-politischen Merkmale ‚völkischen‘ Denkens.“ Herbert, Generation der Sachlichkeit. Die völkische Studentenbewegung der frühen zwanziger Jahre in Deutschland, in: Frank Bajohr/Werner Johe/Uwe Lohalm (Hg.), Zivilisation und Barbarei. Die widersprüchlichen Potenziale der Moderne. Detlev Peukert zum Gedenken (=Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 27), Hamburg 1991, S. 115-144, hier: 130.

¹⁵⁰ Vgl. Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 335, S. 48; Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19, Bd. 2, S. 249.

¹⁵¹ Rochus Freiherr v. Rheinbaben, Die Flagge, in: Deutsche Stimmen, 38 (1926), S. 273-278, hier: 275.

Erst im Februar und März 1919 meldete sich die *Neue Preußische Zeitung*, die unter dem Namen *Kreuzzeitung* bekannt war, mit einer Stellungnahme gegen die schwarz-rot-goldene Fahne zu Wort. In dem einen Artikel bezeichnete Vizeadmiral a. D. Paul Behncke, der im Weltkrieg Chef des Admiralstabs gewesen war, die Geschichte dieser Farben als kurz und wenig rühmlich; 1849 habe Lord Palmerston erklärt, Schiffe unter dieser Flagge würden von England wie Piraten behandelt werden, und die Schiffe der Bundesmarine, die diese Flagge geführt hatten, seien nach der Revolution meistbietend versteigert worden.¹⁵² In dem zweiten Artikel hieß es, Heinrich Laube habe von seiner Fahrt zum Vorparlament 1848 erzählt, dass Schwarz-Rot-Gold damals für das Volk immer nur die „Freiheitsfarben“ und nicht die „deutschen Farben“ gewesen seien. Freiheit sei populärer als Einheit gewesen, Revolution populärer als Reform.¹⁵³ Auf diese Passage bei Laube berief sich die Zeitung, als sie dem Autor des Verfassungsentwurfs vorhielt:

„Wenn Herr Preuß die Farben einer überlebten Revolution als das Symbol der großdeutschen Einheit zu empfehlen sucht, so spekuliert er damit auf die Kreise, die an die Freiheit nicht glauben wollen.“

Den tiefsten Grund für die Fahnenwahl vermutete die *Kreuzzeitung* in dem Bestreben, der Revolution eine „traditionelle Anknüpfung“ zu verschaffen. Sie bestritt der Revolution von 1918 jedoch das Recht, sich auf 1848 zu berufen. Im Vergleich zur Gegenwart sei 1848 eine „recht loyale Revolution“ gewesen, „man fand damals Pietät und Rechtsgefühl selbst auf den Barrikaden“, zudem sei 1848 „ideal“ orientiert gewesen, während die heutige Revolution nach dem Urteil eines ihrer Führer eine blutige „Lohnbewegung“ sei. Mit antisemitischer Spitze deutete die Zeitung die schwarz-rot-goldene Fahne als das Symbol der drei Internationalen: der schwarzen, des Zentrums, der roten, der Sozialdemokratie, sowie der goldenen, der Demokratie.

Ihre Gefühle nicht verbergend schrieb die *Kreuzzeitung*:

„Der schwerste Tag in der Preußischen Geschichte war der 19. März 1848, an dem ein König von Preußen mit der schwarz-rot-goldenen Fahne durch die Straßen Berlins ritt [sic!], –

¹⁵² Paul Behncke, „Unsere schwarz-weiß-roten Farben“, in: *Neue Preußische Zeitung* (fortan: NPZ), 24.2.1919, AA; vgl. Valentin/Neubecker, *Die deutschen Farben*, S. 30; zur späteren Rolle von Behncke im Flaggenstreit der Weimarer Republik vgl. Buchner, *Um nationale und republikanische Identität*, S. 110, FN 210.

¹⁵³ Vgl. Heinrich Laubes gesammelte Werke in fünfzig Bänden, unter Mitwirkung von Albert Hänel hg. v. Heinrich Hubert Houben, Bd. 36: *Das erste deutsche Parlament I*, Leipzig 1909, S. 17; dieses Laube-Zitat war auch abgedruckt in: Klein (Hg.), *Der Vorkampf deutscher Einheit und Freiheit* (1914), S. 229 f. Der demokratische Politiker Friedrich Payer urteilte 1923 in seiner Schrift „Anno 48“ wie Laube, dass im Revolutionsjahr 1848 die demokratische, freiheitliche Frage vorgeherrscht habe. Der nationale Gedanke habe damals bei weitem nicht die Rolle gespielt wie in den Kriegsjahren 1870 und 1914. Vgl. Payer, *Anno 48* (=Die Paulskirche. Eine Schriftenfolge, Bd. 5), Frankfurt a. M. 1923, S. 7.

damals ging ‚Preußen in Deutschland auf‘.¹⁵⁴ Der schwerste Tag in der deutschen Geschichte ist der 9. November 1918 gewesen, als wieder die schwarz-rot-goldene Fahne erschien, – und nun soll Preußen in Deutschland untergehen.“

Pathetisch beschwor das Organ des konservativen Preußen seine Leser, sich zu versprechen, die Flagge der Revolution niemals zu verwenden. Es wollte zur Preußenflagge zurückkehren – Trikoloren seien ohnehin revolutionären Ursprungs.¹⁵⁵

Die Rede „vom schwersten Tag“ in der preußischen Geschichte war keine Übertreibung. Otto von Bismarck, damals ein Exponent der monarchischen Rechten, hatte nach einem Besuch an den Gräbern der Märzgefallenen im September 1849 an seine Frau geschrieben:

„[...] und nicht einmal den Toten konnte ich vergeben, mein Herz war voller Bitterkeit über den Götzendienst mit den Gräbern dieser Verbrecher, wo jede Inschrift auf den Kreuzen von ‚Freiheit und Recht‘ prahlt, ein Hohn für Gott und Menschen. Wohl sage ich mir, wir stecken alle in Sünden, und Gott allein weiß, wie er uns versuchen darf, und Christus unser Herr ist auch für jene Meuterer gestorben; aber mein Herz schwillt von Gift, wenn ich sehe, was sie aus meinem Vaterlande gemacht haben, diese Mörder, mit deren Gräbern der Berliner noch heut Götzendienst treibt.“¹⁵⁶

Eine ähnliche Position wie die *Kreuzzeitung* vertrat die ebenfalls dem deutschnationalen Spektrum zuzurechnende *Deutsche Tageszeitung* im Februar 1919. Allerdings verneinte die Zeitung, eine Abneigung gegen Schwarz-Rot-Gold zu hegen. Zwar hätten sich diejenigen, die die Farben einst führten, über den Weg zur deutschen Einheit und Größe geirrt, doch hätten sie nicht nur die Einigung, sondern auch deutsche Macht und Größe gewollt. Auch die *Deutsche Tageszeitung* bestritt der Revolution von 1918 das Recht, sich auf 1848 zu berufen, weil damals der weltbürgerliche Gedanke bei den besten Trägern von Schwarz-Rot-Gold

¹⁵⁴ Hierbei handelt es sich um eine freudsche Fehlleistung: Der Umritt erfolgte *nicht* am 19., sondern 21. März – am 19. März hatte Friedrich Wilhelm IV. allerdings vor der Märzgefallenen den Hut gezogen. Der gleiche Fehler bei Friedrich Everling, Die Flaggenfrage. Schwarz-Weiß-Rot für die Republik?, Neu-Finkenkrug bei Berlin 1927, S. 13.

¹⁵⁵ „Die Parteifahne. Die Reichsfarben sind Schwarz-Rot-Gold“, in: NPZ, 14.3.1919, AA; später behauptete der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Friedrich Everling in einer Broschüre zur Flaggenfrage, der Autor dieses Artikels gewesen zu sein; vgl. Everling, Die Flaggenfrage, S. 28; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1, S. 445 f., 450 f. Everling berief sich in einem Artikel in der *Deutschen Zeitung* 1925 wie schon in der *Kreuzzeitung* 1919 auf die Bemerkungen Laubes über Schwarz-Rot-Gold in dessen Erinnerungen. Everling, „Zur Flaggenfrage“, in: DZ, 18.6.1925, MA. Zur Haltung der Altpreußen gegenüber Schwarz-Rot-Gold 1848 und in späteren Jahren vgl. Wentzcke, Die deutschen Farben, 1955, S. 112-116, 126 f., 132 f.

¹⁵⁶ Der Brief vom 16. September 1849 in: Bismarck. Die gesammelten Werke, Bd. 14/I: Briefe 1822–1861, hg. v. Wolfgang Windelband/Werner Frauendienst, 2. Aufl., Berlin 1933, S. 142 f., hier: 143; auch schon in: Fürst Bismarcks Briefe an seine Braut und Gattin (1900), hg. v. Fürsten Herbert Bismarck, 7. Aufl., Stuttgart/Berlin 1921, S. 141-144, hier: 143 f.

seine Schranke in der Sehnsucht nach einem einigen und machtvollen Deutschland gefunden habe.

„Es heißt also das Andenken dieser deutschen Patrioten *missbrauchen*, wenn man ihre Farbe zum Banner der Revolution von 1918 machen will, die Deutschland in Unglück und Elend stürzte.“¹⁵⁷

Die polnische Frage

Neben der Anschlussfrage wurde 1918/19 noch eine zweite Frage, die die nationalen Grenzen betraf, mit gelegentlicher Bezugnahme auf 1848 diskutiert: die polnische. Polen erstand bekanntlich nach dem Ersten Weltkrieg nach mehr als hundert Jahren nach der dritten polnischen Teilung wieder als eigener Staat auf. Geradezu erstaunlich ist, dass die von Gustav Stresemann herausgegebenen *Deutschen Stimmen*, das Parteiorgan der Nationalliberalen beziehungsweise dann der Deutschen Volkspartei, am 8. September 1918, zu einem Zeitpunkt, als eine deutsche Niederlage im Weltkrieg nach dem Scheitern der deutschen Frühjahrsoffensive von 1918 schon zu gewärtigen war, ausführlichst die Behandlung der Polenfrage in der Paulskirche schilderte.¹⁵⁸ Zwar enthielt sich der Beitrag jeglicher direkten Stellungnahme zu politischen Gegenwartsfragen, doch in historischem Gewande bezog er Partei. Der Autor mokierte sich mit Bismarck darüber, dass eine der wesentlichsten „Errungenschaften“ des 18. März 1848 in Berlin die Befreiung der damals inhaftierten Polen gewesen sei. Im Hinblick auf das Rededuell in der Paulskirche zur polnischen Frage zwischen Robert Blum und Wilhelm Jordan, der sich, wie geschildert wurde, zum „gesunden Volksegoismus“ bekannt hatte, lagen seine Sympathien eindeutig bei Jordan.¹⁵⁹

Nach dem gleichen Muster gestaltet, indem sie sich direkter politischer Aussagen zur Gegenwart enthielten, aber durch historischen Bezug ihren Standpunkt deutlich machten, waren zwei weitere Beiträge in der Presse. Ende Dezember brachte die deutschnationale

¹⁵⁷ „Schwarz-Rot-Gold oder Schwarz-Weiß-Rot?“, in: Deutsche Tageszeitung (fortan: DTZ), 27.2.1919.

¹⁵⁸ Vgl. Winkler, Weimar, S. 23; Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, S. 156-158.

¹⁵⁹ Heinz Amelung, Die Polen und das Frankfurter Parlament, in: Deutsche Stimmen, 30 (1918), S. 592-601 (Zitate: 592, 598); Bismarcks Kritik an der Befreiung der inhaftierten Polen in Berlin im März 1848 war abgedruckt in Kleins Quellensammlung zur 48er-Revolution aus dem Jahre 1914: Klein (Hg.), Der Vorkampf deutscher Einheit und Freiheit, S. 201 f. Interessant ist in diesem Zusammenhang: Eine starke Minderheit der Geschichtslehrbücher für höhere Schulen in Preußen und Bayern im Kaiserreich, der Weimarer Republik und im Dritten Reich erwähnte die Polenbegeisterung der Berliner Märzrevolution und missbilligte sie unisono. Vgl. Doering, Das sperrige Erbe, S. 123. Zur Haltung von Blum in nationalen Fragen vgl. Zerback, Robert Blum, S. 100 f., 251 f. Zur Freilassung der inhaftierten Polen am 20. März 1848 vgl. Hachtmann, Berlin 1848, S. 222 f.; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1, S. 449 f. Zur Polenfrage 1848 allgemein: Hachtmann, Success and Failure. The Revolution of 1848, in: Rürup (Hg.), The Problem of Revolution in Germany, S. 27-53, hier: 39-41; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1, S. 329-331, 475, 523-525, 538-542, Bd. 2, S. 124-128 (Polendebatte der Paulskirche).

Tageszeitung eine Notiz, in der sie aus einem Artikel von Ernst Moritz Arndt von 1848 über „Polenlärm und Polenbegeisterung“ zitierte.¹⁶⁰ Otto Hörth schilderte im Februar 1919 die Biografie Wilhelm Jordans in der liberalen *Frankfurter Zeitung*; dabei ging er auch auf das Revolutionsjahr 1848 ein und schrieb von Jordans „großer Polenrede, die gerade jetzt wieder von packendster Wirklichkeit ist“.¹⁶¹

Auch der linksliberale Historiker Ludwig Bergsträsser urteilte in seiner unter dem Eindruck der Revolution Ende 1918 geschriebenen Schrift „Das schwarz-rot-goldene Parlament und sein Verfassungswerk“ positiv über die Polenpolitik der Paulskirche. Das Selbstbestimmungsrecht anderer Nationen habe die Paulskirche anerkannt und habe den Polen die Gebiete zugestanden, in denen sie wirklich in der Mehrheit waren – aber auch nicht mehr, „denn diese Vertreter des freiheitlichen Deutschlands hatten durchaus nicht Lust, einer überkommenen und überalterten großpolnischen Idee weite Teile deutschen Landes zu opfern“.

Dabei übergang Bergsträsser, dass die Paulskirche durch die zweifache Verschiebung der vom Deutschen Bund gezogenen Demarkationslinie zu deutschen Gunsten auch polnischsprachiges Gebiet beanspruchte.¹⁶²

Die in diesen Artikeln zum Ausdruck gebrachte Haltung in der polnischen Frage und zur Polendebatte der Paulskirche stimmte vollständig mit der der kleindeutschen Geschichtsschreibung überein und sie sollte sich auch in den Schulgeschichtsbüchern der Weimarer Republik niederschlagen.¹⁶³ Doering urteilt in seiner Studie: „Eine Erkenntnis, welche die Lehrbücher aus der Weimarer Republik und des Dritten Reiches unmittelbar aus dem Verlauf der Einigungsbestrebungen [1848/49, D.B.] ableiten, ist das Bekenntnis zum machtbewussten Staat und zu nationalem Egoismus.“¹⁶⁴

¹⁶⁰ „Arndt über die Polenschreier“, in: DTZ, 27.12.1918, AA.

¹⁶¹ Otto Hörth, „Wilhelm Jordan“, in: FZ, 8.2.1919, MB; ähnlich: Oncken, Die deutsche Nationalversammlung 1848 und 1919, S. 7. Jordans Polenrede beziehungsweise Auszüge daraus waren abgedruckt in den folgenden Quellensammlungen: Mollat, Reden und Redner, 1895, S. 39-60; Klein (Hg.), Der Vorkampf deutscher Einheit und Freiheit (1914), S. 294 f.; Appens, Die Nationalversammlung zu Frankfurt a. M., 1920, S. 98-114; ausführlich zitiert wurde sie auch in einem 1923 im Verlag der *Frankfurter Zeitung* erschienenen Band mit Reden aus der Paulskirche (der auch die Gegenrede Blums enthielt): Petzet/Sutter, Der Geist der Paulskirche, S. 90-98, 100-104.

¹⁶² Bergsträsser, Das schwarz-rot-goldene Parlament, S. 8; vgl. Winkler, Der lange Weg nach Westen, Bd. 1, S. 106 f.; nicht nationalistisch war hingegen die folgende in der Weimarer Republik veröffentlichte Doktorarbeit: Wolfgang Hallgarten, Studien über die deutschen Polenfreundschaft. In der Periode der Märzrevolution, München/Berlin 1928.

¹⁶³ Vgl. Schwerin, The Revolution of 1848, S. 167.

¹⁶⁴ Doering, Das sperrige Erbe, S. 507.

Mit gänzlich anderer politischer Stoßrichtung behandelte im Februar 1919 die *Rote Fahne* die polnische Frage. Sie warf Ebert und Scheidemann vor, als Erben der bürgerlichen Demokraten von 1848, die Posen und Westpreußen nicht an Polen verlieren wollten, zu fürchten, dass die deutsche Minderheit in den preußisch-polnischen Bezirken unter die Herrschaft Polens gelangen könnte. Die kommunistische Zeitung gedachte nicht mehr wie Marx 1848 das Problem durch eine „Ostverschiebung“ Polens auf russische Kosten zu lösen, sondern erwartete – und stand damit durchaus in der marxistischen Tradition –, dass die nationale Frage durch eine sozialistische Revolution in Deutschland und Polen obsolet werden würde.¹⁶⁵

Das Zentrum

Für die zentrumsnahe Zeitung *Germania* bestätigte sich Ende 1918 einmal mehr: „Die Katholiken machen keine Revolution.“ Nach diesem bekannten Rezept sei immer verfahren worden. So hätten die Katholiken auch an den jüngsten Revolutionen in Russland, Österreich und Deutschland keinen Anteil gehabt.¹⁶⁶ Allerdings wurde in einem weiteren Artikel vom 15. Januar „Revolution und Presse“, der unmittelbar nach den Besetzungen von Zeitungsredaktionen während des kommunistischen Aufstands erschien, deutlich, dass die *Germania* als Zeitung sich durchaus bewusst war, wo ihre Ursprünge lagen: „Ja man kann sagen, dass die *moderne Zeitung ein Kind der Revolution ist*.“¹⁶⁷ Kurz vor der Wahl zur Nationalversammlung erschien in der Zeitung ein Bericht über den Wahlkampf zur Nationalversammlung 1848. Als bedenklichste Erscheinung des damaligen Wahlkampfes nannte das zentrumsnahe Blatt, „die Demonstrationen und öffentlichen Zusammenrottungen der erwerbslosen Arbeiter und Landwehrmänner“.¹⁶⁸

Am Tag der Wahlen zur Nationalversammlung selbst setzte sich die Zeitung mit den „Zielen der Revolution“ auseinander. Ausgangspunkt waren Aussagen der sozialistischen Presse, dass man erst im „Anfang der Revolution“ stehe. Auch die Mehrheitssozialdemokraten hielten am Ziel eines „*Klassenstaates der arbeitenden Klasse*“ fest. Bislang habe keine Revolution so

¹⁶⁵ „Die deutsche Revolution und die polnische Frage“, in: RF, 12.2.1919; vgl. Engels, *Revolution and Counter-Revolution*, S. 41 f.; Hans Mommsen, *Sozialismus und Nation. Zur Beurteilung des Nationalismus in der marxistischen Theorie*, in: Ulrich Engelhardt/Volker Sellin/Horst Stuke (Hg.), *Soziale Bewegung und politische Verfassung. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt*, Stuttgart 1976, S. 653-676, hier: 654-666.

¹⁶⁶ „Die Katholiken und die Revolution“, in: *Germania*, 19.12.1918, AA.

¹⁶⁷ F. L., „Revolution und Presse“, in: ebd., 15.1.1919, MA; vgl. Winkler, Weimar, S. 57-59.

¹⁶⁸ „Der Wahlkampf bei der ersten Nationalversammlung“, in: *Germania*, 15.1.1918, AA. Der bereits erwähnte Artikel zum selben Thema im *Vorwärts* am nächsten Tag hatte streckenweise den gleichen Wortlaut – die beiden Artikel dürften aus der gleichen Quelle geschöpft haben. „Der Wahlkampf zur ersten deutschen Nationalversammlung“, in: *Vorwärts*, 16.1.1919, MA.

viele Ziele das ganze Staats-, Wirtschafts- und Kulturleben betreffend verfolgt wie die jetzige „deutsche Revolution“. Unter Revolutionen habe man bislang zumeist nur „Staatsumwälzungen“ verstanden. So sei es in Frankreich 1789 und 1830 gewesen und im „tollen Jahr“ 1848 – dabei übergang die Zeitung die französische Februarrevolution von 1848 und die russische Oktoberrevolution.

Auf „geistigem und sittlichem Gebiet“ sah die *Germania* das Ziel der von den Sozialisten betriebenen Revolution darin, anstelle auf einer auf überweltlicher göttlicher Weltleitung und Gewissenskontrolle gegründeten Moral eine „reine *Diesseitsethik*“ zu setzen.¹⁶⁹ Noch kritischer war ein weiterer Artikel zum Zusammentreten der Weimarer Nationalversammlung, der in den Ereignissen seit dem 9. November „nichts als ein Zerstören und Zertrümmern“ sah. Die Verschleuderung einer „wohlorганиerten Regierungsgewalt“ in so kurzer Zeit sei ein in der gesamten Weltgeschichte beispielloser Vorgang.¹⁷⁰

Geschichtspolitisches Engagement linksliberaler Historiker

Die Historiker Ludwig Bergsträsser und Veit Valentin, die unter dem Eindruck des Weltkrieges zu Linksliberalen geworden waren und sich in der Weimarer Republik in der DDP engagierten, veröffentlichten gleich 1919 Schriften über die erste deutsche Nationalversammlung von 1848/49: Bergsträsser eine sechzehnseitige Broschüre, Valentin einen 170 Seiten starken Band. Weitgehende Einigkeit zwischen den beiden bestand im Urteil über die Verantwortlichkeit für das Scheitern der deutschen 48er-Revolution. Laut Bergsträsser hatten die Fürsten und die Konservativen, vor allem in Preußen, 1848/49 die deutsche Reichsgründung verhindert, Valentin wies die Schuld hauptsächlich dem preußischen König Friedrich Wilhelm IV. zu.¹⁷¹

An zwei Punkten verlangte Bergsträsser mit Nachdruck, in der Gegenwart an die Paulskirche anzuknüpfen. Er forderte wie 1849 Grundrechte in die Reichsverfassung aufzunehmen und druckte in einem Anhang mit den wichtigsten Bestimmungen der Reichsverfassung von 1849 insbesondere die Grundrechte ab. Es sei ein Fehler zu glauben, dass die Revolution von 1918

¹⁶⁹ „Die Ziele der Revolution“, in: *Germania*, 19.1.1919, MA.

¹⁷⁰ „Die Nationalversammlung“, in: ebd., 5.2.1919, MA.

¹⁷¹ Vgl. Bergsträsser, *Das schwarz-rot-goldene Parlament und sein Verfassungswerk*, 1919, S. 8 f.; auch ders., *Das Frankfurter Parlament und die deutsche Gegenwart*, Berlin 1923, S. 26; Valentin, *Die erste deutsche Nationalversammlung. Eine geschichtliche Studie über die Frankfurter Paulskirche*, München/Berlin 1919, S. 12, 150; auch ders., *Die revolutionären Bewegungen der Jahre 1848/49*, in: Ignaz Jezower (Hg.), *Die Befreiung der Menschheit*, Berlin u.a. 1921, S. 106-128, hier: 118, 121, 126; ders., 1848 – 18. Mai – 1923, in: *Die Glocke*, 9 (1923), S. 195-198, hier: 198.

diese Bestimmungen überflüssig gemacht habe. Zwar hätten sich die Verhältnisse seit 1848/49 grundlegend gewandelt, aber auch heute gebe es gegen diese gerechten Grundsätze gerichtete Bestrebungen.¹⁷² Von der demokratischen Partei verlangte Bergsträsser, nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich die schwarz-rot-goldene Fahne der Freiheitskämpfer von 1813 und der Paulskirche wieder hervorzuholen, das „Banner der Freiheit“.¹⁷³

In einer Frage urteilten Bergsträsser und Valentin völlig entgegengesetzt über 1848. Während Bergsträsser behauptete, in der Gegenwart existiere eine große und einflussreiche Arbeiterschaft, 1848 habe es jedoch in Deutschland noch keine soziale Frage gegeben, betonte Valentin scharf die Bedeutung ebendieser Frage bereits in der 48er-Revolution. Zwar hätten die Zeitgenossen 1848 vor allem als Nationalbewegung wahrgenommen, doch werde dem historischen Betrachter bei näherer Beschäftigung immer klarer, dass diese nationale Bewegung ihren tiefsten Grund in einer schon länger andauernden Umbildung des gesamten gesellschaftlichen Aufbaus des damaligen Deutschlands gehabt habe. Ein „roher Kommunismus“ habe 1848 bei den Revolutionen in Berlin, Wien und Frankfurt eine erhebliche Rolle gespielt, und das Bürgertum habe aus Angst vor diesem schnell Kompromisse mit den alten Autoritäten gesucht.¹⁷⁴

Valentin war bemüht, in seiner Darstellung der Paulskirche allen politischen Strömungen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, doch machte er aus seinen Sympathien für das linke Zentrum und die Linke der Versammlung keinen Hehl. Damit stand er in der Tradition der süddeutschen Volkspartei des Kaiserreichs und hob sich scharf von den Traditionen der akademischen Geschichtsschreibung ab.¹⁷⁵ Wichtig im Hinblick auf die Namensgebung der Deutschen Demokratischen Partei 1918 war Valentins Feststellung, dass der Parteiname „Demokrat“ in der Revolution von 1848 noch die gesamte bürgerliche Linke, die eigentliche Trägerin des revolutionären Geistes, bezeichnet habe. Aus dem Verlauf der deutschen 48er-Revolution zog Valentin das Fazit, dass das deutsche Volk unter allen Völkern der Kulturwelt am wenigsten Talent zur Revolution besitze. Die erste deutsche Nationalversammlung habe mit einer Katastrophe geendet, dabei habe es sich aber nicht um die Katastrophe des

¹⁷² Vgl. Bergsträsser, Das schwarz-rot-goldene Parlament, S. 12, 14-16.

¹⁷³ Ebd., S. 3, 13.

¹⁷⁴ Ebd., S. 13; Valentin, Die erste deutsche Nationalversammlung, S. 105 f., 117; auch ders., 1848 – 18. Mai – 1923, S. 196 f.

¹⁷⁵ Das bemängelte Adolf Rapp in seiner Rezension in der *Historischen Zeitschrift*. HZ, 124 (1921), S. 306-311, hier: 309 f.

Gedankens der Volkssouveränität, sondern die Katastrophe des Parlamentarismus ohne Macht gehandelt.¹⁷⁶

Im Jahr 1920, also nach der Verfassunggebung von Weimar, veröffentlichte Valentin einen weiteren Beitrag über die 48er-Revolution in politischer Absicht. Das Bändchen „Das erste deutsche Parlament und wir“ erschien 1920 in der Schriftenreihe „Deutsche Revolution“. Es umfasste zwölf thematische Abschnitte, denen jeweils ein langes Zitat aus der Paulskirche nachgestellt war. Zu den Themen gehörten unter anderen: „Die Revolution und ihre Notwendigkeit“, „der Freiheitsgedanke“, „Parlamentarismus“, „das allgemeine Wahlrecht“, „Deutschland und Österreich“, „Demokratie, Kommunismus und Sozialismus“ sowie „Völkerkongress und Abrüstung“. Eingangs des ersten Abschnitts schrieb Valentin, alle großen Nationen Europas hätten in ihrer Entwicklung eine oder mehrere Revolutionen durchgemacht. Revolutionen seien entscheidende und geschichtlich notwendige Momente der Volksentwicklung.¹⁷⁷

3. Die Weimarer Nationalversammlung

Ihre Vorbereitung durch die Volksbeauftragten

Nicht nur in der Publizistik, sondern auch in den internen Beratungen der Regierung der Volksbeauftragten wurde in den Revolutionsmonaten mit Berufung auf die 48er-Revolution argumentiert. Dies Betraf zwei Sitzungen der Regierung der Volksbeauftragten am 14. Januar 1919, in denen es um den Tagungsort der Nationalversammlung und die Beratung des Verfassungsentwurfs ging. Der Januaraufstand in Berlin war gerade niedergeschlagen worden, und insofern stellte sich die Frage, ob die Nationalversammlung in der Reichshauptstadt Berlin tagen solle oder an einem anderen Ort.

Staatssekretär Preuß, der Autor des Verfassungsentwurfs, argumentierte gegen die Verlegung der Nationalversammlung nach Weimar, weil die Erfahrung von 1848 dagegenspreche. Die in Frankfurt beschlossene Verfassung sei ein Stück Papier geblieben. Eine ordentlich in Berlin durchgeführte Nationalversammlung würde im In- und Ausland Eindruck machen. Sollte die neue Nationalversammlung in Weimar tagen, dann müsse die Reichsregierung sich mit aller

¹⁷⁶ Valentin, Die erste deutsche Nationalversammlung, S. 48 f., 108, 156, 158. Die These, dass die 48er-Revolution das mangelnde revolutionäre Talent der Deutschen im Vergleich zu den andern Völkern der Kulturwelt erwiesen habe, auch in: ders., Das erste deutsche Parlament und wir (=Deutsche Revolution, Bd. 10), Leipzig 1920, S. 4; ders., Die revolutionären Bewegungen der Jahre 1848/49, S. 128.

¹⁷⁷ Ders., Das erste deutsche Parlament und wir, S. 3.

Macht dafür einsetzen, dass nicht parallel eine preußische Nationalversammlung in Berlin tage – sonst gäbe es dasselbe Unglück wie 1848.¹⁷⁸ Der Volksbeauftragte Landsberg berichtete, der Oberbürgermeister von Frankfurt am Main habe darum gebeten, die Nationalversammlung in der Paulskirche in Frankfurt tagen zu lassen. Dagegen hatte allerdings schon am 31. Dezember der Volksbeauftragte Ebert in einer gemeinsamen Sitzung des Kabinetts und des Zentralrats der deutschen sozialistischen Republik Bedenken mit den Worten geltend gemacht:

„Es ist schwer, einen geeigneten Ort zu finden. Der Weg führt ja unter Berücksichtigung der historischen Paulskirche nach Frankfurt. In der Nähe von Frankfurt ist aber die neutrale Zone. Man kann nicht mit der Nationalversammlung in die Nähe der gegnerischen Besetzung gehen.“¹⁷⁹

Im weiteren Verlauf der Diskussion sprachen sich die Volksbeauftragten Scheidemann und Ebert mit Sicherheitsargumenten für Weimar aus. In diesem Zusammenhang brachten beide ihren Optimismus zum Ausdruck, dass die neue Nationalversammlung schneller arbeiten werde als die Paulskirche 1848. Scheidemann sagte dazu:

„Solche allgemeine Salbaderei wie in der Paulskirche zu Frankfurt, wo die Professoren redeten, redeten und redeten, werden wir nicht haben.“¹⁸⁰

Preuß wandte sich gegen die Verlegung der Nationalversammlung nach Weimar aus Sicherheitserwägungen – Ebert hatte gesagt, man könne zwar die Nationalversammlung als Ganzes in Berlin schützen, aber nicht die einzelnen Abgeordneten –, indem er daran erinnerte, dass die Abgeordneten General Hans von Auerswald und Fürst Felix Lichnowsky am 18. September 1848 bei Frankfurt am Main ermordet worden waren; solche Angriffe könne man nirgendwo verhindern.¹⁸¹

In der Diskussion des Entwurfs der Reichsverfassung bemängelte der Volksbeauftragte Ebert die unzureichende Hervorhebung „gewisser demokratischer Gesichtspunkte“, der Grundrechte. Aus „politischen und taktischen Gründen“ sei diese jedoch erforderlich. Gemäß

¹⁷⁸ Vgl. Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19, Bd. 2, S. 224, auch: 230; zum Verhältnis der preußischen Nationalversammlung 1848 zur Paulskirche vgl. Winkler, Geschichte des Westens, S. 607; ders., Der lange Weg nach Westen, Bd. 1, S. 112 f.

¹⁷⁹ Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19, Bd. 2, S. 164 f., 225; vgl. Jörg-Detlef Kühne, Die Reichsverfassung der Paulskirche. Vorbild und Verwirklichung im späteren deutschen Rechtsleben, 2. überarb. u. um ein Nachwort erg. Aufl., Neuwied 1998, S. 134 f.; Rebentisch, Friedrich Ebert und die Paulskirche, S. 21 f.

¹⁸⁰ Die Regierung der Volksbeauftragten, Bd. 2, S. 227-229 (Zitat: 228); vgl. Blos, Die deutsche Revolution, S. 261, 286 f.

¹⁸¹ Vgl. Die Regierung der Volksbeauftragten, Bd. 2, S. 229; zur Ermordung Fürst Lichnowskys und General von Auerswalds vgl. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 164-166.

der sozialistischen Theorie, die in der Verwirklichung des sozialistischen Zukunftsstaates auch die Rechte des Individuums gesichert sah, hatten die Sozialdemokraten in den zurückliegenden Jahrzehnten zwar keinen umfassenden Grundrechtskatalog ausgearbeitet, auf den sie nun hätten zurückgreifen können, aber der praxisbezogene Teil des Erfurter Parteiprogramms forderte die Sicherung einzelner Grundrechte. Dazu gehörten freie Meinungsäußerung, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit und die Gleichstellung von Mann und Frau sowie dezidierte Vorstellungen in der Religions- und Bildungsfrage.¹⁸²

Zudem hatte der Rat der Volksbeauftragten gleich nach der Revolution am 9. November 1918 in seinem Aufruf an das deutsche Volk vom 12. November einen Katalog von Freiheitsrechten in Kraft gesetzt und große Schritte in der Sozialpolitik und zum Schutz der Arbeiter angekündigt – die Nichtaufnahme von Grundrechten in die Verfassung hätte im Vergleich dazu einen Rückschritt dargestellt.¹⁸³

Preuß, der sich noch 1915 positiv über die Grundrechte in der Paulskirchenverfassung geäußert hatte, antwortete darauf, ohne sich ausdrücklich auf 1848 zu berufen, aber offensichtlich vor diesem Erfahrungshintergrund: „Die Grundrechte habe ich in der Verfassung nicht aufgenommen, weil man darüber allein drei Monate reden kann.“¹⁸⁴ Dementsprechend sah sein Verfassungsentwurf vom 3. Januar auch keinen eigenen Grundrechtsteil vor und begnügte sich mit der Formulierung von Grundrechten in lediglich vier Artikeln und sah drei weitere Grundrechtsartikel vor, die aber noch nicht ausgeführt waren.

In der vorliegenden Fassung sicherten die Grundrechte lediglich die Gleichbehandlung aller Deutschen in den Einzelstaaten des Reiches mit den jeweiligen „Inländern“ (eine Regelung, die auch in der bismarckschen Reichsverfassung von 1871 enthalten war), die Gleichheit vor dem Gesetz, die Glaubens- und Gewissensfreiheit und die Rechte nationaler Minderheiten im Reich. Vorgesehen, aber noch nicht ausgeführt waren daneben Artikel über das Schulwesen, die Bodengesetzgebung und über Arbeitervertretungen in Unternehmen. Die Formulierung

¹⁸² Vgl. Sigrid Vestring, Die Mehrheitssozialdemokratie und die Entstehung der Reichsverfassung von Weimar 1918/19 (=Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur, Bd. 18), Münster 1987, S. 262; auch: Baumgart, Die verdrängte Revolution, S. 167.

¹⁸³ Vgl. Ritter/Miller (Hg.), Die deutsche Revolution 1918–1919, S. 103 f.; Friedhelm Köster, Entstehungsgeschichte der Grundrechtsbestimmungen des zweiten Hauptteils der Weimarer Reichsverfassung in den Vorarbeiten der Reichsregierung und den Beratungen der Nationalversammlung, Göttingen 2000, S. 292.

¹⁸⁴ Vgl. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1, S. 131; Preuß, Deutschlands republikanische Reichsverfassung, S. 351.

der Glaubens- und Gewissensfreiheit im Entwurf war teilweise nahezu wörtlich aus der Frankfurter Reichsverfassung übernommen:

„Jeder Deutsche hat die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. [...] Niemand darf zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit gezwungen werden. Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Überzeugung oder seine Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft zu offenbaren.“

Der Artikel über die Rechte nationaler Minderheiten entsprach inhaltlich beinahe vollständig der Bestimmung von 1849.¹⁸⁵

Ebert beharrte jedoch gegenüber Preuß auf seinem Standpunkt, und so wurde im überarbeiteten Regierungsentwurf vom 20. Januar der Grundrechtsteil stark ausgebaut.¹⁸⁶ Er enthielt – in etwas merkwürdiger Reihung – Artikel über die Meinungs- und Versammlungsfreiheit und das Recht, Vereine zu bilden, das Petitionsrecht, den Schutz der persönlichen Freiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung und des Eigentums sowie das Postgeheimnis. Alle diese Artikel hatten Vorbilder in der Frankfurter Reichsverfassung. Völlig neu waren gegenüber dieser der Satz: „Die Koalitionsfreiheit darf in keiner Weise beschränkt werden“ sowie der Artikel über eine Bodenreform. Ein weiterer gravierender Unterschied bestand darin, dass der Artikel über den Schutz des Eigentums im Entwurf im Gegensatz zur Frankfurter Reichsverfassung eine entschädigungslose Enteignung *nicht* ausschloss.¹⁸⁷

Das Geschichtsbild der 48er-Revolution, wie es in der Diskussion der Regierung der Volksbeauftragten zum Ausdruck kam, hatte die folgenden zentralen Elemente: Die Paulskirche war in der Sichtweise der mehrheitssozialdemokratischen Volksbeauftragten ein Professorenparlament gewesen, in dem viel zu viel geredet worden war – genau in diesem Sinne erinnerte wie dargestellt auch der *Vorwärts* in den Revolutionsmonaten an die erste Nationalversammlung als Mahnung an ihre Nachfolgerin, es besser zu machen. Bei Hugo Preuß standen vor dem Hintergrund von 1848 zwei Befürchtungen im Mittelpunkt: zum einen die Furcht vor überlangen Grundrechtsberatungen, zum andern die Gefahr, die eine parallel

¹⁸⁵ Vgl. Die Regierung der Volksbeauftragten, Bd. 2, S. 240, 242, 253, 255; Hugo Preuß, Das deutsche Volk und die Politik (1915), S. 481; die § 132, 133, 134, 137, 144, 148 und 188 der Frankfurter Reichsverfassung (fortan: FRV). Die Frankfurter Reichsverfassung vom 28. März 1849, in: Die deutschen Verfassungen. Reproduktion der Verfassungsoriginale von 1849, 1871, 1919 sowie des Grundgesetzes von 1949, hg. u. eingel. v. Jutta Limbach/Roman Herzog/Dieter Grimm, München 1999, S. 87-126, hier: 108, 110, 114; auch: Köster, Entstehungsgeschichte der Grundrechtsbestimmungen, S. 93.

¹⁸⁶ Vgl. Die Regierung der Volksbeauftragten, Bd. 2, S. 247.

¹⁸⁷ Artikel 21 bis 28 des Verfassungsentwurfs vom 20. Januar. Vgl. Die Regierung der Volksbeauftragten, Bd. 2, S. 254 f.; vgl. § 138, 140, 142 f., 159, 161 f., 164 der FRV. Die Frankfurter Reichsverfassung vom 28. März 1849, S. 109, 111 f.

tagende preußische Nationalversammlung für die deutsche Nationalversammlung bedeutete, zumal wenn diese obendrein *nicht* in Berlin tagte.¹⁸⁸

Die Eröffnung der Nationalversammlung – im Zeichen des Anschlussgedankens

Die ersten beiden Sitzungen der Nationalversammlung in Weimar am 6. und 7. Februar standen ganz im Zeichen der Forderung nach der Vereinigung mit Deutschösterreich.¹⁸⁹ Viele der Adressen an die Nationalversammlung, die jeweils zu Beginn der ersten Sitzungen verlesen wurden, waren Bekundungen des Anschlusswillens aus Deutschösterreich und aus Böhmen, darunter eine des Akademischen Senats der Universität Wien sowie eine der deutschböhmischen Landesversammlung.¹⁹⁰ Gleich in der ersten Sitzung sagte Friedrich Ebert in seinem Rechenschaftsbericht der Volksbeauftragten, die bis dahin offiziell auf die Anschlussklärung der deutschösterreichischen Nationalversammlung vom 12. November 1918 *nicht* reagiert hatten, über die Deutschösterreicher: „Sie gehören zu uns, und wir gehören zu ihnen. (Wiederholter Beifall.)“¹⁹¹

Am Tag darauf erklärte der Sozialdemokrat Eduard David als frisch gewählter Präsident der Nationalversammlung:

„Zu diesem deutschen Land und Volk gehört weiter auch der *deutschösterreichische Bruderstamm*. (Lebhaftes Bravo.) Die Begeisterung, mit der alle Kundgebungen auf seinen Wiederanschluss hier aufgenommen worden sind, legt Zeugnis ab, wie sehr diese Wiedervereinigung dem ganzen deutschen Volke Herzenssache ist. (Erneut lebhafter Beifall.)“¹⁹²

Auch der Reichsaußenminister Graf Brockdorff-Rantzau des am 13. Februar vereidigten Kabinetts, der der DDP nahestand, bekannte sich am 14. Februar in der Nationalversammlung zur Vereinigung mit Deutschösterreich und berief sich dabei auch auf 1848:

¹⁸⁸ Zur Problematik der Parallelität von deutscher und preußischer Nationalversammlung im Jahre 1848: Preuß, Obrigkeitsstaat und großdeutscher Gedanke (1916), S. 572; auch: ders., Der deutsche Nationalstaat (=Die Paulskirche. Eine Schriftenfolge, Bd. 11, 1924), in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. 4, S. 441-516, hier: 451, 454.

¹⁸⁹ Zum Folgenden siehe auch: Ludwig Richter, Die Nachwirkungen der Frankfurter Verfassungsdebatten von 1848/49 auf die Beratungen der Nationalversammlung 1919 über die Weimarer Verfassung, S. 441-466. Die Bekundungen des Willens zur Vereinigung mit Deutschösterreich in den ersten Sitzungen der Nationalversammlung schilderte auch der sozialdemokratische Reichspräsident Paul Löbe im Gedenkbuch der Reichsregierung zum zehnten Verfassungstag 1929. Vgl. Löbe, Österreichs Recht und die Weimarer Nationalversammlung, in: Deutsche Einheit, deutsche Freiheit, S. 197-200.

¹⁹⁰ Vgl. Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, S. 7 f., 37 f.; dazu: T. W., „Die Nationalversammlung und der Anschluss Deutschösterreichs“, in: BT, 8.2.1919, MA.

¹⁹¹ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, S. 2.

¹⁹² Ebd., S. 9.

„Aber mit unseren österreichischen Brüdern hatten wir bis zum Zusammenbruch des römischen Reichs deutscher Nation die gleiche Geschichte. Wir haben mit ihnen zusammen in der Paulskirche gegessen, und die kriegerische Auseinandersetzung, die statt der großdeutschen die kleindeutsche Idee verwirklichte, ist für die Besten unter uns immer ein Bruderkrieg gewesen.“¹⁹³

Diese Bekenntnisse zur Vereinigung mit Deutschösterreich in der Anfangsphase der Weimarer Nationalversammlung gipfelten in der einstimmigen Annahme einer von allen Fraktionen des Parlaments gemeinsam eingebrachten Erklärung am 21. Februar:

„Die Nationalversammlung nimmt mit lebhafter Genugtuung von den Beschlüssen Kenntnis, mit denen die Vertreter der Stämme Deutschösterreichs ihre Zugehörigkeit zu dem deutschen Gesamtvolk bekundet haben. Sie bestätigt den deutschösterreichischen Brüdern, dass über die bisherigen staatlichen Grenzen hinweg die Deutschen des Reichs und Österreichs eine untrennbare Einheit bilden, und spricht die zuversichtliche Hoffnung aus, dass durch die von den Regierungen einzuleitenden Verhandlungen die innere Zusammengehörigkeit bald in festen staatlichen Formen einen von allen Mächten der Welt anerkannten Ausdruck finden wird.“¹⁹⁴

Festzuhalten ist in diesem Zusammenhang auch, dass am Anfang April 1919 tagenden zweiten Reichsrätekongress deutschösterreichische Räte als gleichberechtigte Delegierte teilnahmen.¹⁹⁵

Aussprache über den Rechenschaftsbericht der Volksbeauftragten

In den Debatten in den ersten Sitzungen der Nationalversammlung bis Anfang März spielte die Erinnerung an 1848 auch jenseits der Anschlussforderung eine wichtige Rolle. Ebert erklärte in seinem bereits erwähnten Rechenschaftsbericht:

„In der Revolution erhob sich das deutsche Volk gegen eine veraltete, zusammenbrechende Gewaltherrschaft“.

Der 9. November 1918 habe an den 18. März 1848 angeknüpft.¹⁹⁶

¹⁹³ Ebd., S. 68 f.; vgl. Frye, *Liberal Democrats*, S. 43.

¹⁹⁴ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 335, S. 45, Nr. 54; Bd. 326, S. 279.

¹⁹⁵ Vgl. Miller, *Das Ringen um ‚die einzige großdeutsche Republik‘*, S. 47 f.

¹⁹⁶ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, S. 1, 3.

Der Reichsinnenminister und Autor des Verfassungsentwurfs Preuß begann seine Rede bei der Beratung des Gesetzentwurfs über die vorläufige Reichsgewalt in der dritten Sitzung am 8. Februar mit einem Zitat aus der Rede Heinrich von Gagerns nach dessen Wahl zum Präsidenten der ersten deutschen Nationalversammlung.

„Wir sollen schaffen eine Verfassung für Deutschland, für das gesamte Reich. Der Beruf und die Vollmacht zu dieser Schaffung, sie liegen in der Souveränität der Nation. Deutschland will eins sein, ein Reich, regiert vom Willen des Volkes unter Mitwirkung aller seiner Gliederungen; diese Mitwirkung auch der Staatsregierungen zu erwirken, liegt mit in dem Beruf dieser Versammlung. Wenn über manches Zweifel besteht: über die Forderung der Einheit ist kein Zweifel; es ist die Forderung der ganzen Nation. Die Einheit will sie, die Einheit wird sie haben.“

Die Frankfurter Nationalversammlung, so Preuß, sei wesentlich am Widerstand der dynastischen Mächte in Deutschland gescheitert.¹⁹⁷

Der Sozialdemokrat Wilhelm Keil erklärte, wie zuvor schon Ebert, am 14. Februar die deutsche Novemberrevolution knüpfe, obwohl sie einen ganz anderen Charakter habe, an die deutsche Märzrevolution von 1848 an. Sie führe durch, was 1848 vergebens versucht worden sei durchzuführen: die Demokratie. Es sei „das Unglück des deutschen Volkes“, dass es bis zum Ende des Weltkriegs auf die Verwirklichung seiner politischen Ideale habe warten müssen. England habe vor 300 Jahren die Feudalherrschaft zertrümmert, Frankreich vor 130 Jahren, dagegen habe sich das deutsche Bürgertum nach „der misslungenen Märzrevolution“ mit dem Fortbestehen der Junkerherrschaft abgefunden. Erst die Arbeiterschaft habe in Deutschland in der Novemberrevolution der Junkerherrschaft für immer ein Ende gesetzt.¹⁹⁸

Der ebenfalls sozialdemokratische Reichsjustizminister Otto Landsberg erklärte, eine parlamentarische Monarchie sei mit Kaiser Wilhelm II. im Jahre 1918 eine Unmöglichkeit gewesen – für eine solche radikale Neuorientierung sei Wilhelm mit fast 60 Jahren zu alt gewesen –, und fügte in Anspielung auf die von Friedrich Wilhelm IV. veranlasste Revision der im Dezember 1848 von ihm selbst oktroyierten preußischen Verfassung nur wenige Zeit später hinzu:

¹⁹⁷ Ebd., S. 12; vgl. Reden *für* die deutsche Nation 1848/1849, Bd. 1, S. 17.

¹⁹⁸ Ebd., S. 72 f.

„Und es hätten sich Parteien gefunden, die ihm plausibel gemacht hätten, wie jenem unglücklichen Friedrich Wilhelm IV, dass es die Pflicht der Könige sei, demokratische Verfassungen zu brechen.“¹⁹⁹

Aussprache über den Regierungsentwurf der Reichsverfassung

Bei der Erläuterung des von der aus MSPD, Zentrum und DDP bestehenden Reichsregierung am 21. Februar vorgelegten Verfassungsentwurfs drei Tage später durch den der DDP angehörenden Preuß spielte die Erinnerung an die 48er-Revolution in zwei Zusammenhängen eine Rolle: der Flaggenfrage und der Aufnahme von Grundrechten in die Verfassung. Im weiteren Verlauf der Verfassungsberatungen und darüber hinaus waren das die beiden Themen, bei denen immer wieder auch mit Berufung auf 1848/49 argumentiert wurde. Zur Rechtfertigung der Aufnahme von Schwarz-Rot-Gold als Reichsfarben in die Verfassung – zur Flaggenfrage hatte sein ursprünglicher Entwurf geschwiegen – erklärte Preuß zunächst an die Parteien der Rechten der Versammlung gewandt, dass sich die deutschkonservative und die nationalliberale Partei beide in „Volksparteien“ umbenannt hätten; auch darin liege etwas „wie das Hissen von Schwarz-Rot-Gold“.²⁰⁰

Die eigentliche Begründung der Aufnahme von Schwarz-Rot-Gold blieb bei Preuß abgesehen von der Berufung auf den großdeutschen Gedanken historisch ziemlich im Ungefähren – er vermied es, die 48er-Revolution zu erwähnen. Nachdem er bemerkt hatte, dass die Historiker zum größten Teil bestritten, dass Schwarz-Rot-Gold die Farben des Alten Reiches gewesen seien, und es auch offen gelassen hatte, ob diese Farben aus der Lützowschen Freischar stammten, sagte er:

„Das Historische an ihnen ist die Fülle von Gedanken, Zielen, Bestrebungen politischer Art, die im Verlaufe des 19. Jahrhunderts sich eng verbunden haben, ich möchte sagen: mit dem Prinzip schwarz-rot-gold. (Widerspruch rechts.) Es war zugleich der Gedanke politischer Freiheit mit dem der nationalen Einigung, und zwar der großdeutschen nationalen Einigung, (sehr richtig! links) der dann auch noch lange, als über dem kleindeutschen Reiche schon die schwarz-weiß-rote Fahne wehte, in Deutschösterreich das Schwarz-Rot-Gold in Ehren hielt.“

Die Legitimation des Flaggenwechsels vor allem durch den großdeutschen Gedanken spiegelte sich auch in dem Verfassungsentwurf. Im Artikel 1 wurden unmittelbar nach der

¹⁹⁹ Ebd., S. 227; vgl. Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 1, S. 115, 132.

²⁰⁰ Vgl. Kurtze, *Die Nachwirkungen der Paulskirche*, S. 49.

Formulierung, die als Grundlage für den Anschluss Deutschösterreichs dienen sollte, die Reichsfarben bestimmt:

„Das Reichsgebiet besteht aus den Gebieten der bisherigen deutschen Gliedstaaten sowie aus den Gebieten, deren Bevölkerung kraft des Selbstbestimmungsrechtes Aufnahme in das Reich begehrt, und die durch ein Reichsgesetz eingegliedert werden.

Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold.“²⁰¹

Zur Aufnahme der Grundrechte in den Verfassungsentwurf bemerkte Preuß, dass dies eine Abweichung von der Reichsverfassung von 1871 darstelle, die nicht nur aus Pietät gegenüber der Paulskirchenverfassung von 1849 erfolgt sei. Bevor er aber weitere Gründe für die Aufnahme der Grundrechte nannte, relativierte er zunächst deren Bedeutung mit dem Hinweis, ein großer Teil der Grundrechte oder zumindest deren Proklamation in der Verfassung habe an praktischer Bedeutung verloren, weil sie zum großen Teil seit der Paulskirche in der Gesetzgebung, insbesondere in der Gesetzgebung der Gliedstaaten verwirklicht worden seien. Trotzdem glaube er, es sei richtig, die Grundrechte in den Entwurf aufgenommen zu haben, weil diese dadurch eine verfassungsmäßige Garantie erhielten und weil damit eine Richtlinie für die weitere Entwicklung und Gesetzgebung in den Gliedstaaten gezeichnet werde. Preuß beschloss seine Ausführungen mit einem Zitat des Freiherrn vom Stein, den er als größten „inneren Staatsmann“ der deutschen Geschichte bezeichnete.²⁰²

Der Grundrechtsteil hatte im Entwurf der Reichsregierung vom 21. Februar gegenüber der Fassung vom 20. Januar, als noch die sozialdemokratischen Volksbeauftragten regierten, Veränderungen erfahren. Enteignungen waren jetzt wie schon in der Paulskirchenverfassung nur gegen Entschädigung zulässig, wie auch der Artikel über die Bodenreform entfallen war. Gleichfalls analog zur Verfassung von 1849 wurde bestimmt, dass der Unterricht an öffentlichen Volksschulen unentgeltlich sein sollte und dass das Unterrichtswesen unter staatlicher Aufsicht stehe. Auch die Bestimmung, dass alle Deutschen gegenüber dem Ausland den gleichen Anspruch auf den Schutz des Reiches hätten, hatte einen Vorläufer in der Frankfurter Reichsverfassung, allerdings mit dem Unterschied, dass es seinerzeit um den Schutz „in der Fremde“ ging. Eingeschränkt wurde gegenüber dem Entwurf vom 20. Januar und der Paulskirchenverfassung das Recht, seine religiöse Überzeugung *nicht* zu offenbaren. Den Behörden wurde jetzt das Recht zugebilligt, danach zu fragen, insoweit davon „Rechte

²⁰¹ Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 335, S. 48.

²⁰² Ebd., Bd. 326, S. 285, 292.

und Pflichten“ abhingen – das zielte offensichtlich auf die Fortführung des Einzugs der Kirchensteuern durch die staatlichen Behörden.²⁰³

Der Parteivorsitzende des Zentrums und Abgeordnete Peter Spahn sprach sich in seiner Wortmeldung am 28. Februar dafür aus, die von Preuß ursprünglich geplante Aufspaltung Preußens im Verfassungsausschuss ernsthaft in Erwägung zu ziehen. Er erinnerte daran, dass Friedrich Wilhelm IV. 1848 erklärt habe, dass er Preußen in Deutschland aufgehen lassen wolle. Mit dem Wegfall des Herrscherhauses 1918 habe sich das Zusammengehörigkeitsgefühl in Preußen deutlich gemindert. Zur Begründung seiner Position sagte Spahn:

„Es wäre ein tragisches Geschick, wenn wie 1848 nunmehr auch diese Verfassung an den Verhältnissen zwischen Preußen und dem Reich scheitern sollte.“

Spahn widersprach ausdrücklich Preuß, der die angebliche Herkunft von Schwarz-Rot-Gold aus dem Alten Reich bestritten hatte, und behauptete – historisch unzutreffend – 1848 sei diese Herkunft *nicht* bezweifelt worden.²⁰⁴ Zur Untermauerung zitierte er aus dem Gedicht „Schwarz-Rot-Gold“, das er meinte, seit Kindheitstagen aus einer Gedichtsammlung in seinem Elternhaus zu kennen: „Schwarz ist das Pulver, rot das Blut, golden flackert die Flamme!“ Spahn, der sich offenbar nicht bewusst war, wen er zitierte, erntete Zurufe: „Freiligrath!“ – in dem Gedicht wird die schwarz-rot-goldene Fahne tatsächlich als das „alte Reichspanier“ bezeichnet.²⁰⁵

Für die Deutschnationalen lehnte Clemens von Delbrück die Ablösung der schwarz-weiß-roten Farben ab. Zugleich bemerkte er, dass in dem Verfassungsentwurf der Reichsregierung im Vergleich zum ursprünglichen Entwurf Preuß’ die „Reminiszenzen der Verfassung von 1848“ zu einem erheblichen Teil verschwunden seien. Der Staatenausschuss in Anlehnung an die Frankfurter Reichsverfassung habe dem Reichsrat Platz gemacht, dem verkümmerten Bundesrat der Reichsverfassung von 1871.²⁰⁶

²⁰³ Artikel 29-31, 37 des Verfassungsentwurfs. Ebd., Bd. 335, S. 51 f.; vgl. § 144, 153, 157, 164 u. 189 der FRV. Die Frankfurter Reichsverfassung vom 28. März 1849, S. 110-112, 114.

²⁰⁴ Der Marineausschuss der Paulskirche hatte sich mit dieser Frage ausführlich befasst und die Herkunft aus dem Alten Reich verneint. Die Paulskirche bestimmte Schwarz-Rot-Gold unbeschadet davon zur deutschen Kriegs- und Handelsflagge. Vgl. Friedel, Deutsche Staatssymbole, S. 27; Valentin/Neubecker, Die deutschen Farben, S. 25; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 130.

²⁰⁵ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, S. 378, 383.

²⁰⁶ Ebd., S. 384; dazu auch Beyerle am 21. März im Verfassungsausschuss: Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 336: Anlangen zu den Stenographischen Berichten, Nr. 391, Bericht des Verfassungsausschusses, S. 117 f.; vgl. Richter, Die Nachwirkungen, S. 452.

Erich Koch erklärte in derselben Sitzung für die Demokraten:

„Wir gehen nicht nur von der Bismarckschen Verfassung aus, sondern wir ziehen in erster Linie auch die großen Gedanken wieder heran, die im Jahre 1848 unsere Väter bei der Aufstellung einer Verfassung beseelt haben. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) [...] Man hat uns in der preußischen Geschichte immer zu lehren gewusst, dass alles dasjenige, was im Jahre 1848 versucht worden wäre, verfehlt gewesen sei, und man hat uns beibringen wollen, dass das ein untauglicher Versuch, und dasjenige, was in den Jahren 1866 und 1870 geschaffen worden ist, die Vollendung gewesen sei. Wir sehen heute die Dinge anders, als sie uns die Lehrbücher angeben, wir sehen heute, dass eine große und gerade Linie von 1848 auf 1918 führt, (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten) und wir sehen, dass das gigantische Werk Bismarcks schließlich in seinen letzten Zielen nicht hat ausreifen können.“²⁰⁷

Kochs Fraktionskollege Walther Schücking forderte wenige Tage später die Rückkehr zu Uhland, Schiller sowie zum Freiherrn vom Stein und zitierte Karl Schurz über Demokratie und Monarchie sowie Freiligrath, aber er tat seine Enttäuschung über den Grundrechtsteil des Verfassungsentwurfs mit den Worten kund: Er enthalte lediglich „die ältesten Ladenhüter aus dem Jahre 1848“.²⁰⁸ Der Fraktionsvorsitzende der Demokraten, von Payer, hatte die Grundrechte der Frankfurter Reichsverfassung schon in einer Wahlrede zur Nationalversammlung am 6. Januar als „überholt“ bezeichnet.²⁰⁹

Von Payer bemerkte in einer späteren Sitzung Anfang April, dass die neue Nationalversammlung leider nicht so populär sei wie die von 1848. Die Begründung, die er vortrug, war für einen Demokraten zumindest in dieser Zuspitzung erstaunlich – und ist wohl nur dadurch zu erklären, dass die Demokraten durch die Revolution im November 1918 zunächst für entscheidende Wochen und Monate aus der Reichsregierung verdrängt worden waren. Im Jahr 1848/49 sei der Sprung vom Feudal- und Hörigkeitsstaat zum „Volksstaat“ (!) gemacht worden, von der politischen Rechtlosigkeit zur „Regierung des Volks“. Dies sei ein unendlich größerer Sprung gewesen als – das spielte auf die Oktoberreformen von 1918 an – der vom 8. auf den 9. November 1918, vom parlamentarischen Regierungssystem zur Republik.²¹⁰ Von Payer wies auch darauf hin, dass es die öffentliche Meinung, vor allem die

²⁰⁷ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, S. 390.

²⁰⁸ Ebd., S. 476, 478 f.

²⁰⁹ Vgl. Kühne, Die Reichsverfassung der Paulskirche, S. 141, FN 89.

²¹⁰ Vgl. Hartmut Schustereit, Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Eine vergleichende Betrachtung von DDP und SPD 1919–1930 (=Geschichte und Gesellschaft. Bochumer Historische Studien, Bd. 9), Düsseldorf 1975, S. 43; Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, S. 193 f.

Berliner Presse, „als sehr unangenehm“ empfinde, dass die Nationalversammlung *nicht* in Berlin tage.²¹¹

Die Äußerung von Payers blieb kein Einzelfall. Am 2. Juli, am Tag der Flaggendebatte im Plenum der Nationalversammlung und wenige Tage nach der Annahme des Versailler Friedens, erklärte der Demokrat Bruno Ablaß aus Niederschlesien die Reichsgründung von 1871 nicht nur zur Erfüllung des Einheitsgedankens der Väter und Großväter der Demokraten:

„Das Deutsche Reich, wie es im Jahre 1871 geschaffen worden ist, war die Erfüllung des demokratischen Gedankens, jenes demokratischen Gedankens, wie er von unseren Vätern und Großvätern gehegt und gepflegt und in bitteren Kämpfen zur Durchführung gebracht worden ist. Mag die geschichtliche Entwicklung nach mancher Richtung einen anderen Gang genommen haben, als sie vielen von uns erwünscht gewesen ist, schließlich war die Reichsgründung doch die Erfüllung dessen, was die Freiheitskämpfer erträumt haben, wenn auch nicht alle Früchte so gereift sind, wie sie es gewünscht haben.“²¹²

Der Unabhängige Sozialdemokrat Oskar Cohn hielt es in der Debatte am 28. Februar für vergebliche Mühe, bei der Verfassungsschöpfung an die Traditionen der Frankfurter Nationalversammlung von 1848 anzuknüpfen, weil der November 1918 ein historischer Wendepunkt gewesen sei. Im Einzelnen benannte Cohn folgende Unterschiede zwischen 1918 und 1848: Die Nationalversammlung 1848 habe nach einer langen Friedensperiode getagt, heute seien nach einem langen Krieg die Wirtschaft und das Volk völlig zusammengebrochen; damals habe es die Einheitsbewegung mit einem starken Preußen zutun gehabt, heute sei Preußen schwach; und damals habe die bürgerliche Intelligenz aufseiten des Neuen, aufseiten der Revolution gestanden, während heute – das hätten die Erörterungen der letzten Tage gezeigt – die Intelligenzen der bürgerlichen Parteien *nicht* auf der Seite des Neuen stünden.²¹³ Wenige Tage später bemerkte ein anderer Unabhängiger Sozialdemokrat in der Nationalversammlung, Alfred Henke, wenn Reichsminister Preuß wiederholt auf das Frankfurter Parlament hingewiesen habe, so wolle er die Erinnerung an die Pariser Kommune von 1871 auffrischen, und er bezeichnete die Arbeiterräte der Revolution als deren Erben.²¹⁴

²¹¹ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, S. 935.

²¹² Ebd., S. 1213.

²¹³ Ebd., Bd. 326, S. 401.

²¹⁴ Ebd., S. 489.

Ähnlich wie Cohn argumentierte der Sozialdemokrat Johann Vogel, der die Passage aus Marx' „18. Brumaire des Louis Bonaparte“ zitierte, nach der die Menschen in Revolutionen sich „Namen, Schlachtparole, Kostüme“ aus der Vergangenheit borgten, um derart verkleidet die „neue Weltgeschichtsszene“ aufzuführen.²¹⁵ Vogel wandte sich damit nicht nur gegen die Berufung auf die 48er-Tradition, sondern auch dagegen, sich für die zeitgenössische deutsche Revolution „Kostüm und Sprache aus dem Lande des früheren Zarismus“ zu leihen. Die Berufung auf 1848 hielt Vogel für deplatziert, weil der Träger der Revolution von 1848 das Bürgertum gewesen sei, der Träger der neuen Revolution sei jedoch das Proletariat. Das Ziel der gegenwärtigen Revolution sei „unstreitig“ die Errichtung einer sozialistischen Republik auf demokratischem Wege.²¹⁶

Vogel widersprach sogleich Konrad Beyerle von der Bayerischen Volkspartei (BVP), die in der Nationalversammlung mit dem Zentrum eine Fraktionsgemeinschaft bildete:

„In den Grundrechten des deutschen Volkes, wie sie der Entwurf kodifiziert, leben Goldkörner aus der Paulskirche weiter. [...] Diesem Kapitel von den Grundrechten wohnt ein hoher volkstümlicher Stimmungswert inne. Auch wo sie nur allgemeine Gedanken aussprechen, bilden sie einen Unterbau für die staatsbürgerliche Erziehung unseres Volkes.“

Außerdem – schob Beyerle das zentrale Anliegen des Zentrums hinterher – könnten in den Grundrechten auf dem Gebiet „der Kulturpolitik“ „Freiheitsgarantien der Gesamtheit und aller Konfessionen verankert werden“.²¹⁷

Gustav Stresemann, der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, berief sich am 4. März in einem ausführlichen Redebeitrag zunächst auf die Verteidigungsrede des Achtundvierzigers Gottfried Kinkel, eines überzeugten „Demokraten und Revolutionär[s]“, nach der Revolution von 1848/49 vor dem Geschworenengericht. Kinkel habe – dem Sinn nach – eingeräumt, dass mit den Methoden der Revolutionäre nicht zur deutschen Einheit zu gelangen sei, und versichert, dass wenn es Preußen gelänge, „durch eine Politik von Blut und Eisen“ die deutsche Einheit herbeizuführen, dann werde er der Erste sein, der das Kaisertum der Hohenzollern hochleben lasse.

²¹⁵ Vgl. Karl Marx, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, in: Marx/Engels, Gesamtausgabe (Mega), Erste Abteilung, Bd. 11, S. 96-189, hier: 97.

²¹⁶ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, S. 458 f.

²¹⁷ Ebd., S. 464.

Dem Demokraten Koch widersprechend sah Stresemann sehr viel mehr eine Linie von der Paulskirche zu Bismarck führen als „eine gerade Linie“ von 1848 zu 1918. Die Berufung auf 1848 erklärte er für unglücklich und sachlich unzutreffend, weil nicht zu hoffen sei, dass die Verfassungsberatungen so ergebnislos blieben wie die der Paulskirche, und weil die Paulskirche das Erbkaisertum proklamiert habe, während der vorliegende Verfassungsentwurf das Erbkaisertum und die Monarchie zu Grabe trage. Stresemann hielt vom liberalen Standpunkt aus die Berufung auf die Zeit der Stein-Hardenbergschen-Reformen für näher liegend. Damals sei es darum gegangen und heute gehe es wiederum darum, einem niedergebrochenen, der Macht beraubten Staate die Wiedergeburt durch Reformen im Innern zu geben.

In unausgesprochener Erwiderung auf den Zentrumsvorsitzenden Spahn, der gefordert hatte, im Verfassungsausschuss noch einmal ernsthaft zu erwägen, ob Preußen nicht doch aufzulösen sei, zitierte Stresemann ausführlich aus der berühmten „Kaiserrede“ Gabriel Riessers in der Paulskirche vom 21. März 1849, in der dieser für die Annahme des Verfassungsentwurfs und das Erbkaisertum der Hohenzollern eingetreten war:

„[...] Aber nimmermehr können wir Preußen Bedingungen stellen, die seine Existenz aufheben, nimmermehr können wir Preußen zumuten, dass es über Sein oder Nichtsein in Verhandlungen trete. Ja, ich erkläre es offen: sowohl Deutschlands als Preußens wegen dürfen wir nicht wünschen, dass Preußen im mindesten in seinem Bestand erschüttert werde, bis Deutschland sicher und fest für die Ewigkeit gegründet ist.“²¹⁸

Da noch nicht einmal Deutschlands Grenzen bekannt seien, so Stresemann, könne man nicht davon ausgehen, dass Deutschlands Bestand für die Ewigkeit gesichert sei, und deshalb dürfe man Preußen auch keine Bedingungen zumuten, die keinem anderen Bundesstaat gestellt würden. Auch Stresemann sah – wie zuvor bereits in einer Reichstagsdebatte am 22. Oktober 1918 – im „Grau der Gegenwart“ im Anschluss Deutschösterreichs „wohl den einzigen Lichtblick“.²¹⁹

²¹⁸ Vgl. Reden für die deutsche Nation 1848/49, Bd. 8, S. 5899-5911, hier: 5907; auch zitiert bei: Mollat, Reden und Redner, 1895, S. 563-599; Valentin, Die erste deutsche Nationalversammlung, S. 141; Wentzcke, Die erste deutsche Nationalversammlung, S. 326-331; ein anderes Zitat aus derselben Rede im Gedenkbuch der Reichsregierung zum zehnten Verfassungstag 1929: Deutsche Einheit, deutsche Freiheit, S. 59; vgl. Erik Lindner, Gabriel Riesser. Der Advokat der Einheit, in: Freitag (Hg.), Die Achtundvierziger, S. 160-170, hier: 160, 168 f.

²¹⁹ Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, S. 491, 494, 497; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 314, S. 6173.

Eduard David schrieb seiner Partei, der Sozialdemokratie, eine Führungsrolle bei der Verwirklichung des großdeutschen Gedankens zu. Die Demokratie sei immer und überall die Wiege des nationalen Staatsgefühls gewesen. Zweimal, nach 1815 sowie 1848, hätten die Vorkämpfer das „schwarz-rot-goldene Banner der großen deutschen Demokratie“ entrollt, zweimal sei „diese großdeutsche nationale Bewegung“ an dynastischen, feudalen und plutokratischen Egoismen gescheitert. Das sei der Ursprung der Katastrophe der Gegenwart, zu deren Hauptursachen David einen Mangel an „deutschnationalem Staatsgefühl“ zählte. Wie in Österreich die Arbeiterdemokratie den Anschluss „an das alte Vaterland“ proklamiert habe, so auch im Reiche die Sozialdemokratie.²²⁰

Die Beratungen im Verfassungsausschuss

Nach den Beratungen in den ersten vier Wochen im Plenum verlagerte sich in dem Zeitraum Anfang März bis Mitte Juni die Arbeit an der neuen Verfassung in den zuständigen Ausschuss – und damit auch die politische Argumentation mit der 48er-Revolution. Kein Zweifel besteht daran, dass 1918/19 für den Linksliberalismus die hauptsächliche Lehre aus der 48er-Revolution für die Gegenwart darin bestand, dass ausgedehnte Grundrechtsberatungen auch diesmal das Verfassungswerk gefährden könnten. In der nationalliberalen Geschichtsschreibung waren die Grundrechtskataloge das am häufigsten zitierte Beispiel für den doktrinären Geist in den Nationalversammlungen von Frankfurt und Berlin 1848.²²¹ Nicht nur Preuß wiederholte im Verfassungsausschuss Ende Mai seine Warnung, die er bereits gegenüber dem Rat der Volksbeauftragten ausgesprochen hatte, sondern auch der DDP-Vorsitzende Friedrich Naumann sprach diese Warnung zweimal im Laufe der Ausschusssitzungen aus, einmal gleich zu Beginn der eigentlichen Ausschussarbeit am 5. März.²²²

Im Namen der DVP beantragte Wilhelm Kahl in dieser Sitzung die im Verfassungsentwurf vorgesehenen schwarz-rot-goldenen Farben durch die schwarz-weiß-roten des Kaiserreichs zu ersetzen. Der Sozialdemokrat Max Quarck lehnte das ab, weil Letztere die schwarz-weißen

²²⁰ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, S. 500.

²²¹ Vgl. Baumgart, Die Verdrängte Revolution, S. 104; Schwerin, The Revolution of 1848, S. 166, 176.

²²² Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 336, S. 23 f., 176, 369; zu Naumanns Rolle in den Verfassungsberatungen mit abweichenden Wertungen vom Folgenden vgl. Dieter Beese, Staatsbekenntnis und Volkskatechismus – Friedrich Naumann und die Weimarer Verfassungsberatungen, in: Günter Brakelmann/Norbert Friedrich/Traugott Jähnichen (Hg.), Auf dem Weg zum Grundgesetz. Beiträge zum Verfassungsverständnis des neuzeitlichen Protestantismus (=Entwürfe zur christlichen Gesellschaftswissenschaft, Bd. 10), Münster 1999, S. 55-76.

Farben „des alten preußischen Obrigkeitsstaates“ enthielten.²²³ Neben der Flaggenfrage und den Grundrechten wurden zwei weitere zentrale Fragen kurz mit Berufung auf 1848 diskutiert. Quarcks Fraktionskollege Johannes Meerfeld mahnte die Zentrumsvertreter, dass im Jahre 1848 die katholische Kirche für die Trennung von Kirche und Staat eingetreten sei. Dem widersprach der Zentrumsvorsitzende Spahn. Nur eine Minderheit der Katholiken habe 1848 diese Position vertreten. Von den Katholiken sei damals nicht die Trennung von Staat und Kirche, sondern nachdrücklich die Freiheit der Kirche gefordert worden.²²⁴

Auf Vorhaltungen des preußischen Justizministers, des Sozialdemokraten Wolfgang Heine, er beabsichtige „die Zerschlagung Preußens“, bekräftigte Preuß auch noch einmal seine Haltung im Hinblick auf Preußen, die er schon gegenüber dem Rat der Volksbeauftragten eingenommen hatte. Eine Nationalversammlung, die wie die preußische vier Siebentel des deutschen Volkes vertrete, sei unvereinbar mit der deutschen Gesamtnationalversammlung. Daran sei zum größten Teil „das Werk von 1848“ gescheitert.²²⁵

Am 31. März stellte der Demokrat Naumann seinen „Versuch volksverständlicher Grundrechte“ vor. Auch wenn der Ausschuss sich mehrheitlich gegen die naumannsche Ausarbeitung und für den Entwurf der Reichsregierung als Basis für die weitere Arbeit an den Grundrechten entschied, sind die Ausführungen Naumanns bei der Vorstellung seines Entwurfs hier von Belang.²²⁶ Nachdem er eingangs darauf hingewiesen hatte, dass sich die Nationalversammlung diesmal nicht so lange wie die Paulskirche mit den Grundrechten beschäftigen dürfe, ging Naumann auf die Frage ein, warum die bismarckschen Verfassungen von 1867 und 1871 im Gegensatz zur Frankfurter Reichsverfassung von 1849 keine Grundrechte enthielten.

²²³ Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 336, S. 28.

²²⁴ Ebd., S. 77 f.; vgl. Bergsträsser, Das Frankfurter Parlament und die deutsche Gegenwart, 1923, S. 34; Karl Bachem, Politik und Geschichte der Zentrumsparlei. Für Wahrheit, Recht und Freiheit! Im Anschluss an die Richtlinien für die Parteiarbeit, Köln 1918, S. 100; ders., Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumsparlei, Bd. 2: Die Zeit von 1848 bis 1870, Köln 1927, S. 51; Johannes B. Kißling, Geschichte der deutschen Katholikentage. Im Auftrage des Zentralkomitees für die Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands, Bd. 1, Münster 1920, S. 193-196, 211-227; Mergel, Sozialmoralische Milieus und Revolutionsgeschichtsschreibung, S. 259; Winkler, Geschichte des Westens, S. 611. Zur Frage der Trennung von Staat und Kirche in der Paulskirche 1919 auch: Gerhard Schulze, Die Trennung von Staat und Kirche in den Verhandlungen der Frankfurter Paulskirche, in: Die Hilfe, 25 (1919), S. 197-199; später auch: R. Müller, Schul- und Kirchenfragen in den Kämpfen des Jahres 1848, in: ebd., 29 (1923), S. 92-95.

²²⁵ Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 336, S. 93-96.

²²⁶ Ebd., S. 186 f.

Naumann machte dafür zwei Gründe aus. Zum einen habe der 1866/67 gegründete Norddeutsche Bund eher ein Staatenbund, denn ein Bundesstaat sein sollen, zum anderen seien es Revolutionszeiten wie das Jahr 1848, die leitende Grundgedanken bräuchten, der Norddeutsche Bund habe sich jedoch einem militärischen Sieg verdankt.²²⁷ Zahlreiche der Grundrechte der Frankfurter Verfassung seien Menschenrechte, Abwehrrechte gegenüber dem Staat, darunter finde sich beispielsweise der Satz: „Die Todesstrafe ist abgeschafft.“ Soziale und ökonomische Grundrechte habe die damalige Verfassung hingegen kaum gekannt; so sei damals die Koalitionsfreiheit nicht als Grundrecht vorgesehen gewesen. In dieser Hinsicht habe sich die Paulskirche lediglich auf die Beseitigung der Reste der Feudalgesellschaft beschränkt.

Naumann benannte nun mehrere Entwicklungen, die ihm allesamt den Grundrechtskatalog der Paulskirche als eher überholt erscheinen ließen. Die in der preußischen Verfassung von 1849/50 verankerten Grundrechte hätten sich *nicht* als besonders wirksam erwiesen. Sie hätten nicht verhindern können, dass in Preußen mit dem Dreiklassenwahlrecht und dem Herrenhaus Verhältnisse bestanden, die mit ihrem ersten Satz, dass alle Preußen vor dem Gesetz gleich seien, „in einem merkwürdigen Missverhältnisse“ geständen hätten.²²⁸ Naumann zog daraus das Fazit: „Dies veranlasst uns von vornherein, Grundrechte mit einer gewissen Resignation anzusehen.“²²⁹ Außerdem habe sich seit 1848 der Staatsbegriff parteiübergreifend verschoben, und zwar vom damaligen „abstrakten Rechtsstaatsbegriff“ zum Volksstaat, zum Nationalstaat. Zudem sei die Staatsauffassung in der Gegenwart entschieden demokratischer als 1848 – damit hatte Naumann völlig recht, da die Paulskirchenverfassung keine parlamentarische Reichsregierung, sondern lediglich eine Ministerverantwortlichkeit im Sinne der Möglichkeit der Ministeranklage vorgesehen hatte.²³⁰

Abschließend richtete Naumann, nachdem er die bolschewistisch-russische Verfassung vom 5. Juli 1918 als „direkte Konkurrenz“ zum eigenen Verfassungsprojekt relativ ausführlich

²²⁷ Im weiteren Verlauf der Debatte machte sich auch Naumanns Fraktionskollege Bruno Ablaß diese Deutung zu eigen. Ähnlich auch Kahl. Ebd., S. 185. Vgl. Preuß, Deutschlands republikanische Reichsverfassung, S. 350.

²²⁸ Der von Naumann zitierte Satz leitete den Art. 4 der preußischen Verfassung von 1850 ein, den zweiten Artikel unter Titel 2 „Von den Rechten der Preußen“. Verfassungsurkunde für den Preußischen Staat vom 31. Januar 1850, in: Hermann-Josef Blanke (Hg.), Deutsche Verfassungen. Dokumente zu Vergangenheit und Gegenwart, Paderborn u.a. 2003, S. 209-223, hier: 209.

²²⁹ Ähnlich Preuß. Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 336, S. 184. So auch in der zweiten Lesung der Grundrechte im Plenum am 11. Juli der Sozialdemokrat Quarck. Ebd., Bd. 328, S. 1505.

²³⁰ Vgl. § 73 u. § 126, i) FRV. Die Frankfurter Reichsverfassung vom 28. März 1849, S. 99, 107.

vorgestellt hatte, an seinen Kollegen die Frage, ob es ihnen wünschenswert erscheine, dass der neu entstehende Staat in Form der Grundrechte ein Bekenntnis ablege – andernfalls erscheine ihm die weitere Arbeit an den Grundrechten für die Gegenwart als ziemlich unnötig, dann wäre es „eine Museumsarbeit“. Diese Ausführungen Naumanns zeigten die deutliche Tendenz, die Grundrechte vor dem Hintergrund der preußischen Erfahrung weniger als einklagbares Recht zu verstehen, sondern als ein Staatsbekenntnis. Mit dieser Auffassung stieß Naumann allerdings auf zahlreichen Widerspruch.²³¹

Der Deutschnationale Adelbert Düringer, der im Kaiserreich den Nationalliberalen angehört hatte, widersprach Naumann zunächst im Hinblick auf das Kaiserreich; die Grundrechte seien in besonderen Reichsgesetzen auf das beste garantiert gewesen, obwohl sie nicht in der Verfassung standen. Im Gegensatz zu Naumann sei er der Auffassung, dass sämtliche Grundsätze, die in den Grundrechten des Regierungsentwurfs aufgeführt seien, ihre praktische Bedeutung *nicht* verloren hätten. Als Beispiel nannte Düringer den Satz: „Das Eigentum ist unverletzlich.“ Des Weiteren stellte Düringer zur Diskussion, ob man in die Verfassung eine Beschreibung des Zwecks der Grundrechte aufnehmen solle, und verwies auf den Artikel 51 des Verfassungsentwurfs des Vereins „Recht und Wirtschaft“:

„Dem deutschen Volke und seinen Bürgern [sic!] werden die nachstehenden Grundrechte gewährleistet. Sie bilden Richtschnur und Schranke für die Verfassung, die Gesetzgebung und die Verwaltung im Reich und in den Bundesstaaten.“²³²

Der Sozialdemokrat Hugo Sinzheimer befürwortete die Aufnahme von Grundrechten in die Verfassung, weil seine Fraktion ihnen nicht nur politische, sondern auch juristische Bedeutung beimesse.²³³ Sinzheimers Fraktionskollege Simon Katzenstein sprach sich neben der Aufnahme von Grundrechten auch für die Aufnahme von Grundpflichten aus. Den Hauptzweck der Aufnahme von Grundrechten in der Verfassung beschrieb er als „die Festlegung der Rechte der Minderheit“, die „gewissermaßen eine Selbstbeschränkung der herrschenden Gewalten“ bedeute.²³⁴

²³¹ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 336, S. 171-173 u. 176-181; auch: Friedrich Naumann, Deutsche Grundrechte, in: Die Hilfe, 25 (1919), S. 141 f.

²³² Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 336, S. 181 f.

²³³ Der sozialdemokratische Volksbeauftragte Landsberg hatte hingegen bei der Beratung der Volksbeauftragten über den Verfassungsentwurf am 14. Januar ein materielles Prüfungsrecht des Richters im Hinblick auf ordnungsgemäß erlassene Gesetze in der Verfassung ausdrücklich ausschließen wollen. Vgl. Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19, Bd. 2, S. 241 f.

²³⁴ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 336, S. 182, 186; über den Schutz der Minderheit auch Katzensteins Fraktionskollege Sinzheimer: ebd., S. 485.

Adolf Groeber, der Fraktionsvorsitzende des Zentrums, erklärte, das Fehlen der Grundrechte in Bismarcks Reichsverfassung halte er für einen Mangel – das Zentrum hatte 1871 vergeblich beantragt, nach preußischem Vorbild Grundrechte in die Reichsverfassung aufzunehmen.²³⁵ Grundrechte hätten allerdings nur eine Bedeutung, wenn sie auch eingehalten würden; in dieser Hinsicht biete die Geschichte Preußens ein warnendes Beispiel. Groeber schloss:

„Die Grundrechte sind das Ergebnis einer langen politischen Entwicklung, ich lege größtes Gewicht darauf, dass diese Errungenschaften schwerster politischer Kämpfe in der Verfassung niedergelegt werden.“²³⁶

Auch Reichsinnenminister Preuß legte noch einmal seine Haltung zu den Grundrechten dar. Er habe sich beim Aufstellen des ursprünglichen Entwurfs sehr überlegt, ob überhaupt ein Abschnitt über Grundrechte aufgenommen werden solle. Es bestehe kein Zweifel, dass die verfassungsrechtliche und politische Bedeutung von Grundrechten im Vergleich zur Zeit ihrer ursprünglichen Entstehung stark abgenommen habe. Er widersprach aber auch Naumann, der die Grundrechte von 1849 als „Museumsstücke“ bezeichnete hatte, mit dem Hinweis, dass bei der Weglassung „gewisser eingebürgerter Sätze der Grundrechte“ wie zum Beispiel der Unverletzlichkeit des Eigentums schnell unbeabsichtigte weitreichende politische Konsequenzen eintreten könnten. Preuß konzidierte, dass die „bürgerlichen Grundrechte“ im Verfassungsentwurf der Reichsregierung keinen ins Auge springenden Fortschritt gegenüber der Verfassung von 1849 oder dem zweiten Teil der preußischen Verfassung darstellten.²³⁷

Die am 31. März im Verfassungsausschuss vorliegenden Anträge enthielten im Vergleich zum Verfassungsentwurf weitere Übernahmen aus den Grundrechten der Frankfurter Reichsverfassung. Nahezu wörtlich übernahm der sozialdemokratische Antrag von Quarck und Sinzheimer aus der Verfassung von 1849 die Bestimmung, dass die Fideikomisse aufzuheben seien. Auch stammte die Bestimmung, dass Unbemittelten an allen öffentlichen Unterrichtsanstalten unentgeltlicher Unterricht zu gewähren sei, aus der Paulskirchenverfassung, wobei der sozialdemokratische Antrag mit weiteren Bestimmungen noch über diese hinausging.²³⁸ Mit der Bestimmung: „der Adel ist aufgehoben“, ging der

²³⁵ Darauf spielte auch der Zentrumspolitiker Beyerle in einer späteren Sitzung an. Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 336, S. 367; vgl. Winkler, Der lange Weg nach Westen, Bd. 1, S. 223.

²³⁶ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 336, S. 183.

²³⁷ Ebd., S. 184.

²³⁸ Ebd., S. 173 f.; auch: ebd., Bd. 328, S. 1769; die Übernahmen erfolgten aus den § 157 u. 170 der FRV. Vgl. Die Frankfurter Reichsverfassung vom 28. März 1849, S. 111 f.

sozialdemokratische Antrag ebenfalls über die Frankfurter Reichsverfassung hinaus, die sich darauf beschränkt hatte, den Adel „als Stand“ aufzuheben. Eingang fand in die Weimarer Verfassung aber nur der Satz, dass Adelsbezeichnungen nur als Teil des Namens galten und nicht mehr verliehen werden durften.²³⁹

Auch der Antrag des Deutschnationalen Düringer zu den Grundrechten enthielt mit dem Recht, ins Ausland auszuwandern, eine Übernahme aus der Frankfurter Reichsverfassung. Im Unterschied zur Paulskirchenverfassung, die bei der Auswanderung Abzugsgelder ausdrücklich verbot, ließ Düringers Fassung des Auswanderungsrechts Beschränkungen im Hinblick auf die Wehrpflicht und zur Verhinderung der Steuerflucht zu.²⁴⁰

Sowohl der Naumannsche „Versuch volksverständlicher Grundrechte“ als auch der Antrag Düringers zu den Grundrechten erwähnten das „Recht auf Arbeit“, das in der französischen Februarrevolution 1848 eine erhebliche Rolle gespielt hatte. Beide Anträge fassten dieses Recht zugleich als eine Pflicht auf. Bei Naumann hieß es:

„Die Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit ist dauernde Staatsaufgabe. Wer nicht arbeiten will, der soll auch nicht essen!“

Der deutschnationale Antrag lautete:

„Jeder Deutsche hat im Falle der Not ein Recht auf Arbeit, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Wer eine Arbeit, die er nach seinen Fähigkeiten leisten kann, ablehnt, verliert den Anspruch auf Unterstützung.“

Der entsprechende Artikel 163 der Weimarer Verfassung beruhte jedoch im Wesentlichen auf dem sozialdemokratischen Antrag zu den Grundrechten, der das Recht eines jeden Deutschen postulierte, dass ihm im Falle der Arbeitslosigkeit auf Nachsuchen eine angemessene Arbeit nachgewiesen werde, und bei Nichtvorhandensein einer solchen Arbeit den Anspruch auf die Gewährung des Lebensunterhalts aus öffentlichen Mitteln.²⁴¹

Die Zentrumsfraktion beschränkte sich in ihrem Antrag zu den Grundrechten ganz auf die Sicherung der Rechte der Kirchen und die Erhaltung konfessioneller Schulen; damit handelte sie ganz gemäß der katholischen Tradition von 1848. Dabei stellte die Postulierung des

²³⁹ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 336, S. 173; vgl. § 137 FRV u. Art. 109 der Weimarer Reichsverfassung (fortan: WRV), in: Die deutschen Verfassungen, S. 108, 172.

²⁴⁰ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 336, S. 175; vgl. § 133 u. 136 der FRV und Art. 111 f. der WRV, in: Die deutschen Verfassungen, S. 108, 172.

²⁴¹ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 336, S. 172, 174; vgl. Die deutschen Verfassungen, S. 180.

Rechtes von Einzelpersonen, Vereinen und Stiftungen, Privatunterrichtsanstalten zu errichten, zugleich eine Anknüpfung an die Paulskirchenverfassung dar. Dieses Recht fand der Sache nach, aber in einer Formulierung, die auf die staatliche Genehmigungspflichtigkeit solcher Schulen abhob, Eingang in die Weimarer Verfassung.²⁴²

Fast zwei Monate später, am 28. Mai, trug dann der Berichterstatter des Unterausschusses für die Grundrechte, Konrad Beyerle, im Verfassungsausschuss vor.²⁴³ Den Vorsitz im Unterausschuss hatte der Vorsitzende des Verfassungsausschusses Conrad Haußmann von der DDP innegehabt, sein Stellvertreter war sein Fraktionskollege Naumann gewesen.²⁴⁴ Beyerle begann mit einem bis ins Mittelalter zurückgehenden historischen Überblick über die Grundrechtsentwicklung. Dabei verlas er die 17 Sätze der Französischen Deklaration der Menschenrechte von 1789 und 1791; bei jeder Neubearbeitung der Grundrechte müsse man immer wieder von diesem Katalog ausgehen. Auch für Deutschland habe diese Deklaration den Ausgangspunkt der Grundrechtsentwicklung gebildet. Beyerle erwähnte die Aufnahme von Grundrechten in einigen einzelstaatlichen deutschen Verfassungen nach 1815, kam dann auf die Grundrechte der Frankfurter Reichsverfassung zu sprechen und gab zunächst eine Inhaltsübersicht über deren einzelne Sätze.

Im Folgenden fasste Beyerle zusammen, welche Änderungen der Regierungsentwurf der Grundrechte im Unterausschuss erfahren hatte. Die Überschrift sollte nicht mehr „Grundrechte“ lauten, sondern „Grundrechte und Grundpflichten“. Beyerle schlug im Namen des Unterausschusses sogar vor, die Grundrechte in der Verfassung in einem ersten Hauptteil voranzustellen – das stellte eine unausgesprochene Parallele zur Paulskirche dar; deren Verfassungsausschuss hatte gleichfalls die Grundrechte an die Spitze seines Entwurfs gestellt.²⁴⁵ Dieser Gedanke wurde in der anschließenden Diskussion jedoch schnell vom Demokraten Koch und dem Sozialdemokraten Quarck mit der Begründung abgelehnt, dass der Staat in der Verfassung zunächst zu organisieren sei, bevor Grundrechte garantiert werden könnten.

²⁴² Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 336, S. 175; vgl. § 134 der FRV und Art. 147 der WRV, in: Die deutschen Verfassungen, S. 108, 177.

²⁴³ Zu den Verhandlungen des Unterausschusses gibt es keine Verlaufsprotokolle. Vgl. Wilhelm Ziegler, Die deutsche Nationalversammlung 1919/1920 und ihr Verfassungswerk, Berlin 1932, S. 140.

²⁴⁴ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 336, S. 1; ebd., Bd. 328, S. 1496.

²⁴⁵ Vgl. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 131.

Für die Aufnahme von Grundrechten nannte Beyerle drei Gründe: erstens ihren Charakter als Staatsbekenntnis, zweitens ihre Funktion als Basis des staatsbürgerlichen Unterrichts und drittens – etwas zögerlich – „wollen wir doch aber auch eine juristisch greifbare Sanktion unserer Grundrechte erstreben“. Im Unterausschuss sei in diesem Zusammenhang auch erwogen worden, nach amerikanischem Vorbild eine Generalklausel einzufügen, wonach eine verwaltungsgerichtliche Klage bei Überschreitung eines Grundsatzes der Grundrechte offenstehe.²⁴⁶ In der anschließenden Diskussion stellte sich Preuß für die Reichsregierung mit dem Hinweis, „das Werk von 1848“ sei an der Beratung der Grundrechte gescheitert, auf den Standpunkt, dass derjenige Weg der beste sei, der am schnellsten zur Verabschiedung der Verfassung führe.²⁴⁷

Am 3. Juni wurde im Ausschuss erneut die Flaggenfrage diskutiert. Sowohl Kahl als auch von Delbrück hatten Änderungsanträge eingebracht, die darauf zielten, die schwarz-weiß-roten Farben beizubehalten.²⁴⁸ Zum Hintergrund der Diskussion gehörte, dass die alliierten Siegermächte Anfang Mai die Friedensbedingungen gegenüber dem Deutschen Reich verkündet hatten, die im Reich allgemein als schockierend empfunden wurden. Der Abgeordnete Kahl von der Deutschen Volkspartei berief sich in seinem Plädoyer für Schwarz-Weiß-Rot auf den Protest des deutschen Seefahrtsausschusses und ein Gutachten des Chefs der Admiralität, der sich dafür ausspreche, die alten Farben zumindest für die Kriegs- und Handelsmarine beizubehalten.

Seine Position, so Kahl, richte sich primär gegen einen Farbenwechsel an sich und erst sekundär gegen Schwarz-Rot-Gold. In Übereinstimmung mit den Ausführungen von Preuß am 24. Februar im Plenum bestritt Kahl, dass diese Farben diejenigen des Alten Reiches gewesen seien, und urteilte:

„Unter diesen Farben ist die deutsche Reichseinheit niemals erreicht worden. Die Bundesfarben waren schwarz-rot-gold nur 1848 bis 51, und gerade an diese Zeit knüpfen sich die denkbar trübsten Erinnerungen von Englands Anmaßung und Deutschlands Erniedrigung.“

Schwarz-Weiß-Rot seien hingegen die Farben, unter denen die Deutschen die Reichseinheit gewonnen hätten und unter denen im Kriege Millionen gestorben seien.²⁴⁹ Auch von Delbrück verwies darauf, dass die Einigungsbestrebungen 1848 mit einem Misserfolg geendet hätten.²⁵⁰

²⁴⁶ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 336, S. 366-368, 370.

²⁴⁷ Ebd., S. 369.

²⁴⁸ Ebd., S. 400 f.

²⁴⁹ Ebd., S. 401 f.

²⁵⁰ Ebd., S. 403.

Auf Kahl sagte Preuß, man müsse sich dem fügen, dass von seemännischer Seite einhellig die Beibehaltung der alten Seefahne gefordert werde, weil die Sichtigkeit von Schwarz-Rot-Gold zur See offenbar ungünstig sei. Er verteidigte dann die schwarz-rot-goldenen Farben gegen Kahl. Sie seien die Farben der Burschenschaft und die Farben, „die die Einheit mit Österreich darstellen sollen“. Außerdem seien es diese Farben gewesen, die der Bundestag als Schutz angerufen habe, als 1848 die Revolution ausgebrochen sei. Damit legte Preuß den Farben Schwarz-Rot-Gold jetzt – um die Zustimmung der bürgerlichen Parteien werbend – einen völlig anderen Sinn bei, als es der sozialdemokratische *Vorwärts* in den vorangegangenen Monaten getan hatte, als er versuchte, seinen Lesern diese Farben nahezubringen. Preuß stellte sie *nicht* als Farben der 48er-Revolution dar, sondern als ein Mittel, um diese Revolution zu bannen. Damit projizierte er die Funktion, die Schwarz-Rot-Gold 1918/19 gegenüber dem sozialrevolutionären Rot tatsächlich hatte, in die Vergangenheit zurück.²⁵¹

Der Sozialdemokrat Katzenstein argumentierte mit der französischen Geschichte. Frankreich habe sich nach der Revolution – gemeint war die von 1789 – eine neue Fahne geschaffen, Deutschland ebenso im Jahre 1848. Wenn die deutsche Revolution auch damals erfolglos geblieben sei, so habe sie heute doch Erfolg gehabt. Die breiten Massen hätten die Härten, die sie unter der alten Fahne hätten erleiden müssen, schwer empfunden, und die Tatsache, dass unter dieser Fahne „Millionen Menschen verblutet“ seien, mache sie den Sozialdemokraten nicht sympathischer.²⁵²

Der Unabhängige Cohn, der für das revolutionäre Rot eintrat, bezeichnete die Farben Schwarz-Weiß-Rot als Verbindung des preußischen Schwarz-Weiß mit dem brandenburgischen Weiß-Rot:

„Es ist aber unsere Absicht, von diesem Geiste Brandenburg-Preußens, der das Reich im Wege der Gewalt geschaffen hat, uns bewusst abzuwenden.“

Kahl habe mit seinen Bemerkungen über die Jahre 1848 bis 1851 an den Verkauf der ersten deutschen Flotte unter der Flagge Schwarz-Rot-Gold erinnert. Cohn hielt ihm entgegen:

„Das ist doch aber ganz falsch; so viel Gerechtigkeitsgefühl muss er doch haben, dass er nicht all die Leiden und das Elend vergisst, das gerade vor 1848 über die Besten des Volkes, über seine geistigen Vorfahren, die damaligen Burschenschafter, die für diese Farben kämpften, verhängt worden ist.“²⁵³

²⁵¹ Ebd., S. 402.

²⁵² Ebd., S. 403 f.

²⁵³ Ebd., S. 404.

Unterstützung erhielten Preuß und Katzenstein vom deutschösterreichischen Gesandten Hartmann, der Kahl vorwarf, dass wenn er Schwarz-Weiß-Rot als die Farben der Reichseinigung darstelle, dann sei das falsch oder nur grob gesprochen richtig. Diese seien die Farben Kleindeutschlands, während Schwarz-Rot-Gold diejenigen Großdeutschlands seien. Sie seien das in einer hundertjährigen Entwicklung geworden; unter ihnen habe die Paulskirche getagt, das bislang einzige großdeutsche Parlament. Die Männer der Paulskirche, insbesondere die ihrer äußersten Linken hätten die Zukunft vielleicht klarer als andere vorausgesehen, auch wenn sie nicht Realpolitiker im gewöhnlichen Sinne gewesen seien – das war historisch schief, weil die Paulskirche sich schließlich mehrheitlich für die kleindeutsche Lösung entschieden hatte.²⁵⁴

Der Fraktionsvorsitzende des Zentrums, Groeber, erklärte, er sehe wirklich keine Veranlassung für einen Wechsel der bisherigen Flagge, und begründete das vor allem damit, dass man sich in „Zeiten tiefster Trauer“ befinde.²⁵⁵ In den anschließenden Abstimmungen wurden die Anträge von Cohn sowie von Kahl und von Delbrück auf Ersetzung der im Verfassungsentwurf vorgesehenen Farben Schwarz-Rot-Gold durch Rot beziehungsweise Schwarz-Weiß-Rot abgelehnt. Bei der Abstimmung über den Antrag für Schwarz-Weiß-Rot stimmte die Regierungskoalition aus Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten, so berichtete es der Ausschussvorsitzende Haußmann in einem Brief an seine Ehefrau, *nicht* einheitlich ab.

Es gab 16 Stimmen für Schwarz-Rot-Gold und zwölf für Schwarz-Weiß-Rot. Für Schwarz-Rot-Gold stimmten alle elf Sozialdemokraten, vier Demokraten und ein Zentrumsvertreter, für Schwarz-Weiß-Rot ein Demokrat, Erich Koch, und fünf Zentrumsabgeordnete sowie die beiden Abgeordneten der DVP und die drei der DNVP. Der Unabhängige Sozialdemokrat enthielt sich. Angesichts der Kritik aus Schifffahrtskreisen wurde aber ein Antrag angenommen, nach dem der Satz in der Verfassung über die Reichsfarben durch den Zusatz ergänzt werden sollte, dass die Handelsflagge durch Reichsgesetz bestimmt werde.²⁵⁶ Bei der vorangegangenen fraktionsinternen Abstimmung der Demokraten hatten 23 Abgeordnete für Schwarz-Rot-Gold als Reichsfarben gestimmt, 19 für Schwarz-Weiß-Rot, sich aber zugleich auch eine Mehrheit für die Beibehaltung von Schwarz-Weiß-Rot als Flagge der Kriegs- und

²⁵⁴ Ebd., S. 404 f. Ganz ähnlich im Urteil über die Paulskirchenlinke: Herbert Dankworth, Das alte Großdeutschtum. Versuch einer Bestimmung seiner kulturellen Grundlagen (=Die Paulskirche. Eine Schriftenfolge, Bd. 17), Frankfurt a. M. 1925, S. 115.

²⁵⁵ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 336, S. 405.

²⁵⁶ Ebd., S. 413.

Handelsmarine und in den Kolonien ausgesprochen. Der Fraktionsvorsitzende von Payer hatte daraufhin den Demokraten im Verfassungsausschuss die Abstimmung über die Flaggenfrage freigegeben.²⁵⁷

Eine weitere Diskussion über die Bedeutung der Grundrechte in der Verfassung entspann sich angesichts eines Antrags des Demokraten Ablaß:

„Wenn hundert Mitglieder des Reichstags es beantragen, ist der Staatsgerichtshof dazu berufen, die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze und die Übereinstimmung von Verwaltungsakten mit den Grundsätzen der Verfassung zu prüfen. Die Entscheidung des Staatsgerichtshofs ist bindend.“²⁵⁸

In der Debatte über diesen Antrag wurde bemerkenswerterweise von keinem der Beteiligten erwähnt, dass in der Paulskirchenverfassung im § 126 g ausdrücklich die Einklagbarkeit der Grundrechte vor dem Reichsgericht vorgesehen war.²⁵⁹

Preuß trat diesem Antrag mit der Begründung entgegen, das richterliche Prüfungsrecht existiere unbedingt dort, wo es nicht ausdrücklich ausgeschlossen werde. Durch diese Klausel werde dem ordentlichen Richter eine seiner wichtigsten Aufgaben entzogen. In seinen Ausführungen wies Preuß auch auf das preußische Beispiel hin. Durch die königlichen Propositionen vom 7. Januar 1850 sei Artikel 106 in die preußische Verfassung hineingekommen, der das richterliche Prüfungsrecht ausschloss. Dies sei stets als „eklatanter Sieg der Reaktion über den Rechtsstaat von 1848“ angesehen worden.²⁶⁰

Der Deutschnationaler Düringer und der Unabhängige Sozialdemokrat Cohn traten der Auffassung von Preuß bei, den Antrag abzulehnen, weil das Prüfungsrecht jedem Richter zustehe. Der hoch angesehene Jurist Kahl hingegen lehnte eine materielle Nachprüfung der Einhaltung von Grundrechten durch den Richter strikt ab. Die Sozialdemokraten Sinzheimer und Katzenstein hingegen unterstützten den Antrag Ablaß', wobei Sinzheimer auf das amerikanische Vorbild hinwies. In der anschließenden Abstimmung fiel der Antrag ganz

²⁵⁷ Vgl. Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen von Conrad Haußmann, hg. v. Ulrich Zeller, Frankfurt a. M. 1924, S. 287 f.; zum Abstimmungsverhalten der Demokraten irreführend und widersprüchlich: Ziegler, Die deutsche Nationalversammlung 1919/1920, S. 145-147.

²⁵⁸ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 336, S. 483.

²⁵⁹ Vgl. Die Frankfurter Reichsverfassung vom 28. März 1849, S. 126; auch: Kühne, Die Reichsverfassung der Paulskirche, S. 139, FN 76.

²⁶⁰ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 336, S. 483 f. Der Artikel 106 der Preußischen Verfassung von 1850 billigte die Prüfung „der Rechtsgültigkeit gehörig verkündeter Königlich-Verordnungen“ nur den Kammern, also dem nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählten Abgeordnetenhaus zusammen mit dem Herrenhaus, und ausdrücklich *nicht* den Behörden zu. Vgl. Verfassungsurkunde für den Preußischen Staat vom 31. Januar 1850, S. 222.

knapp mit elf zu elf Stimmen durch.²⁶¹ Hugo Preuß äußerte sich in der folgenden Besprechung der Präambel nachgerade spöttisch über den vorliegenden Grundrechtsteil:

„Gerade auch alle die Erwägungen, die dazu geführt haben, in sehr ausgedehnter und nicht gerade zeitsparender Weise die Grundrechte auszubauen, um eine volksmäßige Lektüre und auch Bildungsmittel zu bieten, führen dahin, eine hübsche und wohlklingende – ich gebe ohne weiteres zu: juristisch weiter nicht bedeutsame Präambel vorherzuschicken.“²⁶²

Der Berichterstatter des Unterausschusses für die Grundrechte, Beyerle, zog nach Abschluss der Arbeiten des Verfassungsausschusses am 4. Juli in einem Artikel für die *Germania* Bilanz. Er betonte den Wandel des Grundrechtsverständnisses gegenüber den Vorbildern der Menschen- und Bürgerrechtserklärung der Französischen Revolution sowie den Grundrechten der Paulskirchenverfassung. Im „freien Volksstaate“ des erneuerten Deutschlands habe die Abwehrstellung jener Verfassungsdenkmäler gegenüber der Staatsgewalt an innerer Berechtigung verloren. Die Arbeit an den Grundrechten im Verfassungsausschuss sei nicht leicht gewesen:

„Neben dem Bestande der älteren Grundrechte, deren Aufnahme in den Entwurf der neuen Reichsverfassung anfänglich mehr einem Pietätsgefühl gegenüber dem Vorbilde von 1849 entsprang, hatte die eingehende Beratung der Frage *Kirche und Schule*, nicht minder die von sozialistischer Seite gewünschte Aufnahme der Haupterrungenschaften der Revolution auf dem Gebiete des *Sozial- und Wirtschaftslebens* neue Stoffe gestellt, die es zu einem harmonischen Ganzen zu verarbeiten galt. Von sozialistischer Seite ist mit Nachdruck gefordert worden, dass die Leitidee der Grundpflichten um ihres hohen erzieherischen Wertes willen gleichberechtigt neben die Grundrechte zu treten habe.“²⁶³

Die Flaggendebatte im Plenum

Am 2. Juli debattierte die Nationalversammlung anlässlich der zweiten Lesung des Verfassungsentwurfs die Flaggenfrage. In der Zwischenzeit hatte das Deutsche Reich die Friedensbedingungen der Alliierten angenommen. Über der Frage der Annahme war das Kabinett des Kanzlers Scheidemann zerbrochen. Der neuen Regierung gehörten weiterhin Sozialdemokraten und Zentrum, aber nicht mehr die Demokraten an.²⁶⁴ Zur Flaggenfrage sprach am 2. Juli zunächst Eduard David, der Nachfolger Preuß' als Reichsinnenminister.

²⁶¹ Ebd., S. 485 f.

²⁶² Ebd., S. 491.

²⁶³ K. Beyerle, „Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen“, in: *Germania*, 4.7.1919, MA.

²⁶⁴ Vgl. Winkler, Weimar, S. 93 f.

Die von den Unabhängigen Sozialdemokraten gewünschte Reichsfarbe Rot lehnte David mit der Begründung ab, sie würde eine „Parteifahne“ sein, die Beibehaltung von Schwarz-Weiß-Rot mit dem Hinweis, diese Fahne sei in den Jahrzehnten vor dem Kriege von einem großen Teil des Volkes als Parteifahne betrachtet worden. Das „frühere System“ habe diesen Teil des Volkes durch Ausnahmegesetze und durch Ächtung als „Vaterlandsfeinde“ gebrandmarkt. Deshalb hätten Millionen von Arbeitern Schwarz-Weiß-Rot als ein „feindliches Symbol“ empfunden. Auch jetzt hätten diese Farben wieder den Charakter einer Parteifahne; sie symbolisierten die Ablehnung der Demokratie und der Republik.

David forderte ein Symbol, das geeignet sei, über die Parteigegensätze hinweg die „Zusammengehörigkeit zur Volksgemeinschaft“ auszudrücken. Schwarz-Rot-Gold seien dafür aufgrund ihrer Geschichte die gegebenen Farben. Zudem hätten sie noch eine weitere Bedeutung. Sie seien das Symbol „der großdeutschen nationalen Zusammengehörigkeit“. Die Geschichte von Schwarz-Rot-Gold behandelte David nur äußerst knapp:

„Im Jahre 1848 pflanzten jene Männer [die Mitglieder der Allgemeinen deutschen Burschenschaft sowie der Turn-, Gesangs- und Schützenvereine, D.B.] dieses großdeutsche Einigungssymbol siegreich auf. Dann wurde es von der partikularistisch-dynastischen Reaktion wieder heruntergerissen. Das Ideal der großdeutschen nationalen Einheit war diesen partikularistisch-dynastischen Interessenten verhasst. Aber es blieb all denen teuer, die in ihrem Herzen das Ideal einer solchen großen Zusammenführung alles dessen, was deutsch fühlte, bewahrten. Es blieb ihnen teuer auch nach 1848 durch die Zeiten der Reaktion hindurch. Die kleindeutsche Lösung von 1871 erfüllte die Sehnsucht nach diesem großdeutschen Ideal nur mangelhaft. Das wissen Sie alle. Das großdeutsche Ideal wurde durch die großpreußische Idee verdrängt, (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten) und das Symbol der letzteren, das Schwarz-Weiß-Rot, war das Symbol der Vorherrschaft und Vormachtstellung Preußens in Deutschland. (Lebhafte Zustimmung links.)“

David schloss mit einem Bekenntnis zum großdeutschen Gedanken:

„Die großdeutsche Einheit zu gewinnen, muss nun unser Ziel sein, nicht durch Krieg und Gewalt, sondern durch die werbende Kraft der politischen und sozialen Kultur des neuen republikanischen Deutschlands, und dabei möge uns voranflattern das schwarz-rot-goldene Banner! (Lebhafter Beifall. – Vereinzeltes Zischen rechts.)“²⁶⁵

²⁶⁵ Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, S. 1225 f.

Auf David erwiderte Kahl, dass unter Schwarz-Rot-Gold „die Reichseinheit Schiffbruch“ erlitten habe, unter diesen Farben sei sie nie erreicht worden, aber unter Schwarz-Weiß-Rot habe man sie gewonnen. Die derzeitige „Schwärmerei“ für Schwarz-Rot-Gold sei teilweise künstlich erzeugt.²⁶⁶ Nach Kahl trug der Deutschnationale Wilhelm Laverrenz die bis dato schärfste Kritik an Schwarz-Rot-Gold in der Nationalversammlung vor. Diese Farben seien den Deutschen der Gegenwart „innerlich fremd“. Nachdem er die Anfänge von Schwarz-Rot-Gold in der „Freiheitsbewegung des Jahres 1815“ durchaus positiv gewürdigt hatte, führte er weiter aus:

„Aber dann kamen sehr bald Zeiten, die mit schmerzlichen Erinnerungen an diese Farben nur allzu eng verknüpft sind. Das sind die Ereignisse des Jahres 1848, und von diesen in erster Linie der große, aber erfolglose Versuch, das Reich zu einigen. Denn trotz der großen Begeisterung in der Paulskirche musste dieser Versuch scheitern, weil man den realen Boden unter den Füßen verlor und weil man wie bei so vielen Volksbewegungen auf einmal allzuviel beseitigen wollte.

[...] Die Tatsache aber, dass diese Farben in den Bürgerkämpfen des tollen Jahres als Sturmzeichen geflattert haben, und der Umstand, dass sie noch im deutschen Bürgerkriege, im Mainfeldzug 1866, als Erkennungszeichen für die Gegner Preußens eine Rolle spielten, ruft peinliche Erinnerungen bei vielen in unserem Volke wach. (Sehr richtig! rechts).“²⁶⁷

Für die Fraktionsmehrheit der Demokraten, die anders als noch die Mehrheit der Demokraten im Verfassungsausschuss einen Flaggenwechsel *nicht* mehr unterstützte, sprach Carl Wilhelm Petersen.²⁶⁸ Dass nur noch eine Minderheit seiner Fraktion den Flaggenwechsel unterstützte, erklärte er mit den Friedensbedingungen der Alliierten. Bei Ausbruch der Revolution hätten die Demokraten aufgrund „der Versprechungen unserer Feinde“ noch geglaubt, die Deutschen würden ein freies Volk bleiben. Zur Rechtfertigung des Flaggenwechsels mit dem großdeutschen Gedanken bemerkte Petersen, man solle den Wechsel erst bei der Verwirklichung dieses Gedankens vollziehen.²⁶⁹

Cohn pflichtete in seinem Plädoyer für Rot zunächst David bei, dass „weite Volkskreise“ die Beibehaltung von Schwarz-Weiß-Rot als „schwere Provokation“ empfinden würden, nachdem er – in einem gewissen Widerspruch dazu – zunächst bemerkt hatte, dass die Debatte an diesem Tage wie schon die Debatte über die Annahme des Versailler Vertrags die

²⁶⁶ Ebd., S. 1228.

²⁶⁷ Ebd., S. 1229 f.

²⁶⁸ Zu Petersens Engagement für Schwarz-Weiß-Rot vgl. Werner Schneider, Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik 1924–1930, München 1978, S. 91.

²⁶⁹ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, S. 1230 f.

Überschätzung von formellen und Prestigefragen widerspiegeln würde. Rot sei schon immer überall „die Farbe der Revolution“ gewesen. Cohn zählte auf: im deutschen Bauernkrieg, in der Französischen Revolution 1789, 1848 und im November und Dezember 1918.²⁷⁰

Darauf folgte ein leidenschaftlicher Auftritt des Sozialdemokraten Hermann Molkenbuhr, der eingangs konstatierte, Kahl habe Schwarz-Weiß-Rot als die Fahne des alten Systems beschrieben:

„Aber weil wir das alte System beseitigt sehen wollen, wollen wir auch das Symbol des alten Systems beseitigt sehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) [...] Für Deutschland ist Schwarz-Rot-Gold diejenige Farbe, wofür die Demokratie von jeher gekämpft hat. Freiligrath hat leidenschaftliche Lieder gesungen, worin er Schwarz-Rot-Gold feiert, und wir dürfen sagen: jetzt, da die demokratischen Forderungen erfüllt werden, jetzt ist es an der Zeit, es offen zu dokumentieren und damit das schwarz-rot-goldene Symbol aufzustecken.“²⁷¹

Für die Minderheit der Demokraten erklärte der aus der süddeutschen Volkspartei stammende Ludwig Quidde, die heutige Minderheit seiner Fraktion sei vor dem Versailler Frieden im Verfassungsausschuss noch die Mehrheit gewesen. Für das Eintreten für Schwarz-Rot-Gold nannte Quidde mehrere Gründe. Da die Sozialdemokraten auf ihr Rot verzichteten und mit den bürgerlichen Demokraten und jetzt auch mit der Zentrumsparlei für diese Farben einträten, seien sie zum Symbol geworden für die Verständigung zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie. Von Anfang an hätten diese Farben für die heutige Minderheit seiner Fraktion die Doppelbedeutung gehabt, in Erinnerung an die Bewegung von 1848 Symbol zu sein für die Freiheit und für Großdeutschland.

„Seitdem ich im politischen Leben stehe, ist für mich und für viele von uns – ich glaube auch ganz überwiegend für die Kreise, die uns in Süddeutschland anhängen, aber noch darüber hinaus – Schwarz-Rot-Gold das Symbol der freiheitlichen Bewegung gewesen, das Symbol auch der alten Einheitsbewegung des deutschen Volkes, die aus der Tiefe des Volkes gekommen ist (sehr wahr! links) und die nicht mit den Mitteln äußerer Machtpolitik das Ziel erreichen wollte.“

Es sei die Erfüllung eines alten Traums, wenn Schwarz-Rot-Gold, die die Parteifarben der süddeutschen Demokraten gewesen seien, Reichsfarben würden. Zum Schluss seiner Rede erklärte Quidde Schwarz-Rot-Gold zum Symbol des Willens, trotz Versailles Großdeutschland zu verwirklichen:

²⁷⁰ Ebd., S. 1232 f.

²⁷¹ Ebd., S. 1234.

„Das Ausland will uns die Einigung des gesamten deutschen Volks verwehren, und wir sagen demgegenüber, indem wir Schwarz-Rot-Gold zur Reichsfahne machen: Das ganze Deutschland soll es sein! [...] Schwarz-Rot-Gold ist uns also eine Fahne, die in die Zukunft weist, in die Zukunft der Freiheit, in die Zukunft des großen Deutschlands. (Bravo! bei den Deutschen Demokraten und bei den Sozialdemokraten.)“²⁷²

Die Zentrumsfraktion, deren Fraktionsvorsitzender Groeber im Verfassungsausschuss den Flaggenwechsel noch abgelehnt hatte und deren Vertreter im Ausschuss bis auf einen auch so abgestimmt hatten, hatte sich jetzt – naheliegend ist die Vermutung: für sozialdemokratisches Entgegenkommen in der dem Zentrum so wichtigen Schulfrage – mit den Sozialdemokraten auf den Kompromiss geeinigt, dass Schwarz-Rot-Gold wie im Verfassungsentwurf bereits vorgesehen die neuen Reichsfarben werden sollten, Schwarz-Weiß-Rot jedoch ergänzt um ein schwarz-rot-goldenes Obereck Handelsflagge bleiben sollte. Dieser Kompromiss wurde von den beiden Fraktionen als gemeinsamer Änderungsantrag zum Verfassungsentwurf eingebracht. In der Debatte zur Flaggenfrage am 2. Juli zog es das Zentrum jedoch vor zu schweigen.²⁷³ Dabei widersprach in der Debatte der Deutschnationale Laverrenz noch einmal der Behauptung des Zentrums politiklers Spahn vom 28. Februar, Schwarz-Rot-Gold seien die Farben des Alten Reiches gewesen – sie seien erst nach dessen „ruhmloser Auflösung“ entstanden.²⁷⁴

Die Unsicherheit über das Zustandekommen eines Kompromisses in der Flaggenfrage zwischen MSPD und Zentrum war aber bis zuletzt so groß, dass noch am Morgen der Debatte des 2. Juli die MSPD-Fraktion beschlossen hatte, für den Antrag der Unabhängigen zu stimmen, in der Verfassung die rote Fahne zu den Reichsfarben zu erklären, falls kein Schwarz-Rot-Gold sichernder Kompromiss mit dem Zentrum zustande käme.²⁷⁵ Bei den namentlichen Abstimmungen in der Flaggenfrage am 3. Juli, als auch über den gemeinsamen Antrag von Zentrum und Sozialdemokraten abzustimmen war, in der Verfassung Schwarz-Weiß-Rot versehen mit einem schwarz-rot-goldenen Obereck als Handelsflagge zu bestimmen, fehlten von der sozialdemokratischen Fraktion mehr als ein Drittel der

²⁷² Ebd., S. 1235.

²⁷³ Vgl. ebd., Bd. 337, S. 292, Nr. 445. Egmont Zechlin ignoriert den naheliegenden Zusammenhang zwischen Flaggen- und Schulkompromiss und kann so behaupten, die Motive des Zentrums für dessen veränderte Haltung zur Flaggenfrage entzögen sich „der Kenntnis“. Vgl. Zechlin, Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot in Geschichte und Gegenwart, Berlin 1926, S. 6 f.; Ludwig Richter, Kirche und Schule in den Beratungen der Weimarer Nationalversammlung (=Schriften des Bundesarchivs, Bd. 47), Düsseldorf 1996, S. 495.

²⁷⁴ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, S. 1230.

²⁷⁵ Die SPD-Fraktion in der Nationalversammlung 1919–1920, eingel. v. Heinrich Potthoff, bearb. v. dems./Hermann Weber (=Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 3. Reihe: Die Weimarer Republik, Bd. 7), Düsseldorf 1986, S. 119, 123.

Abgeordneten – ein deutlicher Hinweis darauf, wie schwer sich auch die Sozialdemokraten mit dem Flaggenkompromiss taten.

Bei der namentlichen Abstimmung – die von den beiden Rechtsparteien beantragt worden war – über die Änderungsanträge, doch wieder Schwarz-Weiß-Rot als Reichsfarben in den Verfassungsentwurf einzusetzen, stimmten von den prominenteren Demokraten neben den Süddeutschen, dem Fraktionsvorsitzenden von Payer, dem Vorsitzenden des Verfassungsausschusses Conrad Haußmann, Ludwig Haas und Quidde – von denen alle bis auf den Juden Haas über 60 Jahre alt waren –, nur Anton Erkelenz und Otto Nuschke mit Nein. Haußmann war der Sohn eines Achtundvierzigers, Erkelenz Katholik und repräsentierte den Arbeiterflügel der DDP, und Nuschke war Chefredakteur der *Berliner Volkszeitung*, die in der Tradition der preußischen Demokraten von 1848 stand. Insgesamt stimmten von den 75 DDP-Abgeordneten nur 14, also knapp ein Fünftel, mit Nein.²⁷⁶

Auch das Zentrum stimmte *nicht* geschlossen ab: Von den 90 Zentrumsabgeordneten stimmten 15 mit Ja, darunter der Gewerkschafter Heinrich Imbusch und Prälat Ludwig Kaas, fünf weitere enthielten sich, und von den wichtigeren Zentrumspolitikern fehlten bei der Abstimmung die Arbeitnehmersvertreter Adam Stegerwald und Joseph Joos sowie Wilhelm Marx und Joseph Wirth, wobei bei Letzterem wegen dessen späteren Einsatzes für Schwarz-Rot-Gold kaum von einer politisch motivierten Abwesenheit auszugehen war.²⁷⁷

Die zweite Lesung der Grundrechte

Am 11. Juli war zum Auftakt der zweiten Lesung der Grundrechte der Deutsche Düringer Berichterstatter. Eingangs bemerkte er, er verrate wohl kein Geheimnis, wenn er mitteile, dass Hugo Preuß ursprünglich in seinen Verfassungsentwurf überhaupt keine Grundrechte aufnehmen wollen, wie auch die Verfassung von 1871 keine Grundrechte enthalten habe, woraufhin es große Unruhe im Parlament gab. Düringer würdigte den Zentrumsabgeordneten Beyerle als den maßgeblichen Gestalter des im Vergleich zum

²⁷⁶ Antrag auf namentliche Abstimmung: Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, S. 1228; zu Haußmann vgl. Theodor Heuss, 1848. Die gescheiterte Revolution. Neuausgabe mit einem Geleitwort von Richard von Weizsäcker, Stuttgart 1998, S. 227.

²⁷⁷ Vgl. Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, S. 1276-1278; Handbuch der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung Weimar 1919. Biographische Notizen und Bilder, hg. v. Bureau des Reichstages, Berlin 1919, S. 114-117.

Regierungsentwurf stark angewachsenen Grundrechtsentwurfs des Verfassungsausschusses.²⁷⁸

Als Gründe für die Aufnahme der Grundrechte in die Verfassung nannte Düringer: die „verfassungsmäßige Gewähr“ der aufgenommenen Rechtssätze, ihre erzieherische Funktion und die soziale Bedeutung der Grundrechte im programmatischen Teil sowie eine gewisse politische Bedeutung angesichts „der gegenwärtigen Weltlage“, womit wohl: außenpolitische Bedeutung gegenüber dem Westen, gemeint war – zu betonen ist, dass dieses Argument in den Beratungen im Verfassungsausschuss zunächst keine Rolle gespielt hatte. In seinem Bericht hob Düringer besonders auf den einleitenden Artikel 107 ab, dessen Aufnahme er selbst im Ausschuss in die Diskussion gebracht hatte:

„Die Grundrechte und Grundpflichten bilden Richtschnur und Schranken für die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Rechtspflege im Reiche und in den Ländern.“²⁷⁹

Der Fraktionsvorsitzende der DVP, Rudolf Heinze, wandte sich im Namen seiner Fraktion gegen den vorliegenden Grundrechtsteil. Auch er betonte eingangs noch einmal, dass die bismarcksche Verfassung von 1871 keine Grundrechte enthalten habe. Es habe sich in den vergangenen Jahrzehnten auch kein Bedürfnis gezeigt, Grundrechte in die Verfassung einzufügen. Besonders kritisierte er als beispieillos in der Verfassung eines „großen Staates“ die starke Ausweitung des Grundrechtsteils gegenüber dem ursprünglichen Entwurf der Reichsregierung, in dem lediglich „gewisse Grundrechte der alten 1849er-Verfassung“ angeklungen seien, zumal der von Düringer zitierte einleitende Artikel 107 auch noch über den § 130 der Paulskirchenverfassung hinausgehe, in dem es lediglich geheißen habe:

„Dem deutschen Volke sollen die nachstehenden Grundrechte gewährleistet sein. Sie sollen den Verfassungen der deutschen Einzelstaaten zur Norm dienen, und keine Verfassung oder Gesetzgebung eines deutschen Einzelstaates soll dieselben je aufheben oder beschränken können.“

Heinze übergang an dieser Stelle, dass die Paulskirchenverfassung im § 126 g allerdings die Einklagbarkeit der Grundrechte vorgesehen hatte. Auch keiner der anderen Redner in der Debatte wies, wie schon im Verfassungsausschuss, auf diesen Paragraphen in der Verfassung

²⁷⁸ Dagegen bezeichnete Wilhelm Ziegler, ein Mitarbeiter der Reichszentrale für Heimatdienst, 1932 Naumann als den eigentlichen geistigen Vater des Grundrechtsteils. Vgl. Ziegler, Die deutsche Nationalversammlung 1919/1920, S. 138, jedoch auch: 140, 190, 192.

²⁷⁹ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 328, S. 1495 f.

von 1849 hin. In den vorliegenden Grundrechten sah Heinze einen direkten Eingriff in das positive Recht der Einzelstaaten mit unabsehbaren Rechtsfolgen.²⁸⁰

Auch Koch äußerte sich für die Demokraten zu den vorliegenden Grundrechten ausgesprochen kritisch. Die Zeit, in der Grundrechte eine Notwendigkeit gewesen seien, sei vorbei. Grundrechte hätten ihre „hohe Bedeutung“ im Obrigkeitsstaat mit seinem Gegensatz von Staatsmacht und Bevölkerung. Es wäre besser gewesen, wenn man in den Grundrechten – das lag ganz auf der Linie der bereits vom Theologen Naumann im Verfassungsausschuss vertretenen Position – lediglich einen „allgemeinen Bürgerkatechismus“ niedergelegt hätte, nach dem dann die zukünftige Gesetzgebung hätte arbeiten sollen. Koch lehnte es für die Demokraten insbesondere ab, Fragen wie die Abschaffung der Todesstrafe (die Abschaffung war in dem Entwurf nicht vorgesehen, aber es lag ein entsprechender sozialdemokratischer Änderungsantrag vor) „aus dem Handgelenk“ in den Grundrechten zu regeln.²⁸¹

Im Anschluss an Koch verneinte Reichskommissar Preuß für die Regierung und für seine Person die Vaterschaft der Grundrechte in der vorliegenden Form ausdrücklich. Da es in seinen Augen vom Wortlaut eines jeden Artikels selbst abhängig war, ob er unmittelbare Rechtswirkung habe oder nicht, stellte er zur Erwägung, den Artikel 107 ganz zu streichen.²⁸² Preuß' größte Sorge war nach wie vor, die Verfassungsgebung könnte an der Beratung der Grundrechte scheitern. Gänzlich unberechtigt war die Sorge nicht, da nach dem Ausscheiden der Demokraten aus der Regierung die Sozialdemokraten und das Zentrum die zum Grundrechtsteil gehörenden hoch umstrittenen Schulartikel erneut verhandelten und diese Verhandlungen am 11. Juli noch nicht abgeschlossen waren.²⁸³ Preuß beklagte die zahlreichen vorliegenden Änderungsanträge zu den Grundrechten. Er ging so weit vorzuschlagen, zunächst die organisatorischen Bestimmungen der „eigentlichen Verfassung“ in Kraft zu setzen und anschließend die Grundrechte weiter zu beraten:

„Wir sind gemahnt und gewarnt durch das Beispiel der Frankfurter Paulskirche.“²⁸⁴

Damit stieß Preuß aber nun auf den entschiedenen Widerspruch von Beyerle. Der Regierungsentwurf habe es sich leicht gemacht, indem er lediglich den Bestand der Grundrechte der Paulskirchenverfassung, der unmittelbar aus französischen Vorbildern

²⁸⁰ Ebd., S. 1498-1500.

²⁸¹ Ebd., S. 1500 f.; auch: ebd., S. 2190; vgl. Beese, Staatsbekenntnis und Volkskatechismus, S. 57 f.

²⁸² Vgl. Preuß, Deutschlands republikanische Reichsverfassung, S. 353.

²⁸³ Vgl. Richter, Kirche und Schule, S. 494-524, insb. 507 f.

²⁸⁴ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 328, S. 1502 f.

stamme, auf seine Durchführbarkeit in der Gegenwart geprüft habe. Jeder Revolution folge aber eine neue Verfassung, und je bedeutsamer die Revolution sei, umso wichtiger werde es, in der neuen Verfassung auch Bekenntnisse niederzulegen. So sei es in Frankreich 1789 und 1791 und in Deutschland 1848 geschehen. Es sei nicht nur, wie es nach den Ausführungen Preuß' den Anschein haben könnte, „ein Notbehelf und ein Lückenbüßer“ gewesen, dass die Paulskirche so lange die Grundrechte beraten habe. Der Unterausschuss für die Grundrechte der gegenwärtigen Nationalversammlung habe hingegen verhältnismäßig schnell gearbeitet. Es stehe nicht zu befürchten, dass die Verfassung an einer uferlosen Grundrechtsdebatte scheitern werde.

„Lassen Sie uns einige Tage dieser großen Sache widmen, und ich bin überzeugt, wir kommen zu einem guten Ende. (Bravo! im Zentrum)“²⁸⁵

Für die Sozialdemokraten unterstützte Quarck den Vorschlag von Preuß, zunächst lediglich den organisatorischen Teil der Verfassung zu verabschieden. Dies war ein Ausdruck tiefen Unbehagens über die sich abzeichnenden Kompromisse mit dem Zentrum in der Schulfrage. Quarck sprach von einem „Dualismus zweier Weltanschauungen“, der sich im Grundrechtsentwurf deutlich äußere.²⁸⁶ In der weiteren Diskussion am 15. Juli stellte sich schnell eine breite Mehrheit für die von Preuß vorgeschlagene Streichung des Artikels 107 heraus. Auf diese Positionen stellten sich: der Fraktionsvorsitzende des Zentrums Groeber, Kahl, der einen entsprechenden Antrag eingebracht hatte, und Düringer für die Deutschnationalen. Auch der Sozialdemokrat Katzenstein sprach sich für die vorläufige Streichung des Artikels aus, mit dem Vorbehalt, falls möglich, für die dritte Lesung eine bessere Fassung zu finden.²⁸⁷ Dieser Position schloss sich der Demokrat Haußmann an.²⁸⁸

Lediglich der Unabhängige Sozialdemokrat Cohn widersprach der Streichung entschieden. Seine Fraktion halte den Artikel für einen der wesentlichsten und wichtigsten der ganzen Verfassung. Zur Erklärung der Bedeutung des Artikels verwies er auf die amerikanische Rechtsentwicklung, die dem Richter in jedem Rechtsfall die Befugnis gebe, jede einzelne Anordnung der Verwaltung und jede einzelne Gesetzesbestimmung daraufhin zu prüfen, ob sie mit Geist, Zweck und Inhalt der Verfassung vereinbar sei. Streiche man den Artikel 107, dann sei das ganze Kapitel über Grundrechte und Grundpflichten wertlos; so wie die

²⁸⁵ Ebd., S. 1503 f.

²⁸⁶ Ebd., S. 1504 f.; vgl. Richter, Kirche und Schule, S. 505, 509-513, 568, 577-580.

²⁸⁷ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 328, S. 1557 f.

²⁸⁸ Ebd., S. 1558.

Grundrechte der preußischen Verfassung bedeutungslos geblieben seien.²⁸⁹ Dieses Plädoyer war umso bemerkenswerter, da Cohn wenige Tage zuvor noch kritisiert hatte, der Entwurf enthalte im Wesentlichen nur die Grundrechte der preußischen Verfassung von 1850.²⁹⁰ Anschließend stimmte eine Mehrheit für den Wegfall des vorliegenden Artikel 107.²⁹¹

Bei der Bewertung dieser Entscheidung ist zunächst zu betonen: Düringer und Groeber, die sich für die Streichung des Artikels 107 aussprachen, kritisierten im Gegensatz zu Kahl und auch zu Koch *nicht* den Grundrechtsteil an sich. Für die Deutschnationalen erklärte Düringer ausdrücklich, dass sie Wert darauf legten, dass die Grundrechte „wesentlich in ihrem gegenwärtigen Bestande“ in die Verfassung aufgenommen würden.²⁹² Das spricht dafür, die Beteuerungen von Düringer und Groeber im Anschluss an Preuß, sie befürworteten die Streichung des Artikels 107, weil er *keine* zusätzliche Klarheit bringe, für glaubwürdig zu halten.

Zugleich ist der Verdacht mehr als naheliegend, dass ein Motiv der bürgerlichen Parteien, für die Streichung des Artikels 107 einzutreten, die – zwar nicht aus sozialistischer Perspektive, aber vom kapitalistischen Standpunkt aus betrachtet – sehr weitreichenden Artikel im Abschnitt „Wirtschaftsleben“ des Grundrechtsteils waren. Zu nennen sind die Artikel über Enteignung, Grund und Boden sowie die Fürsorge für Arbeitslose.²⁹³ Für die demokratische Fraktion hielt Koch am 30. Juli zum Abschluss der Verfassungsberatungen die Kritik am Grundrechtsteil aufrecht: Bei manchen Grundrechten sei nach wie vor unklar, ob sie bestehendes Recht aufheben, ob sie Richtlinien für die zukünftige Gesetzgebung aufstellen oder ob sie nur allgemeine Wahrheiten darstellen sollten.²⁹⁴

Die Berufung auf 1848/49 spielte in der zweiten Lesung des Grundrechtsteils nicht nur in der Diskussion um den Artikel 107 des Entwurfs eine Rolle. Der Sozialdemokrat Sinzheimer forderte erneut die Abschaffung der Todesstrafe, die seine Fraktion bereits im Verfassungsausschuss vergeblich in den Grundrechtskatalog hatte aufnehmen wollen.²⁹⁵ Da die Paulskirchenverfassung im § 139 „klipp und klar“ erklärte habe, dass die Todesstrafe

²⁸⁹ Ebd., S. 1559.

²⁹⁰ Ebd., S. 1505 f.

²⁹¹ Ebd., S. 1559; vgl. Ziegler, Die deutsche Nationalversammlung 1919/1920, S. 173.

²⁹² Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 328, S. 1557 f.

²⁹³ Art. 153, 155, 163 der WRV. Vgl. Die deutschen Verfassungen, S. 178-180.

²⁹⁴ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 328, S. 2123. Die Erklärung Kochs wurde schwerlich aufgewogen durch die warmen Worte, die Naumann einen Tag später für den Grundrechtsteil der Verfassung fand. Ebd., S. 2190.

²⁹⁵ Ebd., Bd. 336, S. 369, 501 f.

abgeschafft sei, sei der Einwand Kochs, diese Frage sei *nicht* in der Verfassung zu regeln, hinfällig.²⁹⁶ Die Abschaffung der Todesstrafe gehöre in die Verfassung. Für den entsprechenden Antrag fand sich jedoch keine Mehrheit.²⁹⁷

Die Sozialdemokratin Anna Bloss, die Ehefrau des sozialdemokratischen Historikers der 48er-Revolution, Wilhelm Bloss, thematisierte in der Diskussion um die Schulartikel den bisherigen Geschichtsunterricht an den Schulen:

„Das war eine Geschichte der Fürsten, die die Kinder gelernt haben, niemals eine Geschichte der Völker selbst. [...]

Ich möchte darauf hinweisen, wie ängstlich man sich gehütet hat, insbesondere den Kindern der Volksschule fernzuhalten, dass das Jahr 1848 in der deutschen Geschichte eine Rolle gespielt hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Davon haben die Kinder in der Volksschule so gut wie gar nichts gehört, und wenn sie etwas gehört haben, ist es ihnen im durchaus falschen Sinne dargestellt worden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)“²⁹⁸

Ausdruck dieser Kritik der Sozialdemokraten am Geschichtsunterricht an den Schulen war, dass der preußische Kultusminister Haenisch 1919 sämtliche alten Schulgeschichtsbücher verbot, womit er in der Lehrerschaft, obschon diese die Tendenzhaftigkeit der alten Geschichtsbücher zugab, erbitterten Protest erntete.²⁹⁹

Der Abschluss der Verfassungsberatungen

In der Schlussphase der Verfassungsberatungen gab Gustav Bauer als Nachfolger Scheidemanns als Leiter der Reichsregierung am 23. Juli seine Regierungserklärung ab. Im Hinblick darauf, dass die Deutschnationale Volkspartei die Wiederherstellung der Hohenzollernmonarchie an die Spitze ihres Programms gestellt habe, bemerkte Bauer:³⁰⁰

²⁹⁶ Die Frankfurter Reichsverfassung schaffte im § 139 die Todesstrafe mit Ausnahme des Kriegs- und Seerechts ab. Vgl. Die deutschen Verfassungen, S. 126. In der 1918 erschienenen kleinen Sammlung mit Reden aus der Paulskirche von Hermann Strunk war eine Rede für die Abschaffung der Todesstrafe enthalten: Strunk (Hg.), Reden aus der ersten deutschen Nationalversammlung, S. 23-27.

²⁹⁷ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 328, S. 1584.

²⁹⁸ Ebd., S. 1706; vgl. Doering, Das sperrige Erbe, S. 378, 515.

²⁹⁹ Vgl. Gotthard Jasper, Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922–1930 (=Tübinger Studien zur Geschichte und Politik, Bd. 16), Tübingen 1963, S. 265, auch: 272 f.

³⁰⁰ Auf dem Parteitag der DNVP am 12. und 13. Juli 1919 war zwar kein Parteiprogramm verabschiedet worden, doch hatte sein Verlauf an der monarchischen und antirepublikanischen Einstellung der Parteibasis keinen Zweifel gelassen – die deutschnationale Reichstagsfraktion hatte anschließend, wollte sie die Stimmung der eignen Partei nicht völlig ignorieren, kaum eine andere Wahl, als gegen die Weimarer Reichsverfassung zu stimmen. Vgl. Christian F. Trippe, Konservative Verfassungspolitik 1918–1923. Die DNVP als Opposition in Reich und Ländern, Düsseldorf 1995, S. 85-89.

„Aber die Herren von der Rechten verkennen auch heute wieder die Zeichen der Zeit, wie sie sie 70 Jahre lang verkannt haben. Vor über 70 Jahren im Jahre 1848 in der Paulskirche, hat Ludwig Uhland das Wort gesprochen, das sich die Rechte zur Richtschnur hätte nehmen müssen, das Wort: ‚Es wird kein Haupt über Deutschland leuchten, das nicht mit einem Tropfen demokratischen Öls gesalbt ist.‘ Dies Wort, rechtzeitig befolgt, hätte den Gang der Ereignisse vielleicht ändern können.“³⁰¹

Einige Abgeordnete gaben in den letzten Tagen der Verfassungsberatungen grundsätzliche Bewertungen zum vorliegenden Entwurf ab. Der Deutschnationale von Delbrück erklärte, der Rätegedanke sei der einzige neue politische Gedanke, den die Revolution bislang hervorgebracht habe, und auch der einzige neue Gedanke des Verfassungsentwurfs. Dieser Gedanke sei ein „Kind der russischen Revolution“. Ansonsten sei die Verfassung nichts anderes als eine moderne Überarbeitung der Ideen von 1789 und 1848.³⁰²

Schärfer äußerte sich der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Volkspartei, Heinze. Der Geist des Verfassungsentwurfs sei der einer „extremen Demokratie“, den seine Fraktion ablehne:

„Wir hängen allerdings an der Vergangenheit, und zwar an der Vergangenheit von 1870/71. (Bravo! bei der Deutschen Volkspartei.) Aber der vorliegende Entwurf hängt auch an der Vergangenheit; er hängt an der Vergangenheit von 1849, (sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei) also einer weit zurückliegenden Vergangenheit. Und wenn man uns fragt, welcher Geist muss denn jetzt [...] unsere Verfassung und unser Staatsleben beherrschen, so habe ich keinen Zweifel: der Geist von 1870/71, das heißt der Geist der Tat, und nicht der Geist von 1848/49, das heißt der Geist der Ideologie und des Theoretisierens. (Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)“

Die Anknüpfung an 1848/49 zeige sich überall in dem Verfassungsentwurf, in der Wahl der Reichsfarben, aber auch zum Beispiel in der Einführung des Petitionsrechts und der Beseitigung von Titeln, Orden und Adel. In Bestimmungen wie – das war in dieser Form überspitzt und unzutreffend – der Beseitigung des Adels äußere sich der mangelnde Sinn des

³⁰¹ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 328, S. 1844. Beim Uhland-Zitat handelte es sich um ein Zitat aus dessen in der Zwischenkriegszeit von Anschlussbefürwortern viel zitierten berühmten Rede gegen die Erblichkeit des Kaisertums vom 22. Januar 1849. Vgl. FN 85. Die von Bauer zitierte Zeile auch zitiert bei: Blos, Die deutsche Revolution, S. 522 f.

³⁰² Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 328, S. 1772; auch: ebd., Bd. 327, S. 1297.

„Revolutionsgeistes“ für „das Organische“.³⁰³ Den Sinn für das Organische vermisste Heinze überhaupt in dem Verfassungsentwurf; dieser Sinn habe gerade die bismarcksche Verfassung ausgezeichnet. Mit der Aufhebung dieser Verfassung scheide Deutschland auch formal von der „stolzesten Epoche“ seiner zweitausendjährigen Geschichte.³⁰⁴

Cohn von den Unabhängigen Sozialdemokraten erklärte, der Verfassungsentwurf habe ursprünglich eine rein bürgerlich-demokratische Verfassung wie die von 1848 dargestellt. Erst die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe der letzten Monate hätten zur Anklebung eines Erkers in Gestalt des Artikels 162 an diesen Bau geführt, von dem aus mit mehr behaglichem denn richtigem Blicke in die wirtschaftspolitischen Kämpfe hinausgesehen werden könne. Der betreffende Artikel verpflichtete das Reich, sich für eine internationale Vereinbarung über ein allgemeines Mindestmaß sozialer Rechte für „die arbeitende Klasse der Menschheit“ einzusetzen.³⁰⁵

Der Demokrat Wilhelm Heile bedauerte, dass die Revolution nicht die Vollendung der deutschen Einheitsbewegung gebracht habe, dass die Volksbeauftragten es nicht verstanden hätten, anstelle der vielen Fürsten, die nun nicht mehr gewesen seien, eine einheitliche Regierung und anstelle der vielen Staaten „den großen deutschen Einheitsstaat“ zu schaffen. Letzteres war wohl als Kritik daran zu verstehen, dass der Anschluss Deutschösterreichs nicht vollzogen worden war, zumal Heile hinzufügte, das Unglück der alten deutschen Einheitsbewegung sei gewesen, dass von 1815 über 1848, 1866 und 1870/71 die „wirkliche deutsche Einheit“ *nicht* habe entstehen können, weil die Deutschen mit ihrer geschichtlichen Vergangenheit zu sehr belastet gewesen seien.³⁰⁶

Reichsinnenminister David feierte die deutsche Republik am 31. Juli nach der Verabschiedung der Verfassung durch die Nationalversammlung als die von nun an „demokratischste Demokratie der Welt“.³⁰⁷ Friedrich Ebert berief sich in seiner Ansprache am 21. August an die Weimarer Bürger, nachdem er an diesem Tag als erster Präsident der

³⁰³ Vgl. Art. 109 der WRV. Die deutschen Verfassungen, S. 172; Vestring, Die Mehrheitssozialdemokratie und die Entstehung der Reichsverfassung, S. 266-268. Aus Sicht des Adels war der Sturz der Monarchien 1918 ein tieferer historischer Einschnitt als das Jahr 1945. Vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, S. 323.

³⁰⁴ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 328, S. 2093, 2096. Der deutschnationale Abgeordnete Albrecht von Graefe warf der Regierung in der Aussprache über die Regierungserklärung Bauers vor, sich zum Ziel gesetzt zu haben, das Werk Bismarcks zu zerstören. Vgl. ebd., S. 1912.

³⁰⁵ Ebd., S. 2098; vgl. Die Deutschen Verfassungen, S. 180.

³⁰⁶ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 328, S. 2145.

³⁰⁷ Ebd., S. 2195.

Republik den Eid auf die Verfassung geleistet hatte, wie Reichskanzler Bauer wenige Wochen zuvor, auf Uhland:

„Für uns, die wir den Traum langer Jahrzehnte, die deutsche Demokratie, vollenden durften, gesellt sich zu diesen zwei erlauchten Häuptern [Goethe und Schiller, angesichts deren Doppelstandbild Ebert sprach, D.B.] ein drittes Haupt, das Haupt Ludwig Uhlands. Von ihm, dem unsterblichen Redner der Frankfurter Paulskirche, stammen die mannhaften unerschrockenen Verse vom guten, alten Recht, für dessen Wiederherstellung er gegen Willkür und Rechtsbruch kämpfte!“³⁰⁸

Erwähnt werden muss in einem zeitlichen Vorgriff auch, dass ein knappes Jahr später die Nationalversammlung in ihrer Sitzung am 21. Mai 1920 ihre Arbeit beendete, so wie sie sie begonnen hatte: mit einem Bekenntnis zur Vereinigung mit Deutschösterreich. Der Präsident der Nationalversammlung Fehrenbach vom Zentrum sagte in seinem Schlusswort:

„Unsere Stammesbrüder in Deutschösterreich sind gewillt, ihre Geschicke mit den unsrigen zu verbinden. (Bravo!) Wir hoffen, dass endlich trotz allem und allem das Selbstbestimmungsrecht der Völker an einem glücklichen Tage die Vereinigung der getrennten Stammesbrüder herbeiführen wird. (Lebhaftes Bravo.)

Mit diesen Hoffnungen [...] und mit den besten Wünschen für alle unsere Kollegen schließe ich hiermit die Nationalversammlung. (Lebhafter Beifall.)“³⁰⁹

Bilanz

Eine Bilanz der Verfassungsberatungen im Hinblick auf die Fragestellung dieser Arbeit legt nahe, dass die noch aus dem Kaiserreich stammende Selbstzuschreibung der Sozialdemokraten, *die* Erben der 48er-Revolution zu sein, tatsächlich in hohem Maße der Wirklichkeit entsprach. Zumindest waren sie das weit eher als die Deutsche Demokratische Partei. Das zeigte sich an den beiden Fragen in der Nationalversammlung, der Flaggenfrage und den Grundrechten, bei denen die Berufung auf die 48er-Revolution immer wieder eine Rolle spielte. Am 3. Juli 1919 stimmten die Demokraten unter dem Eindruck von Versailles mehrheitlich für die Beibehaltung der schwarz-weiß-roten Reichsfarben, also gegen Schwarz-Rot-Gold.

Geradezu erstaunlich jedoch war die Distanz, die die Demokraten, die sich selbst doch als Erben der Väter und Großväter von 1848 sahen, zu den Grundrechten in der Frankfurter

³⁰⁸ Friedrich Ebert, Die deutsche Demokratie, der Traum langer Jahrzehnte. Ansprache an die Weimarer (21.8.1919), in: ders., Schriften, Aufzeichnungen, Reden, hg. v. Friedrich Ebert jun., Bd. 2, Dresden 1926, S. 172-174, hier: 173.

³⁰⁹ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 333, S. 5733.

Reichsverfassung an den Tag legten, zumal die Grundrechte im Parteiprogramm der Fortschrittlichen Volkspartei von 1910 noch von einiger Wichtigkeit gewesen waren.³¹⁰ Entsprechende Äußerungen machten in der Weimarer Nationalversammlung der Parteivorsitzende der Demokraten Naumann, Koch und Schücking sowie immer wieder Hugo Preuß. Wäre es zu dieser Distanzierung erst nach der Ausweitung des Grundrechtskatalogs um sozialdemokratische Forderungen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich gekommen, dann wäre dies von einem liberalen Standpunkt aus nachvollziehbar gewesen. Jedoch es gab sie von Anfang an. Die Sozialdemokratie, die Unabhängige Sozialdemokratie, das Zentrum und selbst die Deutschnationalen zeigten ungleich mehr Sinn für die Bedeutung von Grundrechten als einklagbares Recht auch in einer Demokratie, im Volksstaat als die Demokraten. In der Geringschätzung der Grundrechte wurden sie in den Diskussionen in der Nationalversammlung nur noch von der Deutschen Volkspartei übertroffen.³¹¹

Im Hinblick auf die Haltung gegenüber den Grundrechten ist zwischen den beiden wichtigsten der vier genannten Demokraten, Preuß und Naumann, zu differenzieren. Während Naumann die Grundrechte als staatsbürgerlichen Katechismus betrachtete, stand bei Preuß ganz der Gedanke im Vordergrund, den Fehler der Paulskirche, die überlangen Grundrechtsberatungen, um jeden Preis zu vermeiden. Dass er sich als der zuständige Minister für eine erfolgreiche Durchführung der Verfassunggebung in besonderem Maße verantwortlich fühlte, ist verständlich, dennoch ist das Urteil kaum zu umgehen, dass Preuß übermäßig auf die Vermeidung dessen fixiert war, was er für die Hauptfehler von 1848 hielt.

Neben den Gefahren überlanger Grundrechtsberatungen bestand für Preuß die zweite Hauptlektion aus dem Jahr 1848/49 in den Gefahren einer parallelen preußischen Nationalversammlung für die gesamtdeutsche. Rückblickend erscheinen beide Befürchtungen Preuß' 1918/19 übertrieben. Die Einschätzung, die Paulskirche sei an den überlangen Grundrechtsberatungen gescheitert, ist ohnehin zweifelhaft. Plausibler ist vielmehr die Interpretation, dass die erste deutsche Nationalversammlung, um angesichts vorerst unlösbarer Probleme – dazugehörte, dass die Vorgänge am 18. März 1848 in Berlin dem Ansehen Friedrich Wilhelms IV. im „dritten Deutschland“ schwer geschadet hatten – Zeit zu gewinnen, so viel Zeit auf die Grundrechtsberatungen verwandte, die zugleich, da es zum ersten Mal eine nationale Plattform dafür gab, eine Aussprache über die politischen Missstände der letzten drei Jahrzehnte in den Staaten des Deutschen Bundes waren. Zudem

³¹⁰ Vgl. Köster, Entstehungsgeschichte der Grundrechtsbestimmungen, S. 40.

³¹¹ Vgl. Kühne, Die Reichsverfassung der Paulskirche, S. 141; Richter, Die Nachwirkungen, S. 466.

bestand ein entscheidender Unterschied zwischen 1919 und 1848 trotz Kriegsniederlage und innerer Unruhen 1919 darin, dass das Reich und eine Zentralgewalt existierten und durch die Verfassung nicht erst zu schaffen, sondern lediglich neu zu organisieren waren.³¹²

Die scharfe Betonung der Gefahr für die deutsche Nationalversammlung 1918/19 durch eine parallele preußische ist angesichts der Tatsache, dass ein ganz entscheidender Unterschied zu 1848 darin bestand, dass damals der preußische Staat, eine europäische Großmacht, dem Paulskirchenparlament gegenüberstand, das einen deutschen Staat überhaupt erst schaffen wollte, vordergründig schwer nachvollziehbar.³¹³ Sie ist nur zu verstehen vor dem Hintergrund von Preuß' Absicht, Preußen, auf das 60 Prozent der Reichsbevölkerung entfielen, aufzulösen – was sich aber schnell als *nicht* durchsetzbar erwies.³¹⁴

Der sozialdemokratische Anspruch, die Erben der 48er-Revolution zu sein, erscheint in der Arbeit der Nationalversammlung insofern eingelöst, als dass die Sozialdemokratie die einzige Partei war, die sich von Anbeginn bis zum Abschluss der Verfassungsberatungen geschlossen für Schwarz-Rot-Gold als Reichsfarben, und zwar als die Fahne der deutschen Freiheits- und Einheitsbewegung des 19. Jahrhunderts einsetzte – auch wenn das sozialdemokratische Votum in der Flaggenfrage in erster Linie eine Ablehnung von Schwarz-Weiß-Rot ausdrückte und nur in zweiter Linie eine Befürwortung von Schwarz-Rot-Gold.³¹⁵ Das Zentrum half zwar den Sozialdemokraten im Wege eines Kompromisses in der gemeinsamen Koalition, Schwarz-Rot-Gold als Reichsfarben durchzusetzen, deutete sie aber, soweit es sich überhaupt dazu äußerte, *nicht* als die Farben der 48er-Revolution, sondern des Alten Reiches. Dagegen traten die Unabhängigen Sozialdemokraten für das revolutionäre Rot ein, dass in der Vergangenheit immer überall in Revolutionen aufgetaucht sei, so auch in der Revolution von 1848.

Bei der Durchsetzung der Grundrechte in der Weimarer Reichsverfassung war der Anteil der Sozialdemokraten weniger dominant als bei der Durchsetzung der schwarz-rot-goldenen

³¹² Vgl. Bergsträsser, Das Frankfurter Parlament und die deutsche Gegenwart, S. 20; Valentin, Geschichte der Deutschen Revolution, Bd. 2, S. 313 f.; Thomas Nipperdey, Kritik oder Objektivität? Zur Beurteilung der Revolution von 1848 (1974), in: Langewiesche (Hg.), Die deutsche Revolution von 1848/49, S. 162-189, hier: 183; Stürmer, 1848 in der deutschen Geschichte, S. 237; Winkler, Der lange Weg nach Westen, Bd. 1, S. 103.

³¹³ Preuß selbst konstatierte 1923, dass sich seine Befürchtungen im Hinblick auf die preußische Nationalversammlung 1919 *nicht* bewahrheitet hätten. Vgl. Preuß, Deutschlands Republikanische Reichsverfassung, S. 330.

³¹⁴ Vgl. Preuß, Der deutsche Nationalstaat, S. 510-516.

³¹⁵ Vgl. Buchner, Um nationale und republikanische Identität, S. 82; Schustereit, Linksliberalismus und Sozialdemokratie, S. 120; Jasper, Der Schutz der Republik, S. 241.

Reichsfarben. Aber auch hier spielten sie eine entscheidende Rolle. Gegenüber Hugo Preuß bestand Friedrich Ebert auf die Aufnahme von Grundrechten in den Entwurf der Reichsverfassung. Im Verfassungsausschuss gehörten die Sozialdemokraten zu denjenigen, die am nachdrücklichsten auf juristisch einklagbaren Grundrechten bestanden. Katzenstein formulierte den Sinn von Grundrechten in einer Demokratie am klarsten als den Schutz der Minderheit und die Selbstbeschränkung der herrschenden Gewalten. Zugleich traten die Sozialdemokraten für soziale und wirtschaftliche Grundrechte ein, die, auch wenn sie nicht ihr sozialistisches Ideal verwirklichten, einen erheblichen Eingriff in die kapitalistische Wirtschaftsordnung bedeuteten, wie sie die Frankfurter Reichsverfassung vorgesehen hatte. Der Historiker Heinrich Potthoff hat geurteilt, die Weimarer Verfassung sei eher eine sozialdemokratische, denn eine liberal-demokratische Verfassung.³¹⁶

Neben den Sozialdemokraten setzte sich das Zentrum maßgeblich für die Aufnahme von Grundrechten in die Verfassung ein und stellte mit Konrad Beyerle den Autor des Grundrechtsteils, der auch Preuß sofort entgegentrat, als der am 11. Juli 1919 vorschlug, den organisatorischen Teil der Verfassung zunächst ohne Grundrechte zu verabschieden. Beyerle schreckte auch *nicht* davor zurück, sowohl im Verfassungsausschuss als auch im Plenum ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass die Vorbilder des Grundrechtsteils der Frankfurter Reichsverfassung aus der Französischen Revolution von 1789 stammten – im Krieg war es im Deutsch Reich verbreitet gewesen, den deutschen Geist von 1914 den französischen Ideen von 1789 entgegenzusetzen.³¹⁷

Die beiden Parteien, die die Grundrechte in der Weimarer Verfassung maßgeblich durchsetzten, waren mit dem Zentrum und der Sozialdemokratie nicht zufällig diejenigen Parteien, die im Kaiserreich Erfahrungen mit staatlicher Verfolgung gemacht hatten, das Zentrum im Kulturkampf und die Sozialdemokraten in der Zeit der Sozialistengesetze. Auffällig ist auch, dass in der Weimarer Nationalversammlung die schärfste Opposition gegen den Flaggenwechsel und insbesondere die Aufnahme von Grundrechten in die Reichsverfassung mehr von der Deutschen Volkspartei als der Deutschnationalen Volkspartei kam. Die Deutsche Volkspartei verteidigte damit als die Nachfolgerin der Nationalliberalen,

³¹⁶ Vgl. Heinrich Potthoff, Das Weimarer Verfassungswerk und die deutsche Linke, in: AfS, 12 (1972), S. 433-483, hier: 482; auch: Vestring, Die Mehrheitssozialdemokratie und die Entstehung der Reichsverfassung von Weimar, S. 262-264, 268; Richter, Die Nachwirkungen, S. 466.

³¹⁷ Vgl. Karsten Ruppert, Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923–1930 (=Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 96), Düsseldorf 1992, S. 29 f.; Köster, Entstehungsgeschichte der Grundrechtsbestimmungen, S. 142.

der Reichsgründungspartei des Bismarckreichs, „ihr Reich“ von 1871 als überlegen gegenüber den Ideen von 1848.

Eine Bewertung der Frage, wie die Grundrechte der Weimarer sich zu denen der Frankfurter Reichsverfassung verhalten, ist äußerst schwierig. Zwei Aspekte sind zu berücksichtigen: Zum einen war in der Weimarer Verfassung anders als in der Frankfurter Verfassung eine Einklagbarkeit der Grundrechte *nicht* vorgesehen. Das lässt sich so interpretieren, dass den Grundrechten eine geringere Bedeutung zugemessen wurde. Zugleich wurde aber anders als in der preußischen Verfassung von 1850 eine Einklagbarkeit der Grundrechte auch *nicht* ausdrücklich ausgeschlossen. Mit dem Schweigen der Verfassung zur Bedeutung der Grundrechte wurde diese in hohem Maße zukünftigen politischen und juristischen Auseinandersetzungen anheimgestellt.

Zum andern unterschied sich die Weimarer Verfassung insbesondere durch die im Abschnitt „Wirtschaftsleben“ vorgesehenen beziehungsweise ermöglichten Eingriffe in die kapitalistische Wirtschaftsordnung fundamental von der Frankfurter Verfassung, die sich in wirtschaftlicher Hinsicht auf die Beseitigung der Reste der Feudalherrschaft beschränkte. Aus einer Ablehnung des Grundrechtsteils der Weimarer Reichsverfassung beziehungsweise aus der Neigung, ihn zu einem rechtlich unverbindlichen Programm zu erklären, sprach daher nicht notwendigerweise auch eine Ablehnung der Grundrechte der Frankfurter Reichsverfassung. Allerdings deutet das Diskussionsverhalten der Demokraten in der Nationalversammlung – etwa Kochs Bemerkung zur Frage der Abschaffung der Todesstrafe durch den Grundrechtsteil – darauf hin, dass sie sich recht weit von den Grundrechtsvorstellungen der Paulskirche entfernt hatten.

4. Revolutionsgedenken und Geschichtspolitik 1919–1922

Auch in der Weimarer Republik setzte die Arbeiterbewegung, nun allerdings gespalten in Sozialdemokraten und Kommunisten sowie anfangs auch noch Unabhängige Sozialdemokraten, die Tradition des Märzgedenkens an den Gräbern im Berliner Friedrichshain aus dem Kaiserreich fort. Das wurde in der Forschung bislang häufig übersehen; zu erklären ist das vermutlich dadurch, dass es nach 1918 zunächst tatsächlich so aussah, wenn man vom 75. Jubiläumsjahr der 48er-Revolution 1923 absieht, als ob das

Revolutionsgedenken abbröckeln würde.³¹⁸ Dieser Trend hielt allerdings nur bis 1925 an; von diesem Jahr an gab es bis 1932 Jahr für Jahr am Märzfeiertag eine hohe Anzahl von Besuchern im Friedrichshain.

Eine naheliegende Erklärung für das wenig ausgeprägte Märzgedenken in den Jahren 1919 bis 1924 ist, dass in vier dieser sechs Jahre entweder aufgrund eines militärischen beziehungsweise zivilen Ausnahmezustands im Reich oder eines Belagerungszustands im Landespolizeibezirk in Berlin am Märzfeiertag Demonstrationsverbot herrschte.³¹⁹ Der Berliner Bezirk Friedrichshain, in dem der gleichnamige Volkspark mit dem Friedhof der Märzgefallenen sich befindet, war in der Weimarer Republik eine Hochburg von Sozialdemokraten, Unabhängigen Sozialdemokraten und Kommunisten.³²⁰

Alljährliche Märzfeiern in anderen Städten als Berlin gab es in der Weimarer Republik allerdings anders als im Kaiserreich *nicht* mehr. Auch trat der 18. März, was die Massenmobilisierung der sozialdemokratischen Anhängerschaft und die Berichterstattung darüber in der sozialdemokratischen Presse betraf, in der Weimarer Republik deutlich hinter seinen alten Konkurrenten aus dem Kaiserreich, den Maifeiertag, und seine neuen Konkurrenten, den am 11. August begangenen Verfassungstag und den 9. November, den Gedenktag der Revolution von 1918/19, zurück. Auch war der 18. März zu keinem Zeitpunkt in der Weimarer Republik auf Reichs- oder auf Länderebene als staatlicher Feiertag in der Diskussion.³²¹

³¹⁸ Vgl. Bouvier, Zur Tradition von 1848 im Sozialismus, S. 1182, 1189; dies., Die Märzfeiern der sozialdemokratischen Arbeiter, S. 348; Hettling, Erlebnisraum und Ritual, S. 419; Walter Schmidt, Die Revolutionsrezeption an den Jubiläumstagen 1873 – 1898 – 1923, S. 252, 265; Gailus, ‚Seid bereit zum Roten Oktober in Deutschland!‘, S. 87; Wilhelm L. Guttsman, Worker’s Culture in Weimar Germany. Between Tradition and Commitment, New York/Oxford/München 1990, S. 239; anders: Klemm, Erinnert – umstritten – gefeiert, S. 225, 242; Buchner, Um nationale und republikanische Identität, S. 18; Nikolaus Brauns, Schafft Rote Hilfe! Geschichte und Aktivitäten der proletarischen Hilfsorganisation für politische Gefangene in Deutschland (1900–1938), Bonn 2003, S. 100 f.

³¹⁹ Längere Demonstrationsverbote herrschten in Berlin: 3. März bis 5. Dezember 1919, 13. Januar bis 28. Mai 1920, 23. November 1922 bis 6. Mai 1923, 24. Juli 1923 bis 12. Dezember 1924. Vgl. Marie-Luise Ehls, Protest und Propaganda. Demonstrationen in Berlin zur Zeit der Weimarer Republik (=Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 92), Berlin/New York 1997, S. 54, 61 f., 89 f., 97 f., 211–213, 223.

³²⁰ Vgl. Otto Büsch, Entstehung und Leistung der ersten Berliner Demokratie. Das neue Groß-Berlin als Hauptstadt der Weimarer Republik, in: ders./Wolfgang Haus, Berlin als Hauptstadt der Weimarer Republik 1919–1933 (=Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 70/1), Berlin/New York 1987, S. 5–160, hier: 66; Oliver Reschke, Der Kampf der Nationalsozialisten um den roten Friedrichshain (1925–1933), Berlin 2004, S. 25, 28.

³²¹ Vgl. Buchner, Um nationale und republikanische Identität, S. 265 f.; Lehnert, ‚Staatspartei der Republik‘, S. 107, 112.

Die Mehrheitssozialdemokraten

Im *Vorwärts* erklärte am 18. März 1919 ein großer Leitartikel die Haltung der Mehrheitssozialdemokratie zur Märztradition. Eingangs zitierte das Blatt einen „Konstitutionellen Katechismus“ von 1848, der unter anderem gebot: „Du sollst die Festtage der Freiheit heiligen“, darunter als Ersten dieser Festtage den 18. März. Der *Vorwärts* gelobte, dieses Gebot zu befolgen. Einmal mehr wurde betont, dass die Arbeiterschaft dem Gedenken der 48er-Revolution die Treue gehalten, als das Bürgertum schon längst auf seine „unbegreifliche Jugendverirrung“ herabgeblickt habe.

Während es in der Weimarer Zeit auch unter Demokraten üblich war, die Erinnerung an die Befreiungs- oder Freiheitskriege über die Erinnerung an die 48er-Revolution zu stellen, nahm der *Vorwärts* genau die umgekehrte Hierarchisierung vor. Im Jahr 1813 habe man über die Erringung der äußeren Freiheit die innere vergessen, dagegen habe die Revolution von 1848 sowohl der Freiheit als auch der Einheit gegolten. Die 48er-Revolution bedeute für Deutschland einen Wendepunkt, aber keinen Erfolg; gemessen an ihren Zielen sei die Revolution zum größten Teil gescheitert. Für die Ursache dieses Scheiterns, die „politische Unreife“ des deutschen Bürgertums 1848, machte die Zeitung zum Teil besondere deutsche Charaktereigenschaften, zum größeren Teil aber die Folgen der Kleinstaaterei verantwortlich.³²²

Dem hegemonialen Geschichtsbild des Kaiserreichs, das 1848 allenfalls als Vorbereitung von Bismarcks Reichsgründung gelten ließ, setzte das sozialdemokratische Zentralorgan die folgende Deutung entgegen:

„Byzantinische Geschichtsschreiber haben später oft behauptet, was das Jahr 1848 nicht erreicht habe, das habe Bismarck 1870/71 mit Blut und Eisen glänzend zu Wege gebracht. Die Geschichte selber hat dieses Urteil revidiert. Das kleindeutsche Reich Bismarcks ist in die Katastrophe des Weltkrieges hineingetaumelt, aber der großdeutsche Gedanke von 1848, der den Zusammenschluss aller Deutschen, auch der Deutschösterreicher vor Augen hatte, er marschiert und vollendet sich in unseren Tagen unter dem Zeichen des schwarz-rot-goldenen Banners, der Revolutionsfahne von 1848.“

Nach dieser Deutung war das Scheitern von 1848 den Enkeln zum Verhängnis geworden. Wäre es 1848 gelungen, die preußische Militärherrschaft abzuwerfen, so der *Vorwärts* nicht nur in diesem Artikel, dann wäre den Deutschen vielleicht der Weltkrieg erspart geblieben.

³²² Vgl. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1, S. 141 f.

Die Revolution von 1918/19 deutete er als Vollendung der von 1848, allerdings in gänzlich veränderten Verhältnissen. Während die Revolution von 1848 im Zeichen des Bürgertums gestanden habe, stehe die von 1918 im Zeichen des Proletariats. Deshalb müsse die politische Revolution zur sozialen wachsen. Abschließend wandte sich der Leitartikel gegen die Kommunisten. Nicht der reine Kampfesmut schaffe Helden, sondern die sittliche Berechtigung und die sittlichen Ziele eines Kampfes. Deshalb ehrten die Sozialdemokraten die Märzkämpfer von 1848. Wer sich aber gegen die seit November 1918 in Deutschland herrschende Demokratie erhebe, der stelle sich gegen das Ideal der 48er-Helden.

Die Barrikadenkämpfer der letzten Wochen sollten bedenken: Am 18. März 1848 habe letztlich nicht die Gewalt, sondern die Idee entschieden. Militärisch sei das Übergewicht durchaus aufseiten des Militärs gewesen, aber die Idee habe die Widerstandskraft der feudalen Partei zermürbt.³²³ Genauso hätte im November 1918 keine Gewalt die Hohenzollern retten können, weil sie innerlich für jedermann erledigt gewesen seien. In den Januar- und Märzkämpfen 1919 habe jedoch der Mehrheitswille des Volkes gegen die „Aufrührer“ gestanden – diese Aussage las sich wie eine Begründung der Entscheidung, Liebknecht, Luxemburg und den Gefallenen des Januaraufstands das Begräbnis auf dem Märzgefallenenfriedhof zu verweigern.³²⁴

Auch 1922 grenzte sich der *Vorwärts* am Märzfeiertag von den Kommunisten ab. Die Sturmlieder von Herwegh und Freiligrath seien „die Wiegenlieder der jungen deutschen Republik von 1918“; ihr Geist müsse der Geist der Gegenwart werden.

„Es wird oft und mit Recht empfunden, wie wenig der Geist der heutigen Zeit an Schwung und Flammen den Vergleich mit dem der 48er-Märztage aushält.“

Zur Erklärung bemerkte das Blatt, dass der Krieg die Menschen müde gemacht habe, und forderte zum Nachdenken darüber auf, wie stark der wilhelminische Geist noch in der Bevölkerung herrsche. Gerade den Kommunisten warf der *Vorwärts* vor, in der Tradition der

³²³ Vgl. ebd., S. 461.

³²⁴ „Der achtzehnte März“, in: *Vorwärts*, 18.3.1919, MA. Die These, dass bei einer erfolgreichen Revolution 1848 den Deutschen der Weltkrieg zumindest in dieser Form beziehungsweise der Friedensvertrag von Versailles erspart geblieben wäre, auch in: „Zum 18. März“, in: ebd., 18.3.1921, MA; „Das Vermächtnis der Märztoten“, in: ebd., 18.3.1922, MA; auch: M. Beer, Über deutsche Kriege und Revolutionen. (Zum 2. Jahrestage der deutschen Revolution), in: *Die Glocke*, 6 (1920), S. 871-874, hier: 873; „Eines Volkes Opfergang. Zur achtzigsten Wiederkehr des 18. März“, in: *RB*, 5 (1928), Nr. 6. Diese These hatte eine Vorläuferin in der von August Bebel in der von ihm ausgelösten Reichstagsdebatte über die 48er-Revolution am 18. März 1898 geäußerten Behauptung, dass ein Sieg der 48er-Revolution den deutsch-französischen Krieg von 1870/71 überflüssig gemacht hätte. Vgl. *Verhandlungen des Reichstags*, Bd. 160, S. 1600; Hans-Werner Hahn, *Verdrängung und Vermächtnis. Die Revolution von 1848/49 in der Geschichtskultur der Deutschen*, in: Klaus Ries (Hg.), *Revolution an der Grenze. 1848/49 als nationales und regionales Ereignis* (=Schriftenreihe Geschichte, Politik & Gesellschaft der Stiftung Demokratie Saarland, Bd. 4), St. Ingbert 1999, S. 23-45, hier: 27.

„preußischen Gewaltidee“ zu stehen.³²⁵ Die Zeitung brachte in derselben Ausgabe einen Artikel über die Berliner Märzrevolution 1848, der die Anfänge der Organisation der Arbeiter beschrieb, nachdem sie auf den Barrikaden voran gestanden hätten. In dem Beginn der Arbeiterbewegung sah sie das bedeutungsvollste und denkwürdigste Ereignis dieser Zeit.³²⁶

In der Kieler *Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung* schrieb Anna Bloss zum Märzfeiertag 1922 über die führenden zeitgenössischen Politikerinnen, die schon vor der Revolution von 1918/19 das Frauenwahlrecht gefordert hatten. Diese seien in allen Parteien zu finden. Im Hinblick auf die linksstehenden Parteien sei das kein Wunder, da die Frauen, die als Erste das Frauenstimmrecht gefordert hätten, erkannt hätten, dass sie nur bei der Arbeiterschaft Unterstützung finden würden. Louise Otto habe im Jahr 1848 am 27. Oktober an die *Verbrüderten*, das Organ der Arbeiterverbrüderung, geschrieben, dass die Arbeiter die anderen Männer beschämt hätten, die die Frauen als ebenbürtige Wesen ignorierten.³²⁷

Der Kapp-Putsch

Zweimal nach der Verabschiedung der Reichsverfassung 1919 spielte in den ersten Jahren der Republik die Erinnerung an die 48er-Revolution eine größere Rolle in den Debatten in der Nationalversammlung beziehungsweise im Reichstag: am 18. März 1920, als das Parlament wegen des Kapp-Putsches nach Stuttgart geflüchtet war – was eine unheimliche Parallele zum Ende der Paulskirche darstellte – und vor allem am 27. Juni 1921, als erneut die Flaggenfrage debattiert wurde. In seiner Ansprache am 18. März 1920, zu einem Zeitpunkt, als das Scheitern des Putsches schon feststand, ging der sozialdemokratische württembergische Staatspräsident Wilhelm Bloss, der 1891 eine populäre Darstellung der 48er-Revolution veröffentlicht hatte, auf die unheimliche Parallele zum Jahre 1849 ein – auch wenn es, wie er sagte, Stimmen gegeben habe, dass man das lieber nicht thematisieren solle.

³²⁵ „Das Vermächtnis der Märztoten“, in: Vorwärts, 18.3.1922, MA.

³²⁶ Max Schütte, „Berliner Märzstätten. Erinnerungen an 1848“, in: ebd.; ein ähnliches, wenn auch nicht ganz so pointiertes Urteil bei: Fritz Meckauer, „Das tolle Jahr 1848. Zum 80. Geburtstag der deutschen Volkeserhebung“, in: RB, 5 (1928), Nr. 6; vgl. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 553; Wolfgang Schieder, Die Rolle der deutschen Arbeiter in der Revolution von 1848/49 (1974), in: Langewiesche (Hg.), Die deutsche Revolution von 1848/49, S. 322-340, hier: 325.

³²⁷ Anna Bloss, „Führende Frauen“, in: SHVZ, 18.3.1922; auch: dies., Frauen der deutschen Revolution 1848. Zehn Lebensbilder, Dresden 1928, S. 9, 12 f.; vgl. Louise Otto, Sendschreiben an alle ‚Verbrüderten‘ (27.10.1848), in: Die Verbrüderung. Correspondenzblatt aller deutschen Arbeiter, hg. v. Centralcomité für die deutschen Arbeiter, redigiert von Stefan Born/Franz Schwenniger/Karl Gangloff, Jahrgang 1-3 (3. Oktober 1848–29. Juni 1850), unv. Nd. m. e. Einl. v. Rolf Weber, Leipzig 1975, S. 31; das Schreiben Louise Ottos auch abgedruckt in: Max Quarck, Die erste deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte der Arbeiterverbrüderung 1848/49. Ein Beitrag zur Theorie und Praxis des Marxismus. Mit einem Bildnis von Stephan Born, Leipzig 1924, S. 199-201.

Der Putsch in Berlin sei nichts anderes als der Versuch, den alten Absolutismus, der am 18. März 1848 untergegangen sei, wiederherzustellen. Den Vergleich mit dem Jahre 1848 scheue er nicht, weil er zugunsten der Gegenwart ausfalle, da er zeige, wie stark die Demokratie im Vergleich mit der Zeit vor 72 Jahren heute sei. Im Gegensatz zu damals werde die bewaffnete Macht in Württemberg niemals feindselig gegen das Parlament einschreiten, sondern sie werde es schützen. Bloß schloß mit einem Zitat des Schwaben Uhland.³²⁸

Der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann hob hervor, daß der Sieg über den Putsch „kein Kinderspiel“ gewesen sei, daß wie am 18. März 1848 die Straßen Berlins heute die Straßen in Dresden, Leipzig, Nürnberg, Hamburg, Harburg, Hagen usw. vom Blut der Gefallenen gerötet seien. Während der Aufzählung Scheidemanns hatte sich die Versammlung erhoben, und dieser fügte in offensichtlicher Parallele zum 21. März 1848 hinzu: „Ich sage: Hut ab vor denen, die für die Freiheit gekämpft haben und für die Freiheit gestorben sind!“³²⁹ In Kiel rezitierte beim Begräbnis von 24 der 33 dortigen Opfer des Kapp-Putsches, die am 18. März 1920 umgekommen waren, der Unabhängige Sozialdemokrat Frentzel die Anfangsverse von Freiligraths „Die Toten an die Lebenden“. Der Sozialdemokrat Gustav Radbruch erklärte den 18. März fortan zu einem Tag doppelter Erinnerung. Auch das 1922 in Weimar eingeweihte Denkmal für die dortigen Opfer des Kapp-Putsches trug die Inschrift: „Den Märzgefallenen 1920“.³³⁰

Im Reichstag warf der Unabhängige Sozialdemokrat Henke dem Staatspräsidenten Bloß im weiteren Verlauf der Debatte vor, beim 18. März 1848 stehen geblieben zu sein. Er schweige vom 18. März 1871, der Pariser Kommune, die gegenüber 1848 ein großer Fortschritt gewesen sei. Das Proletariat knüpfe heute an die Errungenschaften und die Kampfparolen von 1871 an:

„Das Proletariat von heute will, wie die Kommunards von 1871: Friede den Hütten und Tod den Palästen!“³³¹

Das war mehr als bloße Rhetorik. Teile der Arbeiterschaft setzten den Generalstreik, der den Kapp-Putsch niedergezwungen hatte, auch nach dessen Scheitern fort, woraufhin die

³²⁸ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 332, S. 4900 f.

³²⁹ Ebd., S. 4907.

³³⁰ „Die Ehrung der Gefallenen“, in: SHVZ, 25.3.1920; die Trauerrede Radbruchs auch abgedruckt in: Radbruch, Gesamtausgabe, Bd. 16, S. 313 f.; Gedenkblatt mit den Namen der 33 Kieler „Märzgefallenen“ von 1920 ebd., S. 315; vgl. Buchner, Um nationale und republikanische Identität, S. 349 f.

³³¹ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 332, S. 4924.

Reichsregierung die Reichswehr in das Ruhrgebiet schickte und es zu blutigen Kämpfen, dem größten proletarischen Aufstand in der deutschen Geschichte, kam.³³²

Der Deutschnationale Düringer erklärte Ende März im Reichstag in einer spöttischen Nebenbemerkung das Handeln des Putschisten Wolfgang Kapp durch dessen Herkunft:

„In Szene gesetzt hat ihn [den Putsch, D.B.] Herr Kapp. Herr Kapp ist der Sohn eines 1848er-Revolutionärs. (Zuruf von den Deutschen Demokraten.)

Er ist in New York geboren, wohin sein Vater geflüchtet war. Das Revolutionieren liegt ihm wohl im Blut. (Heiterkeit.) Er ist erblich belastet. (Große Heiterkeit.)“³³³

Die Flaggendebatte 1921

Anlass für die Flaggendebatte am 27. Juni 1921 war eine Flaggenverordnung des Reichspräsidenten vom 11. April dieses Jahres. In dieser Verordnung, die erst mehr als eineinhalb Jahre nach dem Inkrafttreten der Weimarer Reichsverfassung erging, kamen Reichspräsident Ebert und die vom Zentrumsolitiker Fehrenbach geführte Reichsregierung aus Zentrum, DDP und DVP den Anhängern von Schwarz-Weiß-Rot weit entgegen, indem sie diese Farben auch zu denen der Reichswehr erklärten. Die Verordnung verfügte auch, dass die Handelsschiffe bis zum Ende des Jahres statt der alten Handelsflagge Schwarz-Weiß-Rot die neue Handelsflagge mit dem schwarz-rot-goldenen Obereck flaggen müssten. Weil sie das ablehnten, hatten die Fraktionen von DNVP, DVP, Bayerischer Volkspartei, aber auch DDP und Zentrum einen Antrag zur Außerkraftsetzung der Flaggenverordnung des Reichspräsidenten eingebracht.³³⁴

Am 3. Juli 1919 hatten in der Abstimmung über die schwarz-weiß-rote Handelsflagge mit dem schwarz-rot-goldenen Obereck – nachdem zuvor der Antrag, die im Verfassungsentwurf vorgesehenen Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold durch Schwarz-Weiß-Rot zu ersetzen, gescheitert war – neben den Sozialdemokraten, fast der gesamten Zentrumsfraktion und der Minderheit der Demokraten, die sich in der ersten Abstimmung gegen Schwarz-Weiß-Rot als Reichsfarben ausgesprochen hatte, auch etliche weitere Demokraten mit Ja gestimmt, sodass 36 von 75 Mitgliedern der demokratischen Fraktion für die neue Handelsflagge votiert hatten.³³⁵ Die Reichsregierung wurde zum Zeitpunkt der Flaggendebatte im Juni 1921 nach

³³² Vgl. Winkler, Vom Kaiserreich zur Republik, S. 65.

³³³ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 332, S. 4989.

³³⁴ Vgl. Friedel, Die politische Symbolik, S. 148.

³³⁵ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, S. 1276-1278; vgl. Handbuch der verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung, S. 117. Es ist jedoch eine

einem Regierungswechsel zwei Monate zuvor, im Mai, von den Parteien der Weimarer Koalition gebildet.

Für die DVP begründete Alfred Gildemeister den Antrag, der sich gegen den Vollzug des Wechsels der Handelsflagge richtete, damit, dass Schwarz-Rot-Gold niemals auf einem Handelsschiff geweht habe. Wie schon sein Parteifreund Kahl 1919 erinnerte er daran, dass die Kriegsflotte von 1848 später versteigert wurde. Auch wenn die Flotte unter diesen Farben in See gestochen sei, habe der Deutsche Bund sie nicht anerkannt – das war historisch unzutreffend – und sie seien wieder verschwunden.³³⁶

Auf Gildemeister erwiderte David, der schon im Juli 1919 für die Sozialdemokraten zur Flaggenfrage gesprochen und damit für seine Partei in dieser Frage eine Sprecherfunktion erlangt hatte. Davids Reichstagsrede wurde anschließend ergänzt um eine knappe Geschichte der schwarz-rot-goldenen Fahne unter dem Titel „Um die Fahne der deutschen Republik!“ als Broschüre veröffentlicht.³³⁷ Zunächst bedauerte er, dass die Verfassungsbestimmungen in der Flaggenfrage nicht schon früher umgesetzt worden seien. Er behauptete dann, dass die Regelungen zur Flaggenfrage in der Verfassung 1919 ein Kompromiss nicht nur mit dem Zentrum, sondern auch mit den Demokraten gewesen seien. Daher bedaure er es außerordentlich, dass auch diese beiden Parteien heute den Antrag unterstützten. Diesen stufte er als monarchistischen Vorstoß gegen die Republik ein und setzte sich dann ausführlich mit einer Eingabe auseinander, die zur Untermauerung des Antrags präsentiert worden war.

In dieser Eingabe werde Schwarz-Rot-Gold als eine Erfindung von Sozialisten und Juden, als traditionslos und als undeutsch dargestellt. Diesen diffamierenden Vorwürfen versuchte David durch eine historische Schilderung zu begegnen, die etwas ausführlicher war als seine historischen Andeutungen in der Flaggendebatte am 2. Juli 1919. Er fragte rhetorisch, ob Ernst Moritz Arndt, Turnvater Jahn, die alten Burschenschafter, Fritz Reuter, Uhland und

Fehlinterpretation, aus dem Verhalten der Demokraten in der zweiten namentlichen Abstimmung in der Flaggenfrage am 3. Juli 1919 (in der auch nur eine, wenn auch sehr knappe, Minderheit der demokratischen Fraktionsmitglieder für die neue Handelsflagge stimmte!) wie der Historiker Bernd Buchner einen Grundkonsens der Parteien der Weimarer Koalition in der Flaggenfrage 1919 abzuleiten, der dann 1921 nicht mehr bestanden habe – grundlegend in der Flaggenfrage war die erste namentliche Abstimmung am 3. Juli 1919, und in der votierte nur ein knappes Fünftel der demokratischen Fraktion für Schwarz-Rot-Gold. Vgl. Buchner, *Um republikanische und nationale Identität*, S. 89.

³³⁶ Verhandlungen des Reichstags, Bd. 350, S. 4163. Ähnlich äußerte sich Gildemeister erneut am 17. Dezember 1921, als die Rechtsparteien noch einen zweiten und letzten Vorstoß unternahmen, die Flaggenverordnung vom April 1921 zu stoppen. Ebd., Bd. 352, S. 5347.

³³⁷ Eduard David, *Um die Fahne der deutschen Republik! Ihre Bedeutung in Geschichte und Gegenwart*, Stuttgart/Berlin 1921, hier: S. 3-18 (die zweite Aufl. von 1926 enthält Davids Reichstagsrede von 1921 *nicht* mehr).

viele weitere Vorkämpfer „der großdeutschen Einheits- und Freiheitsbewegung“, die 1815 eingesetzt habe, keinen deutschen Geist gehabt hätten. Jene Männer hätten die schwarz-rot-goldene Fahne aufgenommen und unter ihr gekämpft in der schlimmsten Zeit der „Metternichschen Reaktion“. Anders als 1918/19, als der *Vorwärts* das noch bestritten und er selbst in der Nationalversammlung zu dieser Frage geschwiegen hatte, behauptete David jetzt, Schwarz-Rot-Gold sei das alte Reichspanier gewesen – und appellierte damit offenkundig an die Zentrumsabgeordneten.

Diese Behauptung blieb kein Einzelfall; vier Tage später wiederholte David sie in einem *Vorwärts*-Artikel und in den Jahren 1924 bis 1928 tauchte sie häufig in sozialdemokratischen Publikationen und in der Zeitung des Reichsbanners in Artikeln zur Flaggenfrage auf.³³⁸ Die Zentrumsparlei meldete sich seit der Flaggendebatte im Verfassungsausschuss der Nationalversammlung Anfang Juni 1919 im Flaggenstreit der Weimarer Republik nicht mehr mit Erklärungen zu ihrer Position in dieser Frage zu Wort. Allerdings erhielt die zentrumsnahe Zeitung *Germania* im August 1924 in einem Artikel über die Reichsfarben die Deutung des Zentrums von 1919 aufrecht, dass diese aus dem Alten Reich stammten.³³⁹

Auch Davids Schilderung des Jahres 1848 in der Flaggendebatte am 27. Juni 1921 zielte eindeutig auf die rechts von der Sozialdemokratie stehenden Parteien; er vermied wie schon 1919 im Zusammenhang mit 1848 das Wort „Revolution“ und in seiner knappen Erzählung kamen der 18. März und die Paulskirche nur ganz am Rande vor. Er sprach dagegen von der Entscheidung des Deutschen Bundestags vom 9. März 1848 auf Antrag des preußischen Gesandten, „die Farben des ehemaligen deutschen Reichspaniers“ zum Wappen des Deutschen Bundes zu machen. Am 13. März hätten die Burschenschaften das schwarz-rot-goldene Banner auf dem Stephansturm in Wien gehisst, am 19. März rheinländische Demokraten auf dem Kölner Dom, und vom 20. März an hätte die Fahne auf allen Staatsgebäuden in Berlin geweht.

³³⁸ Eduard David, „Die schwarz-rot-goldene Gösch“, in: *Vorwärts*, 25.6.1921; ders., *Um die Fahne der Deutschen Republik. Ihre Bedeutung in Geschichte und Gegenwart*, gänzlich neu bearb. Aufl., Hannover 1926, S. 3, 10 „Das Symbol der Nation“, in: *Vorwärts*, 4.9.1927; „Schwarz-Rot-Gold und seine Tradition“, in: RB, 1 (1924), Nr. 1; „Die deutschen Nationalfarben“, in: RB, 4 (1927), Nr. 16; Wilhelm Ermann, „Schwarz-Rot-Gold im Jahre 1760“, in: RB, 5 (1928), Nr. 17; „Die Reichssturmflagge. Schwarz-Rot-Gold in der Geschichte“, in: SHVZ, 11.8.1925; März, Die Reichsfarben sind die Volksfarben, in: *Die Glocke*, 10 (1924), S. 462-464, hier: 462 f.; vgl. Vogt, Weimar und die NS-Zeit, S. 27.

³³⁹ „Schwarz-Rot-Gold“, in: *Germania*, 10.8.1924, MA. Auch die Schriftstellerin Ricarda Huch vertrat dieses Geschichtsbild. Vgl. Huch, 1848, S. 360.

Ausführlich schilderte er den Umritt von Friedrich Wilhelm IV. am 21. März, bei dem ihm eine schwarz-rot-goldene Fahne vorangetragen wurde und er eine gleichfarbige Armbinde trug. Auch sein Gefolge, darunter die Generalität, habe solche Binden getragen.³⁴⁰ In der königlichen Proklamation vom gleichen Tag habe es geheißen:

„Ich habe heute die alten deutschen Farben angenommen (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten) und mich und mein Volk unter das ehrwürdige Banner des Deutschen Reiches gestellt. (Abgeordneter Dr. Schücking: Hört! Hört!) Preußen geht fortan im Reich auf. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)“

Damit habe die schwarz-rot-goldene ein älteres Recht als die schwarz-weiß-rote Flagge. Nach der Niederschlagung der deutschen Einheits- und Freiheitsbewegung habe Bismarck geholfen, die schwarz-rot-goldene Fahne wieder herunterzuholen. Bismarck habe dann später die kleindeutsche Einigung vollzogen, die verhängnisvoll für die Deutschen in Österreich und für die ganze Entwicklung in Österreich gewesen sei – das werde heute niemand bestreiten. Das Wahrzeichen der kleindeutschen Einigung sei die schwarz-weiß-rote Fahne gewesen.

David verschärfte im Vergleich zur Flaggendebatte von 1919 die Begründung, warum die Sozialdemokratie diese Fahne nicht als Banner der Republik habe akzeptieren können. Das alte Staatssystem, sagte er, ohne mit Kaiser Wilhelm II. denjenigen zu benennen, von dem bekanntermaßen die Äußerung stammte, habe die Sozialdemokraten als Menschen „nicht wert, den Namen Deutsche zu führen“, bezeichnet und behandelt.³⁴¹ Er widersprach der Deutung, 1919 sei Schwarz-Rot-Gold an die Stelle von Schwarz-Weiß-Rot getreten, vielmehr habe es 1918/19 zwei Flaggenwechsel gegeben. Zunächst habe die siegreiche Revolution im November 1918 Schwarz-Weiß-Rot durch Rot ersetzt, das wochenlang auf allen Staatsgebäuden in ganz Deutschland, dem Berliner Hotel Adlon und anderen Privatgebäuden geweht habe.

³⁴⁰ Vgl. Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, S. 363.

³⁴¹ Der Kaiser hatte die Worte („eine Rotte von Menschen, nicht wert, den Namen Deutscher zu tragen“) am Sedanstag, den 2. September, 1895 in einem Trinkspruch auf seine Garden gebraucht, als sich die Kapitulation des Hauptteils des französischen Heeres im Krieg gegen die deutschen Truppen 1870 zum 25. Mal jährte. Die Sozialdemokraten hatten den Tag zum Anlass genommen, ein Verbrüderungstelegramm an die französischen Sozialisten zu schicken, in dem sie Protest gegen „Krieg und Chauvinismus“ ausdrückten. Reden des Kaisers. Ansprachen, Predigten und Trinksprüche Wilhelms II., hg. v. Ernst Johann, 2. Aufl., München 1977, S. 66 f., hier: 67; Deutscher Geschichtskalender für 1895. Sachlich geordnete Zusammenstellung der politisch wichtigsten Vorgänge im In- und Ausland, v. Karl Wippermann, Bd. 2, Leipzig 1896, S. 38 f., 50-52.

Die Entscheidung der Sozialdemokraten für Schwarz-Rot-Gold 1918/19 rechtfertigte er folgendermaßen:

„Weil sie neben der großdeutschen nationalen Einheit auch die Demokratie verkörpert, und weil wir die Demokratie damals leider auch gegen links verteidigen mussten, gegen den Gedanken der Diktatur, der unter der roten Fahne focht. So wurde die schwarz-rot-goldene Fahne zum Bannerzeichen der Demokratie.“

Sei vor dem Kriege Schwarz-Weiß-Rot die Fahne des Obrigkeitsstaats gewesen, so sei es in der Republik zur Kampffahne der monarchistischen Reaktion avanciert. Die Arbeiterdemokratie lasse sich die Republik nicht mehr nehmen und sie werde sie verteidigen mit allen zur Verfügung stehenden Machtmitteln.³⁴²

Im Anschluss an David kritisierten der Unabhängige Sozialdemokrat Breitscheid und der Kommunist Bartz die Demokraten scharf für die Unterstützung des Antrags und hielten ihnen ihre Geschichte vor. Dabei erklärte Breitscheid wie zuvor schon David die Farben Schwarz-Rot-Gold zu denen des alten Reichspaniers. Er, der er selbst vor dem Ersten Weltkrieg zunächst im Linksliberalismus engagiert gewesen war, bevor er zur Sozialdemokratie wechselte, sah in der Haltung der DDP einen „Beweis für die politische Jämmerlichkeit des deutschen liberalen Bürgertums“.³⁴³

Von den Demokraten sprachen Heile und Koch. Heile korrigierte zunächst Davids und Breitscheids Darstellung des Abstimmungsverhaltens der Demokraten in der Nationalversammlung 1919. Er bezeichnete die Farben Schwarz-Rot-Gold als „das heilige Symbol der deutschen Einheitsbewegung im Verlaufe des letzten Jahrhunderts“, und Koch fand ähnliche Worte, indem er sagte: „Die Zeit von 1848 hat diese Fahne geheiligt.“ Die Position der Demokraten rechtfertigte Heile damit, dass sie es als solche gewohnt seien, den Volkswillen zu berücksichtigen. Es gehe auch nicht darum, die schwarz-rot-goldene Fahne der deutschen Republik herunterzuholen. Koch, der im Februar 1919 in der Nationalversammlung noch der Tradition von 1848 Priorität gegenüber der von 1871 eingeräumt hatte, stellte die Demokraten nun als diejenigen dar, die dazu berufen seien, „den Freiheitsgedanken des Jahres 1848“ und „den Einheitsgedanken des Jahres 1871“ zu verschmelzen.³⁴⁴

³⁴² Verhandlungen des Reichstags, Bd. 350, S. 4164-4172.

³⁴³ Ebd., S. 4178-4180. Breitscheid sprach am 17. Dezember erneut zur Flaggenfrage. Ebd., Bd. 352, S. 5348 f.

³⁴⁴ Ebd., Bd. 350, S. 4182, 4184.

Die anschließende Abstimmung fiel – wenn man die Frage außen vor lässt, ob der Antrag nicht verfassungsändernden Charakter hatte – äußerst knapp aus. Der Antrag wurde mit 120 Neinstimmen, bei 119 Jastimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt. Etliche DDP- und auch einige wenige Zentrumspolitiker fehlten bei der Abstimmung: von der DDP Bäumer, Dernburg, Goetz, Haußmann, Petersen und Schücking sowie vom Zentrum Erzberger und der Bayerischen Volkspartei Beyerle. Von ihren prominenteren Politikern votierten mit Ja von der DDP Heile und Koch sowie vom Zentrum Marx, mit Nein von der DDP Erkelenz und vom Zentrum Fehrenbach und Wirth.³⁴⁵

Hugo Preuß hatte bereits am 12. Juni zu der neuerlichen Auseinandersetzung um die Reichsfarben in der *Frankfurter Zeitung* geurteilt:

„Verhängnisvoll aber für die gesunde Neugestaltung unseres politischen Lebens ist es, dass die deutsche Demokratie selbst den seelischen Zusammenhang, die innere Fühlung mit ihrer eigenen Vergangenheit, mit den eigentlichen Wurzeln ihres nationalen Daseins und Berufs in so erschreckendem Maße verloren hat, dass großen Teilen von ihr ihr eigenes Symbol fremd geworden ist.“³⁴⁶

Angemerkt sei auch, dass Adolf Hitler sich am 20. Februar 1921 im *Völkischen Beobachter* zu Schwarz-Rot-Gold geäußert hatte. Bis zum 9. November 1918 hätten in Deutschland „wohl Hunderttausende [...], vielleicht auch Millionen [...] mit einer gewissen einfältigen Ehrfurcht auf das alte schwarz-rot-goldene Banner“ zurückgeblickt. Durch diesen Tag, an dem Schwarz-Rot-Gold zum Symbol der „Judenrevolution des internationalen Börsenkapitals“ geworden sei, sei diesen Deutschen die Ehrfurcht vor diesen Farben gründlich ausgetrieben worden.

„Niemals wird das deutsche Volk diese Flagge achten lernen, sie wird ihm fremd bleiben, genauso fremd, wie ihm die Rasse ihrer Bringer ist.“

Hitler fügte dem hinzu, das deutsche Volk habe sein altes Symbol, die schwarz-weiß-roten Farben, nicht verloren.³⁴⁷ Bei einer anderen Gelegenheit bezeichnete Hitler 1927 Schwarz-Rot-Gold als „antiquarische Flagge“.³⁴⁸

³⁴⁵ Ebd., S. 4187-4189.

³⁴⁶ Preuß, Um die Reichsfarben (22.6.1921), in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. 4, S. 192 f., hier: 193.

³⁴⁷ Adolf Hitler, „Nationalkokarde und Pleitegeier“ (Völkischer Beobachter, 20.2.1921), in: Hitler, Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924, hg. v. Eberhard Jäckel zusammen mit Axel Kuhn, Stuttgart 1980, S. 321-324, hier: 323.

³⁴⁸ Ders., „Schwarz-weiß-rot oder ...?“ (23.4.1927), in: Hitler, Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, hg. v. Institut für Zeitgeschichte, Bd. 2: Vom Weimarer Parteitag bis zur Reichstagswahl, Juli 1926–Mai 1928, Teil 1: Juli 1926–Juli 1927, hg. u. kommentiert v. Bärbel Dusik, München u.a. 1992, S. 280-282, hier: 282.

Das Schlusswort des sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Otto Wels auf dem Görlitzer Parteitag im September 1921 ist als Antwort auf die neuerliche Flaggendebatte am 27. Juni des Jahres zu verstehen. In dem Schlusswort legte er für seine Partei ein Bekenntnis zum schwarz-rot-goldenen Banner der Republik ab, legitimierte es mit der 48er-Revolution und zitierte abschließend Freiligrath:

„Wir haben auf diesem Parteitag abgelegt [...] ein

Bekenntnis zur Republik.

Wir haben neben der roten Fahne der Internationale das schwarz-rot-goldene Banner der Republik, des deutschen Freistaates, erhoben, in dem wir führend voranschreiten wollen. Jedes Jahr hat die Sozialdemokratische Partei auf dem Friedhof der Märzgefallenen in Berlin Kränze mit roten Schleifen niedergelegt und damit das Andenken der Kämpfer der bürgerlichen Revolution geehrt, die gefallen waren für den Gedanken der Reichseinheit und deutschen Freiheit, die sich symbolisch in den Farben schwarz-rot-gold ausdrückt [sic!]. Das Bürgertum hat jene Kämpfer *vergessen*. Jetzt hebt die Sozialdemokratie neben dem roten Banner des Sozialismus die schwarz-rot-goldene Fahne der deutschen Freiheit hoch und trägt sie der Arbeiterklasse voran im Kampfe für ihre ewigen Rechte.

Wir sind die Kraft! Wir hämmern jung

Das alte morsche Ding, den Staat,

Die wir von Gottes Zorne sind

Bis jetzt das Proletariat“.

Auf Antrag von Reichstagspräsident Paul Löbe hatte der Parteitag den Parteivorstand dazu aufgefordert, die Schaffung eines Parteiabzeichens in den schwarz-rot-goldenen Farben der Republik in Erwägung zu ziehen. Der Antrag fand eine Mehrheit und ein solches Parteiabzeichen wurde geschaffen.³⁴⁹ Auch die um 1930 eingeführte Parteistandarte zeigte die schwarz-rot-goldenen Farben.³⁵⁰

³⁴⁹ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands abgehalten in Görlitz vom 18. bis 24. September 1921, Berlin 1921, S. 184 f., 329 (Zitat), 390, 402; vgl. Buchner, *Um nationale und republikanische Identität*, S. 97 f.; Gottfried Korff, *Rote Fahnen und geballte Faust. Zur Symbolik der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik*, in: Petzina (Hg.), *Fahnen, Fäuste, Körper*, S. 27-60, hier: 47. Die von Wels vorgetragenen Verse aus Freiligraths Gedicht „Von unten auf“ wurden von Konrad Haenisch in der Einleitung zu einer äußerst populären Zusammenstellung der Revolutionsgedichte Freiligraths zitiert, die 1910 erstmals erschienen war und bis 1929 fünf Auflagen mit insgesamt 85 000 Exemplaren erreichte. „Wir sind die Kraft!“ Auswahl politischer und proletarischer Gedichte von Ferdinand Freiligrath mit biographischer Skizze und erläuterndem Nachwort von Konrad Haenisch, 5. Aufl., 81.–85. Tausend, Berlin 1929, S. 12.

³⁵⁰ Vgl. Friedel, *Die politische Symbolik*, S. 130; auch: Friedrich Stampfer, „Die deutsche Republik“, in: RB, 1 (1924), Nr. 3. Laut Theodor Eschenburg hatten die Fahnen und Vereinszeichen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft auch nach der Jahrhundertwende im Kaiserreich neben dem überwiegenden Rot noch die schwarz-rot-goldenen Farben gezeigt. Eschenburg, *Nationalstaat und Nationalfahne*, in: *Deutsche Stimmen*, 39 (1927), S. 545-550, hier: 546.

Die Unabhängigen Sozialdemokraten

Die *Freiheit*, das Organ der Unabhängigen Sozialdemokraten, warf in ihrem Leitartikel zum Märzfeiertag 1919 den Mehrheitssozialdemokraten, wie die Kommunisten bereits unmittelbar nach der Niederschlagung des Januaraufstands, vor, die Aufgaben der Cavaignac und Galliffet, der Brandenburg und Windischgrätz übernommen zu haben.³⁵¹ Das deutsche Proletariat ehre in den Kämpfern des 18. März 1848 diejenigen, die nicht nur den „Schönrednern des Frankfurter Parlaments“, sondern auch der revolutionären Bewegung des deutschen Proletariats den Boden bereitet hätten.³⁵² Außerdem druckte die *Freiheit* ein Gedicht mit dem Titel „Totenkranz“ ab, nach dessen Schilderung sich die Märzgefallenen durch die jüngsten Revolutionsopfer geweckt zusammen mit diesen zur letzten entscheidenden Schlacht erhoben hatten.³⁵³ Schließlich veröffentlichte die Zeitung „Die zehn Gebote der Arbeiter“ aus einem Flugblatt der 48er-Revolution, die auf konkrete Verbesserungen für die Arbeiter zielten und alles andere als revolutionär-marxistisch waren.³⁵⁴

In den Jahren 1919/20, in denen die USPD sehr rasch zu einer Massenpartei anwuchs, spielten Analogien zwischen der Gegenwart und der 48er-Revolution auch in der innerparteilichen Auseinandersetzung eine Rolle. Auf dem außerordentlichen Parteitag in Leipzig Ende 1919 berief sich Walter Stoecker auf Marx' Position zum Bürgerkrieg in Ungarn 1848/49. Damals sei zum ersten Mal in der 48er-Revolution und zum ersten Mal seit 1793 der konterrevolutionären Übermacht, dem weißen Schrecken, der rote Schrecken entgegengesetzt worden. Marx habe sich damals gewiss gezeigt, dass das brutale Vorgehen der Konterrevolution nach dem Fall von Wien die Völker überzeugen werde, dass es nur ein Mittel gebe, um die „Geburtswehen der neuen Gesellschaft“ zu verkürzen: „den revolutionären Terrorismus“.

Dagegen berief sich der Parteivorsitzende Artur Crispian in seinem Schlusswort auf der Reichskonferenz im September 1920 wenige Wochen vor der Spaltung der USPD in genau entgegengesetzter Absicht auf die 48er-Revolution beziehungsweise auf die Situation nach ihrem Scheitern. Crispian sah in der parteiinternen Auseinandersetzung der USPD sich

³⁵¹ Graf Brandenburg leitete das preußische Ministerium der Gegenrevolution. Vgl. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 264.

³⁵² „Märzfeier. ‚Noch sind nicht alle Märzen vorbei ...‘ G. Herwegh“, in: Freiheit, 18.3.1919, MA.

³⁵³ Otto Meier, „Totenkranz“, in: ebd.

³⁵⁴ „Die zehn Gebote der Arbeiter. Aus einem Flugblatt der 48er-Revolution“, in: Freiheit, 18.3.1919, AA. Der Text des Flugblatts war am 9. März 1849 als Artikel in der *Verbrüderung*, dem Organ der Arbeiterverbrüderung, erschienen. Abgedruckt bei Quarck, Die erste deutsche Arbeiterbewegung, S. 390 f.

„marxistisch geschulte revolutionäre Sozialisten“ auf der einen und „opportunistisch-kommunistisch, syndikalistisch und anarchistisch angekränkelte Revolutionsromantiker“ auf der anderen Seite gegenüberstehen. Nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern befinde man sich gegenwärtig in einer Situation wie nach der „bürgerlichen Revolution“ von 1848. In der in ihren ersten Anfängen begriffenen Arbeiterinternationale habe man damals erwartet, dass unmittelbar auf die 48er-Revolution die proletarische Revolution folgen werde – auch Marx und Engels hätten daran geglaubt. Bald sei jedoch ein Kampf – dem zeitgenössischen in der USPD vergleichbar – entbrannt, in dem Marx und Engels nachgewiesen, dass die revolutionäre Naherwartung unwissenschaftlich und unrealistisch gewesen sei, und mit den „Revolutionsromantikern“ gebrochen hätten, die so argumentiert hätten, wie heute die Anhänger Moskaus.³⁵⁵

Im Jahr 1921 (wegen des Kapp-Putsches waren am 18. März 1920 in Berlin keine Zeitungen erschienen) kündigte die *Freiheit* zwei Gedenkfeiern der USPD am 18. März in Berlin an, die zugleich dem 50. Gedenktag der Pariser Kommune von 1871, der Revolution von 1848 und den während des Kapp-Putsches gefallen Widerstandskämpfern galten.³⁵⁶ Der Leitartikel war – an die Tradition der frühen Arbeiterbewegung nach der Reichsgründung anknüpfend – ganz der Pariser Kommune gewidmet, setzte sich aber mit dieser sehr kritisch auseinander, indem er herausarbeitete, dass ihr Programm auf einen radikalen Föderalismus hinauslief.³⁵⁷

Tief pessimistisch fiel der Leitartikel der *Freiheit* 1922 aus, als die Zeitung zum letzten Mal zum Märzfeiertag erschien – nachdem der linke Flügel der USPD Ende 1920 zur KPD gewechselt war, kehrte ihr rechter im September 1922 zur MSPD zurück. Der Kommentator bezweifelte, dass Deutschland je eine Revolution gehabt habe. Sowohl 1848 als auch 1918 seien in den ersten Anfängen stecken geblieben. In der Revolution von 1918 habe man

³⁵⁵ Außerordentlicher Parteitag in Leipzig, 30. November bis 6. Dezember 1919: in: Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Nd., Bd. 2: 1919–1920, Glashütten i. T. 1976, S. 335; Protokoll der Reichskonferenz vom 1. bis 3. September 1920 zu Berlin, in: ebd., S. 194; vgl. Karl Marx, Sieg der Konterrevolution zu Wien (Neue Rheinische Zeitung, 7.11.1848), in: ders./Friedrich Engels, Werke, hg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 5, 4. Aufl., Berlin 1969, S. 455–457, hier: 457; auch: Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Halle vom 12. bis 17. Oktober 1920, in: Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bd. 3: 1920, Glashütten i. T. 1976, S. 147; Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Gera vom 20. bis 23. September 1922, in: ebd., Bd. 4: 1922–1923, Glashütten i. T. 1976, S. 140; vgl. Winkler, Weimar, S. 148 f.

³⁵⁶ „Gedenkfeier zum 18. März“, in: *Freiheit*, 17.3.1921, MA.

³⁵⁷ „Zum 50. Jahrestag der Pariser Kommune“, in: *Freiheit*, 18.3.1921, MA; zur Kommune vgl. Speth, Nation und Revolution, S. 409–433; Wittwer, Die Revolution von 1848/49, S. 210 f. Außerdem druckte die Zeitung ein wenig bekanntes Gedicht Ludwig Pfau ab, gemäß dem die Königstreue im Blut der Märzgefallenen ersticken werde: „Zum 18. März. Von Ludwig Pfau“, in: *Freiheit*, 17.3.1921, AA.

lediglich die Ziele von 1848 verwirklicht, die Zeit habe aber mehr erfordert. Für den Leidensweg der Arbeiter seit dem Ersten Weltkrieg machte der Autor aber nicht nur die Mehrheitssozialdemokraten verantwortlich, sondern auch die Kommunisten, die glaubten, eine Revolution „provozieren“ zu können. Dabei hätte der Weltkrieg die Voraussetzungen für eine Revolution sowohl in ökonomischer Hinsicht als auch im Hinblick auf das Proletariat selbst entscheidend verschlechtert.

Gleichwohl hielt der Leitartikel an der revolutionären Hoffnung fest. Schon allein deshalb, weil die Masse der Arbeiterschaft in der „Hölle des Kapitalismus“ den letzten Halt verlieren würde, hätte sie nicht die Hoffnung auf den Sozialismus.³⁵⁸ Ganz auf dieser Linie forderte Emil Fischer in seiner Begrüßungsrede auf dem Einigungsparteitag von MSPD und USPD im September 1922 in Nürnberg die Delegierten auf, wahr zu machen, was Freiligrath in „Die Toten an die Lebenden“ als Vermächtnis der Revolutionsopfer geschildert habe:

„O steht gerüstet, seid bereit,
o schaffet, dass die Erde,
in der wir ruhen stumm und starr,
bald eine freie werde!“³⁵⁹

Die Kommunisten

Die kommunistische *Rote Fahne* stellte 1921 (im Jahr 1919 war sie am Märzfeiertag wegen der Märzkämpfe in Berlin verboten gewesen, 1920 wegen des Kapp-Putsches nicht erschienen) die Pariser Kommune an deren 50. Jubiläum ganz in den Mittelpunkt des Gedenkens. Die zahlreichen Gedächtniskundgebungen, die die Kommunisten an diesem Tag in Berlin veranstalteten, galten ebenfalls der Kommune.³⁶⁰ In der kommunistischen Zeitschrift *Die Internationale* wurde in der Weimarer Republik ausschließlich regelmäßig der Pariser Kommune sowie dem Kommunistischen Manifest von 1848 gedacht; ein Gedenken an die

³⁵⁸ A. Stein, „Zum achtzehnten März. Märzgedanken“, in: ebd., 18.3.1922, MA; vgl. Speth, Nation und Revolution, S. 394 f., 400. Die *Freiheit* druckte zum Märzfeiertag 1922 außerdem zwei Gedichte ab: Arno Holz, „Die Märzgefallenen“, in: *Freiheit*, 18.3.1922, MA; „Die Republik. Zum 18. März“ (aus der „Deutschen Volkszeitung“ 1848), in: ebd., 18.3.1922, AA.

³⁵⁹ Protokoll über die Verhandlungen des Einigungsparteitages, abgehalten in Nürnberg am 24. September 1922, in: Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Nd., Bd. 4, S. 180.

³⁶⁰ Zum Verbot der *Roten Fahne* im März 1919 vgl. Klein, 1848 und 1919, S. 227. Werner Scholem, „Das Vorpostengefecht der Weltrevolution“, in: RF, 18.3.1921, MA; „Die ersten Arbeiter- und Soldatenräte. Zum Jahrestag der Kommune 18. März 1871“, in: ebd.; L. Trotzki, „Die Kommune von Paris und Sowjetrussland“, in: ebd.; Ankündigung zahlreicher Gedächtniskundgebungen für die Pariser Kommune in den Berliner Bezirken: in: ebd.; „Literatur über den 18. März 1871“, in: ebd., 18.3.1921, AA; vgl. Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?, S. 337, 343.

deutsche 48er-Revolution gab es praktisch nicht.³⁶¹ Ein ausführlicher Artikel der *Roten Fahne* war 1921 dem 18. März 1848 in Berlin gewidmet, der sich scharf von der Tradition des sozialdemokratischen Märzfeiertags der Vorkriegszeit distanzierte:

„Schon lange vor dem Weltkrieg war der 18. März gewissermaßen der Sedanstag der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, der revolutionäre Erbauungstag des Proletariats in unrevolutionärer Zeit. Namentlich in Berlin und an der Wasserkante ließ man keinen 18. März ohne Märzfeier vorbeiziehen. [...]

Leider hat die traurige Versandung der Novemberrevolution gezeigt, dass Wilhelm Liebknecht und alle Märzfeierredner nach ihm tauben Ohren gepredigt.

Wieder jährt sich der 18. März. Keine revolutionären Sedanfeiern gilt es heuer zu halten, sondern endlich die Lehren aus der Märzrevolution zu ziehen, die schon in den Novembertagen 1918 hätten gezogen werden müssen.“

Im Folgenden schilderte der Text den Verlauf des 18. März 1848 in Berlin samt Vorgeschichte und folgte dabei ganz eng der Darstellung von Franz Mehring. Demnach war es „das Proletariat“ gewesen, das am 18. März 1848 auf den Barrikaden in Berlin gekämpft hatte, und es hatte das preußische Militär besiegt. Anschließend habe die Bourgeoisie aus Furcht vor der Arbeiterschaft diesen Sieg verschenkt. Vergebens habe Wilhelm Liebknecht vor dem Krieg in seiner berühmten Märzfeierrede das Verhalten der Bourgeoisie im Jahr 1848 angeprangert. Die Sozialdemokraten seien in der Novemberrevolution dem Beispiel der Bourgeoisie von 1848 gefolgt; sie hätten das Proletariat ent- und die Reaktion bewaffnet.

Um die Sozialdemokraten umso schärfer anklagen zu können, relativierte die *Rote Fahne* die traditionelle marxistische These vom Verrat des Bürgertums an der 48er-Revolution:

„Die bürgerliche Revolution von 1848 wurde von der Bourgeoisie verhunzt, aus Angst vor der Arbeiterklasse, also immerhin in Wahrung berechtigter eigener Interessen. Die proletarische Revolution von 1918 dagegen ist von den sozialdemokratischen Führern des Proletariats aus Angst vor der proletarischen Weltrevolution verhunzt worden, also nicht in Wahrung, sondern mit Zertretung der Interessen der eigenen Klasse.“

³⁶¹ Artikel zum Kommunegedenken in der *Internationalen*: Paul Werner, Die erste proletarische Diktatur. Zum 50. Jahrestag der Pariser Kommune, in: *Die Internationale*, 3 (1921), H. 2, S. 4-10 ; Hilde Wertheim, Bürgerliche Revolution und Proletarische Revolution (Zum Gedenken an die Pariser Kommune), in: ebd., 4 (1922), S. 320-322; Alexander Emel, Die Bewaffnung des Proletariats. Zum Jahrestage der Pariser Kommune am 18. März, in: ebd., 12 (1929), S. 177-180; Paul Braun, Von der Kommune zum Oktober. Zum 60. Jahrestag der Pariser Kommune, in: ebd., 14 (1931), S. 97-101; Ernst Schneller, Bürgerliche ‚Demokratie‘ und proletarische Diktatur. Zum Jahrestag der Pariser Kommune – 18. März 1871, in: ebd., 15 (1932), S. 137-143.

Da in den Augen des kommunistischen Zentralorgans der Unterschied zwischen 1848 und der Gegenwart darin bestand, dass das Proletariat damals schwach gewesen sei, während ihm jetzt lediglich der Wille zur Macht fehle, verlangte es, der 18. März 1921 müsse ein Gelöbnisfest werden und keine Erinnerungsfeier, und zwar ein Gelöbnis für den Anschluss an die Sowjetunion und die proletarische Weltrevolution. Ganz in diesem Sinne begann in diesen Tagen der mitteldeutsche Aufstand, der kläglich scheiterte.³⁶²

Ein Jahr später verknüpften die Kommunisten den 18. März mit dem Einsatz für „ihre“ politischen Gefangenen. Damit nahmen sie die Beschlüsse des Zentralbüros und der ersten Weltkonferenz der kommunistischen „Internationalen Roten Hilfe“ vom Januar 1923 und August 1924 vorweg, nach denen die nationalen Rote-Hilfe-Organisationen den 18. März, den Gedenktag der Pariser Kommune, der in der internationalen Arbeiterbewegung traditionell begangen wurde, als Hilfstag für die politischen Gefangenen und Verfolgten feiern sollten.³⁶³ Dementsprechend schilderte die *Rote Fahne* in zwei Artikeln die revolutionäre proletarische Märztradition, wie sie im Deutschen Reich durch Aktionen der Kommunisten seit 1917 entstanden sei. Die „Märzgefallenen von Anno 48“ dienten lediglich noch in einem der beiden Artikel als kurz erwähnter Anknüpfungspunkt.

Im Mittelpunkt stand die eigene Märztradition mit ihren Kämpfen und Opfern: Die Aufzählung begann mit Liebknechts Rede auf dem Potsdamer Platz gegen den Krieg im März 1917 und dem Proteststreik der Arbeiter in den Rüstungsbetrieben 1918, der der Novemberrevolution vorausgegangen sei. Im März 1919 habe Noske die Proletarier, die für die Arbeiterherrschaft kämpften, blutig niedergeschlagen, im Jahr darauf habe der heroische Abwehrkampf der Arbeiterschaft den Kapp-Putsch der Reaktion, die nun geglaubt habe, ohne die „rechtssozialistischen Verräter der Arbeiterklasse“ auskommen zu können, scheitern lassen. Schließlich hätten 1921 die Sozialdemokraten Severing und Hörsing die Arbeiter in Mitteldeutschland provoziert, und auf deren Notwehr sei das „weiße“ Gemetzel gefolgt. Diese

³⁶² „Der 18. März 1848“, in: RF, 18.3.1921, MA. Engels hatte der deutschen Bourgeoisie vorgeworfen, in der 48er-Revolution einen historisch beispiellosen Verrat an ihrem besten Verbündeten, der Arbeiterschaft, und an sich selbst begangen zu haben. Vgl. *Revolution and Counter-Revolution*, S. 35. Der Verratsvorwurf stammte nicht nur von den orthodoxen Marxisten, darunter neben Marx und Engels Franz Mehring, sondern auch von Wilhelm Liebknecht. Vgl. Schwerin, *The Revolution of 1848*, S. 287; Baumgart, *Die verdrängte Revolution*, S. 117. Zum mitteldeutschen Aufstand 1921 vgl. Ludewig, *Arbeiterbewegung und Aufstand*, S. 195.

³⁶³ Vgl. Brauns, *Schafft Rote Hilfe!*, S. 100 f.; Wittwer, *Die Revolution von 1848/49*, S. 189. Walter Schmidt behauptet in einem Aufsatz, der 18. März sei von der Internationalen Roten Hilfe anlässlich des 75. Jubiläums der 48er-Revolution zum Tag der politischen Gefangenen erklärt worden. Vgl. Schmidt, *Die Revolutionsrezeption*, S. 266.

bis unmittelbar in die Gegenwart führende revolutionäre Tradition diene der *Roten Fahne* zur Beschwörung einer revolutionären Naherwartung.

Dazu passend wurde in der Berichterstattung über die Märzkundgebungen in Berlin hervorgehoben, dass es sich *nicht* um „sentimentale Märzfeiern“ gehandelt habe. Soweit es sich der Berichterstattung der Zeitung entnehmen lässt, schlugen die Redner auf den Veranstaltungen einen großen historischen Bogen ausgehend von 1848 über die Pariser Kommune 1871 und die russische Revolution von 1905 zur russischen Oktober- und der deutschen Novemberrevolution bis hin zu den sich daran anschließenden Kämpfen in Deutschland. Deutlich wurde in der Berichterstattung auch, dass bei aller Distanz zur deutschen 48er-Revolution die Revolutionslyrik Freiligraths von 1848 auch für die Kommunisten nach wie vor kanonisch war und unangefochten am häufigsten zitiert wurde.³⁶⁴

Allerdings beschäftigte sich 1922 in der kommunistischen Zeitung auch ein Artikel mit der deutschen 48er-Revolution. Wie schon im Jahr davor beharrte sie darauf, dass die Träger der Revolution Arbeiter gewesen seien, indem sie sich gegen die „Legende“ wandte, dass in Berlin 1848 Studenten an der Spitze der Revolution gestanden hätten. Die deutschen Studenten hätten sich zwischen 1820 und 1848 sehr gewandelt und seien in dieser Zeit von der Reaktion schließlich zermürbt worden. Von den 1 500 Studenten an der Berliner Universität hätten, so hieß es historisch zutreffend, höchstens 100 am Barrikadenkampf teilgenommen. Nach dem Abzug des Militärs am 19. März hätten es die Studenten geschickt verstanden, sich vor dem Volk als die Träger der Revolution zu inszenieren. Die wenigen wirklich revolutionären Studenten hätten sich hingegen sofort den Arbeitern angeschlossen.³⁶⁵

³⁶⁴ „Der 18. März“, in: RF, 18.3.1922, MA; „Auf zur Märzkundgebung! Parteigenossen und Genossinnen! Arbeiter und Arbeiterinnen“, in: ebd.; „März 1922“, in: ebd., 19.3.1922; „Die Märzgedächtniskundgebungen der KPD“, in: ebd.; „Gedächtniskundgebungen der KPD“, in: ebd., 20.3.1922, AA. Angesichts der Häufigkeit, mit der Freiligrath in der Arbeiterbewegung zitiert wurde, ist das Urteil von George L. Mosse, das Liedgut der 48er-Revolution sei in der Weimarer Republik vollkommen vergessen gewesen, *nicht* haltbar. Vgl. Mosse, Die Nationalisierung der Massen. Politische Symbolik und Massenbewegungen von den Befreiungskriegen bis zum Dritten Reich, Frankfurt a. M./New York 1993, S. 193 f.; Heuss, 1848. Die gescheiterte Revolution, S. 222.

³⁶⁵ Kersten, „Die Märzrevolution 1848 und die Berliner Studenten“, in: RF, 19.3.1922. Engels hatte geurteilt, die Studenten hätten sich 1848 – mit Ausnahme der Akademischen Legion in Wien – im Kampf feige gezeigt. Engels, Revolution and Counter-Revolution, S. 54, 78. Valentin nennt in seiner Revolutionsgeschichte auch die Zahl von an die hundert an den Berliner Märzkämpfen beteiligten Studenten. Vgl. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1, S. 433 f.

Die Demokraten

Neben der Presse der Arbeiterbewegung widmete sich lediglich die auf dem linken Flügel der bürgerlichen Demokratie stehende *Berliner Volkszeitung* ab 1921 Jahr für Jahr der Erinnerung an 1848. Dieses Bemühen war insbesondere in den Jahren bis 1923 eindeutig mit der Absicht verbunden, die Erinnerung an die 48er-Revolution im Bürgertum wieder zu beleben. Wohl nicht zufällig setzte die *Volkszeitung* mit ihrem Wiederbelebungsversuch 1921 ein, ein Jahr nachdem der Kapp-Putsch die Gefahren, die der Republik von rechts drohten, offensichtlich gemacht hatte – für Demokraten und Republikaner musste es noch zusätzlich deprimierend sein, dass der Putschist Wolfgang Kapp der Sohn des Achtundvierzigers Friedrich Kapp war.³⁶⁶

Der Redakteur der *Berliner Volkszeitung* Karl Vetter schrieb 1921 einen programmatischen Artikel zum Märzfeiertag. Vetter war auch Autor einer 1923 anonym veröffentlichten Schrift, die die Entscheidung von Reichspräsident Ebert, das als „Deutschlandlied“ bekannte „Lied der Deutschen“ Hoffmann von Fallersleben zur Nationalhymne zu erklären, rechtfertigte, und 1924 unternahm er mit seinem Redakteurskollegen Carl von Ossietzky den erfolglosen Versuch, eine neue republikanische Partei zu gründen.³⁶⁷

In den Augen Veters war vor dem Weltkrieg, so schrieb er in seinem Beitrag zum Märzfeiertag 1921, der Besuch an den Gräbern der Märzgefallenen der „feierlichste und ernsteste Gang des Jahres“ gewesen, und er beklagte, dass „Wilhelms Schulunteroffiziere“ aus der bürgerlichen 48er-Revolution eine „Pöbelrevolte“ gemacht hätten.³⁶⁸ Zu einem etwas anders gelagerten Urteil über die Revolutionserinnerung im Kaiserreich kam 1923 Axel von Harnack. Nach der Reichsgründung habe sich in weiten Kreisen des gebildeten Bürgertums eine abfällige Haltung gegenüber der 48er-Revolution breitgemacht, die sich in dieser Form kaum in der wissenschaftlichen Literatur über die Revolution wiederfinde:

„Sie kennzeichnet sich durch die zahlreichen und groben Vorwürfe gegen die weltfremden Professoren, gegen den Mangel an Entschlossenheit aufseiten der Regierungen wie des

³⁶⁶ Vgl. Karsten Rudolph, ‚Streitbare Republikaner‘ in der frühen Weimarer Republik. Preußen und Sachsen im Vergleich, in: Klaus Schönhoven/Bernd Braun (Hg.), Generationen in der Arbeiterbewegung (=Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Bd. 12), München 2005, S. 211-242, hier: 221; „Friedrich Kapp – ein Achtundvierziger“, in: RB, 1 (1924), Nr. 2.

³⁶⁷ Vgl. Ursula Mader, Wie das ‚Deutschlandlied‘ 1922 Nationalhymne wurde, in: ZfG, 38 (1990), S. 1088-1110, hier: 1090; Buchner, Um nationale und republikanische Identität, S. 161 f.; Carl v. Ossietzky, Die große republikanische Partei, in: Die Weltbühne, 24 (1928), I, S. 927-930; „Aufruf der Republikanischen Partei. Zur politischen Erneuerung“, in: BT, 6.2.1924, MA; Ernst Feder, „Neue Parteien“, in: BT, 6.2.1924, AA.

³⁶⁸ Auch: Gertrud Bäumer, Der Geist der Achtundvierziger und die deutsche Politik, in: Die Hilfe, 29 (1923), S. 161 f., hier: 161.

Parlaments, sie tritt auf mit der unbeweisbaren Behauptung, dass schon 1848 ‚ein großer Mann‘ die Einigung Deutschlands hätte vollziehen können.“

Diese Ansichten seien von Leitartikel zu Leitartikel und von Wahlversammlung zu Wahlversammlung weitergetragen worden.³⁶⁹

Um Respekt vor dem Jahr 48 einzufordern, zitierte Vetter in seinem Artikel Karl Schurz:

„Karl Schurz schrieb über die Märztage 1848: ‚Was im deutschen Volke die Erinnerung an den Frühling besonders wert machen sollte, ist die begeisterte Opferwilligkeit für die große Sache, die damals in seltener Allgemeinheit fast alle Gesellschaftsklassen durchdrang. Das ist eine Stimmung, die, wenn sie auch zuweilen phantastische Übergriffe veranlassen mag, ein Volk in sich achten, deren es sich gewiss nicht schämen soll. Es wird mir warm ums Herz, so oft ich mich in jene Tage zurückversetze [...] Ich kannte in meiner Umgebung viele redliche Männer, Gelehrte, Studierende, Bürger, Bauern, Arbeiter, mit oder ohne Vermögen, mehr oder minder auf ihre tägliche Arbeit angewiesen, um sich und ihren Angehörigen einen anständigen Lebensunterhalt zu sichern; ihrem Berufe ergeben, nicht allein aus Interesse, sondern auch aus Neigung; aber damals jeden Augenblick bereit, Stellung, Besitz, Aussichten, Leben, alles in die Schanze zu schlagen für die Freiheit des Volkes und für die Ehre und Größe des Vaterlandes. Man respektiere den, der bereit war, sich für eine gute und große Idee totschiessen zu lassen.“³⁷⁰

Vetter forderte, der Jugend beizubringen, dass ohne 1848 die „Teilerfüllung des deutschen Traumes“ 1871 unmöglich gewesen wäre. Eine solche Erziehung sei zur Schaffung des „großdeutschen Volksstaates“ dringend erforderlich. Genau dieser Aufgabe widmete sich der von Vetter im Folgenden vorgestellte „Republikanische Reichsbund“, dessen stellvertretender Vorsitzender er 1923 werden sollte. Gegen die „Feinde der Achtundvierziger und der Weimarer Verfassung“ arbeite der Reichsbund an der Erfüllung des Werkes der Vorkämpfer von 1815 und 1848. Der Artikel endete mit dem Aufruf, an den Gräbern der Märzgefallenen zu geloben, jedem Versuch, den „Büttelstaat“ wieder zu errichten, zu widerstehen.³⁷¹ Das wie

³⁶⁹ Axel von Harnack, Die Paulskirche im Wandel der Geschichtsauffassung, in: Zeitschrift für Politik, 12 (1923), S. 235-247, hier: 238 f.

³⁷⁰ Vgl. Carl Schurz, Lebenserinnerungen. Bis zum Jahre 1852, Berlin 1906, S. 130. Dieses Schurz-Zitat war der 1914 in erster Auflage erschienenen Quellensammlung Tim Kleins über 1848 vorangestellt. Vgl. Klein (Hg.), Der Vorkampf deutscher Einheit, S. 2; auch abgedruckt in einer kleinen Auswahl aus der Sammlung Kleins: Die Märzrevolution 1848 in Berlin und in Preußen, in: Die Hilfe, 34 (1928), S. 128-130, hier: 130; außerdem zitiert im Gedenkbuch der Reichsregierung zum zehnten Verfassungstag 1929: Deutsche Einheit, deutsche Freiheit, S. 62. Schurz hatte 1898 an einer Märzfeier von sechshundert Deutschamerikanern in New York teilgenommen. Vgl. Hörth, Gedenkfeiern, S. 36 f.

³⁷¹ Karl Vetter, „Freiheit und Einheit!“, in: BVZ, 18.3.1921, MA; zum Republikanischen Reichsbund: „Konferenz des Republikanischen Reichsbundes“, in: BT, 19.5.1923, MA; „Republikanischer Reichsbund. Die Frankfurter Tagung“, in: BT, 20.5.1923, MA.

die *Volkszeitung* im Mosse-Verlag erscheinende *Berliner Tageblatt* veröffentlichte am selben Tag einen Beitrag mit dem gleichen Tenor.³⁷²

Ganz auf der Linie der Forderungen Vettters lag ein im Jahr darauf in der *Volkszeitung* und im *Berliner Tageblatt* veröffentlichter Aufruf „am Jahrestag der Märzerhebung 1848“ des Reichsausschusses der Jungsozialisten, SPD, des Reichsbundes der demokratischen Jugendvereinigungen und der Arbeiter-Jugendvereine. Der Aufruf sollte widerlegen, dass die Republik in der Jugend keine Anhänger habe.³⁷³ Wie schwer der Versuch einer Belebung der 48er-Tradition im Bürgertum war, beschrieb am folgenden Tag ein Kommentar in der *Volkszeitung*. Zwar sei die Republik durch die Ereignisse der vergangenen Jahre bereits „tausendmal“ legitimiert, doch müsse sie auch durch die Geschichte legitimiert werden. Der Autor fragte, was die Zeitgenossen noch mit den Arbeitern, Bürgern und Studenten von 1848 verbinde, die „in ihrer altfränkischen Tracht“ erschienen „wie die Boten einer anderen Welt“.

Wie schon Vetter im Jahr zuvor klagte der Kommentar den Schulunterricht der Vorkriegszeit an. Die Schule habe das „geistige Band“ mit 1848 zerschnitten, indem sie auf die unbedeutendste Episode des Siebenjährigen Krieges mehr Zeit als auf das „größte Revolutionsjahr deutscher Geschichte“ verwendet habe. Rhetorisch fragte der Artikel, was die Jugend denn von Friedrich Hecker und Robert Blum, den großen Rednern in der Paulskirche und von Karl Schurz wisse, dessen Autobiografie jedem Vierzehnjährigen auf den Lebensweg mitgegeben werden solle.

„Nichts hat der Geschichtsunterricht bewahrt und weitergegeben als den bösen und ungerechten Spottvers:

„Sechundreißig Professoren,

Vaterland, du bist verloren;

Sechundreißig Advokaten,

Vaterland, du bist verraten!“

Optimismus schöpfte der Autor aus der Niederschlagung des Kapp-Putsches zwei Jahre zuvor. Dessen Bezwingung werde unter den Zeitgenossen fortwirken wie der „Geist des Sturmjahres“, der den „starren und hochmütigen König von Preußen“ gezwungen habe, vor

³⁷² „Der 18. März. Die deutsche Republik“, in: BT, 18.3.1921, MA.

³⁷³ „Aufruf: Jugend und Republik. Ein Treuebekenntnis zum 18. März“, in: BVZ, 17.3.1922, MA; „Ein Aufruf zum 18. März. Jugend und Republik“, in: BT, 17.3.1922, MA. Das *Berliner Tageblatt* publizierte 1922 außerdem eine Erzählung zum 18. März: „Meyerbeer“. Eine Erinnerung an den 18. März 1848“, in: BT, 18.3.1922, AA.

den Märzgefallenen den Hut zu ziehen. Dazu forderte er abschließend „Mut zur Erinnerung ein“, insbesondere von der Jugend.³⁷⁴

Der Märzfeiertag

Was die Besucherzahlen am Märzfeiertag an den Gräbern im Friedrichshain betraf, stimmten die Zentralorgane der Arbeiterparteien und die *Volkszeitung* in den Jahren 1919 bis 1922 überwiegend *nicht* überein, wobei es in erster Linie die demokratische Zeitung und die *Freiheit* waren, die registrierten wie zahlreiche beziehungsweise wenig zahlreiche der Besuch an den Gräbern war. Im Jahr 1919 verzeichneten die Zeitungen unisono (die *Rote Fahne* erschien nicht), als zeitgleich in Berlin die Märzkämpfe tobten und über die Stadt der Belagerungszustand verhängt war, einen geringen Besuch an den Gräbern und auch nur wenige niedergelegte Kränze. Laut dem *Vorwärts* stammten die überwiegend in „leuchtendem Rot“ gehaltenen Kränze von den Berliner Anarchisten, der USPD, dem sozialdemokratischen Zentralorgan selbst sowie einigen Beleg- und Gewerkschaften.³⁷⁵

Wegen des Kapp-Putsches erschienen 1920 die Zeitungen am Märzfeiertag nicht. Im Jahr darauf berichteten lediglich die *Freiheit* und die *Volkszeitung* vom Besuch an den Gräbern. Die Zeitung der Unabhängigen Sozialdemokraten lieferte auch eine Interpretation des Märzgedenkens, die der kommunistischen weitgehend entsprach. Zunächst vermerkte sie, dass, nachdem die Demokraten fast ausgestorben seien, nur noch die Arbeiter der Toten von 1848 gedachten. In Anspielung wohl insbesondere auf den Kapp-Putsch hieß es dann, dass die Arbeiter, die den Friedhof im Friedrichshain oder den in Friedrichsfelde besuchten, um dort Kränze niederzulegen, das im Andenken an die „Klassenkämpfer“ täten, die im Kampf gegen die Reaktion ihr Leben gelassen hätten.³⁷⁶

Während Carl von Ossietzky, der allerdings schon in der Morgenausgabe der *Volkszeitung* vom 18. März 1921 berichtete, nur wenige Besucher im Friedrichshain zählte und konstatierte, 1848 sei „historisch“ geworden – dabei allerdings „Groß-Deutschland“ als noch

³⁷⁴ „Die deutschen Märzideale“, in: BVZ, 18.3.1922, MA. Knapper, aber mit dem gleichen Tenor: „Zum 18. März“, in: BT, 18.3.1922, MA. In diesem Jahr eines Wiederbelebungsversuchs der 48er-Tradition durch Teile der linksliberalen Presse behauptete die *Kreuzzeitung* am 18. März: „Auffallenderweise schweigt sich die demokratische Presse diesmal über den von ihr so geschätzten und gefeierten 18. März aus. [...] Die Erbschaft hat in weitgehendem Maße die *sozialistische* Presse übernommen.“ „Märzgedanken und Märzerinnerungen“, in: NPZ, 18.3.1922, AA.

³⁷⁵ „Auf dem Friedhof der Märzgefallenen“, in: Vorwärts, 18.3.1919, AA; „Auf dem Friedhof der Märzgefallenen“, in: Freiheit, 19.3.1919, MA; „Der Friedhof der Märzgefallenen“, in: BVZ, 18.3.1919, AA; „Auf dem Friedhof der Märzgefallenen“, in: VZ, 18.3.1919, AA; vgl. Ehls, Protest und Propaganda, S. 54.

³⁷⁶ „Der 18. März“, in: Freiheit, 18.3.1921, AA.

offene Forderung nannte –, berichtete die *Freiheit* in einem ausführlichen Artikel am Tag darauf von einem zahlreichen Besuch von Männern und Frauen sowohl im Friedrichshain als auch in Friedrichsfelde.³⁷⁷ Im Hinblick auf den Friedrichshain erwähnte sie dabei, dass dort neben den Märzgefallenen die „Opfer der neuen deutschen Revolution“ lägen.

In einer historischen Reminiszenz empörte sich die Zeitung mit „brennender Scham“ über die Polizisten, die in der Vorkriegszeit die Kränze für die Märzgefallenen inspiziert und, falls sie den Inhalt der Worte auf den Kranzschleifen für revolutionär befunden, diese mit einer Schere abgetrennt hatten. Mit großer Ausführlichkeit vermerkte die *Freiheit*, wer alles Kränze im Friedrichshain niedergelegt hatte. Darunter war der Bezirksverband Berlin-Brandenburg der USPD, dessen Kranzschleife den Vers trug:

„Wie einst, so jetzt
Ist wieder nun das Volk belogen,
Das Sturmesbanner ist zerfetzt,
Zum zweitenmal sind wir betrogen.
Doch nicht vergebens sein
Soll euer stummes Mahnen:
Bald weh’n im Völkerfrühlingsschein
Die roten Siegesfahnen.“

Weitere Kränze stammten von der Zentralleitung, der Reichstags- und der Landtagsfraktion der USPD sowie von der Zeitung selbst. Auch die Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend und der Bezirksverband der MSPD hatten Kränze niedergelegt, wobei der des Letzteren die in den Augen der *Freiheit* bezeichnende Inschrift trug: „Den Kämpfern für demokratische Freiheit!“ Schließlich nannte der Bericht ein gutes halbes Dutzend Betriebsbelegschaften, die Kränze gespendet hatten.³⁷⁸

Ein Jahr später berichteten die Zentralorgane aller drei Arbeiterparteien vom Besuch an den Gräbern der Märzgefallenen. Während der *Vorwärts* und die *Freiheit* am 18. März nur wenige Besucher ausmachten, berichtete die *Rote Fahne* für den 19. März von einem zahlreichen Erscheinen ihrer Anhänger. Die *Freiheit*, die erneut einen langen Artikel brachte, rahmte diesen mit Freiligraths Gedicht die „Toten an die Lebenden“. Der in einer scharfen Tonlage gehaltene Artikel sprach verbittert davon, dass die Zahl der niedergelegten Kränze Jahr für

³⁷⁷ Carl v. Ossietzky, „Bei den Märzgefallenen“, in: BVZ, 18.3.1921, MA.

³⁷⁸ „An den Gräbern der Revolutionsopfer“, in: *Freiheit*, 19.3.1921, MA.

Jahr abnehme: „Faulende, stinkende Indifferenz macht sich breit.“ Ebenso verbittert wurde die Spaltung der Arbeiterbewegung erwähnt; solange dieser Zustand anhalte, hätten die Toten der Revolution ihr Leben für „hirnlose Zwerge“ hingegeben.³⁷⁹

Sowohl der *Vorwärts* als auch die *Rote Fahne* erinnerten 1922, wie schon im Jahr zuvor die *Freiheit*, an die Zensurpraxis der Polizei am Gedenktag der Märzgefallenen vor dem Weltkrieg.³⁸⁰ Der sozialdemokratischen Zeitung diene diese Reminiszenz als Kontrast zur Gegenwart. Vor dem Krieg seien Tausende zu den Gräbern gepilgert und die Polizei in großer Zahl präsent gewesen; von dem diesjährigen Märzfeiertag zeichnete sie hingegen das folgende Bild:

„Heute ist es friedlicher dort draußen; die Vögel zwitschern und dann und wann naht eine Kranzdeputation. Kein Polizist schenkt ihnen Beachtung. Es ist alles so selbstverständlich.“

Der Märzfeiertag schien für die auf dem Boden der Republik stehende Sozialdemokratie ohne die rituelle Konfrontation mit der Staatsmacht aus der Vorkriegszeit seinen Reiz verloren zu haben. Pflichtgetreu vermerkte der *Vorwärts* als Kranzspender die eigene Redaktion, den Bezirksverband der MSPD sowie Betriebe und Gewerkschaften.³⁸¹ Laut der *Roten Fahne* hatten die Kommunisten am 19. März in Berlin und im Reich zur Unterstützung „der Opfer der weißen Justiz“ erfolgreich mobilisiert und sowohl im Friedrichshain als auch in Friedrichsfelde hätten sich zahlreiche Männer und Frauen eingefunden. Im Friedrichshain, den sie als „Ruhestätte der Märzgefallenen und der Opfer der Noske-Soldateska“ bezeichnete, hatten, so die Zeitung, zahlreiche Betriebe und der Zentral- sowie der Bezirksverband der KPD Kränze niedergelegt.³⁸²

Die französische 48er-Revolution

In der 48er-Revolutionserinnerung Anfang der 1920er-Jahre kam die französische 48er-Revolution nur selten zur Sprache, aber die wenigen Male, dass dies geschah, waren von erheblicher Bedeutung. Interessant ist in diesem Zusammenhang eines der Ergebnisse von Doerings Studie über die Darstellung der 48er-Revolution in Schulgeschichtsbüchern im Kaiserreich, der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Demnach wurde in den

³⁷⁹ „Bei den Toten des März. Gestern im Friedrichshain“, in: *Freiheit*, 19.3.1922, MA. Im Jahr zuvor hatte die *Freiheit* in einem Gedicht zum Märzfeiertag die Arbeiter aufgefordert, an den Gräbern der Märzgefallenen zu schwören, sich zu einigen: Otto Maier, „Wir sind noch Brüder! Dem Andenken der gefallenen Revolutionskämpfer“, in: ebd., 18.3.1921, MA.

³⁸⁰ „Der 18. März“, in: RF, 18.3.1922, MA.

³⁸¹ „Im Friedrichshain. Der Jahrestag der Märzopfer“, in: *Vorwärts*, 18.3.1922, AA.

³⁸² „Gedächtniskundgebungen der KPD“, in: RF, 20.3.1922, AA.

Lehrbüchern für höhere Schulen des Kaiserreichs der europäischen Dimension der Revolution bemerkenswert viel Raum eingeräumt. In den beiden folgenden Epochen sei das quantitative Gewicht dieses Aspekts der Revolution in den Schulbüchern „frappant“ gefallen, das galt insbesondere auch für den französischen Schauplatz.³⁸³

Die von Gustav Stresemann herausgegebenen *Deutschen Stimmen* äußerten sich im November 1920 zur Gewährung des Rechts auf Arbeit durch die französische republikanische Revolutionsregierung von 1848. Der Beitrag schrieb Revolutionen, den französischen sowie der deutschen „Novemberrevolution“, generell die folgenden Charakteristika zu: Demagogie, Tumulte, Straßendemonstrationen, „Umkehrung aller Begriffe von Ordnung und Autorität“ sowie „Kopflösigkeit gegenüber dem Ansturm der Massen und der Pöbelherrschaft“. Das „Recht auf Arbeit“ wurde in dem Artikel als kommunistischer Begriff bezeichnet und seine Einführung in Frankreich im Februar 1848 als Proklamation der Anarchie gewertet, da es unweigerlich in den Staatsbankrott habe führen müssen. Deshalb habe die aus den Wahlen zur Nationalversammlung hervorgegangene Mehrheit der Ordnungsparteien die zur Erfüllung des Rechtes auf Arbeit eingerichteten Nationalwerkstätten schließen wollen.

Die daraufhin im Juni 1848 in Paris ausgebrochene Revolte stuften die *Deutschen Stimmen*, wie schon der Chefredakteur des *Vorwärts* Stampfer im März 1918, als „kommunistischen Aufstand“ ein. Der Revolutionsgeneral Cavaignac habe „den Pöbelaufstand der *Pariser Spartakisten*“ blutig niedergeschlagen.³⁸⁴ Die Zeitschrift machte große Ähnlichkeiten zwischen dem Pariser Juniaufstand von 1848 und den Januar- und Märzputschen in Berlin 1919 aus; die Grausamkeit der Kämpfe auf beiden Seiten sei 1848 und 1919 die gleiche gewesen, allerdings sei die Pariser Ordnungsregierung nicht in eine annähernd so bedrängte Lage geraten wie die von Ebert 1919. Angesichts des Blutbades, in dem 1848 in Paris die Einführung des Rechtes auf Arbeit geendet habe, hofften die *Deutschen Stimmen*, dass kein „vernünftiger Mensch“ die Wiederholung dieses Experiments anstreben könne.³⁸⁵

³⁸³ Doering, Das sperrige Erbe, S. 330 f. (Zitate), auch: 348, 518.

³⁸⁴ Das Urteil über die französischen Nationalwerkstätten und über die Niederschlagung des Juniaufstands durch Cavaignac 1848 entsprach dem der Schulgeschichtsbücher von Kaiserreich und Weimarer Republik. Vgl. Doering, Das sperrige Erbe, S. 354-357.

³⁸⁵ W. Rochlitz, Das Revolutionsjahr 1848 und das ‚Recht auf Arbeit‘, in: Deutsche Stimmen, 32 (1920), S. 768-771; vgl. Hartenstein, Die Anfänge der Deutschen Volkspartei, S. 48-50; zur Einführung des Rechtes auf Arbeit und den Nationalwerkstätten nach der französischen Februarrevolution 1848 vgl. Winkler, Geschichte des Westens, S. 568-570, 595-599; Wolfgang J. Mommsen, Die Revolution von 1848/49 und der Liberalismus, in: Jahrbuch zur Liberalismusforschung, 11 (1999), S. 181-198, hier: 185. Hingegen würdigte Paul Kampffmeyer 1928 in den *Sozialistischen Monatsheften* das Pariser Arbeiterparlament von 1848 und auch die Nationalwerkstätten. Louis Blanc sei es dabei darum gegangen, das Proletariat durch den Aufbau einer

Auch wenn er ein anderes Vokabular verwendete, kam der Sozialdemokrat Eduard Bernstein in seinem 1921 mit einem Vor- und Nachwort sowie einem Einschub nachgedruckten Epilog aus den 1890er-Jahren zur deutschen Übersetzung von Louis Héritiers Geschichte der französischen 48er-Revolution in der Wertung letztlich zum gleichen Ergebnis. Seinerzeit hatte Bernsteins Auseinandersetzung mit der französischen 48er-Revolution eine große Bedeutung für die Entwicklung seiner revisionistischen Thesen gehabt. Bernstein schrieb in dem Einschub von 1921, für die bürgerliche Republik sei es eine Notwendigkeit gewesen, den Juniaufstand niederzuwerfen. Außerdem nannte er es eine „falsche Legende“, dass die Proletarier von Natur aus kampfesmutig und die Bourgeoisie von Natur aus feige sei. Schon in der ursprünglichen Fassung des Epilogs aus den 1890er-Jahren hatte Bernstein einen Sieg des revolutionären Sozialismus 1848 in Frankreich als unmöglich bezeichnet, dagegen sei bei entsprechender Führung des revolutionären Pariser Volkes sehr wohl der Sieg der bürgerlichen Republik möglich und die Junischlacht vermeidbar gewesen. Der von Bernstein derart kritisierte Pariser Juniaufstand von 1848 war ein Gründungsmythos des Sozialismus.³⁸⁶

In der Einleitung nannte Bernstein als Grund für den Sonderabdruck seines vor vielen Jahren geschriebenen Textes die Parallelen zwischen der deutschen Revolution von 1918 und der französischen von 1848. Dies führte er im Nachwort, das sich eine „Nutzanwendung für die Gegenwart“ nannte, näher aus. Demnach gab es zwei Strömungen im Sozialismus, von denen die eine durch einen „fast unbegrenzten Glauben an die Revolutionsgewalt“ charakterisiert sei. Zu dieser Strömung habe 1848 in Frankreich Auguste Blanqui gehört und in der Gegenwart gehörten die Bolschewiken dazu. Bernstein sah nun einen Grund für den Erfolg der bolschewistischen Propaganda in der Weimarer Republik darin, dass auch in der Sozialdemokratie, die die andere Strömung des Sozialismus repräsentiere, Schlagworte fortlebten, „die einer Zeit entstammen, wo jene sozialistische Theorie und Phraseologie aufkam, aus der der Bolschewismus seine bestechendsten Argumente herleitet“.³⁸⁷

sozialistischen Kultur abzuschaffen – das alles habe Ferdinand Lassalle stark beeindruckt. Kampffmeyer, Staatsgewalt und Kultur, in: Sozialistische Monatshefte, 34 (1928), I, S. 199-203, hier: 199 f.

³⁸⁶ Vgl. Gildea, Mythen der Revolutionen von 1848, S. 1208 f.; Bouvier, Zur Tradition von 1848, S. 1179, 1184; dies., Französische Revolution und deutsche Arbeiterbewegung, S. 114 f., 334 f.

³⁸⁷ Eduard Bernstein, Wie eine Revolution zugrunde ging. Eine Schilderung und eine Nutzenanwendung, Stuttgart 1921, S. 8 f., 15, 29-32, 35-38, 55, 57, 65; auch: ders., 1789 – 1848 – 1918/19, in: Deutscher Revolutionsalmanach für das Jahr 1919 über die Ereignisse des Jahres 1918, hg. v. Ernst Drahn/Ernst Friedegg, Berlin 1919, S. 34-38, hier: 34; vgl. Bouvier, Zur Tradition von 1848, S. 1190; Klaus-Michael Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996, S. 226; zu Blanqui vgl. Winkler, Geschichte des Westens, S. 569, 595 f.

Die kommunistische *Rote Fahne* warf Bernstein in ihrer Besprechung von dessen Schrift vor, dass die Verteidigung von Cavaignacs Niederschlagung des Juniaufstands verbunden mit dem Vergleich zwischen 1848 und 1918 auf die Rechtfertigung Gustav Noskes hinauslaufe. Ebenfalls von kommunistischer Seite hielt Paul Fröhlich in einem Beitrag in dem 1923 erschienenen „1848. Ein Lesebuch für Arbeiter“ Bernstein vor, er verwerfe letztlich jeden revolutionären Kampf:

„Der Staat verliert für ihn seinen Klassencharakter, er wird ihm zur simplen Demokratie, für deren ewige Herrlichkeit er schwärmt wie irgendein Liberaler von 1848.“

Abschließend urteilte Fröhlich: „Von der Rechtfertigung Cavaignacs bis zu Noskes Tat ist es nur ein Schritt.“³⁸⁸

5. Märzgedenken im Jubiläumsjahr 1923

Das Gedenken an die 48er-Revolution an ihrem 75-jährigen Jubiläum 1923 überschritt das in den Vorjahren bei weitem. In diesem Jahr war nicht nur der 18. März als Gedenktag der Barrikadenkämpfe in Berlin Anlass für Feierlichkeiten, sondern auch der 18. Mai, der Tag des Zusammentritts des Paulskirchenparlaments in Frankfurt am Main. Sollte das Revolutionsgedenken aber dazu dienen, nicht nur außenpolitische Forderungen wie die nach dem Anschluss Deutschösterreichs zu erheben, sondern auch dazu, durch die Erinnerung an eine freiheitliche Tradition im Innern die Demokratie und die Republik zu festigen, dann wurde dies durch die französische Ruhrbesetzung Anfang 1923, die in den folgenden Monaten das überragende politische Thema in Deutschland war, ungemein erschwert.³⁸⁹ Zwischen den Arbeiterparteien verschoben sich im Krisenjahr 1923 die Gewichte. Der Historiker Hermann Weber vermutet, dass es den Kommunisten 1923 zeitweise gelang, die Mehrheit der Arbeiter auf ihre Seite zu ziehen.³⁹⁰

Auseinandersetzung in der Berliner Stadtverordnetenversammlung

Für große Empörung sorgte bei den Sozialdemokraten und auch den Kommunisten eine Entscheidung der Berliner Stadtverordnetenversammlung unmittelbar im Vorfeld des Märzfeiertags. Schon am 15. Februar hatte der *Vorwärts* berichtet, dass sich auf der

³⁸⁸ „Die ‚Vorfahren‘“, in: RF, 27.4.1922; Paul Fröhlich, Die deutsche Sozialdemokratie und die Revolution von 1848, in: 1848. Ein Lesebuch für Arbeiter, Berlin 1923, S. 111-122, hier: 119-122 (Zitate: 120, 122); auch: „Bücherschau. ‚1848‘ – ein Lesebuch für Arbeiter“, in: RF, 30.3.1923.

³⁸⁹ Vgl. Ein Demokrat kommentiert Weimar. Die Berichte Hellmut von Gerlachs an die Carnegie-Friedensstiftung in New York 1922–1930, hg., eingel. u. erläutert v. Karl Holl/Adolf Wild. Mit einem Vorwort von Alfred Kantorowicz, Bremen 1973, S. 69, 76; Giovannini, Die ‚Verwertung‘ der 1848/49er-Revolution, S. 158.

³⁹⁰ Vgl. Weber, Kommunismus in Deutschland, S. 90.

Tagesordnung der Berliner Stadtverordnetenversammlung seit Monaten ein sozialdemokratischer Antrag befand, der vom Magistrat die Instandsetzung des Friedhofs der Märzgefallenen fordere. Diese Auseinandersetzungen knüpften an den großen Streit um die Instandsetzung des Friedhofs aus Anlass des 50. Revolutionsjubiläums 1898 an. Bereits in der Revolution von 1918/19 hatte die *Freiheit* in Erinnerung an diese Auseinandersetzungen die Herrichtung des Friedhofs und die Setzung eines Denkmals gefordert.

Laut dem sozialdemokratischen Zentralorgan waren es ursprünglich die Kommunisten gewesen, die einen Antrag in dieser Sache vor einem knappen Jahr eingebracht hatten. Im Hauptausschuss sei dieser nur deswegen mit den Stimmen von Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen worden, weil die Vertreter des „freiheitlichen Bürgertums“ es nicht gewagt hätten, dagegen zu stimmen. Allerdings sei der Antrag anschließend im Plenum durch das Zusammenwirken aller bürgerlichen Parteien abgelehnt worden.³⁹¹ Einem weiteren Artikel im *Vorwärts* am 16. März war der Inhalt des durchgefallenen Antrags genauer zu entnehmen. Wie schon 1898 waren eine Umwehrung des Friedhofs mit entsprechendem Eingangstor und die Errichtung eines einfachen Denksteins mit Inschrift gefordert worden.

Eine erste Beratung des sozialdemokratischen Antrags am 1. März 1923 führte zu einer Vertagung der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, weil es während einer ablehnenden Rede eines Deutschnationalen zu einer Schlägerei zwischen deutschnationalen Zuschauern und zwei kommunistischen Stadtverordneten kam. Am 15. März beschloss die Stadtverordnetenversammlung mit großer Mehrheit den im Vergleich zum durchgefallenen stark abgeschwächten Antrag, der lediglich den Magistrat um einen Vorschlag ersuchte, wie der Friedhof der Märzgefallenen „dauernd in würdigem Zustande zu erhalten“ sei.

Ein Änderungsantrag der Sozialdemokraten im Sinne des durchgefallenen Antrags war zuvor nach, laut *Berliner Tageblatt*, „sehr stürmischen Debatten“ von den bürgerlichen Parteien einschließlich der Demokraten mit 101 gegen 92 Stimmen abgelehnt worden. In derselben Sitzung scheiterte ein weiterer sozialdemokratischer Antrag, den „Königsplatz“ in „Platz der Republik“ umzubenennen, wiederum am Votum aller bürgerlichen Parteien.³⁹² Die dem

³⁹¹ „Die Gräber der Märzgefallenen“, in: *Vorwärts*, 15.2.1923, MA; zur Vorgeschichte auch: „Die Pforte zu den toten Kämpfern“, in: *Vorwärts*, 11.10.1925; zu den Mehrheitsverhältnissen in der Stadtverordnetenversammlung vgl. Otto Büsch, *Entstehung und Leistung*, S. 58, 63.

³⁹² „Berliner Demokraten. Gegen den Märzgefallenen-Denkstein – Für die ‚Königsplatz‘-Rettung“, in: *Vorwärts*, 16.3.1923; „Sturm im Stadtverordnetensaal. Schlägerei auf der Tribüne“, in: *VZ*, 2.3.1923, MA; „Der Friedhof der Märzgefallenen. Die Ausschmückung“, in: *BT*, 17.3.1923, AA; auch: „Der ‚Platz der Republik‘. Die Umtaufe des Königsplatzes von der Berliner Stadtverordnetenversammlung abgelehnt.“, in: *BT*, 16.3.1923;

linken Flügel der DDP zuzurechnende *Berliner Volkszeitung* hatte vergeblich zwei Tage vor der entscheidenden Abstimmung in der Stadtverordnetenversammlung über die Instandsetzung des Friedhofs im Friedrichshain an die von diesem Gremium 1898 beschlossene, jedoch von den übergeordneten Behörden verhinderte Denkmalssetzung für die Märzgefallenen erinnert und an das Stadtparlament appelliert, diesen den „Dank abzustatten“, den sie verdienten.³⁹³

Die drei großen linksliberalen Tageszeitungen informierten ihre Leser bemerkenswerterweise nicht wirklich über die Auseinandersetzung in der Berliner Stadtverordnetenversammlung – die *Frankfurter Zeitung* überhaupt nicht, die *Vossische* lediglich über die abgebrochene Sitzung am 1. März und das *Berliner Tageblatt* erwähnte bloß die Tatsache der Auseinandersetzungen, ohne aber ihren Inhalt zu schildern. Für die *Rote Fahne* war in diesen Tagen weniger der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zum Märzgefallenenfriedhof Gegenstand der Empörung, sondern das Fortbestehen des vom sozialdemokratischen Berliner Polizeipräsidenten verhängten kleinen Belagerungszustandes; in der Stadtverordnetenversammlung vom 15. März hatte ein kommunistischer Antrag Zustimmung gefunden, der die Aufhebung des Belagerungszustandes verlangte.³⁹⁴ Auch die *Berliner Volkszeitung* beklagte, dass im Rahmen einer geplanten Jugendfeier im Reichstag zum 18. März der anschließende Marsch vom Königsplatz an die Gräber der Märzgefallenen vom Berliner Polizeipräsidenten verboten worden sei.³⁹⁵

Der Besuch an den Gräbern der Märzgefallenen im Friedrichshain

Die *Rote Fahne* rief am 16. und 17. März die Kommunisten zu vollzähligem Erscheinen zu einer großen Gedächtnisfeier mittags am 18. März auf dem Friedhof im Friedrichshain auf; wegen des kleinen Belagerungszustandes sei es nicht möglich, in geschlossenen Zügen dorthin zu marschieren. Zusätzlich hielt die KPD Gedenkveranstaltungen in den Bezirken ab.³⁹⁶ Am 18. und 19. März sah der Friedhof der Märzgefallenen, der zum Jubiläum vom sozialdemokratisch geführten Bezirksamt Friedrichshain hergerichtet worden war, begünstigt durch schönes Wetter den bis dato zahlreichsten Besuch aus Anlass des

„Aufhebung des Belagerungszustandes“, in: RF, 16.3.1923; „Bürgerliche Märzgedanken. Die großdeutsche Republik“, in: RF, 18.3.1923; „Stadtverordnetenversammlung“, in: Germania, 16.3.1923; „Die Neuorganisation der Städtischen Werke [...] Der ‚Platz der Republik‘ abgelehnt“, in: DTZ, 16.3.1923, MA; vgl. Azaryahu, What is to be remembered, S. 248; auch: Willibald Seemann, „Platz der Republik!“, in: RB, 6 (1929), Nr. 44, Gaubeilage Berlin-Brandenburg.

³⁹³ „Vor fünfundzwanzig Jahren ... Eine stürmische Stadtverordnetenversammlung“, in: BVZ, 13.3.1923.

³⁹⁴ „Aufhebung des Belagerungszustandes“, in: RF, 16.3.1923.

³⁹⁵ „Die Märzfeier im Reichstag. Der verbotene Fackelzug“, in: BVZ, 15.3.1923.

³⁹⁶ „Aufruf zur Gedächtniskundgebung am 18. März!“, in: RF, 16. u. 17.3.1923.

Revolutionsgedenkens überhaupt. Das *Berliner Tageblatt* sprach für den 18. März von „Hunderttausenden“ Besuchern. Zur Vermeidung von Zusammenstößen hielten Sozialdemokraten und Kommunisten ihre Gedächtnisfeiern auf dem Friedhof zu verschiedenen Zeiten ab; auch Gewerkschaften suchten zum Gedenken der Revolutionsoffer den Friedhof auf.³⁹⁷

Laut dem *Vorwärts* marschierten trotz des – vom sozialdemokratischen Zentralorgan *nicht* erwähnten – Belagerungszustandes sowohl Sozialdemokraten als auch Kommunisten in geschlossenen Zügen zum Friedrichshain.³⁹⁸ Die Zeitung erwähnte auch, dass sich unter den sozialdemokratischen Teilnehmern viele „im proletarischen Kampf ergraute Parteigenossen“ befunden hätten, und nannte in diesem Zusammenhang das Parteivorstandsmitglied Pfannkuch. Bei den Kommunisten beteiligten sich an dem Zug auch „Hundertschaften“, die in militärischer Formation und unter entsprechenden Kommandos auf dem Friedhof erschienen. Für die KPD sprachen auf dem Friedhof mehrere Redner.

Im Anschluss an den Besuch an den Gräbern hielten die Sozialdemokraten eine Erinnerungsfeier im Volkspark Friedrichshain ab, auf der sechs Redner sprachen, von denen jedoch keiner zur obersten Führungsriege der Partei gehörte. Auffälligerweise hatten alle vier dieser Redner, zu denen sich biografische Angaben ermitteln ließen, die Reichstagsabgeordneten Siegfried Aufhäuser, Adolph Hoffmann und Franz Künstler sowie das Mitglied des preußischen Landtags Otto Meier, von 1917 bis 1922 der USPD angehört, Hoffmann zwischenzeitlich auch der Vereinigten Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft. Künstler wurde 1924 Vorsitzender der Berliner SPD und behielt diese Funktion bis 1933.³⁹⁹ Das Missfallen des *Vorwärts* erregte wegen deren

³⁹⁷ „Die Märzfeiern am gestrigen Sonntag“, in: BT, 19.3.1923, AA; „Der Friedhof der Märzgefallenen“, in: BVZ, 17.3.1923; „Die März-Feiern“, in: ebd., 19.3.1923, AA; „An den Gräbern der Märzopfer“, in: Vorwärts, 20.3.1923, MA; „Die März-Feiern“, in: FZ, 19.3.1923, MB; „Der 18. März in Berlin. Die Feiern im Friedrichshain und Reichstag“, in: Deutsche Allgemeine Zeitung (fortan: DAZ), 20.3.1923, Reichsausgabe. Die *Vossische Zeitung* machte am Nachmittag des 18. März „Zehntausende“ Besucher auf dem Märzgefallenenfriedhof aus. „Die Feier des 18. März“, in: VZ, 19.3.1923, AA. Die Vorstandskonferenz der Freien Gewerkschaften/ADGB tagte nach Möglichkeit am Märzfeiertag, um in diesem Rahmen der Märzkämpfer zu gedenken. Vgl. Potthoff, Das Weimarer Verfassungswerk, S. 463, FN 135; zur 48er-Tradition in den Gewerkschaften vor dem Ersten Weltkrieg vgl. Peter Friedemann, ‚Wie munter und ordentlich wir unsere Feste zu feiern verstehen‘. Gewerkschaftsfeste vor 1914, in: Düding/Friedemann/Münch (Hg.), Öffentliche Festkultur, S. 373-389, hier: 377; auch: Dieter Düding, Einleitung. Politische Öffentlichkeit – politisches Fest – politische Kultur, in: ebd., S. 10-24, hier: 22.

³⁹⁸ In der sozialdemokratischen *Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung* ist hingegen von „losen Zügen“ der Sozialdemokraten zum Friedrichshain die Rede. „Der 18. März in Berlin“, in: SHVZ, 19.3.1923.

³⁹⁹ Der fünfte Redner war das Mitglied des preußischen Landtags Heinrich Bahlke, der 1920 im Verlag der Buchhandlung Vorwärts eine Broschüre über die weltliche Schule veröffentlicht hatte, zum sechsten vom *Vorwärts* genannten: Kiezmann, war nichts herauszufinden. Vgl. Wilhelm Heinz Schröder, Sozialdemokratische

Abstimmungsverhaltens in der Berliner Stadtverordnetenversammlung in der Frage der Ausgestaltung des Friedhofs der Kranz der DDP mit schwarz-rot-goldener Schleife.

Märzfeiern

Die SPD hielt daneben im Großen Schauspielhaus zum Revolutionsgedenken eine „Proletarische Feierstunde“ ab, auf der bezeichnenderweise Eduard Bernstein sprach, der schon aus Anlass des Märzfeiertags 1915 die Barrikadenkämpfer von 1848 im *Vorwärts* historisiert hatte. Zentral waren Bernsteins Aussagen, dass man nicht „im Einzelnen“ an den Aussprüchen des großen Lehrmeisters Marx hängen dürfe, „als ob sie Dogmen für ewige Zeiten wären“, und, auch wenn er sie lediglich implizit machte, dass die Methoden der Barrikadenkämpfer von 1848 nicht die der Gegenwart sein könnten:

„Mögen wir in Liebe und Treue, so schloss er, jener Märtyrer gedenken, die für das Volk und die Freiheit ihr Leben hingaben und ihrer auch in Zukunft nicht vergessen; mögen wir uns jene stürmische Zeiten in die Erinnerung zurückrufen, die Aufgabe der Lebenden ist es, das Geschehen dieser Zeit, der Gegenwart zu erkennen und danach alle Vorkehrungen für die Zukunft zu treffen.“

Eingerahmt wurde die Feier von Gedichtsrezitationen durch Schauspieler des Staatstheaters. Unter den Gedichten, die gesprochen wurden, waren Freiligraths „Trotz alledem“ und Herweghs „Achtzehnter März“.⁴⁰⁰

Am 18. März fand außerdem im Reichstag eine Jugendfeier statt. Diese wurde nicht von den politischen Parteien, sondern von ihren beziehungsweise weiteren politischen Jugendorganisationen veranstaltet, darunter die Liga Junge Republik, die Jungsozialisten Berlins, der Deutsche Demokratische Jugendverein, der Republikanische Jugendbund Schwarz-Rot-Gold, das Republikanische Studentenkartell, die Weltjugendliga und der Freideutsche Bund. Damit waren die Jugendorganisationen der drei Parteien der Weimarer Koalition vertreten. Vieles deutet darauf hin, dass federführend hinter diesem Gedenken die der 48er-Tradition besonders verpflichtete *Berliner Volkszeitung* stand, deren Redakteur Karl Vetter, der zugleich Vorsitzender der Liga Junge Republik war, die ganze Veranstaltung

Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933. Biographien – Chronik – Wahldokumentation (=Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 7), Düsseldorf 1995, S. 351–353, 512, 573, 609 f.; Heinrich Bahlke, *Die weltliche Schule*, Berlin 1920.

⁴⁰⁰ „Die Ehrung der Märzgefallenen“, in: *Vorwärts*, 19.3.1923, AA; „Die Märzfeier der Berliner Demokraten“, in: BT, 14.3.1923, AA; vgl. Bouvier, *Zur Tradition von 1848 im Sozialismus*, S. 1182.

leitete und Begrüßungsworte sprach. Außerdem hielt mit Carl von Ossietzky ein weiterer Redakteur der Zeitung eine Rede.⁴⁰¹

Die Zeitung veröffentlichte auch das auf der Feier gesprochene Gedicht des Arbeiterdichters Karl Bröger vorab. Ein weiteres rezitiertes Gedicht stammte von Henning Duderstadt, von dem die Zeitung im Vorfeld des Gedenktags ebenfalls ein Gedicht publizierte.⁴⁰² Der Feier wohnte der demokratische Reichsminister Rudolf Oeser bei, der ein ehemaliger Redakteur der im Hinblick auf die 48er-Tradition ebenfalls besonders engagierten *Frankfurter Zeitung* war, jedoch als weitere Vertreter der Exekutiven keine Politiker, sondern lediglich hohe Vertreter der Reichs-, Staats- und Kommunalverwaltung.⁴⁰³ Die Fahnen im Saal und die Schleifen der aufgestellten Kränze waren teilweise in Schwarz-Rot-Gold, teilweise in Rot gehalten.

Carl von Ossietzky gedachte in seiner Rede den unbekannten, namenlosen Kämpfern der Revolution, unter Verweis auf den auf dem Märzgefallenenfriedhof stehenden verwitterten Grabstein mit der Inschrift: „Ein unbekannter Mann“ – um dieses Grabmal betrieb die *Berliner Volkszeitung* in der Weimarer Republik einen regelrechten Kult. Sowohl die Redaktion der *Berliner Volkszeitung* als auch die Liga Junge Republik legten dort im Jubiläumsjahr Kränze nieder.⁴⁰⁴ Von Ossietzky deutete in seiner Rede auch an, warum sich die Demokraten mit dem Revolutionsgedenken so schwer taten:

„Wir wollen, so führte er aus, nicht mit dem Gedanken der Revolution spielen, wir wissen, was blutige Straßenkämpfe sind; aber wir haben Märzgeist, Sturmgeist nötig.“

Nach dieser Konzession an die Skeptiker des Revolutionsgedenkens beklagte Ossietzky, die Republik vergesse, dass sie revolutionären Ursprungs sei; auf jedem „parlamentarischen Bierabend“ erschienen mehr Spitzenrepräsentanten der Republik als auf der Gedenkfeier der Revolution. Er forderte einen politischen Generationenwechsel, die Generation der 1870

⁴⁰¹ „Die Märzfeier des jungen Deutschland im Reichstag“, in: BVZ, 17.3.1923; „Die deutschen Märzfeiern. Die Kundgebungen in Berlin“, in: BT, 11.3.1923, MA; vgl. Wittwer, Die Revolution von 1848/49, S. 185.

⁴⁰² Karl Bröger, „Die Ahnen an die Enkel. Dem Gedächtnis der Märzkämpfer“, in: BVZ, 18.3.1923, MA; Henning Duderstadt, „Friedrichshain“, in: ebd., 13.3.1923. Brögers Gedicht auch noch mal abgedruckt in: „Die Ahnen an die Enkel. Das Gedächtnis der Märzkämpfer von 1848“, in: RB, 2 (1925), Nr. 6. Bröger war später auch Bezirksvorsitzender des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Franken. Vgl. Arno Klönne, „... dass dein ärmster Sohn auch dein getreuester war“. Nation und Sozialdemokratie – der Nürnberger Arbeiterdichter Karl Bröger, in: ders./Karl A. Otto/Karl Heinz Roth (Hg.), Fluchtpunkte. Das soziale Gedächtnis der Arbeiterbewegung, Hamburg 2003, S. 155-159, hier: 157.

⁴⁰³ „Die Erinnerungsfeiern am 18. Mai in Frankfurt“, in: DTZ, 19.5.1923, AA; vgl. Baumgart, Die verdrängte Revolution, S. 112 f.; Gall, Die verfehlte Moderne?, S. 37 f. Oeser hatte 1898 auf der Revolutionsgedenkfeier der süddeutschen Volkspartei gesprochen. Vgl. Hörth, Gedenkfeiern, S. 24, 55.

⁴⁰⁴ „Die Kränze im Friedrichshain“, in: BVZ, 20.3.1923, MA; „Der Tag der Märzgefallenen“ in: BVZ, 19.3.1930, MA; „Nicht vergessen. Am 18. März“, in: BVZ, 18.3.1931, MA; auch: „Bei den Märzgefallenen“, in: Der Abend, 18.3.1929.

Geborenen müsse durch die von 1900 abgelöst werden, der „verstaubte Parteibetrieb“ durch eine „Märzpartei der deutschen Republik“.

Für die Berliner Jungsozialisten kritisierte Kurt Wegner den Mangel an „revolutionärer Begeisterung“ in den republikanischen Parteien und sprach dabei die Abstimmung im Berliner Stadtparlament an. Der höchstrangige Redner auf der Feier war der sozialdemokratische Reichspräsident Paul Löbe. In seiner Rede wurde deutlich, dass die Feier im Schatten der Ruhrbesetzung stand, auch wenn er darüber das Bekenntnis zu innenpolitischer Freiheit nicht vergaß und gegen diejenigen, die behaupteten, Republik und Demokratie seien sowohl nach ihrem Wortlaut als auch nach ihrem Inhalt fremde, undeutsche Begriffe, betonte, dass das Wort „Monarchie“ seinem Wortlaut nach mindestens ebenso fremd und dass die Demokratie die „älteste Staatsform“ der Deutschen sei:

„Es soll das Gelöbnis unserer heutigen Feier sein, des Volkes Wille gegen jeden Tyrannen!
Des Volkes Wille erst recht gegen Degoutte und Poincaré!“⁴⁰⁵

Im Anschluss an die Feier suchten die Fahnen- und Kranzträger unter den beteiligten Jugendlichen den Friedhof der Märzgefallenen auf. Da der Zug dorthin verboten worden war, fuhren sie auf einem Lastwagen. Der *Vorwärts* vermerkte bitter, dass sie nicht durch das Brandenburger Tor fahren durften. Im Friedrichshain seien die Jugendlichen von „tausenden Proletariern“ begrüßt worden.⁴⁰⁶ Die Feier hatte ein bezeichnendes Nachspiel: Laut *Berliner Volkszeitung* waren einzelne Vorstandsmitglieder der Berliner DDP nicht damit einverstanden, dass der Demokratische Jugendverein sich an einer Feier mit den Jugendorganisationen der SPD und des Zentrums beteiligt hatte. In diesen Kreisen werde gar die Gründung einer konkurrierenden demokratischen Jugendorganisation in den einzelnen Bezirken erwogen.⁴⁰⁷

Die DDP veranstaltete im Bürgersaal des Berliner Rathauses eine eigene Erinnerungsfeier. Auch hier wurde wie bei den Sozialdemokraten Freiligrath rezitiert, die Rede hielt Reichsminister Oeser. Er beklagte, es sei ein großes Unglück, dass Deutschland nur eine dynastisch verfälschte Geschichtsschreibung habe.

⁴⁰⁵ „Die März-Feiern“, in: BVZ, 19.3.1923, AA; „Die Märzfeier im Reichstag. Eine Rede des Reichspräsidenten“, in: BT, 19.3.1923, AA (Zitat Löbe); „Die Feier des 18. März“, in: VZ, 19.3.1923, AA. Zu Poincaré vgl. Jacques Bariéty, Vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg, in: Raymond Poidevin/Jacques Bariéty, Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815–1975, München 1982, S. 293–420, hier: S. 329, 361. General Jean Degoutte war der Befehlshaber der französischen Truppen im Rheinland. Vgl. Winkler, Weimar, S. 207.

⁴⁰⁶ „Die Ehrung der Märzgefallenen“, in: Vorwärts, 19.3.1923, AA; „Die März-Feiern“, in: FZ, 19.3.1923, MB.

⁴⁰⁷ „Ist das Märzgeist? Berliner Demokraten“, in: BVZ, 22.3.1923, MA.

„Aus der Tatsache, dass nichts aus dem Volk heraus geschehen, dass alles nur von des Thrones Gnaden kommen musste, sei die Erscheinung zu erklären, dass das deutsche Volk *völlig unpolitisch* geblieben sei.“⁴⁰⁸

In seiner historischen Schilderung sagte Oeser, ohne sowohl den 18. März als auch die Paulskirche wäre Bismarcks Werk nicht gelungen. Für die Zukunft forderte er eine unbeeinflusste kritische Geschichtsschreibung und wünschte sich statt der „dreigeteilten Demokratie“ – gemeint waren damit: DDP, SPD und Zentrum – eine einheitliche republikanische Partei. Zum Schluss seiner Ausführungen sprach Oeser die Ruhrbesetzung an. Wie von 1848 zu 1870/71 führten von dort Fäden zu dem „großen Abwehrkampf“ an der Ruhr.

„Die aufrichtigste Demokratie der Welt ringt gegen den lügnerischen Militarismus Frankreichs [...] Glauben Sie, dass dieser aus dem Volke emporgewachsene Kampf in solcher Geschlossenheit unter der Monarchie sich hätte entwickeln können?“

Nach der Rede Oesers wurde das Rheinlied Nikolaus Beckers aus der Rheinkrise von 1840 gesungen. Anschließend gedachte ein Stadtverordneter erneut den „Brüdern“ im Rheinland und im Ruhrrevier.⁴⁰⁹

Außerdem veröffentlichte der DDP-Vorstand zum 75. Jubiläum der 48er-Revolution einen Aufruf. Einheit und Freiheit wurden darin als die beiden großen Gedanken bezeichnet, die das liberale Deutschland seit Generationen erfüllten. Der Aufruf stellte die Befreiungskriege über die 48er-Revolution, indem er erklärte, dass diese Ideale im Befreiungskampf von 1813 ihren stärksten Antrieb erfahren hätten. Im Hinblick auf 1848 wurde der nationale Aspekt scharf betont: Die Märztage deutete der Aufruf als Begeisterungsausbruch „für ein freies und einiges Großdeutschland“ und erinnerte zugleich an den Befreiungskrieg der Schleswig-Holsteiner. Das Revolutionsjahr 1848 galt dem Vorstand der DDP als „nicht mehr als eine Etappe auf dem Wege zum großdeutschen Einheitsstaat“, so wie auch das Jahr 1871 nur eine Etappe auf dem langen und mühseligen Weg „zur nationalen Erfüllung aller deutschen Ideale“ gewesen sei. Der Aufruf schloss mit dem Gelöbnis:

⁴⁰⁸ Valentin schrieb in seiner Revolutionsgeschichte: „Es war die eigentliche Meisterleistung der Gegenrevolution, im deutschen Volke die Überzeugung von seinem Mangel an politischer Begabung sehr weit zu verbreiten. Vor 1848 war man vom Gegenteil überzeugt. [...] seit 1848 leidet Deutschland unter dem politischen Minderwertigkeitskomplex.“ Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 549 f. Dabei zog Valentin, wie erwähnt, allerdings selbst in den Jahren 1919 bis 1921 wiederholt das Fazit aus der deutschen 48er-Revolution, dass die Deutschen unter allen Kulturvölkern das geringste Talent zur Revolution hätten. Vgl. oben S. 182 f.

⁴⁰⁹ „Die Märzfeiern am gestrigen Sonntag“, in: BT, 19.3.1923, AA; „Die März-Feiern“, in: BVZ, 19.3.1923, AA; „Die Feier des 18. März“, in: VZ, 19.3.1923, AA; vgl. Winkler, Der lange Weg nach Westen, Bd. 1, S. 86 f.

„Wir wollen nicht ruhen, ehe nicht das Jahrhunderte alte Sehnen der Deutschen erfüllt ist: die einige großdeutsche Republik.“⁴¹⁰

Neben den Märzfeiern in Berlin gab es laut der Presse im ganzen Reich zahlreiche weitere Feiern der republikanischen Parteien. So hielt der Deutsche Republikanische Reichsbund in Frankfurt eine Feier ab, und ebenfalls in Frankfurt legte das an diesem Wochenende dort tagende, 1922 gegründete Kartell der Republikanischen Studenten Deutschlands und Deutschösterreichs durch Vertreter einen Kranz mit schwarz-rot-goldener Schleife am Denkmal für die Septembergefallenen von 1848 auf dem Hauptfriedhof nieder.⁴¹¹ Auf der Tagung der republikanischen Studenten hielt der Nationalökonom und Soziologe Alfred Weber, der zwei Monate später auch auf der Feier aus Anlass des Zusammentritts der Paulskirche sprechen sollte, eine Rede.

Laut Weber gab es nur noch wenige, die wie die Paulskirchenlinke 1848 aus der Überzeugung, dass nur in dieser Staatsform Selbstbestimmung und Selbstregierung des Volkes zu verwirklichen seien, für die Republik einträten.⁴¹² In der Zwischenzeit habe man gelernt, dass die äußere Staatsform nicht überschätzt werden dürfe. Der Grund dafür, heute republikanisch zu sein, sei die Gegebenheit, dass die Monarchie sich in Deutschland selbst beseitigt habe. Eine solche Monarchie könne nicht restauriert werden, die Alternative in Deutschland sei daher Republik oder „faschistischer Rechtsbolschewismus“. Bemerkenswert war, da Weber wenig später auf der offiziellen Jubiläumsfeier des Paulskirchen-zusammentritts sprechen sollte, dass er konstatierte:

„Es ist dem deutschen republikanischen Gedanken nicht gegeben, auf Symbole hinweisen zu können, in denen nicht nur seine Unentrinnbarkeit, sondern auch sein positiver Wert so verdichtet wäre, dass man nur darauf hinzuweisen brauchte, um das Herz jedes Deutschen ohne weiteres in bejahende Schwingung zu setzten.“

Weber sah die Ursache dafür nicht in einer Unzulänglichkeit des republikanischen Gedankens an sich, sondern im Verlauf der deutschen Geschichte.⁴¹³

⁴¹⁰ „Demokratischer Aufruf zum 18. März“, in: FZ, 18.3.1923, MB.

⁴¹¹ Zu dem Denkmal siehe Wollstein, Gedenken an 1848, S. 325; Hörth, Gedenken, S. 42.

⁴¹² Vgl. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 412; Heß, „Das ganze Deutschland soll es sein“, 1978, S. 32.

⁴¹³ „Republikanische Studententagung in Frankfurt“, in: FZ, 15.3.1923, AB; „Republikanische Studententagung“, in: ebd., 17.3.1923, 1. MB; Alfred Weber, „Republik und Nation. Eine Ansprache“, in: FZ, 18.3.1923, 1. MB; „Die März-Feiern“, in: FZ, 19.3.1923, MB; „Die Märzfeiern am gestrigen Sonntag“, in: BT, 19.3.1923, AA; „Die Feier des 18. März“, in: VZ, 19.3.1923, AA.

Die linksliberale Presse

Das 75. Revolutionsjubiläum war auch Anlass für die Zeitungen, sich mit der Revolution auseinanderzusetzen und historische Artikel zu diesem Thema zu veröffentlichen. Im liberalen Spektrum galt dies insbesondere für die *Berliner Volkszeitung* und die *Frankfurter Zeitung*. In der *Volkszeitung* trug die Revolutionserinnerung 1923 wie schon in der Revolution von 1918/19 eine scharf antimonarchische Note. Bereits am 11. März setzte in der Zeitung Hermann Schützinger die Märzgefallenen von 1848 zu den Gefallenen der letzten deutschen Großoffensive im Weltkrieg, die im März 1918 begonnen hatte, in Beziehung – sowohl die einen als auch die anderen seien Opfer des „Deutschland überwuchernden Militärsystems“. Die Mehrzahl der Märzgefallenen 1848 habe gar nicht auf den Barrikaden gekämpft, sondern sei „zur höheren Ehre des preußischen Königtums“ auf den Straßen Berlins „wie die Tiere“ erschlagen worden:

„Der Enkel des Monarchen, der in jenen Märztagen die Gewehre seiner Garderegimenter auf das Volk richtete, sitzt als einsamer, geächteter Flüchtling in Holland.“

Die Hohenzollern hätten mit ihrer Gewaltpolitik, die von den Märzkämpfern verabscheut worden sei, Deutschland in den Abgrund geführt.⁴¹⁴ Der antimonarchischen Linie der *Volkszeitung* entsprach auch eine Zitatensammlung aus dem Berliner März 1848, in der vor allem verschiedene Zitate Friedrich Wilhelms IV. gegeneinandergestellt wurden.⁴¹⁵ Ein weiterer Beitrag knüpfte an eine Äußerung des konservativen Abgeordneten von Puttkamer-Plauth, die Märzgefallenen seien „ausländisches Gesindel“ gewesen, in der großen von August Bebel provozierten Reichstagsdebatte über die 48er-Revolution am 18. März 1898 in deren 50. Jubiläumsjahr an.⁴¹⁶ Dies wurde in dem Artikel damit kommentiert, dass sich die Reaktion stets gleich bleibe; was sie damals von 1848 behauptet habe, sage sie heute über den November 1918. In dem Artikel wurde erklärt, dass die 185 Toten von 1848 im

⁴¹⁴ Hermann Schützinger, „Der deutsche März“, in: BVZ, 11.3.1923, MA. Schützinger schrieb zum Märzfeiertag auch in der *Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung* zum Thema „März und Jugend“: Das Banner der deutschen Burschenschaft sei auf die republikanische und die proletarische Jugend übergegangen. Dabei zeichnete er als Kontrast zur zeitgenössischen akademischen Jugend ein fragwürdiges Bild der Anfänge der Burschenschaft, indem er ausdrücklich verneinte, dass Franzosen- und Judenfeindschaft damals eine Rolle gespielt habe, und er fand recht apologetische Worte für Karl Sand, den Mörder des reaktionären Schriftstellers Kotzebue, den zusammen mit Fritz Reuter und Robert Blum die Jugend „wie leuchtende Fackeln“ vor sich hertragen solle. Ders., „März und Jugend“, in: SHVZ, 17.3.1923.

⁴¹⁵ „Aus den Berliner Kampftagen 1848. Der König in dreißig Tagen – Vom Straßenkampf“, in: BVZ, 18.3.1923, MA.

⁴¹⁶ Erwähnt wird die Äußerung Puttkamer-Plauths auch von: Ernst Feder, „Der achtzehnte März. 1848 – 1923“, in: BT, 18.3.1923, MA; vgl. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 160, S. 1591.

Friedrichshain bis auf wenige Ausnahmen in Berlin geboren worden seien und von den übrigen hätten alle bis auf einen „urdeutsche“ Namen.⁴¹⁷

Ein Kommentar verband die Erinnerung an 1848 mit einer konkreten politischen Forderung. Bismarcks Lösung der deutschen Frage habe darin bestanden, dass Deutschland preußisch geworden sei. Der begrüßens- und erstrebenswerte Anschluss Österreichs sei allein nicht geeignet, das Einheitsideal der Achtundvierziger zu erfüllen, vielmehr bedürfe es dazu der Neugliederung des Reiches.⁴¹⁸ Außerdem beklagte die Zeitung die politische Haltung der zeitgenössischen Intelligenz, die zu den schwersten Enttäuschungen der Geschichte der deutschen Republik seit 1918 gehöre. Der Geist der Studenten und Professoren von 1848 sei ein anderer gewesen – die Klage über die zeitgenössischen Studenten in Verbindung mit der Erinnerung an 1848 war in der Weimarer Republik ein Topos.⁴¹⁹

Die *Frankfurter Zeitung* brachte aus Anlass des Märzgedenktags einen Kommentar, der aber auf den 18. März selbst nicht einging, sondern in seinem historischen Teil von der Paulskirche handelte. Gleich zu Beginn hieß es, wenn es der Erfolg sei, der über die Berechtigung von Gedanken, Handlungen und Ereignissen entscheide, dann wäre die Revolution von 1848 ein „verfehltes Unternehmen“ gewesen. Zunehmend werde die historische Notwendigkeit der 48er-Revolution aber auch von denjenigen anerkannt, die im „Umsturz“ von 1918 bislang nicht mehr als eine Meuterei sähen. Dabei berief sich die Zeitung auf Bismarck, der wichtige Elemente von 1848/49 in seinen Reichsbau übernommen und der wiederholt in Reden und Gesprächen anerkannt habe, dass auch seine Lösung der deutschen Frage ohne die Männer und Gedanken von 1848 nicht möglich gewesen wäre.

Mit wie in der *Berliner Volkszeitung* antimonarchischer Stoßrichtung schrieb die *Frankfurter Zeitung*, die Paulskirche habe im praktischen Handeln versagt, weil sie bis auf ihre äußerste

⁴¹⁷ „Die Märzgefallenen. Das ‚ausländische Gesindel‘“, in: BVZ, 17.3.1923, AA.

⁴¹⁸ Ernst Kretoschin, „1848 – 18. März – 1923. Die erste Volkserhebung für ein freies einiges Deutschland“, in: BVZ, 18.3.1923, MA.

⁴¹⁹ „Studentenschaft und Revolution. Zeitgemäße Erinnerungen an die Studentenbewegung 1848“, in: BVZ, 20.3.1923, MA. Die politische Entwicklung der deutschen Studenten seit 1848 beklagte auch: M. Beer, Revolution und Hochschule, in: Die Glocke, 6 (1920), S. 787-789, hier: 787. Weitere historische Artikel in der *Berliner Volkszeitung* zum Revolutionsjubiläum: „Die beiden Revolutionsjahre 1848 – 1918“, in: BVZ, 17.3.1923, MA; H. D., „Berliner Volkstribunen 1848. Ein Rückblick zur 75-Jahr-Feier“, in: BVZ, 17.3.1923, MA; „Aus der Paulskirche. Wie das erste deutsche Parlament aussah“, in: BVZ, 17.3.1923, AA; „Der Weckruf. Ein Roman aus dem Sturmjahre 1848“, in: BVZ, 17.3.1923, AA; „Henriette Feuerbach über 1848. Ihre Briefe an Emma Herwegh“, in: BVZ, 20.3.1923, MA.

Linke, die allerdings die Revolutionsbereitschaft der Bevölkerung überschätzt habe, gegenüber den „perfiden Höfen und ihren Regierungen“ „zu gutgläubig“ und „zu vertrauensselig“ gewesen sei, worin sie typische deutsche Eigenschaften sah.⁴²⁰ Sie nannte Friedrich Wilhelm IV. den „unfähigen Preußenkönig“ und attestierte ihm in der Frage der Annahme der Kaiserwürde „würdeloses Schwanken“. Abschließend bezog der Kommentar 1918 auf 1848. Demnach konnte sich die „Umwälzung“ von 1918 in ihrem Ideengehalt nicht mit 1848 messen, aber sie habe eine Sühne vollzogen:

„Die Treulosigkeit der deutschen Fürsten und ihrer Helfer, die einst vor fünfundsiebzig Jahren die Träume von deutscher Einheit und Freiheit vernichtete, ist an ihren Nachfahren gesühnt worden und die Verfassung von Weimar hat ohne originalen Schwung, aber mit bewusster Anlehnung die Gedanken der Frankfurter Paulskirche wieder aufgenommen.“⁴²¹

Der Historiker, Pazifist und linksstehende süddeutsche Demokrat Ludwig Quidde, der sich schon in den 1890er-Jahren für das Märzgedenken engagiert hatte, ging in seinem Kommentar zum Märzfeiertag in der *Frankfurter Zeitung* hingegen auf den 18. März 1848 ein, der zu Recht seit jeher der „eigentliche Gedenktag der deutschen Revolution“ gewesen sei.⁴²² In der Zurückziehung der Truppen aus Berlin am Morgen des 19. März 1848 sah er den vollen Sieg der Barrikadenkämpfer und die Niederlage des alten Preußens gegen die Revolution. Quidde schilderte die Demütigung des Königs, als der am 19. März im Schlosshof vor den aufgebahrten Barrikadenkämpfern den Hut ziehen musste.

Das Revolutionsjahr 1848/49 hatte in der Bewertung Quiddes, der die deutsche Verfassungsentwicklung von den Urzeiten bis zum Ende des 18. Jahrhunderts als eine Tragödie fortgesetzten Freiheitsverlustes, der Entfremdung von Volk und Staat deutete, eine überragende Bedeutung. Die Gegenbewegung habe zwar bereits mit den Einflüssen der Französischen Revolution eingesetzt, jedoch:

⁴²⁰ Vertrauensseligkeit als typische deutsche Eigenschaft nennt auch Valentin, *Geschichte der Deutschen Revolution*, Bd. 1, S. 338, Bd. 2, S. 549; der Tendenz nach auch: Blos, *Die deutsche Revolution*, S. 592; vgl. Stadelmann, *Soziale und politische Geschichte*, S. 102.

⁴²¹ Leitartikel, in: FZ, 17.3.1923, AB. Passend zu der Fokussierung auf die Paulskirche bereits zum Märzgedenktag druckte die Zeitung am 18. März Zitate aus der ersten deutschen Nationalversammlung ab: „Worte aus der Paulskirche. Aus dem Jahre 1848“, in: ebd., 18.3.1923, 1. MB.

⁴²² So auch Valentin, *Die revolutionären Bewegungen der Jahre 1848/49*, S. 121; zu Quidde vgl. Utz-Friedbert Taube, Ludwig Quidde. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Gedankens in Deutschland (=Münchener historische Studien. Abteilung neuere Geschichte, Bd. 5), Kallmünz/Opf. 1963, S. 110; Schneider, *Revolutionsgedenken vor hundert Jahren*, S. 214-220; ders., *Die ‚Pfälzische Volkszeitung‘ Kaiserslautern und die demokratische Traditionspflege der bürgerlichen Linken in der Pfalz zwischen Reichsgründung und Erstem Weltkrieg*, S. 127-129, 144-148, 154 f.; Klemm, *Erinnert – umstritten – gefeiert*, S. 159, 204.

„In dieser neuen, aufsteigenden Entwicklungslinie gibt es keinen anderen Einschnitt, der eine so entscheidende Wendung nach oben bedeutet wie das Jahr 1848.“

Diese Einschätzung rechtfertigte Quidde damit, dass das Jahr 1848 entschieden habe, dass ohne das Volk das Reich nicht geeinigt und nicht regiert werden konnte. Verfassung, deutsches Parlament und allgemeines Wahlrecht seien, wenn sie auch vorübergehend wieder beseitigt wurden, die Errungenschaften des Revolutionsjahres.⁴²³ Mit diesem Urteil hob Quidde sich scharf von der deutschen Geschichtsschreibung und auch von den Schulgeschichtslehrbüchern der Weimarer Republik ab, für die nicht 1848, sondern die Reichsgründung 1870/71 die entscheidende Zäsur in der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts war.⁴²⁴ Der Historiker Veit Valentin, ein linksliberaler Außenseiter seiner Zunft, vertrat in seiner 1930/31 erschienenen zweibändigen Geschichte der 48er-Revolution die gleiche Deutung wie Quidde.⁴²⁵

Auch für Quidde fiel die Revolution von 1918 im Vergleich zu der von 1848 ab: Bei den Ereignissen 1918 habe es sich eigentlich nicht um eine „Revolution“, sondern um einen „Zusammenbruch“ gehandelt. Der Sturz der Monarchien sei 1918 nicht durch ein leidenschaftliches Verlangen der Massen nach der Republik verursacht worden. Daher stehe man jetzt vor der Aufgabe, aus der Republik des Notbehelfs eine Republik der Gesinnung zu machen, ihr Republikaner zu erziehen. Im Unterschied dazu sei 1848 zunächst die Kapitulation der alten Gewalten vor einer Bewegung gewesen, die seit den Freiheitskriegen die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes ergriffen habe.

Den Beweis für das weitgehende Fehlen einer lebendigen Erinnerung an die 48er-Revolution sah Quidde im Flaggenstreit der Weimarer Republik:

„Wäre das Gedächtnis von 1848 lebendig, so müssten ‚die altehrwürdigen Farben deutscher Nation‘ (um mit Friedrich Wilhelm IV. zu sprechen), das geheiligte Banner deutscher Freiheit und Einheit, als freigewähltes Symbol des deutschen Volksstaates und des von allen erstrebten

⁴²³ Ähnlich schon: Mehring, Zum Gedächtnis der Märzrevolution (1898), S. 233 f.; vgl. Rothfels, 1848, S. 7.

⁴²⁴ Vgl. Baumgart, Die verdrängte Revolution, S. 145. In den Schulgeschichtsbüchern von Kaiserreich, Weimarer Republik und Drittem Reich war die Reichsgründung 1871 der zentrale historische Bezugspunkt. Vgl. Doering, Das sperrige Erbe, S. 520.

⁴²⁵ Vgl. Valentin, Geschichte der Deutschen Revolution, Bd. 1, S. 339, 565 f.; Bernd Faulenbach, Deutsche Geschichtswissenschaft zwischen Kaiserreich und NS-Diktatur, in: ders. (Hg.), Geschichtswissenschaft in Deutschland. Traditionelle Positionen und gegenwärtige Aufgaben, München 1974, S. 66-85, hier: 69. Der Historiker Heinrich August Winkler bezeichnet in seiner „Geschichte des Westens“ 1848 als „ein Schlüsseljahr der neueren europäischen Geschichte“, vielleicht sei es auch das „Schlüsseljahr schlechthin“. Vgl. Winkler, Geschichte des Westens, S. 672, auch: 660.

Großdeutschlands keine anderen Gefühle als die der Ehrfurcht und Begeisterung wecken. Stattdessen sehen wir, wie sie beschimpft und besudelt werden.“⁴²⁶

Während das *Berliner Tageblatt* sich mit einem Kommentar zum Märzfeiertag begnügte, ging auch die *Vossische Zeitung* aus Anlass des Revolutionsjubiläums in mehreren Artikeln auf die 48er-Revolution ein. Der Historiker Ludwig Bergsträsser, der von 1924 bis 1928 für die DDP im Reichstag saß, sich auch im Reichsbanner engagierte und 1930 von der DDP zur SPD wechselte, stellte in seinem Beitrag „1848 und wir“ wie Ludwig Quidde in der *Frankfurter Zeitung* dieses Jahr als einen entscheidenden Wendepunkt der deutschen Geschichte dar.⁴²⁷ Den März 1848 bezeichnete Bergsträsser, der als Parteihistoriker Pionierarbeit geleistet hatte, als den Beginn der „Politisierung des deutschen Staatsbürgers“; seitdem seien Zeitungen und Zeitschriften sowie Flugblätter und Broschüren erschienen und in Klubs und Versammlungen sei über Deutschlands Zukunft debattiert worden. Zum ersten Mal hätten sich in Deutschland auf das ganze Land bezogene politische Parteien gebildet.

Bergsträsser konstatierte, die Politiker von 1848 seien lange als unfruchtbare Doktrinäre angesehen worden, weil sie Anhänger des parlamentarischen Systems gewesen seien und es damals schon sowohl im geeinten Deutschland als auch in Preußen einführen gewollt hätten. Im Kaiserreich hätten viele Deutsche unter dem Eindruck Bismarcks geglaubt, dass das konstitutionelle System, das die Regierung dem Einfluss des Parlaments entziehe, eine starke und einheitliche Politik garantiere. Dieser Glaube habe sich im Weltkrieg als Irrglaube erwiesen.⁴²⁸ Die Paulskirchenverfassung sei zunächst an den Zeitumständen und der Unzulänglichkeit von Friedrich Wilhelm IV. gescheitert, sie habe aber in den 1860er-Jahren und in den Beratungen der Weimarer Nationalversammlung eine große Wirkung entfaltet.

Eine Verbindung zwischen 1848 und 1918 bestand für Bergsträsser in den jeweiligen Gegnern. Sowohl die Gründung als auch der Ausbau des Deutschen Reiches hätten 1848 und

⁴²⁶ Ludwig Quidde, „Zum 18. März“, in: FZ, 18.3.1923, 2. MB. Quidde war 1919 und im November 1921 auf Parteitag der DDP für Schwarz-Rot-Gold, die „Trikolore der Märzrevolution“, in Verbindung mit dem großdeutschen Gedanken eingetreten. Vgl. Karl Holl, Ludwig Quidde (1858–1941). Eine Biografie (=Schriften des Bundesarchivs, Bd. 67), Düsseldorf 2007, S. 424 (Zitat); Bericht über die Verhandlungen des 3. (ordentlichen) Parteitags der Deutschen Demokratischen Partei. Abgehalten in Bremen vom 12. bis 14. November 1921, Berlin 1921, S. 85. Weiterer Beitrag zum Märzgedenken 1923 in der *Frankfurter Zeitung*: Martin Rade, „1923 und 1848“, in: FZ, 18.3.1923, 1. MB.

⁴²⁷ Vgl. Elisabeth Fehrenbach, Ludwig Bergsträsser, in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), Deutsche Historiker, Bd. 7, Göttingen 1980, S. 101–117, hier: 102.

⁴²⁸ So hatte in seiner Reichstagsrede am Ende des Weltkriegs, am 22. Oktober 1918, auch Gustav Stresemann geurteilt. Die Nationalliberale Partei zur gegenwärtigen Lage. Rede des Abgeordneten Stresemann in der Reichstagssitzung vom 22. Oktober 1918, in: Deutsche Stimmen, 30 (1918), S. 705–715, hier: 709 f.

1871 im preußischen Partikularismus, namentlich in den preußischen Konservativen, ihren stärksten Gegner gehabt. Ebenso hätten sie beim Neuaufbau und Umbau des Reiches 1918/19 abseitsgestanden. Die positive Verbindung der Gegenwart mit 1848 sah der Historiker darin, dass heute mehr als früher anerkannt werde, dass die Revolution von 1848 „dem deutschen Staate den Weg wies“.⁴²⁹

In einem weiteren Beitrag in der *Vossischen Zeitung* setzte sich der Archivar von Berlin, Ernst Kaeber, im Hinblick auf die Frage nach der Rolle Friedrich Wilhelms IV. mit den Memoiren des Kommandeurs der Truppen in Berlin am 18. und 19. März 1848, des Generals von Prittwitz, auseinander.⁴³⁰ Dieser Artikel ist zu verstehen als Antwort auf die Apologie Friedrich Wilhelms IV. durch die neurankeanischen Historiker seit der Jahrhundertwende, insbesondere Felix Rachfahl, die dem König planvolles Handeln in den Märztagen 1848 bescheinigt hatten.⁴³¹

In den Augen Kaebers war die Entwicklung von der absoluten zur konstitutionellen Monarchie eine unausweichliche Konsequenz der politischen Entwicklung Europas gewesen. Sowohl dafür, dass es dazu in Preußen einer Revolution bedurfte, als auch für deren Verlauf, einschließlich der Erniedrigung des Königtums am 19. März, habe der absolute König die volle Verantwortung zu tragen. Angesichts der 1848 durch die französische Februarrevolution ausgelösten Bewegung habe sich der König weder zu einer festen Abwehr noch zu rechtzeitigen Zugeständnissen entschließen können. Genauso wenig habe er gegenüber dem Aufstand vom 18. März eine gradlinige Politik verfolgt. Für die Demütigung des 19. März habe der König schon wenige Tage später einen Sündenbock gesucht, worin ihm erhebliche Teile der öffentlichen Meinung und der historischen Forschung gefolgt seien.⁴³² Passend zu

⁴²⁹ Ludwig Bergsträsser, „1848 und wir“, in: VZ, 17.3.1923, MA.

⁴³⁰ Prittwitz' Aufzeichnungen über die Märzrevolution 1848 waren bis 1918 *nicht* allgemein zugänglich gewesen. Vgl. Theodor Fontane, Die Berliner Märztag 1848. Mit Einleitung, Nachwort und erl. Register v. Hermann Michel (=Deutsche Revolution. Eine Sammlung zeitgemäßer Schriften, Bd. 8), Leipzig 1920, S. 57 f. Kaeber war in der Weimarer Republik in der DDP engagiert und veröffentlichte 1948 ein Buch über die Berliner 48er-Revolution: Berlin 1848. Zur Hundertjahrfeier der Märzrevolution im Auftrage des Magistrats von Groß-Berlin dargestellt von Ernst Kaeber, Berlin 1948; vgl. Werner Vogel, Ernst Kaeber. Leben und Werk, in: Ernst Kaeber, Beiträge zur Berliner Geschichte. Ausgewählte Aufsätze (=Veröffentlichungen der historischen Kommission zu Berlin, Bd. 14), Berlin 1964, S. 377-385, hier: 382.

⁴³¹ Vgl. Schwerin, The Revolution of 1848, S. 245; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1, S. 430.

⁴³² Ernst Kaeber, „Der Kommandeur des 18. März. General v. Prittwitz' verschollenen Memoiren“, in: VZ, 18.3.1923; genauso kritisch über Friedrich Wilhelm IV. hatte bereits ein Beitrag am 14. März in der Zeitung geurteilt: J. L., „Die Märztag. 1848–1923“, in: VZ, 14.3.1923, MA; vgl. Baumgart, Die verdrängte Revolution, S. 97, 130 f.; Schleier, Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik, S. 309 f. Die Schulgeschichtsbücher von Kaiserreich, Weimarer Republik und Drittem Reich ließen an der Unzulänglichkeit

dem Beitrag Kaebers schilderte ein weiterer Artikel in der *Vossischen Zeitung* das Begräbnis der Märzgefallenen 1848; eingerahmt war diese Darstellung von Freiligraths Gedicht „Die Toten an die Lebenden“.⁴³³

Die sozialdemokratische Presse

Von den Artikeln im sozialdemokratischen *Vorwärts* aus Anlass des 75. Jubiläums des 18. März 1848 sind drei zu erwähnen.⁴³⁴ Ein Kommentar grenzte die sozialistische Arbeiterbewegung scharf vom Bürgertum ab. In den 75 Jahren seit der Märzrevolution habe noch nie eine bürgerliche Partei die deutsche Politik bestimmt. Was die sozialistische Arbeiterbewegung dem deutschen Bürgertum voraushabe, sei der unzerstörbare Glaube an sich selbst, die Zuversicht, dass ihr Wollen eines Tages die Zukunft des deutschen Volkes und der ganzen Menschheit entscheiden werde. Diese Zuversicht habe die Arbeiterbewegung stets mit den Barrikadenkämpfern von 1848 verbunden; sie spüre instinktiv, dass nur dort schöpferische Kraft vorhanden sei, wo die Bereitschaft besteht, für die eigene Sache bis in den Tod einzustehen.⁴³⁵

Mit dieser Analyse stimmte der *Vorwärts* durchaus mit konservativen und liberalkonservativen Historikern, wie Erich Marcks, Gerhard Ritter und Friedrich Meinecke, überein, die der vermeintlichen raschen Entschlossenheit, der Härte und Energie Bismarcks die „Ruheseligkeit“ und politische Gleichgültigkeit der Deutschen des 19. Jahrhunderts gegenüberstellten. Der Historiker Wolfgang Hardtwig hat den Bismarck-Mythos insofern als Ausdruck des Selbsthasses vieler bewundernd zu ihm aufblickender Deutscher beschrieben.⁴³⁶ In einem historischen Artikel im *Vorwärts*, der den Verlauf der Märzkämpfe 1848 in Berlin schilderte, wurde der Barrikadenkampf als Gemeinschaftswerk der Berliner Bevölkerung dargestellt; hervorgehoben wurde die Beteiligung der Studenten und feinen Bürger, selbst

Friedrich Wilhelms IV. angesichts der ihm 1848/49 gestellten Aufgaben keinen Zweifel. Vgl. Doering, *Das sperrige Erbe*, S. 459.

⁴³³ J. L., „Die Märzgefallenen“, in: VZ, 20.3.1923, MA.

⁴³⁴ Weitere Artikel im *Vorwärts*: „Wittelsbacher Landesverrat. Eine Erinnerung an 1848“, in: *Vorwärts*, 17.3.1923; Karl Fischer, „Kultur“-Dokumente. Zum 75. Geburtstag der März-Revolution“, in: ebd.

⁴³⁵ „Hoffnung aus den Gräbern zum 18. März“, in: *Vorwärts*, 18.3.1923; ähnlich in der Beurteilung der politischen Einflusslosigkeit des deutschen Bürgertums: Erich Eyck, *Der Leidensweg des deutschen Bürgertums*, in: *Die Hilfe*, 24 (1918), S. 572 f.

⁴³⁶ Vgl. Hardtwig, *Der Bismarck-Mythos*, S. 85. Anton Erkelenz vom Arbeiterflügel der DDP äußerte sich 1921 auf dem Parteitag der DDP ähnlich wie der *Vorwärts* über das deutsche Bürgertum: „Unter den verschiedenen Quellen, aus denen der Zusammenbruch im Kriege heraus erwachsen, gibt es einen Grund, über den vor drei Jahren in ganz Deutschland bei fast allen Parteien Einverständnis herrschte. Als dieser eine Grund wurde die politische Schwäche und Rückgratlosigkeit des deutschen Bürgertums seit 1848 erkannt. Sie endet schon vor dem Kriege in völliger politischer Willenlosigkeit des deutschen Bürgertums.“ Bericht über die Verhandlungen des 3. (ordentlichen) Parteitags der Deutschen Demokratischen Partei, S. 71 f.

Frauen und Kinder hätten beim Barrikadenbau mitgewirkt. Die Erzählung schloss mit der Demütigung Friedrich Wilhelms IV. am 19. März.⁴³⁷

Werner Dreiburg machte sich in einem weiteren Kommentar ausgehend von 1848 Gedanken über den europäischen Nationalismus. Freiligrath und mit ihm wohl alle Demokraten hätten gesagt: „Die Freiheit ist die Nation!“⁴³⁸ Zur Demokratisierung habe der Nationalstolz gehört „wie zur Mutter der Sohn“. Die Steigerung des Nationalstolzes zum Nationalismus sei in fast allen europäischen Ländern eine „Kinderkrankheit der Demokratie“. Dreiburg kritisierte im Weiteren den wilhelminischen Nationalismus; der Nationalismus des nationalliberalen und konservativen Spießbürgers sei nach außen ein „blindes Raubtier“ und im Innern ein „schweifwedelnder Kettenhund“ gewesen.

Den deutschen Arbeitern wies er die Aufgabe zu, darüber zu wachen, dass in Deutschland der Nationalismus nicht erneut erstarke. Wenn nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Bürger fähig wären zum Glauben an die notwendige Völkerverständigung und die Unitarisierung der Erde, dann würde die Kraft der Deutschen gewiss hinreichen, um die passive Abwehr der „nationalistischen Fremdherrschaft“ an der Ruhr durchzuhalten. Dann würden die Deutschen wieder werden, was sie vor vier Jahrhunderten in der Reformation und 1848 für einige Tage gewesen seien, eine Nation von Freiheitskämpfern, „ein zu allen Opfern bereites Rebellenvolk“. Bemerkenswerterweise ging Dreiburg in seiner Auseinandersetzung mit dem Nationalismus mit keinem Wort auf das Eintreten der Sozialdemokraten für den Anschluss Deutschösterreichs an das Deutsche Reich ein.⁴³⁹

Rudolf Breitscheid, der zu den Unabhängigen Sozialdemokraten gehört hatte, stellte in der sozialdemokratischen Zeitschrift *Die Glocke* die Frage, warum das Proletariat noch immer den 18. März feiere. Bevor er die Frage beantwortete, bemerkte er zunächst, nichts sei bezeichnender, als dass die Sozialisten jenen Tag feierlich begingen, während das Bürgertum sich bemühe, ihn zu vergessen. In seiner Antwort räumte Breitscheid ein, dass bei den

⁴³⁷ „Vor 75 Jahren“, in: Vorwärts, 18.3.1923. Die – dem Anteil an der Gesamtbevölkerung ungefähr entsprechende – Beteiligung des Bürgertums an den Berliner Märzkämpfen hat im Umfeld des 150. Revolutionsjubiläums Hettling hervorgehoben, wie auch schon Valentin in seiner Revolutionsgeschichte. Hachtmann dagegen betont die überdurchschnittliche Beteiligung der Unterschichten, insbesondere des qualifizierten Proletariats und hier vor allem der Handwerksgesellen. Vgl. Hettling, „Eine fruchtbares Samenkorn“. Das Begräbnis der Märzgefallenen in Berlin, in: ders., Totenkult statt Revolution, S. 17-51, hier: 25; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1, S. 430-432, 435, 445; Hachtmann, Berlin 1848, S. 174-178; auch: ders., Success and Failure, S. 34 f.

⁴³⁸ Dabei handelt es sich um ein Zitat aus Freiligraths „Schwarz-Rot-Gold“. Freiligraths Werke, Teil 2, S. 124.

⁴³⁹ Werner Dreiburg, „Gedanken eines Nachgeborenen“, in: Vorwärts, 18.3.1923.

Märzfeiern „vielleicht [...] ein bisschen Romantik“ dabei sei: die Barrikaden mit den schwarz-rot-goldenen Fahnen in der Frühlingssonne; der Opfermut, mit dem die Kämpfer gegen die „Soldateska“ antraten; und die Zurschaustellung der gefallenen Barrikadenkämpfer vor dem König, der gezwungen wurde, sein Haupt vor ihnen zu entblößen – all das spreche zu den Herzen der Arbeiter. Zudem seien die Ereignisse des Revolutionsjahres verklärt durch die Poesie Freiligraths.

Doch das Festhalten am Märzfeiertag erkläre sich nicht allein durch Revolutionsromantik. Am 18. März habe sich das Proletariat zum ersten Mal im Kampf erprobt und anschließend habe es die ersten Versuche gegeben, das Proletariat zu organisieren. In der Preisgabe der „bürgerlichen Revolution“ durch das Bürgertum selbst schon im Revolutionsjahr sah Breitscheid „den Keim zu all dem Unglück, das sich bis in die Gegenwart“ fortpflanze. Deutschland fehle eine siegreiche bürgerliche Revolution und eine revolutionäre Tradition, wie sie England und vor allem Frankreich aufwiesen.⁴⁴⁰

In derselben Ausgabe der *Glocke* erschien ein Beitrag des österreichischen Sozialdemokraten Karl Renner „Demokratischer Nationalismus von 1848“, in dem er eine völlig andere Position bezog, als er sie gegen Ende des Weltkriegs in der Auseinandersetzung mit der österreichischen sozialdemokratischen Linken vertreten hatte. Der Artikel war eine ziemlich verwegene kontrafaktische Spekulation. Die Reaktion habe über das Scheitern der Paulskirche gehöhnt; den Zeitgenossen vergehe dazu die Lust. Renner behauptete, wenn es der Paulskirchenlinken gelungen wäre, die Rückberufung der Heere Habsburgs aus Italien und Ungarn zu erzwingen, und Polen, Tschechen, Ungarn und Italiener mit Deutschlands Hilfe ihre Staaten in ihren „ethnischen Grenzen“ aufgerichtet hätten, dann wäre ganz Deutschland geeinigt worden und es hätte im Süden und Osten genauso viele Freunde gehabt, wie es heute bewaffnete Feinde habe. Niemals wären so viele deutsche Landschaften „geraubt worden“, und Deutschland wäre in den gleichmäßigen Fortschritt einer freiheitlichen Verfassung gekommen. Renners Fazit lautete, zwischen der 48er-Revolution und der Reichsgründung habe sich der deutsche Geist mächtig gewandelt, der konservative Nationalismus habe über den demokratischen gesiegt.⁴⁴¹

⁴⁴⁰ Rudolf Breitscheid, Der 18. März, ein Feiertag des Proletariats, in: Die Glocke, 8 (1922), S. 1287-1290.

⁴⁴¹ Karl Renner, Demokratischer Nationalismus von 1848, in: ebd., S. 1290-1292. Eine ähnliche Überlegung stellte 1948 Rudolf Stadelmann an. Vgl. Stadelmann, Soziale und politische Geschichte, S. 153.

Die „Rote Fahne“

Weit umfangreicher als im *Vorwärts* war das Revolutionsgedenken 1923 in der kommunistischen *Roten Fahne*, die am 18. März als „März-Nummer“ erschien.⁴⁴² Auch wenn mehrere Artikel der Pariser Kommune gewidmet waren, stand in ihrem 75. Jubiläumsjahr doch die Revolution von 1848 im Vordergrund.⁴⁴³ Ein Kommentar von August Thalheimer legte die Sicht der KPD auf 1848 dar: Auch wenn 1848 eine bürgerliche Revolution gewesen sei, bezeichne das deutsche Proletariat den 18. März zu Recht als seinen Tag, denn es habe die Schlacht geschlagen.⁴⁴⁴ Anschließend sei das Proletariat von der Bourgeoisie, der das Auftreten der weiter entwickelten Arbeiterklasse in Frankreich Angst eingejagt habe, verraten worden. Das Scheitern von 1848 habe die Richtigkeit von Marxens Voraussage bewiesen, dass die nur bürgerliche, die nur politische Revolution in Deutschland unmöglich sei. Im Jahr 1918 habe sich dann erneut gezeigt, dass nur die proletarische Revolution den „reaktionären Misthaufen“ in Deutschland beseitigen könne. Mit Blick auf die Ruhrbesetzung fügte Thalheimer hinzu, dass auch die nationale Existenz Deutschlands nur durch die proletarische Revolution gerettet werden könne.⁴⁴⁵

Zum 75. Jubiläum der Berliner Märzrevolution druckte die *Rote Fahne* unter dem Namen Franz Mehrings eine Schilderung der preußischen Märzrevolution ab, bei der es sich um eine Paraphrase von Passagen aus Mehrings Geschichte der deutschen Sozialdemokratie handelte, und nach der der Prinz von Preußen an den „militärischen Metzeleien“ die Hauptschuld trug, da er die Truppen „fanatisiert“ hatte, und „das Proletariat“ auf den Barrikaden den Sieg davon trug, aber anschließend vom Märzministerium der Bourgeoisie verraten wurde.⁴⁴⁶ Neben der klassischen Schilderung von Mehring gab die *Rote Fahne* außerdem zwei klassische Gedichte Herweghs und Heines wieder: „Achtzehnter März 1873“ und „Michel nach dem März“, in

⁴⁴² Die Zeitschrift *Die Internationale* begnügte sich hingegen mit dem Abdruck eines Artikels von Karl Marx aus der *Neuen Rheinischen Zeitung* vom 13. März 1849 und einem Beitrag zum Kommunistischen Manifest. Karl Marx, Wien und Frankfurt, in: *Die Internationale*, 6 (1923), S. 164-166; Hermann Duncker, Zum 75. Geburtstag des Kommunistischen Manifestes, in: ebd., S. 171-174.

⁴⁴³ Artikel zur Pariser Kommune: E. Ludwig, „Die Geburtsstunde der Arbeiter- und Soldatenräte“, in: RF, 18.3.1923; „Die Pariser Kommune 1871. Aus Karl Marx: ‚Der Bürgerkrieg in Frankreich‘“, in: ebd.; „Aus den Tagen der Pariser Kommune“, in: ebd.

⁴⁴⁴ Valentin wies in seiner Revolutionsgeschichte das Verständnis der deutschen 48er-Revolution als „bürgerliche Revolution“ als „irrig“ zurück. Vgl. Valentin, *Geschichte der Deutschen Revolution*, Bd. 2, S. 555 f.; Geoff Eley, *Deutscher Sonderweg und englisches Vorbild*, in: David Blackbourn/Geoff Eley, *Mythen deutscher Geschichtsschreibung. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848*, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1980, S. 7-58, hier: 11, auch: 13; Welskopp, *Das Banner der Brüderlichkeit*, S. 677 f.; Kocka, *Arbeit und Freiheit*, S. 22 f.

⁴⁴⁵ A. Th., „Dieser 18. März“, in: RF, 18.3.1923; die Behauptung vom Verrat der Bourgeoisie 1848 auch in: „Die Lehren des 18. März“, in: ebd., 18.3.1926. Zur „nationalen Politik“ der KPD während der Ruhrbesetzung vgl. Weber, *Kommunismus in Deutschland*, S. 91 f.

⁴⁴⁶ Franz Mehring, „Die Märzrevolution“, in: RF, 18.3.1923.

dem Heine die schwarz-rot-goldene Fahne, die er mit Ernst-Moritz Arndt und dem Turnvater Jahn assoziierte, als „altgermanischen Plunder“ bezeichnete.⁴⁴⁷

Ein weiterer Artikel schilderte das Revolutionsgedenken des Berliner Proletariats vor dem Weltkrieg. In dem Maße, in dem Berlin zu einer Großstadt wuchs und an seiner nördlichen und östlichen Peripherie Arbeiterviertel entstanden, hätten sich die Delegationen, die alljährlich mit roten Kränzen in den Friedrichshain pilgerten, verstärkt. Die kommunistische Zeitung stellte das Ritual des Revolutionsgedenkens detailliert dar; der Zensur durch die Polizeischere seien meist Strophen aus Gedichten von Herwegh, Heine oder Freiligrath zum Opfer gefallen.⁴⁴⁸ Ein anderer Beitrag handelte von der sozialen Lage der Berliner Arbeiter im Jahre 1848. Die Proletarier hätten vor allem deshalb in den ersten Reihen auf den Barrikaden gekämpft, weil sie eine Besserung der eigenen elenden Lage gewollt hätten.⁴⁴⁹

Ausführlich wurde in einem Artikel „Weißer Schrecken 1848–49 und 1918–19“ die noch von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht etablierte kommunistische Deutung ausgebreitet, die den Sozialdemokraten vorwarf, 1919 in der Rolle der französischen Bourgeoisie von 1848 die Revolution niedergeschlagen zu haben, obendrein auch noch weit brutaler. Im Weiteren wurden die deutschen Revolutionen von 1848 und 1918 parallelisiert: Während die Nationalversammlungen in Frankfurt und Weimar tagten, sei die Revolution des Proletariats „langsam erdrosselt“ worden. Der „Niedermetzlung der Proletarier“ in Sachsen, Baden, der Pfalz und Rheinpreußen 1849 wurden in großer Ausführlichkeit die Opfer in den Reihen der Arbeiterschaft zwischen Dezember 1918 und März 1919 gegenübergestellt.⁴⁵⁰

⁴⁴⁷ Georg Herwegh, „Achtzehnter März 1873“, in: ebd.; Heinrich Heine, „Michel nach dem März“, in: ebd.; Heines Gedicht war wie das Herweghs abgedruckt in der Anthologie: Von unten auf, Bd. 1, S. 362. Auch das *Reichsbanner* druckte 1931 dieses Gedicht aus Anlass von Heines 75. Todestag ab und Hermann Wendel schrieb dazu: „Nicht weil es das Sinnbild deutscher Demokratie war, betrachtete Heine Schwarz-Rot-Gold also mit Skepsis, sondern weil jene, die es hissten, zu wenig von Demokratie verspürten, weil sich der romantisch-mittelalterliche Kaisertraum nach 1815 mit dieser Fahne geschmückt hatte, und weil es unter den Republikanern im Vormärz von alldeutschen Franzosenfressern wimmelte, während er die Aufgabe seines Lebens in der Annäherung, Versöhnung und Verbrüderung der beiden großen Völker links und rechts des Rheins erblickte.“ Hermann Wendel, „Heinrich Heine und Schwarz-Rot-Gold. Zu seinem 75. Todestag“, in: RB, 8 (1931), Nr. 8. Zu Heines Verhältnis zur 48er-Revolution vgl. Walter Grab, Heinrich Heine und die Revolution von 1848, in: Wolfgang Beutin u.a. (Hg.), „Die Emanzipation des Volkes war die große Aufgabe unseres Lebens“. Beiträge zur Heinrich-Heine-Forschung anlässlich seines zweihundertsten Geburtstags 1997, Hamburg 2000, S. 13-30; Wulf Wülfing, „Der Geist der Revolution ist ... unsterblich“. Heinrich Heine, Theodor Fontane und die Revolution von 1848, in: Hepp (Hg.), Literatur und Revolution 1848/1918, S. 81-109; Fingerhut, „Die ganze Welt wird frei und bankrott“, S. 39-62; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1, S. 248-250.

⁴⁴⁸ „Märzfeiern des Berliner Proletariats“, in: RF, 18.3.1923; auch: „Die staatsgefährlichen Farben“. Was uns der Gedenktag unserer Märzkämpfer lehrt“, in: BVZ, 18.3.1926, MA.

⁴⁴⁹ „Arbeitslosigkeit, Lohn- und Arbeitszeitfragen und die Märzkämpfe 1848“, in: RF, 18.3.1923.

⁴⁵⁰ „Weißer Schrecken 1848–49 und 1918–19“, in: RF, 18.3.1923.

Wie die *Rote Fahne* für die Kommunisten in Anspruch nahm, Erben der Kämpfer von 1848 zu sein, so bestritt sie in einem weiteren Artikel „Bürgerliche Märzgedanken. Die großdeutsche Republik“, dass die Weimarer Republik das von sich behaupten könne. Die deutsche Republik sei weder enig noch großdeutsch, sie sei kaum eine Republik; die demokratische Staatsform sei gefährdet, weil die Demokraten und Sozialdemokraten eine Vollstreckung des Erbes von 1848 fürchteten. Als kapitalistische Republik sei sie nicht Erbin der Barrikadenkämpfer, sondern des „Herrn von Hanseemann“.⁴⁵¹ Diese Behauptung rechtfertigte die *Rote Fahne* mit dem Verhalten der Demokraten in der Berliner Stadtverordnetenversammlung in der Frage der Ausgestaltung des Märzgefallenenfriedhofs und mit dem Fernbleiben von Reichspräsident Ebert und der Regierung bei den Gedenkfeiern für die Märzgefallenen. Ebert und die Regierung, so urteilte die Zeitung, blieben lieber bei „Stresemann und der geruhsamen Paulskirche“; das Revolutionsgedenken sei ihnen ein Lippenbekenntnis. Nur die Arbeiterschaft werde das Ziel der Märzrevolution verwirklichen: „die einheitliche deutsche Republik“.⁴⁵²

Von kommunistischer Seite erschien 1923 auch die Veröffentlichung „1848. Ein Lesebuch für Arbeiter“, in dem klassische Texte der kommunistischen Tradition über die französische und deutsche 48er-Revolution abgedruckt waren: unter anderen Auszüge aus dem Kommunistischen Manifest, jeweils mehrere Texte von Franz Mehring, Friedrich Engels, Karl Marx, Michael Bakunin und Ferdinand Lassalle – darunter jeweils ein Beitrag von Marx und von Engels über die Pariser Junischlacht –, das Todesurteil gegen Robert Blum sowie die folgenden Gedichte: Freiligraths „Die Toten an die Lebenden“, Heines „Michel nach dem März“ und abschließend Herweghs „Achtzehnter März“.⁴⁵³

Eine Revolutionsausstellung in Berlin

Zum Revolutionsgedenken in Berlin 1923 gehörte auch eine Ausstellung zur Märzrevolution und den Anfängen der Umwandlung Preußens in einen modernen Verfassungsstaat im Märkischen Museum, die, entsprechend einer Anregung des Reichsinnenministeriums, zum Verfassungstag am 11. August eröffnete.⁴⁵⁴ Die Ausstellung ging auf eine Initiative des Berliner Magistrats zurück, der die nähere Ausführung Bürgermeister Ritter, Stadtbaurat

⁴⁵¹ Der liberale rheinländische Unternehmer David Hanseemann war im preußischen Märzministerium 1848 Finanzminister. Vgl. Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 1, S. 92, 104.

⁴⁵² „Bürgerliche Märzgedanken. Die großdeutsche Republik“, in: RF, 18.3.1923.

⁴⁵³ 1848. Ein Lesebuch für Arbeiter, Berlin 1923.

⁴⁵⁴ Reichsminister des Innern an den Vorstand des deutschen Städtetages, 4.4.1923 sowie Magistrat von Berlin an den Reichsminister des Innern, 7.8.1923, in: BA Berlin, R 1501, 116869, RMI: Feier des 75. Jahrestages der Eröffnung des Frankfurter Parlaments, B. 3 u. 298.

Ludwig Hoffmann und Stadtarchivar Ernst Kaeber überlassen hatte. Sowohl der *Vorwärts* als auch die *Rote Fahne* bekundeten in ihren Ausstellungsbesprechungen Distanz zum Berlin von 1848. Laut *Vorwärts* fiel der kleinbürgerliche Zug der Berliner 48er-Revolution in vielen Dokumenten auf; die derb humoristische Art des damaligen Berliners komme insbesondere in den satirischen Darstellungen und Karikaturen zum Ausdruck, die sich mit besonderer Vorliebe der Bürgerwehr angenommen hätten.⁴⁵⁵

Auch die *Rote Fahne*, die eingangs ihrer Ausstellungsbesprechung bemerkte, Ebert erinnere sich lieber an 1848 als an 1918, hob den „biederen“ Charakter der Berliner 48er-Revolution hervor. Schon zum 18. März 1923 hatte sie eine spöttische Schilderung der Berliner Bürgerwehr von 1848 abgedruckt.⁴⁵⁶ Diese Einschätzung der Berliner 48er-Revolution durch die Zentralorgane der beiden verfeindeten Zweige der Arbeiterbewegung teilte auch die konservative Schriftstellerin Ricarda Huch, die in ihrem 1930 erschienenen Buch „1848. Alte und neue Götter“ schrieb, die Berliner „Revolution“ von 1848 habe eher den Charakter eines „Schützenfestes“ gehabt.⁴⁵⁷

Die *Berliner Volkszeitung* hatte bereits zum Märzfeiertag 1923 in einem Artikel über das vormärzliche Berlin unter Berufung auf Heinrich Heine die große Distanz zum Berlin der 20er-Jahre herausgearbeitet. Laut Heine hatte Berlin im Vormärz *nicht* den Charakter einer Stadt gehabt. Der absolute Mangel an politischen Betätigungsmöglichkeiten habe zu einem Hang zum Frivolisieren geführt, der bis in die Gegenwart nachwirke.⁴⁵⁸ Die Tendenz, die deutsche 48er-Revolution als eher lächerlich darzustellen, hat auch der Historiker Doering in seiner Studie über die Darstellung von 1848 in Schulbüchern sowohl für die Weimarer Republik als auch den Nationalsozialismus, aber nicht für das Kaiserreich festgestellt.⁴⁵⁹

Die *Rote Fahne* erhob in ihrer Ausstellungsbesprechung erneut den Vorwurf, Ebert, Noske und ihre „republikanische“ Heldenschar“ seien Erben der Konterrevolutionäre von 1848. Bei

⁴⁵⁵ „Das Sturmjahr 1848. Eine Ausstellung des Berliner Magistrats“, in: *Vorwärts*, 26.7.1923, MA; „Revolutionsausstellung. Erinnerungen an 1848“, in: ebd., 13.8.1923.

⁴⁵⁶ Robert Springer, „Die Bürgerwehr 1848“ (1850), in: RF, 18.3.1923. Dagegen hatten sozialdemokratische Historiker wie Wilhelm Blos und Franz Mehring im Kaiserreich keinesfalls ein humoristisches Bild der Berliner Bürgerwehr der 48er-Revolution gezeichnet, sondern sie als Truppe zur Niederhaltung des Proletariats beschrieben. Vgl. Blos, *Die deutsche Revolution*, S. 217 f.; Mehring, *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie*, S. 360 f.

⁴⁵⁷ Huch, *1848. Alte und neue Götter*, S. 351, auch: 550.

⁴⁵⁸ H. D., „Berlin vor dem März 1848“, in: BVZ, 16.3.1923, MA. Der russische Dichter Iwan Turgeniew konnte ähnlich wie Heine in einem Brief, den er schrieb, als er 1847 für zwei Monate in Berlin weilte, dort zumindest keine Spur von „großstädtischem“ Leben ausmachen. „Berlin vor der Märzrevolution. Ein Brief von Iwan Turgeniew“, in: VZ, 18.3.1931, MA; vgl. Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution*, Bd. 1, S. 84-89.

⁴⁵⁹ Vgl. Doering, *Das sperrige Erbe*, S. 466.

aller Distanz zur Berliner 48er-Revolution forderte das kommunistische Zentralorgan die Arbeiter auf, sich die Ausstellung anzuschauen, denn es gebe auch erschütternde Bilder der Märzkämpfer und entsprechende Texte zu sehen, darunter Bilder von den Barrikadenkämpfen und wie die Märzgefallenen anschließend in offenen Särgen durch die Stadt getragen wurden.

„Und dann – vergiss nicht – Arbeiter, der du jetzt im Kampfe stehst – genau hinzusehen, wie deine Brüder, ‚das Volk von Berlin‘ auf den Barrikaden kämpfte – flammend in ‚bewaffnetem Aufstand‘. [...] Aber, Herr Ebert, vielleicht war es nicht ungefährlich, diese Erinnerungen an 1848 zu zeigen.“⁴⁶⁰

Die „Germania“

Im 75. Jubiläumsjahr der 48er-Revolution gedachten zum Märzfeiertag auch Zeitungen der Revolution und berichteten vom Revolutionsgedenken, die dem Zentrum sowie der politischen Rechten zuzuordnen waren und die das sonst nicht taten.⁴⁶¹ Ein Artikel in der *Germania* setzte sich ausführlich mit den Revolutionsjahren 1848 und 1918 auseinander. Was den Ausbruch der beiden Revolutionen betraf, äußerte der Kommentar sich ambivalent. Einerseits seien beide deutsche Revolutionen „Kurzschlüsse“, Ausdruck eines „überalterten Widersinns“ gewesen, andererseits seien ihnen uneingelöste Versprechungen vorausgegangen, 1848 das Versprechen einer Volksvertretung in Preußen, 1918 das Versprechen einer Revision des preußischen Dreiklassenwahlrechts.

Das noch einzulösende Vermächtnis von 1848 war in den Augen der Zeitung der großdeutsche Gedanke. Die katholische Perspektive kam dabei klar zum Ausdruck, wenn es hieß, mehr als die Hälfte der Süddeutschen und mehr als ein Drittel der Mitteldeutschen lebten außerhalb des Reiches; solange dies so sei, werde das Deutschtum „kulturell niemals abgerundet“ sein. Die *Germania* beklagte es als „schweres Unglück für die Nation“, dass nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie 1918 nur Deutschösterreich die Konsequenz gezogen und den Anschluss an das Reich erklärt habe, während das Deutsche Reich passiv geblieben sei. Ein neues Frankfurter Parlament hätte 1918 dem bedrohten Deutschtum in Europa das großdeutsche Programm weithin sichtbar zeigen müssen. Mit Blick auf die Reichsflagge hieß es:

⁴⁶⁰ G. G. L., „Ausstellung 1848 im Märkischen Museum“, in: RF, 19.8.1923; weitere Ausstellungsbesprechung: „1848 in Flugblättern und Karikaturen. Ausstellung im Märkischen Museum“, in: VZ, 14.8.1923, MA.

⁴⁶¹ In katholischen Kreisen war im 19. Jahrhundert die längste Zeit fast vollständiges Schweigen über die 48er-Revolution zu verzeichnen. Vgl. Mergel, Sozialmoralische Milieus, S. 256 f.

„Die Farben Schwarz-Rot-Gold, die vielgeschmähten, bedeuten dem Deutschtum außerhalb der Grenzen des heutigen Deutschen Reiches zugleich die Erinnerung der gemeinsamen Erhebung von 1848 und die Befreiung von nichtdeutschen Bindungen.“

In einer zweiten Argumentationslinie beklagte der Kommentar, dass die „Zweideutigkeit“, mit der sich Fürsten und Völker zwischen 1813 und 1848 gegenübergestanden hätten, zu einer „verhängnisvollen Verbiegung“ des geistigen Lebens geführt habe. Symptomatischster Ausdruck dieser Verbiegung sei Hegel gewesen, der das Arrangieren mit den Tatsachen und den geistigen Verzicht legitimierte. Weder die Tradition Hegels noch die Tradition seiner entarteten Kinder, der Materialisten, sei heute erloschen. Die „Bewegung“ von 1918/19 sei von Materialisten geführt worden, die „die Erfüllung deutschen Geistes“ nicht hätten bringen können, genauso wenig wie ihre schärfsten politischen Gegner, die in der hegelianischen Tradition stehenden „formalen Fanatiker des Autoritätsstaates“.⁴⁶²

Die deutschnationale und nationalsozialistische Presse

Kritik und teilweise Häme rief das Revolutionsgedenken im März 1923 lediglich in der deutschnationalen und nationalsozialistischen Presse hervor. Anders als 1898 hielten die konservativen Kreise am 18. März in Berlin aber keine eigene Gedenkveranstaltung ab; 25 Jahre zuvor hatte der Hofprediger a. D. Adolf Stöcker vor rund tausendköpfigem Publikum die Revolution als ein „Verbrechen“ gebrandmarkt.⁴⁶³ Die deutschnationale *Deutsche Tageszeitung* vermerkte das Märzgedenken lediglich in einem relativ kurzen Artikel. Noch heute gedächten Demokraten „bürgerlicher, proletarischer und moskowitischer Art“ jenes „recht zweifelhaften Tages“. Ironisch wurde das getrennte Erscheinen von Kommunisten und Sozialisten auf dem Märzgefallenenfriedhof registriert und außerdem erwähnt, dass für die Feier der bürgerlichen Demokraten zum Revolutionsgedenken der kleine Bürgersaal des Rathauses völlig ausgereicht habe. Alle Feierlichkeiten, lautete das Fazit der Zeitung, wurden durch ihre Langweiligkeit charakterisiert. „Die Volksseele wollte durchaus nicht kochen.“⁴⁶⁴

Ausführlich setzte sich die gleichfalls deutschnationale *Kreuzzeitung* mit dem Revolutionsgedenken auseinander. Das Bezeichnende der Revolutionsfeierlichkeiten lag für das Blatt darin, dass sie fast ausschließlich von den Sozialdemokraten begangen wurden (die

⁴⁶² Räu, „Märzgedanken. 1848 – 1918 – ?“, in: *Germania*, 18.3.1923. Zum Verhältnis des deutschen Katholizismus zur 48er-Revolution vgl. Hubert Wolf, *Der deutsche Katholizismus als Kind der Revolution von 1848? Oder: Das ambivalente Verhältnis von katholischer Kirche und Freiheit*, in: *Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte*, 19 (2000), S. 13-30; Baumgart, *Die verdrängte Revolution*, S. 94 f.

⁴⁶³ Vgl. Klemm, *Erinnert – umstritten – gefeiert*, S. 173.

⁴⁶⁴ „Matt und langweilig“, in: *DTZ*, 19.3.1923, AA.

Kommunisten wurden nicht eigens erwähnt). Dagegen hätten sich die bürgerlichen Demokraten, die eigentlichen Erben der Träger der Bewegung von 1848, weitgehend zurückgehalten. Im Weiteren fragte der Artikel nach den Gründen dafür. Zum einen müsse 1848 als politische Tat nicht nach ihrem Wollen und Zielen, sondern nach ihren Methoden, um diese zu erreichen, und nach ihren Erfolgen beurteilt werden. Die Einsichtigen unter den Trägern der 48er-Revolution hätten anschließend bald erkannt, dass sie sich damals auf Irrwegen befunden hätten; Bismarck sei ihr großer Lehrmeister geworden. Ein prinzipieller Fehler von Revolutionen sei es, die Er kämpfung der inneren Freiheit als oberste Priorität zu verfolgen. Inzwischen sei von der Staatstheorie jedoch anerkannt, dass ein Staat seinen Bürgern umso mehr Freiheit gewähren könne, je sicherer seine äußeren Grenzen seien.

Zum anderen sei heute jede bürgerliche Beteiligung an Revolutionspropaganda „Vorbereitung des Selbstmordes“ angesichts einer Sozialdemokratie, die am Ziel eines sozialistischen Staates festhalte. Den Einwand, die Sozialdemokraten verfolgten dieses Ziel ausschließlich mit friedlichen Mitteln, ließ die Zeitung nicht gelten. Hier gebe es genau die gleiche Arbeitsteilung mit den offen die proletarische Revolution predigenden Kommunisten wie 1918 zwischen revolutionsmachenden Unabhängigen und den Mehrheitssozialisten, die dies ermöglicht und begünstigt hätten. Insofern das Bürgertum wisse, was es an der bestehenden Wirtschaftsordnung habe, habe es allen Grund, sich sorgsam von jeder Revolutionspropaganda fernzuhalten.⁴⁶⁵ Auf der extremen Rechten schrieb der nationalsozialistische *Völkische Beobachter* verächtlich über die Feier der DDP zum Revolutionsgedenken in Berlin, dass die „Illusionisten von 1848“ sich im Grabe umdrehen würden, ihre Ideen als Vorläufer des „Novemberstaats“ beansprucht zu sehen.⁴⁶⁶

Exkurs: Schleswig-Holstein

Unmittelbar nach dem Gedenken an die Berliner Märztag e 1848 gab es 1923 ein weiteres Gedenken an die 48er-Revolution: den Aufruf des Reichspräsidenten und die Feierlichkeiten in Kiel am 24. März zum Jubiläum der Erhebung Schleswig-Holsteins 1848.⁴⁶⁷ Zum Hintergrund der Feiern gehörte, dass durch den Versailler Frieden und die anschließende Volksabstimmung Teile Nordschleswigs an Dänemark verloren gegangen waren. Reichspräsident Ebert nannte in seinem Aufruf die Schleswig-Holsteiner von 1848 „die ersten Zeugen deutscher Einheit“, die „Gut und Blut für Einigkeit und Recht und Freiheit des

⁴⁶⁵ H. W., „Revolutionsfeier“, in: NPZ, 19.3.1923, AA.

⁴⁶⁶ „Demokraten feiern“, in: Völkischer Beobachter, 20.3.1923.

⁴⁶⁷ Eine Ankündigung der Feier: Schleswig-Holstein 75 Jahre nach seiner Erhebung, in: Der Heimatdienst, 3 (1923), Nr. 3, S. 24.

Vaterlandes eingesetzt“ hätten. Die Lieder der Schleswig-Holsteiner aus jenen Jahren seien Gemeingut des deutschen Volkes geworden und sollten den Deutschen Kraft geben in diesen Jahren „des Leidens und unrechtmäßiger Gewalt“. Zum Schluss der Erklärung hieß es, die Schleswig-Holsteiner würden genauso fest wie die Brüder an Rhein und Ruhr für das Recht und die Freiheit stehen.⁴⁶⁸

Auf der Feier am 24. März im Kollegiensaal des Kieler Rathauses hielt der preußische Ministerpräsident Otto Braun die Rede. Nicht viel anders als Ebert in seinem Aufruf sagte Braun, der Kampf für Schleswig-Holstein 1848 sei ein Kampf für Deutschlands „Einheit, Freiheit und Größe“ gewesen. Dieses Bekenntnis tue auch jetzt wieder not, erklärte Braun in Anspielung auf die Ruhrbesetzung, da sich ein „siegestrunkener, machtgieriger Feind“ die Vernichtung der deutschen Wirtschaft und die Zerreißung der deutschen Einheit zum Ziel gesetzt habe.⁴⁶⁹ In Berlin gab es jedoch 1923 anders als noch 1898 keine Feier zur Erinnerung an die schleswig-holsteinische Erhebung. Die Feier 1898 hatte unter der Schirmherrschaft von Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein stattgefunden.⁴⁷⁰

Der demokratische Politiker Carl Petersen veröffentlichte am Tag der Erinnerungsfeier einen ausführlichen Artikel über die schleswig-holsteinische Erhebung in der *Deutschen Allgemeinen Zeitung*.⁴⁷¹ Abgesehen von der Feier 1923 spielte die Erinnerung an die Erhebung Schleswig-Holsteins 1848 in der Weimarer Republik kaum eine größere Rolle – anders als man vielleicht vor dem Hintergrund der durch Versailles erzwungenen Abtretung Nordschleswigs hätte erwarten können. Dem entsprach, dass auch in den Schulgeschichtsbüchern der Weimarer Republik bei der Behandlung der 48er-Revolution dem Geschehen in Schleswig-Holstein relativ viel weniger Raum eingeräumt wurde als noch im Kaiserreich.⁴⁷²

Bei den schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten spielte die Erinnerung an die schleswig-holsteinische Erhebung von 1848 keine herausgehobene Rolle; dies war nur konsequent, da

⁴⁶⁸ „Der Reichspräsident an die Schleswig-Holsteiner“, in: FZ, 24.3.1923, 1. MB; auch: „Der Reichspräsident erlässt folgenden Aufruf“, in: VZ, 24.3.1923, AA; vgl. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1, S. 334.

⁴⁶⁹ „Schleswig-Holsteins Erinnerungstage“, in: Schleswig-Holsteinische Volkszeitung, 24.3.1923; Hermann Weidlich, „Der Schleswig-Holstein-Tag“, in: SHVZ, 26.3.1923; „„Up ewig ungedeeft“. Zur schleswig-holsteinischen Gedenkfeier“, in: VZ, 25.3.1923; „Schleswig-holsteinische Erinnerungstage. Eine Rede des preußischen Ministerpräsidenten“, in: Vorwärts, 24.3.1923.

⁴⁷⁰ Vgl. Klemm, *Erinnert – umstritten – gefeiert*, S. 176.

⁴⁷¹ Carl Petersen, „Die Erhebung Schleswig-Holsteins“, in: DAZ, 24.3.1923, Reichsausgabe.

⁴⁷² Vgl. Doering, *Das sperrige Erbe*, S. 299, 326.

die Sozialdemokraten seit dem Kriegsende dafür eintraten, die nordschleswigsche Frage auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu lösen und jegliche historischen Argumente zurückwiesen.⁴⁷³ Zudem urteilte Wilhelm Bloss in seiner populären Geschichte der 48er-Revolution ausgesprochen kühl über die schleswig-holsteinische Erhebung, die von „dynastischen Revolutionären“ angeführt den 36 deutschen Fürsten einen weiteren zugesellen habe wollen.⁴⁷⁴

Als der sozialdemokratische preußische Ministerpräsident Hirsch am 11. Mai 1919 in einem Telegramm an eine deutsche Kundgebung in Nordschleswig mit den Worten auf die Erhebung von 1848 anspielte:

„Die zähe Eigenart des schleswig-holsteinischen Stammes, der in der großen, jetzt wieder lebendig werdenden Zeit sein Deutschtum und seine Heimatliebe in unvergänglicher Weise bewahrt hat, wird bei der Rettung und dem Wiederaufbau des Vaterlandes eine besondere Aufgabe zu erfüllen haben“,

bewertete das die sozialdemokratische *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* als „höchst überflüssig“ und schrieb weiter:

„Ganz abgesehen davon, dass uns Sozialdemokraten, die wir von der sozialistischen Internationale das Heil aus dem Schrecken unserer Tage erwarten, nationalistischer Übereifer sehr wenig zu Gesicht steht.“⁴⁷⁵

Wenn die Zeitung im Abstimmungskampf um Nordschleswig doch einmal ausnahmsweise die Erinnerung an das Jahr 1848 bemühte, wurde die Erhebung – historisch zweifelhaft – als Kampf gegen „überlebte Feudalherrschaft“ gedeutet, die ihre Sprache habe aufzwingen wollen, und in eine Reihe mit dem Kampf des „schleswig-holsteinischen Volkes“ gegen die

⁴⁷³ Brandt, „Für das Deutschtum in Nordschleswig“, in: SHVZ, 5.12.1918; „Der Provinzial-Landtag und die nordschleswigsche Frage. Eine verhinderte Dummheit“, in: SHVZ., 19.3.1919; „Der Kampf um Schleswig. VI“, in: SHVZ, 22.3.1924; vgl. Gerd Callesen, Die Schleswig-Frage in den Beziehungen zwischen dänischer und deutscher Sozialdemokratie von 1912 bis 1924. Ein Beitrag zum sozialdemokratischen Internationalismus (=Schriften der Heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig, H. 21), Apenrade 1970, S. 135; Jörn-Peter Leppien, Sozialdemokratie und Nordschleswig-Frage 1912 bis 1924, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, 96 (1971), S. 341-356, hier: 348 f., 353 f.

⁴⁷⁴ Vgl. Bloss, Die deutsche Revolution, S. 163-165, 211. Ohne die Herablassung Bloss' gegenüber der schleswig-holsteinischen Erhebung, aber auch scharf kritisch über die preußische Schleswig-Holstein-Politik in den Jahren 1848 bis 1851: Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, S. 363; ders., Schleswig-Holstein (1899), in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. 7, S. 145-152, hier: 149, 152.

⁴⁷⁵ „Die Dänen wollen keine Deutschen“, in: SHVZ, 14.5.1919; auch: „Kiel und Umgegend. Nieder mit dem Gewaltfrieden!“, in: SHVZ, 15.5.1919.

preußische Unterdrückungspolitik gegenüber der dänischen Minderheit im Kaiserreich gestellt.⁴⁷⁶

Soweit in der Zeitung in den Jubiläumsjahren 1923, 1924 und 1928 an die schleswig-holsteinische Erhebung von 1848 erinnert wurde, fehlte in keinem Artikel die Berufung auf Karl Marx' Urteil in der *Neuen Rheinischen Zeitung*:

„Der dänische Krieg ist der erste Revolutionskrieg, den Deutschland führt. Und darum haben wir uns, ohne dem meerumschlungenen Schoppenenthusiasmus die geringste Stammverwandtschaft zu bezeigen, von Anfang an für energische Führung des dänischen Krieges erklärt. Schlimm genug für Deutschland, wenn sein erster Revolutionskrieg der komischste Krieg ist, der je geführt wurde.“⁴⁷⁷

Ganz selten wurde in der *Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung* von der Erhebung in den Jahren 1848 bis 1850 ausführlich erzählt; bei diesen Gelegenheiten wurde Preußen regelmäßig Verrat an der Erhebung vorgehalten. Da die Sozialdemokraten nach dem Weltkrieg jedoch für eine weitere Zugehörigkeit Schleswig-Holsteins zu Preußen eintraten, war damit ein weiterer Grund gegeben, nicht an die Erhebung zu erinnern.⁴⁷⁸ Scharf distanzierten sie sich vom bürgerlichen Gedenken an die Erhebung, dem sie vor allem vorwarfen, die schwarz-rot-goldene Fahne zu verschmähen, in deren Zeichen die Erhebung sich doch vollzogen habe. Das bürgerliche Gedenken unter der blau-weiß-roten Fahne Schleswig-Holsteins und gar unter Schwarz-Weiß-Rot sei provinziell und unhistorisch; die „Patent-Schleswig-Holsteiner“ wollten weder vom Berliner 18. März 1848 noch von der „gesamtdeutschen“ 48er-Revolution etwas wissen, von der der Kampf in Schleswig-Holstein nur ein Teil gewesen sei.⁴⁷⁹

Diese Haltung demonstrierte die schleswig-holsteinische Sozialdemokratie auch dadurch, dass sie am 24. März 1923, dem Gedenktag der schleswig-holsteinischen Erhebung, eine eigene

⁴⁷⁶ „Nordschleswiger, rüstet zur Abstimmung!“, in: SHVZ, 29.9.1919.

⁴⁷⁷ „Schleswig-Holstein im Jahre 1848“, in: SHVZ, 24.3.1923; auch: Hermann Weidlich, „Der Schleswig-Holstein-Tag“, in: SHVZ, 26.3.1923; „Der Kampf um Schleswig. I“, in: SHVZ, 17.3.1924; G. W., „Erhebung“. Spießbürgerliche Spielerei“, in: SHVZ, 24.3.1928.

⁴⁷⁸ „Schleswig-Holstein im Jahre 1848“, in: SHVZ, 24.3.1923; „Der Kampf um Schleswig. V“, in: SHVZ, 21.3.1924; vgl. Mehring, Schleswig-Holstein, S. 149 f., 152; Winkler, Der lange Weg nach Westen, Bd. 1, S. 108 f., 125 f.

⁴⁷⁹ Tatsächlich hatte die schleswig-holsteinische Armee 1848 bis 1850 unter den Farben Schwarz-Rot-Gold und Blau-Weiß-Rot gegen Dänemark gekämpft. Vgl. Friedel, Deutsche Staatssymbole, S. 28.

separate Gedenkfeier im Kieler Gewerkschaftshaus abhielt. Ihr Parteiorgan kommentierte das mit den Worten:

„Wir Sozialdemokraten sind auf Grund unserer materialistisch-historischen Weltauffassung davor geschützt, die schleswig-holsteinische Erhebung zu überschätzen, aber wir wissen sie doch zu würdigen [...] Die *Partei* gedenkt der schleswig-holsteinischen Erhebung als Teil der revolutionären Bewegung von 1848 und der großdeutschen Einheits- und Freiheitsbestrebungen des demokratischen Bürgertums, die in den schwarz-rot-goldenen Farben ihren sinnfälligen Ausdruck fanden.“

Der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun hielt auch auf der Feier der Sozialdemokraten eine kurze Ansprache, in der er sagte, die Erhebung sei „voller revolutionärer Energie“ und ihr Leitmotiv „der gesunde nationale Gedanke“ gewesen. In der Arbeiterschaft werde dieser Gedanke „noch etwas skeptisch aufgenommen“.⁴⁸⁰ Angesichts dieser großen Distanz der schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten zur Tradition der Erhebung von 1848 überrascht es nicht, dass in der *Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung* sowohl in der Revolution von 1918/19 als auch in der Weimarer Republik wesentlich häufiger an den Berliner 18. März 1848 und die Paulskirche erinnert wurde als an jene.⁴⁸¹

Dazu, dass die Tradition des Märzgedenkens fortgeführt wurde, dürfte entscheidend beigetragen haben, dass in Kiel nach den Kämpfen des Kapp-Putsches im März 1920 zahlreiche Opfer unter den Arbeitern zu beklagen waren. Anders als in Berlin überlagerte in

⁴⁸⁰ „Schleswig-Holstein im Jahre 1848“, in: SHVZ, 24.3.1923; Hermann Weidlich, „Der Schleswig-Holstein-Tag“, in: SHVZ, 26.3.1923; „Erhebungsfeier im Rundfunk“, in: SHVZ, 25.3.1926; „Kiel und Umgegend. Erhebende Erhebungsfeiern“, in: SHVZ, 25.3.1927; G. W., „Erhebung“. Spießbürgerliche Spielerei“, in: SHVZ, 24.3.1928.

⁴⁸¹ „Kiel und Umgegend. Im Zeichen der Freiheit“, in: SHVZ, 4.11.1918; „Die Flotte unter der roten Fahne. Der Sieg der Freiheit!“, in: SHVZ, 5.11.1918; Hermann Wendel, „Demokratische Piepmeyer“, in: SHVZ, 27.12.1918; „Die neuen Sturmgesellen“, in: SHVZ, 16.1.1919; „Wo steht der Feind?“, in: SHVZ, 18.1.1919; Bertholdt Brandt, „Zur Preußenwahl“, in: SHVZ, 23.1.1919; „Verfassungsfragen“, in: SHVZ, 27.1.1919; Anna Blos, „Führende Frauen“, in: SHVZ, 18.3.1922; „1848 – 1923“, in: SHVZ, 17.3.1923; Hermann Schützinger, „März und Jugend“, in: ebd.; „Der 18. März in Berlin“, in: SHVZ, 19.3.1923; Franz Laufkötter, „Die Frankfurter Nationalversammlung“, in: SHVZ, 17.5.1923; „März“, in: SHVZ, 18.3.1925; „Der 18. März. Ein Tag der Republik und des Sozialismus“, in: SHVZ, 18.3.1926; Reinhard Strecker, „Freiligrath und die Fürsten“, in: ebd.; „März“, in: SHVZ, 18.3.1927; „Im Friedrichshain. Gedanken zum 18. März“, in: ebd.; Hermann Wendel, „Der achtzehnte März“, in: SHVZ, 17.3.1928; E. Schairer, „Das Heckerlied“, in: ebd.; „Märzfeier im Rundfunk“, in: ebd.; Bruno Schönlink, „O, steht gerüstet! Seid bereit! Dem Andenken Freiligraths“, in: ebd.; Ferdinand Freiligrath, „Die Toten an die Lebenden“, in: ebd.; „Revolutionshumor aus dem Jahre 1848“, in: ebd.; „Das tolle Jahr“. Was Wilhelm II. von ‚1848‘ wusste. Einige historische Fingerzeige“, in: ebd.; „Ehrung der Märzgefallenen“, in: SHVZ, 21.3.1928; Eduard David, „Demokratie und Sozialismus. Eine Betrachtung zum 18. März“, in: SHVZ, 18.3.1929; „Märzfeier in Berlin“, in: ebd.; „Barrikadenkampf“, in: ebd.; „Bürger-Generale“, in: ebd.; „Das Schurz-Denkmal“, in: ebd.; „Was Wilhelm II. von ‚48‘ wusste“, in: ebd.; Alfred Neumeister, „Das Erbe“, in: ebd.; Paul Kampffmeyer, „Der 18. März. Ein Volks- und Siegestag: 1848 – 1890 – 1930“, in: SHVZ, 18.3.1930; „Blitzlichter vom ‚tollen Jahr‘“, in: ebd.; „Distichen von Georg Herwegh“, in: ebd.; „März-Bilder/Zensur-Anekdoten“, in: ebd.; Philipp Scheidemann, „Vom 11. August“, in: SHVZ, 9.8.1930.

Städten wie Kiel, aber beispielsweise auch Leipzig das 1921 einsetzende und zumindest bis Ende der 20er-Jahre beibehaltene „Märzgedenken“ an die Opfer des Kapp-Putsches das 48er-Revolutionsgedenken nicht teilweise, sondern trug vermutlich eher dazu bei, es überhaupt wachzuhalten. Auch wenn sich häufig Berichte über das Märzgedenken für die Opfer des Kapp-Putsches in Kiel und Leipzig finden, in denen *nicht* auch an 1848 erinnert wurde, wurde doch regelmäßig in den Reden auf diesen Feiern und in den Berichten darüber der große historische Bogen von 1848 bis 1920 und zur Gegenwart geschlagen.⁴⁸²

6. Paulskirchengedenken im Jubiläumsjahr 1923

Im Zeichen des großdeutschen Gedankens

Protokollarischer Höhepunkt des Revolutionsgedenkens war 1923 zweifelsohne die Erinnerungsfeier in der Frankfurter Paulskirche am 18. Mai aus Anlass des 75. Jubiläums des Zusammentritts der ersten deutschen Nationalversammlung.⁴⁸³ Es war ausgesprochen bezeichnend, dass die publizistische Begleitung der Paulskirchenfeier durch die *Frankfurter Zeitung*, die sich gemäß ihrer Tradition maßgeblich für die Feier engagierte, am 17. Mai mit einem Kommentar „Den Brüdern aus Deutschösterreich!“ einsetzte. Nur wenige Monate nachdem die Republik Österreich im November 1922 in den Genfer Protokollen im Gegenzug für Finanzhilfen aus dem Ausland ein gegenüber dem Vertrag von St. Germain noch einmal verschärftes Anschlussverbot akzeptiert hatte, war die Paulskirchenjubiläumsfeier in erster Linie eine Anschlusskundgebung. In dem Artikel in der *Frankfurter Zeitung* war zu lesen, dass die „tiefste Sehnsucht“ der Deutschösterreicher die „Vereinigung mit dem großen deutschen Mutterlande“ sei. Nach dem Sturz Metternichs 1848 sei Wien in schwarz-rot-

⁴⁸² „Die blutige Kieler Woche“, in: SHVZ, 20.3.1920. Ankündigungen und Berichte von „Märzfeiern“ in Kiel mit Erwähnung von 1848: „Die Ehrung der Gefallenen“, in: SHVZ, 25.3.1920; „Kampf dem Geiste des Vormärz“, in: SHVZ, 18.3.1922; „Am Grabe der Märzgefallenen“, in: SHVZ, 23.3.1923; „Gedenkt der Märzgefallenen von 1920!“, in: SHVZ, 18.3.1924; Hermann Weidlich, „Kiel und Umgegend. Unsere Märzfeier“, in: SHVZ, 19.3.1924; „Nicht alle sind tot, die begraben sind. Kiels Arbeiterschaft ehrt die Revolutionsoffer“, in: SHVZ, 19.3.1928. Ankündigungen und Berichte von „Märzfeiern“ in Kiel für die Opfer des Kapp-Putsches ohne Erwähnung von 1848: „Heute abend: Märzfeier“, in: SHVZ, 18.3.1921; „Den Märzgefallenen zum Gedächtnis“, in: SHVZ, 19.3.1921; „Zum Gedenken der Märzgefallenen“, in: SHVZ, 17.3.1922; „Ehret die Märzkämpfer“, in: SHVZ, 18.3.1922; „Am Grabe der Märzgefallenen“, in: SHVZ, 25.3.1924; „An den Gräbern der Opfer. Die Arbeiterschaft ehrt die Märzgefallenen“, in: SHVZ, 18.3.1929. Zu Leipzig siehe: „Die Ehrung der Märzgefallenen“, in: Leipziger Volkszeitung (fortan: LVZ), 17.3.1923; „Ehrung unserer Märzgefallenen im Ostbezirk!“, in: LVZ, 19.3.1925; „Zur Ehrung unserer Märzgefallenen“, in: LVZ, 20.3.1925; „Zur Ehrung der Märzgefallenen“, in: LVZ, 17.3.1928; „An den Gräbern der Märzgefallenen“, in: LVZ, 19.3.1928; „Ehrung der Märzgefallenen“, in: LVZ, 21.3.1932.

⁴⁸³ Zum Folgenden siehe auch Rebentisch, Friedrich Ebert und die Paulskirche. Die Weimarer Demokratie und die 75-Jahrfeier der 1848er-Revolution; Klemm, Erinnert – umstritten – gefeiert, S. 245-312.

goldenen Fahnen geschwommen, sowohl vom Stephansdom als auch von der Burg habe die Fahne geweht, und die Parole: „Deutschland! Deutschland!“ habe die ganze Stadt beseelt.⁴⁸⁴

Für die Paulskirche sei die Zugehörigkeit Österreichs zu Deutschland so selbstverständlich gewesen, dass sie das Erscheinen italienischer Kriegsschiffe vor Triest einstimmig als Kriegserklärung an Deutschland aufgefasst habe.⁴⁸⁵ Die Zeitung verglich die „Teilung Deutschlands“, die in der Losreißung so vieler deutscher Gebiete vom deutschen Staat, vor allem aber in der „widernatürlichen“ Trennung Österreichs von Deutschland bestehe, mit den polnischen Teilungen im 18. Jahrhundert. Dieser „Frevel“ laste nicht minder schwer auf Europa. Er müsse „getilgt und gesühnt werden“, solle ein auf Recht und Selbstbestimmung der Völker beruhendes Europa Wirklichkeit werden.⁴⁸⁶ Die österreichischen Teilnehmer an der Paulskirchenfeier wurden von der *Frankfurter Zeitung* in einem Artikel vom Abend des 17. Mai „Die Feier des 18. Mai in Frankfurt. Der Empfang der österreichischen Parlamentarier“ besonders hervorgehoben, der davon berichtete, welche Gäste zu der Feier erwartet wurden. Laut der Zeitung waren neun Parlamentarier aus Österreich durch den Frankfurter Oberbürgermeister Georg Voigt (DDP) empfangen worden, der in seiner Begrüßungsansprache Uhlands Worte aus der Paulskirche über die Zugehörigkeit Österreichs zu Deutschland zitierte.⁴⁸⁷

Hinzu kam, dass die Paulskirche 1923, was Kundgebungen für den Anschluss Deutschösterreichs an das Deutsche Reich betraf, bereits kein unbeschriebenes Blatt mehr war. Schon im November 1922, als die österreichische Nationalversammlung mit den Stimmen der Christlichsozialen und Deutschnationalen die Genfer Protokolle mit dem verschärften Anschlussverbot ratifizierte, hatte der Österreichisch-Deutsche Volksbund, der im Deutschen Reich eine sozialdemokratisch dominierte Organisation war, angeführt von vom Reichspräsidenten Paul Löbe in der Paulskirche eine Anschlusskundgebung abgehalten, auf der Redner fast aller politischen Parteien auftraten. Die Presse hatte über diese Kundgebung allerdings nur ausgesprochen knapp berichtet. Löbe hatte in der Paulskirche

⁴⁸⁴ Vgl. Blos, *Die deutsche Revolution*, S. 242; Valentin/Neubecker, *Die deutschen Farben*, S. 24; Klein (Hg.), *Der Vorkampf deutscher Einheit und Freiheit*, S. 136 f.

⁴⁸⁵ Tatsächlich hatte die Paulskirche am 20. Juni 1848 angesichts der Blockade der Adria und damit auch von Triest durch piemontesisch-lombardische Verbände erklärt, ein Angriff auf Triest wäre eine Kriegserklärung an den Deutschen Bund. Vgl. Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution*, Bd. 2, S. 185; Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 1, S. 118.

⁴⁸⁶ „Den Brüdern aus Deutschösterreich!“, in: FZ, 17.5.1923, 2. MB.

⁴⁸⁷ „Die Feier des 18. Mai in Frankfurt. Der Empfang der österreichischen Parlamentarier“, in: FZ, 17.5.1923, AB; auch: Hörth, *Gedenkfeiern*, S. 59. Über den Empfang der österreichischen Parlamentarier berichteten in Wien die *Neue Freie Presse* und die *Arbeiter-Zeitung*: „Die österreichische Abordnung bei der Gedenkfeier in Frankfurt“, in: NFP, 18.5.1923, MB; „Der Frankfurter Gedenktag“, in: AZ, 18.5.1923.

erklärt, dass die Deutschen sich das nationale Selbstbestimmungsrecht, für das die Siegermächte einzutreten vorgäben, nicht nehmen ließen. Zugleich hatte er, immerhin kein Geringerer als der Reichstagspräsident und der Vorsitzende des Volksbundes, sich die weitverbreitete Ansicht zu eigen gemacht, dass die zunächst zögerliche Reaktion der Volksbeauftragten im Reich auf die Anschlussklärung Deutschösterreichs am 12. November 1918 eine höchst bedauerliche Unterlassung gewesen sei.⁴⁸⁸

Die Vorbereitung der Feier

Im Vorfeld war die Paulskirchenfeier nicht unumstritten gewesen. Die Initiative ging von der Stadt Frankfurt aus, die schon 25 Jahre zuvor das 50. Jubiläumsjahr als Anlass für ein umfangreiches Gedenken genommen hatte. Eine große Rolle spielte dabei die *Frankfurter Zeitung*: Ihr Redakteur Otto Ernst Sutter entwickelte die Idee zur Jubiläumsfeier zusammen im Gespräch mit dem Wirtschaftsdezernenten Stadtrat Ludwig Landmann (DDP), ihr Herausgeber Heinrich Simon war in die diesbezüglichen Verhandlungen mit der Reichsregierung eingeschaltet, und in ihrer Druckerei wurde die Gedenkschrift aus Anlass der Feier hergestellt.⁴⁸⁹ Stadtrat Landmann organisierte die Veranstaltung dann federführend und wurde ein Jahr später Oberbürgermeister von Frankfurt.⁴⁹⁰ Allerdings hätte Frankfurt als Ausrichter der Feier gerne das Deutsche Reich gesehen, wobei es bereit war, die

⁴⁸⁸ „Wir und Deutschösterreich“, in: Vorwärts, 22.11.1922, MA; „Für den Anschluss Österreichs. Die Kundgebung in der Paulskirche“, in: BT, 22.11.1922, MA. Der sozialdemokratische Parteivorstand sah 1925 zunächst Löbe als sozialdemokratischen Kandidaten für die Reichspräsidentenwahlen vor und bestimmte erst nach dessen Ablehnung Otto Braun. Vgl. Winkler, Der Schein der Normalität, S. 234. Einer der beiden Stellvertreter Löbes als Vorsitzender des Volksbundes war der Demokrat Wilhelm Heile, zu den Mitgliedern des Hauptvorstandes gehörten: die Politiker Eduard David, Friedrich Stampfer, Edwin Redslob, Anton Erkelenz, Theodor Heuss, Hermann Dietrich, Heinrich Krone, Josef Wirth, Fritz Mittelman sowie die Chefredakteure Theodor Wolff, Georg Bernhard und Fritz Klein (der die *Deutsche Allgemeine Zeitung* leitete). Dem Vorstand gehörten außerdem unter anderen folgende Sozialdemokraten an: Konrad Haenisch, der wie Stampfer aus Österreich stammende Rudolf Hilferding, Hermann Müller, Gustav Radbruch und Carl Severing, und die folgenden Demokraten: Ludwig Haas, Otto Nuschke und Hugo Preuß. Vgl. Molt, „... Wie ein Klotz inmitten Europas“, S. 147 f.; Brancato, German Social Democrats, S. 41-45, 58 f.; Heß, „Das ganze Deutschland soll es sein“, 1978, S. 213; Garscha, Die deutsch-österreichische Arbeitsgemeinschaft, S. 96-104; Österreichisch-Deutscher Volksbund (ÖDVb) 1920–1933, in: Dieter Fricke (Hg.), Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Bd. 3, Leipzig 1985, S. 566-568; Suval, The Anschluss Question, S. 30-37.

⁴⁸⁹ Sutter steuerte zu der ebenfalls im Verlag der *Frankfurter Zeitung* aus Anlass des Paulskirchenjubiläums erschienenen Schriftenreihe ein Bändchen über die Paulskirchenlinke bei, der eindeutig seine politischen Sympathien galten und die von ihm als weitblickend und im besten Sinne realpolitisch charakterisiert wurde. Vgl. Otto Ernst Sutter, Die Linke der Paulskirche (=Die Paulskirche. Eine Schriftenfolge, Bd. 8), Frankfurt a. M. 1924, S. 10, 16, 22, 25, 28. Zudem war Mitherausgeber eines 1923 ebenfalls im Verlag der *Frankfurter Zeitung* erschienenen Bandes mit Reden aus der Paulskirche: Wolfgang Petzet/Otto Ernst Sutter, Der Geist der Paulskirche. Aus den Reden der Nationalversammlung 1848/1849, Frankfurt a. M. 1923.

⁴⁹⁰ Vgl. Rebentisch, Friedrich Ebert und die Paulskirche, S. 17 f., 21; Gedenkschrift 1848 – 1923. Die Paulskirche. Zur Erinnerung an das Erste Deutsche Parlament, Frankfurt a. M. [1923].

Vorbereitungen zu treffen, konnte das aber – obwohl frühzeitig eine Zusage von Reichspräsident Ebert vorlag, an der Feier teilzunehmen – nicht durchsetzen.⁴⁹¹

Der Staatssekretär der Reichskanzlei schrieb am 11. April an den Reichsminister des Innern: Reichskanzler Cuno scheine

„durch den Ernst der Zeit die Frage dringend nahegelegt zu sein, ob der gegenwärtigen Zeit eine große, lang vorbereitete Feierlichkeit in Frankfurt mit Anwesenheit des Herrn Reichspräsidenten, des Reichskanzlers, von Reichsministern usw. entspräche. [...] Nach alledem ist der Herr Reichskanzler der Auffassung, dass von einer *größeren* Feier abgesehen werden sollte.“

Die beiden zentralen Argumente der Reichskanzlei waren, dass erstens angesichts der Ruhrbesetzung kein Anlass zum Feiern bestehe und zweitens nicht absehbar sei, wie sich der Abwehrkampf bis zum 18. Mai weiter entwickeln werde, und dass die Franzosen möglicherweise Frankfurt, das sie schon einmal besetzt hatten, zur Verhinderung der Feier erneut besetzen würden.⁴⁹²

In einem internen Vermerk der Reichskanzlei vom 29. März, der bereits die Argumente gegen eine Paulskirchenfeier benannte, die die Kanzlei dann auch in dem Schreiben an Reichsinnenminister Oeser gebrauchte, werden auch innenpolitische Vorbehalte geltend gemacht. Geheimrat Wever schrieb:

„Ich glaube, dass die Feier [...] auch innenpolitisch nicht gerade die Gegensätze überbrücken würde. In Baden und Bayern wird man der Feier nicht viel Sympathie entgegenbringen. Auch in Norddeutschland werden die Meinungen geteilt sein und es ist mir fraglich, ob man im Interesse des Ausgleichs diese Feier besonders propagieren soll. Schließlich ist auch das Frankfurter Parlament doch erfolglos gewesen. Neue Freunde für die Republik wird man meines Erachtens durch die Feier nicht gewinnen, sondern eher das Gegenteil erreichen. Schlussfolgerungen, dass gerade das Frankfurter Parlament sich für die Wiederherstellung des Kaiserreiches ausgesprochen hat, – wenn auch eines freiheitlichen großen Deutschlands – werden nicht ausbleiben.“⁴⁹³

⁴⁹¹ Oberbürgermeister Voigt an Ministerialdirektor Brecht, 23.3.1923, in: BA Berlin, R 1501, 116869, B. 27; vgl. Rebutisch, Friedrich Ebert und die Paulskirche, S. 18 f.; Hörth, Gedenkfeiern, S. 60.

⁴⁹² Staatssekretär in der Reichskanzlei an Reichsminister des Innern, 11.4.1923, in: BA Berlin, R 1501, 116869, B. 26.

⁴⁹³ Vermerk zur Paulskirchengedenkfeier, 29.3.1923, in: BA Berlin, R 43, I/566, Reichskanzlei: Nationalfeste, Gedenktage, öffentliche Festlichkeiten 1919–1933, B. 264. Warum Wever auch in Baden Vorbehalte gegen die Feier vermutete, lassen die Akten offen. Eine naheliegende Erklärung war die Tatsache, dass das Zentrum in Baden nach 1918 wie schon vor dem Weltkrieg die stärkste Partei war und eine bürgerliche Regierung rechnerisch auch ohne die Sozialdemokratie möglich gewesen wäre. Ein weiterer Grund mag gewesen sein, dass Frankreich im Zuge seines Vorgehens gegen das Reich im Januar 1923 auch zentrale Eisenbahnverbindungen in Baden unterbrochen hatte. Baden erklärte 1923 den Verfassungstag zum Feiertag. In den Jahren 1923/24 gab es

In seiner Erwiderung teilte der Reichsminister des Innern dem Staatssekretär in der Reichskanzlei mit, dass er die Einschätzung des Reichskanzlers teile, dass die Feier in der Paulskirche nicht den Charakter einer „glänzenden Festlichkeit“, sondern einer „ernsten innerlichen Gedenkfeier“ haben müsse. In diesem Sinne habe er bereits auf den Frankfurter Magistrat eingewirkt und eine Beteiligung des Reiches davon abhängig gemacht. Cunos Ablehnung einer Beteiligung der Reichsregierung schloss sich Oeser, der wie bereits erwähnt ein ehemaliger Redakteur der *Frankfurter Zeitung* war, hingegen *nicht* an:

„Der Herr Reichspräsident legt großen Wert darauf, der Veranstaltung beizuwohnen. Ebenso werde ich selbst daran teilnehmen.“

Darüber, dass das Reich die Feier nicht selbst in die Hand nehmen könne, sei die Stadt Frankfurt bereits mündlich unterrichtet. Die Stadt werde sich auf den Hinweis beschränken, dass die Feier im Einvernehmen mit der Reichsregierung stattfinde.⁴⁹⁴

Im Reichsministerium des Innern gab es die Überlegung, über den deutschen Gesandten in Wien bei der österreichischen Regierung anzufragen, ob der österreichische Staatspräsident oder die österreichische Regierung sowie der Präsident des österreichischen Parlaments an der Feier teilnehmen könnten. Reichsaußenminister Frederic Hans von Rosenberg schrieb dazu an den Reichsinnenminister:

„Auf Grund der alten großdeutschen geschichtlichen Tradition und im Sinne der von der Reichsregierung dem heutigen Deutschösterreich gegenüber stets als letztes Ziel verfolgten Anschlusspolitik würde ich es als sichtbaren Ausdruck gemeinschaftlichen Volksgefühls der beiden deutsch-sprechenden Länder an sich mit Freuden begrüßen, wenn an der von der Stadt Frankfurt a./M. für den 18. Mai d. J. in Aussicht genommenen Feier zur Erinnerung an die Eröffnung der Nationalversammlung in der Paulskirche ein hervorragender Vertreter der Österreichischen Regierung sowie der Präsident des österreichischen Nationalrats teilnehmen würden.“

dort jedoch so gut wie kein Gedenken an die 48er-Revolution. Vgl. Jutta Stehling-Höfling, Die badische SPD im Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik 1914–1933, in: Jörg Schadt/Wolfgang Schmieder (Hg.), Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis heute (=Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 3), Stuttgart 1979, S. 133-159, hier: 138-142; Gerhard Kaller, Baden in der Weimarer Republik, in: Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte, Bd. 4: Die Länder seit 1918, hg. v. Hansmartin Schwarzmaier/Meinrad Schaab, Stuttgart 2003, S. 23-72, hier: 25, 28, 33; Buchner, Um nationale und republikanische Identität, S. 329; Hans Karl Rupp, Revolutionsgedenken in Baden – von der Weimarer Republik zur Bundesrepublik, S. 493 f.; auch: Merk, „Nationality Separates, Liberty Unites“, S. 192-194.

⁴⁹⁴ Reichsminister des Innern an den Staatssekretär in der Reichskanzlei, 21.4.1923, in: BA Berlin, R 1501, 116869, B. 26, 32; Reichsminister des Innern an den Frankfurter Oberbürgermeister Voigt, 13.4.1923, in: ebd., B. 25; siehe auch das nicht abgeschickte Schreiben des Reichsinnenministers an den Frankfurter Magistrat, 28.3.1923, in: ebd., B. 30 f.; vgl. Hörth, Gedenkfeiern, S. 64 f.; Rebutisch, Friedrich Ebert und die Paulskirche, S. 20.

Im Folgenden lehnte es der Reichsaußenminister jedoch ab, eine entsprechende Einladung der Stadt Frankfurt durch einen amtlichen Schritt des Gesandten in Wien unterstützen zu lassen, da dies die österreichische Regierung, die derzeit stark auf die ehemaligen Feinde angewiesen sei und sich deshalb im Hinblick auf den Anschlussgedanken eine starke Zurückhaltung auferlegen müsse, in Verlegenheit bringen würde. Hingegen hatte von Rosenberg keinerlei Bedenken gegen eine Beteiligung des österreichischen Gesandten im Reich und von einigen wenigen Mitgliedern des österreichischen Nationalrats an der Feier. Der deutsche Gesandte in Wien sei angewiesen worden, entsprechend tätig zu werden.⁴⁹⁵

Neben der Anschlussfrage hatte die Paulskirchenfeier einen weiteren außenpolitischen Aspekt. Das Reichsinnenministerium nahm die Feier zum Anlass, einen deutschen Propagandafilm für Amerika drehen zu lassen, wo bislang deutsche Filmpropaganda noch nicht gezeigt worden war. In der Niederlegung der Ergebnisse einer Besprechung mit dem für den Vertrieb in Amerika zuständigen Partner hieß es:

„Der Film soll die Frankfurter 48er-Feier zeigen. Um das Bild für Amerika annehmbar zu machen, müssen in einem Vorspiel die historischen Momente vorgeführt werden. Im Mittelpunkt dieses Vorspiels soll Karl Schurz stehen, der in Amerika auch heute noch verehrte Revolutionär von 1848. Angeschlossen wird die Feier vom 18. Mai 1923, wobei der Reichspräsident zum ersten Mal in einer würdigen Situation in Amerika gezeigt werden könnte.“⁴⁹⁶

Die Teilnehmer

Politisch aufschlussreich war die Teilnehmerliste der Paulskirchenfeier; die *Frankfurter Zeitung* berichtete darüber ausführlich. Erster unter den Gästen war Reichspräsident Ebert. Reichskanzler Cuno und Reichsaußenminister von Rosenberg hatten sich dagegen mit Verweis auf die außenpolitische Lage des Reiches entschuldigt. Aus dem Reichskabinett waren vertreten die Minister Heinrich Brauns (Zentrum) und Oeser. Die Delegation der preußischen Regierung wurde angeführt vom sozialdemokratischen Ministerpräsidenten

⁴⁹⁵ Vom Reichsinnenministerium vorgesehene Einladungen an das offizielle Österreich, in: BA Berlin, R 1501, 116869, B. 14-16, 30 f.; von Rosenberg, AA, an Reichsminister des Innern, 5.5.1923, in: ebd., B. 68 f. Am 15. Mai bat der Reichsminister des Innern dann den Reichsverkehrsminister um kostenlose Beförderung des Salonwagens der Delegation des österreichischen Nationalrats, in: ebd., B. 73.

⁴⁹⁶ Schriftliche Niederlegung aller Punkte in der mit Herrn Ministerialdirektor Brecht besprochenen Angelegenheit betreffs Filmpropaganda für Amerika durch Mr. Kirby, in: ebd., B. 77 f.; Vertrag vom 16. Mai 1923, in: ebd., B. 81. Die Reichsregierung stellte der Ufa offenbar acht Exemplare des Films zur Verfügung, die sich im Gegenzug verpflichtete, den Film in allen Ufa-Theatern zu zeigen. Vertragsentwurf, in: ebd., B. 139; vgl. Hörth, Gedenkfeiern, S. 73, 84. In der Schriftenreihe aus Anlass des Paulskirchenjubiläums erschien auch ein Bändchen über die Achtundvierziger in Amerika: Georg von Skal, Die Achtundvierziger in Amerika (=Die Paulskirche. Eine Schriftenfolge, Bd. 18), Frankfurt a. M. 1923.

Braun, ihr gehörten außerdem die Minister Hugo Wendorff (DDP), Heinrich Hirtsiefer (Zentrum) und Carl Severing an.⁴⁹⁷ Neben Preußen wurden auch die Länder Hessen, Württemberg, Baden und Sachsen durch ihre Regierungschefs repräsentiert; auch alle anderen Landesregierungen mit Ausnahme Bayerns schickten Vertreter.⁴⁹⁸ Aus Bayern kamen lediglich der Oberbürgermeister von Nürnberg sowie Vertreter Münchens, der Pfalz und Frankens. Der bayerische Ministerpräsident Eugen Ritter von Knilling von der BVP nahm am 18. Mai, dem Tag der Paulskirchenfeier, in München an einer Messe in der Theatinerkirche anlässlich des Geburtstags des bayerischen Kronprinzen Rupprecht teil.⁴⁹⁹

Zudem erschienen zur Frankfurter Feier Abgeordnete sämtlicher deutscher Parlamente. Die Delegation des Reichstags wurde angeführt von seinem Präsidenten Löbe sowie den Vizepräsidenten Jakob Riesser und Johannes Bell. Ihr gehörten Mitglieder aller Reichstagsfraktionen bis auf die Kommunisten und Deutschnationalen an. Der Vizepräsident Riesser war der einzige Politiker der DVP auf Reichsebene, der an der Feier teilnahm; Riesser hatte dem linken Flügel der Nationalliberalen angehört und einen persönlichen Bezug zur Paulskirche, da er ein Neffe des Paulskirchenabgeordneten Gabriel Riesser und gebürtiger Frankfurter war.⁵⁰⁰ Die Delegation des preußischen Landtags, an deren Spitze der Landtagspräsident Robert Leinert stand, war parteipolitisch genauso zusammengesetzt wie die des Reichstags.⁵⁰¹

Aus Österreich nahmen an der Feier keine Regierungsmitglieder, sondern acht Mitglieder des Nationalrats und ein Bundesratsmitglied teil, darunter der zweite Präsident des Nationalrats

⁴⁹⁷ Ministerpräsident Braun hatte am 8. Mai in der Sitzung des Preußischen Staatsministeriums erklärt, dass er an der Feier teilnehmen werde und den anderen Ministern die Teilnahme anheimgestellt. Sitzung des Preußischen Staatsministeriums, 8.5.1923, Protokoll, in: GStA PK, I. HA Rep 90 A Staatsministerium jüngere Registratur, Nr. 3629, B. 39 f. Severing erhielt aus Anlass seines Geburtstags am 1. Juni 1923 von einigen Demokraten und Sozialdemokraten eine Depesche folgenden Inhalts: „Dem echten Achtundvierziger viel Glück für die Zukunft!“ „Carl Severing. Einige Worte zum 50. Geburtstag“, in: VZ, 29.5.1925, MA.

⁴⁹⁸ Die Gedenkschrift zur Jubiläumsfeier zitierte den Nürnberger Paulskirchenabgeordneten Gustav Eisenmann zur Stimmung in Altbayern im Revolutionsjahr mit den Worten: „‘Wir sind von jeher bayerisch gewesen und bayerisch wollen wir bleiben,‘ sagten bei den Wahlen die Bauern, ‚was kümmert und das Parlament in Frankfurt?‘“ Gedenkschrift 1848 – 1923, S. 5; vgl. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 4; zu Bayern 1848 auch: „Wittelsbacher Landesverrat. Eine Erinnerung an 1848“, in: Vorwärts, 17.3.1923.

⁴⁹⁹ „Das patriarchalische München“, in: VZ, 24.5.1923, AA. Das *Berliner Tageblatt* widmete am 18. März 1924 dem Thema: Bayern im März 1848, einen Artikel, in dem die Aufgeschlossenheit des bayerischen Hochadels für den deutschen nationalen Gedanken hervorgehoben wurde. „Zum 18. März. Die März-Revolution von 1848 und Bayern“, in: BT, 18.3.1924, MA

⁵⁰⁰ Vgl. Ludwig Richter, Die Deutsche Volkspartei 1918–1933 (=Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 134), Düsseldorf 2002, S. 32.

⁵⁰¹ Der Ältestenrat des preußischen Landtags hatte am 3. Mai beschlossen, dass an der Paulskirchenfeier neben den vier Landtagspräsidenten mindestens ein Vertreter jeder im Landtag vertretenen Fraktion teilnehmen solle. Neben der Fraktion der KPD verzichtete aber offensichtlich auch die Fraktion der Deutschnationalen letztlich auf eine Teilnahme. Preußischer Landtag, 109. Ältestenratssitzung, 3.5.1923, Protokoll, S. 5, in: GStA PK, I. HA Rep 169 D. Landtag, I Nr. 44 Bd. 4.

Karl Seitz, zugleich Vorsitzender der österreichischen Sozialdemokraten, der dritte Nationalratspräsident und Vorsitzende der Großdeutschen Volkspartei, Franz Dinghofer, weiterhin die prominenten Sozialdemokraten Staatskanzler a. D. Karl Renner und der ehemalige österreichische Gesandte in Berlin, Ludo Hartmann, der gelegentlich des Frankfurtbesuchs auch die Rede auf der Paulskirchengedenkfeier des Frankfurter Bundes für Volksbildung hielt, von sozialdemokratischer Seite außerdem noch Karl Leuthner, von den Großdeutschen Ernst Hampel und den Christlichsozialen Leopold Kunschak, Karl Drexel und Christian Fischer. Zu den angekündigten Gästen gehörten neben weiteren Schriftstellern und Dichtern auch Gerhard Hauptmann sowie neben dem Politiker Riesser weitere Nachfahren von Paulskirchenabgeordneten, darunter die Töchter Wilhelm Jordans und der Enkel Eduard Simsons.⁵⁰²

Der Empfang im Kaisersaal des Römers

Die umfänglichen Feierlichkeiten am 18. Mai hatten folgenden Verlauf: um 11.00 Uhr Begrüßung des Reichspräsidenten und der übrigen Gäste im Kaisersaal des Römers, anschließend Besichtigung der historischen Ausstellung zur Geschichte der Nationalversammlung im Haus Löwenstein und in der Geschlechterstube – neben der Paulskirche wurde in der Ausstellung jedoch auch die 48er-Revolution in den deutschen Ländern und Städten thematisiert und dabei wurde Wien besonders in den Mittelpunkt gestellt –; zeitgleich Feier für die oberen Klassen der Frankfurter Schulen im Schauspielhaus und Opernhaus; 14.30 Uhr, die Gäste gehen durch ein Spalier von Schülern vom Römerhöfchen zur Paulskirche, Gedenkfeier in der Paulskirche; 16.00 Uhr, Feier auf dem Römerberg, Hissen einer „alten“ schwarz-rot-goldenen Fahne; 20.00 Uhr, Fackelzug.⁵⁰³

In den Reden auf dem Empfang am Morgen im Kaisersaal standen zwei Themen im Vordergrund: die Ruhrbesetzung und der Anschluss Österreichs. Schon Oberbürgermeister Voigt gedachte eingangs, nachdem er ausgeführt hatte, dass es ohne 1848 weder Bismarcks Reichseinigung noch die freiheitliche Weimarer Verfassung gegeben hätte, der „Volksgenossen [...] die in hartem Widerstand dem äußeren Feind gegenüberstehen“.

⁵⁰² „Die Feier des 18. Mai. Der Empfang im Hauptbahnhof“, in: FZ, 18.5.1923, AB; „Die Feier des 18. Mai in Frankfurt“, in: FZ, 19.5.1923, 2. MB; „Der Tag des ersten deutschen Parlaments“, in: FZ, 19.5.1923, 1. MB; „Die Feier des 18. Mai in Frankfurt. Die Beteiligung des Reichs und der Länder“, in: FZ, 18.5.1923, 1. MB; „Die Feier des 18. Mai in Frankfurt. Der Empfang der österreichischen Parlamentarier“, in: FZ, 17.5.1923, AB; „Österreich nimmt teil“, in: VZ, 17.5.1923, MA; vgl. Hörth, Gedenkfeiern, S. 58 f., 88 f.

⁵⁰³ „Das Festprogramm“, in: FZ, 18.5.1923, 1. MB; „Die Feier des 18. Mai in Frankfurt. Die historische Ausstellung im Römer“, in: ebd., 18.5.1923, 2. MB; vgl. Hörth, Gedenkfeiern, S. 60, 69-71, 89-92. Auch 1898 hatte das Frankfurter Historische Museum schon eine Ausstellung zur 48er-Revolution gezeigt. Vgl. Klemm, *Erinnert – umstritten – gefeiert*, S. 196.

Dagegen charakterisierte Reichskanzler Cuno in einem Schreiben, das vom Reichsminister des Innern Oeser verlesen wurde, 1848 einzig als nationale Einigungsbewegung. Weder die Freiheitskriege noch die „Volksbewegung des Jahres 1848“ hätten ihr Ziel erreicht, aber sie hätten weitergewirkt, und das Streben der Paulskirche nach deutscher Einheit sei „zu Bismarcks Werke wirksam und in ihm Wirklichkeit“ geworden. Cunos Schreiben schloss, nachdem er bemerkt hatte, die Verträge von Versailles *und* St. Germain lasteten schwer auf dem deutschen Volk, mit dem Wunsch, dass die Deutschen eins werden mögen in dem Willen, in allen ihren Stämmen und allen ihren Strömen ihre „Einigkeit und Freiheit“ wiederzuerlangen, und mit der Bekundung der tiefsten Verbundenheit mit den „Brüdern“ an Rhein und Ruhr, die für Freiheit und Recht Unerhörtes leisteten.⁵⁰⁴

Für die österreichische Delegation sprach anschließend der stellvertretende Nationalratsvorsitzende Seitz. Das war bemerkenswert, weil Seitz Sozialdemokrat war und die Sozialdemokraten sich in Österreich auf nationaler Ebene seit 1920 in der Opposition befanden. Weil der erste Nationalratspräsident aber nicht nach Frankfurt gereist war, war Seitz als zweiter Präsident das ranghöchste Mitglied der Delegation. Dabei handelte es sich kaum um einen Zufall; zwischen 1922 und 1928 wurde die österreichische Außenpolitik von den Anschlussgegnern unter den Christlichsozialen dominiert.⁵⁰⁵ Seitz bemerkte in seiner Rede:

„[...] das Frankfurter Parlament, es ist auseinandergegangen [...] lebt nur noch fort im deutschen Volk und *hat fortgewirkt*. So können wir sagen, dass es wenigstens *eine große Idee verwirklicht* hat: die Unabhängigkeit des Volkes im Innern. Noch steht vielleicht in weiter Ferne die *Einheit des deutschen Volkes*, und das, was man [...] Friedensverträge nennt, das hat uns ja vorgeschrieben, dass Deutsche in verschiedenen Staaten aufgeteilt und abgesplittert werden von ihrem Mutterland. Das hässlichste Wort in diesen Verträgen, in diesen Diktaten, das abscheulichste Wort ist das von der ‚Unabhängigkeit Österreichs‘. Die *Heuchelei*, Deutschland vorzuschreiben, dass es die Unabhängigkeit Österreichs zu wahren habe, war ein starkes Stück, aber sie ist noch ein Kinderspiel gegen die Heuchelei, die der *Vertrag von St. Germain* uns vorgeschrieben hat, *nämlich unsere Unabhängigkeit gegen Deutschland zu wahren*. [...] Die Revolution von 1918 sollte als eine reife Frucht uns bringen, die Einheit und die Zusammengehörigkeit der Deutschen Mitteleuropas in einem Staat. Es ist nicht so gekommen, wie wir wollten, und die Gewalt hindert uns daran, das zu verwirklichen, was wir wollen. *Aber sie wird nicht ewig dauern*. [...] Was uns Österreicher anlangt, so wollen wir sagen, dass wir vielleicht etwas gemütlich erscheinen, das heißt, dass wir *weich* sind [...] Diese

⁵⁰⁴ Cunos Telegramm, in: BA Berlin, R 43, I/566, B. 299 f.

⁵⁰⁵ Vgl. Suval, *The Anschluss Question*, S. XII.

Annahme ist irrig. In *einer* Sache sind wir Österreicher *hart*, nämlich in dem Gedanken, *dass wir zu Deutschland kommen müssen, dass wir mit Deutschland eins werden müssen*. Das ist die große Sehnsucht des deutschen Volkes, die *Sehnsucht hunderter Generationen*, die sich einst verwirklichen muss. In dieser Sehnsucht sind wir Österreicher hart und fest. [...] (Stürmischer, langanhaltender Beifall [...])“.

An Seitz anknüpfend erklärte der Reichstagsvizepräsident Riesser,

„dass keine Macht der Erde stark genug sei, um den endlichen Zusammenschluss zwischen Deutschland und Österreich zu verhindern“.

Anschließend brachte Karl Vetter als Vertreter der republikanischen Verbände ein „Hoch auf die einige große deutsche Republik“ aus.

Die Feier in der Paulskirche

Auf der Feier am Nachmittag in der Paulskirche, die laut *Frankfurter Zeitung* mit vielen schwarz-rot-goldenen Fahnen die gleiche Ausschmückung erhalten hatte wie 1848, rechtfertigte Reichspräsident Ebert in seiner Ansprache zunächst die Veranstaltung der Gedenkfeier in Zeiten äußerer Bedrohung.⁵⁰⁶ Es sei nicht die Zeit, Feste zu feiern, aber die Bedrohung der nationalen Freiheit und des Bestands des Reiches gäben besonderen Anlass, dem Zusammentritt der ersten deutschen Nationalversammlung und den Tagen zu gedenken, als das deutsche Volk sich aufgerafft habe, sein Schicksal in die eigene Hand zu nehmen.

In knappen Worten trug der Reichspräsident folgendes Geschichtsbild vor: In den Freiheitskriegen sei es gelungen, die äußere Freiheit wiederzugewinnen, aber das Streben zur Überwindung der Vielstaaterei, zu einem nationalen und freiheitlichen Staat sei am Widerstand der deutschen Fürsten, die ihre Souveränität nicht opfern wollten, gescheitert.⁵⁰⁷

„Treulich bewahrte trotz alledem das deutsche Volk seit den Freiheitskriegen im Zeichen des schwarz-rot-goldenen Banners das Ideal der Einigung der deutschen Stämme und der inneren Freiheit. In der großen Volksbewegung, die 1848 wie andere Nationen auch die Deutschen

⁵⁰⁶ Tatsächlich war aus Kostengründen auf die gleiche Ausschmückung wie 1848 verzichtet und lediglich der innere Rand der Empore mit schwarz-rot-goldenem Tuch dekoriert worden. Die Stadt Frankfurt am Main vertraute dabei auf eine Zusage des Reiches, ihr das Tuch anschließend abzukaufen. Frankfurter Oberbürgermeister an Ministerialdirektor Brecht, 9.5.1923, in: BA Berlin, R 1501, 116869, B. 89.

⁵⁰⁷ Die Zeitschrift *Die Hilfe* stellte die deutschen Dynastien häufig als Gegner der deutschen Einheit in der 48er-Revolution dar: Ludwig Herz, Die Grundlagen der Demokratie unserer Zeit, in: *Die Hilfe*, 25 (1919), S. 516-518, hier: 518; Kuno Waltemath, Das deutsche Volk und die deutsche Republik, in: ebd., S. 584-586, hier: 586; Wilhelm Heile, Zum 18. Januar, in: ebd., 27 (1921), S. 18 f.; Emmy Beckman, Nationale Pflicht und Ehre in der Republik, in: ebd., 28 (1922), S. 121-123, hier: 122; auch Heuss auf dem Parteitag der DDP im Dezember 1920: Bericht über die Verhandlungen des 2. Ordentlichen Parteitages der Deutschen Demokratischen Partei. Abgehalten in Nürnberg 11.-14. Dezember 1920, Berlin 1920, S. 222; Preuß, Republik oder Monarchie?, S. 225 f.; Payer, Anno 48, S. 10 f.

erfasste, sollte an dieser Stätte das politische Streben der Besten und Bedeutendsten der Nation, sollte der Volksstaat des einigen und freien Deutschland Verwirklichung finden.“

Der Paulskirche sei es gelungen, die Grundrechte des deutschen Volkes und eine Verfassung „zu schaffen“, aber die Errichtung des deutschen Reiches sei damals am Geiste der Kleinstaaterei gescheitert. Als das deutsche Volk 1918/19 gezwungen gewesen sei, „sein Geschick selbst in die Hand zu nehmen“, habe die Arbeit der Weimarer Nationalversammlung zu den Leitgedanken der Paulskirche zurückgeführt. Diese seien – jedes Wort gleich betont und wichtig –: „Einheit, Freiheit und Vaterland!“ Unter diesen Leitgedanken werde auch der Daseinskampf an Rhein, Ruhr und Saar geführt.

Die eigentliche Festrede hielt Alfred Weber, mit dem der Organisator der Feier, Stadtrat Landmann, eng verbunden war.⁵⁰⁸ Im ersten Teil seiner Rede verteidigte Weber die Paulskirche gegen die wesentlichen Kritikpunkte, die seit jeher gegen sie vorgebracht worden waren, im zweiten Teil ging es um die Lage Europas, die Ruhrbesetzung und das Anschlussverbot. Weber bescheinigte der Paulskirche, dass sie der preußisch-habsburgische Dualismus vor phantastische Schwierigkeiten gestellt habe. Die schließliche Entscheidung für die kleindeutsche Lösung sei richtig gewesen. Er verteidigte auch die im Vergleich zur Reichsverfassung von 1871 andere Machtverteilung zwischen Parlament und Krone in der Paulskirchenverfassung, die eine parlamentarische Selbstregierung des Volkes vorgesehen habe. Nach den in der Zwischenzeit gemachten Erfahrungen habe man keinen Grund, dem Frankfurter Parlament in dieser Frage Kurzsichtigkeit vorzuwerfen. Weber deutete die seit dem Weltkrieg in der Sozialdemokratie verbreitete These an, dass ein Erfolg der 48er-Revolution den Deutschen den Weltkrieg erspart hätte, als er behauptete, bei Erfolg des Plans der Paulskirche hätte viel „späteres Unheil“ vermieden werden können.

Weber leitete zum außenpolitischen Teil seiner Rede über, indem er sagte, die Paulskirchenabgeordneten hätten gewusst, dass das Europa der selbstständigen rivalisierenden Staaten auf zwei Prinzipien beruhe: auf dem Gleichgewicht der Mächte und den Menschenrechten, die das „geistige Europäertum“ ausmachen würden. Vor diesem Hintergrund wies Weber die übliche Kritik an der Paulskirche, sie habe zu viel Zeit mit der Beratung der Grundrechte verbracht, als töricht zurück:

⁵⁰⁸ Vgl. Rebutisch, Friedrich Ebert und die Paulskirche, S. 18, FN 25.

„Sie [die Paulskirchenabgeordneten, D.B.] haben sehr gut gewusst, dass sie damit das eherner Fundament ausarbeiteten, auf dem künftig jede Staatsgewalt in Deutschland ruhen sollte, den Grundstein gleichzeitig, mit dem sie ihren Staat in das geistige Europa einfügen.“⁵⁰⁹

Im Folgenden legte Weber dar, dass die beiden Prinzipien, auf den Europa beruhe, erschüttert seien. Seit dem Ende des Weltkriegs sei Europa nicht mehr ein System von gleichberechtigten, sondern von Sieger- und unterworfenen Staaten. Angesichts des französischen Vorgehens im Ruhrgebiet kam Weber zu dem Fazit: „Alles ursprünglich Europäische ist in Europa selbst zerrüttet.“ Ausgehend von der Behauptung, die Achtundvierziger hätten „Humanität und Nation“ in einem gesehen, betonte er, dass nur in einem auf Freiheit und Gleichberechtigung aller, auf der Identität von Menschentum und Nation beruhenden Staat jeder Einzelne den Halt finden werde, um in dem Kampf im Ruhrgebiet zu bestehen.

Völlig unzweideutig waren Webers Äußerungen zur Anschlussfrage: Kein Teil des deutschen Volkes dürfe „entnationalisiert“ werden. Deutschösterreich müsse das Recht erhalten, die politische Verbindung, in die es zum Deutschen Reich treten wolle, selbst zu wählen, nachdem die Gründe, die 1848 gegen eine solche Verbindung gesprochen hätten, weggefallen seien. „Wir werden für unsere Gleichberechtigung kämpfen.“ Weber schloss mit einer Beschwörung des passiven Widerstands gegen Frankreich. Gegen ein Frankreich, das dem Deutschen Reich die Gleichberechtigung verweigere, würden die Deutschen sich auch ohne äußere Machtmittel gestützt auf „die Grundkräfte des früheren geistigen Europa“ bis „zum letzten Blutstropfen“ zur Wehr setzen. Die Tradition der Paulskirche sei eine Stärkung in diesem Kampf. Die Deutschen stünden ähnlich da wie die Paulskirchenabgeordneten damals, die auch keine Machtmittel zur Verfügung gehabt hätten. Dadurch würden sie sich aber nicht entmutigen lassen.⁵¹⁰

⁵⁰⁹ Positiv über die Grundrechte auch Payer, Anno 48, S. 29.

⁵¹⁰ „Der Tag des ersten deutschen Parlaments“, in: FZ, 19.5.1923, 1. MB. Die Rede Seitz', die in der *Frankfurter Zeitung* nur ganz knapp zusammengefasst ist, wird hier nach dem *Berliner Tageblatt* zitiert, das die Rede allerdings irrtümlicherweise Ludo Hartmann, der laut *Deutscher Zeitung* ursprünglich als Redner vorgesehen war, zuschrieb (am Tag darauf berichtigte das *Tageblatt* den Fehler). Mit ganz ähnlichem Wortlaut wird Seitz' Rede auch im *Vorwärts* wiedergegeben. „Die 1848er-Gedenkfeier im Frankfurt. Minister Oeser über Republik und Tradition – Ludo Hartmann über österreichisch-deutsche Gemeinschaft“, in: BT, 18.5.1923, AA (dort auch die Erwähnung Karl Vettors); Bruno Stümke, „Eine Feier des Volkes“, in: ebd., 19.5.1923; „Der nationale Charakter des Paulskirchentages. Keine Beteiligung der Frankfurter Studentenschaft“, in: DZ, 18.5.1923; „Die Frankfurter Gedenkfeier“, in: Vorwärts, 19.5.1923, MA; vgl. Hörth, Gedenkfeiern, S. 62-83. Auch die Wiener *Arbeiterzeitung* berichtete von den Reden Seitz' und Riessers. „Der Dank Österreichs“, in: AZ, 19.5.1923. Rebutisch erwähnt die Rede Seitz' nur beiläufig und auch *nicht*, dass Alfred Weber in seiner Rede nachdrücklich das Recht für die Deutschösterreicher forderte, in der Anschlussfrage frei zu entscheiden;

An der anschließenden Feier auf dem Römerberg beteiligten sich laut *Frankfurter Zeitung* 50 000 Menschen. Reichspräsident Löbe ließ zwei schwarz-rot-goldene Reichsflaggen hissen, woraufhin die erste Strophe des Deutschlandliedes, das Reichspräsident Ebert am Verfassungstag 1922 unter Hervorhebung seiner dritten Strophe zur Nationalhymne erklärt hatte, gesungen wurde.⁵¹¹ Anschließend hielt Löbe eine Rede vom Balkon des Kaisersaals. Er drückte sein Befremden darüber aus, dass es noch „gute Deutsche“ gebe, die „Angst und Abneigung vor Demokratie und Volksrechten, vor den Heiligtümern der Paulskirche empfinden“. Die politische Gleichberechtigung aller Stammesgenossen habe am Anfang der politischen Entwicklung der Germanen gestanden. Auch Löbe ging auf die Ruhrbesetzung und die Anschlussforderung ein; die *Frankfurter Zeitung* berichtete:

„Brausender Beifall erscholl, als der Präsident auf Grund dieses Selbstbestimmungsrechtes auch den Anschluss Deutschösterreichs an die gemeinsame deutsche Republik forderte.“

Beim abendlichen Fackelzug, den Reichspräsident Ebert vom Balkon der Oper abnahm, wurde die Anschlussforderung erneut vorgetragen. Nach der kurzen Ansprache Eberts sagte der dritte Präsident des österreichischen Nationalrats, Dinghofer, der Tag des Zusammenschlusses des Reiches und Deutschösterreichs werde kommen.⁵¹²

Die Studenten und die Paulskirchenfeier

Abgesehen davon, dass die Frankfurter Feier ohnehin ganz im Schatten der Ruhrbesetzung stand, fiel ein weiterer Schatten auf sie. Symptomatisch für das Verhältnis der Studenten zum demokratischen und republikanischen Staat war, dass die Frankfurter Studenten in ihrer

insgesamt hat Rebutischs Darstellung die deutliche Tendenz, den Charakter der Paulskirchenfeier als Anschlussdemonstration *nicht* herauszuarbeiten. Vgl. Rebutisch, Friedrich Ebert und die Paulskirche, S. 7, 11 f. Die Rede Riessers ist abgedruckt in: Deutsche Stimmen, 35 (1923), S. 259 f. Alfred Weber war schon in der Revolution von 1918/19 ein Anschlussbefürworter. Vgl. Rudolf Agstner, 130 Jahre Österreichische Botschaft Berlin. Von der Moltkestraße zur Stauffenbergstraße. Handbuch der Vertretungsbehörden von Österreich (-Ungarn) in Deutschland seit 1720, Berlin/Wien 2003, S. 55.

⁵¹¹ Vgl. Buchner, Um nationale und republikanische Identität, S. 133-167; Mader, Wie das ‚Deutschlandlied‘ 1922 Nationalhymne wurde.

⁵¹² „Die Feier des 18. Mai in Frankfurt“, in: FZ, 19.5.1923, 2. MB; vgl. Hörth, Gedenkfeiern, S. 83-88. Übereinstimmend mit der *Frankfurter Zeitung* berichteten Hörth, die *Berliner Volkszeitung* und die *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung*, im Anschluss an die Rede Löbes sei die erste Strophe des Deutschlandliedes gesungen worden. Dagegen hörten das *Berliner Tageblatt* und die *Germania* die dritte Strophe des Liedes. Der *Vorwärts* und die *Vossische Zeitung* erwähnten lediglich den Gesang des Deutschlandliedes; die sozialdemokratische Zeitung wusste außerdem vom anschließenden Ruf der Menge: „Es lebe die deutsche Republik!“ Vgl. Hörth, Gedenkfeiern, S. 85; „Der Reichspräsident in der Paulskirche“, in: BVZ, 19.5.1923, MA; „Der Gedenktag in Frankfurt“, in: SHVZ, 19.5.1923; Bruno Stümke, „In der Paulskirche und auf dem Römerberg“, in: BT, 19.5.1923; „Das Jubiläum der Paulskirche“, in: Germania, 19.5.1923; „Die Frankfurter Gedenkfeier“, in: Vorwärts, 19.5.1923, MA; „Das Jubiläum der Paulskirche. Das Gedenken der Republik“, in: VZ, 19.5.1923, MA; vgl. Buchner, Um nationale und republikanische Identität, S. 166; Mader, Wie das ‚Deutschlandlied‘ 1922 Nationalhymne wurde, S. 1095; weitere Wiedergabe der Rede Löbes: Einheit/Freiheit/Vaterland, in: Der Heimatdienst, 3 (1923), Nr. 8, S. 65 f.; in Wien berichtete die *Neue Freie Presse* in mehreren Artikeln von der Feier: „Die Gedenkfeier in Frankfurt“, in: NFP, 19.5.1923, MB; „Die Gedenkfeier in Frankfurt“, in: ebd., 19.5.1923, AB.

Mehrheit der Erinnerungsfeier fernblieben. Die Kammer der Frankfurter Studentenschaft begründete, nachdem ihr Vorstand die Teilnahme zunächst zugesagt hatte, ihre Entscheidung damit, dass von demokratischer Seite eine parteipolitisch einseitige Veranstaltung geplant sei. Dabei nahm sie, so berichtete es die *Deutsche Zeitung*, insbesondere Anstoß an den vorgesehenen Rednern Alfred Weber, dem Reichstagspräsidenten Löbe und dem österreichischen Sozialdemokraten Ludo Hartmann. Die Kammer versicherte, keinesfalls die „nationale Bedeutung“ des 18. Mai ignorieren zu wollen, glaube aber, dem Andenken der „Patrioten von 1848“ dadurch am besten gerecht zu werden, indem sie schweigend daran arbeite, Deutschland von „feindlicher Tyrannei“ zu befreien.⁵¹³

Auch die deutsche Burschenschaft nahm an der Frankfurter Feier nicht teil, was sie mit ihrem am gleichen Tag in Eisenach beginnenden Burschentag begründete.⁵¹⁴ Der Frankfurter Hochschulring beteiligte sich trotz offenbar ähnlich gelagerter politischer Bedenken wie bei der Kammer der Frankfurter Studenten an der Feier, weil er demonstrieren wollte, dass auch der akademischen Jugend vor dem Hintergrund ihrer Geschichte „das Erbe von 1848 im verpflichtenden Sinne“ gehört.⁵¹⁵ Laut Berichten der *Kreuzzeitung* und *Deutschen Zeitung* verbot der Rektor der Frankfurter Universität eine für den 16. Mai geplante eigene „großdeutsche Feier“ der Studentenschaft zum Gedenken an den 18. Mai 1848.⁵¹⁶

Gewissermaßen als Kommentar zur Nichtteilnahme der Mehrheit der Frankfurter Studenten an der Feier, schrieb Karl August Junge in einem der vielen Kommentare und historischen Artikel in der *Frankfurter Zeitung* aus Anlass des Paulskirchenjubiläums über die Rolle der Studenten in der 48er-Revolution. Mehr als die Hälfte der Paulskirchenabgeordneten sei Akademiker gewesen, aber auch in der „Umwälzung“ selbst und in den „blutigen Kämpfen“ sei die Hochschule führend gewesen. Vielfach hätten die Studenten zur Waffe gegriffen und zusammen mit Bürgern und Arbeitern auf den Barrikaden gekämpft, in Berlin und Wien

⁵¹³ „Die Frankfurter Studentenschaft“, in: DAZ, 17.5.1923, AB; „Die falsche geschichtliche Erziehung. Stresemann über die Feier in der Paulskirche. – Die Frankfurter Studenten gegen die Gedächtnisfeier“, in: BT, 19.5.1923, MA; vgl. Klemm, *Erinnert – umstritten – gefeiert*, S. 260.

⁵¹⁴ „Die deutsche Burschenschaft und der 18. Mai“, in: FZ, 18.5.1923, 1. MB; „Die Feier in Frankfurt“, in: VZ, 18.5.1923, AA; „Paulskirche und deutsche Burschenschaft“, in: NPZ, 24.5.1923, AA. Später erklärte die Deutsche Burschenschaft dann die Mitgliedschaft im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold als unvereinbar mit der Zugehörigkeit zu ihr. „Burschenschaft und Reichsbanner. Verleugnung der alten Farben und des alten Geistes“, in: BT, 5.6.1925, MA; „Schmalzgesellen“, in: RB, 2 (1925), Nr. 12.

⁵¹⁵ „Die Teilnahme des Hochschulrings“, in: FZ, 18.5.1923, 1. MB; „Die Beteiligung der Frankfurter Studentenschaft an der Feier des 18. Mai“, in: FZ, 17.5.1923, AB; „Die Frankfurter Studenten“, in: DAZ, 18.5.1923, MB.

⁵¹⁶ „Die Jubiläumsfeier in Frankfurt“, in: NPZ, 19.5.1923, MA; „Der nationale Charakter des Paulskirchentages. Keine Beteiligung der Frankfurter Studentenschaft“, in: DZ, 18.5.1923, AA.

zumal. In Wien seien die Studenten geradezu „die Seele“ der Revolution gewesen, der Mittler zwischen Bürgern und Arbeitern, und sie hätten den Großteil der Kämpfer gestellt.⁵¹⁷

Die politische Rolle der Studenten sei 1848 so groß gewesen wie nie seit der Zeit der Humanisten und Luthers. Deutsch sei die Gesinnung dieser Studenten gewesen. Mit entschuldigendem Unterton fügte Junge hinzu, zur „Deutschheit“ habe immer auch das Weltbürgertum gehört. Insofern sei es als Ausdruck jugendlichen Überschwangs zu verstehen, dass es in den ersten Tagen nach der französischen Februarrevolution Sympathiebekundungen für die neue Republik im Westen gegeben und dass auch die Polenbegeisterung der 1830er-Jahre 1848 noch fortbestanden habe, als „die Treulosigkeit und brutale Rachsucht der Polen“ schon die entsetzlichsten Verbrechen an deutschen Bürgern in Posen begangen hätten. Der Schluss von Junges Beitrag verriet eine gewisse Ratlosigkeit: Einerseits lehnte er Vergleiche der Studentenschaft von 1923 mit der von 1848 mit der Begründung ab, die Verhältnisse seien ganze andere geworden, andererseits müsse aber nach wie vor der Gedanke gelten, ein nach außen und innen freies und einiges Vaterland zu schaffen, und gelten müsse auch, dass die Studentenschaft ein untrennbarer Teil des deutschen Volkes sei.⁵¹⁸

Die „Frankfurter Zeitung“

Von Junge stammte auch der Hauptbeitrag in der Gedenkschrift aus Anlass des Paulskirchenjubiläums, die ganz in der Tradition des Revolutionsgedenkens der süddeutschen Volkspartei des Kaiserreichs und der *Frankfurter Zeitung* stand. Junge zeichnete ein für die Verhältnisse einer Festschrift ausgesprochen kritisches Bild der Paulskirche. Sie habe anfänglich viel zu viel Zeit mit Nebensächlichkeiten vertan und eineinhalb Monate gebraucht, um eine provisorische Zentralgewalt zu schaffen.

„Dass die Versammlung dann weitere Monate, in Nachahmung des amerikanischen und französischen Vorbildes, mit der Beratung und Statuierung der ‚*Grundrechte des deutschen Volkes*‘ zubrachte, entsprach gewiss dem deutschen Idealismus und hat ein Werk zustande gebracht, über das auch der heutige deutsche Staat nur zu einem Teil hinausgewachsen ist. Aber ein britisches Parlament wäre umgekehrt verfahren. Es hätte erst das Haus gebaut, in dem ein großes Volk wohnen und sich als staatliche Wesenheit betätigen sollte.“⁵¹⁹

⁵¹⁷ In Wien hatten die Studenten in der Tat 1848 eine entscheidende Rolle gespielt, in Berlin dagegen nicht. Vgl. Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution*, Bd. 1, S. 552.

⁵¹⁸ Karl August Junge, „Deutschlands Hochschuljugend im Jahre 1848. Zum 18. Mai“, in: FZ, 17.5.1923, AB.

⁵¹⁹ Ders., [ohne Titel] in: Gedenkschrift 1848 – 1923, S. 2-6, hier: 3 f.

Die Gedenkschrift erinnerte außerdem an die Teilnahme von fünf ehemaligen Paulskirchenabgeordneten an der Jubiläumsfeier der süddeutschen Volkspartei 1898 in Frankfurt. Einer der fünf, der Dichter Wilhelm Jordan, habe auf der Feier die Verse gesprochen: „Wir zogen *ein*, umjauchzt und tief ergriffen,/ Wir zogen *aus*, verfolgt und ausgepiffen.“⁵²⁰ Außerdem wurde unter der Überschrift „Robert Blums Erschießung“ in einem knappen biografischen Abriss das Leben Robert Blums geschildert sowie an anderer Stelle ein Druck, der die Hinrichtung zeigte, abgebildet; mit zwei weiteren Abbildungen war Blum dasjenige Paulskirchenmitglied, dessen Bildnis in der Gedenkschrift am häufigsten gezeigt und dem insgesamt der meiste Raum eingeräumt wurde.⁵²¹

In der *Frankfurter Zeitung* kam aus Anlass des Paulskirchenjubiläums mit Friedrich von Payer auch ein Veteran des Gedenkens an 1848, der schon an der Erinnerungsfeier 1873 in Frankfurt teilgenommen und 1898 auf der dortigen Feier der süddeutschen Volkspartei die Festrede gehalten hatte, zu Wort. Es sei rührend gewesen, wie die „alten 48er“ nach der Revolution von der Nationalversammlung gesprochen hätten; das habe auch für diejenigen gegolten, die sich 1848/49 an den Aufständen beteiligt hatten. Die gewaltsame Auseinandersprengung des Rumpfparlaments in Stuttgart durch die württembergische Regierung 1849 habe die Nationalversammlung fest im Herzen des deutschen Volkes verankert – das gelte zumindest für Süddeutschland.⁵²² Von Payer räumte ein, dass das inzwischen schwieriger nachzufühlen sei. Man könne sich heute nicht mehr vorstellen, unter welchem Druck und in welcher Rechtlosigkeit die Bevölkerung der einzelnen deutschen Bundesstaaten bis 1848 gelebt habe.⁵²³

Auch von Payer verteidigte wie Alfred Weber in dessen Festrede das Paulskirchenparlament gegen die einschlägigen Kritikpunkte. Bezeichnend für die politische Stimmung in Deutschland 1923 war, dass von Payer ganz ähnlich wie zuvor schon Junge im Hinblick auf die Studenten 1848 schrieb, die erste deutsche Nationalversammlung habe mit dem Schwärmen für die Franzosen als Volksbefreier und für die Polen als Unterdrückte des Guten zu viel getan. Für ihn sei das immer Ausdruck des Jammers der damaligen politischen

⁵²⁰ „Von der 50-jährigen Gedächtnisfeier“, in: ebd., S. 12.

⁵²¹ Ebd., S. 3, 9, 11, 15.

⁵²² Wilhelm Bloß betonte in seiner Veröffentlichung von 1924 über die letzten Tage der ersten deutschen Nationalversammlung in Stuttgart die unfreundliche Aufnahme des Parlaments durch die württembergischen Demokraten und die Stuttgarter Bevölkerung. Vgl. Bloß, Der Untergang des Frankfurter Parlaments (=Die Paulskirche. Eine Schriftenfolge, Bd. 10), Frankfurt a. M. 1924, S. 16, 74, 112, 127, 132 f.

⁵²³ Das schrieb von Payer auch in seiner Schrift „Anno 48“, die zum Paulskirchenjubiläum im Rahmen der Schriftenfolge „Die Paulskirche“ erschien. Vgl. Payer, Anno 48, S. 9, 18.

Zustände gewesen, wenn auch die „Besten der Nation“ zu solchen Nachbarn aufgeblickt hätten, erklärte er rechtfertigend. Auch Kritik am im Vergleich zum Habitus der Gegenwart größeren Pathos in den Beratungen der Paulskirche wies von Payer zurück. Wer bislang unpolitische Massen mobilisieren wolle, der dürfe nicht nur an den Verstand, der müsse auch an die Herzen appellieren.

Für die Demokraten nahm von Payer in Anspruch, das Gedenken an die erste deutsche Nationalversammlung an erster Stelle mitzufeiern. Diese sei demokratisch gewählt worden, und ihr Geist sei ebenfalls demokratisch gewesen. Die Demokraten seien „Fleisch von ihrem Fleisch“. Nach dem Scheitern der Paulskirche seien die Deutschen in eine Politik der Macht und des äußeren Erfolgs hineingetrieben worden, die bei allen zwischenzeitlichen Erfolgen letztendlich ins Verderben geführt habe. Das deutsche Volk werde nur wieder groß werden, wenn es im freiheitlichen Geiste und in der reinen Vaterlandsliebe von 1848 handle; deshalb sei es richtig, dass über dem Festakt die schwarz-rot-goldene Fahne des ersten deutschen Parlaments wehe.⁵²⁴

Ludwig Weyland deutete zum Revolutionsjubiläum in der *Frankfurter Zeitung* Schwarz-Rot-Gold als

„die Farben der deutschen Einheit, nicht der Revolution. Das war schon 1848/49 die rote Fahne“.⁵²⁵

Die semioffizielle Schrift zu Schwarz-Rot-Gold von Veit Valentin und Ottfried Neubecker, die 1928 veröffentlicht werden sollte, vertrat eine ähnliche Interpretation. Über das Revolutionsjahr 1848 schrieben die Autoren:

„In dem Augenblick, da Schwarz-Rot-Gold einen offiziellen Charakter bekam, erklärte sich ein bereits sozialistisch orientiertes Republikanertum für die rote Fahne“.⁵²⁶

In dieser Einschätzung der Rolle der schwarz-rot-goldenen und der roten Fahne im Revolutionsjahr 1848 trafen sich die Demokraten mit den Kommunisten. Die *Rote Fahne* schrieb in einer Darstellung der Straßenkämpfe in Berlin 1848 zum Märzfeiertag 1925:

„Die Fahnen, meistens rote, werden auf die Barrikaden gepflanzt“.⁵²⁷

⁵²⁴ Payer, „Zur Jubiläumsfeier“, in: FZ, 18.5.1923, 1. MB; vgl. Hörth, Gedenkfeiern, S. 44-52.

⁵²⁵ Ludwig Weyland, „Schwarz-Rot-Gold. Die deutschen Farben und das deutsche Lied. Zum 18. Mai“, in: FZ, 19.5.1923, 1. MB.

⁵²⁶ Valentin/Neubecker, Die deutschen Farben, S. 22.

⁵²⁷ „März 1848. Straßenkämpfer in Berlin. Ein Augenzeuge erzählt“, in: RF, 18.3.1925. Laut Valentins Revolutionsgeschichte wurden in Berlin am 18. März 1848 auf den Barrikaden neben schwarz-rot-goldenen auch rote Fahnen aufgepflanzt. Dieses Nebeneinander habe es auch in den Dresdener Maikämpfen 1849 noch gegeben. In Baden sei Schwarz-Rot-Gold aber 1849 durch die rote Fahne verdrängt worden. Vgl. Valentin,

Eine weitere Betrachtung über die Paulskirche aus Anlass ihres 75. Jubiläums in der *Frankfurter Zeitung* stammte von Hugo Preuß. Sein Hauptthema war das Scheitern der ersten deutschen Nationalversammlung an der überkommenen Eigenstaatlichkeit der deutschen Länder. Preuß betonte, dass in der „glänzenden Episode preußisch-deutscher Kaisermacht“ nicht nur der politische, sondern auch der „geistig-moralische“ Zusammenhang mit der 48er-Tradition verloren gegangen sei. Mit „logischer Notwendigkeit“ habe man nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs an die Ideen der Paulskirche wieder angeknüpft. Eine Parallele zwischen 1848 und 1918 sah Preuß in der psychologischen Wirkung der radikalen Linken auf das Bürgertum. Aus Angst vor dieser habe man beide Male die von links drohenden Gefahren über- und das Beharrungsvermögen der alten Mächte unterschätzt.⁵²⁸ Der Historiker Ludwig Bergsträsser, der sich schon zum 18. März 1923 zu Wort gemeldet hatte, erklärte die Paulskirchenverfassung der Reichsverfassung von 1871, die innenpolitisch eher ein Rückschritt gewesen sei und die innenpolitische Wende von 1878 erst ermöglicht habe, für überlegen. In dem Werk der Paulskirche wäre kein Platz gewesen für die Herrschaft der ostelbischen Junker und die Ausnahmegesetzgebung gegen die Arbeiterbewegung.⁵²⁹

Außerdem veröffentlichte die *Frankfurter Zeitung* zum Revolutionsjubiläum einen Leitartikel, in dem es hieß, die deutsche Geschichte habe, als Heinrich von Gagern nach der Übernahme der Präsidentschaft der Nationalversammlung aus der Volkssouveränität das Recht der Versammlung zu selbstständiger Verfassungsgebung ableitete, „einen gewaltigen Schritt vorwärts“ gemacht. Nachdem Fürsten, Adel und Kirche dem Volk ein Jahrtausend lang seit dem Verlust der Gemeinfreiheit seine Freiheit vorenthalten hätten, habe dieses sein Erbe reklamiert. Erstmals sei die Volkssouveränität der Souveränität der Fürsten entgegengestellt worden, und selbst Preußen und Österreich hätten es damals nicht gewagt, die Souveränität des Volkes öffentlich zu bestreiten. Seitdem hätten die beiden Souveränitätsansprüche miteinander im Kampf gelegen. 1918 sei die Macht der Fürsten wie ein morscher Bau zusammengebrochen. Die Schwere des deutschen Schicksals liege darin, dass die Unterlegenen den Spruch der Geschichte nicht als letztinstanzlich anerkennen wollten.⁵³⁰

Geschichte der Deutschen Revolution, Bd. 1, S. 424, 434 f., Bd. 2, S. 165, 485, 512; auch: Ernst Jäger, Schwarz-Rot-Gold in der deutschen Geschichte. Kulturhistorischer Beitrag zur Flaggenfrage, Berlin o.J., S. 36.

⁵²⁸ Hugo Preuß, Paulskirche und deutscher Nationalstaat (18.5.1923), in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. 4, S. 258-261; die Einschätzung Preuß' von der überschätzten Gefahr 1848 von links und der unterschätzten von rechts teilte: Ernst Feder, „Der achtzehnte März 1848 – 1923“, in: BT, 18.3.1923, MA.

⁵²⁹ Bergsträsser, „Kaisertum von 1848 und die Republik von 1923“, in: FZ, 18.5.1923, 1. MB. Bergsträsser veröffentlichte 1923 außerdem die Schrift: Das Frankfurter Parlament und die deutsche Gegenwart.

⁵³⁰ Leitartikel, in: FZ, 18.5.1923, AB.

Schließlich nutzte die *Frankfurter Zeitung* das Revolutionsjubiläum in einem Artikel „Deutschland und Amerika 1848“ zum transatlantischen Brückenschlag. Der Beitrag handelte von den vielen Deutschen, die in den Jahren vor 1848 nach Amerika ausgewandert waren und die im Revolutionsjahr das politische Geschehen in Deutschland genau verfolgt hätten. Die Vereinigten Staaten von Amerika hätten die Revolution in Deutschland damals begrüßt; bei der Feier der deutschen Revolution am 8. Mai 1848 in der City-Hall in New York habe auf dem Gebäude die schwarz-rot-goldene Fahne geweht. In ihren Grußadressen hätten die deutschen Amerikaner die Deutschen gedrängt, die Revolution bis zum Sturz der Throne und der Schaffung einer Republik fortzusetzen.⁵³¹

Der Historiker Veit Valentin sollte in einem Artikel in der *Frankfurter Zeitung* zur Flaggenfrage Ende 1924 auch an die Anerkennung von Schwarz-Rot-Gold im Revolutionsjahr 1848/49 durch die Vereinigten Staaten von Amerika erinnern.

„Dieser bedeutungsvolle Sympathiebeweis eines befreiten Landes für ein anderes, das um seine Freiheit rang, wurde in Deutschland sehr dankbar empfunden, und auch wir Heutigen sollten uns diese historisch denkwürdige Tatsache der ersten Anerkennung von Schwarz-Rot-Gold tief einprägen.“⁵³²

Weitere linksliberale Stimmen

In der Zeitschrift *Die Hilfe* zog der Historiker Walter Goetz, der Sohn des Achtundvierzigers Ferdinand Goetz, zum Paulskirchenjubiläum 1923 eine bittere politische Bilanz der vergangenen Jahrzehnte:

„Das ist die Schuld der Nation, dass sie das Werk von 1848 nicht zu Ende führte, weil sie es – bis in ihre führenden Schichten – völlig verkannte. [...] Jetzt ist die Verfassung von 1849 äußere Wirklichkeit geworden; die innere Verbindung mit der Nation steht noch aus.“⁵³³

Bismarck habe zwar die Paulskirchenverfassung seiner Reichsverfassung zugrunde gelegt, bis auf das allgemeine Wahlrecht aber alle demokratischen und parlamentarischen Elemente

⁵³¹ „Deutschland und Amerika 1848“, in: FZ, 18.5.1923, 2. MB. Der amerikanische Gesandte in Berlin, Donelson, nahm laut Valentins Revolutionsgeschichte am Abend des 19. März 1848 „mit warmem Eifer“ an der Illumination zur Feier des Volkssieges teil. Vgl. Valentin, *Geschichte der Deutschen Revolution*, Bd. 1, S. 448, auch: Bd. 2, S. 571-573. Außerdem kam in der *Frankfurter Zeitung* wie schon am 18. März Martin Rade zu Wort: „Zum 18. Mai. Der Paulskirche gewidmet“, in: FZ, 18.5.1923, 1. MB. Und die Zeitung druckte zwei Briefe Johann Jacobys aus dem Frühjahr 1848 ab: „Frühling 1848“, in: ebd.; weitere Gedenkartikel: „Aus dem Paulskirchen-Parlaments-Album“, in: FZ, 17.5.1923, AB; Alfred Meißner, „Debatte über Adel und Orden. Aus den 48er-Erinnerungen“, in: FZ, 18.5.1923, AB; „Literatur über 1848“, in: ebd.; Anna Blos, „Malwida von Meysenbug über das Frankfurter Vorparlament“, in: FZ, 26.5.1923, 1. MB.

⁵³² Valentin, „Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot“, in: FZ, 5.12.1924, 1. MB; auch: ders., *Die schwarz-rot-goldene Fahne in der Revolutionszeit von 1848/49* (auf Grund von ungedruckten Akten), in: *Die Hilfe*, 31 (1925), S. 374-376, hier: 376.

⁵³³ Vgl. Klemm, *Erinnert – umstritten – gefeiert*, S. 259, FN 911.

ausgeschieden. In den Augen Goetz' war es eine schwerwiegende Unterlassung im wilhelminischen Zeitalter gewesen, dass man, statt die Staatsordnung in Richtung Parlamentarismus weiterzuentwickeln, eine „organische Staatsanschauung“, nach der die Demokratie für Deutschland von Übel sei, dogmatisiert und sich damit gegenüber einer seit fast zwei Jahrhunderten andauernden Weltentwicklung in Richtung Demokratie ignorant gezeigt habe.⁵³⁴

Ein Blick in die linksliberale Berliner Presse zeigt jedoch, dass schon die Demokraten selbst sich 1923 mit dem Unterfangen schwer taten, die Erinnerung an die Paulskirche zur Legitimation der Weimarer Republik zu nutzen. Zwar maß die *Berliner Volkszeitung* dem Paulskirchengedenken, dessen eindrucksvollen Höhepunkt sie in der Feier auf dem Römerberg sah, historische Bedeutung bei, weil erstmals seit dem Bestehen der Republik die geistige Zusammengehörigkeit aller Deutschen Ausdruck in einer Kundgebung gefunden habe, zugleich diente ihr in einem Kommentar die Paulskirche als Folie für Kritik am zeitgenössischen Parlamentarismus.⁵³⁵ Diesem fehle es an Schwung und Begeisterung, die Reden der Parlamentarier fielen im Vergleich zu früher ab, und das Vertrauen der Wähler in ihre Abgeordneten sei stark erschüttert. Die Volksvertreter von heute seien Epigonen, politische Makler und müde Parteisekretäre, aber keine „Köpfe“, wie sie in der Paulskirche gesessen hätten.⁵³⁶

Ebenso wenig schmeichelhaft für die Weimarer Republik fiel das Urteil von Hans Simons, des Vorsitzenden der „Deutschen Liga für den Völkerbund“, in einem „Schwarz-Rot-Gold“ überschriebenen Beitrag aus. Für feiernswürdig befand er am 18. Mai *nicht* „den missglückten Versuch von Frankfurt“ genauso wenig wie am 11. August, dem Verfassungstag, das „missglückte Ergebnis von Weimar“, sondern im Sinne des großdeutschen Gedankens allein „die schwarz-rot-goldene Fahne“, die die Paulskirche geziert hatte und 1919 wieder über dem

⁵³⁴ Walter Goetz, *Der deutsche Staat und das Jahr 1848*, in: *Die Hilfe*, 29 (1923), S. 162 f.; außerdem druckte die Zeitschrift Zitate aus der Paulskirche ab: *Stimmen der Achtundvierziger zu Fragen der deutschen Gegenwart. Aus der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a. M.*, in: ebd., S. 163-168.

⁵³⁵ Bereits 1918 hatte Hermann Strunk die Veröffentlichung seiner kleinen Sammlung mit Reden aus der Paulskirche ausdrücklich mit dem „Tiefstand heutiger parlamentarischer Redekunst“ und dem Niveau der politischen Auseinandersetzung im Reichstag begründet. Den zeitgenössischen Parlamentariern hielt er die Paulskirche als leuchtendes Vorbild vor; damals sei der politische Kampf ohne persönliche Gehässigkeit ausgetragen worden. Vgl. Strunk (Hg.), *Reden aus der ersten deutschen Nationalversammlung*, S. 3 f.

⁵³⁶ „Der Reichspräsident in der Paulskirche. Eine Feier, kein Fest! – Die Reden Eberts und Alfred Webers – Auf dem Römerberg“, in: *BVZ*, 19.5.1923, MA; „18. Mai 1848 – Vor fünfundsiebzig Jahren – 18. Mai 1923“, in: *BVZ*, 18.5.1923, MA. Die Kritik am Parlamentarismus der Gegenwart im Allgemeinen beziehungsweise an der Weimarer Nationalversammlung im Besonderen im Vergleich zur Paulskirche bereits angedeutet bei: Erich Eyck, „Die Paulskirche“, in: *VZ*, 5.10.1919; Valentin, *Das erste deutsche Parlament und wir*, 1920, S. 4 f.

Nationaltheater in Weimar aufgezogen wurde.⁵³⁷ Das *Berliner Tageblatt* deutete in seiner Kommentierung die Paulskirchenfeier als Teil des Existenzkampfes des Deutschen Reiches um seine Einheit gegen Frankreich.⁵³⁸

Einige Tage vor dem Paulskirchenjubiläum war ein historischer Artikel in der *Vossischen Zeitung* scharf mit Friedrich Wilhelm IV. ins Gericht gegangen, indem er aus dessen Brief an den preußischen Diplomaten Christian Karl Josias von Bunsen vom 13. Mai 1848 zitierte. Der Brief ließ die Zugeständnisse des preußischen Königs, der noch am 10. März die Teilnehmer der Heidelberger Versammlung in „Reichs-Aberacht“ erklären lassen habe wollen, nach dem 18. März als unaufrichtig erscheinen. In dem Brief schrieb der König, die Berliner Ereignisse seien „die infamste Revolte, die jemals eine Stadt entehrt hat“. Zehntausende des „allergrässlichsten Gesindels“, der „Abschaum von Franzosen, Polen und Süddeutschen“, namentlich Mannheimer, „Zuchthäusler, galériens, Sodomiten“ hätten die Revolution gemacht. Für das Scheitern der Paulskirche machte der Autor des Artikels „Gottesgnadentum“ und Junkertum verantwortlich, die, als sie sich von den Märztagen wieder erholten hatten, von Freiheit und Gleichheit nichts hätten wissen wollen.⁵³⁹

Willy Hellpach

Für die *Vossische Zeitung* verfasste der demokratische Politiker Willy Hellpach aus Baden, der zwei Jahre später für die DDP im ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahlen antreten sollte, zum Paulskirchenjubiläum einen Kommentar, der große Distanz zur 48er-Tradition erkennen ließ bei einer zugleich starken Fixierung auf den großdeutschen Gedanken.

„Seien wir ehrlich: 1848 ist für nur sehr begrenzt lebendig. Es bedeutet uns weniger als die Wiedergeburtzeit mit den Befreiungskriegen. In jedem Betracht. Was von 1806 bis (ungefähr) 1823 sich zugetragen hat, ist eine tieferschütternde, tiefaufwühlende nationale Tragödie, in ihren sittlichen und politischen Gehalten heute lebensvoller denn je zuvor. Daneben mutet das ‚tolle Jahr‘ wie ein bürgerliches Trauerspiel an, und es fehlt ihm nicht einmal an tragikomischen Zügen.“

Obwohl Hellpach der 48er-Revolution im Vergleich zur Wiedergeburtzeit nur eine sehr geringe Bedeutung für die Gegenwart beimaß, verband sich für ihn mit der Paulskirche ein

⁵³⁷ Hans Simons, „Schwarz-Rot-Gold“, in: BVZ, 19.5.1923, AA.

⁵³⁸ Ernst Feder, „Die Feier in der Paulskirche“, in: BT, 18.5.1923, MA. Die Zeitung brachte außerdem einen historischen Artikel: Bruno Stümke, „Frankfurt und die Nationalversammlung. 1848er-Erinnerungen“, in: ebd., 17.5.1923, AA.

⁵³⁹ J. L., „18. Mai 1848“, in: VZ, 12.5.1923, AA; vgl. Friedrich Wilhelm IV. und Bunsen. Aus dem Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Bunsen, hg. v. Leopold von Ranke, 2. Aufl., Leipzig 1874, S. 115-117, hier: 116 f.

zwingendes Vermächtnis: der großdeutsche Gedanke. Zwar stamme auch dieser von den Denkern der Wiedergeburt, doch habe damals die Abschüttelung der Fremdherrschaft ganz im Vordergrund gestanden, sodass erst 1848 das großdeutsche Reich planvoll konzipiert haben werden können. Hellpach mahnte, die Deutschen dürften nie wieder von der großdeutschen Idee abfallen. Die folgenden Sätze machten deutlich, dass für ihn – wie für andere Demokraten und auch Sozialdemokraten – die 48er-Tradition, die schwarz-rot-goldenen Farben und der großdeutsche Gedanke zwingend zusammengehörten:

„Die deutsche Demokratie der Gegenwart vollends wäre durch sich selber zum politischen Tode verurteilt, wollte sie sich wiederum dabei bescheiden, das alte Ideal als bequeme Reliquie in den Glasschrank der politischen guten Stube zu stecken. Symbole verpflichten – mit zwingender Kraft! Und die schwarz-rot-goldene Fahne vom 11. August 1919 müsste uns vom Gericht der Geschichte in Fetzen gerissen werden, wollten wir nicht jede Stunde ihrer Folgerungen uns bewusst sein und uns würdig erweisen. [...] Der Kern des neuen Europa muss das große Deutschland sein – oder Deutschland und Europa werden in keinem Sinne mehr sein. Wehe uns, wenn wir nach Frankfurt gingen und das Gedächtnis der Paulskirche ohne die ganze Leidenschaft großdeutschen Wollens feierten!“⁵⁴⁰

Ohne das Festhalten am großdeutschen Gedanken bestritt Hellpach damit sowohl dem Paulskirchengedenken als auch der Weimarer Republik selbst jede Legitimität. Zwei Jahre später erklärte er als Kandidat der DDP für die Reichspräsidentschaft das Eintreten für den großdeutschen Gedanken auch zur Voraussetzung für die Existenzberechtigung der Republikschutzorganisation Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.⁵⁴¹

Mit seinem Beitrag knüpfte Hellpach an zwei Artikel an, die er bereits 1921 und 1922 für die *Vossische Zeitung* geschrieben hatte. Im ersten vom Januar 1921 handelte er von der Reichsflagge Schwarz-Rot-Gold. Dabei erwähnte er Ferienerinnerungen an Aufenthalte in Deutschböhmen aus seiner Kindheit in den 1880er-Jahren, wo ihm, als im Reich überall noch überwiegend die Landesflaggen geflaggt wurden, Schwarz-Rot-Gold als ein von „der begeisterten Liebe der gesamten Bevölkerung getragenes Symbol des Deutschtums“ begegnet sei. Den Flaggenwechsel von 1919 kritisierte Hellpach entsprechend der seinerzeitigen Mehrheitsmeinung der DDP scharf. Er deutete die Wahl der schwarz-rot-goldenen Farben zwar als Rückkehr zum großdeutschen Gedanken, doch hätte der Flaggenwechsel nach der

⁵⁴⁰ Willy Hellpach, „Paulskirche“, in: VZ, 18.5.1923, MA.

⁵⁴¹ Ders., „Der Weg des Reichsbanners“, in: Karlsruher Zeitung, 14.3.1925; „Reichsbanner-Kundgebung in Karlsruhe“, in: VZ, 16.3.1925, AA.

Kriegsniederlage nicht ohne eine „großdeutsche Tat“ erfolgen dürfen, um den Verdacht nicht zu befördern, es handle sich dabei bloß um die Beseitigung von Schwarz-Weiß-Rot.⁵⁴²

Im zweiten Artikel vom Februar 1922 setzte er sich unter der Überschrift „Dunkle Gedenktage“ mit der Frage auseinander, was in der deutschen Geschichte traditionsstiftend für die Gegenwart sein könne. Nachdem er eingangs den von den Sozialisten gefeierten 9. November und den 18. Januar, den Reichsgründungstag, den die Universitäten angefangen hatten zu feiern, verworfen hatte, ging er ausführlich auf die Befreiungskriege, „die Wiedergeburtzeit“, und daneben auf die 48er-Revolution ein. Hellpachs Präferenz war eindeutig die Wiedergeburtzeit. Er wollte „die konservative Demokratie der Wiedergeburtshelden“ schaffen, die „einen organisch aus den Elementarkräften der deutschen Seele erwachsenden Volksstaat“ angestrebt hätten.⁵⁴³

Die „verheerende Wirkung“ der Reaktion im Anschluss an die Befreiungskriege bestand für ihn darin, dass sie dem Volk keine andere Wahl gelassen habe, als für die „mechanischen Freiheiten“ Westeuropas zu optieren. In diesem Zusammenhang bewertete Hellpach die 48er-Revolution rundweg negativ. In ihr habe sich die „Sterilität dieser Rezeption fremdtümlichen Gutes“ in Deutschland erwiesen. Das „missratene Werk von 1848“ sei Ausdruck des Missverhältnisses zwischen „reichsten intellektuellen und unzulänglichen sittlichen Potenzen“, das schon für das frühere nationale Elend der Deutschen verantwortlich gewesen sei und das die Männer der Wiedergeburtzeit hätten überwinden wollen. Im Jubiläumsjahr 1923 wiederholte Hellpach diese unzweideutig negative Wertung der 48er-Revolution nicht und betonte stattdessen – allerdings bei Beibehaltung der eindeutigen Hierarchie zwischen Wiedergeburtzeit und 48er-Revolution – in Verbindung mit dieser scharf den großdeutschen Gedanken.⁵⁴⁴

⁵⁴² Hellpach, „Schwarz-Rot-Gold“, in: VZ, 22.1.1921, AA; vgl. Claudia-Anja Kaune, Willy Hellpach (1877–1955). Biographie eines liberalen Politikers der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. u.a. 2005, S. 35 f.; Robert Sieger, Schwarz-Rot-Gold, in: Die Grenzboten, 78 (1919), S. 108–111; Brigitte Hamann, Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators, 3. Aufl., München/Zürich 1996, S. 163; zur fortdauernden Bedeutung von Schwarz-Rot-Gold als Symbol des Deutschtums in Böhmen nach dem Ersten Weltkrieg siehe: Hge., Schwarz-Rot-Gold in Böhmen, in: Deutsche Republik, 1 (1926/27), S. 808; zur Rolle von Schwarz-Rot-Gold im Revolutionsjahr 1848 in Böhmen und zur Feindschaft der Tschechen gegenüber diesen Farben vgl. Bergsträsser, Die deutschen Farben, in: ebd., 3 (1928/29), S. 1397–1400, hier: 1399; Srbik, Die Wiener Revolution des Jahres 1848, S. 46 f.; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1, S. 552, auch: Bd. 2, S. 189.

⁵⁴³ Ähnlich: Adalbert Wahl, Die Ideen von 1789, in: Zeitwende, 1 (1925), S. 113–126, hier: 126.

⁵⁴⁴ Hellpach, „Dunkle Gedenktage“, in: VZ, 25.2.1922, AA; vgl. Stadelmann, Soziale und politische Geschichte, S. 42; zu Hellpach siehe: Christian Jansen, Antiliberalismus und Antiparlamentarismus in der bürgerlich-

Hellpach war mit seiner Präferenz für die Tradition der Befreiungskriege gegenüber der 48er-Revolution repräsentativ für die DDP; neben der Erklärung des DDP-Vorstands zum 18. März 1923 bestätigen dies auch die Parteitagsprotokolle der Partei. Für die höhere Popularität der Befreiungskriege im Vergleich zur 48er-Revolution spricht auch eine Klage in der pro-republikanischen Zeitschrift *Deutsche Republik* im Jahre 1932 unter der Überschrift „Parole: Freiheitskriege!“. Der Artikel monierte, dass sich die Theater-, Film- und Mode- sowie Zigarettenindustrie ausgiebigst dem Jahre 1813 widmeten:

„Vom Vormärz und seinen wahren Helden handelt keines jener Dramen, das ‚fern von jeder Parteitendenz‘ sich an den deutschen Menschen zu wenden vorgibt. Nach 1813 beginnt für den Film die Operette, denn wenn es mit der deutschen Sache bedenklich wird, dann tanzen die Kongresse. Und keine Zigarettenfirma legt Bildchen vom Jungen Deutschland und von den Männern des Jahres 48 in die Schachteln.“⁵⁴⁵

Gustav Stresemann

Die äußerst distanzierte Haltung des demokratischen Präsidentschaftskandidaten von 1925 zur 48er-Tradition war dennoch bemerkenswert, insbesondere wenn man sie mit der Wortmeldung Gustav Stresemanns zum Paulskirchenjubiläum verglich. Stresemann bezog aus diesem Anlass in der *Zeit* in einem viel beachteten Beitrag „Paulskirche und Gegenwart“ Stellung. Zunächst konstatierte er, die große Mehrheit des deutschen Volkes werde der Paulskirchenfeier innerlich fremd gegenüberstehen, weil die historische Bildung der Deutschen nicht darauf ausgerichtet gewesen sei, sie die Strömungen erkennen zu lassen, die zu einem einigen Deutschland geführt hätten. Stresemann, selbst ein Burschschafter, schrieb:

„Es führt ein gerader Weg von dem Tag, an dem in dem Gasthof ‚Zur Tanne‘ in Jena die deutsche Burschenschaft gegründet wurde, über die Frankfurter Paulskirche zum 18. Januar 1871. Es war ein Unglück der deutschen Entwicklung, dass der Gedanke der deutschen Einheit vom deutschen Volke empfunden und durchdacht, von den deutschen Fürsten aber nicht anerkannt wurde. [...] Wer zum deutschen Liberalismus gehört, wird niemals die Männer der Paulskirche und auch die Stürmer und Dränger der 48er-Jahre verachten und ihr Wirken als unerheblich ansehen.“⁵⁴⁶

demokratischen Elite der Weimarer Republik. Willy Hellpachs Publizistik der Jahre 1925–1933, in: ZfG, 49 (2001), S. 773–795.

⁵⁴⁵ Ernst Leonhard, Parole: Freiheitskriege!, in: *Deutsche Republik*, 7 (1932/33), S. 187; vgl. Faulenbach, *Deutsche Geschichtswissenschaft zwischen Kaiserreich und NS-Diktatur*, S. 76.

⁵⁴⁶ Ähnlich hatte sich Stresemann auch schon in seiner Reichstagsrede in der Debatte über das Republikenschutzgesetz am 5. Juli 1922 über die Paulskirche geäußert. Vgl. *Verhandlungen des Reichstags*, Bd. 356, S. 8309; die Rede wurde auch abgedruckt unter dem Titel: *Der Schutz der Verfassung. Reichstagsrede von Dr. Gustav Stresemann*, gehalten am 5. Juli 1922, in: *Deutschen Stimmen*, 34 (1922), S. 437–445.

Dass die vom Geist „von Freiheit und Vaterlandsliebe“ geprägte Paulskirche nicht an ihr Ziel gelangt sei, sei nicht ihre Schuld gewesen. Bismarck sei dann der Erfüller der Ideen der Paulskirche auf anderem Wege gewesen, aber das Ergebnis der Siege gegen Frankreich 1870 wäre *nicht* das Deutsche Reich gewesen, wenn nicht vorher die Paulskirche die Idee der deutschen Einheit so fest in „Herz und Hirn“ eines jeden Deutschen verankert hätte.⁵⁴⁷

Stresemann bezeichnete es als „Geschichtsfälschung“, wenn die Kommunisten diejenigen ehrten, die 1848 „die Sturmglocke“ geläutet hätten. Karl Schurz und Gottfried Kinkel seien „echte deutsche Männer“ gewesen, die in keinem Lehrbuch deutscher Geschichte fehlen sollten. Er verschwieg nicht, dass Kinkel Republikaner gewesen war, beharrte aber darauf, dass bei Männern wie Kinkel das Deutschtum an erster und die Staatsform erst an zweiter Stelle gestanden habe.⁵⁴⁸ In diesem Zusammenhang äußerte Stresemann die Hoffnung, dass die Frankfurter Feier nicht den Anschein erwecken werde, als ob die Paulskirche mehrheitlich republikanisch gewesen sei. Genauso wenig sei die Paulskirche Gegner einer starken deutschen Außenpolitik gewesen:

„In jenen alten Demokraten lebte der Gedanke der deutschen Flotte, lebte der Gedanke des deutschen Rechtes auf Kolonialpolitik und Weltgeltung, lebte der Gedanke des freien deutschen Rheins als des Stromes, den wir mit allen Kräften gegen Frankreich zu verteidigen hätten.“

Im Folgenden sprach Stresemann über die Poesie von 1848, die den Zeitgenossen weitgehend unbekannt sei, und ging dabei in seiner Aufzählung von Dichternamen über die in Weimar üblichen Nennungen von Freiligrath und Herwegh hinaus. Er erwähnte: Kinkel, Franz von Dingelstedt, Graf von Auersperg (Anastasius Grün) und Robert Prutz sowie Konrad Krez.⁵⁴⁹ Abschließend fragte er, ob die Paulskirche der Gegenwart noch etwas zu sagen habe, und bejahte dies mit dem Hinweis auf den Frieden von Versailles, den er mit den Worten kommentierte: „Sie wollen uns vernichten“ – mit „Sie“ konnten 1923 nur die Franzosen

⁵⁴⁷ Ähnlich: Paul Oswald, Die demokratische Bismarcklegende, in: Deutsche Stimmen, 35 (1923), S. 15-18, hier: 18; auch: Preuß, Republik oder Monarchie?, S. 223 f.

⁵⁴⁸ Zu Kinkel siehe Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 539.

⁵⁴⁹ Hermann Müller-Franken schrieb 1927 in seiner Besprechung von Stresemanns „Reden und Schriften“: „Aus der Bücherei des Großvaters hat er [Stresemann, D.B.] frühzeitig Herwegh, Kinkel, Streckfuß, Freiligrath und Spielhagen gelesen. [...] In Sachsen und Thüringen hat Stresemann vor dem Krieg in Wahlversammlungen Sozialdemokraten mehr wie [sic!] einmal verblüfft, wenn er mit Strophen revolutionärer Dichter plötzlich um sich warf.“ Müller-Franken, Besprechung von: Stresemann, Reden und Schriften, 2 Bde., in: Die Gesellschaft, 4 (1927), I, S. 369.

gemeint sein.⁵⁵⁰ Dies werde ihnen jedoch nicht gelingen, solange sich die Deutschen die Liebe der Paulskirche zum einheitlichen Deutschland erhielten.

Dem fügte er dann noch einen Gruß an ausdrücklich diejenigen unter den nach Frankfurt angereisten Vertretern der österreichischen Parteien hinzu, die für Großdeutschland einträten, und hob dabei die Führer der Großdeutschen Volkspartei besonders hervor. Die Gewalt der Gegner verhindere die politische Vereinigung des Reiches und Österreichs, aber niemand könne die Deutschen und Österreicher daran hindern, sich zu sagen, dass sie „eines Volkes und Blutes“ seien.⁵⁵¹ Dem Andenken an die Paulskirche würden die Reichsdeutschen am besten gerecht, indem sie an der geistigen Einheit mit den Deutschen der Welt sowie der Einheit des Reiches festhielten.⁵⁵²

Stresemanns Wortmeldung war auch insofern glaubwürdig, als dass sie ganz auf der Linie seiner Einleitung zu Kinkels Verteidigungsrede vor Gericht lag, die er 1912 noch vor dem Weltkrieg verfasst, und er sich 1922 im Reichstag in der Debatte über das Republikschutzgesetz ähnlich über 1848 geäußert hatte. Zudem sprach er im Jahre 1926 bei zwei Gelegenheiten erneut in diesem Sinne über das Jahr 1848. Auf einer großen öffentlichen Kundgebung in der Kölner Messehalle am 2. Oktober 1926 aus Anlass des Parteitags der DVP sagte Stresemann laut dem Bericht der *Vossischen Zeitung*:

⁵⁵⁰ Vgl. Klaus Hildebrand, *Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871–1945*, Stuttgart 1995, S. 388–390.

⁵⁵¹ Zwei Jahre später schrieb Stresemann in einem zunächst in einer französischen Zeitschrift erschienenen Aufsatz: „Der Gedanke der Zusammenfassung des deutschen Volkes in ein einiges großes Deutschland ist der nie ausgeträumte Traum der Deutschen gewesen.“ Stresemann, *Das alte und das neue Deutschland* (1925), in: ders., *Vermächtnis. Der Nachlass in drei Bänden*, hg. v. Henry Bernhard unter Mitarbeit v. Wolfgang Goetz/Paul Wiegler, Bd. 2, Berlin 1932, S. 327–332, hier: 328. Stresemanns Haltung zur Anschlussfrage wird in der Literatur unterschiedlich dargestellt. Die einen betonen mehr, dass er den Anschluss als Ziel nie aufgegeben habe, die anderen mehr seine konfessionellen, innenpolitischen und realpolitisch begründeten Vorbehalte. Hildebrand schreibt: „Den Anschluss Österreichs hatte der in der großdeutsch-liberalen Tradition Stehende niemals aus dem Auge verloren.“ Hildebrand, *Das vergangene Reich*, S. 409 f., 457 f. (Zitat: 458); Low, *The Anschluss Movement*, S. 106 f.; Suval, *The Anschluss Question*, S. XV, XVIII; Myers, *Germany and the Question of Austrian Anschluss*, S. 77 f., 211; anders: Krüger, *Die Außenpolitik der Weimarer Republik*, S. 331 f.; Andreas Hillgruber, ‚Revisionismus‘ – Kontinuität und Wandel in der Außenpolitik der Weimarer Republik, in: HZ, 237 (1983), S. 597–621, hier: 609.

⁵⁵² Stresemann, „Frankfurter Paulskirche und Gegenwart“, in: *Die Zeit*, 19.5.1923; auch: „Die falsche geschichtliche Erziehung. Stresemann über die Feier in der Paulskirche. – Die Frankfurter Studenten gegen die Gedächtnisfeier“, in: BT, 19.5.1923; „Bemerkungen“, in: FZ, 26.5.1923, 2. MB; H. W., „Die Frankfurter Gedenkfeier“, in: NPZ, 19.5.1923, AA; „Die Frankfurter Hanswurstiade“, in: RF, 20.5.1923.

„Ich lasse mir meine Überzeugung von der Größe der nationalen Idee der Achtundvierziger-Bewegung nicht nehmen. Die Männer der Paulskirche waren die besten Patrioten, die das deutsche Volk hatte.“⁵⁵³

Die Rede des DVP-Abgeordneten Riesser auf der Frankfurter Feier 1923 wurde zudem in den von Stresemann herausgegebenen *Deutschen Stimmen* abgedruckt. Einschränkend ist aber hinzuzufügen, dass dieser Zeitschrift ansonsten kaum etwas von einer Annäherung an die 48er-Tradition anzumerken war; der Preußenkult, Bismarck und die Zeit der Befreiungskriege dominierten dort fraglos.⁵⁵⁴

Laut den Erinnerungen des Ministerialdirektors Arnold Brecht im Reichsinnenministerium, der mit der Vorbereitung der Paulskirchenfeier unmittelbar befasst war, reagierte Stresemann im Januar 1923, als ihm Brecht zusammen mit dem Reichskunstwart Edwin Redslob die Idee vorstellte, das Paulskirchenjubiläum zu feiern, zunächst skeptisch, weil bei einer solchen Feier unweigerlich die schwarz-rot-goldenen Reichsfarben im Mittelpunkt stehen würden. Redslob und ihm, Brecht, sei es gelungen, Stresemann für den Gedanken der Paulskirchenfeier zu gewinnen, indem sie ihn daran erinnerten und ihm einen Zeitungsausschnitt darüber zeigten, dass er als Student bei einer Feier für die Märzgefallenen von 1848 selbst die schwarz-rot-goldene Fahne vorangetragen habe.⁵⁵⁵ Wenige Tage nach der Paulskirchenfeier schrieb die *Frankfurter Zeitung*, dass Stresemann sich persönlich für die Feier verwendet und vergeblich versucht habe, ihm nahestehende Mitglieder der Reichsregierung zur Teilnahme zu bewegen.⁵⁵⁶ Einer seiner Biografen, Jonathan Wright, hat über Stresemann geurteilt, er habe in „seinem politischen Credo [...] die besten, in der Revolution von 1848 wurzelnden Traditionen des deutschen Liberalismus“ aufgenommen.⁵⁵⁷

⁵⁵³ Stresemann, Kinkels Verteidigungsrede (1912), in: ders., Reden und Schriften. Politik, Geschichte, Literatur 1897–1926, Bd. 2, Dresden 1926, S. 324–328; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 356, S. 8309; „Volkspartei-Hymnus auf anno 48“, in: VZ, 3.10.1926; Robert Breuer, Stresemann als Republikaner, in: Deutsche Republik, 1 (1926/27), H. 1, S. 28–30, hier: 28; Otto Ernst Sutter, „Der zeitgemäße Geist der Paulskirche“, in: VZ, 27.10.1926, MA.

⁵⁵⁴ Deutsche Stimmen, 35 (1923) S. 259 f. Zwei Jahre nach dem Paulskirchenjubiläum war in den *Deutschen Stimmen* in einem dezidiert kleindeutschen Beitrag über die erste Nationalversammlung zu lesen: „Als echte Illusionspolitiker, wie sie nun einmal die Deutschen sind, hatten sie vergessen, dass Politik die Kunst der Erreichung des Möglichen ist.“ A. Graf zu Stolberg, Großdeutschland. Teil I: Der Weg bis zur Paulskirche, in: Deutsche Stimmen, 37 (1925), S. 5–11, hier: 10.

⁵⁵⁵ Vgl. Arnold Brecht, Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen 1884–1927, Stuttgart 1966, S. 399 f. Im Jahre des 50. Jubiläums der 48er-Revolution 1898 hatte Stresemann im Auftrag seiner Burschenschaft einen Kranz mit schwarz-rot-goldener Schleife an den Gräbern der Märzgefallenen niedergelegt. „Beweisantrag?“, in: VZ, 21.11.1924, AA; „Die Burschenfeier für Stresemann“, in: VZ, 11.10.1929, AA.

⁵⁵⁶ „Bemerkungen“, in: FZ, 26.5.1923, 2. MB.

⁵⁵⁷ Jonathan Wright, Gustav Stresemann 1878–1929. Weimars größter Staatsmann, München 2006, S. 523.

Der Grund dafür, dass Stresemann persönlich *nicht* an der Paulskirchenfeier 1923 teilnahm, lag in der Person des Festredners Alfred Weber. Dieser hatte im November 1918 bei dem gescheiterten Unternehmen, den Liberalismus in einer Partei zusammenzufassen, eine Beteiligung von Politikern abgelehnt, die wie Stresemann im Weltkrieg annexionistische Positionen vertreten hatten.⁵⁵⁸ Weber und Redslob behaupteten beide übereinstimmend nach dem Zweiten Weltkrieg, Stresemann habe als Vorsitzender der Reichstagsfraktion der DVP – vergeblich – versucht, Weber den Gebrauch des Wortes „Republik“ in seiner Paulskirchenfestrede zu verbieten. Die Frankfurter Organisatoren der Feier hatten sich für Weber gerade deshalb entschieden, weil sie sich von ihm ein entschieden republikanisches Bekenntnis erwarteten.

Die Behauptung Webers und Redslobs erscheint nicht unplausibel, da Reichspräsident Ebert in seiner kurzen Ansprache auf der Paulskirchenfeier das Wort „Republik“ *nicht* in den Mund nahm und stattdessen den im Hinblick auf die Staatsform unbestimmten Begriff „demokratischer Volksstaat“ gebrauchte, Stresemann in seinem Artikel am 19. Mai in der *Zeit* ausdrücklich darauf hinwies, dass die Paulskirche mehrheitlich *nicht* republikanisch gewesen sei, und die *Frankfurter Zeitung* in einem Leitartikel am Abend des gleichen Tages erklärte, wenn Frankfurter Parteifreunde Stresemanns im Vorfeld bei diesem den Eindruck erweckt hätten, auf der Gedenkfeier solle die Paulskirche als überwiegend republikanisch dargestellt werden, dann sei dies unzutreffend gewesen – noch viel weniger habe die Paulskirchenmehrheit aber aus grundsätzlichen Monarchisten bestanden.⁵⁵⁹

⁵⁵⁸ Vgl. Richter, Die Deutsche Volkspartei, S. 35 f., 44; auch: Frye, Liberal Democrats, S. 51.

⁵⁵⁹ Vgl. Felix Hirsch, Stresemann. Ein Lebensbild, Göttingen/Frankfurt a. M./Zürich 1978, S. 140; Eberhard Demm, Von der Weimarer Republik zur Bundesrepublik. Der politische Weg Alfred Webers 1920–1958 (=Schriften des Bundesarchivs, Bd. 51), Düsseldorf 1999, S. 175; Leitartikel, in: FZ, 19.5.1923, AB; Rebutisch, Friedrich Ebert und die Paulskirche, S. 19; Edwin Redslob, Lebendige Tradition – Gedenkfeiern für 1848, in: 1848–1948. Jahrhundertfeier der ersten deutschen Nationalversammlung in der Paulskirche Frankfurt a. M. Fest- und Kulturwoche. 16. bis 22. Mai 1948, hg. v. d. Stadtkanzlei Frankfurt a. M., Frankfurt a. M. 1948, S. 77–80, hier: 79. Max Quarck behauptete 1924 in der *Gesellschaft*, es sei der Frankfurter Universitätsrektor gewesen, der Weber aufgefordert habe, so wenig wie möglich von „der Republik“ zu sprechen. Quarck, Besprechung von „Die Paulskirche. Eine Schriftenfolge“, in: Die Gesellschaft, 1 (1924), I, S. 106–108, hier: 107. Alfred Weber wurde in den letzten Jahren der Weimarer Republik selbst von links kritisiert. Die *Weltbühne* schrieb 1931 in einer Besprechung seines Buches „Das Ende der Demokratie?“: „Heiliger Ovid! Was hast du aus den Epigonen der alten Achtundvierziger gemacht? Neue Achtundvierziger – nämlich Lobpreiser des Diktatur-Artikels der Weimarer Verfassung!“ Bemerkungen. Ein Achtundvierziger, in: Weltbühne, 27 (1931), I, S. 702–704, hier: 702. Der Begriff „Volksstaat“ hatte in der Sozialdemokratie eine lange Tradition. Vgl. Welskopp, Das Banner der Brüderlichkeit, S. 223, 654, 700; zum „Volksstaat“-Begriff in der Weimarer Republik vgl. Kühne, Demokratisches Denken in der Weimarer Nationalversammlung – Hugo Preuß und die Nationalversammlung, in: Christoph Gusy (Hg.), Demokratisches Denken in der Weimarer Republik, Baden-Baden 2000, S. 115–133, hier: 118 f. Der Historiker Dieter Langewiesche hat argumentiert, der entscheidende Gegensatz in der deutschen 48er-Revolution sei nicht der zwischen kleindeutsch versus großdeutsch, sondern monarchisch versus republikanisch gewesen. Vgl. Langewiesche, Republik, konstitutionelle Monarchie und ‚soziale Frage‘ (1980),

Das Bekenntnis Stresemanns zur 48er-Tradition 1923 hinderte es auch nicht, dass die DVP im darauffolgenden Jahr zweimal und 1926 erneut eine Verfassungsänderung beantragte, um zur schwarz-weiß-roten Reichsflagge zurückzukehren, die beiden Reichstagswahlen des Jahres 1924 gemeinsam mit der DNVP mit der Parole „Schwarz-Weiß-Rot“ bestritt und dass sie sich im Wahlkampf zum zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl 1925 am „Reichsblock Schwarz-Weiß-Rot“ beteiligte, der für Hindenburg eintrat.⁵⁶⁰

Die sozialdemokratische Presse

Aufschlussreich war auch die Haltung der Presse jenseits des linksliberalen Spektrums zum Paulskirchenjubiläum. Anders als vielleicht die Beteiligung von Reichspräsident Ebert und Reichstagspräsident Löbe und vieler weiterer hochrangiger Sozialdemokraten an der Frankfurter Feier erwarten ließ, widmete der *Vorwärts* der Paulskirche einen ausgesprochen kühlen Kommentar. Bereits in der Eröffnungsrede Heinrich von Gagerns, der, nachdem er den Beruf des Parlaments zur Verfassungsgebung mit der Volkssouveränität begründet, gleich hinzugefügt habe, es liege auch in seinem Beruf, dabei die Mitarbeit der Staatsregierungen zu erwirken, sei die „Halbheit“ der Nationalversammlung zum Ausdruck gekommen, durch die sie und die Revolution insgesamt gescheitert seien.⁵⁶¹

In der *Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung* hatte es bereits zum Märzfeiertag geheiß:

„Das Vorparlament wie die Nationalversammlung in Frankfurt versagten. [...] Die Nationalversammlung vertrödelte die Zeit mit Schwatzen und kam nie zu entscheidenden Taten. [...] Wenn die Revolution des Jahres 1848 zusammenbrach, kaum, dass sie begonnen,

in: ders. (Hg.), *Die deutsche Revolution von 1848/49*, S. 341-361, hier: 342, 350, 355; auch: Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution*, Bd. 1, S. 473, Bd. 2, S. 412. Auf dem Parteitag der DVP am 13. April 1919 – vor dem Versailler Frieden mit dem Anschlussverbot – hatte Stresemann gesagt, dass Großdeutschland nur auf republikanischer Grundlage zu schaffen sei. In der Reichstagsdebatte um das „Gesetz zum Schutz der Republik“ im Juli 1922 hatte er dafür plädiert, dem Gesetz den Namen „zum Schutz der Verfassung“ zu geben. Die politische Lage. Rede des Abgeordneten Dr. Stresemann auf dem Parteitage der Deutschen Volkspartei zu Jena am 13. April 1919, in: *Deutsche Stimmen*, 31 (1919), S. 297-321, hier: 304; *Verhandlungen des Reichstags*, Bd. 356, S. 8310.

⁵⁶⁰ Vgl. Friedel, *Die politische Symbolik*, S. 124; *Verhandlungen des Reichstags*, Bd. 389, S. 6313. Stresemann hatte am Reichsgründungstag 1921 vor der Deutschen Volkspartei im Hinblick auf Schwarz-Rot-Gold von „einer uns fremden Flagge“ gesprochen und zum Kampf für die Rückkehr zu Schwarz-Weiß-Rot aufgerufen. Was uns der 18. Januar sagt. Rede Dr. Stresemanns am 18. Januar im Reichsklub der Deutschen Volkspartei, in: *Deutsche Stimmen*, 33 (1921), S. 55-57, hier: 56 f.; auch: „Die politische Lage. Rede des Abgeordneten Dr. Stresemann auf dem Parteitage der Deutschen Volkspartei zu Jena am 13. April 1919, S. 314 f.

⁵⁶¹ Franz Laufkötter, „Die Paulskirche. Eine Erinnerung an den 18. Mai 1848“, in: *Vorwärts*, 18.5.1923, MA; auch: ders., „Die Frankfurter Nationalversammlung“, in: *SHVZ*, 17.5.1923; mindestens genauso kritisch war der Gedenkartikel des *Volksfreunds* in Karlsruhe: „Zum Gedächtnis des 18. Mai. Das Parlament in der Paulskirche“, in: *Volksfreund*, 18.5.1923; auch: „Die Souveränität geht vom Volke aus. Zur 75. Wiederkehr der Eröffnung des ersten deutschen Parlaments“, in: *LVZ*, 18.5.1923.

so ist das die Schuld des feigen deutschen Bürgertums, das aus Furcht vor dem aufkommenden Proletariat die Revolution verriet.“⁵⁶²

Die *Leipziger Volkszeitung* brachte neben ihrem Leitartikel zum Paulskirchenjubiläum, der im Urteil auf der gleichen Linie lag wie die anderen sozialdemokratischen Zeitungen, einen weiteren Beitrag: „Der Friedensgedanke in der Paulskirche“. Der Beitrag erinnerte – vermutlich gestützt auf eine Schrift von Veit Valentin „Die 48er-Demokratie und der Völkerbundgedanke“ aus dem Jahre 1919 – daran, dass in der Nationalversammlung, die den Krieg mit Dänemark gewollt habe und die zum Teil an der Auseinandersetzung mit Preußen über diesen Krieg gescheitert sei, auch ein allgemeiner Entwaffnungsantrag gestellt worden sei:

„Am 22. Juli 1848 formulierte der demokratische Philosoph [Arnold] Ruge die Forderung: ‚Da der bewaffnete Friede durch seine stehenden Heere den Völkern Europas eine unerträgliche Bürde auferlegt und die bürgerliche Freiheit gefährdet, so erkennen wir das Bedürfnis an, einen Völkerkongress ins Leben zu rufen zu dem Zwecke einer allgemeinen europäischen Entwaffnung.‘ Der Antrag wurde abgelehnt.“⁵⁶³

Vom 22. bis 24. August 1850 habe eine Zusammenkunft der europäischen und amerikanischen Friedensfreunde in der Paulskirche stattgefunden, der erste internationale Friedenskongress auf deutschem Boden, der freilich einen „noch geringeren Machtfaktor“ als die Paulskirche dargestellt habe. Die Forderungen von damals seien immer noch nicht erfüllt worden, aber sie müssten erfüllt werden, „wenn Europa nicht in Stücke gehen soll“. – Dieser

⁵⁶² „1848–1923“, in: SHVZ, 17.3.1923.

⁵⁶³ Ruges Antrag auch thematisiert beziehungsweise zitiert in: Valentin, Die erste deutsche Nationalversammlung, 1919, S. 145; ders., Die 48er-Demokratie und der Völkerbundgedanke (=Monographien zum Völkerbund, hg. v. d. Deutschen Liga für Völkerbund, H. 2), Berlin 1919, S. 9, 14-16; ders., Das erste deutsche Parlament und wir, 1920, S. 76-79; Appens, Die Nationalversammlung zu Frankfurt a. M., S. 197-202; Wentzcke, Die erste deutsche Nationalversammlung, S. 74-77; Petzet/Sutter, Der Geist der Paulskirche, S. 121 f.; Sutter, Die Linke der Paulskirche, S. 32; Stimmen der Achtundvierziger zu Fragen der deutschen Gegenwart. Aus der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a. M., in: Die Hilfe, 29 (1923), S. 163-168, hier: 166 f.; Otto Ernst Sutter, „Der zeitgemäße Geist der Paulskirche“, in: VZ, 27.10.1926, MA; „Gedanken aus der Paulskirche“, in: RB, 5 (1928), Nr. 6; in Deutschösterreich druckte *Der Kampf*, die Zeitschrift der Sozialdemokratie, den Antrag Ruges bereits 1919 ab: Eine Stimme in der Frankfurter Nationalversammlung (1848) für Abrüstung und Völkerbund, in: Der Kampf, 12 (1919), S. 315-320; auch: Antrag auf Einberufung eines allgemeinen Entwaffnungskongresses in der deutschen Nationalversammlung von 1848, in: Österreichische Rundschau, 18 (1922), S. 189-199; Walter Neher, Arnold Ruge als Politiker und politischer Schriftsteller. Ein Beitrag zur deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts (=Heidelberger Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte, H. 64), Heidelberg 1933, S. 185-187; vgl. Peter Wende, Arnold Ruge. Kavalleriegeneral der Hegelei, in: Freitag (Hg.), Die Achtundvierziger, S. 23-32; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1, S. 279, Bd. 2, S. 570.

Versuch, die Paulskirche zu einem pazifistischen Symbol zu stilisieren, blieb in der Weimarer Republik jedoch marginal.⁵⁶⁴

Ein weiteres Motiv für die zumeist geübte sozialdemokratische Distanz zur Paulskirche kam 1924 in der Besprechung der aus Anlass des Paulskirchenjubiläums erschienenen Schriftenfolge durch Max Quarck, einen ehemaligen Redakteur der *Frankfurter Zeitung*, in der *Gesellschaft* zum Ausdruck.⁵⁶⁵ Dieser bemängelte an einer neben der Schriftenfolge im Verlag der *Frankfurter Zeitung* erschienenen Redensammlung aus der Paulskirche, dass sie die „sozialistengegnerische Haltung“ des Parlaments nicht widerspiegle. Zunächst habe kein einziger Sozialist der Nationalversammlung angehört, bis ganz zum Schluss Wilhelm Wolff aus Breslau als Ersatzmann nachgerückt sei. Wolffs einzige Rede, in der er zum bewaffneten Kampf für die Reichsverfassung aufrief, sei vom Präsidenten mit einem Ordnungsruf unterbrochen worden.⁵⁶⁶

Max Quarcks Geschichte der Arbeiterverbrüderung

In einem zweiten Beitrag zur 48er-Revolution in der *Gesellschaft* 1924 über die Arbeiterfrage im Vorparlament bemerkte Quarck, der kurz darauf seine Geschichte der Arbeiterverbrüderung 1848/49 vorlegte, dass kein einziger Arbeiter in dieser Versammlung gesessen habe, obwohl die Arbeiter an der Spitze der Revolutionskämpfe gestanden hätten. Den „Intellektuellen der Revolution“ warf er vor, dass sie es nicht verstanden hätten, die Arbeiter und Handwerksgesellen als „greifbare und praktische Macht“ hinter die Revolution zu stellen.⁵⁶⁷ Quarcks Geschichte der Arbeiterverbrüderung war nicht zuletzt anknüpfend an Franz Mehring und Eduard Bernstein eine historische Rechtfertigung ihres Führers Stephan Born gegenüber dem Urteil, das Friedrich Engels 1885 über diesen gefällt hatte.⁵⁶⁸ In dieser

⁵⁶⁴ E. J., „Der Friedensgedanke in der Paulskirche“, in: LVZ, 18.5.1923; vgl. Valentin, Die 48er-Demokratie und der Völkerbundgedanke, S. 20-31.

⁵⁶⁵ Vgl. Klemm, *Erinnert – umstritten – gefeiert*, S. 197.

⁵⁶⁶ Max Quarck, Besprechung von „Die Paulskirche. Eine Schriftenfolge“, in: Die Gesellschaft, 1 (1924), I, S. 106-108, hier: 107; auch: ders., Besprechung von „Die Paulskirche. Eine Schriftenfolge“, in: ebd., 3 (1926), II, S. 173-178, hier: 174; vgl. ders., Die erste deutsche Arbeiterbewegung 1848/49, S. 242 f.; Blos, Die deutsche Revolution, S. 602; Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, S. 500.

⁵⁶⁷ Max Quarck, Das Vorparlament und die Arbeiterfrage, in: Die Gesellschaft, 1 (1924), I, S. 597-603, hier: 597, 602.

⁵⁶⁸ Vgl. Max Quarck, Die erste deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte der Arbeiterverbrüderung 1848/49. Ein Beitrag zur Theorie und Praxis des Marxismus. Mit einem Bildnis von Stephan Born, Leipzig 1924, S. 291 f., 305-309, 332, EN 217; bereits 1923 war eine Doktorarbeit zu Stephan Born erschienen: Wilhelm Friedensburg, Stephan Born und die Organisationsbestrebungen der Berliner Arbeiterschaft bis zum Berliner Arbeiterkongress (August/September 1848) (=Beihefte zum Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung,

Studie, deren Vorwort auf den 18. März 1924 datiert war, betonte Quarck stark die Bedeutung der sozialen Frage für den Verlauf der deutschen 48er-Revolution.

Über das Verhältnis von Arbeiterschaft und Bürgertum zum Zeitpunkt des zweiten Demokratenkongresses in Berlin Ende Oktober 1848 urteilte er:

„War denn auf den demokratischen Kleinbürger Verlass? Doch noch viel weniger [als auf die Proletarier, D.B.]. Er hatte sich im Verlaufe der Revolution immer ängstlicher von den Arbeitern entfernt. Das war ja das Kreuz, was die ganze freiheitliche Bewegung drückte: der Klassengegensatz des Arbeiters zum Bürger und die Kläglichkeit der Haltung der letzteren.“⁵⁶⁹

Die auf dem ersten deutschen Arbeiterkongress Ende August, Anfang September 1848 unter Führung von Stephan Born gegründete Arbeiterorganisation, die „Arbeiterverbrüderung“, hatte erst recht kein positives Verhältnis zur Frankfurter Nationalversammlung.⁵⁷⁰ Das Organ der Organisation, die *Verbrüderung*, urteilte am 16. Februar 1849 über das Paulskirchenparlament, die Geschichte kenne kaum ein Beispiel einer Volksvertretung, die beim Volk dermaßen in „Missachtung“ geraten sei. Der Hauptvorwurf lautete, dass die Nationalversammlung es unterlassen habe, die Fürstengewalt zu brechen.⁵⁷¹ Quarck sah dieses „leidenschaftliche Verdammungsurteil“ als das Ergebnis der Entwicklung der vorangegangenen Monate an. Keine der Eingaben der Arbeiterverbrüderung an das Nationalparlament habe direkte Berücksichtigung gefunden, und kein Mitglied der äußersten Linken der Nationalversammlung, das mit den Arbeitern in näherer Verbindung gestanden habe, habe dem auch mit sozialen Fragen befassten volkswirtschaftlichen Ausschuss der Paulskirche angehört.⁵⁷²

H. 1), Leipzig 1923; zu Born vgl. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1, S. 533, Bd. 2, S. 56 f., 237 f., 256.

⁵⁶⁹ Quarck, Die erste deutsche Arbeiterbewegung, S. 183, auch: 184-187; stark abweichend: Hans Krause, Die Demokratische Partei von 1848 und die soziale Frage. Ein Beitrag zur Geschichte der ersten deutschen Revolution (=Die Paulskirche. Eine Schriftenfolge, Bd. 6), Frankfurt a. M. 1923, S. 198 f.; Valentin urteilte über den zweiten Demokratenkongress ähnlich wie Quarck: vgl. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 256.

⁵⁷⁰ Vgl. Quarck, Die erste deutsche Arbeiterbewegung, S. 156, 175 f., 203; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 237 f.

⁵⁷¹ Vgl. Quarck, Die erste deutsche Arbeiterbewegung, S. 244 f.

⁵⁷² Vgl. ebd., S. 246; die Nichtbeachtung der Forderungen der Arbeiter konstatiert schon: Blos, Die deutsche Revolution, S. 389; auch: Krause, Die Demokratische Partei von 1848, S. 185; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 317.

Als entscheidenden Wendepunkt im Verhältnis der Arbeiter zur Paulskirche stufte Quarck jedoch die Vorlage des Verfassungsausschusses für ein Wahlgesetz ein, die abweichend von dem allgemeinen Wahlrecht, nach dem die Paulskirche selbst gewählt worden war, ein auf „Selbständige“ beschränktes Wahlrecht vorsah, das Dienstboten, Handwerksgehilfen und Fabrikarbeiter sowie Tagelöhner ausdrücklich ausschloss. Diese Vorlage löste in der Arbeiterschaft große Entrüstung aus. Der Protest dagegen war allerdings erfolgreich.

Am 20. Februar 1849 verwarf die Paulskirche die vom Verfassungsausschuss vorgeschlagene Beschränkung des Wahlrechts auf Selbstständige mit riesiger Mehrheit ebenso wie zwei Anträge, die ein Zensuswahlrecht beinhalteten, und stimmte für das allgemeine Wahlrecht.⁵⁷³ Daraus resultierte jedoch kein länger andauernder Ansehensgewinn der Nationalversammlung bei den Arbeitern. Die Entscheidung des Parlaments für den deutschen Erbkaiser stieß in der *Verbrüderung* auf entschiedene Ablehnung. Die Zeitung befürchtete, dass die Freiheit des Volkes und das Wahlgesetz unter einem preußischen Erbkaiser nicht von langer Dauer sein würden.⁵⁷⁴

Quarck verteidigte die Arbeiterverbrüderung und Born anschließend gegen das Urteil, das Engels über sie gefällt hatte, nämlich über gewerkschaftlichen Aktivitäten die Politik vernachlässigt zu haben.⁵⁷⁵ In ihrem Manifest an die Paulskirche habe die Arbeiterverbrüderung den politischen Kampf für das Koalitionsrecht zur Voraussetzung allen weiteren Wirkens erklärt, und in der Dresdner Mairevolution 1849, an der Born sich führend beteiligt habe, und ebenso bei den Kämpfen in der Pfalz 1849 seien Arbeiter und Turner die zuverlässigsten und tapfersten Stützen des Kampfes gewesen.⁵⁷⁶

⁵⁷³ Vgl. Quarck, Die erste deutsche Arbeiterbewegung, S. 254-264, 398; auch: Krause, Die Demokratische Partei von 1848, S. 78-93; Auszüge aus der Debatte über das Wahlgesetz bei Appens, Die Nationalversammlung zu Frankfurt a. M., S. 179-194. Valentin erwähnt in seiner Revolutionsgeschichte *nicht*, dass der Verfassungsausschuss ein auf „Selbstständige“ beschränktes Wahlrecht vorschlug. Vgl. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 366 f.

⁵⁷⁴ Vgl. Quarck, Die erste deutsche Arbeiterbewegung, S. 264 f., auch: 285.

⁵⁷⁵ Auch Valentin bescheinigt Born und der Arbeiterverbrüderung eine Vernachlässigung politischer Fragen. Vgl. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 237, 454.

⁵⁷⁶ Vgl. Quarck, Die erste deutsche Arbeiterbewegung, S. 280-282, 289-291, 304-307; auch: Krause, Die demokratische Partei von 1848, S. 186 f.

Das bilanzierende Urteil von Quarck lautete:

„Genug, wenn festgestellt wird, dass der Klassengegensatz zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden von Anfang an ihr Verhältnis in der Revolutionsbewegung trübte. [...]

Es kann geschichtliche Augenblicke des Zusammenwirkens der beiden Bewegungen, der bürgerlich-demokratischen und der proletarischen, geben, in denen es nicht auf den immanenten Gegensatz, sondern auf das taktische Zusammenwirken ankommt. Eine solche Episode war der Verfassungskampf am Ausgang der deutschen Revolution von 1848. Im Laufe der Revolution hatte jener unvermeidliche, auf keine Weise zu beseitigende Gegensatz die demokratische Bewegung gelähmt. Er entfremdete die Arbeiter, die lebhaftesten Bewegungselemente, lange Zeit dem gemeinsamen revolutionären Wirken. [...] Das schwächte aber den bürgerlichen Radikalismus so sehr, dass er machtlos wurde. Jetzt [in der Reichsverfassungskampagne, D.B.] kam der Entschluss der Arbeiterbewegung, Gut und Blut wieder an ein bürgerlichdemokratisches Ziel zu setzen, reichlich spät.“⁵⁷⁷

Quarcks Geschichte der Arbeiterverbrüderung blieb in den sozialdemokratischen Publikationen allerdings ohne größeres unmittelbares Echo; der Grund dafür dürfte nicht zuletzt gewesen sein, dass Born 1883, wie Hermann Wendel in seiner Besprechung in der *Gesellschaft* bemerkte, im Vorwort zu den Lebenserinnerungen seines Schwiegervaters Bismarck als Erfüller der „Märzhoffnungen“ gefeiert hatte.⁵⁷⁸ Ebenso warf im Juni 1923 der sozialdemokratische Historiker Gustav Mayer vergeblich in der neu erscheinenden Zeitschrift *Sozialistische Politik und Wirtschaft* die Frage auf, ob sich, nachdem sich im Mai „das deutsche Bürgertum“ an die Paulskirche erinnert habe, das deutsche Proletariat Ende August an den ersten deutschen Arbeiterkongress vor 75 Jahren erinnern werde.⁵⁷⁹

Aufschlussreich ist auch ein knapper Vergleich der Studie Quarcks mit dem in der Schriftenfolge zum Paulskirchenjubiläum erschienenen Band von Hans Krause über „Die Demokratische Partei von 1848 und die soziale Frage“, auch wenn dieser im Gegensatz zu jener kaum einen wissenschaftlichen Wert hatte. Krause machte aus seiner Abneigung gegen „die Massen“, denen es in jeder Revolution immer noch um materielle Vorteile, statt um „reine“ Politik gegangen sei, und aus seiner Nostalgie für eine Zeit, in der Arbeiter ihre

⁵⁷⁷ Quarck, *Die erste deutsche Arbeiterbewegung*, S. 308, auch: 187.

⁵⁷⁸ Vgl. Hermann Wendel, Besprechung von: Max Quarck, *Die erste deutsche Arbeiterbewegung 1848/49*, in: *Die Gesellschaft*, 2 (1925), I, S. 280-283, hier: 282 f.; Quarck, *Die erste deutsche Arbeiterbewegung*, S. 311 f.

⁵⁷⁹ Gustav Mayer, *Das Jahr 1848 und die deutsche Arbeiterbewegung* (in: *Sozialistische Politik und Wirtschaft*, 1 {1923}), in: ders., *Aus der Welt des Sozialismus. Kleine Historische Aufsätze*, Berlin 1927, S. 21-27, hier: 21, Quellennachweis: 63. Im *Vorwärts* ließen sich weder 1923 noch 1928 Belege für ein solches Gedenken finden.

Interessen noch von den Gebildeten vertreten lassen hätten, keinen Hehl.⁵⁸⁰ Sein Held war der sozial engagierte Fabrikant und zur demokratischen Linken gehörende Abgeordnete Bernhard Eisenstuck aus Sachsen, der es sich im Vorparlament, in der Paulskirche und deren volkswirtschaftlichem Ausschuss zur Aufgabe gemacht hatte, Arbeiterinteressen zu vertreten.⁵⁸¹ Völlig übereinstimmend mit Quarck sah Krause in der sozialen Frage und den sich daran knüpfenden Konflikten zwischen Arbeitern und demokratischem Bürgertum einen entscheidenden Grund, wenn nicht gar den Hauptgrund für das Scheitern der deutschen 48er-Revolution.⁵⁸²

Die „Germania“

Der Kommentar der *Germania* zum Paulskirchenjubiläum stellte wie viele der Redner auf der Feier den großdeutschen Gedanken in den Vordergrund. Über 1848 hieß es, die damalige „Bewegung“ sei trotz der Einwirkung westlicher Revolutionen mehr national und großdeutsch als revolutionär gewesen. Der Gedanke der Paulskirche, gemeint war damit der Gedanke der deutschen Einheit, sei gerade deshalb lebendig, weil er unerfüllt geblieben sei: unerfüllt vor allem für die Deutschösterreicher. Die „Willkür widernatürlicher Grenzen“ habe den nationalen Zusammenhang der Deutschen aber immer nur verdecken, jedoch nicht zerreißen können.⁵⁸³

Daneben druckte die *Germania* eine Charakteristik der führenden Männer der Paulskirche aus den *Historisch-politischen Blättern für das katholische Deutschland* von 1848 ab. Wenig verwunderlich war, dass darin der Führer der gemäßigten Linken, Robert Blum, wenig schmeichelhaft geschildert wurde. In dem Gesicht des Deutschkatholiken Blum, der den gleichen Geburtstag wie Martin Luther habe, sei eine dem Reformator ähnliche „Derbheit und Gemeinheit“ wahrzunehmen. Der Held der Schilderung hingegen war das Haupt der katholischen Partei und der Rechten überhaupt im Parlament, General von Radowitz.⁵⁸⁴

⁵⁸⁰ Vgl. Hans Krause, *Die Demokratische Partei von 1848 und die soziale Frage. Ein Beitrag zur Geschichte der ersten deutschen Revolution (=Die Paulskirche. Eine Schriftenfolge, Bd. 6)*, Frankfurt a. M. 1923, S. 10 f., 13-16, 60, 200 f.

⁵⁸¹ Vgl. ebd., S. 47-50, 68, 77 f., 83 f., 97.

⁵⁸² Vgl. ebd., S. 17, 23, 61, 146, 154 f., 163, 167, 202.

⁵⁸³ „Das Frankfurter Jubiläum“, in: *Germania*, 17.5.1923.

⁵⁸⁴ „Die Männer der Paulskirche. Wie sie die Zeitgenossen sahen“, in: *Germania*, 18.5.1923.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“

Eine vermittelnde Stellung versuchte in der *Deutschen Allgemeinen Zeitung* der Historiker Hermann Oncken einzunehmen, wobei aber in seiner Wortwahl zu sehr die Präferenz für die politische Rechte durchschien, als dass ihm das gelang. Eingangs konstatierte er, dass es in Deutschland kaum politische Führergestalten der Vergangenheit und erst recht kaum nationale Gedenktage gebe, die von der Nation einhellig in Ehren gehalten würden. Auf der einen Seite seien viele auf der politischen Linken nicht dazu bereit, die überragende Gestalt Bismarck und seine Reichsgründung „mit ihrer starken Sicherung nach außen und ihrer abgewogenen Kräfteverteilung im Innern“ zu würdigen, weil sie Gefahren für die republikanische Staatsform der Gegenwart fürchteten, auf der anderen Seite seien viele auf der politischen Rechten, die in der Erinnerung an das monarchische Reich von 1871 bis 1918 lebten, gefühlsmäßig nicht dazu in der Lage, die „Bewegung von 1848“ und ihre Bedeutung für die Gegenwart unbefangen zu würdigen.

Im Bismarckreich sei die Erinnerung an das „kläglich“ gescheiterte Revolutionsjahr 1848 durch den Erfolg der Reichsgründung überschattet worden, in der Gegenwart gewinne 1848 seine Bedeutung zurück, aber nicht um die Traditionen des Bismarckreiches zu verdrängen, sondern neben ihnen. Auch für Oncken war die Paulskirchenerinnerung Anlass für Kritik am zeitgenössischen Parlamentarismus. Man könne mit Sehnsucht an die Freiheit der Paulskirche von materiellen Egoismen und der Bindung an Parteimaschinen zurückdenken. Der zweite Teil des Artikels war scharf antifranzösisch gehalten und formulierte vor dem Hintergrund der Erfahrung von 1848 und der Ruhrbesetzung die These vom „Primat der Außenpolitik“.

Die Paulskirche habe sich innenpolitische Selbstbestimmung auf ihre Fahnen schreiben können, weil sie die nationale Selbstbestimmung nach außen kaum gefährdet gesehen habe. Durch die eigene Revolution sei Frankreich 1848 *nicht* in der Lage gewesen, seine jahrhundertealte Gegnerschaft gegen eine deutsche staatliche Einheit praktisch zur Geltung zu bringen. Insofern habe sich die Paulskirche in einer völlig anderen Situation befunden als die Weimarer Nationalversammlung 1919. Die Ruhrbesetzung lehre Tag für Tag die bittere Erkenntnis – und darin liege auch die Gegenwartsbedeutung der Erinnerung an 1848 –, dass es keine Freiheit nach innen ohne Freiheit nach außen gebe. Heute sei der Deutsche trotz republikanischer Staatsform unfrei gegenüber Frankreich, dem „Erbfeind des Weltfriedens und der sittlichen Ordnung der Völker“. Den Franzosen sei die Paulskirche, weil sie die Einheit und Freiheit der deutschen Nation repräsentiere, ebenso verhasst wie der Geist der

Befreiung von 1813. In der gegenwärtigen Situation riefen die Stimmen der Paulskirche den Deutschen zu, dass Glaube und Zuversicht einer Nation, die sich selbst treu bleibt, sich behaupten werden.⁵⁸⁵

Die deutschnationale Presse

Während unter den deutschnationalen Blättern die *Deutsche Tageszeitung* durchaus wohlwollend über die Paulskirchenfeier berichtete, überwogen in der *Kreuzzeitung* die kritischen Töne.⁵⁸⁶ Am Tag der Feier äußerte die Zeitung die Befürchtung, dass sie zu einer Parteiveranstaltung der politischen Mehrheitsrichtungen geraten könne. Den Sozialdemokraten als Anhängern einer materialistischen Weltanschauung bestritt sie das Recht, sich auf die Paulskirche, „das Primat der Idee“, zu berufen. Für sich selbst nahm die *Kreuzzeitung*, auch als monarchistisches Blatt, in Anspruch, der Paulskirche unbefangener gegenüberzustehen als die Sozialdemokraten.

Der Antrag auf Beseitigung der deutschen Fürsten und Errichtung der deutschen Republik habe in der Paulskirche keine Mehrheit gefunden. Genauso wenig – das war bemerkenswert für das Sprachrohr der Altpreußen – habe man „Anlass zur Ablehnung der großdeutschen Bestrebungen jener Politiker“. Dennoch äußerte sich die Zeitung auch über die Paulskirche überwiegend kritisch: Ihre größte Schwäche sei ihr revolutionärer Ursprung gewesen; sie habe kein Recht gehabt, sich im Angesicht der legitimen Staatsregierungen als einzige Vertretung des deutschen Volkes zu betrachten. Zugleich kritisierte die *Kreuzzeitung* wie auch die *Berliner Volkszeitung* und der Historiker Oncken den zeitgenössischen Parlamentarismus im Vergleich zur Paulskirche als Verfallserscheinung.⁵⁸⁷

⁵⁸⁵ Hermann Oncken, „Die Paulskirche und die deutsche Nation. Eine Gegenwartsbetrachtung zum 18. Mai“, in: DAZ, 17.5.1923, AB; vgl. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1, S. 338 f., 411. Der Historiker Georg G. Iggers hat den Schriften Onckens aus der Weimarer Zeit „extremen Nationalismus und Franzosenhass“ attestiert. Vgl. Georg G. Iggers, Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart, durchges. u. erw. Aufl., Wien/Köln/Weimar 1997, S. 307; auch: Faulenbach, Ideologie des deutschen Weges, S. 56, 182; Herbert Döring, Der Weimarer Kreis. Studien zum politischen Bewusstsein verfassungstreuer Hochschullehrer in der Weimarer Republik (=Mannheimer Sozialwissenschaftliche Studien, Bd. 10), Meisenheim a. d. Glan 1975, S. 69. Eine Bewertung der Frankfurter Feier vor dem Hintergrund der Ruhrbesetzung auch bei: R. v. Scholtz, 54. Deutscher Brief. Frankfurt, Pfingsten 1923, in: Österreichische Rundschau, 19 (1923), S. 541-545.

⁵⁸⁶ „Die Erinnerungsfeiern am 18. Mai in Frankfurt“, in: DTZ, 19.5.1923, AA.

⁵⁸⁷ H. W., „Paulskirchenfeier“, in: NPZ, 18.5.1923, AA. Kritik am Parlamentarismus der Gegenwart im Vergleich zur Paulskirche neben dem Beitrag von Oncken auch in einem weiteren Artikel in der *Deutschen Allgemeinen Zeitung*: „Politisches Schrifttum. Die Nationalversammlung von 1848“, in: DAZ, 18.5.1923, MB; geübt wird diese Kritik auch in: Politische Bildung, in: Sozialistische Monatshefte, 30 (1924), II, S. 644 f.

Am Abend der Paulskirchenfeier musste die Zeitung dann einräumen, dass die Feier nicht in dem Maße wie von ihr befürchtet zu einer Veranstaltung der „revolutionsbejahenden Parteien“ geworden sei. Trotzdem hatte sie etliche Kritikpunkte: Sie hielt Reichspräsident Ebert die Formulierung vor, „Einheit, Freiheit und Vaterland!“, diese drei Worte, jedes gleich betont seien der Leitstern der Paulskirche gewesen und seien der Stern des Daseinskampfes der Deutschen an Rhein, Ruhr und Saar. Dagegen wandte sie ein, das Vaterland gehe der Freiheit vor, die äußere Freiheit der inneren Freiheit. Die Deutschen erlebten gerade, dass der Mangel an äußerer Freiheit in seiner Unerträglichkeit überhaupt nicht mit dem zu vergleichen sei, um was es bei einem Weniger oder Mehr an innenpolitischer Freiheit gehe. Darüber hinaus warf sie Ebert vor, von 1848 gleich zum Jahr 1918 gesprungen zu sein, ohne die Reichsgründung zu erwähnen. Wer des Anlaufs gedenke, der solle die Vollendung nicht vergessen.⁵⁸⁸

Kommunisten, Völkische und Nationalsozialisten

Auf der extremen Linken und Rechten hatten Kommunisten, Völkische und Nationalsozialisten für die Frankfurter Feier nichts als Verachtung übrig. Die *Rote Fahne* schrieb, da die Sozialdemokraten und die übrigen Stützen der Republik nicht wagten zuzugeben, dass die Weimarer Republik ihre Existenz der Revolution der Arbeiter und Soldaten 1918/19 verdanke, suchten sie ihre historische Legitimation bei der Frankfurter Nationalversammlung, der Marx nachgerufen habe:

„Durch eigene Schuld, durch Feigheit, Professorenblödsinn, chronisch gewordene Erbärmlichkeit, teils unter rachekühlendem Hohnlachen, teils unter völliger Teilnahmslosigkeit des Volkes untergegangen.“⁵⁸⁹

Das Fazit des kommunistischen Zentralorgans lautete, es sei den zeitgenössischen deutschen Republikanern vorbehalten geblieben, sich ihre Kostüme nicht bei den Helden, sondern „den Hanswürsten der Geschichte“ auszuleihen. Schon am Vortag hatte die Zeitung die einschlägigen Passagen aus Engels’ „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“ über die Paulskirche abgedruckt. Anknüpfend an den Artikel Thalheimers zum Märzfeiertag mokierte der Kommentar der *Rote Fahne* sich vor dem Hintergrund der Ruhrbesetzung auch über Gustav Stresemann, der

⁵⁸⁸ H. W., „Die Frankfurter Gedenkfeier“, in: NPZ, 19.5.1923, AA.

⁵⁸⁹ Vgl. Marx/Engels, Wien und Frankfurt (Neue Rheinische Zeitung, 13.3.1849), in: Marx/Engels, Werke, Bd. 6, 3. Aufl., Berlin 1968, S. 336-338, hier: 337.

„in seinem Herzen neben der Bewunderung für Bismarck auch ein Plätzchen für die Helden der Paulskirche“ gefunden habe, „die ja auch in der Kunst erfahren waren, die Macht der Reaktion durch die Kapitulation vor dem äußeren Feind zu stärken (siehe den Waffenstillstand von Malmö).“⁵⁹⁰

Der Hauptschriftleiter der alldeutschen *Deutschen Zeitung*, Max Maurenbrecher, nahm in einem antisemitischen Artikel unter anderem Anstoß daran, dass die Paulskirchendelegation, die Friedrich Wilhelm IV. 1849 die Kaiserkrone angetragen hatte, von dem Juden Eduard Simson angeführt worden sei. Was er verschwieg, war, dass der Jurist Simson, der im Dezember 1848 als Nachfolger von Heinrich von Gagern das Amt des Präsidenten der Nationalversammlung übernommen hatte, ein getaufter Jude war.⁵⁹¹ Hier sei angemerkt, dass Stresemann in seinem einen Tag nach dem Maurenbrechers erschienenen Artikel in der *Zeit* ohne Namensnennung Simsons die schlechte und unwürdige Behandlung des Delegationsführers beim Empfang durch den preußischen König erwähnte.⁵⁹²

Die antisemitisch motivierte Nennung von Simson durch Maurenbrecher markierte eine Radikalisierung des Antisemitismus, da Simson im Kaiserreich als erster Präsident sowohl des Reichstags als auch des Reichsgerichts höchstes Ansehen genossen hatte und in der Weimarer Republik weiterhin genoss.⁵⁹³ Maurenbrecher erschien angesichts der Rolle Simsons 1849 die Berufung der Weimarer Republik auf die Paulskirche als angemessen:

„Die Helden der Revolution von heute, ohne Wurzel in der deutschen Geschichte, wie sie nun einmal sind, und ihren Widerspruch gegen alles deutsche Wesen selbst am stärksten empfindend, klammern sich an dieses Ereignis an, um in ihm noch nachträglich ihr eigenes Daseinsrecht begründet zu finden. Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie“.

Den „Helden der Revolution von heute“ bestritt Maurenbrecher zugleich das Recht, sich auf die Paulskirche zu berufen. Diese habe sich, nachdem sie etliche Monate träumend vertan

⁵⁹⁰ „Die Frankfurter Hanswurstiade“, in: RF, 20.5.1923; „Das Frankfurter Parlament. Friedrich Engels über den 18. Mai 1848“, in: ebd., 19.5.1923; zum Waffenstillstand von Malmö vgl. Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 1, S. 108 f.

⁵⁹¹ Vgl. Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 1, S. 120, 122.

⁵⁹² Stresemann, „Frankfurter Paulskirche und Gegenwart“, in: *Die Zeit*, 19.5.1923; vgl. Mehring, *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie*, S. 494; ders., *Eine papierene Krone* (1899), in: ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. 7: *Zur deutschen Geschichte von der Revolution 1848/49 bis zum Ende des 19. Jahrhunderts*, 5. Aufl., Berlin (Ost) 1980, S. 104-111, hier: 109 f.; Blos, *Die deutsche Revolution*, S. 528, FN *; Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution*, Bd. 2, S. 381 f. Außerdem hatte der Frankfurter Oberbürgermeister Voigt in seiner Begrüßungsansprache auf der Paulskirchenfeier im Römer Simson zitiert. Vgl. Hörth, *Gedenkfeiern*, S. 65.

⁵⁹³ Das Gedenkbuch der Reichsregierung zum zehnten Verfassungstag 1929 enthielt ein Bildnis Simsons und seine Erklärung im Reichstag 1871 zur Annahme der Wahl zu dessen Präsidenten. *Deutsche Einheit, deutsche Freiheit*, S. 83 f.; vgl. Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 1, S. 210 f.

habe, schließlich doch für das erbliche Kaisertum, und zwar das erbliche Kaisertum der preußischen Könige als Gebieter über die stärkste deutsche militärische Macht entschieden. Diejenigen, die dieses Kaisertum zerbrochen hätten, wollten sich nun als Nachfahren der Paulskirche darstellen und „die echte schwarz-rot-goldene Fahne der Burschenschaftszeit aus dem Frankfurter Stadtmuseum herausholen“ und über ihren Köpfen entrollen.

Dagegen habe die Paulskirche richtig erfasst:

„Der Volksgeist wird *niemals durch Parlamente und Abstimmungen*, niemals durch augenblickliche Zufallsmehrheiten zutreffend zum Ausdruck gebracht, sondern nur durch Führernaturen, die die Einfühlkraft in sein unbewusstes Wehen besitzen.“

Da die deutsche Republik sich binnen fünf Jahren sowohl außen- als auch innenpolitisch als lebensunfähig erwiesen habe, forderte Maurenbrecher die Wiederherstellung des erblichen Kaisertums des Königs von Preußen.⁵⁹⁴

Der *Völkische Beobachter* veröffentlichte am Tag der Paulskirchenfeier einen Artikel „Die Frankfurter Juden“. Zwar ging dieser mit keinem Wort auf die 48er-Revolution ein, war aber dennoch mit Aussagen wie, Frankfurt sei die internationale Hauptstadt und der Geldmarkt der Judenschaft, als Kommentar zur Paulskirchenfeier zu verstehen.⁵⁹⁵ In der Nacht vor der Gedenkfeier war die Paulskirche zudem links und rechts des Eingangs mit großen Hakenkreuzen in schwer abwaschbarer Farbe beschmiert worden, die dann für die Feier mit Girlanden überdeckt wurden.⁵⁹⁶ Im Artikel aus Anlass der Gedenkfeier hieß es am nächsten Tag über die Paulskirche, sie habe gemeint „mit schönen Reden und akademischen Erörterungen“ ein neues Deutsches Reich gründen zu können.

„Es lässt sich nicht so leicht ein betrüblicheres Bild von demokratischer Unfähigkeit finden als dieses Parlament zu Frankfurt.“⁵⁹⁷

⁵⁹⁴ Max Maurenbrecher, „Totenbeschwörung in der Paulskirche“, in: DZ, 18.5.1923, MA. Der von Maurenbrecher geäußerte antisemitische Vorbehalt gegenüber der Paulskirchendelegation fand im Nationalsozialismus häufig Eingang in Schulgeschichtsbücher. Laut diesen bestärkte die „Tatsache“, dass Simson, der Führer der Abordnung, Jude war, Friedrich Wilhelm IV. in der Ablehnung der Kaiserkrone. Vgl. Doering, Das sperrige Erbe, S. 204, 210. Beim Empfang der Delegation machte Friedrich Wilhelm IV. gegenüber dem ihr auch angehörenden Riesser einen auf dessen Zugehörigkeit zum Judentum anspielenden Witz. Vgl. Mehring, Eine papierene Krone, S. 110.

⁵⁹⁵ „Die Frankfurter Juden“ (aus J. K. Huysmans „Geheimnisse der Gotik“), in: Völkischer Beobachter, 19.5.1923.

⁵⁹⁶ „Die Verfassungsfeier in Frankfurt“, in: LVZ, 19.5.1923; „Ein hakenkreuzlerischer Bubenstreich“, in: AZ, 19.5.1923.

⁵⁹⁷ „Auch eine Gedenkfeier“, in: Völkischer Beobachter, 20./21.5.1923; ganz ähnlich hatte sich auch schon 1919 die konservative Wochenschrift *Tradition* geäußert; vgl. Robert Gerwarth, Der Bismarck-Mythos. Die Deutschen und der eiserne Kanzler, München 2007, S. 50; im Nationalsozialismus wurde die Paulskirche dann auch in den Schulgeschichtsbüchern scharf kritisiert; vgl. Doering, Das sperrige Erbe, S. 483-485.

In der Weimarer Republik setzte sich das nationalsozialistische Zentralorgan dann noch einmal zum 18. März 1926 mit der 48er-Revolution auseinander. In dem Artikel „Das Judentum in der Wiener Presse 1848“ hieß es unter anderem in einem Zitat aus einem 1867 veröffentlichten Aufsatz über den Juden Chaises, der 1848 in der Wiener Revolution eine Rolle gespielt hatte:

„Den widerlichen, unheimelnden Blick seiner kleinen unsteten Augen milderte eine Brille ... schon am 13. und namentlich am 14. März hatte man ihn an den Straßenecken und in Volkshaufen unter erschrecklicher Erregtheit heftige Reden donnern und auffordern gehört, für Pressfreiheit und Konstitution Alles zu wagen, nötigenfalls auch, und zwar je eher desto besser, die Kaiserburg zu stürmen. [...] Allein diese Erscheinung boten alle politischen Schauplätze Europas im Jahre 48 und sie erklärt sich wiederum sehr einfach durch die *geschichtlich erhärtete, schleichende Herrschsucht des Judentums neben seinem unwiderstehlichen, angestammten Triebe zur Zersetzung*.“⁵⁹⁸

Offenbar als Replik auf derlei Versuche, die 48er-Revolution und allgemeiner die Demokratie durch Appell an antisemitische Einstellungen zu desavouieren, stellte Hugo Preuß 1924 in seiner Schrift „Um die Reichsverfassung von Weimar“ fest:

„Ein reinerer Ausdruck deutschen Geistes in seinen Stärken wie in seinen Schwächen, als ihn dies erste deutsche Parlament repräsentiert, ist kaum denkbar; und keiner Rassenschnüffelei könnte der Nachweis gelingen, dass dieser deutsche Sinn in Gabriel Riesser oder Moritz Hartmann oder andern ‚Fremdstämmigen‘ weniger lebendig war als in Heinrich von Gagern oder Ludwig Uhland.“⁵⁹⁹

Der antisemitisch begründeten Kritik an der 48er-Revolution zum Trotz wurde in den Jahren nach dem 75. Revolutionsjubiläum 1923 in den Zeitschriften *Das Reichsbanner* und *Deutsche Republik*, die nicht nur die entschiedenen Demokraten und Republikaner der SPD, sondern auch in DDP und im Zentrum repräsentierten, an den jüdischen Achtundvierziger Johann Jacoby erinnert.⁶⁰⁰

⁵⁹⁸ „Das Judentum in der Wiener Presse 1848“, in: Völkischer Beobachter, 19.3.1926. Ein Jahr später erschien in der Zeitung mit dem Datum 19. bis 21. März ein Artikel „Tradition“, in dem die 48er-Revolution *nicht* erwähnt wurde und die Demokratie als „geschichtsloses Chaos“ apostrophiert wurde: Otto Baugert, „Tradition“, in: ebd., 19.-21.3.1927. Chaises, ein polnischer Jude und Barbiergehilfe, der in der Wiener 48er-Revolution als zeitweiliger Vorsitzender des „Clubs der Volksfreunde“, des späteren „Demokratischen Clubs“, und als Mittelpunkt einer proletarischen Gruppe eine Rolle spielte, wird auch von Valentin negativ beurteilt. Vgl. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1, S. 557, Bd. 2, S. 195, 198.

⁵⁹⁹ Preuß, Um die Reichsverfassung von Weimar (1924), in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. 4, S. 367-440, hier: 432.

⁶⁰⁰ „März-Porträts. Robert Blum/Johann Jacoby/Hecker“, in: RB, 2 (1925), Nr. 7; Hermann Wendel, „Ein Ahnherr der deutschen Republik. Zum 50. Todestag Johann Jacobys“, in: RB, 4 (1927), Nr. 5; ders., Johann Jacoby. Zu seinem fünfzigsten Geburtstag [sic!], in: Deutsche Republik, 1 (1926/27), H. 20, S. 17 f.

Bewertungen der Frankfurter Feier

Mit etwas Abstand würdigte der Historiker Ludwig Bergsträsser in der in Prag erscheinenden *Bohemia* die Frankfurter Feier. Die Republik habe – das war für ihn der Gesamteindruck der Veranstaltung – sehr wohl begeisterte Massen hinter sich. Diese seien auf der Feier zweimal in Erscheinung getreten: bei der Feier auf dem Römerberg nach dem Festakt in der Paulskirche und beim Fackelzug am Abend. Ganz ähnlich wertete der Redakteur der *Frankfurter Zeitung* Otto Hörth in seiner Schrift von 1925 über die Paulskirchengedenkfeiern in den Jahren 1873, 1898 und 1923 die Feier im 75. Jubiläumsjahr als allgemeines „Bekenntnis zur Republik“.⁶⁰¹

Zur Bilanz der Frankfurter Feier gehörte für Bergsträsser auch, dass Reichspräsident Ebert sich durchgesetzt habe. Man könne sich schwerlich eine Persönlichkeit vorstellen, die mit mehr Würde, Takt und Liebenswürdigkeit ihres Amtes hätte walten können; Eberts Auftreten in der Paulskirche sei gewandt, seine Ansprache wirkungsvoll gewesen.⁶⁰² Walter Mühlhausen, Eberts Biograf, bewertet die Paulskirchenfeier ähnlich:

„Und es wurde ein Tag, an dem er eine republikanische Begeisterung erlebte, wie er sie andernorts noch nicht erfahren hatte (und auch in diesem Maße nicht mehr erfahren sollte).“⁶⁰³

Zudem war die Feier in den Augen Bergsträssers Ausdruck der Tatsache, dass „die deutsche Arbeiterpartei“ ganz hineingefunden habe in den nationalen Staat. Beim Fackelzug hätten auch die Arbeitervereine die schwarz-rot-goldene Fahne getragen; auch für sie sei das Deutschlandlied Ausdruck innerster Überzeugung. Monarchismus sei für Deutschland schon deswegen eine nationale Gefahr, weil er diese Integration der Arbeiterbewegung sofort zerstören würde. Dieser nationale Gedanke sei erstanden aus einer gemeinsamen Kultur, die sich die Arbeiterschaft in weit größerem Maße mit erarbeitet habe, als der durchschnittliche Intellektuelle annehme. Daher seien die begeisterten Ovationen für die Redner aus Deutschösterreich auch keine überlegte Demonstration, sondern ein Herzensbedürfnis gewesen. Das habe mit Chauvinismus nichts zu tun. Allerdings empfinde man die „künstliche Trennung“ von den österreichischen Deutschen genauso als Vergewaltigung wie die französische Politik und ihre „Rheingelüste“. Bergsträsser schloss mit dem Wunsch, nicht nur

⁶⁰¹ Hörth, Gedenkfeiern, S. 92; zu Hörth siehe Erwin Dittler, Erinnerungen von und an Otto Hörth, in: Die Ortenau. Veröffentlichungen des Historischen Vereins für Mittelbaden, 65 (1985), S. 224-250.

⁶⁰² Anders Redslob im Rückblick nach dem Zweiten Weltkrieg: Redslob, Lebendige Tradition, S. 79 f.

⁶⁰³ Walter Mühlhausen, Friedrich Ebert 1871–1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn 2006, S. 837; vgl. Rebentisch, Friedrich Ebert und die Paulskirche, S. 24 f.; Hörth, Gedenkfeiern, S. 86.

die Teilnehmer an der Frankfurter Feier, sondern das ganze deutsche Volk möge die „Lebensnotwendigkeit“ der Verbindung des demokratisch-republikanischen mit dem „recht verstandenen nationalen Gedanken“ begreifen.⁶⁰⁴

Die Grundrechte im Jubiläumsjahr der Paulskirche

Auf der Verfassungsfeier der Reichsregierung am 11. August 1923 nicht lange nach der Paulskirchenfeier hielt mit dem Juristen Gerhard Anschütz der maßgebliche Interpret der Weimarer Reichsverfassung die Rede. Anschütz' Haltung zu den Grundrechten, die in dieser Rede zum Ausdruck kam, war der der demokratischen Fraktion in der Weimarer Nationalversammlung sehr ähnlich. Der Verfassungstag 1923 war in Anbetracht der Ruhrbesetzung zweifelsohne der düsterste seit der Verabschiedung der Verfassung 1919. Vor diesem Hintergrund feierte Anschütz die Weimarer Verfassung als Rettung der Reichseinheit; ohne das Werk von Weimar gäbe es kein deutsches Vaterland mehr.

Nachdem er die vielfache Kritik am Grundrechtsteil der Verfassung erwähnt hatte, äußerte er sich zu diesen Grundrechten folgendermaßen:

„Ich möchte mich mit ihnen nicht durchweg identifizieren, am wenigsten mit allen ihren Einzelheiten. Die stoffliche Fülle – der Kritiker wird sagen: die Weitschweifigkeit – dieses Teils der Verfassung zeigt, dass die Weimarer Nationalversammlung der gleichen Versuchung unterlegen ist, wie einst ihre 75 Jahre ältere Vorgängerin in der Frankfurter Paulskirche. Das eine wie das andere Parlament wollte sich nicht damit begnügen, die neuen Gewalten einzusetzen und einzurichten, beide wollten vielmehr diesen Gewalten auch – was ja verständlich ist – gewisse Richtlinien und Grundsätze für ihre Tätigkeit mit auf den Weg geben, wobei anzumerken ist, dass es sich bei den sog. Grundrechten in der Tat weit weniger um Grundrechte, d. h. Rechte des Individuums, als um Grundsätze handelt, und zwar meistens um solche für Gesetze, die erst noch zu geben sind – eben um Richtlinien für den Gesetzgeber. Man kann darüber streiten, ob es bei der Neueinrichtung des Reiches notwendig war, solche Richtlinien in dem von der Nationalversammlung beliebten großen Umfang in die Verfassung aufzunehmen und letztere mit einem so riesengroßen Gesetzgebungsprogramm zu belasten. Aber alles in allem möchte ich die Grundrechte doch nicht missen.“⁶⁰⁵

⁶⁰⁴ Ludwig Bergsträsser, „Die Frankfurter Parlamentsfeier. Eine Rückschau“, Abschrift aus der deutschen Zeitung „Bohemia“ (Prag, 26.5.1923), in: BA Berlin, R 1501, 116869, B. 278 f. Eine der Bergsträssers ähnliche Einschätzung des Auftretens Eberts in Frankfurt bei: Robert Breuer, Das Fest der Tradition, in: Die Glocke, 9 (1923), S. 235-237, hier: 236. Die Glocke hatte zum Paulskirchenjubiläum außerdem einen Beitrag Veit Valentins gebracht. Valentin, 1848 – 18. Mai – 1923, in: ebd., S. 195-198. Ein weiteres positives Fazit der Frankfurter Feier: Bruno Stümke, „Eine Feier des Volkes“, in: BT, 19.5.1923, MA.

⁶⁰⁵ Gerhard Anschütz, Rede auf der Verfassungsfeier der Reichsregierung am 11.8.1923 in Berlin, in: Poscher (Hg.), Der Verfassungstag, S. 55-60, hier: 57; kritisch über den Grundrechtsteil auch der Mitarbeiter der

Anschütz folgte damit der Auffassung von Demokraten wie Naumann, die 1919 den Grundrechtsteil weniger als einklagbares Recht, denn als Gesetzgebungsprogramm verstanden hatten.

Im Oktober 1923 – auch das gehört in den Zusammenhang der Paulskirchenfeier – kritisierten sowohl Kommunisten als auch Völkische im Reichstag die Zustände in der Republik und machten dabei Errungenschaften aus dem Revolutionsjahr 1848 zum Maßstab. Am 8. Oktober sagte der Kommunist Hermann Remmele im Parlament, in Bayern und auch in Teilen Norddeutschlands sei das Streikrecht kassiert; damit solle die Arbeiterbewegung vor die Jahre 1848 und 1849 zurückgeworfen werden, in denen sie das Koalitionsrecht und das Streikrecht erkämpft habe.⁶⁰⁶

Drei Tage später kritisierte der Völkische Wulle den vorliegenden Entwurf eines Ermächtigungsgesetzes. Der Reichspräsident hatte bereits am 26./27. September eine Notverordnung erlassen, die auch eine Reihe von Grundrechten einschränkte. Wulle hielt – was angesichts der Verhöhnung der Paulskirche von deutschvölkischer Seite noch ein halbes Jahr zuvor sicherlich doppelzünftig, aber in der Sache schwer von der Hand zu weisen war – der Regierung vor:

„Die Revolution 1848 war entstanden um die Grundrechte der deutschen Nation. Jetzt behaupten Sie, dass die heutige Verfassung die Fortsetzung der Verfassung von 1848 sei, und heute wollen Sie beschließen, dass in Bausch und Bogen von den Grundrechten der Verfassung abgewichen werden kann?“⁶⁰⁷

Die *Leipziger Volkszeitung* verglich zum fünften Jahrestag der Revolution vom 9. November 1918 angesichts der Reichsexekution gegen Sachsen das Vorgehen der Reichsregierung mit dem Vorgehen des preußischen Ministeriums der Gegenrevolution, des Ministeriums Brandenburg, gegen die preußische Nationalversammlung Anfang November 1848.

„Im novemberlichen Preußen befand man sich noch bei den Vorarbeiten für das Verfassungswerk. Die Grundrechte des sächsischen Volkes sind seit Jahren in der Verfassung festgelegt. Was aber scherte das den General der Gegenrevolution, den General der Militärdiktatur [Generalleutnant Müller, D.B.], der trotz der Verfassung verordnete, dass ein

Reichszentrale für Heimatdienst Ziegler; vgl. Ziegler, Die deutsche Nationalversammlung 1919/1920, S. 177, 252.

⁶⁰⁶ Verhandlungen des Reichstags, Bd. 361, S. 12000.

⁶⁰⁷ Ebd., S. 12132; ähnlich argumentierte auch der Kommunist Rosenberg am 19. Februar 1925 bei der Diskussion einer Immunitätsfrage; ebd., Bd. 384, S. 800 f.; vgl. Winkler, Weimar, S. 210, 217, 222, 278; Lehnert, Einleitung, in: Preuß, Gesammelte Schriften, Bd. 4, S. 1-72, hier: 50.

Zusammentritt des Landtages nicht stattfinden darf. Ob dieses Schneides hätte der alte Wrangel allen Anlass sich im Grabe umzudrehen.“⁶⁰⁸

Die Paulskirche als großdeutsches Symbol

Durch die Jubiläumsfeier 1923, bei der der Anschlussgedanke so stark im Vordergrund stand, wurde die Paulskirche in der Weimarer Republik zu einem Symbol für den großdeutschen Gedanken. Im weiteren Verlauf der Weimarer Republik fanden in der Kirche neben anderen zwei weitere Veranstaltungen statt, die eindeutig großdeutschen Charakters waren: Wie schon im November 1922 hielt der Österreichisch-Deutsche Volksbund im Juni 1926 aus Anlass seines Bundestages – zum Zeitpunkt der Auseinandersetzung um die Flaggenverordnung des Reichspräsidenten Hindenburg vom Mai dieses Jahres – in der Paulskirche eine Anschlusskundgebung ab, bei der allerdings neben Reichstagspräsident Löbe nur wenig prominente Redner deutscher und österreichischer Parteien sprachen, und 1932 fand im Rahmen des Sängerbundesfestes, das sich vier Jahre zuvor 1928 in Wien als große Anschlusskundgebung gestaltet hatte, in Frankfurt eine große Feier in der Paulskirche statt.⁶⁰⁹

Löbe schrieb in einem für die Verhältnisse des Organs der Anschlussorganisation Österreichisch-Deutscher Volksbund ungewöhnlich politischen Artikel im November 1928:

„Es ist die Tragik des deutschen Volkes, dass 1848 nicht die Ideen der Paulskirche, sondern die Waffengewalt der Dynastien siegte, ein Kleindeutschland Bismarckscher Prägung schuf, die zehn Millionen Deutschösterreicher ins Habsburgerexil sandte und die Entartung und Fälschung des Nationsbegriffes züchtete. War der Ruf der Paulskirche: ‚Ein Volk – ein Staat‘ voll Gerechtigkeit und Friedensliebe, ja voll Tatbereitschaft für andere Nationen und ihren

⁶⁰⁸ „Zum fünften Jahrestag der deutschen Revolution! Nach fünfundsiebzig Jahren“, in: LVZ, 8.11.1923; vgl. Winkler, Weimar, S. 213 f., 226-228.

⁶⁰⁹ „Für den Anschluss! Kundgebung des deutsch-österreichischen Volksbundes“, in: Vorwärts, 15.6.1926, MA; Leitartikel, in: FZ, 12.6.1926, AB; „Nur der Anschluss gibt Lebensmöglichkeiten.“ Die Tagung des Österreichisch-deutschen Volksbundes in Frankfurt a. M., in: BT, 15.6.1926, MA; „Großdeutschland in der Paulskirche“, in: VZ, 15.6.1926, MA; „Löbe gegen Seipel. Großdeutsche Kundgebung in Frankfurt“, in: VZ, 14.6.1926, AA; Der Bundestag in Frankfurt a. M., in: Österreich-Deutschland, 3 (1926), Nr. 7, S. 19-23; vgl. Brancato, German Social Democrats, S. 59. „Das Treuebekenntnis der deutschen Sänger“, in: DAZ, 24.7.1932; Hermann Ullmann, Zum 11. Deutschen Sängerbundesfest, in: Der Heimatdienst, 12 (1932), S. 232 f. Die Rede, die der Vorsitzende des österreichischen Zweiges des Volksbundes auf der Feier 1932 hielt, ist abgedruckt in einer offiziellen Frankfurter Veröffentlichung aus dem Jahre 1938: Frankfurt am Main – Werkstatt deutscher Einheit. Deutsche Reden im Römer und in der Paulskirche zu Frankfurt am Main 1848–1938, bearb. v. Fried Lübbecke, Frankfurt a. M. 1938, S. 53-58. Zum Symbol eines freien Großdeutschlands wurde die Paulskirche im *Reichsbanner* stilisiert: Fried Lübbecke, „Frankfurt ist die Losung“, in: RB, 5 (1928), Nr. 20; vgl. Wolfgang Klötzer, Die Frankfurter Paulskirche. Symbol der deutschen Einheit, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst, 51 (1968), S. 5-22, hier: 17 f.; auch: Hans Hattenhauer, Deutsche Nationalsymbole. Geschichte und Bedeutung, 4. vollständig überarb. Aufl., München 2006, S. 214; die Weimarer Zeit wird nur cursorisch erwähnt von: Wolfgang J. Mommsen, Die Paulskirche, in: François/Schulze (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte, S. 63. Ab 1926 hielt die Stadt Frankfurt in der Paulskirche auch Verfassungsfeiern ab. „Das Ebertdenkmal in [sic!] der Paulskirche“, in: VZ, 12.8.1926, MA; „Die Feier in der Paulskirche“, in: VZ, 11.8.1928, AA; „Die Feiern im Reich“, in: VZ, 12.8.1930, MA;

Drang nach Selbständigkeit, so wurde in der wilhelminischen Blütezeit des alldeutschen Imperialismus waffendrohender, annexionsbereiter Machtwille zur Staatsraison.“⁶¹⁰

Auf dieser Linie lag es auch, wenn am 17. Mai 1928 aus Anlass des 80. Jubiläums des Paulskirchenzusammentritts in der *Frankfurter Zeitung* in einer ausführlichen anonymen Zuschrift gefordert wurde, die Paulskirche zum zehnten Geburtstag der Weimarer Verfassung und zum 80. Geburtstag der Frankfurter Grundrechte im Jahr darauf zu einem „deutschen Nationaldenkmal“ zu erklären. Damit erneuerte die Zeitung eine Forderung, die ihr Gründungsherausgeber Leopold Sonnemann, zugleich Vorsteher der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung, 1898 in ähnlicher Form erhoben hatte.⁶¹¹

Begründet wurde dieser Wunsch von dem anonymen Autor, indem er das Gebäude ausschließlich als Symbol der deutschen Einheit beschrieb, wobei der Hinweis auf die Abgeordneten des „blutsverwandten“ Österreich, die der ersten deutschen Nationalversammlung angehört hatten, *nicht* fehlte; von Freiheit war entgegen dem, was der anfängliche Hinweis auf das bevorstehende Jubiläum auch der Grundrechte von 1848/49 vielleicht vermuten ließ, nicht die Rede:

„Um eines aber wird in der Paulskirche keiner herumkommen: um das Bekenntnis zur deutschen Einheit! Der Ruf zur deutschen Einheit: Vermächtnis und Mahnung der Paulskirche. Sie ist das machtvolle Symbol und Denkmal des deutschen Einsseins.“

Auch die Stadt Frankfurt machte dem Reichsinnenministerium einen entsprechenden Vorschlag – der aber keine Berücksichtigung fand.⁶¹²

Auch Veit Valentin betonte im 1931 erschienenen zweiten Band seiner *Revolutionsgeschichte*, der mit dem Zusammentritt des Paulskirchenparlaments einsetzte, im Zusammenhang mit diesem stark den großdeutschen Gedanken. Einleitend schrieb Valentin:

⁶¹⁰ Paul Löbe, Kleindeutsch – alldeutsch – großdeutsch, in: Österreich-Deutschland, 5 (1928), Nr. 11, S. 2-4, hier: 2. Der Volksbund trat gewöhnlich betont überparteilich auf. Vgl. Garscha, Die deutsch-österreichische Arbeitsgemeinschaft, S. 99.

⁶¹¹ Vgl. Klemm, *Erinnert – umstritten – gefeiert*, S. 185, 187, 589. Bereits im wilhelminischen Zeitalter hatte die Paulskirche seit dem 50. Revolutionsjubiläum 1898 den Charakter einer nationalen Gedenkstätte angenommen, insbesondere durch das 11. Deutsche Turnfest 1908 und die Jahrhundertfeier der Freiheitskriege 1913. Zudem war an der Paulskirche am 18. Oktober 1903, am Gedenktag der Völkerschlacht bei Leipzig, ein „Den Vorkämpfern deutscher Einheit in der Zeit der Vorbereitung 1815–1863“ gewidmetes Denkmal eingeweiht worden. Das Denkmal zeigte auch die Wappen der deutschen Bundesstaaten, wobei das des nicht zum Deutschen Reich gehörenden Österreich *nicht* fehlte. Vgl. Klötzer, *Die Frankfurter Paulskirche*, S. 15; Klemm, *Erinnert – umstritten – gefeiert*, S. 185, 189, auch: 195; Siemann *der Streit der Erben*, S. 124-126; Hörth, *Gedenkfeiern*, S. 28, 32.

⁶¹² „Die Paulskirche als deutsches Nationaldenkmal. Eine Zuschrift zum 18. Mai, dem achtzigsten Geburtstag des Paulskirchenparlaments“, in: FZ, 17.5.1928, 2. MB; auch: Leitartikel, in: ebd., 18.5.1928, AB; vgl. Friedel, *Die politische Symbolik*, S. 114.

„Deutschland hat nur *ein* deutsches Parlament gehabt, das diesen Namen verdient. Nur einmal saßen, bis heute, gewählte Vertreter *aller* deutschen Stämme in *einem* Raum zusammen; *nur* einmal hat unser Volk, längst gereift im Geiste zum politischen Gemeinschaftswillen, die parlamentarische Gestaltung gefunden“.⁶¹³

Viele Hundert Seiten später beschloss Valentin seine Darstellung der Revolutionsgeschichte dann mit den Worten, die Revolution von 1848 sei nicht tot, die „ewige Paulskirche des Großdeutschtums“ warte auf die Stunde ihrer Wiederkehr.⁶¹⁴

Zum Märzfeiertag 1929 forderte Max Reinheimer in der *Berliner Volkszeitung* dann, die Paulskirche zu einem deutschen Nationalmuseum zu erheben. Von Interesse ist hier die Begründung für diese Forderung: Nach 1918 sei die Kirche „ganz der Reaktion in die Hände gefallen“. Der Kirchenvorstand bestelle regelmäßig stramm deutschnationale und „Stahlhelmpfarrer“; konkreter Anlass für den Artikel in dem linksliberalen Blatt war, dass am Volkstrauertag in der Paulskirche eine Totengedenkfeier des Stahlhelms stattgefunden habe, bei der unter der schwarz-weiß-roten Fahne Staat und Republik auf übelste Weise beschimpft worden seien. Auch gegen die Aufstellung des Ebert-Denkmal an der Außenwand des Baues habe die Kirchenverwaltung protestiert.⁶¹⁵ Im Hinblick auf die Ausgestaltung des geforderten Museums regte Reinheimer an, unter anderem die Protokolle der ersten deutschen Nationalversammlung auszulegen, und fügte hinzu: Wahrscheinlich könne mancher „Gegenwartsparlamentarier“ von dem Niveau lernen.⁶¹⁶

Am 20. Juli trug Reinheimer seine Forderung auch in der *Vossischen Zeitung* vor. Er schlug konkret vor, dass das Reich, Preußen und die Stadt Frankfurt am Main die Paulskirche erwerben sollten, um das Nationalmuseum zu errichten. Mit diesem Anliegen habe er sich vor einigen Monaten an Reichsinnenminister Severing und führende Parlamentarier der republikanischen Parteien gewandt. Severing habe ihm zugesagt, den Plan „mit aller Zähigkeit“ weiterzuverfolgen. Daneben berichtete Reinheimer von der Unterstützung von jeweils einem Frankfurter Reichstagsabgeordneten der DDP und der SPD. Er wünschte sich eine Absichtserklärung des Reiches, Preußens und Frankfurts bereits zum 10. Jubiläum der Weimarer Reichsverfassung am 11. August 1929 – dazu ist es nicht gekommen.⁶¹⁷

⁶¹³ Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution*, Bd. 2, S. 1.

⁶¹⁴ Ebd., S. 593.

⁶¹⁵ Vgl. Klötzer, *Die Frankfurter Paulskirche*, S. 18.

⁶¹⁶ Max Reinheimer, „Paulskirche – Nationalmuseum. Sie muss der Reaktion entrissen werden – Ein Vorschlag zum 18. März“, in: *BVZ*, 17.3.1929, MA.

⁶¹⁷ M. A. Rei., „Ein Vorschlag zum Verfassungstag“, in: *VZ*, 20.7.1929, MA.

7. Revolutionsgedenken und Geschichtspolitik 1924–1927

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold als neuer Akteur

Im Jahr nach dem 75. Revolutionsjubiläum 1923 entstand in der Geschichtspolitik mit der 48er-Tradition ein entscheidender neuer Akteur, der in der politischen Zielsetzung, die er mit dem Revolutionsgedenken verband, nahtlos an die Paulskirchenfeier anknüpfte: das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, für das die 48er-Revolution, die schwarz-rot-goldene Fahne, nach der es sich benannte und für deren Popularisierung es sich wie keine zweite Organisation in der Weimarer Republik einsetzte, und der großdeutsche Gedanke zusammengehörten. Die Anschlussforderung hatte sich 1923 als gemeinsamer Nenner des Revolutionsgedenkens der Parteien der Weimarer Koalition und darüber hinaus bis in die Reihen der Deutschen Volkspartei hinein erwiesen.⁶¹⁸

Das Reichsbanner entstand als Republikschutzverband der republikanischen Kriegsteilnehmer in Reaktion auf das Krisenjahr 1923 mit der Reichsexekution gegen Sachsen und Thüringen sowie dem nationalsozialistischen Putschversuch in München. Ganz bewusst wurde das Reichsbanner als parteiübergreifende Organisation von Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum gegründet, um dem antizipierten Vorwurf von rechts vorzubeugen, mit dem Verband werde eine sozialistische Bürgerkriegsarmee aufgestellt. Tatsächlich war das Reichsbanner aber, was die einfache Mitgliedschaft betraf, zu 80 bis 90 Prozent ein sozialdemokratischer Verband. In Teilen des Zentrums und der DDP bestanden immer Vorbehalte gegen die Beteiligung am Reichsbanner.⁶¹⁹

Für das Reichsbanner war die Forderung nach dem Anschluss Deutschösterreichs an das Deutsche Reich nicht eine beliebige politische Forderung unter vielen, sondern es trat für sie ebenso apodiktisch ein, wie es der demokratische Politiker Hellpach 1923 aus Anlass des Paulskirchenjubiläums getan hatte. Der sozialdemokratische Politiker Otto Landsberg sagte 1924 auf einem Gautag des Reichsbanners in Magdeburg:

„Die deutsche Geschichte hat nicht aufgehört mit dem Zusammenbruch des kaiserlichen Deutschlands. Es gilt was Besseres zu schaffen, als das alte kleine Deutschland. *Die deutsche*

⁶¹⁸ Vgl. Friedel, *Deutsche Staatssymbole*, S. 36. Jürgen C. Heß hat 1924/25 eine gewisse Intensivierung des ansonsten stetigen Eintretens der Demokraten für den Anschluss ausgemacht. Vgl. Heß, „Das ganze Deutschland soll es sein“, 1978, S. 209.

⁶¹⁹ Vgl. Rohe, *Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold*, S. 51, 54 f., 266-279; Benjamin Ziemann, *Republikanische Kriegserinnerung in einer polarisierten Öffentlichkeit. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold als Veteranenverband der sozialistischen Arbeiterschaft*, in: HZ, 267 (1998), S. 357-398, hier: 367; Ulrike Hörster-Philipps, *Joseph Wirth 1879–1956. Eine politische Biographie* (=Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 82), Paderborn u.a. 1998, S. 312-314; Frye, *Liberal Democrats*, S. 86, 199.

*Demokratie wird großdeutsch sein oder untergehen, und dann ihren Untergang verdient haben.*⁶²⁰

Das Reichsbanner trieb einen regelrechten national-republikanischen Kult um die 48er-Tradition.⁶²¹ Als ihr Bundeslied wählte die Organisation Freiligraths Gedicht „Schwarz-Rot-Gold“ vom 17. März 1848.⁶²² Der Kult schlug sich auch in zahlreichen historischen Beiträgen in der gleichfalls *Reichsbanner* genannten Zeitung des Verbandes nieder. Ähnlich ausgeprägt war die Revolutionserinnerung in der ab 1926 erscheinenden Zeitschrift *Deutsche Republik*, die von den die Weimarer Koalition repräsentierenden Politikern Paul Löbe, Josef Wirth (Zentrum) und Ludwig Haas (DDP) herausgegeben wurde und die dem Reichsbanner ausgesprochen freundlich gegenüberstand. Sowohl Löbe als auch Haas gehörten dem Reichsausschuss der Republikschutzorganisation an.⁶²³

Allerdings war das Verhältnis des Reichsbanners zur 48er-Revolution kein unkritisches. Für seinen Vorsitzenden Otto Hörsing bestand, wie dieser in der ersten Nummer des

⁶²⁰ „Die Wiedergeburt Deutschlands“, in: Das Reichsbanner. Zeitung des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, 1 (1924), Nr. 3; auch: „Republik und Großdeutschland“, in: VZ, 2.6.1924, AA; vgl. Rohe, Das Reichsbanner, S. 229-237; Brancato, German Social Democrats, S. 63.

⁶²¹ Vgl. Rohe, Das Reichsbanner, S. 231-233.

⁶²² „Schwarz-Rot-Gold (Marschlied)“, in: RB, 1 (1924), Nr. 2; vgl. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1, S. 484. Das Bundeslied des Reichsbanners war beziehungsweise wurde in den folgenden drei Liederbüchern abgedruckt: Hermann Rollett, Republikanisches Liederbuch (1848). Neuausgabe u. Nachwort v. Paul Tausig, Wien/Leipzig 1919, S. 25-29; Republikanisches Liederbuch. Eine Sammlung von ernsten und heiteren Liedtexten für vaterländische und kameradschaftliche Veranstaltungen, die unter den Farben Schwarz-Rot-Gold stattfinden (1924), 2. Aufl., Hildesheim 1925, S. 5 f.; Wenn wir marschieren ... Ein republikanisches Liederbuch, hg. v. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, zusammengestellt von Franz Osterroth, Berlin 1930, S. 3; außerdem samt Bildnis Freiligraths im Gedenkbuch der Reichsregierung zum zehnten Verfassungstag 1929: Deutsche Einheit, deutsche Freiheit, S. 40-42. Schlüsselabschnitte in dem Gedicht Freiligraths lauten: „In Kümmeris und Dunkelheit,/ Da mussten wir sie bergen!/ Nun haben wir sie doch befreit,/ Befreit aus ihren Särgen!/ Ha, wie das blitzt und rauscht und rollt!/ Hurra, du Schwarz, du Rot, du Gold!/ Pulver ist schwarz,/ Blut ist rot,/ Golden flackert die Flamme!// Das ist das alte Reichspanier,/ Das sind die alten Farben!/ Darunter haun und holen wir/ Uns bald wohl junge Narben! Denn erst der Anfang ist gemacht,/ Noch steht bevor die letzte Schlacht!/[...] Das ist noch lang die Freiheit nicht,/ Wenn man, statt mit Patronen,/ Mit keiner andern Waffe ficht,/ Als mit Petitionen!/ Du lieber Gott – Petitioniert!/ Parlamentiert, illuminiert!/ Pulver ist schwarz,/ Blut ist rot,/ Golden flackert die Flamme!// Das ist noch lang die Freiheit nicht,/ Sein Recht als Gnade nehmen/ Von Buben, die zu Recht und Pflicht/ Aus Furcht nur sich bequemen!/ Auch nicht: dass, die ihr gründlich hasst,/ Ihr dennoch auf den Thronen lasst!/ Pulver ist schwarz,/ Blut ist rot,/ Golden flackert die Flamme!// Die Freiheit ist die Nation,/ Ist aller gleich Gebieten!/ Die Freiheit ist die Auktion/ Von dreißig Fürstenthütern!/ Die Freiheit ist die Republik!/ Und abermals: die Republik!/ Pulver ist schwarz,/ Blut ist rot,/ Golden flackert die Flamme!// Die eine deutsche Republik,/ Die musst du noch erfliegen!/ Musst jeden Strick und Galgenstrick/ Dreifarbig noch besiegen!/ Das ist der große letzte Strauß –/ Flieg aus, du deutsch Panier, flieg aus!/ Pulver ist schwarz,/ Blut ist rot,/ Golden flackert die Flamme!// Zum Kampfe denn, zum Kampf jetzt!/ Der Kampf nur gibt die Weihe!/[...]“ Freiligraths Werke, Teil 2, S. 122-125.

⁶²³ Vgl. Roger Philip Chickering, The Reichsbanner and the Weimar Republic. 1924–26, in: Journal of Modern History, 40 (1968), S. 524-534, hier: 525; Hörster-Philipps, Joseph Wirth, S. 314-317, 322-326; auch: Otto Hörsing, „Republikaner, an die Front! Rückblick und Ausblick“, in: RB, 7 (1930), Nr. 1; zur *Deutschen Republik* siehe: Bernhard Seiterich, Demokratische Publizistik gegen den deutschen Faschismus: Die ‚Deutsche Republik‘, eine politische Wochenschrift der späten Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der demokratischen Presse, Frankfurt a. M. u.a. 1988.

Reichsbanners schrieb, die zentrale Lehre aus der deutschen Geschichte seit den Befreiungskriegen darin, dass es dem deutschen Republikaner an „politischem Instinkt“ mangle. Weil es den Volksmassen an diesem gefehlt habe, sei aus den Befreiungskriegen 1813/15 ein Sieg der Fürstenhäuser und nicht einer der deutschen Nation geworden, wegen dieses Mangels habe die Reaktion auch über die „Revolution des deutschen Bürgertums“ von 1848 gesiegt, und die Revolution von 1918 habe wegen des gleichen Mangels bei den Republikanern ebenfalls mehrfach gedroht, ein Opfer der Reaktion zu werden.

Die politische Instinktlosigkeit der bürgerlichen Revolution von 1848 und der Republikaner von 1918 hatte sich in Hörsings Augen vor allem in der Unterschätzung der Bedeutung der bewaffneten Macht ausgedrückt. Insofern war das Reichsbanner als „Kampforganisation für den republikanisch-demokratischen Gedanken“ in Hörsings Verständnis ein Versuch, der Wiederholung der Fehler der 48er-Revolution und der Revolution von 1918/19 zu begegnen.⁶²⁴

Darüber hinaus engagierte sich das Reichsbanner nicht nur publizistisch für das Revolutionsgedenken, sondern auch durch die alljährliche Ehrung der Märzgefallenen in Berlin und durch die Abhaltung weiterer Gedenkfeiern. Bei solchen Anlässen wurde der Präsentation historischer Fahnen aus der 48er-Revolution große Bedeutung beigemessen. Das *Reichsbanner* forderte gleich 1924 von seinen Lesern:

„Wir wünschen, dass allerorts nachgeforscht wird, wo Fahnen und andre Erinnerungsstücke aus der Zeit von 1848 vorhanden sind, und wo sich eine Möglichkeit bietet, muss versucht werden, sie in den Besitz des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, dem geistigen Erben der Bewegung von 1848 zu bringen.“

Im Erfolgsfalle sei die Übernahme der Erinnerungsstücke der Revolution in einem feierlichen Rahmen zu vollziehen.⁶²⁵ Insofern machte sich das Reichsbanner ab 1925 schnell und nachdrücklich beim Märzgedenken bemerkbar.

⁶²⁴ Otto Hörsing, „Glückauf, für ein Volk und ein Reich!“, in: RB, 1 (1924), Nr. 1; ähnlich: M. Beer, Über deutsche Kriege und Revolutionen, in: Die Glocke, 6 (1920), S. 872 f.; Gerth, Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot, in: ebd., 10 (1924), S. 903-907, hier: 905; Sutter, Die Linke der Paulskirche, S. 25 f. Hörsing war bereits vor dem Weltkrieg im 48er-Revolutionsgedenken engagiert. Er hielt 1911 einen Vortrag über die Bedeutung der Märzkämpfe 1848. Vgl. Buchner, Um nationale und republikanische Identität, S. 171.

⁶²⁵ „Die Fahne von Greetsiel“, in: RB, 1 (1924), Nr. 11; auch: „Der Tag in Weimar“, in: VZ, 11.8.1924, AA; „Feier des 1-jährigen Bestehens im Lande“, in: RB, 2 (1925), Nr. 6; „Reichsbannertage in Süddeutschland. Der Tag von Stuttgart. Die Bannerweihe“, in: ebd., Nr. 7; „Der letzte Appell. Wirth im Sportpalast“, in: Germania, 26.4.1925, MA; „Die Volksfeier der Verfassung“, in: VZ, 10.8.1925, AA; „Verfassungsfeier im Hambacher Schloss“, in: Volksfreund, 10.8.1925; „Das nationale Volk“, in: VZ, 5.10.1925, AA; „Die Verfassungsfeier am Sonnabend. Im Spiegel der Presse“, in: RB, 6 (1929), Nr. 33.

Einen völlig anderen Charakter als beim Reichsbanner hatte 1924 wenige Monate nach der Reichsexekution gegen Thüringen und Sachsen das Märzgedenken der wie die Mehrheit der sächsischen Sozialdemokratie am linken Rand der SPD stehenden *Leipziger Volkszeitung*. Sich zugleich vom revolutionären Putschismus der Kommunisten abgrenzend, den sie als „Rückfall in die Denkweise der bürgerlichen Revolution“ verurteilte, legte die Zeitung ein revolutionäres Bekenntnis ab:

„Wir wollen aber nicht die schwarz-rot-goldene Republik, die wir als Notbehelf gegen die Monarchisten verteidigen, sondern wir wollen die sozialistische Republik, deren Symbol die rote Fahne der Pariser Junikämpfer ist. [...] Durch einen solchen Kampf ehren wir das Andenken der Toten im Friedrichshain würdiger, wie durch schwarz-rot-goldene Fahnen und ‚Deutschland, Deutschland über alles‘. Durch einen solchen Kampf erfüllen wir das Vermächtnis der proletarischen Revolutionäre von 1848, die sich um Marx und Engels, um die Neue Rheinische Zeitung in Köln scharten, und die um Stephan Born in Berlin die erste deutsche Arbeiterbewegung gründeten.“⁶²⁶

Ausdruck dieser Haltung war es auch, dass in der Zeitung in der Weimarer Republik zum Märzfeiertag 1923 Freiligraths Gedicht „Trotz alledem!“ abgedruckt und in anderen Jahren mehrfach aus seinem „Die Toten an die Lebenden“ zitiert wurde.⁶²⁷

Das Fortleben des Märzfeiertags

Hatte es 1924, ein Jahr nach dem großen Jubiläum, den Anschein – allerdings bestand im Anschluss an den im September 1923 verhängten militärischen Ausnahmezustand seit dem 28. Februar ein ziviler Ausnahmezustand auf Reichsebene –, als könnte die Tradition des Märzgedenkens in der Sozialdemokratie abbrechen, so konnte ein Jahr später nicht mehr die Rede davon sein und tatsächlich bestand die Tradition des Märzgedenkens bis zum Ende der Weimarer Republik fort.⁶²⁸ Ein entscheidender Faktor für das Fortbestehen des Märzrituals in der Sozialdemokratie dürfte neben der Gründung des Reichsbanners die 1925 erfolgte Wahl des kaiserlichen Generals von Hindenburg zum Nachfolger Eberts als Reichspräsident gewesen sein, die zwangsläufig – ob begründet oder nicht – bei Republikanern Ängste vor einer monarchischen Restauration wecken musste.⁶²⁹

⁶²⁶ „Proletariat und Revolution“, in: LVZ, 18.3.1924; auch: „Zum fünften Jahrestag der deutschen Revolution! Nach fünfundsiebzig Jahren“, in: LVZ, 8.11.1923.

⁶²⁷ Freiligrath, „Trotz alledem!“, in: LVZ, 17.3.1923; „Im Wahrzeichen des März“, in: LVZ, 18.3.1924; „Das Gewitter von vierzig und acht. Zum achtzigsten Geburtstage der Märzrevolution. Alte Entwicklungsgänge in neuer Zeit“, in: LVZ, 17.3.1928; „An den Gräbern der Märzgefallenen“, in: LVZ, 19.3.1928.

⁶²⁸ Vgl. Ehls, Protest und Propaganda, S. 97 f.

⁶²⁹ Im Reichstag wurde in den Jahren 1925 bis 1927 von kommunistischer, sozialdemokratischer und demokratischer Seite vor der „monarchistischen Gefahr“ gewarnt. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 386, S. 2243 (Zitat); Bd. 390, S. 7211 (Zitat); Bd. 392, S. 9658; auch: Bd. 423, S. 55.

Während der *Vorwärts* 1924 am Abend des 18. März vermeldete, Berlin scheine die Märzgefallenen vergessen zu haben – auch die Kommunisten seien bis zum Mittag nicht an den Gräbern erschienen –, forderte die *Rote Fahne* die Kommunisten zur Teilnahme am Märzgedenken auf, das den Märzgefallenen von 1848, den Opfern des Kampfes für die Arbeitersache seit 1918 und den politischen Gefangenen in den Gefängnissen und Zuchthäusern der Republik gelten sollte. Dabei sollte nicht nur zurück, sondern auch vorwärts zu „neuen Kämpfen“ geschaut werden, „zur Vorbereitung des endlichen Sieges der ausgebeuteten und gequälten Massen“.⁶³⁰

Das kommunistische Zentralorgan berichtete am nächsten Tag von einer großen Kundgebung bei der Kranzniederlegung im Friedrichshain und Veranstaltungen am Abend in neun großen Sälen der Stadt und der Vororte, darunter war eine Erwerbslosenversammlung, deren Teilnehmer anschließend zum Friedrichshain zogen. Bei der Rückkehr von dort kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Gegenstand der Reden auf den Veranstaltungen waren, soweit das in der Zeitung erwähnt wurde, sowohl die 48er-Revolution als auch die Pariser Kommune.⁶³¹

Neben dem kommunistischen Revolutionsgedenken fand eine Märzfeier des „Demokratischen Vereins Waldeck“ statt, auf der als Hauptredner der Chefredakteur der *Vossischen Zeitung*, Georg Bernhard, sprach.⁶³² Die Republikanische Partei, bei der es sich um den bereits erwähnten Parteigründungsversuch der Redakteure der *Berliner Volkszeitung* Vetter und von Ossietzky handelte und die sich konsequent unitarisch und großdeutsch positionierte, erließ zum 18. März einen Aufruf:

„Drei Generationen haben an den Gräbern draußen am Hain gestanden. Keine hat so stark wie die unsere gefühlt, dass das, was die Märzkämpfer erstrebt, heute noch der Vollendung harrt. Nach dreimal 25 Jahren ist das heilige Vermächtnis jener Toten noch nicht erfüllt.“⁶³³

Im Jahr darauf trat das Reichsbanner beim Märzgedenken erstmals in Erscheinung. Nachdem der Organisation eine Veranstaltung im Friedrichshain vom Berliner Polizeipräsidenten

⁶³⁰ „Am Friedhof des 18. März“, in: *Vorwärts*, 18.3.1924, AA; auch: „Die gestrigen Märzfeiern“, in: VZ, 19.3.1924, MA; „Der 18. März“, in: RF, 18.3.1924; „Berliner Märztage“, in: ebd.

⁶³¹ „Massenversammlungen der KPD. Die Berliner Märzfeiern“, in: RF, 19.3.1924; auch: „Aus der Reichshauptstadt“, in: DTZ, 19.3.1924, MA.

⁶³² „Die Märzrevolution. Feier des Vereins Waldeck“, in: VZ, 22.3.1924, MA; angekündigt in: „Den 18. März [...]“, in: BVZ, 18.3.1924, MA; zum Verein Waldeck: J. L., „Ein Vorkämpfer deutscher Demokratie. Fünfzig Jahre Verein Waldeck“, in: VZ, 28.1.1928, MA.

⁶³³ „Zum Gedächtnis der Märzgefallenen“, in: VZ, 18.3.1924, MA; „Aufruf der Republikanischen Partei. Zur politischen Erneuerung“, in: BT, 6.2.1924, MA.

verboten worden war, hielt sie eine Kundgebung in den Spichernsälen ab, auf der Richard Mischler, der Vorsitzende der Potsdamer Ortsgruppe und zugleich Geschäftsführer des reichsdeutschen Zweiges des Österreichisch-Deutschen Volksbundes, sprach. Mischler sagte, die Reichsbannerleute wollten im Geiste der 48er-Helden, nicht aber der wilhelminischen Epoche leben. Dabei beziehe man sich nicht auf das „typisch Revolutionäre“ des 18. März, „an dem 185 Deutsche aller Klassen für die gemeinsamen Ideale den Märtyrertod starben“, sondern „die überragende Größe der ganzen Bewegung“. Das Reichsbanner bekenne sich zum Parlamentarismus der „48er-Kämpfer“.

Mischler verteidigte auch die Anschlussforderung in Abgrenzung von den Alldeutschen. Das Reichsbanner wolle nicht, dass Deutschland alle Völker beherrsche, sondern verlange „lediglich die Verwirklichung Großdeutschlands“. Für dieses Ziel werde das Reichsbanner als Kampforganisation aller republikanischen Parteien in den Reichspräsidentenwahlkampf ziehen. Der vom Reichsbanner an den Gräbern der Märzgefallenen niedergelegte Kranz trug die Inschrift: „Deutsche Republik, wir schwören, letzter Tropfen Blut soll dir gehören!“⁶³⁴ Auch in Leipzig veranstaltete das Reichsbanner zusammen mit dem Deutschen Republikanischen Reichsbund eine Märzfeier im großen Saal des Zoos.⁶³⁵

Während das Reichsbanner zum Märzfeiertag in Berlin ausschließlich eine Saalveranstaltung abhielt, rief die *Rote Fahne* zu einer Massendemonstration der Groß-Berliner Betriebe gegen die Reichsregierung Luthers und Marx' und für die Diktatur des Proletariats am Abend des 19. März im Friedrichshain auf, zu der laut ihrer Berichterstattung mehr als hunderttausend Teilnehmer kamen. Die Belegschaften seien in geschlossenen Formationen, der Rote Frontkämpferbund voran zum Friedrichshain marschiert. Die ungezählten Opfer der Revolution seit 1918 und die 7 000 Gefangenen der „Ebert-Luther-Republik“ hätten den Teilnehmern das Herz zusammengepresst.⁶³⁶ Der *Vorwärts* machte den Kommunisten seinerseits den Vorwurf, ihre Kränze auf dem Friedhof im Friedrichshain ausschließlich an

⁶³⁴ „Märzgefallenfeier des Reichsbanners“, in: *Vorwärts*, 18.3.1925, MA; „Zum Gedächtnis der Märzgefallenen“, in: *BVZ*, 19.3.1925, MA; „Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold teilt mit“, in: *BT*, 18.3.1925, MA; „Die Märzgefallenen“, in: *VZ*, 19.3.1925, MA; „Verbotene Märzkundgebungen“, in: *LVZ*, 17.3.1925.

⁶³⁵ „Veranstaltungsankündigung: Märzfeier“, in: *LVZ*, 19.3.1925.

⁶³⁶ „Massendemonstration der Groß-Berliner Betriebe“, in: *RF*, 18.3.1925; „Das Blut unserer Märzgefallenen ruft“, in: ebd.; „Riesendemonstrationen in Halle und Berlin“, in: *RF*, 20.3.1925; „Die KPD mobilisiert die Betriebe“, in: ebd.; zum Roten Frontkämpferbund vgl. Mallmann, *Kommunisten in der Weimarer Republik*, S. 193-199.

den Gräbern der Opfer der Revolution von 1918/19, nicht aber auch an denen der Märzgefallenen niedergelegt zu haben.⁶³⁷

Die Reichspräsidentenwahl 1925

Der von den Parteien der Weimarer Koalition, die als „Volksblock Schwarz-Rot-Gold“ antraten, in der zweiten Runde der Reichspräsidentenwahlen 1925 unterstützte Zentrums- politiker Wilhelm Marx trat im Wahlkampf gegen den kaiserlichen General a. D. von Hindenburg ganz auf der Linie der erwähnten Ankündigung des Reichsbanners im Zeichen der schwarz-rot-goldenen Fahne für die Verwirklichung Großdeutschlands ein und bezeichnete diese Fahne in einer Rundfunkrede als die Farben „großdeutscher Einheit“. Zur historischen Legitimation von Schwarz-Rot-Gold berief sich Marx jedoch in dieser Rede auf die Befreiungskriege und *nicht* auf die 48er-Revolution.⁶³⁸ Die Revolution erwähnte er in einer Wahlkampfrede in Nürnberg am 24. April in einer Bemerkung über Preußen nur mit allergrößter Zurückhaltung:

„Erst nachdem im Jahre 1848 kostbares Blut geflossen war, fühlte sich Friedrich Wilhelm IV. veranlasst, dem preußischen Volke die längst versprochene Verfassung zu geben. Aber der Geist war in Preußen alles andere als demokratisch.“⁶³⁹

Damit verhielt sich Marx gegenüber der 48er-Revolution ähnlich ambivalent, wie es 1923 zum Revolutionsjubiläum die zentrumsnahe Zeitung *Germania* getan hatte. Das äußerst distanzierte Verhältnis des demokratischen Präsidentschaftskandidaten im ersten Wahlgang, Willy Hellpach, zur 48er-Tradition wurde bereits dargelegt. Dagegen schrieb das *Berliner Tageblatt* zum Märzfeiertag 1925, der in den Präsidentschaftswahlkampf fiel (am 29. März fand der erste Wahlgang statt), in einem Kommentar:

„Als Mahnung der Märzgefallenen, deren Gräber heute wieder große Scharen aufsuchen werden, ergeht der Ruf an die Lebenden, wach zu sein und dafür zu sorgen, dass die deutsche Republik ausgebaut wird im Geiste der sozialen Demokratie.“⁶⁴⁰

⁶³⁷ „Zum 18. März“, in: Vorwärts, 18.3.1925, AA.

⁶³⁸ „Nationale und wirtschaftliche Kraft der Demokratie. Marx' Rundfunkrede“, in: Germania, 25.4.1925, MA; auch: Carl Sonnenschein, „Vor der Entscheidung“, in: ebd., 25.4.1925, AA; „Von der Flaggenfrage. Und vom Patent-Patriotismus“, in: ebd.; „Mahnung aus Österreich“, in: VZ, 25.4.1925, MA; Georg Bernhard, „Die Wahlschlacht der Freiheit“, in: VZ, 26.4.1925; „Der ehemalige Reichskanzler Marx für den Anschluss. Eine große Demonstration in Berlin“, in: NFP, 18.4.1925, MB; vgl. Suval, The Anschluss Question, S. 24-26.

⁶³⁹ Hanns-Jochen Hauss, Die erste Volkswahl des deutschen Reichspräsidenten. Eine Untersuchung ihrer verfassungspolitischen Grundlagen, ihrer Vorgeschichte und ihres Verlaufs unter besonderer Berücksichtigung des Anteils Bayerns und der Bayerischen Volkspartei, Kallmünz/Opf. 1965, S. 178 f. (Zitat: 179); vgl. Ruppert, Im Dienst am Staat von Weimar, S. 119-123.

⁶⁴⁰ „Zum 18. März. Erinnerung und Mahnung“, in: BT, 18.3.1925, MA; vgl. Winkler, Weimar, S. 278.

Die Sozialdemokraten setzten im Präsidentschaftswahlkampf auch ein Plakat mit einem 48er-Motiv ein: Es zeigte, wie ein altertümlich gekleideter Burschenschafter die schwarz-rot-goldene Fahne an einen Arbeiter übergibt, versehen mit der Bildunterschrift:

„Was 48 die Väter gedacht, die Enkel habens 18 vollbracht! das Banner, das Grimm und Uhland entrollt – wollt ihr verraten? Schwarz-Rot und Gold!! wählt den Kandidaten des Volksblocks WILHELM MARX“⁶⁴¹

Im Wahlkampf zu den Reichstagswahlen im Mai 1924 hatte die DDP bereits ein Plakat verwandt, das das Porträt Uhlands vor der Paulskirche mit schwarz-rot-goldenem Hintergrund zeigte, zusätzlich mit den Farben Schwarz-Rot-Gold eingefasst war und suggerierte, Uhland würde DDP wählen.⁶⁴²

Am 20. Februar 1925, noch vor dem Tod Eberts und dem Beginn des Präsidentschaftswahlkampfes, hatte der aus Österreich stammende Sozialdemokrat Hilferding im Reichstag ein Bekenntnis zum Anschluss abgelegt:

„Gerade wir Sozialdemokraten haben von jeher, schon vor der Vertreibung der beiderseitigen Dynastien, den Anschluss Österreichs gewünscht. Gerade wir sind es gewesen, die in dieser Beziehung den großdeutschen Gedanken, wie er ein Erbteil der Revolution von 48 gewesen ist, hochgehalten haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)“

Auch in Österreich trete die Sozialdemokratie an erster Stelle für den Anschluss ein. Dort führe sie den Kampf gegen die Genfer Protokolle mit dem verschärften Anschlussverbot fast allein.⁶⁴³

Die Einweihung des Portals zum Friedhof der Märzgefallenen

Da die Kommunisten in den Jahren 1924 und 1925 im Begriff schienen, den Märzgedenktag eindeutig zu dominieren, war es fast schon ein wenig paradox, dass die Feier am 12. Oktober 1925 zur Einweihung eines Portals auf dem Friedhof im Friedrichshain eine rein sozialdemokratische war. Der Hintergrund war folgender: Den Auseinandersetzungen in der Stadtverordnetenversammlung um die Gestaltung des Märzgefallenenfriedhofs 1922/23 war ein Beschluss der Bezirksversammlung Friedrichshain am 5. April 1922 vorausgegangen, in

⁶⁴¹ Politische Plakate der Weimarer Republik 1918–1933. Ausstellung vom 18. September bis 23. November 1980, Bearbeiter Rainer Schoch u.a., Darmstadt 1980, S. 55; vgl. Buchner, Um nationale und republikanische Identität, S. 279.

⁶⁴² Vgl. 1848. Aufbruch zur Freiheit, S. 270.

⁶⁴³ Verhandlungen des Reichstags, Bd. 384, S. 809 f.

dem eine angemessene Umwehrung, ein würdiges Eingangstor sowie ein Denkstein für den Friedhof gefordert worden waren.

Nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 15. März 1923, den Magistrat lediglich aufzufordern, eine Vorlage zu unterbreiten, wie der Friedhof „dauernd in würdigem Zustande“ zu erhalten sei, hatte der Magistrat am 15. Januar 1925 den von Ludwig Hoffmann, einem ehemaligen Stadtbaurat, stammenden Entwurf eines neuen Eingangstors für den Friedhof genehmigt, für welches das Bezirksamt Friedrichshain die Kosten trug.⁶⁴⁴ Die Pforte bestand aus zwei Postamenten, auf denen jeweils eine trauernde Figur mit gesenkter Fackel ruhte, und schmiedeeisernen Torflügeln.⁶⁴⁵ Noch vor der Einweihung des neuen Portals wurde der Friedhof schon zum Märzfeiertag 1925 laut *Berliner Tageblatt* mit größerem Aufwand als sonst üblich hergerichtet.⁶⁴⁶

Bei der Einweihungsfeier, an der laut *Vorwärts* große Menschenmassen teilnahmen, war das Tor zunächst in ein schwarz-rot-goldenes Tuch gehüllt und davor hatte ein Bannerträger mit einer alten „roten 48er-Demokratenfahne“, der Fahne des „Demokratischen Klub 18. und 19. März 1848“, Stellung bezogen. Die Redner waren allesamt Sozialdemokraten: der Bürgermeister von Friedrichshain Paul Mielitz – seit 1921 regierten die Sozialdemokraten mit Unterstützung der demokratischen bürgerlichen Parteien den Bezirk –, der Gauvorsitzende des Reichsbanners Fritz Koch und zum Abschluss der betagte Fritz Zubeil, der zu den Vorkämpfern für eine würdige Gestaltung des Friedhofs gezählt, bis 1922 der USPD angehört

⁶⁴⁴ Die gemischte Deputation aus Magistrat und Stadtverordnetenversammlung, die 1897 eingesetzt worden war, um über ein Denkmal auf dem Märzgefallenenfriedhof zu entscheiden, lehnte das Denkmalsprojekt ab und empfahl lediglich, den Friedhof zum Jubiläum in einen würdigen Zustand zu versetzen. Dabei wurde an die Errichtung einer Umfriedung und eines Portals gedacht – auch dieser Vorschlag wurde damals nicht realisiert. Vgl. Klemm, *Erinnert – umstritten – gefeiert*, S. 112, 128-131.

⁶⁴⁵ Ein Gedenkstein für die Märzgefallenen im Friedrichshain wurde erst 1948 gesetzt. Vgl. Hoffmann, *Berlin-Friedrichsfelde*, S. 12. Ein vom Verlauf her den Berliner Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung des Friedhofs der Märzgefallenen ähnlicher Fall spielte sich in der Weimarer Republik in Calbe an der Saale ab. Dort brachte 1927 die Reichsbannerortsgruppe am ehemaligen Wohnhaus des Paulskirchenmitglieds und Präsidenten des Rumpfparlaments, Wilhelm Löwe, der in der Nationalversammlung gegen eine monarchische Spitze gestimmt hatte, eine Gedenktafel an, nachdem die Stadtverordnetenversammlung Calbes zuvor einen entsprechenden Antrag abgelehnt hatte. Bei der Einweihung marschierten 1500 Reichsbannerleute auf, und Hermann Hummel, der DDP-Politiker und ehemalige badische Staatspräsident, der jetzt für Magdeburg im Reichstag saß, hielt eine Rede. „Löwe-Gedenkfeier“, in: *RB*, 4 (1927), Nr. 7; „Ehrung eines Achtundvierziger Demokraten“, in: *VZ*, 8.3.1927, MA. Zwei Reden Löwes aus der Paulskirche, in denen er sich für die Aufhebung der Fideikomisse und für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ausgesprochen hatte, waren abgedruckt bei Appens, *Die Nationalversammlung zu Frankfurt a. M.*, S. 170-172, 183-188; die Rede für das allgemeine Wahlrecht auch schon bei: Mollat, *Reden und Redner*, 1895, S. 470-481; zu Löwes Rolle in der Wahlrechtsdebatte der Paulskirche auch: Krause, *Die Demokratische Partei von 1848*, S. 91-93, 97; Bloss hatte Löwe noch negativ beurteilt; vgl. Bloss, *Die deutsche Revolution*, S. 604 f., 608, FN ***.

⁶⁴⁶ „An den Gräbern der Märzgefallenen“, in: *BT*, 18.3.1925, AA.

hatte und vom Revolutionsgedenken im Kaiserreich sowie dem gescheiterten damaligen Versuch der Ausgestaltung des Friedhofs berichtete.

Schon Mielitz erwähnte, dass im Kaiserreich die Polizeipräsidenten keine roten Schleifen an den Kränzen geduldet hätten, während heute der Polizeipräsident Albert Grzesinski persönlich der Feier beiwohne. Zubeil erinnerte einmal mehr an die Praxis der Kranzschleifenzensur im Kaiserreich:

„In jedem Jahr aber wiederholte sich auch das für den Tiefstand deutscher politischer Kultur und Sitte bezeichnende und tief beschämende Schauspiel, dass Polizeileutnants mit großen Scheren bereitstanden, die von der Arbeiterschaft gestiftete Kranzschleifen ab- und zerschnitten und den Kranzträgern vor die Füße warfen.“⁶⁴⁷

Unter den Ehrengästen waren gemäß dem Bericht der *Vossischen Zeitung* der Bundesvorstand des Reichsbanners und Otto Landsberg. Zum Abschluss der Feier seien Kameradschaften des Reichsbanners in einer Stärke von ungefähr 10 000 Mann mit gesenkten Fahnen unter Trommelwirbel am neuen Portal vorbeigezogen. Während die linksliberalen Zeitungen – vor dem Hintergrund des Verhaltens der Demokraten in der Abstimmung in der Stadtverordnetenversammlung 1923 vielleicht auch nicht überraschend – nur ausgesprochen knapp von der Einweihung der Pforte berichteten, übergang die *Rote Fahne* sie ganz mit Schweigen.⁶⁴⁸

Die *Berliner Volkszeitung* behauptete eineinhalb Jahre später, zum Märzfeiertag 1927, die *Kreuzzeitung* habe noch 1899, als in Berlin eine frühere Auseinandersetzung um die Ausgestaltung des Friedhofs der Märzgefallenen stattfand, dessen vollständige Zerstörung verlangt. In den Augen der *Kreuzzeitung* sei angesichts der Gefahr einer sozialen Revolution das Denkmal der demokratischen Revolution in der Residenzstadt der preußischen Könige zu vernichten gewesen. Es gebe keine größere Beleidigung des Königtums als die Ehrung jener Toten, die im offenen Kampfe gegen den König und das monarchische Prinzip selbst ihr Leben gelassen hätten. Diese Erinnerung nahm die *Volkszeitung* am 18. März 1927, als die

⁶⁴⁷ „Die Pforte zu den toten Kämpfern“, in: Vorwärts, 11.10.1925; „Feier bei den Märzgefallenen. Die Weihe des neuen Portals auf dem Friedhof im Friedrichshain“, in: ebd., 12.10.1925; vgl. Reschke, Der Kampf der Nationalsozialisten, S. 25.

⁶⁴⁸ „Die Ehrenpforte der Märzgefallenen“, in: VZ, 11.10.1925; „Einweihung des Portals auf dem Märzgefallenen-Friedhof“, in: VZ, 12.10.1925, AA; „Vom Friedhof der Märzgefallenen“, in: FZ, 12.10.1925, MB; „Reichsbanner und Märzgefallene. Einweihung des neu ausgestalteten Revolutionsfriedhofs im Friedrichshain“, in: BT, 11.10.1925, MA; „Auf dem Friedhof der Märzgefallenen. Einweihung des neuen Eingangsportals“, in: BT, 12.10.1925, AA; die *Berliner Volkszeitung* begnügte sich mit einem Foto des Portals von der Einweihungsfeier auf der Titelseite: „Ehrung der Freiheitskämpfer“, in: BVZ, 12.10.1925, AA.

DNVP seit eineinhalb Monaten zum zweiten Mal in der Weimarer Republik an einer Reichsregierung beteiligt war, zum Anlass, die Republikaner aufzurufen, Sorge zu tragen, dass der Friedhof der Märzgefallenen nicht eines Tages planiert werde.⁶⁴⁹

Der Märzfeiertag 1926

Ab dem Märzfeiertag im Jahr 1926 überließen die Sozialdemokraten den Kommunisten nicht mehr wie in den beiden Jahren zuvor allein das Feld. Den ganzen Tag über – das etablierte sich in den folgenden Jahren als Ritual – hielten zwei Reichsbannerleute mit schwarz-rot-goldener Fahne am Friedhofseingang Wache. Der *Vorwärts* berichtete von einem „wahren Pilgerzug“ am Nachmittag des 18. März; er stellte dabei die Kranzdeputationen der Betriebe völlig in den Mittelpunkt seiner Schilderung, erwähnte aber auch den Kranz der Sozialistischen Arbeiterjugend Groß-Berlin mit roter Schleife. Laut dem Bericht der *Vossischen Zeitung* erschienen am Märzfeiertag erstmals geschlossene Schulklassen auf dem Friedhof. Der kommunistische Frontkämpferbund habe dort eine „Sonderdemonstration“ abgehalten, indem er die Revolutionsopfer von 1918 feierte.

Am Abend veranstaltete das Reichsbanner nach Einbruch der Dunkelheit eine Gedenkfeier, in deren Rahmen Reichsbannerkameradschaften in einer Stärke von etwa 5 000 Mann unter Trommelwirbel an den Gräbern vorbeizogen. Daneben hielt die Arbeiterjugend im Saalbau Friedrichshain eine Märzfeier ab, auf der Reichstagspräsident Löbe sprach. Der Saal war mit roten Fahnen geschmückt; die rezitierten Gedichte sowie die Gesangsbeiträge bezogen sich *nicht* auf die 48er-Revolution. Anschließend marschierten die laut *Vorwärts* Tausenden Teilnehmer zu den Gräbern der Märzgefallenen. Außerdem berichtete die Zeitung von einer Märzfeier der Hilfsarbeiter des Handels und der Industrie.⁶⁵⁰

Am Vorabend des Märzfeiertags hatte die Frist für die Unterschriftensammlung für das Volksbegehren zur Fürstenenteignung geendet. Der *Vorwärts* bewertete die Unterschriftensammlung mit den Worten:

„Jahrzehntelang schien es, als ob die Toten des März umsonst gestorben wären. [...] Wir haben in den Tagen vom 4. März bis heute die würdigste Märzfeier gefeiert, die je auf deutschem Boden gefeiert worden ist, und die Millionen, die durch ihren Namenszug der Republik Treue

⁶⁴⁹ C. P., „Der Friedhof der Märzgefallenen. Ein Wahrzeichen der Republik“, in: BVZ, 18.3.1927, MA.

⁶⁵⁰ „Die Märzfeier der Arbeiterjugend“, in: Vorwärts, 18.3.1926, MA; „An den Gräbern der Märzgefallenen“, in: ebd., 18.3.1926, AA; „Der Pilgerzug zu den Märzkämpfern“, in: ebd., 19.3.1926, MA; „Der Tag der Märzgefallenen“, in: VZ, 18.3.1926, AA; „Das Reichsbanner bei den Märzgefallenen“, in: ebd., 18.3.1926, AA.

gelobten und der fürstlichen Habgier Fehde ansagten, ehrten das Andenken der Märzgefallenen nicht nur durch das Wort, sondern, was mehr gilt, durch die Tat.

Durch diese Tage sind sie aber auch Zeugen dafür geworden, dass der Kampf um die staatsbürgerliche Freiheit nicht vergebens geführt worden ist.“⁶⁵¹

Die *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* nahm Ferdinand Freiligrath, dessen Todestag sich am 18. März 1926 zum 50. Mal jährte, für die Befürworter des Volksentscheids in Anspruch.⁶⁵²

Ohne auf das Volksbegehren zur Fürstenenteignung einzugehen, aber mit antimonarchischer Stoßrichtung schrieb der Historiker Veit Valentin zum 18. März in der *Vossischen Zeitung* und berief sich dabei auf einen bislang unbekannten Bericht des österreichischen Gesandten Grafen Trautmannsdorff nach den Berliner Märzkämpfen. Demnach waren die beide Schüsse, die am 18. März 1848 in Berlin das Blutvergießen ausgelöst hatten, nicht, wie allgemein in der historischen Literatur dargestellt, zufällig losgegangen, sondern das Militär hatte den Befehl zum Schießen bekommen. Ausländische „Aufwiegler“ hätten zwar einen Anteil am Ausbruch der Revolution gehabt, er sei aber nur gering gewesen:

„Der Berliner Volksaufstand war ein elementarer revolutionärer Ausbruch, bei dem breite alteingewurzelte bürgerliche Schichten die Hauptträger waren.“⁶⁵³

Trotz des sozialdemokratischen Engagements hatte auch der Märzfeiertag 1926, so berichtete es die *Berliner Volkszeitung*, ein überwiegend „kommunistisches Gepräge“.⁶⁵⁴ Das entbehrte nicht einer gewissen Ironie, da es in der politischen Resolution des kommunistischen Parteitags von 1925 zur Lage in Deutschland und den Aufgaben der KPD – in nahtloser Anknüpfung an die Urteile von Luxemburg und Liebknecht über die deutsche 48er-Revolution vom Januar 1919 – geheißen hatte:

⁶⁵¹ „Letzter Tag! Heute acht Uhr abend Schluss der Listen“, in: ebd., 17.3.1926, MA; der Artikel wurde im badischen *Volksfreund* zitiert: „Die Märzfeier des Volksbegehrens“, in: *Volksfreund*, 17.3.1926; scharf antimonarchisch war auch der folgende ausführliche Artikel im *Volksfreund*: „Der 18. März 1848“, in: ebd., 18.3.1926.

⁶⁵² Reinhard Strecker, „Freiligrath und die Fürsten“, in: SHVZ, 18.3.1926.

⁶⁵³ Valentin, „Der 18. März 1848 in Berlin. Ein unbekannter Bericht des österreichischen Gesandten Grafen Trautmannsdorff an das österreichische Außenministerium“, in: VZ, 18.3.1926, MA; vgl. ders., *Geschichte der Deutschen Revolution*, Bd. 1, S. 428 f., 432, 445; Hachtmann, *Berlin 1848*, S. 152-157, 169 f. Noch die neurankeanischen Historiker hatten an der Deutung des 18. März 1848 in Berlin als Missverständnis festgehalten. Vgl. Baumgart, *Die verdrängte Revolution*, S. 135. Die Deutung der beiden Schüsse als „versehentlich“ jüngst wieder bei Christopher Clark, *Preußen. Aufstieg und Niedergang 1600–1947*, Bonn 2007, S. 541.

⁶⁵⁴ „Die Gedächtnisfeier für die Märzgefallenen. Kommunistisches Gepräge“, in: BVZ, 19.3.1926, MA; die kommunistische Dominanz beim Märzgefallenengedenken in den Jahren nach 1923 konstatieren auch: Wollstein, *Gedenken an 1848*, S. 331; Peter Steinbach, „Ein Volk, das die Gefahr nicht scheut ...“ – Anmerkungen zur Revolution von 1848, in: Heiner Timmermann/Hans Dieter Metz (Hg.), *Europa – Ziel und Aufgabe. Festschrift für Arno Krause zum 70. Geburtstag*, Berlin 2000, S. 87-104, hier: 90

„Die deutsche Arbeiterklasse hat *fast keine revolutionäre*, das deutsche Volk im allgemeinen *fast keine bürgerlich-demokratische Tradition*. Das *Beste*, was die deutsche Arbeiterschaft kannte, war die deutsche Sozialdemokratie in den Zeiten *August Bebels* und *Wilhelm Liebknechts*.“⁶⁵⁵

1924 hatte die *Rote Fahne* zum Märzfeiertag geschrieben:

„Die Revolution von 1848 und 1849 wurde eine einzige große Enttäuschung [...] Die bitteren Erfahrungen der letzten 6 Jahre haben dem deutschen Proletariat das gegeben, was die kurzen Kampfepisoden von 1848 und 1849 nicht gewähren konnten, eine revolutionäre Tradition und Einsicht in die Anfangsgründe der revolutionären Taktik und Strategie.“⁶⁵⁶

Arkadi Maslow, der zusammen mit Ruth Fischer die Spitze der KPD in ihrer „ultralinken“ Phase bildete, ging sogar so weit, 1848 als „elende Bierphilisterrevolution“ zu bezeichnen.⁶⁵⁷

Auch in der 1928 erschienenen kommunistischen „Illustrierten Geschichte der Deutschen Revolution“, die den Entwicklungen seit 1918 gewidmet war, stand die Erzählung der Vorgeschichte unter der Überschrift „Der Jammer deutscher Vergangenheit“ und über die deutsche 48er-Revolution hieß es, sie sei „kein Heldenlied“ gewesen, da auf das „proletarische Heldendrama“ am 18. März in Berlin, „die bürgerliche Tragikkomödie“ gefolgt sei.⁶⁵⁸

Am 17. und 18. März 1926 hatte die *Rote Fahne* die Berliner Arbeiterinnen und Arbeiter zum Zug an die Gräber und zur Teilnahme an Kundgebungen aufgerufen. Beabsichtigt war eine Kranzniederlegung sowohl im Friedrichshain als auch in Friedrichsfelde. Vom Treffpunkt auf der Spielwiese im Friedrichshain sollte der Zug um elf Uhr zunächst an die Gräber der Märzgefallenen ziehen und von dort weiter zum Friedhof in Friedrichsfelde, wo er gegen zwei Uhr eintreffen sollte.⁶⁵⁹ Daneben hielten die KPD und die Rote Hilfe aus Anlass des

⁶⁵⁵ Bericht über die Verhandlungen des 10. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Berlin vom 12. bis 17. Juli 1925, Berlin 1926, S. 201.

⁶⁵⁶ „Der 18. März“, in: RF, 18.3.1924.

⁶⁵⁷ Arkadi Maslow, Die zwei russischen Revolutionen des Jahres 1917. Beiträge zum Studium des Leninismus, insbesondere des Bandes 14 der Werke Lenins, Berlin 1925, S. 113, Anmerkung; vgl. Klaus Kinner, Marxistische deutsche Geschichtswissenschaft 1917 bis 1933. Geschichte und Politik im Kampf der KPD (=Akademie der Wissenschaften der DDR. Schriften des Zentralinstituts für Geschichte, Bd. 58), Berlin (Ost) 1982, S. 348 f.; ders., Die Lehren der Revolution, S. 268. Der sozialdemokratische Geschichtsschreiber Blos hatte in seiner Geschichte der 48er-Revolution die Erhebung der Münchener Bevölkerung gegen die Geliebte König Ludwigs I., Lola Montez, und dann auch gegen den König selbst im Februar und März 1848 als „Bierphilister-Revolution“ bezeichnet. Blos, Die deutsche Revolution, S. 70-72 (Zitat: 72); vgl. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1, S. 133-140, 385-397.

⁶⁵⁸ Paul Fröhlich/Rudolf Lindau/James Thomas, Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, Berlin 1928, S. 10, 16.

⁶⁵⁹ „Morgen März-Demonstration“, in: RF, 17.3.1926; „Kranzniederlegung an den Gräbern der Märzopfer“, in: ebd., 18.3.1926.

Märzfeiertags und teilweise verbunden mit dem Gedenken an die Opfer des Kapp-Putsches jeweils acht Kundgebungen ab.⁶⁶⁰

In ihrem Bericht vom Zug an die Gräber sprach die *Rote Fahne* von 30 000 Berliner Arbeitern, die teilgenommen hätten (laut *Berliner Volkszeitung* fanden sich „mehrere Tausend Kommunisten und Angehörige des Roten Frontkämpferbundes sowie Angehörige des Reichsbanners“ an den Gräbern ein; die *Vossische Zeitung* behauptete gar, der Friedhof habe am Vormittag den bisher stärksten Besuch überhaupt erlebt).⁶⁶¹ Den Friedhof der Märzgefallenen durften gemäß der *Roten Fahne* allerdings nur die Kranzträger betreten; an den Gräbern hielten laut diesem Bericht sowohl Frontkämpfer als auch Reichsbannerleute Wache. Unter den Demonstrationsteilnehmern hob das kommunistische Zentralorgan die Arbeitslosen besonders hervor, die in geschlossenen Gruppen marschiert seien und von denen sich einige ihre Stempelkarten an der Brust befestigt hätten.⁶⁶²

Drei Monate später wurde auf dem Friedhof in Friedrichsfelde das Revolutionsdenkmal der Kommunisten, das der Architekt Mies van der Rohe gestaltet hatte, eingeweiht. Zu besonderen Anlässen wurde in Zukunft an dem Denkmal das Freiligrath-Zitat: „Ich war – ich bin – ich werde sein“, mit dem Rosa Luxemburg ihren letzten Artikel in der *Roten Fahne* beschlossen hatte, angebracht. Wilhelm Pieck behauptete in seiner Rede zur Enthüllung des Denkmals, dass die „revolutionäre Arbeiterschaft“ 1919 (vergeblich) verlangt habe, dass Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und die Opfer des Januaraufstands wie alle Opfer der Revolution seit dem 9. November in Berlin vor ihnen „auf dem historischen Revolutionsfriedhof von 1848 im Friedrichshain“ beerdigt würden.⁶⁶³

Freiligrath-Gedenken

Der 18. März 1926 war zugleich der 50. Todestag des Revolutionsdichters Ferdinand Freiligrath. Das Stuttgarter Reichsbanner veranstaltete aus diesem Anlass an dem Grab des Dichters des Reichsbannerbundesliedes auf dem Friedhof in Cannstatt, nachdem es dort schon im Vorjahr im Rahmen der süddeutschen Reichsbannertage eine kurze Gedenkfeier

⁶⁶⁰ „Für die Märzgefallenen. Kundgebungen der KPD“, in: RF, 17.3. u. 18.3.1926; „Zum Gedächtnis der Märzgefallenen und der Opfer des Kapp-Putsches“, in: RF, 20.3.1926; „Märzgefallenen-Gedächtniskundgebungen“, in: ebd.

⁶⁶¹ „Der Tag der Märzgefallenen“, in: VZ, 18.3.1926, AA.

⁶⁶² „30 000 Berliner Arbeiter an den Gräbern der Märzkämpfer“, in: RF, 19.3.1926; „Die Gedächtnisfeier für die Märzgefallenen. Kommunistisches Gepräge“, in: BVZ, 19.3.1926, MA.

⁶⁶³ Vgl. Hoffmann, Berlin-Friedrichsfelde, S. 85; Heinz Voßke, Geschichte der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde, S. 149 f. (Zitat); Luxemburg, „Die Ordnung herrscht in Berlin“, in: RF, 14.1.1919.

abgehalten hatte, eine Feier, die sich erneut als abendlicher Fackelzug mit etwa 500 Fackelträgern gestaltete. Laut dem Bericht des *Vorwärts* war kein Vertreter der württembergischen Staatsregierung zu der Feier erschienen. Die Reichsregierung hatte im Laufe des Tages durch den Präsidenten des Landesfinanzamts Württemberg einen Kranz am Grabe niederlegen lassen. Weitere Kränze stammten vom sozialdemokratischen Parteivorstand, dem Stuttgarter Reichsbanner und der Demokratischen Jugend.⁶⁶⁴

In Berlin hielt die DDP im früheren Herrenhaus eine Freiligrath-Feier ab, bei der Gedichte rezitiert wurden und Pfarrer Ernst Bittlinger die Gedenkrede hielt. Freiligraths politisches Ziel war es nach den Ausführungen Bittlingers gewesen, dass sich Deutschland eine geachtete Stellung unter den anderen großen Nationen schaffe. Die Einigung aller deutschen Stämme und eine „Durchbildung des ganzen Volkes“ habe Freiligrath als Voraussetzung dafür angesehen. Das Ziel Freiligraths bleibe das der Demokraten: die politische Mündigkeit des Volkes, ohne welche die Deutschen weder ihre demokratischen Rechte schätzen lernen noch ihre Stellung in der Welt behaupten würden.⁶⁶⁵ Am 28. März folgte in Berlin noch eine weitere Freiligrath-Feier im Deutschen Theater, die vom Reichsbanner veranstaltet wurde und auf der unter anderem Gedichte des Geehrten sowie von Heine und Herwegh rezitiert wurden.⁶⁶⁶

Freiligraths und Herweghs Gedichte waren nach der 48er-Revolution in Deutschland bis zum Weltkrieg zweifellos nie in Vergessenheit geraten. Aber zum Bekanntheitsgrad des freiligrathschen Werkes am Ende des Ersten Weltkriegs trug der folgende Umstand bei: Im Jahr 1906, 30 Jahre nach dem Tod Freiligraths, war aufgrund des Auslaufens der Rechte sein Werk frei verfügbar geworden. Aus diesem Anlass erschienen zwischen 1905 und 1912 sechs Freiligrath-Werkausgaben.⁶⁶⁷ Der Sozialdemokrat Konrad Haenisch, der vor seiner Konversion zum nationalen Sozialisten zu Beginn des Weltkrieges ein linker Radikaler gewesen war, nahm 1910 den hundertsten Geburtstag Freiligraths zum Anlass, eine dünne

⁶⁶⁴ „Freiligrath-Feier in Stuttgart. Am Grabe des Dichters – Der Kranz der Reichsregierung – Boykott der württembergischen Regierung“, in: *Vorwärts*, 20.3.1926, MA; auch: „Freiligrath zum Gedächtnis. Ein Kranz der Reichsregierung“, in: ebd., 18.3.1926; „Am Grabe Freiligraths“, in: RB, 3 (1926), Nr. 7; „Reichsbannertage in Süddeutschland. Am Grabe Freiligraths“, in: ebd., 2 (1925), Nr. 7.

⁶⁶⁵ „Freiligrath-Feier der Demokraten. Der Freiheitsdichter und seine Ziele“, in: BT, 19.3.1926, MA.

⁶⁶⁶ „Freiligrath-Feier in Berlin“, in: RB, 3 (1926), Nr. 8; „Freiligrath-Feier“, in: VZ, 29.3.1926, AA.

⁶⁶⁷ Vgl. Winfried Ernst Hartkopf, Ferdinand Freiligrath. Ein Forschungsbericht, phil. Diss., Düsseldorf 1977, S. 8-14.

Broschüre „Wir sind die Kraft!“ mit einer Auswahl der wichtigsten politischen Gedichte Freiligraths zu veröffentlichen.⁶⁶⁸

Er begründete das damit, dass diese Gedichte sich in den umfangreichen Gesamtausgaben, die auch die unpolitischen Gedichte und das Übersetzungswerk Freiligraths enthielten, verlören und dass diese Ausgaben immer noch viel zu teuer seien, um wirklich die breiten Massen zu erreichen. In der Einleitung reklamierte Haenisch, wie das auch schon in dem titelgebenden Zitat „Wir sind die Kraft!“ anklang, Freiligrath für das „moderne Proletariat“; nicht dem deutschen Bürgertum, sondern dem Proletariat „gehöre“ der Dichter. Haenischs Auswahl erschien in fünf Auflagen bis 1929 in einer Gesamtauflage von 85 000 Exemplaren. Die ersten drei Auflagen erschienen bereits in den beiden Jahren 1910/11 und umfassten allein 60 000 Stück.

Enthalten waren in der Auswahl unter anderen die Gedichte: „Von unten auf“, „Die Republik“, „Trotz alledem!“, „Die Toten an die Lebenden“, „Wien“, „Blum“, „Die Revolution“ und „Abschiedsworte der ‚Neuen Rheinischen Zeitung‘“. Das Gedicht „Schwarz-Rot-Gold“ wurde bemerkenswerterweise erst in der fünften Auflage 1929 anstelle eines anderen aufgenommen, also erst nachdem das Reichsbanner dieses Gedicht 1924 zu seinem Bundeslied erklärt hatte. Enthalten waren damit – bis auf zunächst „Schwarz-Rot-Gold“ – alle Gedichte Freiligraths, die ab 1918 häufig zitiert worden sind.⁶⁶⁹

Es hat eine gewisse Ironie, dass die politischen Gedichte Freiligraths 1910 in einer Ausgabe für die Arbeiter von einem seit dem Weltkrieg weit rechtsstehenden Sozialdemokraten wie Haenisch herausgegeben worden waren. Denn auf was passte die Warnung Eduard Bernsteins von 1921 vor den in der Arbeiterbewegung fortlebenden revolutionären Schlagworten, die Wasser auf die Mühlen der Kommunisten seien, besser als auf die radikaleren Gedichte Freiligraths mit ihrem Pathos der Menschheitserlösung wie „Trotz alledem!“, „Die Toten an die Lebenden“ und „Die Revolution“, von denen Ersteres und Letzteres nicht zufällig von Liebknecht und Luxemburg nach der Niederschlagung des Januaraufstands in der *Rote Fahne* zitiert wurden? In den Erläuterungen zu den Gedichten in seiner Auswahl hatte Haenisch

⁶⁶⁸ Vgl. Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 1, S. 338.

⁶⁶⁹ „Wir sind die Kraft!“ Auswahl politischer und proletarischer Gedichte von Ferdinand Freiligrath mit biographischer Skizze und erläuterndem Nachwort von Konrad Haenisch, 5. Aufl., 81.–85. Tausend, Berlin 1929, S. 2, 11 f.; „Wir sind die Kraft!“, 4. Aufl., 61.–80. Tausend, Dortmund 1922, S. 16-18.

geurteilt, allein „Die Toten an die Lebenden“ würden Freiligrath „die Unsterblichkeit“ sichern, und die „Revolution“ als „grandioses Trotz- und Siegeslied“ bezeichnet.⁶⁷⁰

Nichts trug in der Arbeiterbewegung neben den Märzgefallenengräbern in Berlin und Wien so zum Fortleben der Revolutionserinnerung bei wie die Revolutionslyrik Freiligraths und Herweghs. Insofern hatte die Obrigkeit in Berlin vor dem Weltkrieg doch mit einer gewissen Instinktsicherheit gehandelt, als sie Jahr für Jahr am Märzgedenktag beim Zugang zum Friedrichshain die Kranzschleifen zensierte, auf denen häufig Zitate von Freiligrath, Herwegh und auch Heine abgedruckt waren. Daran erinnerte die Arbeiterpresse in der Weimarer Republik noch häufig mit Empörung.

Zum Todestag Freiligraths 1926 erschienen in der Arbeiter- und bürgerlichen Presse zahlreiche Gedenkartikel. Bruno Schönlink stellte im *Vorwärts* fest, dass die freiligrathschen Revolutionsgedichte nach wie vor „zündender, rebellischer und männlicher“ wirkten, als das, „was dem neuen Geschlecht seine Revolution an hinreißendem Schwung gab“. Freiligrath sei trotz seines Jubels über den Sieg gegen Frankreich 1870/71, darauf beharrte Schönlink, kein nationalistischer Dichter gewesen – auch Herwegh habe sich in einem Kriegsgedicht gegen das bonapartistische Frankreich gewandt – und sehr bald sei bei Freiligrath die Euphorie der Ernüchterung über das bismarcksche Deutschland gewichen, dem er ablehnend gegenübergestanden habe.⁶⁷¹

Dass Freiligrath, für den Menschlichkeit über dem Patriotismus gestanden habe, das Kaiserreich zumindest nicht als die Erfüllung seiner Ideale betrachtete, belegte Hermann Wendel im *Reichsbanner* mit einem Brief Freiligraths an Berthold Auerbach aus dem Jahr 1874.⁶⁷² Der *Vorwärts* widmete Freiligrath zahlreiche weitere Artikel, darunter einen, der auch in der *Berliner Volkszeitung* abgedruckt und in dem beschrieben wurde, wie Freiligrath

⁶⁷⁰ „Wir sind die Kraft!“, 1929, S. 59-62; vgl. Theodor Heuss, Ferdinand Freiligrath (1926), in: ders., Vor der Bücherwand. Skizzen zu Dichtern und Dichtung, hg. v. Friedrich Kaufmann/Hermann Leins, Berlin/Darmstadt/Wien 1961, S. 152-156, hier: 155.

⁶⁷¹ Bruno Schönlink, „Der Revolutionsdichter“, in: *Vorwärts*, 18.3.1926, MA; zwei Jahre später leicht gekürzt unter dem Titel: „O, steht gerüstet! Seid bereit! Dem Andenken Freiligraths“, in: SHVZ, 17.3.1928.

⁶⁷² Hermann Wendel, „Hurra, du Schwarz, du Rot, du Gold! Zu Ferdinand Freiligraths fünfzigstem Todestag“, in: RB, 3 (1926), Nr. 6. Dieser Brief wurde von Konrad Haenisch auch in der Einleitung zu seiner populären Zusammenstellung der freiligrathschen Revolutionsgedichte zitiert. „Wir sind die Kraft!“, 1929, S. 10 f. Das *Reichsbanner* erinnerte häufig an Freiligrath: Fritz Bischoff, „Ferdinand Freiligrath. Der Dichter des Bannerliedes“, in: ebd., 2 (1925), Nr. 4; „Freiligrath und Herwegh – die Sänger der Republik. Ein Vortragsangebot“, in: ebd., 3 (1926), Nr. 23, Gaubeilage Berlin-Brandenburg; Walter Ochilewski, „Ferdinand Freiligrath. Zu seinem Todestag am 18. März“, in: ebd., 4 (1927), Nr. 6; Ludwig Bäte, „Freiligrath. Eine Geschichte“, in: ebd., 5 (1928), Nr. 30.

auf einem Empfang bei Hofe Demokrat geworden sei.⁶⁷³ Dagegen begnügte sich die *Rote Fahne* mit dem Abdruck einer Würdigung Franz Mehrings, die dieser zum 30. Todestag des Dichters geschrieben hatte, und laut der in einer ganzen Anzahl von dessen Gedichten die Spuren des Geistes von Karl Marx nachweisbar waren.⁶⁷⁴ In der Zeitschrift *Die Weltbühne* feierte Robert Breuer Freiligrath und hob dabei zum einen hervor, dass der Dichter dem französischen Drang zur Rheingrenze feindlich gegenübergestanden habe, und behauptete zum andern, dass Freiligraths Dichtung dazu beigetragen habe, die regierenden Fürsten in Deutschland zu stürzen.⁶⁷⁵

In einem Artikel in der *Vossischen Zeitung* schrieb Herbert Eulenberg anders als der *Vorwärts* und das *Reichsbanner*, Freiligrath sei ausgesöhnt mit dem kaiserlichen Deutschland gestorben, sei zu Schwarz-Weiß-Rot übergegangen, während Herwegh, der ein Jahr vorher starb, bis zuletzt an Schwarz-Rot-Gold festgehalten und seinen Unmut über das neue Reich in bösen Versen kundgetan habe. Relativierend fügte Eulenberg hinzu, Freiligrath habe an seinem Lebensabend versucht, „des neuen Deutschland so froh zu werden, wie es ging“. Er erinnerte auch an die Stiftung, die das deutsche Volk Freiligrath kurz vor dem Krieg mit Frankreich gemacht und die die größte gewesen sei, die es jemals gemacht habe.⁶⁷⁶ Auf der rechten Seite des politischen Spektrums publizierten die *Deutsche Allgemeine Zeitung* und die *Deutsche Tageszeitung* Freiligrath-Gedenkartikel, die weniger auf dessen Rolle in der 48er-

⁶⁷³ Max Brie, „Wie Ferdinand Freiligrath Demokrat wurde“, in: *Vorwärts*, 18.3.1926, MA; „Wie Ferdinand Freiligrath Demokrat wurde“, in: *BVZ*, 18.3.1926, AA; auch: Wie Freiligrath Demokrat wurde, in: *Deutsche Republik*, 1 (1926/27), S. 677 f.; weitere Artikel in derselben Ausgabe des *Vorwärts*: „Ferdinand Freiligrath. Dem Sänger und Toten des 18. März“; „Freiligrath als sozialistischer Werber. Aus unveröffentlichten Briefen des Dichters“; Trude E. Schulz, „Freiligrath und seine Familie“; „Der Gerichtstag. Erinnerung an Ferdinand Freiligrath“; weiterer Artikel in der *Deutschen Republik*: Freiligraths „Schwarz-Rot-Gold“ von Robert Schuhmann komponiert, in: *Deutsche Republik*, 1 (1926/27), H. 4, S. 27; auch: Anna Blos, „Freiligrath und die Seinen“, in: *Volksfreund*, 18.3.1926.

⁶⁷⁴ Franz Mehring, „Ferdinand Freiligrath. Zum 50. Todestag (geschrieben anlässlich des 30. Todestages)“, in: *RF*, 18.3.1926; vgl. Mehring, *Ferdinand Freiligrath* (1906), in: ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. 10: Aufsätze zur deutschen Literatur von Klopstock bis Weerth, 3. Aufl., Berlin (Ost) 1977, S. 517-521. Gedichte von Freiligrath und Herwegh wurden auch zitiert in der kommunistischen Publikation von 1928 über die Revolution von 1918/19: *Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution*, S. 10, 16.

⁶⁷⁵ Robert Breuer, *Ferdinand Freiligrath*, in: *Die Weltbühne*, 22 (1926), I, S. 532-535, hier: 534 f.

⁶⁷⁶ Herbert Eulenberg, „Zu Freiligraths 50. Todestag“, in: *VZ*, 18.3.1926, MA. Die sozialdemokratische Zeitschrift *Die Glocke* hatte hingegen 1924 mit Sympathie vermerkt, Herwegh habe im Gegensatz zu vielen anderen keinen Frieden mit dem Bismarckreich gemacht. C. F. W. Behl, *Georg Herwegh. Zu seinem 50. Todestage*, in: *Die Glocke*, 10 (1924), S. 61; vgl. Fellrath, *Herwegh*, S. 44. Weitere Freiligrath-Gedenkartikel neben dem bereits erwähnten auch in der *Berliner Volkszeitung*: Ludwig Bergsträsser, „Leben ist Kampf! Zum Gedächtnis des fünfzigsten Todestages“, in: *BVZ*, 18.3.1926, MA; Max Brie, „Ferdinand Freiligrath vor dem Geschworenengericht“, in: ebd. Außerdem ohne Angabe des ursprünglichen Publikationsortes: Theodor Heuss, *Ferdinand Freiligrath* (1926), in: ders., *Vor der Bücherwand. Skizzen zu Dichtern und Dichtung*, hg. v. Friedrich Kaufmann u. Hermann Leins, Berlin/Darmstadt/Wien 1961, S. 152-156; zu Heuss' Verhältnis zu Freiligraths Lyrik siehe dessen Brief an Lulu von Strauß und Torney (23./24.9.1906), in: Theodor Heuss, *Stuttgarter Ausgabe, Briefe: 1892-1917*, S. 167. Zu Freiligrath vgl. Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution*, Bd. 1, S. 262-264, 484, Bd. 2, S. 585 f.

Revolution einging, sondern dessen sorgloses Dichterleben am Rhein in den Jahren vor seinem ersten Exil schilderten.⁶⁷⁷

Die *Germania* attestierte den Gedichten Freiligraths aus der Revolutionszeit andauernde politische Zündkraft; in ihnen sei „Hass“ gestaltet in einer aus Anschauung schöpferischen Sprache. Wie Körner als Dichter der Befreiungskriege lebe Freiligrath als Dichter von 1848 fort. Allerdings sah das Blatt in einem „Mangel an seelischer Tiefe und Feinheit“ die Voraussetzung für einen politischen Dichter, der zu so ungehemmter Sprache fähig war.⁶⁷⁸ Der Breite des Freiligrath-Gedenkens im Jubiläumsjahr 1926 entsprach, dass Gedichte von Freiligrath wie auch von Herwegh in Schulbüchern der Weimarer Republik bei der Darstellung der 48er-Revolution sowie im Gedenkbuch der Reichsregierung zum zehnten Verfassungstag 1929 zitiert wurden.⁶⁷⁹

Die Flaggendebatte 1926

Am 11. und 12. Mai 1926 spielte sich im Reichstag nach der Debatte in der Nationalversammlung am 2. Juli 1919 und der Reichstagsdebatte am 27. Juni 1921 auf eine Interpellation der Sozialdemokraten hin bereits die dritte größere Flaggendebatte der Weimarer Republik ab. Anlass war, so empfanden es zumindest die Sozialdemokraten, wie schon im Juni 1921 ein Vorstoß gegen die Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold. Reichspräsident von Hindenburg hatte in Abstimmung mit Reichskanzler Luther und Außenminister Stresemann nach einem Kabinettsbeschluss am 1. Mai am 5. Mai eine Flaggenverordnung erlassen, nach der die schwarz-weiß-rote Handelsflagge mit dem kleinen schwarz-rot-goldenen Obereck an deutschen diplomatischen Vertretungen in Übersee sowie Vertretungen an Orten in Europa, die von Seehandelsschiffen angelaufen wurden, neben den Reichsfarben geflaggt werden sollte. Über die Verordnung sollte der parteilose Reichskanzler Luther stürzen. An dem Tag der Debatte lagen Misstrauensanträge von der SPD und den Völkischen vor. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hatte auf das Bekanntwerden der Verordnung noch am Abend des 6. Mai mit Protestkundgebungen reagiert.⁶⁸⁰

⁶⁷⁷ Peter Hamecker, „Ferdinand Freiligrath. Zu seinem 50. Todestag (18. März)“, in: DAZ, 17.3.1926, AA; „Freiligrath und die ‚Krone zu Aßmannshausen‘“, in: ebd., 18.3.1926, AA; Hans Bretz-Bonn, „Ferdinand Freiligrath am Rhein. Zu Freiligraths 50. Todestag am 18. März“, in: DTZ, 18.3.1926, MA.

⁶⁷⁸ Wilhelm Schulte, „Schwarz-Rot-Gold. Zum 50. Todestag von Ferdinand Freiligrath am 18. März“, in: *Germania*, 18.3.1926.

⁶⁷⁹ Vgl. Doering, *Das sperrige Erbe*, S. 426 f.; *Deutsche Einheit, deutsche Freiheit*, S. 35, 39-42.

⁶⁸⁰ Vgl. Winkler, *Weimar*, S. 311 f.; Wolfram Pyta, *Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler*, München 2007, S. 510-513; zur Haltung von Hindenburg zu Schwarz-Rot-Gold vgl. auch Buchner, *Um nationale und republikanische Identität*, S. 125 f.

Im Reichstag sprach am 11. Mai zunächst der sozialdemokratische Abgeordnete Breitscheid. Er bezeichnete die Flaggenregelung in der Weimarer Verfassung als „bösen Kompromiss“, und seine Fraktion sei auch nicht geneigt, die Flaggenverordnung vom 11. April 1921 nachträglich zu verteidigen, die „sehr nahe an die Vereinbarkeit mit der Verfassung“ gegrenzt habe.⁶⁸¹ Breitscheid unterstrich die Wichtigkeit von Symbolfragen mit einem Beispiel aus der französischen Geschichte: Im Jahre 1874 sei in Frankreich die Restauration der Bourbonen einzig an der Flaggenfrage gescheitert. Der Prätendent, der Graf von Chambord, habe auf dem Lilienbanner bestanden, das Volk jedoch an der Trikolore festgehalten.⁶⁸²

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung interpretierte Breitscheid jeden Angriff auf Schwarz-Rot-Gold als einen Angriff auf die demokratische Republik. Diese Farben seien ein Symbol der Republik, der Freiheit und der Absicht der „Vereinigung der deutschen Stämme“ auch über die Staatsgrenzen des heutigen Deutschlands hinaus. Breitscheid bekannte sich auch zur roten Fahne als der Fahne des Sozialismus und wies zugleich darauf hin, dass „Millionen von Arbeitern“ im Reichsbanner für „ihr Schwarz-Rot-Gold“ einträten. Zum Schluss wandte er sich an Demokraten und Zentrum:

„Sie, meine Herren von den republikanischen Mittelparteien, singen vielleicht genauso wie die deutsche Burschenschaft nach den Karlsbader Beschlüssen voller Resignation:

„Das Band ist zerschnitten,
War Schwarz, Rot und Gold,
Und Gott hat es gelitten,
Wer weiß, was er gewollt?“

Diese Resignation besitzen wir nicht. Wir rufen trotzig mit Freiligrath: „Pulver ist schwarz, Blut ist rot, golden flackert die Flamme!“

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)“⁶⁸³

Für die DVP begrüßte der Abgeordnete Heinrich Schnee, der Vorsitzende des Vereins der Auslandsdeutschen, die Flaggenverordnung und erklärte, die übergroße Mehrheit der Auslandsdeutschen halte an Schwarz-Weiß-Rot fest.⁶⁸⁴ Der kommunistische Redner Walter Stoecker beklagte, dass „in dieser schwarz-rot-goldenen Republik“ fast tausend Kommunisten in Gefängnissen und Zuchthäusern schmachteten. Er erinnerte an die Französische Revolution

⁶⁸¹ Vgl. Jasper, Der Schutz der Republik, S. 242; Buchner, Um nationale und republikanische Identität, S. 87, 363.

⁶⁸² Vgl. Sieburg, Geschichte Frankreichs, S. 345 f.

⁶⁸³ Verhandlungen des Reichstags, Bd. 390, S. 7156-7161. Bei dem vom Breitscheid zitierten Burschenschaftslied handelt es sich um August Daniel Freiherr von Binzers „Wir hatten gebauet ...“ aus dem Jahre 1819. Abgedruckt in Klein (Hg.), Der Vorkampf deutscher Einheit und Freiheit, S. 28 f.

⁶⁸⁴ Verhandlungen des Reichstags, Bd. 390, S. 7171-7174.

von 1789, die mit dem Lilienbanner der Bourbonen rücksichtslos aufgeräumt habe, und attackierte wie Breitscheid die Demokraten, indem er einen Spruch aus dem Jahre 1848 abwandelte:

„Zweiunddreißig Demokraten,
Arme Republik, du bist verraten!“⁶⁸⁵

Obschon DDP und Zentrum im Kabinett vertreten waren, billigten sie die mit ihren Fraktionen nicht abgestimmte Verordnung des Reichspräsidenten *nicht*.⁶⁸⁶ Erich Koch-Weser, der Partei- und Fraktionsvorsitzende der DDP, bezeichnete am zweiten Tag der Debatte Schwarz-Rot-Gold als „unsere historischen Freiheitsfarben“. Zudem habe die DDP unter dieser Fahne sechs Jahre lang gekämpft und gelitten. Reichsaußenminister Rathenau sei für diese Fahne und unter diese Fahne gefallen. Insbesondere die Anhänger der Demokraten seien von der Rechten wegen der Flagging von Schwarz-Rot-Gold massenhaft wirtschaftlich boykottiert und sozial geächtet worden.⁶⁸⁷ Der Völkische Albrecht von Graefe bezeichnete die Reichsfarben, „diese unglückseligen Farben“, als „die Symbole der drei Internationalen“.⁶⁸⁸

Als weiterer Redner für die Sozialdemokraten sprach David. Noch stärker als im Juni 1921 betonte er, dass die Einigung auf die schwarz-rot-goldenen Reichsfarben 1919 aus Sicht der Sozialdemokraten ein Kompromiss war, dass Schwarz-Rot-Gold den Arbeitermassen zunächst fremd gewesen sei:

„Denn unsere Fahne war rot gewesen, und Schwarz-Rot-Gold war den Arbeitermassen ganz fremd. Sie ehrten es zwar, weil die Märzgefallenen unter diesen Farben gefallen sind. Auch als kleine Trupps von Demokraten hier in Berlin in der Revolution sich uns mit schwarz-rot-goldenen Fahnen öffentlich anschlossen, wurden diese Farben gern gesehen. Aber die Farbe der Arbeitermassen war das nicht, deren Farbe war rot, und das ist ja auch unsere Parteifahne geblieben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)“⁶⁸⁹

Nachdem sich in der Revolution im November 1918 zunächst Rot durchgesetzt habe, sei es eine „psychologische Unmöglichkeit“ gewesen, in der Weimarer Nationalversammlung eine

⁶⁸⁵ Ebd., S. 7178-7180.

⁶⁸⁶ Vgl. Friedel, Die politische Symbolik, S. 72-74; Schneider, Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik, S. 91.

⁶⁸⁷ Verhandlungen des Reichstags, Bd. 390, S. 7194-7196.

⁶⁸⁸ Ebd., S. 7200.

⁶⁸⁹ Vgl. Zechlin, Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot, S. 6.

Rückkehr zu Schwarz-Weiß-Rot zu beschließen.⁶⁹⁰ Zur Rechtfertigung der damaligen Entscheidung für Schwarz-Rot-Gold zitierte David auch den Artikel des Völkischen Reinhold Wulle vom 16. November 1918, in dem dieser sich nach der deutschösterreichischen Anschlussklärung für diese Farben als Symbol der „Einheit des deutschen Volkes“ ausgesprochen hatte.⁶⁹¹ David bekannte sich ausdrücklich zu Schwarz-Rot-Gold als großdeutschem politischen Programm:

„Österreich ist aus dem Reich hinausgedrängt worden unter dem Farbensymbol Schwarz-Weiß-Rot, und wir wollen Österreich wieder hereinholen unter dem Farbensymbol Schwarz-Rot-Gold.“

Die historische Schilderung der Rolle von Schwarz-Rot-Gold im Revolutionsjahr 1848 fiel bei David etwas knapper aus als noch 1921. Anders als 1921 erwähnte er, dass der Beschluss des Deutschen Bundestages vom 9. März 1848, Schwarz-Rot-Gold zum Wappen des Deutschen Bundes zu machen, am 31. Juli von der Paulskirche bestätigt worden sei. Er erwähnte diesmal auch, dass die preußische Armee 1848 schwarz-rot-goldene Kokarden getragen habe.⁶⁹²

Ähnlich wie am Tag zuvor schon Breitscheid bezeichnete es David als Fehler, dass man 1919 dem Argument von der angeblichen mangelnden Sichtigkeit von Schwarz-Rot-Gold auf See nachgegeben habe, und auch die Verordnung vom 11. April 1921 sei eine „weitere Nachgiebigkeit“ gewesen. Reichspräsident Ebert sei seine Versöhnlichkeit, die in der Verordnung vom 11. April 1921 zum Ausdruck gekommen sei, schlecht gelohnt worden. Danach seien Erzberger und Rathenau von Jünglingen, die sich mit Schwarz-Weiß-Rot geschmückt hätten, ermordet worden, und Ebert sei aufgrund der infamen Hetze aus dem gleichen Lager allzu früh verstorben.

Als bei den Trauerfeiern für Ebert die Millionen den Blick auf die umflorten schwarz-rot-goldenen Farben gerichtet hätten, hätten sich „Trauer und Zorn“ im Zeichen dieser Farben im Herzen von Millionen vermählt. Zu den Märtyrern dieser Farben im vorigen Jahrhundert seien die neuen Märtyrer der Republik getreten. Damit sei „ein neues, inneres Verhältnis“ der

⁶⁹⁰ So auch: Stampfer, „Die deutsche Republik“, in: RB, 1 (1924), Nr. 3; auch im Rückblick: ders., Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik, 3. Aufl., Hamburg 1953, S. 480; dazu auch: Theodor Eschenburg, Nationalstaat und Nationalfahne, in: Deutsche Stimmen, 39 (1927), S. 545-550, hier: S. 546 f.

⁶⁹¹ Dieser Artikel war in den Jahren zuvor bereits zweimal von Sozialdemokraten in Reichstagsdebatten herangezogen worden: am 30. Oktober 1920 und 17. Dezember 1921. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 345, S. 931, 938; Bd. 352, S. 5345, 5350.

⁶⁹² David sprach laut Protokoll irrtümlich vom „31. Juni“ statt vom „31. Juli“ 1848. Vgl. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1, S. 453, Bd. 2, S. 130.

Arbeitermassen zu Schwarz-Rot-Gold entstanden. Abschließend warnte David, er sei davon überzeugt, dass die monarchistische Gefahr in Deutschland noch nicht überwunden sei.⁶⁹³

Diese Ausführungen Davids machten noch einmal wie schon der gesamte Verlauf der Flaggendebatte seit 1918 deutlich, dass es auf sozialdemokratischer Seite 1918/19 zwei Motive für den Flaggenwechsel gegeben hatte: den symbolischen Bruch mit dem Kaiserreich und den großdeutschen Gedanken, wobei im Hinblick auf die eigene Anhängerschaft der Bruch mit dem Kaiserreich das ausschlaggebende Motiv war.⁶⁹⁴ Deshalb war es eine – allerdings auf lange Sicht recht erfolgreiche – historische Legendenbildung, wenn der aus dem mährischen Brünn stammende Chefredakteur des *Vorwärts*, Stampfer, im November 1924 in Berlin auf der Trauerfeier für den glühenden Anschlussbefürworter und deutschösterreichischen Gesandten in Berlin in den Jahren 1918 bis 1920, Hartmann, behauptete, auf dessen „Rat“ hin seien 1919 in Weimar „die alten großdeutschen Farben Schwarz-Rot-Gold“ als Farben der neuen Republik bestimmt worden. Die Tatsache, dass die Äußerung Stampfers im *Berliner Tageblatt* mitgeteilt wurde, deutet darauf hin, dass diese Legende aus Sicht der für Schwarz-Rot-Gold eintretenden Demokraten den ausschlaggebenden Anteil der reichsdeutschen Sozialdemokraten und deren innenpolitische Motive beim Flaggenwechsel 1918/19 zumindest relativieren sollte.⁶⁹⁵

Diese Behauptung Stampfers tauchte in ähnlicher Form, ohne dass jedoch Hartmanns Name genannt wurde, 1926 in der ersten Denkschrift der Ortsgruppe Wien des Österreichisch-Deutschen Volksbundes auf.⁶⁹⁶ Außerdem fand sie Eingang in den Band des Mitarbeiters der

⁶⁹³ Verhandlungen des Reichstags, Bd. 390, S. 7206-7208, 7211. Siehe auch die Wortmeldung von Hermann Müller am 19. Mai. Ebd., S. 7322.

⁶⁹⁴ Vgl. Valentin/Neubecker, Die deutschen Farben, S. 64.

⁶⁹⁵ „Die Trauerfeier für Ludo Hartmann. Die Wahlparole der Deutschösterreicher im Reiche“, in: BT, 21.11.1924, MA; mit ähnlicher Tendenz wie Stampfer auch Theodor Wolff: T. W., „Die Fahne“, in: BT, 10.5.1925, MA. Dagegen sprach Stampfer im Zentralorgan des Österreichisch-Deutschen Volksbundes aus Anlass des Todes von Hartmann lediglich davon, dass in Weimar *mit* auf Hartmanns Anregung beschlossen worden sei, „die alten Farben von 1848 als Symbol der Einheit und Freiheit über ganz Großdeutschland wehen zu lassen“. Friedrich Stampfer, Zum Tode von Ludo Hartmann, in: Österreich-Deutschland, 1 (1924), Nr. 12, S. 2-5, hier: 5. Gustav Stolper, der Hartmann nahestand und selbst für den Anschluss engagiert war, erhob in seinem Nachruf die Behauptung von der angeblich ausschlaggebenden Rolle Hartmanns bei der Entscheidung für Schwarz-Rot-Gold *nicht*. Gustav Stolper, Ludo Hartmann, in: VZ, 20.11.1924, AA. Freilich hatte die Legende einen nachweisbaren historischen Anknüpfungspunkt: In der Flaggendebatte im Verfassungsausschuss am 3. Juni 1919, als anschließend die Mehrheit der demokratischen Ausschussmitglieder mit den Sozialdemokraten und einem Zentrumsabgeordneten für die Beibehaltung von Schwarz-Rot-Gold im Verfassungsentwurf stimmte, war Hartmann Preuß und dem Sozialdemokraten Katzenstein, die für Schwarz-Rot-Gold eintraten, mit – historisch allerdings fragwürdigen und in der Debatte vermutlich eher kontraproduktiven – Ausführungen „beigesprungen“. Vgl. Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 336, S. 402-405.

⁶⁹⁶ Warum fordern wir den Anschluss? Erste Denkschrift des Österreichisch-Deutschen Volksbundes – Wien, Wien 1926, S. 5.

Reichszentrale für Heimatdienst, Wilhelm Ziegler, über die Weimarer Nationalversammlung und ihr Verfassungswerk aus dem Jahre 1932.⁶⁹⁷ Von deutschnationaler Seite griff Friedrich Everling seit 1926 diese Behauptung in seinen Wortmeldungen zum Flaggenstreit mehrfach auf und hob mit antisemitischer Spitze darauf ab, dass die beiden angeblich ausschlaggebenden Akteure beim Flaggenwechsel, Hartmann und Preuß, jüdischer Herkunft waren.⁶⁹⁸ Nach dem Zweiten Weltkrieg fand die Erzählung, Preuß habe auf das Votum von Hartmann hin Schwarz-Rot-Gold als Reichsfarben in seinen Verfassungsentwurf aufgenommen, Eingang in die geschichtswissenschaftliche Literatur.⁶⁹⁹

Es ist jedoch vollständig unplausibel anzunehmen, dass die Sozialdemokraten und ihre Koalitionspartner Zentrum und DDP diese Entscheidung im Februar 1919 allein dem Autor des Verfassungsentwurfs, Innenminister Hugo Preuß, überlassen haben. In der gleichfalls auch hoch symbolischen Frage der Aufnahme der Grundrechte in die Verfassung bestand Ebert gegenüber Preuß auf deren Aufnahme und setzte sich damit gegenüber dem widerstrebenden Preuß durch. Zudem waren die schwarz-rot-goldenen Farben bereits seit der Revolution am 9. November 1918 Thema der öffentlichen Diskussion gewesen. Der sozialdemokratische *Vorwärts* hat diese Farben schon am 17. November, nur eine gute Woche nach dem Sturz der Hohenzollern, erstmals zum Thema gemacht und dann erneut am Tag vor den Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung.⁷⁰⁰

⁶⁹⁷ Ziegler beruft sich dabei als Quelle auf einen *Vorwärts*-Artikel von Eduard David vom 11.8.1924, der sich in der Zeitung unter diesem Datum *nicht* finden ließ. Vgl. Wilhelm Ziegler, *Die deutsche Nationalversammlung 1919/1920 und ihr Verfassungswerk*, Berlin 1932, 107, 145; auch: Ulrich Salingré, „‘Die Reichsfarben sind Schwarz-Rot-Gold’. Wie der Artikel 3 der Reichsverfassung entstand“, in: *VZ*, 19.2.1929, MA. Hingegen wusste Eberhard Kurtze 1931 *nichts* von einer Einflussnahme Hartmanns auf die Aufnahme von Schwarz-Rot-Gold in den Verfassungsentwurf der Reichsregierung. Vgl. Kurtze, *Die Nachwirkungen der Paulskirche*, S. 49.

⁶⁹⁸ Friedrich Everling, „Flaggenwechsel und Einheitsflagge“, in: *NPZ*, 15.10.1926, MA; ders., „Dreiflaggenkampf und Zweiflaggenkompromiss“, in: ebd., 16.10.1926, MA; ders., *Die Flaggenfrage*, S. 21; ders., *Monarchische Frage und Flaggenfrage*, in: Max Weiß (Hg.), *Der nationale Wille. Werden und Wirken der Deutschnationalen Volkspartei 1918–1928*, Essen 1928, S. 154–166, hier: 162.

⁶⁹⁹ Preuß selbst hatte 1921 hingegen – ohne eine Einflussnahme Hartmanns zu erwähnen – geschrieben: „In der richtigen Erkenntnis des vereinigenden Prinzips der Neugestaltung forderte die Sozialdemokratie für das neue Reich nicht die rote Fahne ihrer Partei, sondern Schwarz-Rot-Gold, die überlieferten Farben der großdeutschen Demokratie.“ Preuß, *Bergbriefe* (1921), in: ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. 4, S. 194–211, hier: 205; vgl. Wentzcke, *Die deutschen Farben*, 1955, S. 144, 147. Karl Rohe beruft sich dabei auf eine Mitteilung von Wilhelm Nowack, dem Hugo Preuß das anlässlich einer Ausgabe der Weimarer Reichsverfassung durch Nowack mündlich mitgeteilt habe. Vgl. Rohe, *Das Reichsbanner*, S. 237; außerdem: Suval, *The Anschluss Question*, S. 25; Schustereit, *Linksliberalismus und Sozialdemokratie*, S. 116; Erdmann, *Die Spur Österreichs*, S. 75 f.; Ruppert, *Der Nationalismus der systemstabilisierenden Parteien*, S. 205, FN 72; Buchner, *Um nationale und republikanische Identität*, S. 77.

⁷⁰⁰ Dieses frühe Eintreten des sozialdemokratischen Zentralorgans für die schwarz-rot-goldene Fahne in der Revolution 1918/19 wird häufig übersehen. Vgl. Buchner, *Um nationale und republikanische Identität*, S. 72; Wentzcke, *Die deutschen Farben*, 1955, S. 144.

Der deutschnationale Partei- und Fraktionsvorsitzende Graf von Westarp warf in der Reichstagsdebatte am 12. Mai 1926 im Anschluss an David dem Reichsbanner vor, es kämpfe unter Schwarz-Rot-Gold in Wirklichkeit für die rote Fahne. Er erklärte den Flaggenstreit zu einem Symptom, hinter dem sich ein tiefer Gegensatz zwischen dem Machtwillen des Reichsbanners und den „Anschauungen und Idealen“ verberge. Selbst wenn der Flaggenstreit aus der Welt geschafft würde, würde sich an dem Gegensatz dadurch nichts ändern.⁷⁰¹ Die Parteien der Rechten hielten den Sozialdemokraten ab 1926 wiederholt im Reichstag ihre Bekenntnisse zur roten Fahne vor. Tatsächlich stellten die Sozialdemokraten im Reichstagswahlkampf 1928 gegen den regierenden Bürgerblock stark die rote Fahne in den Vordergrund.⁷⁰²

In den Debatten zur Frage der Fürstenenteignung, die 1926 im Reichstag im zeitlichen Umfeld des neuerlichen Flaggenstreits im April und Juni stattfanden, spielte die Erinnerung an die 48er-Revolution keine besondere Rolle. Im Mittelpunkt der historischen Argumentation der Kommunisten und Sozialdemokraten standen Kaiser Wilhelm II. und die Enteignung des Vermögens des Welfenkönigs nach dem Krieg 1866 durch Bismarck. Der Sozialdemokrat Alwin Saenger sprach in seiner Rede am 29. April, in der er die Hausmachtpolitik der deutschen Fürsten für die Verspätung der deutschen Nation verantwortlich machte, allerdings vom „lächerlichen, verrückten Spiel Friedrich Wilhelms IV.“, der 1849

„die Krone des Volkes zurückschob, weil er sich einbildete, durch besondere Fäden mit dem lieben Gott verbunden zu sein, ein Gedanke, den dann seine Majestät Wilhelm II. ja wiederum aufgegriffen hat.“⁷⁰³

⁷⁰¹ Verhandlungen des Reichstags, Bd. 390, S. 7213. Einige Monate später deutete Berthold von Deimling den Flaggenstreit auf einer Reichsbannerveranstaltung ähnlich wie Graf von Westarp als einen Kampf zweier Weltanschauungen. Vgl. Buchner, Um nationale und republikanische Identität, S. 117, auch: 122. Auch Friedrich Everling erklärte in der Publikation der Deutschnationalen Volkspartei zu ihrem zehnten Gründungsjubiläum 1928 den Flaggenstreit zum Symbol des Kampfes zwischen Republik und Monarchie. Vgl. Everling, Monarchische Frage und Flaggenfrage, S. 163.

⁷⁰² So am 10. November 1926, 17. Juni 1929 und 13. März 1930. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 391, S. 8025; Bd. 424, S. 2547; Bd. 427, S. 4460; vgl. Buchner, Um nationale und republikanische Identität, S. 98, 127, 279 f., 297.

⁷⁰³ Verhandlungen des Reichstags, Bd. 390, S. 6938; vgl. David E. Barclay, Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen: Gottesgnadentum in einem revolutionären Zeitalter, in: Freitag (Hg.), Die Achtundvierziger, S. 290-302, hier: 294, 299 f.

Schriften zur Flaggenfrage

Ausführlicher als in den Reichstagsdebatten 1921 und 1926 erzählte Eduard David die Geschichte von Schwarz-Rot-Gold in seinem Bändchen „Um die Fahne der Deutschen Republik. Ihre Bedeutung in Geschichte und Gegenwart“, das 1926 in gänzlich neu bearbeiteter Auflage erschien. Wie schon in der Reichstagsdebatte im Juni 1921 behauptete er in der Broschüre gleich eingangs, die Farben Schwarz-Rot-Gold stammten aus dem alten deutschen Reichspanier. Davids historische Schilderung setzte mit der Bemerkung ein, die Fürsten hätten über Jahrhunderte hinweg die Reichszentralgewalt zugunsten ihrer souveränen Landesherrlichkeit geschwächt. Die Wende kam mit der Französischen Revolution, denn diese hat „auch in Deutschland den demokratischen und nationalen Gedanken entzündet“. Es folgte eine Erzählung der Befreiungskriege, wobei David hervorhob, es sei nicht nur um Freiheit von Fremdherrschaft, sondern auch um innenpolitische Freiheit gegangen, des Vormärz, hier erwähnte er die Verfolgung von Turnvater Jahn 1819, weil der „die höchst gefährliche Lehre von der Einheit Deutschlands aufgebracht habe“, und der 48er-Revolution, die von ihm als „schwarz-rot-goldener Freiheitsrausch“ titulierte wurde.⁷⁰⁴

Wie schon die *Kreuzzeitung* 1919 berief David sich auf Heinrich Laubes Erzählung von dessen Fahrt zum Vorparlament 1848, ohne sich aber wie die *Kreuzzeitung* Laubes Kritik am damaligen Volk, dem die Freiheit über der Einheit gestanden habe, anzuschließen. Was Laube kritisierte, zitierte er affirmativ:

„Um diese Freiheit allein wurde revolutioniert von den unteren Klassen. [...] Freiheit und Gleichheit, womöglich republikanische, ward die revolutionäre Losung; Freiheit und Einheit, womöglich monarchisch, ward die Reformlosung.“

David erzählte von der Entscheidung des Bundestags am 9. März 1848, Schwarz-Rot-Gold zur Bundesfahne zu erheben, und davon, dass Friedrich Wilhelm IV. sie sich am 21. März zu eigen gemacht habe. Am 13. März habe die Fahne auf dem Stephansdom in Wien, am 19. März auf dem Kölner Dom und am 20. März auf allen Berliner Staatsgebäuden geweht.⁷⁰⁵ In diesem Zusammenhang zitierte David Freiligraths damals entstandenes Gedicht „Schwarz-Rot-Gold“, welches das Bundeslied des Reichsbanners war und auch häufig im *Vorwärts*

⁷⁰⁴ David, Um die Fahne der Deutschen Republik. Ihre Bedeutung in Geschichte und Gegenwart, gänzlich neu bearb. Aufl., Hannover 1926, S. 8-17.

⁷⁰⁵ Das Gedenkbuch der Reichsregierung zum zehnten Verfassungstag 1929 zeigte jeweils ein Bild des Stephansdoms und des Kölner Doms mit schwarz-rot-goldener Fahne im Jahre 1848. Deutsche Einheit, deutsche Freiheit, S. 56.

wiedergegeben wurde.⁷⁰⁶ Ein Argument, das er selbst in der Flaggendebatte im Reichstag am 12. Mai 1926 verwendet hatte und andere Verteidiger von Schwarz-Rot-Gold gebrauchten, nannte David *nicht*: die Tatsache, dass sich 1848 in der Paulskirche keine einzige Stimme gegen diese Farben erhoben hatte.⁷⁰⁷ Abschließend verteidigte er den Flaggenwechsel von 1918/19 mit den Argumenten, welche die Sozialdemokraten schon 1919 und 1921 angeführt hatten.⁷⁰⁸ Während Davids Debattenbeiträge im Reichstag 1921 und 1925 darauf zielten, das Zentrum und die DDP auf den Flaggenkompromiss von 1919 zu verpflichten, war die Broschüre mehr an die eigenen Anhänger gerichtet – darauf deuten die Erwähnung der Französischen Revolution und die Schilderung des Revolutionsjahrs 1848 hin.

Die wichtigste gegen Schwarz-Rot-Gold gerichtete Publikation war die ausführliche Studie von Paul Wentzcke „Die deutschen Farben“ von 1927. Wentzcke war Mitglied der DVP und hat später erklärt, seine Arbeit zur Flaggenfrage sei auf den ausdrücklichen Wunsch der damaligen Reichsregierung entstanden (diese Bemerkung ließ offen, welche Reichsregierung genau gemeint war, angesichts des Umfangs der Studie dürfte es sich aber um eine Regierungskoalition aus Zentrum, DVP und DDP gehandelt haben, die vom 26. Oktober 1925 bis zum 29. Januar 1927 die Reichsregierungen bildeten).⁷⁰⁹

Abgesehen davon, dass Wentzcke, wie auch die zumindest halboffizielle Publikation ebenfalls mit dem Titel „Die deutschen Farben“ aus dem Jahre 1929 von Veit Valentin und Otfried Neubecker, die Legende zurückwies, Schwarz-Rot-Gold seien die Farben des Alten Reiches gewesen, brachte Wentzcke drei Hauptargumente gegen diese Fahne vor.⁷¹⁰ Erstens

⁷⁰⁶ David, Um die Fahne, 1926, S. 17-20; Alwin Rudolph, „Schwarz-Rot-Gold“, in: Vorwärts, 5.10.1921, AA; Ferdinand Freiligrath, „Schwarz-Rot-Gold“, in: Vorwärts, 11.8.1922, AA; auch in: Volksfreund, 11.8.1922, in: SHVZ, 8.8.1924, und in: LVZ, 9.8.1924.

⁷⁰⁷ Vgl. Wilhelm Erman, Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot (=Die Paulskirche. Eine Schriftenfolge, Bd. 13), Frankfurt a. M. 1924, S. 23; KAJ, „Die deutschen Farben“, in: FZ, 23.5.1926, 1. MB. Sozialdemokratische Zeitungen schrieben 1929 in einem Artikel über Schwarz-Rot-Gold spöttelnd, dass die Paulskirche, anstatt diese Farben einfach als Reichsfahne einzuführen, zunächst einen Ausschuss zur Klärung „der Frage der alten Reichsabzeichen“ eingesetzt habe. „Die Fahne der Republik“, in: SHVZ, 9.8.1929, und nahezu identisch in: Volksfreund, 10.8.1929.

⁷⁰⁸ David, Um die Fahne, 1926, S. 27-29.

⁷⁰⁹ Vgl. Schleier, Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung, S. 26; Wentzcke, Die deutschen Farben, 1955, S. 154, FN 22; Hagen Schulze, Weimar. Deutschland 1917–1933 (=Die Deutschen und ihre Nation, Bd. 4), Berlin 1982, S. 466 f.

⁷¹⁰ Vgl. Paul Wentzcke, Die deutschen Farben. Ihre Entwicklung und Deutung sowie ihre Stellung in der deutschen Geschichte, Heidelberg 1927, S. 10 f.; Veit Valentin/Otfried Neubecker, Die deutschen Farben. Mit einem Geleitwort von Reichskunstwart Edwin Redslob, Leipzig 1929, S. 12. Das Buch von Valentin und Neubecker wurde von Reichsinnenminister Severing mit Mitteln aus dem „Fonds zum Schutz der Republik“ finanziert und war mit einem Geleitwort von Reichskunstwart Edwin Redslob versehen. Vgl. Jasper, Der Schutz der Republik, S. 256 f. Die Zurückweisung der Behauptung des Ursprungs von Schwarz-Rot-Gold im Alten Reich auch bei: Erman, Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot, S. 8-10; Veit Valentin, „Die Flaggenfrage“, in: BT, 11.5.1926, AA; KAJ, „Die deutschen Farben“, in: FZ, 23.5.1926, 1. MB.

sei durch den zwischen Hambacher Fest und 48er-Revolution starken westlichen Einfluss auf die in ihrem Zeichen stehende Bewegung ihr nationaler Charakter fragwürdig und sie zunehmend zum Symbol „weltbürgerlicher Staatsauffassung“ geworden.⁷¹¹

Nationalfahnen setzten sich zweitens stets nur durch „kriegerische Unternehmungen“ durch.⁷¹² Zwar gestand Wentzcke zu, auch Schwarz-Rot-Gold sei im Feldlager, nämlich in den Befreiungskriegen, entstanden, doch niemals hätten diese Farben als „Fahne eines siegreichen Heeres die Weltgeltung des deutschen Staates gedeckt“. Auf die Drohung Großbritanniens von 1849 anspielend, Schiffe unter schwarz-rot-goldener Fahne wie Piraten zu behandeln, schrieb Wentzcke, die 48er-Revolution habe kurz vor ihrem Ende zu „einer kläglichen Niederlage“, einer „ungesühnten Beschimpfung der ‚deutschen Farben‘“ geführt. Anschließend habe die „deutsche Fahne“ 1849 noch in der deutschen Legion im Heer der ungarischen Rebellen geweht, die unter Kossuths Führung gegen den österreichischen Gesamtstaat und die „deutsche Bevormundung“ gekämpft hätten.⁷¹³

Schließlich betonte Wentzcke drittens den antimonarchischen Charakter, den Schwarz-Rot-Gold auf dem Hambacher Fest und in der 48er-Revolution angenommen habe. Johann Georg Wirth habe in Hambach die Beseitigung der deutschen Fürstenthronen als „das dringendste Bedürfnis“ des Jahrhunderts bezeichnet und Freiligraths „Schwarz-Rot-Gold“ habe in den Märztagen 1848 den Prinzen Wilhelm von Preußen auf dem Wege in die Verbannung begleitet. Als den entscheidenden Grund dafür, dass der Norddeutsche Bund 1866 *nicht* die schwarz-rot-goldene Fahne als Symbol wählte, nannte Wentzcke die Abneigung des

⁷¹¹ Wentzcke, *Die deutschen Farben*, 1927, S. 161, 166 (Zitat), 169, 178, 222. Auch Ricarda Huch kam zu dem Urteil: Der „Freiheitssinn“ im deutschen Westen habe sich 1848 auf „Schlagworte“ aus Frankreich gestützt. Huch, 1848, S. 337, auch: 342. Wilhelm Erman schrieb in der *Vossischen Zeitung* im November 1924 in einem Beitrag, in dem er den Flaggenkompromiss der Weimarer Nationalversammlung verteidigte, dazu: „Von Haus aus nicht Parteifarbe, sondern Gemeingut aller deutschen Patrioten, ist es [Schwarz-Rot-Gold, D.B.] zeitweise seit 1830 auch der Ausdruck revolutionärer Tendenzen gewesen, zu Zeiten, in denen die Anhänger des Einheitsstrebens an der Erreichung ihres hohen Ziels auf gesetzlichem Wege verzweifelten.“ Erman, „Schwarz-Rot-Gold in der Geschichte“, in: VZ, 19.11.1924, MA. Vgl. Valentin, *Geschichte der Deutschen Revolution*, Bd. 2, S. 549; Stadelmann, *Soziale und politische Geschichte*, S. 102; Griewank, *Ursachen und Folgen*, S. 74 f. Im Nationalsozialismus fand der Vorwurf, die Parolen der 48er-Revolution und die Paulskirchenverfassung seien dem Westen abgeschaut, Eingang in die Schulgeschichtsbücher. Vgl. Doering, *Das sperrige Erbe*, S. 191, 438.

⁷¹² Dabei hätte sich Wentzcke auch auf Freiligrath, den Dichter des Bundesliedes des Reichsbanners, berufen können. In dem Gedicht „Schwarz-Rot-Gold“ heißt es an die Trikolore gewandt: „Zum Kampfe denn, zum Kampfe jetzt!// Der Kampf nur gibt die Weihe!“ Freiligraths Werke, Teil 2, S. 124.

⁷¹³ Wentzcke, *Die deutschen Farben*, 1927, S. 178 f., 183, 213, 220, 222.

preußischen Königs und seiner fürstlichen Bundesgenossen gegen „die Farben der Revolution und der Barrikaden“. ⁷¹⁴ Wentzckes abschließendes Urteil über diese Fahne lautete:

„Als Heerfahne der Barrikaden und des ohnmächtigen Kampfes gegen die staatliche Gewalt, die doch allein die deutsche Einheit gegen das missgünstige Ausland durchsetzen konnte, ward die ‚deutsche Trikolore‘ in den Staub gezogen“. ⁷¹⁵

Eine ähnliche Einschätzung wie Wentzcke vertrat der Historiker Adalbert Wahl, der 1925 in einem Aufsatz urteilte, 1848 habe der Radikalismus, der für die deutsche Einigung auf „französischem Wege“, nämlich die Republik, eingetreten sei, „wahre Orgien“ gefeiert. ⁷¹⁶

Auch Egmont Zechlin thematisierte in einer weiteren Schrift zur Flaggenfrage das wenig rühmliche Ende der ersten deutschen Flotte nach der 48er-Revolution, indem er an ihre Versteigerung erinnerte. Bismarck als preußischer Gesandter beim Deutschen Bundestag sei es gewesen, der verhindert habe, dass die schwarz-rot-goldenen Flaggen der Schiffe zusammen mit der Flotte versteigert wurden. ⁷¹⁷ An die Versteigerung der Flotte erinnerte wie schon in der Nationalversammlung 1919 auch der DVP-Politiker Wilhelm Kahl in einer Rundfunkrede zum Reichsgründungstag 1927, in der er die nationale Ohnmacht der Deutschen unmittelbar nach dem Scheitern der 48er-Revolution beklagte. Zwar hätten die Deutschen damals durch die Landesverfassungen Freiheitsrechte in Hülle und Fülle erhalten, doch mit Grundrechten baue man kein Reich.

„Nie war Deutschland in der Welt weniger geachtet, nie mehr ein Gegenstand der politischen Spekulation, ja des Hohnes [...] Eine deutsche Flotte wurde um Silberlinge verschachert. Was die Deutschen tun oder lassen würden, kam für die Weltpolitik überhaupt nicht in Betracht.“ ⁷¹⁸

Die Kriegsflotte der 48er-Revolution

Das Schicksal der Flotte der 48er-Revolution dürfte damals insbesondere auch deshalb in der Öffentlichkeit auf Interesse gestoßen sein, weil das Deutsche Reich nach dem Ersten Weltkrieg seine Kriegsflotte gemäß den Waffenstillstandsbedingungen an die Siegermächte

⁷¹⁴ Vgl. Zechlin, Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot, S. 32; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1, S. 453; Faulenbach, Ideologie des deutschen Weges, S. 208; Strupp, Erbe und Auftrag, S. 318; Hattenhauer, Deutsche Nationalsymbole, S. 42.

⁷¹⁵ Wentzcke, Die deutschen Farben, 1927, S. 165, 181, 193 (Zitat), 222 (Zitat).

⁷¹⁶ Wahl, Die Ideen von 1789, S. 122; vgl. Otto, Wandlung, Problemstellung und Urteilsbildung, S. 99.

⁷¹⁷ Vgl. Zechlin, Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot, S. 28.

⁷¹⁸ Die geschichtliche Bedeutung des 18. Januar. Rede des Geheimrats Prof. Dr. Kahl am 18. Januar 1927 im Rundfunk, in: Deutsche Stimmen, 39 (1927), S. 33-36, hier: 35. Ähnlich urteilte der Historiker Adalbert Wahl: „Jedem Einsichtigen musste von 1792 an klar sein, dass mit den Ideen von 1789 kein Staat zu regieren sei.“ Wahl, Die Ideen von 1789, S. 117 (Zitat), 124.

hatte ausliefern müssen.⁷¹⁹ Zudem waren die Kriegsmarine von 1848 und deren Versteigerung im Jahre 1852 vielen Deutschen aus dem Schulunterricht bekannt. Doering schreibt in seiner Studie über die Darstellung von 1848/49 in Schulgeschichtsbüchern des Kaiserreichs, der Weimarer Republik und des Dritten Reichs:

„Bemerkenswert ist die Hochschätzung der Lehrbücher für die Kriegsmarine. Als eines der größten Verdienste der Frankfurter Nationalversammlung gilt durch alle Epochen hindurch die Begründung einer deutschen Reichsflotte – ‚die erste in der Geschichte‘.“

Mit tiefer Genugtuung werde in den Lehrbüchern der einzige Sieg (freilich nicht errungen durch die deutsche Kriegsmarine, sondern eine Küstenbatterie) über die dänische Flotte 1848/49, die Schlacht bei Eckernförde, berichtet.⁷²⁰ Auch das Gedenkbuch der Reichsregierung zum zehnten Verfassungstag 1929 enthielt das Bildnis eines Kriegsschiffs der Flotte der 48er-Revolution.⁷²¹ Dagegen hatte der sozialdemokratische Historiker Wilhelm Bloß in seiner 1891 erstmals erschienenen populären Darstellung der deutschen 48er-Revolution geringschätzig von der „kläglichsten, deutschen Flotte“ gesprochen.⁷²²

Neben vereinzelt in der linksliberalen Presse war es vor allem das Publikationsorgan des Reichsbanners, das dem Vorwurf von rechts entgegenzutreten versuchte, Schwarz-Rot-Gold sei 1848 militärisch ruhmlos geblieben. Ein Artikel in der *Vossischen Zeitung* erinnerte im März 1925, als die Reichspräsidentenwahlen bevorstanden, an die „erste deutsche Kriegsflagge“:

„Erst dem Jahr 1848, das dem Sehnen der besten Deutschen nach einem einigen und starken Deutschland Erfüllung zu bringen schien, war es vorbehalten, die Flagge des Deutschen Reiches auf dem Meere wehen zu lassen.“

Deutschland habe damals bereits über die drittgrößte Handelsflotte verfügt, aber über kein einziges Kriegsschiff, um diese zu schützen. Die deutschen Regierungen und die Bevölkerung seien einig in der Absicht gewesen, so schnell wie möglich eine deutsche Flotte zu schaffen. Im Einzelnen schilderte der Autor dann die „Schlacht bei Eckernförde“ am 5. April 1849, als eine deutsche Küstenbatterie das beste dänische Kriegsschiff, das Linienschiff „Christian

⁷¹⁹ Vgl. Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution*, Bd. 1, S. 268.

⁷²⁰ Doering, *Das sperrige Erbe*, S. 312 f. (Zitat), 316 f.; zur Flotte der 48er-Revolution siehe: Günter Moltmann, *Die deutsche Flotte von 1848/49 im historisch-politischen Kontext*, in: Werner Rahn (Hg.), *Deutsche Marinen im Wandel der Zeit. Vom Symbol nationaler Einheit zum Instrument internationaler Sicherheit* (=Beiträge zur Militärgeschichte, hg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 63), München 2005, S. 63-80; Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution*, Bd. 1, S. 308.

⁷²¹ Vgl. *Deutsche Einheit, deutsche Freiheit*, S. 33.

⁷²² Vgl. Bloß, *Die deutsche Revolution*, S. 629, auch: 214.

VIII.“, zerstörte und die Fregatte „Gefion“ zur Kapitulation zwang, sowie die abgebrochene Seeschlacht bei Helgoland zwei Monate später, als ein deutsches Kriegsschiff auf einen britischen Warnschuss hin den Angriff auf eine dänische Fregatte abbrach.⁷²³

In der *Frankfurter Zeitung* erwähnte Karl August Junge während der Auseinandersetzung um die Flaggenverordnung vom Mai 1926 in einem langen Artikel über die schwarz-rot-goldene Reichsflagge, dass unter dieser die Schleswig-Holsteiner „ihren Befreiungskampf“ gegen Dänemark geführt und dass sie diese auf das bezwungene dänische Kriegsschiff „Gefion“ gepflanzt hätten. Junge nannte in diesem Zusammenhang auch den Kampf der „Wiener gegen Windischgrätz für Deutschtum und Freiheit“ und den der Demokraten und Republikaner in der Reichsverfassungskampagne.⁷²⁴

Gleich die zweite Nummer des *Reichsbanners* im ersten Jahr seines Erscheinens 1924 informierte ihre Leser über eine Postkartenserie, welche die „*nationale Bedeutung der Farben der Republik*“ zeige. Darunter war ein Motiv mit den ersten deutschen Kriegsschiffen von 1848, die die schwarz-rot-goldene Flagge mit dem Reichsadler in der Gösch führten. Ein weiteres zeigte die Begrüßung der siegreichen Bundestruppen in Schleswig-Holstein mit schwarz-rot-goldenen Fahnen.⁷²⁵ Im Jahr darauf versuchte die Zeitung den Nachweis zu führen, dass auch eine Demokratie, eine Republik militärische Führer hervorbringen könne, indem sie davon erzählte, dass aus der badischen Revolution von 1848/49 acht Generale der Nordstaaten im amerikanischen Bürgerkrieg hervorgegangen seien.⁷²⁶

Zwei weitere Artikel von 1926 und 1929 wiesen den Fürsten die Schuld an der Versteigerung der deutschen Flotte 1852 zu und erinnerten einmal mehr an die Schlacht von Eckernförde.⁷²⁷ Diese Versuche des *Reichsbanners*, eine kriegerische Tradition der schwarz-rot-goldenen Fahne aufzuweisen, wurden in zwei der genannten Artikel jedoch abschließend unter Vorbehalt gestellt. Einmal hieß es, aus der Demokratie erwachse vornehmlich der Friedenswille, die Sehnsucht nach Verständigung aller Völker und dem großen freien

⁷²³ O. Eckstein, „Die erste deutsche Kriegsflagge. Feuertaupe 1849“, in: VZ, 3.3.1925, MA; vgl. Mehring, Schleswig-Holstein (1899), S. 150 f.; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 343 f.

⁷²⁴ KAJ, „Die deutschen Farben“, in: FZ, 23.5.1926, 1. MB; an den Kampf der Schleswig-Holsteiner unter Schwarz-Rot-Gold erinnerte auch: Ernst Jäger, Schwarz-Rot-Gold in der deutschen Geschichte, S. 34.

⁷²⁵ „Schwarz-Rot-Gold“, in: RB, 1 (1924), Nr. 2; auch: „Die Reichssturmflagge. Schwarz-Rot-Gold in der Geschichte“, in: SHVZ, 11.8.1925; vgl. Friedel, Deutsche Staatssymbole, S. 28.

⁷²⁶ „Jungbrunnen Demokratie“, in: RB, 2 (1925), Nr. 7.

⁷²⁷ „Die schwarz-rot-goldene deutsche Flotte. Zur Erinnerung an den 31. Dezember 1851“, in: RB, 3 (1926), Nr. 23; Hermann Wendel, „Eine Seeschlacht unter Schwarz-Rot-Gold. Zum 80. Geburtstag von Eckernförde“, in: ebd., 6 (1929), Nr. 14; auch: „Die Fahne der Republik“, in: SHVZ, 9.8.1930.

europäischen Völkerbund, das andere Mal stellte der Autor den 8. März 1848 über den 5. April 1849, den Tag der Schlacht von Eckernförde. An jenem Tag waren in Paris 6 000 Deutsche vor das Pariser Stadthaus gezogen, und Herwegh hatte einem Mitglied der provisorischen Regierung zwei ineinander geschlagene Fahnen überreicht, eine schwarz-rot-goldene und eine blau-weiß-rote, mit dem Wunsch:

„Mögen die französische und die deutsche Fahne für alle Zeit zum Segen der Welt vereint bleiben!“⁷²⁸

Die Deutschnationalen und Schwarz-Rot-Gold

Im Dezember 1929 polemisierte der Deutschnationale Friedrich Everling in einer Reichstagsrede gegen das Republikschutzgesetz auch scharf gegen Schwarz-Rot-Gold. Zum Hintergrund gehörte, dass der sozialdemokratische Reichskanzler Hermann Müller am 20. März 1929 einen Erlass unterzeichnet hatte, der die Teilnahme von Vertretern der Reichsbehörden an Veranstaltungen mit Flaggendekoration davon abhängig machte, dass die Reichsfarben an hervorragender Stelle gezeigt würden und ihnen insgesamt ein angemessener und würdiger Anteil am Flaggenschmuck eingeräumt werde. Eine fast gleichlautende Anordnung hatte Preußen bereits am 9. November 1927 erlassen.⁷²⁹

Im Zusammenhang mit seiner Kritik am Schutz der Reichsfarben durch das geplante Republikschutzgesetz vor Herabsetzung in der öffentlichen Meinung bemerkte Everling, dies werde dazu führen, dass historische Reminiszenzen, „die historische Wahrheit“ unter Strafe gestellt würden: wie die Erinnerung an 1848, als zwei Abgeordnete in Frankfurt am Main unter diesen Farben ermordet worden seien – tatsächlich war das im Zeichen der roten Fahne geschehen –, wie an 1852, als die Kriegsflotte unter dieser Flagge, welche die Engländer zuvor als Seeräuberflagge behandelt hätten, versteigert, wie an 1866, als unter diesen Farben

⁷²⁸ Wendel, „Eine Seeschlacht unter Schwarz-Rot-Gold“ (Zitat) und „Jungbrunnen der Demokratie“; vgl. Fellrath, Herwegh, S. 39. Im *Reichsbanner* wurden außerdem zum Märzfeiertag 1928 in einer Zitatsammlung aus der Paulskirche in einem eigenen Abschnitt „Europäische Verständigung“ unter anderen Karl Vogt, Robert Blum und Ruge zitiert. Vogt hatte sich für einen „entwaffneten Frieden in Europa“ und ein deutsch-französisches Bündnis für die Freiheit ausgesprochen (Vogt befürwortete 1849 jedoch auch – alles andere als pazifistisch – den „heiligen Krieg“ gegen die „Barbarei des Ostens“). Zum 80. Jubiläum des Zusammentritts der Paulskirche wurde Vogt auch in der *Deutschen Republik* und der *Vossischen Zeitung* zitiert. „Gedanken aus der Paulskirche“, in: RB, 5 (1928), Nr. 6; Aussprüche aus der Paulskirche: in: Deutsche Republik, 2 (1927/28), S. 1100; Otto Ernst Sutter, Prophetische Worte aus der Paulskirche. Lehren für die Gegenwart“, in: VZ, 17.5.1928, MA; auch schon in: „Worte aus der Paulskirche. Aus dem Jahre 1848“, in: FZ, 18.3.1923, 1. MB; Petzet/Sutter, Der Geist der Paulskirche, S. 119; Sutter, „Der zeitgemäße Geist der Paulskirche“, in: VZ, 27.10.1926, MA; vgl. Winkler, Der lange Weg nach Westen, Bd. 1, S. 122, 127. Der Historiker Benjamin Ziemann hat den Militarismusvorwurf gegen das Reichsbanner als unzutreffend zurückgewiesen. Vgl. Ziemann, Republikanische Kriegserinnerung, S. 369-373.

⁷²⁹ Vgl. Friedel, Die politische Symbolik, S. 78.

der Bruderkrieg geführt, und wie an den Weltkrieg, als mit diesen Farben zum Überlaufen aufgefordert worden sei.⁷³⁰ Das gleiche Geschichtsbild hatte Everling bereits ein Jahr zuvor in seinem Beitrag für den Sammelband zum zehnten Jubiläum der Gründung der Deutschnationalen Volkspartei gezeichnet. In diesem Beitrag hatte er auch an Bismarcks Beschwerde im Erfurter Unionsparlament 1850 darüber erinnert, dass die Stühle im Sitzungssaal mit den schwarz-rot-goldenen Farben dekoriert waren. Bismarck habe angeführt, dass diese Farben nie diejenigen des deutschen Reiches gewesen seien, aber seit zwei Jahren seien sie „die Farben des Aufruhrs und der Barrikaden!“⁷³¹

Märzfeiertag 1927

Am Märzfeiertag 1927 stellte der *Vorwärts* die Jugend besonders in den Vordergrund. So wurden neun Gedenkveranstaltungen der Sozialistischen Arbeiterjugend in den Bezirken angekündigt, im Bericht vom Besuch an den Gräbern Lehrer und Lehrerinnen erwähnt, die ihre Schulkinder auf den Friedhof führten, und im Artikel über den abendlichen Fackelzug des Reichsbanners zum Friedrichshain der „endlos lange Zug“ der Jugend besonders hervorgehoben. Der Bericht über den Gräberbesuch sprach wie auch die *Berliner Volkszeitung* von einem Massenandrang und erwähnte neben der Jugend besonders die zahlreichen von Gewerkschaften gestifteten Kränze. Am Mittag hatte zudem der Schauspieler Alfred Beierle Herweghs „18. März“ und Freiligraths „Die Toten an die Lebenden“ rezitiert. Laut dem Bericht der *Vossischen Zeitung* legten auch die DDP und der Demokratische Studentenbund Kränze nieder.⁷³²

Die Kommunisten hielten zum Märzfeiertag zwölf Veranstaltungen in den Berliner Bezirken ab, die gemäß der Ankündigung mehr der Kommune als der 48er-Revolution galten. Gleichfalls unter der Überschrift „Märzkundgebungen“ wurden für den 20. März acht weitere Veranstaltungen zum Gedenken an die Opfer des Kapp-Putsches angekündigt. Im Anschluss an eine „imposante Erwerbslosen- und Notstandsarbeiterdemonstration“ marschierten die

⁷³⁰ Verhandlungen des Reichstags, Bd. 426, S. 3438; vgl. Winkler, Geschichte des Westens, S. 608.

⁷³¹ Everling, Monarchische Frage und Flaggenfrage, S. 161 f.; auch schon: ders., Die Flaggenfrage, S. 13; vgl. Wentzcke, Die deutschen Farben, 1955, S. 115 f.

⁷³² „Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin“, in: Vorwärts, 17.3.1927, MA; „Märzgefallenen-Feier des Reichsbanners“, in: ebd., 17.3.1927, AA; „An den Gräbern der Märzgefallenen. Massenandrang am heutigen Vormittag“, in: ebd., 18.3.1927, AA; „Das Reichsbanner ehrt die Märzgefallenen. Der Fackelzug zum Friedrichshain“, in: ebd., 19.3.1927, MA; „Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin“, in: ebd., 19.3.1927, MA; „Auf dem Friedhof der Märzgefallenen. Die Gedenkfeier“, in: BVZ, 18.3.1927, AA; „An den Märzgräbern“, in: BT, 19.3.1927, MA; „Der Tag der Märzgefallenen. Massenbesuch auf dem Friedhof“, in: VZ, 18.3.1927, AA; „Die Märzgefallenen-Feiern“, in: VZ, 19.3.1927, MA; „Der Tag der Märzgefallenen. Der Fackelzug des Reichsbanners zum Friedrichshain“, in: RB, 4 (1927), Nr. 7, Gaubeilage Berlin-Brandenburg. Weitere Märzfeier des Reichsbanners: „Märzfeier des Brandenburger Reichsbanner“, in: ebd.

Kommunisten am 18. März zu einer Kranzniederlegung an die Gräber im Friedrichshain. Dabei schritt eine Kranzdelegation des Roten Frontkämpferbundes voran, der auch eine Ehrenwache auf dem Friedhof stellte. Parallel fand eine weitere Kranzniederlegung in Friedrichsfelde statt.⁷³³

8. Das Jubiläumsjahr 1928: Märzgedenken

Sozialdemokratisches Revolutionsgedenken

Zum 80. Revolutionsjubiläum 1928 erreichte das Märzgedenken erneut einen großen Umfang. Sowohl die Jungsozialisten als auch das Reichsbanner hielten zwei Tage vor dem Märzfeiertag erste Gedenkfeiern ab, bei denen die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Wilhelm Sollmann und Philipp Scheidemann sprachen.⁷³⁴ Dieser mahnte mit Blick auf die bevorstehenden Reichstagswahlen im Mai, es gebe eine Parallele zwischen der 48er-Revolution und der Weimarer Republik: Damals habe das Volk über die Soldaten gesiegt, aber seinen Sieg aufgegeben, als es einen Reichsverweser einsetzte und später sogar den preußischen König an die Spitze des Reiches stellten wollte. Auch in den zehn Jahren seit 1918 sei die Reaktion nur durch den Streit in den republikanischen Volksschichten erstärkt. Heute stehe an der Spitze der Republik ein ehemals kaiserlicher General und in der Regierung säßen Repräsentanten von Parteien, die offen gegen die Republik arbeiteten.⁷³⁵ Mit der Reichspräsidenschaft Hindenburgs sowie der seit einem guten Jahr andauernden Regierungsbeteiligung der Deutschnationalen nannte Scheidemann die beiden Gegebenheiten, ohne die der Charakter des Revolutionsgedenkens im Jubiläumsjahr 1928 bei Sozialdemokraten, Reichsbanner und in der linksliberalen Presse nicht zu verstehen ist.

Nicht weniger skeptisch im Hinblick auf die Republik von Weimar klang Hermann Wendel in seinem Vortrag vor der Freien Sozialistischen Hochschule im Saal des ehemaligen Herrenhauses, in dem er erklärte, sowohl auf den 9. November 1918 als auch den 18. März 1848 sei eine Enttäuschung gefolgt. Beide Daten hätten mehr versprochen, als sie gehalten hätten. Noch deutlicher hatte das *Reichsbanner* bereits zum Märzfeiertag 1927 geschrieben,

⁷³³ „Märzkundgebungen“, in: RF, 17. u. 19.3.1927; „Kranzniederlegung in Friedrichshain und Friedrichsfelde“, in: RF, 19.3.1927.

⁷³⁴ Scheidemann hatte schon 1898 auf einer Revolutionsgedenkfeier der Sozialdemokraten in Frankfurt a. M. gesprochen. Vgl. Klemm, *Erinnert – umstritten – gefeiert*, S. 198.

⁷³⁵ „Dem Andenken der Märzkämpfer“, in: Vorwärts, 17.3.1928, MA; „Scheidemann vor dem Reichsbanner“, in: Der Abend, 17.3.1928; auch: „1848 – 1928. Ein Festabend des Reichsbanners“, in: BT, 17.3.1928, MA; vgl. Rürup, *Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichte*, S. 23.

die Entwicklung der letzten Jahre habe eine „verzweifelte Ähnlichkeit“ mit den ersten Jahren nach der 48er-Revolution. Die Reaktion sei auf dem Marsche. Anknüpfend an die Haltung der *Neuen Rheinischen Zeitung*, die 1848 für einen revolutionären Volkskrieg gegen Zarenrußland und die Befreiung Polens eingetreten war, kritisierte Wendel in seinem Vortrag im Weiteren die Niederhaltung der Polen durch das preußische Militär 1848 und die Erklärung der Paulskirche, falls die Italiener Triest besetzten, wäre das der Kriegsfall. Wendel urteilte:

„Noch zu schwach, um die Staatsgewalt zu ergreifen, war der deutsche Nationalismus schon vom Imperialismus verseucht.“⁷³⁶

Allerdings hatte Wendel, der 1925 eine Geschichte des Kampfes der Südslawen um Freiheit und Einheit vorgelegt hatte, in einem ausführlichen Aufsatz 1926 in der *Gesellschaft* über den Prager Slawenkongress 1848, den er gegen das überlieferte historische Urteil in Deutschland rehabilitierte, nicht nur die Paulskirchenliberalen des Nationalismus geziehen. Nachdem er erwähnt hatte, dass Gagern von den Völkern entlang der Donau gesagt hatte, sie hätten „zur Selbständigkeit weder Beruf noch Neigung“, und Wilhelm Jordan, der mit der Linken über der Polenfrage gebrochen hatte, über die „Nationalitätchen“, die auch ein Daseinsrecht beanspruchten, gehöhnt hatte, schrieb er:

„Auch die ‚Neue Rheinische Zeitung‘ der Marx und Engels stampfte die nationalen Ansprüche der kleinen slawischen Völker, von den Polen abgesehen, mit wuchtiger revolutionärer Dialektik in Grund und Boden. Wie gar die magyarische Herrenkaste Serben, Kroaten und Slowaken die Sporen in die Weichen zu bohren gedachte, davon zeugen statt der Worte schon Taten.“

Dagegen sei das Manifest des Prager Slawenkongresses 1848 davon ausgegangen, „dass die Natur weder edle noch unedle Völker kenne“.⁷³⁷

⁷³⁶ „Märzrevolution und Wahlkampf. Vortrag von Hermann Wendel“, in: Vorwärts, 18.3.1928, MA; „Zum 18. März. Vergangenheit und Gegenwart“, in: RB, 4 (1927), Nr. 6; vgl. Jacques Droz, Die deutschen Revolutionen von 1848 (1957), in: Langewiesche (Hg.), Die deutsche Revolution von 1848/49, S. 91-114, hier: 103. Für die *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* schrieb Wendel auch einen Artikel zum Märzfeiertag: „Der achtzehnte März“, in: SHVZ, 17.3.1928.

⁷³⁷ Hermann Wendel, Der Prager Slawenkongress von 1848, in: Die Gesellschaft, 3 (1926), II, S. 459-469, hier: 460 f., 468; ders., Der Kampf der Südslawen um Freiheit und Einheit, Frankfurt a. M. 1925; vgl. Wollstein, Das ‚Großdeutschland‘ der Paulskirche, S. 287, 290; Andreas Moritsch, Revolution 1848 – Österreichs Slawen wohin?, in: ders. (Hg.), Der Prager Slawenkongress 1848, Wien/Köln/Weimar 2000, S. 5-18; Winkler, Geschichte des Westens, S. 619-621. Paul Kampffmeyer schilderte hingegen 1931 in den *Sozialistischen Monatsheften* die nationale Haltung von Marx, Engels und Lassalle im Jahre 1848 und darüber hinaus affirmativ: „Das Recht der nationalen Selbstbestimmung, das Recht auf nationalstaatliche Existenz haben nur die im Geist einer fortschrittlichen wirtschaftlichen und politischen Kultur vorwärtsmarschierenden Staaten. Das ist das nationale Glaubensbekenntnis der Marx, Engels und Lassalle.“ Kampffmeyer, Die nationale Idee und die Sozialdemokratie. Ein geschichtlicher Rückblick, in: Sozialistische Monatshefte, 37 (1931), II, S. 863-869, hier: 864 f. (Zitat), 867.

Die Kundgebung des Reichsbanners in Berlin

Die zentrale Kundgebung zum Märzgedenken 1928 war die des Reichsbanners vor dem Hohenzollernschloss und im Lustgarten, zu der die republikanischen Parteien ihre Mitglieder aufgerufen hatten und zu der laut dem *Abend*, der Abendausgabe des *Vorwärts*, Zehntausende Republikaner kamen. Anders als 1923 begnügten die Sozialdemokraten sich also nicht mit Saalveranstaltungen. Zu der Feier marschierten die einzelnen Ortsvereine des Reichsbanners geschlossen heran und nahmen in zwei großen Vierecken mit der Front zum Schloss Aufstellung. Auch der Deutsche Studentenverband, in dem die freiheitlichen Studenten der Berliner Universität organisiert waren, beteiligte sich an der Demonstration. Bereits der Ort der Kundgebung gegenüber dem Hohenzollernschloss symbolisierte für den *Abend*, worum es ging:

„Unter dem Balkon der alten Hohenzollern-Zwingburg, auf dem vor 80 Jahren Friedrich Wilhelm IV. bleich und verängstigt gestanden hatte, um mit gezogenem Hute die Opfer der Straßenkämpfe zu grüßen, war gestern, umgeben von einem Meer schwarz-rot-goldener Fahnen, das Rednerpult, von dem aus ein Volksmann der deutschen Republik zu den Massen sprach.“

Auf der Kundgebung rezitierten Schauspieler Freiligraths „Die Toten an die Lebenden“ und Herweghs „Achtzehnhundert vierzig und acht“, die Rede hielt der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Reichstagsabgeordnete Peter Graßmann, der zugleich Vorstandsmitglied des Österreichisch-Deutschen Volksbundes war.⁷³⁸ Die Rede stand im Zeichen des Reichstagswahlkampfes und war scharf antimonarchisch gehalten; Graßmann erinnerte an den Ausspruch Wilhelms II. über die Sozialdemokraten, diese seien „eine Rotte von Menschen, nicht wert, den Namen Deutscher zu führen“. Aus dem Weltkrieg habe das deutsche Volk dann gelernt: „Nie wieder Monarchie!“ Die Feier endete mit dem gemeinsamen Gesang von Freiligraths „Schwarz-Rot-Gold“.⁷³⁹

Weitere Gedenkfeiern in Berlin

Im Anschluss an die Veranstaltung des Reichsbanners im Lustgarten hielten die Sozialistische Arbeiterjugend, die Kinderfreunde und die sozialdemokratische Partei unter Beteiligung des Reichsbanners eine Kundgebung im Friedrichshain ab. Dabei trafen sich die Arbeiterjugend

⁷³⁸ Vgl. Brancato, German Social Democrats, S. 45; zur großen Macht der Gewerkschaften in der Weimarer Republik bis zum Jahre 1929 vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, S. 314 f.

⁷³⁹ „Für die Märzgefallenen. Die Feiern am 18. März“, in: VZ, 15.3.1928, MA; „Der Tag der Märzgefallenen. Die Feier vor dem Schloss“, in: VZ, 17.3.1928, MA; „Die März-Gedenkfeier des Reichsbanners“, in: BVZ, 18.3.1928, MA; „Der 18. März“, in: RB, 5 (1928), Nr. 7; „Der Jahrestag der Revolution von 1848“, in: FZ, 17.3.1928, Expressausgabe.

und die Kinderfreunde zunächst auf der Weberwiese – das *Berliner Tageblatt* sprach von etwa 5 000 jungen Menschen –, um anschließend zum Küstriner Platz, wo sich die sozialdemokratische Partei versammelte, zu ziehen. Soweit es sich dem Bericht des *Abends* entnehmen ließ, wehten über den Parteiabordnungen sowohl rote als auch schwarz-rot-goldene Fahnen, während die Arbeiterjugend wie auch schon im Jahr zuvor ausschließlich rote Fahnen, Wimpel und Transparente zeigte.

Außerdem erwähnte das sozialdemokratische Zentralorgan, die Arbeiterjugend habe auf dem Friedhof im Friedrichshain einen Kranz am Grabe des jungen Habersaath niedergelegt, der zu den Opfern der Revolution von 1918 gehörte – dies könnte, zumal beim 48er-Revolutionsgedenken ständig Bezug auf das Kaiserreich genommen wurde, ein Hinweis darauf sein, dass die Erinnerung an 1848 eher eine Sache der älteren Generation war und in der Parteijugend auf relativ wenig Interesse stieß. Zusätzlich zu der Veranstaltung im Lustgarten und der Kundgebung im Friedrichshain hielt das Weddinger Reichsbanner eine eigene Märzfeier ein.⁷⁴⁰ Daneben erwähnte der *Abend* drei weitere Veranstaltungen von Gewerkschaften, darunter die des Angestelltenverbandes, des AfA-Ortskartells und der Berliner AfA-Gewerkschaften, mit anschließendem Zug an die Gräber der Märzgefallenen.⁷⁴¹

Mit diesen Feierlichkeiten trug das Berliner Gedenken im Jubiläumsjahr 1928 eindeutig sozialdemokratischen Charakter. Die Kommunisten hatten sich damit begnügt, alle Belegschaften und Organisationen Groß-Berlins aufzurufen, Fahnen- und Kranzdelegationen zu einer Gedächtniskundgebung im Friedrichshain zu entsenden.⁷⁴² Nach dem Bericht der *Berliner Volkszeitung* versammelte sich der Rote Frontkämpferbund auf dem Friedhof. Außerdem kündigte die *Rote Fahne* eine Märzfeier der Fichtejugend an, auf der die „kampfesfrohe Jugend der Werktätigen“ im Gedenken an die Märzgefallenen von 1848 und die „nach dem Kriege gefallenen Freiheitshelden“ demonstrieren wolle, wie sie ihre Körper kräftige.⁷⁴³

Auch die Berliner Jungdemokraten veranstalteten im Rahmen ihres Verbandstages am 18. März eine Gedenkfeier, in deren Rahmen auch sie zum Friedhof im Friedrichshain

⁷⁴⁰ „Berlin feiert die Märzopfer“, in: Der Abend, 19.3.1928; „Kundgebung vor dem Schloss. Aufmarsch des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“, in: BT, 19.3.1928, AA; „Der Tag der Märzgefallenen. Der Fackelzug des Reichsbanners zum Friedrichshain“, in: RB, 4 (1927), Nr. 7, Gaubeilage Berlin-Brandenburg.

⁷⁴¹ „Märzfeier der AfA-Gewerkschaften“, in: Der Abend, 19.3.1928; „Märzfeier des Verkehrsbundes“, in: ebd.; „Märzfeier der Gemeinde- und Staatsarbeiter“, in: ebd., 20.3.1928.

⁷⁴² „Ehrt die toten Helden der Revolution!“, in: RF, 17.3.1928.

⁷⁴³ „Fichtejugend und 18. März“, in: RF, 18.3.1928.

marschierten. Symptomatisch ist jedoch, dass es 1928 anders als noch 1923 in Berlin keine gemeinsame Gedächtnisveranstaltung der Jugendorganisationen der Parteien der Weimarer Koalition mehr gab.⁷⁴⁴ Den Berliner Märzfeiertag 1928 bilanzierend schrieb das *Berliner Tageblatt*, die Zahl der Besucher an den Gräbern habe die von 1923 „beinahe noch“ übertroffen.⁷⁴⁵

Feiern außerhalb Berlins

Wie schon im Jubiläumsjahr 1923 beschränkten sich die Märzfeiern auch 1928 nicht auf Berlin. Das Reichsbanner erinnerte nicht nur in der Reichshauptstadt, sondern auch in Dresden, wo der ehemalige preußische Innenminister Severing sprach, Erfurt, hier war Ludwig Haas einer der Redner, Hamburg und Ludwigshafen an die 48er-Revolution. Severing mahnte seine Zuhörer mit Blick auf die zukünftige Gestaltung der Reichsregierung, die 48er-Revolution, diese „glorreiche [...] Episode der deutschen Demokratie“, lehre, „dass ein Freiheitskampf vergebens ist, wenn die Gegenseite die Freiheitskämpfer an Zielbewusstsein übertrifft“.⁷⁴⁶

In Frankfurt hielt der Demokratische Verein im großen Börsensaal eine öffentliche Kundgebung ab unter dem Motto „Das Vermächtnis der 48er und die deutsche Demokratie“. Der Darmstädter Generalintendant Carl Ebert rezitierte im Rahmen der Feier neben Freiligraths „Schwarz-Rot-Gold“ Teile einer Rede Robert Blums. Auch in Köln fand eine Gedenkfeier statt, die von der Republikanischen Arbeitsgemeinschaft, in der das Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten zusammenarbeiteten, organisiert wurde und auf der der Reichstagsabgeordnete Joos vom Zentrum sprach. Die Feier wurde im Rundfunk übertragen. Der Bezirksparteitag der Sozialdemokratie in Württemberg und Hohenzollern in Cannstatt zog nach seinen Beratungen zum Freiligrath-Denkmal auf dem dortigen Friedhof, wo der Parteivorsitzende Wels eine Rede hielt und einen Lorbeerkranz mit schwarz-rot-goldener Schleife niederlegte.⁷⁴⁷

⁷⁴⁴ „Jungdemokratischer Verbandstag“, in: VZ, 10.3.1928, MA; „Die Märzfeier der Jungdemokraten“, in: BT, 17.3.1928, MA; „Berlin ehrt die Märzgefallenen“, in: BVZ, 19.3.1928, AA.

⁷⁴⁵ „Auf dem Friedhof der Gefallenen“, in: BT, 19.3.1928, AA; „Gedenkfeier für die Märzgefallenen“, in: FZ, 19.3.1928, AB.

⁷⁴⁶ „Die Feiern im Reich“, in: BT, 19.3.1928, AA; „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, in: FZ, 20.3.1928, 1. MB; „Der 18. März“, in: RB, 5 (1928), Nr. 7.; die Feier in Ludwigshafen erwähnt Schneider, *Pfälzische Sozialdemokratie und die 1848/49er-Tradition vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik*, S. 33. Auch Severing war ein ausgesprochener Befürworter des Anschlusses. Vgl. Brancato, *German Social Democrats*, S. 48.

⁷⁴⁷ „Das Andenken an das Jahr 1848“, in: FZ, 19.3.1928, Expressausgabe, MB; „Märzfeier im Rundfunk“, in: SHVZ, 17.3.1928; „März-Gedenkfeiern im Reich“, in: LVZ, 19.3.1928.

Betrachtet man die regionale Verteilung des Revolutionsgedenkens, dann fällt auf, dass Märzfeiern, zumindest soweit in der hier ausgewerteten Presse darüber berichtet wurde, überwiegend nördlich der Mainlinie stattfanden. Keine Märzfeiern gab es in Bayern, dessen Regierung sich schon 1923 *nicht* am Paulskirchengedenken beteiligt hatte, und in Baden. Ein Jahr zuvor hatte es jedoch eine Märzfeier des Reichsbanners in Karlsruhe gegeben.⁷⁴⁸ Da die Märzfeiern außerhalb Berlins – wenn man die Zusammensetzung der Mitgliedschaft des Reichsbanners berücksichtigt – primär eine sozialdemokratische Angelegenheit waren, ist die plausibelste Erklärung für ihre regionale Verteilung der Nord-Süd-Gegensatz in der Sozialdemokratie, der sich im Revisionismusstreit um die Jahrhundertwende gezeigt hatte, als sich ein moderaterer und reformistischer Süden und ein radikalerer und proletarischer Norden gegenübergestanden hatten, und den Karl Kautsky 1917 zur Erklärung der Abspaltung der USPD von der SPD herangezogen hatte.⁷⁴⁹

Die sozialdemokratische Presse

Das 80. Revolutionsjubiläum 1928 war wie schon das 75. fünf Jahre zuvor Anlass für die Zeitungen, ausführlicher als sonst an die Revolution zu erinnern. Der *Vorwärts* bestritt den Kommunisten das Recht, die Gräber der Märzgefallenen aufzusuchen, weil sie das gleiche politische Recht für alle und Geistesfreiheit für niederträchtige Erfindungen der Bourgeoisie hielten. Die Arbeiter, die damals auf den Barrikaden gekämpft hätten, seien in ihren Zielen weniger revolutionär gewesen als der zeitgenössische revisionistische Sozialdemokrat; vielen von ihnen sei die konstitutionelle Monarchie als das höchste erreichbare Ziel erschienen.⁷⁵⁰

Daneben gab es in der Zeitung weitere Artikel, die gegen die Hohenzollern und das Bürgertum gerichtet waren; so war auch die Tendenz in den Vorjahren gewesen.⁷⁵¹ Eine Karikatur stellte das Bürgertum von 1928 dem von 1848 gegenüber, die zeitgenössischen Reaktionäre den Freiheitsmännern von damals.⁷⁵² Ein anderer Beitrag kontrastierte das

⁷⁴⁸ „Reichsbanner, Republik und Volk. Eine machtvolle republikanische Kundgebung“, in: *Volksfreund*, 19.3.1927; „Märzgefallenen-Feier in Karlsruhe“, in: *VZ*, 19.3.1927, AA.

⁷⁴⁹ Vgl. Thomas Mergel, Mapping Milieus Regionally. On the Spatial Rootedness of Collective Identities in the Nineteenth Century, in: James Retallack (Hg.), *Saxony in German History. Culture, Society, and Politics 1830–1933*, Ann Arbor 2000, S. 77–95, hier: 86–88.

⁷⁵⁰ „März und Mai. „Das freie Wahlrecht ist das Zeichen ...“, in: *Vorwärts*, 18.3.1928, MA; auch: Hermann Martin, „Macht den linken Flügel stark! Die nationale Bewegung“, in: *RB*, 5 (1928), Nr. 13.

⁷⁵¹ Karikatur: „Deutsches Bürgertum 1848 und 1925“, in: *Vorwärts*, 18.3.1925, MA; „Zum 18. März“, in: ebd., 18.3.1925, AA (1925 auch zum Verfassungstag: „Bürger der Republik!“, in: ebd., 9.8.1925); „Letzter Tag! Heute acht Uhr abend Schluss der Listen“, in: ebd., 17.3.1926, MA; „Die Steine reden“, in: ebd., 18.3.1926, MA; „Von der Kanonenkugel – Bis zur Gardinenpredigt. Die Berliner Bürgerwehr 1848“, in: ebd., 19.3.1926, MA. Scharf antibürgerlich äußerte sich zum Märzfeiertag 1927 auch der badische *Volksfreund*: „Der 18. März“, in: *Volksfreund*, 18.3.1927.

⁷⁵² „Bürgertum 1848 – 1928“, in: *Vorwärts*, 18.3.1928, MA.

zeitgenössische Gedenken an die 48er-Revolution mit dessen Unterdrückung zur Zeit Wilhelms II. Noch 1908 habe der preußische Innenminister von Moltke auf die Frage des konservativen Parlamentariers von Arnim im preußischen Abgeordnetenhaus, ob die Polizei angewiesen sei, den sozialdemokratischen Märzdemonstrationen entgegenzutreten, mit Ja geantwortet.⁷⁵³

Des Weiteren lieferte Hermann Schützinger eine Beschreibung des Friedhofs der Märzgefallenen.⁷⁵⁴ Außerdem publizierte der *Vorwärts* aus Anlass des Erscheinens des Buches von Anna Blos über „Frauen in der deutschen Revolution von 1848“ einen Artikel zu eben diesem Thema. Erwähnung fand darin neben dem anderen Frauen das Wirken Louise Otto Peters sowie ihre Liebesbeziehung zum Schriftsteller August Peters, die dessen neunjährige Kerkerhaft wegen Beteiligung an der 48er-Revolution überdauerte. In Luise Aston sah der *Vorwärts* den Vorläufer des verbreiteten zeitgenössischen „Garconne“-Typs, des Typus einer Frau, die ihr ganzes Leben auf eigene Verantwortung stellt.⁷⁵⁵

Wesentlich radikaler als im *Vorwärts* war in diesem Jahr und auch in den folgenden das Gedenken an 1848 in der *Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung*. Eine Zusammenstellung von kurzen Geschichten zum Revolutionsjahr, die in den beiden darauffolgenden Jahren zum Märzfeiertag erneut abgedruckt wurde, handelte auch vom Verhältnis von Kaiser Wilhelm II.

⁷⁵³ „Feinde der Märzkämpfer. Erinnerungen an die Zeit Wilhelms“, in: ebd., 18.3.1928, MA. Die Aussage des preußischen Innenministers vom 17. März 1908 bezog sich auf Demonstrationen, die „unerlaubt oder im Einzelfälle nicht genehmigt worden sind“. Vgl. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, Bd. 332, S. 4041 f. Schon im Jahr zuvor hatte der *Vorwärts* an die Reichstagsdebatte von 1898 über die 48er-Revolution erinnert: „Märzgedenken“, in: ebd., 18.3.1927, MA. 1928 erinnerte auch die *Leipziger Volkszeitung* an diese Debatte: „Die Märzrevolution im Reichstag. Vor dreißig Jahren“, in: LVZ, 17.3.1928.

⁷⁵⁴ Hermann Schützinger, „Im Friedrichshain“, in: *Vorwärts*, 18.3.1928, MA.

⁷⁵⁵ „Frauengestalten der 48er-Revolution“, in: ebd., 19.3.1928, MA; vgl. Blos, *Frauen der deutschen Revolution 1848. Zehn Lebensbilder*, Dresden 1928, S. 9-15, 25-31; zum selben Thema auch: L. Busch, *Die rheinischen Frauen und das Jahr 1848*, in: *Die Hilfe*, 33 (1927), S. 231 f.; „Berliner Ortsgruppe des Staatsbürgerinnenverbandes“, in: VZ, 29.3.1927, MA; Else Lüders, *Vorkämpferinnen der Republik*, in: *Deutsche Republik*, 2 (1927/28), S. 935 f.; Adele Schreiber, „Frauen von 1848“, in: VZ, 1.4.1928; Anna Blos, „Die Frauen im Jahre 1848“, in: VZ, 27.6.1928, MA. An die Liebe zwischen August Peters und Luise Otto erinnerte 1930 auch noch einmal das *Reichsbanner*: Horst Strohbach, Elfried von Taura. Ein republikanischer Kämpfer der Revolutionsjahre 1848/49, in: RB, 7 (1930), Nr. 17; vgl. Quarek, *Die erste deutsche Arbeiterbewegung 1848/49*, S. 201; Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution*, Bd. 1, S. 253 f. Der Historiker Robert Gildea betont die Vielfalt der 1848er-Mythen und zählt zu den drei Nebenmythen von 1848 den feministischen Mythos. Vgl. Gildea, *Mythen der Revolutionen von 1848*, S. 1201. Die Gedenkschrift zum 75-jährigen Paulskirchenjubiläum 1923 schilderte hingegen in einem Beitrag noch ganz gemäß der Rollenbilder der bürgerlichen Gesellschaft die Frauen im Publikum der Paulskirche. Gedenkschrift 1848 – 1923, S. 11. Weitere historische Artikel zum Märzfeiertag 1928 im *Vorwärts*: „Märzsturm über Berlin“, in: *Der Abend*, 17.3.1928; „Zur 80. Wiederkehr der Märztage. Aus dem ‚März-Almanach‘ Adolf Glaßbrenners“, in: *Vorwärts*, 18.3.1928, MA. Außerdem war zum Märzfeiertag 1928 die wöchentliche Beilage des *Vorwärts* „Volk und Zeit“ unter dem Titel „1848. Pulver ist schwarz/ Blut ist rot/ Golden flackert die Flamme!“ der 48er-Revolution gewidmet. *Volk und Zeit* (Nr. 12, 1928), in: *Vorwärts*, 18.3.1928, MA.

zum „tollen Jahr“. Dieser habe in der bedenklichsten unter allen seinen bedenklichen Reden, der „berüchtigten“ Alexandriner-Rede am 28. März 1901, nach einem unwidersprochenen Bericht gesagt:

„Wenn die Stadt Berlin noch einmal wie im Jahre 1848 sich mit Frechheit und Unbotmäßigkeit gegen den König erheben wird, dann seid ihr, meine Grenadiere, dazu berufen, mit der Spitze eurer Bajonette die Frechen und Unbotmäßigen zu Paaren zu treiben!“⁷⁵⁶

Die Kieler Zeitung erinnerte 1928 auch, was der gleichfalls sozialdemokratische badische *Volksfreund* in der Weimarer Republik konsequent vermied, an den mythisierten badischen Revolutionär Friedrich Hecker, der sich am 5. März 1848 in Heidelberg als „Sozialdemokrat“ bezeichnet habe.⁷⁵⁷ Der Beitrag gab das „Heckerlied“ – „Schmiert die Guillotine/ Mit des Fürsten Fett;/ [...] Fürstenblut muss fließen,/ Fließen stiefeldick,/ Und daraus ersprießen/ Die rote Republik [...]“ – wieder, das er als „blutrünstig, aber politisch nicht uninteressant“ bezeichnete.⁷⁵⁸

Zum Verfassungstag 1930 stellte Philipp Scheidemann in einem Artikel in dem gleichen Blatt die Paulskirchenmehrheit vom 11. August 1848, die Friedrich Hecker sein Mandat aberkannte, als „Kleinigkeitskrämer“ und als solche als Vorläufer der Nationalliberalen und der Deutschen Volksparteier hin.⁷⁵⁹ Max Quarck hatte 1924 in seiner Geschichte der Arbeiterverbrüderung 1848/49 geschrieben, dass Hecker im Revolutionsjahr seit dem Vorparlament der „politische Held“ der organisierten Arbeiterschaft gewesen sei.⁷⁶⁰ Die Zeitschrift *Deutsche Republik* hatte Hecker, dem „Fürstenhasser und Volksfreund“, bereits im Dezember 1927 ein überaus freundliches Porträt gewidmet, das abschließend ebenfalls das Heckerlied – allerdings nicht die blutrünstige Passage wie die *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* wenige Monate später – zitiert hatte.

⁷⁵⁶ „Das tolle Jahr“. Was Wilhelm II. von ‚1848‘ wusste. Einige historische Fingerzeige“, in: SHVZ, 17.3.1928, 18.3.1929 u. 18.3.1930. Der zitierte Bericht stammte aus dem *Vorwärts*. Vgl. Reden des Kaisers. Ansprachen, Predigten und Trinksprüche Wilhelms II., S. 96 f.

⁷⁵⁷ Heckers Bekenntnis als Sozialdemokrat war abgedruckt in Klein (Hg.), *Der Vorkampf deutscher Einheit und Freiheit*, S. 112; zum Hecker-Mythos vgl. Rudolf Muhs, *Heckermythos und Revolutionsforschung*, in: *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins*, 134 (1986), S. 422-441.

⁷⁵⁸ E. Schairer, Stuttgart, „Das Heckerlied“, in: SHVZ, 17.3.1928; auch: Anton Fendrich, *Die badische Bewegung der Jahre 1848/49* (=Die Paulskirche. Eine Schriftenfolge, Bd. 9), Frankfurt a. M. 1924, S. 27.

⁷⁵⁹ Philipp Scheidemann, „Vom 11. August“, in: SHVZ, 9.8.1930; ebenfalls kritisch über das Votum der Paulskirche in dieser Frage: Fendrich, *Die badische Bewegung der Jahre 1848/49*, S. 45-47. Die Rede Simsons gegen die Zulassung Heckers zur Nationalversammlung abgedruckt bei: Mollat, *Reden und Redner*, 1895, S. 77-84; Klein (Hg.), *Der Vorkampf deutscher Einheit und Freiheit*, S. 299-301; Strunk (Hg.), *Reden aus der ersten deutschen Nationalversammlung*, S. 27-30; vgl. Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution*, Bd. 2, S. 170; Quarck, *Die erste deutsche Arbeiterbewegung*, S. 125 f.

⁷⁶⁰ Vgl. ebd., S. 241.

„Wenn die Leute fragen,
Lebt der Hecker noch,
Sollt ihr ihnen sagen
Ja, er lebet noch.
Er hängt an keinem Baume
Er hängt an keinem Strick
Sondern an dem Traume
Der deutschen Republik.“⁷⁶¹

Der einzige Beleg für ein Hecker-Gedenken im süddeutschen Raum ist die Teilnehmerplakette des südwestdeutschen Republikanertags des Reichsbanners in Mannheim 1929, die Heckers Porträt zeigte.⁷⁶² Es ist ausdrücklich zu betonen, dass dieses Hecker-Gedenken in der Sozialdemokratie in der Weimarer Republik eine Randerscheinung bildete. Dies war schon deshalb nicht überraschend, weil sozialdemokratische Historiker wie Wilhelm Bloß und Franz Mehring im Kaiserreich über Hecker eindeutig negativ geurteilt hatten.⁷⁶³ Ein weiterer Grund dafür, dass sich auf sozialdemokratischer Seite in den ersten Jahren der Republik überhaupt keine Belege für ein solches Gedenken finden lassen, dürfte sein, dass es naheliegende Parallelen zwischen dem Hecker-Aufstand 1848 und den kommunistischen Putschversuchen ab 1919 gab. Heckers Aufstand im April 1848 und der Berliner Januaraufstand 1919 fanden jeweils zu einem Zeitpunkt statt, als Wahlen nach allgemeinem gleichen Wahlrecht zu einer Nationalversammlung angesetzt waren.

In der *Leipziger Volkszeitung* schrieb zum Märzfeiertag 1928 der austromarxistische Theoretiker Max Adler. Das war symptomatisch, da sich die politische Linie der *Volkszeitung* mit der austromarxistischen deckte. Symptomatisch war im Hinblick auf den Inhalt des Kommentars auch, dass Adler ihn zum ersten Märzfeiertag nach dem Justizpalastbrand in Wien 1927 schrieb. Für Adler war die 48er-Revolution zweifelsohne ein „großes historisches Ereignis“; sie habe das Werk der Französischen Revolution auch für Mitteleuropa vollendet,

⁷⁶¹ Heinrich Scharp, Der Held des Heckerliedes. Aus dem Leben eines badischen Demokraten von 1848, in: Deutsche Republik, 2 (1927/28), S. 382-384, hier: 384; Scharp hatte 1923 eine Dissertation über Hecker vorgelegt: Friedrich Hecker. Ein deutscher Demokrat (1811–1881), phil. Diss., Frankfurt a. M. 1923; weiterer Artikel zu Hecker: Otto Ernst Sutter, „Der rote Hecker“, in: VZ, 19.4.1928, MA; zum Heckerlied: Veit Valentin, Baden und Preußen im Jahre 1849, in: Ludwig Bergsträsser u.a., Von staatlichem Werden und Wesen. Festschrift für Erich Marcks zum 60. Geburtstag, Stuttgart/Berlin 1921, S. 105-122, hier: 115.

⁷⁶² Vgl. Schneider, Erinnerungen an die badisch-pfälzische Revolution und die Pflege der 1848/49er-Tradition zwischen der Reichsgründung und dem Ende der Weimarer Republik, S. 344 f.; zu Hecker vgl. Sabine Freitag, Friedrich Hecker. Biographie eines Republikaners (=Transatlantische historische Studien, Bd. 10), Stuttgart 1998; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1, S. 482 f., 495 f., Bd. 2, S. 582; Stadelmann, Soziale und politische Geschichte, S. 105-107.

⁷⁶³ Bloß, Die deutsche Revolution, S. 185, 205 f.; Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, S. 368.

indem sie das „von dem Hass und Fluch aller europäischen Völker umbrandete Metternichsche System“, das auf der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung von ganz Europa schwer gelastet, beseitigt habe. Das Jahr 1848 bedeute aber zugleich auch „den Beginn der Überwindung“ der „bürgerlichen Freiheitsidee“ durch das Erwachen des proletarischen Klassenbewusstseins mit seiner neuen Idee der sozialen Befreiung.

In Deutschland sei damals der „unüberbrückbare Gegensatz zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat“ vielleicht noch dadurch verhüllt worden, dass in Wien und Berlin die Monarchien das Werk der Reaktion vollendeten, aber die Geschichte habe „für die notwendige Klarheit“ dadurch gesorgt:

„dass es in Frankreich gerade nicht die alte Monarchie, sondern die durch die Revolution neubegründete Republik war, die diese Reaktion in der Juni-Schlacht des Jahres 1848 noch blutiger durchgeführt hatte.“

Dadurch habe 1848 die geistige und moralische Loslösung des Proletariats von der Bourgeoisie, das selbstständige Hervortreten des Proletariats als eigene Klasse bewirkt, die von nun an „befreit von den Illusionen bürgerlicher Freiheitsideen“ die Erkenntnis gewonnen habe, dass es seine Freiheit nur im Kampf gegen jede Form des kapitalistischen Staates, also auch gegen die demokratische bürgerliche Republik gewinnen könne.

„Nun ist klar, warum die Gedenktage von 1848 so unvergänglichen Wert und immer noch ihre volle Bedeutung für das Proletariat haben. Wir gedenken an ihnen der unzähligen Opfer des großen Jahres, der Märzgefallenen, der Juni- und Oktobermartyrer in treuer Dankbarkeit, weil sie im Glauben an große Ideale der Volksbefreiung gefallen sind, und so auch Vorkämpfer für *unsere* Sache für den Endkampf der sozialen Befreiung waren.“

Adler verallgemeinerte im Folgenden die marxistische Überzeugung vom Verrat des Bürgertums an der deutschen 48er-Revolution. Die bürgerlichen Revolutionen hätten überall mit dem Verrat der Bourgeoisie an ihren demokratischen Idealen geendet. Die wirkliche Befreiung des Proletariats sei nur durch die Verwirklichung der sozialen Demokratie und Republik möglich, die keinen Gegensatz von Arm und Reich mehr kenne. Das sei wiederum nur zu erreichen, wenn durch eine „*soziale* Revolution“ die kapitalistische Gesellschaft und der Klassenstaat beseitigt würden.⁷⁶⁴

⁷⁶⁴ Max Adler, „Die Bedeutung des Jahres 1848“, in: LVZ, 17.3.1928.

Die „Rote Fahne“

Während der *Vorwärts* 1928 den Kommunisten das Recht bestritt, sich auf die 48er-Revolution zu berufen, hielt Ernst Schneller den Sozialdemokraten in der *Roten Fahne* vor, mit der Märzfeier die bürgerliche Republik als Erfüllung von 1848 zu glorifizieren und ihre eigene Politik des Burgfriedens, der Arbeitsgemeinschaft und der Regierungskoalition zu rechtfertigen. Dazu kam noch der Vorwurf, eine umfassende Amnestie für politische Gefangene zu verhindern, der auch noch einmal in einem eigenen Artikel erhoben wurde.⁷⁶⁵ Außerdem brachte das kommunistische Zentralorgan einen Artikel „Mit der Knarre in der Hand“, der sich – ohne Angabe von Ort und Zeit der Handlung – in Barrikadenromantik erging.⁷⁶⁶ Abgedruckt wurden weiterhin unter dem Namen Franz Mehrings eine Schilderung der preußischen 48er-Revolution, wobei es sich um eine gekürzte Fassung des bereits 1923 von der Zeitung veröffentlichten Textes handelte, und ein Beitrag über die „Heldinnen der Kommune“.⁷⁶⁷

Außerdem erschien 1928 von kommunistischer Seite eine Publikation „Die Achtundvierziger. Reden und Dokumente der europäischen Revolution“. In der Einleitung hieß es, wenn auch die einzelnen nationalen Bewegungen 1848 gescheitert seien, habe die

„48er-Weltrevolution als Ganzes doch *große Siege* errungen: Sie hat die Heilige Allianz gesprengt, den aktiven Faktor ihres Systems, Metternich, verjagt, dem französischen königstreuen Legitimismus einen schweren Schlag versetzt“.

Zitiert wurde in dem Band auch die Ansprache Marx' an die Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten vom März 1850, in der er gesagt hatte:

„*Weit entfernt, den sog. Exzessen, den Exempeln der Volksrache an verhassten Individuen oder öffentlichen Gebäuden, an die sich nur gehässige Erinnerungen knüpfen, entgegenzutreten, muss man diese Exempel nicht nur dulden, sondern ihre Leitung selbst in die Hand nehmen.*“⁷⁶⁸

⁷⁶⁵ Ernst Schneller, „Der Weg der Revolution. Zum 18. März 1928“, in: RF, 18.3.1928; „Die SPD-Führer verhindern Amnestie! Hunderte proletarische Gefangene sollen weiterschmachten“, in: ebd.

⁷⁶⁶ Paul Körner, „Mit der Knarre in der Hand“, in: ebd.

⁷⁶⁷ Franz Mehring, „Barrikadenkämpfe in Berlin 1848“, in: ebd.; Pierre Solet, „Die Heldinnen der Kommune“, in: ebd. Die *Internationale* beschränkte sich 1928 auf einen Artikel zum kommunistischen Manifest: Hermann Duncker, Zum 80. Geburtstag des Kommunistischen Manifestes, in: Die Internationale, 11 (1928), S. 99-103. Im Vorjahr hatte sie zwei Artikel über die 48er-Revolution abgedruckt: Karl Marx, „Die Revolution von 1848 und das Proletariat“, Rede bei der Feier des vierjährigen Bestehens des ‚Peoples Paper‘ (1856), in: ebd., 10 (1927), S. 406-408; „Dem Andenken der Juni-Kämpfer“ (aus der *Neuen Rheinischen Zeitung* vom 28. Juni 1848), in: ebd., S. 408-410.

⁷⁶⁸ Die Achtundvierziger. Reden und Dokumente der europäischen Revolution. Mit einer Einleitung von Wilhelm Baumann (=Redner der Revolution, Bd. 12/2. Band der neuen Folge), Berlin 1928, S. 12, 73; vgl. Karl Marx/Friedrich Engels, Ansprache der Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten vom März 1850, in: Marx/Engels, Gesamtausgabe, Erste Abteilung, Bd. 10: Juli 1849 bis Juni 1851, Berlin (Ost) 1977, S. 254-263, hier: 259.

Die linksliberale Presse

In den linksliberalen Zeitungen schlugen die historischen Artikel und Kommentare zum 80. Jubiläum der Märzrevolution einen scharfen Ton gegenüber den Hohenzollern an. Die *Berliner Volkszeitung* veröffentlichte eine vierteilige Serie über das „tolle Jahr“, in der Friedrich Wilhelm IV. und der Prinz von Preußen schärfer als sonst – wenn man von den Kommunisten absieht – in der Weimarer Republik üblich angegangen wurden. Sie erinnerte daran, dass Friedrich Wilhelm IV. in seiner in den ersten Stunden des 19. März 1848 verfassten Erklärung „An meine lieben Berliner“ behauptet hatte, dass nach den „zufälligen“ Schüssen am 18. März „eine Rotte von Bösewichtern“ die guten Bürger zum Kampf verführt habe. Die Demütigung des Königs am 19. März sei die Quittung für diese Behauptung gewesen.

Über den Prinzen von Preußen, den späteren Kaiser Wilhelm I., schrieb das Blatt, weil er den Befehl gegeben habe, auf das Volk zu schießen, habe er den Spottnamen „Kartätschenprinz“ erhalten und habe als „Fuhrwerksbesitzer Lehmann“ nach England fliehen müssen.⁷⁶⁹ Zur Rolle des Kronprinzen bei der Niederschlagung der Revolution 1849 hieß es:

„Er, der schlimmste Absolutist, der glaubte, dass die Könige von Gott eingesetzt und nur diesem Rechenschaft schuldig seien, dass eine Auflehnung gegen die Königsgewalt einer Gotteslästerung gleichkomme und daher solche Verbrecher von ihm keine Gnade erwarten dürften – dieser bigotte Profitjäger, der mit dem Namen Gottes Missbrauch trieb, wurde Oberbefehlshaber zur Niederwerfung des Volksaufstands!“

Die Serie endete mit dem Appell, bei allen Irrtümern, die es gegeben haben möge, auf die deutsche „Nationalrevolution“ stolz zu sein.⁷⁷⁰

Der demokratische Politiker und außenpolitische Sprecher der DDP, Ludwig Haas, der laut seinem Mitherausgeber der *Deutschen Republik* Josef Wirth den Symbolen des Jahres 1848

⁷⁶⁹ Vgl. Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution*, Bd. 1, S. 423-430, 438 f., 445-449; Stadelmann, *Soziale und politische Geschichte*, S. 77. Die Schulgeschichtsbücher von Kaiserreich, Weimarer Republik und Drittem Reich hielten es dagegen für erwiesen, dass der Prinz von Preußen den Militäreinsatz *nicht* zu verantworten hatte. Vgl. Doering, *Das sperrige Erbe*, S. 461. Die *Deutschen Stimmen* hatten Wilhelm I. 1921 im 50. Jubiläumsjahr seiner Ausrufung zum Kaiser des Deutschen Reiches als „letzten deutschen Volkskönig“ gefeiert. O. Raupach, *Von Preußens Bedeutung in der Geschichte*, in: *Deutsche Stimmen*, 33 (1921), S. 69-74, hier: 73; auch: W. Steffens, *Wilhelm I. zum Gedächtnis. Zu seinem 125. Geburtstag*, in: ebd., 34 (1922), S. 179-185.

⁷⁷⁰ Fritz Walter Meckauer, „Das tolle Jahr. Vor 80 Jahren Glück und Ende der achtundvierziger Revolution. Nach alten Quellen“, in: *BVZ*, 13.3., *AA*, 14.3., *AA*, 15.3., *AA* (Zitate), 16.3.1928, *AA* (Zitate). Meckauer schrieb 1928 zum selben Thema auch im *Reichsbanner*: „Das tolle Jahr 1848. Zum 80. Geburtstag der deutschen Volkserhebung. Entstehung, Verlauf und Wirkung der achtundvierziger Revolution nach alten Quellen“, in: *RB*, 5 (1928), Nr. 6. An den Aufruf „An meine lieben Berliner“ hatte 1925 mit gleichem Tenor auch schon das Publikationsorgan des Reichsbanners erinnert: Hans Bauer, „Der Aufruf“, in: *RB*, 2 (1925), Nr. 8.

große Bedeutung beimaß, der 1922 allerdings auch geschrieben hatte, Deutschland habe „keine demokratische Tradition“, hieb in einem Kommentar im *Berliner Tageblatt* in die gleiche Kerbe. Auffällig ist dabei, dass es 1928 aufseiten der DDP ein jüdischer (und süddeutscher) Politiker war, der sich am stärksten für die Erinnerung an die 48er-Revolution einsetzte, wie auch schon auf der Paulskirchenfeier 1923 der prominenteste Vertreter der DVP ein Nachfahre des jüdischen Achtundvierzigers Gabriel Riesser gewesen war.⁷⁷¹

Haas erklärte in seinem Beitrag, es sei die „vaterländische Pflicht“ der deutschen Republikaner, an die „Freiheitsbewegung und an die Einheitsbewegung“ von 1848/49 zu erinnern. Der tiefste Grund für die Revolution sei das nach den Befreiungskriegen gebrochene Verfassungsversprechen des preußischen Königs und das Fortbestehen der deutschen Kleinstaaterei gewesen:

„In völliger Verblendung glaubte dann der König von Preußen, dass nicht der Wortbruch die Volksbewegung verursacht, dass nicht tiefe nationale Leidenschaft lebendig geworden sei, sondern dass alles das Werk bössartigen Gesindels und vor allem revolutionärer Fremder sei.“⁷⁷²

Dem fügte Haas hinzu:

„Die Methoden und Anschauungen der Reaktion bleiben sich durch alle geschichtlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen hindurch merkwürdig gleich.“

Wie schon die Serie in der *Berliner Volkszeitung* setzte sich Haas mit der Erklärung „An meine lieben Berliner“ auseinander; er nannte sie eine „peinliche Mischung“ aus einer „Verschiebung der Verantwortlichkeit auf eine ‚Rotte von Bösewichtern, meist aus Fremden bestehend““ und der „ängstlichen Zusicherung“, die Truppen von den Straßen und Plätzen abzuziehen. Obwohl sein eigener Polizeipräsident „das Märchen der vielen Fremden“ nicht geglaubt habe, habe der König am 13. Mai an seinen Freund Bunsen in London geschrieben,

⁷⁷¹ Joseph Wirth, Dem toten Freund Ludwig Haas, in: *Deutsche Republik*, 4 (1929/30), S. 1377-1380, hier: 1377; Ludwig Haas, Der Kampf um die Demokratie, in: *Die Hilfe*, 28 (1922), S. 114 f.; vgl. Frye, *Liberal Democrats*, S. 201; Jürgen C. Heß, ‚Das ganze Deutschland soll es sein‘. Die republikanischen Parteien und die deutsche Frage in der Weimarer Republik, in: Josef Becker/Andreas Hillgruber (Hg.), *Die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert. Referate und Diskussionsbeiträge eines Augsburger Symposions* 23. bis 25. September 1981, München 1983, S. 277-317, hier: 285. Auf dem Parteitag der DDP im November 1921 hatte sich Haas für Schwarz-Rot-Gold stark gemacht: „Die Farben Schwarz-Rot-Gold bedeuten etwas in der Geschichte des deutschen Volkes, in der Geschichte der deutschen Einheit und Freiheit, und sie sind älter als die Farben Schwarz-Weiß-Rot.“ Bericht über die Verhandlungen des 3. (ordentlichen) Parteitags der Deutschen Demokratischen Partei, S. 87.

⁷⁷² Zum gebrochenen Verfassungsversprechen der preußischen Krone vgl. Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution*, Bd. 1, S. 26.

10 000 Mann Gesindels, tatsächlich aber wohl das Doppelte habe sich bei Ausbruch der Revolution in der Stadt aufgehalten.⁷⁷³

Haas zitierte das in seinen Augen beste Wort über die Toten des 18. März, das Rudolf von Gneist im Jahre 1849 über sie geschrieben hatte:

„Es ist recht verdienstlich, seine patriotische Begeisterung in einer Adresse, in einer beifallklatschenden Versammlung oder bei einem Festmahl zu betätigen – aber für eine Meinung sterben, ist auch etwas. Man hat häufig behauptet, dass unter den Gefallenen mehrere Dutzend bestrafte Diebe gewesen seien. Geheimräte waren freilich nicht darunter! Wäre jene Behauptung wirklich wahr, so hat der Tod jene Männer ehrlich gemacht!“⁷⁷⁴

Mit Blick auf einen volksparteilichen Politiker, der unlängst erklärt hatte, sein Ideal sei die englische Staatsform, also die parlamentarische Monarchie, die eine veredelte Form der Republik darstelle, schrieb Haas, als noch Zeit für diese Reform gewesen sei, sei voller Stolz erklärt worden, man wolle kein „Schattenkaisertum“.⁷⁷⁵ Als Aufgaben der Zeitgenossen in Erinnerung an die 48er-Revolution nannte der demokratische Politiker abschließend: die Stärkung der Republik, die Errichtung des deutschen Einheitsstaates, Freiheit für die Deutschen jenseits der Reichsgrenzen „und das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung“ – mit Letzterem war zumindest auch der Anschluss Deutschösterreichs gemeint.⁷⁷⁶

Im Jahr darauf wurde zum Märzfeiertag in der *Berliner Volkszeitung* in Verbindung mit dem Gedenken an die 48er-Revolution eine konkrete politische Forderung jenseits des Anschlusses und des Einheitsstaates erhoben – was in der Weimarer Republik eher selten vorkam. Carl Perls erinnerte an die Abschaffung der Todesstrafe durch die preußische Nationalversammlung 1848, der Friedrich Wilhelm IV. jedoch seine Zustimmung versagt

⁷⁷³ Vgl. Friedrich Wilhelm IV. und Bunsen, S. 116.

⁷⁷⁴ Vgl. Rudolph Gneist, *Berliner Zustände. Politische Skizzen aus der Zeit vom 18. März 1848 bis 18. März 1849*, Berlin 1849, S. 8; auch abgedruckt in Klein (Hg.), *Der Vorkampf deutscher Einheit und Freiheit*, S. 179 f.; die Zeitschrift *Die Hilfe* hatte bereits im März 1923 das Gneist-Zitat gebracht: Über 1848, in: *Die Hilfe*, 29 (1923), S. 91 f., hier: 92; im März 1928 erneut in einer Auswahl von Zitaten aus der Sammlung von Klein: *Die Märzrevolution 1848 in Berlin und in Preußen*, in: ebd., 34 (1928), S. 128-130, hier: 129. Laut Valentin war unter den identifizierten Toten und Gefangenen der Berliner Märzkämpfe kein einziger kriminalistisch vorbestraft. Vgl. Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution*, Bd. 1, S. 445.

⁷⁷⁵ Ähnlich: Wilhelm Heile, *Der nationale Gedanke in der deutschen Republik*, in: *Die Hilfe*, 26 (1920), S. 179-184, hier: 182; Albrecht Graf zu Stolberg-Wernigerode, *Die Schuld an der Revolution*, in: *Deutsche Stimmen*, 36 (1924), S. 151-158, hier: 156.

⁷⁷⁶ Ludwig Haas, „Zum 18. März 1848. Vor 80 Jahren“, in: *BT*, 18.3.1928, MA.

hatte. Die *Kreuzzeitung* habe im August 1848 gewagt, dazu zu schreiben, die Abschaffung der Todesstrafe sei eine „Rückkehr zur Barbarei“. In der Abstimmung in der preußischen Nationalversammlung hätten fast ausschließlich Geistliche beider Konfessionen, hohe Juristen und Verwaltungsbeamte sowie Rittergutsbesitzer gegen die Abschaffung der Todesstrafe votiert. Perls wünschte sich, dass dem Reichstag gelingen möge, was damals die Preußische Nationalversammlung vergeblich verlangt habe.⁷⁷⁷

Die *Vossische Zeitung* druckte 1928 einen unveröffentlichten Abschnitt aus den tagebuchartigen Aufzeichnungen über die Märztage 1848 des späteren Justizrats Anton Levin ab, in dem die Kämpfe am 18. März in Berlin drastisch geschildert wurden. In dem von der *Vossischen Zeitung* gewählten Ausschnitt wurde – was sonst aller meist unerwähnt blieb – auch geschildert, dass es in den Tagen vor dem Ausbruch der Kämpfe am 18. März Zusammenstöße zwischen den Truppen und der Berliner Bevölkerung gegeben hatte, bei denen unbewaffnete Zivilisten verletzt und einige getötet worden waren.⁷⁷⁸ Ein weiterer Artikel in der *Vossischen Zeitung* handelte von den Revolutionserinnerungen Franz Sigels, der als Student die Revolution von 1848/49 in Süddeutschland mitgemacht hatte und später Generalmajor im amerikanischen Bürgerkrieg gewesen war. Der Autor des Beitrags skizzierte die Lage im Revolutionsjahr folgendermaßen:

„In Baden und Posen wütete der Aufstand, in Berlin herrschte das Proletariat, in Sachsen und Thüringen hatten terroristische Verbände das Ruder in der Hand.“⁷⁷⁹

Im Oktober 1928 brachte die *Vossische Zeitung* einen höchst ausführlichen Artikel über die Polizeiliteratur der Reaktionszeit nach der Niederschlagung der 48er-Revolution, insbesondere die „schwarzen Bücher“, die der Verfolgung von an der Revolution beteiligten Personen gedient hatten und deren Einziehung und Vernichtung König Wilhelm von Preußen

⁷⁷⁷ Carl Perls, „Wie die Abschaffung der Todesstrafe beschlossen wurde. Aber der König hintertrieb es“, in: BVZ, 17.3.1929, MA. Auch der Grundrechtskatalog der Paulskirche sah die Abschaffung der Todesstrafe vor. Vgl. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 290, 314, 458. Ein entsprechendes Zitat findet sich in dem folgenden Artikel mit Reden aus der Paulskirche: Aus der Deutschen Nationalversammlung 1848/49, in: Die Hilfe, 34 (1928), S. 223-225; auch in: „Worte aus der Paulskirche. Aus dem Jahre 1848“, in: FZ, 18.3.1923, 1. MB.

⁷⁷⁸ „Im Völkerfrühling vor achtzig Jahren“, in: VZ, 18.3.1928. Erwähnt wurden die Zusammenstöße in den Tagen vor dem 18. März auch in der Schilderung unter dem Namen Franz Mehrings, welche die *Rote Fahne* 1923 abgedruckt hatte: Mehring, „Die Märzrevolution“, in: RF, 18.3.1923. Eine drastische Schilderung des Marsches der in den Berliner Märzkämpfen Gefangenen nach Spandau findet sich auch in dem folgenden fiktiven Stück: Erwin Frehe, „Eine Nacht im März“, in: RB, 7 (1930), Nr. 11; vgl. Klein (Hg.), Der Vorkampf deutscher Einheit und Freiheit, S. 191-194; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1, S. 422 f., 425, 430 f., 435, 443 f.; Hachtmann, Berlin 1848, S. 137-157, 159, 169; Bloss, Die deutsche Revolution, S. 131-133, 147. Clark betont dagegen die Provokationen des Militärs durch „die Masse“. Vgl. Clark, Preußen, S. 537-539.

⁷⁷⁹ C. A. Bratter, „General Sigel über 1848“, in: VZ, 18.3.1928.

1861 bei seinem Amtsantritt in Verbindung mit dem Amnestieerlass für die politischen Flüchtlinge von 1848/49 befohlen habe, um die Erinnerung an den „Kartätschenprinzen“ auszulöschen.⁷⁸⁰

In der *Frankfurter Zeitung* schrieb der Historiker Veit Valentin ausführliche Betrachtungen zum 18. März 1928. Zunächst versuchte er, die überlieferten Vorwürfe gegen die Achtundvierziger zu widerlegen. Die Kritik, die Achtundvierziger seien politische Philister gewesen, relativierte er durch die Behauptung, dass die Bismarck-Stammtische der 1880er-Jahre und die Verbände, die im Ersten Weltkrieg die Annexion von Calais gefordert hätten, viel erstaunlichere Beispiele für politisches Philistertum seien. Genauso scharf wie die *Berliner Volkszeitung* und Ludwig Haas im *Berliner Tageblatt* kritisierte Valentin Friedrich Wilhelm IV. Dieser sei historisch nicht zu retten; man wisse heute, was Leopold Ranke für ein geschmeicheltes Bild von diesem König gezeichnet habe. Friedrich Wilhelm IV. sei als „geistreicher Geschmacksmensch“ in die politische Welt hineingeraten und habe sich „mit hochmütiger Frivolität“ durch diese „durchzuschwindeln“ versucht.

„Seine erschreckende Unberechenbarkeit hat auch geradezu gehässige Züge, wie etwa die eigenmächtige Verwandlung von Kinkels lebenslänglicher Festungsstrafe in Zuchthaus, was ihm doch nicht verziehen werden kann.“⁷⁸¹

Valentin kritisierte zwar die liberalen Aristokraten und Großbürger dafür, dass sie nach Ausbruch der Revolution im März 1848 sofort das Bündnis mit den alten Mächten gesucht hätten, doch als entscheidenden Grund für das Scheitern der Revolution nannte er den Druck, den Russland auf Preußen ausgeübt habe. Ohne diesen Druck hätte Berlin nicht unter diesen Umständen die Frankfurter Kaiserkrone abgelehnt und vielleicht hätte es sie sogar akzeptiert.⁷⁸² Gegen die konservative Kritik, Revolution, Demokratie und Republik seien 1848 in Deutschland fremde Importartikel gewesen, wandte der Historiker ein:

„Geistespolitisch war ja Europa immer eine Einheit. Feudalismus, Kirchenspaltung, Aufklärung, Revolution, Marxismus sind *gesamteuropäische Erlebnisse*.“

⁷⁸⁰ Fritz Heymann, „Das schwarze Buch der Reaktion. Steckbriefe nach 1848“, in: VZ, 7.10.1928; vgl. Barclay, Friedrich Wilhelm IV., S. 300 f.

⁷⁸¹ In seiner Revolutionsgeschichte beschrieb Valentin Friedrich Wilhelm IV. als „fürstlichen Psychopathen“. Schon im Kaiserreich hatte Karl Binding den König „krank“ genannt. Vgl. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1, S. 30 f. (Zitat); Schwerin, The Revolution of 1848, S. 192; auch: Meinecke, 1848. Eine Säkularbetrachtung, S. 348; Stadelmann, Soziale und politische Geschichte, S. 157, 161-163. Hingegen betont die jüngere Forschung, dass Friedrich Wilhelms Bemühungen, in und nach der 48er-Revolution in Preußen möglichst viel von der monarchischen Autorität zu retten, weit erfolgreicher waren, als gemeinhin angenommen werde. Vgl. Barclay, Friedrich Wilhelm IV., S. 291; Clark, Preußen, S. 553.

⁷⁸² Außenpolitische Gründe für das Scheitern der 48er-Revolution hatte auch Hans Delbrück 1921 genannt. Delbrück, Schwarz-Rot-Gold oder Schwarz-Weiß-Rot, in: Deutsche Politik, 6 (1921), S. 1037-1041, hier: 1038.

Valentin schloss seine Betrachtungen mit einer Art Glaubensbekenntnis an „die Revolution“ im Allgemeinen und Konkreten:

„Der revolutionäre Stil wechselt. Die Zeit der Barrikaden ist längst vorbei, die der Panzerwagen wohl auch. Aber eine historische Entwicklung ohne Revolution gibt es in keinem Lande, die Revolution ist ewig, und der revolutionäre Gedanke in der ganzen Welt ist heute mächtiger als je. [...] Wir glauben an die Tradition von 1848. Die guten Geister dieses Jahres sollen uns helfen im deutschen Kampfe von morgen.“⁷⁸³

Ein Nationaldenkmal für Robert Blum

In seinen Betrachtungen erwähnte Valentin auch Robert Blum, nannte ihn einen „Helden in der deutschen Geschichte“ und urteilte: „Wenn Friedrich Ebert einen Vorläufer gehabt hat, dann ist es Robert Blum gewesen.“⁷⁸⁴ Daran anknüpfend forderte Valentin zwei Monate später am 18. Mai wiederum in der *Frankfurter Zeitung* ein „deutsches Nationaldenkmal“ für Blum (am Tag zuvor war in dieser Zeitung die schon weiter oben behandelte anonyme Zuschrift erschienen, die forderte, die Paulskirche zum Nationaldenkmal zu erheben). Auch wenn 1848 keine historische Figur hervorgebracht, die alles dominiert habe, so habe der „Volksmann“ Blum doch „wohl mehr getan und bedeutet“ als die anderen und er habe „früher als viele und bitterer, grausamer als alle den Märtyrertod für die Freiheit erlitten“.⁷⁸⁵ Valentin schilderte daran anschließend ausführlich Blums Leben. Dessen Erschießung in Wien am 9. November 1848 bezeichnete er als:

„einzig dastehenden Justizmord aus politischen Erwägungen heraus. Nichts hat das dynastische und militärische Österreich so von dem freiheitlichen Deutschland getrennt, wie dieser unerhörte Akt.“⁷⁸⁶

⁷⁸³ Vgl. Speth, *Nation und Revolution*, S. 321.

⁷⁸⁴ Valentin, „Das Jahr 1848 und die deutsche Gegenwart. Betrachtungen nach achtzig Jahren“, in: FZ, 18.3.1928, 1. MB; vgl. auch ders., *Das erste deutsche Parlament und wir*, S. 3; *Geschichte der deutschen Revolution*, Bd. 1, S. 323, 326, 331, 545-547, Bd. 2, S. 556, 592.

⁷⁸⁵ Die *Frankfurter Zeitung* hatte schon 1898 mit einem ausführlichen Gedenkartikel und dem Gedicht Freiligraths auf diesen an Blum, einen „der größten Volksmänner des Jahrhunderts“, erinnert. Vgl. Klemm, *Erinnert – umstritten – gefeiert*, S. 212; zu positiven linksliberalen Bezugnahmen auf Blum im Jahre 1948 vgl. Hachtmann, *Totenkulte und Ikonisierungen*, S. 173. Ralf Zerback urteilt in seiner Blum-Biografie, Blum sei „der einzige echte schwarz-rot-goldene Mythos“, den die deutsche Geschichte aufweise. Vgl. Zerback, *Robert Blum*, S. 6. In seiner *Revolutionsgeschichte* schrieb Valentin: „Der Kampf um den deutschen Staat hat 1848/49 keinen Gestalter von Genie gefunden. Das ist einer der Gründe seines Scheiterns.“ Vgl. Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution*, Bd. 1, S. 248.

⁷⁸⁶ Vgl. ebd., Bd. 2, S. 212 f.; Hachtmann, *Totenkulte und Ikonisierungen*, S. 172.

Anschließend habe das deutsche Volk um Robert Blum getrauert wie niemals zuvor um einen einfachen Bürger. Jedoch beabsichtigte Valentin mit dem geforderten Denkmal nicht nur dem Märtyrer der Freiheit zu gedenken, sondern er wollte auch ein großdeutsches Zeichen setzen:

„Ein Denkmal der Erinnerung und der Klage, aber auch ein Denkmal der Anklage und Warnung! Deutsches Reich und Österreich wachsen mehr und mehr zusammen zu der großen deutschen Schicksals- und Daseinsgemeinschaft, die Europa mindestens so nötig hat wie wir selbst. Das Denkmal des Demokraten und Republikaners Blum sollte ein Symbol dafür werden; vom deutschen Rhein ist er ausgegangen, um in den Auen der Donau zu sterben. Ein westdeutscher Untertan des Königs von Preußen wurde vom Vertreter des Kaisers von Österreich gerichtet. König und Kaiser sind dahin geschwunden, aber das deutsche Volk ist geblieben und sollte seine Führer, Befreier und Märtyrer zu ehren wissen.“

Valentin konstatierte, bis dato sei Blum noch kein öffentliches Denkmal in Deutschland gesetzt worden und seines Wissens sei weder in Wien noch in Köln noch in Leipzig und auch nicht in Frankfurt eine Straße nach ihm benannt worden – bei dieser Feststellung übersah er, dass im sozialdemokratisch regierten Wien 1919 zwar nicht eine Straße, aber immerhin eine Gasse so benannt worden war und dass die Gemeinde Wien im November 1923 Blum zusammen mit drei anderen nach der Niederschlagung des Wiener Oktoberaufstands 1848 Hingerichteten auf dem aufgelassenen Währinger Friedhof einen Denkstein gesetzt hatte. Abschließend drückte Valentin seine Hoffnung aus, dass die deutschen republikanischen Parteien oder gar die deutsche Republik zusammen mit der österreichischen Republik die Denkmalssetzung vornehmen werde.⁷⁸⁷

Insbesondere im Hinblick auf die Verhältnisse in der Republik Österreich, wo die Sozialdemokraten bereits 1920 aus der Regierung ausgeschieden und die Christlichsozialen – die Vorbehalte schon des reichsdeutschen Zentrums gegenüber dem Deutschkatholiken Blum sind erwähnt worden – permanent an der Regierung beteiligt waren, war diese Hoffnung

⁷⁸⁷ Valentin, „Ein deutsches Nationaldenkmal für Robert Blum“, in: FZ, 18.5.1928, AB (die Forderung nach einem Nationaldenkmal für Blum wurde in dem Leitartikel derselben Ausgabe der *Frankfurter Zeitung* unterstützt); vgl. Oncken, Die deutsche Nationalversammlung 1848 und 1919, S. 6; ders., Die Wiedergeburt der großdeutschen Idee (Österreichische Rundschau, 63 {1920}, S. 91-114), in: ders., Nation und Geschichte. Reden und Aufsätze 1919–1935, Berlin 1935, S. 45-70, hier: 51; zu Blum vgl. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1, S. 221-223, Bd. 2, S. 126, 134 f. Auch Wilhelm Heile bezeichnete den Anschluss als Voraussetzung für eine Gesundung der europäischen Verhältnisse: Heile, Deutschlands Einheit und europäische Sendung, in: Die Hilfe, 33 (1927), S. 296-299, hier: 297 f.

vollkommen unrealistisch.⁷⁸⁸ Für das politische Klima bezeichnend erwähnte Valentin in der Begründung seiner Forderung nach einem Nationaldenkmal für Blum zwei Aspekte dessen politischen Wirkens *nicht*: zum einen Blums westliche Orientierung, zum andern dessen gemäßigtes nationales Konzept.⁷⁸⁹ Von den republikanischen Parteien und dem Reichsbanner wurde Valentins Forderung 1928 *nicht* aufgegriffen, auch wenn der *Vorwärts* schon 1923 aus Anlass des 75. Todestags Blums gefordert hatte, die Erinnerung an diesen wieder zu beleben, und das Organ des Reichsbanners schon 1925, allerdings eher beiläufig, ein Denkmal für Blum angemahnt hatte.⁷⁹⁰ In dezidiert großdeutscher Absicht hatte 1924 Alexander Knoll, ein Sekretär des ADGB in Berlin, in der Zeitschrift des Österreichisch-Deutschen Volksbundes geschrieben:

„Das Blut Robert Blums, das damals auf der Brigittenau geflossen ist, ist es gewesen, das die ersten Keime des Zusammenhörigkeitsgedankens [der deutschen und deutsch-österreichischen Arbeiterklasse, D.B.] für alle Zeiten tief befruchtet hat.“⁷⁹¹

⁷⁸⁸ Zum Deutschkatholizismus in Wien 1848 vgl. Valentin, Bd. 2, S. 191. Noch 1998 hat der Historiker Wolfram Siemann konstatiert, die deutsche 48er-Revolution habe kein „authentisches Denkmal“ erhalten, das den Charakter eines Nationaldenkmals erlangt habe (Zweckgebäude, die wie die Frankfurter Paulskirche zum Symbol werden, sind nach Einschätzung Siemanns lediglich Symbolträger dritten Grades). Vgl. Siemann, *Der Streit der Erben*, S. 128 f.

⁷⁸⁹ Die *Berliner Volkszeitung* hatte zum 18. Mai 1923 Blum mit den Worten aus der Paulskirche zitiert: „Man muss an die Stelle der Gewalt das Evangelium der Freiheit setzen. [...] und das Ziel einer Verbrüderung des frei werdenden Westens, das ist es, dem ich meine Stimme leihe.“ „18. Mai 1848 – vor fünfundsiebzig Jahren – 18. Mai 1923“, in: BVZ, 18.5.1923, MA; auch zitiert bei: Appens, *Die Nationalversammlung zu Frankfurt a. M.*, S. 205-207; „Worte aus der Paulskirche. Aus dem Jahre 1848“, in: FZ, 18.3.1923, 1. MB; Petzet/Sutter, *Der Geist der Paulskirche*, S. 124-128; Sutter, *Die Linke der Paulskirche*, S. 29 f., 33; vgl. Zerback, *Robert Blum*, S. 100. Blums gemäßigte nationalen Vorstellungen konzediert selbst der Historiker Wollstein – freilich versteckt in einer Fußnote –, der ansonsten die starke Tendenz hat, die Unterschiede zwischen der Paulskirchenlinken und -rechten in nationalen Fragen einzuebnen: „Blum war wegen seines Einsatzes für das politisch Durchsetzbare und seines konsequenten Bemühens, die Interessen anderer Nationen zu berücksichtigen, am ehesten dazu geeignet, ein nationales Konzept mit Augenmaß zu realisieren.“ Wollstein, *Das ‚Großdeutschland‘ der Paulskirche*, S. 333, FN 72, auch: 326; vgl. Zerback, *Robert Blum*, S. 100 f., 251 f.; Droz, *Die deutschen Revolutionen von 1848*, S. 102 f.; Brandt, *The Revolution of 1848*, S. 118, 124; anders: Nipperdey, *Kritik oder Objektivität?*, S. 182.

⁷⁹⁰ O. E. H., „Robert Blum. Zur 75. Wiederkehr seiner Erschießung am 9. November“, in: *Vorwärts*, 9.11.1923, MA; schon im Vorjahr hatte der *Vorwärts* an Blum erinnert: Hermann Oestreicher, „Robert Blums Abschiedsbrief. Erinnerungen an den 9. November 1848“, in: *Vorwärts*, 9.11.1922, MA (der Brief hatte den Charakter einer Reliquie und war Wilhelm Blos' Geschichte der deutschen 48er-Revolution als Faksimile beigegeben; vgl. Zerback, *Robert Blum*, S. 289 f., 298; Blos, *Die deutsche Revolution*, S. 445 f., 449); „März-Porträts. Robert Blum/Johann Jacoby/Hecker“, in: RB, 2 (1925), Nr. 7; weitere Artikel zu Blum: Karl Karstädt, „Robert Blum“, in: ebd., 3 (1926), Nr. 15; Robert Riemann, „Robert Blum“, in: ebd., 4 (1927), Nr. 16; „Gedanken aus der Paulskirche“, in: ebd., 5 (1928), Nr. 6; Hermann Wendel, „Ein Held der Freiheit. Das Lied von Robert Blum“, in: ebd., Nr. 39; Arno Kapp, „Robert Blums letzte Stunde“, in: ebd.; Otto Ernst Hesse, „Robert Blums Erschießung. Die vorletzte Szene eines Volksstücks aus dem Jahre 1848 ‚Robert Blum‘ zum Gedächtnis des Todestages“, in: VZ, 10.11.1928, MA; „Das Schicksal Robert Blums“, in: VZ, 8.12.1931, AA. Im Gedenkbuch der Reichsregierung zum zehnten Verfassungstag wurde aus einer Paulskirchenrede Blums zitiert und sein Porträt abgebildet. Vgl. *Deutsche Einheit, deutsche Freiheit*, S. 56. Zur Verdrängung des Blum- (und Heckermythos) in der frühen Sozialdemokratie durch den Kult um die Berliner Märzgefallenen sowie der sozialdemokratischen Haltung zu Blum vgl. Hachtmann, *Totenkulte und Ikonisierungen* S. 170 f., 187.

⁷⁹¹ Alexander Knoll, *Der Anschlussgedanke in der deutschen Arbeiterschaft*, in: *Österreich-Deutschland*, 1 (1924), Nr. 2, S. 11 f.

Zwei Tage nach der Veröffentlichung des Aufrufs Valentins zur Errichtung eines Nationaldenkmals für Blum 1928 stellte die *Frankfurter Zeitung* diesen in ihrem Leitartikel zur Reichstagswahl am 20. Mai, in dem sie dazu aufforderte, DDP zu wählen, in eine Reihe mit dem Freiherrn vom Stein, Fichte und Friedrich Naumann.⁷⁹² Valentins Einsatz für ein Nationaldenkmal für Robert Blum stand in der Tradition der süddeutschen Volkspartei des Kaiserreichs, deren Heroen die Paulskirchenlinken gewesen waren, sowie der Sozialdemokratie und markierte einen scharfen Bruch mit der kleindeutschen Geschichtsschreibung des Kaiserreichs.⁷⁹³ Soweit die nationalliberalen Historiker positiv über die Paulskirche schrieben, bezog sich das ausschließlich auf die gemäßigten Liberalen. Vor allem bei Heinrich von Sybel erschien Blum als Ahne der Sozialdemokratie und Haupt einer revolutionären Bewegung.⁷⁹⁴ Auch ein Vergleich mit den Schulbüchern der Weimarer Republik zeigt, wie sehr Valentin mit seiner Forderung mit dem überkommenen Geschichtsbild brach: Soweit die Schulbücher im Kontext der 48er-Revolution die Hinrichtung Blums überhaupt erwähnten, enthielten sie sich häufig einer Wertung; lediglich ein Lehrbuch missbilligte sie ausdrücklich.⁷⁹⁵

Die „Deutsche Republik“

In der Zeitschrift *Deutsche Republik* schrieb Hermann Wendel zum Jubiläum der Märzrevolution. Nachdem er eingangs konstatiert hatte, der Glanz der Märzrevolution sei schneller erloschen als jeder anderen Volkserhebung der neueren Geschichte, ging er im Verlauf des Artikels auch auf die Bedeutung des Märzfeiertags gegenüber dem Ausland ein. Der 18. März habe in Europa großes Staunen ausgelöst darüber,

„dass auch der Deutsche die Sprache zu sprechen vermochte, zu der jedes mündige und reife Volk, sobald es zu toll kam, den Mund aufat. Der 18. März war, ob auch nachher sein Siegespreis entglitt, die Legitimationskarte, die wir vorzeigten, wenn irgendwo in der Welt unser Beruf zur Demokratie angezweifelt wurde, und stets lautete die Antwort: Passiert!“⁷⁹⁶

⁷⁹² „Ein klares Nein – ein klares Ja. Der Ruf an die Wähler“, in: FZ, 20.5.1928, 2. MB.

⁷⁹³ Vgl. Klemm, *Erinnert – umstritten – gefeiert*, S. 100, 155, 207 f.; Schwerin, *The Revolution of 1848*, S. 291; Hörth, *Gedenkfeiern*, S. 52 f.

⁷⁹⁴ Vgl. Baumgart, *Die verdrängte Revolution*, S. 96; Schwerin, *The Revolution of 1848*, S. 170. Ausgesprochen negativ war dann 1948 das Urteil des Historikers Rudolf Stadelmann über Blum. Vgl. Stadelmann, *Soziale und politische Geschichte*, S. 169.

⁷⁹⁵ Vgl. Doering, *Das sperrige Erbe*, S. 99.

⁷⁹⁶ Hermann Wendel, *Zum achtzigsten Jahrestag der Märzrevolution*, in: *Deutsche Republik*, 2 (1927/28), S. 768-770 (Zitat: 769); vgl. Gildea, *1848 in European Collective Memory*, in: R. J. W. Evans/Hartmut Pogge von Strandmann (Hg.), *The Revolutions in Europe 1848–1849. From Reform to Reaction*, Oxford u.a. 2002, S. 207-235, hier: 212.

Bemerkenswerter noch waren die beiden Artikel in dieser Zeitschrift im Jubiläumsjahr über das Mitglied der Preußischen Nationalversammlung von 1848 Benedikt Waldeck. Handelte es sich dabei doch ausdrücklich um den Versuch, für „jenen Flügel des Zentrums, dem das Bekenntnis zu Demokratie, Parlamentarismus und Republik mehr als Lippendienst ist“, einen Vorläufer in der 48er-Revolution aufzuweisen. Allerdings war der Anlass für den von Hermann Wendel geschriebenen zweiten ausführlicheren Artikel, dass ein Enkel Waldecks, Wilhelm Biermann, von einem *nicht* gerade demokratischen Standpunkt aus ein Buch über diesen geschrieben hatte.⁷⁹⁷

Die Artikel schilderten Waldeck als korrekten Beamten, unantastbaren Familienvater und treuen Katholiken und zugleich als Befürworter des Antrags in der Preußischen Nationalversammlung, in Anerkennung der Revolution zu erklären, die Kämpfer des 18. und 19. März hätten sich um das Vaterland verdient gemacht. Wendel zitierte Waldeck aus der Sitzung der preußischen Zweiten Kammer vom 5. April 1849 mit den Worten:

„Ein großer europäischer Krieg wird für die Zukunft nicht anders geführt werden können als durch die Kraft der Ideen und für eine Idee, und Preußen und Deutschland wird verloren sein, wenn es sich nicht auf die Seite der Ideen und des Fortschritts, der Freiheit und der Volkssouveränität stellt.“⁷⁹⁸

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“

Auch in der der DVP und DNVP nahestehenden Presse war das 80. Jubiläum der Märzrevolution Anlass für Kommentare und Artikel. In der *Deutschen Allgemeinen Zeitung* hieß es in einem Kommentar, die 48er-Revolution sei für die gesamte deutsche Nation eine „bittere Erfahrung“ gewesen. Aus tagesaktuellem Anlass schrieb das Blatt, die Achtundvierziger seien keine Pazifisten gewesen. Da der sozialdemokratische preußische Ministerpräsident Braun gegen den Bau eines einzigen Panzerschiffes kämpfe, solle man sich

⁷⁹⁷ Das stellte eine Parallele zur Biografie Robert Blums aus der Feder seines Sohnes Hans Blum dar. Vgl. Wilhelm Biermann, Franz Leo Benedikt Waldeck. Ein Streiter für Freiheit und Recht, Paderborn 1928; Michalka, Der umstrittene Robert Blum, S. 186; zum republikanischen Flügel des Zentrums vgl. Ruppert, Im Dienst am Staat von Weimar, S. 30, 33; zum Gedenken an und zur Denkmalssetzung für Waldeck in Berlin im Kaiserreich vgl. Klemm, Erinnert – umstritten – gefeiert, S. 81-84.

⁷⁹⁸ Perls, Waldeck und die Völkserhebung von 1848, in: Deutsche Republik, 2 (1927/28), S. 1103 f.; Hermann Wendel, Ein altpreussischer Demokrat, in: ebd., 3 (1928/29), S. 101-106, Zitate: 102 f. und 106; vgl. Stenographische Berichte über die Verhandlungen der durch das Allerhöchste Patent vom 5. Dezember 1848 einberufenen Kammern. Zweite Kammer. Von der Eröffnungssitzung am 26. Februar bis zur Auflösung in der siebenunddreißigsten Sitzung am 27. April 1849, Berlin 1849, S. 404 f., hier: 405; Ludwig Dehio, Benedict Waldeck, in: HZ, 136 (1927), S. 25-57; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 67 f.; Winkler, Der lange Weg nach Westen, Bd. 1, S. 112-115, 127; Stadelmann, Soziale und politische Geschichte, S. 179.

an die Forderung der Achtundvierziger nach einer deutschen Kriegsflotte und die Flottenlieder von Freiligrath und Herwegh erinnern.⁷⁹⁹

Hatten 1923 noch verschiedenste bürgerliche Zeitungen die Paulskirche als Folie für Kritik am zeitgenössischen Parlamentarismus genutzt, so sah die *Deutsche Allgemeine Zeitung* nun im Scheitern der Paulskirche ein generelles Argument gegen den Parlamentarismus. Wenn das „geistig höchststehende aller Parlamente“ seine Ziele nicht erreicht habe, dann sei das ein entscheidender Einwand gegen den Parlamentarismus an sich, der glaube, eine einheitliche Staatsleitung durch Parteidebatten ersetzen zu können.

Als Ursache für das Scheitern der liberalen und nationalen Bewegung 1848, die vom gebildeten und liberalen Bürgertum getragen worden sei, machte das Blatt die „revolutionären Gewalttätigkeiten der Märztage“ und ihre Begleiterscheinungen aus. In diesem Zusammenhang nannte es Ausländer wie den Polen „Mislowki“ (gemeint war Ludwig von Mieroslawski, der 1849 den Oberbefehl über die badische Revolutionsarmee übernommen hatte⁸⁰⁰) in Baden und den Russen Bakunin in Sachsen als „Haupttreiber linksradikaler Schreckensherrschaft“. Vom Linksradikalismus sei damals gegen die Reichsverfassung der Paulskirche genauso gehetzt worden wie heute gegen die Weimarer Verfassung. Die Gefahr einer „roten Schreckensherrschaft“, die in Teilen Deutschlands damals schon Realität geworden sei, habe die vom gebildeten Bürgertum getragene 48er-Bewegung erstickt.⁸⁰¹

In derselben Ausgabe der *Deutschen Allgemeinen Zeitung* schrieb der Historiker Willy Andreas über Friedrich Wilhelm IV., den „Romantiker auf dem Thron“. Dieser habe die ihm von der Paulskirche angebotene Kaiserkrone abgelehnt, weil er ihren revolutionären Ursprung

⁷⁹⁹ Vgl. Winkler, Weimar, S. 336. Im Gedicht „Die deutsche Flotte“ spricht Herwegh an das deutsche Volk gewandt: „[...] Zieh mutig in die Welt hinaus,/ Dass sie dein eigen werde!/ Du bist der Hirt der großen Völkerherde,/ Du bist das große Hoffnungsvolk der Erde,/ Drum wirf die Anker aus!// [...] Das Meer wird uns vom Herzen spülen/ Den letzten Rost der Tyrannei,/ Sein Hauch die Ketten wehn entzwei/ Und unsre Wunden kühlen./ Oh lasst den Sturm in euren Locken wühlen,/ Um frei wie Sturm und Wetter euch zu fühlen;/ Das Meer, das Meer macht frei! [...]“ Herweghs Werke, Teil 1: Gedichte eines Lebendigen, Berlin u.a. 1909, S. 108-111; vgl. Freiligraths Werke, Teil 2, S. 75-78; Mehring, [Die politische Lyrik und die deutsche Flotte] (1901), in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. 10, S. 510-512; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1, S. 263, 267 f. Diese beiden Flottenlieder Freiligraths und Herweghs wurden 1929 auch im Gedenkbuch der Reichsregierung zum zehnten Verfassungstag abgedruckt – vom herweghschen der Anfang und das Ende unter Auslassung der Strophe über den „Rost der Tyrannei“. Vgl. Deutsche Einheit, deutsche Freiheit, S. 35, 39 f.

⁸⁰⁰ Vgl. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 526-530.

⁸⁰¹ „Nach-März“, in: DAZ, 18.3.1928; vgl. Gerwarth, Der Bismarck-Mythos, S. 58 f.; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 480 f., 587.

verabscheut habe.⁸⁰² Zudem kam in dem Blatt ein „alter Berliner“ zu Wort, der seine persönlichen Erinnerungen an die Berliner Märzrevolution schilderte; dabei zog er die Revolution eher ins Lächerliche. Abschließend berichtete er davon, wie er jetzt nach vielen Jahren erstmals wieder in den Volkspark Friedrichshain gefahren sei und wie er sich bei verdutzten Verkäuferinnen nach dem dort befindlichen Denkmal Friedrichs des Großen erkundigt habe.⁸⁰³ Die *Deutsche Allgemeine Zeitung* erinnerte – anders als die anderen ausgewerteten Berliner Zeitungen – am 24. März 1928 auch noch einmal an die Erhebung Schleswig-Holsteins.⁸⁰⁴

Die deutschnationale Presse

Das Blatt der Altpreußen, die *Kreuzzeitung*, stellte in einer vierteiligen Serie die Berliner Märztage 1848 „in neuer Beleuchtung“ dar – dabei handelte es sich aber lediglich um eine Neuauflage der alten Verschwörertheorien über den Ausbruch der Revolution, an die auch Friedrich Wilhelm IV. selbst geglaubt und die die preußische Militärführung in ihren wichtigsten Schriften über die Berliner Märzkämpfe vertreten hatte. Bezeichnenderweise hatte es dagegen 1923 noch keinen Versuch gegeben, die Verschwörertheorie über den Revolutionsausbruch wieder zu beleben.

Nach der Darstellung der *Kreuzzeitung* 1928 hatten die Truppen am 18. März einen schnellen und glänzenden Sieg „über den unter fremdstämmigen Einfluss und blutfremder Führung revoltierenden Janhagel“ errungen. Als treibendes Element in der Berliner Revolution machte die Zeitung in erster Linie die „kühne polnische Jugend“ aus.⁸⁰⁵ Mit diesem Geschichtsbild

⁸⁰² Willy Andreas, „Der Romantiker auf dem Thron. Nach russischen Quellen“, in: DAZ, 18.3.1928; vgl. Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution*, Bd. 1, S. 36 f., Bd. 2, S. 379 f. In den *Deutschen Stimmen* wurde die Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV. 1925 damit gerechtfertigt, dass bei seiner Annahme 1848 möglicherweise nicht das Kleindeutschland in den Grenzen von 1871 zustande gekommen wäre, weil die Gefahr bestanden habe, dass die süddeutschen Staaten, die sich 1849 mit dem Ausschluss Österreichs nicht abfinden gewollt, sich dem Reich gar nicht angeschlossen hätten. A. Graf zu Stolberg, *Großdeutschland. Teil I: Der Weg bis zur Paulskirche*, in: *Deutsche Stimmen*, 37 (1925), S. 10 f.

⁸⁰³ Paul Bellardi, „Vor 80 Jahren in Berlin. Persönliche Erinnerungen an die Märzrevolution“, in: DAZ, 18.3.1928. Das *Reichsbanner* berichtete 1930 – mit gegenläufiger politischer Intention – in seinen Seiten für das „Jungbanner“ von einem 93 Jahre alten Revolutionsveteranen, der als Zwölfjähriger in der 48er-Revolution sich mit den schwarz-rot-goldenen Freiheitsfarben geschmückt und die Barrikadenkämpfer mit Munition versorgt habe, später nach Argentinien ausgewandert und jetzt Ehrenmitglied des Reichsbanner-Ortsvereins in Buenos Aires sei. „Ein Alter, der jung lebte“, in: RB, 6 (1930), Nr. 3, Jungbanner.

⁸⁰⁴ T. B., „Op ewig ungedeelt. Zur Erhebung Schleswig-Holsteins am 24. März 1848“, in: DAZ, 24.3.1928, AA.

⁸⁰⁵ Vgl. Stadelmann, *Soziale und politische Geschichte*, S. 61; Schwerin, *The Revolution of 1848*, S. 81-83, 466 f.; Hachtmann, *Berlin 1848*, S. 170, 189-199, 525 f., 530, 533; Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution*, Bd. 1, S. 419, 432, 438 f., 443-445, Bd. 2, S. 231 f. Auch 1898 hatte die *Kreuzzeitung* ausländische Aufrührer für die Revolution verantwortlich gemacht. Vgl. Klemm, *Erinnert – umstritten – gefeiert*, S. 178. In der – in der Literatur über die 48er-Revolutionserinnerung sehr häufig erwähnten – Reichstagsdebatte am 18. März 1898 über die 48er-Revolution hatte der Antisemit Max Liebermann von Sonnenberg eine Auflistung jüdischer

stand die *Kreuzzeitung* jedoch nicht alleine da; auch deutschnationale Historiker wie Adolf Rapp trugen die Verschwörertheorie, die in der Geschichtswissenschaft im späten Kaiserreich ad acta gelegt zu sein schien, erneut vor.⁸⁰⁶ Der Rückzug der Truppen nach ihrem Sieg über die Revolte war gemäß der Darstellung der *Kreuzzeitung* auf den verhängnisvollen Einfluss „unverantwortlicher Ratgeber“ zurückzuführen und habe in der Bürgerschaft große Bestürzung ausgelöst.

Von den Schüssen aus den Reihen des Militärs vor dem Schloss, die am 18. März 1848 die Kämpfe ausgelöst hatten, hieß es, sie seien gerade in die Höhe gegangen. Die Kämpfe hätten mit dem Ruf „Verrat! Verrat! – Zu den Waffen! Man mordet das Volk“ begonnen; dieser Ruf sei nichts weiter als eine vorsätzliche „Lüge“ und ein „nichtswürdiger Betrug“ gewesen. In der Schilderung schwang Kritik an Friedrich Wilhelm IV. mit, in den Märztagen zu milde agiert zu haben. Die Niederschlagung der Revolte, die in der Macht des Königs gelegen und die er aus Liebe zu seinem Volk unterlassen habe, hätte ihn selbst und das Vaterland vor „den nachfolgenden schmachvollen Vorgängen“ bewahren können.⁸⁰⁷ Ein Jahr zuvor hatte bereits die gleichfalls deutschnationale *Deutsche Tageszeitung* einen Artikel über den Empfang des Kronprinzen nach seiner Rückkehr aus dem Exil in England auf einer Reise nach Pommern im August 1848 durch die dortige königstreue Bevölkerung gebracht.⁸⁰⁸

Teilnehmer an der 48er-Revolution im Stil eines Polizeiberichts vorzutragen versucht. Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 160, S. 1608; Wollstein, Gedenken an 1848, S. 327

⁸⁰⁶ Vgl. Faulenbach, Ideologie des deutschen Weges, S. 115; Baumgart, Die verdrängte Revolution, S. 130 f.; Schwerin, The Revolution of 1848, S. 84, 206, 237, 246. Im Kaiserreich hatte die Behauptung, die Revolution sei wesentlich von Ausländern, vor allem Franzosen und Polen, ausgelöst worden, Eingang in die Schulgeschichtsbücher sowie die didaktische Literatur gefunden. In der Weimarer Republik fand sie sich *nicht* mehr in den Lehrbüchern für höhere Schulen, in denen für niedere Schulen jedoch weiterhin. Unter dem Nationalsozialismus erfolgte auch in den Lehrbüchern für höhere Schulen eine Rückkehr zur These von der durch Ausländer ausgelösten Berliner Märzrevolution, wobei nun neben Franzosen und Polen häufig auch Juden genannt wurden. Vgl. Doering, Das sperrige Erbe, S. 420 f.

⁸⁰⁷ „Die Berliner Märztage des Jahres 1848 in neuer Beleuchtung“, in: NPZ, 17.3., AA (Zitate), 21.3., AA (Zitate), 28.3., AA, und 4.4.1928, AA; vgl. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1, S. 436. Mit dem Vorwurf an Friedrich Wilhelm IV., in den Märztagen gegenüber der Revolution schwächlich gehandelt zu haben, lag die *Kreuzzeitung* ganz auf der Linie der damaligen Position des Kronprinzen Wilhelm. Vgl. Clark, Preußen, S. 544 f.

⁸⁰⁸ K. H., „Pommern-Treue 1848. Prinz Wilhelm und seine Pommern. – Unbekannte Dokumente der Märzrevolution“, in: DTZ, 18.3.1927, AA; zur Haltung der königstreuen Landbevölkerung in Preußen, insbesondere in Brandenburg und Pommern, im Revolutionsjahr vgl. Clark, Preußen, S. 553 f.

Paulskirchengedenken 1928

Anders als 1923 war im Jahr 1928 der 18. Mai keine Konkurrenz des 18. März als Gedenktag der 48er-Revolution. Feiern blieben am 18. Mai 1928 aus, die Arbeiter- sowie die rechte Presse übergangen den Tag mit Schweigen.⁸⁰⁹ Ein Gedenken gab es lediglich in den linksliberalen Zeitungen und Zeitschriften sowie der *Germania*. Zudem begnügten sich die linksliberalen Hauptstadtblätter *Berliner Volkszeitung*, *Berliner Tageblatt* und *Vossische Zeitung* mit jeweils einem Artikel, wobei es sich bei dem der Letzteren auch noch um eine Sammlung mit Zitaten aus der Paulskirche handelte. Allerdings hatte die *Vossische Zeitung* Ende März auch dem Zusammentritt des Vorparlaments 1848 gedacht.⁸¹⁰ Die Abendausgabe des *Vorwärts* erinnerte ein Jahr später am 18. Mai 1929 *nicht* an den 81 Jahre zurückliegenden Zusammentritt der ersten deutschen Nationalversammlung, sondern an das 80 Jahre zuvor erfolgte Verbot der *Neuen Rheinischen Zeitung*.⁸¹¹

Auch das *Reichsbanner* übergang 1928 das Paulskirchenjubiläum mit Schweigen. Wenige Wochen später schrieb Hermann Wendel in der Zeitung stattdessen über den Frankfurter Demokratenkongress, der vom 14. bis 17. Juni 1848 getagt hatte. Während „in der Paulskirche die Redefluten [...] behaglich dahinplätscherten“, habe der Kongress wenigstens alle revolutionäre Tatkraft, über die Deutschland verfügt habe, zusammengeballt. Der Kongress sei ein „republikanisches Gegenparlament“ zur Paulskirche gewesen, sozialistische oder kommunistische Tendenzen hätten auf ihm nicht, wie oft behauptet werde, überwogen. Der Kongress, der den Grundsatz aufgestellt habe, dass es nur *eine* haltbare Verfassung für das deutsche Volk gebe, die demokratische Republik, in der die Gesamtheit die Verantwortung für die Freiheit und Wohlfahrt des Einzelnen übernehme, sei sozial aber *nicht* sozialistisch gewesen.⁸¹²

⁸⁰⁹ Insofern ist das in der Literatur anzutreffende Urteil, in der Weimarer Republik habe sich das 48er-Revolutionsgedenken generell oder zumindest das der Sozialdemokraten vom 18. März zur Paulskirche verschoben, unzutreffend. Vgl. Hettling, Erlebnisraum und Ritual, S. 419, 433 f.; Hachtmann, Die Revolution von 1848 – Kulte um die Toten und die Lebenden, <43>; Schmidt u.a., Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution 1848/49, S. 378; zutreffend über das sozialdemokratische Gedenken hingegen: Schmidt, Die Revolutionsrezeption, S. 265.

⁸¹⁰ „Die Paulskirche. Zum Gedächtnis des 18. Mai 1848“, in: BT, 18.5.1928, MA; Otto Ernst Sutter, „Prophetische Worte aus der Paulskirche. Lehren für die Gegenwart“, in: VZ, 17.5.1928, MA; ders., „Dieser Riese heißt Volksgeist“. Das Frankfurter Vorparlament. Zum 31. März“, in: ebd., 31.3.1928; „Wahlpropaganda vor 80 Jahren“, in: BVZ, 17.5.1928; Joh. Heiderich, „Ein Gedenkblatt an das erste deutsche Parlament“, in: Germania, 18.5.1928, AA.

⁸¹¹ Felix Fechenbach, „Vor achtzig Jahren. Die Unterdrückung der ‚Neuen Rheinischen Zeitung‘ am 19. Mai 1849“, in: Der Abend, 18.5.1929.

⁸¹² Hermann Wendel, „Ein Fanal der deutschen Republik. Zum 80. Geburtstag des Frankfurter Demokratenkongresses“, in: RB, 5 (1928), Nr. 17. Wendel knüpfte damit an das Urteil von Quarck an: vgl.

Ein umfangreicheres Erinnern an die Paulskirche gab es 1928 lediglich in der Zeitschrift *Die Hilfe* und in der *Frankfurter Zeitung*, die neben einem Leitartikel die beiden hier bereits besprochenen Aufrufe publizierte, Robert Blum ein Nationaldenkmal zu errichten und die Paulskirche in ein solches umzuwidmen. Diese Zeitung vermeldete auch, dass der Frankfurter Magistrat aus Anlass des 80. Jubiläums des Zusammentritts der ersten deutschen Nationalversammlung die Gedenktafeln und das Friedrich-Ebert-Denkmal an der Paulskirche festlich habe schmücken lassen.⁸¹³

Unmittelbar vor dem Jubiläum hatte zudem der im Reichsarchiv beschäftigte Historiker Ludwig Bergsträsser vom Präsidenten des Archivs, Mertz von Quirnheim, den Auftrag erhalten, eine Geschichte der Frankfurter Nationalversammlung von 1848/49 zu schreiben.⁸¹⁴ Im Jahr darauf legte Bergsträsser als erstes Ergebnis seiner Vorarbeiten einen dem Andenken Friedrich Eberts gewidmeten Band vor, in dem Briefe und Tagebucheinträge von vier Paulskirchenabgeordneten aus der Sitzungszeit der ersten deutschen Nationalversammlung abgedruckt waren, darunter die Briefe Robert Blums an seine Ehefrau. Reichsinnenminister Severing hatte die Veröffentlichung mit Mitteln aus dem „Fonds zum Schutz der Republik“ gefördert.⁸¹⁵

Die *Frankfurter Zeitung* erinnerte 1929 als einziges Blatt an das 80. Jubiläum der Verabschiedung der Frankfurter Reichsverfassung am 28. März 1849. Der Leitartikel beklagte, dass dieser 28. März in der Literatur über die 48er-Revolution zumeist *nicht* als Verfassungstag, sondern in erster Linie als Tag der Kaiserwahl geschildert werde, konzidierte aber auch, dass die Kaiserwahl das Bedeutsame für den unmittelbaren Ablauf der Ereignisse gewesen sei. Mit ihrer Entscheidung für einen Kaiser an der Reichsspitze statt einer Republik und mit dem Votum für den Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV. habe die Nationalversammlung gewähnt, „ganz besonders realistisch und staatsmännisch klug zu handeln“.

Quarck, Die erste deutsche Arbeiterbewegung, S. 125-127, 132. Anders noch 1923 anknüpfend an die Lebenserinnerungen von Ludwig Bammerger: Krause, Die Demokratische Partei, S. 149-151.

⁸¹³ Willy Andreas, Zur Erinnerung an die Paulskirche, in: *Die Hilfe*, 34 (1928), S. 221-223; Aus der Deutschen Nationalversammlung 1848/49, in: ebd., S. 223-225; Leitartikel, in: *FZ*, 18.5.1928, AB; „Der 80. Jahrestag der ‚Paulskirche‘“, in: ebd.

⁸¹⁴ Vgl. Schleier, Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung, S. 335, 363.

⁸¹⁵ Ludwig Bergsträsser (Hg.), *Das Frankfurter Parlament in Briefen und Tagebüchern*. Ambrosch, Rümelin, Hallbauer, Blum, Frankfurt a. M. 1929, S. 14 f.; vgl. Jasper, *Der Schutz der Republik*, S. 257.

Die Zeitung ließ dahingestellt, ob Deutschland damals für Demokratie und Republik reif gewesen sei, hielt aber fest, dass alles, was diktiert gewesen sei „von halbem Realismus und Opportunismus“ unmittelbar zur Niederlage geführt habe und auch für die spätere Zeit wirkungslos geblieben sei. Geblieben sei hingegen „das Werk der ideologischen ‚Professoren‘“. Bismarck sei bei der Reichseinigung gezwungen gewesen, sich die Paulskirchenverfassung „in entscheidenden Linien“ zum Vorbild zu nehmen, und stärker noch habe 1918/19 Hugo Preuß auf sie zurückgegriffen. Eine der wichtigsten Gemeinsamkeiten zwischen Frankfurter und Weimarer Reichsverfassung machte die *Frankfurter Zeitung* in der „Tendenz zum Einheitsstaat“ aus. Mit der Kompetenzkompetenz hätten beide Verfassungen dem Reich „die entscheidende Souveränität“ verliehen.

Die Paulskirchenverfassung – das zeige ein Blick in ihre Bestimmungen im Einzelnen – sei trotz der monarchischen Spitze eine „demokratische Verfassung“ gewesen. Sie habe mit den Grundrechten den Gedanken der Freiheit des Staatsbürgers „dokumentarisch niedergelegt“. Der Leitartikel gelangte zu dem Fazit:

„Es war ein Verfassungswerk, für das wir Deutsche, den Männern der Paulskirche alle Zeit dankbar zu bleiben, eine heilige Verpflichtung haben.“⁸¹⁶

Nach dem Urteil des Historikers Doering bewerteten die Schulgeschichtsbücher der Weimarer Republik die Grundrechte in der Paulskirchenverfassung noch positiver als die *Frankfurter Zeitung* 1928. Ihnen sei es „eine nicht hinterfragbare Gewissheit“ gewesen, dass die Grundrechte einen historischen Meilenstein bedeuteten.⁸¹⁷

Wie gebrochen das Verhältnis auch der prorepublikanischen Kräfte zur ersten deutschen Nationalversammlung war, zeigte sich einmal mehr im September 1930 in der Zeitschrift *Deutsche Republik*, in der angesichts des Scheiterns der parlamentarischen Reichsregierung Hermann Müllers und des Regierens mittels Notverordnungen die Skepsis gegenüber dem Parlamentarismus zum Thema gemacht wurde. Auch wenn die Zeitschrift davor warnte, einfache geschichtliche Parallelen zu ziehen, so erinnerte sie in diesem Zusammenhang doch an die Paulskirche.

⁸¹⁶ Leitartikel, in: FZ, 28.3.1929, AB.

⁸¹⁷ Vgl. Doering, Das sperrige Erbe, S. 282, auch: 297 f., 506, 518.

Zu einem nebensächlichen Thema hätten sich kurz nach ihrem Zusammentritt einmal 90 Redner zu Wort gemeldet, nicht selten seien zu einem Gegenstand 30, 40 und mehr Anträge eingebracht worden. Allein zu den Grundrechten habe es 1 000 Anträge gegeben. Anträge zur Begrenzung der Redezeit seien wegen unzureichender Unterstützung nicht einmal zur Verhandlung gekommen. Diese Selbstherrlichkeit der Paulskirchenparlamentarier habe zu einem Zeitverlust geführt, an dem die Revolution im Wesentlichen gescheitert sei. Die zeitgenössische Gefahr gehe dagegen vom „Partikularismus der Splitterparteien“ und der zunehmenden Zersplitterung des Parteiensystems aus.⁸¹⁸

Veit Valentin, der mit seiner monumentalen Geschichte der 48er-Revolution auch zur historischen Fundamentierung der Weimarer Republik beitragen wollte, publizierte sein Werk Anfang der 30er-Jahre zu einem Zeitpunkt, als sich die Republik sowohl wirtschaftlich als auch politisch in einer tiefen – und wie sich herausstellen sollte: tödlichen – Krise befand. Das Vorwort des zweiten Bandes, der mit dem Zusammentritt der Paulskirche einsetzte, schrieb er Anfang November 1931. Er begann mit den Worten:

„Das deutsche Volk hat seine Nationalversammlung 1848 wie eine Göttin der Freiheit bejubelt und angebetet, um sie ein Jahr später verenden zu lassen ‚wie eine Prostituierte in einer Schenke‘ – so urteilte der spanische Diplomat Donoso Cortés in seiner Rede über die allgemeine Lage Europas vom 30. Januar 1850. Es war ein bitteres Wort für eine bittere Wahrheit.“⁸¹⁹

Valentin zitierte an dieser Stelle nicht lediglich den spanischen Reaktionär Donoso Cortés, sondern er zitierte ihn nach einem Aufsatz des Staatsrechtlers und Parlamentarismuskritikers Carl Schmitt, der in der Weimarer Republik nicht zuletzt mit seinem Buch über die „Geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus“ 1923 Aufsehen erregt hatte.⁸²⁰ Bei der Diskussion des Verhaltens der Frankfurter Nationalversammlung gegenüber dem Waffenstillstand von Malmö gelangte Valentin zum Fazit, das

„parlamentarische System als Mittel zu Regierungsbildungen und Exekutivhandlungen schien bei dieser ersten schweren Probe versagt zu haben; selbst wenn man die besonderen Umstände

⁸¹⁸ Kurt Georg Schauer, Schicksal eines Parlaments, in: Deutsche Republik, 4 (1929/30), S. 1550-1552 (Zitat: 1552).

⁸¹⁹ Nicht so drastisch, aber ähnlich in der Tendenz: Blos, Der Untergang des Frankfurter Parlaments, S. 8, 82.

⁸²⁰ Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 1; vgl. Carl Schmitt, Donoso Cortés in Berlin 1849, in: Wiederbegegnung von Kirche und Kultur in Deutschland. Eine Gabe für Karl Muth, München 1927, S. 358-373, hier: S. 366; zu Cortés vgl. Winkler, Geschichte des Westens, S. 666-668.

in Betracht zog, *etwas* von diesem unerfreulichen Eindruck blieb immer übrig. Der Glaube an das Parlament überhaupt und seine Leistungsfähigkeit hatte schwer gelitten.“⁸²¹

Die Erklärungen für den Bedeutungsverlust des 18. Mai im Gedenkjahr 1928 gegenüber 1923 liegen auf der Hand: Eine schwarz-rot-goldene Paulskirchenfeier wie mit Ebert war mit Reichspräsident Hindenburg, zumal nach dem erneuten Flaggenstreit 1926, undenkbar. Außerdem konnten es sich die Sozialdemokraten angesichts der kommunistischen Konkurrenz schwerlich leisten, dieser den überlieferten Märzfeiertag zu überlassen. Die politische Entwicklung seit 1923, die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten 1925 und die Regierungsbeteiligung der DNVP seit Anfang 1927, verlieh schließlich dem Gedenken nicht nur bei den Sozialdemokraten, sondern auch den Linksliberalen stark antimonarchische Züge. Für politische Demonstrationen, die aussagen sollten, dass die Beteiligten eine monarchische Restauration *nicht* tolerieren würden, war der 18. März wesentlich besser geeignet als der 18. Mai.

Die Verfassungsfeier des Reichsbanners in Frankfurt am Main

Eine große Gedenkfeier gab es Frankfurt 1928 aber doch. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veranstaltete dort im August dieses Jahres seine Reichsbannertage, in deren Rahmen es eine Verfassungsfeier zum neunten Jahrestag des Inkrafttretens der republikanischen Reichsverfassung beging, die zugleich, ohne jedoch in der Paulskirche stattzufinden, dem 80. Jubiläum der ersten deutschen Nationalversammlung galt. Die Teilnehmerplakette zeigte die Tagungsstätte des ersten deutschen Parlaments und trug die umlaufende Beschriftung: „1848 – 1928. Der Väter Werk ward unser großes Erbe“.

Laut eigenen Angaben des Reichsbanners nahmen an den Reichsbannertagen 150 000 Mitglieder teil. Unter den Teilnehmern waren der Sohn Freiligraths, vonseiten der österreichischen Sozialdemokraten General Körner vom Schutzbund und Karl Renner sowie der Frankfurter Oberbürgermeister Landmann. Der Reichsbanner-Bundesvorsitzende Hörsing bezeichnete in seiner Rede zur Verfassungsfeier die Paulskirche als das „Heiligtum der deutschen Republik“ und sagte, das Reichsbanner habe das Vermächtnis der „Männer der Nationalversammlung in der Paulskirche von 1848“ zu erfüllen. Damit meinte er, daran ließ die Rede keinen Zweifel, vor allem die Vereinigung Deutschösterreichs mit dem Deutschen

⁸²¹ Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 158, auch: 1.

Reich. Für diese Vereinigung sprach sich auch General Körner aus. Zur Feier gehörte laut *Leipziger Volkszeitung* auch eine Totenfeier und Kranzniederlegung „an den Gräbern der Märzgefallenen und 48er-Kämpfer“ – damit muss vermutlich eine Kranzniederlegung an dem Obelisk für die Septembergefallenen von 1848 gemeint gewesen sein.⁸²²

Hauptredner auf der Verfassungsfeier war der rechtsstehende Sozialdemokrat Eduard David, der sich zunächst mit Bismarcks Reichsgründung auseinandersetzte, die nur eine „sehr mangelhafte Erfüllung des Einheitsideals von 1848“ gewesen sei. Am demokratischen Prinzip gemessen, das den Wert einer Staatsordnung danach bemesse, ob sie die Entwicklung der Staatsbürger zu freien, sittlich-sozialen Persönlichkeiten fördere oder hemme, habe es sich um einen historischen Rückschritt gehandelt. Anschließend fragte David nach den Gründen für das Scheitern der ersten deutschen Nationalversammlung. Als tiefste Ursache machte er dabei den sozialen Gegensatz zwischen Arm und Reich aus. Die Nachricht von den Pariser Junikämpfen 1848, der ersten großen Rebellion des vierten Standes gegen den dritten, habe die nach der Märzrevolution verbliebene revolutionäre Begeisterung in der besitzbürgerlichen Schicht weiter gedämpft.

Seine Kritik gleichmäßig auf die Liberalen und die Linke verteilend, tadelte David die Paulskirchenmehrheit dafür, gegenüber den Anliegen von Handwerksgesellen und Fabrikarbeitern taub geblieben zu sein, und die radikale Linke für ihre Politik der Sprengung der Nationalversammlung und Weitertreibung der gewaltsamen Revolution zur Aufrichtung der demokratischen großdeutschen Einheitsrepublik. Den Frankfurter Septemberaufstand am 18. September 1848 bezeichnete David als einen „schwarzen Tag für die deutsche Freiheitsbewegung“ dieses Jahres und nannte die an diesem Tag begangenen Morde an zwei rechtsgerichteten Paulskirchenmitgliedern ein „scheußliches Verbrechen“.⁸²³

Die radikale Linke habe damals Unmögliches gewollt, weil die militärische Machtbasis der alten Gewalten noch nicht erschüttert gewesen sei. Eine parlamentarisch-konstitutionelle Staatsform sei den alten Gewalten jedoch durchaus abzuringen gewesen, wenn die daran

⁸²² „Der Aufmarsch des Reichsbanners. Verfassungsfeier in Frankfurt“, in: LVZ, 12.8.1928.

⁸²³ „Positive“ Anknüpfungen an die Ermordung der Paulskirchenabgeordneten Auerswald und Lichnowsky im Sinne politischer Mordaufrufe vergleichbar den im Österreich-Teil dieser Arbeit erwähnten Aufrufen, Seipel zu „latourisieren“, gab es in der Weimarer Republik offenbar *nicht*. Im Jahr des 125. Revolutionsjubiläums 1973 legitimierte in der Bundesrepublik hingegen eine Frankfurter „Revolutionszeitung“ den Mord an Fürst von Lichnowsky. Vgl. Hahn, Verdrängung und Vermächtnis, S. 36; auch: Helmut Bleiber, Altes und Neues im Umgang mit 1848/49 – Anmerkungen zum 150. Jubiläum, in: Ilona Buchsteiner (Hg.), Die mecklenburgischen Großherzogtümer im deutschen und europäischen Zusammenhang 1815 bis 1871 (=Rostocker Beiträge zur deutschen und europäischen Geschichte, Bd. 11), Rostock 2002, S. 41-50, hier: 45.

interessierten Bevölkerungsschichten einig gewesen wären. Dafür hätte einerseits das Besitzbürgertum Verständnis für die sozialen Forderungen der werktätigen Massen aufbringen, andererseits die demokratische Linke taktische Mäßigung üben müssen. Das Hineintragen des proletarisch-sozialen Klassenkampfgedankens habe die revolutionäre Kampffront stattdessen vollends gespalten.

Im letzten Teil seiner Rede ging David auf die Revolution von 1918/19 ein. Auf der einen Seite verteidigte er die Beschränkung der Sozialdemokratie auf das sozialpolitisch Mögliche 1918/19 und den Verzicht, die sofortige Erfüllung sozialistischer Fernziele anzugehen, auf der anderen Seite sei es ebenso wichtig gewesen, dass die Weimarer Nationalversammlung *nicht* der Paulskirchenmehrheit in der „Nichtbeachtung“ der sozialen Forderungen der Arbeiterschaft gefolgt sei. Die Weimarer Verfassung sei daher nicht nur die „demokratischste“, sondern auch die „sozialste Verfassung“ der Welt. Insgesamt wirkte die Rede Davids wie eine Rechtfertigung der großen Koalition und ihrer politischen Grundlagen – eine solche Koalition waren die Sozialdemokraten nach den Reichstagswahlen im Mai 1928 zum zweiten Mal in der Weimarer Republik eingegangen.⁸²⁴

Noch einmal zugespitzt hat David seine Position zur 48er-Revolution, mit der er sich scharf vom traditionellen sozialdemokratischen Geschichtsbild abgrenzte, ja dessen zentrale These vom Verrat des Bürgertums an der Revolution nach deren Sieg im März infrage stellte, in einem Kommentar zum Märzgedenktag 1929 im *Abend*, der Abendausgabe des *Vorwärts*. David fragte, wie aus dem „völligen Sieg“ der Revolution im März 1848 binnen Jahresfrist eine „völlige Niederlage“ habe werden können. Seine Antwort lautete:

„Daran waren weder die zu langen Reden der Männer in der Paulskirche schuld, noch die staatsmännische Schläue der alten Gewalthaber. Daran war in erster Linie das Volk selbst schuld.“

Hatte David auf den Reichsbannertagen in Frankfurt im Vorjahr noch sowohl die radikale Linke als auch die Liberalen kritisiert, so galt seine Kritik jetzt ausschließlich der radikalen Linken. Diese sei zwar zahlenmäßig schwach gewesen, doch habe sie innerhalb und außerhalb der Paulskirche eine rücksichtslose Aktivität entfaltet. Er nannte in diesem

⁸²⁴ „Triumphtage in Frankfurt a. M.“, in: RB, 5 (1928), Nr. 27; Ernst Klein, „Wir formen die Demokratie! Frankfurt – ein Markstein“, in: ebd., Nr. 28; vgl. Schneider, Erinnerungen an die badisch-pfälzische Revolution, S. 340 (Abbildung der Teilnehmerplakette). Im Vorfeld der Feier in Frankfurt waren im *Reichsbanner* außerdem die folgenden Artikel erschienen: Otto Ernst Sutter, „Das schwarz-rot-goldene Frankfurt“, in: RB, 5 (1928), Nr. 23; Jakob Altmeier, „Das demokratische Frankfurt“, in: ebd., Nr. 26; Hermann Wendel, „Ein Sänger für Schwarz-Rot-Gold. Friedrich Stoltze“, in: ebd.

Zusammenhang auch das „Kommunistische Manifest“ von Anfang 1848, das prophezeit hatte, die deutsche bürgerliche Revolution könne nur „das unmittelbare Vorspiel einer proletarischen Revolution“ sein. David kommentierte das mit den Worten:

„Dass das nicht gerade zur Ermunterung des revolutionären Bürgertums, mit der Arbeiterschaft gemeinsame Sache zu machen, dienen konnte, liegt auf der Hand.“⁸²⁵

Noch eine weitere Lehre zog David aus der 48er-Revolution für die Gegenwart. Wer bei innenpolitischen Auseinandersetzungen die bewaffnete Macht auf seiner Seite wisse, habe einen gewaltigen Vorteil. Die Unsicherheit der Haltung der Reichswehr in innenpolitischen Fragen sei die Hauptursache für die Unsicherheit der innenpolitischen Verhältnisse. Deshalb müsse die Reichswehr, deren Mannschaft ihrer Herkunft und sozialen Lage nach zum arbeitenden Volk gehöre, mit den republikanischen Idealen erfüllt werden.

„Im Jahre 1849 haben Proletarier im Soldatenrock der demokratischen Bewegung den Rest gegeben. Sorgen wir dafür, dass sich so etwas für Deutschland niemals wiederholen kann. Das sei unser Gelöbnis zum 18. März!“⁸²⁶

Eine völlig andere Linie als der *Vorwärts* – nämlich genau die Haltung, vor der David warnte – vertrat wie schon in den Jahren zuvor die *Leipziger Volkszeitung*. Sie schrieb zum Märzfeiertag, heute herrsche die Bourgeoisie:

„Sie hat *ihre* Freiheit und sie hat *ihre* Demokratie. [...] Wie die Opfer der Märzkämpfe [1848, D.B.] die Demokratie nicht als Wirklichkeit gesehen und erlebt haben, so ist sie auch den lebenden Kämpfern bis heute nicht Wirklichkeit geworden.“⁸²⁷

⁸²⁵ Rudolf Stadelmann betonte 1948 ebenfalls stark die sich 1848 abzeichnenden sozialrevolutionären Gefahren. Vgl. Stadelmann, Soziale und politische Geschichte, S. 87, 89, 111, 174.

⁸²⁶ Eduard David, „Zum 18. März“, in: Der Abend, 18.3.1929; leicht gekürzt wurde der Artikel auch in der *Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung* und im *Volksfreund* abgedruckt: ders., „Demokratie und Sozialismus. Eine Betrachtung zum 18. März“, in: SHVZ, 18.3.1929; ders., „Die Demokratie und der 18. März. Nachdenkliche Betrachtungen“, in: Volksfreund, 18.3.1929; ganz ähnlich ohne Namensnennung auch im folgenden Jahr in der gleichen Zeitung: „18. März“, in: ebd., 18.3.1930; vgl. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1, S. 327 f., Bd. 2, S. 181 f. Die marxistische These vom Verrat des Bürgertums an der Revolution 1848 wurde dann in der Bundesrepublik von Historikern wiederholt zurückgewiesen. Vgl. Stadelmann, Soziale und politische Geschichte, S. 90; Nipperdey, Kritik oder Objektivität?, S. 166, 169, 174 f.; Gall, Die verfehlt Moderne?, S. 30 f.; Hachtmann, Success and Failure, S. 33.

⁸²⁷ „Zum 18. März“, in: LVZ, 18.3.1929.

9. Revolutionsgedenken und Geschichtspolitik 1929–1932

Carl-Schurz-Gedenken

Anfang März 1929 fanden nach den Feiern für Ferdinand Freiligrath 1926 zum zweiten Mal in der Weimarer Republik Gedenkfeiern für einen Achtundvierziger statt: für Carl Schurz, der am 2. März dieses Jahres hundert Jahre alt geworden wäre. Die Gründe, warum in der Weimarer Republik an Schurz erinnert wurde, waren vielfältig. Zunächst war da seine heldenmütige Befreiung seines akademischen Lehrers Gottfried Kinkel, der wegen seiner Beteiligung an der 48er-Revolution zu einer lebenslänglichen Haftstrafe verurteilt worden war, aus dem Zuchthaus in Spandau. Vor allem verkörperte Schurz aber den Ausnahmefall eines Achtundvierzigers, der nach dem Scheitern der Revolution seinen Idealen treu geblieben war und zugleich in seinem weiteren Leben großen Erfolg gehabt hatte – ermöglicht worden war das durch seine Auswanderung in die Vereinigten Staaten von Amerika.

Der persönliche Erfolg machte Schurz vermutlich auch deshalb besonders erinnerungswürdig, weil der 48er-Revolution insgesamt der „Erfolg“ versagt geblieben war. Obendrein war Schurz politisch anschlussfähig nach rechts, da er im Verlaufe seines Lebens zweimal mit Bismarck zusammengekommen war und die Reichsgründung 1871 begrüßt hatte.⁸²⁸ Schließlich gab es in der Weimarer Republik wirtschaftliche und außenpolitische Gründe, an Schurz zu erinnern: Es gab keine zweite historische Persönlichkeit, die sich so eignete wie Schurz für den Versuch, eine ideelle Bindung zu den Vereinigten Staaten von Amerika herzustellen, einem der Kriegsgegner aus dem Ersten Weltkrieg, die nun mit ihren Krediten dazu beitrugen, die relativ guten mittleren Jahre der Weimarer Republik zu ermöglichen.⁸²⁹ Zur Grundlage des Schurz-Gedenkens gehörte, dass Schurz zweibändige Lebenserinnerungen bis zum Jahre 1870 verfasst hatte, die 1906/07 erschienen waren.⁸³⁰

Schurz-Gedenkfeiern gab es Anfang März 1929 in zahlreichen reichsdeutschen Städten. Die drei wichtigsten waren – neben Feiern in Bremen, Lübeck, Köln, Düsseldorf, Leipzig, Dresden, Stuttgart und München – die in Hamburg im stadthistorischen Museum, in der Paulskirche in Frankfurt und in Berlin im Reichstag. Diese drei Feiern waren hochoffiziell: Ausrichter waren der Hamburger Senat, der Frankfurter Magistrat und in Berlin Regierung

⁸²⁸ Auf der Trauerfeier aus Anlass von Bismarcks Tod 1898 in New York hielt Schurz eine Gedenkrede: Karl Schurz, Rede auf Bismarck. Gehalten bei der Trauerfeier in New York am 18. Oktober 1898, in: Deutsch-Amerikanische Geschichtsblätter. Jahrbuch der Deutsch-Amerikanischen historischen Gesellschaft von Illinois, hg. v. Julius Goebel, 29 (1929), S. 137-149; vgl. Skal, Die Achtundvierziger in Amerika, S. 9.

⁸²⁹ Vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, S. 253 f.

⁸³⁰ Carl Schurz, Lebenserinnerungen, 2. Bde., Berlin 1906/1907.

und Parlament. In Hamburg sprachen auf der Feier der Bürgermeister Petersen und der amerikanische Generalkonsul. Als oberster Repräsentant der deutschen Seehandelsmetropole sagte Petersen, seine Stadt fühle sich als Träger der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten Carl Schurz besonders verbunden. Im Anschluss wurde die von der Carl-Schurz-Vereinigung organisierte Schurz-Ausstellung eröffnet. Der Hamburger Senat benannte außerdem aus Anlass des Jubiläums eine Allee nach Schurz. Auf der Paulskirchenfeier in Frankfurt war der Gedenkreder der Demokrat Theodor Heuss.⁸³¹

Die zentrale Feier war die im Reichstag mit zahlreichen Vertretern der Reichsbehörden, angeführt von Reichskanzler Hermann Müller und Innenminister Grzesinski. Schon die Begrüßungsworte von Parlamentspräsident Paul Löbe machten deutlich, dass die Feier auf einen transatlantischen Brückenschlag zielte: „Meine Damen und Herren, Amerikaner und Deutsche!“ Wie in Hamburg sprachen mit dem amerikanischen Botschafter Jacob G. Schurman und Professor Albert Faust von der Cornell-Universität auch Vertreter der Vereinigten Staaten. Faust sagte in seiner Rede, Schurz hundertster Geburtstag werde in Amerika noch mehr gefeiert als in Deutschland, und nannte den Geehrten „Deutschlands größte Gabe an Amerika“.⁸³² Von deutscher Seite sprach neben Löbe der Historiker Hermann Oncken, der die Reichsverfassungskampagne, an der sich Schurz und Kinkel 1849 beteiligt hatten, als „trübes Abenteuer“ bezeichnete und ausführlich auf die Gespräche von Bismarck und Schurz im Januar 1868 einging.⁸³³ In der demokratischen Zeitschrift *Die Hilfe* erinnerte mit dem amerikanischen Arbeitsminister James J. Davis ein weiterer Amerikaner in einem deutschen Kontext an Schurz.⁸³⁴ Die deutsche Burschenschaft wiederum entsandte eine Delegation zu den Schurz-Feierlichkeiten nach New York.⁸³⁵

Offensichtlich waren diese Feiern nicht zuletzt außenpolitisch motiviert. Ganz eindeutig kam die außenpolitische Motivation in der von der „Vereinigung Carl Schurz“ in Auftrag gegebenen Publikation „Carl Schurz. Der Deutsche und Amerikaner“ zum Schurz-Jubiläum

⁸³¹ „Carl-Schurz-Hundertjahrfeier“, in: VZ, 17.2.1929; „Eine Schurz-Allee in Hamburg“, in: VZ, 19.2.1929, MA; „Carl-Schurz-Feiern im Reich“, in: BT, 2.3.1929, AA; James J. Davis, Zum hundertjährigen Geburtstag von Carl Schurz, in: *Die Hilfe*, 35 (1929), S. 34-37, hier: 34; Eugen Kühnemann, „Carl Schurz zum 100. Geburtstag“, in: DAZ, 1.3.1929, AA; Brief v. Theodor Heuss an Otto Ernst Sutter (16.2.1929), in: Theodor Heuss. Stuttgarter Ausgabe, Briefe: 1918–1933, hg. u. bearb. v. Michael Dormann, München 2008, S. 312-314.

⁸³² „Die Schurz-Feier im Reichstage“, in: BT, 4.3.1929; „Die Karl-Schurz-Feier im Reichstag“, in: VZ, 4.3.1929, AA.

⁸³³ Hermann Oncken, Carl Schurz (in: *Zeitwende. Monatsschrift*, 5 {1929}, I, S. 481-490), in: ders., *Nation und Geschichte*, S. 346-358, hier: 349, 354 f. Auf der Feier im Reichstag wurde erstmals eine offenbar aus diesem Anlass in Auftrag gegebene Carl-Schurz-Büste gezeigt. „Carl-Schurz-Büste“, in: VZ, 16.3.1929, MA.

⁸³⁴ James J. Davis, Zum hundertjährigen Geburtstag von Carl Schurz, in: *Die Hilfe*, 35 (1929), S. 34-37.

⁸³⁵ „Carl-Schurz-Fahrt deutscher Burschenschafter“, in: VZ, 13.2.1929, MA; „Zum 100. Geburtstage von Karl Schurz“, in: DTZ, 2.3.1929, AA.

zum Ausdruck. Herausgeber waren die Reichstagsabgeordneten Anton Erkelenz (DDP) und Fritz Mittelmann (DVP). Erkelenz hatte 1926 die Initiative zur Gründung der Vereinigung ergriffen und war ihr Schriftwart, Mittelmann amtierte als ihr Kassenwart. Beide waren zugleich im Österreichisch-Deutschen Volksbund engagiert.⁸³⁶ Geleitworte zu der Veröffentlichung steuerten Reichsaußenminister Stresemann, der amerikanische Arbeitsminister Davis und der deutsche Botschafter in Washington, F. W. von Prittwitz, bei.⁸³⁷ Der Beitrag in dem Sammelband, der versuchte, Parallelen zwischen der amerikanischen und der deutschen Geschichte aufzuweisen, streifte die 48er-Revolution nur ganz kurz und erschöpfte sich weitgehend in Äußerlichkeiten.⁸³⁸ Enthalten war in dem Band auch die Passage aus Schurz' Lebenserinnerungen, in der er seine Begegnung mit Bismarck 1868 schilderte.⁸³⁹

In den Gremien der Vereinigung, die sich der Pflege der ideellen und materiellen Beziehungen „zwischen den beiden Republiken“ verschrieben hatte, saßen neben Erkelenz und Mittelmann vor allem weitere Politiker sowie Wirtschaftsvertreter. Vorsitzender war der Industrielle Robert Bosch, unter den Stellvertretern der Hamburger Bürgermeister Petersen, die Direktoren der Reedereien Norddeutscher Lloyd und Hamburg-Amerika-Linie, Reichspräsident Löbe, Reichskanzler a. D. Wirth und Jakob Riesser, der bis 1928 dem Reichstag angehört hatte.⁸⁴⁰ Die Schurz-Feiern markierten zugleich durchaus einen Bruch mit dem Kaiserreich. Der in Karlsruhe erscheinende sozialdemokratische *Volksfreund* erinnerte am 18. März 1929 daran, dass noch im Jahre 1912 der preußische Kommandant der Festung Rastatt gegen die Errichtung eines Denkmals für Schurz in Rastatt Protest eingelegt hatte, worauf die damalige badische Regierung die Denkmalssetzung unterbunden hatte.⁸⁴¹

Nachdem 1920 bereits Schurz' Schilderung in seiner Autobiografie über seine Befreiung Kinkels aus dem Zuchthaus in Spandau als Bändchen in der Schriftenreihe „Deutsche Revolution“ veröffentlicht worden war, publizierte 1929 ein Verlag in einer Reihe für den

⁸³⁶ Die Vereinigung hatte bereits 1928 eine Schurz-Gedenkfeier abgehalten. „Carl-Schurz-Gedenkfeier“, in: VZ, 3.3.1928, AA.

⁸³⁷ Anton Erkelenz/Fritz Mittelmann (Hg.), Carl Schurz. Der Deutsche und Amerikaner. Zu seinem 100. Geburtstag am 2. März 1929, hg. i. A. d. Vereinigung Carl Schurz Berlin, Berlin 1929, S. 7-9.

⁸³⁸ G. A. Rein, Deutschland und die Vereinigten Staaten, in: ebd., S. 97-113, insb.: 107.

⁸³⁹ Carl Schurz, Begegnung mit Bismarck (1868). Aus „Lebenserinnerungen“, Bd. 2, S. 487-492, in: Erkelenz/Mittelmann (Hg.), Carl Schurz, S. 226-230.

⁸⁴⁰ Ebd., S. 267 f.; vgl. Heß, „Das ganze Deutschland soll es sein“, 1978, S. 233; zu Mittelmann vgl. Myers, Germany and the Question of Austrian Anschluss, S. 211. Im Jahr 1930 wurde in den Vereinigten Staaten eine „Carl-Schurz-Gedächtnis-Stiftung“ gegründet, die sich zum Ziel setzte, die deutsch-amerikanischen Kulturbeziehungen zu fördern. „Carl-Schurz-Gedächtnis-Stiftung“, in: VZ, 8.8.1930, MA; „Deutsch-amerikanischer Kulturaustausch. Eine amerikanische Carl-Schurz-Stiftung“, in: VZ, 16.3.1930, MA.

⁸⁴¹ „Bürgergenerale von 1848“, in: Volksfreund, 18.3.1929; unter anderem Titel: „März/Blitzlichter vom ‚tollen Jahr‘. Das Schurz-Denkmal“, in: SHVZ, 18.3.1929.

Schulunterricht einen weiteren Auszug aus Schurz' Lebenserinnerungen: die Erzählung seiner Teilnahme an der Reichsverfassungskampagne und seiner Flucht aus der eingeschlossenen Festung Rastatt.⁸⁴² Zudem veröffentlichte Otto Dannehl, ein Mitglied der burschenschaftlichen historischen Kommission, zum Jubiläum ein Buch über Schurz, in dem er diesen als „Vorkämpfer des Liberalismus“ im Revolutionsjahr darstellte.⁸⁴³

Sämtliche großen linksliberalen Zeitungen, der *Abend* und die *Germania* sowie die weiter rechts stehende Presse publizierten 1929 Gedenkartikel zu Carl Schurz. Hermann Wendel feierte im *Abend* in Schurz den Republikaner, der bei aller rheinischen Fröhlichkeit – Schurz stammte aus Liblar in der Nähe von Köln – in seiner finsternen Entschlossenheit so etwas wie ein deutscher Jakobiner gewesen sei. Des Weiteren feierte er ihn als jemanden, der als Enkel und Urenkel rheinischer Bauern durch und durch deutsch gewesen sei, aber nicht den Rassendünkel der Völkischen, der nicht höher und tiefer stehende, sondern nur unterdrückende und unterdrückte Rassen gekannt habe – und dessen Herz stets für die Unterdrückten geschlagen habe, ob es sich dabei um Farbige oder Indianer gehandelt habe.⁸⁴⁴ Daneben publizierte der *Abend* eine Schilderung, wie Schurz Kinkel befreit hatte.⁸⁴⁵ Auch das Publikationsorgan des Reichsbanners erinnerte an Schurz, und die Organisation verbreitete eine Plakette zum Schurz-Jubiläum.⁸⁴⁶

Ähnlich gestimmt wie im *Abend* war die Würdigung Schurz' durch die *Vossische Zeitung*. Dort verglich Albrecht Graf Montgelas Schurz mit dem großen amerikanischen Präsidenten Abraham Lincoln, mit dem Schurz befreundet gewesen war und zusammengearbeitet hatte. Beide seien sich „in allem Menschlichen“ ausgesprochen ähnlich gewesen:

⁸⁴² Gottfried Kinkels Befreiung aus dem Zuchthause zu Spandau. Aus den Lebenserinnerungen von Karl Schurz, hg. v. Heinrich H. Houben (=Deutsche Revolution, Bd. 11), Leipzig 1920; Karl Schurz, Aus der deutschen Revolution 1848/49. Eine Auswahl aus den ‚Lebenserinnerungen‘ von Carl Schurz, besorgt v. Peter Zenner (=Erbgut deutschen Schrifttums. Klassenlektüre als Ergänzung des Lesebuches, Nr. 98/100), Saarlouis 1929; ein Abschnitt aus Schurz' Lebenserinnerungen über seine Flucht aus Rastatt war auch abgedruckt in der Quellensammlung: Klein (Hg.), Der Vorkampf deutscher Einheit und Freiheit, S. 454-458; vgl. Carl Schurz, Lebenserinnerungen, Bd. 1: Bis zum Jahre 1852, S. 223-242, 294-325.

⁸⁴³ Otto Dannehl, Carl Schurz. Ein deutscher Kämpfer, Berlin/Leipzig 1929, S. 4; auch: ders., Carl Schurz. Ein liberaler Kämpfer. Zur Zentenarfeier am 2. März 1929, in: Deutsche Stimmen, 41 (1929), S. 129-133.

⁸⁴⁴ Hermann Wendel, „Ein Republikaner. Zum 100. Geburtstag des Freiheitskämpfers Karl Schurz“, in: Der Abend, 1.3.1929.

⁸⁴⁵ „Kinkels Befreiung. Abenteuerliche Flucht aus dem Zuchthaus“, in: Der Abend, 1.3.1929; der *Vorwärts* ging auch zum Märzfeiertag noch einmal auf Schurz und Kinkel ein: „Eine Märzerinnerung. Schurz, Kinkel und ihre Mitstreiter“, in: Vorwärts, 17.3.1929, MA.

⁸⁴⁶ Herbert Frohmann, „Helden der Republik. Zur Karl-Schurz-Hundertjahrfeier“, in: RB, 6 (1929), Nr. 9; „Lebenserinnerungen von Karl Schurz. Deutsche Freiheitsjahre“, in: ebd.; „Plakette zur Karl-Schurz-Hundertjahrfeier“, in: ebd.; im Jahr 1932 widmete das *Reichsbanner* dem von Schurz befreiten Kinkel einen Gedenkartikel: Hermann Wendel, „Gottfried Kinkel. Zu seinem 80. Todestag“, in: RB, 7 (1930), Nr. 47.

„Niemand hat edler das Wesen wahren Amerikanertums verkörpert als der Häuslersohn aus dem Urwald Kentuckys und der Sohn des Dorflehrers Christian Schurz aus Liblar am Rhein. Niemand größeren Glauben in die Kraft und die Sendung des demokratischen Staatsprinzips gehabt. Den Sophismen der Herrenmenschen und Diktatorschwärmer setzten sie ihren Glauben entgegen, dass die Freiheit die beste Schule für die Freiheit sei und dass Selbstregierung nur gelernt werden könne, indem sie ausgeübt werde.“⁸⁴⁷

Im *Berliner Tageblatt* und der *Deutschen Allgemeinen Zeitung* wurde in den Gedenkartikeln Schurz' Treffen mit Bismarck im Jahre 1868 erwähnt (die *Vossische Zeitung* hatte schon 1927 auch an eine weitere Begegnung zwischen den beiden 1888 in Friedrichsruh erinnert).⁸⁴⁸ Die deutschnationale *Deutsche Tageszeitung* schrieb über das Verhältnis von Schurz und Bismarck: „Fürst Bismarck, den der Demokrat Schurz bewunderte und verehrte“, habe über diesen gesagt: „Als Deutscher bin ich stolz auf den Erfolg von Karl Schurz.“

Zugleich waren in der rechtsstehenden Presse eher ungewöhnliche Töne zu hören. Nicht nur die *Frankfurter Zeitung*, sondern auch die *Deutsche Tageszeitung* erwähnte missbilligend die „Begnadigung“ Kinkels von „lebenslänglicher Festungshaft“ zu „lebenslänglichem Zuchthaus“ – wenn sie auch freilich im Gegensatz zum linksliberalen Blatt nicht mit Friedrich Wilhelm IV. denjenigen benannte, der diese Entscheidung getroffen hatte.⁸⁴⁹ Die der Deutschen Volkspartei nahestehende *Deutsche Allgemeine Zeitung* räumte freimütig ein, dass Schurz im Exil in Amerika Selbstentfaltungs- und Aufstiegsmöglichkeiten vorgefunden habe, die es im damaligen Deutschland *nicht* gegeben habe. Damit war eine Parallele zum Führer der Deutschen Volkspartei, Gustav Stresemann, gegeben, der sich wohl bewusst war, dass er

⁸⁴⁷ Albrecht Graf Montgelas, „Ein Bürger zweier Welten. Carl Schurz' 100. Geburtstag“, in: VZ, 2.3.1929, MA; auch schon: „Die Sache mit Kinkel“, in: VZ, 21.8.1927.

⁸⁴⁸ Ernst Feder, „Ein Botschafter. Zum 100. Geburtstag von Carl Schurz am 3. März“, in: BT, 2.3.1929, AA; „Wie Gottfried Kinkel befreit wurde. Die Flucht aus dem Spandauer Gefängnis“, in: VZ, 21.8.1927.

⁸⁴⁹ Karl August Junge, „Karl Schurz, der Deutschamerikaner. Zur hundertsten Wiederkehr seines Geburtstages“, in: FZ, 2.3.1929, 1. MB; „Karl Schurz. Zu seinem 100. Geburtstage am 2. März“, in: DTZ, 1.3.1929, AA. Wäre es nach dem Prinzen von Preußen gegangen, wäre Kinkel 1849 hingerichtet worden. Vgl. David E. Barclay, Denkmal und Revolutionsfurcht, in: Jahrbuch für Brandenburgische Landesgeschichte, 44 (1993), S. 130-160, hier: 143. Allerdings korrigierte Valentin in seiner Revolutionsgeschichte das überlieferte und hier bereits erwähnte, auf Kinkel selbst zurückgehende Urteil – das auch Schurz in seiner Autobiografie übernahm –, die Umwandlung der Festungshaft Kinkels in Zuchthaushaft durch den König habe eine grausame Strafvverschärfung dargestellt: Das ursprüngliche Urteil habe nicht auf Festungshaft, sondern entehrende Festungsstrafgefängenschaft gelaute, und Festungssträflinge seien damals in Preußen wesentlich schlechter als Zuchthäusler behandelt worden. Vgl. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 538 f.; Carl Schurz, Lebenserinnerungen, Bd. 1, S. 255 f.; das überlieferte Urteil über die Angelegenheit auch bei: Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, S. 513.

es im Kaiserreich mit seiner sozialen Herkunft schwerlich zum Reichsaußenminister gebracht hätte.⁸⁵⁰

Bemerkenswert ist auch das Urteil Veit Valentins in seiner Revolutionsgeschichte über Schurz, weil es mit einer offenen Kritik am Zeitstil der 48er-Revolution einherging. Schurz sei nicht „ein Typus, sondern ein beglückender Ausnahmefall“ seiner Zeit gewesen:

„Das Schöne an diesem ganzen Kerl ist, dass er aller Pose, aller Wichtigmacherei, aller Streberei, allem sentimentalen Salbadern völlig fremd und feind ist. Der Neunzehnjährige befindet sich darum in einem denkwürdigen Widerspruch zum Stil der herrschenden Generation von 1848. Er hält nichts von großen feierlichen Sprüchen [...]“⁸⁵¹

Erinnerungen an die Reichsverfassungskampagne 1849

Im Zentralorgan des Reichsbanners und der dem Reichsbanner nahestehenden Zeitschrift *Deutsche Republik* wurde vor allem in den Jahren 1928/29 und ganz überwiegend von einem Autor, Hermann Wendel, auch an einen Aspekt der 48er-Revolution relativ häufig erinnert, der sonst kaum thematisiert wurde: ihr letztes Aufbäumen in der Reichsverfassungskampagne und ihre Niederschlagung.⁸⁵² Schon im August 1924 hatte das Reichsbanner auf dem Mannheimer Friedhof am Gedenkstein für fünf standrechtlich Hingerichtete von 1849 eine Gedenkfeier abgehalten, und ein Jahr später wurden in der Zeitung des Reichsbanners die Abgeordneten des Rumpfparlaments in Stuttgart 1849 als diejenigen gewürdigt, die den Idealen der Paulskirchenverfassung treu geblieben seien.⁸⁵³

⁸⁵⁰ Eugen Kühnemann, „Carl Schurz zum 100. Geburtstag“, in: DAZ, 1.3.1929, AA; ; in Wien auch: Friedrich Spreen, „Karl Schurz. Zu seinem 100. Geburtstag“, in: Wiener Neueste Nachrichten, 2.3.1929; weitere Gedenkartikel: Max Bahr, „Meine Besuche bei Karl Schurz“, in: BT, 2.3.1929, AA; Theodor Lewald, „Bei dem Verbannten. Erinnerungen an Karl Schurz. Zu seinem 100. Geburtstag“, in: BT, 3.3.1929, MA; Th. H. (vermutlich: Theodor Heuss), Zum hundertsten Geburtstag von Carl Schurz, in: Die Hilfe 35 (1929), S. 115; Franz Boas, Carl Schurz' Indianerpolitik, in: ebd., S. 115 f. u. 139 f.; Paul Herzog, „Carl Schurz. Der Deutsch-Amerikaner“, in: Germania, 2.3.1929, MA; ders., Ein deutscher Achtundvierziger. Zum hundertsten Geburtstag von Carl Schurz, in: Deutsche Republik, 3 (1928/29), S. 688-690; ders., Zum hundertsten Geburtstag des deutsch-amerikanischen Staatsmanns Carl Schurz (2. März 1929), in: Der Heimatdienst, 9 (1929), S. 82 f.

⁸⁵¹ Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 531.

⁸⁵² Zur Haltung der Nationalliberalen zur Reichsverfassungskampagne im Jubiläumsjahr 1898 vgl. Strupp, Erbe und Auftrag, S. 331. Karl Marx hatte die badisch-pfälzische Revolution 1849 für einen „Ulke“ gehalten und Engels sich in „Revolution and Counter-Revolution“ gleichfalls abschätzig über sie geäußert. Vgl. Wolfgang Schieder, Karl Marx und die deutsche Revolution 1848/49, in: Helmut Neuhaus/Barbara Stollberg-Rilinger (Hg.), Menschen und Strukturen in der Geschichte Alteuropas. Festschrift für Johannes Kunisch zur Vollendung seines 65. Lebensjahres, Berlin 2002, S. 435-449, hier: 448; Engels, Revolution and Counter-Revolution, S. 80. Im Jubiläumsjahr 1923 hatte Paul Wentzcke im *Heimatdienst* an das Engagement in den Rheinlanden für die Reichsverfassung 1849 erinnert und behauptet, als „heiliges Vermächtnis“ von 1848 werde in den Rheinlanden der großdeutsche Gedanke überliefert. Paul Wentzcke, Die Rheinlande und der deutsche Staatsgedanke in der Bewegung von 1848, in: Der Heimatdienst, 3 (1923), Nr. 8, S. 68-70, hier: 70; vgl. Brancato, German Social Democrats, S. 51.

⁸⁵³ „Die Toten von 1849“, in: RB, 1 (1924), Nr. 9; Willi Cohn, „Das Ende der Frankfurter Nationalversammlung“, in: ebd., 2 (1925), Nr. 15; auch: R. G. Haebler, „Das Ende des Parlaments. Zum 18. Juni

Insgesamt war jedoch 1923/24 im südwestdeutschen Raum kaum ein 48er-Revolutionsgedenken zu verzeichnen, sodass der Schluss naheliegt, dass in dieser Region erst durch das Reichsbanner die Tradition des Revolutionsgedenkens in der Weimarer Republik fortgesetzt wurde.⁸⁵⁴ Im Mannheimer Schlossmuseum wurde im 80. Jubiläumsjahr 1929 eine Revolutionsausstellung gezeigt, die sich überwiegend dem süddeutschen Raum widmete. Außerdem hielt die SPD am 16. Juni 1929 in Kirchheimbolanden einen Republikanertag ab, der dem Gedenken an den Kampf galt, der dort am 14. Juni 1849 stattgefunden hatte.⁸⁵⁵ Dem insgesamt wenig ausgeprägten Gedenken an die Reichsverfassungskampagne entsprach, dass

1849“, in: *Volksfreund*, 18.6.1924. Außerdem fand im März 1924 in Mannheim eine Märzfeier der DDP-Jugend statt und im selben Jahre wurde auch die Inschrift auf dem Gedenkstein für die Opfer der Standrechtsjustiz in Rastatt vervollständigt – dies blieb aber ohne jedes größere Echo in der Öffentlichkeit. Im Kaiserreich hatte zwar der Gedenkstein errichtet werden dürfen, doch wurde nur die Anbringung von Teilen der geplanten Inschrift gestattet. Auch in Rümplingen wurde am Grabstein des standrechtlich erschossenen Friedrich Neff nach 1918 eine zuvor auf Weisung der badischen Regierung ausgemeißelte Inschrift erneuert. In Weil am Rhein wurde 1927 vom dortigen Musikverein fünf Musikanten, die bei einem Gefecht zwischen Struves Truppe und der großherzoglichen Armee 1848 von dieser ermordet worden waren, ein Obelisk auf dem Hauptfriedhof errichtet. Vgl. *Revolution im Südwesten. Stätten der Demokratiebewegung 1848/49 in Baden-Württemberg*, S. 398, 495, 535 f., 707 f.; Fendrich, *Die badische Bewegung der Jahre 1848/49*, S. 51, 63; zum Denkmal in Mannheim auch: Schneider, *Erinnerungen an die badisch-pfälzische Revolution*, S. 332-334; Peter Blastenbrei, *Mannheim in der Revolution 1848/49* (=Kleine Schriften des Stadtarchivs Mannheim, Nr. 10), Mannheim 1997, S. 132-135; zu Rastatt auch: Hans Clauser, *Ruhestätte der im Jahre 1849 zu Rastatt standrechtlich Erschossenen*, in: *Dem Ideal der Freiheit dienen – ihrer Vorkämpfer gedenken. Festgabe für Wolfgang Michalka*, hg. v. Förderverein Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, Rastatt 2003, S. 17-21, hier: 20 f.; Jutta Dresch, *Das Ringen um das Gedenken an die badische Revolution, in: 1848/49 Revolution der deutschen Demokraten in Baden*, S. 484-486, hier: 486, auch die Ausstellungsobjektbeschreibungen dort: S. 487-490, 495 f.

⁸⁵⁴ Ebd., S. 493; zum Reichsbanner in Baden vgl. Hörster-Philipps, Wirth, S. 317. Am 11. August 1919 hatten sich laut dem *Volksfreund* etwa 4000 Sozialdemokraten aus ganz Baden zum Gedenken an die Revolutionskämpfer von 1849 in Rastatt versammelt. In dem Artikel darüber im *Volksfreund* wurden jährliche Versammlungen angekündigt; von entsprechenden Versammlungen in den Folgejahren berichtete die Zeitung jedoch *nicht* – die Vermutung liegt nahe, dass ein Gedenken an die Revolutionskämpfer von 1849 an dem Tag, der in Weimar zum Verfassungstag wurde, auch in antiparlamentarischem Sinne hätte interpretiert werden können. „Die Lebenden an die Toten“, in: *Volksfreund*, 11.8.1919. Im 75. Jubiläumsjahr der Reichsverfassungskampagne 1924 fand in Rastatt eine Verfassungsfeier der Stadtverwaltung statt, an der mehrere Tausend Bürger teilnahmen und auf der eine alte schwarz-rot-goldene Fahne von 1848 wehte. „Verfassungsfeiern im Lande“, in: *Volksfreund*, 12.8.1924. In Tübingen veranstaltete das Reichsbanner im Jahr darauf am Todestage Uhlands eine Kundgebung, in deren Verlauf die Teilnehmer Uhlands Denkmal und Grab aufsuchten. „Uhlandfeier“, in: *RB*, 2 (1925), Nr. 23. Im Jahr 1927 hielt das Reichsbanner auf dem Friedhof in Rastatt und in Karlsruhe Märzgefallenenfeiern ab. „Märzgefallenenfeier in Rastatt am Sonntag, 20. März“, in: *Volksfreund*, 18.3.1927; „Reichsbanner, Republik und Volk. Eine machtvolle republikanische Kundgebung“, in: ebd., 19.3.1927.

⁸⁵⁵ Friedrich Walter, „Die politische Bewegung 1848/49. Ausstellung des Schlossmuseums Mannheim“, in: *RB*, 6 (1929), Nr. 35; auch: „Mannheimer Republikanertreffen. Eine starke Reichsbanner-Kundgebung“, in: *Volksfreund*, 2.9.1929; vgl. Schneider, *Pfälzische Sozialdemokratie*, S. 24-27, 32 f.; zum Denkmal in Kirchheimbolanden für die 17 im Jahr 1849 gefallenen Freischärler vgl. ders., *Erinnerungen an die badisch-pfälzische Revolution*, S. 331 f.; zum Revolutionsgedenken in Kirchheimbolanden vor dem Ersten Weltkrieg vgl. ders., *Die ‚Pfälzische Volkszeitung‘ Kaiserslautern und die demokratische Traditionspflege*, S. 148-150, 154-161.

in der Weimarer Republik im Gegensatz zum Kaiserreich in Schulbüchern vermerkt wurde, dass 1849 ausländische Berufsrevolutionäre die Initiative an sich gerissen hätten.⁸⁵⁶

Im 80. Jubiläumsjahr der Reichsverfassungskampagne 1929 erschien über diesen Aspekt der 48er-Revolution im *Reichsbanner* eine Serie von vier Artikeln von Wendel: einer über die Maikämpfe in Dresden, Düsseldorf und Elberfeld, ein weiterer über die Kämpfe in Baden und der Pfalz, einer über das Ende der Nationalversammlung und schließlich ein abschließender über die Opfer der Standrechtsjustiz nach der Niederschlagung der Revolution.⁸⁵⁷ Die Serie rechtfertigte die erneute Volkserhebung 1849 als Reaktion auf die dynastische Gegenrevolution, wobei Wendel betonte, die Reichsverfassung sei lediglich die „Fahne“ der Bewegung gewesen, aber nicht ihre Triebkraft, da viele der Kämpfer dem „schwächlichen Werke der Paulskirche“ ablehnend gegenübergestanden hätten. Motiv sei vielmehr die Verbitterung darüber gewesen, dass sich die Hoffnungen des Revolutionsjahres zu zerschlagen schienen. Wendel urteilte über die Maikämpfe: Wenn „je, so wurde in diesem Maimond für die schwarz-rot-goldene Republik in Deutschland gefochten“.

Wie bereits anklang, fiel das Urteil über die Paulskirche in dieser Artikelserie sehr kritisch aus:

„Denn Tatenscheu und Tatarhut waren seit je her die Erbsünden der Nationalversammlung, die allzu willig vergaß, dass sie einer Revolution ihr Dasein verdankte.“

Aus der letzten beschlussfähigen Sitzung der Nationalversammlung in Stuttgart am 16. Juni 1849 zitierte Wendel Moritz Mohl mit den Worten:

„Bei Gott, es ist möglich, sie können siegen in Deutschland mit ihren Bajonetten, aber die deutsche Nation wird sich, bei Gott, dessen erinnern und *das nächste Mal wird sie reinen Tisch machen.*“⁸⁵⁸

Hervorgehoben wurde auch die brutale Niederschlagung der Reichsverfassungskampagne, insbesondere in Dresden und Baden. In Baden sei Rache vor Recht gegangen. Den Befehl zur Einrichtung der Sondergerichte habe der Prinz Wilhelm von Preußen gegeben.

⁸⁵⁶ Vgl. Doering, Das sperrige Erbe, S. 239; auch: Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, S. 510 f.; Fendrich, Die badische Bewegung der Jahre 1848/49, S. 50, 60; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 480 f., 516.

⁸⁵⁷ Im Jahr 1924, als die Maikämpfe in Dresden sich zum 75. Mal jähren, hatte das Dresdener Stadtmuseum ihnen eine Ausstellung gewidmet. „Museum einer Revolution. Eine Dresdener Gedenkausstellung“, in: VZ, 25.6.1924, AA; zu Richard Wagners Rolle in den Dresdener Maikämpfen bereits 1919: Edgar Istel, „Richard Wagner als Kommunist“, in: VZ, 21.5.1919, AA.

⁸⁵⁸ Vgl. Reden für die deutsche Nation 1848/1849, Bd. 9, S. 6856; Mohls Rede war auch abgedruckt in einer Redensammlung aus dem Jahre 1920: Appens, Die Nationalversammlung zu Frankfurt a. M., S. 393 f.

Neben den Artikeln zur Reichsverfassungskampagne und dem Ende der ersten deutschen Nationalversammlung hatte Wendel im *Reichsbanner* 1929 aber zuvor auch einen Artikel über das Verfassungswerk der Paulskirche geschrieben. Bei aller Kritik, die nicht nur dem Parlament, sondern auch dem Volk von 1848/49 galt, das der Paulskirche, weil seine Revolution vor den Thronen stehen geblieben sei, nur ein „halbes Mandat“ gegeben habe, würdigte er doch vor allem den Grundrechtsteil der Verfassung, der den Untertan der Einzelstaaten in einen deutschen Bürger verwandelt habe.⁸⁵⁹ Die Tendenz der Artikel in der *Deutschen Republik* war ähnlich wie im *Reichsbanner*. Dabei erinnerten sie auch an die Niederschlagung der Revolution 1848 in Wien, wobei die dortigen Barrikadenkämpfer als „großdeutsche Revolutionäre“ bezeichnet wurden.⁸⁶⁰

Die relativ zurückhaltende Erinnerung an die Reichsverfassungskampagne 1928/29 ließ sich aber auch als Ausdruck demokratisch-republikanischen Selbstvertrauens interpretieren. So urteilte zumindest die *Deutsche Republik* nach den Feiern zum zehnten Jahrestag der Verabschiedung der Weimarer Verfassung 1929:

„Damit verändert sich auch der Ton, in dem diese Feste gefeiert werden. Das Kämpferische tritt zurück, wird in den Werktag verwiesen, die Freude am Besitz, am selbstverständlichen Besitz der Republik setzt sich durch, und das Pathos der Achtundvierziger, deren Republikanismus mit einem gesunden Trotz gegen die alten Gewalten durchsetzt war, weicht heiterer Sicherheit. Die Vergangenheit tritt zurück, die *Zukunft* wird bestimmend: die Jugend tritt in den Vordergrund.“⁸⁶¹

Noch randständiger als die Reichsverfassungskampagne war der soziale Hintergrund der 48er-Revolution im Revolutionsgedenken der Weimarer Republik. Lediglich das

⁸⁵⁹ Hermann Wendel, „Die Maikämpfe von 1849. Die Erhebungen in Sachsen und Preußen“, in: RB, 6 (1929), Nr. 19; ders., „Reichsverfassungskampagne 1849“, in: ebd., Nr. 22; ders., „Das Ende der deutschen Nationalversammlung. Fürstenwillkür 1849“, in: ebd., Nr. 24; ders., „Die für die Freiheit starben. Zur Erinnerung an die Standrechtsoffer in Baden Anno 1849“, in: ebd., Nr. 35; ders., „Die Reichsverfassung von 1849. Zum achtzigsten Geburtstag ihrer Annahme“, in: ebd., Nr. 12; auch: K. Müller, „Potsdam im Revolutionsjahr 1848“, in: ebd., 9 (1932), Nr. 13; vgl. Mehring, *Eine papierene Krone*, S. 111; Quarck, *Die erste deutsche Arbeiterbewegung*, S. 282-285; Valentin, *Die Geschichte der deutschen Revolution*, Bd. 2, S. 485 f., 524, 536-538, 541 f., 547, 556; Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 1, S. 124; Schieder, *Die Rolle der deutschen Arbeiter in der Revolution von 1848/49*, S. 335; Droz, *Die deutschen Revolutionen von 1848*, S. 97. Die Feststellung, der Antrieb für die Reichsverfassungskampagne sei das Streben nach einer deutschen Republik gewesen, fand sich auch in Schulbüchern von Kaiserreich, Drittem Reich und insbesondere denen der Weimarer Republik. Vgl. Doering, *Das sperrige Erbe*, S. 236.

⁸⁶⁰ Die preußischen Standgerichte, in: *Deutsche Republik*, 2 (1927/28), S. 29 f.; Fritz Lochner, *Das „tolle Jahr“*. Aus Wiens Terrortagen von 1848, in: ebd., S. 172 f. (Zitat: 172); Hermann Wendel, *Vom Sinn der pfälzisch-badischen Erhebung anno 1849. Zur achtzigsten Wiederkehr ihrer entscheidenden Tage*, in: ebd., 3 (1928/29), S. 1027-1031; ders., *Der Fall Miller*, in: ebd., S. 1237-41; auch: Anna Blos, „Das Rumpfparlament in Stuttgart“, in: VZ, 27.6.1929, MA.

⁸⁶¹ Georg Risse, *Das Volk feiert seine Verfassung*, in: *Deutsche Republik*, 3 (1928/29), S. 1433-1435, hier: 1434.

Reichsbanner veröffentlichte nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Jahr 1930 zwei Artikel zu diesem Thema, die unter anderem von 12 bis 14 Stunden täglicher Arbeitszeit und Maschinenstürmen berichteten.⁸⁶²

Der großdeutsche Gedanke

Das Leitmotiv der 48er-Revolutionserinnerung im Reichsbanner war der großdeutsche Gedanke. Sein Publikationsorgan forderte regelmäßig den Anschluss Deutschösterreichs und erinnerte in diesem Zusammenhang häufig an die 48er-Revolution, insbesondere an die in Wien. Wie schon 1918/19 in sozialdemokratischen Zeitungen und Zeitschriften waren es vor allem österreichische Sozialdemokraten, die im *Reichsbanner* für den Anschluss eintraten beziehungsweise von deren Eintreten für den Anschluss dort berichtet wurde; zu nennen sind: Karl Renner, Julius Deutsch, General Körner sowie Fritz Brügel, der Sohn Ludwig Brügels.⁸⁶³ Besonders prägnant hatte Renner 1925 wenige Monate nach der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten in der *Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung* Stellung genommen.

Der Anlass war sein Auftreten auf einer großdeutschen Reichsbannerkundgebung zum Verfassungstag in Kiel. In dem Artikel machte Renner eingangs die Dynastien für das Unglück der Deutschen verantwortlich, sich erst mit 100-, ja 200-jähriger Verspätung als mündige Nation konstituiert zu haben. Sein Urteil über 1848 lautete in diesem Zusammenhang:

„Es ist das zweite große Verhängnis unseres Volkes, dass es seine Einigung nicht 1848, nicht im Zuge der allgemeinen demokratischen Entwicklung Europas, nicht rechtzeitig durch das Frankfurter Parlament vollziehen konnte.“

Den Ausschlag für das Scheitern der deutschen 48er-Revolution gab in Renners Augen die Rivalität der Hohenzollern und der Habsburger. An den Nachbarn sei die Einheit 1848 nicht gescheitert; die seien mit sich selbst beschäftigt gewesen und hätten die Einmischung nicht gewagt. Renner schrieb:

⁸⁶² Vgl. Fritz Schwahn, „Der soziale Hintergrund von 1848“, in: RB, 7 (1930), Nr. 11; „Der Berliner Hungeraufbruch 1847“, in: ebd., Nr. 46; auch schon: Erwin Frehe, „Märzsturm über Berlin“, in: ebd., 5 (1928), Nr. 6; vgl. Stürmer, 1848 in der deutschen Geschichte, S. 232. Der Aufstand der schlesischen Weber wurde in den Schulgeschichtsbüchern der Weimarer Republik häufig erwähnt. Vgl. Doering, Das sperrige Erbe, S. 434.

⁸⁶³ Doch beschränkten sich die Anschlussbekenntnisse auf Reichsbannerkundgebungen *nicht* auf österreichische Sozialdemokraten. Die *Vossische Zeitung* berichtete im Mai 1926 von einer großdeutschen Kundgebung des Reichsbanners in Konstanz am Bodensee, auf der wiederum auch Renner sprach: „Reichstagsabgeordneter Dr. Heuss erinnert in seiner Rede an die trübe Epoche deutscher Kleinstaaterie, die noch vor sechzig Jahren dazu führte, dass Deutsche auf Geheiß ihrer Fürsten gegen Deutsche kämpfen mussten. Die Fürstengeschichte ist abgeschlossen, jetzt beginnt die Volksgeschichte. Das offene Bekenntnis des Redners zu *Großdeutschland* löste stürmischen Beifall aus.“ „Großdeutsche Kundgebung des Reichsbanners“, in: VZ, 25.5.1926, MA; vgl. Heuss, Erinnerungen, S. 328.

„Das monarchische Prinzip, dieses zähe, mit Profossenstock und Pfaffentrug der deutschen Seele tief eingeprägte Vorurteil, ist das Unglück unserer Nation!“

Der „Bruderkrieg“ von 1866 sei die Folge des Gegensatzes der Hohenzollern und Habsburger gewesen und habe in der ersten Teilung Deutschlands geendet. Anschließend hätten die Deutschen sich an dem „Selbstbetrug“ berauscht, zwei deutsche Kaiserreiche zu besitzen – in seiner Rede in Kiel sagte Renner: „ein junkerliches, hohenzollernsches Kleindeutschland und ein habsburgisches Scheindeutschland“ – und so Mitteleuropa zu beherrschen. Erst mit der Weimarer Verfassung habe sich die deutsche Nation konstituiert. Die deutsche Teilung sei jedoch durch das Anschlussverbot der Siegermächte perpetuiert worden:

„Das monarchische Prinzip, das den nationalen Gedanken fälschte und verwirrte, wurde zur letzten Katastrophe der Nation!

Erst im Unglück kam unsere Nation zur Besinnung: die bisher verfolgte Arbeiterklasse, die bisher verlachte bürgerliche Demokratie besannen sich auf 1848, auf das Frankfurter Parlament, auf den reinen, erhabenen Gedanken der nationalen Einheit und Freiheit; sie vereinigten sich in Weimar und vollzogen das Werk, das länger denn ein Jahrhundert fällige Werk, der Nation aus eigenem Willen, eine Verfassung zu geben, die alle deutschen Stämme zusammenführen soll, die Verfassung der großdeutschen Republik, die Verfassung der einen, unteilbaren Souveränität unseres Volkes. Das ist Weimars Bedeutung!“⁸⁶⁴

Ganz ähnlich beschrieb Renner 1926 in einer Rede in Nürnberg auf einer Reichsbannerfeier 1848 als eine zentrale Zäsur der deutschen Geschichte:

„Der Monarchismus ist das historische Unglück der deutschen Nation. Die englische Nation trat schon im Jahre 1649 als selbstbestimmender Faktor in die Weltgeschichte ein, die französische 1789, die deutsche der Idee nach 1848, in Wirklichkeit aber erst 1919.“⁸⁶⁵

Durch das Ende der Fürstenherrschaft sei der Anschlussgedanke unzerstörbar. Das Ziel der Republikaner über Großdeutschland hinaus seien die Vereinigten Staaten von Europa.⁸⁶⁶

⁸⁶⁴ Karl Renner, „Weimars Bedeutung“, in: SHVZ, 11.8.1925; „Großdeutsche Kundgebung in Kiel. Dr. Renner Wien spricht zu den Reichsbannerleuten. – Republikanisches Bekenntnis zum großdeutschen Einheitsstaat“, in: SHVZ, 12.8.1925.

⁸⁶⁵ Im Jahr darauf war in einem Märzgedenkartikel im *Reichsbanner* zu lesen: „Der 18. März 1848 wurde der Geburtstag der deutschen Nation!“ „Zum 18. März. Vergangenheit und Gegenwart“, in: RB, 4 (1927), Nr. 6; ähnlich auch: Theodor Heuss, „Vom Werden und Wesen des nationalen Gedankens“, in: ebd., 5 (1928), Nr. 14. Hugo Preuß hatte in einem Aufsatz 1922 das Kaiserreich von 1871 als „ein Surrogat des nationalen Staates“ bezeichnet und geurteilt: „So entstand mit der demokratisch-republikanischen Reichsverfassung von Weimar zum erstenmal in der deutschen Geschichte ein nationaler deutscher Staat.“ Preuß, *Republik oder Monarchie?*, S. 230, 239.

⁸⁶⁶ „Renners Vortrag“, in: RB, 3 (1926), Nr. 17; vgl. Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution*, Bd. 1, S. 339, 565 f. Laut dem Historiker Albert Brancato waren in den Augen des Österreichisch-Deutschen Volksbundes Renner, Ludo Hartmann und Paul Löbe die Helden der Anschlussbewegung. Vgl. Brancato, *German Social Democrats*, S. 58.

Einige Monate später erinnerte Julius Deutsch in einem Beitrag mit dem gleichen Tenor daran, dass in den Märztagen 1848 in Wien auf den Barrikaden schwarz-rot-goldene Fahnen geweht hätten.⁸⁶⁷ Fritz Brügel, der Sohn des Parteihistorikers der deutschösterreichischen Sozialdemokraten, benannte 1930 schonungslos, was die 48er-Revolution für das Habsburgerreich bedeutet hatte:

„Die *Revolution von 1848* war in Österreich der Aufstand aller Nationen gegen den Staat und gegeneinander; als die Völker ihrer selbst bewusst wurden, wollten sie voneinander nichts mehr wissen. Von diesem *Selbstbewusstsein* an, das Deutsche, Tschechen, Polen und Serben errungen hatten, darf man das geistige Ende der Monarchie datieren, das damit begann, dass sich die Völker nicht mehr entnationalisieren lassen wollten.“⁸⁶⁸

Das Eintreten des Reichsbanners für den Anschluss ging so weit, dass in seiner Zeitung 1931 auch das deutsch-österreichische Zollunionsprojekt verteidigt wurde.⁸⁶⁹

Der Märzfeiertag

Beim Märzgedenken setzten sich in den Jahren 1929 bis 1932 die Traditionen fort, die sich in der Weimarer Republik bis 1928 etabliert hatten. Das Reichsbanner stellte jedes Jahr am Märzfeiertag eine Ehrenwache auf dem Friedhof im Friedrichshain, und der *Vorwärts* rückte in seiner Berichterstattung die Beteiligung der Gewerkschaften am Revolutionsgedenken stark in den Mittelpunkt. Das sozialdemokratische Zentralorgan und die linksliberale Hauptstadtpresse berichteten übereinstimmend von einem starken Besuch an den Gräbern in diesen Jahren.⁸⁷⁰

⁸⁶⁷ Julius Deutsch, „Deutschland und Österreich“, in: RB, 4 (1927), Nr. 4.

⁸⁶⁸ Fritz Brügel, „Österreichs Kultur und Großdeutschland“, in: RB, 7 (1930), Nr. 23; weitere Artikel, die für den Anschluss eintraten und dabei an 1848 erinnerten: Richard Mischler, „Reichsbanner und Großdeutschland“, in: ebd., 2 (1925), Nr. 4; „Gedanken aus der Paulskirche“, in: ebd., 5 (1928), Nr. 6; „Außenpolitik. Der Anschluss und Frankreich“, in: ebd., 5 (1928), Nr. 25; „Triumphstage in Frankfurt a. M.“ (Rede General Körners) in: ebd., 5 (1928), Nr. 27; „Die Verfassungsfeier am Sonnabend“ (Rede von Julius Deutsch), in: RB, 6 (1929), Nr. 33; Karl Renner, „Meilensteine auf dem Marsche“, in: RB, 7 (1930), Nr. 23. Gustav Warburg bezeichnete 1928 im *Reichsbanner* den Anschlussgedanken als die „große außenpolitische Idee“ der Republik: Warburg, „Der außenpolitische Weg der Republik“, in: ebd., 5 (1928), Nr. 26; vgl. Hildebrand, *Das vergangene Reich*, S. 395; Karsten Ruppert, *Der Nationalismus der systemstabilisierenden Parteien der Weimarer Republik*, in: Timmermann (Hg.), *Nationalismus und Nationalbewegung in Europa*, S. 183-234, hier: 207, 214. Auf den sozialdemokratischen Parteitag 1925 und 1929 in Heidelberg und Magdeburg überbrachten die österreichischen Sozialdemokraten Renner und Ellenbogen stark bejubelte Grußworte, in denen sie sich für den Anschluss aussprachen. Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Nd., Glashütten i. T. 1974, S. 88; Protokoll Sozialdemokratischer Parteitag Magdeburg 1929. Vom 26. bis 31. Mai in der Stadthalle, Nd., Glashütten i. T. 1974, S. 22, 24.

⁸⁶⁹ G. W., „Die Zollunion mit Deutschösterreich. Auf dem Wege zu Europa“, in: RB, 8 (1931), Nr. 15; auch: „„Kämpfende, nicht raufende Jugend“. Unser Bundestreffen in Magdeburg“ (Rede von Julius Deutsch), in: RB, 7 (1930), Nr. 24; vgl. Hildebrand, *Das vergangene Reich*, S. 528; Brancato, *German Social Democrats*, S. 62, 102-107.

⁸⁷⁰ Vom 14. Dezember 1928 bis zum 3. Juni 1929, vom 10. Dezember 1930 bis zum 28. März 1931 und vom 31. Oktober 1931 bis zum 21. Dezember 1932 bestanden Demonstrationsverbote in Berlin. Vgl. Ehls, *Protest und Propaganda*, S. 149, 178 f., 181, 193 f., 215-217, 223 f.

Vorwärts und *Berliner Volkszeitung* vermerkten in den Jahren der Weltwirtschaftskrise jeweils einmal die starke Beteiligung von Arbeitslosen am Gang zu den Gräbern. Im Jahr 1929 war neben zahlreichen Reichstags- und preußischen Landtagsabgeordneten außerdem der Berliner Polizeipräsident Zörgiebel unter denjenigen, die an den Gräbern vorbei defilierten. Der *Vorwärts* hob 1931 die Teilnahme von Schutzpolizei- und Postbeamten als Vertreter des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes Berlin und 1932 ebenso wie das *Berliner Tageblatt* die Beteiligung ganzer Volksschulklassen am Märzgedenken hervor. Der Historiker Doering urteilt in seiner Studie über die Darstellung der 48er-Revolutionen in Schulgeschichtsbüchern: „Pietätsvolles Gedenken an die im Friedrichshain Begrabenen reicht manifest bis weit in den Schulunterricht der Weimarer Republik.“ Wobei ausdrückliche Legitimierungen der Märzrevolution allerdings in der Minderheit blieben.⁸⁷¹

Zusätzlich veranstaltete das Reichsbanner 1929 im Lehrervereinshaus und in Charlottenburg Märzfeiern. Auf der im Lehrervereinshaus sprach der Reichstagsabgeordnete Breitscheid und verteidigte den Parlamentarismus als „immer noch das beste Regierungssystem“. In den Jahren 1930 und 1931 berichtete der *Vorwärts* jeweils von großen Märzfeiern des „Gesamtverbandes“ im Saalbau Friedrichshain. Außerdem gab es 1929 und 1930 eine mittägliche Feier der Gewerkschaften auf dem Friedhof, auf der der Schauspieler Alfred Beierle in beiden Jahren Freiligraths „Die Toten an die Lebenden“ rezitierte.

Auch schon in der Berichterstattung völlig getrennt begingen die Kommunisten, die bei der Reichstagswahl im Mai 1928 die Sozialdemokraten als stärkste Partei im Bezirk Friedrichshain abgelöst hatten, ihr Märzgedenken in den Jahren 1929 bis 1932. Weder berichteten der *Vorwärts* und die linksliberalen Zeitungen über das Gedenken der Kommunisten noch umgekehrt die *Rote Fahne* über das Gedenken des Reichsbanners und der Gewerkschaften. Dass es eine Deutungskonkurrenz mit den Kommunisten gab, blitzte im *Vorwärts* nur ausnahmsweise auf, etwa wenn 1930 erwähnt wurde, dass auf einer Jugendfeier des Berliner Verbandes der Lithografen und Steindrucker der Rezitator Ernst Busch entgegen den Abmachungen das Programm „revolutionär“ umgestaltet und Gewerkschaften und Sozialdemokratie verunglimpft habe.

Außerdem hieß es im Bericht des *Vorwärts* vom Märzgedenken 1931, dass der Arbeitersamariterbund in der Nähe des Friedhofs eine Station eingerichtet habe, um für alle

⁸⁷¹ Doering, Das sperrige Erbe, S. 130, 137, 147 (Zitat), 503, 521; vgl. Rothfels, 1848, S. 33.

Fälle gewappnet zu sein – dabei blieb allerdings unklar, ob Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten oder eine Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten, die im roten Friedrichshain Fuß zu fassen versuchten, befürchtet wurde.⁸⁷² Die *Vossische Zeitung* berichtete am Tag darauf von zwei nationalsozialistischen Studenten, die beide adelige Namen trugen – einer der beiden war ein von der Marwitz –, sich am Märzfeiertag auf dem Friedhof im Friedrichshain in wüsten Beschimpfungen des Staates ergangen hätten und daraufhin von Teilnehmern am Märzgedenken tätlich angegriffen und von der Polizei festgenommen worden seien.⁸⁷³

Die Kommunisten

Die *Rote Fahne* rief die Werktätigen Groß-Berlins zum Märzfeiertag 1929 zu einer Kundgebung um zwölf Uhr mittags an den Gräbern der Märzgefallenen auf. Dies sollte ein Protest gegen das durch den Berliner Polizeipräsidenten Zörgiebel – wegen schwerer Zusammenstöße in Berlin mit vielen Toten nach der Aufhebung des Redeverbots für Hitler in Preußen am 28. September 1928 – im Dezember verhängte Demonstrationsverbot sein.⁸⁷⁴ In ihrem anschließenden Bericht behauptete die Zeitung, dass die Beteiligung größer als in den Vorjahren gewesen sei und sprach von „Zehntausenden“ Teilnehmern. Ein riesiges Aufgebot an Polizei habe auf Zörgiebels Befehl verhindert, dass vor dem Friedhofseingang die Fahnen entfaltet wurden. Zum Schluss der Kundgebung seien zwölf Rote Frontkämpfer verhaftet worden, weil sie eine Gruppe gebildet hätten – diese Konfrontation mit der Staatsmacht stand zumindest äußerlich in der Tradition des Gedenkens der Sozialdemokratie vor dem Weltkrieg.⁸⁷⁵

⁸⁷² „Bei den Märzgefallenen“, in: *Der Abend*, 18.3.1929; „Märzfeier“, in: ebd., 19.3.1929; „Der Tag der Märzgefallenen“, in: ebd., 18.3.1930; „Märzfeier. Massenkundgebung des Gesamtverbandes“, in: ebd., 19.3.1930; „Der Tag der Märzgefallenen. Wallfahrt zu den Gräbern im Friedrichshain“, in: *Vorwärts*, 18.3.1931, AA; „An den Gräbern der Freiheitskämpfer. Beamte ehren die Märzgefallenen“, in: ebd., 19.3.1931, MA; „Die Märzfeier des Gesamtverbandes“, in: ebd., 20.3.1931, MA; „Der Tag der Märzopfer. Wallfahrt zum Friedhof im Friedrichshain“, in: *Der Abend*, 18.3.1932; „Märzerinnerung und Märzpflichten“, in: *RB*, 6 (1929), Nr. 14, Beilage für die Gaue Berlin-Brandenburg und Pommern; „Den Märzgefallenen zum Gedächtnis“, in: *BVZ*, 18.3.1929, AA; „Der Tag der Märzgefallenen“, in: *BVZ*, 19.3.1930, MA; „Nicht vergessen. Am 18. März“, in: *BVZ*, 18.3.1931, MA; „Am Grabe der Freiheitskämpfer“, in: *BVZ*, 18.3.1931, AA; „Märzgedenkfeiern im Friedrichshain“, in: *BVZ*, 18.3.1932, AA; „Märzfeiern des Reichsbanners“, in: *BT*, 18.3.1929, AA; „Tag der Märzgefallenen“, in: *BT*, 19.3.1929, MA; „Tag der Märzgefallenen“, in: *BT*, 19.3.1930, MA; „Bei den Märzgefallenen“, in: *BT*, 18.3.1931, AA; „Im Friedrichshain“, in: *BT*, 18.3.1932, AA; „An den Gräbern der Märzgefallenen“, in: *VZ*, 18.3.1929, AA; „Der Tag der Märzgefallenen“, in: *VZ*, 19.3.1929, MA; „Der Tag der Märzgefallenen“, in: *VZ*, 18.3.1930, AA; „An den Gräbern der Märzgefallenen“, in: *VZ*, 18.3.1931, AA; vgl. Reschke, *Der Kampf der Nationalsozialisten*, S. 26, 30.

⁸⁷³ „Kein Respekt vor den Gräbern ...“, in: *VZ*, 19.3.1931, MA. Einer der beiden Studenten bestritt, Nationalsozialist zu sein. „Nicht Nationalsozialist“, in: *VZ*, 19.3.1931, AA.

⁸⁷⁴ Vgl. Buchner, *Um nationale und republikanische Identität*, S. 253.

⁸⁷⁵ „Heute Gedächtnis-Kundgebung an den Gräbern der Märzgefallenen 12 Uhr mittags im Friedrichshain“, in: *RF*, 17.3.1929; „An den Gräbern der Revolutionsopfer. Massenaufmarsch im Friedrichshain“, in: ebd., 19.3.1929.

Die Rote Hilfe veranstaltete im Jahr 1930 zum Märzfeiertag ein „Massenmeeting“ im Sportpalast, das sich gegen die durch die Reichsregierung betriebene Verlängerung des Republikschutzgesetzes richtete.⁸⁷⁶ Im Jahr 1931, dem Jahr des 60. Jubiläums der Pariser Kommune, hielten die Kommunisten in Berlin sechs große Veranstaltungen zu ihrem Gedenken ab, und 1932 trotz eines Verbots des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Grzesinski und des sozialdemokratischen Bezirksamts Lichtenberg eine Märzgefallenen-gedenkfeier auf dem Friedhof in Friedrichsfelde und 15 Märzkundgebungen der Roten Hilfe.⁸⁷⁷ In der *Roten Fahne* galt das Gedenken in den Jahren 1929 bis 1932 fast nur noch ausschließlich der Pariser Kommune und kaum noch der deutschen 48er-Revolution; neben zahlreichen historischen Artikeln, die an jene erinnerten, galt dieser lediglich einer.⁸⁷⁸

Begründet wurde dies in einem Kommentar zum 18. März 1930, in dem die 48er-Tradition der der Kommune gegenübergestellt wurde. Marx zitierend hieß es, die „sogenannten Revolutionen von 1848“ seien „nur kleine Zwischenfälle – geringfügige Spalten und Risse in der harten Kruste der bürgerlichen Gesellschaft“ gewesen.⁸⁷⁹ Der kommunistische Abgeordnete Theodor Neubauer erklärte am 16. Oktober 1931 im Reichstag unter Zustimmungsbekundungen seiner Fraktion:

„Wir haben vor Augen die glorreichen revolutionären Traditionen des französischen Proletariats. Wir feiern jedes Jahr mit den französischen Arbeitern die Erinnerung an die ruhmreiche ‚Commune von Paris‘.“

⁸⁷⁶ „18. März. Tag unserer politischen Gefangenen. Massenmeeting der Roten Hilfe im Sportpalast“, in: RF, 16.3.1930; „Nieder mit dem Republikschutzgesetz! Heute, am Tag der Kommune und der Revolution von 1848, soll das Zuchthausgesetz endgültig beschlossen werden“, in: RF, 18.3.1930.

⁸⁷⁷ „Große öffentliche Veranstaltungen. 60 Jahre Pariser Kommune. Kampfkundgebungen gegen die faschistischen Meuchelmorde“, in: RF, 19.3.1931; „Riesige Kundgebung zum Jahrestag der Pariser Kommune“, in: ebd.; „Märzgefallenen-Gedenkfeier“, in: RF, 18.3.1932; „Heute: 15 Märzkundgebungen der Roten Hilfe“, in: ebd.; „Proletarische Gedenkkundgebung in Friedrichsfelde. Betriebsdelegationen und Vertreter aller proletarischen Organisationen an den Gräbern“, in: RF, 19.3.1932; „Massenversammlungen der Roten Hilfe zum 18. März. Alle Versammlungen überfüllt“, in: ebd.

⁸⁷⁸ „Die Märzkämpfe 1848 in Berlin“, in: RF, 17.3.1929. Artikel zur Kommune: „Von der Kommune zum roten Oktober“, in: ebd.; Heinrich Farwig, „Zum Jahrestag der Pariser Kommune“, in: ebd.; Henri Barbusse, „Louise Michel“, in: ebd.; Kanter, „Die zaristische Ochrana, Polizeirat Stieber und die Kommune“, in: ebd.; Alexander Emel, „Lehren der Pariser Kommune“, in: RF, 19.3.1929; Lenin, „Die Bedeutung der Kommune“, in: RF, 18.3.1930; J. M. Lange, „Das Lied der Kommune“, in: RF, 17.3.1931; Heinz Neumann, „Es lebe die Kommune!“, in: RF, 18.3.1931; Wl. J. Lenin, „Dem Andenken der Kommune“, in: ebd.; „Von der Kommune zur Sowjetmacht“, in: ebd.; „Der bewaffnete Aufstand vom 18. März 1871“, in: ebd.; „Der 18. März in Paris“, in: ebd.; „Jenny Marx über die Kommune“, in: ebd.; „Das war die Diktatur des Proletariats!“, in: RF, 18.3.1932; „Paris 18.3.71 – Moskau 18.3.32“, in: ebd.; „So lebte Jules Camélinat. Einer der letzten Kommunarden gestorben“, in: ebd.; Leo Weiß, „Blutzeugen einer neuen Welt. An den Gräbern der Kommunarden – Der Friedhof Père Lachaise in Paris“, in: ebd.; „Rede von Karl Marx über die Pariser Kommune“, in: RF, 20.3.1932.

⁸⁷⁹ A. E., „Der 18. März – zwei Traditionen. Zum Jahrestag der Märzrevolution und der Pariser Kommune“, in: RF, 18.3.1930. Die Rede Marx' aus dem Jahre 1856, der das Zitat entnommen war, hatte die *Internationale* schon 1927 abgedruckt: Karl Marx, „Die Revolution von 1848 und das Proletariat“, in: Die Internationale, 10 (1927), S. 406-408, hier: 407.

Die KPD, so Neubauer weiter, rüste „zur proletarischen Revolution“ und rechne dabei auf die internationale Solidarität der französischen Kommunisten.⁸⁸⁰

Am 18. März 1930 hatte die *Rote Fahne* das Märzgedenken mit einem konkreten politischen Anliegen verbunden: dem Protest gegen die Verlängerung des Republikschutzgesetzes durch die sozialdemokratisch geführte Reichsregierung. Das kommunistische Zentralorgan titulierte diese Gesetzgebung als „Zuchthaus-“ und „Terrorgesetz“. Bereits wenige Tage zuvor hatte der kommunistische Abgeordnete Willi Münzenberg das Republikschutzgesetz im Reichstag scharf attackiert. Seine Kritik richtete sich insbesondere gegen einen Paragraphen, der die Verherrlichung oder Billigung von Hochverrat unter eine Gefängnisstrafe von mindestens drei Monaten stellen sollte.

Aus dem Kaiserreich sei ihm kein Fall bekannt, in dem man jemanden einen Hochverratsprozess wegen Verherrlichung einer hochverräterischen Handlung zu machen versucht hätte. Er kenne nur einen Versuch dieser Art in der deutschen Geschichte, der sich in „der schlimmsten Zeit nach 1848“ in den 1860er-Jahren gegen Lassalle gerichtet habe, weil der in seiner bekannten Broschüre „An die Arbeiter Berlins“ die rheinländischen den Berliner Arbeitern hatte zurufen lassen, ob die Söhne und Brüder der „großen Toten vom März 1848“ die Letzten in der zeitgenössischen Bewegung sein wollten.⁸⁸¹

In Münzenbergs Augen drohte das Gesetz, Zustände zu schaffen, die selbst 1848 kaum denkbar gewesen seien:

„Heinrich Heine hat im Jahre 1848 ein Gedicht geschrieben, das damals allgemein als ein Scherz und eine Verspottung von unmöglichen Dingen betrachtet wurde; es ist überschrieben: ‚Aus Krähwinkels Schreckenstagen‘. Darin kommen die wunderbaren Zeilen vor:

„Wo ihrer drei beisammenstehen,

Da soll man auseinandergehen.“ (Heiterkeit.)“

Münzenberg behauptete nun, ihm liege ein polizeiliches Protokoll vor, laut dem drei Arbeiter bei Hamburg verhaftet worden seien, „weil sie in geschlossenem Zuge in Stärke von drei Personen Richtung Hamburg marschierten“.⁸⁸²

⁸⁸⁰ Verhandlungen des Reichstags, Bd. 446, S. 2188 f.

⁸⁸¹ Vgl. Ferdinand Lassalle, *An die Arbeiter Berlins* (1863), in: ders., *Reden und Schriften*, hg. v. Hans Jürgen Friederici, Text nach: *Ferdinand Lassalles Reden und Schriften* (Berlin 1892/1893), Leipzig 1987, S. 324-350, hier: 324, 349; auch in: *Lassalle, Reden und Schriften. In Auswahl hg. u. eingel. v. Ludwig Maenner* (=Klassiker der Politik, hg. v. Friedrich Meinecke/Hermann Oncken, Bd. 15) Berlin 1926, S. 247-278, hier: 248, 275.

⁸⁸² Verhandlungen des Reichstags, Bd. 427, S. 4437 f.; vgl. Heine, *Erinnerung aus Krähwinkels Schreckenstagen*, in: *Von unten auf*, Bd. 1, S. 333 f.

Wie seit den Anfängen der deutschen kommunistischen Partei stellte die *Rote Fahne* 1930 die Kämpfe der ersten Jahre der Weimarer Republik in die Tradition der Berliner Märzkämpfe 1848 und der Pariser Kommune:

„Nichts bleibt vergessen! Nicht der März 1848 und nicht der März 1871. Nicht der März 1919, in dem Noske die wilhelminischen Offizierskanailen auf das Berliner Proletariat losließ; nicht der März 1920 mit den glorreichen Taten unserer Roten Armee und den Untaten der Severing; und nicht der März 1921, in dem Severing zusammen mit Hörsing das blutige Experiment vom Ruhrgebiet in Mitteldeutschland wiederholte.

Meere von Blut haben die wilhelminischen, Meere von Blut die sozialdemokratischen Machthaber vergossen. [...] Heute ist ihre Macht so groß, ihre Organisation so gefestigt, ihr Einfluss so gewachsen, dass die Severings, wiederum an einem 18. März sich gezwungen sehen, ein spezielles Gesetz zur Knebelung der Kommunistischen Partei zu erlassen.“⁸⁸³

Die gleiche Traditionslinie zog die Zeitung in einem weiteren Artikel über die Anfänge der Roten Hilfe im Jahre 1921. Nach dem Ende des „Feldzuges“ von Severing und Hörsing gegen das mitteldeutsche Proletariat im März 1921 habe es allein in Mitteldeutschland 3 600 proletarische politische Gefangene gegeben und im ganzen Reiche etwa 7 000.⁸⁸⁴

Die Sozialdemokraten

Bei den Sozialdemokraten hatte das Märzgedenken in den Jahren 1929 bis 1932 wie schon 1928 weiterhin überwiegend antimonarchischen Charakter. Der *Vorwärts* publizierte 1930 einen Artikel, in dem behauptet wurde, der Autor habe mit dem sich 1848 in der Lehrerausbildung befindlichen Theodor Hielscher denjenigen ermittelt, der am 19. März 1848 dem König zugerufen habe, er solle vor den aufgebahrten Revolutionsopfern den Hut ziehen.⁸⁸⁵ Des Weiteren hieß in dem Artikel über Hielscher, sein „größter Hass“ habe Geistlichen, Bürokratie und Fürsten gegolten.⁸⁸⁶ Erneut erzählte der *Vorwärts* in diesen Jahren vom Revolutionsgedenken im Kaiserreich; die als fast schon obsessiv zu bezeichnende Erinnerung an die Kranzschleifenzensur fehlte dabei nicht.⁸⁸⁷

⁸⁸³ „Nieder mit dem Republikschutzgesetz! Heute am Tag der Kommune und der Revolution von 1848 soll das Zuchthausgesetz endgültig beschlossen werden. Auf zum Protestmeeting der Roten Hilfe in den Sportpalast, abends 7.30 Uhr!“, in: RF, 18.3.1930. Auch 1926 hatte die *Rote Fahne* die Märzkämpfe seit 1848 aufgezählt. „18. März – Tag der Roten Hilfe“, in: RF, 18.3.1926.

⁸⁸⁴ „18. März. Tag der Roten Hilfe. Die Märztage 1921, die Geburtsstunden der Roten Hilfe Deutschlands“, in: RF, 18.3.1930. Auch zwei Jahre später: „Märzkampftage in Berlin. Wie die SPD-Führer der faschistischen Reaktion den Weg bahnten“, in: RF, 18.3.1932. Heinrich August Winkler beziffert die nach dem mitteldeutschen Aufstand verhafteten Arbeiter auf etwa 6000 und die verurteilten auf 4000. Vgl. Winkler, Weimar, S. 153 f.

⁸⁸⁵ Vgl. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 578.

⁸⁸⁶ K. Müller, „Ein Lehrerrevolutionär. Eine Märzerinnerung“, in: Vorwärts, 18.3.1930, MA.

⁸⁸⁷ „Vor 25 Jahren“, in: Vorwärts, 18.3.1931, MA.

Die Bedrohung der Weimarer Republik und die Existenz eines neuen Gegners beziehungsweise Feindes neben Monarchisten und Kommunisten spiegeln sich im Leitartikel des *Vorwärts* zum Märzfeiertag 1931. Dieser verband die Erinnerung an die Märzgefallenen von 1848 nicht nur mit der an die ebenfalls im Friedrichshain beigesetzten Männer, die im November 1918 ihr Leben für die Republik geopfert hätten, sondern auch mit der an die Sozialdemokraten, die in den letzten Jahren Opfer nationalsozialistischer Überfälle geworden waren. Zum Märzgedenken schrieb das sozialdemokratische Zentralorgan programmatisch:

„Wenn wir am 18. März die Toten von 1848 ehren, dann ehren wir zugleich die Toten der Republik.“⁸⁸⁸

Die „Weltbühne“

In der linksintellektuellen Zeitschrift *Die Weltbühne* wurde während des Niedergangs der Weimarer Republik an das Scheitern der 48er-Revolution erinnert. Abgedruckt wurde 1932 ein „Volkslied“ Adolf Glaßbrenners von 1848:

„Immer’n bisken zurück, immer’n bisken zurück.

Zu des alte Unterthanenjlück!

Ne nu dauert mir zu lange die Revoluzjohn,

Nu jeh ick über zu de Reakzjohn!

[...]

Die Republik wär doch’s jrößte Malheur,

Da hätten wir ja jar keen Keenig mehr!

[...]

Die Juden, die haben das jrößte Maul,

Die ihre Jesinnung is oberfaul.

[...]

Meine Frau, die betet noch monarch’scher als ich:

Lieber Jott, schick‘ uns wieder den Metternich!

Hätt’n wir nich noch das jute Milletair,

Wir hätten keene jute Hoffnung mehr.

[...]

Un kurz, die Freiheit, die hab ick nu dick!

[...]“⁸⁸⁹

⁸⁸⁸ „Die für die Freiheit starben. Der 18. März und die Toten der deutschen Republik“, in: *Vorwärts*, 18.3.1931. Der *Volksfreund* in Karlsruhe wandte sich 1931 in seinem Leitartikel zum Märzfeiertag gegen die Nationalsozialisten und druckte 1932 Auszüge aus Valentins Revolutionsgeschichte über den 18. März in Berlin: „Der 18. März“, in: *Volksfreund*, 18.3.1931; Veit Valentin, „Die Märzrevolution. Zum 18. März“, in: ebd., 18.3.1932.

Anfang 1933 erschien in der Zeitschrift auch noch ein Vorabdruck aus Kurt Kestens Buch „1848“, in dem die Kapitulation der Revolutionäre in Rastatt am 23. Juli 1849 geschildert wurde. Der 24-jährige Wilhelm Liebknecht habe sich nach London retten können:

„Dort traf er gute Freunde: Marx und Engels, Wilhelm Wolff und Freiligrath – die Männer der ‚Neuen Rheinischen Zeitung‘. Sie gaben ihre Sache nicht verloren, sie gingen nicht unter; die Erkenntnis der Vorgänge, das Wissen um die Zusammenhänge, der Besitz ihrer so schwer erkämpften Weltanschauung, des historischen Materialismus, befähigte sie weiter zu arbeiten, eine neue Organisation zu schaffen, ihre Lehre zu vervollkommen und, allen persönlichen Enttäuschungen zum Trotz, die Reihen zu schließen, um den Kampf fortzuführen.“⁸⁹⁰

⁸⁸⁹ Adolf Glaßbrenner, Volkslied aus dem Jahr 1848 [sic!]. Aus dem ‚Komischen Volkskalender‘, in: Die Weltbühne, 28 (1932), II, S. 619; vgl. Neuer Gesang des deutschen Michels. Melodie: Immer langsam voran, in: Adolf Brennglas (Hg.), Komischer Volkskalender für 1849. Mit vielen Illustrationen von Th. Hosemann, 4. Jahrgang, Berlin 1849, S. 66-72; das Lied ist auch abgedruckt in der Veröffentlichung des Vorwärts-Verlags von 1912: Unterm Brennglas. Berliner politische Satire, Revolutionsgeist und menschliche Komödie von Adolf Glaßbrenner, ausgew. u. eingl. v. Franz Diederich, Berlin 1912, S. 275-278.

⁸⁹⁰ Kurt Kersten, Das Ende, in: ebd., 29 (1933), I, S. 176-178, hier: 178; vgl. ders., ‚1848‘. Die deutsche Revolution, Berlin 1933, S. 490 f.

IV. Exkurs: Konservative Historiker und die 48er-Revolution

Srbiks Metternich-Biografie

Derjenige, gegen dessen ganzes politisches System sich die deutsche 48er-Revolution zunächst gerichtet hatte, war Fürst von Metternich gewesen, der nach dem Ausbruch der Revolution am 13. März 1848 in Wien ins Exil nach England hatte fliehen müssen. Der deutschösterreichische Historiker Heinrich Ritter von Srbik legte 1925 eine zweibändige Metternich-Biografie vor, bei der es sich um den gegen Heinrich von Treitschke gerichteten Versuch einer historischen Rettung ihres Protagonisten handelte. Srbik hatte im Dezember 1918 während des Umbruchs in Österreich in Graz vor Studenten an zwei Abenden über die Wiener 48er-Revolution gesprochen – die Reden wurden 1919 als Aufsatz veröffentlicht – und sich dabei besonders den sozialen Verhältnissen gewidmet.

Er sprach eingangs von der „bangen Frage“, ob die demokratische Republik oder der Despotismus einer Klasse der Endpunkt der historischen Entwicklung zur Volksherrschaft seit dem letzten Jahrhundert sei. Die politische Pointe seiner inhaltlich über weite Strecken abgewogenen Ausführungen war die Schilderung des Wiener Oktobers 1848, den er als apokalyptisches Spektakel vor Augen führte. Im Einzelnen erwähnte Srbik, der als Student – wie so viele in Deutschösterreich – im Bann des radikalen völkischen Nationalismus gestanden hatte, die „blutrünstige Presse“, die „Gesinnung der roten Republik“ unter den Studenten, deren Bündnis mit den Arbeitern, unter denen auch Elemente gewesen seien, die nicht so ehrlich waren, wie sich die Studentenfürher das dachten, und die zweifelhafte Rolle einiger Juden, „gewissenloser, profitgieriger Volksbetörer“. In diesen beiden Reden war bereits eines der Hauptmotive des srbikschen Versuchs der Rehabilitierung Metternichs angelegt: der Verdacht oder zumindest die Befürchtung, dass die Volkssouveränität letzten Endes in den Kommunismus führe.¹

Zur Rehabilitierung Metternichs versuchte Srbik in der Biografie 1925, die Aktualität von einigen von dessen Zielen aufzuweisen und ihn auf eine Stufe mit Bismarck zu stellen. Politisch sollte dies konservativen Österreichern ein selbstbewusstes Auftreten gegenüber den Reichsdeutschen ermöglichen, den Zusammenschluss – auch Srbik trat für den großdeutschen Gedanken ein – auf gleicher Augenhöhe. In einem Aufsatz für die *Historische Zeitschrift*, betitelt „Der Ideengehalt des ‚Metternichschen Systems‘“, fasste Srbik diese Gedanken

¹ Heinrich Ritter von Srbik, Die Wiener Revolution des Jahres 1848, S. 19, 21 f. (Zitat: 21), 27, 48 f. (Zitate: 47), 53-55 (Zitat: 54); vgl. Langewiesche, Republik, konstitutionelle Monarchie und ‚soziale Frage‘, S. 355.

zusammen. Da er nicht verleugnen konnte, dass die Starrheit des metternichschen Hochkonservatismus auf die Dauer nicht haltbar war, geriet Metternich ihm zur heroisch-tragischen Figur, die prinzipienfest – im Verlauf seiner Ausführungen steigerte sich Srbik in eine regelrechte Apotheose des „monarchischen Prinzips“ –, aber doch vergeblich am Alten festhielt, weil sie ahnungsvoll in den Tendenzen der Zeit das Unheil herannahen sah. Die Aktualität Metternichs machte Srbik an zwei Gedanken fest: zum einen, wie erwähnt, an den Gefahren der Volkssouveränität, zum andern an der Mitteleuropaidee. In einem politischen Aufsatz schrieb er 1926, das erste Gebot sei Großdeutschland, das zweite Mitteleuropa. Metternich habe das Nationalitätenprinzip als tödliche Gefahr für das alte Europa, insbesondere Mitteleuropa erkannt.²

Wenig deutet zumindest im Deutschen Reich darauf hin, dass Srbik, der später in einem Hinweis zu seiner Biografie seine Beeinflussung und Förderung durch die führenden reichsdeutschen Historiker Friedrich Meinecke und Erich Marcks hervorhob, mit seinem Rettungsversuch über den publizistischen Erfolg und die große Anerkennung unter maßgeblichen deutschen Historikern hinaus einen Erfolg in der Sache gehabt hätte.³ „Metternich“ und „Metternichsches System“ blieben pejorative Ausdrücke. Doering kommt in seiner Studie über die Darstellung von 1848 in preußischen und bayerischen Schulgeschichtsbüchern zu dem Ergebnis, dass diese sowohl im Kaiserreich als auch in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus für die Karlsbader Beschlüsse kein Verständnis zeigten und urteilten, Metternich sei bei der Bekämpfung der „Umrtriebe“ der Studenten weit übers Ziel hinausgeschossen, und dass sie bis auf diejenigen aus dem Kaiserreich mit einiger Genugtuung vom Sturz Metternichs berichteten.⁴

² Srbik, Metternich, Bd. 1, S. 20-22, 36, 43, 49 f., Bd. 2, S. 101, 110, 187, 207, 217, 224 f., 249 f., 263, 274 f., 279, 287, 291 f., 298 f., 312, 553, 556-560, 566-568; ders., Der Ideengehalt des ‚Metternichschen Systems‘, in: HZ, 131 (1925), S. 240-262, hier: 240-242, 245 f., 251 f. (Zitat: 251), 257, 262; ders., Metternichs mitteleuropäische Idee, in: Volk und Reich. Politische Monatshefte für das junge Deutschland, 2 (1926), S. 341-355, hier: 342, 352, 355; vgl. Dachs, Österreichische Geschichtswissenschaft, S. 121; Fritz Fellner, Heinrich von Srbik – ‚Urenkelschüler Rankes‘, in: ders., Geschichtsschreibung und nationale Identität. Probleme und Leistungen der österreichischen Geschichtswissenschaft, Wien/Köln/Weimar 2002, S. 330-345, hier: 333, 335 f., 338, 343; Ludwig Moos, Bildungsbürgertum, Nationalproblem und demokratisches Zeitalter. Studien zum Werk Heinrich Ritters von Srbik, phil. Diss., Freiburg 1967, S. 7-11, 43, 70-72, 77-79.

³ Sehr positiv war die Aufnahme in der *Historischen Zeitschrift* durch Carl Brinkmann: HZ, 134 (1926), S. 576-578; vgl. Fellner, Heinrich von Srbik, S. 335 f.; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 608; kritisch zur Metternich-Biografie: Viktor Bibl, Metternich in neuer Beleuchtung. Sein geheimer Briefwechsel mit dem bayerischen Staatsminister Wrede, Wien 1928, S. 3-90, insb.: 4 f.; Eduard von Wertheimer, Gibt es einen neuen Metternich?, in: Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte, 38 (1926), S. 339-367, insb.: 367; ders., Der Kampf um Metternich, in: Preußische Jahrbücher, 250 (1928), S. 259-268; Veit Valentin, „Der Weg des großen Diplomaten“, in: VZ, 28.8.1927; siehe auch das Urteil über Metternichs Werk bei: Willy Andreas, Österreich und der Anschluss (=Einzelschriften zur Politik und Geschichte, Bd. 25), Berlin 1927, S. 10.

⁴ Vgl. Doering, Das sperrige Erbe, S. 411, 416.

Valentin schrieb in seiner Revolutionsgeschichte, die revolutionäre Bewegung von 1848 habe sich gegen Metternich gerichtet, dessen Art, dessen Geist, dessen Prinzipien und dessen „System“, und kommentierte den Rettungsversuch des Historikerkollegens mit den Worten:

„In Srbiks Metternich-Buch erscheint die Wiener Märzrevolution beinahe wie eine Rücksichtslosigkeit gegenüber dem großen Staatsmann Metternich.“⁵

In einer Reichstagsdebatte im Dezember 1929 warf der in der DNVP weit rechtsstehende, ganz in der preußischen Tradition verwurzelte Abgeordnete Everling dem sozialdemokratischen Reichsinnenminister Severing vor, nach dem Scheitern der Verlängerung des Republikschutzgesetzes im Reichstag im Juni dieses Jahres mit dem Notverordnungsartikel der Reichsverfassung gedroht zu haben, und rief aus: „Wir wollen keinen ‚Metternich en proletaire‘, wir wollen keinen ‚roten Alba‘.“⁶ Die Erfolglosigkeit des srbikschen Rettungsversuchs war nicht überraschend, da – wenn auch vor dem Weltkrieg und der Revolution von 1918/19 – im Jahre 1898 selbst ein so konservativer Historiker wie Erich Marcks geurteilt hatte, dass die Früchte von 1848 vollkommen unentbehrlich, der Menschen täglich Brot geworden seien.⁷

Zwei Vorträge von Erich Marcks und Max Lenz im Jahre 1930

Weit symptomatischer als die srbiksche Metternich-Biografie waren zwei Vorträge, welche die reichsdeutschen neurankeanischen Historiker Erich Marcks und Max Lenz 1930, in dem Jahr, als in der Weimarer Republik der Übergang zu den Präsidialkabinetten erfolgte, vor der Preußischen Akademie der Wissenschaften hielten. Lenz und Marcks waren ausgesprochene Konservative. Marcks war auch der akademische Lehrer Veit Valentins gewesen, der sich im Verlauf des Weltkriegs zum Linksliberalen entwickelt hatte und 1930/31 seine monumentale Geschichte der 48er-Revolution vorlegen sollte. Der am 30. Januar 1930 gehaltene Vortrag von Marcks „Die europäischen Mächte und die 48er-Revolution“, in dem er nach der Realisierbarkeit einer deutschen nationalstaatlichen Einigung 1848/49 unter dem außenpolitischen Gesichtspunkt fragte, wurde in der *Historischen Zeitschrift* abgedruckt.

⁵ Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1, S. 2, 13, 597, EN 180 (Zitat), Bd. 2, S. 583.

⁶ Verhandlungen des Reichstags, Bd. 426, S. 3440, auch: 3453.

⁷ Erich Marcks, 1848 (1898), in: ders., Männer und Zeiten. Aufsätze und Reden zur neueren Geschichte, Bd. 1, 7. erw. Aufl., hg. v. Gerta Andreas, Stuttgart/Berlin 1942, S. 251-294, hier: 272. Max Weber äußerte sich 1911 ähnlich in einem Brief über die Französische Revolution von 1789. Vgl. Döring, Der Weimarer Kreis, S. 164.

Das entscheidende Urteil Marcks' lautete im Hinblick auf Friedrich Wilhelms IV. Zurückweisung der ihm durch die Paulskirche angetragenen kleindeutschen Kaiserkrone:

„Realistisch gesehen war Friedrich Wilhelms Nein, wie immer es auch entstand, politisch richtig: wirklich nicht an ihm ist Deutschland damals gescheitert. Aber natürlich, *auch* durch ihn“.

Damit setzte sich Marcks von den Negativurteilen in der kleindeutschen Geschichtsschreibung und daran anknüpfend in der Weimarer Republik über Friedrich Wilhelm IV., die diesen für das Scheitern der deutschen 48er-Revolution verantwortlich oder zumindest mitverantwortlich machten, deutlich ab. Marcks begründete dieses Urteil damit, dass aus einer Annahme der Kaiserkrone „sogleich oder bald“ ein österreichisch-deutscher und ein europäischer Krieg hätten folgen müssen. Damit implizierte er die Alternativlosigkeit der bismarckschen Politik, die zur Reichsgründung führte, da 1866 die internationalen Voraussetzungen andere gewesen seien.⁸

An Lenz' Vortrag ist im Zusammenhang dieser Studie weniger der Inhalt seiner Ausführungen von Belang, sondern allein die Themenwahl: die detaillierte Auseinandersetzung mit den gegenrevolutionären Plänen des Junkers Bismarck von Schönhausen im März 1848 im Jahre 1930. Die Szene im Schlosshof am 19. März 1848, als Friedrich Wilhelm IV. das Haupt vor den Märzgefallenen entblößte, bezeichnete Lenz als

„die scheußliche Groteske des Leichenzuges (ein widerliches Gemisch von Rohheit und Sentimentalität) unter dem Gesange des Chorals ‚Jesu meine Zuversicht‘“.⁹

Von konservativer Seite wurde 1930 also zum einen die Gegnerschaft Bismarcks zur 48er-Revolution thematisiert und zum anderen die Aussichtslosigkeit des Versuchs der deutschen Einigung 1848/49 in außenpolitischer Hinsicht behauptet.

⁸ Erich Marcks, Die europäischen Mächte und die 48er-Revolution, in: HZ, 142 (1930), S. 73-87, hier: 73 f., 84 (Zitate), 87. Max Lenz hatte bereits 1898 nahezu die gleiche These vertreten: Max Lenz, 1848 (1898), in: ders., Kleine historische Schriften, Bd. 1, München/Berlin 1910, S. 345-359, hier: 358 f. Anders: Friedrich Meinecke, Josef von Radowicz (1921), in: ders., Werke, Bd. 9, S. 364-376, hier: 374; Payer, Anno 48, 1923, S. 38-40. Die Frage, ob 1848/49 eine klein- und weitergehend auch eine großdeutsche Lösung außenpolitisch möglich gewesen wäre, ist unter Historikern bis heute umstritten. Winkler vertritt die These, dass eine kleindeutsche Lösung im Jahr 1849 für Preußen Krieg mit Österreich und höchstwahrscheinlich auch mit Russland bedeutet hätte und dass Preußen aus guten Gründen zu einem solchen Krieg *nicht* bereit gewesen sei. Vgl. Winkler, Geschichte des Westens, S. 654 f.; auch: ders., Der überforderte Liberalismus. Zum Ort der Revolution von 1848/49 in der deutschen Geschichte, in: Wolfgang Hardtwig (Hg.), Revolution in Deutschland und Europa 1848/49, Göttingen 1998, S. 185-206, hier: 203; anders: Stadelmann, Soziale und politische Geschichte der Revolution von 1848, S. 137 f.; Dieter Langewiesche, Germany and the national question in 1848, in: John Breuilly (Hg.), The State of Germany. The national idea in the making, unmaking and remaking of a modern nation-state, 2. Aufl., London/New York 1993, S. 60-79, hier: 77; Winfried Baumgart, Europa und die Revolution von 1848/49, in: Rill (Hg.), 1848. Epochenjahr für Demokratie und Rechtsstaat in Deutschland, S. 119-142, hier: 122.

⁹ Max Lenz, Bismarcks Plan einer Gegenrevolution im März 1848 (=Sonderausgabe aus den Sitzungsberichten der Preußischen Akademie der Wissenschaften, phil.-hist. Klasse, Bd. 14), Berlin 1930, S. 11.

V. Ausblick: Nationalsozialismus und „Anschluss“ 1938

Hitler über die 48er-Revolution

Reichskanzler Adolf Hitler sagte am 31. März 1938 auf einer Wahlkampfreise durch das Reich aus Anlass der am 10. April angesetzten Volksabstimmung über den am 13. März vollzogenen „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich in Frankfurt am Main:

„Das Werk, für das vor 90 Jahren unsere Vorfahren kämpften und bluteten, kann nunmehr als vollbracht angesehen werden.“¹

Und Anfang Februar 1940 erklärte Hitler gegenüber Goebbels:

„Der ‚KL.‘ [die Zeitschrift *Kladderadatsch*, D.B.] war großdeutsch und nur gegen Bismarck, insofern seine deutsche Lösung nur eine Teillösung war. Aber mehr konnte Bismarck nicht erreichen. Die Dynastien standen ihm im Wege. Selbst Wilhelm I. musste zum Kaisertum sozusagen gezwungen werden. Und Friedrich Wilhelm IV. wollte die Kaiserkrone nur aus der Hand der Fürsten, nicht der des Volkes entgegennehmen. Die 48er-Demokraten waren großdeutsche Idealisten. Nicht zu vergleichen mit den Novemberdemokraten. Alle hassten die Dynastien und Österreich, weil es das Reich zerstörte.“²

Neben diesen beiden in der Literatur häufig zitierten Bemerkungen über die 48er-Revolution äußerte Hitler sich schon etliche Jahre früher in zwei Artikeln im *Illustrierten Beobachter* vom 10. November 1928 und 26. Januar 1929 zu diesem Thema. Im ersten behauptete er, die „Novembermänner“ hätten Angst davor, dass in einem Land des Deutschen Reiches organisierter Widerstand gegen die „Verschlampung deutscher Ehre und deutschen Gutes“ einsetzen könnte:

„Das ist der wirklich innere Grund, warum die Novembermänner, denen die deutsche Größe und gar die deutsche Kraft nicht nur vollkommen wurst, sondern sogar verhasst ist, nun plötzlich für den Einheitsstaat schwärmen und die schwarz-rot-goldene Flagge anständiger Märzrevolutionäre in ihre schmutzigen Finger genommen haben. Die 48er-Patrioten glaubten einst unter dieser Fahne die Zeit der elenden deutschen Ohnmacht beenden zu können,

¹ Frankfurt am Main – Werkstatt deutscher Einheit, S. 7; auch: Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Bd. 1: Triumph, 2. Halbbd.: 1935–1938, München 1965, S. 841.

² Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, hg. v. Elke Fröhlich i. A. des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung m. d. Bundesarchiv, Teil 1: Aufzeichnungen 1924–1941, Bd. 4: 1.1.1940–8.7.1941, München u.a. 1987, S. 33. Außerdem erwähnte Hitler die 48er-Revolution kurz in zwei Reden am 6. August 1934 und am 12. Februar 1939. Bei der ersten Gelegenheit sprach er von „der verworrenen Revolution des Jahres 1848“ und bei der zweiten von einer „idealistischen, in den Methoden verworrenen Epoche“. Domarus, Hitler, Bd. 1, 1. Halbbd.: 1932–1934, München 1965, S. 436, Bd. 2, 1. Halbbd.: 1939–1940, München 1965, S. 1078.

während sie den neudeutschen Revoluzzern als Symbol der Abrüstung der deutschen Ehre und der deutschen Kraft gilt.“³

Im zweiten Artikel hieß es in Hitlers ausführlichster überlieferter Äußerung über die 48er-Revolution:

„Im Jahre [18]48 gab es bekanntlich Demokraten, die in ihrer doktrinären Veranlagung für das wirkliche Leben so wenig Verständnis aufbrachten, dass sie selbst die gelungene Gründung des Reiches durch Bismarck ablehnen zu müssen glaubten, weil sie sich nicht in jenen formalistischen Bahnen vollzogen hatte, die ihrer achtundvierziger Überzeugung entsprachen. Dabei waren diese Menschen (zum Teil wenigstens!) noch redliche Patrioten, bereit, für ihr großdeutsches Ideal, wenn notwendig, auf die Barrikade zu steigen. Diese Art von parteidoktrinärem Fanatismus hat Bismarck das Leben öfter als einmal sauer genug gemacht und fügte der deutschen Nation und dem Reiche nicht geringen Schaden zu. Aber man konnte diesen Menschen eine, wenn auch verrückte, Geradlinigkeit nicht abstreiten. Es waren verbohrt, aber im übrigen doch auch wieder wertvolle Menschen, die, so wie sie erst die Beengtheit ihres Parteikreises überwunden hatten, wertvolle Dienste und wertvolle Arbeit leisten konnten. Karl Schurz ist hier als Beispiel anzuführen. Es tut dabei diesen Menschen keinen Abbruch, dass die tatsächlichen Drahtzieher der damaligen Revolution und der damaligen Demokraten die ewigen Unruhestifter der Menschheit von jeher gewesen sind. Wie immer haben die Juden geblasen und geschrien bzw. geschrieben, während den eigentlichen Sturm auf die Mauern Jerichos die demokratischen Goys auszuführen hatten. Bekanntlich sind die Mauern damals teilweise widerstanden [sic!]. Aber wenn auch die demokratischen Goys draußen blieben, so sind dafür die blasenden Juden hineingekommen.“⁴

Beseitigung der Grundrechte und von Schwarz-Rot-Gold im Nationalsozialismus

Im Nationalsozialismus wurden in Berlin-Spandau 1938 nach dem Anschluss Österreichs auch zwei Straßen nach Achtundvierzigern umbenannt: die bisherige Judenstraße nach Karl Schurz und eine weitere Straße nach Gottfried Kinkel, den Schurz 1850 tollkühn aus dem Gefängnis in Spandau befreit hatte.⁵ Ein Urteil über das Verhältnis Hitlers und der Nationalsozialisten zur 48er-Revolution ginge jedoch völlig fehl, wenn es sich allein auf die

³ Hitler, „Politik der Woche“ (10.11.1928), in: Hitler, Reden, Schriften, Anordnungen, Bd. 3: Zwischen den Reichstagswahlen Juli 1928–September 1930, Teil 1: Juli 1928–Februar 1929, hg. u. kommentiert v. Bärbel Dusik/Klaus A. Lankheit unter Mitwirkung v. Christian Hartmann, München u.a. 1994, S. 227-232, hier: 228 f.

⁴ Ders., „Politik der Woche“ (26.1.1929), in: ebd., S. 393-398, hier: 395 f.; dazu vgl. Hamann, Hitlers Wien, S. 160-168.

⁵ Vgl. Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, 3. Aufl., Frankfurt a. M. 2005, S. 25 f.

beiden zuerst angeführten Hitler-Zitate von 1938 und 1940 und die beiden Straßenumbenennungen stützen würde.

In der Weimarer Republik galten neben dem Anschlussgedanken auch die schwarz-rot-goldenen Reichsfarben und der Grundrechtsabschnitt der Weimarer Reichsverfassung als Symbole der 48er-Tradition. Beide Symbole – wobei die Grundrechte mehr waren als ein Symbol – wurden in den ersten Wochen der nationalsozialistischen Herrschaft beseitigt. Die wichtigsten Grundrechte wurden nach dem Reichstagsbrand durch die „Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar „bis auf weiteres“ und im Ergebnis für die gesamte Dauer der nationalsozialistischen Herrschaft außer Kraft gesetzt. Eine Woche nach den Reichstagswahlen am 5. März 1933 wurden die schwarz-rot-goldenen Reichsfarben durch einen von Hitler verkündeten – verfassungswidrigen – Erlass des Reichspräsidenten durch die schwarz-weiß-rote Fahne und die in diesen Farben gehaltene Hakenkreuzflagge ersetzt.⁶ Kein Geringerer als Reichstagspräsident Hermann Göring schmähte am 21. März 1933, dem „Tag von Potsdam“, die schwarz-rot-goldenen Farben – offensichtlich mit Blick auf die Jahre seit 1918 – als Symbol „der Unterwerfung, der Unterdrückung, der Schande und Ehrlosigkeit“.⁷

Die 48er-Revolution in nationalsozialistischen Schulgeschichtsbüchern

Die Studie des Historikers Doering über die Darstellung der 48er-Revolutionen in Schulgeschichtsbüchern im Kaiserreich, der Weimarer Republik und dem Dritten Reich lässt keinen Zweifel an der negativen Einstellung der Nationalsozialisten gegenüber der 48er-Tradition.⁸ In einem nationalsozialistischen Schulbuch wurde die Verlegung der preußischen Nationalversammlung von Berlin nach Brandenburg an der Havel Anfang November 1848 mit den Worten kommentiert, die „weitaus größte Mehrzahl der Berliner hatte den Märzschwindel sehr rasch überkommen“.⁹ Zu dieser Einstellung zur Märzrevolution passte es, dass diejenigen, die im Zuge der Eintrittswelle nach den Reichstagswahlen am 5. März 1933 Mitglieder der NSDAP geworden waren, im nationalsozialistischen Deutschland ironisch als „Märzgefallene“ bezeichnet wurden.¹⁰

⁶ Vgl. Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 2, S. 9, 11; Buchner, *Um nationale und republikanische Identität*, S. 128 f.

⁷ Vgl. Annelise Thimme, *Flucht in den Mythos. Die Deutschnationale Volkspartei und die Niederlage von 1918*, Göttingen 1969, S. 63.

⁸ Das negative Verhältnis der Nationalsozialisten zu 1848 betonen auch: Kocka, *Arbeit und Freiheit*, S. 12; Hachtmann, *Die Revolution von 1848*, <30>, <54>; Stürmer, *1848 in der deutschen Geschichte*, S. 228; Schwerin, *The Revolution of 1848*, S. 418; Otto, *Wandlung und Problemstellung*, S. 144 f., 155.

⁹ Doering, *Das sperrige Erbe*, S. 126, auch: 494.

¹⁰ Vgl. Hachtmann, *Die Revolution von 1848*, <30>, <54>.

Die Grundrechte der Paulskirchenverfassung wurden in nationalsozialistischen Schulbüchern grundlegend anders beurteilt als in denen der Weimarer Republik. Durch sie sei die Lebensfähigkeit des Staatsorganismus auf dem Altar eines kleinlichen Egoismus geopfert worden.¹¹ Bestimmend für das Verhältnis der Nationalsozialisten zur 48er-Revolution war jedoch letztlich, wie bereits zur Zeit der Weimarer Republik gelegentlich deutlich geworden war, ihr Antisemitismus. So hieß es in einem Schulbuch:

„Bereits im Frankfurter Vorparlament hatte ein Jude Riesser den Antrag gestellt, ‚dass für die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung jeder volljährige ‚Deutsche‘ ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses wahlberechtigt und wählbar sei‘. So zogen in der Tat der Antragssteller Riesser und die Juden Jacoby und Simson als ‚deutsche‘ Volksvertreter in das Frankfurter Parlament. Das Judentum durfte sich, ohne auf Widerspruch zu stoßen, in anmaßendster Weise vordrängen [...], so stellten doch die Juden dem Reichsministerium zwei Mitglieder und dem Parlament zwei Präsidenten.“¹²

Ein andermal lautete das Urteil:

„Die Juden, die in der Versammlung saßen, erreichten zielbewusst die Beseitigung der letzten Reste ihrer Sonderstellung und konnten nun hemmungslos an der Verjudung des gesamten Lebens in Deutschland arbeiten.“¹³

Dass „die Verjudung aller gesellschaftlichen Bereiche“ 1848/49 ihren Anfang nahm, war Konsens der Lehrbücher.¹⁴ In Hitlers Weltbild hatten die Juden nicht erst die deutsche 48er-Revolution, sondern schon die Französische Revolution von 1789 mit dem Ziel der eigenen rechtlichen Besserstellung bestimmt und gelenkt.¹⁵ Auch das Gewicht, das der 48er-Revolution in den Schulgeschichtsbüchern eingeräumt wurde, verringerte sich in denen für das niedere Schulwesen drastisch, während es in denen für das obere Schulwesen stabil blieb. Nachdem in der Weimarer Republik die Schulbücher für das niedere Schulwesen der 48er-Revolution im Mittel 5,7 Seiten gewidmet hatten, waren es im Nationalsozialismus noch 2,9.¹⁶

¹¹ Vgl. Doering, Das sperrige Erbe, S. 192, 284, 297.

¹² Ebd., S. 188; vgl. Lindner, Riesser, S. 163, 166 f., 169.

¹³ Doering, Das sperrige Erbe, S. 285, auch: S. 429.

¹⁴ Ebd., S. 297.

¹⁵ Vgl. Vogt, Weimar und die NS-Zeit, S. 31; Rainer Zitelmann, Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs, 4. erw. Neuaufl., München 1998, S. 81.

¹⁶ Vgl. Doering, Das sperrige Erbe, S. 377, auch: 397.

Richtig ist nach den Ergebnissen von Doering zugleich auch, dass – und das ist im Hinblick auf 1938 wichtig – der Zusammentritt der Paulskirche am 18. Mai 1848 den Schulgeschichtsbüchern des Nationalsozialismus mehr noch als denen der Weimarer Republik als ein zweifellos „pathetischer Moment“ galt, was auch bereits seit 1919 zunehmend durch Abbildungen dokumentiert wurde.¹⁷ Entsprechend dem nationalsozialistischen Parteiprogramm war die Darstellung des Revolutionsjahres großdeutsch orientiert.¹⁸

Die nationalsozialistische Haltung zur 48er-Revolution

Außerdem müssen die eingangs genannten Zitate, die auf eine gewisse Affinität Hitlers zur 48er-Tradition schließen lassen, näher interpretiert werden. Gegenüber Goebbels und im Zeitungsartikel von 1928 lobte Hitler die „48er-Demokraten“ als „großdeutsche Idealisten“ im direkten Vergleich mit „den Novemberdemokraten“, die sonst üblicherweise in der Sprache der Nationalsozialisten als „Novemberverbrecher“ tituliert wurden. Angesichts des nationalsozialistischen Hasses auf die „Novemberverbrecher“ bedeutet zum einen die lobende Hervorhebung der 48er-Demokraten durch Hitler im Vergleich zu diesen nicht allzu viel, zum andern zielte dieser Vergleich auch im Jahre 1940 noch im Nachhinein noch einmal darauf, die Versuche der Demokraten und Sozialdemokraten zu unterminieren, die Weimarer Republik durch den großdeutschen Gedanken unter Berufung auf das Jahr 1848 zu legitimieren.

Hitlers Sicht der 48er-Revolution lässt sich so zusammenfassen: Positiv wertete er den großdeutschen Gedanken, den Hass auf die Dynastien, insbesondere auf Habsburg, und die Bereitschaft der Revolutionäre, für ihre politische Überzeugung auf den Barrikaden zu kämpfen, negativ den „parteidoktrinären Fanatismus“ der Achtundvierziger – worunter zweifelsohne Parlamentarismus, Verfassungsbestrebungen und Grundrechte fielen – und die angebliche Urheberchaft der Juden an der Revolution, die der „Verjudung“ aller gesellschaftlichen Bereiche den Weg gebahnt habe. Letzteres lässt sich angesichts von Hitlers Rassenantisemitismus kaum, wie Rainer Zitelmann es tut, als kleiner Makel in einem ansonsten positiven hitlerschen Geschichtsbild der 48er-Revolution abtun.¹⁹ Außerdem waren die Schulgeschichtsbücher von weitaus größerer gesellschaftlicher Relevanz als die äußerst seltenen, knappen und zumeist ambivalenten Äußerungen Hitlers zur 48er-Revolution.

¹⁷ Vgl. ebd., S. 165.

¹⁸ Vgl. ebd., S. 225, 243, 415, 518.

¹⁹ Vgl. Zitelmann, Hitler, S. 80.

Hitlers knappe Bemerkung über die Vorfahren vor 90 Jahren bei seinem Besuch in Frankfurt am Main 1938 während seiner Kampagne für die Volksabstimmung über den „Anschluss“ ist kaum mehr als das unvermeidliche Minimum an pflichtschuldiger Ehrerbietung, das er dem Jahr 1848 am Versammlungsort der ersten deutschen Nationalversammlung erweisen musste. Er machte diese Bemerkung zudem auch *nicht* in der Paulskirche, sondern im Kaisersaal des Römers, den er nach seinen eigenen Worten bei dieser Gelegenheit ganz bewusst zum ersten Mal betrat; Hitler, der, wie sich auch diesmal zeigte, die Orte seiner öffentlichen Auftritte sorgfältig auswählte, hat – wie auch Kaiser Wilhelm II. – die Paulskirche nie betreten.²⁰

Zudem hatte bei der Begrüßung im Römer vor Hitler der Frankfurter Oberbürgermeister Friedrich Krebs gesprochen und dabei an die „großdeutsche Erhebung von 1848“ erinnert, deren Bannerträger sich in der Paulskirche versammelt hätten, um eine neue Reichsverfassung zu schaffen. Hitler hingegen vermied es, die Paulskirche auch nur zu erwähnen.²¹ Auch blieben sämtliche Versuche der Stadt Frankfurt, sich im Nationalsozialismus mit dem Erbe der Nationalversammlung als Stadt der großdeutschen Einheit zu profilieren, erfolglos; dazu gehörten 1938 Vorschläge, ein Denkmal für den „Anschluss Österreichs“ an der Paulskirche zu errichten und sie selbst zum Tagungsort des großdeutschen Reichstags zu machen sowie am 18. Mai zum Nationaldenkmal zu erheben.²²

So erschienen 1938/39 lediglich zwei offiziöse Publikationen in Frankfurt, welche die Stadt als die der großdeutschen Einheit in Szene setzten. Die erste hatte den Titel „Frankfurt am Main – Werkstatt deutscher Einheit. Deutsche Reden im Römer und in der Paulskirche zu Frankfurt am Main 1848–1938“, war dem Frankfurter Oberbürgermeister Krebs und dem Wiener Bürgermeister Hermann Neubacher gewidmet und enthielt Krebs Ansprache vom 31. März 1938 sowie Hitlers kurze Erwiderung, Ernst Moritz Arndts Gedicht „Des Deutschen Vaterland“, als Hauptteil eine Sammlung von Zitaten aus der Paulskirche, darunter die beiden in der Weimarer Republik häufig zitierten großdeutschen Reden von Uhland, Bismarcks Kritik an den Irrtümern der 48er-Revolution in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ und die Rede, die Neubacher am 22. Juli 1932 in der Paulskirche anlässlich des 11. Deutschen

²⁰ Vgl. Frankfurt am Main – Werkstatt deutscher Einheit, S. 5, 7; Klötzer, Die Frankfurter Paulskirche, S. 18; Hattenhauer, Deutsche Nationalsymbole, S. 214; Friedel, Deutsche Staatssymbole, S. 38.

²¹ Frankfurt am Main – Werkstatt deutscher Einheit, S. 5-7; auch: „Die Begrüßung im Römer“, in: FZ, 1.4.1938, Reichsausgabe; vgl. Klemm, Erinnert – umstritten – gefeiert, S. 316.

²² Vgl. ebd., S. 314-316.

Sängerbundesfestes gehalten hatte.²³ Eine zweite Publikation „Großdeutsche Stimmen 1848/49“ war eine Auswahl von Briefen, Tagebuchblättern und Eingaben aus dem Volk, die vom Frankfurter Oberbürgermeister angeregt und ermöglicht wurde.²⁴

Zu Hitlers äußerst distanzierter Haltung zur Paulskirche passte es auch, dass in Spandau 1938 Straßen gerade nach Schurz und Kinkel benannt wurden; die beiden waren 1848/49 *keine* Parlamentarier gewesen und Berühmtheit hatten sie *nicht* durch ihre Beteiligung an der Reichsverfassungskampagne erlangt, sondern durch die Befreiung Kinkels durch Schurz aus dem Zuchthaus in Spandau und die steile Karriere Schurz' im amerikanischen Exil. Die Vereinnahmung Schurz' durch Spandau in der Zeit des Nationalsozialismus sprach freilich allem dem Hohn, wofür sich dieser im Laufe seines Lebens engagiert hat, aber dieses Engagement war in Deutschland sehr viel weniger bekannt als die Befreiung seines akademischen Lehrers, die auch Bismarck imponiert hatte.²⁵

Die Reserviertheit Hitlers gegenüber der 48er-Tradition 1938 war durchaus repräsentativ für seine Bewegung. Der Literaturhistoriker Eckart Früh ist für Österreich zu dem Ergebnis gekommen, dass die nationalsozialistischen Tageszeitungen nach dem „Anschluss“ 1938 weitgehend darauf verzichteten, an die Revolution von 1848 zu erinnern.²⁶ In Wien waren im Nationalsozialismus im Hinblick auf 1848 sogar zwei „Denkmalstürze“ zu verzeichnen, die beide Robert Blum betrafen. Die Inschrifttafel an dem 1923 auf dem aufgelassenen Währinger Friedhof aufgestellten Felsblock für Blum, Messenhauser, Becher und Jellinek wurde ebenso entfernt wie die Gedenktafel für Robert Blum an einem nach diesem benannten Wohnhof.²⁷ Dazu passend schreibt der dem deutschnationalen Lager zuzurechnende österreichische Historiker Lothar Höbelt in seinem 1998 veröffentlichten Buch über Österreich und die

²³ Frankfurt am Main – Werkstatt deutscher Einheit. Deutsche Reden im Römer und in der Paulskirche zu Frankfurt am Main 1848–1938, bearb. v. Fried Lübbecke in Frankfurt am Main, Frankfurt am Main 1938, insb.: S. 3-8, 23 f., 42-45, 49-58.

²⁴ Karl Demeter (Hg.), Großdeutsche Stimmen 1848/49. Briefe – Tagebuchblätter – Eingaben aus dem Volk, Frankfurt a. M. 1939, S. 24.

²⁵ Vgl. Gottfried Kinkels Befreiung aus dem Zuchthause zu Spandau, S. 3; Oncken, Carl Schurz, S. 350; Deutsche Einheit, deutsche Freiheit, S. 62; Skal, Die Achtundvierziger in Amerika, S. 68-77; Blos, Die deutsche Revolution, S. 598.

²⁶ Vgl. Früh, Geduld, ihr Brüder!, S. 514.

²⁷ Vgl. Häusler, Hermann Jellinek, S. 172, FN 167; Josef Seiter, Politische Denkmäler im Wien der Ersten Republik (1918–1934), in: Stefan Riesenfellner (Hg.), Steinernes Bewusstsein. Die öffentliche Repräsentation staatlicher und nationaler Identität Österreichs in seinen Denkmälern, Wien/Köln/Weimar 1998, S. 411-459, hier: 435; auch: Peter Reichel, Robert Blum. Ein deutscher Revolutionär 1807–1848, Göttingen 2007, S. 191-193.

deutsche Revolution 1848 von einer weitverbreiteten Legende, nach der Blum jüdischer Herkunft gewesen sei.²⁸

Um das Verhältnis der Nationalsozialisten zur 48er-Tradition richtig zu bewerten, ist es auch notwendig zu gewichten. Es kann überhaupt kein Zweifel daran bestehen, dass Hitler und die Nationalsozialisten sich in die Tradition von Bismarck und Friedrich dem Großen stellten und *nicht* in die der 48er-Revolution.²⁹ Am 31. März 1938, als Hitler im Kaisersaal des Römers die erwähnte Bemerkung über die Vorfahren von vor 90 Jahren machte, hielt er anschließend noch eine Rede in der Festhalle der Frankfurter Messe. Laut dem zusammenfassenden Bericht der *Frankfurter Zeitung* begann er „mit einem Hinweis“ auf die Rolle der Stadt Frankfurt „in der Geschichte der deutschen Einheitsbewegung“, ging im weiteren Verlauf offenbar sehr viel ausführlicher auf die Notwendigkeit der Reichsgründung von 1871 ein und würdigte Bismarck als einen „der größten Staatsmänner nicht nur unseres Volkes, sondern aller Zeiten und Völker“.³⁰

Deutschösterreichische und deutsche Sozialdemokraten und der Anschluss 1938

Für den Ausgang der Volksabstimmung in Österreich am 10. April 1938 über den „Anschluss“ war die Erklärung des im Ständestaat nicht ins Exil gegangenen Sozialdemokraten Karl Renner, er werde mit Ja stimmen, ein *nicht* unwichtiger Faktor. Am 2. April erklärte er in einem Interview mit dem *Neuen Wiener Tageblatt*:

„Ich müsste meine ganze Vergangenheit als theoretischer Vorkämpfer des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen wie als deutschösterreichischer Staatsmann verleugnen, wenn ich die große geschichtliche Tat des Wiederezusammenschlusses [sic!] der deutschen Nation nicht freudigen Herzens begrüßte. [...]

Nun ist diese zwanzigjährige Irrfahrt des österreichischen Volkes beendet, es kehrt geschlossen zum Ausgangspunkt, zu seiner feierlichen Willenserklärung vom 12. November 1918 zurück. Das traurige Zwischenspiel des halben Jahrhundert 1866 bis 1818 geht hiermit in unserer tausendjährigen gemeinsamen Geschichte unter.“³¹

²⁸ Vgl. Höbelt, 1848, S. 236.

²⁹ Vgl. Doering, Das sperrige Erbe, S. 391; Suval, The Anschluss Question, S. 61.

³⁰ „Die Frankfurter Rede Adolf Hitlers“, in: FZ, 2.4.1938, Reichsausgabe.

³¹ Zitiert nach: Gerhard Botz, Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39. Mit einem Nachwort von Karl R. Stadler, überarb. u. erw. Neuaufl., Wien 2008, S. 184.

Der im Exil befindliche Otto Bauer vertrat nach dem Anschluss nicht „die reaktionäre Parole der Wiederherstellung der Unabhängigkeit Österreichs“, sondern forderte eine gegen Hitler gerichtete „gesamtdeutsche Revolution“ – allerdings ist darauf hinzuweisen, dass es politisch eine andere Qualität hatte, vor der Volksabstimmung über den Anschluss die Deutschösterreicher dazu aufzurufen, mit Ja zu stimmen, oder den Anschluss anschließend als Gegebenheit zu akzeptieren und es abzulehnen, die österreichische Unabhängigkeit zum Ziel des politischen Kampfes zu erklären.³² Angesichts der Haltung Renners und Bauers 1938 ist in der Literatur konstatiert worden, dass beide auch nach der Entfernung des Anschlussparagrafen aus dem Parteiprogramm der österreichischen Sozialdemokratie 1933 den Anschluss in ihren Herzen *nicht* gestrichen hätten.³³ Friedrich Adler, der Sohn des Parteiübersetzers Victor Adler und in der Zwischenkriegszeit Sekretär der Zweiten Internationale, lehnte auch noch 1945 das Bekenntnis zur „österreichischen Nation“ als totalen Partikularismus ab.³⁴

Neben Renner gab 1938 der Wiener Kardinal und Erzbischof Theodor Innitzer die ausschlaggebende *nicht* nationalsozialistische Erklärung für den Anschluss ab. Bereits zwei Wochen vor Renners Zeitungsinterview hatte die österreichische Bischofskonferenz eine feierliche Erklärung beschlossen, die am 27. März von allen Kanzeln verlesen wurde und von den Katholiken forderte, sich am Tage der Abstimmung „als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen“.³⁵ Auch die deutschösterreichischen Historiker befürworteten, soweit sie nicht jüdischer Herkunft waren, den Anschluss einmütig.³⁶

Ebenso wie Bauer begrüßte die Exilorganisation der reichsdeutschen Sozialdemokratie, die Sopade, den „Anschluss“ 1938 zunächst nach seinem Vollzug und behauptete, die Annexion würde den Widerstand gegen Hitler in beiden Staaten erhöhen. Das Ziel des Widerstandes sei nicht die Wiederherstellung der Trennung der Reichsdeutschen und Deutschösterreicher, sondern ein freies und friedliches Deutschland vom Rheinland bis zum Burgenland, von Preußen bis Voralberg. Es sollte aber nur wenige Monate dauern, bis die Sopade mit der

³² Vgl. Panzenböck, Ein deutscher Traum, S. 198.

³³ Vgl. Nasko, Ein ‚deutschösterreichischer‘ Staatsmann?, S. 415, auch: 423; Panzenböck, Ein deutscher Traum, S. IX f., 188-202.

³⁴ Vgl. Fritz Fellner, Das Problem der österreichischen Nation nach 1945, in: Otto Büsch/James J. Sheehan (Hg.), Die Rolle der Nation in der deutschen Geschichte und Gegenwart. Beiträge zu einer internationalen Konferenz in Berlin (West) vom 16. bis 18. Juni 1983, Berlin 1985, S. 193-220, hier: 204 f.

³⁵ Vgl. Nasko, Ein ‚deutschösterreichischer‘ Staatsmann?, S. 418; Schausberger, Der Anschluss, S. 546 f.

³⁶ Vgl. Dachs, Österreichische Geschichtswissenschaft und Anschluss, S. 62.

großdeutschen Tradition brach. Im September 1939, nach dem deutschen Überfall auf Polen, informierte sie die französischen Sozialisten, dass sie sich zu Deutschland in den Grenzen von 1933 bekenne.³⁷

³⁷ Vgl. Brancato, German Social Democrats, S. 120, 126-130, 136, 139.

VI. Bilanz

1) Der größte Gegner der 48er-Tradition war in Preußen – und das machte dieser Tradition auch über seinen Tod hinaus zu schaffen – bekanntermaßen Bismarck.¹ Nicht nur war ihm in den Jahren 1864 bis 1871 gelungen, woran die Revolution gescheitert war: nach dem Zerfall des Alten Reiches 1806, die Deutschen zu einigen und ein neues Reich zu gründen, auch wenn es „nur“ ein kleindeutsches unter Ausschluss der Deutschen der Habsburgermonarchie war, sondern am gefährlichsten an Bismarck für die von ihm bekämpfte 48er-Revolutionstradition war vielleicht, dass er, ein historisch Großer und ihr Gegner, als eine mythologische „Trickster-Figur“ ihr auch noch das Attribut „revolutionär“ streitig machte.²

Hatte er doch nach dem preußischen Krieg gegen den Deutschen Bund 1866 das Königreich Hannover, Kurhessen, Nassau, Schleswig-Holstein und die Stadt Frankfurt annektiert sowie das Vermögen des Welfenkönigs eingezogen.³ Zumindest das Paulskirchenparlament von 1848/49 hatte dem an Skrupellosigkeit nichts entgegenzusetzen. Der Demokrat Theodor Heuss formulierte das 1920 auf dem Parteitag seiner Partei prägnant:

„In der Auseinandersetzung mit den Parteien der Rechten wird es gut sein [...], immerhin daran zu erinnern, dass der *größte Revolutionär* des neunzehnten Jahrhunderts in Deutschland, der einzige wirklich große, *Bismarck* gewesen ist, der die Throne in Hannover und in Hessen-Nassau umgeworfen hat, ohne nach dem Recht zu fragen.“⁴

Im und nach dem Ersten Weltkrieg war die Mythisierung Bismarcks in eine neue Phase getreten. Der Mythos wurde nun ganz auf den Außenpolitiker und seinen Antiparlamentarismus zugeschnitten. Für die politische Rechte hatte der Bismarck-Mythos in der Weimarer Republik vor allem die Funktion, von dem abgedankten und exilierten Kaiser Wilhelm II. abzulenken, dessen politisches Wirken über drei Jahrzehnte als Kaiser des Deutschen Reiches nicht ernsthaft zu verteidigen war.⁵ Angesichts der Weltkriegsniederlage und dem einhellig als „Schmach“ empfundenen Frieden von Versailles hatte die Republik dem außenpolitischen Glanz von Bismarcks Reichsgründung und der Etablierung des Reiches

¹ Vgl. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 590; Griewank, Ursachen und Folgen des Scheiterns, S. 86.

² Zum Begriff der „Trickster-Figur“ vgl. Speth, Nation und Revolution, S. 59, 121; Dörner, Politischer Mythos und symbolische Politik, S. 95.

³ Vgl. Winkler, Der lange Weg nach Westen, Bd. 1, S. 177, 209 f.

⁴ Bericht über die Verhandlungen des 2. Ordentlichen Parteitages der Deutschen Demokratischen Partei, S. 224.

⁵ Vgl. Hardtwig, Der Bismarck-Mythos, S. 75; auch: ders., Erinnerung, Wissenschaft, Mythos. Nationale Geschichtsbilder und politische Symbole in der Reichsgründungsära und im Kaiserreich, in: ders., Geschichtskultur und Wissenschaft, München 1990, S. 224-263, hier: 243; Wirsching, Demokratisches Denken in der Geschichtswissenschaft, S. 76.

als europäische Großmacht nichts entgegenzusetzen. Wenn hier ein Fehler gemacht wurde, dann war es der, dass sich im Oktober 1918 die Sozialdemokraten auf einen Eintritt in die Reichsregierung einließen, ohne dass die zivilen und militärischen Spitzen des Reiches zuvor einen öffentlichen Offenbarungseid über die militärische Lage abgelegt hatten.⁶ In Weimar konnte die 48er-Tradition gegenüber dem Bismarck-Mythos daher nicht bestehen; einschneidend war der Sieg des kaiserlichen Generals a. D. Hindenburg über den Kandidaten des Volksblocks im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl 1925.

2) Eine weitere Tradition neben dem Bismarck-Mythos, die bereits in der Weimarer Nationalversammlung 1919 von Gustav Stresemann der 48er-Tradition entgegengesetzt wurde, war die Zeit der Befreiungskriege. Aus mehreren Gründen lag es nach der Niederlage des Deutschen Reiches im Weltkrieg nahe, an diese Zeit anzuknüpfen. Die Erzählung der Befreiungskriege umfasste die katastrophale Niederlage Preußens bei Jena und Auerstedt 1806, die innenpolitischen Reformen „von oben“ nach der Katastrophe und den anschließenden Befreiungskrieg gegen Napoleon. Offensichtliche Parallelen nach 1918 waren die deutsche Niederlage im Weltkrieg und die Frontstellung gegen Frankreich, das seinerseits mit dem Frieden von Versailles unzufrieden war und mit der Ruhrbesetzung 1923 versuchte, ihn zu seinen Gunsten zu korrigieren.⁷

Vom Ideal der „Reformen von oben“ war es in der Weimarer Republik kein großer Schritt dahin, der Revolution von 1918/19 jede Legitimität abzusprechen, weil im Oktober 1918 noch vor der Revolution der entscheidende Schritt zur Parlamentarisierung des Reiches getan worden sei. Dieser Vorwurf ignorierte, dass dieser Schritt viel zu spät erfolgt war, um die Öffentlichkeit noch rechtzeitig zu beeindrucken, zumal die Marineleitung diesen sogleich zu konterkarieren suchte, indem sie das Auslaufen der Kriegsflotte befahl, und damit die Revolution auslöste.

Es sei jedoch – auch wenn Geschichtspolitik einer anderen Logik folgt – auf einen entscheidenden Unterschied zwischen der Tradition der Befreiungskriege und der 48er-Revolutionstradition hingewiesen. Wenn auch das Jahr 1848 am Ende des Ersten Weltkriegs schon 70 Jahre zurücklag, so stand es der Gegenwart gesellschaftlich doch unendlich viel näher als die Zeit der Befreiungskriege. 1848 hatte vieles seinen Anfang genommen, was in

⁶ Vgl. Winkler, Weimar, S. 23 f.; ders., Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 37 f.

⁷ Vgl. Kay Wenzel, Befreiung oder Freiheit? Zur politischen Ausdeutung der deutschen Kriege gegen Napoleon von 1913 bis 1923, S. 81-87.

der Gegenwart fortwirkte. Die Industrialisierung hatte in Deutschland begonnen und somit gab es in ersten Anfängen ein Proletariat. Das Jahr markierte mit Stephan Borns Arbeiterverbrüderung die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, Karl Marx und Friedrich Engels veröffentlichten das Kommunistische Manifest. Es gab erstmals eine deutsche Nationalversammlung, die eine Reichsverfassung mitsamt den Grundrechten der Deutschen erarbeitete.

Auch der politische Katholizismus hatte in diesem Jahr seine Ursprünge, wie insgesamt die politische Parteibildung in Deutschland 1848 ihren entscheidenden Impuls erhielt. Die Juden traten erstmals ins politische Leben ein.⁸ In der preußischen Hauptstadt Berlin demütigte im März das Volk im Anschluss an die Konfrontation mit dem Militär den König, der allerdings nur wenige Monate später über die Revolution triumphieren sollte, und „die Republik“ wurde in Deutschland erstmals zu einer ernsthaften politischen Forderung. Frankreich wurde im Februar 1848 zum zweiten Mal zur Republik, einer Republik, die „das Recht auf Arbeit“ gewährte, was wenige Monate später in der blutigen Niederschlagung eines Arbeiteraufstandes in Paris durch die bürgerliche Republik mündete. Diese Junischlacht wurde zu einem Gründungsmythos des Sozialismus.

Der Mythos der Befreiungskriege war zudem stark an Preußen orientiert – auch wenn bekanntermaßen viele derjenigen, welche die preußische Reformzeit mit ihrem Werk geradezu symbolisieren, *nicht* preußischer Herkunft waren –, während 1848 gesamtdeutschen Charakter hatte.⁹ Die erste Nationalversammlung hatte 1848 in Frankfurt am Main getagt, in der Stadt, in der über viele Jahrhunderte die deutschen Kaiser gekürt und später auch gekrönt worden waren und die 1848, vor der Annexion von 1866, noch nicht zu Preußen gehört hatte. Insbesondere den Parteien der Weimarer Koalition, den Sozialdemokraten, dem Zentrum und den Demokraten, hatte das Jahr 1848 im Hinblick auf ihre eigene Herkunft mehr zu sagen als die Zeit der Befreiungskriege.

3) Hier ist auch der Ort, die Parallelen zwischen der deutschen 48er-Revolution und der reichsdeutschen und deutschösterreichischen Revolution von 1918/19 zu benennen. Die reichsdeutsche Revolution von 1918/19 hatte mit der 48er-Revolution zunächst gemeinsam,

⁸ Vgl. Reinhard Rürup, Revolution und Volksbewegung 1848/49 im Kontext der deutschen Geschichte, in: Bernd Faulenbach/Heinrich Potthoff (Hg.), Die Revolution 1848/49 und die Tradition der sozialen Demokratie in Deutschland, Essen 1999, S. 22-36, hier: 33.

⁹ Vgl. Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1, S. 566; Wenzel, Befreiung oder Freiheit?, S. 71, 81.

dass in beiden Fällen die in der Revolution dann maßgeblichen Akteure, die Sozialdemokraten 1918/19 und die Liberalen 1848, die Revolution nicht gewollt hatten. Der gescheiterte Hecker-Aufstand 1848 und der ebenso gescheiterte Berliner Januaraufstand 1919 fanden beide zur Verhinderung von Wahlen zur Nationalversammlung statt. Beide Revolutionen schreckten vor dem entschiedenen, auch präventiven Bruch mit der Vergangenheit zurück und trafen keine Sicherungen gegen die Gegenrevolution. Das drückte sich im Vergleich zu anderen Revolutionen auch in einer relativen Gewaltarmut aus.

Sowohl die Liberalen 1848 als auch die Sozialdemokraten 1918/19 unterschätzten die Gefahren, die der Revolution von rechts drohten. Beide Revolutionen endeten mit einer Enttäuschung und entfalteten keine traditionsbildende Kraft.¹⁰ Für Deutschösterreich ist es kaum möglich, einen Vergleich zur 48er-Revolution zu ziehen, da es sich damals um eine Revolution im habsburgischen Vielvölkerstaat gehandelt hatte, der im November 1918 gerade zerfallen war. Eine Parallele lässt sich aber dennoch benennen: Sowohl 1848 als auch 1918/19 wie auch während der gesamten Ersten Republik bestand eine tiefe Kluft zwischen der Metropole Wien und den deutschen Kronländern.¹¹

4) Betrachtet man den Umgang mit den neben der Anschlussfrage beiden wichtigsten Symbolen des Revolutionsjahres 1848 in der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung von 1919, den Grundrechten und der schwarz-rot-goldenen Fahne, dann ist fraglos zu konstatieren, dass die Anknüpfung an das Jahr 1848 sowohl vom Verlauf der Debatte als auch vom Ergebnis her betrachtet halbherzig war. In der Flaggenfrage war das Ergebnis ein Kompromiss, vor dem der Sozialdemokrat Molkenbuhr schon im Verfassungsausschuss mit überaus deutlichen Worten gewarnt hatte und der neben schwarz-rot-goldenen Reichsfarben eine schwarz-weiß-rote Handelsflagge ergänzt um ein schwarz-rot-goldenes Obereck vorsah.

Bei den Grundrechten war die Anknüpfung insofern halbherzig, als der Satz der Paulskirchenverfassung, der die Einklagbarkeit der Grundrechte vorsah, in den Diskussionen der Nationalversammlung überhaupt *nicht* erwähnt wurde, und ein Artikel, der das Gleiche

¹⁰ Vgl. Langewiesche, 1848 und 1918 – zwei deutsche Revolutionen. Vortrag vor dem Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 4. November 1998 (=Gesprächskreis Geschichte, Heft 20), Bonn 1998, S. 5 f., 14 f.; Rürup, Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichte, S. 15, 22, 26; Winkler, Der überforderte Liberalismus, S. 202; ders., Vom Kaiserreich zur Republik, S. 56 f.; Stadelmann, Soziale und politische Geschichte, S. 110; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 582.

¹¹ Vgl. ebd., Bd. 1, S. 555, Bd. 2, S. 9.

bezweckte, aber noch über die Paulskirchenverfassung hinausging, vom Verfassungsausschuss zwar in den Entwurf eingefügt, aber in der zweiten Lesung im Plenum im Juli 1919 wieder gestrichen wurde.

Erstaunlich war dabei das Verhalten der Demokraten zumindest in der Frage der Grundrechte. In der Flaggenfrage stimmte unter dem Eindruck des Versailler Friedens, der dem Deutschen Reich auch auferlegte, die Unabhängigkeit Österreichs zu respektieren, am 3. Juli 1919 eine breite Mehrheit der Demokraten für die Ersetzung der im Verfassungsentwurf vorgesehenen Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold durch das Schwarz-Weiß-Rot des Kaiserreichs. Groß war die Distanz, die die Demokraten gegenüber den Grundrechten der Paulskirchenverfassung an den Tag legten. Handlungsleitend war hier vor allem bei Hugo Preuß aber auch bei Friedrich Naumann, dem Vorsitzenden der DDP, das Geschichtsbild, nach dem die Paulskirche 1848/49 an ihren überlangen Grundrechtsberatungen gescheitert war. In Naumanns Verständnis, das sich leicht durch sein nationalsoziales Programm aus dem Kaiserreich – innenpolitische Reformen um nationaler Machtsteigerung nach außen willen – erklären lässt, waren Grundrechte ein „Bürgerkatechismus“, aber kein einklagbares Recht.¹²

Der Widerstand der nationalliberalen Deutschen Volkspartei war in der Frage des Flaggenwechsels bemerkenswerterweise genauso stark wie der der Deutschnationalen Volkspartei, und in der Frage der Aufnahme der Grundrechte in die Verfassung bildete die Deutsche Volkspartei sogar die entschiedenste Opposition, während die Deutschnationalen die Aufnahme befürworteten. In den Verfassungsberatungen verteidigte die Deutsche Volkspartei als Nachfolgerin der Nationalliberalen, der Reichsgründungspartei von 1870/71, somit das Werk, mit dem diese sich identifiziert hatte: die bismarcksche Reichsverfassung, die keine Grundrechte enthielt und die schwarz-weiß-rote Handelsflagge bestimmte.¹³

Hinzu kam noch Folgendes: Die Reichsverfassung von 1871 hatte nur eine Handelsflagge, aber keine Reichsfarben bestimmt. Erst 1892 erklärte Wilhelm II. die Farben der Handelsflagge auch zu Nationalfarben; insofern war Schwarz-Weiß-Rot im Kaiserreich immer in erster Linie die Flagge der Handels- und Kriegsmarine.¹⁴ Träger des Aufstiegs des Kaiserreichs als Handelsmacht und der Flottenrüstung im wilhelminischen Zeitalter waren jedoch die Nationalliberalen als Partei des Wirtschaftsbürgertums weit mehr als die Vorläufer

¹² Vgl. Frye, *Liberal Democrats*, S. 118.

¹³ Vgl. Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 1, S. 193-195, 223, 236 f.

¹⁴ Vgl. Hardtwig, *Bürgertum, Staatssymbolik und Staatsbewusstsein im Deutschen Kaiserreich*, S. 291.

der Deutschnationalen, die Deutschkonservativen, deren Machtkern der ostelbische Großgrundbesitz bildete.¹⁵

Diese Prägungen spiegelten sich auch in den Argumenten, die vonseiten der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen in der Nationalversammlung 1919 gegen die schwarz-rot-goldenen Farben vorgebracht wurden. Der deutschnationale Abgeordnete Laverrenz sprach in der Flaggendebatte am 2. Juli von „peinlichen Erinnerungen“ an „die Bürgerkämpfe des tollen Jahres“ – gemeint war damit letztlich die Demütigung der Hohenzollernmonarchie im März 1848 – und erwähnte auch, dass im Krieg 1866 die Preußen gegenüberstehenden Bundestruppen die schwarz-rot-goldene Kokarde getragen hätten.

Dagegen war das entscheidende Argument des DVP-Politikers Kahl 1919 und auch darüber hinaus die demütigende Behandlung der von der Paulskirche geschaffenen Kriegsflotte unter der schwarz-rot-goldenen Flagge durch die Briten als Symbol nationaler Ohnmacht – diese Argumentation schloss unmittelbar an die deutsche Weltkriegspropaganda an, in der England als der Hauptfeind figuriert hatte, und hatte des Weiteren die Tatsache zum Hintergrund, dass das Deutsche Reich gemäß den Waffenstillstandsbedingungen vom November 1918 seine Flotte hatte ausliefern müssen.¹⁶

Eine Begründung für den entschiedenen Widerstand der Deutschen Volkspartei gegen die Aufnahme von Grundrechten, einklagbaren Grundrechten zumal, in die Weimarer Verfassung und die Halbherzigkeit der Demokraten in dieser Frage ist so naheliegend, dass sie genannt werden muss, auch wenn sie in den Grundrechtsdebatten im Juli 1919 *nicht* direkt ausgesprochen wurde: „das Primat der Außenpolitik“, eine Doktrin, die für die politische Rechte in der Weimarer Republik weiterhin Bestand hatte. Der Historiker Hermann Oncken und die deutschnationale *Kreuzzeitung* vertraten sie zum Paulskirchenjubiläum 1923 ausdrücklich.

Nach dieser Doktrin konnte es kaum einen ungünstigeren Moment geben, Grundrechte in die Verfassung aufzunehmen, als unmittelbar nach der Annahme des „Schmachfriedens“ von Versailles. Wenn alle Anstrengungen darauf gerichtet sein sollten, diesen „Frieden“ zu revidieren, und dabei in letzter Konsequenz Krieg als Mittel der Politik innerlich nicht ausgeschlossen wurde, dann war es in dieser Situation alles andere als opportun, dem Staat

¹⁵ Vgl. Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 1, S. 273 f.

¹⁶ Vgl. ebd., S. 338 f.

Fesseln anzulegen, indem man seine Bürger ihm gegenüber mit einklagbaren Rechten versah.¹⁷

Der DVP-Politiker Kahl, der den Widerstand seiner Partei gegen die Grundrechte in der Nationalversammlung 1919 anführte, formulierte das 1927 in einer Rede zum Reichsgründungstag kurz und bündig: Mit Grundrechten baue man kein Reich – und man kann die in dieser Sichtweise logische Folgerung ergänzen: Eine verloren gegangene Großmachtstellung erringt man mit Grundrechten auch nicht zurück. Insofern war es kein Zufall, dass die Sozialdemokraten, die sich maßgeblich für die Aufnahme von Grundrechten in die Verfassung einsetzten, zugleich aus der Erfahrung des Weltkriegs – auch wenn auch sie den Versailler Frieden revidieren wollten – die Lehre zogen: „Nie wieder Krieg!“¹⁸

Mit ihrem Eintreten für die schwarz-rot-goldene Fahne und die Aufnahme von Grundrechten in die Reichsverfassung wurden die Sozialdemokraten ihrer Selbstzuschreibung schon aus dem Kaiserreich, die Erben der 48er-Revolution zu sein, gerecht, wenn auch ihr Votum in der Flaggenfrage vor allem ein Votum gegen Schwarz-Weiß-Rot und nur sekundär ein Votum für Schwarz-Rot-Gold war. In beiden Fragen erhielten sie Unterstützung des Zentrums: In der Flaggenfrage im Zuge eines Kompromisses im Rahmen der gemeinsamen Regierungskoalition, und in der Grundrechtsfrage war das Zentrum ein genauso entschiedener Befürworter ihrer Aufnahme wie die Sozialdemokraten, weil im Hinblick auf die dem Zentrum als Partei des politischen Katholizismus wichtigsten Fragen der Sicherung kirchlicher Rechte und der konfessionellen Schulen Festlegungen in der Verfassung nur über die Grundrechte zu erreichen waren. Der Politiker der Bayerischen Volkspartei und entschiedene Verfechter der Grundrechte Konrad Beyerle war allerdings auch derjenige in der Nationalversammlung, der den Mut aufbrachte, zweimal darauf hinzuweisen, dass die Grundrechte der Paulskirchenverfassung ihr Vorbild in der Menschen- und Bürgerrechtserklärung der Französischen Revolution von 1789 hatten.

Halbherzig war jedoch nicht nur die Anknüpfung an 1848 in der Weimarer Verfassung, sondern auch die reichsdeutsche Geschichtspolitik mit der 48er-Revolution im Jahr ihres 75. Jubiläums 1923. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung stimmten die bürgerlichen Parteien geschlossen dagegen, auf dem Friedhof im Friedrichshain einen Gedenkstein für die

¹⁷ Vgl. Ziegler, Die deutsche Nationalversammlung 1919/1920, S. 251.

¹⁸ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 330, S. 2891; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 356, S. 8372 (Zitat), Bd. 427, S. 4179 (Zitat).

Märzgefallenen von 1848 zu errichten. Dabei hatte dasselbe Gremium das bereits 1898 schon einmal beschlossen, war damals damit aber an dem Einspruch der übergeordneten Behörden gescheitert. Nach dem Votum der Stadtverordnetenversammlung 1923 ließ das sozialdemokratisch geführte Bezirksamt von Berlin-Friedrichshain lediglich eine Umhegung und ein Eingangsportal für den Märzgefallenenfriedhof errichten.

In Frankfurt am Main war 1923 *nicht* das Reich, sondern die Stadt der Ausrichter der Paulskirchengedenkfeier, obschon Reichspräsident Ebert großen Wert auf seine persönliche Teilnahme legte und auf der Feier eine Rede hielt. Da zu diesem Zeitpunkt die am weitesten rechtsstehende Reichsregierung seit Gründung der Republik amtierte, war an eine Ausrichtung der Feier durch das Reich aus politischen Gründen *nicht* zu denken. Weder Reichskanzler Cuno noch der Partei- und Fraktionsvorsitzende der DVP, Stresemann, nahmen an der Feier teil. Fünf Jahre später verhallten Rufe, die Paulskirche zu einem deutschen Nationaldenkmal beziehungsweise deutschen Nationalmuseum zu erklären, ungehört.

5) Die Aufspaltung der reichsdeutschen Arbeiterbewegung am Ende des Ersten Weltkriegs in zunächst – bis zum Zerfall der USPD – drei Parteien führte *nicht*, wie in der Literatur einmal nahegelegt wurde, zum Abbruch der Märztradition in der Arbeiterbewegung. Dieser Eindruck konnte auch deshalb entstehen, weil trotz Grundrechtsteils der Weimarer Verfassung an vier der sechs Märzfeiertage in den Jahren 1919 bis 1924 in Berlin Demonstrationsverbot bestand. Ein Faktor ist für das 48er-Revolutionsgedenken der drei Arbeiterparteien und auch über sie hinaus schwerlich zu überschätzen: Ferdinand Freiligraths revolutionäre und soziale Lyrik aus dem Jahr 1848 sowie den Jahren davor und danach, daneben auch die von Georg Herwegh. Wobei Herwegh, der ein unversöhnlicher Feind der Reichsgründung von 1871 gewesen war und es vorgezogen hatte, in der Schweiz beerdigt zu werden, in Deutschösterreich eine relativ wichtigere Rolle spielte als im Deutschen Reich.¹⁹

Die deutsche 48er-Revolution hatte, wenn sie auch keine ikonischen Bilder und keine bekannten Prosawerke hervorgebracht hatte, mit Freiligraths Gedichten eine selten einflussreiche revolutionäre Lyrik hinterlassen.²⁰ In Schlüsselmomenten wurde insbesondere 1918/19 und auch in den darauffolgenden Jahren immer wieder Freiligrath zitiert. Als 1918/19 und in den folgenden Jahren Revolutionäre und Aufständische zu beerdigen waren,

¹⁹ Vgl. Fellrath, Herwegh, S. 44.

²⁰ Vgl. Forster-Hahn, The German experience of 1848. Imaging the Vormärz, the Revolution and its aftermath, S. 281 f.; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, S. 587; Hettling, Nachmärz und Kaiserreich, S. 21.

wurden bei den Beisetzungen vonseiten der Kommunisten und Unabhängigen Sozialdemokraten sehr häufig Verse aus „Die Toten an die Lebenden“ vorgetragen. Sowohl Rosa Luxemburg als auch Karl Liebknecht beschlossen ihren jeweils letzten Artikel in der *Roten Fahne* im Januar 1919 mit Freiligrath-Zitaten. Das von Luxemburg zitierte „Ich war, ich bin, ich werde sein“ wurde auch bei besonderen Anlässen an dem von den Kommunisten auf dem Friedhof in Friedrichsfelde 1926 eingeweihten Denkmal angebracht.

Der Chefredakteur des *Berliner Tageblatts*, Theodor Wolff, zitierte in einer euphorischen Reaktion auf die Anschlussklärung Deutschösterreichs im November 1918 das Gedicht „Wien“ vom Oktober 1848. Als der Fraktionsvorsitzende des Zentrums in der Nationalversammlung 1919 seine – historische falsche – Behauptung untermauern wollte, Schwarz-Rot-Gold sei sehr wohl „das alte Reichspanier“ gewesen, berief er sich, ohne um den Urheber des Gedichts zu wissen, auf Freiligraths „Schwarz-Rot-Gold“. Dieses Gedicht wurde 1924 zum Bundeslied des neugegründeten Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold bestimmt, das sich wie keine zweite Organisation in der Weimarer Republik um die Popularisierung der Reichsfarben und der 48er-Tradition bemühte.

Als das Reichsbanner im Oktober 1930 in Reaktion auf den erdrutschartigen Stimmenzugewinn der Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen im September in Berlin eine Kundgebung abhielt, um vor der „drohenden faschistischen Diktatur“ zu warnen, zitierte der Gauvorsitzende Johannes Stelling in seiner Rede die Schlussverse aus „Die Toten an die Lebenden“.²¹ Schließlich verging wohl keine Märzfeier der Arbeiterbewegung, auf der nicht Gedichte von Freiligrath und Herwegh vorgetragen wurden. Zudem wurde im sozialdemokratisch regierten Wien 1919 ein Platz nach Freiligrath benannt, und 1926 gab es aus Anlass seines 50. Todestags im Deutschen Reich und in Österreich ein breites Gedenken.

Ein unwiderruflicher Bruch zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten im Hinblick auf das Märzgedenken erfolgte im Deutschen Reich gleich in der Revolution von 1918/19, als die mehrheitssozialdemokratischen Volksbeauftragten die Beerdigung von Liebknecht und Luxemburg, die nach der Niederschlagung des Januaraufstands ermordet worden waren, auf dem Friedhof der Märzgefallenen unterbanden und ihnen stattdessen die Verbrecherecke des Friedhofs in Friedrichsfelde zuwiesen.

²¹ „Reichsbanner auf der Wacht nach den Septemberwahlen!“, in: RB, 7 (1930), Nr. 42.

Vorausgegangen war dem symbolischen Bruch der politische: Die Mehrheitssozialdemokraten hatten im Krieg bis zuletzt die Kriegskredite mitgetragen, während Liebknecht und Luxemburg durch ihre Opposition gegen den Krieg eine große Popularität in der Arbeiterschaft errungen hatten. Seit dem November 1918 hatte Liebknecht dann die proletarische Weltrevolution gepredigt und sich damit von den demokratischen Wurzeln der deutschen Arbeiterbewegung losgesagt.²²

Zugleich ist zu fragen, warum die Kommunisten in der Weimarer Republik das Gedenken an die deutsche 48er-Revolution *nicht* ganz aufgegeben haben, denn Rosa Luxemburg sprach in ihrem letzten Artikel in der *Roten Fahne* nicht viel weniger als einen Bannfluch über diese „Revolution“ aus. Der wichtigste Grund dafür dürfte neben der Lyrik Freiligraths und Herweghs die Tatsache gewesen sein, dass bis zur Niederschlagung des Januaraufstands die Opfer der Revolution von 1918 in Berlin auf dem Friedhof der Märzgefallenen beigesetzt wurden.

Wenn die Kommunisten in der Weimarer Republik am Märzfeiertag den Friedhof der Märzgefallenen neben dem Friedhof in Friedrichsfelde aufsuchten, dann galt das Gedenken primär den Gefallenen von 1918 und nur sekundär denen von 1848. In den Jahren 1924 bis 1926 dominierten die Kommunisten das Märzgedenken in Berlin, was die Mobilisierung der Anhängerschaft betraf, gegenüber den Sozialdemokraten eindeutig und auch in den Folgejahren bis 1932 scheint es – abgesehen vom 80. Jubiläumsjahr der 48er-Revolution 1928 – eine kommunistische Dominanz gegeben zu haben.

Bei den Kommunisten ist im Hinblick auf den Friedhof der Märzgefallenen als Gedenkort von einer doppelten Überlagerung zu sprechen: räumlich durch den Friedhof in Friedrichsfelde, auf dem auf Weisung der mehrheitssozialdemokratischen Volksbeauftragten Liebknecht und Luxemburg nach ihrer Ermordung beigesetzt wurden, und zeitlich durch die Kämpfe und Aufstandsversuche, die in den Jahren 1919 bis 1921 jeweils im Monat März stattfanden. Im kommunistischen Gedenken standen die Gefallenen dieser Kämpfe und Aufstände vor den Märzgefallenen von 1848, die allenfalls ein noch kurz benannter Anknüpfungspunkt waren.

Die Kommunisten und auch die Unabhängigen Sozialdemokraten ließen am Märzfeiertag und bei anderen Gelegenheiten keinen Zweifel daran, dass sie das Gedenken an die Pariser

²² Vgl. Winkler, Weimar, S. 19; Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, S. 111, 398.

Kommune von 1871 über das Gedenken an die deutsche 48er-Revolution stellten. Insofern knüpften sie an das Märzgedenken der frühen deutschen Arbeiterbewegung in den ersten Jahren nach der Reichsgründung und dem Kommune-Aufstand 1871 an. Dass die kommunistische Gefangenenhilfsorganisation „Internationale Rote Hilfe“ 1923/24 den 18. März zum internationalen „Rote-Hilfe-Tag“ bestimmte, geschah im Andenken an die Pariser Kommune und *nicht* an die deutsche 48er-Revolution. Insbesondere in den letzten Jahren der Weimarer Republik galt das Gedenken der Kommunisten am 18. März nahezu ausschließlich der Pariser Kommune und kaum noch dem 18. März 1848.

Von den beiden sozialdemokratischen Parteien waren es weit mehr die Unabhängigen Sozialdemokraten als die Mehrheitssozialdemokraten, die in den ersten Jahren der Weimarer Republik die Tradition des sozialdemokratischen Märzgedenkens fortführten. Allerdings zeigten sich bereits in der Revolution von 1918/19 sofort die Aporien einer Politik, die Tradition des sozialdemokratischen marxistischen Zentrums der Vorkriegszeit, die Revolution zwar zu predigen, sie aber selbst nicht machen zu wollen, in einer Situation fortzuführen, in der auf der einen Seite mit den Kommunisten eine Partei entstand, die ganz darauf abstellte, die Revolution zu machen, und auf der anderen Seite die Mehrheitssozialdemokraten sich vom Klassenkampf zu verabschieden begannen, indem sie sich auf Koalitionen mit bürgerlichen Parteien einließen. Auf die von der *Freiheit* repräsentierte Strömung der USPD, die in der Revolution von 1918/19 mit Vorliebe an 1848 erinnerte, aber in den drängenden Fragen der Gegenwart lavierte, passt durchaus das polemische Diktum des Historikers Manfred Hettling im Hinblick auf die 48er-Revolution selbst: „Totenkult statt Revolution“.²³

Die Berichterstattung des *Vorwärts* über den Besuch an den Gräbern im Friedrichshain in den Anfangsjahren der Weimarer Republik vermittelt den Eindruck, dass die mehrheitssozialdemokratische Führung diese Tradition gerne hätte einschlafen lassen. Dafür spricht nicht zuletzt die Tatsache, dass Eduard Bernstein auf der zentralen 48er-Revolutionsgedenkfeier der Sozialdemokraten in Berlin im 75. Jubiläumsjahr 1923 der Redner war. Bernstein historisierte in seiner Rede die Märzgefallenen von 1848 ebenso wie Karl Marx. Seine zentrale Botschaft war: Jede Zeit habe ihre eigenen Aufgaben zu lösen. Bezeichnenderweise hatten sämtliche Redner auf der sozialdemokratischen Kundgebung im Friedrichshain im Anschluss an den Besuch bei den Gräbern der Märzgefallenen am gleichen Tag, soweit ihre Biografien bekannt sind, bis 1922 der USPD angehört.

²³ Im Hinblick auf die 48er-Revolution ist Hettlings Formel wiederholt kritisiert worden. Vgl. Hachtmann, Totenkulte und Ikonisierungen, S. 170; Hein, Revolution in Deutschland und Europa, S. 298.

Daher ist es auch schwerlich ein Zufall, dass sich die Sozialdemokraten in der Berliner Stadtverordnetenversammlung im Jahr 1922, dem Jahr der Rückkehr der Rest-USPD zur MSPD, den kommunistischen Antrag auf Errichtung eines Denkmals für die Märzgefallenen zu eigen machten. Es war das Zentralorgan der USPD, die *Freiheit*, gewesen, die in der Revolution von 1918 schon am 20. November in einem ausführlichen historischen Artikel über den Friedhof der Märzgefallenen gefordert hatte, jetzt das 1898 gescheiterte Projekt einer Denkmalssetzung für die Märzgefallenen von 1848 zu vollziehen. Auch der Parteiveteran Fritz Zubeil, der im Oktober 1925 bei der Einweihung des Portals auf dem Friedhof der Märzgefallenen von den Kämpfen für eine würdige Gestaltung des Friedhofs berichtete, hatte bis 1922 der USPD angehört.

Aus Sicht der MSPD beziehungsweise des rechten Flügels der SPD konnte diese Fortführung der Märztradition zunächst durch die USPD und dann, nach der Rückkehr von deren Resten zur MSPD 1922, durch den linken Flügel der SPD *nicht* unproblematisch sein. Es war ja nachvollziehbar, dass die bürgerlichen Parteien in der Berliner Stadtverordnetenversammlung angesichts der kommunistischen Agitation für die Revolution und der kommunistischen Aufstandsversuche seit 1918 eine Denkmalssetzung für die Märzgefallenen, da die Kommunisten sich zwar *nicht* primär, aber doch nach wie vor auch auf die Berliner Märzrevolution beriefen, geschlossen ablehnten. Daher erscheint die Geschichtspolitik des betont überparteilichen Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, das 1924 zum Schutz der Republik vor der extremen Rechten gegründet wurde, auch als ein Versuch, die sozialdemokratische Märztradition zu domestizieren.

Es ist von einem Domestizierungsversuch zu sprechen, nicht weil es im 48er-Gedenken des Reichsbanners keine Inhalte gegeben hätte, die weiten Teilen der DDP und des Zentrums eher unangenehm aufstoßen mussten, sondern weil das Reichsbanner schon mit seinem Namen und seinem Bundeslied, Freiligraths „Schwarz-Rot-Gold“, das Gedenken an 1848 unter die schwarz-rot-goldenen Reichsfarben stellte und weil es das Gedenken politisch mit dem Eintreten für den Anschluss Deutschösterreichs an das Deutsch Reich verband. Mit der starken Betonung des großdeutschen Gedankens im Zusammenhang mit der 48er-Tradition knüpfte das Reichsbanner an die Haltung der DDP in der Revolution von 1918/19 an.

In den Jahren nach der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten 1925, als die Sozialdemokratie sich politisch wieder mehr nach links bewegte, stiegen die

Teilnehmerzahlen beim jährlichen Märzgedenken im Vergleich zu den ersten Jahren der Weimarer Republik an. Während zum 75. Jubiläum 1923 Bernstein bei einer Saalveranstaltung im Berliner Schauspielhaus gesprochen hatte, veranstaltete das Reichsbanner 1928 zum 80. Jubiläum eine große öffentliche Kundgebung vor dem Stadtschloss der Hohenzollern mit dem ADGB-Vorsitzenden Graßmann als Redner. Diese Rednerwahl war nicht zufällig; in seiner Berichterstattung über das Märzgedenken rückte der *Vorwärts* in der zweiten Hälfte der 20er-Jahre stark die Gewerkschaften in den Mittelpunkt.

Des Weiteren war das sozialdemokratische Märzgedenken im Deutschen Reich charakterisiert durch seine nationale Homogenität und geringe lokale Varianz. In der *Leipziger Volkszeitung* und im Karlsruher *Volksfreund* sind kaum und in der *Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung* angesichts der Auseinandersetzung mit Dänemark um Schleswig erstaunlich wenig Bezüge auf regionale Traditionen der 48er-Revolution auszumachen. Der Gedenkort schlechthin für die Sozialdemokratie waren reichsweit der 18. März und der Friedhof der Märzgefallenen – davon, dass der 18. März durch den 18. Mai, die Märzgefallenen im Gedächtnis der Sozialdemokraten durch die Paulskirche verdrängt worden seien, kann für die Weimarer Republik *keine* Rede sein.

Es wäre falsch, das symbolische Handeln von Reichspräsident Ebert, der 1923 großen Wert auf seine aktive Teilnahme an der Paulskirchenfeier legte, einfach der Sozialdemokratie zuzurechnen. Andere symbolpolitische Entscheidungen Eberts als Reichspräsident, wie sein Flaggenerlass vom April 1921 und die Bestimmung des Deutschlandliedes zur Nationalhymne zum Verfassungstag 1922, waren *nicht* ohne weiteres repräsentativ für die SPD.²⁴ Der Historiker Michael Doering ist in seiner Studie über die Darstellung von 1848 in Schulgeschichtsbüchern zu dem analogen Ergebnis gekommen, dass regionale Schauplätze der 48er-Revolution in den Schulgeschichtsbüchern der Weimarer Republik im Vergleich zu denen des Kaiserreichs stark zurücktraten.

Nach der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten 1925 war einerseits eine gewisse Radikalisierung im sozialdemokratischen 48er-Revolutionsgedenken zu verzeichnen – zum Beispiel wurde 1928 sporadisch auch an Friedrich Hecker erinnert, was es in den ersten Jahren der Republik überhaupt *nicht* gegeben hatte –, andererseits versuchte Eduard David 1928/29 in seiner Rede auf der Frankfurter Verfassungsfeier des Reichsbanners und in einem

²⁴ Zum Verhältnis der SPD zum Deutschlandlied vgl. Buchner, Um nationale und republikanische Identität, S. 159-167.

Artikel zum Märzgedenktage im *Vorwärts*, den 48er-Revolutionsmythos in einem Frontalangriff zu depotenzieren. Schuld am Scheitern der Revolution seien nicht, wie das Urteil der sozialdemokratischen Historiker des Kaiserreichs gelautet hatte, das Bürgertum und die Paulskirche, nicht die gemäßigten Liberalen gewesen, sondern das Volk selbst und insbesondere die radikale Linke, die mit ihren Parolen das Bürgertum in die Hände der Reaktion getrieben habe.

Für die Sozialdemokraten der Weimarer Republik war die 48er-Tradition also einerseits durchaus nicht unproblematisch, weil sie – man denke an Freiligraths radikalere Gedichte – die Koalitionspolitik gegenüber den bürgerlichen Parteien nicht einfacher machte, die, sollte die parlamentarische Demokratie funktionieren, unvermeidlich war, andererseits trug das historische Bewusstsein der Partei, in dem die 48er-Tradition einen zentralen Platz hatte, mit dazu bei, dass sie als Organisation den Nationalsozialisten widerstanden und 1933 gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt hat. Die Erosion der liberalen Parteien, der DDP und der DVP, von denen die Erstere schon 1919 sehr schnell nur noch ein halbherziges Bekenntnis zu 1848 wagte und die Letztere ganz in der Tradition der Reichsgründung von 1870/71 stand, im Verlauf der 20er-Jahre illustriert ex negativo den Wert der 48er-Tradition.

Angesichts des Fortlebens der 48er-Tradition in der Arbeiterbewegung ging das Urteil des Historikers und aktiven DDP-Mitglieds Veit Valentin im zweiten Band seiner Revolutionsgeschichte von 1931, in der Weimarer Republik sei der Versuch, die 48er-Ideale wieder zu beleben, „eine Art romantischer Verzweiflung der geschichtlich Gebildeten“ gewesen, und eine lebendige Erinnerung an 1848 habe es außer vielleicht in Frankfurt und Schwaben „in der breiteren Schicht“ nicht gegeben, völlig an den Realitäten vorbei. Dabei handelte es sich offensichtlich um die Projektion eines Urteils, das im Hinblick auf die DDP durchaus zutreffend war, auf die Gesellschaft insgesamt.

Der zentrale Erinnerungsort der 48er-Revolution in der Weimarer Republik war *nicht* Frankfurt am Main mit der Paulskirche und schon gar nicht Schwaben, sondern Berlin mit dem Friedhof der Märzgefallenen. Und der von Valentin bemühte Gegensatz zwischen den „geschichtlich Gebildeten“ und „der breiteren Schicht“ verkehrte geradezu die tatsächlichen Verhältnisse, da es *nicht* die ihrem Selbstverständnis nach die Gebildeten repräsentierende

DDP war, die in erster Linie die 48er-Tradition fortführte, sondern die Arbeiterparteien.²⁵ Bei dem Zusammenschluss der DDP mit dem „Jungdeutschen Orden“, der ein Konkurrenzverband zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold war, zur „Deutschen Staatspartei“ 1930 entfiel das Attribut „demokratisch“, das eine Anknüpfung an das Jahr 1848 dargestellt hatte, aus dem Parteinamen, und die neue Partei zeigte in ihren Wahlversammlungen neben den schwarz-rot-goldenen Farben auch Schwarz-Weiß-Rot.²⁶

6) Im Hinblick auf den Linksliberalismus sticht die große Bedeutung der Presse für das 48er-Revolutionsgedenken auch über Gedenkartikel und Berichterstattung hinaus ins Auge. Die *Frankfurter Zeitung* war maßgeblich am Zustandekommen und der Durchführung der Paulskirchenfeier 1923 beteiligt. Ein ehemaliger Redakteur dieser Zeitung, Reichsinnenminister Oeser, hielt auf der Märzfeier der Demokraten in Berlin 1923 die Rede und engagierte sich in der Reichsregierung für die Paulskirchenfeier, und ein anderer ehemaliger Redakteur, der Sozialdemokrat Quarck, veröffentlichte 1924 seine Geschichte der Arbeiterverbrüderung.

Es waren die Redakteure der *Berliner Volkszeitung* Karl Vetter und Carl von Ossietzky, die führende Rollen bei der Märzfeier der Jugendverbände der Parteien der Weimarer Koalition 1923 im Reichstag spielten und der Chefredakteur der *Vossischen Zeitung* Bernhard sprach 1924 zum Märzfeiertag im Demokratischen Verein Waldeck. Alles spricht dafür, dass diese Zeitungen mit ihrem Engagement für die 48er-Tradition schon für die nach 1919 zusehends an politischer Zustimmung verlierende DDP *nicht* ganz repräsentativ waren. So gab es 1923 im Berliner DDP-Vorstand Stimmen, die die Beteiligung der demokratischen Jugend an der Märzfeier im Reichstag ablehnten, und der Kandidat der DDP beim ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl 1925, Willy Hellpach, unterhielt ein ausgesprochen kühles Verhältnis zur 48er-Tradition.

Es besteht kein Zweifel, dass die DDP nach 1918/19 schnell die Tradition der Befreiungskriege über die 48er-Revolutionstradition stellte. Mit ihrem Engagement für die 48er-Tradition liefen die reichsdeutschen linksliberalen Zeitungen zunehmend Gefahr, in die

²⁵ Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution*, Bd. 2, S. 605 f.; vgl. Schleier, *Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung*, S. 361.

²⁶ Vgl. Detlef Lehnert, *Von der politisch-kulturellen Fragmentierung zur demokratischen Sammlung? Der ‚Volksblock‘ des ‚Reichsbannerlagers‘ und die katholischen Republikaner*, in: ders./Klaus Megerle (Hg.), *Pluralismus als Verfassungs- und Gesellschaftsmodell. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik*, Opladen 1993, S. 77-129, hier: 108.

Position der *Neuen Freien Presse* in Deutschösterreich zu geraten, die mit ihrer liberalen politischen Position, die mit einem Eintreten für die 48er-Tradition verbunden war, wegen des Niedergangs des politischen Liberalismus in der Ersten Republik keine bedeutende politische Strömung mehr repräsentierte.

Von dem Engagement der linksliberalen Zeitungen abgesehen deutet vieles darauf hin, dass im politischen Linksliberalismus die 48er-Tradition *nicht* wirklich vom kommunikativen ins kulturelle Gedächtnis überging, dass beim Tod der letzten Revolutionsveteranen und Ausscheiden aus dem aktiven Leben derjenigen, die in den Jahren unmittelbar nach der Revolution in einem von der Revolutionserinnerung getränkten Milieu aufgewachsen waren, der Generationenwechsel nicht gelang, da die wilhelminisch geprägte Generation im Bürgertum mit der 48er-Revolution, aber auch mit linksliberalen politischen Positionen allgemein nichts anzufangen wusste. In diese Richtung deuten vor allem die Tatsache, dass die süddeutsche Volkspartei 1910 beim Zusammenschluss mit den preußischen linksliberalen Gruppen zur Fortschrittlichen Volkspartei die schwarz-rot-goldene Fahne aufgegeben hatte, und eine Äußerung des schwäbischen Demokraten Friedrich von Payer aus dem Jahre 1914.²⁷

Der Grund für das Verblässen der 48er-Tradition im Linksliberalismus kann kaum ein Mangel an schriftlicher Überlieferung gewesen sein. Im wilhelminischen Zeitalter waren etliche Werke erschienen, die sich für eine Geschichtspolitik mit der 48er-Revolution heranziehen ließen. Dabei handelte es sich überwiegend, aber nicht ausschließlich um sozialdemokratische Publikationen. Von sozialdemokratischer Seite zu nennen sind Wilhelm Blos' 1891 erstmals veröffentlichte Geschichte der deutschen 48er-Revolution, Franz Mehrings Geschichte der Sozialdemokratie und seine zahlreichen Aufsätze über die 48er-Revolution, Karl Kautskys erstmalige Übersetzung von Engels' „Revolution und Konterrevolution“ aus dem Englischen ins Deutsche aus dem Jahre 1896 und nicht zuletzt die 1910 erstmals erschienene Zusammenstellung von Ferdinands Freiligraths radikaler Revolutionslyrik aus der 48er-Revolution durch Konrad Haenisch in einer viel verkauften dünnen Broschüre. Daneben erschienen aber auch 1906 der erste Band der Lebenserinnerungen von Carl Schurz und 1914 die verschiedenen politischen Standpunkten Raum gebende Quellensammlung Tim Kleins „Der Vorkampf deutscher Einheit und Freiheit“ zum Vormärz und der 48er-Revolution, die bis 1925 eine Auflage von 65 000 Exemplaren erreichte.

²⁷ Zu der Äußerung von Payers vgl. oben S. 131.

7) Trotz der Paulskirchenfeier und der gemeinsamen Märzfeier der republikanischen Jugendverbände im Reichstag 1923 und dem – bei sozialdemokratischer Dominanz – von den Parteien der Weimarer Koalition gemeinsam getragenen Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold trennte die 48er-Revolutionserinnerung die Sozialdemokraten und die bürgerlichen Demokraten im Deutschen Reich eher, als dass sie sie vereinte. Die sozialdemokratische Tradition war zu prägend und das Verhalten der Linksliberalen gegenüber der 48er-Tradition zu ambivalent, als dass die Sozialdemokraten ihr traditionelles Geschichtsbild der 48er-Revolution sowie ihr Selbstbild und ihr Fremdbild der bürgerlichen Demokraten binnen weniger Jahre grundlegend hätten revidieren können.

So blieb es bei dem – angesichts der Verhältnisse durchaus gerechtfertigten – Anspruch der Sozialdemokraten, die Erben der 48er-Revolution zu sein, und dem Vorwurf an das Bürgertum, die Gräber der Märzgefallenen vergessen zu haben. Auch das traditionelle Geschichtsbild, nach dem die Arbeiter und Gesellen im März 1848 auf den Barrikaden gekämpft und gesiegt hatten und das Bürgertum die Revolution in den Parlamenten verspielt hatte, wurde insgesamt betrachtet *nicht* revidiert.

Hätte die Studie des Sozialdemokraten Max Quarck aus dem Jahre 1924 über die von Stephan Born geführte Arbeiterverbrüderung von 1848 in der Sozialdemokratie mehr Beachtung gefunden, als sie es tatsächlich tat, dann hätte das die Distanz zum bürgerlichen 48er-Gedenken eher vergrößern müssen. Quarck arbeitete auch das überaus kritische Verhältnis der Arbeiterverbrüderung zur Paulskirche heraus, in der kein Arbeiter vertreten gewesen war und die keine von den sozialen Forderungen der Verbrüderung beachtet hatte. Zwei Voten der Demokraten verdeutlichen, dass es in Weimar einen geschichtspolitischen Konsens zwischen DDP und MSPD beziehungsweise SPD im Hinblick auf 1848 kaum gegeben hat: zum einen ihr Abstimmungsverhalten in der Nationalversammlung in der Flaggenfrage am 3. Juli 1919, zum andern ihr Votum gegen die Errichtung eines Denkmals für die Märzgefallenen im Berliner Friedrichshain 1922/1923 in der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

8) Der Politikwissenschaftler Rudolf Speth hat für die Frage, ob eine historische Erinnerung mythische Qualität hat, als Kriterium benannt, dass sie die Wahrnehmung prägende oder handlungsleitende Qualität besitzen müsse.²⁸ Für die 48er-Tradition ist das für Deutschösterreich und das Deutsche Reich in der Zwischenkriegszeit in vierfacher Hinsicht

²⁸ Vgl. Speth, Nation und Revolution, S. 22.

zu bejahen. Nach dem Ausbruch der Revolution Anfang November war es im Deutschen Reich erstens Konsens zwischen den Mehrheitssozialdemokraten und den bürgerlichen Parteien, dass wie nach der Märzrevolution 1848 schnellstmöglich eine deutsche Nationalversammlung einzuberufen sei. Zweitens ist die ausgeprägte Skepsis von Hugo Preuß und den Demokraten gegenüber der Aufnahme von Grundrechten in die Verfassung zu nennen, die mit dem historischen Argument begründet wurde, die Paulskirche sei 1848/49 an den überlangen Grundrechtsberatungen gescheitert.

Drittens war die 48er-Tradition durch die überaus enge Verknüpfung mit dem großdeutschen Gedanken handlungsleitend. Das galt in Deutschösterreich für die Sozialdemokraten und auch für die Großdeutschen und im Deutschen Reich vor allem für Demokraten, Sozialdemokraten und das Reichsbanner, in der Revolution von 1918/19 aber auch für das völkische Lager. Besonders von demokratischer Seite und vonseiten des Reichsbanners gab es wiederholt Stimmen, die die Legitimität der Bewahrung der 48er-Tradition vom Eintreten für die große deutsche Republik abhängig machten.

In der Flaggendebatte in der Nationalversammlung am 2. Juli 1919 wurden die schwarz-rot-goldenen Farben, die ein Symbol für die 48er-Tradition waren, von dem Sozialdemokraten David und dem Sprecher der demokratischen Minderheit Quidde unter dem Eindruck des Friedens von Versailles zum Ausdruck des Willens zum großen Deutschland erklärt. Daher erscheint es *nicht* unberechtigt, von Schwarz-Rot-Gold als einem seit diesem Tag hinsichtlich der Anschlussfrage revisionistischen Symbol zu sprechen – wie das generell im Hinblick auf das von Reichspräsident Ebert am Verfassungstag 1922 zur Nationalhymne erklärte Deutschlandlied geschehen ist.²⁹

Viertens war die Erinnerung an 1848 auch für die Kommunisten handlungsleitend, die sich die zentrale Lehre von Marx und Engels aus der 48er-Revolution zu eigen machten, dass das Proletariat vom Bürgertum nichts zu erwarten habe und seinen revolutionären Weg ganz alleine gehen müsse. Bei entscheidenden innerparteilichen Weichenstellungen, auf dem Gründungsparteitag der KPD 1918, bei den Auseinandersetzungen in der USPD 1920, und auch in den Debatten im Reichstag zitierten Kommunisten und Unabhängige Sozialdemokraten immer wieder aus den Schriften von Marx und Engels aus der 48er-Revolution und den Jahren unmittelbar danach.

²⁹ Vgl. Ruppert, Der Nationalismus der systemstabilisierenden Parteien, S. 195; auch: Buchner, Um nationale und republikanische Identität, S. 151.

9) Vom Standpunkt der Geschichtswissenschaft aus betrachtet, war die starke Verknüpfung des großdeutschen Gedankens mit der 48er-Tradition in Deutschösterreich und dem Deutschen Reich in der Zwischenkriegszeit zumindest angreifbar. Der Historiker Dieter Langewiesche hat darauf hingewiesen, dass mit dem Jahre 1848/49 in der Praxis der nationalen Massenbewegungen Deutschösterreich aus Deutschland ausgeschieden sei. Die Reichsverfassungskampagne 1849 war nach der Niederschlagung der Revolution in Wien ein rein außerösterreichisches Phänomen. Zudem war die Revolution in Deutschösterreich schon 1848 stark auf Wien und wenige weitere Städte beschränkt.³⁰

Anschließend habe die deutsche Nation unter Einschluss Deutschösterreichs nur noch in den Köpfen der Bildungselite fortbestanden.³¹ Ein Beispiel für dieses Weiterleben der großdeutschen Nation ist die Tatsache, dass die österreichischen Historiker bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs keinen eigenen Historikerverband gründeten, sondern Mitglieder des Deutschen Historikerverbandes waren und sich alle österreichischen Universitätshistoriker in den zwanziger Jahren offen und klar zum Anschluss bekannten.³²

Dazu ist zweierlei anzumerken. Es gibt erstens Indizien, dass der großdeutsche Gedanke nicht erst 1918 und auch nicht erst durch die Waffenbrüderschaft im Weltkrieg ab 1914 wieder auflebte, sondern bereits seit dem Bündnisschluss 1879 zwischen dem Deutschen Reich und der Doppelmonarchie, auch wenn Bismarck das Bündnis keinesfalls in diesem Sinne verstanden wissen wollte.³³ Durch das Bündnis hatte das österreichische Herrscherhaus jedoch die Garantie, dass das Deutsche Reich *nicht* – wie es Bismarck im Krieg 1866 für den Extremfall ins Auge gefasst hatte – die nationale Karte gegenüber dem Vielvölkerstaat spielen würde; dadurch sank aus der Perspektive des Herrscherhauses das relative Gewicht der Deutschen im Vielvölkerstaat, was wiederum zu deren nationaler Radikalisierung beitrug.³⁴

³⁰ Anders allerdings zur Revolution 1848 in Deutschösterreich: Srbik, Die Wiener Revolution des Jahres 1848, S. 53.

³¹ Vgl. Langewiesche, Deutschland und Österreich. Nationswerdung und Staatsbildung in Mitteleuropa im 19. Jahrhundert, S. 763, auch: 765; auch: Stadelmann, Soziale und politische Geschichte, S. 141; anders: Lutz, Zwischen Habsburg und Preußen, S. 476.

³² Vgl. Monika Gettler, Die Bewertung des Faktors Deutschland in der österreichischen Historiographie, in: Gehler (Hg.), Ungleiche Partner?, S. 55-72, hier: 59; Dachs, Österreichische Geschichtswissenschaft, S. 74.

³³ Vgl. Oncken, Die Wiedergeburt der großdeutschen Idee, S. 57 f.

³⁴ Vgl. Srbik, Metternich, Bd. 2, S. 549; Moos, Bildungsbürgertum, Nationalproblem und demokratisches Zeitalter, S. 87 f.

Der amerikanische Historiker David S. Luft hat die Periode zwischen 1900 und 1938 im Vergleich zu den vorhergehenden seit dem Barock und der nachfolgenden als den Höhepunkt der Integration der österreichischen in die deutsche Kultur bezeichnet.³⁵ Das von der Stadt Frankfurt aus Anlass des 50. Paulskirchenjubiläums 1898 fünf Jahre später errichtete Einheitsdenkmal an der Paulskirche zeigte neben den Wappen der Einzelstaaten des Deutschen Reiches auch dasjenige Österreichs – auch das war vielleicht ein Symptom nicht nur für das Fortleben der 48er-Tradition in Frankfurt, das 1866 aufseiten des Deutschen Bundes gegen Preußen gekämpft hatte und daraufhin von Preußen annektiert worden war, sondern auch für von Bismarck nicht beabsichtigte Folgen des Zweibundes.³⁶

Zweitens ist aber zu Langewiesches Bemerkung, nach 1848 habe der großdeutsche Gedanke lediglich als Gedankengut von Bildungseliten fortbestanden, anzumerken, dass Ideen, Politik in einem größeren Zusammenhang als bislang üblich zu organisieren – sei es die deutsche nationalstaatliche oder die europäische Einigung –, immer zunächst von intellektuellen Eliten vertreten worden sind. Dies traf auch für die deutschösterreichischen und reichsdeutschen Sozialdemokraten der Zwischenkriegszeit zu.

Es waren zunächst die Parteieliten und nicht die einfachen Parteimitglieder und -anhänger, die 1918/19 die Forderung nach der großen deutschen Republik erhoben. Für Österreich gab Otto Bauer das bei einer Gelegenheit selbst zu, für das Deutsche Reich deuten die *Vorwärts*-Artikel, die im November 1918 und Januar 1919 die schwarz-rot-goldenen Farben den Lesern als die Revolutionsfarben von 1848 näherbringen wollten und dabei den großdeutschen Gedanken unerwähnt ließen, in diese Richtung – wären die Autoren davon ausgegangen, dass der großdeutsche Gedanke bei ihren Lesern auf positive Resonanz stoßen würde, dann hätten sie ihn in diesen Artikeln erwähnt.

10) Die ganze Radikalität des politischen und gesellschaftlichen Bruchs im Deutschen Reich durch die Revolution von 1918/19 erweist sich erst, wenn man sich vergegenwärtigt, dass im 19. Jahrhundert in Deutschland die bürgerliche Kultur und das politische System sich ganz zentral über drei Abgrenzungen definierten: gegen die französische „Zivilisation“, gegen die

³⁵ Vgl. David S. Luft, *Austria as a Region of German Culture 1900–1938*, in: *Austrian History Yearbook*, 23 (1992), S. 135–148, insb.: 137, 143; auch Helmut Rumpel, *Österreich vom ‚Staat wider Willen‘ zur österreichischen Nation (1919–1955)*, in: Becker/Hillgruber (Hg.), *Die Deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert*, S. 239–267, hier: 242; Robert Musil, *Der Anschluss an Deutschland (März 1919)*, in: ders., *Gesammelte Werke*, Bd. 8: *Essays und Reden*, 2. verb. Aufl., Reinbek bei Hamburg 1978, S. 1033–1042, hier: 1039, 1041.

³⁶ Vgl. Lutz, *Zwischen Habsburg und Preußen*, S. 479–481.

revolutionäre Arbeiterbewegung und gegen die Emanzipation der Frau.³⁷ Faktisch geschah 1918/19 der Bruch durch den Sturz der Hohenzollern, wodurch das Deutsche Reich ein halbes Jahrhundert nach Frankreich, wenn man von den kurzlebigen ersten beiden französischen Republiken absieht, zur Republik wurde, die Beseitigung des preußischen Dreiklassenwahlrechts, die Übernahme beziehungsweise Mitübernahme der Reichsregierung und der Regierungen der Einzelstaaten durch die Sozialdemokraten im November 1918 sowie die Einführung des aktiven und passiven Frauenwahlrechts, wodurch in der Weimarer Nationalversammlung im Unterschied zur Paulskirche auch Frauen saßen.

Die Märztradition als Tradition der revolutionären Arbeiterbewegung war auch mit den beiden anderen Antithesen des bürgerlichen Deutschlands des 19. Jahrhunderts verknüpft. Mit Frankreich dadurch, dass Marx und Engels schon 1848 der Revolution in Frankreich besondere Aufmerksamkeit gewidmet hatten und den Pariser Juniaufstand zu einem Gründungsmythos des Sozialismus erhoben haben, sowie durch die Verbindung von März- und Kommunegedenken in der Sozialdemokratie des Kaiserreichs. Dieser Traditionsstrang lebte nach dem Weltkrieg vor allem bei Unabhängigen Sozialdemokraten und Kommunisten weiter. Die in dieser Arbeit zitierten Veröffentlichungen von Anna Blos zeigen, dass in der sozialdemokratischen Erinnerung die 48er-Revolution – wenn auch nicht zentral – auch mit den ersten Anfängen der deutschen Frauenbewegung verbunden war.

11) Insgesamt ist die Geschichtspolitik mit der 48er-Revolution insbesondere in der Weimarer Republik als glücklos zu bezeichnen – zum Teil war das das Resultat mangelnder Entschlossenheit und Konsequenz derjenigen, die sie betrieben. Problematisch waren vor allem zwei Aspekte. Erstens endeten – vorgebliche – Bemühungen, die Demokratie der Gegenwart durch Berufung auf die Paulskirche zu legitimieren, auch in linksliberalen Blättern oft damit, dass das mangelnde geistige Niveau des Reichstags im Vergleich zu dieser beklagt wurde. Das war zwar zutiefst widersprüchlich, weil häufig auch die undisziplinierte Redelust der Geistesgrößen in der Paulskirche moniert wurde, änderte aber nichts an der delegitimierenden Wirkung für die Gegenwart.

Der Paulskirche selbst wurde also vorgehalten, sie sei politisch undiszipliniert gewesen und habe viel zu viel Zeit mit der Beratung der Grundrechte verbracht, gleichzeitig hielt man den Berufspolitikern im Reichstag die Notablenversammlung von 1848 als geistigen Maßstab vor.

³⁷ Vgl. Speth, Nation und Revolution, S. 39.

Diese Argumentationsfigur war in der kleindeutschen Geschichtsschreibung bereits angelegt, die die Grundrechtsberatungen der Paulskirche als Ausdruck geistigen Doktrinarismus verurteilte, der Paulskirche aber zugleich bescheinigte, das geistig höchst stehende Parlament gewesen zu sein, das es je gegeben habe.³⁸

Die Geschichtspolitik mit der Paulskirche in der Weimarer Republik vermittelt den Eindruck, dass eine Demokratie und Parlamentarismus legitimierende Geschichtspolitik mit der ersten deutschen Nationalversammlung erst mit großem zeitlichen Abstand zum Jahr 1848/49 – und vielleicht sogar erst durch das völlige Scheitern des Kampfes des nationalsozialistischen Deutschlands gegen die durch die Paulskirche verkörperten Werte – möglich wurde. Zu dominant war lange, auch noch in der Weimarer Republik, die Erinnerung an das Scheitern der ersten deutschen Nationalversammlung, als dass sie zur Legitimation des in der Weimarer Republik neu eingeführten Parlamentarismus wesentlich hätte beitragen können.

Zweitens hatten die unter Berufung auf 1848 erhobenen Forderungen nach der großen deutschen Republik deshalb keinen legitimierenden Effekt für die Weimarer Republik, weil es nahezu Konsens wurde, den Volksbeauftragten im Rückblick vorzuwerfen, in Reaktion auf die Anschlussklärung Deutschösterreichs am 12. November 1918 den Anschluss *nicht* vollzogen zu haben. Dieser Vorwurf konnte sich andeutungsweise mit der Kritik verbinden, hier habe sich die Tatenlosigkeit der 48er-Revolutionäre wiederholt. Noch relativ zurückhaltend wurde die Kritik an der angeblichen Unterlassung der Volksbeauftragten während der Revolution von 1918/19 von völkischer und demokratischer Seite vorgetragen, später lassen sich die Belege nahezu beliebig vermehren. Diese Kritik machte sich implizit die Position der demokratischen Fraktionsmehrheit in der Flaggenfrage im Juli 1919 zu eigen, dass ein Flaggenwechsel zu Schwarz-Rot-Gold nur nach vorherigem Anschluss vollzogen werden dürfe.

Daher ist es nicht verwunderlich, dass die Kritik an der angeblichen Unterlassung der Volksbeauftragten in der Anschlussfrage vor allem von Demokraten vorgetragen wurde: Zu nennen sind Preuß, Heile und Erkelenz sowie der Historiker Veit Valentin. Preuß soll gar auf der Abschiedsfeier der Demokraten für Hartmann als österreichischer Gesandter in Berlin 1920 laut mündlicher Überlieferung von dessen juristischem Sekretär in Berlin, Alfred Verdross, im Hinblick auf den Anschluss gesagt haben:

³⁸ Vgl. Schwerin, *The Revolution of 1848*, S. 161.

„Wenn ich nicht nur Minister des Innern und Hartmann nicht nur Gesandter gewesen wäre, ich glaube, wir hätten's gewagt.“³⁹

Auch der sozialdemokratische Reichspräsident und Vorsitzende der Anschlussorganisation Österreichisch-Deutscher Volksbund, Paul Löbe, machte sich diese Kritik im November 1922 angesichts der Annahme der Genfer Protokolle mit dem verschärften Anschlussverbot durch die Republik Österreich zu eigen. Der Vorwurf fand sich gleichfalls in der *Germania* zum Jubiläum der 48er-Revolution 1923, wiederholt in den Zentralorganen der Anschlussorganisation Österreichisch-Deutscher Volksbund und des Reichsbanners, und zum zehnten Jahrestag der österreichischen Anschlussklärung erhob ihn auch der Nationalsozialist Frick im Reichstag. Parteipolitisch umfasste das Spektrum der rückblickenden Kritik der Volksbeauftragten in dieser Frage DDP, DVP, Zentrum und Nationalsozialisten, aber auch die ausgesprochenen Anschlussverfechter in der Sozialdemokratie.⁴⁰

Es ließ sich hingegen kein einziger Beleg dafür finden, dass irgendjemand die Politik der Volksbeauftragten in der Anschlussfrage gegen diese im Laufe der 20er-Jahre immer wieder erhobene retrospektive Kritik verteidigt hätte. Dabei ließ sich ihre Politik auch von einem den Anschluss grundsätzlich befürwortenden Standpunkt aus durchaus als rational begründen. Da der Anschluss auf lange Sicht ohnehin als gewiss galt, wäre es angesichts der französischen Bestrebungen, das Rheinland oder zumindest das linke Rheinufer vom Reich zu trennen, eine unnötige Provokation der Alliierten und ein unnötiges Risiko gewesen, auf die

³⁹ Zitiert nach: Friedrich Engel-Janosi, Ludo M. Hartmann und das Problem der Gewalt, in: *Zeitgeschichte*, 4 (1976), S. 77-91, hier: 77, 89, 91 EN 67.

⁴⁰ Oberst von Haeften, unveröffentlichte Erinnerungen (über die Reichskonferenz am 25. November 1918, auf der auch der deutschösterreichische Gesandte Hartmann auftrat), in: Ritter/Miller (Hg.), *Die deutsche Revolution 1918–1919*, S. 445 f.; der Deutschnationale Wulle am 30.10.1920 im Reichstag: *Verhandlungen des Reichstags*, Bd. 345, S. 938; Paul Oswald, *Deutschösterreich*, in: *Deutsche Stimmen*, 33 (1921), S. 489-491, hier: 489; „Für den Anschluss Österreichs. Die Kundgebung in der Paulskirche“ (Löbe), in: *BT*, 22.11.1922, MA; Räu., „Märzgedanken. 1848 – 1918 – ?“, in: *Germania*, 18.3.1923; Preuß, *Um die Reichsverfassung von Weimar* (1924), S. 379 f.; Hellmuth Burckhardt, *Der großdeutsche Gedanke in der Deutschen Studentenschaft*, in: *Österreich-Deutschland*, 1 (1924), Nr. 11, S. 12 f.; Willy Andreas, *Die Wandlungen des großdeutschen Gedankens*, S. 35 f.; Veit Valentin, *Anschluss – oder nicht?*, in: *Weltbühne*, 21 (1925), I, S. 833-836, hier: 833; Egmont Zechlin, *Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot*, S. 1 f.; Wilhelm Heile, *Deutschlands Einheit und europäische Sendung*, in: *Die Hilfe*, 33 (1927), S. 297; Fritz Mittelman, *Zehn Jahre Kampf um den Anschluss*, in: *Österreich-Deutschland*, 5 (1928), Nr. 11, S. 6 f., hier: 6; Anton Erkelenz, November 1918, in: ebd., S. 8; „Eine ‚verpasste‘ Gelegenheit. Deutschösterreichs Anschluss“, in: *RB*, 5 (1928), Nr. 42; der Nationalsozialist Frick am 12.11.1928, dem zehnten Jahrestag der deutschösterreichischen Anschlussklärung, im Reichstag: *Verhandlungen des Reichstags*, Bd. 423, S. 252 f.; Ernst Lemmer, „Die Reichsverfassung und ihr Schöpfer. Dem Andenken an Hugo Preuß“, in: *RB*, 6 (1929), Nr. 32; Kampffmeyer, *Die nationale Idee in der Sozialdemokratie*, in: *Sozialistische Monatshefte*, 37 (1931), II, S. 869; Ziegler, *Die deutsche Nationalversammlung 1919/1920*, 1932, S. 249-251; vgl. Heß, *Das ganze Deutschland soll es sein*, 1978, S. 63; Myers, *Germany and the Question of Austrian Anschluss*, S. 173 f.; Gerwarth, *Der Bismarck-Mythos*, S. 51.

Anschlussklärung der österreichischen Nationalversammlung mit einem Vollzug des Anschlusses zu reagieren.⁴¹

Das Versäumnis oder der Unwille der Sozialdemokraten, die Volksbeauftragten gegen deren angebliches Versagen in der Anschlussfrage zu verteidigen, wurde schwerlich aufgewogen durch die wiederholten Versuche vor allem von demokratischer Seite, darunter von Hugo Preuß und Theodor Wolff, aber auch vonseiten des Reichsbanners im Laufe der 20er-Jahre, die Republik dadurch zu legitimieren, indem man behauptete, die republikanische Staatsform sei Voraussetzung für die Verwirklichung Großdeutschlands.

Das gut nachvollziehbare Argument lautete: Da der historische Dualismus der Häuser Hohenzollern und Habsburg in der Vergangenheit Deutschland geteilt und die großdeutsche nationale Einigung verhindert habe und das Erbe ihrer Rivalität zu mächtig sei, werde mit ihrer Restauration der Weg zum Anschluss Deutschösterreichs an das Reich verbaut.⁴² Die gleiche Tendenz hatte die in der Weimarer Republik noch häufiger erhobene Behauptung, die deutschen Fürsten seien mit wenigen Ausnahmen die historischen Feinde der deutschen Einheit gewesen.⁴³

Sowohl in Deutschösterreich als auch im Deutschen Reich appellierte die politische Rechte, um die 48er-Tradition zu delegitimieren, auch an den Antisemitismus, so wie sie das im Deutschen Reich auch in ihrem Kampf gegen die mit dieser Tradition so eng verbundenen schwarz-rot-goldenen Reichsfarben tat. In Deutschösterreich erschien in der christlichsozialen *Reichspost* zum Jubiläum der Wiener Märzrevolution 1923 ein extrem antisemitischer historischer Artikel und der Versuch der *Wiener Neuesten Nachrichten*, des Zentralorgans der Großdeutschen Volkspartei, ab 1925, ihren Lesern die 48er-Tradition näherzubringen, rechnete ganz offensichtlich mit dem entgegenstehenden antisemitischen Einstellungen in der Leserschaft.

⁴¹ Vgl. Myers, *Germany and the Question of Austrian Anschluss*, S. 459.

⁴² Preuß, *Republik oder Monarchie?* (1922), S. 239; Gerth, *Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot*, in: *Die Glocke*, 10 (1924), S. 903-907, hier: 907; T. W., „Die Fahne“, in: *BT*, 10.5.1925; Andreas, *Österreich und der Anschluss*, 1927, S. 14; „Außenpolitik. Der Anschluss und Frankreich“, in: *RB*, 5 (1928), Nr. 25.

⁴³ Wilhelm Heile, *Der nationale Gedanke in der deutschen Republik*, in: *Die Hilfe*, 26 (1920), S. 179-184, hier: 183 f.; der Demokrat Schücking am 11.7.1922 im Reichstag: *Verhandlungen des Reichstags*, Bd. 356, S. 8434; Preuß, *Die Tat von Weimar. Verfassungsfeier des Reichsbanners* (1924), in: ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. 4, S. 612-617, hier: 614; „Todsünden deutscher Fürsten“, in: *RB*, 2 (1925), Nr. 2; „Eines Volkes Opfergang. Zur achtzigsten Wiederkehr des 18. März“, in: ebd., 5 (1928), Nr. 6; vgl. Heß, „Das ganze Deutschland soll es sein“, 1978, S. 34 f.

Im Reich nahm aus Anlass des Paulskirchenjubiläums 1923 Max Maurenbrecher in der *Deutschen Zeitung* Anstoß daran, dass die Paulskirchendelegation, die Friedrich Wilhelm IV. 1849 die Kaiserkrone angetragen hatte, von dem Juden Simson angeführt worden sei (Simson war – das verschwieg Maurenbrecher – ein getaufter Jude). In nationalsozialistischen Schulgeschichtsbüchern wurde dann unterstellt, dass dies ein Motiv für Friedrich Wilhelm IV. gewesen sei, die ihm angetragene Kaiserkrone abzulehnen. Das Organ der Altpreußen, die *Kreuzzeitung*, hielt auch 1928 an der überlieferten konservativen Deutung fest, die Berliner Märzrevolution 1848 sei das Werk von Ausländern gewesen, als sie vom unter „fremdstämmigen Einfluss und blutfremder Führung revoltierenden Janhagel“ schrieb.

12) Die in Deutschösterreich und in der Weimarer Republik nach 1918 am häufigsten zitierten Reden beziehungsweise der am häufigsten zitierte Antrag aus der Paulskirche veranschaulichen den hoch selektiven, an der Gegenwart orientierten Umgang von Geschichtspolitik mit der Vergangenheit. Dabei handelte es sich um Ludwig Uhlands beide großdeutschen Reden und den Antrag Arnold Ruges, einen Völkerkongress mit dem Ziel einer allgemeinen europäischen Entwaffnung zu gründen. Den beiden Reden Uhlands und dem Antrag Ruges war gemeinsam, dass sie in der Geschichte der ersten deutschen Nationalversammlung keine entscheidende Bedeutung gehabt hatten. Ebenso hatte der im 48er-Revolutionsgedenken der Weimarer Republik bedeutsame Carl Schurz in der Revolution von 1848/49 selbst nur eine periphere Rolle gespielt.

Die bildreichen Reden des Dichters Uhland, der sich keiner Fraktion angeschlossen hatte, hinderten die Mehrheit der ersten deutschen Nationalversammlung *nicht* daran, sich nach der Oktroyierung der österreichischen Gesamtstaatsverfassung 1849 für die kleindeutsche Lösung und das preußische Erbkaisertum zu entscheiden, und auch der Antrag Ruges fand keine Mehrheit.⁴⁴ Ruge wurde zudem in der sozialdemokratischen Revolutionsgeschichtsschreibung, die auch die Paulskirchenlinke, der er angehörte, ohnehin schon überwiegend negativ beurteilte, als „politischer Wirrkopf“ eingestuft.⁴⁵

Seit 1918 jedoch wurden die leidenschaftlichen Plädoyers des populären Uhland für Großdeutschland immer wieder zitiert, wenn der großdeutsche Gedanke beschworen werden sollte. Ein Zitat aus mindestens einer der beiden Reden fand sich auch in jeder der

⁴⁴ Zu Uhland vgl. Langewiesche, Ludwig Uhland, S. 11-22, insb.: 21.

⁴⁵ Vgl. Mehring, Die deutsche Revolution, S. 9; auch: ders., Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, S. 499 f.; Bloss, Die deutsche Revolution, S. 525.

Quellensammlungen mit Reden aus der Paulskirche, von denen ab 1918 mehrere erschienen. Uhlands Konterfei vor der Paulskirche wurde von der DDP in den Reichstagswahlkämpfen 1924 auf einem Wahlplakat mit schwarz-rot-goldenem Hintergrund abgedruckt, und 1925 wurde er auf einem Wahlplakat der Sozialdemokraten für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahlen erwähnt.

Ruges Antrag, welcher der Paulskirchenmehrheit 1848 utopisch erschienen war, wurde gleichfalls in vielen der Redesammlungen aus der Paulskirche abgedruckt und vor dem Hintergrund der Erfahrung des Weltkriegs insbesondere vom pazifistisch engagierten Veit Valentin in mehreren seiner Publikationen sowie wiederholt von sozialdemokratischen und linksliberalen Zeitungen und Zeitschriften thematisiert.

13) Die Weimarer Republik war *nicht* symbolschwach und ihren führenden politischen Protagonisten fehlte auch nicht das Verständnis für die Bedeutung symbolischer Politik, wie manchmal zeitgenössisch und auch im Rückblick behauptet wurde.⁴⁶ Der Behauptung einer vermeintlichen Unterschätzung symbolischer Politik haben offenbar einschlägige Bemerkungen von USPD-Politikern und später linken SPD-Politikern Vorschub geleistet; die gelegentlich bekundete Geringschätzung gegenüber bloßen Symbolen veranlasste diese Politiker aber keinesfalls zu Nachgiebigkeit in der Flaggenfrage.

In manchen Bereichen war das geschichtspolitische Umsteuern nach 1918/19 wesentlich ausgeprägter, als es in der Forschung lange dargestellt worden ist. Doerings Studie über die Darstellung der 48er-Revolutionen in den Schulgeschichtsbüchern belegt dies eindrucksvoll; erwähnt sei nur die Ausweitung des Raumes für die Darstellung dieses Themas um beinahe das Vierfache in den Schulbüchern für das niedere Schulwesen im Vergleich zum Kaiserreich.⁴⁷

Ebenso zweifelhaft sind die zeitgenössischen und retrospektiven Urteile mancher Sozialdemokraten, wie der „militanten Reformsozialisten“, die SPD habe in der Weimarer Republik nicht eine eigene Nationalidee entwickelt oder diese zumindest nicht laut genug artikuliert.⁴⁸ Reichspräsident Ebert erklärte 1922 zum Verfassungstag das Deutschlandlied zur

⁴⁶ Vgl. Buchner, *Um nationale und republikanische Identität*, S. 31, 361; Korff, *Rote Fahnen und geballte Faust*, S. 31; Dörner, *Politischer Mythos und symbolische Politik*, S. 301.

⁴⁷ Vgl. Doering, *Das sperrige Erbe*, S. 377.

⁴⁸ Vgl. Dieter Groh/Peter Brandt, *„Vaterlandslose Gesellen“*. Sozialdemokratie und Nation 1860–1990, München 1992, S. 204 f.; Erich Matthias, *Sozialdemokratie und Nation. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der*

Nationalhymne, die Sozialdemokratie war im 1924 gegründeten Reichsbanner bestimmend und der prominente Sozialdemokrat Reichstagspräsident Löbe stand seit 1921 an der Spitze der Anschlussorganisation Österreichisch-Deutscher Volksbund. Es gab zugleich eine starke linke Strömung in der SPD, die allem Nationalen schroff ablehnend gegenüberstand.⁴⁹ Dennoch ist nicht zu übersehen, dass diejenigen, die zeitgenössisch oder retrospektiv ein fehlendes nationales Bekenntnis der Sozialdemokratie beklagten, wie Gustav Radbruch, in Weimar selbst ausgesprochen national, teilweise auch nationalistisch aufgetreten sind.

Bei der Beurteilung der Geschichtspolitik in der Weimarer Republik darf auch nicht vergessen werden – auch wenn das am Scheitern der Republik nichts ändert –, dass es nach einschneidenden politischen Umbrüchen oft etliche Jahre dauert, bis ein neuer Symbolhaushalt etabliert wird. Davon zeugen die Beispiele des deutschen Kaiserreichs, der gleichfalls 1870/71 entstandenen dritten französischen Republik und des wiedervereinigten Deutschlands seit 1990. Die schwarz-weiß-rote Handelsflagge des Kaiserreichs setzte sich im öffentlichen Bewusstsein erst in den 1890er-Jahren durch, die dritte französische Republik etablierte ihre an die Französische Revolution von 1789 anknüpfende Staatssymbolik erst seit Ende der 1870er-Jahre, und im wiedervereinigten Deutschland wurde das einen zentralen Bestandteil der Staatssymbolik darstellende Holocaust-Mahnmal erst fast 15 Jahre nach der Wiedervereinigung eingeweiht.⁵⁰

Angeichts der extremen politischen Belastungen der Weimarer Republik, Weltkriegsniederlage, Hyperinflation und Weltwirtschaftskrise, ist es daher nicht überraschend, dass es in den nicht einmal 15 Jahren ihrer Existenz nicht im Entferntesten gelang, zu einem Grundkonsens über eine politische Symbolik zu gelangen. Dennoch gelangt es erst den Nationalsozialisten 1933, die in der Weimarer Reichsverfassung von 1919 festgelegten schwarz-rot-goldenen Reichsfarben zu beseitigen.

sozialdemokratischen Emigration in der Prager Zeit des Parteivorstandes 1933–1938, Stuttgart 1952, S. 64 f.; Brancato, German Social Democrats, S. 68 f., 91.

⁴⁹ Vgl. Ruppert, Der Nationalismus der systemstabilisierenden Parteien, S. 215; Sven Reichardt, ‚Märtyrer‘ der Nation. Überlegungen zum Nationalismus in der Weimarer Republik, in: Jörg Echternkamp/Sven Oliver Müller (Hg.), Die Politik der Nation. Deutscher Nationalismus in Krieg und Krisen 1760–1960 (=Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 56), München 2002, S. 173–202, hier: 178.

⁵⁰ Zur dritten französischen Republik vgl. Speth, Nation und Revolution, S. 339.

14) Im Folgenden soll die Geschichtspolitik mit der 48er-Revolution in der Ersten Republik Österreich und der Weimarer Republik verglichen werden. Funktional betrachtet hatte im Deutschen Reich die Geschichtspolitik der Sozialdemokraten und Demokraten mit 1848 fundierende Funktion: Sie sollte die Republik legitimieren. Da jedoch das zentrale politische Anliegen in Verbindung mit diesem politischen Mythos die Forderung nach der großen deutschen Republik war, war seine Funktion außenpolitisch im Hinblick auf die 1919 durch die Pariser Vorortverträge geschaffene politische Ordnung Europas im Sinne des deutschen Revisionskonsenses kontrapräsentisch. Was die Sozialdemokraten betraf, war die außenpolitische Funktion jedoch dezidiert *nicht* revolutionär, da eine gewaltsame Liquidierung des Versailler Vertrages, also durch Krieg, ausdrücklich ausgeschlossen wurde. Von dem Anschluss erwarteten sich die Sozialdemokraten und Demokraten die definitive Legitimation der im November 1918 entstandenen deutschen Republik, da sie damit Bismarcks kleindeutsche Reichsgründung von 1871 national übertrumpft hätten.

Hingegen war die Funktion der von den deutschösterreichischen Sozialdemokraten und in der zweiten Hälfte der 20er-Jahre auch dem Zentralorgan der Großdeutschen, den *Wiener Neuesten Nachrichten*, mit 1848 betriebenen Geschichtspolitik radikal kontrapräsentisch, da mit ihr die Eigenstaatlichkeit der Republik Österreich abgelehnt und der Anschluss an das Deutsche Reich gefordert wurde. Da diesem Anliegen die Regelungen des Friedens von St. Germain und ab 1922 auch die Genfer Protokolle entgegenstanden, war auch im österreichischen Fall die außenpolitische Funktion gleichfalls kontrapräsentisch.

Beim Vergleich der Geschichtspolitik mit der 48er-Revolution der deutschösterreichischen und der reichsdeutschen Sozialdemokratie bestand die entscheidende Differenz im Gedenken der deutschösterreichischen Sozialdemokraten an die Wiener Oktoberrevolution 1848. Diese war ihrem Charakter nach – mit der Konfrontation zwischen Proletariat und Bürgertum, auch wenn die Akademische Legion aufseiten der Arbeiter kämpfte – der Pariser Junirevolution von 1848 vergleichbar, obschon die Wiener Oktoberrevolution eine nationale Komponente hatte, welche jene *nicht* aufwies.

Reichsdeutsche Sozialdemokraten wie der Chefredakteur des *Vorwärts*, Stampfer, und Eduard Bernstein grenzten sich 1918 und 1921 insbesondere angesichts der Entwicklungen in Russland ausdrücklich von der Pariser Junirevolution ab. Das Gedenken der deutschösterreichischen Sozialdemokraten an die Wiener Oktoberrevolution war somit auch

Ausdruck der Tatsache, dass sie mehrheitlich eine politische Position vertraten, die der der USPD beziehungsweise dann der sozialdemokratischen Linken im Deutschen Reich glich.

Der Tatsache, dass es auf dem Gebiet des Deutschen Reiches 1848 nichts Vergleichbares zur Wiener Oktoberrevolution gegeben hatte, entsprach es, dass von deutschösterreichischen Sozialdemokraten *nicht* wie im Reich von Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten wiederholt zu hören war, dass das deutsche Volk beziehungsweise die deutsche Sozialdemokratie kaum revolutionäre Traditionen vorzuweisen habe und dass die Deutschen zu Revolutionen nicht begabt seien.

Weil die deutschösterreichischen Sozialdemokraten in der Stadt Wien in der Ersten Republik die politische Alleinherrschaft innehatten, während die Stadt Berlin von den Sozialdemokraten in Koalitionen mit bürgerlichen Parteien regiert wurde, konnte es in Wien Straßenumbenennungen und eine Denkmalssetzung für die Wiener Oktoberrevolution sowie die Anbringung von Gedenktafeln für die Märzrevolution geben, während in Berlin lediglich ein Portal für den Friedhof der Märzgefallenen errichtet wurde. Auch gab es in der deutschösterreichischen Sozialdemokratie in der Ersten Republik keine Versuche, den 48er-Revolutionsmythos zu depotenzen, wie in der reichsdeutschen 1923 durch Bernstein und 1928/29 durch Eduard David.

Sowohl im Deutschen Reich als auch in Deutschösterreich appellierten, wie in dieser Bilanz bereits thematisiert wurde, die Gegner der 48er-Tradition zu deren Delegitimierung vor allem an den Antisemitismus. Schließlich hatten sowohl die Anschlussforderung als auch die Anschlusspropaganda im Reich und in Deutschösterreich unterschiedliche Rollen und Funktionen. Für die Anschlussbefürworter in Deutschösterreich war im Kampf gegen den Vertrag von St. Germain der Anschluss *das* zentrale politische Anliegen, während im Deutschen Reich die Anschlussforderung eine von vielen Revisionsforderungen gegenüber dem Vertrag von Versailles war, die je nach politischer Partei unterschiedlich gewichtet wurde. Daher war es auch kein Zufall, dass im Deutschen Reich lebende Deutschösterreicher und Sudetendeutsche in der reichsdeutschen Anschlussbewegung, insbesondere zu Beginn 1918/19, eine wichtige Rolle spielten. Während es im Deutschen Reich die Aufgabe der Anschlussbewegung und -propaganda war, den Wunsch nach der Vereinigung mit Deutschösterreich zu wecken und wachzuhalten, richteten sie sich in Deutschösterreich vor

allem an das Ausland, um diesem zu demonstrieren, dass die Deutschösterreicher entschlossen an der Anschlussforderung festhielten.⁵¹

15) Da die 48er-Revolutionserinnerung in der Zwischenkriegszeit sowohl in Deutschösterreich als auch im Deutschen Reich so eng mit der Forderung nach der großen deutschen Republik verbunden war, ist abschließend auf den Anschlussgedanken einzugehen. Neben der großdeutschen Tradition der Arbeiterbewegung war es für die Führung der deutschösterreichischen Sozialdemokratie sicherlich auch ein Motiv, den Anschluss zu befürworten, dass es ihnen wie den Eliten der anderen Parteien in Deutschösterreich nach ihrer Prägung im Habsburgerreich unvorstellbar erschien, nun in einem Kleinstaat zu leben und politisch zu agieren. Bei denen, die in der Republik Österreich den Anschluss ablehnten, war das analoge Projekt zu diesem, an die Stelle der untergegangenen Habsburgermonarchie eine Donauföderation zu setzen. Im Deutschen Reich sollte – das wurde 1918/19 auch vielfach ausgesprochen – der Anschluss Deutschösterreichs in den Augen von großen Teilen der Eliten die Funktion haben, die deutsche Niederlage im Weltkrieg zu kompensieren, den Krieg *nicht* als völlig sinnlos erscheinen zu lassen.⁵²

Die Frage ist nur, ob das der Anschlussforderung alle Legitimität nimmt.⁵³ Zur Verteidigung der Befürworter des Anschlussgedankens ist Folgendes zu sagen. Konnte man von deutschösterreichischen und reichsdeutschen Politikern erwarten, dass, nachdem der amerikanische Präsident Wilson sich im Januar und Februar 1918 für einen Frieden auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts der Völker ausgesprochen hatte, sie ihn *nicht* beim Wort nehmen würden?⁵⁴ Auch wenn der Frieden von Brest-Litowsk, den das Deutsche Reich noch im März 1918 Russland aufgezwungen und dem im Reichstag die Fortschrittliche Volkspartei und das Zentrum zugestimmt hatten, während sich die MSPD-Fraktion enthalten und lediglich die USPD dagegen gestimmt hatte, dieses Prinzip eklatant verletzt hatte.⁵⁵

⁵¹ Vgl. Suval, *The Anschluss Question*, S. XI, 42.

⁵² Vgl. Heß, *„Das ganze Deutschland soll es sein“*, 1978, S. 29.

⁵³ Ruppert verteidigt den außenpolitischen Revisionismus der Parteien der Weimarer Koalition. Ruppert, *Der Nationalismus der systemstabilisierenden Parteien der Weimarer Republik*, S. 197, 233.

⁵⁴ Vgl. Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 1, S. 360 f.; Krüger, *Die Außenpolitik*, S. 56; Myers, *Germany and the Question of Austrian Anschluss*, S. 463.

⁵⁵ Vgl. Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 1, S. 357 f.; Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4, S. 152-154.

Aus Sicht der reichsdeutschen Sozialdemokraten, deren Abgeordnete in der Nationalversammlung es ganz überwiegend zusammen mit der Mehrheit der Zentrumsfraktion und den Unabhängigen Sozialdemokraten auf sich genommen hatten, im Juni 1919 für den Frieden von Versailles zu stimmen, sprach vor allem, wie 1925 im *Vorwärts* ausführlich in einem Kommentar ausgebreitet wurde, das folgende Argument für die Forcierung des großdeutschen Gedankens:⁵⁶ Jede Revision der Grenzen im Osten oder im Norden hätte bedeutet, dass die beiden gerade neu gegründeten Staaten Polen oder Tschechoslowakei beziehungsweise Dänemark Gebiete an Deutschland hätten abtreten müssen. Dagegen war Deutschösterreich nach den Gebietsverlusten am Ende des Weltkrieges ein weitgehend homogener deutscher Staat und es bestehen wenig Zweifel, dass es – auch angesichts der elenden wirtschaftlichen Lage – beinahe jederzeit eine breite Mehrheit für den Anschluss an das Deutsche Reich gegeben hätte. Der *Vorwärts* urteilte:

„Österreich ist aber etwas, was die Welt noch nicht gesehen hat, ein selbständiger Staat gegen den eigenen Willen.“

Wenn man, wie die Sozialdemokraten, glaubhaft vom Anfang bis zum Ende der Weimarer Republik die Position vertrat, dass man unter keinen Umständen eine kriegेरische Revision der Grenzen von Versailles wolle – weil eine Wiederholung des Weltkrieges durch nichts zu rechtfertigen sei –, dann konnte die Anschlussforderung durchaus als die realistischste Forderung nach territorialer Revision des Friedensvertrages erscheinen.⁵⁷

Zum einen war der Anschluss durch das von Wilson proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker gedeckt, zum anderen – das wurde auch im britischen Foreign Office gesehen – war es sehr fraglich, wie auf Dauer zwei Nachbarstaaten, die sich vereinigen wollten, von dritten Mächten daran gehindert werden sollten, zumal einer der beiden betreffenden Staaten vom Potenzial her nach wie vor eine europäische Großmacht war.⁵⁸ Dem stand die nicht minder nachvollziehbare Position Frankreichs gegenüber, das, nachdem es sich im vierjährigen Weltkrieg nur mit britischer und amerikanischer Unterstützung gegenüber den Mittelmächten hatte behaupten können, es rundweg ablehnte, dass das Deutsche Reich seine

⁵⁶ Vgl. Detlef Lehnert, *Die Weimarer Republik. Parteienstaat und Massengesellschaft*, Stuttgart 1999, S. 49.

⁵⁷ „Deutschland und Österreich. Magdeburger Nachklänge“, in: *Vorwärts*, 25.2.1925, MA; vgl. Brancato, *German Social Democrats*, S. 142 f.

⁵⁸ Vgl. Myers, *Germany and the Question of Austrian Anschluss*, S. 345 f., auch: 347, 459; Payer, *Anno 48*, S. 50; Benedikt, *Vorwort*, in: ders. (Hg.), *Geschichte der Republik Österreich*, S. 9; Hillgruber, *„Revisionismus“*, S. 618.

Verluste an Territorium und Bevölkerung im Zuge des Friedensschlusses durch den Anschluss kompensieren sollte.⁵⁹

Das gilt umso mehr, als die französischen Forderungen im Hinblick auf die Einhegung des Deutschen Reiches über das, was Frankreich im Frieden von Versailles erreichen konnte, weit hinausgingen.⁶⁰ Bei der französischen Ablehnung des Anschlusses spielte insbesondere die Demografie eine große Rolle. Das Deutsche Reich hatte mit 62 Millionen Einwohnern ohnehin wesentlich mehr Einwohner als Frankreich mit 40 Millionen. Frankreich hatte nach einem Jahrhundert des Geburtenrückgangs eine ältere Bevölkerung als das Deutsche Reich und im Krieg hatte es drastische Opferzahlen zu beklagen gehabt, die relativ größer waren als die des Deutschen Reiches.⁶¹

Dagegen ließ sich freilich wiederum einwenden, wie es Deutschösterreich auch am 25. Dezember 1918 in einer Note gegenüber dem Ausland tat, dass durch die Auflösung der seit 1879 durch den Zweibund mit dem Deutschen Reich verbundenen Habsburgermonarchie 40 Millionen Menschen nicht länger unter deutscher Oberherrschaft stünden, dass ein um sechseinhalb Millionen Deutschösterreicher gestärktes Reich (von den zehn Millionen Deutschen der Habsburgermonarchie lebten nach deren Zerfall sechseinhalb Millionen in Deutschösterreich und dreieinhalb Millionen in der Tschechoslowakei) ein geringerer Machtfaktor sei als bis dato der durch den Zweibund geschaffene mitteleuropäische Machtblock aus Deutschem und Habsburgerreich.⁶²

Die deutschen Sozialdemokraten konnten sich in ihrer Haltung in der Anschlussfrage auf die französischen Sozialisten berufen, von deren Abgeordneten im französischen Parlament bei der Abstimmung über den Versailler Vertrag 49 mit Nein stimmten, nur zwei mit Ja und 33

⁵⁹ Vgl. Hermann Hagspiel, Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich? Die deutsch-französische Außenpolitik der zwanziger Jahre im innenpolitischen Kräftefeld beider Länder (=Pariser Historische Studien, hg. v. Deutschen Historischen Institut Paris, Bd. 24), Bonn 1987, S. 399; Myers, Germany and the Question of Austrian Anschluss, S. 345.

⁶⁰ Vgl. Dietrich Orlow, Between Nationalism and Internationalism: French and German Socialists and the Question of Boundary Changes after World Wars I and II, in: Christian Baechler/Carole Fink (Hg.), L'Établissement des Frontières en Europe après les deux Guerres Mondiales. Actes des colloques de Strasbourg et de Montréal (juin et septembre 1995), Bern u.a. 1996, S. 99-114, hier: 104; Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, S. 261, 407-409.

⁶¹ Vgl. Bariéty, Vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg, S. 315; Ein Demokrat kommentiert Weimar, S. 145.

⁶² Vgl. Myers, Germany and the Question of Austrian Anschluss, S. 186, 344; auch: Oncken, Die Wiedergeburt der großdeutschen Idee, S. 59.

sich enthielten, und die auch in den darauffolgenden Jahren die offizielle französische Position der Ablehnung des Anschlusses *nicht* teilten.⁶³

Das forcierte Eintreten der Sozialdemokraten und der Demokraten im Deutschen Reich für den Anschlussgedanken ab 1918, das sie in einen fundamentalen Gegensatz zur offiziellen französischen Politik brachte, bedeutete insofern einen Wendepunkt in der Geschichtspolitik mit der 48er-Revolution, als es ein halbes Jahrhundert zuvor die deutschen Erben der 48er-Revolution gewesen waren, die Sozialdemokraten und die süddeutsche Volkspartei, die im deutsch-französischen Krieg 1870 nach der Gefangennahme Napoleons III. gegen die Fortsetzung des Krieges plädiert und die Annexion Elsass-Lothringens abgelehnt hatten. Auch das nach der Reichsgründung etablierte sozialdemokratische Märzgedenken, das anfänglich primär der Pariser Kommune gegolten hatte, war in Abgrenzung zu den bürgerlich-protestantischen Sedanfeiern immer im Geist der Völkerversöhnung begangen worden, insbesondere im Hinblick auf das Verhältnis zu Frankreich.⁶⁴

Zur Dynamik der Anschlussforderung in der Revolution von 1918/19 ist auch Folgendes anzumerken: Nachdem die deutschösterreichische Nationalversammlung am 12. November 1918 den Anschluss erklärt hatte, dauerte es bis zum 29. Dezember, bis der französische Außenminister Stephen Pichon als erster Spitzenpolitiker der Siegermächte sich im französischen Parlament gegen den Anschluss aussprach. Das war zunächst lediglich eine öffentliche Bekundung der französischen Position – bei diesem Stand der Dinge in der Anschlussfrage trat Anfang Februar 1919 die Weimarer Nationalversammlung zusammen. Eine gemeinsame Festlegung Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten auf eine Ablehnung des Anschlusses in der verklausulierten Form – die Formel stammte von Präsident Wilson persönlich –, dass man den Anschluss von der einstimmigen Zustimmung des Völkerbundes abhängig machte, erfolgte erst im April 1919.⁶⁵

⁶³ Vgl. Orlow, *Between Nationalism and Internationalism*, S. 101 f., 104 f.; Bariéty, *Vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg*, S. 342; Brancato, *German Social Democrats*, S. 73; Suval, *The Anschluss Question*, S. 13.

⁶⁴ Vgl. Alexandre, *Die 1848er-Revolution, ihre Erben und die deutsch-französische Friedensbewegung*, S. 227-229; Bouvier, *Französische Revolution und deutsche Arbeiterbewegung*, S. 374 f.; Schröder, *Die Tradition von 1848/49*, S. 141.

⁶⁵ Vgl. Myers, *Germany and the Question of Austrian Anschluss*, S. 331 f., 348 f.; Suval, *The Anschluss Question*, S. 13, 15; Low, *The Anschluss Movement*, S. 459, 462; Krüger, *Die Außenpolitik*, S. 56; Heß, *„Das ganze Deutschland soll es sein“*, 1978, S. 61.

VII. Bibliografie

1. Quellen

1.1. Unveröffentlichte Quellen

Bundesarchiv (BA) Berlin

R 43, I/566, Reichskanzlei: Nationalfeste, Gedenktage, öffentliche Festlichkeiten 1919–1933.

R 1501, 116869, RMI: Feier des 75. Jahrestages der Eröffnung des Frankfurter Parlaments.

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK)

I. HA Rep 90 A Staatsministerium jüngere Registratur, Nr. 3629.

I. HA Rep 169 D Landtag, I Nr. 44 Bd. 4.

1.2. Zeitungen

48er-Revolution

Die Verbrüderung. Correspondenzblatt aller deutschen Arbeiter, hg. v. Centralcomité für die deutschen Arbeiter, redigiert von Stefan Born/Franz Schwenniger/Karl Gangloff, Jahrgang 1-3 (3. Oktober 1848–29. Juni 1850), unv. Nd. m. e. Einl. v. Rolf Weber, Leipzig 1975.

Österreich

Arbeiterzeitung (AZ)

Neue Freie Presse (NFP)

Reichspost

Wiener Neueste Nachrichten (WNN)

Deutsches Reich

Berliner Tageblatt (BT)

Berliner Volkszeitung (BVZ)

Deutsche Allgemeine Zeitung (DAZ)

Deutsche Tageszeitung (DTZ)

Deutsche Zeitung (DZ)

Frankfurter Zeitung (FZ)

Freiheit

Germania

Leipziger Volkszeitung (LVZ)
Neue preußische Zeitung (NPZ)
Rote Fahne (RF)
Schleswig-Holsteinische Volkszeitung (SHVZ)
Volksfreund, Karlsruhe
Vorwärts
Vossische Zeitung (VZ)
Die Zeit

1.3. Zeitschriften

Österreich

Der Kampf
Österreichische Rundschau
Der Schutzbund

Deutsches Reich

Deutsche Politik
Die deutsche Republik
Deutsche Stimmen
Die Gesellschaft
Die Glocke
Die Grenzboten
Der Heimatdienst
Die Hilfe
Historische Zeitschrift
Die Internationale
Österreich-Deutschland („Heim ins Reich“)
Das Reichsbanner (RB)
Sozialistische Monatshefte
Weltbühne
Zeitwende
Die Zukunft

1.4. Protokolle

1848/49

Reden *für* die deutsche Nation 1848/1849. Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main, hg. v. Franz Wigard, vollst. Ausg. in 9 Bde. neu vorgelegt u. m. e. Einführung versehen v. Christoph Stoll, München 1988.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen der durch das Allerhöchste Patent vom 5. Dezember 1848 einberufenen Kammern. Zweite Kammer. Von der Eröffnungssitzung am 26. Februar bis zur Auflösung in der siebenunddreißigsten Sitzung am 27. April 1849, Berlin 1849.

Österreich

Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs. Abgehalten in Wien vom 5. bis zum 7. November 1920, Wien 1920.

Protokoll des Parteitages 1922. Die Verhandlungen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs. Abgehalten am 14. u. 15. Oktober in Wien, Wien 1922.

Protokoll des Parteitages 1923. Die Verhandlungen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs. Abgehalten vom 14. bis 16. November in Wien, Wien 1923.

Protokoll des sozialdemokratischen Parteitages 1925. Abgehalten in Wien vom 13. bis 16. November, Wien 1925.

Protokoll des sozialdemokratischen Parteitages 1926. Abgehalten in Linz vom 30. Oktober bis zum 3. November 1926, Wien 1926.

Parteitag 1927. Protokoll des sozialdemokratischen Parteitages, abgehalten vom 29. Oktober bis 1. November 1927 im Ottakringer Arbeiterheim in Wien, Wien 1927.

Deutsches Reich

Rätekongresse

Allgemeiner Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Vom 16. bis 21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhaus zu Berlin. Stenographische Berichte, hg. v. Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschlands, Berlin 1919.

II. Kongress der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Deutschlands. Vom 8. bis 14. April im Herrenhaus zu Berlin, Stenographisches Protokoll (Berlin 1919), Nd., Glashütten i. T. 1975.

Regierung und Parlament

Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19, eingl. v. Erich Matthias, bearb. von Susanne Miller unter Mitwirkung v. Heinrich Potthoff, Bd. 1 (=Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Erste Reihe: Von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Republik, Bd. 6/I), Düsseldorf 1969.

Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung. Stenographische Berichte, Berlin.

Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte, Berlin.

Preußen

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten.

KPD

Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918/1919. Mit einer Einführung zur angeblichen Erstveröffentlichung durch die SED, hg. u. eingl. v. Hermann Weber, Berlin 1993.

Bericht über die Verhandlungen des 10. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Berlin vom 12. bis 17. Juli 1925, Berlin 1926.

USPD

Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Nd., Bde. 2-4, Glashütten i. T. 1976.

SPD

Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912 bis 1921, Nd., hg. v. Dieter Dowe, Bd. 2, Berlin/Bonn 1980.

Die SPD-Fraktion in der Nationalversammlung 1919–1920, eingl. v. Heinrich Potthoff, bearb. v. dems./Hermann Weber (=Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 3. Reihe: Die Weimarer Republik, Bd. 7), Düsseldorf 1986.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands abgehalten in Görlitz vom 18. bis 24. September 1921, Berlin 1921.

Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Nd., Glashütten i. T. 1974.

Protokoll Sozialdemokratischer Parteitag Magdeburg 1929. Vom 26. bis 31. Mai in der Stadthalle, Nd., Glashütten i. T. 1974.

DDP

Bericht über die Verhandlungen des 1. Parteitags der Deutschen Demokratischen Partei, abgehalten in Berlin vom 19. bis 22. Juli 1919, Berlin 1919.

Bericht über die Verhandlungen des 2. Ordentlichen Parteitages der Deutschen Demokratischen Partei. Abgehalten in Nürnberg 11.-14. Dezember 1920, Berlin 1920.

Bericht über die Verhandlungen des 3. (ordentlichen) Parteitags der Deutschen Demokratischen Partei. Abgehalten in Bremen vom 12. bis 14. November 1921, Berlin 1921.

1.5. Monografien/Sammelbände/Aufsätze/Quelleneditionen

Die Achtundvierziger. Reden und Dokumente der europäischen Revolution. Mit einer Einleitung von Wilhelm Baumann (=Redner der Revolution, Bd. 12/2. Band der neuen Folge), Berlin 1928.

1848. Ein Lesebuch für Arbeiter, Berlin 1923.

Willy Andreas, Die Wandlungen des großdeutschen Gedankens. Rede zur Reichsgründungsfeier der Universität Heidelberg 18. Januar 1924, 3. Aufl., Berlin/Leipzig 1929.

Ders., Österreich und der Anschluss (=Einzelschriften zur Politik und Geschichte, Bd. 25), Berlin 1927.

Wilhelm Appens, Die Nationalversammlung zu Frankfurt a. M., Jena 1920.

Karl Bachem, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei, Bd. 2: Die Zeit von 1848 bis 1870, Köln 1927.

Ders., Politik und Geschichte der Zentrumspartei. Für Wahrheit, Recht und Freiheit! Im Anschluss an die Richtlinien für die Parteiarbeit, Köln 1918.

Otto Bauer, Die österreichische Revolution (1923), in: ders., Werkausgabe, Bd. 2, Wien 1976, S. 489-866.

Ders., Ein Festtag der deutschen Demokratie (in: Der Kampf, 3 {1909/10}), in: ders., Werkausgabe, Bd. 8, Wien 1980, S. 330-342.

Ders., Politische Symbole (in: Der Kampf, 2 {1908/09}), in: ebd., S. 203-208.

- Eduard Bauernfeld, Aus Alt- und Neu-Wien (1873), in: ders., Bauernfelds Ausgewählte Werke in vier Bänden. Mit einer biographisch-kritischen Einleitung hg. v. Emil Horner, Bd. 4, Leipzig o. J.
- August Bebel, Aus meinem Leben, Berlin (Ost) 1988.
- Klaus Berchtold (Hg.), Österreichische Parteiprogramme 1868–1966, München 1967.
- Ludwig Bergsträsser (Hg.), Das Frankfurter Parlament in Briefen und Tagebüchern. Ambrosch, Rümelin, Hallbauer, Blum, Frankfurt a. M. 1929.
- Ders., Das Frankfurter Parlament und die deutsche Gegenwart, Berlin 1923.
- Ders., Das schwarz-rot-goldene Parlament und sein Verfassungswerk, Berlin 1919.
- Eduard Bernstein, Wie eine Revolution zugrunde ging. Eine Schilderung und eine Nutzenanwendung, Stuttgart 1921.
- Ders., 1789 – 1848 – 1918/19, in: Deutscher Revolutionsalmanach für das Jahr 1919 über die Ereignisse des Jahres 1918, hg. v. Ernst Drahn/Ernst Friedegg, Berlin 1919, S. 34-38.
- Viktor Bibl, Metternich in neuer Beleuchtung. Sein geheimer Briefwechsel mit dem bayerischen Staatsminister Wrede, Wien 1928.
- Wilhelm Biermann, Franz Leo Benedikt Waldeck. Ein Streiter für Freiheit und Recht, Paderborn 1928.
- Bismarck. Die großen Reden, hg. u. eingl. v. Lothar Gall, Berlin 1981.
- Bismarck. Die gesammelten Werke, Bd. 6c: Politische Schriften 1871–1890, bearb. v. Werner Frauendienst, 2. Aufl., Berlin 1935, Bd. 14/I: Briefe 1822–1861, hg. v. Wolfgang Windelband/Werner Frauendienst, 2. Aufl., Berlin 1933.
- Fürst Bismarcks Briefe an seine Braut und Gattin (1900), hg. v. Fürsten Herbert Bismarck, 7. Aufl., Stuttgart/Berlin 1921.
- Hermann-Josef Blanke (Hg.), Deutsche Verfassungen. Dokumente zu Vergangenheit und Gegenwart, Paderborn u.a. 2003.
- Anna Blos, Frauen der deutschen Revolution 1848. Zehn Lebensbilder, Dresden 1928.
- Wilhelm Blos, Der Untergang des Frankfurter Parlaments (=Die Paulskirche. Eine Schriftenfolge, Bd. 10), Frankfurt a. M. 1924.
- Ders., Die deutsche Revolution. Geschichte der deutschen Bewegung von 1848 und 1849, illustriert v. Otto E. Tau, 43.-45. Tausend, Berlin 1923.
- Arnold Brecht, Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen 1884–1927, Stuttgart 1966.
- Adolf Brennglas [Pseudonym für Adolf Glaßbrenner, D.B.] (Hg.), Komischer Volkskalender für 1849. Mit vielen Illustrationen von Th. Hosemann, 4. Jahrgang, Berlin 1849.

- Unterm Brennglas. Berliner politische Satire, Revolutionsgeist und menschliche Komödie von Adolf Glaßbrenner, ausgew. u. eingl. v. Franz Diederich, Berlin 1912.
- Ludwig Brügel, Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, Bd. 1: Vom Vormärz bis zum Wiener Hochverratsprozess, Juli 1870, Wien 1922.
- Herbert Dankworth, Das alte Großdeutschum. Versuch einer Bestimmung seiner kulturellen Grundlagen (=Die Paulskirche. Eine Schriftenfolge, Bd. 17), Frankfurt a. M. 1925.
- Otto Dannehl, Carl Schurz. Ein deutscher Kämpfer, Berlin/Leipzig 1929.
- Eduard David, Um die Fahne der deutschen Republik! Ihre Bedeutung in Geschichte und Gegenwart, Stuttgart/Berlin 1921, gänzlich neu bearb. Aufl., Hannover 1926.
- Karl Demeter (Hg.), Großdeutsche Stimmen 1848/49. Briefe – Tagebuchblätter – Eingaben aus dem Volk, Frankfurt a. M. 1939.
- Ein Demokrat kommentiert Weimar. Die Berichte Hellmut von Gerlachs an die Carnegie-Friedensstiftung in New York 1922–1930, hg., eingl. u. erläutert v. Karl Holl/Adolf Wild. Mit einem Vorwort von Alfred Kantorowicz, Bremen 1973.
- Julius Deutsch. Ein weiter Weg. Lebenserinnerungen, Zürich/Leipzig/Wien 1960.
- Deutsche Einheit, deutsche Freiheit. Gedenkbuch der Reichsregierung zum 10. Verfassungstag 11. August 1929, Berlin 1929.
- Die deutschen Verfassungen. Reproduktion der Verfassungsoriginale von 1849, 1871, 1919 sowie des Grundgesetzes von 1949, hg. u. eingl. v. Jutta Limbach/Roman Herzog/Dieter Grimm, München 1999.
- Deutscher Geschichtskalender für 1895. Sachlich geordnete Zusammenstellung der politisch wichtigsten Vorgänge im In- und Ausland, v. Karl Wippermann, Bd. 2, Leipzig 1896.
- Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II: 1914–1945, hg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 2: November 1917–Dezember 1918, Berlin 1957.
- Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, 2 Bde., München 1965.
- Friedrich Ebert, Schriften, Aufzeichnungen, Reden, hg. v. Friedrich Ebert jun., Bd. 2, Dresden 1926.
- Fritz Eckardt, Die turnerische Bewegung von 1848/49 (=Die Paulskirche. Ein Schriftenfolge, Bd. 15), Frankfurt a. M. 1925.
- Friedrich Engels, Revolution and Counter-Revolution in Germany (1851/52), in: Karl Marx/Friedrich Engels, Gesamtausgabe (Mega), 1. Abt.: Werke, Artikel, Entwürfe, Bd. 11: Juli 1851 bis Dezember 1852, Berlin (Ost) 1985, S. 3-85.

- Anton Erkelenz/Fritz Mittelman (Hg.), Carl Schurz. Der Deutsche und Amerikaner. Zu seinem 100. Geburtstage am 2. März 1929, hg. i. A. d. Vereinigung Carl Schurz Berlin, Berlin 1929.
- Wilhelm Erman, Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot (=Die Paulskirche. Eine Schriftenfolge, Bd. 13), Frankfurt a. M. 1924.
- Friedrich Everling, Monarchische Frage und Flaggenfrage, in: Max Weiß (Hg.), Der nationale Wille. Werden und Wirken der Deutschnationalen Volkspartei 1918–1928, Essen 1928, S. 154-166.
- Ders., Die Flaggenfrage. Schwarz-Weiß-Rot für die Republik?, Neu-Finkenkrug bei Berlin 1927.
- Anton Fendrich, Die badische Bewegung der Jahre 1848/49 (=Die Paulskirche. Eine Schriftenfolge, Bd. 9), Frankfurt a. M. 1924.
- Theodor Fontane, Die Berliner Märztage 1848. Mit Einleitung, Nachwort und erl. Register v. Hermann Michel (=Deutsche Revolution. Eine Sammlung zeitgemäßer Schriften, Bd. 8), Leipzig 1920.
- Frankfurt am Main – Werkstatt deutscher Einheit. Deutsche Reden im Römer und in der Paulskirche zu Frankfurt am Main 1848–1938, bearb. v. Fried Lübbecke, Frankfurt a. M. 1938.
- Freiligraths Werke in sechs Teilen, hg., m. Einl. u. Anm. versehen v. Julius Schwing, Teil 2: Ein Glaubensbekenntnis – Ca ira! Neuere politische und soziale Gedichte. Zwei poetische Episteln, Berlin u.a. 1909.
- „Wir sind die Kraft!“ Auswahl politischer und proletarischer Gedichte von Ferdinand Freiligrath mit biographischer Skizze und erläuterndem Nachwort von Konrad Haenisch, 5. Aufl., 81.–85. Tausend, Berlin 1929.
- Wilhelm Friedensburg, Stephan Born und die Organisationsbestrebungen der Berliner Arbeiterschaft bis zum Berliner Arbeiterkongress (August/September 1848) (=Beihefte zum Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, H. 1), Leipzig 1923.
- Friedrich Wilhelm IV. und Bunsen. Aus dem Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Bunsen, hg. v. Leopold von Ranke, 2. Aufl., Leipzig 1874.
- Paul Fröhlich/Rudolf Lindau/James Thomas, Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, Berlin 1928.
- Gedenkschrift 1848 – 1923. Die Paulskirche. Zur Erinnerung an das Erste Deutsche Parlament, Frankfurt a. M. [1923].

- Rudolph Gneist, Berliner Zustände. Politische Skizzen aus der Zeit vom 18. März 1848 bis 18. März 1849, Berlin 1849.
- Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, hg. v. Elke Fröhlich i. A. des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung m. d. Bundesarchiv, Teil 1: Aufzeichnungen 1924–1941, Bd. 4: 1.1.1940–8.7.1941, München u.a. 1987.
- Franz Grillparzer, Meine Erinnerungen aus dem Revolutionsjahr 1848 (September/Oktober 1850), in: ders., Sämtliche Werke. Historisch-kritische Gesamtausgabe, hg. v. August Sauer, fortgeführt v. Reinhold Backmann, 1. Abt./Bd. 16: Prosaschriften IV, Wien 1925, S. 38-55.
- Ders., Feldmarschall Radetzky, in: ebd., 1. Abt./Bd. 10: Gedichte I, Wien 1932, S. 230 f.
- Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19. Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates, hg. v. Gerhard Engel u.a., Bde. 1-2, Berlin 1993/1997.
- Großdeutsch oder kleindeutsch? Reden über den Anschluss Deutschösterreichs an die Deutsche Republik von Hermann Kienzl, Prof. Dr. Heinrich Herkner, Stefan Großmann, Konrad Haenisch, Alois Brandl, Hermann Ullmann, Prof. Dr. Werner Sombart, Berlin 1919.
- Wolfgang Hallgarten, Studien über die deutschen Polenfreundschaft. In der Periode der Märzrevolution, München/Berlin 1928.
- Axel von Harnack, Die Paulskirche im Wandel der Geschichtsauffassung, in: Zeitschrift für Politik, 12 (1923), S. 235-247.
- Moritz Hartmann, Revolutionäre Erinnerungen, hg. v. H. H. Houben (=Deutsche Revolution. Eine Sammlung zeitgemäßer Schriften, Bd. 4), Leipzig 1919.
- Conrad Haußmann, Schlaglichter. Reichtagsbriefe und Aufzeichnungen, hg. v. Ulrich Zeller, Frankfurt a. M. 1924.
- Joseph Alexander von Helfert, Geschichte der österreichischen Revolution im Zusammenhange mit der mitteleuropäischen Bewegung der Jahre 1848–1849, Bd. 1: Bis zur österreichischen Verfassung vom 25. April 1848, Freiburg i. Br./Wien 1909.
- Ders., Der Wiener Parnass im Jahre 1848, Wien 1882.
- Herweghs Werke in drei Teilen, hg. u. m. Einleitungen und Anmerkungen versehen v. Hermann Tardel, Teile 2-3, Berlin u.a. 1909.
- Theodor Heuss, Stuttgarter Ausgabe, hg. v. d. Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Briefe: 1892–1917, hg. u. bearb. v. Frieder Günther, München 2009, Briefe: 1918–1933, hg. u. bearb. v. Michael Dormann, 2008.

- Ders., *Erinnerungen 1905–1933*, Frankfurt a. M./Wien/Zürich 1965
- Ders., *Die großen Reden*, Bd. 2: *Der Staatsmann*, Tübingen 1965.
- Ders., Ferdinand Freiligrath (1926), in: ders., *Vor der Bücherwand. Skizzen zu Dichtern und Dichtung*, hg. v. Friedrich Kaufmann/Hermann Leins, Berlin/Darmstadt/Wien 1961, S. 152-156.
- Hitler, *Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933*, hg. v. Institut für Zeitgeschichte, Bd. 2: *Vom Weimarer Parteitag bis zur Reichstagswahl, Juli 1926–Mai 1928*, Teil 1: Juli 1926–Juli 1927, hg. u. kommentiert v. Bärbel Dusik, München u.a. 1992, Bd. 3: *Zwischen den Reichstagswahlen Juli 1928–September 1930*, Teil 1: Juli 1928–Februar 1929, hg. u. kommentiert v. Bärbel Dusik/Klaus A. Lankheit unter Mitwirkung v. Christian Hartmann, 1994.
- Hitler, *Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924*, hg. v. Eberhard Jäckel zusammen mit Axel Kuhn, Stuttgart 1980.
- Otto Hörth, *Gedenkfeiern 1873 – 1898 – 1923 (=Die Paulskirche. Eine Schriftenfolge, Bd. 14)*, Frankfurt a. M. 1925.
- Ricarda Huch, *1848. Alte und neue Götter (1930)*. Mit einem Nachwort von Walter Delabar, Frankfurt a. M. 1998.
- Ernst Jäger, *Schwarz-Rot-Gold in der deutschen Geschichte. Kulturhistorischer Beitrag zur Flaggenfrage*, Berlin o.J.
- Kurt Kersten, ‚1848‘. *Die deutsche Revolution*, Berlin 1933.
- Harry Graf Kessler, *Das Tagebuch 1880–1937*, hg. v. Roland S. Kamzelak/Ulrich Ott, Bd. 6: 1916–1918, hg. v. Günter Riederer u. Mitarbeit v. Christoph Hilse, Stuttgart 2006.
- Johannes B. Kißling, *Geschichte der deutschen Katholikentage. Im Auftrage des Zentralkomitees für die Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands*, Bd. 1, Münster 1920.
- Tim Klein (Hg.), *Der Vorkampf deutscher Einheit und Freiheit. Erinnerungen, Urkunden, Berichte, Briefe (1914)*, 65. Tausend, München 1925.
- Hans Krause, *Die Demokratische Partei von 1848 und die soziale Frage. Ein Beitrag zur Geschichte der ersten deutschen Revolution (=Die Paulskirche. Eine Schriftenfolge, Bd. 6)*, Frankfurt a. M. 1923.
- Eberhard Kurtze, *Die Nachwirkungen der Paulskirche und ihrer Verfassung in den Beratungen der Weimarer Nationalversammlung und in der Verfassung von 1919*, Berlin 1931.

- [Julius Langbehn], Rembrandt als Erzieher. Von einem Deutschen, 49. Aufl., Leipzig 1909.
- Ferdinand Lassalle, An die Arbeiter Berlins (1863), in: ders., Reden und Schriften, hg. v. Hans Jürgen Friederici, Text nach: Ferdinand Lassalles Reden und Schriften (Berlin 1892/1893), Leipzig 1987, S. 324-350.
- Ders., Reden und Schriften. In Auswahl hg. u. eingel. v. Ludwig Maenner (=Klassiker der Politik, hg. v. Friedrich Meinecke/Hermann Oncken, Bd. 15) Berlin 1926.
- Heinrich Laubes gesammelte Werke in fünfzig Bänden, unter Mitwirkung von Albert Hänel hg. v. Heinrich Hubert Houben, Bd. 36: Das erste deutsche Parlament I, Leipzig 1909.
- Max Lenz, Bismarcks Plan einer Gegenrevolution im März 1848 (=Sonderausgabe aus den Sitzungsberichten der Preußischen Akademie der Wissenschaften, phil.-hist. Klasse, Bd. 14), Berlin 1930.
- Ders., 1848 (1898), in: ders., Kleine historische Schriften, Bd. 1, München/Berlin 1910, S. 345-359.
- Rosa Luxemburg, Die Krise der Sozialdemokratie (1916), in: dies., Gesammelte Werke, Bd. 4: August 1914 bis Januar 1919, hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, 3. Aufl., Berlin (Ost) 1983, S. 49-164.
- Erich Marcks, Die europäischen Mächte und die 48er-Revolution, in: HZ, 142 (1930), S. 73-87.
- Ders., 1848 (1898), in: ders., Männer und Zeiten. Aufsätze und Reden zur neueren Geschichte, Bd. 1, 7. erw. Aufl., hg. v. Gerta Andreas, Stuttgart/Berlin 1942, S. 251-294.
- Karl Marx/Friedrich Engels, Ansprache der Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten vom März 1850, in: Marx/Engels, Gesamtausgabe, 1. Abt., Bd. 10: Juli 1849 bis Juni 1851, Berlin (Ost) 1977, S. 254-263.
- Marx, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, in: ebd., Bd. 11, S. 96-189.
- Marx/Engels, Wien und Frankfurt (Neue Rheinische Zeitung, 13.3.1849), in: Marx/Engels, Werke, Bd. 6, 3. Aufl., Berlin 1968, S. 336-338.
- Marx, Sieg der Konterrevolution zu Wien (Neue Rheinische Zeitung, 7.11.1848), in: ders./Friedrich Engels, Werke, hg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 5, 4. Aufl., Berlin 1969, S. 455-457.
- Arkadi Maslow, Die zwei russischen Revolutionen des Jahres 1917. Beiträge zum Studium des Leninismus, insbesondere des Bandes 14 der Werke Lenins, Berlin 1925.
- Gustav Mayer, Das Jahr 1848 und die deutsche Arbeiterbewegung (in: Sozialistische Politik und Wirtschaft, 1 {1923}), in: ders., Aus der Welt des Sozialismus. Kleine Historische Aufsätze, Berlin 1927, S. 21-27.

- Franz Mehring, Ferdinand Freiligrath (1906), in: ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. 10: Aufsätze zur deutschen Literatur von Klopstock bis Weerth, 3. Aufl., Berlin (Ost) 1977, S. 517-521.
- Ders., Wiener Oktobertage (1901), in: ebd., Bd. 7: Zur deutschen Geschichte von der Revolution 1848/49 bis zum Ende des 19. Jahrhunderts, 5. Aufl., Berlin (Ost) 1980, S. 73-80.
- Ders., Die deutsche Revolution (1901), in: ebd., S. 7-11.
- Ders., [Die politische Lyrik und die deutsche Flotte] (1901), in: ebd., Bd. 10, S. 510-512.
- Ders., Eine papierene Krone (1899), in: ebd., Bd. 7, S. 104-111.
- Ders., Schleswig-Holstein (1899), in: ebd., S. 145-152.
- Ders., Zum Gedächtnis der Märzrevolution (März 1898), in: ebd., Bd. 4: Aufsätze zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2. durchges. u. verä. Aufl., Berlin (Ost) 1963, S. 233-237.
- Ders., Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Teil 1: Von der Julirevolution bis zum preußischen Verfassungskstreit 1830 bis 1863 (1897), in: ebd., Bd. 1, 3. Aufl., Berlin (Ost) 1980.
- Friedrich Meinecke, Straßburg/Freiburg/Berlin 1901–1919. Erinnerungen (1949), in: ders., *Werke*, Bd. 8: Autobiographische Schriften, hg. u. eingel. v. Eberhard Kessel, Stuttgart 1969, S. 135-320.
- Ders., 1848. Eine Säkularbetrachtung, in: ebd., Bd. 9: Brandenburg, Preußen, Deutschland. Kleine Schriften zur Geschichte und Politik, hg. u. eingel. v. Eberhard Kessel, Stuttgart 1979, S. 345-363.
- Ders., Josef von Radowitz (1921), in: ebd., S. 364-376.
- Ders., Verfassung und Verwaltung der deutschen Republik (1919), in: ebd., Bd. 2: Politische Schriften und Reden, hg. u. eingel. v. Georg Kotowski, 4. Aufl., Darmstadt 1979, S. 280-298.
- Malwida von Meysenbug, *Memoiren einer Idealistin*, Bd. 2, 6. Aufl., Berlin/Leipzig 1900.
- Paul Molisch, Die Wiener akademische Legion und ihr Anteil an den Verfassungskämpfen des Jahres 1848. Nebst einer Besprechung der übrigen 48er-Studentenlegionen, Wien 1922.
- Georg Mollat, *Reden und Redner des ersten deutschen Parlaments*, Osterwieck/Hartz 1895.
- Robert Musil, Der Anschluss an Deutschland (März 1919), in: ders., *Gesammelte Werke*, Bd. 8: Essays und Reden, 2. verb. Aufl., Reinbek bei Hamburg 1978, S. 1033-1042.
- Friedrich Naumann, *Mitteleuropa*, Berlin 1915.

- Walter Neher, Arnold Ruge als Politiker und politischer Schriftsteller. Ein Beitrag zur deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts (=Heidelberger Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte, H. 64), Heidelberg 1933.
- Hermann Oncken, Carl Schurz (in: Zeitwende. Monatsschrift, 5 {1929}, I, S. 481-490), in: ders., Nation und Geschichte. Reden und Aufsätze 1919–1935, Berlin 1935, S. 346-358.
- Ders., Die Wiedergeburt der großdeutschen Idee (Österreichische Rundschau, 63 {1920}, S. 91-114), in: ebd., S. 45-70.
- Ders., Die deutsche Nationalversammlung 1848 und 1919, in: Recht und Wirtschaft, 8 (1919), S. 3-10.
- Friedrich Payer, Anno 48 (=Die Paulskirche. Eine Schriftenfolge, Bd. 5), Frankfurt a. M. 1923.
- Ders., Deutschösterreich und wir (=Der Aufbau, H. 2, hg. v. Conrad Haußmann), Stuttgart/Berlin 1919.
- Wolfgang Petzet/Otto Ernst Sutter, Der Geist der Paulskirche. Aus den Reden der Nationalversammlung 1848/1849, Frankfurt a. M. 1923.
- Gustav Pollatschek, Habsburger-Legenden, Wien 1927.
- Ralf Poscher (Hg.), Der Verfassungstag. Reden deutscher Gelehrter zur Feier der Weimarer Reichsverfassung, Baden-Baden 1999.
- Hugo Preuß, Die Tat von Weimar. Verfassungsfeier des Reichsbanners (1924), in: ders., Gesammelte Schriften, i. A. der Hugo-Preuß-Gesellschaft e.V. hg. v. Detlef Lehnert/Christoph Müller, Bd. 4: Politik und Verfassung in der Weimarer Republik, hg. u. eingel. v. Detlef Lehnert, Tübingen 2008, S. 612-617.
- Ders., Der deutsche Nationalstaat (=Die Paulskirche. Eine Schriftenfolge, Bd. 11, 1924), in: ebd., S. 441-516.
- Ders., Um die Reichsverfassung von Weimar (1924), in: ebd., S. 367-440.
- Ders., Deutschlands republikanische Reichsverfassung (1923), in: ebd., S. 307-366.
- Ders., Paulskirche und deutscher Nationalstaat (18.5.1923), in: ebd., S. 258-261.
- Ders., Republik oder Monarchie? Deutschland oder Preußen? (1922), in: ebd., S. 221-241.
- Ders., Bergbriefe (1921), in: ebd., S. 194-211.
- Ders., Um die Reichsfarben (22.6.1921), in: ebd., S. 192 f.
- Ders., Parlamentarisierung (1917), in: ebd., Bd. 1: Politik und Gesellschaft im Kaiserreich, hg. u. eingel. v. Lothar Albertin, Tübingen 2007, S. 656-660.
- Ders., Obrigkeitsstaat und großdeutscher Gedanke (1916), in: ebd., S. 547-582.

- Ders., Das deutsche Volk und die Politik (1915), in: ebd., S. 383-532.
- Max Quarc, Die erste deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte der Arbeiterverbrüderung 1848/49. Ein Beitrag zur Theorie und Praxis des Marxismus. Mit einem Bildnis von Stephan Born, Leipzig 1924.
- Gustav Radbruch, Gesamtausgabe, hg. v. Arthur Kaufmann, Bd. 16: Biographische Schriften, bearb. v. Günter Spengel, Heidelberg 1998, Bd. 17: Briefe I (1898–1918), bearb. v. Günter Spengel, Heidelberg 1991.
- Edwin Redslob, Lebendige Tradition – Gedenkfeiern für 1848, in: 1848–1948. Jahrhundertfeier der ersten deutschen Nationalversammlung in der Paulskirche Frankfurt a. M. Fest- und Kulturwoche. 16. bis 22. Mai 1948, hg. v. d. Stadtkanzlei Frankfurt a. M., Frankfurt a. M. 1948, S. 77-80.
- Republikanisches Liederbuch. Eine Sammlung von ernsten und heiteren Liedtexten für vaterländische und kameradschaftliche Veranstaltungen, die unter den Farben Schwarz-Rot-Gold stattfinden (1924), 2. Aufl., Hildesheim 1925.
- Heinrich Reschauer/Moritz Smets, Das Jahr 1848. Geschichte der Wiener Revolution, Bd. 1, v. Heinrich Reschauer, Wien 1876.
- Gerhard A. Ritter/Susanne Miller (Hg.), Die deutsche Revolution 1918–1919. Dokumente, 2., erheblich erw. u. überarb. Aufl., Hamburg 1975.
- Hermann Rollett, Republikanisches Liederbuch (1848). Neuausgabe u. Nachwort v. Paul Tausig, Wien/Leipzig 1919.
- Heinrich Scharp, Friedrich Hecker. Ein deutscher Demokrat (1811–1881), phil. Diss., Frankfurt a. M. 1923.
- Carl Schmitt, Donoso Cortés in Berlin 1849, in: Wiederbegegnung von Kirche und Kultur in Deutschland. Eine Gabe für Karl Muth, München 1927, S. 358-373.
- Ders., Die politische Theorie des Mythos (1923), in: ders., Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar – Genf – Versailles 1923–1939, 3. Aufl., Berlin 1994, S. 11-21.
- Carl Schurz, Rede auf Bismarck. Gehalten bei der Trauerfeier in New York am 18. Oktober 1898, in: Deutsch-Amerikanische Geschichtsblätter. Jahrbuch der Deutsch-Amerikanischen historischen Gesellschaft von Illinois, hg. v. Julius Goebel, 29 (1929), S. 137-149.
- Ders., Aus der deutschen Revolution 1848/49. Eine Auswahl aus den ‚Lebenserinnerungen‘ von Carl Schurz, besorgt v. Peter Zenner (=Erbgut deutschen Schrifttums. Klassenlektüre als Ergänzung des Lesebuches, Nr. 98/100), Saarlouis 1929.

- Gottfried Kinkels Befreiung aus dem Zuchthause zu Spandau. Aus den Lebenserinnerungen von Karl Schurz, hg. v. Heinrich H. Houben (=Deutsche Revolution, Bd. 11), Leipzig 1920.
- Ders., Lebenserinnerungen, 2 Bde., Berlin 1906/1907.
- Carl Severing, Mein Lebensweg, Bd. 2: Im Auf und Ab der Republik, Köln 1950.
- Georg von Skal, Die Achtundvierziger in Amerika (=Die Paulskirche. Eine Schriftenfolge, Bd. 18), Frankfurt a. M. 1923.
- Heinrich von Srbik, Metternichs mitteleuropäische Idee, in: Volk und Reich. Politische Monatshefte für das junge Deutschland, 2 (1926), S. 341-355.
- Ders., Metternich. Der Staatsmann und der Mensch, 2 Bde., München 1925.
- Ders., Der Ideengehalt des ‚Metternichschen Systems‘, in: HZ, 131 (1925), S. 240-262.
- Ders., Die Wiener Revolution des Jahres 1848 in sozialgeschichtlicher Beleuchtung, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, 43 (1919), S. 19-58.
- Friedrich Stampfer, Erfahrungen und Erkenntnisse. Aufzeichnungen aus meinem Leben, Köln 1957.
- Ders., Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik, 3. Aufl., Hamburg 1953.
- Gustav Stresemann, Das alte und das neue Deutschland (1925), in: ders., Vermächtnis. Der Nachlass in drei Bänden, hg. v. Henry Bernhard unter Mitarbeit v. Wolfgang Goetz/Paul Wiegler, Bd. 2, Berlin 1932, S. 327-332.
- Ders., Kinkels Verteidigungsrede (1912), in: ders., Reden und Schriften. Politik, Geschichte, Literatur 1897–1926, Bd. 2, Dresden 1926, S. 324-328.
- Hermann Strunk (Hg.), Reden aus der ersten deutschen Nationalversammlung in der Paulskirche zu Frankfurt 1848/49, Leipzig 1918.
- Otto Ernst Sutter, Die Linke der Paulskirche (=Die Paulskirche. Eine Schriftenfolge, Bd. 8), Frankfurt a. M. 1924.
- Ernst Troeltsch, Die innere Entwicklung der deutschen Revolution (1920), in: Spektator-Briefe. Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918/22. Mit einem Geleitwort von Friedrich Meinecke, zusammengestellt u. hg. v. Hans Baron, Tübingen 1924, S. 16 f.
- Veit Valentin, Geschichte der deutschen Revolution 1848–1849, 2 Bde. (1930/31), Nd., Weinheim/Berlin 1998.
- Ders./Ottfried Neubecker, Die deutschen Farben. Mit einem Geleitwort von Reichskunstwart Edwin Redslob, Leipzig 1929.

- Ders., Die revolutionären Bewegungen der Jahre 1848/49, in: Ignaz Jezower (Hg.), Die Befreiung der Menschheit, Berlin u.a. 1921, S. 106-128.
- Ders., Baden und Preußen im Jahre 1849, in: Ludwig Bergsträsser u.a., Von staatlichem Werden und Wesen. Festschrift für Erich Marcks zum 60. Geburtstage, Stuttgart/Berlin 1921, S. 105-122.
- Ders., Das erste deutsche Parlament und wir (=Deutsche Revolution. Eine Sammlung zeitgemäßer Schriften, Bd. 10), Leipzig 1920.
- Ders., Die erste deutsche Nationalversammlung. Eine geschichtliche Studie über die Frankfurter Paulskirche, München/Berlin 1919.
- Ders., Die 48er-Demokratie und der Völkerbundgedanke (=Monographien zum Völkerbund, hg. v. d. Deutschen Liga für Völkerbund, H. 2), Berlin 1919.
- Ernst Violand, Die soziale Geschichte der Revolution in Österreich 1848, hg. v. Wolfgang Häusler, Wien 1984.
- Von unten auf. Ein neues Buch der Freiheit, gesammelt u. gestaltet v. Franz Diederich, 2 Bde., Berlin 1911.
- Warum fordern wir den Anschluss? Erste Denkschrift des Österreichisch-Deutschen Volksbundes – Wien, Wien 1926.
- Hermann Wendel, Der Kampf der Südslawen um Freiheit und Einheit, Frankfurt a. M. 1925.
- Wenn wir marschieren ... Ein republikanisches Liederbuch, hg. v. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, zusammengestellt von Franz Osterroth, Berlin 1930.
- Paul Wentzcke, Die deutschen Farben. Ihre Entwicklung und Deutung sowie ihre Stellung in der deutschen Geschichte, Heidelberg 1927.
- Ders., Die erste deutsche Nationalversammlung und ihr Werk. Ausgewählte Reden (=Der deutsche Staatsgedanke. Eine Sammlung, begründet v. Arno Duch, 1. Reihe: Führer und Denker, Bd. 17: 1848/I), München 1922.
- Eduard von Wertheimer, Der Kampf um Metternich, in: Preußische Jahrbücher, 250 (1928), S. 259-268.
- Ders., Gibt es einen neuen Metternich?, in: Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte, 38 (1926), S. 339-367.
- Reden des Kaisers. Ansprachen, Predigten und Trinksprüche Wilhelms II., hg. v. Ernst Johann, 2. Aufl., München 1977.
- Bruno Hanns Wittek, Sturm überm Acker, Breslau 1927.
- Egmont Zechlin, Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot in Geschichte und Gegenwart, Berlin 1926.

Wilhelm Ziegler, Die deutsche Nationalversammlung 1919/1920 und ihr Verfassungswerk, Berlin 1932.

2. Literatur

2.1. Nachschlagewerke

Biographisches Handbuch der österreichischen Parlamentarier 1918–1993, hg. v. d. Parlamentsdirektion, Wien 1998.

Deutsche Biographische Enzyklopädie (DBE), 12 Bde., 2., überarb. u. erw. Aufl., hg. v. Rudolf Vierhaus, München 2005-2008.

Dieter Fricke (Hg.), Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Bd. 3, Leipzig 1985.

Handbuch der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung Weimar 1919. Biographische Notizen und Bilder, hg. v. Bureau des Reichstages, Berlin 1919.

Bernd Haunfelder, Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumspartei 1871–1933. Biographisches Handbuch und historische Photographien, Düsseldorf 1999.

Österreichisches biographisches Lexikon 1815–1950, hg. v. d. Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Graz/Köln 1957 ff.

Kurt Paupié, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte 1848–1959, Bd. 1, Wien 1960.

Wilhelm Heinz Schröder, Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933. Biographien – Chronik – Wahldokumentation (=Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 7), Düsseldorf 1995.

2.2. Aufsätze/Monografien/Sammelbände

Heike Abraham, Der Friedrichshain. Die Geschichte eines Berliner Parks von 1840 bis zur Gegenwart (=Miniaturen zur Geschichte, Kultur und Denkmalpflege Berlins, Nr. 27), Berlin (Ost) 1988.

1848/49. Revolution der deutschen Demokraten in Baden, hg. v. Badischen Landesmuseum Karlsruhe, Baden-Baden 1998.

Isabella Ackerl/Walter Hummelberger/Hans Mommsen (Hg.), Politik und Gesellschaft im alten und neuen Österreich. Festschrift für Rudolf Neck zum 60. Geburtstag, München 1981.

- Ackerl, Die Großdeutsche Volkspartei 1920–1934. Versuch einer Parteigeschichte, phil. Diss., Wien 1967.
- Rudolf Agstner, 130 Jahre Österreichische Botschaft Berlin. Von der Moltkestraße zur Stauffenbergstraße. Handbuch der Vertretungsbehörden von Österreich (-Ungarn) in Deutschland seit 1720, Berlin/Wien 2003.
- Herlinde Aichner, Die Revolution von 1848 und die Frage der jüdischen Nationalität. L. A. Frankl und M. Rappaport, in: Lengauer/Kucher (Hg.), Bewegung im Reich der Immobilität, S. 333-361.
- Philippe Alexandre, Die 1848er-Revolution, ihre Erben und die deutsch-französische Friedensbewegung, in: Geschichtswerkstatt (Hg.), Die Revolution hat Konjunktur. Soziale Bewegung, Alltag und Politik in der Revolution von 1848/49, zusammengestellt u. bearb. v. Margarete Lorinser/Roland Ludwig, Münster 1999, S. 215-338.
- Johann Christoph Allmayer-Beck, Die Bewaffnete Mächte in Staat und Gesellschaft, in: Die Habsburgermonarchie 1848–1918, i. A. d. Kommission f. d. Geschichte der Österreichisch-Ungarischen Monarchie (1848–1918) d. Österreichischen Akademie der Wissenschaften, hg. v. Adam Wandruszka/Peter Urbanitsch, Bd. 5: Die bewaffnete Macht, Wien 1987, S. 1-141.
- Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, 3. Aufl., Frankfurt a. M. 2005.
- Jan Assmann, Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 1992.
- Ders., Frühe Formen politischer Mythomotorik. Fundierende, kontrapräsentische und revolutionäre Mythen, in: Dietrich Harth/Jan Assmann (Hg.), Revolution und Mythos, Frankfurt a. M. 1992, S. 39-61.
- Ders., Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität, in: ders./Tonio Hölscher (Hg.), Kultur und Gedächtnis, Frankfurt a. M. 1988, S. 9-19.
- Maoz Azaryahu, What is to be remembered. The struggle over street names in Berlin, 1921–1930, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, 17 (1988), S. 241-258.
- David E. Barclay, Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen: Gottesgnadentum in einem revolutionären Zeitalter, in: Freitag (Hg.), Die Achtundvierziger, S. 290-302.
- Ders., Denkmal und Revolutionsfurcht, in: Jahrbuch für Brandenburgische Landesgeschichte, 44 (1993), S. 130-160.

- Jacques Bariéty, Vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg, in: Raymond Poidevin/Jacques Bariéty, Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815–1975, München 1982, S. 293-420.
- Franzjörg Baumgart, Die verdrängte Revolution. Darstellung und Bewertung der Revolution von 1848 in der deutschen Geschichtsschreibung vor dem Ersten Weltkrieg (=Geschichte und Gesellschaft. Bochumer Historische Studien, Bd. 14), Düsseldorf 1976.
- Winfried Baumgart, Europa und die Revolution von 1848/49, in: Rill (Hg.), 1848, S. 119-142.
- Josef Becker/Andreas Hillgruber (Hg.), Die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert. Referate und Diskussionsbeiträge eines Augsburger Symposions 23. bis 25. September 1981, München 1983.
- Dieter Beese, Staatsbekenntnis und Volkskatechismus – Friedrich Naumann und die Weimarer Verfassungsberatungen, in: Günter Brakelmann/Norbert Friedrich/Traugott Jähnichen (Hg.), Auf dem Weg zum Grundgesetz. Beiträge zum Verfassungsverständnis des neuzeitlichen Protestantismus (=Entwürfe zur christlichen Gesellschaftswissenschaft, Bd. 10), Münster 1999, S. 55-76.
- Steven Beller, Das Licht der Welt. Der 1848-Mythos und die Emanzipationsideologien, in: Scheichl/Brix (Hg.), ‚Dürfen’s denn das?‘, S. 169-188.
- Heinrich Benedikt (Hg.), Geschichte der Republik Österreich, München 1954.
- Peter Blastenbrei, Mannheim in der Revolution 1848/49 (=Kleine Schriften des Stadtarchivs Mannheim, Nr. 10), Mannheim 1997.
- Helmut Bleiber, Altes und Neues im Umgang mit 1848/49 – Anmerkungen zum 150. Jubiläum, in: Ilona Buchsteiner (Hg.), Die mecklenburgischen Großherzogtümer im deutschen und europäischen Zusammenhang 1815 bis 1871 (=Rostocker Beiträge zur deutschen und europäischen Geschichte, Bd. 11), Rostock 2002, S. 41-50.
- Ders., Österreich 1918 bis 1945 – eine nationale Frage?, in: Timmermann (Hg.), Nationalismus und Nationalbewegung in Europa, S. 125-136.
- Susanne Böck, Radetzkmarsch und Demokratie. Zur politischen Rezeption der Revolution von 1848, in: 1848. Das ‚tolle Jahr‘. Chronologie einer Revolution. 241. Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien, 24. September bis 29. November 1998, Wien 1998, S. 140-147.
- Gerhard Botz, Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39. Mit einem Nachwort von Karl R. Stadler, überarb. u. erw. Neuaufl., Wien 2008.

- Ders., Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich, 1918 bis 1938, München 1983.
- Ders., Das Anschlussproblem (1918–1945) – aus österreichischer Sicht, in: Kann/Prinz (Hg.), Deutschland und Österreich, S. 179-198.
- Manfred Botzenhart, Die österreichische Frage in der deutschen Nationalversammlung 1848/49, in: Michael Gehler u.a. (Hg.), Ungleiche Partner?, S. 115-134.
- Beatrix W. Bouvier, Zur Tradition von 1848 im Sozialismus, in: Dowe/Haupt/Langewiesche (Hg.), Europa 1848, S. 1169-1200.
- Dies., Die Märzfeiern der sozialdemokratischen Arbeiter. Gedenktage des Proletariats – Gedenktage der Revolution. Zur Geschichte des 18. März, in: Düding/Friedemann/Münch (Hg.), Öffentliche Festkultur, S. 334-351.
- Dies., Französische Revolution und deutsche Arbeiterbewegung. Die Rezeption des revolutionären Frankreich in der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung von den 1830er-Jahren bis 1905, Bonn 1982.
- Albert L. Brancato, German Social Democrats and the Question of Austro-German Anschluss 1918–1945, phil. Diss., Ann Arbor/MI 1975.
- Harm-Hinrich Brandt, The Revolution of 1848 and the Problem of Central European Nationalities, in: Hagen Schulze (Hg.), Nation-Building in Central Europe (=German Historical Perspectives, Bd. 3), Leamington Spa/Hamburg/New York 1987, S. 107-134.
- Nikolaus Brauns, Schafft Rote Hilfe! Geschichte und Aktivitäten der proletarischen Hilfsorganisation für politische Gefangene in Deutschland (1900–1938), Bonn 2003.
- Ernst Bruckmüller, Die österreichische Revolution von 1848 und der Habsburgermythos des 19. Jahrhunderts, in: Lengauer/Kucher (Hg.), Bewegung im Reich der Immobilität, S. 1-33.
- Ders./Wolfgang Häusler (Hg.), 1848. Revolution in Österreich, Wien 1999.
- Ders., ‚Kein Robot! Kein Zehnt mehr!‘ Die Bauern, der Reichstag und die Grundentlastung, in: ebd., S. 89-127.
- Bernd Buchner, Um nationale und republikanische Identität. Die deutsche Sozialdemokratie und der Kampf um die politischen Symbole in der Weimarer Republik (=Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 57), Bonn 2001.
- Otto Büsch, Entstehung und Leistung der ersten Berliner Demokratie. Das neue Groß-Berlin als Hauptstadt der Weimarer Republik, in: ders./Wolfgang Haus, Berlin als Hauptstadt

- der Weimarer Republik 1919–1933 (=Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 70/1), Berlin/New York 1987, S. 5-160.
- John Bunzl/Bernd Martin, Antisemitismus in Österreich. Sozialhistorische und soziologische Studien (=Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte der Neuzeit, Bd. 3), Innsbruck 1983.
- Daniel Bussenius, Eine ungeliebte Tradition. Die Weimarer Linke und die 48er-Revolution 1918–1925, in: Winkler (Hg.), Griff nach der Deutungsmacht, S. 90-114.
- Gerd Callesen, Die Schleswig-Frage in den Beziehungen zwischen dänischer und deutscher Sozialdemokratie von 1912 bis 1924. Ein Beitrag zum sozialdemokratischen Internationalismus (=Schriften der Heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig, H. 21), Apenrade 1970.
- Ernst Cassirer, Gesammelte Werke, Hamburger Ausgabe, hg. v. Birgit Recki, Bd. 25: The Myth of the State, Text u. Anm. bearb. v. Maureen Lukay, Hamburg 2007.
- Ders., ebd., Bd. 12: Philosophie der symbolischen Formen. 2. Teil: Das Mythische Denken, Text u. Anm. bearb. v. Claus Rosenkranz, Hamburg 2002.
- Roger Philip Chickering, The Reichsbanner and the Weimar Republic. 1924–26, in: Journal of Modern History, 40 (1968), S. 524-534.
- Christopher Clark, Preußen. Aufstieg und Niedergang 1600–1947, Bonn 2007.
- Hans Clauser, Ruhestätte der im Jahre 1849 zu Rastatt standrechtlich Erschossenen, in: Dem Ideal der Freiheit dienen, S. 17-21.
- Hans Czihak, Der Kampf um die Ausgestaltung des Friedhofes der Märzgefallenen im Berliner Friedrichshain, in: Walter Schmidt (Hg.), Demokratie, Liberalismus und Konterrevolution. Studien zur deutschen Revolution von 1848/49, Berlin 1998, S. 549-561.
- Herbert Dachs, Österreichische Geschichtswissenschaft und Anschluss 1918–1930, Wien/Salzburg 1974.
- Istvan Deak, Shades of 1848. War, Revolutions and Nationality Conflict in Austria-Hungary, 1914–1920, in: Charles L. Bertrand (Hg.), Revolutionary Situations in Europe, 1917–1922. Germany, Italy, Austria-Hungary, Montréal 1977, S. 87-94.
- Eberhard Demm, Von der Weimarer Republik zur Bundesrepublik. Der politische Weg Alfred Webers 1920–1958 (=Schriften des Bundesarchivs, Bd. 51), Düsseldorf 1999.
- Christof Dipper/Ulrich Speck (Hg.), 1848. Revolution in Deutschland, Frankfurt a. M./Leipzig 1998.
- Erwin Dittler, Erinnerungen von und an Otto Hörth, in: Die Ortenau. Veröffentlichungen des Historischen Vereins für Mittelbaden, 65 (1985), S. 224-250.

- Herbert Döring, Der Weimarer Kreis. Studien zum politischen Bewusstsein verfassungstreuer Hochschullehrer in der Weimarer Republik (=Mannheimer Sozialwissenschaftliche Studien, Bd. 10), Meisenheim a. d. Glan 1975.
- Michael Doering, Das sperrige Erbe. Die Revolutionen von 1848/49 im Spiegel deutscher Schulgeschichtsbücher (1890–1945), Münster u.a. 2008.
- Andreas Dörner, Politischer Mythos und symbolische Politik. Sinnstiftung durch symbolische Formen am Beispiel des Hermannsmythos, Opladen 1995.
- Dieter Dowe/Heinz Gerhard Haupt/Dieter Langewiesche (Hg.), Europa 1848. Revolution und Reform (=Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung. Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 48), Bonn 1998.
- Jutta Dresch, Das Ringen um das Gedenken an die badische Revolution, in: 1848/49 Revolution der deutschen Demokraten in Baden, S. 484-486.
- Jacques Droz, Die deutschen Revolutionen von 1848 (1957), in: Langewiesche (Hg.), Die deutsche Revolution, S. 91-114.
- Dieter Düding/Peter Friedemann/Paul Münch (Hg.), Öffentliche Festkultur. Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg, Reinbek bei Hamburg 1988.
- Gabriele Johanna Eder, Wiener Musikfeste. Zwischen 1918 und 1938. Ein Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung (=Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte, Bd. 6), Wien/Salzburg 1991.
- Bettina Effner, Das schwierige Erbe der Revolution. Die Auseinandersetzung mit 1848/49 in liberaler Politik und Publizistik der Bismarckzeit, in: Winkler (Hg.), Griff nach der Deutungsmacht, S. 41-66.
- Marie-Luise Ehls, Protest und Propaganda. Demonstrationen in Berlin zur Zeit der Weimarer Republik (=Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 92), Berlin/New York 1997.
- Geoff Eley, Deutscher Sonderweg und englisches Vorbild, in: David Blackbourn/Geoff Eley, Mythen deutscher Geschichtsschreibung, Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1980, S. 7-58.
- Jürgen Elvert, Die Revolution von 1848/49 in der historiographischen Rezeption der Zwischenkriegszeit, in: Timmermann (Hg.), 1848, S. 467-479.
- Friedrich Engel-Janosi, Ludo M. Hartmann und das Problem der Gewalt, in: Zeitgeschichte, 4 (1976), S. 77-91.

- Karl Dietrich Erdmann, *Die Spur Österreichs in der deutschen Geschichte. Drei Staaten, zwei Nationen, ein Volk?*, Zürich 1989.
- Die ersten hundert Jahre. Österreichische Sozialdemokratie 1888 bis 1988. Eine Ausstellung der österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik in Zusammenarbeit mit dem Ludwig-Boltzmann-Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung im Auftrag der SPÖ im Gasbehälter II Wien-Simmering, Wien/München 1988.
- Richard J. Evans (Hg.), *Kneipengespräche im Kaiserreich. Stimmungsberichte der Hamburger politischen Polizei 1892–1914*, Reinbek bei Hamburg 1989.
- Bernd Faulenbach, *Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus*, München 1980.
- Ders., *Deutsche Geschichtswissenschaft zwischen Kaiserreich und NS-Diktatur*, in: ders. (Hg.), *Geschichtswissenschaft in Deutschland. Traditionelle Positionen und gegenwärtige Aufgaben*, München 1974, S. 66-85.
- Elisabeth Fehrenbach, *Ludwig Bergsträsser*, in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), *Deutsche Historiker*, Bd. 7, Göttingen 1980, S. 101-117.
- Dies., *Veit Valentin*, in: ebd., Bd. 1, Göttingen 1971, S. 69-85.
- Dies., *Über die Bedeutung der politischen Symbole im Nationalstaat*, in: HZ, 213 (1971), S. 296-357.
- Fritz Fellner, *Heinrich von Srbik – ‚Urenkelschüler Rankes‘*, in: ders., *Geschichtsschreibung und nationale Identität. Probleme und Leistungen der österreichischen Geschichtswissenschaft*, Wien/Köln/Weimar, 2002, S. 330-345.
- Ders., *Das Problem der österreichischen Nation nach 1945*, in: Otto Büsch/James J. Sheehan (Hg.), *Die Rolle der Nation in der deutschen Geschichte und Gegenwart. Beiträge zu einer internationalen Konferenz in Berlin (West) vom 16. bis 18. Juni 1983*, Berlin 1985, S. 193-220.
- Günter Fellner, *Ludo Moritz Hartmann und die österreichische Geschichtswissenschaft. Grundzüge eines paradigmatischen Konflikts*, Wien/Salzburg 1985.
- Ingo Fellrath, *Georg Herwegh – Emma Herwegh. Vive la République*, in: Freitag (Hg.), *Die Achtundvierziger*, S. 33-44.
- Hans Fenske, *Der liberale Südwesten. Freiheitliche und demokratische Traditionen in Baden und Württemberg 1790–1933 (=Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 5)*, Stuttgart 1981.

- Stefan Feucht, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933) (=Moderne Geschichte und Politik, Bd. 10), Frankfurt a. M. u.a. 1998.
- Karlheinz Fingerhut, ‚Die ganze Welt wird frei und bankrott‘. Heinrich Heine, Georg Herwegh, Ludwig Pfau, Justinus Kerner und die unglücklichen poetischen Kommentierungen der verunglückten Revolution von 1848, in: Hartmut Melenk/Klaus Bushoff (Hg.), 1848 – Literatur, Kunst und Freiheit im europäischen Raum, Freiburg i. Br. 1998, S. 39-62.
- Françoise Forster-Hahn, The German experience of 1848. Imaging the Vormärz, the Revolution and its aftermath, in: Andrew Hemingway/William Vaughan (Hg.), Art in Bourgeois Society, 1790–1850, Cambridge 1998, S. 268-288.
- Sabine Freitag, Friedrich Hecker. Biographie eines Republikaners (=Transatlantische historische Studien, Bd. 10), Stuttgart 1998.
- Dies. (Hg.), Die Achtundvierziger. Lebensbilder aus der deutschen Revolution 1848/49, München 1998.
- Alois Friedel, Deutsche Staatssymbole. Herkunft und Bedeutung der politischen Symbolik in Deutschland. Vorwort Eugen Gerstenmeier, Frankfurt a. M./Bonn 1968.
- Ders., Die politische Symbolik in der Weimarer Republik, phil. Diss., Marburg 1956.
- Peter Friedemann, ‚Wie munter und ordentlich wir unsere Feste zu feiern verstehen‘. Gewerkschaftsfeste vor 1914, in: Düding/Friedemann/Münch (Hg.), Öffentliche Festkultur, S. 373-389.
- Ders., Anspruch und Wirklichkeit der Arbeiterkultur 1891–1933, in: Petzina (Hg.), Fahnen, Fäuste, Körper, S. 101-111.
- Eckart Früh, Geduld ihr Brüder! Sozialistische Gedichte zum März 1848. Vaterländische und nationalsozialistische zum März 1938, in: Lengauer/Kucher (Hg.), Bewegung im Reich der Immobilität, S. 496-522.
- Bruce B. Frye, Liberal Democrats in the Weimar Republic. The History of the German Democratic Party and the German State Party, Carbondale/Edwardsville 1985.
- ‚Für Freiheit und Fortschritt gab ich alles hin.‘ Robert Blum (1807–1848). Visionär, Demokrat, Revolutionär, hg. v. Bundesarchiv, bearb. v. Martina Jesse/Wolfgang Michalka, Berlin 2006.
- Lothar Gall, Die verfehlte Moderne? Das deutsche Bürgertum und die Revolution von 1848, in: Peter R. Weilemann/Hanns Jürgen Küsters/Günter Buchstab (Hg.), Macht und Zeitkritik. Festschrift für Hans-Peter Schwarz zum 65. Geburtstag (=Studien zur

- Politik, Bd. 34, hg. im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung), Paderborn u.a. 1999, S. 29-40.
- Winfried R. Garscha, Die deutsch-österreichische Arbeitsgemeinschaft. Kontinuität und Wandel deutscher Anschlusspropaganda und Angleichungsbemühungen vor und nach der nationalsozialistischen ‚Machtergreifung‘ (=Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte, Bd. 4), Wien/Salzburg 1984.
- Michael Gehler u.a. (Hg.), Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung. Historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1996.
- András Gergely, Im Mittelpunkt aller Traditionen. Ungarn und sein 1848, in: Haider/Hye (Hg.), 1848, S. 159-169.
- Robert Gerwarth, Der Bismarck-Mythos. Die Deutschen und der eiserne Kanzler, München 2007.
- Monika Gettler, Die Bewertung des Faktors Deutschland in der österreichischen Historiographie, in: Gehler (Hg.), Ungleiche Partner?, S. 55-72.
- Robert Gildea, 1848 in European Collective Memory, in: R. J. W. Evans/Hartmut Pogge von Strandmann (Hg.), The Revolutions in Europe 1848–1849. From Reform to Reaction, Oxford u.a. 2002, S. 207-235.
- Ders., Mythen der Revolutionen von 1848, in: Dowe/Haupt/Langewiesche (Hg.), Europa 1848, S. 1201-1233.
- Norbert Giovannini, Die ‚Verwertung‘ der 1848/49er-Revolution im lokalen Kontext, in: Heidelberg/Jahrbuch zur Geschichte der Stadt, 3 (1998), S. 145-176.
- Manfred Görtemaker u.a. (Hg.), Zwischen Königtum und Volkssouveränität. Die Revolution von 1848/49 in Brandenburg (=Quellen, Findbücher und Inventare des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, Sonderband), Frankfurt a. M. u.a. 1999.
- Walter Goldinger, Geschichte der Republik Österreich 1918–1938 (1962), Wien/München 1992.
- Walter Grab, Heinrich Heine und die Revolution von 1848, in: Wolfgang Beutin u.a. (Hg.), ‚Die Emanzipation des Volkes war die große Aufgabe unseres Lebens‘. Beiträge zur Heinrich-Heine-Forschung anlässlich seines zweihundertsten Geburtstags 1997, Hamburg 2000, S. 13-30.
- Helga Grebing/Monika Kramme, Franz Mehring, in: Wehler (Hg.), Deutsche Historiker, Bd. 5, Göttingen 1972, S. 73-94.

- Karl Griewank, Ursachen und Folgen des Scheiterns der deutschen Revolution von 1848 (1950), in: Langewiesche (Hg.), Die deutsche Revolution, S. 59-90.
- Dieter Groh/Peter Brandt, ‚Vaterlandslose Gesellen‘. Sozialdemokratie und Nation 1860–1990, München 1992.
- Christoph Gusy (Hg.), Demokratisches Denken in der Weimarer Republik, Baden-Baden 2000.
- Wilhelm L. Guttsman, Worker’s Culture in Weimar Germany. Between Tradition and Commitment, New York/Oxford/München 1990.
- Rüdiger Hachtmann, Totenkulte und Ikonisierungen. Robert Blum und andere Revolutionshéroen in der Erinnerung, in: ‚Für Freiheit und Fortschritt gab ich alles hin‘, S. 169-176.
- Ders., Die Revolution von 1848 – Kulte um die Toten und die Lebenden, in: Zeitenblicke, 3 (2004), Nr. 1 (09.06.2004), URL: <http://zeitenblicke.historicum.net/2004/01/hachtmann/index.html>.
- Ders., Nachlese: Bemerkungen zu einigen Neuerscheinungen zur Revolution von 1848/49, in: NPL, 47 (2002), S. 224-248.
- Ders., Success and Failure. The Revolution of 1848, in: Rürup (Hg.), The Problem of Revolution in Germany, S. 27-53.
- Ders., 150 Jahre Revolution von 1848. Festschriften und Forschungserträge, 1. Teil, in: AfS, 39 (1999), S. 447-493, 2. Teil, in: AfS, 40 (2000), S. 337-401.
- Ders., Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Bonn 1997.
- Wolfgang Häusler, Die Wiener ‚Märzgefallenen‘ und ihr Denkmal. Zur politischen Tradition der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848, in: Haider/Hye (Hg.), 1848, S. 251-275.
- Ders., ‚Was kommt mit kühnem Gange?‘ Ursachen, Verlauf und Folgen der Wiener Märzrevolution 1848, in: Bruckmüller/Häusler (Hg.), 1848, S. 23-54.
- Ders., Freiheit im Krähwinkel? Biedermeier, Revolution und Reaktion in satirischer Beleuchtung, in: Österreich in Geschichte und Literatur, 31 (1987), S. 69-111.
- Ders., ‚Noch sind nicht alle Märzen vorbei ...‘ Zur politischen Tradition der Wiener Revolution von 1848, in: Ackerl/Hummelberger/Mommsen (Hg.), Politik und Gesellschaft im alten und neuen Österreich, S. 85-108.
- Ders., Von der Massenarmut zur Arbeiterbewegung. Demokratie und soziale Frage in der Wiener Revolution von 1848, Wien/München 1979.

- Ders., Revolution 1848 und die Anfänge der österreichischen Arbeiterbewegung, in: Gewerkschaftliche Einheit/Bewegung für Sozialismus (Hg.), Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, Wien 1979, S. 7-22.
- Ders., Hermann Jellinek (1823–1848). Ein Demokrat in der Wiener Revolution, in: Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte, 5 (1976), S. 125-175.
- Ders., Toleranz, Emanzipation und Antisemitismus. Das österreichische Judentum des bürgerlichen Zeitalters (1782–1918), in: Anna Drabek u.a., Das österreichische Judentum. Voraussetzungen und Geschichte, Wien 1974, S. 83-140.
- Ders., Konfessionelle Probleme in der Wiener Revolution 1848, in: Das Judentum im Revolutionsjahr 1848 (=Studia Judaica Austriaca, Bd. 1), Wien/München 1974, S. 64-77.
- Hermann Hagspiel, Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich? Die deutsch-französische Außenpolitik der zwanziger Jahre im innenpolitischen Kräftefeld beider Länder (=Pariser Historische Studien, hg. v. Deutschen Historischen Institut Paris, Bd. 24), Bonn 1987.
- Hans-Joachim Hahn, Die deutsche Nationalitätenfrage aus der Sicht der 1848er-Revolution, in: Wolfgang Bialas (Hg.), Die nationale Identität der Deutschen. Philosophische Imaginationen und historische Mentalitäten, Frankfurt a. M. u.a. 2002, S. 145-163.
- Hans-Werner Hahn, Verdrängung und Vermächtnis. Die Revolution von 1848/49 in der Geschichtskultur der Deutschen, in: Klaus Ries (Hg.), Revolution an der Grenze. 1848/49 als nationales und regionales Ereignis (=Schriftenreihe Geschichte, Politik & Gesellschaft der Stiftung Demokratie Saarland, Bd. 4), St. Ingbert 1999, S. 23-45.
- Barbara Haider/Hans Peter Hye (Hg.), 1848. Ereignis und Erinnerung in den politischen Kulturen Mitteleuropas, Wien 2003.
- „Haider verunglückte bei Tempo 142“, Spiegel Online, 12.10.2008.
- Brigitte Hamann, Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators, 3. Aufl., München/Zürich 1996.
- Péter Hanák, Die Parallelaktion von 1898. Fünfzig Jahre ungarische Revolution und fünfzigjähriges Regierungsjubiläum Franz Josephs, in: Österreichische Osthefte, 27 (1985), S. 366-380.
- Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (Österreichische Geschichte 1890–1990, hg. v. Herwig Wolfram), Wien 1994.

- Ders., ‚An erlaubten G’spaß – ka Silb’n Politik?‘ Die historischen Grundlagen der politischen Kultur in Österreich, in: Peter Bettelheim/Robert Harauer (Hg.), Ostcharme mit Westkomfort. Beiträge zur politischen Kultur in Österreich, Wien 1993, S. 15-41.
- Ders., Das Fest in einer fragmentierten politischen Kultur. Der österreichische Staatsfeiertag während der Ersten Republik, in: Detlef Lehnert/Klaus Megerle (Hg.), Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1990, S. 43-60.
- Ders., Der kranke Mann an der Donau. Marx und Engels über Österreich, Salzburg 1978.
- Jacques Hannak, Karl Renner und seine Zeit. Versuch einer Biographie, Wien 1965.
- Wolfgang Hardtwig, Der Bismarck-Mythos. Gestalt und Funktionen zwischen politischer Öffentlichkeit und Wissenschaft, in: ders. (Hg.), Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit (=Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft, Sonderheft 21), Göttingen 2005, S. 61-90.
- Ders., Bürgertum, Staatssymbolik und Staatsbewusstsein im Deutschen Kaiserreich 1871–1914, in: GG, 16 (1990), S. 269-295.
- Ders., Erinnerung, Wissenschaft, Mythos. Nationale Geschichtsbilder und politische Symbole in der Reichsgründungsära und im Kaiserreich, in: ders., Geschichtskultur und Wissenschaft, München 1990, S. 224-263.
- Wolfgang Hartenstein, Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918–1920 (=Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 22), Düsseldorf 1962.
- Winfried Ernst Hartkopf, Ferdinand Freiligrath. Ein Forschungsbericht, phil. Diss., Düsseldorf 1977.
- Hans Hattenhauer, Deutsche Nationalsymbole. Geschichte und Bedeutung, 4. vollständig überarb. Aufl., München 2006.
- Ders., Kampf um ein Geschichtsbild. Die Märzgefallenen, in: Thomas Stamm-Kuhlmann u.a. (Hg.), Geschichtsbilder. Festschrift für Michael Salewski zum 65. Geburtstag (=Historische Mitteilungen, Bd. 47), Stuttgart 2003, S. 369-380.
- Hanns-Jochen Hauss, Die erste Volkswahl des deutschen Reichspräsidenten. Eine Untersuchung ihrer verfassungspolitischen Grundlagen, ihrer Vorgeschichte und ihres Verlaufs unter besonderer Berücksichtigung des Anteils Bayerns und der Bayerischen Volkspartei, Kallmünz/Opf. 1965.
- Hans Hautmann/Rudolf Kropf, Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945. Sozialökonomische Ursprünge ihrer Ideologie und Politik (=Schriftenreihe des

- Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Bd. 4), 2., korrig. u. erg. Aufl., Wien 1976.
- Friedrich Heer, *Der Kampf um die österreichische Identität*, Wien/Köln/Graz 1981.
- Ders., *Kultur und Politik in der Ersten Republik*, in: Leser (Hg.), *Das geistige Leben Wiens in der Zwischenkriegszeit*, S. 300-309.
- Dieter Hein, *Revolution in Deutschland und Europa. 1848/49 in Neuerscheinungen des Jubiläumsjahres*, in: NPL, 44 (1999), S. 276-310.
- Waltraud Heindl, *„Hoch, hoch an die Laternen!“ Aus dem Tagebuch der Wiener Oktoberrevolution*, in: Bruckmüller/Häusler (Hg.), 1848, S. 128-138.
- Severin Heinisch, *SPÖ und österreichische Nation. Zum Geschichtsbild der Sozialdemokratie*, in: *Die ersten hundert Jahre*, S. 100 f.
- Michael Hepp (Hg.), *Literatur und Revolution 1848/1918. Dokumentation der Tagung der Kurt-Tucholsky-Gesellschaft vom 28.–31.5.1998 in Weiler, Oldenburg 1998*.
- Ulrich Herbert, *„Generation der Sachlichkeit“. Die völkische Studentenbewegung der frühen zwanziger Jahre in Deutschland*, in: Frank Bajohr/Werner Johe/Uwe Lohalm (Hg.), *Zivilisation und Barbarei. Die widersprüchlichen Potenziale der Moderne. Detlev Peukert zum Gedenken (=Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 27)*, Hamburg 1991, S. 115-144.
- Rainer Hering, *Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890 bis 1939 (=Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte. Darstellungen, Bd. 40)*, Hamburg 2003.
- Jürgen C. Heß, *„Das ganze Deutschland soll es sein“. Die republikanischen Parteien und die deutsche Frage in der Weimarer Republik*, in: Becker/Hillgruber (Hg.), *Die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert*, S. 277-317.
- Ders., *„Das ganze Deutschland soll es sein“. Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei (=Kieler Historische Studien, Bd. 24)*, Stuttgart 1978.
- Manfred Hettling, *Shattered Mirror. German Memory of 1848: From Spectacle to Event*, in: Charlotte Tacke (Hg.), *1848. Memory and Oblivion in Europe*, Brüssel u.a. 2000, S. 79-98.
- Ders., *Totenkult statt Revolution. 1848 und seine Opfer*, Frankfurt a. M. 1998.
- Ders., *Die Toten und die Lebenden. Der politische Opferkult 1848*, in: Jansen/Mergel (Hg.), *Die Revolutionen von 1848/49*, S. 54-74.
- Ders., *Nachmärz und Kaiserreich*, in: Dipper/Speck (Hg.), 1848, S. 11-24.

- Ders., Erlebnisraum und Ritual. Die Geschichte des 18. März 1848 im Jahrhundert bis 1948, in: Historische Anthropologie, 5 (1997), S. 417-434.
- Theodor Heuss, 1848. Die gescheiterte Revolution. Neuausgabe mit einem Geleitwort von Richard von Weizsäcker, Stuttgart 1998.
- Klaus Hildebrand, Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871–1945, Stuttgart 1995.
- Andreas Hillgruber, ‚Revisionismus‘ – Kontinuität und Wandel in der Außenpolitik der Weimarer Republik, in: HZ, 237 (1983), S. 597-621.
- Ders., Das Anschlussproblem (1918–1945) – aus deutscher Sicht, in: Kann/Prinz (Hg.), Deutschland und Österreich, S. 161-178.
- Felix Hirsch, Stresemann. Ein Lebensbild, Göttingen/Frankfurt a. M./Zürich 1978.
- Lothar Höbelt, 1848. Österreich und die deutsche Revolution, Wien/München 1998.
- Ders., Die Symbole des national-liberalen Lagers, in: Leser/Wagner (Hg.), Österreichs politische Symbole, S. 193-202.
- Ulrike Hörster-Philipps, Joseph Wirth 1879–1956. Eine politische Biographie (=Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 82), Paderborn u.a. 1998.
- Joachim Hoffmann, Berlin-Friedrichsfelde. Ein deutscher Nationalfriedhof, Berlin 2001.
- Karl Holl, Ludwig Quidde (1858–1941). Eine Biografie (=Schriften des Bundesarchivs, Bd. 67), Düsseldorf 2007.
- Miroslav Hroch, Nation und Revolution im Jahre 1848, in: Helmut Wagner (Hg.), Europa und Deutschland – Deutschland und Europa. Liber amicorum für Heiner Timmermann zum 65. Geburtstag (=Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Bd. 139), Münster 2005, S. 95-113.
- Hans Peter Hye, Einleitung: Was blieb von 1848?, in: Haider/Hye (Hg.), 1848, S. 9-29.
- Dem Ideal der Freiheit dienen – ihrer Vorkämpfer gedenken. Festgabe für Wolfgang Michalka, hg. v. Förderverein Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, Rastatt 2003.
- Georg G. Iggers, Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart, durchges. u. erw. Aufl., Wien/Köln/Weimar 1997.
- Jahrbuch für Geschichte, 8 (1973): Die bürgerlich-demokratische Revolution von 1848/49 in Deutschland. Studien zu ihrer Geschichte und Wirkung, Bd. 2.

- Christian Jansen, Antiliberalismus und Antiparlamentarismus in der bürgerlich-demokratischen Elite der Weimarer Republik. Willy Hellpachs Publizistik der Jahre 1925–1933, in: ZfG, 49 (2001), S. 773-795.
- Ders./Thomas Mergel (Hg.), Die Revolutionen von 1848/49. Erfahrung – Verarbeitung – Deutung, Göttingen 1998.
- Gotthard Jasper, Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922–1930 (=Tübinger Studien zur Geschichte und Politik, Bd. 16), Tübingen 1963.
- Utz Jeggle, Nachruhm und Kult, in: Hermann Bausinger (Hg.), Ludwig Uhland. Dichter – Politiker – Gelehrter, Tübingen 1988, S. 217-236.
- Ernst Kaeber, Berlin 1848. Zur Hundertjahrfeier der Märzrevolution im Auftrage des Magistrats von Groß-Berlin dargestellt, Berlin 1948.
- Gerhard Kaller, Baden in der Weimarer Republik, in: Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte, Bd. 4: Die Länder seit 1918, hg. v. Hansmartin Schwarzmaier/Meinrad Schaab, Stuttgart 2003, S. 23-72.
- Robert A. Kann/Friedrich E. Prinz (Hg.), Deutschland und Österreich. Ein bilaterales Geschichtsbuch, Wien/München 1980.
- Ders., Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie. Geschichte und Ideengehalt der nationalen Bestrebungen vom Vormärz bis zur Auflösung des Reiches im Jahre 1918, Bd. 2: Ideen und Pläne zur Reichsreform, 2. erw. Aufl., Graz/Köln 1964.
- Peter J. Katzenstein, Disjoined Partners. Austria and Germany since 1815, Berkeley u.a. 1976.
- Fritz Kaufmann, Sozialdemokratie in Österreich, Wien/München 1978.
- Claudia-Anja Kaune, Willy Hellpach (1877–1955). Biographie eines liberalen Politikers der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. u.a. 2005.
- James Kaye/Isabella Mataushek, A Problematic Obligation: Commemorating the 1848 Revolution in Austria, in: Tacke (Hg), 1848, S. 99-122.
- Klaus Kinner, Marxistische deutsche Geschichtswissenschaft 1917 bis 1933. Geschichte und Politik im Kampf der KPD (=Akademie der Wissenschaften der DDR. Schriften des Zentralinstituts für Geschichte, Bd. 58), Berlin (Ost) 1982.
- Ders., Die Lehren der Revolution von 1848/49 im Ringen der KPD um die schöpferische Aneignung des Leninismus in den Jahren der Weimarer Republik, in: Jahrbuch für Geschichte, 8 (1973), S. 251-290.
- Christina Klausmann/Ulrike Ruttman, Die Tradition der Märzrevolution. Ausblick, in: 1848. Aufbruch zur Freiheit. Eine Ausstellung des Deutschen Historischen Museums und

- der Schirn Kunsthalle Frankfurt zum 150-jährigen Jubiläum der Revolution von 1848/49. 18. Mai bis 18. September 1998 in der Schirn Kunsthalle Frankfurt, hg. v. Lothar Gall, Berlin 1998, S. 159-163 u. 268-270.
- Fritz Klein, 1848 und 1918, in: Jahrbuch für Geschichte, 8 (1973), S. 223-250.
- Claudia Klemm, *Erinnert – umstritten – gefeiert. Die Revolution von 1848/49 in der deutschen Gedenkkultur (= Formen der Erinnerung, Bd. 30)*, Göttingen 2007.
- Arno Klönne, ‚... dass dein ärmster Sohn auch dein getreuester war‘. Nation und Sozialdemokratie – der Nürnberger Arbeiterdichter Karl Bröger, in: ders./Karl A. Otto/Karl Heinz Roth (Hg.), *Fluchtpunkte. Das soziale Gedächtnis der Arbeiterbewegung*, Hamburg 2003, S. 155-159.
- Wolfgang Klötzer, Die Frankfurter Paulskirche. Symbol der deutschen Einheit, in: *Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst*, 51 (1968), S. 5-22.
- Jürgen Kocka, Arbeit und Freiheit. Die Revolution von 1848, in: *Die Revolution von 1848. Akademievorträge von Jürgen Kocka und György Konrad gehalten am 17. März 1998*, hg. v. der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Berlin 1998, S. 3-32.
- Gerd Koenen, *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977*, Köln 2001.
- Friedhelm Köster, Entstehungsgeschichte der Grundrechtsbestimmungen des zweiten Hauptteils der Weimarer Reichsverfassung in den Vorarbeiten der Reichsregierung und den Beratungen der Nationalversammlung, Göttingen 2000.
- Jan Kohlmann, Der Marsch zu den Gräbern von Karl und Rosa. Geschichte eines Gedenktages (=Rechtshistorische Reihe, Bd. 300), Frankfurt a. M. u.a. 2004.
- Eric C. Kollmann, *Theodor Körner. Militär und Politik*, Wien 1973.
- Helmut Konrad, Wurzeln deutschnationalen Denkens in der österreichischen Arbeiterbewegung, in: ders. (Hg.), *Sozialdemokratie und ‚Anschluß‘. Historische Wurzeln, Anschluß 1918 und 1938, Nachwirkungen. Eine Tagung des Dr.-Karl-Renner-Instituts, Wien, 1. März 1978, Wien/München/Zürich 1978*, S. 19-30.
- Ders., Nationalismus und Internationalismus. Die Österreichische Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg (=Materialien zur Arbeiterbewegung, Nr. 4, hg. v. Ludwig-Boltzmann-Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung), Wien 1976.
- Jiří Kořalka, Das Jahr 1848 in Politik und historisch-politischer Publizistik der Tschechen, in: Haider/Hye (Hg.), 1848, S. 229-238.

- Ders., Prag – Frankfurt im Frühjahr 1848: Österreich zwischen Großdeutschtum und Austroslawismus, in: Heinrich Lutz/Helmut Rumpler (Hg.), Österreich und die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert. Probleme der politisch-staatlichen und soziokulturellen Differenzierung im deutschen Mitteleuropa (=Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit, Bd. 9), München 1982, S. 117-139.
- Gottfried Korff, Rote Fahnen und geballte Faust. Zur Symbolik der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, in: Petzina (Hg.), Fahnen, Fäuste, Körper, S. 27-60.
- Hartfrid Krause, USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt a. M./Köln 1975.
- Horst Krause, Wilhelm Bloss. Zwischen Marxismus und demokratischen Sozialismus in Geschichtsschreibung und Politik, Husum 1980.
- Gilbert Krebs, Fontane et la révolution de 1848 ou Portrait de l'artiste en jeune homme, in: Theodor Fontane (1818–1898). Un promeneur dans le siècle. Etudes publiées sous la direction de Marc Thuret, Asnières 1999, S. 45-70.
- Robert Kriechbaumer, Die großen Erzählungen der Politik. Politische Kultur und Parteien in Österreich von der Jahrhundertwende bis 1945 (=Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg, Bd. 12), Wien/Köln/Weimar 2001.
- Peter Krüger, Die Außenpolitik der Weimarer Republik, Darmstadt 1985.
- Gudrun Kruip, Gescheiterter Versuch oder verpflichtendes Erbe? 1848 bei Theodor Heuss, in: Patrick Bahners/Gerd Roellecke (Hg.), 1848. Die Erfahrung der Freiheit, Heidelberg 1998, S. 189-208.
- Jörg-Detlef Kühne, Demokratisches Denken in der Weimarer Nationalversammlung – Hugo Preuß und die Nationalversammlung, in: Gusy (Hg.), Demokratisches Denken in der Weimarer Republik, S. 115-133.
- Ders., Die Reichsverfassung der Paulskirche. Vorbild und Verwirklichung im späteren deutschen Rechtsleben, 2. überarb. u. um ein Nachwort erg. Aufl., Neuwied 1998.
- Dieter Langewiesche, Was heißt ‚Erfindung der Nation‘? Nationalgeschichte als Artefakt – oder Geschichtsdeutung als Machtkampf, in: HZ, 277 (2003), S. 593-617.
- Ders. (Hg.), Die Revolutionen von 1848 in der europäischen Geschichte. Ergebnisse und Nachwirkungen. Beiträge des Symposions in der Paulskirche vom 21. bis 23. Juni 1998, München 2000.
- Ders., Wirkungen des ‚Scheiterns‘. Überlegungen zu einer Wirkungsgeschichte der europäischen Revolutionen von 1848, in: ebd., S. 5-21.

- Ders., 1848 und 1918 – zwei deutsche Revolutionen. Vortrag vor dem Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 4. November 1998 (=Gesprächskreis Geschichte, Heft 20), Bonn 1998.
- Ders., Ludwig Uhland. Ruhm des Scheiterns, in: Freitag (Hg.), Die Achtundvierziger, S. 11-22.
- Ders., Germany and the national question in 1848, in: John Breuilly (Hg.), The State of Germany. The national idea in the making, unmaking and remaking of a modern nation-state, 2. Aufl., London/New York 1993, S. 60-79.
- Ders., Reich, Nation und Staat in der jüngeren deutschen Geschichte, in: HZ, 254 (1992), S. 341-381.
- Ders., Deutschland und Österreich: Nationswerdung und Staatsbildung in Mitteleuropa im 19. Jahrhundert, in: GWU, 42 (1991), S. 754-766.
- Ders. (Hg.), Die deutsche Revolution von 1848/49 (=Wege der Forschung, Bd. 164), Darmstadt 1983.
- Ders., Republik, konstitutionelle Monarchie und ‚soziale Frage‘ (1980), in: ebd., S. 341-361.
- Jon Lawrence, Public Space, political Space, in: Jay Winter/Jean-Louis Robert (Hg.), Capital Cities at War. Paris, London, Berlin 1914–1919, Bd. 2: A cultural History, Cambridge u.a. 2007, S. 280-312.
- Hugh LeCaine Agnew, Dilemmas of Liberal Nationalism. Czechs and Germans in Bohemia and the Revolution of 1848, in: Sabrina P. Ramet/James R. Felak/Herbert J. Ellison (Hg.), Nations and Nationalisms in East-Central Europe 1806–1948. A Festschrift for Peter F. Sugar, Bloomington/IN 2002, S. 51-70.
- Detlef Lehnert, Die Weimarer Republik. Parteienstaat und Massengesellschaft, Stuttgart 1999.
- Ders., Von der politisch-kulturellen Fragmentierung zur demokratischen Sammlung? Der ‚Volksblock‘ des ‚Reichsbannerlagers‘ und die katholischen Republikaner, in: ders./Klaus Megerle (Hg.), Pluralismus als Verfassungs- und Gesellschaftsmodell. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1993, S. 77-129.
- Ders./Klaus Megerle (Hg.), Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur der Weimarer Republik, Opladen 1989.
- Ders., Sozialdemokratie und Novemberrevolution. Die Neuordnungsdebatte 1918/19 in der politischen Publizistik von SPD und USPD, Frankfurt a. M./New York 1983.
- Hubert Lengauer, Exil, Verdrängung, Verblassen. Die Revolution von 1848 in der österreichischen Literatur, in: Haider/Hye (Hg.), 1848, S. 277-301.

- Ders./Primus Heinz Kucher (Hg.), *Bewegung im Reich der Immobilität. Revolutionen in der Habsburgermonarchie 1848–1849. Literarisch-publizistische Auseinandersetzungen* (=Literaturgeschichte in Studien und Quellen, Bd. 5), Wien/Köln/Weimar 2001.
- Jörn-Peter Leppien, *Sozialdemokratie und Nordschleswig-Frage 1912 bis 1924*, in: *Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte*, 96 (1971), S. 341-356.
- Norbert Leser/Manfred Wagner (Hg.), *Österreichs politische Symbole. Historisch, ästhetisch und ideologiekritisch beleuchtet*, Wien/Köln/Weimar 1994.
- Ders., Ignaz Seipel und Otto Bauer. Versuch einer kritischen Konfrontation, in: *Geschichte und Gegenwart*, 1 (1982), S. 251-285.
- Ders. (Hg.), *Das geistige Leben Wiens in der Zwischenkriegszeit. Ring-Vorlesung 19. Mai–20. Juni 1980* (=Quellen und Studien zur österreichischen Geistesgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Bd. 1), Wien 1981.
- Ders., *Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis*, Wien/Frankfurt/Zürich 1968.
- Albert Lichtblau, *Integration, Vernichtungsversuch und Neubeginn – Österreichisch-jüdische Geschichte 1848 bis zur Gegenwart*, in: Eveline Brugger u.a., *Geschichte der Juden in Österreich*, Wien 2006, S. 447-566.
- Ders., *Antisemitismus – Rahmenbedingungen und Wirkungen auf das Zusammenleben von Juden und Nichtjuden*, in: Emmerich Tálos u.a. (Hg.), *Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933*, Wien 1995, S. 454-471.
- Erik Lindner, Gabriel Riesser. Der Advokat der Einheit, in: Freitag (Hg.), *Die Achtundvierziger*, S. 160-170.
- Evelyne List, *Die Propaganda des Austromarxismus am Beispiel der sozialdemokratischen Anschlussbewegung 1918–1933*, phil. Diss., Wien 1976.
- Raimund Löw, ‚Separatisten‘. Nationalitätenkonflikte in der Sozialdemokratie, in: *Die ersten hundert Jahre*, S. 200 f.
- Alfred D. Low, *The Anschluss Movement 1918–1919 and the Paris Peace Conference*, Philadelphia 1974.
- Hans-Ulrich Ludewig, *Arbeiterbewegung und Aufstand. Eine Untersuchung zum Verhalten der Arbeiterparteien in den Aufstandsbewegungen der frühen Weimarer Republik 1920–1923* (=Historische Studien, H. 432), Husum 1978.
- Johanna Ludwig, ‚Auch die Rechte der Frauen bedenken‘. Louise Otto (1812–1878) in der Revolution von 1848/49, in: Helmut Bleiber/Walter Schmidt/Susanne Schötz (Hg.),

- Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen in der Revolution von 1848/49, Berlin 2003, S. 493-514.
- David S. Luft, Austria as a Region of German Culture 1900–1938, in: Austrian History Yearbook, 23 (1992), S. 135-148.
- Heinrich Lutz, Zwischen Habsburg und Preußen. Deutschland 1815–1866 (=Die Deutschen und ihre Nation, Bd. 2), Berlin 1985.
- Ursula Mader, Wie das ‚Deutschlandlied‘ 1922 Nationalhymne wurde, in: ZfG, 38 (1990), S. 1088-1110.
- Wolfgang Maderthaner, Victor Adler und die Politik der Symbole. Zum Entwurf einer ‚poetischen Politik‘, in: Leser/Wagner (Hg.), Österreichs politische Symbole, S. 147-163.
- Klaus-Michael Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996.
- Manfred Marschalek, Die ordentliche Revolution. Der November 1918 und die österreichische Sozialdemokratie, in: Die ersten hundert Jahre, S. 196-199.
- Erich Matthias, Sozialdemokratie und Nation. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration in der Prager Zeit des Parteivorstandes 1933–1938, Stuttgart 1952.
- Thomas Mergel, Mapping Milieus Regionally. On the Spatial Rootedness of Collective Identities in the Nineteenth Century, in: James Retallack (Hg.), Saxony in German History. Culture, Society, and Politics 1830–1933, Ann Arbor/MI 2000, S. 77-95.
- Ders., Sozialmoralische Milieus und Revolutionsgeschichtsschreibung. Zum Bild der Revolution von 1848/49 in den Subgesellschaften des deutschen Kaiserreichs, in: Jansen/Mergel (Hg.), Die Revolutionen von 1848/49, S. 247-267.
- Jan Merk, ‚Nationality Separates, Liberty Unites‘? The Historical Commemoration of 1848/49 in Baden, a European Frontier Region, in: Axel Körner (Hg.), 1848. A European Revolution? International Ideas and National Memories of 1848, Houndmills u.a. 2000, S. 185-206.
- Wolfgang Michalka, Der umstrittene Robert Blum. Forschungswege, in: ‚Für Freiheit und Fortschritt gab ich alles hin‘, S. 186-195.
- Susanne Miller, Das Ringen um ‚die einzige großdeutsche Republik‘. Die Sozialdemokratie in Österreich und im Deutschen Reich zur Anschlussfrage 1918/19, in: AfS, 11 (1971), S. 1-67.

- Harro Molt, „... Wie ein Klotz inmitten Europas“. ‚Anschluss‘ und ‚Mitteleuropa‘ während der Weimarer Republik 1925–1931 (=Studien zum Kontinuitätsproblem der deutschen Geschichte, Bd. 4), Frankfurt a. M./Bern/New York 1986.
- Günter Moltmann, Die deutsche Flotte von 1848/49 im historisch-politischen Kontext, in: Werner Rahn (Hg.), Deutsche Marinen im Wandel der Zeit. Vom Symbol nationaler Einheit zum Instrument internationaler Sicherheit (=Beiträge zur Militärgeschichte, hg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 63), München 2005, S. 63-80.
- Hans Mommsen, Victor Adler und die Politik der österreichischen Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, in: Ackerl/Hummelberger/Mommsen (Hg.), Politik und Gesellschaft im alten und neuen Österreich, S. 378-408.
- Ders., Sozialismus und Nation. Zur Beurteilung des Nationalismus in der marxistischen Theorie, in: Ulrich Engelhardt/Volker Sellin/Horst Stuke (Hg.), Soziale Bewegung und politische Verfassung. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt, Stuttgart 1976, S. 653-676.
- Ders., Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat, Bd. 1: Das Ringen um die supranationale Integration der cisleithanischen Arbeiterbewegung (1867–1907), Wien 1963.
- Wolfgang J. Mommsen, Die Paulskirche, in: Etienne François/Hagen Schulze (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 2, München 2001, S. 47-66.
- Ders., Die Revolution von 1848/49 und der Liberalismus, in: Jahrbuch zur Liberalismusforschung, 11 (1999), S. 181-198.
- Ludwig Moos, Bildungsbürgertum, Nationalproblem und demokratisches Zeitalter. Studien zum Werk Heinrich Ritters von Srbik, phil. Diss., Freiburg 1967.
- David W. Morgan, The Socialist Left and the German Revolution. A History of the German Independent Social Democratic Party, 1917–1922, Ithaca/London 1975.
- Andreas Moritsch, Revolution 1848 – Österreichs Slawen wohin?, in: ders. (Hg.), Der Prager Slawenkongress 1848, Wien/Köln/Weimar 2000, S. 5-18.
- George L. Mosse, Die Nationalisierung der Massen. Politische Symbolik und Massenbewegungen von den Befreiungskriegen bis zum Dritten Reich, Frankfurt a. M./New York 1993.
- Walter Mühlhausen, Friedrich Ebert 1871–1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn 2006.
- Herfried Münkler, Die politischen Mythen der Deutschen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 52 (2007), S. 160-172.

- Ders., Antifaschismus und antifaschistischer Widerstand als politischer Gründungsmythos der DDR, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 45 (1998), S. 16-29.
- Ders., Politische Mythen und nationale Identität. Vorüberlegungen zu einer Theorie politischer Mythen, in: Wolfgang Frindte/Harald Pätzolt (Hg.), *Mythen der Deutschen. Deutsche Befindlichkeiten zwischen Geschichten und Geschichte*, Opladen 1994, S. 21-27.
- Rudolf Muhs, Heckermythos und Revolutionsforschung, in: *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins*, 134 (1986), S. 422-441.
- Duane Paul Myers, *Germany and the Question of Austrian Anschluss 1918–1922*, phil. Diss., Ann Arbor/MI 1968.
- Siegfried Nasko, Ein ‚deutschösterreichischer‘ Staatsmann? Karl Renners Haltung zur Anschlussidee 1918–1938, in: Gehler (Hg.), *Ungleiche Partner?*, S. 399-424.
- Eberhard Naujoks, Württemberg 1864 bis 1918, in: *Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte*, Bd. 3: Vom Ende des Alten Reiches bis zum Ende der Monarchien, hg. v. Hansmartin Schwarzmaier, Stuttgart 1992, S. 333-432.
- Rudolf Neck, Österreich in der revolutionären Epoche von 1917 bis 1920, in: Erich Zöllner (Hg.), *Revolutionäre Bewegungen in Österreich*, Wien 1981, S. 129-140.
- Thomas Nipperdey, Der Mythos im Zeitalter der Revolution, in: *GWU*, 38 (1987), S. 325-334.
- Ders., Kritik oder Objektivität? Zur Beurteilung der Revolution von 1848 (1974), in: Langewiesche (Hg.), *Die deutsche Revolution*, S. 162-189.
- Dietrich Orlow, Between Nationalism and Internationalism: French and German Socialists and the Question of Boundary Changes after World Wars I and II, in: Christian Baechler/Carole Fink (Hg.), *L'Établissement des Frontières en Europe après les deux Guerres Mondiales. Actes des colloques de Strasbourg et de Montréal (juin et septembre 1995)*, Bern u.a. 1996, S. 99-114.
- Hans Otto, *Wandlung, Problemstellung und Urteilsbildung der deutschen Geschichtsschreibung über 1848*, phil. Diss., Marburg 1953.
- Ernst Panzenböck, Die Weichenstellung in der österreichischen Sozialdemokratie für die Republik und den Anschlussgedanken, in: *Österreich in Geschichte und Literatur*, 30 (1986), S. 4-17.
- Ders., *Ein deutscher Traum. Die Anschlussidee bei Karl Renner und Otto Bauer*, Wien 1965.
- Dietmar Petzina (Hg.), *Fahnen, Fäuste, Körper. Symbolik und Kultur der Arbeiterbewegung*, Essen 1986.

- Politische Plakate der Weimarer Republik 1918–1933. Ausstellung vom 18. September bis 23. November 1980, Bearbeiter Rainer Schoch u.a., Darmstadt 1980.
- Heinrich Potthoff, Das Weimarer Verfassungswerk und die deutsche Linke, in: AfS, 12 (1972), S. 433-483.
- Nikolaus von Preradovich, Der nationale Gedanke in Österreich 1866–1938 (=Historisch-Politische Hefte der Ranke-Gesellschaft, H. 8), Göttingen 1962.
- Friedrich Prinz, Hans Kudlichs Bedeutung für die österreichische Geschichte und sein historisches Verdienst, in: Das Jahr 1848 in Oberösterreich und Hans Kudlich. Reflexionen und Berichte zum 130-Jahr-Gedenken an Revolution und Bauernbefreiung, Linz 1978, S. 103-107.
- Ders., Hans Kudlich (1823–1917), Versuch einer historisch-politischen Biographie (=Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Bd. 11), München 1962.
- Wolfram Pyta, Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, München 2007.
- Béla Rásky, Arbeiterfesttage. Die Fest- und Feiernkultur der sozialdemokratischen Bewegung in der Ersten Republik Österreich 1918–1934 (=Ludwig-Boltzmann-Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Materialien zur Arbeiterbewegung, Nr. 59), Wien/Zürich 1992.
- Heike Rausch, Kultfigur und Nation. Öffentliche Denkmäler in Paris, Berlin und London 1848–1914 (=Pariser Historische Studien, Bd. 70), München 2006.
- Dieter Rebentisch, Friedrich Ebert und die Paulskirche. Die Weimarer Demokratie und die 75-Jahrfeier der 1848er-Revolution (=Kleine Schriften Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Nr. 25), Heidelberg 1998.
- Sven Reichardt, ‚Märtyrer‘ der Nation. Überlegungen zum Nationalismus in der Weimarer Republik, in: Jörg Echternkamp/Sven Oliver Müller (Hg.), Die Politik der Nation. Deutscher Nationalismus in Krieg und Krisen 1760–1960 (=Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 56), München 2002, S. 173-202.
- Peter Reichel, Robert Blum. Ein deutscher Revolutionär 1807–1848, Göttingen 2007.
- Der Reichstag von Kremsier 1848–1849 und die Tradition des Parlamentarismus in Mitteleuropa. Sammelband mit Beiträgen der gleichnamigen internationalen Konferenz veranstaltet im Rahmen der Feierlichkeiten anlässlich des 150. Jahrestages des Reichstages von Kremsier, Kremsier 1998.
- Wilfried Reininghaus, Geschichtserinnerung und Geschichtsschreibung zur Revolution von 1848/49 in Westfalen, in: Westfälische Forschungen, 49 (1999), S. 21-68.

- Oliver Reschke, Der Kampf der Nationalsozialisten um den roten Friedrichshain (1925–1933), Berlin 2004.
- Revolution im Südwesten. Stätten der Demokratiebewegung 1848/49 in Baden-Württemberg, hg. v. der Arbeitsgemeinschaft hauptamtlicher Archivare im Städtetag Baden-Württemberg, Karlsruhe 1997.
- „Revolution. Rebellion, Aufruhr, Bürgerkrieg“, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 5, S. 653-788.
- Ludwig Richter, Die Deutsche Volkspartei 1918–1933 (=Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 134), Düsseldorf 2002.
- Ders., Die Nachwirkungen der Frankfurter Verfassungsdebatten von 1848/49 auf die Beratungen der Nationalversammlung 1919 über die Weimarer Verfassung, in: Timmermann (Hg.), 1848, S. 441-466.
- Ders., Kirche und Schule in den Beratungen der Weimarer Nationalversammlung (=Schriften des Bundesarchivs, Bd. 47), Düsseldorf 1996.
- Bernd Rill (Hg.), 1848. Epochenjahr für Demokratie und Rechtsstaat in Deutschland (=Berichte und Studien der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. München, Bd. 77), München 1998.
- Karl Rohe, Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1992.
- Ders., Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966.
- Hans Rothfels, 1848. Betrachtungen im Abstand von Hundert Jahren (1948), Darmstadt 1972.
- Karsten Rudolph, ‚Streitbare Republikaner‘ in der frühen Weimarer Republik. Preußen und Sachsen im Vergleich, in: Klaus Schönhoven/Bernd Braun (Hg.), Generationen in der Arbeiterbewegung (=Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Bd. 12), München 2005, S. 211-242.
- Reinhard Rürup (Hg.), The Problem of Revolution in Germany 1789–1989, Oxford/New York 2000.
- Ders., Problems of Revolution in Germany 1525–1989, in: ebd., S. 181-201.

- Ders., Revolution und Volksbewegung 1848/49 im Kontext der deutschen Geschichte, in: Bernd Faulenbach/Heinrich Potthoff (Hg.), Die Revolution 1848/49 und die Tradition der sozialen Demokratie in Deutschland, Essen 1999, S. 22-36.
- Ders., Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichte. Vortrag vor dem Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 4. November 1993 (=Gesprächskreis Geschichte, H. 5), Bonn 1993.
- Helmut Rumpler, Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatszerfall in der Habsburgermonarchie (Österreichische Geschichte 1804–1914, hg. v. Herwig Wolfram), Wien 1997.
- Ders., Österreich vom ‚Staat wider Willen‘ zur österreichischen Nation (1919–1955), in: Becker/Hillgruber (Hg.), Die Deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert, S. 239-267.
- Hans Karl Rupp, Revolutionsgedenken in Baden – von der Weimarer Republik zur Bundesrepublik, in: 1848/49. Revolution der deutschen Demokraten in Baden, S. 493 f.
- Karsten Ruppert, Der Nationalismus der systemstabilisierenden Parteien der Weimarer Republik, in: Timmermann (Hg.), Nationalismus und Nationalbewegung in Europa, S. 183-234.
- Ders., Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923–1930 (=Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 96), Düsseldorf 1992.
- Sigmund Paul Scheichl/Emil Brix (Hg.), ‚Dürfen’s denn das?‘ Die fortdauernde Frage zum Jahr 1848 (=Reihe Civil Society der Österreichischen Forschungsgemeinschaft, Bd. 3), Wien 1999.
- Fritz Schellack, Nationalfeiertage in Deutschland von 1871 bis 1945, Frankfurt a. M. 1990.
- Wolfgang Schieder, Karl Marx und die deutsche Revolution 1848/49, in: Helmut Neuhaus/Barbara Stollberg-Rilinger (Hg.), Menschen und Strukturen in der Geschichte Alteuropas. Festschrift für Johannes Kunisch zur Vollendung seines 65. Lebensjahres, Berlin 2002, S. 435-449.
- Ders., Die Rolle der deutschen Arbeiter in der Revolution von 1848/49 (1974), in: Langewiesche (Hg.), Die deutsche Revolution, S. 322-340.
- Hans Schleier, Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik (=Akademie der Wissenschaften der DDR. Schriften des Zentralinstituts für Geschichte, Bd. 40), Berlin (Ost) 1975.
- Walter Schmidt, Wilhelm Liebknecht und die Tradition der Revolution von 1848/49, in: Wilhelm Liebknecht. Revolutionärer Demokrat und Sozialist (1826–1900).

- Wissenschaftliche Konferenz anlässlich seines hundertsten Todestages (=Pankower Vorträge, H. 31), Berlin 2001, S. 5-15.
- Ders., Der 75. Jahrestag 1923. Die Revolution von 1848 in nachrevolutionärer Situation, in: ders. (Hg.), Bürgerliche Revolution und revolutionäre Linke. Beiträge eines wissenschaftlichen Kolloquiums anlässlich des 70. Geburtstages von Helmut Bock, Berlin 2000, S. 189-206.
- Ders., Die Revolutionsrezeption an den Jubiläumsjahrestagen 1873 – 1898 – 1923, in: Helmut Bleiber/Rolf Dlubek/Walter Schmidt (Hg.), Demokratie und Arbeiterbewegung in der deutschen Revolution von 1848/49. Beiträge des Kolloquiums zum 150. Jahrestag der Revolution von 1848/49 am 6. und 7. Juni 1998 in Berlin, Berlin 2000, S. 243-278.
- Ders. u.a., Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution 1848/49, 3., erg. u. überarb. Aufl., Berlin (Ost) 1988.
- Ders., Die Revolution von 1848/49 in der Traditionspflege der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung (1975), in: ders., Bürgerliche Revolution und proletarische Emanzipation in der deutschen Geschichte, Berlin 1990, S. 241-259.
- Erich Schneider, Pfälzische Sozialdemokratie und die 1848/49er-Tradition vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik, in: Manfred Geis/Gerhard Nestler (Hg.), Die pfälzische Sozialdemokratie. Beiträge zu ihrer Geschichte von den Anfängen bis 1948/49, Edenkoben 1999, S. 15-39.
- Ders., Revolutionsgedenken vor hundert Jahren, in: Die Pfälzische Revolution 1848/49, hg. i. A. der Stadt Kaiserslautern und des Bezirksverbands Pfalz von dems./Jürgen Keddigkeit, Kaiserslautern 1999, S. 213-224.
- Ders., Die ‚Pfälzische Volkszeitung‘ Kaiserslautern und die demokratische Traditionspflege der bürgerlichen Linken in der Pfalz zwischen Reichsgründung und Erstem Weltkrieg, in: Jahrbuch der Hambach-Gesellschaft, 7 (1998/99), S. 121-167.
- Ders., Erinnerungen an die badisch-pfälzische Revolution und die Pflege der 1848/49er-Tradition zwischen der Reichsgründung und dem Ende der Weimarer Republik, in: Der Rhein-Neckar-Raum und die Revolution von 1848/49. Revolutionäre und ihre Gegenspieler, hg. v. Arbeitskreis der Archivare im Rhein-Neckar-Dreieck, Ubstadt-Weiher 1998, S. 327-356.
- Werner Schneider, Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik 1924–1930, München 1978.
- Wolfgang Schröder, Die Tradition von 1848/49 und der Übergang zum Imperialismus. Zu einigen Aspekten des Erbes der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49

- im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts, in: *Jahrbuch für Geschichte*, 8 (1973), S. 91-184.
- Ulrich Schüren, *Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Die Vermögensauseinandersetzung mit den depostierten Landesherren als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen*, Düsseldorf 1978.
- Ernst Schulin, *Die deutschen Historiker und die Revolution von 1848/49*, in: *Der Staat*, 38 (1999), S. 69-85.
- Hagen Schulze, *Weimar. Deutschland 1917–1933 (=Die Deutschen und ihre Nation, Bd. 4)*, Berlin 1982.
- Hartmut Schustereit, *Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Eine vergleichende Betrachtung von DDP und SPD 1919–1930 (=Geschichte und Gesellschaft. Bochumer Historische Studien, Bd. 9)*, Düsseldorf 1975.
- Angela Schwarz, *Nationale und expansionistische Ziele der Frankfurter Nationalversammlung und der Umgang mit ihnen in Geschichtswissenschaft und politischer Festkultur (1898–1998)*, in: *Historische Mitteilungen. Im Auftrage der Ranke-Gesellschaft*, 12 (1999), S. 182-206.
- Kurt Schwerin, *The Revolution of 1848 and German historians*, phil. Diss., New York 1955.
- Josef Seiter, *Politische Denkmäler im Wien der Ersten Republik (1918–1934)*, in: Stefan Riesenfellner (Hg.), *Steinernes Bewusstsein. Die öffentliche Repräsentation staatlicher und nationaler Identität Österreichs in seinen Denkmälern*, Wien/Köln/Weimar 1998, S. 411-459.
- Bernhard Seiterich, *Demokratische Publizistik gegen den deutschen Faschismus: Die ‚Deutsche Republik‘, eine politische Wochenschrift der späten Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der demokratischen Presse*, Frankfurt a. M. u.a. 1988.
- Heinz-Otto Sieburg, *Geschichte Frankreichs*, 5., erw. Aufl., Stuttgart/Berlin/Köln 1995.
- Wolfram Siemann, *Großdeutsch – kleindeutsch? Österreich in der deutschen Erinnerung zu 1848*, in: Haider/Hye (Hg.), 1848, S. 97-111.
- Ders., *Der Streit der Erben – deutsche Revolutionserinnerungen*, in: Langewiesche (Hg.), *Die Revolutionen von 1848*, S. 123-154.
- Gustav Spann, *Zur Geschichte von Flagge und Wappen in der Republik Österreich*, in: Leser/Wagner (Hg.), *Österreichs politische Symbole*, S. 37-64.

- Winfried Speitkamp, Denkmalsturz und Symbolkonflikt in der modernen Geschichte. Eine Einleitung, in: ders. (Hg.), Denkmalsturz. Zur Konfliktgeschichte politischer Symbolik, Göttingen 1997, S. 5-21.
- Rudolf Speth, Nation und Revolution. Politische Mythen im 19. Jahrhundert, Opladen 2000.
- Rudolf Stadelmann, Soziale und politische Geschichte der Revolution von 1848, München 1948.
- Anton Staudinger, Christlichsoziale Judenpolitik in der Gründungsphase der österreichischen Republik, in: Jahrbuch für Zeitgeschichte, 1978, hg. v. d. Österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte, S. 11-48.
- Jutta Stehling-Höfling, Die badische SPD im Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik 1914–1933, in: Jörg Schadt/Wolfgang Schmierer (Hg.), Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis heute (=Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 3), Stuttgart 1979, S. 133-159.
- Peter Steinbach, ‚Ein Volk, das die Gefahr nicht scheut ...‘ – Anmerkungen zur Revolution von 1848, in: Heiner Timmermann/Hans Dieter Metz (Hg.), Europa – Ziel und Aufgabe. Festschrift für Arno Krause zum 70. Geburtstag, Berlin 2000, S. 87-104.
- Eckhard Stephan, Deutsche und Tschechen im Revolutionsjahr 1848/49, in: Historische Mitteilungen, 11 (1998), S. 197-219.
- Gernot Stimmer, Die Mythologisierung der Revolution von 1848 als Modell einer Studentenrevolution, in: Student und Hochschule im 19. Jahrhundert. Studien und Materialien (=Studien zum Wandel von Gesellschaft und Bildung im 19. Jahrhundert, Bd. 12), Göttingen 1975, S. 243-302.
- Gerald Stourzh, ‚Gleiche Rechte‘. Die Grundrechtsdiskussion von 1848 und ihre Entsprechung im Postulat der nationalen Gleichberechtigung, in: Scheichl/Brix (Hg.), ‚Dürfen’s denn das?‘, S. 77-84.
- Ders., Erschütterung und Konsolidierung des Österreichbewusstseins. Vom Zusammenbruch der Monarchie zur Zweiten Republik, in: Richard G. Plaschka/Gerald Stourzh/Jan Paul Niederkorn (Hg.), Was heißt Österreich? Inhalt und Umfang des Österreichbegriffs vom 10. Jahrhundert bis heute (=Archiv für österreichische Geschichte, Bd. 136), Wien 1995, S. 289-311.
- Christoph Strupp, Erbe und Auftrag. Bürgerliche Revolutionserinnerung im Kaiserreich, in: HZ, 270 (2000), S. 309-343.

- Michael Stürmer, 1848 in der deutschen Geschichte, in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), Sozialgeschichte heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag (=Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 11), Göttingen 1974, S. 228-242.
- Stanley Suval, The Anschluss Question in the Weimar Era. A Study of Nationalism in Germany and Austria 1918–1932, Baltimore/London 1974.
- Charlotte Tacke (Hg.), 1848. Memory and oblivion in Europe, Brüssel u.a. 2000.
- Utz-Friedbert Taube, Ludwig Quidde. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Gedankens in Deutschland (=Münchener historische Studien. Abteilung neuere Geschichte, Bd. 5), Kallmünz/Opf. 1963.
- Annelise Thimme, Flucht in den Mythos. Die Deutschnationale Volkspartei und die Niederlage von 1918, Göttingen 1969.
- Heiner Timmermann (Hg.), 1848. Revolution in Europa. Verlauf, politische Programme, Folgen und Wirkungen (=Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Bd. 87), Berlin 1999.
- Ders. (Hg.), Nationalismus und Nationalbewegung in Europa 1914–1945 (=Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Bd. 85), Berlin 1999.
- Christian F. Trippe, Konservative Verfassungspolitik 1918–1923. Die DNVP als Opposition in Reich und Ländern, Düsseldorf 1995.
- Helmut Uitz, Das A.K.H und die Mühlsteine. Sozialistische Erziehungsarbeit in der Ersten Republik, in: Die ersten hundert Jahre, S. 143-146.
- Ders., Die österreichischen Kinderfreunde und roten Falken 1908–1938. Beiträge zur sozialistischen Erziehung, Wien/Salzburg 1975.
- Sigrid Vestring, Die Mehrheitssozialdemokratie und die Entstehung der Reichsverfassung von Weimar 1918/19 (=Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur, Bd. 18), Münster 1987.
- Werner Vogel, Ernst Kaeber. Leben und Werk, in: Ernst Kaeber, Beiträge zur Berliner Geschichte. Ausgewählte Aufsätze (=Veröffentlichungen der historischen Kommission zu Berlin, Bd. 14), Berlin 1964, S. 377-385.
- Martin Vogt, Weimar und die NS-Zeit, in: Dipper/Speck (Hg.), 1848, S. 25-34.
- Heinz Voßke, Geschichte der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde, Berlin (Ost) 1982.

- Adam Wandruszka, Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen, in: Heinrich Benedikt (Hg.), Geschichte der Republik Österreich, München 1954, S. 289-486.
- Hermann Weber, Kommunismus in Deutschland 1918–1945 (=Erträge der Forschung, Bd. 198), Darmstadt 1983.
- Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 1: Vom Feudalismus des Alten Reiches bis zur Defensiven Modernisierung der Reformära 1700–1815, 3. Aufl., München 1998, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1919–1949, München 2003.
- Josef Weidenholzer, Auf dem Weg zum ‚Neuen Menschen‘. Bildungs- und Kulturarbeit der österreichischen Sozialdemokratie in der Ersten Republik, Wien/München/Zürich 1981.
- Erika Weinzierl/Kurt Skalník (Hg.), Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik, 2 Bde., Graz/Wien/Köln 1983.
- Dies., Hochschulleben und Hochschulpolitik zwischen den Weltkriegen, in: Leser (Hg.), Das geistige Leben Wiens in der Zwischenkriegszeit, S. 72-85.
- Ulrich Weinzierl, Die Kultur der ‚Reichspost‘, in: Franz Kadmoska (Hg.), Aufbruch und Untergang. Österreichische Kultur zwischen 1918 und 1938, Wien/Zürich/München 1981, S. 325-344.
- Otto Weiss, Die Wiener Katholiken im Revolutionsjahr 1848, in: Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte, 19 (2000), S. 107-142.
- Thomas Welskopp, Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz (=Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 54), Bonn 2000.
- Peter Wende, Arnold Ruge. Kavalleriegeneral der Hegelei, in: Freitag (Hg.), Die Achtundvierziger, S. 23-32.
- Paul Wentzcke, Die deutschen Farben. Ihre Entwicklung und Deutung sowie ihre Stellung in der deutschen Geschichte, neue, bis zur Gegenwart fortgeführte Fassung, Heidelberg 1955.
- Kay Wenzel, Befreiung oder Freiheit? Zur politischen Ausdeutung der deutschen Kriege gegen Napoleon von 1913 bis 1923, in: Winkler (Hg.), Griff nach der Deutungsmacht, S. 67-89.
- Heinrich August Winkler, Geschichte des Westens. Von den Anfängen in der Antike bis zum 20. Jahrhundert, München 2009.

- Ders., 1848: Die sperrige Revolution (1998), in: ders., Auf ewig in Hitlers Schatten? Über die Deutschen und ihre Geschichte, München 2007, S. 18-24.
- Ders. (Hg.), Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland, Göttingen 2004.
- Ders., Der lange Weg nach Westen, 2 Bde., München 2000.
- Ders., Der überforderte Liberalismus. Zum Ort der Revolution von 1848/49 in der deutschen Geschichte, in: Wolfgang Hardtwig (Hg.), Revolution in Deutschland und Europa 1848/49, Göttingen 1998, S. 185-206.
- Ders., Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, durchges. Aufl., München 1998.
- Ders., Vom Kaiserreich zur Republik. Der historische Ort der Revolution von 1918/19, in: ders., Streitfragen der deutschen Geschichte. Essays zum 19. und 20. Jahrhundert, München 1997, S. 52-70.
- Ders., Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933 (=Geschichte der Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, Bd. 11), 2., vollst. durchges. u. korr. Aufl., Bonn 1990.
- Ders., Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930 (=Geschichte der Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, Bd. 10), 2., vollst. durchges. u. korr. Aufl., Bonn 1988.
- Ders., Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924 (=Geschichte der Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, Bd. 9), 2., völlig durchges. u. korr. Aufl., Bonn 1985.
- Andreas Wirsching, Demokratisches Denken in der Geschichtswissenschaft der Weimarer Republik, in: Gusy (Hg.), Demokratisches Denken in der Weimarer Republik, S. 71-95.
- Ders., Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich, München 1999.
- Ders., Krisenzeit der ‚Klassischen Moderne‘ oder deutscher ‚Sonderweg‘? Überlegungen zum Projekt Faktoren der Stabilität und Instabilität der Demokratie der Zwischenkriegszeit: Deutschland und Frankreich im Vergleich, in: Horst Möller/Udo Wengst (Hg.), 50 Jahre Institut für Zeitgeschichte. Eine Bilanz, München 1999, S. 365-381.

- Walter Wittwer, Die Revolution von 1848/49 in der sozialdemokratischen Presse während der Revolution in Russland 1905–1907, in: Jahrbuch für Geschichte, 8 (1973), S. 185-222.
- Hubert Wolf, Der deutsche Katholizismus als Kind der Revolution von 1848? Oder: Das ambivalente Verhältnis von katholischer Kirche und Freiheit, in: Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte, 19 (2000), S. 13-30.
- Edgar Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung, Darmstadt 1999.
- Ders., Die Revolution von 1848/49 im geschichtspolitischen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklungslinien von 1948/49 bis zu deutscher Einheit, in: Wolther von Kieseritzky/Klaus-Peter Sick (Hg.), Demokratie in Deutschland. Chancen und Gefährdungen im 19. und 20. Jahrhundert. Historische Essays, München 1999, S. 299-316.
- Günter Wollstein, Die deutsche Revolution vor 150 Jahren, in: Der Staat, 40 (2001), S. 128-150.
- Ders., Gedenken an 1848. Tradition im Wandel der Zeit, in: Rill (Hg.), 1848, S. 311-345.
- Ders., Mitteleuropa und Großdeutschland (1980), in: Langewiesche (Hg.), Die deutsche Revolution, S. 237-257.
- Ders., Das ‚Großdeutschland‘ der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49, Düsseldorf 1977.
- Jonathan Wright, Gustav Stresemann 1878–1929. Weimars größter Staatsmann, München 2006.
- Wulf Wülfing, ‚Der Geist der Revolution ist ... unsterblich‘. Heinrich Heine, Theodor Fontane und die Revolution von 1848, in: Hepp (Hg.), Literatur und Revolution 1848/1918, S. 81-109.
- Ralf Zerback, Robert Blum. Eine Biografie, Leipzig 2007.
- Benjamin Ziemann, Republikanische Kriegserinnerung in einer polarisierten Öffentlichkeit. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold als Veteranenverband der sozialistischen Arbeiterschaft, in: HZ, 267 (1998), S. 357-398.
- Rainer Zitelmann, Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs, 4. erw. Neuaufl., München 1998.
- Erich Zöllner, Der Österreichbegriff. Formen und Wandlungen in der Geschichte, Wien 1998.
- Helge Zoitl, ‚Student kommt von Studieren!‘ Zur Geschichte der sozialdemokratischen Studentenbewegung in Wien (=Ludwig-Boltzmann-Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung. Materialien zur Arbeiterbewegung, Nr. 62), Wien/Zürich 1992.

Wolfgang Zorn, Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie zum Bundesland, München 1986.